

## Inhaltsverzeichnis

<b>Stadtrat</b>	<b>2</b>
<b>Allgemeine Verwaltung</b>	<b>7</b>
<b>Präsidialdepartement</b>	<b>25</b>
<b>Finanzdepartement</b>	<b>53</b>
<b>Polizeidepartement</b>	<b>103</b>
<b>Gesundheits- und Umweltdepartement</b>	<b>145</b>
<b>Tiefbau- und Entsorgungsdepartement</b>	<b>191</b>
<b>Hochbaudepartement</b>	<b>247</b>
<b>Departement der Industriellen Betriebe</b>	<b>291</b>
<b>Schul- und Sportdepartement</b>	<b>335</b>
<b>Sozialdepartement</b>	<b>369</b>
<b>Vormundschaftsbehörde</b>	<b>407</b>
<b>Sozialbehörde</b>	<b>415</b>

# 1. Vorwort

Auf Beginn der Legislatur 2010–2014 durfte der Stadtrat drei neue Mitglieder begrüßen. Es galt dabei, sich von altvertrauten Kolleginnen und Kollegen zu verabschieden und sich mit drei neuen Persönlichkeiten zu einem kollegialen Gremium zusammenzufinden. Der Stadtrat hat sich im ersten Jahr seiner neuen Zusammensetzung intensiv mit Zielen und Arbeitsschwerpunkten für die anstehende Legislatur befasst. Er will grundsätzlich an der bewährten, nachhaltigen und auf Konstanz ausgerichteten Politik festhalten. Dazu dienen einerseits die langfristigen

Strategien. Andererseits hat der Stadtrat seine Schwerpunkte für die Legislatur 2010 bis 2014 definiert.

Der Stadtrat versteht sich als Kollegial-Gremium im Interesse der Stadt und hat zum Ziel, Zürich als attraktiven Lebens- und Arbeitsort weiter zu stärken und zu erhalten.

Eine Beschreibung der einzelnen Legislatorschwerpunkte ist im folgenden Kapitel sowie in den Texten der einzelnen Departemente und Dienstabteilungen zu lesen.

Im Namen des Stadtrates:

Corine Mauch, Stadtpräsidentin

Dr. André Kuy, Stadtschreiber



Die Stadträtinnen und Stadträte von Zürich mit Stadtschreiber und Rechtskonsulent. (Bild: Luca Zanier)

## 2. Legislatorschwerpunkte 2010–2014

Unter Berücksichtigung der langfristigen Strategien Zürich 2025 und mit dem Ziel, die ausgezeichnete Lebensqualität, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das wirtschaftliche Wohlergehen Zürichs zu pflegen, zu sichern und weiter auszubauen, hat der Stadtrat Ende September politische Schwerpunkte für die Legislatur 2010–2014 verabschiedet. Mit den Legislatorschwerpunkten «Kultur- und Kreativstadt Zürich», «eZürich», «Stadt und Quartiere gemeinsam gestalten» und «Frühförderung – Gute Startchancen für alle Kinder» nutzt der Stadtrat aktiv seinen Spielraum zur nachhaltigen Entwicklung der Stadt. Dabei ist er sich bewusst, dass dies in vielen Bereichen nur in Partnerschaft und Zusammenarbeit mit der Bevölkerung, dem Parlament und der Wirtschaft möglich ist.

### Kultur- und Kreativstadt Zürich

Zürichs Kulturangebot zeichnet sich durch Vielfalt und hohe Qualität aus. Die Kreativwirtschaft ist ein nicht mehr wegzudenkender Bestandteil der Zürcher Wirtschaft. Diesen Cluster will der Stadtrat weiter ausbauen. Mit dem Legislatorschwerpunkt will der Stadtrat die internationale Wahrnehmung der Stadt als Kultur- und Kreativstadt hervorheben und Zürich noch besser als Kulturtourismusdestination positionieren. Kulturschaffende und die Kreativwirtschaft sollen in Zürich gute Rahmenbedingungen und ein anregendes, kreatives Umfeld vorfinden. Dem Wert der Kultur für die Bevölkerung und dem erleichterten Zugang zum Kulturangebot für möglichst viele Menschen wird mit dem Legislatorschwerpunkt grosses Gewicht beigemessen.

### eZürich

In enger Kooperation mit Wirtschaft, Wissenschaft und Bevölkerung strebt der Legislatorschwerpunkt eZürich an, Zürich als Pionier- und Modellstadt für ICT-Dienstleistungen und ICT-Infrastruktur zu positionieren. eZürich soll verwaltungsinterne Verfahren vereinfachen und effiziente Abläufe von Anfragen der Kundinnen und Kunden ermöglichen. Die Abwicklung von Kundenkontakten über Internet und mobile Geräte soll selbstverständlich werden. Der Wandel wird dabei so begleitet, dass auch ICT-ferne Bevölkerungsgruppen die digitalen Dienstleistungen nutzen können. Dazu gehören auch vertrauenswürdige Datenschutzstandards.

Gestartet wurde eZürich Ende Jahr mit einem moderierten Online-Partizipationsverfahren. Dabei konnte die interessierte Öffentlichkeit während rund fünf Wochen Vorschläge und Anregungen für digitale Dienstleistungen einreichen, kommentieren und bewerten. Die Ergebnisse des Ideenwettbewerbs werden unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit und der Machbarkeit evaluiert und ins Grobkonzept der eZürich-Projekte eingearbeitet.

### Stadt und Quartiere gemeinsam gestalten

Die Bautätigkeit, bauliche Verdichtung und der anhaltende Wachstumsdruck führen in der Stadt Zürich zu grossen Veränderungen. Der Stadtrat will, dass Zürich Raum sowohl für vielfältiges, durchmischtes Wohnen als auch für den Wirtschafts- und Wissensstandort und für kulturelle und soziale Infrastruktur bietet. Unerwünschte Veränderungen und mögliche Konflikte sollen in innovativen Gestaltungsprozessen mit Beteiligung der Bevölkerung konstruktiv bewältigt werden. Ziel für die Bevölkerung ist eine Stärkung der Identifikation mit den Quartieren und des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

### Frühförderung – gute Startchancen für alle Kinder

Entwicklungsunterschiede zwischen den Kindern bei Eintritt in den Kindergarten lassen sich durch die Schule in der Regel nicht mehr ausgleichen. Kinder haben aber ein Anrecht auf gute Startbedingungen. Mit dem Legislatorschwerpunkt strebt der Stadtrat an, dass sich jedes Kind in Zürich in den ersten vier Lebensjahren möglichst gut entwickeln kann. Insbesondere gilt es, die Startchancen von Kindern aus sozial benachteiligten Familien zu erhöhen. Dazu werden die Angebote und Massnahmen besser vernetzt und aufeinander abgestimmt sowie verstärkt auf Zielgruppen mit besonderem Bedarf ausgerichtet.

Einen besonderen Fokus legt der Stadtrat in der kommenden Legislatur auch auf die Bedürfnisse und Anliegen der Menschen mit Behinderung in Zürich. Zudem schenkt er der Rolle der Stadt als attraktive Arbeitgeberin weiterhin grosse Beachtung.

[www.stadt-zuerich.ch/lsp](http://www.stadt-zuerich.ch/lsp)

## 3. Kennzahlen Stadtrat

### 3.1 Geschäfte des Stadtrats

	2006	2007	2008	2009	2010
Sitzungen	57	57	53	61	54
Behandelte Geschäfte im Protokoll					
Allgemeine Geschäfte	1 635	1 641	1 578	1 778	2 176
Bürgerrechtsgeschäfte	2 857	1 848	2 112	2 268	1 887
davon Weisungen an Gemeinderat					
– Allgemeine Geschäfte	94	144	124	131	90
– Bürgerrechtsgeschäfte	960	<sup>1</sup> 885	<sup>2</sup> 183	–	–
– Vorlagen an Stimmberechtigte	5	8	11	12	15

<sup>1</sup>Im Hinblick auf die Änderung der Zuständigkeit zur Erteilung des Gemeindebürgerrechts (Abstimmung vom 25. November 2007) hat der Stadtrat im Einvernehmen mit dem Gemeinderat nach dem 25. November 2007 auf weitere Überweisungen von Bürgerrechtsgesuchen im ordentlichen Verfahren an den Gemeinderat verzichtet.

<sup>2</sup>Anzahl der am 25. November 2007 noch bei der Bürgerrechtskommission pendenden Gesuche

### 3.2 Initiativen und parlamentarische Vorstösse

	Erledigt			Neueingänge			Unerledigt		
	2008	2009	2010	2008	2009	2010	2008	2009	2010
Initiativen									
Volksinitiative VI	1	2	5	6	–	7	9	7	9
Einzelinitiative Stimmbürger EIS	–	1	1	3	–	3	4	3	5
Motionen	6	8	12	7	7	25	47	46	59
Postulate	70	82	103	94	109	106	475	502	505
Interpellationen	22	39	12	23	34	11	12	7	6
Schriftliche Anfragen	92	110	95	92	113	92	16	19	16
<b>Total</b>	<b>191</b>	<b>242</b>	<b>228</b>	<b>225</b>	<b>263</b>	<b>244</b>	<b>563</b>	<b>584</b>	<b>600</b>

### 3.3 Steuerertrag

#### Schweizer Konjunktur gut unterwegs

Die Schweizer Wirtschaft kam im internationalen Vergleich gut durch die Rezession 2009 und verzeichnete eine kräftige Erholung, die auch den Arbeitsmarkt erfasst hat. Für das Berichtsjahr zeichnet sich ein starkes Wirtschaftswachstum von 2,7 % ab. Das Wachstum des Bruttoinlandprodukts wird durch die Inlandnachfrage getragen. Insbesondere der private Konsum und die Investitionen (Bau-, Ausrüstungs- und Lagerinvestitionen) bildeten robuste Wachstumsstützen. Die gute Verfassung des Bausektors ist ein positives Indiz für die derzeitige starke Verfassung der Binnenkonjunktur. Hingegen hat die ebenfalls günstige Exportentwicklung im 2. und 3. Quartal an Schwung verloren. Massgeblich dafür verantwortlich ist das eingetrübte ausenwirtschaftliche Umfeld (nachlassende Konjunkturdynamik auf vielen Auslandsmärkten plus starke Frankenaufwertung). Besser als erwartet hielt sich der Arbeitsmarkt. Während die

Beschäftigung um 0,6 % gestiegen ist, betrug die Arbeitslosenquote Ende Dezember 3,8 % (Prognose: mehr als 4 %). Mit einer mittleren Jahreststeuerung von 0,7 % verzeichneten auch die Konsumentenpreise einen günstigen Verlauf.

Erhebliche Risiken für die Konjunkturerwicklung 2011 und 2012 bergen die wenig gefestigte weltwirtschaftliche Situation, die Lage an den Finanzmärkten und die ungelöste Verschuldungsproblematik vieler Industrieländer. Diese Schwachpunkte sind Nährboden des Aufwertungsdrucks auf den Franken. Eine fortgesetzte Frankenaufwertung wäre aber in Verbindung mit einer Verschlechterung der internationalen Konjunktur für die Schweiz besonders ungünstig. Demgegenüber besteht die Chance, dass sich die Binnenkonjunktur auch in den nächsten beiden Jahren weiterhin über den Erwartungen entwickeln kann, was die ausenwirtschaftlich bedingte Konjunkturdelle abfedern würde.

in Mio. Fr.	2006	2007	2008	2009	2010
Gemeindesteuerfuss	122 %	122 %	119 %	119 %	119 %
Steuern natürliche Personen	1 099.5	1 142.3	1 272.4	1 405.3	1 444.8
Steuern juristische Personen	820.3	976.6	576.2	660.1	658.1
Quellensteuern	109.2	123.0	148.2	127.8	113.5
Grundsteuern	102.9	105.7	111.5	103.9	109.1
Übrige Steuern	13.2	18.8	12.1	20.2	20.8
<b>Gesamttotal</b>	<b>2 145.1</b>	<b>2 366.4</b>	<b>2 120.4</b>	<b>2 317.3</b>	<b>2 346.3</b>

Verschiedene Gesetzesänderungen bewirkten Steuersenkungen: bei den Grundsteuern die Abschaffung der Handänderungssteuern per 2005, bei den juristischen Personen die Einführung des Einheitstarifs sowie die Halbierung der Kapitalsteuern ab 2005 und bei den natürlichen Personen der Ausgleich der kalten Progression ab 2006. – Die übrigen Steuern verstehen sich ohne Hundesteuern. – Einzelheiten sind unter Kapitel «2. Jahresschwerpunkte» im Geschäftsbericht des Finanzdepartements auf Seite 56 zu finden.

### 3.4 Personalkennzahlen

	2006	2007	2008	2009	2010
Mitarbeitende total	23866	24184	25466	25878	26415
– davon Frauen	12880	13012	13780	14010	14403
– davon Männer	10986	11172	11686	11868	12012
Ø Stellenwert-Äquivalent	18315	18623	18836	19301	19616
Führungskader total	3477	3660	3841	3892	3958
– davon Frauen	1394	1531	1597	1638	1678
– davon Männer	2083	2129	2244	2254	2280
Lernende total	996	903	915	944	1019
– davon Frauen	689	574	565	594	646
– davon Männer	307	329	350	350	373
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad ≥ 90.00 % (Vollzeitstellen) <sup>1</sup></b>					
Total	13 251	13573	13433	13596	13588
Frauen	4521	4641	4440	4447	4457
Männer	8730	8932	8993	9149	9131
Frauen in %	34.1	34.2	33.1	32.7	32.8
Männer in %	65.9	65.8	66.9	67.3	67.2
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 50.00–89.99 % (Teilzeitstellen I) <sup>1</sup></b>					
Total	6154	6288	6374	6648	6821
Frauen	4947	5026	4959	5165	5257
Männer	1207	1262	1415	1483	1564
Frauen in %	80.4	79.9	77.8	77.7	77.1
Männer in %	19.6	20.1	22.2	22.3	22.9
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 0.01–49.99 % (Teilzeitstellen II) <sup>1</sup></b>					
Total	4461	4323	9376	8699	9177
Frauen	3412	3345	6969	6502	6924
Männer	1049	978	2407	2197	2253
Frauen in %	76.5	77.4	74.3	74.7	75.4
Männer in %	23.5	22.6	25.7	25.3	24.6

**Definitionen:**

Ab 2008 werden alle Mitarbeitenden mit aktiver Anstellung im Dezember gezählt. Bis 2007 wurden nur jene mit aktiver Anstellung und Lohnzahlung im Dezember gezählt.

<sup>1</sup> Bis 2007 wurden Mehrfachanstellungen pro Mitarbeitenden zuerst addiert und dann als eine einzige Anstellung ausgewiesen. Mit der Einführung von SAP werden ab 2008 alle Anstellungen einzeln mit dem entsprechenden Beschäftigungsgrad ausgewiesen. Das Total aller Anstellungen entspricht somit nicht mehr dem Total aller Mitarbeitenden. Die Anzahl der Anstellungen 2008 wurden entsprechend korrigiert und mit den Werten von 2009 vergleichbar gemacht.

**In den jeweiligen Zahlen sind die folgenden Mitarbeitendenkreise berücksichtigt:**

11 Stadtrat, 12 Behörden, 20 Verwaltungs- und Betriebspersonal, 21 Landwirtschaftspersonal, 23 saisonale Mitarbeitende, 24 Schulzahnärztinnen/-ärzte, 25 Hortpersonal, 26 Berufsfeuerwehr, 27 Dolmetscher, 30 Lehrpersonal Volksschule, 32 Kindergärtnerinnen/Kindergärtner, 33 Lehrpersonal SHL Viventa, 34 Musiklehrerinnen/-lehrer, 35 Schwimmlehrerinnen/-lehrer mit Leitung, 36 Schwimmlehrerinnen/-lehrer ohne Leitung, 40 Chefärztin/-arzt, 41 Kaderärztin/-arzt mit Honorar, 42 Kaderärztin/-arzt ohne Honorar, 43 Kaderärztin/-arzt Verwaltung, 44 Assistenzärztin/-arzt, 45, Assistenzärztin/-arzt mit Facharzttitel, 46 Spitalärztin/-arzt, 50 Lernende



Bild: Andreas Schwaiger

# Geschäftsbericht 2010

## Allgemeine Verwaltung

# Inhaltsverzeichnis Geschäftsbericht Allgemeine Verwaltung

<b>1.</b>	<b>Stadtschreiber und Stadtkanzlei</b>	<b>9</b>
<b>1.1</b>	<b>Aufgaben</b>	<b>9</b>
<b>1.2</b>	<b>Jahresschwerpunkte</b>	<b>9</b>
<b>2.</b>	<b>Gemeinderatsbeschlüsse (Sachgeschäfte)</b>	<b>12</b>
<b>3.</b>	<b>Rechtskonsulent</b>	<b>18</b>
<b>3.1</b>	<b>Aufgaben</b>	<b>18</b>
<b>3.2</b>	<b>Jahresschwerpunkte</b>	<b>18</b>
<b>4.</b>	<b>Kennzahlen Allgemeine Verwaltung</b>	<b>20</b>
<b>5.</b>	<b>Parlamentarische Vorstösse</b>	<b>21</b>



# 1. Stadtschreiber und Stadtkanzlei

## 1.1 Aufgaben

Der Stadtschreiber ist der Stabschef des Stadtrats. Er prüft alle an den Stadtrat gerichteten Geschäfte und leitet sie an die zuständigen Stellen weiter bzw. traktandiert sie für die Stadtratssitzung. An den Sitzungen des Stadtrats nimmt der Stadtschreiber mit beratender Stimme teil. Zusammen mit der Stadtpräsidentin steht er zudem dem Zentralwahlbüro vor, das die Wahlen und Abstimmungen in der Stadt Zürich durchführt.

### Die Stadtkanzlei

Die vom Stadtschreiber geführte Stadtkanzlei ist die administrative Drehscheibe für den Zürcher Stadtrat. Sie umfasst rund

50 Mitarbeitende in den zentralen Bereichen Kanzleidienste, Kommunikation, Bürgerrecht, Protokoll und Geschäftskontrolle, Organisation und IT sowie Weibeldienst. Die Kernaufgaben der Stadtkanzlei sind:

- Vorbereitung der wöchentlichen Sitzungen und Protokollierung der Beschlüsse des Stadtrats
- Kommunikation über die Stadtratsbeschlüsse
- Vorbereitung und Durchführung von Abstimmungen und Wahlen
- Begleitung von Einbürgerungen
- Publikation amtlicher Drucksachen
- interne Postverteilung in der gesamten Stadtverwaltung

	2006	2007	2008	2009	2010
Protokolierte Stadtratsbeschlüsse	1 635	1 641	1 578	1 778	2 176
Medienmitteilungen inkl. Stadtratsbulletin	541	575	756	656	646
Wahlen und Abstimmungsvorlagen	25	36	52	64	51

## 1.2 Jahresschwerpunkte

### Einführung von Actis

Das neue IT-System Actis, das die Geschäftskontrolle mit Dokumentenmanagement, Archivierungs- und Workflowkomponenten beinhaltet, wurde im Bereich der Stadtratsgeschäfte planmässig in Betrieb genommen. Ein grosszügiges Schulungsangebot innerhalb der Stadtverwaltung, individuelle Instruktionen vor Ort und eine flexible Supportorganisation ermöglichten sowohl in der Stadtkanzlei als auch in allen Departementen eine erfolgreiche Einführung des neuen Systems. Seither sind die Bearbeitungsprozesse durchgängiger, einfacher und effizienter geworden. Zugunsten der Qualitätssicherung bei den Stadtratsgeschäften wird die Anwendung von Actis auf Bürgerrechtsgeschäfte auf 2011 verschoben.

### Umsetzung Öffentlichkeitsprinzip

Das Öffentlichkeitsprinzip wurde fristgerecht in der Stadtverwaltung umgesetzt. Seit Anfang Jahr können die Beschlüsse des

Stadtrats im Internet abgerufen werden, sofern keine rechtliche Geheimhaltungspflicht vorliegt und kein überwiegendes privates oder öffentliches Interesse gegen eine Veröffentlichung spricht. Zudem sind seit Ende September die Verzeichnisse der vorhandenen Informationsbestände in der Stadtverwaltung im Internet publiziert.

Stadtratsbeschlüsse im Internet: [www.stadt-zuerich.ch/strb](http://www.stadt-zuerich.ch/strb)

### Stadtrats- und Gemeinderatswahlen

Die Stadtkanzlei war für die Durchführung der kommunalen Gesamterneuerungswahlen vom 7. März 2010 verantwortlich. Für die 125 Gemeinderatssitze bewarben sich 1 160 Kandidatinnen und Kandidaten, für den 9-köpfigen Stadtrat 20 Kandidierende. Am Wahlwochenende standen insgesamt rund 2 000 Helferinnen und Helfer im Zentralwahlbüro, in den neun Kreiswahlbüros und im Medienzentrum im Einsatz. Unterstützt wurden sie dabei durch zahlreiche Mitarbeitende der Dienstabteilung Organisation und Informatik Zürich (OIZ).



(Bild: Medienzentrum)

Damit die Resultate aus dem Wahlen- und Abstimmungsprogramm (Wabsti) ohne Medienunterbrüche im Internet publiziert werden konnten, hat die Stadtkanzlei zusammen mit der OIZ und einer externen Firma eine Softwarelösung entwickelt. Durch dieses System wurde die Veröffentlichung der zahlreichen Auswertungen vereinfacht.

Bewährt hat sich auch die Erfassung der Wahlergebnisse per Kits-Infrastruktur (Schulinformatik). Durch die dezentrale Eingabe konnte der Verarbeitungsprozess wesentlich verkürzt werden.

Sämtliche Prozesse wurden in Handbüchern zuhanden des Zentral- und der Kreiswahlbüros festgehalten. Zusammen mit den Schulungen sicherten diese Unterlagen einen reibungslosen Ablauf am Wahlsonntag.

Bei den Gesamterneuerungswahlen von Gemeinde- und Stadtrat hat das Zentralwahlbüro seine gesamte Infrastruktur inkl. Medienzentrums im Verwaltungszentrum Werd eingerichtet. Die moderne und grosszügige Raumausstattung hat sich sehr bewährt.

## Abstimmungen

Im Berichtsjahr wurden vier Urnengänge (davon drei mit kommunalen Abstimmungsvorlagen) durchgeführt.

Daten	Vorlagen	Ergebnis	
		Ja	Nein
13. Juni	Standortbeitrag und Landabtretung zwecks Erweiterung des Schweizerischen Landesmuseums von 10 Mio. Fr.	37 130	31 385
	Volksinitiative «Freie Allmend»	20 075	47 695
	Volksinitiative «Für bezahlbare Wohnungen und Gewerberäume in der Stadt Zürich»	49 122	20 164
	Schmiede Wiedikon und Umgebung, Neugestaltung Strassenraum, Objektkredit von 3,154 Mio. Fr.	40 480	26 348
	Ersatzneubau Altersheim Trotte und Umbauten im Altersheim Sydefädeli, Quartier Wipkingen, Objektkredit von 62 Mio. Fr.	60 881	6 775
26. September	Änderung der Gemeindeordnung, Auflösung der Dienstabteilung Stadtküche	33 790	32 478
	Förderung und Unterstützung der Arbeitsintegration von Jugendlichen und Erwachsenen	55 197	11 880
	Verkauf von Bauland an der Pfingstweidstrasse/Mühleweg im Industriequartier für 4,39 Mio. Fr.	46 074	26 585
	Escher-Wyss-Platz, Projekt Nagelhaus, Kunst und Architektur, Gastronomiebetrieb, Kiosk und ZüriWC-Anlage, Objektkredit von 5,9 Mio. Fr.	36 539	38 497
	Änderung der Gemeindeordnung, definitive Verankerung der Globalbudgetierung	57 065	11 676
28. November	Logistikzentrum Hagenholz für thermische Abfallverwertung und Recycling und für ein Rechenzentrum, Objektkredit von 72,1 Mio. Fr.	61 444	12 213
	Ausbau Nordumfahrung Zürich, Beitrag der Stadt Zürich von maximal 20 Mio. Fr. an die Kosten für die Autobahnüberdeckung Katzenssee	76 501	28 656
	Bahnhof Oerlikon, Quartieranbindung Ost, Erhöhung des Objektkredits von 11,172 Mio. Fr. um 98,828 auf 110 Mio. Fr.	74 299	29 811
	Teilrevision der städtischen Parkplatzverordnung	54 340	46 753
	Volksinitiative «Rosengarten-Tram» Volksinitiative «Rosengarten-Tram», Umsetzungsvorlage Gegenvorschlag des Gemeinderats zur Volksinitiative «Rosengarten-Tram»	33 117 35 297	67 682 62 331
Stichfrage	<b>Volksinitiative</b> 23 914	<b>Gegenvorschlag</b> 51 296	

Neben 24 Abstimmungen, davon 15 städtischen, erfolgten folgende Wahlen:

- Erneuerungswahlen des Gemeinderats, des Stadtrats, der Kreisschulpflegen, der Stadtamtsfrauen oder Stadtammänner sowie der evangelisch-reformierten Kirchenpflege Zürich-Höngg
- Ersatzwahlen in das Bezirksgericht sowie in die Kreisschulpflegen Letzi und Uto

Die Stimmbeteiligung bei den Urnengängen lag im Durchschnitt bei 33,0%.

Detaillierte Resultate: [www.stadt-zuerich.ch/abstimmungen](http://www.stadt-zuerich.ch/abstimmungen)

## E-Voting für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer

Im Rahmen des E-Voting-Versuchs des Kantons Zürich konnten die in der Stadt Zürich gemeldeten stimmberechtigten Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer erstmals elektronisch abstimmen. Das E-Voting-System stand den in EU- oder Wassenaar-Mitgliedstaaten wohnhaften Auslandschweizerinnen und -schweizern für die Urnengänge vom 26. September 2010 und vom 28. November 2010 zur Verfügung.

Seit 2008 können die Stimmberechtigten der Stadtkreise 1 und 2 elektronisch abstimmen, und etwa 20% der Stimmdenden nutzen diese Möglichkeit. Die Erfahrungen bei diesem Pilotprojekt sind grundsätzlich positiv.

## Bürgerrecht

Die Bürgerrechtsabteilung der Stadtkanzlei hat 1887 Geschäfte zuhanden des Stadtrats vorbereitet. Zusätzlich wurden 103 Gesuche durch den Stadtschreiber per Verfügung als erledigt abgeschlossen. Eine Subkommission der GPK hat zweimal

im Rahmen einer Sitzung eine Dossierkontrolle durchgeführt und anhand von Stichproben die Ordnungsmässigkeit der Einbürgerungen durch den Stadtrat festgestellt.

Am 22. November 2010 hat der Kantonsrat das kantonale Bürgerrechtsgesetz verabschiedet. Dagegen ist das Referendum ergriffen worden. Die Volksabstimmung findet voraussichtlich im 2011 statt. Das Bürgerrechtsgesetz regelt den Erwerb und den Verlust des Kantonsbürgerrechts und des Gemeindebürgerrechts. Damit werden einheitliche Voraussetzungen und Verfahren im ganzen Kanton geschaffen und die bisherigen Rechtsetzungskompetenzen der Gemeinden im Bereich der Wohnsitzfristen, der wirtschaftlichen Erhaltungsfähigkeit und der Gebühren aufgehoben. Das kantonale Bürgerrechtsgesetz sieht u. a. vor, dass nur Personen mit Niederlassungsbewilligung eingebürgert werden können. Einbürgerungswillige müssen angemessen deutsch sprechen und verstehen sowie sich selber wirtschaftlich erhalten können. Zudem dürfen sie drei Jahre vor Gesuchseinreichung und während des Einbürgerungsverfahrens keine Sozialhilfe beziehen.

## Geschäfte des Stadtrats betreffend Gemeindebürgerrecht

	2006	2007	2008	2009	2010
Aufnahmen	- <sup>1</sup>	- <sup>1</sup>	- <sup>1</sup>	2170	1799
Ablehnungen	- <sup>1</sup>	- <sup>1</sup>	- <sup>1</sup>	10	14
Abschreibungen Gemeindeamt (GAZ)	- <sup>1</sup>	- <sup>1</sup>	- <sup>1</sup>	62	39
Entlassungen Stadt	- <sup>1</sup>	- <sup>1</sup>	- <sup>1</sup>	13	13
Entlassungen Stadt/Kanton	- <sup>1</sup>	- <sup>1</sup>	- <sup>1</sup>	8	12
Entlassungen Stadt/Kanton/Bund	- <sup>1</sup>	- <sup>1</sup>	- <sup>1</sup>	5	10
<b>Total</b>	<b>2857</b>	<b>1848</b>	<b>2112</b>	<b>2268</b>	<b>1887</b>

<sup>1</sup> Im Sinne des per 1. Oktober 2008 in Kraft getretenen Öffentlichkeitsprinzips in der Stadtverwaltung werden ab 2009 die Bürgerrechtsgeschäfte des Stadtrats neu detailliert dargestellt.

## Erteilung des Bürgerrechts durch den Kanton Zürich

	2006	2007	2008	2009	2010
Schweizerinnen und Schweizer	312	267	246	216	279
In der Schweiz geborene AusländerInnen <sup>1</sup>	1863	892	1073	1718	1558
Im Ausland geborene AusländerInnen <sup>1</sup>	2796	1483	1699	2511	2543
<b>Total der aufgenommenen Personen</b>	<b>4 971</b>	<b>2642</b>	<b>3018</b>	<b>4445</b>	<b>4380</b>

<sup>1</sup> Das Gemeindebürgerrecht erwächst erst in Rechtskraft nach Erteilung des Kantons- und Landesbürgerrechts durch das Gemeindeamt des Kantons Zürich. Durch die zusätzliche Bearbeitungszeit nach Erteilung des Gemeindebürgerrechts bei Kanton und Bund ist eine direkte Korrelation zwischen dem Mengengerüst «Geschäfte des Stadtrats betreffend Gemeindebürgerrecht» und «Erteilung des Bürgerrechts durch den Kanton Zürich» nicht möglich.

## 2. Gemeinderatsbeschlüsse (Sachgeschäfte)

2010 wurden 142 (Vorjahr: 102) Gemeinderatsbeschlüsse verabschiedet

Datum	Titel	GR-Nr.
6. Januar	Schauspielhaus Zürich AG, Anpassung der jährlichen Subvention ab 2009, Besoldungsrevision, Abschluss eines neuen Mietvertrags für das Pfauengebäude	2009/292
	Leitbild der städtischen Kulturförderung, Zwischenbericht (Update) und Ausblick auf die Jahre 2010 und 2011	2009/393
13. Januar	Optimierung des Hochspannungsnetzes Zürich Süd, Bewilligung Nettokredit und Bewilligung Leitungsverkauf	2009/460
20. Januar	Erhöhung des Objektkredits für die Beteiligung am Betrieb der Holzheizkraftwerk Aubrugg AG	2009/545
	Motion 2002/40 von Robert Kaeser (FDP) und Peter Stähli-Barth (SP) betreffend Kunsthaus, Erweiterung, Antrag auf Abschreibung	2009/369
	Postulat 2004/667 von Susi Gut (PFZ) und Thomas Schwendener (SVP) betreffend Ausländer- und Integrationspolitik, Bericht, Antrag auf Abschreibung	2009/396
	Theater Rigiblick, Beitrag 2010 bis 2013	2009/458
	Miller's Studio, Beitrag 2010 bis 2013	2009/459
	Schweizer Kammerchor, Beitrag 2009/2010	2009/456
	Verein Fabrikjazz Zürich, Beitrag 2010 bis 2011	2009/457
	Jährlicher Beitrag an die Zürcher Festspiele 2010 bis 2013	2009/475
27. Januar	Humanitäre Hilfe im Ausland, Erdbebenkatastrophe in Haiti vom 12. Januar 2010	2010/32
3. Februar	Verkauf von Bauland an der Pfingstweidstrasse/Mühleweg im Industriequartier	2009/177
	Tiefbauamt, Liegenschaftenverwaltung und Immobilien-Bewirtschaftung, Escher-Wyss-Platz, Projekt Nagelhaus, Kunst und Architektur, Gastro-Betrieb, Kiosk und ZüriWC-Anlage, Objektkredit	2009/342
	Verwaltungsreform, Trimesterbericht II/2009 zu den Globalbudgets	2009/461
	Postulat Kommission Verwaltungsreform betreffend «Verwaltungsreform WOV, Auswirkungen bezüglich der Arbeitszeitmodelle», Berichterstattung an den Gemeinderat und Abschreibung des Postulats	1996/334
10. Februar	Ersatzneubau des Altersheim Trotte und Umbauten im Altersheim Sydefädeli, Quartier Wipkingen, Objektkredit	2009/440
	Sponsoring und Zusammenarbeit mit Veranstaltenden, Kreditbewilligung	2009/530
	Postulat der Fraktionen von FDP, SVP und CVP, Bericht zum Projekt FamoZ, Antrag auf Abschreibung	2009/388
	Postulat der Fraktionen von FDP, SVP und CVP, Bericht zum Projekt FamoZ, Ergänzung zur Weisung 415 vom 02.09.2009	2009/455
3. März	Strategiebericht zum Sportstättenbau der Jahre 2010 bis 2014, Antrag auf Abschreibung von acht Postulaten	2009/454
	Stadtküche, Verkauf an die Menu and More AG, Auflösung der Dienstabteilung, Beteiligung der Stadt an der Menu and More AG	2009/60
	Gemeinsamer Kauf der Aktien der Zentralwäscherei Zürich zusammen mit dem Universitätsspital Zürich und dem Kantonsspital Winterthur, Ausgabenbewilligung für den Kauf des Aktienanteils der Stadt Zürich	2009/394
10. März	Finanzierung der Mehrkosten für die Gesamtsanierung der Villa Patumbah, teilweise Änderung von GRB 5185 vom 1. März 2006	2009/253
	Amt für Städtebau, Kongresszentrum, Planungskredit für neue Standortevaluation und Machbarkeitsstudien	2009/512
	Dringliche Motion der SP-Fraktion, der Grüne-Fraktion und der AL-Fraktion betreffend Kongresshaus, Realisierung eines neuen Kongresszentrums, Bericht, Antrag auf Abschreibung	2009/528

<b>Datum</b>	<b>Titel</b>	<b>GR-Nr.</b>
10. März	Amt für Städtebau, Bauordnung, Ergänzung von Art. 8 Arealüberbauung mit einem neuen Abs. 6	2009/478
	Teilrevision Nutzungsplanung Seebacherstrasse beim Schulhaus Staudenbühl, Zürich-Seebach	2009/575
	Privater Gestaltungsplan Manegg mit Umweltverträglichkeitsprüfung und Allgemeinverbindlichkeitserklärung, Zürich-Wollishofen	2008/572
17. März	Postulat der Geschäftsprüfungskommission (GPK) vom 17.11.2004 betreffend städtische Beteiligungen im Erdgasbereich, Massnahmen zur personellen Entflechtung, Bericht	2006/600
	Postulat der Geschäftsprüfungskommission (GPK) vom 17.11.2004 betreffend Städtische Abordnungen, generelle Überprüfung, Bericht	2006/592
	Immobilien-Bewirtschaftung, Liegenschaft Aargauerstrasse 251, 8048 Zürich, Zumiete eines zusätzlichen Raumes für die Sozialen Einrichtungen und Betriebe (SEB) und Objektkredit	2009/513
	Schaffhauserstrasse, Bahnhof Oerlikon Quartieranbindung Ost, Erhöhung Objektkredit	2009/453
24. März	Baulinienvorlage Wunderlistrasse, Festsetzung	2009/529
	Tiefbauamt, Baulinienvorlage Hohlstrasse, Abschnitt Europabrücke bis Hardbrücke, Festsetzung	2009/609
	Förderung und Unterstützung der Arbeitsintegration von Jugendlichen und Erwachsenen, Gemeindebeschluss	2009/480
	Ablösung WOV, Überführung des Pilotbetriebs in einen definitiven Betrieb, Anpassung der Gemeindeordnung und Erlass einer Verordnung über die Globalbudgetierung	2007/619
	Neuerlass der Verordnung über die Entschädigung der Tätigkeiten der Schulbehörden und der öffentlich-rechtlichen Organisationen des Schulpersonals (VES) und der entsprechenden Ausführungsbestimmungen (AVES)	2009/399
	Änderung der Verordnung über die Volksschule in der Stadt Zürich (VVZ), Anpassung der Bestimmungen über die öffentlich-rechtlichen Organisationen des Schulpersonals	2009/400
	Einzelinitiative von Matthes Schaller betreffend Quartier-TV zur sozialen und integrativen Kommunikation, Ablehnung	2008/193
	Überführung des Projekts Altersheim Köschenrüti im Quartier Seebach an die Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich, samt Baurechtsabgabe des Baulandes an der Traktorenstrasse und Erhöhung des Budgets für die Abschreibung des Buchwertes	2009/476
	Rückwirkende Tilgungsregelung für das von der Stadt Zürich gewährte Darlehen an den Verein Wohnpflegeheime Schwamendingen	2010/49
	Provisorische Schulanlage Ruggächer, Mühlackerstrasse, Quartier Affoltern, Erweiterung um drei Pavillons und eine provisorische Turnhalle, Objektkredit	2010/4
31. März	Geschäftsordnung des Gemeinderats (GeschO GR), Teilrevision	2010/135
	Entschädigungsverordnung des Gemeinderats (EntschVO GR), Teilrevision	2010/136
	Seefeldstrasse 48 bis 54, Baurechtseinräumung an die Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich	2009/574
	Liegenschaftsverwaltung, Feldstrasse 100 bis 112, Baurechtseinräumung an die Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich	2009/607
	Motion von Bruno Kammerer betreffend Escher-Wyss-Platz, Vorlage einer erweiterten städtebaulichen Erschliessung, Bericht, Antrag auf Abschreibung	2009/370
	Sportanlage Heuried, Wiedikon, Umbau Rasenspielfeld R1 zu einem Kunstrasenspielfeld, Objektkredit	2010/51
	Sportanlage Lengg, Riesbach, Verbreiterung Rasenspielfeld R1, Umbau Rasenspielfeld R2 zu einem Kunstrasenspielfeld und Sanierung Kunstrasenspielfeld AW3, Objektkredit	2010/52
Sportanlage Steinkluppe, Unterstrass, Umbau Rasenspielfeld R1 zu einem Kunstrasenspielfeld, Sanierung Kunstrasenspielfeld AW2, Objektkredit	2010/53	

<b>Datum</b>	<b>Titel</b>	<b>GR.-Nr.</b>
7. April	Postulat 2005/528 von Salvatore Di Concilio betreffend Lehrstellen, Einrichtung weiterer Lehrwerkstätten und Bericht über deren Kosten, Bericht	2009/526
	Einstieg von Jugendlichen in die Berufswelt, Statusbericht zur Massnahmenpalette Bericht, Antrag auf Abschreibung von drei Postulaten	2009/610
	Quartierfabrik Vert.Igo, Trägerschaftswechsel	2009/606
	Postulat der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 30.11.2005: Führungsmodell Stadtrat Zürich, Bericht	2007/660
	Liegenschaftenverwaltung und Immobilien-Bewirtschaftung, Tauschvertrag mit der Stiftung Alterswohnungen betreffend Abgabe von Bauland an der Schaffhauser-/ Glattalstrasse, Quartier Seebach, und Übernahme der ehemaligen Alterssiedlung «Überland», Quartier Schwamendingen; Mietvertrag und Objektkredit für eine Kindertagesstätte und ein Familienzentrum in der Alterssiedlung «Seebach»	2010/31
14. April	Erweiterung des Kunsthause Zürich, Bauprojekt, Baubewilligungsverfahren, Vorbereitung der Ausführung, Erhöhung des Projektkredits	2009/589
	Neubau der Schulanlage Leutschenbach, Erhöhung des Objektkredits um 3,6 Mio. Fr.	2010/65
21. April	Teilrevision des Personalrechts (PR) und der Ausführungsbestimmungen (AB PR) betreffend Lohnfortzahlung bei Krankheit oder Unfall und Entlassung wegen Invaldität	2009/337
	Heizzentrale Hardau II, Bullingerstrasse 39, 8004 Zürich, Übertragung der Heizzentrale vom Finanz- zum Verwaltungsvermögen und Erneuerung der Wärmeerzeugungsanlage, Objektkredit	2009/439
26. Mai	Bericht der Finanzkontrolle für das Jahr 2009	2010/117
	Objektkredit von 72,1 Mio. Fr. für das Logistikzentrum Hagenholz	2009/588
	Motion von Bernhard Piller und Mario Mariani betreffend Hardbrücke, Sanierung mit einem Veloweg vom Hardplatz bis zum Bucheggplatz, Bericht, Verzicht auf Erfüllung und Antrag auf Abschreibung	2009/527
9. Juni	Wohnmuseum Bäregasse, Abschluss einer Gebrauchsleihe zur Einrichtung der Ausstellungsplattform «MoneyWorld»	2010/46
16. Juni	Pflegezentrum Entlisberg: Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) über Vorkommnisse und mutmassliche Übergriffe von Pflegepersonen an Bewohnerinnen und Bewohnern des Pflegezentrums Entlisberg	2009/106
30. Juni	Amt für Städtebau, Privater Gestaltungsplan «Oberer Leonhard», Zürich Oberstrass	2009/479
7. Juli	Rechnung 2009, Genehmigung der Verwaltungsrechnung 2009	2010/137
	Teilrevision der städtischen Parkplatzverordnung (GRB vom 11.12.1996)	2008/45
	Neue Angebote in der Arbeitsintegration, Basisbeschäftigung und Teillohnangebote, Einführung und Bewilligung von Ausgaben für die Jahre 2011 und 2012	2009/590
	Pro Juventute Zürcher Gemeinschaftszentren, Trägerschaftswechsel	2010/149
	Volksinitiative «Sofortmassnahmen Zürich Nord-West», Ablehnung und Gegenvorschlag	2009/249
	Volksinitiative «Rosengarten-Tram», Umsetzungsvorlage, Ablehnung und Gegenvorschlag	2009/250
14. Juli	Zusatzkredite I. Serie 2010	2010/222
	Jugendwohnkredit 2010, Rahmenkredit von 20 Mio. Fr. für die Förderung von preisgünstigem Wohnraum für Jugendliche in Ausbildung	2010/47
	Baurechtsvertrag für genossenschaftlichen Wohnungsbau mit der Jubiläums-Baugenossenschaft «Mehr als Wohnen» auf dem Hunzikerareal, Hagenholzstrasse 102a	2010/66
	Liegenschaftenverwaltung, Baurechtsvertrag für die Erstellung einer gemeinnützigen Wohn- und Gewerbeüberbauung auf dem Areal Kalbreite, Quartier Auszersihl	2010/134
	Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich (Stiftung PWG), Neuwahl der Kontrollstelle für die Amtsdauer 2010–2014	2010/212
	Taxiverordnung der Stadt Zürich/Art. 11 Abs. 2 lit. d, Wohnsitzpflicht in der Schweiz als Voraussetzung für den Taxiausweis, Weiterzug des Entscheids des Bezirksrats von Zürich vom 15. April 2010 an das Verwaltungsgericht	2010/231

<b>Datum</b>	<b>Titel</b>	<b>GR.-Nr.</b>
14. Juli	Taxiverordnung der Stadt Zürich/Art. 16 Abs. 1, Tarifordnung, und Art. 24 Abs. 2, Vermittlungsverbot auswärtiger Taxifahrender, Weiterzug des Entscheids des Bezirksrats von Zürich vom 15. April 2010 an das Verwaltungsgericht	2010/232
25. August	Schweizerischer Städteverband, Bewilligung des Mitgliederbeitrags	2010/200
	Ausbau Nordumfahrung Zürich, Beitrag der Stadt Zürich an die Kosten für die Autobahnüberdeckung Katzenssee, Objektkredit	2010/50
	Erhöhung des Objektkredits von 11,172 Mio. Fr. um 98,828 Mio. Fr. auf 110 Mio. Fr. für die Quartieranbindung Ost zum Bahnhof Oerlikon	2010/198
1. September	Humanitäre Hilfe im Ausland, Beitrag von 100 000 Franken an das Schweizerische Rote Kreuz (SRK) für die Flutopfer der Überschwemmungen von August 2010 in Pakistan	2010/347
	Dringliche Motion von Rebekka Wyler (SP) und Pierino Cerliani (Grüne) betreffend Wohnraum für mindestens 1000 Studierende, Bereitstellung, Bericht und Abschreibung	2010/223
8. September	Kreiswahlbüros, Erneuerungswahl der Mitglieder für die Amtsdauer 2010–2014	2010/282
	Insieme Zürich Stadt und Bezirk Meilen, Verein für Menschen mit einer Behinderung, Beiträge «Treff» 2011 bis 2014	2010/262
	Liegenschaftsverwaltung, Erstellen einer kommunalen Wohnsiedlung auf dem Areal Kronenwiese, Quartier Zürich Unterstrass, Projektierungskredit	2009/611
15. September	Schaffung eines Forschungsschwerpunkts Energieeffizienz und Erneuerbare Energien der Stadt Zürich, Projekt «Wir leben 2000 Watt – Mehr Energieeffizient im Zürcher Alltag»	2010/114
	Aufhebung des Gemeinderatsbeschlusses vom 20. Januar 1999 betreffend Erteilung von Bewilligungen für Arbeiten an Gasinstallationen, Übertragung der Installationskosten für Gasinstallationen und der Apparatekontrolle von Gasapparaten an die Erdgas Zürich AG	2010/115
	Privater Gestaltungsplan Kornhaus Swissmill, Zürich Aussersihl	2010/116
	Amt für Städtebau, Teilrevision Nutzungsplanung, Glockenhof, Zürich-City	2010/260
22. September	Bericht der Beauftragten in Beschwerdesachen (Ombudsfrau) für das Jahr 2009	2010/213
	Bericht des Datenschutzbeauftragten für das Jahr 2009	2010/234
	Geschäftsbericht des Stadtrats 2009	2010/150
	Trimesterbericht I/2010	2010/248
29. September	Empfehlungen des Berichts der GPK vom 16. März 2009 betreffend Schulkreis Uto, Probleme und Vorkommnisse in den Schulhäusern Borweg und Bachtobel sowie weiteren Schulhäusern, Bericht des Stadtrats über Prüfung/Umsetzung der Empfehlungen	2010/141
	Theater am Neumarkt AG, Theaterhaus Gessnerallee, Zürcher Kammerorchesterverein, Zoo Zürich AG, Delegation der Zuständigkeit für die Festsetzung der Jahresbeiträge (Teuerungsanpassungen)	2010/215
	Postulat von A. Recher, Peider Filli und 13 Mitunterzeichnenden betreffend Sklaverei, historische Aufarbeitung des Archivs der früheren Bank Leu & Co., Bericht und Abschreibung	2010/220
	Theater am Neumarkt AG, Beitragserhöhung zur Finanzierung der Kinderzulagen	2010/221
6. Oktober	Verlängerung des Rahmenkredits für die Umsetzung des Plan Lumière in der Stadt Zürich bis Ende 2013	2010/233
	Amt für Städtebau, Teilrevision Nutzungsplanung, Forchstrasse 395/399	2010/261
	Stiftung Zürcher Kinder- und Jugendheime ZKJ, Beiträge 2011 bis 2014 für das Angebot «Ausbildung Hauswirtschaft Obstgarten»	2010/269
	Evangelische Gesellschaft Kanton Zürich, Isla Victoria, Betriebsbeiträge und Mieterlass 2011 bis 2014	2010/334
	Verein Jugendwohnnetz Zürich, Beiträge 2011 bis 2014	2010/335
	Verein Kinderzirkus Robinson, Raumüberlassung für die Jahre 2011 bis 2014 an den Kinderzirkus Robinson	2010/336
	Verein Marie Meierhofer-Institut für das Kind, Beiträge 2011 bis 2014	2010/337

<b>Datum</b>	<b>Titel</b>	<b>GR.-Nr.</b>
27. Oktober	Sammlung und Verwertung von Grüngut, Beteiligung an der Biogas Zürich AG	2010/140
	Tiefbauamt, ÖV-Plattform Bahnhof Stettbach, Projektanpassungen, Erhöhung Objektkredit, Bewilligung zusätzlicher gebundener Ausgaben und Vergabeerhöhung	2010/372
	Elektrizitätswerk (ewz), Projekt Smart Metering, Objektkredit	2010/333
	SEBA (Selbständig bleiben im Alter), ein wirkungsvolles Angebot der Gesundheitsförderung für ältere Menschen, Defizitdeckung	2010/352
3. November	Amt für Städtebau, Sonderbauvorschriften Neu-Oerlikon, Änderung	2010/394
	Liegenschaftsverwaltung, Kauf der Gewerbeliegenschaften an der Hohlstrasse 477/479 und 483, Quartier Altstetten	2010/351
	Liegenschaftsverwaltung, Verkauf von zwei Baulandparzellen in Hegnau Volketswil an die Stiftung für die Inter-Community School, Zürich	2010/330
	Anschluss der Vorsorgeeinrichtungen des Schauspielhauses und der Tonhalle an die Pensionskasse Stadt Zürich, Bewilligung eines ehemaligen Kredits und Änderung der Subventionsanträge	2010/339
10. November	100 Jahre Cabaret Voltaire, Gewährung eines einmaligen Beitrags zur Vorbereitung des Jubiläums und Verlängerung des Mietvertrags für die Räumlichkeiten an der Münster-gasse 26/Spiegelgasse 1 für die Zeit vom 30. April 2011 bis 30. April 2017 (6 Jahre)	2010/284
	Schauspielhaus Zürich AG, Beteiligung an der Schiffbau Immobilien AG	2010/229
	Postulat Grüne-Fraktion betreffend Ansiedlung von Unternehmen, Massnahmenplan, Bericht und Abschreibung	2010/349
	Tiefbauamt, Baulinienvorlage Tulpenstrasse, Festsetzung	2010/199
	ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, befristeter Bonus, Antrag auf Abschluss der Bonusaktion	2010/280
17. November	Zusatzkredite II. Serie 2010	2009/407
	Immobilien-Bewirtschaftung, Neubau Schulanlage Blumenfeld (ehemals Ruggächer), Zürich-Affoltern, Projektwettbewerb und Vorprojekt, Projektierungskredit	2010/279
	Immobilien-Bewirtschaftung, Schulanlage Ilgen A/B, Quartier Hottingen, Neubau des Horts Fehrenstrasse 29, Objektkredit	2010/327
	Immobilien-Bewirtschaftung, Verzicht auf die Erstellung des Schulhauses Allenmoos II für Stützpunkte der Heilpädagogischen Schule und von Kleinklassen C, Schulpavillon Allenmoos II, Zürich-Unterstrass, Instandsetzung, Erweiterung und räumliche Optimierung, Objektkredit und Erhöhung des Projektierungskredits	2010/348
	Immobilien-Bewirtschaftung, Liegenschaft Rütistrasse 17/19, 8952 Schlieren, Miete und Einrichtung von Räumen, Objektkredit	2010/332
	Liegenschaftsverwaltung, Verkauf des ehemaligen Ferienlagerhauses «Bergquell» in Blatten/VS	2010/331
24. November	ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Kehrichtheizkraftwerk Hagenholz, Optimierung der Kehrichtbunkerbewirtschaftung im KHKW Hagenholz, Objektkredit	2010/373
	Asyl-Organisation Zürich, Genehmigung des Geschäftsberichts 2009	2010/287
1. Dezember	Verwaltungsreform, Trimesterbericht II 2010 zu den Globalbudgets	2010/438
	Verstärkung der Missbrauchsbekämpfung in der Sozialhilfe – Bericht nach Abschluss der Pilotphase	2010/374
	Stiftung Zürcher Schülerferien, Beiträge 2011 bis 2014	2010/384
	Verein Fachstelle für Schuldenfragen im Kanton Zürich, Beiträge 2011 bis 2014	2010/395
	Stiftung ECAP, Deutschkurse mit Kinderbetreuung, Beiträge 2011 bis 2014	2010/396
	Verein Job-Vermittlung Wipkingen, Beiträge 2011 bis 2014	2010/397
	Liegenschaftsverwaltung, Tauschvertrag mit der Stadt Opfikon bezüglich Bauland im Glattpark Opfikon	2010/350



<b>Datum</b>	<b>Titel</b>	<b>GR-Nr.</b>
8. Dezember	Voranschlag (Budget) 2011	2010/393
	Aufnahme von Anleihen und Darlehen sowie Ausgabe von Kassenscheinen im Jahre 2011, Eventualantrag	2010/485
15. Dezember	Einzelinitiative von Jacqueline Rizzo vom 1.03.2008 betreffend Gemeinderatswahlen mit tieferer Sperrklausel, Änderung der Gemeindeordnung (GO), Ablehnung	2008/130
	Stadtentwicklung, «Langstrassenkredit» (Förderung der Wohnlichkeit und des Gewerbes im Kreis 4), Bericht über die Mittelverwendung 2009 und 2010 sowie über den Abschluss des Kredits, Antrag auf Abschreibung eines Postulats	2010/285
	Zürich Tourismus, Weiterführung des Beitrages	2010/381
22. Dezember	Verein Schweizerisches Arbeiterhilfswerk, impuls-treffpunkt, Beratung für Erwerbslose, Beiträge 2011 bis 2014	2010/444
	Case Management am Arbeitsplatz in der Verwaltung der Stadt Zürich, Berichterstattung und Antrag auf stadtweite Weiterführung	2010/329
	Liegenschaftsverwaltung, Abgabe von 2148 m <sup>2</sup> Wohnbauland im Baurecht an der Eierbrechtstrasse, Quartier Hirslanden	2010/353

## 3. Rechtskonsulent

### 3.1 Aufgaben

Der Rechtskonsulent nimmt an den Sitzungen des Stadtrats mit beratender Stimme teil, prüft alle Stadtratsgeschäfte in rechtlicher Hinsicht und führt bzw. begleitet die ihm vom Stadtrat übertragenen Prozesse. Er beurteilt zuhanden der Gesamtbehörde Rechtsfragen, insbesondere aus den Gebieten des Verwaltungsrechts und des gesamten öffentlichen Rechts. Vom Stadtrat und mit dessen Zustimmung auch vom Gemeinderat kann er mit Rechtsgutachten beauftragt werden. Darüber hinaus übernimmt er die amtliche Vorprüfung von Volksinitiativen. Sein Stellvertreter leitet die städtische Schätzungskommission zur Beratung des Stadtrats und der Dienstabteilungen in Grundstücksgeschäften und vertritt die Stadt in Verfahren wegen formeller oder materieller Enteignung.

### 3.2 Jahresschwerpunkte

#### Amtliche Vorprüfung von Volksinitiativen

Der Rechtskonsulent führte für zwei (Vorjahr vier) Volksinitiativen eine amtliche Vorprüfung durch. Da die zur Vorprüfung eingereichten Initiativen (untergeordnete) Mängel aufwiesen, nahm der Rechtskonsulent in beiden Fällen eine informelle Vorprüfung vor, die es erlaubte, die festgestellten Mängel in einem unkomplizierten Verfahren zu beseitigen. Der Stadtrat musste deshalb nie einseitig Änderungen anordnen.

#### Initiativrecht

Das Gesetz über die politischen Rechte wurde im Berichtsjahr revidiert; die Änderungen sind auf 1. Januar 2010 in Kraft gesetzt worden. Die Broschüre des Rechtskonsulenten zum Initiativrecht von 2005 wurde der neuen Rechtslage entsprechend überarbeitet. Dies hat sich als zweckmässig erwiesen, da diese Broschüre häufig verlangt wird und die Fragen im Zusammenhang mit dem Initiativverfahren erläuterungsbedürftig sind. Die überarbeitete Broschüre soll im Februar 2011 im Dike Verlag erscheinen.

#### Mitberichte zu Einsprachen

Der Rechtskonsulent erstellte zu 307 (Vorjahr 132) Einsprachen einen Mitbericht (vgl. Tabelle). Die Zunahme der Einsprachen gegenüber dem letzten Jahr ist auf die Lohnmassnahmen 2009 zurückzuführen.

#### Juristische Abklärungen

Der Rechtskonsulent nahm zu verschiedenen Fragen aus Verwaltung und Parlament mit kürzeren oder längeren Exposés Stellung, so zu Fragen der finanzrechtlichen Bedeutung von Eigenleistungen, zu Zuständigkeitsfragen bei Verträgen und Mitgliedschaften bei Verbänden, zu Projektanpassungen im Zusammenhang mit bewilligten Verpflichtungskrediten, zum Amtsgeheimnis und zum freien Kredit des Stadtrats. Es wurden mehrere Anfragen der RPK beantwortet, unter anderem bezüglich Handhabung von Zusatzkrediten und zu den Untersuchungsmitteln der RPK. Im Weiteren ging es um Themen wie

das Nettoprinzip, das Notbudget, Nacht- und Sonntagszulagen, die Verrechnung von Polizeikosten und die Prüfung von Statuten. Der Rechtskonsulent bzw. sein Stellvertreter haben in verschiedenen Projekten mitgewirkt, so im Projekt Neuerlass einer Datenschutzverordnung, im Projekt des Neuerlasses eines Handbuchs der Haushaltsführung sowie in einem Projekt für ein forensisches Institut Zürich. Der Rechtskonsulent hat für Juristinnen und Juristen der Stadtverwaltung zusammen mit HRZ einen ganztägigen Workshop zum Themenkreis Rechtsetzungstechnik organisiert und durchgeführt. Er war auch in den vorbereitenden Arbeitsgruppen des Kantons zu einem neuen Gemeindegesetz tätig. Stadintern wurde zusammen mit der Finanzverwaltung die Vernehmlassung zum Entwurf eines neuen Gemeindegesetzes erarbeitet und koordiniert.

Es wurde eine Richtlinie zum IDG-Status von Stadtratsbeschlüssen entworfen, die in die interne Vernehmlassung gegeben wurde.

#### Schätzungsgeschäfte

Die Schätzungskommission behandelte unter dem Vorsitz des Rechtskonsulenten-Stellvertreters an 17 (17) ordentlichen Sitzungen insgesamt 59 (36) Schätzungsgeschäfte sowie – in einem vereinfachten Verfahren – 19 (22) Bagatelgeschäfte.

#### Enteignungsverfahren

Ende 2010 waren sechs (sieben) vom Rechtskonsulenten-Stellvertreter geführte Verfahren betreffend formelle oder materielle Enteignungen pendent.

Formelle Enteignung: Seit längerem hängig sind folgende drei Verfahren: Tram Zürich-West, Durchmesserlinie der SBB und die bereits in Betrieb gegangene Glattalbahn (3. Etappe). In allen diesen Verfahren kann weitgehend mit einvernehmlichen Lösungen gerechnet werden, und es sind auch für zahlreiche Teilaspekte bereits Vereinbarungen getroffen worden. Immerhin musste im Berichtsjahr ein formelles Verfahren über das Entschädigungsbegehren eines Anstössers der neuen Tramlinie Zürich-West eröffnet werden. Auch im Zusammenhang mit den flankierenden Massnahmen für die Umfahrung Zürich-West verlangte ein Grundeigentümer die Durchführung eines formellen Entscheidungsverfahrens, da sich die Parteien über den Wert einer abzutretenden Liegenschaft nicht einigen konnten.

Materielle Enteignung: Die 1992 beschlossene, allerdings zum Teil erst zu Beginn der Jahrhundertwende rechtskräftig gewordene Revision der Bau- und Zonenordnung hat zu verschiedenen Entschädigungsprozessen geführt, die inzwischen bis auf einen (er betrifft die Kernzone Hohe Promenade) abgeschlossen sind. Zu Gunsten der Stadt entschieden hat das Bundesgericht im Berichtsjahr, dass die Zuweisung der Oberen Weinegg in Zürich-Riesbach zur Freihaltezone keine materielle Enteignung darstellt, womit der Stadt eine Ausgabe von rund 30 Mio. Fr. erspart bleibt. Noch hängig ist ein durch eine denkmalpflegerische Unterschutzstellung ausgelöstes Entschädigungsverfahren. Da eine nötige Quartierplanrevision rechtskräftig geworden ist, dürfte dieses Verfahren bald durch einen Vergleich abgeschlossen werden können.

## Einsprachen nach Themengruppen

	2006	2007	2008	2009	2010
Personal					
Überleitung ins neue Lohnsystem/Lohnmassnahmen	11	6	16	47	223
übrige personalrechtliche Anordnungen	23	29	21	26	13
Gebühren					
Abschleppgebühren	3	3	0	5	6
Anschlussgebühren für Bezug elektrischer Energie	5	1	3	1	2
Abfall-/Abwasser-/Hauszuleitungsgebühren	13	3	0	2	8
Zuschlagtaxen infolge Fahrens ohne gültigen Ausweis	5	3	5	4	6
andere	4	1	4	7	12
Verkehr					
Strassenprojekte	4	0	0	0	0
Verkehrsanordnungen	4	7	3	12	7
Entzug, Erteilung, Nichterteilung einer Betriebsbewilligung					
Taxibetriebsbewilligung	6	3	2	1	3
andere	4	6	11	8	6
Beitragsleistungen (Elternbeiträge/Stipendien/Alimentenbevorschussung u. a.)	1	8	12	14	10
Schliessungszeit im Gastgewerbe, Tierhaltung, Platzierung Kunststoffcontainer	6	17	1	0	2
Diverse	0	5	5	5	9
<b>Total behandelte Einsprachen</b>	<b>89</b>	<b>92</b>	<b>83</b>	<b>132</b>	<b>307</b>

## 4. Kennzahlen Allgemeine Verwaltung

	2006	2007	2008	2009	2010
Mitarbeitende total	351	354	339	350	356
– davon Frauen	190	194	185	185	185
– davon Männer	161	160	154	165	171
Ø Stellenwert-Äquivalent <sup>2</sup>	307	312	302	315	315
Führungskader total	98	98	94	81	84
– davon Frauen	34	30	26	26	27
– davon Männer	64	68	68	55	57
Lernende total	22	20	22	20	25
– davon Frauen	18	14	14	12	17
– davon Männer	4	6	8	8	8
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad ≥ 90.00 % (Vollzeitstellen)<sup>1</sup></b>					
Total	245	243	233	235	242
Frauen	102	103	100	91	93
Männer	143	140	133	144	149
Frauen in %	41.6	42.4	42.9	38.7	38.4
Männer in %	58.4	57.6	57.1	61.3	61.6
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 50.00–89.99 % (Teilzeitstellen I)<sup>1</sup></b>					
Total	79	83	82	90	87
Frauen	64	67	65	69	68
Männer	15	16	17	21	19
Frauen in %	81.0	80.7	79.3	76.7	78.2
Männer in %	19.0	19.3	20.7	23.3	21.8
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 0.01–49.99 % (Teilzeitstellen II)<sup>1</sup></b>					
Total	27	28	29	34	33
Frauen	24	24	24	33	30
Männer	3	4	5	1	3
Frauen in %	88.9	85.7	82.8	97.1	90.9
Männer in %	11.1	14.3	17.2	2.9	9.1
Personalaufwand	–	44 390 735	45 343 947	49 294 374	52 503 482
Sachaufwand	–	23 853 114	17 474 201	11 596 513	10 473 337
Übriger Aufwand	–	29 100 610	44 489 189	66 564 555	13 911 932
Total Aufwand	–	97 344 459	107 307 337	127 455 442	76 888 751
Bruttoinvestitionen	–	–	–	–	–

### Definitionen:

In den jeweiligen Zahlen sind diejenigen Mitarbeitendenkreise berücksichtigt, die in den gesamtstädtischen Personalkennzahlen im Stadtratsteil genannt sind. Ab 2008 werden alle Mitarbeitenden mit aktiver Anstellung im Dezember gezählt. Bis 2007 wurden nur jene mit aktiver Anstellung und Lohnzahlung im Dezember gezählt.

<sup>1</sup> Bis 2007 wurden Mehrfachanstellungen pro Mitarbeitenden zuerst addiert und dann als eine einzige Anstellung ausgewiesen. Mit der Einführung von SAP werden ab 2008 alle Anstellungen einzeln mit dem entsprechenden Beschäftigungsgrad ausgewiesen. Das Total aller Anstellungen entspricht somit nicht mehr dem Total aller Mitarbeitenden. Die Anzahl der Anstellungen 2008 wurden entsprechend korrigiert und mit den Werten von 2009 vergleichbar gemacht.

<sup>2</sup> Die Stellen der Stadträtinnen und Stadträte werden wieder in der Institution 1015 Stadtrat mitgezählt; die durchschnittlichen Stellenwert-Äquivalente 2008 erhöhen sich dadurch um 9 Stellenwerte.

## 5. Parlamentarische Vorstösse

### I. Unerledigte Initiativen

Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2010)

Volks- und Einzelinitiativen, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

EIS = Einzelinitiative Stimmbürger (Erledigungsfrist 1½ Jahre mit ½ Jahr Verlängerung)  
EIR = Einzelinitiative Ratsmitglied (Erledigungsfrist 1½ Jahre mit ½ Jahr Verlängerung)  
VI = Volksinitiative (Erledigungsfrist 1½ Jahre mit ½ Jahr Verlängerung)

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
EIS 2008/000308 2008/000130	26.03.2008 27.08.2008	Jacqueline Rizzo Gemeinderatswahlen mit tieferer Sperrklausel, Änderung der Gemeindeordnung

*Die Gemeindeordnung Art. 23 Abs. 4 der Gemeindeordnung soll wie folgt geändert werden: Eine Listengruppe gemäss kantonalem Recht nimmt an der Sitzverteilung nur teil, wenn wenigstens eine ihrer Listen mindestens 2% aller Parteistimmen des betreffenden Wahlkreises erhalten hat.*

Der Gemeinderat hat am 15. Dezember 2010 entschieden, die Einzelinitiative von Jacqueline Rizzo den Stimmberechtigten zum Entscheid zu unterbreiten. Die Urnenabstimmung findet 2011 statt.

## II. Unerledigte Motionen und Postulate

Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2010)

Motionen und Postulate, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

MOT = Motion (Erledigungsfrist zwei Jahre nach Überweisung)

POS = Postulat (Erledigungsfrist zwei Jahre nach Überweisung)

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
MOT 1999/000763 1999/000178	21.04.1999 10.11.1999	SP-Fraktion Übernahme der kantonalen Bestimmungen

*Der Stadtrat wird beauftragt, die Bestimmungen für die Aufnahme in das Bürgerrecht der Stadt Zürich aufzuheben und Einbürgerungen nach den kantonalen Richtlinien vorzunehmen.*

Dieser Vorstoss wurde von der GR-Kommission Einbürgerungsrichtlinien (zusammen mit der Weisung BG-Nr. 793) an die Bürgerrechtskommission überwiesen. Die Bürgerrechtskommission hat ihre diesbezügliche Arbeit sistiert, um die aktuellen Entwicklungen auf Bundes- und Kantonsebene bzw. deren Auswirkungen auf die städtischen Kompetenzen abzuwarten.

Unterdessen hat der Kantonsrat ein kantonales Bürgerrechtsgesetz verabschiedet. Das neue Gesetz wird – vorbehaltlich des zustimmenden Ergebnisses der Volksabstimmung – die Richtlinien der Stadt Zürich zur Einbürgerung tangieren.

Abwarten der Volksabstimmung: keine Abschreibung der Motion

MOT 1999/000928 1999/000217	26.05.1999 10.11.1999	Sörensen Hansjörg und Schmid Ronald Einbürgerung, Änderung der Richtlinien
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage für neue Richtlinien für die Einbürgerung von im Ausland geborenen Ausländern zu unterbreiten. Die Richtlinien sind wie folgt zu ändern:*

- Art. 7 lit. a (geänderter Art. 7)
- Von den Bewerbern um das städtische Bürgerrecht wird verlangt, dass sie die Zürcher Mundart verstehen sowie eine deutschschweizerische Mundart in angemessener Weise sprechen oder sich mindestens in schriftdeutscher Sprache ausdrücken können.
- Art. 7 lit. b (neu)
- Von den Bewerbern wird verlangt, dass sie angemessene Kenntnisse über den schweizerischen Staat sowie über die Rechte und Pflichten der Schweizer Bürger besitzen.
- Art. 7 lit. c (neu)
- Die Lebenskosten und Unterhaltsverpflichtungen müssen durch eigenes Erwerbseinkommen, Vermögen oder Rechtsansprüche gegenüber Dritten gedeckt sein.
- Bewerber dürfen in den letzten 3 Jahren vor der Einreichung des Bürgerrechtsgesuchs keine staatlichen Fürsorgeleistungen bezogen haben.

Dieser Vorstoss wurde von der GR-Kommission Einbürgerungsrichtlinien (zusammen mit der Weisung BG-Nr. 793) an die Bürgerrechtskommission überwiesen. Die Bürgerrechtskommission hat ihre diesbezügliche Arbeit sistiert, um die aktuellen Entwicklungen auf Bundes- und Kantonsebene bzw. deren Auswirkungen auf die städtischen Kompetenzen abzuwarten.

Unterdessen hat der Kantonsrat ein kantonales Bürgerrechtsgesetz verabschiedet. Das neue Gesetz wird – vorbehaltlich des zustimmenden Ergebnisses der Volksabstimmung – die Richtlinien der Stadt Zürich zur Einbürgerung tangieren.

Abwarten der Volksabstimmung: keine Abschreibung der Motion

POS 2000/001199 2000/000292	21.06.2000 10.01.2001	Marti Peter und Rosenheim Monjek Einbürgerung, Einführung von Sprachtests
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten, das Bestehen eines einfachen Sprachtests bei einem externen, neutralen Gremium in Deutsch durch alle fremdsprachigen, erwachsenen Personen nichtschweizerischer Nationalität als ein verbindliches Einbürgerungskriterium zu prüfen.*

Dieser Vorstoss wurde von der GR-Kommission Einbürgerungsrichtlinien (zusammen mit der Weisung BG-Nr. 793) an die Bürgerrechtskommission überwiesen. Die Bürgerrechtskommission hat ihre diesbezügliche Arbeit sistiert, um die aktuellen Entwicklungen auf Bundes- und Kantonsebene bzw. deren Auswirkungen auf die städtischen Kompetenzen abzuwarten.

Unterdessen hat der Kantonsrat ein kantonales Bürgerrechtsgesetz verabschiedet. Das neue Gesetz wird – vorbehaltlich des zustimmenden Ergebnisses der Volksabstimmung – die Richtlinien der Stadt Zürich zur Einbürgerung tangieren.

Abwarten der Volksabstimmung: keine Abschreibung der Motion

POS 2010/000644 2010/000257	14.11.2007 09.06.2010	Uttinger Ursula und Egger Urs Einbürgerungen, Bestehen einer Deutschprüfung als Voraussetzung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird verpflichtet, dem Gemeinderat einen Antrag zu einer städtischen, durch den Gemeinderat gestützt auf Art. 41 lit. I GO zu erlassenden Einbürgerungsverordnung zu unterbreiten, in der festgehalten wird, dass für die Erlangung des Zürcher Gemeindebürgerrechts das Bestehen einer Deutschprüfung bei einer unabhängigen und externen Institution vorausgesetzt ist, und zwar für alle Bewerbenden individuell. Eine Beurteilung von Härtefällen soll möglich sein. Das für eine Einbürgerung benötigte Deutschniveau ist verbindlich in der Verordnung festzulegen.*

### III. Abschreibungsanträge für Motionen und Postulate

Postulate, für die der Stadtrat dem Gemeinderat den Antrag auf Abschreibung stellt.

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 2005/000232 2005/000042	09.02.2005 14.09.2005	Gut Susi und Liebi Roger Informationspolitik des Stadtrats, Optimierung

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die stadträtliche Informationspolitik ohne Mehrkosten und ohne Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze den Bedürfnissen der Steuerzahler und des Gemeinderats angepasst und optimiert werden kann.*

Seit der Erneuerung der städtischen Internetseite im Dezember 2008 wurde diese stetig im Sinne der Kundenbedürfnisse und des Öffentlichkeitsprinzips ausgebaut. Zur Publikation der Amtlichen Sammlung sowie der Wahl- und Abstimmungsergebnisse kamen per 1. Januar 2010 die gemäss Informations- und Datenschutzgesetz öffentlichen Stadtratsbeschlüsse hinzu. Sofern zu den Stadtratsbeschlüssen eine Medienmitteilung besteht, wird der betreffende Beschluss direkt mit der Mitteilung verlinkt ([www.stadt-zuerich.ch/strb](http://www.stadt-zuerich.ch/strb)). Neu sind seit Ende September auch die Verzeichnisse der vorhandenen Informationsbestände in der Stadtverwaltung im Internet publiziert. Zudem können zu diversen Themen elektronische Newsletter abonniert werden. Die über 20 Newsletter sind ein kostenloser Service der Stadt Zürich. Sie informieren schnell und transparent über politische Entscheide sowie die Verwaltungstätigkeit:

[www.stadt-zuerich.ch/portal/de/index/aktuelles/newsletter.html](http://www.stadt-zuerich.ch/portal/de/index/aktuelles/newsletter.html)

Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat, das Postulat abzuschreiben.





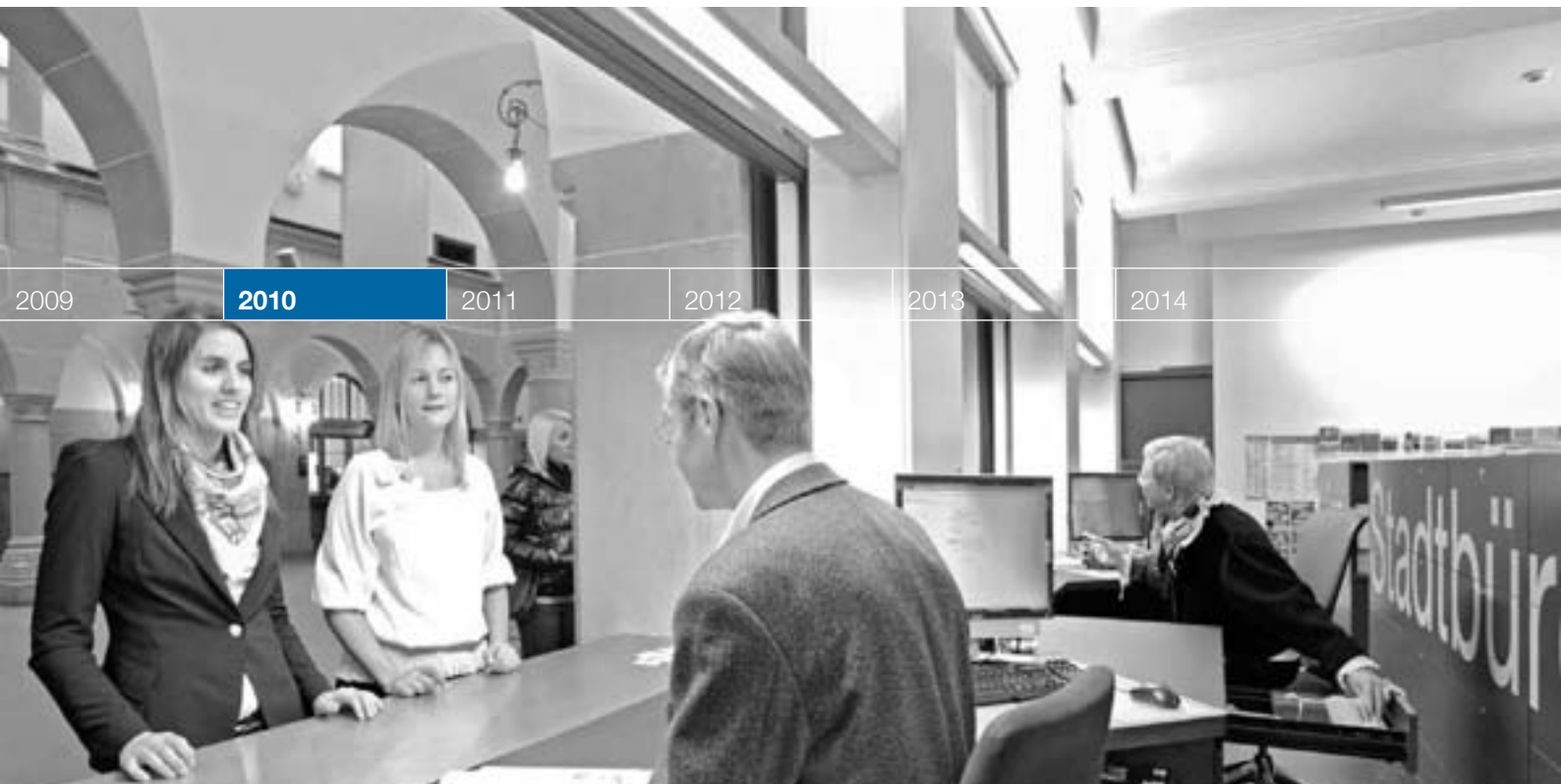


Bild: Stadt Zürich

# Geschäftsbericht 2010

## Präsidialdepartement

# Inhaltsverzeichnis Geschäftsbericht Präsidialdepartement

<b>1.</b>	<b>Vorwort der Stadtpräsidentin</b>	<b>27</b>
<b>2.</b>	<b>Legislaturziele und Jahresschwerpunkte</b>	<b>28</b>
<b>3.</b>	<b>Kennzahlen Präsidialdepartement</b>	<b>29</b>
<b>4.</b>	<b>Departementssekretariat, Fachstellen, Dienstabteilungen</b>	<b>30</b>
<b>4.1</b>	<b>Departementssekretariat</b>	<b>30</b>
4.1.1	Aufgaben	30
4.1.2	Jahresschwerpunkte	30
<b>4.2</b>	<b>Kultur</b>	<b>30</b>
4.2.1	Aufgaben	30
4.2.2	Jahresschwerpunkte	30
4.2.3	Kennzahlen	33
<b>4.3</b>	<b>Museum Rietberg</b>	<b>34</b>
4.3.1	Aufgaben	34
4.3.2	Jahresschwerpunkte	34
4.3.3	Kennzahlen	35
<b>4.4</b>	<b>Bevölkerungsamt</b>	<b>35</b>
4.4.1	Aufgaben	35
4.4.2	Jahresschwerpunkte	35
4.4.3	Kennzahlen	37
<b>4.5</b>	<b>Archiv und Statistik</b>	<b>37</b>
4.5.1	Aufgaben	37
4.5.2	Jahresschwerpunkte	37
4.5.3	Kennzahlen	39
<b>4.6</b>	<b>Stadtentwicklung Zürich</b>	<b>41</b>
4.6.1	Aufgaben	41
4.6.2	Jahresschwerpunkte	41
4.6.3	Kennzahlen	43
<b>4.7</b>	<b>Fachstelle für Gleichstellung</b>	<b>44</b>
4.7.1	Aufgaben	44
4.7.2	Jahresschwerpunkte	44
4.7.3	Kennzahlen	45
<b>5.</b>	<b>Parlamentarische Vorstösse</b>	<b>46</b>

# 1. Vorwort der Stadtpräsidentin



Corine Mauch. (Bild: Luca Zanier)

## «Shanghai, Städtetag, Schiffbau und Stadthaus-Eröffnung»

An der Weltausstellung in Shanghai zeigte Zürich von Anfang Mai bis Ende Oktober einem Millionenpublikum, welchen Beitrag zur Lebensqualität in Städten Investitionen in die nachhaltige Stadtentwicklung leisten können. Während der Zürich-Woche stellte die Stadt insbesondere ihre Vision der 2000-Watt-Gesellschaft vor. Zürich und die Zürcher Wirtschaft profitierten von der Weltausstellung: Jeden Tag haben 10 000 bis 15 000 Personen den Pavillon besucht, und auch bei den chinesischen Medien und Städtevertretenden hat der Auftritt grossen Anklang gefunden.

Auch auf nationaler Ebene wurden aktiv Beziehungen gestärkt und intensiviert. Am von der Stadt Zürich organisierten «Städtetag 2010» des Schweizerischen Städteverbands (SSV) haben Ende August Delegierte aus über 120 Mitgliederstädten zukunftsfähige Konzepte für die an ihre Grenzen stossende Mobilität diskutiert.

Im Bereich der Kulturförderung hat die Stadt Zürich im Berichtsjahr zusammen mit dem Verwaltungsrat der Schauspielhaus

Zürich AG eine Lösung für den Theater- und Liegenschaftsbetrieb erarbeitet und damit die angestrebte langfristige Sicherung des Schiffbaus für das Theater erreicht. Auch der Kunstbetrieb auf dem Kunstareal Löwenbräu konnte langfristig gesichert werden. Der Stadtrat hat dem Gemeinderat ein entsprechendes Geschäft zur Entscheidung überwiesen. In der Abteilung für Kulturförderung ging auch die Stabsübergabe auf Direktionsebene erfolgreich vonstatten. Peter Haerle hat die Nachfolge von Jean-Pierre Hoby übernommen.

Mit Abschluss der Instandsetzung des Stadthauses sind Ende Oktober 2010 die temporär ausquartierten Dienstabteilungen ans Stadthausquai zurückgekehrt. Das Wiedereröffnungsfest am 6. November war ein grosser Erfolg: Rund 5500 Besucherinnen und Besucher liessen sich durch die sonst teilweise der Öffentlichkeit verschlossenen Räumlichkeiten führen und erkundeten das frisch renovierte Stadthaus. Für die Zürcher Bevölkerung bildet das Stadtbüro in der Eingangshalle als innovative, dienstleistungsorientierte erste Anlaufstelle für alle Anliegen eine kundenfreundliche Neuerung.

Im Rahmen des innerdepartementalen Legislatorschwerpunkts «Willkommenskultur» hat die Integrationsförderung im Herbst die Erstinformationen für Zuziehende überarbeitet. Neu in Zürich ansässige Ausländerinnen und Ausländer erhalten bei der Anmeldung in den Kreisbüros ein umfassendes Informationscouvert zu den wichtigsten Integrationsangeboten. Damit erfüllt die Stadt Zürich nicht nur ihren gesetzlichen Informationsauftrag, sondern setzt auch ein klares Zeichen des Willkommens.

Das Präsidialdepartement hat die Herausforderungen und Aufgaben des Jahres 2010 erfolgreich erledigt. Ein besonderer Dank dafür gilt den Mitarbeitenden, die sich auf allen Stufen und in den verschiedensten Funktionen mit Sachverstand, Herzblut und Ausdauer für die Stadt Zürich engagierten.

Stadtpräsidentin Corine Mauch  
Vorsteherin des Präsidialdepartements

## 2. Legislaturziele und Jahresschwerpunkte

Am 29. September präsentierte der Stadtrat die Schwerpunkte der Legislaturperiode (LSP) 2010–2014 als Ergebnis eines intensiven, gemeinsamen Erarbeitungsprozesses. Die vier Schwerpunkte «Kultur- und Kreativstadt Zürich», «eZürich», «Stadt und Quartiere gemeinsam gestalten» und «Frühförderung – gute Startchancen für alle Kinder» berücksichtigen die in den «Strategien Zürich 2025» formulierten langfristigen Zielsetzungen und tragen zur Sicherung und weiteren Entwicklung der ausgezeichneten Lebensqualität, zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zum wirtschaftlichen Wohlergehen Zürichs bei.

Die Stadtpräsidentin zeichnet für die Koordination der Planung und Umsetzung der Legislaturschwerpunkte 2010–2014 verantwortlich. Die Dienstabteilung Kultur des Präsidialdepartements hat die Federführung im Legislaturschwerpunkt «Kultur- und Kreativstadt Zürich»; die Verantwortung für den Schwerpunkt «Stadt und Quartiere gemeinsam gestalten» teilen sich die Dienstabteilungen Stadtentwicklung des Präsidialdepartements und das Amt für Städtebau des Hochbaudepartements. Bei der Umsetzung des Schwerpunktes «eZürich» wird aus dem Präsidialdepartement das Bevölkerungsamt involviert sein. Die Ziele und Massnahmen sowie die Broschüre (PDF) zu den Legislaturschwerpunkten 2010–2014 sind im Internet verfügbar: [www.stadt-zuerich.ch/lsp](http://www.stadt-zuerich.ch/lsp)

Als Repräsentantin der Stadt traf die Stadtpräsidentin 2010 an rund hundert Auftritten und Anlässen mit der Öffentlichkeit sowie Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Anspruchsgruppen zusammen. Neben dem direkten Austausch mit der Bevölkerung dienten die Treffen der Vertretung der Interessen der Stadt und der Kontaktpflege.

Die Dienstabteilungen und Fachstellen des Departements erreichten im Berichtsjahr wichtige Zielsetzungen und Meilensteine. Die Einzelheiten dazu finden sich in den entsprechenden folgenden Kapiteln des Geschäftsberichts.

### Altes Haus in neuem Glanz

Das Zürcher Stadthaus zeigt sich nach rund dreieinhalbjähriger Sanierung wieder als modernes Verwaltungsgebäude in historischer Hülle. 2010 konnten alle Mitarbeitenden ihre temporären Exile wieder verlassen und ins Stadthaus zurückkehren. Das Bevölkerungsamt, die Dienstabteilung mit den meisten Kundinnen- und Kundenkontakten, hat gezeigt, dass es sein Strategieziel «Top-Leistungen für Zürich» ernst nimmt: Am Freitagmittag wurden am Helvetiaplatz die Schalter geschlossen; am Montagmorgen bereits erfolgte der reguläre Betrieb im Stadthaus. Auch die Fachstelle für Gleichstellung, die 2010 ihr 20-jähriges Bestehen feierte, ist neu am Stadthausquai beheimatet.

Das Wiedereröffnungsfest mit der Bevölkerung am 6. November war ein grosser Erfolg. 5500 Besucherinnen und Besucher folgten dem Motto «Hereinspaziert»; Hunderte Interessierte waren bis Türschluss in den Gängen und Räumen im Haus unterwegs, zu Besuch bei den Dienstabteilungen, an den Konzerten, auf Entdeckungstour oder auf der Spur der Wettbewerbs-

lösung. Besondere Anziehungspunkte boten erwartungsgemäss der sonst geschlossene Stadtratssaal sowie das Büro der Stadtpräsidentin. Die 20 Hausführungen waren restlos ausgebucht, die Logo-Äpfel und -Schoggitaler sowie die Kürbissuppe und der Most der Sozialen Einrichtungen sehr begehrt. Begeistert zeigten sich auch die Kinder von den Knüpfballonen, dem «Diversitäts-Konfettiregen» der Fachstelle für Gleichstellung und den Asia-Malworkshops des Museums Rietberg. Eine wichtige Neuerung für die Zürcher Bevölkerung ist das vom Bevölkerungsamt betreute «Stadtbüro» in der Stadthaushalle als innovative, dienstleistungsorientierte zentrale Anlaufstelle.

Nach Abschluss der Renovationsphase konnten auch die temporären Kulturausstellungen ins Stadthaus heimkehren. Die erste Ausstellung «verwegen verworfen verpasst – Ideen und Projekte zu Zürichs Stadtentwicklung 1850–2009» erwies sich als Publikumsmagnet. Ein ausserordentlich erfreuliches Jahr hatte auch das Museum Rietberg mit über 100 000 Besucherinnen und Besuchern. In der Dienstabteilung Kultur verlief der «Stabswechsel» auf der obersten Führungsebene erfolgreich. Mit der Überarbeitung des Kulturleitbildes wurde bereits begonnen, die neuen und die adaptierten Ziele werden 2011 der Öffentlichkeit vorgestellt.

### Nachhaltigkeit auf internationaler Ebene

Im Kontext des Schwerpunktes «Allianzen schaffen – Politik über die Grenzen hinaus» aus der Legislaturperiode 2006–2010 stand der gemeinsame Auftritt der Städte Basel, Genf und Zürich an der World Expo 2010 Shanghai. Der in der «Urban Best Practices Area» beheimatete Pavillon zum Thema «Better Water – Best urban Life» zeigte von Anfang Mai bis Ende Oktober, welchen Beitrag Investitionen in ein nachhaltiges Wassermanagement für eine exzellente urbane Lebensqualität leisten. Die Zusammenarbeit der drei Schweizer Städte verlief sehr positiv, und das gemeinsame Pavillonprojekt stiess sowohl bei den Medien als auch beim Publikum auf grosses Interesse: Zwei Wochen vor Ausstellungsende wurde der zweimillionste Besucher begrüsst.

### Willkommenskultur als Departementsschwerpunkt

Die Integrationsförderung optimierte unter dem Ziel «Willkommenskultur» die Erstinformationen an Zuziehende. Das Thema wurde zudem neu als Departementsschwerpunkt evaluiert, der unter der Leitung des Bevölkerungsamts und der Stadtentwicklung (Integrationsförderung) in der laufenden Legislatur operationalisiert, von allen Dienstabteilungen mitgetragen und – wo möglich und sinnvoll – mit konkreten Massnahmen umgesetzt wird. Ebenfalls intensiv mit der Einwohnerschaft der Stadt Zürich setzte sich Statistik Stadt Zürich auseinander. Im Projekt Registerharmonisierung wurde nach der Inkraftsetzung der kantonalen Gesetzesgrundlagen mit der Erstvergabe einer amtlichen Wohnungsnummer und der Zuweisung eines Wohnungsidentifikators begonnen. Um die Zukunft von Zürichs Vergangenheit kümmerte sich das Stadtarchiv, und es startete ein Pilotprojekt sowie eine Vorstudie für den Aufbau einer Lösung für die Langzeitarchivierung elektronischer Daten.

### 3. Kennzahlen Präsidialdepartement

	2006	2007	2008	2009	2010
Mitarbeitende total	466	487	517	496	503
– davon Frauen	296	311	330	322	328
– davon Männer	170	176	187	174	175
Ø Stellenwert-Äquivalent <sup>2</sup>	349	377	367	369	361
Führungskader total	72	67	58	55	59
– davon Frauen	27	23	21	19	22
– davon Männer	45	44	37	36	37
Lernende total	6	6	6	6	6
– davon Frauen	4	4	4	4	4
– davon Männer	2	2	2	2	2
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad ≥ 90.00 % (Vollzeitstellen)<sup>1</sup></b>					
Total	244	240	236	224	224
Frauen	123	124	118	124	124
Männer	121	116	118	100	100
Frauen in %	50.4	51.7	50.0	55.4	55.4
Männer in %	49.6	48.3	50.0	44.6	44.6
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 50.00–89.99 % (Teilzeitstellen I)<sup>1</sup></b>					
Total	134	144	161	162	161
Frauen	102	104	114	110	108
Männer	32	40	47	52	53
Frauen in %	76.1	72.2	70.8	67.9	67.1
Männer in %	23.9	27.8	29.2	32.1	32.9
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 0.01–49.99 % (Teilzeitstellen II)<sup>1</sup></b>					
Total	88	103	133	119	130
Frauen	71	83	105	91	101
Männer	17	20	28	28	29
Frauen in %	80.7	80.6	78.9	76.5	77.7
Männer in %	19.3	19.4	21.1	23.5	22.3
Personalaufwand	42 033 879	43 732 739	45 969 018	45 774 964	46 781 780
Sachaufwand	22 237 151	26 299 973	24 719 163	27 118 948	27 170 306
übriger Aufwand	133 250 780	133 827 399	138 650 796	141 264 912	142 406 164
Total Aufwand	197 521 810	203 860 111	209 338 977	214 158 824	216 358 250
Bruttoinvestitionen	3 742 346	170 000	782 487	1 721 842	2 499 492

**Definitionen:**

In den jeweiligen Zahlen sind diejenigen Mitarbeitendenkreise berücksichtigt, die in den gesamtstädtischen Personalkennzahlen im Stadtratsteil genannt sind. Ab 2008 werden alle Mitarbeitenden mit aktiver Anstellung im Dezember gezählt. Bis 2007 wurden nur jene mit aktiver Anstellung und Lohnzahlung im Dezember gezählt.

<sup>1</sup> Bis 2007 wurden Mehrfachanstellungen pro Mitarbeitenden zuerst addiert und dann als eine einzige Anstellung ausgewiesen. Mit der Einführung von SAP werden ab 2008 alle Anstellungen einzeln mit dem entsprechenden Beschäftigungsgrad ausgewiesen. Das Total aller Anstellungen entspricht somit nicht mehr dem Total aller Mitarbeitenden. Die Anzahl der Anstellungen 2008 wurden entsprechend korrigiert und mit den Werten von 2009 vergleichbar gemacht.

<sup>2</sup> Die Stellen der Stadträtinnen und Stadträte werden wieder in der Institution 1015 Stadtrat mitgezählt; die durchschnittlichen Stellenwert-Äquivalente 2008 reduzieren sich dadurch um 1 Stellenwert.

## 4. Departementssekretariat, Fachstellen, Dienstabteilungen

### 4.1 Departementssekretariat

#### 4.1.1 Aufgaben

Die Zentralen Dienste und der Stab der Stadtpräsidentin bilden zusammen das Departementssekretariat. Die beiden Abteilungen erbringen Dienstleistungen für das gesamte Präsidialdepartement und stellen die interne Koordination sicher. Der Stab der Stadtpräsidentin ist zudem in departementsübergreifende Projekte eingebunden und für die interne Kommunikation im Departement verantwortlich. Die Zentralen Dienste sind für departementsinterne Querschnittsdienstleistungen und die Organisation von städtischen Anlässen zuständig. Sie sind auch die Kontaktstelle für die dem Präsidialdepartement administrativ zugeordneten Friedensrichter- bzw. Stadtammann- und Betreuungssämter.

#### 4.1.2 Jahresschwerpunkte

Die Zentralen Dienste koordinierten als Vertretung des Präsidialdepartements den Umzug der Dienstabteilungen zurück ins Stadthaus und hatten die Projektleitung für den Bevölkerungsanlass zur Wiedereröffnung des Stadthauses inne. Der Stab der Stadtpräsidentin trieb, neben seinen Aufgaben in der Führungsunterstützung, gesamtstädtische Projekte weiter voran, so. z.B. das Kunstareal Löwenbräu, wo unter anderem mit den Hubertus Exhibitions ein zwischenzeitliches Ausstellungszentrum als Provisorium bis Mitte 2012 an

der Albisriederstrasse realisiert werden konnte. Auch an der Erarbeitung einer Lösung für die Schiffbauproblematik war der Stab massgeblich beteiligt.

Bei den Anfragen aus der Bevölkerung verstärkt sich die bereits im Vorjahr festgestellte Verlagerung vom traditionellen Brief zur E-Mail-Nutzung. Die Zahl der Anfragen per Briefpost und per Fax sank 2010 um rund einen Drittel; gleichzeitig stieg der Anteil der E-Mail-Anfragen. Die Gesamtzahl der Anfragen 2010 blieb gegenüber dem Vorjahr in etwa konstant. Weiter ist zu beobachten, dass die Anliegen, die der Stadtpräsidentin vorgebracht werden, oft nicht das Präsidialdepartement, sondern die Stadtverwaltung allgemein bzw. andere Departemente oder gar Bund oder Kanton Zürich betreffen. Oft kommen die Anfragen von Personen, die nicht in Zürich wohnen. Der Beauftragte für Bevölkerungsanliegen leitet diese Anfragen oder Hinweise aus der Bevölkerung an die richtigen Stellen weiter.

2010 wurden 229 Empfänge und besondere Veranstaltungen durchgeführt (2009: 161). Davon fanden 33 im Muraltengut, 131 im Stadthaus, 65 in verschiedenen anderen Lokalitäten statt. Besonders zu erwähnen sind (in chronologischer Reihenfolge): das Preisträgerkonzert des Rahn-Musikpreises und die Eröffnung der Zürcher Festspiele in der Tonhalle, das Gemeinderatsfest, die Feier zum 100. Geburtstag von Jeanne Hersch, das Treffen für die Wirtschaftskommission Schweiz-Indien, der Bevölkerungsanlass zur Wiedereröffnung des Stadthauses, die Stadthauskonzerte des Blasmusikverbands und die Verleihung der Bodmer-Medaille an Frau Dr. Beatrice von Matt.

### 4.2 Kultur

#### 4.2.1 Aufgaben

Die Tätigkeit der Abteilung Kultur findet ihre Grundlage in Art. 67 der Gemeindeordnung, der dem Präsidialdepartement unter anderem folgende Aufgaben überträgt:

- Pflege und Förderung der Literatur, der Musik, der bildenden Künste, der Theater, des Films und des Tanzes,
- Verwaltung der Museen sowie
- allgemeine kulturelle Aufgaben.

Die Erfüllung dieser Aufgaben ruht im Wesentlichen auf drei Säulen:

- Betreuung und Begleitung der kulturellen Institutionen, die aufgrund befristeter oder unbefristeter Rechtsgrundlagen jährliche Beiträge erhalten;
- Förderung von Gruppen und Einzelprojekten mit Produktions- und Defizitdeckungsbeiträgen sowie Unterstützung von Kulturschaffenden mit Werkbeiträgen, Stipendien, Preisen und Ehrengaben, mit der Überlassung von Ateliers im In- und Ausland und dem Ankauf von Kunstwerken;
- Führung eigener Kulturbetriebe: Helmhaus (Bildende Kunst), Strauhof (Literaturausstellungen), Stadthaus Ausstellungen (Dokumentation), Theater am Hechtplatz, Filmpodium-Kino sowie Organisation von kulturellen Veranstaltungen (Theater Spektakel, Tage für neue Musik, Serenaden, Musikpodium, Stadtsommer, Literaturpodium u. a.).

Parallel dazu ist die Abteilung Kultur Ansprechpartnerin für Fragen zum Zürcher Kulturangebot und erbringt diverse

Dienstleistungen, wie Beratung, Öffentlichkeitsarbeit, Vermittlung, Informationsaustausch und Koordination.

#### 4.2.2 Jahresschwerpunkte

2010 war ein Jahr des Wandels: Kulturdirektor Jean-Pierre Hoby wurde nach 27 Jahren von Peter Haerle abgelöst. Mit dem Beginn der Legislatur 2010–2014 wählte der Stadtrat auch sämtliche Mitglieder der kulturellen Kommissionen und sämtliche städtischen Abordnungen in den kulturellen Institutionen neu.

Ende September erkor der Zürcher Stadtrat zudem den Schwerpunkt «Kultur- und Kreativstadt Zürich» zu einem von vier neuen Legislaturschwerpunkten und übertrug der Abteilung Kultur die Federführung. Ziel ist, die Wahrnehmung von Zürich als Kulturstadt im In- und Ausland zu verstärken sowie das kulturelle Angebot der Bevölkerung noch besser zu präsentieren und zu vermitteln. Im kulturpolitischen Bereich wurden Fortschritte in wichtigen Projekten erzielt: Für den Schiffbau wurde ein Modell einer Trägerschaft gefunden, das den nachhaltigen Fortbestand der Spielstätte sichert, ohne das Budget des Schauspielhauses zusätzlich zu belasten. Zur langfristigen Sicherung des Löwenbräu-Kunstareals hat die Stadt Zürich gemeinsam mit Migros und der Kunsthalle ein Trägerschaftsmodell entwickelt: Eine Aktiengesellschaft, an der die drei Parteien zu gleichen Teilen beteiligt sind, soll einen Teil des Areals kaufen und als Kunstareal betreiben. Für die Vorbereitung des Jubiläums «100 Jahre Dada» in Zürich im Jahr 2016 hat der Gemeinderat 390'000 Franken bewilligt. Das Konzept für die Feierlichkeiten wird im Jahr 2012 präsentiert. Im Rahmen der Erarbeitung des nächsten



Kulturleitbildes hat die Kulturabteilung öffentliche Veranstaltungen organisiert. An den zwei sehr gut besuchten Diskussionen wurde angeregt über den Zustand sowie die Ausrichtung der Zürcher Kulturpolitik diskutiert. Erfreulich entwickelte sich auch die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Kulturinstitutionen: Immer wieder kam es zu Kooperationen inhaltlicher und/oder räumlicher Art.

Der Kunstpreis der Stadt Zürich für das Jahr 2010 wurde dem Filmemacher Peter Liechti im Rahmen einer Feier im «Kaufleuten» verliehen. Die Literaturkritikerin Beatrice von Matt wurde mit der Johann-Jakob-Bodmer-Medaille ausgezeichnet. Die Feier fand im Stadthaus statt.

## Theater

Im Bereich der Theaterförderung wurden 2010 insgesamt 1 697 580 Franken an Produktions-, Aufführungs- und Gastspielbeiträgen vergeben. Davon entfallen bei insgesamt 89 eingegangenen Gesuchen 1 416 000 Franken auf Gruppenförderungen (400asa, Far A Day Cage, kraut\_produktion) und Produktionsbeiträge, 1 080 800 Franken auf Aufführungs- und Infrastrukturbeiträge, 83 500 Franken auf Gastspielunterstützung sowie 90 000 Franken auf Beiträge an die organisatorischen Aufwendungen von kleinen Theaterinstitutionen.

Die Werkstipendien gingen in diesem Jahr an die Ausstatteur Nic Tillein und den Regisseur Tomas Schweigen. Ausgezeichnet wurden Stephan Roppel, Leiter Theater Winkelwiese, sowie die Theaterreihe «Die Chronisten» von kraut\_produktion.

## Theater Spektakel

Mit acht sehr gut besuchten Vorstellungen ging am 5. September 2010 das 31. Zürcher Theater Spektakel zu Ende. Das Leitungsteam durfte künstlerisch wie finanziell eine positive Bilanz ziehen. Das vielseitige und teilweise anspruchsvolle Programm mit jungen, urbanen Produktionen aus Asien, Lateinamerika und Afrika und sechs Premieren stiess beim Publikum wie Kritik auf Offenheit, Interesse und erfreuliche Resonanz. Das Programm umfasste insgesamt 107 Vorstellungen. Zwei Drittel davon waren ausgebucht oder erreichten die budgetierte Auslastung. Die Zahl der abgesetzten Eintritte lag mit 27 500 etwas tiefer als im vergangenen Jahr. Grund dafür waren einerseits Produktionen, die nur beschränkte Zuschauerzahlen zulassen, andererseits haben sich die kühle Witterung und einige Regentage auf die Absätze an der Abendkasse ausgewirkt.



Die Seebühne am Zürcher Theater Spektakel. (Bild: Christian Altortler)

Erfreulicherweise fanden auch die nicht immer leicht zugänglichen Produktionen des Schwerpunktes «Asien» grossen Zuspruch. Die belgische Theater- und Tanzszene sorgte auch dieses Jahr für Höhepunkte. Gut behauptet haben sich auch die Schweizer Gruppen, die allesamt mit Premieren im Programm waren. Aber auch etablierte Schweizer Theatergrößen wie Zimmermann & de Perrot, Mass & Fieber, 400asa und Kolypan ebenso wie die Newcomer Tabea Martin & Matthias Mooij konnten ihre neuen Stücke einem interessierten und aufmerksamen Publikum zeigen. Als wahrer Publikums-magnet erwies sich der neue Spielort Haus am See. Mit seinem Angebot an junger Performancekunst, Improvisation, Gesprächen über und Video zum Theater hat das Haus am See zentrale Elemente des Theater Spektakels aufs Schönste unter einem Dach vereint.

## Theater am Hechtplatz

Die drei grossen Produktionen der Saison 09/10 waren «Reifen, Cash & Pannen» mit Walter Andreas Müller und Ensemble, «Scho wieder Sunntig» mit Jörg Schneider und Vincenzo Biagi und als Abschluss der Saison das Musical «Happy End» unter der Regie von Dominik Flaschka. «Eusi chlii Stadt» von Werner Wollenberger eröffnete die Spielzeit und stand im Rahmen des 50-Jahr-Jubiläums des Theaters. Die aus Anlass des Jubiläums für 2008/09 produzierte Aufführung «Jetzt erst Hecht» konnte wiederaufgenommen werden. Grosser Erfolg war den beiden Stars der Saison Wolf Biermann mit «Berlin, du deutsche Frau» und Seven mit «accoustic stories» beschieden. Viele verschiedene Schweizer Künstlerinnen und Künstler vertraten die Kabarett- und Comedy-Szene. Diverse Programme widmeten sich der Musik, zum Teil in kabarettistischer Form. Aus Anlass ihres 60. Bühnenjubiläums zeigte Dina Hinz das Stück «Oskar und die Dame in Rosa». Aus Deutschland waren Georgette Dee und die Geschwister Pfister zu Gast. Die Reihen «Böser Montag» und «Nightmärchen» konnten den Erfolg der vergangenen Spielzeiten fortsetzen. Traditionsgemäss gastierte die Zürcher Märchenbühne im Theater am Hechtplatz, diesmal mit «Räuber Hotzenplotz». Looslis Puppentheater zeigte «Pinocchio».

Die insgesamt 293 Vorstellungen besuchten 55 781 Zuschauerinnen und Zuschauer.

## E-Musik

Cécile Marti und Felix Profos erhielten je ein mit 42 000 Franken dotiertes Werkjahr für Komposition. Im Weiteren wurden Aufträge an 19 Komponistinnen und Komponisten im Gesamtbetrag von 76 000 Franken und 141 Konzerte von Orchestern, Kammerensembles und Chören sowie Musiktheaterproduktionen mit Defizitgarantien und Beiträgen in der Höhe von insgesamt 798 533 Franken gefördert. Im Rahmen des «Musikpodiums», der «Serenaden im Park der Villa Schönberg» und des Festivals «Tage für Neue Musik» fanden insgesamt 23 Eigenveranstaltungen statt, wobei neben den unverändert beliebten Serenaden insbesondere auch das in Zusammenarbeit mit der Tonhalle-Gesellschaft veranstaltete Festival künstlerisch sehr erfolgreich und auch sehr gut besucht war.

## Jazz/Rock/Pop

Der Popkredit-Kommission wurden im Berichtsjahr 248 Gesuche zur detaillierten Prüfung vorgelegt. Etwas mehr als die Hälfte aller Gesuche konnte positiv beantwortet und mit

Beiträgen zwischen 1500 und 20000 Franken für Tonträger, Tourneen, Festivals und Konzertreihen unterstützt werden. Die New-York-Atelier-Stipendien wurden an die Musiker Daniel Bachmann und Jean-Paul Brodbeck vergeben. Zur Förderung des freien musikalischen Schaffens wurden drei Werkjahre zu 42000 Franken vergeben, und zwar an Daniel Studer, Hansueli Tischhauser und Joy Frempong. Zum zweiten Mal wurden dieses Jahr Projektbeiträge für Vermittlung gesprochen. Begünstigt wurden das Label kuenschtl.ch, die Musikschule Female Funk Project und der Verein Jazzbaragge, der seit zehn Jahren im Club Mehrspur der ZHdK Konzerte veranstaltet. Ein weiterer Beitrag wurde an das Festival Label Suisse in Lausanne gesprochen. Zürcher Musikerinnen und Musiker erhielten so die Möglichkeit, am sehr populären und gut frequentierten Festival in der Westschweiz aufzutreten. Die Konzertreihe «Stadtsommer» fand zum dreizehnten Mal statt und war erneut sehr erfolgreich. Über 6000 Besucherinnen und Besucher hörten sich die sechs Gratiskonzerte an. Ausserdem wurden weit über 50 Beratungen von Musikerinnen und Musikern durchgeführt.

## Literatur

Zürcher Autorinnen und Autoren wurden mit drei Werkjahren (Melinda Nadj Abonji, Beate Rothmaier, Thomas Schenk) und acht Anerkennungsgaben (Urs Faes, Roman Graf, Svenja Herrmann, Peter Kamber, Klaus Merz, Annette Mingels, Hugo Ramnek, Ulrike Ulrich) unterstützt. Im Weiteren wurden 14 belletristische Neuerscheinungen von Zürcher Autorinnen und Autoren sowie 13 Sachbücher zu Zürcher Themen (Turicensia) mit Druckkostenzuschüssen unterstützt. Neben dem Literaturhaus Museumsgesellschaft wurden fünf einzelne, aber inhaltliche Schwerpunkte setzende literarische Veranstaltungen wie etwa die erste Ausgabe des Literaturfestivals «Zürich liest» 2011 (Konzeptentwicklung) oder das Internationale Slam-Poetry-Festival Anfang Dezember unterstützt. Erstmals wurde ein Beitrag an das Projekt «Writer in Residence» der Stiftung PWG und des Literaturhauses Zürich geleistet (erste von fünf Jahresraten). Das Literaturpodium der Stadt Zürich veranstaltete 13 Lesungen mit fremdsprachigen Autorinnen und Autoren, eine 14. Veranstaltung musste kurzfristig wegen Verhinderung der Autorin abgesagt werden.

Im Museum Strauhof besuchten im Betriebsjahr rund 16000 Personen die vier Ausstellungen «Hugo Loetscher – In alle Richtungen gehen», «Der Kunschtmeier. Ein Zürcher an Goethes Seite. Johann Heinrich Meyer (1760–1832)», «Ein Traum, was sonst? Die Literatur und die Träume» sowie «Lew Tolstoj 1828–1910». Die Ausstellung zum 100. Todestag des russischen Autors hat besonders viel Publikum angezogen. Mitte Dezember wurde die der Nobelpreisträgerin Nelly Sachs gewidmete Wanderausstellung «Flucht und Verwandlung. Nelly Sachs, Schriftstellerin, Berlin/Stockholm» eröffnet.

## Bildende Kunst

Im Helmhaus Zürich waren sechs Ausstellungen mit zeitgenössischer bildender Kunst zu sehen: die Fotografie-Ausstellung «Welt-Bilder 3», die Einzelausstellung «Rien ne va plus» des Zürcher Künstlers Ian Anüll, «AZB for ever – Die Arbeitsgemeinschaft Zürcher Bildhauer als Organismus», «Werk- und Atelierstipendien der Stadt Zürich 2010», dann parallel die Ausstellungen «sumsum im universum» von Klaudia Schifferle und «es scheint so» von Tatjana Gerhard, zwei Zürcher Malerinnen,

und schliesslich «Wenn die Nacht am dunkelsten ist, kommt der Tag» mit 13 Künstlerischen Positionen aus Zürich. Zu den Ausstellungen «Welt-Bilder 3», «Rien ne va plus», «AZB for ever», «sumsum im universum» und «es scheint so» erschienen begleitende Ausstellungskataloge. Insgesamt besuchten 33 524 Besucherinnen und Besucher die Ausstellungen. Es fanden zu dem fünf Vernissagen, 28 öffentliche Führungen, sechs Familienführungen, zwei Workshops für Kinder, acht Konzerte sowie zwei Buchvernissagen statt.

Im Rahmen der Kunstförderung haben 16 Zürcher Künstlerinnen und Künstler Stipendien und Werkbeiträge erhalten, von 18 Kunstschaaffenden wurden Werke angekauft, und 21 Künstlerprojekte erhielten Beiträge.

## Ausstellungen im Stadthaus

Nach der Sanierung des Stadthauses konnte mit «verwegen – verworfen – verpasst. Ideen und Projekte zu Zürichs Stadtentwicklung 1850–2009» im Herbst wiederum eine Ausstellung im Lichthof eröffnet werden. Die Ausstellung fand ein grosses Medien- und Publikumsinteresse.

## Tanz

Das Tanzschaffen in Zürich legte an Qualität und Publikumsresonanz weiter zu. Exemplarisch wird hier insbesondere der Erfolg der durch die kooperativen Fördervereinbarungen geförderte Gruppe Zimmermann & de Perrot erwähnt: Deren internationale Tourneetätigkeit hat sie 2010 nach Nordamerika, Asien und Australien geführt, wo sie u.a. im Sydney Opera House spielte. Ferner wurden Martin Zimmermann & Dimitri de Perrot zwei Preise verliehen, der Förderpreis der Fachstelle Kultur des Kantons Zürich und für die Bühne von «öper öpis» der Designpreis der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Dem Bereich Tanzförderung stand eine Million Franken zur Gewährung von Unterstützungsbeiträgen zur Verfügung. Davon waren 450000 Franken an die gemeinsam von Stadt, Kanton und Pro Helvetia abgeschlossenen kooperativen Fördervereinbarungen mit den Gruppen Cie. Drift, Zimmermann & de Perrot und Simone Aughterlony gebunden. Zu den zwei Vergabeterminen gingen 58 Gesuche ein. Auf Antrag der Tanzkommission wurden drei Betriebsbeiträge, 13 Produktionen, sechs Recherchen, vier Plattformbeiträge und 15 Aufführungsbeiträge gesprochen. Im Rahmen der Kulturellen Auszeichnungen erhielten Hideto Heshiki und Moni Wespi ein Werkstipendium von 8000 bzw. 12000 Franken und Jessica Huber eine Anerkennungsgabe von 10000 Franken. Die Subventionsbeiträge für 2008–2011 für das Tanzhaus Zürich, den SiWiC (Schweizerischer internationaler Weiterbildungskurs in Choreografie) und die Mediathek sind in Kraft. Im Tanzhaus ist an der Mitgliederversammlung vom 23. November 2010 die neue Leitung gewählt worden. Andrea Boll wird ab Mai 2011 das Tanzhaus leiten.

## Filmpodium

Das Filmpodium präsentierte wiederum ein vielseitiges Programm mit 383 Filmen. Autorenreihen (Nagisa Oshima, Henri-Georges Clouzot, John Frankenheimer, Jacques Audiard, Jan Troell, Woody Allen und Buster Keaton, Letzterer begleitet von einer Vorlesungsreihe) und Schauspieler-Retrospektiven (Gene Hackman, Robert Duvall, Romy Schneider) bildeten das Hauptgewicht des Angebots; daneben standen thematische Reihen (Utopie im Film, Ménagement à trois) und filmhistorische Themen



(Commedia all'italiana, Stummfilmfestival, Britisches Nachkriegskino, Lateinamerikanische Klassiker) auf dem Programm. Ergänzt wurden die grossen Reihen wie gewohnt durch aktuelle Premieren, Reeditionen einzelner Klassiker und Einzelveranstaltungen. Referate, Einführungen und Diskussionen sowie die Begegnung mit zahlreichen Gästen wie den international bekannten Regisseuren Hirokazu Koreeda, Miloš Forman, Jan Troell, Abbas Kiarostami und vielen anderen bereicherten das Filmangebot. In den 977 öffentlichen Vorstellungen waren 48 677 Eintritte zu verzeichnen. Dieser Besuch liegt nicht nur über dem der Vorjahre (Durchschnitt 2010: 50; 2009: 49, 2008: 47 Zuschauende), sondern ist vor dem Hintergrund der allgemeinen Publikumskrise der Studiokinos besonders erfreulich. Neben dem treuen Stammpublikum konnten je nach Reihe immer wieder auch neue Publikumskreise angesprochen werden. Durch zahlreiche Kooperationen ist das Filmpodium in der nationalen und der internationalen Kino- wie auch der lokalen Kulturszene sehr gut vernetzt. Auf ein positives Echo

stossen weiterhin Programmheft und Website mit ihren weiterführenden Informationen und neu seit diesem Jahr auch Aufzeichnungen der Live-Gespräche im Kino.

Die Filmauszeichnungen sind im Internet dokumentiert: [www.stadt-zuerich.ch/filmfoerderung](http://www.stadt-zuerich.ch/filmfoerderung)

#### Feier für Jungbürgerinnen und Jungbürger

Erneut wurden die 18-jährigen Zürcherinnen und Zürcher sowie ihre gleichaltrigen Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausland unter dem Titel «Begegnung mit dem Stadtrat» zu einer Feier im Klubsaal des «Kaufleuten» eingeladen. Der Anlass stiess auf breites Echo: Rund 300 Jugendliche folgten der Einladung.

#### Quartiervereine

Die Beiträge an die Quartiervereine wurden wiederum nach dem vom Gemeinderat gutgeheissenen Modell ausbezahlt, das die Jahresaktivitäten der Vereine stärker berücksichtigt.

### 4.2.3 Kennzahlen

#### Kulturausgaben nach Sparten (in Mio. Fr.)

	2006	2007	2008	2009	2010
Theater	53.6	52.9	54.9	56.8	57.4
E-Musik	20.9	20.5	22.9	22.8	23.5
Jazz-, Rockmusik	1.9	2.1	2.4	2.5	2.6
Literatur	1.5	1.5	3.3	3.4	3.3
Bildende Kunst, Ausstellungen	20.5	21.0	18.6	18.9	18.8
Tanz	2.1	2.4	2.5	2.7	2.8
Film	8.8	8.8	9.2	9.4	9.5
Kulturzentren, Quartierkultur	6.7	6.6	6.7	7.3	7.0
Diverses	1.5	1.5	2.1	1.8	1.7
<b>Total</b>	<b>117.5</b>	<b>117.3</b>	<b>122.7</b>	<b>125.6</b>	<b>126.6</b>

#### Produktionsbeiträge und Defizitdeckungs garantien

	2006	2007	2008	2009	2010
Theater	1 679 000	1 765 000	1 725 000	1 695 300	1 697 580
E-Musik	757 000	735 203	793 312	797 152	798 533
Jazz-, Rockmusik	657 000	728 018	713 459	799 525	821 600
Literatur	154 500	154 000	193 500	205 100	190 900
Bildende Kunst, Ausstellungen	176 000	216 000	198 500	170 500	173 000
Tanz	956 000	999 500	953 380	950 000	1 000 000
Film	3 000 000	3 059 066	3 176 579	3 194 808	3 167 973
Diverses	151 000	198 180	164 250	231 652	196 680
<b>Total</b>	<b>7 530 500</b>	<b>7 854 967</b>	<b>7 917 980</b>	<b>8 044 037</b>	<b>8 046 266</b>

## Besucherzahlen bei Veranstaltungen der Kulturabteilung

	2006	2007	2008	2009	2010
Theater am Hechtplatz	50 666	47 823	44 278	60 437	55 781
Theater Spektakel	24 272	24 682	27 400	29 100	27 500
Helmhaus	43 635	27 845	36 982	45 394	33 524
Strauhof-Literaturausstellungen	15 000	10 868	15 500	9 300	16 000
Stadthaus-Ausstellungen	18 000	15 000	19 000	0	3 100
Filmpodium-Kino	47 144	50 109	40 928	42 066	48 677

## 4.3 Museum Rietberg

### 4.3.1 Aufgaben

Das Museum Rietberg ist ein zeitgemässes, international ausstrahlendes Kunstmuseum, das die Verbundenheit der Stadt Zürich mit den Völkern der Welt bezeugt. Es wirbt für Verständnis und Interesse für fremde Weltanschauungen und Werte und schärft den Blick für die Rollen von Frauen und Männern in den verschiedenen Kulturen. Das Museum erfüllt einen wichtigen Kulturauftrag und erhöht die touristische Attraktivität der Stadt.

Die Sammlung ist die Basis für sämtliche Aktivitäten des Museums und begründet das Ansehen, das es weltweit geniesst. Sie erfordert eine fachgerechte Pflege, wissenschaftliche Bearbeitung sowie den Ausbau und die aktive Bewirtschaftung der Kunstbestände.

Das Museum schafft ein breites Bildungs- und Veranstaltungsangebot für ein allgemeines Publikum (lokale Bevölkerung und Touristen), Gruppen (Schulen) und spezialisierte Einzelpersonen (Fachleute, Studierende).

Das Museum pflegt und betreibt den Rietberg-Komplex: eine einzigartige Kombination aus aussereuropäischer Kunst (Museumsbetrieb), berühmter Geschichte (Richard Wagner und Villa Wesendonck), schützenswerter Natur (Park) und, seit 2007, einem attraktiven Museumsneubau.

Die grösste Wirkung in der Öffentlichkeit (hohe Besuchszahlen, internationales Aufsehen und touristische Attraktivität) erreicht das Museum mit der Durchführung von Sonderausstellungen. Mit der grossen Sonderausstellungshalle im Erweiterungsbau kann das Museum diese Aktivitäten verstärken.

### 4.3.2 Jahresschwerpunkte

2010 zeichnete sich aus durch ein reichhaltiges Ausstellungsprogramm mit überdurchschnittlich erfolgreichen Ausstellungen. Dies führte zu einer Steigerung der Besuchszahlen von 22,6% gegenüber 2009.

Die Hauptaufgaben des Museums lagen in den folgenden Bereichen:

- Realisierung von Sonderausstellungen
- reichhaltiges Veranstaltungsprogramm/Stärkung der Kunstvermittlung
- Aufgleisen einer Multimedia-Abteilung

2010 besuchten 108 551 Personen das Museum.

Die drei grossen Sonderausstellungen im Werner-Abegg-Saal erreichten folgende Besuchszahlen:

- «Mexiko: Teotihuacan – Geheimnisvolle Pyramidenstadt» (21. Februar – 30. Mai 2010), 41 561 Besuchende
- «Bhutan – Heilige Kunst aus dem Himalaya» (4. Juli–17. Oktober 2010), 42 575 Besuchende
- «Elfenbeine aus Ceylon, Luxusgüter der Renaissance (28. November 2010–13. März 2011), 5671 Besuchende (bis 31. Dezember 2010)

Im Novartis-Saal und in der Park-Villa waren folgende Ausstellungen zu sehen:

- «Falken, Katzen, Krokodile – Tiere im Alten Ägypten» aus dem Metropolitan Museum of Art, New York, und dem Ägyptischen Museum, Kairo (24. Juni–14. November 2010), Novartis-Saal, 47 974 Besuchende
- «Genuss und Rausch – Betel, Tabak, Wein, Hasch und Opium in der indischen Malerei» (12. Januar – 2. Mai 2010), Park-Villa Rietberg (5244 Besuchende)
- «Göttliche Verführung – Krishna in der indischen Malerei» (4. Mai–28. November 2010), Park-Villa Rietberg (7682 Besuchende)

Das höchste Besuchsaufkommen hatte das Museum während des Mexiko-Parkfests (9. Mai), der Langen Nacht (4. September) sowie beim Besuch des Premierministers von Bhutan, Jigme Thinley (17. Oktober).

Für Ausstellungen, Veranstaltungen und Ankäufe erhielt das Museum Spenden und Sponsoringmittel von folgenden Firmen, Stiftungen, Vereinen und Privatpersonen: Novartis, Orascom, Andermatt Swiss Alps, Vontobel-Stiftung, Parrotia-Stiftung, Boner Stiftung für Kunst und Kultur, Swiss Re, Credit Suisse, Rietberg-Gesellschaft und Rietberg-Kreis, Legat Gabriele Louise Aino Schnetzer (1940–2009), Thomas Schmidheiny, Barbara und Eberhard Fischer, Yvonne Lang, Dominik und Madeleine Keller, Chino Roncoroni und Elena Probst sowie ungenannt bleibenden Gönnerinnen und Gönnern. Die Multimedia-Abteilung wird finanziert von der Ernst Göhner-Stiftung, der Gebert Rüt Stiftung, der Schwyzer-Stiftung, der Avina Stiftung sowie der Art Mentor Foundation Lucerne.

Insgesamt 4,2 Projektstellen wurden privat finanziert von Barbara und Eberhard Fischer, von der Rietberg-Gesellschaft sowie durch Spenden.

395 Kunstwerke gelangten als Geschenke und eines als Ankauf in die Sammlung des Museums. Während für den Ankauf mit städtischen Mitteln 4500 Franken verwendet wurden, erreichte der Wert der Schenkungen 1 459 250 Franken.

Aus den Sammlungsbeständen des Museums wurden insgesamt 172 Objekte an andere Institutionen ausgeliehen: Los Angeles County Museum of Art; Nelson Atkins Museum, Kansas City; Detroit Institute of Arts; Rubin Museum, New York; Deutsches Hygiene-Museum, Dresden; Linden-Museum Stuttgart; Museum für Ostasiatische Kunst, Köln; ING-Ausstellungshalle, Brüssel; National Portrait Gallery, London; Historisches

und Völkerkundemuseum, St. Gallen; Musée d'Ethnographie Neuchâtel (MEN); Castelgrande, Bellinzona; Völkerkundemuseum der Universität Zürich. Dauerleihgaben befinden sich in folgenden Institutionen: Deutsches Hygiene-Museum, Dresden; Museum für Asiatische Kunst – Staatliche Museen zu Berlin; Wereldmuseum Rotterdam; Antikenmuseum Basel und Sammlung Ludwig; Kunsthaus Zürich; Medizinhistorisches Institut und Museum, Zürich; Zoo Zürich.

Der Freundesverein des Museums, die Rietberg-Gesellschaft, konnte seine Mitgliederzahl von 4113 auf 4229 erhöhen.

### 4.3.3 Kennzahlen

	2006	2007	2008	2009	2010
Gesamtbesuchszahlen	25962	156528	80613	84042	108551

Die Kennzahlen, die in der Rechnung 2010 kommentiert und aufgelistet sind, entsprechen den Erwartungen. Besonders gut liegen die Zahlen bei den Verkäufen (Shop, Café). Die Mitarbeitenden des Museums haben insgesamt 1200 Gruppen durchs Museum geführt oder Anlässe organisiert. Diese lassen sich unterteilen in 204 öffentliche, 516 private Führungen und 189 weitere Anlässe sowie 291 Workshops, davon 170 für Schulklassen.

Detaillierte Listen und Objektbeschreibungen sämtlicher Geschenke und Ankäufe, ausführliche Berichte über die Ausstellungen und Veranstaltungen sowie über die Publikationen werden im Jahresbericht der Rietberg-Gesellschaft, der ab April 2011 im Museum Rietberg erhältlich ist, publiziert.



Die Lange Nacht der Museen, 4. September. (Bild: Rainer Wolfsberger)

## 4.4 Bevölkerungsamt

### 4.4.1 Aufgaben

Die Vision des Bevölkerungsamts lautet «Top Leistungen für Züri». Im Bevölkerungsamt der Stadt Zürich sind das Bestattungs- und Friedhofamt, das Personenmeldeamt, das Zivilstandsamt und die Stimmregisterzentrale integriert. Haupttätigkeiten des Personenmeldeamts und des Zivilstandsamts sind Registrieren, Bewirtschaften und Beurkunden von Personendaten und zivilstandsamtlichen Ereignissen der Einwohnenden und der Bürgerschaft. Diese Tätigkeiten bilden die Grundlage für alle einwohnerbezogenen Verwaltungstätigkeiten der Stadt Zürich. Über die Bestätigung der persönlichen Verhältnisse, die Identifikation im In- und Ausland sowie die Beurkundung der familienrechtlichen Stellung wird die administrative Voraussetzung für die Bewegungsfreiheit der Menschen geschaffen.

Das Bestattungs- und Friedhofamt bürgt für würdevolle Bestattungen und Gräberbesorgungen und lässt die Hinterbliebenen und Trauernden den Umgang mit dem Todesfall als pietätvoll erleben.

Die Stimmregisterzentrale beglaubigt die Unterschriften der Stimmberechtigten, die eine Initiative oder ein Referendum

unterzeichnet haben, und ist dafür verantwortlich, dass die Stimmrechtsausweise fristgerecht verpackt und verschickt werden.

### 4.4.2 Jahresschwerpunkte

Das Wachstum der städtischen Wohnbevölkerung hält an und spiegelt sich in den Kennzahlen. Das erhöhte Arbeitsvolumen konnte dank hoher Produktivität und Motivation der Mitarbeitenden gut bewältigt werden und ist dem Bevölkerungsamt Ansporn, die eingeschlagene Richtung konsequent weiterzuerfolgen.

In der Strategieumsetzung engagierten sich verschiedene Teams. Die Arbeitsgruppe Personalentwicklung hat ein Konzept zur Förderung von besonders talentierten Mitarbeitenden ausgearbeitet. In der Gruppe Neue Medien wurde ein Intranet-Auftritt erstellt, der zusätzliche Möglichkeiten zur internen Kommunikation bietet und den Wissensaustausch unter den Mitarbeitenden fördert. Das Ideenportal für die Kundschaft ist auf der Homepage des Bevölkerungsamts aufgeschaltet. Es wird rege benutzt und liefert wichtige Hinweise zur Optimierung im

Kundenservice. Das Projekt Prozess- und Qualitätsmanagement ist in einer ersten Abteilung umgesetzt und hat zu einigen Prozessoptimierungen geführt.

Am 23. August wurde im Zusammenhang mit der Gesamt-sanierung des Stadthauses das neue Stadtbüro eröffnet. Damit ist eine innovative, dienstleistungsorientierte und moderne Verwaltungseinheit entstanden, mit der die Bevölkerung eine zentrale Anlaufstelle erhält und in der die unterschiedlichsten Anliegen rasch, kompetent und zuvorkommend beantwortet werden. Die Vision des Bevölkerungsamtes «Top Leistungen für Züri» wird hier deutlich. Ein grosser Einschnitt war der exakt vorbereitete und effizient durchgeführte Umzug ins Stadthaus. Am Freitagnachmittag wurden die Schalter im Amtshaus Helvetiaplatz dichtgemacht, am Montagmorgen, 1. November, erfolgte bereits der reguläre Betrieb im Stadthaus.

### Bestattungs- und Friedhofamt

In Zusammenarbeit mit Grün Stadt Zürich wurde ein Friedhofskonzept erarbeitet. Das Konzept bildet die Grundlage für Planungsfragen im Zusammenhang mit frei werdenden Flächen auf den städtischen Friedhöfen. Die Erweiterung des Gemeinschaftsgrabs im Friedhof Albisrieden ist abgeschlossen. Die moderne Eisenplastik «Windrechen» von Jürg Altherr und die Platzgestaltung sind von vielen Quartierbewohnenden als Aufwertung und Bereicherung des historischen Friedhofs verstanden worden.

Der Eingangsbereich zur Aufbahrung im Krematorium Nordheim wurde aufgefrischt und die aufwendige Restauration zur Sanierung der Grabstätte Luchsinger-Caballero abgeschlossen. Weitere zwölf historische Grabmäler wurden in Zusammenarbeit mit dem Denkmalschutz restauriert. Taxidienstleistungen wurden submittiert und an eine zürcherische Firma vergeben. Zur Qualitätssicherung fanden etliche Fachschulungen statt. Vier Mitarbeiter haben die Prüfung zum Bestatter mit eidgenössischem Fachausweis erfolgreich absolviert. Die vorbildliche Berufsauffassung von jungen Bestattern der Stadt Zürich wurde in einem Beitrag von SF 1 und von 3sat im ganzen deutschsprachigen Raum ausgestrahlt und erhielt grosse, anerkennende Resonanz.



Die Abdanke von Toni 81, einem bekannten Mitglied der Hells Angels, gehörte mit einem Trauerzug von gegen 1000 Harley-Davidson-Motorrädern zu den eindrücklichsten Abschiedsfeiern des Jahres. (Bild: Stadt Zürich)



Gelebte Willkommenskultur im neuen Stadtbüro. (Bild: Stadt Zürich)

### Personenmeldeamt

Die Kernfunktionalitäten des IT-Projekts «TopaZ» konnten dank grösstem Engagement der Mitarbeitenden des BVA, der OIZ und des Generalunternehmers per Ende Jahr abgeschlossen werden. Was nun noch fertiggestellt werden muss, ist die hochkomplexe Schnittstelle zur gesamtstädtischen Datendreh-scheibe Alpha. Im Geschäftsjahr wurden 3013 innerstädtische Wohnungswechsel elektronisch gemeldet und über 140 000 weitere E-Government-Dienstleistungen erbracht. Die quartalsweisen Datenlieferungen für die registergeschützte Volkszählung 2010 an das Bundesamt für Statistik erfolgten fehlerfrei und übertrafen die Qualitätsstandards des Bundes. Die Zuweisung der neuen 13-stelligen AHV-Nummer konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Die alten Kartenregister der Einwohnerkontrolle aus den Jahren 1893–1982 wurden digitalisiert und stehen nun dem Personenmeldeamt in einer zeitgemässen Form zur Verfügung.



Das neu renovierte Traulokal im Stadthaus. (Bild: Stadt Zürich)

### Zivilstandsamt

Der temporäre Trauort im Pavillon Werd ist von den Traupaa-ren positiv aufgenommen worden. Seit 2. November können Trauungen wieder im beliebten, neu renovierten Trauzimmer

im Stadthaus vorgenommen werden. Im Berichtsjahr hat das Zivilstandsamt an der Fest- und Hochzeitsmesse teilgenommen und dabei den Besuchenden die externen Traulokale im Zoo, im Zunfthaus zur Waag und in der Weinschenke des Hotels Hirschen vorgestellt. Gegenüber dem Vorjahr haben die Trauungen um 6 % zugenommen.

Zur Verbesserung des Dienstes an der Kundschaft ist der Empfang optimiert wie auch ein professionelles Call-Center neu eingerichtet worden. Weiterhin stark beschäftigt hat das Zivilstandsamt die vom Bund geforderte elektronische Rückerfassung der Familienblätter aller lebenden Zürcher Bürgerinnen und Bürger. Drei Mitarbeiterinnen haben die obligatorische

Prüfung zur Zivilstandsbeamtin mit eidgenössischem Fachausweis bestanden.

#### Stimmregisterzentrale

Die vier Urnengänge in diesem Jahr wurden wiederum termingerecht durchgeführt. Insgesamt sind 898 000 Abstimmungsunterlagen verpackt und versandt worden. Pro Urnengang haben von den insgesamt etwa 226 000 Stimmberechtigten durchschnittlich 79 000 Personen die Möglichkeit zur brieflichen Stimmabgabe genutzt. Für die Auslandschweizerinnen und -schweizer bestand erstmals die Möglichkeit, elektronisch abzustimmen.

#### 4.4.3 Kennzahlen

Allgemeine Kennzahlen	2006	2007	2008	2009	2010
Zu-, Um- und Wegzüge von natürlichen Personen	123 247	133 399	125 104	125 435	132 524
Auszüge aus dem Personenregister	41 195	45 454	40 379	40 786	43 260
Melderelevante E-Government-Transaktionen	101 302	110 310	127 045	127 979	143 165
Anträge für Pässe und Identitätskarten	82 258	49 430	44 267	44 671	19 911
Beurkundungen in den Zivilstandsregistern	74 776	70 316	63 698	78 182	62 087
Ausgefertigte Dokumente aus den Registern	40 173	49 827	42 335	47 631	48 450
Bestattungen von EinwohnerInnen in Zürich	3 360	3 506	3 466	3 416	3 363
Einäscherungen (inkl. umliegender Gemeinden)	5 554	5 731	6 132	6 083	6 047
Vereinbarungen über Bestattungswünsche	13 729	14 193	14 647	15 078	15 572
Gräber- und Nischenbestand	57 326	56 827	55 467	54 560	53 417
Abgabe von neuen Mietgräbern	233	234	224	244	210
Beisetzungen in Gemeinschaftsgräbern	1 098	1 195	1 199	1 237	1 201
Geprüfte Unterschriften (Initiativen, Referenden)	78 995	157 390	155 785	76 203	105 300

## 4.5 Archiv und Statistik

### 4.5.1 Aufgaben

Die Abteilung Archiv und Statistik erfüllt insbesondere folgende Aufgaben:

Stadtarchiv:

- Übernahme, Bewertung, Inventarisierung, Konservierung und Vermittlung archivwürdiger Aktenbestände der Departemente, Ämter, Behörden sowie aus privater Herkunft;
- Dokumentation der Geschichte und Stadtkunde Zürichs;
- Führung der öffentlichen Turicensia-Bibliothek;
- Betrieb eines öffentlich zugänglichen Lesesaals und Erteilung schriftlicher Auskünfte an Private und Amtsstellen.

Statistik:

- Vorbereitung, Durchführung und Analyse von Erhebungen auf Stadtgebiet;
- Wahrnehmung der Interessen und Verpflichtungen der Stadt Zürich gegenüber eidgenössischen und regionalen Stellen sowie Fachgremien für die Belange der Statistik;

- Information der Öffentlichkeit über statistische Daten (Medienmitteilungen, aktuelle Analysen, Jahresberichte sowie Statistisches Jahrbuch);
- Auskunftsdienst für Benutzende einschliesslich Erledigung von Spezialaufträgen für Kundinnen und Kunden;
- Arbeiten und Dienstleistungen für andere Dienststellen und -abteilungen, für regionale und eidgenössische Statistikstellen sowie für Dritte.

### 4.5.2 Jahresschwerpunkte

**Stadtarchiv**

2010 lag der Schwerpunkt der Arbeiten des Stadtarchivs auf dem Kerngeschäft der Übernahme, Erschliessung und Vermittlung seiner Aktenbestände. Im Zusammenhang mit der Erfüllung des Grundauftrags wurden im Berichtsjahr ein Pilotprojekt und eine Vorstudie für den Aufbau einer Lösung für die Langzeitarchivierung elektronischer Akten gestartet. In

Zusammenarbeit mit der OIZ und der Firma scope solutions ag wurde eine Pilotinstallation aufgebaut. Diese Tätigkeiten stehen im Rahmen des IT-Projekts E-Archivierung des Stadtarchivs.

2010 wurden rund 180 Laufmeter Akten aus der Stadtverwaltung und von privater Seite übernommen. Zu den wichtigsten Aktenübernahmen aus der Verwaltung gehörten im Jahr 2010 eine Ablieferung des Zivilstandsamts (Akten 1993–2000) im Umfang von rund 64 Laufmetern, die Akten des Stadtpräsidenten (1998–2009) im Umfang von rund zehn Laufmetern, diejenigen der Parlamentsdienste (Protokolle und Akten des Büros des Gemeinderats sowie Protokolle und Akten der Gemeinderatskommissionen) im Umfang von rund zehn Laufmetern, des Departementssekretariats des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements (Akten 1996–2000) im Umfang von rund zehn Laufmetern sowie des Amts für Städtebau, Liegenschaftsbewertung/Betriebsökonomie (Akten 1963–1987) im Umfang von rund 7 Laufmetern.

In der Abteilung Archive privater Herkunft (Signatur VII.) sind einige interessante Neueingänge zu vermerken, so zum Beispiel der Nachlass des Zürcher Autors und Radiomanns Max Rüeger (1934–2009), Unterlagen des populären Liederkomponisten Artur Beul («Stägeli uf», 1915–2010) und der Nachlass des Zürcher Schauspielers Ueli Beck (1930–2010).

Besonders erwähnenswert ist die Umsetzung des Paragraphen 14 Abs. 4 des Informations- und Datenschutzgesetzes in der Stadtverwaltung (Publikation der Informationsverzeichnisse), die in enger Zusammenarbeit mit der Stadtkanzlei erfolgte, sowie die Erarbeitung eines ausführlichen Notfallkonzepts für das Stadtarchiv.

In Sachen Erschliessung und damit Bereitstellung für die Öffentlichkeit sind vor allem die grössten Bestände zu erwähnen, wie etwa die Unterlagen des Hochbauinspektorats (Pläne von abgerissenen oder projektierten Bauten 1873–2000) und des Stadtplanungsamts (Akten und Pläne 1898–1997). Die Archivierung der Hausbogen 1893–1978 des Bestands V.E.c.92. der Einwohnerkontrolle der Stadt Zürich wurde abgeschlossen, und das Firmenarchiv Spitzbarth Silberschmiede konnte ebenfalls erschlossen werden.

Im Zuge der Reorganisation des Archivierungsauftrags für die Unterlagen des Opernhauses wurde die Erschliessung des gesamten Bestands des Stadttheaters und des heutigen Opernhauses ab 1891–1995 fertiggestellt. Vom Zeitpunkt der Kantonalisierung des Opernhauses an wird der Bestand neu im Staatsarchiv des Kantons Zürich archiviert. Dafür hat das Stadtarchiv das bestehende Archiv seit 1834 von der Opernhaus AG als Schenkung erhalten. Aus dem Bestand der Firma Escher Wyss konnten zahlreiche Fotografien zur Industriearchäologie digitalisiert werden (vgl. Illustration).

Daneben wurden zahlreiche mittlere und kleinere Bestände erschlossen, sodass zurzeit rund 1600 detaillierte Verzeichnisse zur Verfügung stehen.

Schwerpunkt im ICT-Bereich war die digitale Archivierung. Die mit dem bereits erwähnten Pilotprojekt und der Vorstudie zur elektronischen Langzeitarchivierung anvisierte Lösung soll dem Stadtarchiv eine digitale Langzeitarchivierung ermöglichen, die mit dem international als Standard geltenden OAIS-Modell (Open Archival Information System) konform ist und eine auf der ISO-Norm 20652 basierende Übernahme digitaler Daten einschliesst. Das Projekt E-Archivierung bildet zusammen

mit dem Projekt Aufbau Kompetenzzentrum Richtlinien Aktenführung (Records Management) ein Gesamtprojekt und wird das Stadtarchiv in den nächsten Jahren beschäftigen.

Raubbewirtschaftung: 2010 konnten insgesamt drei Magazinräume im Verwaltungszentrum Werd mit Kompaktanlagen ausgestattet werden. In diesen drei Räumen stehen dem Stadtarchiv ab 2011 neu Lagerflächen mit einer Kapazität für rund 4800 Laufmeter Archivalien zur Verfügung. Damit kann ein grosser Teil der provisorisch palettierten Archivalien eingeräumt werden. Zwecks effizienterer Raumbewirtschaftung sind im Berichtsjahr mehrere hundert Laufmeter Akten zwischen den drei Archivmagazinen umgelagert und einsortiert worden.

### Statistik Stadt Zürich

Im Berichtsjahr 2010 wurden folgende Schwerpunkte bearbeitet:

- Erweiterung der Internetinhalte
- Prozessorientierung
- Überprüfung des statistischen Jahrbuchs
- Registerharmonisierung

Weitere wichtige Aktionsfelder waren die Mitwirkung in städtischen und nationalen Projekten sowie die Stärkung der eigenen Delegationen in statistischen Gremien zur Vertretung der Interessen der Stadt Zürich. Zu diesen gehören die Konferenz der regionalen statistischen Ämter (Korstat), das Kontaktforum zur Förderung der statistischen Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden (Regiostat) sowie der Schweizerische Städteverband (SSV).

Die Schwerpunkte im Einzelnen:

- Bei der Erweiterung der Internetinhalte wurden für die verschiedenen Themengebiete internetspezifische Inhalte erarbeitet. Die Glossardatenbank steht nun online zur Verfügung. Eine weitere interaktive Applikation erlaubt es, auf Quartier-ebene Durchschnittspreise für gehandelte Liegenschaften zu erhalten. Der neue Teuerungsrechner zum Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise hilft allen Interessierten, die Teuerungsrate über einen beliebigen Zeitraum zu berechnen. Ein weiteres Novum ist das Zürcher Bevölkerungsspiel: Es zeigt spielerisch auf, wie sich die Altersverteilung der Zürcher Bevölkerung in den nächsten 100 Jahren entwickeln könnte. Eine neue Publikationsdatenbank schliesslich erleichtert das Aufsuchen von Publikationen nach Themen.
- Der Schwerpunkt Prozessorientierung beinhaltete zunächst das Schaffen eines gemeinsamen Verständnisses und Bewusstseins sowie die Erarbeitung von Begriffsdefinitionen im Hinblick auf die Einführung eines Prozessmanagements. Einhergehend mit den Eckpfeilern der Strategie und einer Anpassung in der Organisation wurden danach die Prozessarchitektur sowie die Hauptprozesse und deren Eigner festgelegt. Nach der Evaluation eines Modellierungstools wurden alle Mitarbeitenden geschult, und es wurden Grundsätze zur Prozessmodellierung festgelegt. Erste Prozesse wurden visualisiert. Weitere, insbesondere IKS-relevante Prozesse, werden 2011 folgen.
- Das statistische Jahrbuch wurde hinsichtlich Relevanz und Aktualität einer Überprüfung unterzogen. In diesen Prozess waren alle Mitarbeitenden einbezogen. Aus der Fülle der Änderungs- und Erweiterungsvorschläge wurden die aus Sicht des Jahrbuchteams wichtigsten Vorschläge umgesetzt.



- Im Projekt Registerharmonisierung wurden im Berichtsjahr die Hauptarbeiten durchgeführt. Nach der Inkraftsetzung der kantonalen Gesetzesgrundlagen konnten die Projektarbeiten zur Erstvergabe einer amtlichen Wohnungsnummer und Zuweisung eines Wohnungsidentifikators im April an die Hand genommen werden. Dabei wurde das vom Bund empfohlene Angebot der Schweizer Post in Anspruch genommen. Diese Arbeiten wurden begleitet und kontrolliert. Ende 2010 erfolgte die Rücklieferung der Daten durch die Post. Für die nun einsetzende Bereinigung der sogenannten Restfälle wurden die ersten Massnahmen in die Wege geleitet.

Weitere Projekte im Berichtsjahr waren:

- Regionale Wirtschaftsstatistik: Das Projekt hat zum Ziel, für den Wirtschaftsraum Zürich relevante Wirtschaftskennzahlen (z. B. BIP, Wertschöpfung) zu erarbeiten. Die Arbeiten erfolgten im Rahmen der Konferenz der regionalen Statistischen Ämter der Schweiz und führten zu einer Zusammenarbeit mit dem Institut Créa der Universität Lausanne. Im November 2010 konnten die ersten Ergebnisse zum BIP-Zürich validiert werden. Sie werden Anfang 2011 an einer Medienkonferenz vorgestellt.
- Mit der Dienstabteilung Verkehr wurden zwei Publikationen zum Thema Verkehr veröffentlicht. In der ersten Analyse wurde unter dem Titel «Es hat gekracht» die historische Entwicklung der Verkehrsunfallzahlen dokumentiert und dem heutigen Stand der Verkehrssicherheit in der Stadt Zürich gegenübergestellt. Die zweite Analyse mit dem Titel «Chronologie der Kollision» zeigte die zeitliche Dynamik des Verkehrsunfallgeschehens auf.
- Die Analyse «Lohnlandschaft Zürich» stiess bei Publikum wie Medien auf grosses Echo. Wie das Lohnniveau der Stadt Zürich im Vergleich zur Schweiz aussieht und wer am meisten

oder am wenigsten profitiert – davon fühlen sich offenbar viele tangiert. Lebhaft nachgefragt wurde auch die Publikation «Wer bestimmt in Zürich?», in der das soziodemografische Profil der Wählenden bei den Gemeinde- und Stadtratswahlen 2010 aufgezeigt wurde.

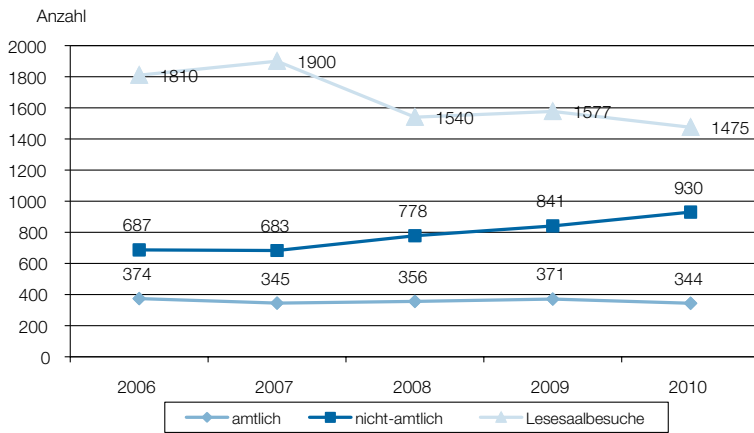
- Die Mittagsreferate «Statistik um 12» waren gut besucht. Im Berichtsjahr wurden erstmals drei Anlässe durchgeführt, und zwar zu den Themen Verkehrssicherheit, Löhne und Lohn disparitäten sowie Branchen, Betriebe und Beschäftigung. Beim Referat zu den Löhnen wurde ein besonderes Augenmerk auf die Lohn disparität zwischen den Geschlechtern gelegt.
- Das Ziel, die Arbeitsschritte zur Erstellung von periodisch erscheinenden Publikationen so weit wie möglich zu automatisieren, konnte im Berichtsjahr weit vorangetrieben werden. Weitere Standardpublikationen konnten mit dem integrierten Publikationssystem erstellt werden. Durch den Einsatz dieses Systems können Tabellen und Grafiken einfacher und zuverlässig aktualisiert werden.
- Gebäude- und Wohnungsregister der Stadt Zürich: Die Datenhaltung dieses Registers basiert auf dem Datawarehouse. Für die vier Basis-Universen Bestand, Veränderung, Bauprojekt sowie Grundeigentumswechsel wurden verschiedene thematische Data Marts geschaffen. Das Ziel dieser Data Marts ist, die Komplexität zu reduzieren sowie Auswertungen auf sichere und einfache Art zu ermöglichen. Diese Data Marts stehen städtischen Stellen zur Verfügung.
- Das bestehende Bevölkerungsstatistiksystem soll abgelöst werden. Ein Ziel ist, den Automatisierungsgrad zu erhöhen und dadurch Bevölkerungsdaten rascher als bisher veröffentlichen zu können. Im Berichtsjahr wurden hierzu ein Grobkonzept sowie erste Spezifikationen erarbeitet.

#### 4.5.3 Kennzahlen

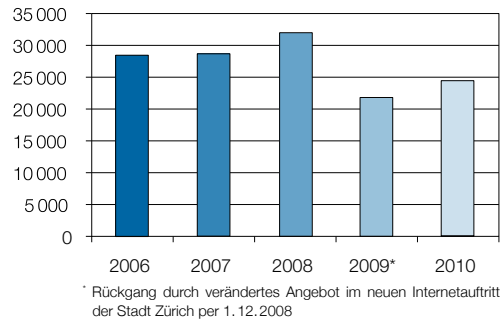
	2006	2007	2008	2009	2010
<b>Stadtarchiv</b>					
Ablieferungen (Laufmeter)	854	292	149	176	180
Lesesaalbesuche	1 810	1 900	1 540	1 577	1 475
Schriftliche Anfragen	1 061	1 028	1 134	1 212	1 274
<b>Statistik Stadt Zürich</b>					
Medienmitteilungen	26	19	20	16	18
Internetseitenaufrufe	342 225	343 726	383 700	262 028 <sup>1</sup>	292 990
Internetdownloads (PDF und Excel)	87 233	93 466	101 000	66 845 <sup>1</sup>	78 224

<sup>1</sup> Rückgang durch verändertes Angebot im neuen Internetauftritt der Stadt Zürich per 1.12.2008

**Entwicklung der Kennzahlen für schriftliche Anfragen und Lesesaalbesuche, Stadtarchiv, 2006–2010**



**Besuchte Internetseiten pro Monat, Statistik Stadt Zürich, 2006–2010**



Aus dem Bildarchiv der Firma Escher Wyss: drei Pumpen für Wasserturbinenwerke in der Fabrikationshalle der Escher Wyss. (Bild: Stadtarchiv)



Aus dem Bildarchiv der Firma Escher Wyss: Welle mit Ring und Servomotorgehäuse für das Wasserkraftwerk in Assuan (Ägypten). (Bild: Stadtarchiv)



Vernissage Vornamen-Verzeichnis 2009 vom 6. Mai 2010. (Bild: Regula Ehrliholzer)



Titelbild der Publikation «Vornamen-Verzeichnis 2009». (Bild: Statistik Stadt Zürich)



## 4.6 Stadtentwicklung Zürich

### 4.6.1 Aufgaben

Stadtentwicklung Zürich umfasst vier Bereiche: Die *Stadt- und Quartierentwicklung* erarbeitet Analysen und Strategien zur Stadtentwicklung und führt alleine oder in Zusammenarbeit mit Dritten Projekte für die Stadt- und Quartierentwicklung durch. Die *Integrationsförderung* koordiniert und vernetzt Integrationsbestrebungen der Stadt Zürich und ist Anlaufstelle für integrationspezifische Anliegen. Sie berät und begleitet Integrationsprojekte von Dritten und bietet Integrationskurse, Begrüssungsveranstaltungen und Beratungen an. Die Aufgaben der *Wirtschaftsförderung* sind Bestandespflege, Unterstützung von Ansiedlungen, Standortförderung und Standortpromotion. Bei den *Aussenbeziehungen* werden regionale, nationale und internationale Beziehungen gepflegt und grössere Projekte mit Bezug nach aussen durchgeführt. Alle vier Bereiche haben zudem die Aufgabe, aktiv Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, einen regelmässigen Kontakt mit der Bevölkerung und mit privaten Akteuren zu pflegen und periodisch Veranstaltungen durchzuführen.

### 4.6.2 Jahresschwerpunkte

#### Stadt- und Quartierentwicklung

Der Bereich bearbeitete in seinen drei zentralen Tätigkeitsfeldern «Grundlagen/Konzepte/Strategien», «Koordination und Vernetzung» sowie «Mitarbeit in Projekten und Gremien» Aufgaben mit dem Themenfokus Sozialraum, Wohnen, Nachhaltigkeit, Nutzungsfragen und quartierbezogene Wirtschaft.

Im Auftrag des Stadtrats wurden auf der Basis einer Evaluation die übergeordneten Strategien Zürich 2025 aktualisiert. Sie erscheinen Anfang 2011. Der von der Wirtschaftsdelegation des Stadtrats bestellte Bericht über Möglichkeiten zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für das Gewerbe wurde abgeschlossen und veröffentlicht.

Bei den Grundlagen wurde die nach 2005 zum zweiten Mal durchgeführte Befragung von Zu- und Wegziehenden publiziert. Als sachlicher Beitrag zur Debatte über die angebliche «Seefeldisierung» veröffentlichte der Bereich die Ergebnisse einer Befragung zur Wohnsituation im Kreis 8 mit einem Vergleich zu übrigen Stadt. Aufgrund eines verschiedentlich geäusserten Bedürfnisses wurden die wesentlichen Ergebnisse der letzten Bevölkerungsbefragung in einer eigenen Publikation quartierweise dargestellt. Die Siedlung Röntgenareal erregte bei ihrem Erstbezug viel Aufmerksamkeit, weshalb im Sinne einer Langzeitevaluation die 1999/2000 erstmals durchgeführte Befragung der Mieterschaft wiederholt wurde. Zudem wurde das letztmals 2004 in einer Studie dargestellte Thema der Quartier- bzw. Nahversorgung wieder angegangen.

Im Tätigkeitsfeld «Koordination und Vernetzung» spielen stadtintern die interdepartementalen Gremien «Strategiegruppe Entwicklung» (räumliche Entwicklung), «Kerngruppe Quartierentwicklung» (sozialräumliche Entwicklung) und «Plattform Wohnen» eine wichtige Rolle. Die Geschäftsführung lag hier wiederum beim Bereich Stadt- und Quartierentwicklung. Gleiches gilt für den Arbeitskreis Innenstadt, der dem Austausch zwischen der Verwaltung und Innenstadtdorganisationen dient. Auf Projektebene wurden vier Partizipations- bzw. Diskussionsprozesse durchgeführt oder gestartet. Zur

Nutzung und Gestaltung des Münsterhofs wurden zusammen mit dem Tiefbauamt drei Veranstaltungen mit der Anrainerschaft durchgeführt. Einige der diskutierten Themen werden in Arbeitsausschüssen weiterverfolgt. Im Rahmen einer zweiten Veranstaltung unter dem Titel «Lebendiger Bullingerplatz» haben Betroffene aus dem Quartier und der Verwaltung Aufwertungsmassnahmen diskutiert und eingeleitet. Mit dem «Forum Wohnraum Innenstadtquartiere» wurde ein Anliegen des Quartiervereins Riesbach aufgenommen: Die eingeladenen Vertretungen von Quartieren und Verbänden haben mit Fachleuten der Stadt in drei Foren die Möglichkeiten und Grenzen der Gewährleistung von vielfältigen, durchmischten Innenstadtquartieren ausgelotet. Weiter wurde zusammen mit verschiedenen Nachhaltigkeitsinstitutionen ein Dialog zur Zukunft der urbanen Mobilität im Raum Zürich lanciert, in dem Vertretungen aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik bis 2012 neue Ideen und Konzepte diskutieren werden.

Auch 2010 wurde der «Weltmarkt» in Oerlikon als Beitrag zur Belebung des Marktplatzes unterstützt. Zum Abschluss kamen dagegen das Engagement beim 2004 gegründeten Verein Langstrassenmarketing sowie die Betreuung des 2007 geschaffenen Langstrassenkredits. 2010 wurden daraus nochmals zwei Projekte mit 51 400 Franken unterstützt. Der Langstrassenkredit wurde in der zweiten Jahreshälfte aufgehoben, das restliche Geld floss in die Stadtkasse zurück. Das Controlling der gewährten Darlehen wird weitergeführt.

Die Mitarbeitenden wirkten zudem in zahlreichen Arbeits- und Projektgruppen mit, so beispielsweise in den Kernteams der Entwicklungsgebiete, bei der Richtplanung oder den Planungen zum Limmatraum.

#### Integrationsförderung

Die Aufgaben der Integrationsförderung lassen sich drei übergeordneten Zielsetzungen zuordnen: Willkommenskultur, Dialog mit Anspruchsgruppen und Rolle als Kompetenzzentrum.

Verbessert wurde 2010 insbesondere die Erstinformation der neu zugezogenen Ausländerinnen und Ausländer. Sie erhalten seit dem 1. November 2010 direkt bei der Anmeldung in den Kreisbüros die Einladung zu einer Begrüssungsveranstaltung sowie mehrsprachige Informationen über die wichtigsten Integrationsangebote. Parallel dazu wurden im Internet eigentliche Sprachenfenster aufgeschaltet, in denen die vorhandenen übersetzten Informationen gut zugänglich sind.

Die Pilotphase des Ausländerbeirats wurde abgeschlossen. Zusammen mit dem Stadtrat wurde eine Weisung vorbereitet, welche die Weiterführung sichert und die wichtigsten Zielsetzungen sowie die Zusammenarbeit mit der Stadt noch verbindlicher als bisher regelt.

Im Integrationskredit konnten von 46 eingereichten Finanzierungsgesuchen 30 Projekte unterstützt werden. Mit dem Sprachförderkredit wurden 79 Deutschkurse realisiert, von denen insgesamt 914 Teilnehmende profitierten. An den ein-semesterigen Integrationskursen «In Zürich leben» nahmen 178 Frauen teil.

Die Integrationsförderung leitete auch 2010 verschiedene stadtinterne Arbeitsgruppen oder wirkte in solchen aktiv mit. Sie unterstützte verschiedene Dienststellen durch Informantinnen und Beratungen und realisierte unter anderem eine stadtinterne Veranstaltungsreihe zur tamilischen Bevölkerung.

Der im Vorjahr publizierte Integrationsbericht des Stadtrats wurde im Hinblick auf die Weiterentwicklung der städtischen Integrationspolitik unter anderem im Rahmen von öffentlichen Hearings diskutiert. Realisiert wurden zudem die Zürcher Migrationskonferenz zum Thema Aufnahmegesellschaft mit 250 Teilnehmenden sowie das Informations- und Arbeitstreffen mit Migrantinnen- und Migrantenorganisationen und religiösen Gemeinschaften, an dem sich gut 180 Personen beteiligten.

Die Integrationsförderung berichtete mit Newsletters über ihre Aktivitäten und aktuelle Fragestellungen. Sie nahm mit Referaten, Fachartikeln und Medienarbeit regelmässige Stellung zu integrationspolitischen Themen. Zudem vertrat sie die Interessen der Stadt Zürich in verschiedenen nationalen Gremien und Begleitgruppen, beispielsweise im Vorstand der Konferenz der Integrationsdelegierten oder in der Expertengruppe zur ZKB-Studie «Immigration 2030». Die internationalen Kontakte liefen über die «Europäische Städtekoalition gegen Rassismus» und das Netzwerk «Cities for Local Integration Policies».

Die operativen Geschäfte (siehe auch Kennzahlen) verliefen erfolgreich und reibungslos. Sie wurden ergänzt durch Pilotprojekte zur zielgruppenspezifischen Information von aus dem Ausland Neuzugezogenen.

## Wirtschaftsförderung

Die Wirtschaftsförderung hat die enge Zusammenarbeit mit der Standortförderung des Kantons weitergeführt. Dies sowohl im Bereich der Ansiedlungen von neuen Unternehmen wie auch in der Clusterpolitik. Ende 2010 wurde der zweite gemeinsame Clusterbericht der beiden Wirtschaftsförderungen publiziert.

Im Rahmen der Metropolitankonferenz Zürich leitete die Wirtschaftsförderung das Projekt «Zürich Green Region». Es hat zum Ziel, den Metropolitanraum zu einer Region zu machen, die sich durch hervorragende Standortqualitäten im Cleantech-Bereich auszeichnet. Gestützt auf die Arbeit des Projektteams hat die Metropolitankonferenz 2010 bereits mehrere Massnahmen verabschiedet: Sie hat sich zum Ziel gesetzt, zur «Green Region» zu werden, und strebt mittels der Strategie «Green Buildings» einen energieeffizienten Gebäudebestand an. Zudem hat sie Handlungsempfehlungen für ihre Mitgliedergemeinden verabschiedet, darunter z.B. die Aufforderung, Energiestadt zu werden.

Im Rahmen des Engagements für den Finanzplatz Zürich hat die Wirtschaftsförderung Anfang 2010 wie bereits in den Vorjahren eine Aussprache zwischen der Stadt Zürich (vertreten durch die Stadtpräsidentin und den Finanzvorstand), führenden Persönlichkeiten aus dem Finanzplatz Zürich sowie zwei Vertreterinnen aus der Kantonsregierung und den eidgenössischen Räten organisiert.

Die vier traditionell von der Wirtschaftsförderung organisierten Kontakt-Lunches, die dem Austausch zwischen Politik und Wirtschaft dienen, wurden im vergangenen Jahr unter die folgenden Themen gestellt: Wohnen, Gewerbe, Cleantech und Versicherungen.

Anlässlich des Auftritts der Stadt Zürich an der Weltausstellung in Shanghai (vgl. Bereich Aussenbeziehungen) hat die Wirtschaftsförderung erfolgreich die «Zürich Sustainability Days» organisiert, an der Firmen aus dem Raum Zürich die Gelegenheit erhielten, sich vor chinesischen Städten und potenziellen Kunden zu präsentieren.

Im Herbst 2010 hat Zürich den dritten Kreativwirtschaftsbericht publiziert. Eine Chance, die Zürcher Kreativwirtschaft vermehrt auch international zu positionieren, bietet sich mit dem Empfang ausländischer Delegationen. So konnte die Wirtschaftsförderung 2010 erneut ausländischen Delegationen aus Wirtschaft und Politik Aspekte der Zürcher Kreativwirtschaft vor Ort präsentieren.

Als ein Umsetzungsprojekt aus dem erwähnten Bericht zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für das Gewerbe hat die Wirtschaftsförderung das Areal der Amag an der Überlandstrasse auf seine Eignung für gewerbliche und kreative Zwischennutzungen prüfen lassen. Der Stadtrat hat daraufhin beschlossen, das Areal von der Amag für die Dauer von fünf Jahren (mit Option auf Verlängerung) zu übernehmen. Die Räumlichkeiten sollen an kleingewerbliche und kreative Nutzerinnen und Nutzer weitervermietet werden. Das Geschäft wird Anfang 2011 vom Gemeinderat behandelt.

Die Anzahl der Unternehmen, die mit Unterstützung der Wirtschaftsförderung in Zürich angesiedelt wurden, hat deutlich zugenommen (vgl. Kennzahlen). Dabei sind knapp über ein Drittel der 2010 angesiedelten Unternehmen der ICT-Branche zuzurechnen.

## Aussenbeziehungen

Höhepunkt der Aktivitäten des Bereichs Aussenbeziehungen war 2010 der Auftritt der Stadt Zürich an der Weltausstellung in Shanghai. Der Auftritt erfolgte gemeinsam mit Basel und Genf. Der Pavillon der drei Städte in der den Städten vorbehaltenen «Urban Best Practice Area» stellte eine wichtige Ergänzung zum nationalen Schweizer Pavillon dar. Der Dreistädtepavillon, der dem Thema Wasser und urbane Lebensqualität gewidmet war, wurde von rund 2,2 Mio. Personen besucht. Während der sechsmonatigen Ausstellungszeit wurden von den Städten diverse Aktivitäten durchgeführt, so im Juni eine Zürich-Woche. Hier präsentierte sich die Stadt ökologisch, wirtschaftlich und kulturell: mit einer Energiewippe, die anschaulich auf das Thema der 2000-Watt-Gesellschaft hinwies, mit zwei Wirtschaftsseminaren und zwei Konzerten.

Im Januar 2010 wurde die Fachtagung «Die Städte im Föderalismus der Zukunft» durchgeführt. Über hundert Vertreterinnen und Vertreter aus Schweizer Politik, Wirtschaft und Wissenschaft diskutierten die Zukunft der föderalistischen Strukturen der Schweiz und die Stellung der Städte und Metropolitanräume.

Der Verein Metropolitanraum Zürich, an dem die Stadt Zürich seit Anbeginn massgeblich beteiligt ist, entwickelte neue Projekte in den Bereichen Lebensraum, Verkehr, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Stadtpräsidentin ist Mitglied im Metropolitanrat, der «Exekutive» des Vereins, die Direktorin der Stadtentwicklung leitete den operativen Ausschuss auf Verwaltungsebene. Im Bereich Verkehr hat der Verein die wichtigsten Zukunftsprojekte festgelegt und für diese in Bern lobbyiert.

In Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Städteverband (SSV) organisierten die Aussenbeziehungen den Schweizerischen Städtetag, der am 26./27. August in Zürich stattfand. Der Anlass, an dem Vertreterinnen und Vertreter aus über 120 Mitgliedstädten teilnahmen, war dem Thema «Mobilität an ihren Grenzen – Neue Konzepte für die Zukunft» gewidmet und bot neben Fachbeiträgen und einer Podiumsdiskussion Gelegenheit für den persönlichen Austausch.

Das europäische Urbact-Projekt, in dessen Rahmen sich die Stadt Zürich gemeinsam mit den unmittelbaren Umlandgemeinden der Frage nach einer Optimierung der Zusammenarbeit gewidmet hat, steht kurz vor dem Abschluss. Als Ergebnisse liegen ein Bericht mit Optimierungsvorschlägen zur Zusammenarbeit sowie eine Liste aller Dienstleistungen vor, die die Stadt den Umlandgemeinden anbieten kann.

Die Städtepartnerschaft Zürich–Kunming wurde weiterhin finanziell von der Deza unterstützt. Es gab einen Wechsel in der externen Projektleitung und eine neue Vereinbarung mit der Deza und der Stadt Kunming zur Zusammenarbeit 2010 bis 2012.

Die Aussenbeziehungen organisierten zusammen mit der Schweizer Botschaft in London eine Konferenz zum Thema

«Innovative Lösungen für eine nachhaltige Stadtentwicklung: Visionen aus der Schweiz und dem UK», an der die Stadtpräsidentin teilnahm und ihre britischen Amtskollegen treffen konnte.

Zudem betreuten die Aussenbeziehungen eine wachsende Anzahl von ausländischen Fachdelegationen, die sich in Zürich über diverse Errungenschaften (öffentlicher Verkehr, Stadtentwicklung, Kreativwirtschaft usw.) informieren wollten.

In diesem Zusammenhang produzierten die Aussenbeziehungen die DVD «Zürich Backstage», die als begehrtes Informationsinstrument einen ästhetisch und inhaltlich fundierten Überblick über sieben Kernthemen der Stadt Zürich liefert.

#### 4.6.3 Kennzahlen

##### Integrationsförderung

	2006	2007	2008	2009	2010
Direkte Kundenkontakte	1 993	2 303	2 509	2 585	2 479
– Welcome Desk	727	575	664	1 079	995
– Einzelberatungen	544	590	684	337	336
– Begrüssungsveranstaltungen	667	1 245	1 360	1 271	1 086
– Integrationskurse für Frauen	307	254	298	233	178
Deutschkurse für Frauen	238	239	245	432	441

Das Total der direkten Kontakte mit Kundinnen und Kunden wird in der Anzahl Personen ausgewiesen und umfasst mit Ausnahme der Deutschkurse die verschiedenen Einzelangebote sowie andere Kontakte. Die offene Deutschkursberatung wird ab 2009 nicht mehr bei der Einzelberatung, sondern beim Welcome Desk erfasst.

Die Zahlen entsprechen trotz teilweise rückläufiger Tendenzen weitgehend den Zielsetzungen. So wurden die angestrebten 1000 Besuchenden des Welcome Desk trotz der umzugsbedingten zeitweiligen Schliessung beinahe erreicht und der Rückgang der Anzahl Teilnehmenden an den Begrüssungsveranstaltungen durch die über 700 Teilnehmenden an

muttersprachlichen Informationsveranstaltungen mehr als kompensiert. Der Rückgang der Anzahl Teilnehmerinnen bei den Integrationskursen für Frauen ist auf drei nicht realisierte Kurse und auf eine Änderung der Kostenregelung zurückzuführen.

Die aufgeführte Anzahl Teilnehmende an Deutschkursen bezieht sich jeweils auf das Wintersemester. Bis 2008 besuchten diese einen von der Integrationsförderung organisierten Kurs, ab 2009 externe Kurse, die durch den Sprachförderkredit mitfinanziert wurden. Die 2010 gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegene Teilnehmendenzahl bei den Einstiegskursen wird in den Kennzahlen aufgrund des Wegfalls eines grösseren Angebots an ehrenamtlich realisierten Trainingskursen nicht sichtbar.

##### Wirtschaftsförderung

Ansiedlungen aus dem Ausland	2006	2007	2008	2009	2010
Total Firmen	10	9	14	6	14

Die Kennzahlen zu den Ansiedlungen ergeben kein vollständiges Bild der 2010 und in Vorjahren angesiedelten Firmen. Berücksichtigt sind ausschliesslich jene in der Stadt angesiedelten Unternehmen, bei denen die Wirtschaftsförderung direkt mit grösseren Aktivitäten involviert war. Die Zahl für 2010 zeigt, dass das Ansiedlungsgeschäft nach dem konjunkturell bedingten Dämpfer im letzten Jahr wieder deutlich angezogen hat.



Der Drei-Städte-Pavillon in Shanghai kurz vor der Eröffnung. (Bild: Stadtentwicklung)

## 4.7 Fachstelle für Gleichstellung

### 4.7.1 Aufgaben

Die Fachstelle für Gleichstellung hat den Auftrag, in der Stadt Zürich die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung von Frau und Mann in allen Lebensbereichen zu fördern. Sie führt Projekte und Veranstaltungen durch mit dem Ziel, Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern abzubauen. Innerhalb der Stadtverwaltung setzt sich die Fachstelle für die betriebliche Gleichstellung ein, wirkt bei personal- und besoldungsrechtlichen Massnahmen mit und bietet Weiterbildungen an. Sie ist Anlaufstelle für die Mitarbeitenden in Sachen Gleichstellung und berät sie bei Konflikten ([www.stadt-zuerich.ch/gleichstellung](http://www.stadt-zuerich.ch/gleichstellung)).

### 4.7.2 Jahresschwerpunkte

Der Stadtrat verabschiedete im April die Schwerpunkte und Ziele des Gleichstellungsplans Stadt Zürich, die eine interdepartamentale Arbeitsgruppe unter der Leitung der Fachstelle erarbeitet hatte. Zusammen mit den Verantwortlichen in den Departementen und Dienstabteilungen entwickelte die Fachstelle Massnahmen zur Erreichung der Ziele. Die Massnahmen werden dem Stadtrat im Frühling 2011 vorgelegt. Die Schwerpunkte sind:

- Die Stadt Zürich fördert die Gleichstellung auf dem Zürcher Arbeitsmarkt;
- sie positioniert sich als fortschrittliche, gleichstellungsfördernde und familienfreundliche Arbeitgeberin;
- sie unterstützt junge Menschen dabei, frei von Geschlechterstereotypen ihre Lebensentwürfe gestalten zu können;
- sie verstärkt die Früherkennung und Prävention von häuslicher Gewalt;
- sie setzt sich ein für eine verbesserte rechtliche Stellung von Migrantinnen sowie für den Abbau von geschlechtsspezifischer Diskriminierung.
- Um die Gleichstellung in allen Bereichen messbar zu machen, will die Stadt Zürich über ausreichende Datengrundlagen verfügen.

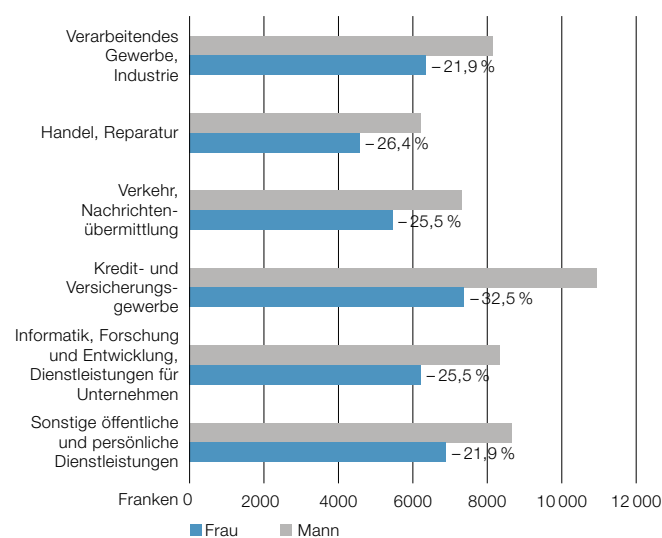
### Lohnunterschiede in Zürich ausgeprägt

Zusammen mit Statistik Zürich publizierte die Fachstelle eine Analyse der «Lohnlandschaft Zürich», die auf den Daten der Schweizerischen Lohnstrukturerhebung (LSE) basiert. Danach liegt der Unterschied zwischen Frauen- und Männerlöhnen in der Zürcher Privatwirtschaft bei durchschnittlich 28%. Frauen sind in Tieflohnbranchen übervertreten und in Positionen, wo Spitzgehälter und hohe Boni bezahlt werden, massiv untervertreten.

Das erhebliche Gefälle zwischen Männer- und Frauenlöhnen lässt sich teilweise mit den Unterschieden zwischen den Branchen, der Ausbildung, der beruflichen Stellung und dem Anforderungsniveau der Jobs erklären. Ein Teil des Lohnunterschieds ist jedoch einzig auf das Geschlecht zurückzuführen. Im Vergleich zu 2006 hat der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern zugenommen – von 23,3 auf 28%. Für die Fachstelle ist die Lohnanalyse ein Instrument, um die Ungleichbehandlung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt sichtbar zu machen.

Neben Beratungen und Informationen auf ihrer Website bot die Fachstelle einen Workshop für Hochschulabsolventinnen zum Thema «Verdienen, was ich verdiene» an.

Frauen- und Männerlöhne (Median) und Lohndifferenz (%)  
► nach Branche, 2008



Frauen verdienen in der Stadtzürcher Privatwirtschaft 28% weniger als Männer. Das Kredit- und Versicherungsgewerbe ist die Branche mit der grössten Differenz. (Grafik: Statistik Zürich)

### Beruf und Familie – ein Dauerbrenner

Dass die Frauen im Erwerbsleben nicht am selben Ort stehen wie die Männer, zeigt sich spätestens, wenn eine Frau ein Kind bekommt. Immer wieder kommt es vor, dass Arbeitgebende einer werdenden Mutter die Kündigung nahelegen, wenn sie den Wunsch äussert, nach dem Mutterschaftsurlaub das Pensum zu reduzieren. Das Gleichstellungsgesetz untersagt Diskriminierung wegen Schwangerschaft oder Mutterschaft, aber nur wenige betroffene Frauen wagen es zu klagen. In ihrer Beratungstätigkeit ist die Fachstelle häufig mit solchen Fällen konfrontiert. Um den Austausch unter den Beratungsstellen zu fördern, organisierte sie im Juni einen Weiterbildungs-Workshop zu rechtlichen Fragen rund um Schwangerschaft und Mutterschaft.

Auch immer mehr Männer wünschen, Beruf und Familie besser vereinbaren zu können. Mit einer Podiumsdiskussion mit dem Titel «Zeit für Elternzeit – jetzt sind die Väter dran!» griffen die Fachstelle und der Kaufmännische Verband das Thema auf. Die Referentin aus Deutschland zeigte auf, dass der Elternzeitanpruch es Vätern erleichtert, einen längeren Urlaub zu nehmen oder Teilzeit zu arbeiten.

Verwaltungsintern arbeitete die Fachstelle an der Neugestaltung der ZBG-Unterlagen mit, in denen nun die Themen Teilzeit wie auch Vereinbarkeit von Beruf und Familie stärkere Beachtung finden.

Seit vielen Jahren ermöglicht die Fachstelle Berufsfrauen mit kaufmännischem Hintergrund nach der Familienpause Wiedereinstiegs-Praktika in der Stadtverwaltung. Neu gibt es diese Möglichkeit auch für Frauen mit akademischem Abschluss, die den HSG-Lehrgang «Women back to Business» absolviert haben.

### Studie zu Zwangsheirat

Auf grosses Interesse stiess die von der Fachstelle in Auftrag gegebene Studie zu Zwangsheirat in Zürich. Sie zeigt die Hintergründe auf und analysiert die verschiedenen

Zwangssituationen. Diese zu erkennen, ist Voraussetzung, dass Fachleute richtig beraten und allenfalls intervenieren können. Die Resultate der Studie wurden zusammen mit Empfehlungen in einer Broschüre zusammengefasst. Sie richtet sich an Schulen, Behörden und Beratungsstellen. Die Fachstelle veranstaltete im Dezember eine erste Fachtagung. 2011 sollen berufsspezifische Schulungen folgen. Für junge Frauen und Männer, die von Zwangsheirat betroffen sein könnten, gibt es einen Flyer mit Informationen zu rechtlichen Fragen und Beratungsangeboten.

### Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz

Die Fachstelle hat das stadtinterne System von Vertrauenspersonen bei sexueller Belästigung am Arbeitsplatz reorganisiert und die Begleitung der Vertrauenspersonen intensiviert. Speziell für Jugendliche gab sie ein neues Merkblatt heraus. Die Mitarbeitendenbefragung 2008 hatte nämlich ergeben, dass die unter 19-Jährigen, also vorab Lernende, Praktikantinnen und Praktikanten, am stärksten von sexueller Belästigung im Betrieb betroffen sind. Das Merkblatt wird über die Berufsbildungsverantwortlichen und die Ausbildungsbetriebe jungen Frauen und Männern abgegeben. Geplant sind auch spezielle Workshops für diese Altersgruppe.

### Weitere Aktivitäten

- Anfang des Jahres erschien die zweite, erweiterte Auflage des Handbuchs «Häusliche Gewalt erkennen und richtig reagieren». Bei den Schulungen legte die Fachstelle den Fokus auf die von häuslicher Gewalt mitbetroffenen Kinder. Sie führte eine Fachveranstaltung für Schulbehörden, eine für Hortleiterinnen und Weiterbildungen in zwei Sozialzentren durch.
- Rund 270 Personen besuchten im Mai die Vorführung des Dokumentarfilms «Bleibe stark, egal, was passiert» über drei junge Männer und eine junge Frau, die als Kinder häusliche

Gewalt erfahren haben. Anschliessend gab es ein Referat mit Diskussion.

- In den Sommerferien bot die Fachstelle zusammen mit der ETH Zürich Experimentiertage für Mädchen zum Ingenieurwesen und zur Wetterforschung an.
- Die Fachstelle war involviert in die Diskussion und die konkrete Ausformulierung der geplanten Prostitutionsgewerbeverordnung und setzte sich insbesondere für den Einbezug von Nichtregierungsorganisationen in dieses Projekt ein.
- Zusammen mit Expertinnen aus der Wirtschafts- und Finanzbranche konzipierte die Fachstelle im August eine Open-Space-Veranstaltung mit dem Titel «Geld macht Frauen stark – das Wissen darüber unabhängig».
- Als Beitrag zur aktuellen Debatte organisierte die Fachstelle im Oktober ein Podium zum Thema «Frauenrechte im Schatten der Burka-Debatte».
- Die Fachstelle unterstützte das Gemeinschaftszentrum Heuried bei der Durchführung einer Tagung zum Thema Jugendliche, Medien und Sexualität.
- Das 20-Jahr-Jubiläum der Fachstelle fiel mit dem Umzug ins renovierte Stadthaus zusammen – gleich zwei Gründe zum Feiern. Am Wiedereröffnungsfest für die Bevölkerung am 6. November überraschte die Fachstelle mit der bunten Inszenierung ihrer Räume unter dem Dach. Die Hör- und Infostationen zu den Aktivitäten der Fachstelle wurden rege besucht.
- Die Bibliothek zur Gleichstellung befindet sich neu im 4. Stock des Stadthauses. Neben Büchern und Broschüren finden sich in der Ausleihbibliothek auch elektronische Dokumente zu Gender- und Gleichstellungsthemen. Während der Öffnungszeiten am Dienstag und am Donnerstagnachmittag können Interessierte mit Unterstützung der I+D-Spezialistin der Fachstelle im Katalog recherchieren, Bücher vor Ort lesen oder sie kostenlos ausleihen.

### 4.7.3 Kennzahlen

	2006	2007	2008	2009	2010
Auskünfte und Beratungen	458	461	379	481	401
Medienberichte	92	97	79	83	90
An Veranstaltungen Teilnehmende*	410	256	401	1 200	1 063

### Erläuterungen:

Alle Anfragen werden in einer internen Datenbank erfasst. Dabei handelt es sich entweder um Auskünfte oder um (längere) Beratungen. Der Medienindikator beinhaltet alle erfassten Berichte in Print- und elektronischen Medien, in denen die Fachstelle für Gleichstellung und/oder ihre Projekte erwähnt werden.

\* Seit 2009 werden die Teilnehmenden aller Tagungen, Kurse und öffentlichen Veranstaltungen erfasst, welche die Fachstelle organisiert oder federführend mitträgt. In den Jahren zuvor bezog sich die Kennzahl nur auf das Bildungsangebot für städtische Mitarbeitende.

## 5. Parlamentarische Vorstösse

### I. Unerledigte Initiativen

Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2010)

Volks- und Einzelinitiativen, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

EIS = Einzelinitiative Stimmbürger (Erledigungsfrist 1½ Jahre mit ½ Jahr Verlängerung)  
EIR = Einzelinitiative Ratsmitglied (Erledigungsfrist 1½ Jahre mit ½ Jahr Verlängerung)  
VI = Volksinitiative (Erledigungsfrist 1½ Jahre mit ½ Jahr Verlängerung)

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
VI 2009/000130	21.01.2009 21.10.2009	Späh Richard, Gewerbeverband der Stadt Zürich KMU-Förderungsinitiative

*Verordnung zum Abbau von Vorschriften sowie administrativer und finanzieller Belastung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU-Verordnung).*

VI 2009/000131	21.01.2009 21.10.2009	Späh Richard, Gewerbeverband der Stadt Zürich KMU-Entlastungsinitiative
-------------------	--------------------------	--

*Ergänzung der Gemeindeordnung der Stadt Zürich vom 26. April 1970 zum Abbau von Vorschriften sowie administrativer und finanzieller Belastung von kleinen und mittleren Unternehmen.*



## II. Unerledigte Motionen und Postulate

Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2010)

Motionen und Postulate, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

MOT = Motion (Erledigungsfrist zwei Jahre nach Überweisung)

POS = Postulat (Erledigungsfrist zwei Jahre nach Überweisung)

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS	19.11.2003	Marti Min Li und Bucher Gregor
2003/002619	26.11.2003	Kultur von und für Kinder und Jugendliche, Förderung
2003/000435		

*Wir bitten den Stadtrat zu prüfen, wie er Kultur von und für Kinder und Jugendliche stärker und mit grösserer Priorität, als dies im Kulturleitbild vorgesehen, ist fördern kann.*

Im Auftrag des PRD und des SSD haben externe Fachleute ein Konzept für die Errichtung eines Kinderkulturhauses eingereicht. Das Konzept wurde innerhalb und ausserhalb der Verwaltung diskutiert und auch bereits einmal der gemeinderätlichen Spezialkommission PRD/SSD vorgestellt. Der Vorschlag fand breite Zustimmung. Sehr schwierig gestaltet sich allerdings die Suche nach einem geeigneten Standort. Gegenwärtig steht eine Liegenschaft im Quartier Riesbach/Neumünster im Vordergrund, für die im Moment eingehende Verhandlungen geführt werden. Ausserdem sind in der Investitionsplanung entsprechende Mittel eingesetzt worden.

*Die Federführung des Projekts befindet sich in den Händen des SSD.*

MOT	02.03.2005	Recher Anja
2005/000270	20.04.2005	Einführung des konstruktiven Referendums, Änderung der Gemeindeordnung
2005/000075		

*Der Stadtrat wird aufgefordert, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Änderung der Gemeindeordnung zu beantragen, welche die Einführung des konstruktiven Referendums im Sinne von Art. 35 der neuen Kantonsverfassung (Referendum mit Gegenvorschlag) auf kommunaler Ebene vorsieht.*

Mit Weisung GR Nr. 2010/406 vom 22.09.2010 wurde der entsprechende Antrag gestellt. Der Gemeinderat wies die Weisung mit der Aufforderung an den Stadtrat zurück, innert 6 Monaten nach Vorliegen eines rechtsgültigen Entscheids des Kantons Zürich über die beiden vom Kantonsrat am 15. März 2010 vorläufig unterstützten Parlamentarischen Initiativen von C. Zanetti (SVP), KR Nr. 354/2009, sowie W. Germann (CVP) und Th. Ziegler (EVP), KR Nr. 323/2009, eine neue Vorlage zur Erfüllung der Motion GR Nr. 2005/75 von A. Recher (AL) vorzulegen.

POS	25.01.2006	Marti Min Li
2006/000111	28.10.2009	Filmkommission, Schaffung und Betrieb durch Dritte
2006/000021		

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie in Zürich im Rahmen der bestehenden Filmförderung kostenneutral eine «film commission» geschaffen werden kann. Diese könnte von der Filmstiftung in Zusammenarbeit mit Zürich Tourismus und der Wirtschaftsförderung betrieben werden.*

In enger Zusammenarbeit zwischen Stadtentwicklung Zürich (STEZ), Zürich Tourismus und dem Verein «Zürich für den Film» ist ein Konzept für die Einrichtung eines «Zürich Film Office» entwickelt worden. Die entsprechenden Vereinbarungen über die Zuständigkeiten und die Finanzierung stehen kurz vor ihrem Abschluss. Vorgesehen ist, die Aufgaben eines solchen Film Office zur Hauptsache auf Zürich Tourismus (Anlaufstelle und Marketing für Filmlocation Zurich) und STEZ (Kontaktstelle Verwaltung) aufzuteilen. Der Betrieb soll im Februar 2011 aufgenommen werden.

POS	07.06.2006	Rabelbauer Richard und Girod Bastien
2006/000602	28.10.2009	Standortförderung, Massnahmen betreffend Umweltechnologie
2006/000220		

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im Rahmen der Standortförderung durch gezielte Massnahmen vermehrt bestehende und junge Unternehmen aus dem Bereich Umweltechnologie für den Standort Zürich gewonnen werden können. Dabei sollen auch Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie ein optimales Umfeld geschaffen werden kann, damit Innovationen im Bereich der Umweltechnologie der Zürcher Hochschulen in der Stadt Zürich umgesetzt werden können.*

POS	07.03.2007	Rosenheim Monjek
2007/000253	21.03.2007	Schauspielhaus, zusätzliche Nutzung des grossen Saals im Schiffbau
2007/000100		

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob er die Schauspielhaus AG dazu bewegen kann, die Hauptbühne bzw. den grossen Saal des Schiffbaues einer zusätzlichen kulturellen Teilnutzung zuzuführen. Hierbei könnte beispielsweise das Schauspielhaus den grossen Saal jeweils in der Spielzeit von Dezember bis Mai nutzen/bespielen und ein anderer kultureller Veranstalter die anderen sechs Monate von Juni bis November.*

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
MOT 2007/000327 2007/000138	21.03.2007 09.06.2010	SP-Fraktion, CVP-Fraktion und EVP-Fraktion Integrationskurse, kostenloses Angebot für ausländische Wohnbevölkerung
<p>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung mit folgendem Inhalt zu unterbreiten: Die Stadt Zürich bietet der ausländischen Wohnbevölkerung kostenlose Integrationskurse an. Gegenstand der Kurse sind notwendige Informationen über das Leben, die Kultur, Rechte und Pflichten in der Stadt Zürich. Die Kurse werden auf Deutsch, für NeuzuzügerInnen in den meistgesprochenen Fremdsprachen angeboten. Für schwererreichbare Zielgruppen werden spezielle Konzepte erarbeitet. Das Angebot ist so zu gestalten, dass es ebenfalls von erwerbstätigen Personen und Personen mit Kindern benützt werden kann. Während der Integrationskurse werden die Teilnehmenden über das Angebot an Deutschkursen informiert und motiviert, diese zu besuchen. Das Kursangebot soll zudem so gestaltet werden, dass den Teilnehmenden die wichtigsten Kursinhalte innert weniger Wochen vermittelt werden können.</p>		
POS 2007/000620 2007/000317	06.06.2007 09.06.2010	Di Concilio Salvatore und Heinrich Uschi Integrationspolitik, Motivation von Arbeitgebenden für Deutschkurse
<p>Der Stadtrat ist gebeten zu prüfen, wie private Arbeitgeber durch städtische Integrationsfachleute zu motivieren sind, vermehrt Deutschkurse für ihre Mitarbeitenden anzubieten.</p>		
POS 2007/001318 2007/000649	12.12.2007 09.06.2010	Di Concilio Salvatore und von Matt Hans Urs Sans Papiers, kollektive Regularisierung
<p>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er sich bei den kantonalen und eidgenössischen Behörden für eine vernünftige Regularisierung, im Sinne einer einmaligen Lösung für bereits anwesende und einer restriktiven Behandlung zukünftiger Fälle, der Sans Papiers einsetzen kann. Zudem wird der Stadtrat gebeten, rasch bei den kantonalen Behörden zu intervenieren, damit der Spielraum bei der Prüfung und Anerkennung von individuellen Härtefällen besser ausgeschöpft werden kann. Seit dem Bestehen der Härtefallregelung (Rundschreiben BR Metzler vom Dezember 2001) wurden im Kanton Zürich bis zum Februar 2007 lediglich zehn Härtefälle anerkannt (dies im Unterschied z. B. zum Kanton Waadt, wo über 2000 Härtefälle anerkannt wurden).</p>		
POS 2007/001337 2007/000666	19.12.2007 09.06.2010	Katumba Andrew und Makwana-Boss Elisabeth Stadtrundfahrten mit Bussen, klimafreundlicher Betrieb
<p>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie Stadtrundfahrten mit Bussen künftig komplett emissionsfrei durchgeführt werden können. Zudem wird der Stadtrat gebeten, dringend darauf hinzuwirken, dass Verträge zwischen Zürich Tourismus und Tour Operators nur noch unter der Voraussetzung eines klimafreundlichen Betriebes eingegangen werden.</p>		
MOT 2008/000110 2008/000071	30.01.2008 06.01.2010	Grüne-Fraktion Kulturförderung, Erhöhung der Förderkredite
<p>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Kredit schaffende Weisung vorzulegen, welche zum Inhalt die Erhöhung der Förderkredite im Globalbudget der Abteilung Kulturförderung im Umfang von 2 Mio. Fr. pro Jahr zum Zwecke der Finanzierung von Werkjahren für Kulturschaffende hat. Die Werkjahre kommen StadtzürcherInnen wie Auswärtigen zugute. Sie sollen in der Stadt Zürich ihre Wirkung entfalten, indem sie an den Aufenthalt in Zürich gebunden werden.</p>		
POS 2008/000521 2008/000221	21.05.2008 06.01.2010	Bischof Jris und Wyler Rebekka Museen der Stadt Zürich, Erlass der Eintrittsgebühren bis zum 16. Altersjahr
<p>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, die Eintrittsgebühren in die Sammlungen und ständigen Ausstellungen der städtischen Museen sowie in den mit subventionierten Institutionen bis zum sechzehnten Altersjahr zu erlassen.</p>		
POS 2008/001070 2008/000451	01.10.2008 26.11.2008	Grüne Fraktion Kinder- und Jugendkultur, Angebotsübersicht
<p>Der Stadtrat wird gebeten,</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– einen Bericht zu erstellen, der einen Überblick der Kultur für, von und mit Kindern und Jugendlichen in der Stadt Zürich bietet</li> <li>– dabei eine Zusammenstellung anzufertigen, die darlegt, welche Angebote sich ergänzen und welche sich konkurrenzieren</li> <li>– aufzuzeigen, mit wie viel finanziellen und personellen Ressourcen die entsprechenden Angebote je Angebot wie vielen Kindern und Jugendlichen zur Verfügung gestellt werden.</li> </ul>		



<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 2009/000451 2009/000157	06.05.2009 28.05.2009	FDP-Fraktion Effizienzverbesserung zwischen den Kommunikationsverantwortlichen in den Departementen
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er eine bessere Zusammenarbeit und Effizienzverbesserung zwischen den zahlreichen Kommunikationsverantwortlichen in allen Departementen der städtischen Verwaltung erreichen kann. Zuhanden des Gemeinderats soll hierzu ein Bericht erstellt werden, in dem klar und übersichtlich hervorgeht, wie viele Kommunikationsverantwortliche wo mit welchen genau umschriebenen Aufgaben betraut sind und wie der Stadtrat mögliche Synergien bzw. Effizienzverbesserungen departementsübergreifend bis wann verbessern will.</i>		
POS 2009/000935 2009/000328	08.07.2009 27.01.2010	Badran Jacqueline und Ammann Andreas Erhebung von Anzahl und Grösse der Zweitwohnungen in der Stadt Zürich
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie das Statistische Amt jährlich die Anzahl und Grösse der Zweitwohnungen sowie wenn möglich die möblierten Wohnangebote auf Zeit (als «Boardinghouse»-Angebote bekannt) in der Stadt Zürich erheben und ausweisen kann.</i>		
POS 2009/001074 2009/000357	19.08.2009 16.09.2009	Erfigen Monika und Liebi Roger Vereinfachte Bewilligungsverfahren für Gewerbebetriebe bei Ankurbelungsmassnahmen nach Beeinträchtigung durch städtische Bauarbeiten
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, welche vereinfachten Bewilligungsverfahren für Gewerbebetriebe angewendet werden können für Aktionen zur Wiederankurbelung des reduzierten Geschäftsgangs nach Beeinträchtigung durch städtische Bauarbeiten.</i>		
POS 2009/001365 2009/000502	04.11.2009 02.12.2009	Strub Jean-Daniel und Nüssli-Danuser Andrea Leistungsvereinbarung für Grossanlässe, Konkretisierung der Verpflichtung des Grundsatzes der Nachhaltigkeit
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Leistungsvereinbarung, die gemäss Weisung 373 (GR-Nr. 2009/136) mit dem Verein Zürcher Volksfeste/ Züri Fäscht (VZV) abgeschlossen werden soll, hinsichtlich der Verpflichtung auf den Grundsatz der Nachhaltigkeit konkretisiert werden kann. Dabei ist sicherzustellen, dass die entsprechenden Bemühungen des VZV in angemessener Weise öffentlich nachvollziehbar werden und der VZV gemeinsam mit der Stadt Zürich die erworbenen Erfahrungen für vergleichbare Grossanlässe nutzbar machen kann.</i>		
POS 2009/001489 2009/000566	02.12.2009 11.12.2009	Angst Walter und Glättli Balthasar Öffentlichkeitsprinzip, Überprüfung des Einsatzes der Kommunikations-Ressourcen zur raschen und umfassenden Umsetzung
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der Einsatz der Kommunikations-Ressourcen zur raschen und umfassenden Umsetzung des Öffentlichkeitsprinzips genutzt werden kann. Die PR- und Kommunikationsstellen sind so einzusetzen, dass die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Zürich in voller Transparenz und Offenheit über die Leistungen der Stadt Zürich sowie die Entscheide und die Planungen der Departemente und Dienststellen informiert werden und Zugang zu allen bei der Stadt verfügbaren Informationen erhalten, soweit diesem Anliegen nicht Persönlichkeitsrechte entgegenstehen. Dazu ist die Zentralisierung der Kommunikationsstellen zu prüfen und sind die daraus entstehenden Synergien zu nutzen.</i>		
POS 2009/001493 2009/000570	02.12.2009 11.12.2009	Badran Jacqueline und Glättli Balthasar Statistisches Amt der Stadt Zürich, vermehrte Nutzung als stadtinternes Kompetenzzentrum für Studien und Erhebungen
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie das Statistische Amt der Stadt Zürich vermehrt als stadtinternes Kompetenzzentrum für Studien und Erhebungen genutzt werden und so einen Beitrag zur Aufwandsenkung leisten kann. Sichergestellt werden muss, dass das Statistische Amt und die AutorInnen der Studien und Erhebungen bei der Auswertung, Kommentierung und Publikation der erhobenen Daten die volle Unabhängigkeit haben.</i>		
POS 2010/000369 2010/000146	31.03.2010 14.04.2010	Seidler Christine und Recher Alecs Kunsthhaus, Schaffung einer Plattform für einen öffentlichen Diskurs über die Bührlle-Sammlung
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im Zusammenhang mit der Erweiterung des Kunsthhauses und der damit verbundenen Platzierung der Bührlle-Sammlung im Kunsthhaus eine Plattform für einen öffentlichen Diskurs über die Entstehungsgeschichte der Sammlung E.G. Bührlle im Kontext der Schweizer Geschichte im Zweiten Weltkrieg als permanenter Annex zur Bührlle-Sammlung geschaffen werden kann. Insbesondere soll geprüft werden, ob die Kunsthhausstiftung als Partnerin der Stadt und die Bührlle Stiftung als zukünftige Raumnutzerin des Kunsthhauses mit der entsprechenden Umsetzung betraut werden kann, u. a. in Form eines permanenten, in die Ausstellung integrierten Informationsbetriebs, den die Besucher umfassend über diese geschichtlichen Hintergründe aufklärt.</i>		

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
MOT 2010/000629 2010/000249	09.06.2010 29.09.2010	Baumer Michael Bestimmungen über die Zusammensetzung des Büro des Gemeinderats, Änderung der Gemeindeordnung
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung für eine Änderung der Gemeindeordnung über die Bestimmungen zur Zusammensetzung des Büros des Gemeinderats zu unterbreiten mit dem Ziel, dem Gemeinderat die nötige Flexibilität zu geben, die Zusammensetzung in seiner Geschäftsordnung selbst zu regeln. Dazu sollen insbesondere die zahlenmässigen Einschränkungen und das Ratssekretariat gestrichen werden.</i>		
POS 670.110.110-003 2010/001014 2010/000448	27.10.2010 10.11.2010	FDP-Fraktion Schiffbau Immobilien AG, Erhöhung Anteil der Fremdvermietungen
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Schiffbau Immobilien AG mindestens 330000 Franken mit Fremdvermietungen der Halle 1 an Dritte erwirtschaftet. Es soll sichergestellt werden, dass auch Musicals und Tanztheater zugelassen werden.</i>		
POS 540.190.100-009 2010/001065 2010/000486	24.11.2010 15.12.2010	Hug Christina und Garcia Isabel Zürich Tourismus, Förderung von 2000-Watt-kompatiblen Angeboten
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er bei Zürich Tourismus darauf hinwirken kann, dass vermehrt 2000-Watt-kompatible Angebote gefördert werden, z. B. durch die aktive Promotion des SchweizMobil-Netzes oder die Vermarktung von geführten Wanderungen und Velotouren.</i>		

### III. Abschreibungsanträge für Initiativen und Postulate

Initiativen und Postulate, für die der Stadtrat dem Gemeinderat den Antrag auf Abschreibung stellt.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
EIS 2008/000455 2008/000193	28.04.2008 29.10.2008	Schaller Matthes Quartier-TV zur sozialen und integrativen Kommunikation

*Es sind vom Gemeinderat beziehungsweise vom Stadtrat die Voraussetzungen zu schaffen, damit in der Stadt Zürich ein Quartier-TV zur sozialen und integrativen Kommunikation etabliert werden kann.*

Die Einzelinitiative wurde vom Gemeinderat in Übereinstimmung mit dem Antrag des Stadtrats (Weisung 457 vom 2. Dezember 2009) abgelehnt (GRB 5691 vom 24. März 2010). Anstelle der in der Einzelinitiative enthaltenen Absicht wird die Stadt wie bisher private Quartier-TV-Projekte punktuell unterstützen.

POS 2002/000184 2002/000041	30.01.2002 09.04.2003	Badertscher Beat, Dr., und Sieg Werner, Prof. Dr. Kunsthhaus, Realisierung einer Erweiterung mit dem Kanton und privaten Geldgebern
-----------------------------------	--------------------------	--

*Wir bitten den Stadtrat zu prüfen, wie die Erweiterung des Kunsthhauses Zürich im Zusammenwirken mit dem Kanton Zürich und privaten Geldgebern realisiert werden kann.*

Zur gleichen Zeit wie das vorliegende Postulat wurde von den damaligen Gemeinderäten Robert Käser und Peter Stähli-Barth eine Motion eingereicht, die den Stadtrat beauftragen wollte, eine Weisung für einen Bau zur Erweiterung des Kunsthhauses Zürich vorzulegen. Gestützt auf entsprechende Anträge des Stadtrats bewilligte der Gemeinderat am 28. März 2008 einen Projektierungskredit von 6,5 Mio. Franken und erhöhte diesen am 14. April 2010 um 11,5 Mio. auf 18,0 Mio. Fr. (vgl. GRB 5765/2010). Schon nach der ersten Kreditbewilligung wurde die genannte Motion abgeschrieben (vgl. GRB 5401/2010). In beiden Vorlagen war stets die Rede davon, dass die Finanzierung eines solchen Erweiterungsbaus ein enges Zusammenwirken mit dem Kanton Zürich und privaten Geldgebern erfordere. Inzwischen ist von der Zürcher Kunstgesellschaft, der Stiftung Zürcher Kunsthhaus und der Stadt Zürich eine einfache Gesellschaft Kunsthhaus-Erweiterung gegründet worden, die eine entsprechende Finanzierung vorsieht.

POS 2006/001338 2006/000556	07.06.2006 29.11.2006	Nagel Ueli und Nielsen Claudia Uto Kulm, Landabtausch mit der Gemeinde Stallikon
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird beauftragt, mit der Gemeinde Stallikon und dem Regierungsrat Verhandlungen aufzunehmen, um dem Gemeinderat eine Weisung zur Eingemeindung des Gebiets Uto Kulm (= Areal nordöstlich der Gratstrasse zwischen dem Bahnhof Zürich-Uetliberg und der Abzweigung Gratweg Richtung Kolbenhof, gemäss beigelegtem Kartenausschnitt\*) durch Landabtausch vorzulegen.*

Nach Verabschiedung der Richtplananpassung durch den Kantonsrat und der Bewilligung durch den Bundesrat soll ein Nutzungsvertrag zwischen dem Grundeigentümer und den beteiligten Gemeinwesen (Gemeinden Stallikon und Uitikon, Stadt Zürich und Kanton Zürich) abgeschlossen werden, der die Anliegen der Stadt Zürich berücksichtigt soll.

POS 2006/000877 2006/000314	12.07.2006 27.09.2006	Di Concilio Salvatore und Schönbächler Robert Migrationsmuseum, Bericht über eine allfällige Errichtung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten, dem Gemeinderat einen Bericht vorzulegen, der die Einrichtung eines Migrationsmuseums in der Stadt Zürich prüft. Der Bericht soll folgende Punkte beinhalten:*

- die Prüfung möglicher Standorte, insbesondere des Amtshauses Helvetiaplatz;
- die Zusammenarbeit mit in Frage kommenden Partnern und Partnerinnen unter Berücksichtigung von Stadt, Bund, Kanton, des Vereins Migrationsmuseum und weiterer;
- den Einbezug weiterer inhaltlich passender Institutionen;
- die möglichen Finanzierungsformen zur Verwirklichung eines Migrationsmuseums unter Einbezug der öffentlichen Hand sowie privater Geldgeber und Geldgeberinnen;
- die Skizzierung eines Zeitplans zur Umsetzung eines Migrationsmuseums.

Im Zwischenbericht des Stadtrats vom 9. September 2009 zum Leitbild der städtischen Kulturförderung und Ausblick auf die Jahre 2010 und 2011 ist der Stadtrat zum Schluss gelangt, dass auf die Schaffung eines eigenen städtischen Migrationsmuseums vorläufig verzichtet werden soll (s. StRB 1151/2009). Er vertrat dazu die Auffassung, dass das Thema gesamtschweizerische Bedeutung hätte und deshalb auch von einer national ausgerichteten Institution bearbeitet und präsentiert werden sollte. Dies wäre in erster Linie das Landesmuseum. Dieses widmet denn auch in seiner Dauer Ausstellung einen Viertel des Raumes dem Thema Migration. Unter dem Titel «Niemand war schon immer da» wird darin Migration aus den verschiedensten Blickwinkeln dargestellt. Es macht deshalb keinen Sinn (mehr), ein konkurrierendes Angebot zu etablieren. Nach wie vor ist allerdings ein (auch im Update des Kulturleitbilds angeführtes) kleineres Stadtforum/Stadtmuseum geplant, im Rahmen dessen auch die Migrationsthematik behandelt werden kann. Die Form dieses Stadtforums/Stadtmuseums ist Gegenstand des aktuellen konzeptionellen Prozesses.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2008/000014 2008/000003	09.01.2008 30.01.2008	Manser Joe A. und Mariani Mario Museum Bellerive, Villa Egli, Haus Le Corbusier und Atelier Haller, Integration in das Museumskonzept

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die künftige Nutzung des Ensembles «Museum Bellerive» – «Villa Egli» – «Haus Le Corbusier» – «Atelier Haller» in die Erarbeitung des städtischen Museumskonzepts integriert werden kann.*

Der Stadtrat hat das von der Abteilung Kultur in Auftrag gegebene Museumskonzept zur Kenntnis genommen. Darin wird auch auf die Schaffung eines Museumsschwerpunktes im Bereich der unteren Höschgasse eingegangen. Die Umsetzung dieses Vorhabens kann nur in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton, der das Museum Bellerive betreibt, sowie der Eigentümerin des Heidi-Weber-Museums (Corbusier-Haus) geschehen, die noch bis 2014 über einen entsprechenden Vertrag verfügt. Verschiedene Verhandlungen über die künftige Nutzung der einzelnen Teile dieses Ensembles sind eingeleitet worden.

POS 2008/000051 2008/000024	16.01.2008 30.01.2008	Weibel Waser Esther und Reimann Beatrice Museumskonzept, Berücksichtigung der Migration
-----------------------------------	--------------------------	--

*Wir bitten den Stadtrat zu prüfen, dass im Museumskonzept, das im nächsten Jahr in Auftrag gegeben wird, dem Thema Migration ein grosses Gewicht beigemessen und dafür ein eigentliches Museum vorgesehen wird.*

Im Zwischenbericht des Stadtrats vom 9. September 2009 zum Leitbild der städtischen Kulturförderung und Ausblick auf die Jahre 2010 und 2011 ist der Stadtrat zum Schluss gelangt, dass von der Schaffung eines eigenen städtischen Migrationsmuseums vorläufig abgesehen werden soll (s. StRB 1151/2009). Er verwies dazu unter anderem auch auf ein Museumskonzept, das im Sommer 2008 in Auftrag gegeben worden war und in dem vorgeschlagen worden war, auf teure Neugründungen von Museen zu verzichten und stattdessen das bestehende Potenzial besser zu nutzen. Ausserdem vertrat der Stadtrat die Auffassung, dass das Thema der Migration gesamtschweizerische Bedeutung hätte und deshalb auch von einer national ausgerichteten Institution bearbeitet und präsentiert werden sollte. Inzwischen widmet das Landesmuseum in seiner neuen Dauerausstellung einen Viertel des Raumes dem Thema Migration. Unter dem Titel «Niemand war schon immer da» wird darin Migration aus den verschiedensten Blickwinkeln dargestellt. Ein konkurrierendes Angebot zu etablieren, macht deshalb keinen Sinn (mehr).

POS 2008/000054 2008/000027	16.01.2008 30.01.2008	Grüne-Fraktion Weitere Kulturbereiche, Erstellen von Konzepten
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob nebst dem Bereich Museum auch für die anderen Kultur-Bereiche (Musik, Theater, Literatur, Tanz usw.) je ein Konzept analog dem Museumskonzept erarbeitet werden soll.*

Der Stadtrat legt mit dem Leitbild der städtischen Kulturförderung jeweils die grundlegenden Strategien für die nächsten vier Jahre fest. In der «Halbzeit» wird es jeweils durch einen Zwischenbericht (Update) ergänzt. Nachdem der Gemeinderat am 30. Januar 2008 Kenntnis vom Leitbild der städtischen Kulturförderung für die Jahre 2008 bis 2011 und am 6. Januar 2010 vom turnusgemäss erstatteten Zwischenbericht (StRB 1151/2009) genommen hat, befindet sich nun das Leitbild 2012 bis 2015 in Ausarbeitung. Darin werden auch die hier genannten Bereiche einer eingehenden Überprüfung unterzogen und dessen Ergebnisse präsentiert werden.

POS 2008/000055 2008/000028	16.01.2008 30.01.2008	Grüne-Fraktion Zentrum für Kinderkultur, Federführung durch das Präsidialdepartement
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten, die Federführung des Projektes «Zentrum für Kinderkultur» dem Präsidialdepartement zu übertragen. Das Zentrum für Kinderkultur soll kein Angebot in Form von schulähnlichen Kursen beinhalten. Auch soll es in der Stadt bestehende Kinderkulturangebote in den verschiedenen kulturellen Institutionen und von kulturellen Anbietern nicht konkurrenzieren, idealerweise jedoch miteinander vernetzen und ergänzen.*

Das Projekt eines Kinderkulturhauses bedarf der engen Zusammenarbeit mit den Schulen. Da das Schulamt bereits die Abteilung Lebensraum Schule/Schulkultur führt, ist es zweckmässig, dass dieses Departement die Federführung innehat. Das Schul- und Sportdepartement wird dabei eng vom Präsidialdepartement (Abteilung Kultur) begleitet.

POS 2008/001254 2008/000540	26.11.2008 10.12.2008	Angst Walter Stadtentwicklung, Konzentration verschiedener Dienstabteilungen
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten, die durch eine Konzentration der diversen mit Stadtentwicklungsfragen beschäftigten Dienstabteilungen und Dienststellen erzielbaren Synergien und Einsparpotenziale sowie Wirksamkeitserhöhungen zu prüfen.*

Die ausführliche Antwort des Stadtrats (StRB 1923) vom 24. November 2010 auf die schriftliche Anfrage von Dr. Daniel Regli und Roland Scheck (GR-Nr. 2010/301) zeigt die unterschiedlichen Tätigkeiten und Zielsetzungen der beiden im Postulat namentlich genannten Dienstabteilungen Amt für Städtebau und Stadtentwicklung Zürich (STEZ) auf.



Bild: Lydia Trüb

# Geschäftsbericht 2010

## Finanzdepartement

# Inhaltsverzeichnis Geschäftsbericht Finanzdepartement

<b>1.</b>	<b>Vorwort</b>	<b>55</b>
<b>2.</b>	<b>Jahresschwerpunkte</b>	<b>56</b>
<b>3.</b>	<b>Kennzahlen Finanzdepartement</b>	<b>61</b>
<b>4.</b>	<b>Departementssekretariat, Fachstellen, Dienstabteilungen</b>	<b>62</b>
<b>4.1</b>	<b>Departementssekretariat</b>	<b>62</b>
4.1.1	Aufgaben	62
4.1.2	Jahresschwerpunkte	62
4.1.3	Erbschaften und Vermächtnisse	62
4.1.4	Entwicklungshilfe im Ausland, Investitionshilfe im Inland, Humanitäre Hilfe im In- und Ausland	62
4.1.5	Stiftungsaufsicht über gemeinnützige privatrechtliche Stiftungen	63
4.1.6	Kennzahlen	63
<b>4.2</b>	<b>IT-Controlling</b>	<b>63</b>
4.2.1	Aufgaben	63
4.2.2	Jahresschwerpunkte	63
<b>4.3</b>	<b>Fachstelle Beschaffungskoordination</b>	<b>64</b>
4.3.1	Aufgaben	64
4.3.2	Jahresschwerpunkte	64
<b>4.4</b>	<b>Büro für Wohnbauförderung</b>	<b>64</b>
4.4.1	Aufgaben	64
4.4.2	Jahresschwerpunkte	64
4.4.3	Kennzahlen	65
<b>4.5</b>	<b>Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien</b>	<b>66</b>
4.5.1	Aufgaben	66
4.5.2	Jahresschwerpunkte	66
4.5.3	Kennzahlen	66
<b>4.6</b>	<b>Organisation und Informatik (OIZ)</b>	<b>66</b>
4.6.1	Aufgaben	66
4.6.2	Jahresschwerpunkte	66
4.6.3	Kennzahlen	67
<b>4.7</b>	<b>Finanzverwaltung</b>	<b>68</b>
4.7.1	Aufgaben	68
4.7.2	Jahresschwerpunkte	68
4.7.3	Kennzahlen	69
<b>4.8</b>	<b>Steueramt</b>	<b>70</b>
4.8.1	Aufgaben	70
4.8.2	Jahresschwerpunkte	70
4.8.3	Kennzahlen	72
<b>4.9</b>	<b>Liegenschaftenverwaltung</b>	<b>73</b>
4.9.1	Aufgaben	73
4.9.2	Jahresschwerpunkte	73
4.9.3	Kennzahlen	76
<b>4.10</b>	<b>Human Resources Management (HR Stadt Zürich)</b>	<b>80</b>
4.10.1	Aufgaben	80
4.10.2	Jahresschwerpunkte	80
4.10.3	Kennzahlen	81
<b>5.</b>	<b>Parlamentarische Vorstösse</b>	<b>82</b>

# 1. Vorwort



Martin Vollenwyder. (Bild: Luca Zanier)

«Es kann als gutes Zeichen gedeutet werden, dass die wirtschaftliche Entwicklung sich erholt und sogar an Schwung gewonnen hat.»

Erwartungsgemäss kann auch für das Jahr 2010 keine Entwarnung in Sachen Steuereinnahmen gegeben werden. Die beiden Grossbanken als wichtigste Steuerzahler bei den juristischen Personen brachten, wie prognostiziert, auch dieses Jahr keine Einnahmen. Positiv entwickelten sich jedoch die Steuererträge der natürlichen Personen. Hier sind deutliche Mehreinnahmen zu vermelden. Dies kann als gutes Zeichen gedeutet werden, dass die wirtschaftliche Entwicklung sich erholt und sogar an Schwung gewonnen hat. Um diese positive Entwicklung zu unterstützen, wurden auch dieses Jahr wichtige Investitionen in die Zukunft unserer Stadt getätigt und laufende Projekte konsequent weiterverfolgt.

Im Wohnungsbau wurden diverse Projekte weiterentwickelt und deren Umsetzung vorangetrieben. Dazu gehört unter

anderem die städtische Wohnüberbauung Kronenwiese im Kreis 6, die planmässig unterwegs ist. Nach einem Bundesgerichtsentscheid zugunsten der Stadt kann jetzt auch die städtische Wohnsiedlung an der Rautistrasse neu gebaut werden. Ebenso konnte der vorgesehene Zeitplan für die Vorbereitungen zur Siedlung Hornbach eingehalten werden; damit erbringt die Stadt im Seefeldquartier einen konkreten Beitrag zur Realisierung von kostengünstigem Wohnraum.

Nebst dem kontinuierlichen Engagement im Wohnungsbau wurden auch andere längerfristige Projekte weiterverfolgt. In Sachen Kongresshaus hat der Stadtrat einen Grundsatzentscheid zugunsten einer umfassenden Teilinstandsetzung für rund 55 Mio. Fr. getroffen. Die Suche nach einem neuen Standort für ein zeitgemässes Kongresszentrum wurde verstärkt. Der Legislatorschwerpunkt eZürich wurde im November mit einem öffentlichen Ideenwettbewerb lanciert. Mit dem Landverkauf der Credit Suisse an die Stadt haben sich neue Umsetzungsmöglichkeiten in Sachen Neubau des Stadions Hardturm eröffnet; zudem kann auch dort eine städtische Wohnsiedlung geplant werden.

Ob die nächsten Investitionsschritte beim Stadionneubau und beim neuen Kongresszentrum vorangetrieben werden können, bleibt bis dato in der Schwebe. Die Rückweisung des Budgets 2011 und die damit verbundenen Sparvorgaben von rund 220 Mio. Fr. durch die Gemeinderatsmehrheit haben zu einem unbeabsichtigten Stopp geführt. Aus Sicht des Stadtrats ist es wichtig, dass sich die Stadt auch weiterhin als verlässliche Partnerin für ihre Bevölkerung erweist und ihrer Verantwortung nachkommt.

Um die Ziele zu erreichen, braucht es engagierte städtische Mitarbeitende, die auch im Jahre 2011 mit viel Elan ans Werk gehen. Ihnen gebührt Dank – für die Arbeit im vergangenen Jahr.

Martin Vollenwyder  
Vorsteher des Finanzdepartements



## 2. Jahresschwerpunkte

### Die Finanzkrise und der Steuerertrag

Die Rechnung 2010 schliesst bei einem Steuerertrag von 2346,3 Mio. Fr. um 29 Mio. Fr. besser ab als jene des Vorjahres. War man im Vorjahr über das gute Resultat noch überrascht – hatte man doch infolge der Finanzkrise ein deutlich schlechteres Resultat erwartet –, so zeigen die Zahlen aus dem Rechnungsjahr 2010 zwei unterschiedliche Trends auf, wie sich die Auswirkungen der Krise bei den Steuern bemerkbar machen.

Beim Steuerertrag der natürlichen Personen war der Vorbezug für die Steuerperiode 2010, der auf den Einschätzungszahlen früherer Jahre basiert, höher als derjenige des Vorjahres. Auch fielen die Nachträge aus den Vorjahren faktisch gleich hoch aus wie im Vorjahr. Das Hauptaugenmerk richtete sich dabei auf die Entwicklung der Steuerperiode 2008, die allgemein und auch aus steuerlicher Sicht als «erstes Krisenjahr» bezeichnet

wird. Ende 2010 waren über 90 % der eingegangenen Steuererklärungen aus diesem Jahr verarbeitet, und es zeichnet sich ab, dass der Steuerertragswert dieser Periode ca. 3 % über demjenigen der Steuerperiode 2007 zu liegen kommt. Für die Steuerperiode 2009, die einen Einschätzungsstand von knapp 40 % aufweist, kann hingegen erst eine Trendaussage gemacht werden. Bei vollständiger Einschätzung wird der Steuerertragswert schätzungsweise eine Abweichung von  $\pm 2\%$  zum Steuerertragswert der Periode 2008 aufweisen. Die gestiegene Anzahl von Steuerpflichtigen und der höhere Bestand an quellensteuerpflichtigen Personen, die zufolge eines 120000 Franken übersteigenden Einkommens nachträglich ins ordentliche Besteuerungsverfahren wechseln, tragen das Ihre zu dieser positiven Entwicklung bei. Somit zeigt die Finanzkrise zumindest bei den natürlichen Personen steuerlich keine spürbaren Auswirkungen.

Steuerertrag (Mio. Fr.)	2006	2007	2008	2009	2010
Gemeindesteuerfuss	122 %	122 %	119 %	119 %	119 %
<b>Steuern natürliche Personen: Einkommens- und Vermögenssteuer</b>	<b>1 099.5</b>	<b>1 142.3</b>	<b>1 272.4</b>	<b>1 405.3</b>	<b>1 444.8</b>
Laufendes Jahr (provisorische Steuerrechnung) <sup>1</sup>	941.1	963.6	990.1	1046.9	1098.7
Steuernachträge Vorjahre	105.8	132.0	222.4	297.5	279.8
Aktive Steuerauscheidung	68.7	62.9	73.5	79.6	84.5
Passive Steuerauscheidung	-13.7	-13.8	-10.8	-15.6	-15.7
Pauschale Steueranrechnung	-2.4	-2.4	-2.8	-3.1	-2.5
<b>Steuern juristische Personen: Ertrags- und Kapitalsteuer</b>	<b>820.3</b>	<b>976.6</b>	<b>576.2</b>	<b>660.1</b>	<b>658.1</b>
Laufendes Jahr (provisorische Steuerrechnung) <sup>1</sup>	794.3	816.2	705.0	699.2	564.7
Steuernachträge Vorjahre	100.6	258.1	-54.2	-5.7	101.4
Aktive Steuerauscheidung	5.5	7.5	7.3	6.9	13.0
Passive Steuerauscheidung	-76.0	-102.5	-79.0	-27.2	-15.9
Pauschale Steueranrechnung	-4.1	-2.7	-2.9	-13.1	-5.1
<b>Quellensteuern</b>	<b>109.2</b>	<b>123.0</b>	<b>148.2</b>	<b>127.8</b>	<b>113.5</b>
Quellensteuer I (ausl. ArbeitnehmerInnen)	90.1	99.3	132.0	108.8	93.7
Quellensteuer II (KünstlerInnen/SportlerInnen usw.)	19.1	23.7	16.2	19.0	19.8
<b>Grundsteuern</b>	<b>102.9</b>	<b>105.7</b>	<b>111.5</b>	<b>103.9</b>	<b>109.1</b>
Grundstückgewinnsteuer	102.0	105.5	111.5	103.9	109.1
Handänderungssteuer (Abschaffung per 2005) <sup>2</sup>	0.9	0.2	-	-	-
<b>Übrige Steuern</b>	<b>13.2</b>	<b>18.8</b>	<b>12.1</b>	<b>20.2</b>	<b>20.8</b>
Personalsteuer	6.8	6.8	6.9	6.9	6.9
Nachsteuer	6.4	12.0	5.2	13.3	13.9
<b>Gesamttotal</b>	<b>2 145.1</b>	<b>2 366.4</b>	<b>2 120.4</b>	<b>2 317.3</b>	<b>2 346.3</b>

<sup>1</sup> Steuerertrag des laufenden Jahres: einfache Staatssteuer mal Gemeindesteuerfuss

<sup>2</sup> Nachträge in den Jahren 2005–2007 aus pendenten Fällen

Hinzuweisen ist auf folgende Steuergesetz-Änderungen:

- Natürliche Personen: Ausgleich «kalte Progression» ab Steuerperiode 2006 (Reduktion ca. 4,5%)
- Juristische Personen: Einheitstarif/Halbierung Kapitalsteuern ab Steuerperiode 2005 (Reduktion ca. 20%)
- Handänderungssteuern: Abschaffung Handänderungssteuern ab Steuerperiode 2005



Beim Steuerertrag der juristischen Personen dagegen zeigt sich ein anderes Bild. Da hier im Gegensatz zur Veranlagung natürlicher Personen allfällige Geschäftsverluste aus Vorjahren nachträglich mit Gewinnen verrechnet werden können, sind die steuerlichen Auswirkungen der Finanzkrise viel stärker. Somit ist davon auszugehen, dass sich die im Krisenjahr 2007 eingetretenen Verluste – vornehmlich bei den Grossbanken – noch längere Zeit auf den Steuerertrag der juristischen Personen auswirken werden. Feststellbar ist jedoch auch eine positive Entwicklung bei den kleineren und mittleren Finanzinstituten, die gestiegene Steuererträge aufweisen können. Zudem sind seit zwei Jahren Zuzüge von international agierenden Firmen aus dem Finanz-/Versicherungs- und Rückversicherungsbereich feststellbar, die einen Teil der Steuerausfälle aufzufangen vermögen. Zusammengefasst lässt sich bemerken, dass die Ausfälle der beiden Grossbanken noch einige Jahre spürbar sein werden und dass die Entwicklung der Steuerzahlen der übrigen Firmen in eine positive Richtung zeigt, die grossen Ausfälle jedoch nicht zu kompensieren vermag.

Die Grundsteuern weisen gegenüber dem Vorjahr eine leichte Verbesserung aus. Trotz regen Liegenschaftenshandels ist die weitere Entwicklung der Grundstückgewinnsteuer schwer absehbar, da diverse Änderungen in der Steuergesetzgebung anstehen. Der Quellensteuerertrag wies wiederum ein tieferes Ergebnis als im Vorjahr aus (– 17 %). Der Hauptgrund dafür lag bei jenen quellensteuerpflichtigen Personen mit Einkommen über 120 000 Franken, die im ordentlichen Verfahren eingeschätzt werden. Dies führte dazu, dass im Rechnungsjahr 2010 ein Minderertrag des Quellensteuerergebnisses bei einem gleichzeitigen Mehrertrag beim Steuerresultat natürlicher Personen (Vorjahre) zu verzeichnen war.

### Zinsentwicklung

Das Berichtsjahr war ein Jahr der tiefen Zinsen und ermöglichte den öffentlichen Schuldnern ausserordentlich günstige Finanzierungen. Die Schweizerische Nationalbank (SNB) hielt aufgrund der starken Aufwertung des Schweizerfrankens an der expansiven Geldpolitik fest und verzichtete auf Zinserhöhungen. Dann führte die Staatsschuldenkrise in der Eurozone zu ausserordentlichen Kapitalzuflüssen in den sicheren Hafen Schweiz und liess die Zinssätze im August auf historische Tiefwerte sinken. Dank des starken Schweizerfrankens blieb trotz eines erfreulich starken Wirtschaftswachstums die Inflation unter Kontrolle.

Bemerkenswert war, dass trotz einer inversen Zinsstruktur (je langfristiger die Anlagen, desto tiefer die Zinsen) auch bei sehr langen Laufzeiten konstant eine Nachfrage insbesondere seitens der Versicherungen bestand, was äusserst günstige

Finanzierungen auch auf lange Sicht ermöglichte. Das Timing der Geldaufnahmen wurde hingegen durch die recht volatile Entwicklung der längerfristigen Zinsen erschwert.

Die Kurzfristzinsen (3-Monats-Libor) entwickelten sich im Laufe des Jahres von 0,25 % auf 0,17 % zurück. Das Jahrestief lag in der ersten Hälfte Juni bei 0,08 %. Der Zielsatz der SNB von 0,25 % wurde während des ganzen Jahres nie überschritten. Die Langfristzinsen (Kassazinssatz für zehnjährige Anleihen der Eidgenossenschaft) entwickelten sich im Jahresvergleich ebenfalls zurück. Ende Jahr lag der Satz bei 1,67% und damit um 30 Basispunkte unter dem Stand des Vorjahrs. Der Höchstwert lag bei 2,07% Anfang Jahr und der Tiefstwert bei 1,11% in der zweiten Hälfte August. Die Risikoaufschläge bewegten sich wieder auf normalen Niveaus, wenn auch gewisse Schwankungen zu verzeichnen waren.

Die Stadt Zürich nahm im Laufe des Jahres über zwei Transaktionen Geld im Betrag von insgesamt 450 Mio. Fr. zu sehr vorteilhaften Konditionen auf. Einerseits wurde eine Anleihe von 250 Mio. Fr. mit einer Laufzeit von zehn Jahren und einem Coupon von 2,125 % ausgegeben. Andererseits konnte die 2006 lancierte 30-jährige Anleihe mit einem Coupon von 2,55 % um 200 Mio. Fr. auf 450 Mio. Fr. aufgestockt werden. Der durchschnittliche Coupon der getätigten Geldaufnahmen lag bei 2,31 % und die durchschnittliche Laufzeit bei 17,1 Jahren.

### Staatsbeiträge und Zentrumslasten

Die Einnahmequelle der zweckgebundenen Staatsbeiträge (= indirekter Finanzausgleich) wird nach der Höhe des Finanzkraftindex (FKI) der Gemeinden in Beitragsskalen abgestuft, soweit nicht spezialgesetzliche Finanzierungsregeln angewendet werden (z. B. Pauschalen für Bau und Unterhalt der überkommunalen Strassen). Die zweckgebundenen Staatsbeiträge (Remo-Konto 4610) stehen der Stadt für bestimmte Aufgaben zur Verfügung. Der FKI der Stadt Zürich bleibt für das Jahr 2011 unverändert auf 124 Indexpunkten (2006–2008: 123 Punkte; 2009–2011: 124 Punkte), was den beiden Stadtspitälern Waid und Triemli unveränderte Verhältnisse für die Staats- und Gemeindebeiträge sichert. Die finanzkraftbezogene Defizitfinanzierung der Institutionen im Gesundheitswesen läuft indessen aus, hat doch der Kanton im Pflege- und Spitalbereich die Ablösung der Defizitfinanzierung eingeleitet: Für die Alters- und Pflegezentren hat der Kantonsrat am 30. August die neue Pflegekostenfinanzierung dringlich auf den 1. Januar 2011 beschlossen. Für die beiden Stadtspitäler hat die Gesundheitsdirektion zum Entwurf des Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetzes bei den Städten, Gemeinden und interessierten Organisationen per Ende Oktober eine Vernehmlassung durchgeführt. Beide Gesetzesanpassungen wurden

Staatsbeiträge/Lastenausgleich (Mio. Fr.)	2006	2007	2008	2009	2010
Kultur	24.9	24.9	25.5	25.5	25.5
Polizei	48.3	48.3	49.5	49.5	49.5
Sozialhilfe	27.7	27.7	28.3	28.3	28.3
Lastenausgleich	100.9	100.9	103.3	103.3	103.3
Staatsbeiträge	267.1	248.2	353.3	387.4	439.5
<b>Total</b>	<b>368.0</b>	<b>349.1</b>	<b>456.6</b>	<b>490.7</b>	<b>542.8</b>

durch das Krankenversicherungsgesetz des Bundes initiiert. Ferner ist in der Reform des kantonalen Finanzausgleichs (REFA) die sogenannte Ausgleichsfunktion der Staatsbeiträge in den Zentrumslastenausgleich der Städte Zürich und Winterthur eingebaut worden. Um diesen Effekt fallen die zweckgebundenen Staatsbeiträge niedriger aus, sofern die REFA wie geplant auf den 1. Januar 2012 in Kraft treten kann (vgl. dazu das nachfolgende Kapitel REFA).

Der Lastenausgleich ist vom Regierungsrat für die Periode 2008 bis 2010 neu festgelegt und im Berichtsjahr entsprechend mit insgesamt 103,3 Mio. Fr. ausgerichtet worden. Gemäss der vom Kantonsrat am 12. Juli beschlossenen REFA ist der geltende Lastenausgleich in den Zentrumslastenausgleich überführt worden. Die planmässige Inkraftsetzung der REFA ersetzt demzufolge die bisherigen Abgeltungen. Andernfalls wird der Regierungsrat den Lastenausgleich für die Periode 2011–2013 neu festlegen müssen.

### Reform des Finanzausgleichs (REFA)

Der Kantonsrat hat das neue Finanzausgleichsgesetz (Reform des Zürcher Finanzausgleichs, REFA) am 12. Juli beschlossen. Der Kantonsrat hat zwar im Bereich der Steuerkraftablieferung der finanzstarken Gemeinden und beim Zentrumslastenausgleich der Stadt Winterthur je eine Feineinstellung vorgenommen. Hingegen ist die Stellung der Städte Zürich und Winterthur und der für die Stadt Zürich wichtige Besitzstand nicht angetastet worden. Das vom Kantonsrat beschlossene Modell gliedert den kantonalen Finanzausgleich in fünf Instrumente (vgl. nachfolgende Übersicht). Die Stadt Zürich ist neu im Ressourcenausgleich vollständig integriert (Abschöpfung nach Feineinstellung des Kantonsrats: gut 300 Mio. Fr.), erhält aber die Ressourcenabschöpfung im Zentrumslastenausgleich zurück (Abgeltung nach Feineinstellung des Kantonsrats:

412 Mio. Fr.). Damit bleibt der Besitzstand der Stadt gewahrt, was den Stadtrat seinerzeit veranlasste, dem Modell zuzustimmen.

Gegen den Beschluss des Kantonsrats vom 12. Juli über die REFA wurde am 20. September ein Referendum mit Gegenvorschlag (Konstruktives Referendum) ergriffen. Die Unterzeichnenden beantragen, dass die Stadt Zürich jährlich 52 Mio. Fr. und die Stadt Winterthur jährlich 21 Mio. Fr. weniger Zentrumslastenausgleich erhalten, als der Kantonsrat beschlossen hat. Die Volksabstimmung über das neue Finanzausgleichsgesetz bzw. den Gegenvorschlag findet am 15. Mai 2011 statt.

Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat beantragt, den Gegenvorschlag zum Finanzausgleichsgesetz abzulehnen. Dies deshalb, weil die Begründung der Vertreter des Gegenvorschlags nicht zutrifft, dass die beiden Städte nach der Einführung des neuen Finanzausgleichs massiv mehr Mittel erhalten würden. Vielmehr orientieren sich die im Finanzausgleichsgesetz verankerten Zentrumslasten von 412 Mio. Fr. (Zürich) und 86 Mio. Fr. (Winterthur) am bereits heute an die beiden Städte bezahlten Lasten- bzw. Finanzausgleich. Der Gegenvorschlag zielt demzufolge darauf ab, den beiden Städten weniger Mittel zufließen zu lassen, als sie heute erhalten. Die beiden Städte erbringen aber aufgrund ihrer Zentrumsfunktion in den Bereichen Soziales, Polizei und Kultur besondere Leistungen und werden dadurch stärker belastet. Der Zentrumslastenausgleich trägt diesem Umstand Rechnung. Im Fall der Stadt Zürich basiert die aus dem geltenden Finanzausgleich übernommene Regelung auf einer Abstimmungsvorlage, die vom Volk 1999 mit grossem Mehr angenommen worden war. Der Gegenvorschlag hätte für die Stadt Zürich zur Folge, dass der Besitzstand nicht mehr gewährleistet wäre. Ohne diese elementare Bedingung hätte der Stadtrat der Reform des Finanzausgleichs

Die fünf Elemente von REFA lauten:

Instrument	Finanzierung	Bemerkungen
Ressourcenausgleich	Gemeinden (= horizontal)	Neu ist die Stadt Zürich integriert, erhält jedoch die Abschöpfung im Zentrumslastenausgleich zurück.
Zentrumslastenausgleich*	Kanton (= vertikal)	Bisheriger Lastenausgleich für die Stadt Zürich, wobei Kulturabgeltung zweckgebunden. Integration der Stadt Winterthur.
Sonderlastenausgleich Schule	Gemeinden (= horizontal)	Die Stadt Zürich fällt nicht in den Geltungsbereich (tiefe Schülerquote).
Allgemeiner Sonderlastenausgleich	Kanton (= vertikal)	Die Städte Zürich und Winterthur haben keinen Anspruch.
Härtefonds	Kanton (= vertikal)	Auf acht Jahre befristeter Fonds zur Abfederung von Härten beim Übergang zum neuen Finanzausgleich. Die Städte Zürich und Winterthur haben keinen Anspruch.

\* Ein Referendum mit einem Gegenvorschlag zum neuen Finanzausgleichsgesetz will den Zentrumslastenausgleich der Städte Zürich und Winterthur um 52 Mio. Fr. (Zürich) bzw. 21 Mio. Fr. (Winterthur) kürzen (vgl. obige Erläuterungen).

nicht zugestimmt. Im Interesse der Stadt Zürich wird der Stadtrat deshalb den Gegenvorschlag zum neuen Finanzausgleichsgesetz entschieden bekämpfen.

### Rechnungslegung: HRM2 für die Zürcher Gemeinden

Die zwei grössten Haushalte der Schweiz haben die Rechnungslegung in den Jahren 2008 (Bund) und 2009 (Kanton Zürich) nach den «International Public Sector Accounting Standards» (IPSAS) ausgerichtet. Den Kantonen und Gemeinden empfiehlt die Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren (FDK) eine Weiterentwicklung des harmonisierten Rechnungsmodells zum HRM2. Die FDK hat die Empfehlungen in einem Handbuch publiziert (Schriftenreihe der Fachgruppe für kantonale Finanzfragen, Band 10, Handbuch Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden HRM2 vom 25. Januar 2008).

Gestützt auf die Fachempfehlungen der FDK hat die Konferenz der kantonalen Aufsichtsstellen über die Gemeindefinanzen (KKAG) Ende 2008 eine interkantonale Koordinationsgruppe HRM2 gebildet. Die Zielsetzung der KKAG ging dahin, die Einführung und die Anwendung von HRM2 in den schweizerischen Gemeinden zu harmonisieren. Die neue Rechnungslegung für die zürcherischen Gemeinden – im Kanton Zürich zuständig ist die Direktion der Justiz und des Innern, vertreten durch das Gemeindeamt – soll auf den Arbeiten und Empfehlungen der KKAG aufbauen. Das vom Regierungsrat am 6. Oktober

in die Vernehmlassung gegebene revidierte Gemeindegesetz folgt im Kapitel über den Finanzhaushalt den Empfehlungen zur Weiterentwicklung des harmonisierten Rechnungsmodells zum HRM2. Der Entwurf des Regierungsrats umfasst eine Gesamtrevision des Gemeindegesetzes. Das Kapitel über den Finanzhaushalt enthält insbesondere den Systemwechsel zur linearen Abschreibung auf dem Anlagewert (anstelle der degressiven Abschreibung auf dem Restwert) und den Verzicht auf zusätzliche Abschreibungen (Vermeidung stiller Reserven). Die betriebswirtschaftliche Abschreibungsmethode nach Nutzungsdauer setzt die Führung einer Anlagenbuchhaltung voraus. Die neuen Normen will das Gemeindeamt in ausgewählten Pilotgemeinden vor der Inkraftsetzung des Gemeindegesetzes austesten.

Die Städte und Gemeinden, die interessierten Organisationen und die Direktionen des Regierungsrats sind eingeladen, zum revidierten Gemeindegesetz bis Ende April 2011 eine Stellungnahme abzugeben. Der Stadtrat hat der Verwaltung den entsprechenden Auftrag bereits Ende Oktober erteilt, damit die Meinungsäusserung breit abgestützt und die nötige Vorbereitung fundiert angegangen werden kann. Das Gemeindeamt hält am Mitte November 2009 vorgestellten Zeitplan für die Revision des Gemeindegesetzes fest. Danach ist die Verabschiedung der überarbeiteten Gesetzesvorlage an den Kantonsrat im Jahr 2011 geplant und der mögliche Inkraftsetzungstermin auf 2014 festgelegt.

### Wohnungsbau, vier neue städtische Wohnsiedlungen in Planung

Vorgesehener Wohnungsmix (der definitive Mix wird erst beim Ausführungsprojekt festgelegt):

Siedlung / Wohnungsgrösse	1½ Zr.	2½ Zr.	3½ Zr.	4½ Zr.	5½ Zr.	Total
Rautistrasse Altstetten	–	–	25	53	27	105
Kronenwiese Unterstrass	–	19	19	48	9	95
Hornbachstrasse Riesbach	–	16	25	60	9	110
<b>Zwischentotal</b>	–	<b>35</b>	<b>69</b>	<b>161</b>	<b>45</b>	<b>310</b>
Projekt beim neuen Stadion Hardturm	in Bearbeitung, inkl. Einbezug der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien					160
<b>Gesamttotal</b>						<b>470</b>

Gegen den Ersatzneubau Rautistrasse reichten Anwohner im 2007 einen Baurekurs ein, den das Bundesgericht im Oktober abschliessend zugunsten des städtischen Bauprojekts entschied. Anstelle der heutigen 44 Wohnungen im «Landstil» aus dem Jahr 1947 entstehen 105 zeitgemässe Einheiten; geplanter Baubeginn ist Anfang 2012.

Gemäss einer Studie lassen sich auf dem rund 7000 m<sup>2</sup> grossen Areal Kronenwiese 95 Wohnungen, Gewerbe- und Atelierflächen sowie verschiedene städtische Nutzungen (Krippe, Kindergarten, Hort) realisieren. Zurzeit läuft ein Projektwettbewerb; geplanter Baubeginn ist 2014.

Der Strassenzug an der Hornbachstrasse soll beidseits bis zur Bellerivestrasse durch Neubauten ergänzt werden. Geplant sind 110 Wohnungen, eine Kinderbetreuungsstätte, Verkaufs-, Atelier- und Gewerbeflächen sowie (als Ersatz einer bestehenden Anlage) ein Werkhof von Grün Stadt Zürich.

Die Siedlungen Kronenwiese und Hornbachstrasse gehen auf dringliche Motionen aus dem Gemeinderat zurück. Für einen Stadionneubau hat die Stadt im Februar von der Stadion Zürich AG das Hardturm-Areal gekauft und plant neben dem Stadion auch eine Siedlung mit rund 160 Wohnungen.

### Legislatorschwerpunkt eZürich

Die OIZ ist vom Stadtrat mit der Programmleitung von eZürich beauftragt.

Startpunkt der Aktivitäten war der Ideenwettbewerb von eZürich vom 4. November bis 12. Dezember. Die interessierte Öffentlichkeit konnte ihre Ideen zur digitalen Zukunft im Internet einreichen. Das bisher grösste Online-Partizipationsverfahren der Schweiz wurde von Stadtrat Martin Vollenwyder eröffnet.

Bereits im Vorfeld der Lancierung haben zahlreiche führende Vertreter der Schweizer ICT-Branche eZürich ihre Unterstützung zugesichert und dies durch ihre Präsenz am Kickoff-Event unterstrichen: Unter anderen haben CEOs von Microsoft, Cisco, Canon, EMC, Accenture, Doodle, Professorinnen und Professoren der Universität Zürich und ETH sowie Präsidenten diverser Verbände die Möglichkeit genutzt, ihre Ideen direkt vor Ort einzugeben.

Insgesamt haben rund 14 000 Besucherinnen und Besucher die Plattform [www.ezuerich.ch](http://www.ezuerich.ch) über 160 000 Mal aufgerufen. Sie haben 612 Ideen veröffentlicht, andere Beiträge kommentiert, weiterentwickelt und bewertet sowie Ideen via E-Mail, Facebook oder Twitter weiterempfohlen.

Die Ideen werden qualitativ und quantitativ ausgewertet, unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit und Machbarkeit evaluiert und ins Grobkonzept und die konkrete Ausgestaltung der eZürich-Projekte eingearbeitet.



Daniel Heinzmann, Direktor Organisation und Informatik Stadt Zürich, Stadträtin Claudia Nielsen und Stadtrat Martin Vollenwyder beim Kick-off-Event eZürich im Technopark.

### 3. Kennzahlen Finanzdepartement

	2006	2007	2008	2009	2010
Mitarbeitende total	755	845	862	915	921
– davon Frauen	325	370	369	375	366
– davon Männer	430	475	493	540	555
Ø Stellenwert-Äquivalent <sup>2</sup>	657	748	762	805	812
Führungskader total	123	128	125	127	128
– davon Frauen	25	27	23	26	29
– davon Männer	98	101	102	101	99
Lernende total	32	36	45	46	49
– davon Frauen	16	17	21	26	28
– davon Männer	16	19	24	20	21
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad ≥ 90.00 % (Vollzeitstellen)<sup>1</sup></b>					
Total	541	595	613	626	651
Frauen	171	194	203	188	188
Männer	370	401	410	438	463
Frauen in %	31.6	32.6	33.1	30.0	28.9
Männer in %	68.4	67.4	66.9	70.0	71.1
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 50.00–89.99 % (Teilzeitstellen I)<sup>1</sup></b>					
Total	141	182	191	215	199
Frauen	103	128	129	142	136
Männer	38	54	62	73	63
Frauen in %	73.0	70.3	67.5	66.0	68.3
Männer in %	27.0	29.7	32.5	34.0	31.7
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 0.01–49.99 % (Teilzeitstellen II)<sup>1</sup></b>					
Total	73	68	74	79	75
Frauen	51	48	46	49	45
Männer	22	20	28	30	30
Frauen in %	69.9	70.6	62.2	62.0	60.0
Männer in %	30.1	29.4	37.8	38.0	40.0
Personalaufwand	84 771 851	92 645 058	124 697 236	116 738 662	118 173 928
Sachaufwand	156 343 215	156 265 788	159 384 639	165 005 856	165 353 580
Übriger Aufwand	958 499 117	1 466 173 412	659 300 527	678 720 690	685 478 882
Total Aufwand	1 199 614 183	1 715 084 258	943 382 402	960 465 208	969 006 390
Bruttoinvestitionen <sup>3</sup>	69 424 905	68 511 205	46 144 261	1 177 565 091	72 162 739

**Definitionen:**

In den jeweiligen Personalkennzahlen sind diejenigen Mitarbeitendenkreise berücksichtigt, die in den gesamtstädtischen Personalkennzahlen im Stadtratsteil genannt sind. Ab 2008 werden alle Mitarbeitenden mit aktiver Anstellung im Dezember gezählt. Bis 2007 wurden nur jene mit aktiver Anstellung und Lohnzahlung im Dezember gezählt.

<sup>1</sup> Bis 2007 wurden Mehrfachanstellungen pro Mitarbeitenden zuerst addiert und dann als eine einzige Anstellung ausgewiesen. Mit der Einführung von SAP werden ab 2008 alle Anstellungen einzeln mit dem entsprechenden Beschäftigungsgrad ausgewiesen. Das Total aller Anstellungen entspricht somit nicht mehr dem Total aller Mitarbeitenden. Die Anzahl der Anstellungen 2008 wurden entsprechend korrigiert und mit den Werten von 2009 vergleichbar gemacht.

<sup>2</sup> Die Stellen der Stadträtinnen und Stadträte werden wieder in der Institution 1015 Stadtrat mitgezählt; die durchschnittlichen Stellenwert-Äquivalente 2008 reduzieren sich dadurch um 1 Stellenwert.

<sup>3</sup> 2009 inkl. Übertrag Wohnsiedlungen und gemeinnützige Baurechte in das Verwaltungsvermögen 1142,2 Mio. Fr.



## 4. Departementssekretariat, Fachstellen, Dienstabteilungen

### 4.1 Departementssekretariat

#### 4.1.1 Aufgaben

Führungsunterstützung, Koordination und Öffentlichkeitsarbeit bilden die Hauptaufgaben des Departementssekretariats. Daneben ist es zuständig für die Ausrichtung von Entwicklungs-, Investitions- und humanitärer Hilfe.

#### 4.1.2 Jahresschwerpunkte

Neben den laufenden und wiederkehrenden Aufgaben, wie Koordination der Planungs- und Budgetprozesse, Departementscontrolling, Nachführung des Aufgaben- und Finanzplans (AFP) oder der Vorbereitung parlamentarischer Geschäfte engagierte sich das Departementssekretariat besonders in folgenden Bereichen:

- Wohnüberbauung «Ringling» in Höngg-Rütihof: Vertretung der Stadt im Rechtsmittelverfahren betreffend vier Baurechtsverträge für 271 kostengünstige Wohnungen (Bestätigung der Baurechtsverträge durch das Bundesgericht mit Urteil vom 15. April)
- Volksinitiative «Für bezahlbare Wohnungen und Gewerberäume in der Stadt Zürich» (Annahme in der Volksabstimmung vom 13. Juni)
- Stadion auf dem Hardturm-Areal: ein modernes, kompaktes und ökologisches Fussballstadion für 16 000 Zuschauerinnen und Zuschauer und eine neue städtische Wohnsiedlung mit 160 kostengünstigen Wohnungen (Weisung an den Gemeinderat über zwei Projektkredite am 7. Juli)
- Tonhalle und Kongresshaus: Stadtrat spricht sich in Übereinstimmung mit der Kongresshaus-Stiftung für eine Teil-Instandsetzung aus, Start des Planerwahlverfahrens (Strategie-Entscheid am 22. September)
- Rechenzentrum im Logistikzentrum Hagenholz für thermische Abfallverwertung und Recycling, Objektkredit von 72,1 Mio. Fr. (Annahme in der Volksabstimmung vom 26. September)
- Nachfolgeregelung für den mit 65 Altersjahren zurücktretenden Departementssekretär Alfons Sonderegger (Anstellung des Nachfolgers am 22. Dezember per 1. Mai 2011)

#### 4.1.3 Erbschaften und Vermächtnisse

Das Finanzdepartement hat 19 Nachlässe und Vermächtnisse behandelt und konnte deren 17 mit einem Gesamttotal von 2 526 871 Franken zu einem positiven Abschluss bringen. Zwei Nachlässe mussten wegen Überschuldung abgeschrieben werden. Unter dem Rechtstitel der erblosen Güter hat der Kanton Zürich der Stadt Zürich aus drei Nachlässen insgesamt 478 567 Franken überwiesen. Ebenfalls im oben genannten Gesamtbetrag enthalten sind ein grosses Vermächtnis von einer Million Franken und Sachlegat im Wert von 568 748 Franken ans Museum Rietberg.

#### 4.1.4 Entwicklungshilfe im Ausland, Investitionshilfe im Inland, Humanitäre Hilfe im In- und Ausland

##### Entwicklungshilfe

Die Katastrophe in Haiti hat das Finanzdepartement dazu veranlasst, von den für das Geschäftsjahr zur Verfügung stehenden 2,5 Mio. Fr. einen Beitrag von 300 000 Franken für den Wieder-

aufbau in Haiti und Chile zu reservieren. Damit konnten fünf Wiederaufbauprojekte unterstützt werden. Von 38 Hilfswerken wurden 83 Gesuche für die Entwicklungszusammenarbeit eingereicht. Mit dem verbleibenden Betrag von 2,2 Mio. Fr. wurden 43 Projekte in Asien, Afrika und Mittel- und Südamerika unterstützt. Es wurden dabei vor allem Projekte berücksichtigt, die den sorgsam und sparsam Umgang mit Wasser zum Inhalt hatten sowie Projekte, welche die Bildung und Ausbildung von Jugendlichen fördern.

Auf Ende der Legislaturperiode hatte die beratende Kommission für Entwicklungshilfe den Rücktritt von zwei langjährigen und verdienten Mitgliedern zu bedauern. Die Kommission konnte vervollständigt werden, gleichzeitig wurde der einstweilen vakante Sitz der DEZA (Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit) mit einer an der ETH NADEL lehrenden Fachperson besetzt. Das Fachgremium ist für die neue Amtsperiode damit wieder vollständig.

##### Investitionshilfe im Inland

Für die Inlandhilfe zur Unterstützung von Infrastrukturprojekten in ressourcenschwachen Berggemeinden standen gemäss Budget wiederum 500 000 Franken zur Verfügung. Der Stadtrat hat sich für insgesamt acht Projekte in den Kantonen Graubünden (zum 7. Mal unterstützt) und Wallis (zum 8. Mal unterstützt) entschieden:

Die drei Projekte in Graubünden dienen der Sicherung der Wasserversorgung und der Wasserqualität und erfordern 250 000 Franken. Die übrigen 250 000 Franken gehen an unterschiedliche Projekte im Kanton Wallis (Beiträge an zwei Schulhausanlagen, an zwei Lawinerverbauungen sowie an ein Wasserprojekt). Die eingesetzten Gelder haben einen direkten Nutzen für die jeweilige Gemeindebevölkerung.

Solche Beiträge werden seit 1972 ausgerichtet. Damals sagten die Stadtzürcher Stimmberechtigten klar Ja zu jährlichen Krediten für «entwicklungsfördernde Aufbauwerke» im Inland und Ausland. Seither kann die Stadt Zürich mit ihren Beiträgen Projekte anschieben helfen, die den steuerkraftschwachen Berggemeinden neue Entwicklungschancen eröffnen.

##### Humanitäre Hilfe

Das schwere Erdbeben der Stärke 7 auf der Richterskala vom 10. Januar in Haiti und Chile hat für grosse Verwüstungen und menschliches Elend gesorgt. Die Stadt Zürich hat im Rahmen ihrer langjährigen humanitären Tradition entsprechend mit einem Hilfsbeitrag von 100 000 Franken an das Schweizerische Rote Kreuz die Lieferung von Hilfsgütern in das Katastrophengebiet unterstützt. Damit konnten für rund 1000 Familien Zelte, Blachen und Küchensets zur Verfügung gestellt werden.

Im August kam es in Pakistan durch starke Monsunregen zur schwersten Flut aller Zeiten. Zwischenzeitlich waren bis zu 20 Millionen Menschen obdachlos. Mit einem Hilfsbeitrag von 100 000 Franken an das Schweizerische Rote Kreuz wurden für rund 550 Familien Zelte, Decken, Küchensets und hygienische Artikel abgegeben. Für weitere 8600 Familien wurden Nahrungsmittelrationen zur Verfügung gestellt. Die Verteilung übernahm der Pakistanische Rote Halbmond.

#### 4.1.5 Stiftungsaufsicht über gemeinnützige privatrechtliche Stiftungen

Per Ende 2009 hat das Finanzdepartement 87 Stiftungen beaufsichtigt. Zwei Stiftungen wurden im Laufe des Jahres liquidiert (Stiftung Krankenmobilen-Magazin Zürich Oberstrass und die Stiftung zur Unterstützung von freiwilligen Helfern bei Epidemien), und von zwei neu gegründeten Stiftungen wurde die Aufsicht übernommen (Stiftung Zunftstadt Zürich und Stiftung Berufslehrverbund Zürich). Per 1. Januar wurde die neue Gebührenordnung für die Aufsicht über die Stiftungsaufsicht in Kraft gesetzt. Nach zehn Jahren wurden die Gebühren moderat

angehoben und die Aufsichtshandlungen an die kantonalen und bundesrechtlichen Bestimmungen angepasst. Dies hat zur Folge, dass die Gebühreneinnahmen für die Prüfung der Jahresrechnung der Stiftungen von 28 700 Franken im Jahre 2008 auf 62 300 Franken für das Jahr 2009 anstiegen. Neu ist für die Berechnung der Jahresgebühr der Stiftungen die Bilanzsumme massgebend: Die 87 Stiftungen wiesen per 31. Dezember 2009 eine Bilanzsumme von total 572 879 989 Franken aus. Die Stiftungskapitalien haben von 264 896 718 Franken im Jahre 2008 auf 275 934 584 Franken per Ende 2009 zugenommen. Es scheint, dass damit die Schwierigkeiten an den Finanzmärkten überwunden werden konnten.

#### 4.1.6 Kennzahlen

(in Fr.)	2006	2007	2008	2009	2010
Erbschaften und Vermächnisse	1 801 465	921 574	374 528	150 979	2 017 924
Sachvermächnisse*	20 000	850	994 000	200 000	468 400
Geldschenkungen	1 132 717	960 920	1 219 364	1 220 422	1 171 578
Naturalschenkungen	312 440	933 747	845 650	510 250	770 250

\* Versicherungswerte

## 4.2 IT-Controlling

### 4.2.1 Aufgaben

Um seine Führungsaufgabe im Bereich der IT wahrnehmen zu können, hat der Stadtrat 2006 eine IT-Strategie formuliert und die IT-Delegation ernannt. Das IT-Controlling ist die Geschäftsstelle der IT-Delegation und überwacht gleichzeitig die Umsetzung der IT-Strategie. Zu seinen Zielen gehören die Gewährleistung von Effektivität und Effizienz in den IT-Projekten sowie das Einhalten der Rahmenbedingungen und städtischen Vorgaben. Als wichtigstes Instrument führt das IT-Controlling ein Register der städtischen IT-Projekte.

### 4.2.2 Jahresschwerpunkte

Die Jahresschwerpunkte richten sich nach denen der begleiteten und beurteilten IT-Projekte. Es waren dies insbesondere Projekte, die im Aufgaben- und Finanzplan (AFP) ebenfalls Erwähnung finden, wie u. a.:

- Umsetzungsprojekte für Teilprojekte der IT-Strategie, insbesondere die fortschreitende Einführung des Standard-Informatik-Büro-Arbeitsplatzes (SIBAP) durch die OIZ
- Anbindung der Aussenstellen (Horte und Kindergärten) des Schul- und Sportdepartements
- Veranstaltungsmanagement von HR Stadt Zürich

Im Berichtsjahr wurden die Arbeiten zur Erstellung von stadt-internen Richtlinien für IT-Projekte weitergeführt. Auf dem Intranet sind nun drei Kapitel über Finanzierung und Budget, über Informatiksicherheit und Datenschutz sowie über die Phasenplanung des Projektmanagements aufgeschaltet. Mit einer Arbeitsgruppe wurden die Arbeiten für das anstehende Kapitel über Projektcontrolling weitergeführt. Das Ziel dieser Richtlinien ist die Gewährleistung der IT-Governance, also der Führbarkeit der IT-Dienste.

## 4.3 Fachstelle Beschaffungskoordination

### 4.3.1 Aufgaben

Die Fachstelle Beschaffungskoordination wurde am 1. Juni 2007 gegründet und ist für die Koordination und Steuerung der stadtweiten, departementsübergreifenden Beschaffungsaktivitäten zuständig.

### 4.3.2 Jahresschwerpunkte

Die Fachstelle Beschaffungskoordination befasste sich im Berichtsjahr mit der Umsetzung des Ende 2007 durch den Stadtrat verabschiedeten Beschaffungsleitbilds und der Beschaffungsstrategie der Stadt Zürich.

Neben den wiederkehrenden und laufenden Aufgaben, wie Koordination des städtischen Beschaffungswesens, Unterstützung der Departemente und Dienstabteilungen bei Beschaffungsfragen oder Betreuung und Nachführung der Beschaffungsinformationsplattform, engagierte sich die Fachstelle hauptsächlich in folgenden Bereichen:

- Definition der zu koordinierenden Güter und Dienstleistungen in Zusammenarbeit mit dem Beschaffungskernteam
- Ausbau des städtischen Lead-Buyer-Netzes und Definition der Anforderungen in Bezug auf die zu koordinierenden Güter und Dienstleistungen

- Bildung und Führung der für die koordinierte Beschaffung der definierten Güter und Dienstleistungen verantwortlichen Projektteams
- Mitarbeit bei der Erarbeitung und Durchführung von Ausschreibungen und Lieferantengesprächen für die koordinierte Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen
- Einführung einer «Balanced Scorecard» (BSC) als Controlling- und Umsetzungstool für die Beschaffungsstrategie
- Formulierung und Umsetzung der «Richtlinie Soziale Nachhaltigkeit»
- Formulierung und Umsetzung einheitlicher, stadtweit gültiger Allgemeiner Geschäftsbedingungen, des Verhaltenskodex für Partnerinnen und Partner der Stadt Zürich und eines Firmenprofils/einer Selbstdeklaration für die Lieferfirmen der Stadt Zürich
- Erarbeitung standardisierter Verfahren und Methoden, wie z. B. einheitliches Lieferantenbewertungstool
- Mitarbeit in verschiedenen nationalen und internationalen Beschaffungsgremien
- Aufbau und operative Umsetzung eines gesamtstädtisch übergreifenden Beschaffungscontrollings und -reportings und eines Klassifizierungssystems für Güter und Dienstleistungen
- Information, Vernetzung und Schulung der Einkaufenden

## 4.4 Büro für Wohnbauförderung

### 4.4.1 Aufgaben

Das Büro für Wohnbauförderung ist für die Förderung des gemeinnützigen und preisgünstigen Wohnungsbaus in der Stadt Zürich zuständig. Die Förderinstrumente sind in städtischen und kantonalen Wohnbaurahmen sowie in den Richtlinien der jeweiligen Rahmenkredite (Wohnbauaktionen bzw. Jugendwohnkredite) definiert. Nebst der Ausübung der Mietzinskontrolle (einschliesslich Mietzinsanfechtungen) bei den geförderten Wohnbauträgern kontrolliert das Büro für Wohnbauförderung die Einhaltung der Belegungsvorschriften bei den subventionierten Wohnungen. Es beschäftigt sich generell mit sämtlichen Belangen der städtischen Wohnbauförderung.

### 4.4.2 Jahresschwerpunkte

Im Berichtsjahr stand die Gesamterneuerungswahl der Städtischen Delegierten in Vorständen der gemeinnützigen Wohnbauträger an. Es ist gelungen, alle zurücktretenden Delegierten zu ersetzen und die Vakanzen zu schliessen.

Der Gemeinderat beschloss am 14. Juli einen neuen Rahmenkredit über 20 Mio. Fr. für die Förderung von preisgünstigem Wohnraum für Jugendliche in Ausbildung (Jugendwohnkredit 2010). Aus diesem Kredit können die dem Büro für Wohnbauförderung angemeldeten Projekte für rund 1000 Wohnmöglichkeiten für Jugendliche in Ausbildung unterstützt und somit deren Schaffung möglich gemacht werden.

Es sind 131 Mietzinsbeschwerdeverfahren erledigt worden. Aus je einer Siedlung von vier Genossenschaften war jeweils eine grössere Zahl von Anfechtungen zu erledigen, die mehrheitlich in Absprache unter der Mieterschaft erhoben wurden. Sonst waren nur vereinzelte Anfechtungsverfahren durchzuführen; deshalb kann trotz der relativ hoch erscheinenden Zahl von einem ruhigen Jahr in diesem Bereich gesprochen werden.

Weitere Schwerpunkte aus dem Berichtsjahr:

- Aus der Wohnbauaktion 2005 konnte zugunsten der Stiftung Alterswohnungen eine Unterstützung von 3 057 620 Franken



für den Neubau der Siedlung Frieden in Zürich-Affoltern gewährt werden.

- Aus der Wohnbauaktion 1995 konnte ebenfalls zugunsten der Stiftung Alterswohnungen eine Unterstützung von 861300 Franken für die Gesamterneuerung der Siedlung Feldblume in Zürich-Altstetten gewährt werden. Da aus genanntem Kredit einige Geschäfte weniger stark als vorgesehen unterstützt wurden, liess sich vorliegendes Projekt noch aus den kumulierten Restbeträgen mitfinanzieren.
- Die Grundlagen zum Antrag für einen neuen Rahmenkredit sind so weit vorbereitet worden, damit dieser unter dem Titel Wohnbauaktion 2011 gleich zu Beginn des Jahres vom Stadtrat zuhanden des Gemeinderats und der Gemeinde verabschiedet werden kann.
- Die Kontrolltätigkeit zur Einhaltung der Subventionsauflagen bezüglich der Belegung subventionierter Wohnungen konnte innerhalb der gesetzlichen Zeitvorgaben ausgeübt werden.



Die ersten Wohnungen der neu erstellten Alterssiedlung Frieden in Zürich-Affoltern der Stiftung Alterswohnungen werden ab Frühling 2011 bezugsbereit sein. (Visualisierung: pool Architekten, Zürich)

#### 4.4.3 Kennzahlen

Ausbezahlte Unterstützungsleistungen (Fr.)	2006	2007	2008	2009	2010
Stadt und städtische Stiftungen (Beiträge)	5 365 000	3 500 000	3 724 000	269 000	2 844 000
Genossenschaften, Stiftungen, Vereine (unverzinsliche Darlehen)	4 743 800	1 000 000	0	1 725 800	0
Genossenschaften (Beteiligungen)	260 600	277 600	35 500	30 000	0
Jugendwohnungen (unverzinsliche Darlehen)	2 600 000	1 000 000	3 150 000	100 000	1 500 000
<b>Verschiedene Kennzahlen</b>					
Mietzinsbeschwerden	14	31	102	172	131
Subventionierte Wohnungen	7 504	7 355	6 977	6 708	6 695
Mehrzinsen	618 078	523 568	363 814	243 969	192 506
Bestand Zweckerhaltungsfonds	21 256 790	19 136 328	21 846 155	21 956 955	23 688 311
Subventionsrückzahlungen (Wohnungen)	373	357	427	294	351
Neu von der Zweckerhaltung kontrollierte Wohnungen	239	208	49	25	338

## 4.5 Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien

### 4.5.1 Aufgaben

Die Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien vermietet Wohnungen und Einfamilienhäuser an Familien mit mindestens drei Kindern und bescheidenem Einkommen. Die Stiftung wurde 1924 von der Stadt Zürich gegründet. Ihr steht ein Stiftungsrat vor, der vom Vorsteher des Finanzdepartements präsidiert wird.

### 4.5.2 Jahresschwerpunkte

Die grosse Anspannung auf dem Wohnungsmarkt zeigt sich auch bei der Stiftung. Die Anzahl der Wohnungswechsel ist immer noch auf einem sehr tiefen Niveau, und die Zahl der Wohnungssuchenden nimmt zu. Täglich müssen zudem auch Familien abgewiesen werden, die nicht den Kriterien der Stiftung entsprechen.

### 4.5.3 Kennzahlen

	2006	2007	2008	2009	2010
Wohnungsbestand per 31.12.	441	511	511	511	511
Kündigungen und Neueinzüge	37	104	31	21	21
Wohnungstausch intern	27	22	14	10	8
<b>Wohnungswechsel total</b>	<b>64</b>	<b>126</b>	<b>45</b>	<b>31</b>	<b>29</b>

Erfreulicherweise zeichnet sich ab, dass die Stiftung wieder zusätzliche Wohnungen bauen kann. In der Überbauung Manegg müssen auf Grund einer Auflage im Gestaltungsplan 30% der neu zu erstellenden Wohnfläche für den gemeinnützigen Wohnungsbau reserviert werden. Die Stiftung ist nun dabei, zusammen mit drei weiteren gemeinnützigen Bauträgern für diesen Teil den Wettbewerb vorzubereiten. Für die Stiftung würde dies 20 bis 30 neue Wohnungen bedeuten, die, wenn alles gut weiterläuft, im Jahr 2014 bezugsbereit sein werden. Auch bei der städtischen Wohnsiedlung Hardturm, die beim neu zu erstellenden Stadion geplant ist, ist ein Drittel der Wohnfläche für die Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien vorgesehen. Dies bedeutet 40 bis 45 neue Wohnungen. Das Projekt musste in Zusammenhang mit der Rückweisung des Budgets 2010 zurückgestellt werden, sodass der Horizont der Realisierung zurzeit noch offen ist.

- Ende 2010 lebten in den 511 Wohnungen der Stiftung insgesamt 437 Familien mit 1515 Kindern.
- Die Warteliste umfasst per Ende dieses Jahres 338 Familien mit 3 bis 7 Kindern.

## 4.6 Organisation und Informatik (OIZ)

### 4.6.1 Aufgaben

Die Dienstabteilung Organisation und Informatik ist verantwortlich für den Betrieb und die Weiterentwicklung der zentralen Informatik-Basisinfrastruktur, für Informatikdienstleistungen und für die Gewährleistung der einheitlichen Informatikstrategie.

### 4.6.2 Jahresschwerpunkte

#### IT-Strategie

Mit 83,4% Ja-Stimmen nahmen die Stimmberechtigten der Stadt Zürich am 26. September das Projekt Hagenholz, das unter anderem den Bau eines zweiten Rechenzentrums für die Stadtverwaltung umfasst, an. Von den Flächen in den Rechenzentren Hagenholz und Albis, die Dritten zur Verfügung stehen, konnten im Berichtsjahr im Albis Teilflächen und im Hagenholz die gesamte Fläche an zwei Schweizer Privatbanken mit langjährigen Nutzungsverträgen abgegeben werden.

Bis Ende des Berichtsjahres wurden rund 90% der Dienstabteilungen mit dem neuen Client ausgerüstet. Somit befindet sich das Ziel 5 der IT-Strategie – ein einheitlicher IT-Büroarbeitsplatz ist eingeführt – innerhalb der vorgesehenen zeitlichen Planung.

#### ISO-27001-Zertifizierung

Die OIZ erhielt Ende Juni das «Zertifikat für Informationssicherheit» nach ISO 27001. Damit werden der OIZ ihre Kompetenzen

im Management von Informationssicherheitsrisiken in einem hochkomplexen IT-Umfeld beigeugt.

#### Projekte

Nebst verschiedenen Kleinprojekten und Beratungsmandaten in diversen Dienstabteilungen wurde in der VBZ das Projekt «Instandhaltung und Materialwirtschaft» und im Bevölkeungsamt das neue System für die Einwohnerkontrolle realisiert.

Mit der Inbetriebnahme der neuen Backup-Lösung konnte die Backup-Infrastruktur auf eine stabile Basis gestellt werden.

Zudem wurden die Migration auf Exchange 2007 und die Migration der WebSphere-Application-Server-Umgebung, auf der die eGovernment-Anwendungen laufen, erfolgreich umgesetzt.

Mit der Konsolidierung der Unix-Umgebung (gesamte SAP- und eGovernment-Umgebung) von 45 physischen Rechnern auf zwei IBM-High-End-Systeme wurden die Wartungskosten, der Strom- und Platzverbrauch sowie der Administrationsaufwand massiv gesenkt. Gleichzeitig konnte die Verfügbarkeit der Systeme aufgrund der neuen Hardware deutlich erhöht werden.

In den Sommerferien wurden über 6200 KITS-PCs in 131 Schulhäusern mit über 1300 Schulzimmern neu installiert. Dabei wurden alle Vista-Clients auf Windows 7 migriert, so dass mit über 3600 PCs eine der europaweit grössten Windows-7-Umgebungen entstanden ist.

#### 4.6.3 Kennzahlen

IT-Betrieb <sup>1</sup>	2006	2007	2008	2009	2010
iSeries-Server (AS/400)	3	3	3	3	3
Virtuelle iSeries-Server	6	6	8	8	8
pSeries-Server (RS/6000)	57	47	41	41	8
Virtuelle pSeries-Server	59	59	175	170	154
Linux	39	32	39	96	157
Windows-Server	293	402	500	416	425
Virtuelle Windows-Server	38	163	300	438	861
SAN-Speicherplatz (in GB netto) <sup>2</sup>	–	–	–	235 174	432 000
ESS-1-Speicherplatz (in GB netto) <sup>3</sup>	12 700	16 676	44 000	abgelöst	abgelöst
ESS-2-Speicherplatz (in GB netto) <sup>3</sup>	12 700	19 489	23 000	22 432	abgelöst
NAS-Speicherplatz (in GB netto) <sup>4</sup>	8 267	19 763	32 000	67 986	87 818
Clients	2 543	3 200	4 300	6 100	11 932
Kits-Server	154	156	185	207	197
Virtuelle Kits-Server	–	–	–	–	60
Kits-Clients	5 020	5 140	5 250	5 660	6 557
VoiP-Ports	300	300	300	1 450	2 850

Schulung <sup>5</sup>	2006	2007 <sup>6</sup>	2008	2009	2010
Schulungstage	412	452	398	436	624 <sup>8</sup>
TeilnehmerInnen-Tage <sup>7</sup>	2 884	3 164	2 786	3 052	4 368

Definitionen:

<sup>1</sup> Anzahl der von der OIZ im Rechenzentrum der OIZ oder an den Standorten der Departemente und Dienstabteilungen betreuten/betriebenen IT-Infrastrukturen

<sup>2</sup> SAN (Storage Area Network) – neues Speicherplatzsystem; ESS 1 und ESS 2 sind abgelöst

<sup>3</sup> Speicherplatz auf «Enterprise Storage Server» (Speicherplatzsystem)

<sup>4</sup> Speicherplatz «Network Attached Storage» (Speicherplatzsystem)

<sup>5</sup> durch das OIZ-Schulungszentrum durchgeführte Kurse

<sup>6</sup> inkl. SAP-Kursen

<sup>7</sup> inkl. Flying-Teacher-Einsätzen

<sup>8</sup> bei einer durchschnittlichen Teilnehmendenzahl von sieben Personen pro Kurs



ISO-27001-Zertifizierung (Informationssicherheits-Management): Felix Müller von der Firma SQS übergibt das Zertifikat an OIZ-Direktor Daniel Heinzmann und an der Zertifizierung beteiligte OIZ-Mitarbeitende.

## 4.7 Finanzverwaltung

### 4.7.1 Aufgaben

Die Finanzverwaltung leitet die Prozesse für das Budget, die Finanzplanung und die Jahresrechnung und koordiniert die Abläufe mit den Departementen und Querschnittämtern Human Resources Management (Personal), Organisation und Informatik (Informatik) und Immobilien-Bewirtschaftung (Raum). Zu den Kernaufgaben zählen zudem die Zusatzkreditbegehren (zwei Serien), die Trimesterberichte für Dienstabteilungen mit Globalbudget, die Erwartungsrechnung und die Prüfung der Geschäfte mit finanzieller Tragweite. Ebenfalls Teil der Finanzverwaltung ist das im Jahr 2008 integrierte Kompetenzzentrum Risiko- und Versicherungsmanagement (RVZ).

Das System des Rechnungswesens (Konzernbuchhaltung) unterstützt die operativen Aufgaben der Finanzverwaltung. Damit verbunden sind weitere Dienste wie Zahlungsverkehr, Bargeldverkehr (Stadtkasse), Pflege der zentralen Kreditorenstammdaten und das Führen von Mandatsbuchhaltungen. Weiter zählen die Mittelaufnahmen am Kapitalmarkt, die Bewirtschaftung der Liquidität sowie der Darlehen und Beteiligungen zu den Aufgaben der Finanzverwaltung.

### 4.7.2 Jahresschwerpunkte

Im Berichtsjahr wurde der Planungs- und Budgetierungsprozesses neu gestaltet. Es galt insbesondere, die durch den Einsatz von SAP entstehenden Möglichkeiten vermehrt zu nutzen, den Planungsprozess den Bedürfnissen der Departemente bzw. Dienstabteilungen und den Anforderungen des Konzernrechnungswesens anzupassen sowie die Planungs- und Steuerungsinstrumente besser aufeinander abzustimmen. Als wesentliche Änderungen sind die Abkehr von der Aufgabensicht zur Gliederung nach Departementen und Dienstabteilungen (Planung), die Zusammenführung der bisher getrennt geführten Planungs- bzw. Budgetdaten in einer Datenplattform sowie die Einführung eines gemeinsamen Prozesses für Erwartungsrechnung und Zusatzkredite zu nennen.

Im Laufe des dritten Quartals wurden die Städte, Gemeinden und verschiedene interessierte Organisationen vom Regierungsrat eingeladen, bis Ende März 2011 zum Entwurf des neuen Gemeindegesetzes Stellung zu nehmen. In Koordination mit dem Rechtskonsulenten des Stadtrats erstellte eine Arbeitsgruppe der Finanzverwaltung für den die Rechnungslegung betreffenden Teil des Gemeindegesetzes zuhanden der Dienstabteilungen einen Vernehmlassungsentwurf.

Am 8. Dezember hat der Gemeinderat den Budgetentwurf des Stadtrats mit der Aufforderung, ein neues überarbeitetes Budget mit einer ausgeglichenen Laufenden Rechnung vorzulegen, zurückgewiesen. Unter Führung der Finanzverwaltung wurde der Überarbeitungsprozess noch im Dezember gestartet, mit dem Ziel, der RPK Ende Januar 2011 ein neues Budget vorzulegen, das Mitte März 2011 im Gemeinderat behandelt werden soll.

Das departementsübergreifende Projekt CHARM (Chancen- und Risikomanagement und Internes Kontrollsystem) unter Leitung der Finanzverwaltung verfolgt folgende Ziele für die Stadtverwaltung: die Leistungsfähigkeit erhalten und verbessern (Strategie/Prozesse), Aktiven, Personal, Know-how und Reputation schützen (Vermögensschutz), die Rechtsvorschriften

und ethischen Richtlinien einhalten (Compliance) und ein zuverlässiges, ordnungsgemässes Berichtswesen sicherstellen (Reporting).

Seit der Einführung der neuen Versicherungslösung Anfang 2009 trägt die Stadtverwaltung einen höheren Selbstbehalt. Dadurch stieg die Bedeutung, Risiken zu erkennen und bei den hohen Risiken zu entscheiden, ob sie getragen, vermieden oder mit welchen Massnahmen reduziert werden sollen. Die erarbeitete Methode, in einem Workshop Chancen und Risiken zu erkennen und Massnahmen abzuleiten, wurde bei acht Dienstabteilungen getestet und optimiert. Die Finanzverwaltung wird das Konzept vorbehaltlich eines entsprechenden Stadtratsbeschlusses im Jahr 2011 auf alle Dienstabteilungen ausbreiten.

Mit dem neuen städtischen Konzept für das Interne Kontrollsystem (IKS) sollen die wesentlichen Prozessrisiken erkannt und systematisch kontrolliert werden. Für die Management- und Finanzprozesse wurden entsprechende Hilfsmittel erarbeitet und bei den IKS-Beauftragten geschult. Mitte Jahr fand eine Vernehmlassung zu den Konzepten Risikomanagement und IKS statt. Bei einer Beteiligung von über 95 % der Dienstabteilungen wurden die Konzepte grundsätzlich bestätigt und durch vielfältige Fragen und Anregungen weiter optimiert.

Im Interesse der ordnungsgemässen Buchführung wurde Ende Jahr das «Accounting Manual» als Ausführungsbestimmung der kantonalen und städtischen Rechtsgrundlagen zur Rechnungslegung und Rechnungsführung fertiggestellt. Es ersetzt diverse bisherige Verfügungen, Merkblätter und Anleitungen, die thematisch in zwei Dutzend Modulen zusammengefasst und inhaltlich aktualisiert wurden. Gleichzeitig hat der Stadtrat das Finanzreglement revidiert.

Weitere Schwerpunkte bildeten die fortgeführte Mitarbeit bei verschiedenen weiteren departementsübergreifenden Projekten (u. a. Stadion Zürich, Schiffbau, Umsetzung Globalbudgetverordnung), der Abschluss des Projekts SAP-Portal sowie die Rückkehr der Stadtkasse in die Räumlichkeiten des sanierten Stadthauses.

Das RVZ hat die beiden gesamtstädtischen Versicherungsverträge betreffend Haftpflicht und Sach/Elementar weiter konsolidiert. Die Deckungsbausteine sind punktuell erweitert und den Bedürfnissen der Dienstabteilungen angepasst worden.

Im Berichtsjahr wurden diverse Policen durch RVZ ausgeschrieben, u. a. die Betriebshaftpflicht-Versicherung der Wasserversorgung. Bei besseren Deckungen und einer neuen Selbstbehaltsvariante konnte die Prämie um mehr als 50 % reduziert werden. Ebenfalls ausgeschrieben wurde die Betriebshaftpflicht-Versicherung von Schutz & Rettung. Bei besseren Deckungen konnten die Policen für den Flughafenbereich (Airside) sowie den Bereich ausserhalb des Flughafens (Landside) im Einladungsverfahren ausgeschrieben und beim gleichen Versicherer platziert werden. Im öffentlichen Verfahren wurde die kollektive Bauherrenhaftpflicht-Versicherung ausgeschrieben. Mit der neuen Kollektivlösung konnte nun eine Umsatzversicherung mit einem tieferen Selbstbehalt abgeschlossen werden. Auch wurde die maximale Versicherungssumme erhöht, und diverse Deckungen wurden erweitert.

#### 4.7.3 Kennzahlen

Bewirtschaftete Positionen (Mio. Fr.)	2006	2007	2008	2009	2010
Darlehen					
Finanzvermögen	55.3	54.7	46.4	46.3	46.1
Verwaltungsvermögen	75.1	78.6	95.4	98.3	99.8
Beteiligungen					
Finanzvermögen <sup>1</sup>	54.7	92.4	92.4	202.1	223.8
Verwaltungsvermögen	64.3	85.5	79.2	71.2	66.8
Hypotheken PKZH	596.7	560.6	546.2	534.9	543.6
<b>Total</b>	<b>846.1</b>	<b>871.8</b>	<b>859.6</b>	<b>952.8</b>	<b>980.1</b>

<sup>1</sup> Für die Beteiligung an der Flughafen Zürich AG besteht eine Rückstellung im Sinne einer Schwankungsreserve; ab 2009 wird der Bruttobuchwert ausgewiesen. Die Beteiligung an der Erdgas Zürich AG wird entsprechend der geänderten Verordnung über den Gemeindehaushalt ab 2009 zum Einstandswert ausgewiesen.

In obiger Tabelle sind die von der Finanzverwaltung bewirtschafteten Darlehen und Beteiligungen des Finanz- und Verwaltungsvermögens enthalten. Nicht berücksichtigt sind hingegen die Positionen der Gemeindebetriebe, die von diesen

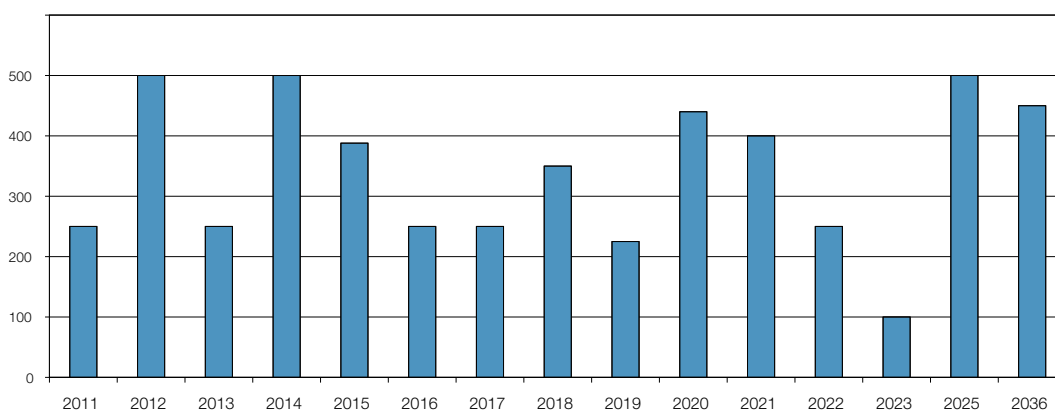
selber verwaltet werden. Die Bewirtschaftung des Hypothekarpoteffilles der Pensionskasse Stadt Zürich (PKZH) erfolgt aufgrund eines Mandatsvertrages durch die Finanzverwaltung.

Engagement am Kapitalmarkt (Mio. Fr.)	2006	2007	2008	2009	2010
Anleihen	3 425.0	3 475.0	3 625.0	4 625.0	4 825.0
Kassascheine	400.0	300.0	300.0	200.0	200.0
Darlehen	78.0	78.0	78.0	78.0	78.0
<b>Total</b>	<b>3 903.0</b>	<b>3 853.0</b>	<b>4 003.0</b>	<b>4 903.0</b>	<b>5 103.0</b>

Im Berichtsjahr wurde eine Anleihe in der Höhe von 250 Mio. Fr. mit einer Laufzeit von zehn Jahren aufgenommen. Im Weiteren wurde eine bestehende Anleihe um 200 Mio. Fr. auf-

gestockt. Zur Rückzahlung gelangte eine Anleihe von 250 Mio. Fr. Das Gesamtengagement am Kapitalmarkt erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 200 Mio. Fr.

#### Fälligkeiten am Kapitalmarkt in Mio. Fr. nach Jahr



Die mittlere Restlaufzeit beträgt per Bilanzstichtag 8,5 Jahre. Bei fehlenden Jahreszahlen ergeben sich im betreffenden Jahr keine Fälligkeiten.



<b>Eigenversicherungen</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>
<b>Prämieneinnahmen, Total in 1000 Franken</b>	<b>2527</b>	<b>3532</b>	<b>3690</b>	<b>2360</b>	<b>2451</b>
Haftpflicht (Gemeinde- und Werkhaftpflicht)	224	224	224	–	–
Feuer, Motorfahrzeugkasko und Technische Risiken	2303	3308	3466	2360	2451
<b>Schadenzahlungen, Total in 1000 Franken</b>	<b>1070</b>	<b>1093</b>	<b>1129</b>	<b>1032</b>	<b>1149</b>
Haftpflicht (Gemeinde- und Werkhaftpflicht)	30	26	29	43	–
Feuer, Motorfahrzeugkasko und Technische Risiken	1040	1067	1100	989	1149
<b>Anzahl Schadenfälle, Total</b>	<b>496</b>	<b>491</b>	<b>423</b>	<b>356</b>	<b>409</b>

<b>Externe Versicherungen</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>
<b>Prämienzahlungen, Total in 1000 Franken</b>	<b>5971</b>	<b>4918</b>	<b>5173</b>	<b>5577</b>	<b>1679</b>
Vermögensversicherungen (Motorfahrzeug-, Bauherren-, Haus- und Exzedenten-Haftpflicht)	3860	4116	4371	4400	522
Sachversicherungen (Feuer für Fahrhabe und Gebäude, Diebstahl und IT-Inventar)	2092	783	783	1158	1157
Personenversicherungen (Unfall für Behördenmitglieder und freiwillige Helferinnen und Helfer)	19	19	19	19	–

## 4.8 Steueramt

### 4.8.1 Aufgaben

Das Steueramt ist für den Vollzug der Staats- und Gemeindesteuern von natürlichen und juristischen Personen auf kommunaler Ebene zuständig. Zum Aufgabenkreis gehören unter anderem die Führung des Registers der Steuerpflichtigen, die Durchführung des Steuererklärungsverfahrens einschliesslich Mahnwesen, die Vornahme des Grossteils der Steuereinschätzungen von unselbständigerwerbenden natürlichen Personen sowie das gesamte Steuerinkasso. Für juristische Personen werden das Steuererklärungsverfahren und die Veranlagung zentral durch das kantonale Steueramt vorgenommen. Im Weiteren obliegt dem Steueramt die Veranlagung der Grundstückgewinnsteuer.

### 4.8.2 Jahresschwerpunkte

#### **Wirtschaftlich schwieriges Umfeld hat Auswirkungen auf den Steuerbezug**

Die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise kamen auch im Berichtsjahr nochmals deutlich zum Vorschein. Auch wenn sich die Krise bei den natürlichen Personen entgegen den ursprünglichen Befürchtungen nicht so sehr im Steuerertrag niederschlug, hat sie sich doch im Steuerbezug deutlich bemerkbar gemacht. Der Bezugsaufwand für das Inkasso ist im ver-

gangenen Jahr nochmals deutlich angestiegen. Die Anzahl jener Steuerpflichtigen, die um Stundung oder Ratenzahlung nachsuchten – teilweise mehrmals –, sowie die Zahl jener, die zur Zahlung aufgefordert bzw. gemahnt werden mussten, hat sich nochmals markant gesteigert. Es zeigte sich, dass viele Steuerpflichtige die Tilgung anderer Schulden der Bezahlung der Steuerschuld vorzogen. Erfreulicherweise wirkte sich diese schleppende Zahlungsmoral dank aufwendigen Bezugsmassnahmen grösstenteils lediglich in einem harzigen Bezugsverfahren und verzögerten Inkasso, aber letztlich weniger im Anstieg der Betreibungsverfahren aus.

#### **Grundstückgewinnsteuer**

Ein gutes Endergebnis zeigt sich bei der Grundstückgewinnsteuer, vermochte sich diese doch dank dem anhaltend guten Immobilienmarkt auf dem hohen Niveau der letzten Jahre zu halten und gegenüber dem Vorjahr nochmals leicht zu steigern. Ungemach droht dieser kommunalen Steuer – der Kanton partizipiert nicht an diesen Steuereinnahmen – jedoch von der Rechtsprechung wie auch von der Gesetzgebung. Bundesgericht und Verwaltungsgericht haben die Verrechnung von Geschäftsverlusten mit Grundstückgewinnen zugelassen, was das Steuersubstrat der Grundstückgewinnsteuer deutlich schmälern wird. Die Rechtsprechung hat somit auch bei der Grundstückgewinnsteuer dem Grundsatz der Besteuerung

nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit jenem der Abschöpfung des unverdienten Wertzuwachses den Vorrang gegeben. Eine Volksinitiative regt zudem an, die geltenden Ermässigungen bei der Tarifierung für die jeweilige Besesszeit einer Liegenschaft derart zu strecken, dass bei deren Annahme etwa 70 % des heutigen Steuerertrages wegfallen könnten.



Das Steueramt verfügt über eine moderne Print-Center-Infrastruktur. (Bild: Lukas Feldmann)

### Von der Steueramtsdruckerei zum Stadtzürcher Print Center

Das Steueramt produziert seine Drucksachen seit einigen Jahren weitgehend in eigener Regie. Im hauseigenen Druckzentrum

werden die Steuererklärungsformulare, die Beilagen und Tabellen, aber auch sämtliche Druckerzeugnisse für den Steuervorbezug und die Steuerrechnungen, die Mahnungen und Aufforderungen produziert. Ursprünglich ausschliesslich für den Druck von Steuererklärungen ins Leben gerufen, blickt das Print Center heute auf gut 25 Jahre Erfahrung zurück und hat sich inzwischen auch anderen verwaltungsinternen Kunden mit sensiblen Daten geöffnet. Im März 2008 wurde es mit neuesten Océ-Printer VS7000 ausgerüstet. Mit dieser leistungsstarken, modernen Infrastruktur stand der Weg offen, den verschiedensten verwaltungsinternen Anforderungen mit den unterschiedlichsten Papierformaten gerecht zu werden. Nebst dem Kerngeschäft Druck Steuern gehören heute diverse Dienstleistungen, Gemeinden und Kantone zum Kundentamm des Print Centers der Stadt Zürich. Zu den ergänzenden Serviceleistungen rund um die Kernkompetenz Druck gehören auch das Schneiden, das Falzen und das Verpacken mit bis zu acht Beilagestationen, um so den Anforderungen der Kundschaft mit individuellen Lösungsvarianten zu genügen.

### Dekadenvergleich 2000–2010

#### Zuwachs der steuerpflichtigen Personen:

Die Stadt Zürich wächst! Innerhalb der letzten zehn Jahre ist die Anzahl der steuerpflichtigen Personen stark angestiegen. Der Anstieg um rund 33 000 Personen (siehe Tabelle) ist höher als die Bevölkerungszahl der drittgrössten Stadt im Kanton Zürich (Uster, 31 503). Bemerkenswert ist dabei, dass von den 133 Städten mit über 10 000 Einwohnern in der Schweiz lediglich 19 Städte mehr als 30 000 Einwohner aufweisen.

Steuerpflichtige Personen	2000	2010	Zuwachs	Vergleich
Natürliche Personen	221 097	231 991	10 894	Bassersdorf (10 870)
Juristische Personen	17 011	23 528	6 517	Rümlang (6 610)
Quellensteuerpflichtige	33 926	49 352	15 426	Schlieren (15 212)
Total	272 034	304 871	32 837	Uster (31 503)

#### Steuerkraftvergleich:

Der Vergleich der Steuerkraft in der vergangenen Dekade zeigt bei den natürlichen Personen einen Anstieg von rund 7 % auf. Der grosse Rückgang bei den juristischen Personen von über

50 % markiert hingegen, wie stark der Steuerertrag der Stadt Zürich vom Finanzplatz, insbesondere von der Prosperität der beiden Grossbanken, beeinflusst wird.

Steuerkraft pro Steuerperiode (in Fr.) (einfache Staatssteuer 100 %)	2000	2010*	Veränderung
Natürliche Personen	3 630	3 890	+7.16 %
Juristische Personen	41 108	18 862	-54.12 %

\* provisorische Werte



#### 4.8.3 Kennzahlen

<b>Steuerveranlagungsverfahren im Kalenderjahr</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>
Steuerpflichtige natürliche Personen am Staats- und Gemeindesteuerregister <sup>1</sup>	222 683	226 035	229 416	231 252	231 991
– davon Selbständigerwerbende	17 790	18 737	18 616	18 829	19 727
Steuerpflichtige natürliche Personen am Quellensteuerregister <sup>2</sup>	47 222	53 575	58 389	58 704	61 972
Steuerpflichtige juristische Personen <sup>1</sup>	21 269	21 471	21 858	22 833	23 528
Steuerveranlagungen	155 754	137 224	149 490	130 268	154 518
Durch Scan-Center verarbeitete Steuerdossiers Stadt Zürich	231 392	242 757	239 015	229 446	233 888
Grundstückgewinnsteuergeschäfte	2 641	2 319	2 600	2 327	2 657

<sup>1</sup> Personen, die der unbeschränkten Steuerpflicht unterliegen

<sup>2</sup> Bearbeitete Fälle im Kalenderjahr

<b>Steuerbezugsverfahren</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>
Schlussrechnungen	259 706	227 627	288 389	269 084	290 026
Mahnungen <sup>1</sup>	61 782	35 215	59 620	56 679	46 762
Betreibungs- und Fortsetzungsbegehren	19 392	18 973	20 785	24 326	23 586
Pfändungen und Verlustscheine	10 196	9 492	9 326	10 764	11 391

<sup>1</sup> Das zweistufige Mahnverfahren wurde im Kalenderjahr 2010 aufgehoben.

## 4.9 Liegenschaftenverwaltung

### 4.9.1 Aufgaben

Die Liegenschaftenverwaltung betreut rund 9000 Wohnungen, 1000 Geschäftsräume, 64 Restaurants sowie zehn Parkhäuser. Sie vermietet die Wohnungen nach dem Prinzip der

Kostenmiete, achtet auf eine sozial durchmischte Mieterschaft und trägt mit den Geschäftsräumen zur guten Versorgung der Quartiere mit Waren und Dienstleistungen bei. Ausserdem verwaltet sie die Landreserven und tätigt die Immobiliengeschäfte (Käufe, Verkäufe, Landabgaben im Baurecht).

### 4.9.2 Jahresschwerpunkte

#### Gemeinnütziger Wohnungsbau auf städtischem Land

Bauherrschaft	Areal	m <sup>2</sup>	Wohnungen	Stand
WSGZ Wohn- und Siedlungsgenossenschaft Zürich	Universitätstrasse 115/117, Oberstrass	1 954	18	Bezogen (1.7.2010)
Baugenossenschaft der Strassenbahner	Guggach, Unterstrass	9 618	78	vor Bezug
Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW)	Seefeldstrasse 50/52, Riesbach	1 662	28	im Bau
Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW)	Feldstrasse 100–112, Aussersihl	1 326	32	im Bau
Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW)	Schaffhauser-/Glattalstrasse, Seebach	7 515	80	Tauschgeschäft vollzogen, im Bau
Stadt Zürich	Rautistrasse, Altstetten	11 580	105	Baubewilligung erteilt, Baubeginn Anfang 2012
Diverse Bauträger <sup>1</sup>	Ringling, Rütihof, Höngg	31 600	271	Rechtsmittel gegen Baurecht rechtskräftig erledigt, Rekurs gegen Baubewilligung pendent
Baugenossenschaft mehr als Wohnen	Hunzikerareal, Schwamendingen	40 172	440	Baurecht rechtskräftig genehmigt, Baueingabe pendent
Genossenschaft Kalkbreite	Kalkbreite, Aussersihl	6 350	89	Baurecht rechtskräftig genehmigt, Baueingabe pendent
Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW)	Köschenrüti, Seebach	11 826	88	Baurecht rechtskräftig genehmigt, Baueingabe pendent
BEP Baugenossenschaft des eidgenössischen Personals	Tièchestrass, Wipkingen	11 700	70	Wettbewerb abgeschlossen, Baurechtsvertrag pendent
Wohnbaugenossenschaft Gesundes Wohnen MCS	Rebenweg, Leimbach	1 214	15	Wettbewerb abgeschlossen, Baurechtsvertrag pendent
Stadt Zürich	Kronenwiese, Unterstrass	7 029	95	Projektierungskredit durch GR bewilligt, Wettbewerb pendent
Stadt Zürich	Hornbachstrasse, Riesbach	9 454	110	Projektierungskredit pendent
Stadt Zürich und städtische Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien	Hardturm, Industriequartier	8 000	160	Projektierungskredit pendent
<b>Total</b>			<b>1 679</b>	

<sup>1</sup> Gemeinnützige Bau- und Mietergenossenschaft, Baugenossenschaft Sonnengarten, Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich



Bewohner der Wohnsiedlung Nordstrasse. (Bild: Giorgio von Arb)

### Wohnsiedlung Nordstrasse in Wipkingen bleibt kostengünstig

Die 150 Wohnungen der 1918/19 erstellten Pioniersiedlung für günstigen und raschen Wohnungsbau – im Volksmund Schindelhäuser – werden nach 90 Jahren auf einen einheitlichen Standard mit zeitgemäßem Komfort gebracht. Eine zentrale Pelletheizung statt der bisher individuell befeuerten Einzelöfen sorgt im Winter für regelmässige und ökologische Wärme. Alle Wohnungen erhalten wohnungseigene Duschen in abgetrennten Badezimmern und neue Küchen. Dank der sorgfältigen Wahl der Materialien bleibt der besondere Charme der Siedlung erhalten. 48 Wohnungen sind in den beiden ersten Etappen renoviert; die ersten Rückmeldungen aus der Mieterschaft sind positiv. Der Mietzins bleibt auch nach der Renovation zahlbar: 770 Franken netto für eine 2-Zimmer-Wohnung (45–47 m<sup>2</sup>), 920 Franken für eine 3-Zimmer-Wohnung (58–63 m<sup>2</sup>). Die Renovation dauert bis 2012. (Baukredit: 21,4 Mio. Fr.)

### Erneuerung Marmorgasse 9/Kernstrasse 48/50, Aussersihl: Wohnraum, Ateliers und ein Werkhof

Das aussergewöhnliche Bauwerk trägt die Handschrift zweier Stadtbaumeister: Arnold Geiser plante es 1905/06. Friedrich Wilhelm Fissler führte die Pläne 1907/08 ohne die «harten und steifen Proportionen» im romantischen Heimatstil aus und integrierte das bestehende Stall- und Magazingebäude aus dem Jahr 1896. Die erste Gesamterneuerung nach hundert Jahren war Anlass zu einer Neuaufteilung der bisher verschachtelten



Marmorgasse/Kernstrasse: Wohnqualität mit vielfältigen Räumen. (Bild: Jürg Zimmermann)

Nutzflächen. Der bestehende Werkhof liess sich mit Ausnahme zweier Garagen auf das Magazingebäude an der Kernstrasse 48 konzentrieren. Zwei 4½-Zimmer-Wohnungen wurden im Bestand renoviert, eine 4- und eine 5½-Zimmer-Wohnung mit 107 m<sup>2</sup> bzw. 165 m<sup>2</sup> Fläche entstanden aus Grundrissveränderungen, und die Zusammenlegung von zwei Einheiten ermöglichte eine grosszügige 7½-Zimmer-Wohnung (178 m<sup>2</sup>). In die vom Werkhof nicht mehr benötigten Erdgeschoss-Räume liessen sich zwei Ateliers (176 m<sup>2</sup>) einbauen. (Gesamtkredit: 5,8 Mio. Fr., davon Anteil LVZ 3,8 Mio. Fr.)

### Studentisches Wohnen an der Schönleinstrasse 14, Fluntern

Um die Wohnungsnot bei den Studierenden zu lindern, baute die Stadt das ehemalige Wohnheim zu zwei Wohnungen mit je fünf Zimmern für Studierende um; im Erdgeschoss wurde eine Kinderkrippe eingerichtet. Die zehn Zimmer in unmittelbarer Nähe der beiden Hochschulen werden von der Woko (Studentische Wohngenossenschaft Zürich) je nach Grösse und Lagequalität alles inklusive zu zahlbaren 600–900 Franken pro Monat vermietet. Der historisch wertvolle, spätklassizistische Giebelbau gelangte im Jahr 1975 in städtischen Besitz und ist erstmals umfassend und nach denkmalpflegerischen Gesichtspunkten erneuert worden. (Baukredit: 2,8 Mio. Fr.)



Schöpfe 24/26: Viel Licht und Platzbezug dank zwei neuen Fenstern in der Brandschutzmauer. (Bild: Marc Lendorff)

### Neuer Wohnraum an der Schöpfe 24 und 26, Altstadt

Die Auflösung der Traditionsfirma Täuber, die von 1969 bis 2007 das ganze Gebäude als Laden für Bébé- und Kleinkinderartikel belegte, war Anlass für eine Neukonzeption des Doppelhauses aus den Jahren 1812 und 1836. Im Zuge einer umfassenden Instandsetzung wurde die ursprüngliche Nutzung – eine Kombination aus Kleingewerbe und Wohnungen – wiederhergestellt. Im Erdgeschoss bestehen zwei Ladenflächen à 50 m<sup>2</sup>, im oberen Stockwerk wurden zwei attraktive Wohnungen mit drei (74 m<sup>2</sup>) bzw. 3½ (76 m<sup>2</sup>) Zimmern mit Fenstern direkt über dem Flusslauf geschaffen. Zwei Familien mit Kindern sind eingezogen. Im Erdgeschoss ergänzen ein Geschenkladen und ein Seidengeschäft den Ladenmix an der Schöpfe. (Baukredit: 1,5 Mio. Fr.)

### Hubertus-Exhibitions im ehemaligen Siemens-Gebäude

Die Stadt vermietet seit September drei Etagen (je 1200 m<sup>2</sup>) des 2009 erworbenen Siemens-Gebäudes an der Albisriederstrasse

199a an namhafte Kunstinstitutionen. Sie führen unter dem Namen «Hubertus-Exhibitions» während der Zeit des Umbaus auf dem Löwenbräu-Areal ein Provisorium für zwei Jahre mit Ausstellungen und Veranstaltungen. Der grösste bauliche Eingriff fand im Ausstellungsgeschoss statt, das von den Galerien Hauser & Wirth und Bob van Orsouw, dem «migros museum für gegenwartskunst» sowie der Buchhandlung «Kunstgriff» bespielt wird. Um eine maximale Raumhöhe zu erhalten, wurde das vorherige Bürogeschoss mit Doppelboden und heruntergehängter Decke bis auf den Rohbau leergeräumt und neu eingerichtet. Entstanden sind Ausstellungsräume mit eindrücklichen 4,5 m Raumhöhe, die über ein Foyer erschlossen werden. Die Kosten für den Rückbau und den neuen Unterlagsboden trug die Stadt, die Inneneinrichtung übernahmen die Kunstinstitute. Das zweite Obergeschoss nutzen die Galerien und Museen sowie die Kunsthalle für Büro Zwecke, das Untergeschoss als Lagerräume. (Baukredit: 0,7 Mio. Fr.)

### **Tagesschule, Restaurant und Inforaum beim Leutschenpark, Seebach**

Die Stadt erwarb das 1600 m<sup>2</sup> grosse Grundstück mit dem Büro- und Gewerbehäus Kissling an der Leutschenbachstrasse 71 im Jahr 2001 im Hinblick auf das Projekt Leutschenpark. Sie renovierte das markante Gebäude in ockerfarbenem Erdton mit weisser Musterung und setzte es in eleganten Kontrast zum benachbarten, 2008 eingeweihten Leutschenpark. Das wachsende und gastronomisch unterversorgte Quartier erhielt an der Südwestecke das Restaurant «Aux Carrés» (Bild siehe Titelseite 53) und damit einen ganztags belebten Ort beim Park. Mit Zugang zu Restaurant und Park richtete das Amt für Städtebau ein Infocenter ein, um den Informationsaustausch im Entwicklungsgebiet Leutschenbach zu fördern. Die übrigen Räume im Kissling-Haus vermietete die Stadt an die Stiftung Zürcher Kinder- und Jugendheime (zkj) für die Tagessonderschule «Intermezzo». (Baukredit: 4,4 Mio. Fr.)

### **Siedlung Überland mit 109 Notwohnungen**

In einem Tauschgeschäft hat die Liegenschaftenverwaltung die zwei Wohnhäuser an der Überlandstrasse 477 und 483 in Schwamendingen erworben und der Stiftung für Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW) im Gegenzug Bauland an der Schaffhauser-/Glattalstrasse in Seebach für den Neubau einer Alterssiedlung abgetreten. Wegen der peripheren Lage und Kleinräumigkeit eignete sich die 109 Einheiten umfassende Siedlung nicht mehr für die Wohnbedürfnisse von Betagten. Die Liegenschaftenverwaltung überlässt die Wohnungen dem Sozialdepartement. Sie werden von der Einrichtung Notwohnungen und vom Begleiteten Wohnen für die Wohnintegration von Familien mit Kindern und Einzelpersonen genutzt.

### **Landkauf für Fussballstadion und Wohnsiedlung**

Die Stadt kaufte von der Stadion AG (eine hundertprozentige Tochter der Credit Suisse) das Hardturm-Areal für 50 Mio. Fr. und erweiterte dadurch ihren Landanteil von 16311 m<sup>2</sup> auf 56243 m<sup>2</sup>. Mit diesem Landverkauf ermöglicht die Credit



Containerdorf Leutschenbach: Innenhof mit Laubengängerschliessung. (Bild: Maurice K. Grünig)

Suisse den Bau eines neuen Fussballstadions. Zusätzlich dazu sollen auf dem Areal eine städtische Wohnsiedlung mit rund 160 kostengünstigen Wohnungen, ein öffentlicher Platz sowie Raum für Gewerbe und quartierspezifische Infrastruktur erstellt werden.

### **Temporäre Wohnsiedlungen in Leutschenbach und Altstetten**

In den warmen Farben Beige, Orange und Rot sind in sehr kurzer Bauzeit zwei temporäre Container-Wohnsiedlungen für 250 Asylsuchende auf dem Heineken-Areal im Quartier Leutschenbach und an der Aargauerstrasse in Altstetten erstellt worden. Der Ausbaustandard der Container ist einfach und robust. Alle Elemente sind demontierbar ausgestaltet. Die beiden Containerdörfer können somit ohne Schwierigkeiten an einen neuen Standort verschoben werden, wenn die Baugelände in Leutschenbach und Altstetten später für eine definitive Nutzung benötigt werden.

### **Restaurantführer**

Der handliche Führer über die städtischen Lokale ist aktualisiert und neu aufgelegt. Bestellungen: 044 412 53 75 oder Download: [www.stadt-zuerich.ch/lvz](http://www.stadt-zuerich.ch/lvz), Publikationen.

### **Rechtsmittelverfahren**

- Im Fall der Wohnsiedlung Rautistrasse, Albisrieden, hat das Bundesgericht die Rechtsbeschwerden aus der Anwohnerschaft abgewiesen. Die Baubewilligung für die rund 100 Wohnungen ist damit in Rechtskraft erwachsen. Der Baubeginn ist für Anfang 2012 geplant.
- Im Fall des Projekts Grünwald («Ringling») hat auch das Bundesgericht die Beschwerde gegen die Baurechtsverträge abgewiesen. Damit sind die Grundlagen der städtischen Wohnpolitik auch rechtlich bestätigt. Weitere Verfahren betreffend Verkehrsführung und Baubewilligung für die 270 Wohnungen im Rütihof sind dagegen noch hängig.

### 4.9.3 Kennzahlen

Objekte	2006	2007	2008	2009	2010
<b>Wohnungen</b>					
in Wohnsiedlungen <sup>1</sup>	6418	6361	6360	6361	6471
– davon subventioniert	2721	2522	2455	2409	2402
in Einzelliegenschaften	2605	2608	2572	2560	2551
Geschäftsräume	941	997	988	958	959
<b>Gastronomie</b>					
Restaurants <sup>2</sup>	60	62	61	62	64
Verpflegungskioske <sup>3</sup>	19	19	18	20	20
Sonstige Betriebe <sup>4</sup>	1	1	1	1	1
Parkplätze in Parkhäusern <sup>5</sup>	3789	3789	3014	3026	3026

<sup>1</sup> 2010: Wohnsiedlung Überland, Überlandstrasse 477/483, Schwamendingen: +109 Wohnungen (Tauschgeschäft mit der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich, SAW)

<sup>2</sup> 2010 neu: Aux Carrés, Leutschenbachstrasse 71, Seebach, sowie Fischstube aus Heimfall des Baurechts, Bellerivestrasse 160, Riesbach

<sup>3</sup> ab 2009 mit den Kiosken aller Rechnungskreise

<sup>4</sup> Bewirtschaftungsmandat der Immobilienbewirtschaftung für Restaurant im Verwaltungszentrum Werd

<sup>5</sup> ab 2008: Übertragung des Bewirtschaftungsmandats der 607 Parkplätze im Parkhaus Urania an die Parking Zürich AG

Unterhalt und Erneuerung (Mio. Fr.)	2006	2007	2008	2009	2010
<b>Wohnsiedlungen</b>					
wertvermehrnde Investitionen	60.0	53.3	15.3	4.6 <sup>1</sup>	4.2
Unterhalt und Reparaturen	30.4	41.3	22.3	14.9	15.8
<b>Einzelliegenschaften<sup>2</sup></b>					
wertvermehrnde Investitionen	4.4	2.0	6.5	4.3	5.8
Unterhalt und Reparaturen	12.3	10.6	13.6	11.7	12.1
Unterhalt z. L. Vorfinanzierung	0.1	0.1	0.9	–	–
<b>Verwaltungsvermögen</b>					
wertvermehrnde Investitionen	–	0.2	–	–	–
Unterhalt und Reparaturen	0.3	0.8	0.6	0.8	1.0
<b>Gewerbe-Immobilien<sup>2</sup></b>					
wertvermehrnde Investitionen	13.4	8.5	1.2	5.0	1.0
Unterhalt und Reparaturen	10.5	8.4	5.5	7.6	7.5
<b>Gastronomie (Restaurant/Kioske)</b>					
wertvermehrnde Investitionen	4.5	2.4	2.4	2.7	1.1
Unterhalt und Reparaturen	6.0	4.0	6.9	6.0	5.1
Unterhalt z. L. Vorfinanzierung	0.1	–	–	0.5	0.2
<b>Parkhäuser</b>					
wertvermehrnde Investitionen	–	1.0	5.5	1.2	0.2
Unterhalt und Reparaturen	1.5	3.1	7.2	5.4	5.3

<sup>1</sup> Verzögerung bei Neubau Rautstrasse und Sanierung Luggweg wegen Rechtsmittelverfahren

<sup>2</sup> 2006 neu gebildeter Rechnungskreis 2027 für Gewerbeimmobilien (Geschäftsräume vorher zusammen mit Einzelliegenschaften im Rechnungskreis 2022)

<b>Abgeschlossene Renovationen über 500 000 Franken</b>		<b>Baukredit Mio. Fr.</b>
<b>Wohnsiedlungen</b>		
–	–	–
<b>Einzel-Wohnliegenschaften</b>		
Schlipfe 24/26, ehemals Täuberhaus, Altstadt	Gesamterneuerung	1.5
Kernstrasse 48/50, Marmorgasse 9, Aussersihl	Gesamterneuerung	3.8 <sup>1</sup>
Schönleinstrasse 14, Fluntern	Gesamterneuerung	2.8
Trottenstrasse 48, Wipkingen	Renovation mit Dachstockausbau	0.6
Herzogenmühlestrasse 25, Schwamendingen	Gesamterneuerung nach Brand	2.5
<b>Gewerbe-Immobilien</b>		
Rämistrasse 22, Altstadt	Pauschaler Beitrag an den Kanton (Mieter) an die Instandhaltungskosten	0.6
Siemens-Areal, Albisriederstrasse 199a, Albisrieden	Rückbau und Einzug Boden zwecks Vermietung	0.7
Haus Kissling, Leutschenbachstrasse 71, Seebach	Tagesschule und Inforaum AfS	3.1
<b>Restaurants</b>		
Aux Carrés, Seebach (im Haus Kissling, s. oben)	Erstellung Restaurant	1.3
Mohrenkopf, Altstadt	Unterhalts- und Sanierungsarbeiten, Ersatz Lüftung	0.5
Belvoirpark, Enge	Sanierung Toilettenanlagen und Neubau IV-Toilette	0.6

<sup>1</sup> Anteil LVZ, Gesamtkredit inkl. Werkhof 5,8 Mio. Fr.

<b>Vermietungen</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>
Wohnungen	898	772	729	614	752
Neuvermietungen	633	636	612	527	650
Wohnungstausche	126	123	117	87	102
Erstvermietung Neubauten	139	13	0	0	0
Restaurants <sup>1</sup>	5	7	3	2	5
Verpflegungskioske <sup>2</sup>	4	2	1	2	1
Geschäftsräume	64	56	64	57	51

<sup>1</sup> 2010: Degenried, Emilia (Albisriederhaus), Seestrasse 3 (Ex-Escale, neu Le Rendez-vous), Mohrechopf, Ziegelhütte

<sup>2</sup> 2010: Allmend

<b>Immobilien-geschäfte (Mio. Fr.)</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>
Käufe	11.2	19.0	17.9	60.9	57.8
Verkäufe	30.9	116.5	8.8	38.5	27.1
Baurechtszins <sup>1</sup>	23.1	22.0	22.5	20.8	22.8
Entschädigung für Ablösung Bauverbot	–	–	17.4	–	–

<sup>1</sup> enthält Baurechtseinnahmen der Rechnungskreise 2023, 2024 und 2030

<b>Erwerb</b>	<b>m<sup>2</sup></b>	<b>Preis Mio. Fr.</b>
<b>Stadtgebiet</b>		
Schwamendingenstrasse 14, Oerlikon; Arrondierung	268	1.013
Hardturmstrasse 321, Areal Hardturm, Industrie; Erstellung Stadion und Wohnsiedlung	39932	50.000
Käferholzstrasse 277, Affoltern; Arrondierung	913	1.150
Zehntenhausstrasse 8, Affoltern; Arrondierung	844	0.900
In Büngerten, Affoltern; Arrondierung	75	0.018
<b>Tausch</b>		
Überlandstrasse 477/483, Schwamendingen; Bestehende Siedlung für Notwohnungen	6642	4.761
<b>Total</b>	<b>48674</b>	<b>57.842</b>

<b>Veräusserung</b>		
<b>Stadtgebiet</b>		
Ausserdorfstrasse 20, Seebach; Wohnhaus an Privatperson	138	0.290
Ausserdorfstrasse 18, Seebach; Wohnhaus an Privatperson	269	0.450
Turbinenstrasse, Industrie; Abtretung ehemaliges Strassengebiet	141	0.212
Turbinenstrasse, Industrie; Abtretung teilweise Strassengebiet	446	0.162
Mühleweg, Industrie; Verkauf an Hardturm AG und Prospera AG	3 136	4.390
Hammerstrasse 52, Hirslanden; Wohnhaus an Privatperson	193	0.830
<b>Ausserhalb Stadt</b>		
Glattpark; Bauland für Geschäftshaus an Allreal	5 167	15.190
Schwäbrig, Gais AR; Landwirtschaftliches Gewerbe an Pächter	310 782	0.650
<b>Tausch</b>		
Schaffhauser-/Glattalstrasse, Seebach; Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW)	7 515	4.935
Hufgasse 7, Riesbach; Abtretung an Nachbarn gegen Einräumung beschränkt dinglicher Rechte	7	–
<b>Total</b>	<b>327 794</b>	<b>27.109</b>



<b>Baurechtsverträge</b>		<b>Areal m<sup>2</sup></b>
<b>Im Grundbuch eingetragen</b>		
Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW)	Seefeldstrasse 50/52, Riesbach (28 Alterswohnungen, 4 Läden, Gewerbeflächen)	1 662
Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW)	Feldstrasse, Aussersihl (32 Alterswohnungen, Büro-/Lagerflächen für neuen Verwaltungssitz der Stiftung SAW)	1 326
Baugenossenschaft mehr als Wohnen	Hagenholzstrasse (Hunzikerareal) (440 Wohnungen, 3500 m <sup>2</sup> Gewerbe-/Dienst- leistungsflächen, siedlungsinterne Infrastruktur)	40 172
<b>Pendent, noch nicht im Grundbuch eingetragen</b>		
<b>a) Bestehende Verträge</b>		
Frank Binder, Zürich	Winkelwiese 10, Altstadt (Ersatzbau für Villa)	2 792
Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW)	Frankentaler-/Regensdorferstrasse, Höngg (78 Alterswohnungen, Kinderkrippe)	6 320
Gemeinnützige Bau- und Mietergenossenschaft Zürich	Frankentaler-/Regensdorferstrasse, Höngg (100 Wohnungen, Kindergarten, Jugendtreff)	11 820
Baugenossenschaft Sonnengarten (2 Verträge)	Frankentaler-/Regensdorferstrasse, Höngg (93 Wohnungen, Kindergarten, Tageshort, Verkaufsladen)	13 460
Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW)	Köschenrüti, Seebach (88 Alterswohnungen, 2 Pflgewohngruppen, Laden/Café)	11 826
<b>b) Neue Verträge</b>		
Keller Prefadom AG	Eierbrechtstrasse, Hirslanden (2 Wohngebäude mit 6 Wohnungen)	2 148
Genossenschaft Kalkbreite	Badener-/Kalkbreitestrasse – Kalkbreiteareal (89 Wohnungen, 5000 m <sup>2</sup> Gewerbezentrum mit Geschäften und 1 Restaurant)	6 350

## 4.10 Human Resources Management (HR Stadt Zürich)

### 4.10.1 Aufgaben

Als Dienstleistungs- und Kompetenzzentrum ist HR Stadt Zürich für Personalbelange, Lohnauszahlungen, Beratungs- und Weiterbildungsangebote für alle städtischen Mitarbeitenden sowie HR-Instrumente für Personalverantwortliche innerhalb der Stadtverwaltung zuständig und arbeitet eng mit den dezentralen Personaldiensten der Departemente und Dienstabteilungen zusammen. Es nimmt darüber hinaus Entwicklungs-, Koordinations- und Steuerungsaufgaben für den Stadtrat in seiner Funktion als Arbeitgeber wahr.

### 4.10.2 Jahresschwerpunkte

#### Allgemeines

Der Fokus lag im Berichtsjahr beim erfolgreichen Abschluss der folgenden drei Grossprojekte: Das Städtische Lohnsystem (SLS) wird definitiv weitergeführt, SAP HCM ist eingeführt und optimiert, und das Case Management am Arbeitsplatz als Teil des Betrieblichen Gesundheitsmanagements geht in die Betriebsphase über.

Für die Personal- und Lohnadministration und das HR-Controlling ist mit der Einführung und Optimierung des SAP-HCM-Systems ein wichtiger Meilenstein erreicht. Einzelne Themen bilden Gegenstand weiterführender, operativer Arbeiten: Berechtigungskonzept, Lohnfortzahlung bei Krankheit oder Unfall und die Form der künftigen Zusammenarbeit zwischen den Departementen und Dienstabteilungen über Dienstleistungsvereinbarungen (DLV) sind noch zu regeln.

Erfreuliche Resultate zeigten sich zudem im Case Management am Arbeitsplatz: «Reintegration statt Invalidisierung» hat sich in der Projektphase bewährt, so dass der Gemeinderat grünes Licht für die Überleitung in die Betriebsphase erteilte.

#### Städtisches Lohnsystem (SLS)

Für die Lohnrunde 2010 wurden die Resultate aus den Zielvereinbarungs- und Beurteilungsgesprächen wiederum lohnwirksam. Die Lohnanpassungen erfolgten zum letzten Mal anhand der bisherigen Matrizen; die Teuerung wurde mit 0,9% voll ausgeglichen (Februarwert des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise). Für besonders gute und nicht bereits mit dem Lohn abgegeltene Leistungen stand ein Betrag von knapp 18 Mio. Fr. für Prämien zur Verfügung.

Für die definitive Einführung des Städtischen Lohnsystems (SLS) ab 2011 mussten alle Grundlagen nochmals überarbeitet werden: Funktionsraster und -ketten waren an die Bildungslandschaft (Bologna-Reform) anzupassen, die bisher gültigen Matrizen neu mit den Personalverbänden zu verhandeln und die Unterlagen für die Zielvereinbarungs- und Beurteilungsgespräche (ZBG) zu optimieren.

Das Städtische Lohnsystem (SLS) verfügt heute über eine höhere Transparenz, mehr Lohngerechtigkeit und ein ausgewogeneres Systemgleichgewicht und hat damit die Anfangslegislativ gesteckten Ziele erreicht. Auch die Lohnentwicklung erfolgt nicht mehr automatisch, sondern individuell aufgrund von Leistung und Erfahrung. Ebenfalls ist die nachhaltige Finanzierung des Lohnsystems sichergestellt: Die Lohnzuwachskosten sind

berechenbar und lassen sich aufgrund der vorhandenen finanziellen Mittel und der Budgetvorgaben steuern.

Mit dem Städtischen Lohnsystem (SLS) und den verbesserten Zielvereinbarungs- und Beurteilungsgesprächen (ZBG) verfügt die Stadt Zürich über zwei wichtige HR-Instrumente für die künftige Personalarbeit. Sie sind beide breit abgestützt und können laufend weiterentwickelt oder an neue Gegebenheiten – Stichwort neue Berufsbilder – angepasst werden.

#### Betriebliche Gesundheitsförderung (BGF)

Schwerpunkt bildete das Thema «Demografischer Wandel und Gesundheit», da der erste Demografiebericht einen klaren Zusammenhang zwischen den Altersstrukturen der städtischen Mitarbeitenden und deren Gesundheit aufzeigte. Entsprechend wurden die Aktivitäten auf unterschiedlichen Ebenen geplant und für unterschiedliche Zielgruppen ausgerichtet:

- DenkStadt vom 9. Juni: «Ältere, dynamische Mitarbeitende – was bedeutet das für Führungskräfte?»
- 6. Zürcher Gesundheitsforum vom 12. November: «Demografischer Wandel – Alter und Gesundheit als Herausforderung und Chance für die Führung»
- Mehrere Impulsworkshops «Generationenmanagement: «Alt und Jung gemeinsam zum Erfolg!»
- Angebote in der Bildungsbroschüre wie z. B. «Gesundheitscheck 50+»

Das Thema «Gesundheit» wurde überdies in das Zielvereinbarungs- und Beurteilungsgespräch (ZBG), in die Risiko-Checkliste «Betriebliches Gesundheitsmanagement» und in die neu konzipierte «StadtFührung» integriert. Die Checkliste bildet dabei einen Bestandteil des stadtweiten Projekts CHARM (Chancen- & Risikomanagement) und IKS (Internes Kontrollsystem) und wurde gemeinsam mit dem Case Management und der Fachstelle für Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz entwickelt. Neben der Vernetzung zwischen verschiedenen Fachstellen und Projekten fand wiederum ein intensiver Austausch zwischen den Verantwortlichen für BGF in den Dienstabteilungen statt.



6. Zürcher Gesundheitsforum zum Thema «Demografische Entwicklung und Gesundheit der Mitarbeitenden der Stadtverwaltung».

## Case Management am Arbeitsplatz

Am 22. Dezember stimmte der Gemeinderat der definitiven Weiterführung des Case Management am Arbeitsplatz in der Verwaltung der Stadt Zürich zu. Vom Bericht gemäss GRB 1106 vom 10. Januar 2007 über die Erfahrungen mit Case Management am Arbeitsplatz in der Verwaltung der Stadt Zürich i.S.v. Art. 3<sup>bis</sup> des Personalrechts wurde zustimmend Kenntnis genommen.

Im Jahre 2010 konnten in etwa gleich viele Mitarbeitende in ein Intake aufgenommen werden wie im 2009. Aus diesen Intakes wurden in beiden Jahren etwa 50 % als Fallbegleitungen weitergeführt.

	Laufende Intakes	Neue Intakes	Laufende Fälle	Neue Fälle
2009	1 274	1 035	919	491
2010	1 166	1 125	946	573

Die Vorgaben der Reintegration von erkrankten bzw. verunfallten Mitarbeitenden wurden vollumfänglich erreicht. 2009 konnten 65 % voll oder teilweise wieder in den Arbeitsprozess geführt werden; 2010 waren es 64 %. Positiv ist auch die Entwicklung der Sozial- bzw. Reintegrationsstellen: 2009 konnten 22 Personen wieder an einen städtischen Arbeitsplatz zurückkehren, 2010 waren es 30. Das zeigt, dass sich «Reintegration statt Invalidisierung» für die Betroffenen und für die Arbeitgeberin Stadt Zürich lohnt und gleichzeitig auch die Sozialversicherung entlastet werden.

## Berufsbildung

Im August starteten 386 Lernende ihre Lehre bei der Stadt Zürich. Insgesamt werden 965 Lernende (Stand 31. Dezember 2010) in 44 Lehrberufen ausgebildet. Erfreulich waren wiederum die Ergebnisse der Lehrabschlussprüfungen – von 268 Geprüften haben 94 % bei einem Notendurchschnitt von 4,7 bestanden, wobei 36 % eine Abschlussnote von 5,0 und mehr erreichten.

Die Lehrabgängerinnen und -abgänger fanden mehrheitlich und dank dem Projekt «Berufserfahrungsjahr» geeignete Anschlusslösungen:

- 32 % stadtinterne Anstellungen
- 10 % externe Anstellungen
- 30 % Weiterbildungen, Ausland- und Sprachaufenthalte, Militärdienste oder anderes
- 9 % Anschlusslösung Berufserfahrungsjahr
- 19 % Stellensuchende

### 4.10.3 Kennzahlen

	2006	2007	2008	2009	2010
Lohnüberweisungen <sup>1</sup>	–	–	341 463	353 783	361 776
Lohnmutationen <sup>1</sup>	85 416	91 058	–	–	–
Kursteilnehmende	5 714	6 932	7 685	8 561	8 127
Anzahl Lernende <sup>2</sup>	788	786 <sup>3</sup>	844	882	965

<sup>1</sup> Neue Kennzahl infolge Einführung SAP HCM. Aufgrund dieser Umstellung ist die Anzahl der Lohnmutationen keine aussagekräftige Grösse mehr.

<sup>2</sup> Lernende, die eine Lehre mit einem eidgenössischen Fähigkeitsausweis oder Berufsattest abschliessen

<sup>3</sup> Aufgrund der Schliessung der Schule für Berufe im Gesundheitswesen sind 40 Hauspflegerinnen und Hauspfleger aus- und in eine andere Institution übertreten. Trotz Erhöhung des Lehrstellenangebots ist deshalb die Zahl der Lernenden gesunken.

## Projekt «Berufserfahrungsjahr»

Nach dem erfolgreichen Projektstart 2008 haben auch in diesem Jahr wiederum 25 Lehrabgängerinnen und -abgänger aus verschiedenen Berufsgruppen das Berufserfahrungsjahr angetreten.

Das Berufserfahrungsjahr bietet stellenlosen Lehrabgängerinnen und -abgängern die Möglichkeit, die auf dem Arbeitsmarkt geforderte Berufserfahrung in einem städtischen Betrieb zu sammeln. Dienstabteilungen und Betriebe profitieren zudem vom aktualisierten beruflichen Know-how der jungen Berufsleute – eine «Win-win»-Situation. Mit dem Berufserfahrungsjahr steht der Stadt Zürich ein Instrument zur Verfügung, das die jungen Berufsleute wirkungsvoll beim Start ins Berufsleben unterstützt und die Quote von stellensuchenden Lehrabgängerinnen und -abgängern der Stadtverwaltung Zürich massgeblich senkt.

## Organisationsberatung und Management-Entwicklung

### Talentmanagement

Die Konzeption über die Umsetzung des Talentmanagements ist in einem Grobkonzept definiert worden. Darin sind die Rahmenbedingungen und Grundsätze festgehalten. Zusätzlich realisieren verschiedene Dienstabteilungen Projekte im Bereich des Talentmanagements (z. B. Nachfolgeplanung, Nachwuchsförderungsprogramm). HR Stadt Zürich unterstützt diese Dienstabteilungen bei der Konzeption und bei der Realisierung als interne Beraterin. Die Erfahrungen aus diesen Projekten fliessen in die Gesamtkonzeption ein.

### Nachberufliche Zukunft gestalten

Die Angebote im Bereich der «Nachberuflichen Zukunft» wurden neu konzipiert. Sie bestehen neu aus zwei Teilen: Modul 1 zeigt den Mitarbeitenden das finanzielle Gesamtbild einer Ruhestandsregelung auf, und die Teilnehmenden sollen den Zeitpunkt der Pensionierung ungefähr bestimmen können; Modul 2 bereitet die Teilnehmenden auf die Gestaltung des neuen Lebensabschnitts vor. Die beiden Module sind zeitlich voneinander getrennt. Die Mitarbeitenden erhalten damit wichtige Informationen bedarfs- und zeitgerecht.

### StadtFührung

Neuen Führungskräften der Stadt Zürich wurde dieses Jahr zum ersten Mal erfolgreich eine Ausbildung in den stadt-spezifischen Führungsinstrumenten und -themen im Rahmen eines Pilotkurses im Finanzdepartement angeboten. Ziel sind die Einführung in die Führungsprozesse der Stadt und das Aufzeigen der städtischen Gesamtorganisation sowie der Zusammenhänge zur eigenen Organisationseinheit.

## 5. Parlamentarische Vorstösse

### I. Unerledigte Initiativen

Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2010)

Volks- und Einzelinitiativen, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

EIS = Einzelinitiative Stimmbürger (Erledigungsfrist 1½ Jahre mit ½ Jahr Verlängerung)  
EIR = Einzelinitiative Ratsmitglied (Erledigungsfrist 1½ Jahre mit ½ Jahr Verlängerung)  
VI = Volksinitiative (Erledigungsfrist 1½ Jahre mit ½ Jahr Verlängerung)

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
VI 2009/001127 2011/000016	26.08.2009 07.04.2010	Initiativkomitee, vertreten durch Rykart Karin Bezahlbar und ökologisch wohnen!

*Zürich braucht Wohnungen – für alle und nach ökologischen Standards gebaut. Die Stadt Zürich gründet dazu eine öffentlich-rechtliche Stiftung mit eigener Rechtspersönlichkeit. Die Stiftung soll preisgünstige und ökologisch vorbildliche Wohnungen und Gewerberäume in der Stadt Zürich erhalten und schaffen. Sie kann dazu Liegenschaften kaufen und sanieren und neu bauen. Sie ist gemeinnützig und verfolgt keine Gewinnabsicht. Das Stiftungskapital beträgt 80 Mio. Fr.*

VI 2009/001356 2011/000015	30.10.2009 30.06.2010	Initiativkomitee, vertreten durch Rabelbauer Richard Familiengerechte Stadt Zürich
----------------------------------	--------------------------	---

Die Gemeindeordnung der Stadt Zürich vom 26. April 1970 (Gemeindeordnung, AS 101.100) ist mit folgendem Artikel zu ergänzen:

Art. 2<sup>quinquies</sup>

«Die Stadt Zürich gewährleistet Massnahmen zur Förderung von Familien mit dem Ziel, auf Stadtgebiet den Anteil an Familienhaushalten (Haushalte mit minderjährigen Kindern) deutlich und dauerhaft zu erhöhen. Sie sorgt für ein genügendes Angebot an erschwinglichen, familiengerechten Wohnungen und eine gute Wohnqualität und Bevölkerungsstruktur in allen Quartieren.»

VI 2009/0014010	04.11.2009 14.04.2010	Initiativkomitee, vertreten durch Badran Jacqueline Wohnen für Alle
--------------------	--------------------------	--

«1. Die Gemeindeordnung der Stadt Zürich vom 26. April 1970 wird wie folgt ergänzt:

Art. 2<sup>quater</sup>: Die Gemeinde setzt sich aktiv für den Schutz, die Erhaltung und die Erhöhung des Anteils von zahlbaren und qualitativ hochwertigen Wohnungen und Gewerberäumen ein. Sie verpflichtet sich dem Ziel einer soziodemografisch durchmischten Wohnbevölkerung in allen Quartieren. Sie gewährleistet, dass sich mindestens ein Drittel aller Mietwohnungen im Eigentum von gemeinnützigen Wohnbauträgern befindet, die ohne Gewinnabsichten dem Prinzip der kostendeckenden Mieten verpflichtet sind. Ausgenommen von dieser Berechnung sind Wohnungen und Einfamilienhäuser im selbst genutzten Eigentum.

2. Übergangsbestimmung:

Für die Erreichung von mindestens einem Drittel des Mietwohnungsbestands im Eigentum von gemeinnützigen Wohnbauträgern setzt die Gemeinde das Jahr 2040 als Ziel.

3. Inkraftsetzung:

Der Stadtrat setzt diese Gemeindeordnungsänderung nach Genehmigung durch den Regierungsrat in Kraft.»

## II. Unerledigte Motionen und Postulate

Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2010)

Motionen und Postulate, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

MOT = Motion (Erledigungsfrist zwei Jahre nach Überweisung)

POS = Postulat (Erledigungsfrist zwei Jahre nach Überweisung)

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS	08.04.1998	Widmer Graf Andrea
1998/000702	29.04.1998	Gebiet Leberer-Sunnau in Adliswil, Verlegung der Fussballplätze des FC Wollishofen
1998/000105		

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie für die Fussballplätze des FC Wollishofen Ersatz gefunden werden kann, falls die Entwicklung im Gebiet Leberer-Sunnau in Adliswil eine Verlegung der heutigen Fussballplätze erfordert.*

*Bei einer Verlegung der Fussballplätze ist darauf zu achten, dass für die neuen Plätze mindestens gleich viel Land zur Verfügung steht wie heute.*

Die im Baugebiet gelegenen Fussballplätze sollen in Übereinstimmung mit der Nutzungsplanung der Stadt Adliswil in die angrenzende Erholungszone verlegt werden. Die in Turniergrösse geplanten Plätze mit einem Garderobengebäude kommen teils auf Stadtzürcher, teils auf Adliswiler Boden zu liegen. Vorgängig ist eine umfassende Umlegung des Landes in der Bau- und in der Erholungszone erforderlich. Grundlage bildet ein 2004 durchgeführter Studienwettbewerb für die Erschliessung und Überbauung des Gebiets, der die Zielsetzungen des Postulats berücksichtigt.

Die Liegenschaftenverwaltung konnte mit dem hauptbetroffenen Grundeigentümer 2009 eine Vereinbarung über Landumlegung und Erschliessung abschliessen. Dies erlaubt der Stadt Adliswil, die revidierte Nutzungsplanung in Kraft zu setzen, so dass nun die Erschliessung mittels eines Quartierplanverfahrens erfolgen kann. Die Gespräche mit allen Grundeigentümern über die Einleitung des Verfahrens sind im Gange.

POS	08.12.1999	Schmid Ronald und Schüepp Jürg R.
2002/000866	15.05.2002	Parkierungsanlage Central, Errichtung durch eine private Trägerschaft
2002/000163		

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung vorzulegen, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass eine private Trägerschaft eine unterirdische Parkierungsanlage für 300 oder mehr öffentliche Parkplätze und private Pflichtparkplätze im Bereich des Central erstellen kann als ergänzende Einrichtung zu den vorgesehenen Verkehrs-Verflüssigungs-Massnahmen. In Zusammenarbeit mit eventuell betroffenen Eigentümern wie Bund, Kanton oder Privaten übernimmt die Stadt die führende Koordination zur Konzessionserteilung. Mit der Realisierung ist in erster Priorität die gleiche Anzahl von bestehenden oberirdischen Parkplätzen im Raume Central, Zähringerstrasse, Predigerplatz und Hirschengraben aufzuheben und in zweiter Priorität bestehende oberirdische Parkplätze im übrigen betroffenen Einzugsgebiet.*

Am 8. Februar 2004 haben die Stimmberechtigten die Neufestsetzung des kommunalen Verkehrsplans angenommen. Unter den geplanten Parkhäusern wurde neu auch ein Parkhaus in der Gegend des Central vorgesehen. Eine namhafte Erweiterung des bestehenden Parkhausstollens (38 Plätze) ist wegen fehlender Kapazität des Verkehrsknotens Central ausgeschlossen. Als einzig denkbarer Standort kam das Gebiet zwischen Weinberg- und Leonhardstrasse in Betracht. Eine Machbarkeitsstudie zeigte, dass unter dem städtischen Altersheim Bürgerasyl-Pfrundhaus an der Leonhardstrasse 16/18 ein Parkhaus mit etwa 300 Plätzen technisch möglich wäre. Die baulichen Eingriffe in die denkmalpflegerisch wertvolle Gartenanlage für die Zu- und Wegfahrten sowie den Fluchtweg und die technischen Aufbauten erwiesen sich jedoch als zu massiv. Ende 2011 dürfte das Ergebnis der Abklärungen für eine Alternative vorliegen.

MOT	21.03.2001	Sozialdemokratische Partei Fraktion
2001/000626	21.08.2002	Kinderbetreuungsplätze, Angebot für städtische Angestellte
2001/000165		

*Der Stadtrat wird beauftragt, den städtischen Angestellten ein den Bedürfnissen entsprechendes Angebot an Kinderbetreuungsplätzen zur Verfügung zu stellen.*

Dieses Geschäft steht in engem Zusammenhang mit der Motion 2005/297 betreffend «Kinderbetreuungsplätze, Angebot für städtische Angestellte». Die Weisung 368 vom 13. Juli 2005 ist bei der Spezialkommission Finanzdepartement pendent bzw. gemäss Protokollauszug vom 2. Juli 2009 auf unbestimmte Zeit sistiert.

MOT	25.08.2004	Bucher Gregor
2004/001368	29.10.2008	Angestellte in städtischen Kliniken und Spitälern, Unterstellung unter das Arbeitsgesetz
2004/000442		

*Der Stadtrat wird aufgefordert, dem Gemeinderat eine Weisung vorzulegen, wonach allen Angestellten in den städtischen Kliniken und Spitälern bezüglich Arbeitszeiten ein Gesundheitsschutz gewährleistet wird, der sinngemäss mindestens dem Schutzniveau des Arbeitsgesetzes entspricht.*

Die Frist für die Vorlage einer entsprechenden Weisung wurde verlängert und läuft bis zum 29. Oktober 2011. Die Abklärungen und Vorarbeiten dazu sind im Gange, so dass die Weisung in Zusammenarbeit mit dem Gesundheits- und Umweltdepartement rechtzeitig vorgelegt werden kann.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2005/000235 2005/000045	09.02.2005 19.12.2007	Danner Ernst Buchführung mit IPSAS, Bericht über Vor- und Nachteile bei deren Einführung

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, welches die Vor- und Nachteile einer Umstellung der Buchführung auf die International Public Sector Accounting Standards (Ipsas) in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht sind, und darüber Bericht zu erstatten.*

Die zwei grössten Haushalte der Schweiz haben die Rechnungslegung in den Jahren 2008 (Bund) und 2009 (Kanton Zürich) nach den «International Public Sector Accounting Standards» (Ipsas) ausgerichtet. Den Kantonen und Gemeinden empfiehlt die Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren (FDK) eine Weiterentwicklung des harmonisierten Rechnungsmodells zum HRM2. Die FDK hat die Empfehlungen in einem Handbuch publiziert (Schriftenreihe der Fachgruppe für kantonale Finanzfragen, Band 10, Handbuch Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden HRM2 vom 25. Januar 2008).

Gestützt auf die Fachempfehlungen der FDK hat die Konferenz der kantonalen Aufsichtsstellen über die Gemeindefinanzen (KKAG) Ende 2008 eine interkantonale Koordinationsgruppe HRM2 gebildet. Die Zielsetzung der KKAG ging dahin, die Einführung und die Anwendung von HRM2 in den schweizerischen Gemeinden zu harmonisieren. Die neue Rechnungslegung für die zürcherischen Gemeinden – im Kanton Zürich zuständig ist die Direktion der Justiz und des Innern, vertreten durch das Gemeindeamt – soll auf den Arbeiten und Empfehlungen der KKAG aufbauen. Das vom Regierungsrat am 6. Oktober 2010 in die Vernehmlassung gegebene revidierte Gemeindegesetz folgt im Kapitel über den Finanzhaushalt den Empfehlungen zur Weiterentwicklung des harmonisierten Rechnungsmodells zum HRM2. Der Entwurf des Regierungsrats umfasst eine Gesamtrevision des Gemeindegesetzes. Das Kapitel über den Finanzhaushalt enthält insbesondere den Systemwechsel zur linearen Abschreibung auf dem Anlagewert (anstelle der degressiven Abschreibung auf dem Restwert) und den Verzicht auf zusätzliche Abschreibungen (Vermeidung stiller Reserven). Die betriebswirtschaftliche Abschreibungsmethode nach Nutzungsdauer setzt die Führung einer Anlagenbuchhaltung voraus. Die neuen Normen will das Gemeindeamt in ausgewählten Pilotgemeinden vor der Inkraftsetzung des neuen Gemeindegesetzes austesten.

Die Städte und Gemeinden, die interessierten Organisationen und die Direktionen des Regierungsrats sind nun eingeladen, zum revidierten Gemeindegesetz bis Ende März 2011 eine Stellungnahme abzugeben. Der Stadtrat hat der Verwaltung den entsprechenden Auftrag bereits Ende Oktober 2010 erteilt, damit die Meinungsäusserung breit abgestützt und die nötige Vorbereitung fundiert angegangen werden kann. Den Mitte November 2009 kommunizierte Zeitplan mit dem möglichen Inkraftsetzungstermin 2014 hat das Gemeindeamt bisher nicht geändert.

Gestützt auf den Stand der Revision des Gemeindegesetzes können die Städte und Gemeinden die konkreten Vorbereitungen – die auch die wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen umfassen – erst aufnehmen, wenn die inhaltliche Ausrichtung der neuen Rechnungslegung geklärt ist. Dies ist frühestens gegeben, wenn die laufende Vernehmlassung ausgewertet ist und der Antrag des Regierungsrats an das Kantonsparlament vorliegt. Dieser Grad der Konkretisierung dürfte nach Einschätzung des Stadtrats nicht vor dem Jahr 2012 erreicht werden. (Vgl. gleichlautende Berichterstattung zu Postulat 635/2007 vom 19. Dezember 2007.)

MOT 2006/000935 2006/000344	30.08.2006 17.01.2007	Angst Walter und Rykart Sutter Karin Herdernstrasse, Planungskredit für das Erstellen einer kommunalen Wohnsiedlung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat einen Planungskredit für die Erarbeitung eines baureifen Projekts zur Erstellung einer kommunalen Wohnsiedlung auf dem Areal zwischen Bienen-, Herdern- und Bullingerstrasse (Kataster-Nrn. 6271 und 6272) – oder, falls dies am genannten Standort aus irgendwelchen Gründen nicht möglich sein sollte, auf einem anderen für diesen Zweck geeigneten Areal in der Stadt Zürich – zur Beschlussfassung zu unterbreiten.*

Über das in der Motion prioritär vorgesehene Areal an der Herdernstrasse kann erst disponiert werden, wenn die langfristigen Bedürfnisse der VBZ für das angrenzende Areal der Busgarage Hardau abschliessend geklärt sind. Der Gemeinderat bewilligte deshalb am 8. September 2010 als Alternative einen Projektierungskredit für eine kommunale Überbauung auf dem Areal Kronenwiese, Quartier Unterstrass (GR Nr. 2009/611). Mit einer Dispositivergänzung hielt er fest, dass die Abschreibung der Motion im Zusammenhang mit der Erteilung des Baukredits behandelt werde.

POS 2006/001166 2006/000458	25.10.2006 18.03.2009	Rabelbauer Richard und Meier Daniel Forum für Freiwilligenarbeit, Verbreitung des Leitfadens für Arbeitgeber
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er die Förderung und Verbreitung des Leitfadens für Arbeitgeber, der derzeit durch das Forum für Freiwilligenarbeit erarbeitet wird, in der Stadt Zürich aktiv unterstützen kann.*

POS 2006/001235 2006/000477	08.11.2006 15.11.2006	Spezialkommission Finanzdepartement Personalrecht, jährlicher Bericht über die Umsetzung und Entwicklung der Teilrevision 2006
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er dem Gemeinderat zusätzlich zum üblichen Geschäftsbericht bis ins Jahr 2012 jährlich über die Umsetzung und Entwicklung der revidierten «Verordnung über das Arbeitsverhältnis des städtischen Personals (Personalrecht)» schriftlich Bericht erstatten und dabei insbesondere zu folgenden Punkten Stellung nimmt:*

- Umsetzung der Weisung, insbesondere über die Finanzierbarkeit und die Steuerbarkeit der Lohnentwicklung
- Erfahrungen der Mitarbeiterbeurteilung und Auswirkungen auf die Lohnentwicklung
- allfällige personalrechtliche Rekurse

Der entsprechende jährliche Bericht zum Städtischen Lohnsystem (SLS) zuhanden des Gemeinderats wird auch für 2010 erstellt und ist zurzeit in Arbeit.



<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 2006/001236 2006/000482	08.11.2006 18.03.2009	Rabelbauer Richard und Meier Daniel Personalrecht, Anerkennung und Unterstützung der Freiwilligenarbeit
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er im Rahmen der nächsten Nachführung des Personalrechts Artikel 3 um einen Grundsatz ergänzen kann, der die Anerkennung und Unterstützung der Freiwilligenarbeit sowie der Sozialzeitausweise, Zertifikat für ehrenamtliches Engagement im Sport des Zürcher Kantonalverbandes für Sport, u. a. mit den darin aufgeführten Kompetenzen, enthält.</i>		
MOT 2007/000306 2007/000136	21.03.2007 11.11.2009	Savarioud Marcel und Jahreiss-Montagnani Fiammetta Personalrecht, Chancengleichheit für ausländische Personen
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, die folgende Ergänzung des Personalrechts beinhaltet: Artikel 3 Grundsätze und Instrumente der Personalpolitik Der Stadtrat bestimmt nach folgenden Grundsätzen die Personalpolitik: l) (neu) Die Stadt fördert bei Anstellungen und Personalentwicklung die Chancengleichheit von hier wohnhaften ausländischen Personen sowie aller anderer Personen, die aufgrund der in lit. k) aufgelisteten Kriterien benachteiligt sein könnten, und trifft Massnahmen für ihre berufliche Integration.</i>		
POS 2007/000312 2007/000142	21.03.2007 11.11.2009	Bartal Isabel und Savarioud Marcel Städtisches Personal, Förderung ausländischer Mitarbeitender und Lernender
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er Anstellungen und die Personalentwicklung von in Zürich wohnhaften, ausländischen Mitarbeiter/innen und Lernenden fördern und Massnahmen für ihre berufliche Integration treffen kann. Insbesondere ist ein Massnahmenkonzept zu entwickeln, das laufend die Anstellung, Personalentwicklung, Chancengleichheit sowie die berufliche Integration der ausländischen Arbeitnehmenden in der städtischen Verwaltung sowie in den ausgelagerten Betrieben fördert. Dies gilt insbesondere für Stellen mit vermehrtem Kundenkontakt.</i>		
POS 2007/000313 2007/000143	21.03.2007 11.11.2009	Papageorgiou Kyriakos und Bartal Isabel Städtisches Personal, Kennzeichnung der Fremdsprachenkenntnisse
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie geeignete Angestellte der Stadtverwaltung, die durch ihre Arbeit im direkten Kundenkontakt stehen, so gekennzeichnet werden können, dass auf den ersten Blick ersichtlich ist, dass sie sich neben der hiesigen Landessprache auch noch in einer oder mehreren anderen Sprachen verständigen können.</i>		
POS 2007/000356 2007/000169	28.03.2007 11.11.2009	Jahreiss-Montagnani und Katumba Andrew Stadtverwaltung, Pilotbetrieb für anonyme Stellenbewerbungen
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob ein Pilotprojekt lanciert werden kann, das Stellensuchenden die Möglichkeit gibt, sich bei der Stadtverwaltung und einem städtischen Betrieb anonym zu bewerben.</i>		



Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2007/000440 2007/000214	18.04.2007 23.05.2007	Glättli Balthasar und Badran Jacqueline Geschlechterspezifische Budgetanalyse, regelmässige Berichterstattung

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie

- die im Bericht zur Weisung 391 (Geschlechterspezifische Budgetanalyse) aufgezeigten sinnvollen Vertiefungen im Bereich Fort- und Weiterbildung des städtischen Personals umgesetzt werden können
- die geschlechterdifferenzierte Analyse des Personalaufwands, sowie der Fort- und Weiterbildungskosten im Rahmen des Personal-Controllings und des Gleichstellungs-Controllings von HR Stadt Zürich vertieft werden kann;
- bei der Einführung neuer Informatiklösungen, z. B. ERP Plus, die Auswertungsbedürfnisse für das Gender Budgeting mit berücksichtigt werden können;
- eine kontinuierliche Qualitätsverbesserung der geschlechterdifferenzierten Kundschaftsstatistiken der städtischen Dienstabteilungen sowie von subventionierten Institutionen angestrebt werden kann;
- bei der Verabschiedung neuer Leistungsaufträge die Bekanntgabe der mit den städtischen Beiträgen ausgelösten Freiwilligen- oder Gratisarbeit in geförderten Institutionen (wo unter vertretbarem Aufwand erhebbar) integriert werden kann;
- eine regelmässige Berichterstattung – z. B. jährlich integriert im Geschäftsbericht des Stadtrats – auf sinnvolle Weise erfolgen könnte.

Im Projekt «ERPplus» konnten die Auswertungsbedürfnisse des Gender Budgetings bei der Einführung von SAP per 1. Januar 2008 teilweise berücksichtigt werden. Detailliertere, vertiefte geschlechterspezifische Analysen des Personalaufwands sind jetzt möglich geworden. Vertiefte geschlechterspezifische Analysen der Fort- und Weiterbildungskosten sowie der Fort- und Weiterbildungstage sind mit SAP jedoch noch nicht möglich. Eine regelmässige jährliche Berichterstattung mit den aktuell vorhandenen Daten erfolgt jeweils in der RPK im Rahmen der Präsentation der Personalzahlen.

Bei den Kundschaftsstatistiken der Dienstabteilungen waren weder Verbesserungen noch Verschlechterungen hinsichtlich Geschlechterdifferenzierung feststellbar. Hier standen eher die verbesserte Ausrichtung auf die Kundinnen und Kunden, die Vereinfachung von Bewilligungsverfahren und die Transparenz der Rechnungsstellung im Vordergrund.

Aus den Leistungsaufträgen sind keine geschlechterspezifischen Daten bezüglich Freiwilligenarbeit vorhanden. Aus der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) ist jedoch bekannt, dass 31 % der befragten Stadtzürcherinnen und Stadtzürcher Freiwilligenarbeit leisten, davon 12 % in einer Organisation, wie z. B. Sportclubs, Kirchen, sozialen und kulturellen Institutionen sowie politischen Parteien. Frauen leisten mehr Freiwilligenarbeit als Männer, und sie sind stärker engagiert in der informellen Freiwilligenarbeit, d. h. in Nachbarschafts- und Verwandtenhilfe. Frauen engagieren sich auch in der organisierten Freiwilligenarbeit stark in der Arbeit mit Betagten und Kindern, d. h. in Gesundheits- und Betreuungsinstitutionen. Männer engagieren sich eher in der formellen Freiwilligenarbeit, insbesondere in Sport- und Quartiervereinen, in schulischen und politischen Organisationen. Mehrere Departemente rechnen bei ihrer Ressourcenplanung mit der Freiwilligenarbeit. Sie weisen bereits heute darauf hin, dass mit der verlängerten und verstärkten Erwerbsarbeit von Frauen ein starker Rückgang der Freiwilligenarbeit in den kommenden Jahren zu erwarten ist.

MOT 2007/000483 2007/000235	09.05.2007 02.07.2008	Von Matt Hans Urs und Di Concilio Salvatore Klimaschutz, Angebot an die Mitarbeitenden zur Reduktion von CO <sub>2</sub> -Emissionen
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung zu unterbreiten, die einen Beitrag zum Klimaschutz leistet. Die Stadt Zürich macht ihren Mitarbeitenden ein breites Angebot zur Reduktion bzw. Vermeidung von CO<sub>2</sub>-Emissionen. Dadurch können die rund 20 000 städtischen Angestellten ihre CO<sub>2</sub>-Bilanz verbessern.

Der Stadtrat hat dem Gemeinderat mit Weisung vom 8. Dezember 2010 Bericht erstattet und Antrag gestellt, die Motion als vorläufig nicht erfüllbar abzuschreiben bzw. in ein Postulat umzuwandeln. Sodann hat er sich bereit erklärt, per Ende 2012 dem Gemeinderat einen erneuten Bericht zum Stand der für die CO<sub>2</sub>-Reduktion relevanten Mobilitätsbestrebungen in der Stadtverwaltung zu erstatten. Die Motion soll somit im Rahmen dieser Weisung abgeschrieben werden.

MOT 2007/001050 2007/000533	03.10.2007 13.01.2010	Jacobi Heinz Personalrecht, Zuschläge für Nacht-, Wochenend- und Feiertagsarbeit
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Revision des Personalrechts mit folgendem Inhalt zu unterbreiten: «Bei regelmässiger Schichtarbeit besteht auch während Ferien und Mutterschaftsurlaub, bei Krankheit und Unfall sowie bei anderen unverschuldeten und unfreiwilligen Arbeitsverhinderungen Anspruch auf die durchschnittlich anfallenden Nacht-, Sonn- und Feiertagszuschläge.»

POS 2007/001111 2007/000566	24.10.2007 07.04.2010	Stucker Rolf und Erfigen Monika Einführung von SAP, elektronische Zustellung von Lohnabrechnungen
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie mit der Einführung der Buchhaltungssoftware SAP per 1. Januar 2008 den Mitarbeitenden der städtischen Verwaltung nach Abschluss des Lohnes die Abrechnung elektronisch zugänglich gemacht werden kann.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
--------------------------------	----------------------------	--

POS 2007/001280 2007/000635	06.12.2007 19.12.2007	Angst Walter und Danner Ernst Neue Rechnungslegung bei den Gemeinden des Kantons Zürich, Bericht
-----------------------------------	--------------------------	---

*In Ergänzung zu dem am 14. Dezember 2005 überwiesenen Postulat 2005/525 (Führungsmodell Stadtrat Zürich, Bericht) wird der Stadtrat gebeten, dem Gemeinderat bis am 31. August 2008 einen Bericht über den Stand der Diskussionen in der Arbeitsgruppe zum kantonalen Projekt «Konzept Neue Rechnungslegung bei den Gemeinden des Kantons Zürich» vorzulegen. Der Bericht soll detaillierte Angaben über die Folgen der Einführung von Ipsas auf die Rechnung der Stadt Zürich, die vorgesehenen Neuerungen im Handbuch für die Rechnungsführung des Kantons Zürich und die Eckpunkte der Änderung des Gemeindegesetzes machen.*

Die zwei grössten Haushalte der Schweiz haben die Rechnungslegung in den Jahren 2008 (Bund) und 2009 (Kanton Zürich) nach den «International Public Sector Accounting Standards» (Ipsas) ausgerichtet. Den Kantonen und Gemeinden empfiehlt die Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren (FDK) eine Weiterentwicklung des harmonisierten Rechnungsmodells zum HRM2. Die FDK hat die Empfehlungen in einem Handbuch publiziert (Schriftenreihe der Fachgruppe für kantonale Finanzfragen, Band 10, Handbuch Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden HRM2 vom 25. Januar 2008).

Gestützt auf die Fachempfehlungen der FDK hat die Konferenz der kantonalen Aufsichtsstellen über die Gemeindefinanzen (KKAG) Ende 2008 eine interkantonale Koordinationsgruppe HRM2 gebildet. Die Zielsetzung der KKAG ging dahin, die Einführung und die Anwendung von HRM2 in den schweizerischen Gemeinden zu harmonisieren. Die neue Rechnungslegung für die zürcherischen Gemeinden – im Kanton Zürich zuständig ist die Direktion der Justiz und des Innern, vertreten durch das Gemeindeamt – soll auf den Arbeiten und Empfehlungen der KKAG aufbauen. Das vom Regierungsrat am 6. Oktober 2010 in die Vernehmlassung gegebene revidierte Gemeindegesetz folgt im Kapitel über den Finanzhaushalt den Empfehlungen zur Weiterentwicklung des harmonisierten Rechnungsmodells zum HRM2. Der Entwurf des Regierungsrats umfasst eine Gesamtrevision des Gemeindegesetzes. Das Kapitel über den Finanzhaushalt enthält insbesondere den Systemwechsel zur linearen Abschreibung auf dem Anlagewert (anstelle der degressiven Abschreibung auf dem Restwert) und den Verzicht auf zusätzliche Abschreibungen (Vermeidung stiller Reserven). Die betriebswirtschaftliche Abschreibungsmethode nach Nutzungsdauer setzt die Führung einer Anlagenbuchhaltung voraus. Die neuen Normen will das Gemeindeamt in ausgewählten Pilotgemeinden vor der Inkraftsetzung des neuen Gemeindegesetzes austesten.

Die Städte und Gemeinden, die interessierten Organisationen und die Direktionen des Regierungsrats sind nun eingeladen, zum revidierten Gemeindegesetz bis Ende März 2011 eine Stellungnahme abzugeben. Der Stadtrat hat der Verwaltung den entsprechenden Auftrag bereits Ende Oktober 2010 erteilt, damit die Meinungsäusserung breit abgestützt und die nötige Vorbereitung fundiert angegangen werden kann. Den Mitte November 2009 kommunizierte Zeitplan mit dem möglichen Inkraftsetzungstermin 2014 hat das Gemeindeamt bisher nicht geändert.

Gestützt auf den Stand der Revision des Gemeindegesetzes können die Städte und Gemeinden die konkreten Vorbereitungen – die auch die wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen umfassen – erst aufnehmen, wenn die inhaltliche Ausrichtung der neuen Rechnungslegung geklärt ist. Dies ist frühestens gegeben, wenn die laufende Vernehmlassung ausgewertet ist und der Antrag des Regierungsrats an das Kantonsparlament vorliegt. Dieser Grad der Konkretisierung dürfte nach Einschätzung des Stadtrats nicht vor dem Jahr 2012 erreicht werden. (Vgl. gleichlautende Berichterstattung zu Postulat 45/2005 vom 19. Dezember 2007.)

MOT 2008/000081 2008/000056	23.01.2008 25.06.2008	Rykart Sutter Karin und Leupi Daniel Gesundheitsberufe, Lohnnachzahlungen nach Bundesgerichtsentscheid
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung zu unterbreiten, wonach allen Angestellten der Berufsgruppen Pflege, PhysiotherapeutInnen und ErgotherapeutInnen, die zwischen dem 1. Januar 1997 und 30. Juni 2002 im Umfang von ein bis zwei Lohnklassen zu tief eingestuft waren, die ihnen zustehende Nachzahlungen auszurichten sind.*

Die Spezialkommission Finanzdepartement hat diese Weisung in der zweiten Hälfte des Jahres 2010 beraten. Die Diskussion in der Kommission ist noch nicht abgeschlossen und wird Anfang 2011 fortgesetzt. Der Zeitpunkt der Behandlung im Gemeinderat ist noch offen.

POS 2008/000453 2008/000190	07.05.2008 01.12.2010	Brasser Ueli und Blöchlinger Patrick Städtische Restaurants, Verzicht auf direkten Abschluss von Bierlieferverträgen
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten, den Verzicht auf den direkten Abschluss von Bierlieferverträgen für die Restaurants in städtischem Besitz zu prüfen.*

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2008/000457 2008/000197	07.05.2008 21.05.2008	Angst Walter Areal Kronenwiese, Aufwertung der Baulandreserven

*Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, bei der Planung der Wohnüberbauung auf der Kronenwiese von einem Landwert auszugehen, der auf dem Buchwert vor der Aufwertung der Baulandreserven im Jahr 2007 basiert.*

Vom rund 7000 m<sup>2</sup> grossen Areal waren ursprünglich der nördliche Teil der Wohnzone W4 (Finanzvermögen) und der südliche Teil der Freihaltezone C (Verwaltungsvermögen) zugeteilt. Im Hinblick auf die Erstellung einer kommunalen Wohnüberbauung wies der Gemeinderat am 21. Mai 2008 das ganze Grundstück der Wohnzone W4 zu (GR Nr. 2007/432).

Der vorgängig bereits in der Bauzone gelegene Arealteil wurde im Zuge der vom Kanton vorgeschriebenen periodischen Neubewertung per 1. Januar 2007 von 2,0 auf 3,75 Mio. Fr. aufgewertet. Dieser Betrag wurde vom Kanton genehmigt und verbucht.

Der südliche Arealteil im Verwaltungsvermögen ist auf den Zeitpunkt der Überbauung ebenfalls neu zu bewerten. Zwar sind die kommunalen Wohnsiedlungen ebenfalls dem Verwaltungsvermögen zugeteilt, eine Aufwertung würde aber nur entfallen, wenn die neue Nutzung artverwandt wäre. Bei einem Übergang von einer Freihaltezone- zu einer Wohnnutzung ist jedoch von einer Neuwidmung auszugehen, die haushaltrechtlich eine Neubewertung des Grundstücks erfordert.

Wie in der Weisung betreffend Projektierungskredit dargelegt (GR Nr. 2009/611), soll der Landwert für die kommunale Wohnüberbauung zum sogenannten Richtlinienwert, wie er üblicherweise im gemeinnützigen Wohnungsbau gilt, angesetzt werden.

Der Gemeinderat bewilligte am 8. September 2010 den Projektierungskredit von 3,82 Mio. Fr. Mit einer Dispositivergänzung hielt er gleichzeitig fest, dass das Postulat betreffend Landwert bei der Behandlung des Baukredits behandelt werde.

POS 2008/001211 2008/000516	12.11.2008 22.12.2010	Badran Jacqueline und Mauch Corine Beteiligungen an privatrechtlichen Unternehmungen, Bericht an den Gemeinderat
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass*

*1. beim Eingehen von Beteiligungen an privatrechtlich organisierten Unternehmungen im Rahmen der stadträtlichen Kompetenzen (Art. 41q GO) dem Gemeinderat oder in besonderen Fällen einer geeigneten Kommission frühzeitig in geeigneter Form Bericht erstattet wird über die vorgesehene Beteiligung, sofern es sich nicht um gemeinnützige Bauträger handelt. Der Bericht soll insbesondere Auskunft geben zu Ziel und Zweck der Beteiligung, ihrer Rechtsform, dem Kapital und der Finanzierung der Organisation, den Beteiligungsbeträgen, ihrem Organisationsreglement (Statuten, Reglement, Aktionärsbindungsvertrag o. ä.), der Zusammensetzung der Organe und Gremien der Organisation, allfälligen Partnern, und er soll sich zu damit einhergehenden Verpflichtungen und Risiken äussern.*

*2. dem Gemeinderat jährlich Bericht erstattet werden kann.*

POS 2008/001229 2008/000525	19.11.2008 22.12.2010	Kisker Gabriele und Piller Bernhard Boulevardgastronomie, Verbot von Heizstrahlern auf städtischen Grundstücken
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der Leitfaden «Boulevardgastronomie in Zürich» nicht nur auf öffentlichem Grund, sondern auch auf städtischen Grundstücken angewendet und wie insbesondere das Verbot von Heizstrahlern umgesetzt werden kann.*

POS 2008/001274 2008/000544	03.12.2008 10.12.2008	FDP-Fraktion Stadtverwaltung, Kostenreduktion für die Personalwerbung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er die Kosten für die Personalwerbung über die gesamte Verwaltung massgeblich reduzieren kann. Insbesondere sind eine noch stärkere Zusammenlegung der Zeitungswerbung, die primäre Nutzung elektronischer Plattformen und eine weitergehende Zentralisierung zu prüfen.*

*Der Stadtrat wird gebeten, über den Fortschritt zu informieren.*

Die Fachstelle Beschaffungskoordination und HR Stadt Zürich haben Gespräche mit den Lieferantinnen und Lieferanten für elektronische Stelleninserate geführt. Ziel ist es, einheitliche und vorteilhafte Konditionen für die Stadt Zürich zu vereinbaren. Der Abschluss dieser Verhandlungen ist per Januar 2011 geplant.

Ebenfalls 2011 werden die bisherigen Konditionen der Stelleninserate in den Printmedien unter die Lupe genommen.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2008/001305 2008/000561	10.12.2008 17.12.2008	Spezialkommission Finanzdepartement OIZ, Belegung des neuen Hauptrechenzentrums (Projekt ALBIS)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er den Gemeinderat so bald als möglich über die Belegung des neuen Hauptrechenzentrums der OIZ (Projekt Albis, Weisung 227) sowie die sich daraus ergebenden fixen und variablen Kosten informieren kann. Dabei soll konkret dargelegt werden, welche Abteilungen mit wie vielen Mitarbeitenden welche Flächen bzw. Räume beanspruchen werden. Ebenso soll darüber informiert werden, an wen die übrigen Flächen, die die OIZ vorerst nicht benötigt, zu welchen Konditionen vermietet werden. Diese Information soll erfolgen, sobald die Planung weit genug fortgeschritten ist, um dem Gemeinderat alle Fakten zur Kenntnis zu bringen, jedenfalls aber noch vor dem Bezug des neu erworbenen Objekts.

Der neue zentrale OIZ-Standort in Albisrieden befindet sich im Bau. Das Hauptrechenzentrum Albis wird ca. im ersten Quartal 2012 in Betrieb gehen, und die Büro- und Seminarräume werden voraussichtlich im Herbst 2012 bezugsbereit sein.

Im neu erstellten Zwischenbau und in den im Umbau befindlichen Gebäuden B (Büro) und R (RZ) werden nur Mitarbeitende der OIZ Platz finden bzw. wird die RZ-Infrastruktur erstellt. Die durchschnittliche Fläche pro Mitarbeiter orientiert sich an den städtischen Standards der IMMO (10–14 m<sup>2</sup> pro Mitarbeiter). Ein provisorischer Belegungsplan ist in Form verschiedener Varianten vorhanden, die derzeit in Diskussion sind. Verlässlich kann deshalb erst vor Bezug im Jahr 2012 über die genaue Belegungsplanung Auskunft erteilt werden.

Die geschätzten Folgekosten (insbesondere die erwarteten Kosten für IT-Betriebseinrichtungen) sind in der Stadtratsweisung vom 4. Februar 2009 erklärt und ausgewiesen, die auch die Vorlage für die Abstimmungsinformation war. Momentan lassen sich noch keine verlässlicheren Aussagen zu den Kostenfolgen machen.

In der Weisung (STRB 210 vom 4. Februar 2009) wurde erläutert, dass die OIZ 900 m<sup>2</sup> Serverraumfläche Dritten vermieten wird. Ein erster Vertrag konnten mit einer Schweizer Privatbank abgeschlossen werden. Über die Preise und den Umfang der bezogenen Flächen wurde Stillschweigen vereinbart. Es wäre zudem den weiteren Vermietungsanstrengungen der OIZ nicht förderlich, wenn diese Preise veröffentlicht würden. Sie liegen aber in der schon in der Weisung angesprochenen Spanne von 3500 bis 5500 Franken pro m<sup>2</sup>, je nach Leistung und Service.

MOT 2008/001327 2008/000576	17.12.2008 10.06.2009	Rechsteiner Urs und Mächler Martin Wohnungsförderung in den Quartieren Seefeld und Riesbach, Kreditvorlage
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung vorzulegen, um mit gemeinnütziger und/oder kommunaler Wohnungsförderung in den Quartieren Seefeld und Riesbach vor allem für Familien mehr Wohnraum zu schaffen.

POS 2009/000060 2009/000013	14.01.2009 28.01.2009	Angst Walter Gemeinnütziger Wohnungsbau, Rahmenbedingungen für dessen Förderung
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten, die Umsetzung der nachfolgenden Rahmenbedingungen für die Entwicklung kommunaler und genossenschaftlicher Projekte des gemeinnützigen Wohnungsbaus zu prüfen und diese bereits bei den laufenden Projekten umzusetzen.

- Beim Bau und der Umnutzung von Wohnungen ist darauf zu achten, dass zahlbare Wohnungen gebaut oder erhalten werden.
- Bei der Festlegung des Bauprogramms und der Auswahl der Projekte ist insbesondere auf günstige Bau- und Baunebenkosten sowie moderate Wohnflächen zu achten. Die Anlagekosten der Mehrzahl der Wohnungen müssen deutlich unter den Maximalwerten der Wohnbauförderung liegen.
- Bei der Auswahl von Baurechtspartnern sind jene Baugenossenschaften zu berücksichtigen, die bereit und in der Lage sind, preisgünstig zu bauen.
- Architekturwettbewerbe sind so zu organisieren, dass die ökonomischen Ziele umgesetzt werden können.

POS 2009/000061 2009/000016	14.01.2009 22.12.2010	Di Concilio Salvatore und Wyler Rebekka Initiative «solidarit'eau», Unterstützung
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob die Stadt Zürich – wie viele andere Schweizer Gemeinden – die Initiative «solidarit'eau suisse» unterstützen kann. Die Initiative «solidarit'eau suisse» ermöglicht es Schweizer Gemeinden und Wasserversorgungen, auf einfache Weise Trinkwasserprojekte in Entwicklungsländern zu unterstützen.

POS 2009/000148 2009/000056	04.02.2009 10.06.2009	Scherr Niklaus Dr. Stephan-à-Porta-Stiftung, Umbau von Liegenschaften am Kreuzplatz
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten, zu prüfen, ob er nicht durch seine beiden Vertreter im Stiftungsrat der Dr. Stephan-à-Porta-Stiftung darauf hinwirken kann, dass der für 2010 und 2011 geplante Umbau und Sanierung der beiden Blöcke am Kreuzplatz (Block I: Eidmattstrasse 7, 9/Minervastrasse 94, 96, 98/Juliastrasse 4, 6, 8/Hegarstrasse 23; Block 11: Juliastrasse 3/Minervastrasse 78, 80/Apollostrasse 16, 18, 20) nochmals überdacht wird, so dass auch nach der Sanierung preisgünstige Wohnungen angeboten werden können.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2009/000263 2009/000095	11.03.2009 06.05.2009	Geschäftsprüfungskommission Stadtverwaltung, Vorgehen bei Mobbing
<p>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie gesamtstädtische Empfehlungen oder Richtlinien erlassen werden können, wie im Fall von Mobbing oder Mobbingvorwürfen zu verfahren ist. Insbesondere soll darin die Pflicht festgehalten werden, in Fällen von Mobbing oder Mobbingvorwürfen unverzüglich die zuständigen Fachleute von HR Stadt Zürich beizuziehen.</p>		
POS 2009/000337 2009/000116	01.04.2009 22.12.2010	Wüthrich Karin Empfehlungen der Fachstelle für Gleichstellung, Umsetzung
<p>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie folgende Empfehlungen der Fachstelle für Gleichstellung aus dem Mitbericht zum Schlussbericht «Einführung SLS und ZBG» umgesetzt werden können: Konsequente Ergänzung aller Auswertungen, Tabellen und Grafiken mit der Kategorie Geschlecht und Vervollständigung mit den entsprechenden Mengengerüsten. Aufzeigen der geschlechtsspezifischen Verteilung der Lohnsumme vor und nach den ZGB-Runden und Einbezug der geschlechtsspezifischen Verteilung der Prämien (Einmalvergütungen) in die Gesamtbilanz. Konsequente Auswertung der Positionierungen von Frauen und Männern im Lohnband bei Neuanstellungen. Controlling der auf dieser Grundlage ergänzten Auswertungen, in das die Fachstelle für Gleichstellung einbezogen wird.</p>		
POS 2009/000340 2009/000119	01.04.2009 22.12.2010	Badran Jacqueline Liegenschaften der Kantonalen Liegenschaften AG, Vorkaufsrecht der Stadt Zürich
<p>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Stadt Zürich das Vorkaufsrecht an den Liegenschaften der kantonalen Liegenschaften AG (Kantag) auf dem Gebiet der Stadt Zürich sichern kann.</p>		
POS 2009/000457 2009/000163	06.05.2009 27.05.2009	Jüsi Bernhard und Di Concilio Salvatore Schutz von städtischen Angestellten vor Drohungen und Angriffen
<p>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der Schutz von städtischen Angestellten vor Drohungen und Angriffen verbessert werden kann. Insbesondere soll er für Rechtsbeistand in Strafverfahren besorgt sein, in die Angestellte der Stadt nach solchen Vorfällen involviert sind.</p>		
POS 2009/000497 2009/000199	13.05.2009 16.09.2009	Wüthrich Katrin und Strub Jean-Daniel Verhinderung von Arbeitslosigkeit von bei der Stadt ausgebildeten Jugendlichen
<p>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie gewährleistet werden kann, dass keine bei der Stadt ausgebildeten Jugendlichen nach dem Lehrabschluss in die Arbeitslosigkeit entlassen werden. Für Lehrgängerinnen und -abgänger der Stadt, die keine Anschlusslösung finden, soll – auf qualifizierenden Arbeitsstellen – wenn immer möglich eine Weiterbeschäftigung bis max. 18 Monate angeboten werden. Zugleich sollen sie bei der Stellensuche sowie im Hinblick auf mögliche Weiterbildungen gezielt unterstützt werden.</p>		
POS 2009/000555 2009/000220	27.05.2009 30.09.2009	von Matt Hans Urs und Di Concilio Salvatore Vereinbarung zum Lohngleichheits-Dialog
<p>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie sich die Stadt Zürich als Arbeitgeberin beim Lohngleichheits-Dialog beteiligen kann. Die Stadt Zürich soll eine Vereinbarung zum Lohngleichheits-Dialog unterzeichnen und durch die Lohnanalyse aufzeigen, dass das Personal der Stadt Zürich den gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit erhält. Die freiwillige Teilnahme der Stadt Zürich hat Vorbildcharakter für andere Unternehmungen und Verwaltungen. Zu hoffen ist, dass die Resultate der Analyse (Methode der Regressionsanalyse) keine Lohndiskriminierung an den Tag bringen wird. Dadurch wird die Stellung der Stadt Zürich als faire und attraktive Arbeitgeberin gestärkt. Zudem wird der Stadtrat gebeten, die öffentlich-rechtlichen Anstalten der Stadt Zürich (z. B. Asylorganisation Zürich AOZ usw.) und die «Partnerbetriebe», an denen die Stadt Zürich in irgendeiner Form beteiligt ist (z. B. Erdgas Zürich AG, Schauspielhaus Zürich AG, Flughafen Zürich AG usw.), zu ermuntern, ebenfalls aktiv am Lohngleichheits-Dialog teilzunehmen.</p>		
POS 2009/000559 2009/000224	27.05.2009 10.06.2009	Virchaux Jean-Claude und Glättli Balthasar Umgehende Bezahlung von Lieferantenrechnungen
<p>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Dienststellen der Stadt Zürich ab sofort sämtliche Lieferantenrechnungen umgehend nach Abschluss der Rechnungsprüfung bezahlen können (ohne Berücksichtigung und Ausnützung der vereinbarten Zahlungsfristen). Diese Regelung soll bis Ende 2010 gelten.</p>		

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 2009/000713 2009/000269	17.06.2009 23.09.2009	Z'graggen Marcel und Anderegg Peter Erhöhung des Lehrstellenangebots in der städtischen Verwaltung
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die nötigen Voraussetzungen geschaffen werden können, damit vorübergehend für maximal 3 Jahre – wenn möglich bereits auf Lehrstellenbeginn 2009 – die Zahl der Lehrstellenangebote in der städtischen Verwaltung so erhöht werden kann, dass die grosse Zahl der Absolventen von Anschlussprogrammen an die obligatorische Schulzeit, die momentan noch ohne Lehrstelle dastehen, reduziert werden kann.</i>		
POS 2009/000883 2009/000320	01.07.2009 19.08.2009	Seidler Christine und Elmer Lück Annamarie Einbindung des Parkhauses Universität Irchel in das städtische Parkleitsystem
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie das Parkhaus Universität Irchel während der Betriebsdauer des neuen Shuttlebus-Verbindung zum Zoo an Sonn- und Feiertagen in das städtische Parkleitsystem eingebunden werden kann.</i>		
MOT 2009/000931 2009/000324	08.07.2009 27.01.2010	Badran Jacqueline und Odermatt André Jährlicher Beitrag an die Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigem Wohn- und Gewerberaum in der Stadt Zürich (PWG) für Abschreibungsbedarf
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, der «Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigem Wohn- und Gewerberaum in der Stadt Zürich (PWG)» aus dem Objektkredit «Aktive städtische Wohnbaupolitik, Verbilligung der Mietzinse durch Abschreibungsbeiträge» mit einem Restkredit per 31.12.2008 von 70685 Mio. Fr. einen jährlichen Beitrag von 5 Mio. Fr. zur Verfügung zu stellen, für Abschreibungen auf neu erworbenen Immobilien zur Verbilligung der Mieten, so lange, bis der Objektkredit aufgebraucht ist. Nicht benötigte jährliche Kredite werden auf das Folgejahr übertragen.</i>		
MOT 2009/000932 2009/000325	08.07.2009 27.01.2010	Badran Jacqueline und Odermatt André Jährlicher Beitrag an die Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigem Wohn- und Gewerberaum in der Stadt Zürich (PWG) für Aufbau und Betrieb einer Anlaufstelle
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, der «Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigem Wohn- und Gewerberaum in der Stadt Zürich (PWG)» mit einem jährlich wiederkehrenden Beitrag von 150 000 Franken den Aufbau und Betrieb einer Anlaufstelle zu ermöglichen, die kaufwillige Mietende, deren Immobilie auf dem Stadtgebiet zum Verkauf steht oder die eine andere Immobilie auf dem Stadtgebiet gemeinsam erwerben wollen, berät und unterstützt. Die Anlaufstelle der PWG soll folgende Leistungen anbieten:</i>		
<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Beratung Die Anlaufstelle bietet Unterstützung bei der Gründung einer Genossenschaft oder Stockwerkeigentümergeinschaft, bei allen Belangen einer Immobilienkauf-Abwicklung sowie bei Verhandlungen mit den Verkäufern.</li> <li>2. Finanzierungsunterstützung Die PWG kann selber die Immobilie erwerben und den bisherigen Mieterinnen und Mietern vermieten oder sich in geeigneter Form an der Finanzierung als Miteigentümerin beteiligen.</li> </ol>		
<i>Dem Gemeinderat ist ein Beschluss für die notwendige Statutenänderung der Stiftung PWG vorzulegen.</i>		
MOT 2009/000933 2009/000326	08.07.2009 27.01.2010	Badran Jacqueline und Ammann Andreas Überweisung von Buchgewinnen an die Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigem Wohn- und Gewerberaum in der Stadt Zürich (PWG) zur Erhöhung des Stiftungskapitals
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, sämtliche künftige Buchgewinne sowie die Buchgewinne der letzten vier Jahre aus Verkäufen von Land ausserhalb des Stadtgebiets der «Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigem Wohn- und Gewerberaum in der Stadt Zürich (PWG)» zur Erhöhung des Stiftungskapitals zukommen zu lassen. Die Übertragung von vergangenen Buchgewinnen aus Verkäufen von Land ausserhalb des Stadtgebiets zur Erhöhung des Stiftungskapitals der PWG soll in separatem Beschluss dem Gemeinderat vorgelegt werden. Die Übertragung der künftigen Buchgewinne aus Verkäufen von Land ausserhalb des Stadtgebiets zur Erhöhung des Stiftungskapitals der PWG wird jeweils zusammen mit dem jeweiligen Verkaufsbeschluss dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt.</i>		



Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
MOT 2009/000934 2009/000327	08.07.2009 27.01.2010	Badran Jacqueline und Odermatt André Anpassung von Baurechtsverträgen mit gemeinnützigen Baurechtsträgern

Der Stadtrat wird beauftragt, die neuen und (bezüglich Ziff. 4 sofern möglich und die Vertragspartner zustimmen) die bestehenden Baurechtsverträge der Stadt Zürich mit gemeinnützigen Baurechtsträgern zu revidieren sowie eine Anpassung der rechtlichen Grundlagen vorzunehmen. Dabei soll Folgendes berücksichtigt werden:

1. Festlegung des Anfangslandwerts: Abzugsfähigkeit von ökologischen, nicht subventionierten oder anderweitig durch Beiträge Dritter unterstützten Investitionen (z. B. allfällige Mehrkosten gegenüber den jeweils gültigen gesetzlichen Vorgaben für Minergie-Standard) bei der Ermittlung der für den Anfangslandwert relevanten Erstellungskosten.
2. Bei der Festsetzung des Anfangslandwerts gilt bei neuen Baurechten der nach den sogenannten «Richtlinien 65» ermittelte Wert auch dann, wenn der aktuelle Buchwert des im Baurecht abzugebenden Grundstücks höher liegt; dieser ist entsprechend abzuschreiben.
3. Ablauf Baurechtsdauer: Die Stadt verpflichtet sich, Objekte des gemeinnützigen Wohnbaus beim Ablauf der Baurechtsdauer weiterhin dem Zweck des gemeinnützigen Wohnungsbaus zuzuführen, ausser bei gesteigertem Bedarf für Bauten für die Verwaltung selbst oder für eine öffentliche Nutzung. Dies kann in der Regel primär durch Verlängerung des Baurechtsvertrags zu den jeweils gültigen Bedingungen gemäss den «Richtlinien 65» geschehen, durch Übertrag in den Bestand der eigenen, nach Kostenmiete-Grundsätzen bewirtschafteten Wohnliegenschaften der Stadt Zürich (ohne Aufwertung) oder durch Übertrag auf einen anderen gemeinnützigen Wohnbauträger (ebenfalls ohne Aufwertung). Für diese Zweckbindung ist der Erlass des Gemeinderats (841.110) «Grundsätze betreffend die Unterstützung des gemeinnützigen Wohnungsbaus» vom 9. Juli 1924 entsprechend zu ergänzen.

POS 2009/001221 2009/000414	23.09.2009 02.12.2009	Egger Urs Aufhebung Bauverbot im Seeburg Park
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie das 40jährige Bauverbot im Seeburg Park aufgehoben und die Erstellung von günstigen Wohnungen angeregt werden kann. Dabei sind die entsprechenden Vorhaben der reformierten Kirchgemeinde Neumünster für das denkmalgeschützte Nachbargrundstück und die Option eines Landabtauschs von Beginn an in die Planung einzubeziehen.

POS 2009/001264 2009/000448	30.09.2009 22.12.2010	Wenger Christian und Brassler Ueli Wohnsiedlungen, sanfte Renovation statt Abbruch
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er auf die gemeinnützigen Wohnbauträger in der Stadt Zürich dahingehend Einfluss nehmen kann, dass die Abwägung zwischen Abbruch und einer sanften Renovation älterer Wohnsiedlungen unter Berücksichtigung einer Gesamtenergiebilanz vorgenommen wird, die auch die graue Energie einbezieht. Das gleiche Vorgehen soll auch bei städtischen Liegenschaften geprüft werden. Sollte ein Abbruch unumgänglich sein, soll dieser sozial- und quartierverträglich gestaltet werden.

POS 2009/001454 2009/000549	25.11.2009 11.12.2009	Angst Walter und Virchaux Jean-Claude Stiftung PWG, Unterstützung mit Abschreibungsbeiträgen
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird gebeten, mit den Organen der Stiftung PWG zu prüfen, ob mit Abschreibungsbeiträgen (oder anderen Formen der Unterstützung) der Kauf von Liegenschaften durch die Stiftung gefördert werden kann. Geklärt werden soll unter anderem:

- welche Auswirkungen die Abschreibungsbeiträge auf die Kaufpreise und die Mietpreise haben,
- nach welchen Kriterien und von wem die Beiträge beschlossen werden sollen,
- an was für Bedingungen die Auszahlung geknüpft werden müsste und könnte.

Dem Gemeinderat soll Bericht erstattet werden über die Ergebnisse dieser Abklärungen.

POS 2010/000284 2010/000129	10.03.2010 31.03.2010	Angst Walter und Rykart Karin Beschaffung von Bauland für die Vergrösserung des Wohnungsbestandes der Stiftung Alterswohnen
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten, verschiedene Optionen zur Beschaffung und Bereitstellung von zusätzlichem Bauland für die angestrebte Vergrösserung des Wohnungsbestandes der Stiftung Alterswohnen zu prüfen und dem Gemeinderat Bericht zu erstatten. In die Abklärung einbezogen werden sollen insbesondere:

- die Potentiale der Landreserven der Stadt und anderer ganz oder teilweise in öffentlichem Besitz befindlicher Grundstücke;
- die Möglichkeiten des Kaufs oder Nutzung privater Landreserven und der Zusammenarbeit mit Baugenossenschaften;
- die planungsrechtlichen Spielräume, Bauland für die Versorgung der Bevölkerung mit Alterswohnungen zu sichern.

Im Rahmen der Prüfung sollen die Vor- und Nachteile der verschiedenen Optionen bezüglich der zu erwartenden Land- und Erstellungskosten und der sich daraus ableitenden Mieten beurteilt werden. Ausserdem sollen gesellschaftliche Aspekte wie die Forderung nach altersdurchmischem Wohnen, der Wunsch nach kleineren Einheiten statt grossen Alterssiedlungen und die Versorgung der verschiedenen Quartiere mit Alterswohnungen in die Beurteilung einbezogen werden.



Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2010/000312 2010/000132	17.03.2010 07.04.2010	Blöchlinger Patrick und Brassler Ueli Verhinderung der Zweckentfremdung von Landwirtschaftsgebieten
<p>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass landwirtschaftlich genutzte Flächen, welche die Stadt Zürich ausserhalb ihres Gemeindegebiets besitzt, insbesondere die 25 ha gutes Landwirtschaftsland beim Weiler Herrenberg (Gemeinde Bergdietikon AG), nicht zweckentfremdet, sondern langfristig zu tragbaren Bedingungen an (wenn möglich ortsansässige biologisch bewirtschaftende) Bauern verpachtet werden.</p>		
MOT 2010/000390 2010/000153	07.04.2010 09.06.2010	SP-Fraktion, SVP-Fraktion und Grüne Fraktion Erlass eines Reglements über städtische Vertretungen in Organen von Drittinstitutionen
<p>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage für den Erlass eines Reglements über städtische Vertretungen in Organen von Drittinstitutionen zu unterbreiten. Das Reglement soll insbesondere folgende Punkte berücksichtigen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Als städtische Vertretungen gelten sowohl Organmitglieder, die vom Stadtrat abgeordnet werden, als auch Organmitglieder, die auf Vorschlag des Stadtrats vom zuständigen Organ gewählt werden.</li> <li>- Die Vertreterinnen und Vertreter informieren den Stadtrat vor ihrer Wahl umfassend über ihre Interessenbindungen. Die Angaben stehen den Mitgliedern der Geschäftsprüfungskommission des Gemeinderats zur Einsicht offen.</li> <li>- Die Vertreterinnen und Vertreter informieren die vorgesetzte Stelle umgehend und so weit als möglich im Voraus schriftlich über neu eintretende Interessenkonflikte sowie über neue Interessenbindungen.</li> <li>- Für städtische Angestellte und Behördenmitglieder (inkl. ehemalige Stadtratsmitglieder) endet die Abordnung mit ihrem Ausscheiden aus städtischen Diensten.</li> <li>- Die Vertreterinnen und Vertreter informieren die vorgesetzte Stelle wenn immer nötig, mindestens aber jährlich in schriftlicher Form über alle wesentlichen Entwicklungen bei der Drittinstitution sowie über die Zusammensetzung der Organe und Anteilseigner mit mehr als 5% des Kapitals oder der Stimmen. Die Berichte stehen der Geschäftsprüfungskommission und der Rechnungsprüfungskommission des Gemeinderats zur Einsicht offen.</li> <li>- Findet die Tätigkeit der Vertreterinnen und Vertreter ausserhalb der Arbeitszeit statt und wird von der Drittinstitution nicht entschädigt, wird sie durch die Stadt separat entschädigt. Die Ansätze dieser Entschädigung sind einheitlich festzulegen.</li> <li>- Vertreterinnen und Vertreter, die von der Drittinstitution entschädigt werden, sind verpflichtet, Entschädigungen und Erfolgsvergütungen jeder Form offenzulegen. Erfolgsvergütungen sind vollständig der Stadtkasse abzuliefern. Ebenfalls vollständig abzuliefern sind Entschädigungen einer Drittinstitution, wenn die Mandatstätigkeit innerhalb der bezahlten Arbeitszeit verrichtet wird. Findet die Tätigkeit ausserhalb der bezahlten Arbeitszeit statt, kann die Vertreterin bzw. der Vertreter Entschädigungen bis zu einem Maximalbetrag von 20'000 Franken behalten. Bei mehreren Mandaten gilt der Ansatz für die gesamthaften Entschädigungen.</li> </ul>		
POS 2010/000685 2010/000275	23.06.2010 17.11.2010	Wyss Thomas und Kunz Hanspeter Sportanlage Guggach, gemeinsamer Kauf mit dem Kanton und Erhalt der Anlage für die Öffentlichkeit
<p>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er die zum Verkauf stehende «Sportanlage Guggach» (Verkäuferin UBS), hinter dem Bucheggplatz übernehmen kann, und dadurch die Anlage Nutzungen, die der Stadt dienen zu sichern, wie zum Beispiel Wohnen, Sport oder als Parkanlage.</p>		
POS 2010/000813 2010/000311	14.07.2010 29.09.2010	Frei Dorothea und Pflüger Severin Bericht über die Wohnsituation von Studierenden und in Ausbildung befindlichen Personen in der Stadt Zürich
<p>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie sich die Wohnsituation von Studierenden und in Ausbildung befindlichen Personen in der Stadt Zürich in Anschluss an die getroffenen Massnahmen entwickelt, und Bericht zu erstatten, welche Massnahmen im Zusammenwirken mit den in diesem Bereich tätigen Institutionen zu ergreifen sind, damit ein der Nachfrage angepasstes und erschwingliches Wohnraumangebot bereitgestellt oder gefördert werden kann. Der Stadtrat soll dabei prüfen, wie die Träger der diversen Bildungsinstitute (ETH, Universität, Fachhochschulen sowie private Bildungsinstitute) insbesondere auch in finanzieller Hinsicht eingebunden werden können.</p>		

### III. Abschreibungsanträge für Motionen und Postulate

Motionen und Postulate, für die der Stadtrat dem Gemeinderat den Antrag auf Abschreibung stellt.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2002/002034 2002/000444	30.10.2002 02.07.2003	Walther Rolf und Rosenheim Monjek Gebühren der Stadt Zürich, Bericht

Der Stadtrat wird gebeten, dem Gemeinderat in einem Bericht, aufgeteilt aus je den 9 Departementen, die jeweils wichtigsten, grössten, häufigsten und besonders umstrittenen Gebühren der Stadt Zürich und seiner Stadtverwaltung darzulegen und darin den wichtigsten Fragestellungen nachzugehen, ob z.B. die Verhältnismässigkeit der Höhe zum sinnvollen bzw. notwendig zu leistenden administrativen Aufwand eingehalten ist oder ob mit der Gebührenerhebung eine Lenkungsabgabe erzielt werden soll und inwieweit die Stadt Zürich mit ihren Gebühren in der Konkurrenz zu den umliegenden Gemeinden und Städten bestehen kann.

Gebühren stehen im Zusammenhang mit einer staatlichen Gegenleistung. Die Gebühren verfolgen somit das Ziel, dass die vom Staat bzw. der öffentlichen Hand in Anspruch genommenen Leistungen – soweit möglich und zulässig – von der Nutzerin/Verursacherin bzw. vom Nutzer/Verursacher und nicht von der Allgemeinheit berappt werden sollen. Grundsätzlich gliedern sich die auf Stufe Gemeinde erhobenen *Gebühren* wie folgt:

Benützungsgebühren	Verwaltungsgebühren
Kostendeckungsprinzip = kostendeckend	Äquivalenzprinzip = zumutbare Kosten
– Gemeindebetriebe (Betriebsrechnung)	– Amtsgebühren (Kant. Rahmenordnung)
– Spital-, Heimtaxen (übergeordnete Vorgaben)	– Bearbeitungsgebühren (Kostendeckung)
– Kontrollgebühren (Blaue Zone)	– Elternbeiträge (einkommensabhängig)

Wenn das Kostendeckungsprinzip angewendet wird, erfolgt die Kontrolle über den geschlossenen Rechnungskreis (z. B. Taxen der Gemeindebetriebe). Die Gebühren für öffentliche Aufgaben, Dienste und Amtshandlungen, die der Öffentlichkeit kraft Verfassung, Gesetz oder Einzelbeschluss zukommen (Legalitätsprinzip), richten sich nach dem Äquivalenzprinzip sowie den Gebührevorgaben von Bund und Kanton. Diese geben in definierten Gebührenbereichen einzuhaltende Bandbreiten vor (z.B. Verordnung über die Gebühren der Gemeindebehörden vom 8. Dezember 1966). Gestützt auf den Grundsatz der Äquivalenz sind einer öffentlichen Leistung die sozial und wirtschaftlich zumutbaren Kosten zuzuordnen (§ 6 des Kreisschreibens der Direktion der Justiz und des Innern über den Gemeindehaushalt vom 10. Oktober 1984). Zudem sind die am Äquivalenzprinzip orientierten Gebühren periodisch an die aktuellen Kostenverhältnisse anzupassen. Zu erwähnen bleibt, dass auf Stufe der Gemeinde keine Rechtsgrundlage für die Einführung von Lenkungsabgaben besteht.

Die Standortwahl von national und international tätigen Firmen wird durch das zeitgemässe und hochwertige Angebot der öffentlichen Leistungen und der Infrastruktur eines Gemeinwesens bestimmt; die Belastung mit Steuern und Abgaben steht weniger im Vordergrund. Zudem ist z.B. der wettbewerbsfähige Tarif des ewz als positiver Standortfaktor bekannt. Ganz allgemein spricht die hohe Attraktivität des Platzes Zürich für die intakte Konkurrenzfähigkeit der öffentlichen Dienste, und zwar im regionalen wie im nationalen und internationalen Kontext.

Gestützt auf den dargelegten Sachverhalt sowie den Umstand, dass ein systematischer und umfassender Bericht über die Gebührensituation der Stadt Zürich hohe Kosten generieren würde, ist der Stadtrat nach wie vor der Ansicht, dass die Erstellung eines Berichts im Vergleich zum erzielbaren Nutzen einen unverhältnismässigen Aufwand verursachen würde.

POS 2002/002180 2002/000483	13.11.2002 09.03.2005	Bartholdi Roger und Liebi Roger Parkhäuser, Privatisierung
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, welche durch die Stadt betriebenen Parkhäuser zukünftig durch Private ohne Subventionen bewirtschaftet werden können.

Die von der Liegenschaftsverwaltung betreuten öffentlichen Parkhäuser sind seit 2008 an die Parkhaus Urania AG (Aktien im Besitz der Stadt) vermietet worden. Diese lässt die Anlagen zusammen mit ihrem eigenen Parkhaus durch die neu gegründete Tochtergesellschaft Parking Zürich AG betreiben. Die Stadt beschränkt sich auf die Rolle der Eigentümerin (Renovationen, Tarifpolitik).

Die zusammengefasste Bewirtschaftung aller städtischen Parkhäuser verstärkt die Synergien und den Marktauftritt. Mittelfristig werden auch Kooperationen mit privaten Parkhausbetreibern geprüft.

Subventionen für den Parkhausbetrieb waren und sind auch künftig nicht nötig.

MOT 2002/002249 2002/000493	20.11.2002 09.03.2005	Köpfli Josef und Naef Rolf Areal Tramdepot Hard, Objektkredit für den kommunalen Wohnungsbau
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, womit ein Objektkredit beantragt wird für die Erstellung einer Überbauung im Rahmen des kommunalen, mindestens zu zwei Dritteln freitragenden Wohnungsbaus auf dem städtischen Areal des Tramdepots Hard an der Hardturmstrasse in Zürich-West.

Gestützt auf die Motion beantragte der Stadtrat dem Gemeinderat mit Weisung 414/2006 einen Projektierungskredit für die Überbauung des Areals. Eine 2008 aktualisierte Kostenermittlung liess jedoch wegen der statischen Kombination mit dem Tramdepot und der entsprechenden Hochhausbauweise übermässig hohe Wohnungsmieten erwarten. Der Stadtrat verzichtete deshalb auf eine Weiterbearbeitung des Projekts und zog die Weisung am 29. April 2009 zurück.

Am 17. März 2010 überwies der Gemeinderat dem Stadtrat eine neue, inhaltlich modifizierte Motion von Robert Schönbächler (CVP) und 17 Mitunterzeichnenden (GR Nr. 2009/602) für eine Zusatznutzung mit Wohnungen und «öffentlichkeitswirksamen Nutzungen». Die entsprechenden Machbarkeitsstudien sind im Gange. Es empfiehlt sich deshalb, die alte Motion abzuschreiben.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
--------------------------------	----------------------------	--

POS 2002/002451 2002/000547	27.11.2002 11.12.2002	Im Oberdorf Bernhard, Dr. und Garzotto Bruno Städtisches Personal, Stellenplafonierung für das Jahr 2004
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird beauftragt, für das Jahr 2004 beim städtischen Personal eine Stellenplafonierung zu verfügen.*

Der Stadtrat verweist auf seine Antworten in den Jahren 2004–2009. Er geht davon aus, dass die Fragen umfassend beantwortet wurden und die Umsetzung mit den entsprechenden Stadtratsbeschlüssen ausreichend legitimiert ist.

Der Stadtrat empfiehlt, dieses Postulat abzuschreiben.

POS 2003/000157 2003/000013	15.01.2003 02.04.2003	Roth Mark Juristische Personen im städtischen Einflussbereich, Richtlinien für mehr Transparenz
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er Richtlinien betreffend der Corporate Governance für die unselbständigen städtischen Unternehmungen, die verwalteten Stiftungen mit eigener Rechtspersönlichkeit und für andere juristische Personen, an denen die Stadt beteiligt oder Fremdkapitalgeberin ist, ausarbeiten kann. Die Richtlinien sollen eine möglichst hohe Transparenz im Bereich der kapital- und personalmässigen Zusammensetzung, Struktur und Verflechtung gegenüber der Öffentlichkeit gewährleisten. Zudem soll der Stadtrat prüfen, wie ein jährlicher Rechenschaftsbericht zusammen mit der Rechnung veröffentlicht werden kann. Der erste Bericht soll so rasch als möglich erscheinen.*

Der Gemeinderat hat am 16. Dezember 2009 die Weisung 296 vom 24. September 2008 (Motion 2004/597) in zweiter Lesung abgelehnt. Der Stadtrat hat sodann in eigener Kompetenz eine weitestgehend gleichlautende Verordnung erlassen (Verordnung über städtische Vertretungen in Organen von Drittinstitutionen, AS 177.300). Mit der Verordnung werden einheitliche Standards gesetzt und die Transparenz gestärkt, insbesondere hinsichtlich allfälliger Interessenkonflikte. Unter dem Titel Berichterstattung (Art. 11) verlangt die Verordnung unter anderem, dass die vorgesetzte Stelle über die wesentlichen Entwicklungen bei der Drittinstitution informiert wird. Ausserdem hat die vorgesetzte Stelle dafür zu sorgen, dass die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission des Gemeinderats Einsicht erhält in die publizierten (Geschäfts-)Berichte der Drittinstitution.

Das Postulat ist daher als erfüllt abzuschreiben.

POS 2004/000711 2004/000197	07.04.2004 12.05.2004	Rechnungsprüfungskommission Produktegruppen-Globalbudgets, materielle Entwicklung der Stellenwerte
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ab dem Budget 2005 für die Produktegruppen-Globalbudgets die materielle Entwicklung der Stellenwerte (umgerechnet in effektiv besetzte bzw. zu besetzende 100-%-Stellenäquivalente) auf der ersten Seite jedes Globalbudgets aufzuzeigen. Dies soll im Rahmen des Voranschlags jeweils für den Voranschlag des Vorjahres sowie für die Rechnung der zwei vorangehenden Jahre erfolgen und bei der Rechnung jeweils für den entsprechenden Voranschlag sowie die Rechnung der zwei vorangehenden Jahre. Die RPK soll im Rahmen der Trimesterberichte jeweils über die effektive Entwicklung der Stellenwerte informiert werden.*

Die Verordnung über die Haushaltsführung mit Globalbudgets (GRB vom 24. März 2010) sieht vor, dass bei den neuen, definitiven Produktegruppen-Globalbudgets drei Rechnungs-Vorjahre dargestellt werden – beim Produktegruppen-Jahresabschluss sind es zwei Rechnungs-Vorjahre, wie gefordert. Dieser Teil des Postulats wird ab Budget 2012 erfüllt.

Der Stadtrat liefert die Stellenwert-Daten nach Funktionsbereichen und Departementen mit der Weisung zum Budgetentwurf (Tabelle 2.12 der Auswertungen). Die RPK erhält bereits heute periodischen Bericht zur effektiven Entwicklung der Stellenwerte in allen Dienstabteilungen der Stadtverwaltung – nicht bloss der Stellenwerte in den Dienstabteilungen mit Produktegruppen-Globalbudgets. Der Stadtrat möchte darauf verzichten, eine Doppelspurigkeit und Uneinheitlichkeit zu schaffen.

Aufgrund der Festlegungen in der Verordnung über die Haushaltsführung mit Globalbudgets wird der Antrag auf Abschreibung dieses Postulats deshalb wiederholt.

POS 2005/001426 2005/000548	23.11.2005 16.12.2005	Scherr Niklaus Erdgas Zürich AG, Einlage eines Teils der Dividende in den Stromsparfonds
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird ersucht, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, wonach die jeweils 6% übersteigende Anteil der Dividende der Erdgas Zürich AG in den Stromsparfonds (4502 Vorfinanzierung von Stromsparmassnahmen) eingelegt wird.*

Das kantonale Haushaltsrecht setzt den Fondsbildungen enge Grenzen. § 127 des Gemeindegesetzes verbietet den Gemeinden, allgemeine Mittel durch Zweckbindung der Stadtkasse zu entziehen. Vorausgesetzt wird eine Grundlage im übergeordneten Recht, was für den Stromsparfonds nicht zutrifft. Zudem setzt § 14 der Verordnung über den Gemeindehaushalt dem Instrument der Vorfinanzierung enge formale Voraussetzungen, wie Einschränkung der Vorfinanzierung auf Investitionen sowie Beibringung eines Grundsatzbeschlusses. Schliesslich ist es untersagt, feste Anteile der Gemeindesteuern oder Grundsteuern zur Deckung bestimmter Ausgaben zu verwenden (§ 14 der Verordnung über den Gemeindehaushalt vom 26. September 1984). Diese Norm ist sinngemäss auch für Einnahmen des allgemeinen Haushalts zu beachten. Dazu zählt der Dividendenertrag der Erdgas Zürich AG. Das übergeordnete Haushaltsrecht belässt dem Stadtrat kein Ermessen, dem Gemeinderat eine Vorlage im Sinne des Postulats zu unterbreiten.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2005/001473 2005/000503	30.11.2005 14.12.2005	Erfigen Monika und Liebi Roger Pensionskasse Stadt Zürich, Verringerung der Zinslast durch Kapitalaufnahme

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie durch Umschuldung mittels Aufnahme von langfristigem Kapital auf dem gegenwärtig attraktiven Kapitalmarkt die Zinslast der Schuld gegenüber der Pensionskasse («Barwert der noch zu amortisierenden Einkaufssummen der Pensionskasse») um 1% verringert werden kann.

Anlässlich der Umstellung der Pensionskasse der Stadt Zürich (PKZH) auf das Beitragsprimat (1995) wurde das Guthaben der PKZH aus kumulierten Einkaufssummen in eine 25-jährige Annuität zum technischen Zinsfuß (4%) umgewandelt. Die Stadt tilgt seither den Barwert in Form von jährlichen Annuitäten. Begrenzt auf die Zinssituation ist die Überlegung verständlich, die Schuld der Stadt gegenüber der PKZH durch derzeit tiefer verzinsliche Anleihen abzulösen. Im Vordergrund steht aber die Vereinbarung zwischen der Stadt und der PKZH, mit dem Annuitätenmodell eine auf Kontinuität basierende Abtragung des Guthabens der PKZH zu sichern. So wäre es für die PKZH suboptimal, auf den Zeitpunkt der Umschuldung für Mittel von derzeit rund einer halben Milliarde Franken innert kurzer Frist alternative Anlagen realisieren müsste, die den BVG-Richtlinien entsprechen. Für die Stadt besteht ebenfalls kein Grund, vom Annuitätenmodell Abstand zu nehmen, konnte sie doch in den letzten Jahren die Zinslast deutlich verbessern. Neben den mit der Umschuldung verbundenen Verfahrensfragen würden bei der Stadt erhebliche Transaktionskosten generiert, unterliegen doch die Anleihen der öffentlichen Gemeinwesen immer noch der Stempelsteuer. Der erzielbare Zinsvorteil würde dadurch erheblich relativiert.

Aufgrund des dargelegten Sachverhalts sowie der Tatsache, dass die Treasorierpolitik der Stadt in den letzten Jahren erheblich Zinskosten abgebaut hat, hält der Stadtrat unverändert am Annuitätenmodell mit der PKZH fest.

POS 2006/000113 2006/000023	25.01.2006 01.02.2006	Baumer Michael und Glättli Balthasar Open-Source-Software (OSS), jährlicher Bericht über deren Einsatz
-----------------------------------	--------------------------	---

Wir bitten den Stadtrat, jährlich Bericht zu erstatten über den Fortschritt der Umsetzung der OSS (Open-Source-Software) Strategie und geplante zukünftige Projekte. Dabei sind auch die Bereiche Personalförderung und -Weiterbildung, Kooperation mit Firmen, Hochschulen und Institutionen der öffentlichen Hand im OSS-Bereich und Unterstützung beim Ausarbeiten von Alternativofferten für OSS-Lösungen zu beleuchten.

Der Stadtrat hat 2005 entschieden, im Rahmen des Projekts «Führungsmodell Stadtrat Zürich» die aus den neunziger Jahren stammende IT-Strategie umfassend zu überarbeiten. Die Umsetzung der neuen IT-Strategie erfolgt unter Berücksichtigung der Open-Source-Software-Strategie (OSS-Strategie). In der Berichtsperiode wurden folgende Fortschritte bei der Umsetzung der OSS-Strategie erzielt:

Das Betriebssystem Red Hat Enterprise Linux wird, analog zum Vorjahr, als Standard-Betriebssystem für Server im städtischen Umfeld angeboten. Die derzeit von der OIZ angebotenen Linux Plattform Services umfassen:

- Webserver Services für dynamische Websites (Content Management Systeme)
- Webserver Services für Java-Applikationen
- Netzwerk Services
- Services zur Datenkommunikation (Datendrehscheiben)
- Medienmitteilungsplattform
- Open Source Komponenten für spezialisierte Systems Management Services zur Überwachung von Serversystemen und Netzwerkkomponente
- Systembestandteile des städtischen Projekts «VoIP4zuerich» (Voice over IP)
- Gateway Services (Web Entry Services)

Neben dem Linux-Basis-Release für Server und den Linux Plattform Services bietet die OIZ einen produktiven Open-Source-Software-Stack auf der Basis von LAMP (Linux als Betriebssystem, Apache als Webserver, MySQL als Datenbank, PHP/Perl/Python als Skriptsprachen) an.

Standen im Jahr 2009 rund 100 Linux-Server im Rechenzentrum der OIZ im Einsatz, so sind es per Ende 2010 mittlerweile über 150 Systeme. Dieser Zuwachs ist massgeblich mit dem Aufbau einer neuen Sicherheitsinfrastruktur im Gateway-Bereich zu begründen, die im Rahmen des Projekts «Web Entry Server für eGovernment» aufgebaut wurde.

Das stetige Wachstum der Linux-Systeme wird organisatorisch über eine entsprechende Engineering-Abteilung begleitet, in der Open-Source-Know-how aufgebaut und gezielt vertieft wird.

Im Client-Umfeld wurden innerhalb der Berichtsperiode keine Open-Source-Implementationen vorgenommen, da der im Rahmen der IT-Strategie definierte, auf Windows basierende Client noch bis 2011 stadtwweit in Betrieb geht.

POS 2006/000548 2006/000189	17.05.2006 12.07.2006	Angst Walter Stadtspital Waid, Abgabe der Personalthäuser im Baurecht
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, wie der in der Medienmitteilung vom 15. März angekündigte Architekturwettbewerb über das Bauland an der Tüchstrasse in Zürich-Wipkingen (Personalthäuser Stadtspital Waid) so ausgeschrieben werden kann, dass

- das ganze, 17 000 Quadratmeter umfassende Areal im Baurecht an gemeinnützige Bauträger für die Nutzung als Mietwohnungen abgegeben werden kann und dass
- die bestehenden Personalthäuser auf einfachem Niveau renoviert und erhalten sowie in die künftige Gesamtüberbauung sinnvoll integriert werden können.

Der Stadtrat möchte das Grundstück angesichts dessen attraktiver Lage sowie im Sinne des Legislatorschwerpunkts «Wohnen für alle» zu 2/3 an einen gemeinnützigen Bauträger und zu 1/3 für die Erstellung von Eigentumswohnungen im Baurecht abgeben. Es sei in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass die Stimmberechtigten bei der Bewilligung der Wohnbaukredite 2005 erstmals auch der Förderung des Wohneigentums zugestimmt haben. Zudem verfügt das Quartier Wipkingen mit rund 20% über einen hohen Anteil an genossenschaftlichen Wohnungen.

Nach anfänglichen Verzögerungen (Rechtsverfahren betreffend Denkmalschutz, Abklärungen der städtebaulich vertretbaren Überbauungsdichte) wurde 2009 der gemeinnützige Bauträger ausgewählt und der Architekturwettbewerb gestartet. Zurzeit wird das Vorprojekt ausgearbeitet. Anfangs 2011 wird per Ausschreibung ein Investor für die Eigentumswohnungen gesucht. Die zwei Baurechtsverträge (gemeinnütziger Wohnungsbau und Eigentumswohnungen) werden dem Gemeinderat im zweiten Semester 2011 unterbreitet.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2006/000641 2006/000234	14.06.2006 03.12.2008	Jacobi Heinz und Bucher Judith Städtisches Personal, Lohngleichheit von Frau und Mann

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ein geschlechterdifferenziertes Lohncontrolling in allen Dienstabteilungen einzuführen. Dabei sollen folgende Daten jährlich und geschlechterdifferenziert erhoben und veröffentlicht werden:

- Anzahl Stellen und Beschäftigungsvolumen nach Geschlecht
- Differenzierte Ausweisung von Voll- und Teilzeitstellen nach Funktionsstufen und nach Geschlecht
- Vergleich der Löhne von Frauen und Männern nach Funktionsstufen, in Relation zur nutzbaren Erfahrung (früher Dienstjahre), Voll- und Teilzeitstellen
- Analyse der Löhne von Personen, die aufgrund der Arbeitsmarktsituation über dem Maximum oder unter dem Minimum der städtischen Lohnskala eingereiht sind, nach Geschlecht und Departement
- Verteilung der Leistungsbeurteilungen von Frauen und Männern (Controlling der Zielvereinbarungs- und Beurteilungsgespräche) nach Funktionsstufen, in Relation zu Alter und nutzbarer Erfahrung in allen Dienstabteilungen und nach Departement
- Lohnerhöhungen aufgrund dieser Leistungsbeurteilungen nach Geschlecht, Funktionsstufen, nutzbarer Erfahrung in allen Dienstabteilungen und nach Departement
- Verteilung der Zulagen, Spontanprämien und einmaligen Vergütungen nach Geschlecht in den Dienstabteilungen, aufgeschlüsselt nach Funktionsstufen, Voll- und Teilzeitstellen, Alter, nutzbarer Erfahrung und Lage im Lohnband

Das geschlechterdifferenzierte Lohncontrolling wurde mittlerweile eingeführt, auch auf Dienstabteilungsebene. Vor allem dank der neuen Personalapplikation (SAP-HCM) ist es möglich, die entsprechenden Auswertungen zu erstellen. Die entsprechenden, nach Geschlechtern aufgeschlüsselten Angaben finden sich jeweils auch im Geschäftsbericht des Stadtrats (Mitarbeitende, Kaderangehörige, Beschäftigungsgrade und Personalaufwand gesamt und nach Departementen) und in den jährlichen Berichten zum städtischen Lohnsystem SLS (zusätzliche Auswertung nach Funktionsstufen, Lage der Löhne in den Lohnbändern, Auswertung der Zielvereinbarungs- und Beurteilungsgespräche und der Spontanprämien). Die Erhebung und Veröffentlichung weiterer Angaben erfolgt nur, soweit mit vertretbarem Aufwand ein Erkenntnisgewinn zu erwarten ist und unter dem Vorbehalt der datenschutzrechtlichen Zulässigkeit.

Das geschlechterdifferenzierte Lohncontrolling ist flächendeckend eingeführt, womit das Postulat als erledigt abzuschreiben ist.

POS 2006/000681 2006/000258	21.06.2006 03.12.2008	Barzotto Myriam Leistungsvereinbarungen mit Institutionen, Ergänzung betreffend Löhne
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Leistungsvereinbarungen mit kulturellen und sozialen Institutionen (wie z.B. der Pestalozzigesellschaft Zürich) so ergänzt werden können, dass sich die Löhne der Angestellten den Ansätzen der städtischen oder kantonalen Besoldungsverordnung anlehnen.

Aus Sicht des Präsidialdepartements und Human Resources Management ist es nicht sinnvoll, dass alle unterstützten Institutionen gleich behandelt werden, und eine Ungleichbehandlung scheint uns auch nicht problematisch. Diese Institutionen sind rechtlich eigenständig, d.h. sie können ihre Lohnpolitik grundsätzlich selbst bestimmen.

Der Stadtrat empfiehlt, dieses Postulat abzuschreiben.

POS 2006/001303 2006/000525	22.11.2006 06.12.2006	Egger Urs Negative Einkommenssteuer, Bericht über Auswirkungen auf sozialpolitische Massnahmen bei allfälliger Einführung
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten, in einem Bericht zu prüfen, welche sozialpolitischen Massnahmen in der Stadt Zürich durch die allfällige Einführung einer «Negativen Einkommenssteuer» tangiert würden. Insbesondere ist aufzuzeigen, welche Massnahmen ersetzbar, nur anpassungsbedürftig oder ganz davon unberührt sind.

Das Einkommenssteuerrecht fällt in die Kompetenz des Bundes und – soweit das Steuerharmonisierungsgesetz des Bundes es zulässt – der Kantone. Es bleibt keinerlei Raum für städtische Regelungen. Der Bund ist 2007 nach eingehender Prüfung zum Schluss gekommen, die Idee nicht weiter zu verfolgen («Erwerbsabhängige Steuergutschriften: Möglichkeiten und Auswirkungen einer Einführung in der Schweiz», Bericht der Expertengruppe unter der Leitung von Prof. Dr. Robert E. Leu, 31. August 2007). Bei dieser unveränderten Ausgangslage besteht für die Stadt Zürich kein Anlass, ihrerseits weitere, zumal sehr aufwendige Abklärungen vorzunehmen.

POS 2007/000240 2007/000089	28.02.2007 14.03.2007	Garzotto Bruno und Bergmaier Guido «Scan Center» des Steueramts der Stadt Zürich, Arbeiten nur für öffentliche Verwaltungen
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie dem Scan Center des Steueramts der Stadt Zürich im Lochergut folgende Auflage gemacht werden kann: Das Scan Center darf einzig Arbeiten im Bereich der öffentlichen Verwaltungen ausführen.

Das Aufgabengebiet des Scan Centers des Steueramts der Stadt Zürich umfasst heute im Wesentlichen das Digitalisieren und Archivieren von Steuererklärungen im Auftrage des kantonalen Steueramts sowie von kommunalen Steuerämtern. Weil die Nachfrage nach Systemen, welche eine effiziente Datenverfügbarkeit auf elektronischem Wege ermöglichen sollen, auch in den öffentlichen Verwaltungen stetig zunimmt, vermag das Scan Center auch deren Bedürfnisse abzudecken. Das Scan Center konzentriert sich ausschliesslich auf Aufträge der öffentlichen Hand, und eine Ausweitung auf private Unternehmungen ist nicht Gegenstand seiner Marktausrichtung.



Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2007/000796 2007/000407	11.07.2007 12.09.2007	Garzotto Bruno und Liebi Roger Städtischer Lager- und Gewerberaum, Erhalt der Nutzung

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie künftig günstiger städtischer Lager- und Gewerberaum erhalten werden kann. Dieser soll Handwerkern und Gewerbetreibenden zur Miete angeboten werden oder Jungunternehmern eine Starthilfe bieten, mit der einzigen Auflage, dass Arbeitsplätze und Lehrstellen angeboten werden müssen.*

Gewerbebetriebe und Läden sind für ein lebendiges Quartier sowie als Anbieter von Arbeitsplätzen sehr wichtig. Bei der Auswahl der Mieterinnen und Mieter achtet die Liegenschaftenverwaltung u.a. auf die Bedürfnisse der Quartierbevölkerung (Mietermix, Versorgung mit Alltagsprodukten usw.). Der Bestand an Gewerbe- und Lagerraum erfährt keine generelle Schmälerung. Es lässt sich aber nicht vermeiden, dass die Stadt angesichts ihrer übrigen Aufgaben solche Räume im Einzelfall auch einem anderen Zweck zuführt. Umgekehrt entstehen wieder neue Gewerberäume, sei es bei der Landabgabe im Baurecht (z.B. Rigiplatz, Projekt Kalkbreite), bei eigenen Neubauvorhaben (Projekte Kronenwiese und Hornbach), oder mit der derzeit beabsichtigten Miete des Amag-Gebäudes an der Überlandstrasse (Vorlage beim Gemeinderat, GR Nr. 2010/452, Weisung vom 13. November 2010).

Im Übrigen haben die Stimmberechtigten am 13. Juni 2010 die Volksinitiative «Für bezahlbare Wohnungen und Gewerberäume in der Stadt Zürich» angenommen. Danach hat die Stadt künftig gezielt «preisgünstige Gewerberäume für ertragsschwaches, förderungswürdiges Kleingewerbe» zur Verfügung zu stellen. Angesichts des ergangenen Volksentscheids kann das Postulat abgeschrieben werden.

POS 2007/001250 2007/000617	28.11.2007 09.01.2008	AL-Fraktion, SP-Fraktion und Grüne-Fraktion Fiskalliegenschaften, Aufwertungen
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob für die Wohnliegenschaften (Rechnungskreis 2022), ausgenommen spezielle Objekte (Stapi-Villa, «Villa Hartmann» usw.), und für die von KMU genutzten oder für KMU geeigneten Gewerbeliegenschaften (Rechnungskreis 2027) mit dem Kanton eine analoge Regelung getroffen werden kann, wie sie für die städtischen Wohnsiedlungen vorgesehen ist und heute schon ähnlich für die Gemeindebetriebe gilt (Übertragung ins Verwaltungsvermögen bei gleichzeitiger Befreiung von den Abschreibungsvorschriften des Remo).*

Das Postulat entspricht weitestgehend der Volksinitiative «Für bezahlbare Wohnungen und Gewerberäume in der Stadt Zürich», die von den Stimmberechtigten am 13. Juni 2010 angenommen worden ist (Art. 4<sup>quater</sup> Gemeindeordnung). Danach sind die vom Postulat anvisierten Wohnliegenschaften nach den Prinzipien der Wohnbauförderung, namentlich der Kostenmiete, zu bewirtschaften und zu vermieten. Auszuscheiden sind, wie im Postulat ebenfalls vorgesehen, «spezielle Wohnobjekte» sowie nicht kleingewerblich genutzte Geschäftsräume. Angesichts des ergangenen Volksentscheids ist das Postulat erfüllt.

POS 2007/001281 2007/000636	06.12.2007 19.12.2007	Angst Walter und Badran Jacqueline Gewerbeliegenschaften, differenzierte Mietzinspolitik
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten, eine differenzierte Mietzinspolitik für die von KMUs genutzten Objekte im Rechnungskreis Gewerbeliegenschaften (2027) zu prüfen. Auf Mietzinsanpassungen wegen steigender Hypothekenzinsen, Teuerung und Kostensteigerungen sowie die jährliche Anpassung von Indexmieten soll verzichtet werden, wenn die entsprechenden Mietzinse nicht deutlich unter dem quartier- und branchenüblichen Niveau liegen, und die Geschäftsmieterinnen und -mieter in Branchen mit geringer Wertschöpfung tätig sind. Geprüft werden soll auch ein Verzicht auf die Erhöhung der Anfangsmieten, wenn die Mietobjekte an KMUs vermietet werden, die in Branchen mit geringer Wertschöpfung tätig sind.*

Läden, Büros und sonstige Geschäftsräume sind heute dem Finanzvermögen zugeteilt. Es wird grundsätzlich ein quartierüblicher Mietzins erhoben, der auch die Lage und Ausstattung des Objekts berücksichtigt. Im Interesse eines guten Mietermixes und der Quartiersversorgung kann die Liegenschaftenverwaltung den Mietzins im Einzelfall auf den kostendeckenden Ansatz reduzieren. Ein weitergehender Verzicht auf Mietzinseinnahmen, insbesondere der Verzicht auf die Anpassung der Mieten an den jeweiligen Kostenstand, wäre haushaltrechtlich als Ausgabe zu bewilligen (Art. 41c Gemeindeordnung). Im Falle einer generellen Reduktion, wie dies das Postulat anregt, wären die Bilanzwerte der entsprechenden Liegenschaften abzuschreiben. Das Postulat erweist sich als überholt, da die Stimmberechtigten am 13. Juni 2010 die Volksinitiative «Für bezahlbare Wohnungen und Gewerberäume in der Stadt Zürich» angenommen haben. Danach stellt die Stadt für ertragsschwache und förderungswürdige Kleingewerbe gezielt preisgünstige Räume zur Verfügung. Ausgenommen von der Vergünstigung bleiben nicht kleingewerblich genutzte Geschäftsräume.

POS 2007/001317 2007/000648	12.12.2007 09.01.2008	Meier Daniel und Anderegg Peter Finanzverwaltung, Zahlungsfristen und Abzug von Skonto
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie Rechnungen für Leistungen/Lieferungen innerhalb von 30 Tagen unter Abzug des vereinbarten Skontos bezahlt werden können. Bezahlt die Stadt Zürich erst nach 30 Tagen oder später, ist der Unternehmer berechtigt, die allenfalls zuviel abgezogenen Skontobeträge nachzufordern. Das Zahlungsziel von 60 Tagen ohne Skontoabzug soll weiterhin verbindlich eingehalten werden.*

Die Prüfung der Zahlungsmodalitäten im Sinne des Postulats hat bereits im März 2009 eingesetzt. In der Folge wurden die Dienstchefinnen und Dienstchefs an einer Konferenz im ersten Quartal 2009 aufgefordert, die Zahlungsmoral erheblich zu verbessern. Mit diesem konkreten Aufruf soll erreicht werden, dass alle Rechnungen innerhalb der vereinbarten Zahlungstermine bezahlt werden. Die Dienstabteilungen haben den Aufruf ernst genommen und sind daran, die Prozesse zu optimieren. Dies ist deshalb wichtig, weil ein Vergleich «Erfassungsdatum mit Zahlungsdatum» aufzeigt, dass die verspätete Zahlung ihren Ursprung oft in den langen Wegen der Rechnungen durch die Verwaltung hat.

Der im Jahr 2010 durchgeführte Vergleich «Erfassungsdatum mit Zahlungsdatum» hat für die im SAP-Mandanten geführten Fakturen eine gegenüber der im März 2009 durchgeführten Untersuchung eine signifikante Verkürzung der Zahlungsfristen ergeben. Die angestrebte Verbesserung wurde erreicht. Die Zahlungen sind mit den Fälligkeiten praktisch deckungsgleich.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2008/000182 2008/000096	27.02.2008 12.03.2008	Angst Walter und 6 Mitunterzeichnende Kongresshaus-Stiftung Zürich, Gespräche über deren Zukunft

*Der Stadtrat wird gebeten, die Aufnahme von Gesprächen über die Zukunft der Kongresshaus-Stiftung mit der Tonhalle-Gesellschaft und dem Stiftungsrat der Kongresshaus-Stiftung zu prüfen, in den Gesprächen soll geklärt werden, ob die Kongresshausstiftung den von den Stifterinnen formulierten Auftrag noch in sinnvoller Weise erfüllen und ob über eine Auflösung der Stiftung eine stabilere Basis für den Betrieb der Tonhalle und die weiteren Nutzungen des Grundstücks geschaffen werden kann. Der Gemeinderat soll in geeigneter Form über die Ergebnisse dieser Gespräche orientiert werden.*

Nach dem Nein der Stimmberechtigten (1. Juni 2008) zum Landkauf des Villa-Rosau-Areals, der das Projekt von Rafael Moneo für ein neues Kongresszentrum ermöglicht hätte, ist der Auftrag für die Kongresshaus-Stiftung Zürich eindeutig: Die Stiftung hat gemäss ihrem Zweck «für die Erstellung und den Betrieb eines Tonhalle- und Kongressgebäudes am Alpenquai (heute General-Guisan-Quai)» zu sorgen. Weil es bis zur Realisierung eines neuen Kongresszentrums noch 10 bis 15 Jahre dauern kann, hat die Stiftung jetzt den Auftrag, den optimalen Kongresshaus- und Tonhalle-Betrieb zu gewährleisten. Aufgrund von Studien der Baukommission der Stiftung sowie aufgrund einer Machbarkeitsstudie des Amts für Hochbauten hat sich der Stadtrat im September 2010 gemäss Empfehlung von Stiftungsrat und Planungsausschuss entschieden, eine Teilinstandsetzung im Umfang von rund 55 Mio. Fr. für Tonhalle und Kongresshaus in die Wege zu leiten. Allein der – wegen der Neubaupläne – aufgeschobene Unterhalt wird auf über 30 Mio. Fr. veranschlagt. Das Parlament und die Stimmberechtigten werden voraussichtlich im Jahre 2012 über eine Aufstockung des Stiftungskapitals der Kongresshaus-Stiftung in der Grössenordnung von 55 Mio. Fr. befinden können. So soll die Stiftung in die Lage versetzt werden, die Instandsetzung zu realisieren. Bis auf Weiteres sind die Aufgaben für die Stiftung also klar gegeben. Entsprechend kann das Postulat abgeschrieben werden.

POS 2008/000454 2008/000191	07.05.2008 04.06.2008	Blöchlinger Patrick und Brassler Ueli Städtische Restaurants, vielfältiges Angebot von Bieren
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Schaffung eines vielfältigen Angebots an Bieren, insbesondere auch solchen kleiner einheimischer Brauereien, in den Restaurants in städtischem Besitz gefördert werden kann.*

Bei der Vermietung eines Gastronomiebetriebs überbindet die Liegenschaftenverwaltung der Mieterin oder dem Mieter die Bestimmungen des Rahmenvertrags über den Bierausschank in städtischen Gastronomiebetrieben (Bierliefervertrag). Danach ist die Mieterschaft verpflichtet, Biere der entsprechenden Brauerei oder die von ihr vertriebenen Marken zu führen. Im Gegenzug bezahlt die Brauerei der Stadt eine jährliche Vergütung, von der die Wirtinnen und Wirte einen Anteil erhalten. Ausgenommen vom Rahmenvertrag ist rund ein Drittel der Restaurants wegen ihres geringen Bierabsatzes. Die Liegenschaftenverwaltung schreibt den Bierliefervertrag alle fünf Jahre aus. Der derzeitige Vertrag wurde mit der Feldschlösschen-Gruppe abgeschlossen und läuft bis Ende September 2013. Gegenüber dem vorausgegangenen Vertrag erlaubt er den Wirtinnen und Wirten einen erhöhten Fremdbieranteil von bis zu 33%. Dieser freie Bieranteil konnte die Stadt dank der grossen, im Bierliefervertrag eingebundenen Anzahl Restaurants vereinbaren. Gemäss Mietvertrag sind die Mieterinnen und Mieter gehalten, das Kontingent für Fremdbiere im Interesse der Biervielfalt und zur Unterstützung regionaler Kleinbrauereien auszusüpfen.

Unter dem Gesichtspunkt der postulierten Biervielfalt erweist sich der Bierliefervertrag somit als durchaus kundenfreundlich. Die Brauereien, mit denen bisher Bierlieferverträge abgeschlossen wurden, verfügen nämlich über eine grosse Angebotspalette. Würde die Liegenschaftenverwaltung keinen solchen Vertrag mehr abschliessen, würden etliche Mieterinnen und Mieter direkte Vereinbarungen mit einer Brauerei eingehen, was in der Regel zu einem eingeschränkten Angebot führen dürfte.

POS 2008/000650 2008/000283	18.06.2008 17.09.2008	Angst Walter und Mauch Corine Neuvermietung städtischer Wohnungen und Gewerberäume, Moratorium betreffend höhere Anlagewerte
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob vorläufig darauf verzichtet werden kann, bei der Neuvermietung von städtischen Wohnungen und Gewerberäumen die höheren Anlagewerte in die Mietzinskalkulation einzubeziehen. Das Moratorium soll bis zum Volksentscheid über die soeben eingereichte Volksinitiative «Für bezahlbare Wohnungen und Gewerberäume in der Stadt Zürich» gelten.*

Die Liegenschaften im Finanzvermögen (ohne kommunale Wohnsiedlungen) wurden nach den einschlägigen Vorschriften des Kantons per 1. Januar 2007 neu bewertet und bilanziert. Dies führte zu Mietzins erhöhungen bei Neuvermietungen. Ein Verzicht auf die höheren Einnahmen kommt aus haltrechtlichen Gründen nicht in Betracht. Die Einnahmefälle müssten sonst als Ausgaben bewilligt werden (Art. 41c Gemeindeordnung).

POS 2008/000959 2008/000399	03.09.2008 22.10.2008	SP-Fraktion Stadtverwaltung, Berücksichtigung von Produkten aus fairem Handel
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die öffentliche Verwaltung in ihrer Gesamtheit und insbesondere die mit der öffentlichen Beschaffung betrauten Stellen über die Möglichkeiten sozial, ökologisch und wirtschaftlich nachhaltiger Beschaffung sowie der gezielten Berücksichtigung von Produkten an fairem Handel informieren und diesbezüglich sensibilisieren können. Insbesondere ist die Bevölkerung über die bereits praktizierten, die beschlossenen sowie die in die Wege geleiteten Massnahmen zu informieren.*

Der Stadtrat hat mit der «Richtlinie Soziale Nachhaltigkeit» die entsprechenden Prinzipien beschlossen und stadtweit eingeführt (STRB Nr. 459 vom 17. März 2010). In den Erläuterungen unter Punkt 4.2.2. ist die Förderung von Produkten aus dem fairen Handel spezifisch vorgesehen. Der Information der Bevölkerung wurde mittels Pressemitteilung sowie Publikation der gesamten Richtlinie auf der städtischen Internetseite Rechnung getragen. Das Postulat ist damit erledigt.



Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2008/000960 2008/000400	03.09.2008 22.10.2008	SP-Fraktion Beschaffungswesen, Einhaltung der Bestimmungen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO)

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Regeln des öffentlichen Beschaffungswesens dahingehend geändert werden können, dass alle Lieferantinnen und LeistungserbringerInnen vertraglich verpflichtet werden, bei der Ausführung von Aufträgen die Bestimmungen der Kernübereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation IAO und der nationalen Gesetzgebung einzuhalten. Dabei soll die Stadt Zürich auf dem eingeschlagenen Weg weiterfahren und sich mit anderen öffentlichen Verwaltungen auf lokaler, regionaler und kantonaler Ebene zu vernetzen. Soweit Änderungen der kantonalen Submissionsverordnung notwendig sind, wird der Stadtrat gebeten zu prüfen, wie diese bewerkstelligt werden können.*

Der Stadtrat hat mit der «Richtlinie Soziale Nachhaltigkeit» die entsprechenden Prinzipien beschlossen und stadtwweit eingeführt (STRB Nr. 459 vom 17. März 2010). Die Verpflichtung der Lieferfirmen zur Einhaltung der Kernarbeitsnormen der ILO ist durch die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) der Stadt Zürich für die Beschaffung von Gütern sowie durch den Verhaltenskodex für Vertragspartnerinnen und -partner der Stadt Zürich und das Firmenprofil bzw. die Selbstdeklaration sichergestellt. Das Postulat ist damit erledigt.

POS 2008/001071 2008/000459	01.10.2008 29.10.2008	Rykart Sutter Karin und Knauss Markus Spirgartenstrasse, Verzicht auf Parkplatzprovisorium
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, auf das geplante Parkplatzprovisorium auf dem 735 m<sup>2</sup> grossen Wiesenland Kat.-Nr. AL8108 an der Spirgartenstrasse zu verzichten und die damit verbundenen Kosten von 100 000 Franken einzusparen.*

Das Parkplatzprovisorium dient als Ersatz für jene Parkplätze, die im Zuge der Gesamtüberbauung von der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich und Implenia aufzuheben waren. Wie in der Vorlage über den Landverkauf an die Stiftung ausgeführt (GR Nr. 2008/195), haben die Plätze eine wichtige Funktion für die Geschäfte im Zentrum von Altstetten. Die Implenia wurde deshalb verpflichtet, mit der Neuüberbauung ein unterirdisches, öffentlich nutzbares Parkhaus zu erstellen. Die Spezialkommission Finanzdepartement und der GR haben die Fragen rund um die Parkierung ausführlich diskutiert und dem Geschäft am 29. Oktober 2008 zugestimmt. Das Parkplatzprovisorium wurde in der Folge erstellt.

POS 2008/0010732 2008/000461	01.10.2008 12.11.2008	Angst Walter und Stokar Gasser Christine Landgeschäfte im Oberhauser Ried (Glattpark), Verkauf von Bauland
------------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten, bei künftigen Landgeschäften im Oberhauser Ried (Glattpark) den Verkauf von Bauland an gemeinnützige Baugenossenschaften zu prüfen und punktuell auf eine Abgabe an die Meistbietenden zu verzichten.*

Die Stadt Opfikon als Standortgemeinde ist grundsätzlich an Überbauungen von Baugenossenschaften interessiert. Allerdings sieht sie sich nicht in der Lage, zu einer vergünstigten Landabgabe beizutragen. Stadt- und Gemeinderat von Zürich haben es bisher abgelehnt, derartige Leistungen in anderen Gemeinden zu erbringen. Es bietet sich nun aber eine Gelegenheit, der Allgemeinen Baugenossenschaft Zürich (ABZ) eine grössere Landfläche im Glattpark abzutreten. Im Gegenzug veräussert die ABZ der Stadt ein Areal an der Erikastrasse im Quartier Wiedikon mit überalterter Bausubstanz. Das Grundstück soll anschliessend im Baurecht an die Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich zur Erstellung von Alterswohnungen abgegeben werden. Bei dieser Ausgangslage ist der Stadtrat bereit, dem Gemeinderat den Landverkauf an die ABZ zum Schätzwert für den Mietwohnungsbau zu beantragen und auf die Erzielung eines höheren Kaufpreises zu verzichten, wie dieser sonst in einem Konkurrenzverfahren bzw. für Eigentumswohnungen zustande käme.

POS 2008/001138 2008/000477	22.10.2008 12.11.2008	Grüne-Fraktion Landverkäufe ausserhalb der Stadt Zürich, Kompensation
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er alle künftigen Landverkäufe ausserhalb der Stadt Zürich, vor allem aber im Glattpark in Opfikon – entweder durch Abtausch von Land auf städtischem Gebiet mit den Erwerbern – oder durch gleichzeitige Reinvestition des Ertrages in Landerwerb auf städtischem Gebiet kompensieren kann. Der Landerwerb in der Stadt Zürich ist mit der Bereitstellung von günstigen Räumlichkeiten für das Gewerbe und für Wohnungsmietende zu verknüpfen.*

Der Verkauf von Land ausserhalb der Stadt erfolgt jeweils zum bestmöglichen Preis. Der erzielte Buchgewinn fliesst den allgemeinen Mitteln zu, da eine Zweckbindung des Erlöses haushaltrechtlich nicht zulässig ist. Zweifellos erweitern Landverkäufe aber den Spielraum für eine aktive Landpolitik. Ein Landabtausch mit einem Käufer kann durchaus prüfenswert sein. Allerdings bieten sich solche Gelegenheiten selten. Am ehesten kommen hierfür professionelle Investoren in Betracht. Diese sind aber meistens wenig daran interessiert, attraktives Land in der Stadt Zürich gegen Land in der Agglomeration zu tauschen. Im Falle des Landesbesitzes im Glattpark ist hingegen ein aktueller Tausch vorgesehen. Geplant ist eine Veräusserung an die Allgemeine Baugenossenschaft Zürich (ABZ). Diese verkauft der Stadt im Gegenzug ein Areal an der Erikastrasse im Quartier Wiedikon (vgl. Antwort zum Postulat von Walter Angst und Christine Stokar Gasser betreffend Landgeschäfte im Glattpark vom 1. Oktober 2008, GR Nr. 2008/461).

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 2008/001196 2008/000503	05.11.2008 10.12.2008	Schwyn Markus und Gut Susi IT-Strategie, Verschiebung Umstellung der Betriebssysteme

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie mit der Umstellung der Betriebssysteme innerhalb der gesamte Stadtverwaltung auf Windows Vista zugewartet und direkt auf Windows 7 gewechselt werden kann.*

Der Wechsel von Windows XP zu Windows Vista ist, technisch gesehen, ein Quantensprung, weil eine grundsätzlich neue Plattformtechnologie zum Einsatz kommt. Dieses neue technische Konzept bleibt auch bei Windows 7 unverändert. Investitionen, die für die Migration von Applikationen auf Vista anfallen, können – falls zu einem späteren Zeitpunkt gewünscht – für Windows 7 vollumfänglich übernommen werden. Auch lizentechnisch spielt es keine Rolle, da die Stadt ein kostenloses Recht zum «Upgrade» von Vista auf Windows 7 hat. Oberstes Ziel ist ein einheitlicher PC-Standard für alle städtischen Büroarbeitsplätze. Die Standardisierung, der «gemeinsame Nenner» für alle Computerarbeitsplätze, bringt technisch und auch kostenseitig viele Vorteile. Insbesondere vereinfachen sich Support und Wartung erheblich, da nur noch ein System bedient werden muss. Darum ist es in vielerlei Hinsicht sinnvoll, bis zum Abschluss der Rollouts 2011 überall das gleiche Betriebssystem, nämlich Vista, zu implementieren.

Die OIZ hat das Nachfolgeprodukt von Windows Vista, Windows 7, eingehend analysiert. Windows 7 und Vista können als «enge Verwandte» bezeichnet werden. Es gibt zwar für den Endanwender gewisse funktionale Verbesserungen, z. B. eine leicht angepasste Benutzeroberfläche (durchgängiges Konzept der dynamischen Menüleisten), Verbesserung der Handschriftenerkennung, erhöhte Akkulaufzeit bei portablen Geräten, Erweiterungen im Bereich der Datenindexierung usw. Der Mehrwert ist jedoch nicht markant. Bezüglich Performance gibt es Verbesserungen im Bereich Aufstarten und Herunterfahren und Wiederherstellen aus dem Standby-Modus. Im laufenden Betrieb ist Windows 7 aber nach heutigem Wissensstand nicht schneller als Vista.

POS 2008/001247 2008/000529	26.11.2008 10.12.2008	Rosenheim Monjek und Leiser Albert Stadtverwaltung, Moratorium bei den Personalstellen
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er für die kommenden drei Jahre (2009–2011) im Verwaltungsbereich der Stadt Zürich, ohne die Gemeindebetriebe, d.h. in der Verwaltung im engeren Sinne, ein Moratorium bei den Personalstellen auf den Istzahlen per Ende 2008 umsetzen kann.*

Da die gleiche Frage bereits in früheren Jahren als Postulat gestellt wurde, hat der Stadtrat bereits im Jahre 2004 die Plafonierung der Personalstellen auf dem Stand gemäss Budget 2004 beschlossen und dazugehörige Vollzugsrichtlinien erlassen.

Seither sind neu geplante Stellen mittels begründeter Weisung dem Stadtrat als Gremium zur Bewilligung vorzulegen, d.h. Stellenschaffungen fallen ausschliesslich in die Kompetenz des Stadtrats. Es kommen folgende Kriterien zur Anwendung:

- a) zwingende Erfüllung neuer Aufgaben
- b) Kompensation mit bestehendem Stellenplan nicht realisierbar
- c) Kompensation des Aufwandes durch künftige Erträge aufgrund der Stellenschaffung
- d) deutlich gewachsener Arbeitsumfang über eine längere Periode

Das Vollzugsverfahren wurde in den letzten Jahren mehrmals angepasst und als Entscheidungsgrundlage für den Stadtrat optimiert. So sind sämtliche Stellenschaffungsanträge dem Finanzvorstand mittels Weisung einzureichen, der von HRZ Abklärungen bezüglich Stellenplan und finanziellen Auswirkungen einfordert. HRZ prüft die Erfüllung der Kriterien, wobei bezüglich Stellenplan auch allfällige nicht besetzte Stellen innerhalb des betreffenden Departements in die Betrachtung einbezogen werden, und erstellt einen entsprechenden Mitbericht zur Weisung. Da neben den Personalkosten auch die benötigten zusätzlichen Arbeitsplätze mit Kosten verbunden sind und die städtische Immobilienverwaltung ebenfalls Restriktionsvorgaben hat, muss die Weisung auch Aussagen darüber enthalten, ob die entsprechenden Arbeitsplätze vorhanden sind. Die IMMO verfasst dazu ebenfalls einen Mitbericht. Damit die Stellenplafonierung richtig greifen kann, hat der Stadtrat mit dem IAFP-Prozess 2008–2011 ein Anmeldeverfahren eingeführt, womit neu geplante Stellen bereits mit den IAFP-Prognosezahlen Anfang März gemeldet werden müssen. Für die im Planungsprozess bewilligten neuen Stellen braucht es bis Mitte September noch einen separaten Stadtratsbeschluss.

Der Stadtrat vollzieht somit bereits praxisbezogen das Anliegen des Postulats. und empfiehlt, dieses Postulat abzuschreiben.





2009	<b>2010</b>	2011	2012	2013	2014	2015
------	-------------	------	------	------	------	------

Bild: Schutz und Rettung

# Geschäftsbericht 2010

## Polizeidepartement

# Inhaltsverzeichnis Geschäftsbericht Polizeidepartement

<b>1.</b>	<b>Vorwort</b>	<b>105</b>
<b>2.</b>	<b>Jahresschwerpunkte</b>	<b>106</b>
<b>3.</b>	<b>Kennzahlen Polizeidepartement</b>	<b>107</b>
<b>4.</b>	<b>Departementssekretariat, Dienstabteilungen</b>	<b>108</b>
<b>4.1</b>	<b>Departementssekretariat</b>	<b>108</b>
4.1.1	Aufgaben	108
4.1.2	Jahresschwerpunkte	108
4.1.3	Spezifische Kennzahlen	108
<b>4.2</b>	<b>Stadtpolizei</b>	<b>109</b>
4.2.1	Aufgaben	109
4.2.2	Jahresschwerpunkte	109
4.2.3	Allgemeine Kennzahlen	111
4.2.4	Spezifische Kennzahlen	112
<b>4.3</b>	<b>Schutz &amp; Rettung</b>	<b>112</b>
4.3.1	Aufgaben	112
4.3.2	Jahresschwerpunkte	113
4.3.3	Allgemeine Kennzahlen	115
<b>4.4</b>	<b>Dienstabteilung Verkehr</b>	<b>117</b>
4.4.1	Aufgaben	117
4.4.2	Jahresschwerpunkte	117
4.4.3	Allgemeine Kennzahlen	118
4.4.4	Spezifische Kennzahlen	119
<b>4.5</b>	<b>Stadtrichteramt</b>	<b>120</b>
4.5.1	Aufgaben	120
4.5.2	Jahresschwerpunkte	120
4.5.3	Allgemeine Kennzahlen	122
<b>5.</b>	<b>Parlamentarische Vorstösse</b>	<b>125</b>

# 1. Vorwort



Daniel Leupi. (Bild: Luca Zanier)

Zürich gilt als eine der sichersten Städte der Welt. Das ist zu einem wesentlichen Teil das Verdienst der Mitarbeitenden des Polizeidepartements: Die Stadtpolizei, die Rettungsdienste von Schutz&Rettung, die Dienstabteilung Verkehr und das Stadtrichteramt stehen im täglichen Einsatz für die Bevölkerung, rund um die Uhr, um ebendiese Sicherheit auf Dauer zu gewährleisten.

Der vorliegende Geschäftsbericht für das Jahr 2010 gibt einen Einblick in die Aufgaben der Dienstabteilungen und in wichtige Arbeitsschwerpunkte und Projekte im vergangenen Jahr. Die Kurzberichte, Grafiken und Tabellen zeigen, dass in allen Bereichen viel getan wurde (und wird), um einerseits gesellschaftlichen Entwicklungen und Veränderungen Rechnung zu tragen und andererseits wo immer möglich Abläufe ressourcensparend zu optimieren. Die meisten dieser Vorhaben und Projekte haben einen ganz direkten Einfluss auf die reale tägliche Arbeit der Mitarbeitenden des Departements. Und letztlich ist es gerade diese tägliche Arbeit, die die Sicherheit von Zürich ausmacht.

Die Einsatzfähigkeit und -motivation der Mitarbeitenden auch unter oft schwierigen Bedingungen aufrechtzuerhalten, ist eine der vornehmsten Aufgaben der politischen und der operativen Führung des Departements und seiner Dienstabteilungen. Nur wenn dies gelingt, wird Zürich auch in Zukunft zu den sichersten Städten der Welt zählen.

Stadtrat Daniel Leupi  
Vorsteher des Polizeidepartements

## 2. Jahresschwerpunkte

### Weiterverrechnung Polizeieinsätze

Den beiden Fussballclubs FCZ und GC wurden die ersten Rechnungen für die geleisteten Polizeieinsätze gemäss den Vorgaben der Verordnung zum Kostenersatz von polizeilichen Leistungen durch die Stadtpolizei zugestellt. Beide Rechnungen wurden von den Clubs angefochten und sind Gegenstand eines laufenden Verfahrens vor dem Stadtrat.

### «Langstrasse Plus»

Die Situation im Langstrassenquartier war 2010 bezüglich Drogenhandel und Konsum stabil. Die Neuentstehung von Drogenszenen konnte verhindert werden, und die Anzahl der sich im öffentlichen Raum aufhaltenden Dealerinnen und Dealer und Süchtigen blieb im Rahmen des Vorjahrs. Nach wie vor ist die Massierung der Polytoxikomanie-Szene bei der Bushaltestelle Militär-/Langstrasse unbefriedigend. Eine neue Szenenbildung in der Bäckeranlage konnte nur durch hohen Einsatz der Stadtpolizei und weiterer Dienstabteilungen verhindert werden. Die allgemein stabile Sicherheitslage, das bessere Image – negative Schlagzeilen waren 2010 äusserst selten – tragen weiterhin zum guten Geschäftsgang der Betriebe bei. Die Lärmbelastung in den Nachtstunden durch die Besuchenden der vielen Bars und Clubs ist ein Problem und wurde durch das Rauchverbot in den Lokalen noch verstärkt. Allerdings gestaltet sich die Zusammenarbeit mit den meisten der neuangesiedelten Clubs gut. Negativer zeichnet sich das Bild im Milieu. Prostituierte, vor allem aus Ungarn, mieten sich mit ihren «Zuhältern» vermehrt in Wohnungen und Appartements altbekannter Milieuliegenschaften ein und dominieren den Strassenstrich. Die Auswirkungen der Umgestaltung der Bahnbrachen (Europaallee) müssen zukünftig in die Überlegungen von Langstrasse Plus einbezogen werden. Eine nachhaltige Stabilisierung des Quartiers mit einer ausgewogenen Bevölkerungsstruktur ist weiterzuverfolgen. Ein Schlussbericht ist in Bearbeitung, und die Abklärungen über eine Weiterführung des Projekts oder die Ablösung werden Anfang 2011 getätigt.

### «Rotlicht – Prostitution und Menschenhandel»

Die Projektstrukturen wurden reorganisiert, und die Gesamtprojektleitung wechselte im Herbst von Rolf Vieli zu einer Co-Leitung von Lisa Berrisch, Sozialdepartement, und André Müller, Polizeidepartement. Neben verschiedenen koordinierten Sofortmassnahmen zur Verbesserung der Situation um den Strassenstrich am Sihlquai wurde von einer departementsübergreifenden Arbeitsgruppe die Erarbeitung einer städtischen Prostitutionsgewerbeverordnung (PGVO) an die Hand genommen. Darin ist vorgesehen, die Strassen- und die Salonprostitution einer Bewilligungspflicht zu unterwerfen. Ein Entwurf geht Anfang 2011 in eine öffentliche Vernehmlassung. Daneben laufen verschiedene Abklärungen für einen neuen Strichplan. Eine städtische Delegation unter der Leitung des Vorstehers des Polizeidepartements machte sich in Essen und Köln ein Bild über die Strichplätze in diesen Städten.

### Neue Stadtratsdelegation

#### «Stadtleben im öffentlichen Raum»

Die Delegation «Stadtleben im öffentlichen Raum» (SiÖR) übernahm die Aufgaben der zwei bisherigen Delegationen Sucht- & Drogen und Legislatorschwerpunkt Jugend in Zürich. Die bisher zugeordneten Gremien (z. B. Drogenstab, Taskforce Jugendgewalt) wurden in die neue Struktur integriert bzw. abgelöst. Bisherige selbständige Projekte wie Rotlicht und VRZ Plus mit eigenen Steuerungsausschüssen wurden der SiÖR

unterstellt. Die Delegation fokussiert ihre departementsübergreifende Tätigkeit an den Schnittstellen von Polizeidepartement, Schul- und Sportdepartement, Gesundheits- und Umweltsportdepartement sowie Sozialdepartement auf die Nutzung des öffentlichen Raums (Parks, Plätze und Strassen, unter Umständen aber auch halböffentliche Räume wie Bahnhöfe, Schulhausareale, Sportplätze usw.). Der Vorsitz der Delegation wurde für zwei Jahre an den Vorsteher des Polizeidepartements übertragen.

### Polizeiwissenschaften

Per 1. März 2010 haben sich der Wissenschaftliche Dienst der Stadtpolizei und die kriminaltechnische Abteilung der Kantonspolizei zum Forensischen Institut Zürich zusammengeschlossen. Die faktische Fusion hat sich bereits sehr bewährt. Kanton und Stadt Zürich sind nun daran, die gesetzlichen und vertraglichen Voraussetzungen zu schaffen, um das Institut in die Rechtsform einer selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalt zu kleiden.

### Polizeischule Zürich

Mit der Novelle von §23a des Polizeiorganisationsgesetzes wird die gesetzliche Grundlage geschaffen, um die Grundausbildung von Kantonspolizei und Stadtpolizei zusammenzuführen. Die gemeinsame Zürcher Polizeischule soll eine unselbständige öffentlich-rechtliche Anstalt werden und ihren Betrieb im April 2012 mit der Durchführung des ersten gemeinsamen Lehrgangs aufnehmen.

### «ELZ-ZH 2011»

Das Projekt einer neuen, für den ganzen Kanton Zürich und die angeschlossenen Kantone Schaffhausen und Schwyz zuständigen Einsatzleitzentrale für die Notrufe 118 (Feuerwehr) und 144 (Rettungsdienst) in einem Gebäude am Flughafen steht unter der Federführung der Gebäudeversicherung Kanton Zürich (GVZ). Die Dienstabteilung Schutz & Rettung als künftige Betreiberin ist massgeblich in die Projektleitung involviert. Die Inbetriebnahme ist im Herbst 2012 vorgesehen.

### Zentrale Ausnüchterungsstelle («ZAS»)

Als Pilotprojekt wurde am 12. März 2010 die ZAS in der Polizeihauptwache im Amtshaus 1 provisorisch für ein Jahr in Betrieb genommen mit dem Auftrag, berauschte Personen, die sich oder Dritte gefährden, in einer Zentralen Ausnüchterungsstelle (ZAS) unter medizinischer Aufsicht auszunüchtern. Aber auch der Prävention und der Nachbetreuung wird grosse Beachtung geschenkt. Parallel dazu wurde ein definitiver Standort für den Zusammenschluss und den Betrieb des Vermittlungs- und Rückführungszentrums (VRZ) und der ZAS gesucht. Anfang 2011 wird das Projektteam dem Stadtrat einen entsprechenden Antrag stellen. Der Aufenthalt in der ZAS wird den Klientinnen und Klienten, gestützt auf das Polizeigesetz, verrechnet. Von den insgesamt 499 ZAS-Klientinnen und -Klienten im Zeitraum vom 12. März bis und mit Silvesterwochenende 2010 waren 53 weiblich und 456 männlich.

### Allgemeine Polizeiverordnung (APV)

Das Geschäft ging mit der neuen Legislatur von der Spezialkommission PD/DIB/TED an die Spezialkommission Polizeidepartement/Verkehr über und ist noch in parlamentarischer Beratung. Das Polizeidepartement unterstützte die Kommission bei der Überarbeitung einzelner Artikel.



### 3. Kennzahlen Polizeidepartement

	2006	2007	2008	2009	2010
Mitarbeitende total	2 670	2 739	2 769	2 791	2 785
– davon Frauen	695	739	722	738	748
– davon Männer	1 975	2 000	2 047	2 053	2 037
Ø Stellenwert-Äquivalent <sup>2</sup>	2 565	2 422	2 613	2 611	2 612
Führungskader total	593	590	644	638	628
– davon Frauen	57	55	57	62	58
– davon Männer	536	535	587	576	570
Lernende total	21	16	17	17	17
– davon Frauen	12	9	11	11	12
– davon Männer	9	7	6	6	5
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad ≥ 90.00 % (Vollzeitstellen)<sup>1</sup></b>					
Total	2 345	2 370	2 372	2 376	2 358
Frauen	435	448	424	425	420
Männer	1 910	1 922	1 948	1 951	1 938
Frauen in %	18.6	18.9	17.9	17.9	17.8
Männer in %	81.4	81.1	82.1	82.1	82.2
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 50.00–89.99 % (Teilzeitstellen I)<sup>1</sup></b>					
Total	292	327	295	318	331
Frauen	234	260	221	240	250
Männer	58	67	74	78	81
Frauen in %	80.1	79.5	74.9	75.5	75.5
Männer in %	19.9	20.5	25.1	24.5	24.5
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 0.01–49.99 % (Teilzeitstellen II)<sup>1</sup></b>					
Total	33	42	144	156	115
Frauen	26	31	83	85	83
Männer	7	11	61	71	32
Frauen in %	78.8	73.8	57.6	54.5	72.2
Männer in %	21.2	26.2	42.4	45.5	27.8
Personalaufwand	312 203 771	318 017 963	354 910 468	364 311 265	368 120 890
Sachaufwand	62 153 289	66 589 224	79 689 981	74 674 540	79 505 423
Übriger Aufwand	95 603 576	94 439 151	106 959 118	111 971 580	109 845 108
Total Aufwand	469 960 636	479 046 338	541 559 567	550 957 385	557 471 421
Bruttoinvestitionen	14 463 998	20 137 261	30 368 416	18 269 097	21 348 393

**Definitionen:**

In den jeweiligen Zahlen sind diejenigen Mitarbeitendenkreise berücksichtigt, die in den gesamtstädtischen Personalkennzahlen im Stadtratsteil genannt sind. Ab 2008 werden alle Mitarbeitenden mit aktiver Anstellung im Dezember gezählt. Bis 2007 wurden nur jene mit aktiver Anstellung und Lohnzahlung im Dezember gezählt.

<sup>1</sup> Bis 2007 wurden Mehrfachanstellungen pro Mitarbeitenden zuerst addiert und dann als eine einzige Anstellung ausgewiesen. Mit der Einführung von SAP werden ab 2008 alle Anstellungen einzeln mit dem entsprechenden Beschäftigungsgrad ausgewiesen. Das Total aller Anstellungen entspricht somit nicht mehr dem Total aller Mitarbeitenden. Die Anzahl der Anstellungen 2008 wurden entsprechend korrigiert und mit den Werten von 2009 vergleichbar gemacht.

<sup>2</sup> Die Stellen der Stadträtinnen und Stadträte werden wieder in der Institution 1015 Stadtrat mitgezählt; die durchschnittlichen Stellenwert-Äquivalente 2008 reduzieren sich dadurch um 1 Stellenwert.

## 4. Departementssekretariat, Dienstabteilungen

### 4.1 Departementssekretariat

#### 4.1.1 Aufgaben

Zentrale Aufgabe des Departementssekretariats ist es, den Departementsvorsteher bei seiner Geschäftsführung zu unterstützen. Als Schnittstelle zwischen Politik, Verwaltung und Bevölkerung hat das Departementssekretariat beide Interessen im Auge zu behalten und den Ausgleich zu suchen. Daneben sind die Mitarbeitenden des Stabes in zahlreiche Projekte involviert. Die breite politische Thematisierung städtischer Anliegen in der Sicherheitspolitik wird mit einer transparenten, sachlichen und aktiven Kommunikation unterstützt.

#### 4.1.2 Jahresschwerpunkte

##### Actis

Die ECM-(Enterprise Content Management-)Gesamtlösung «Actis» für die Dokumentenbewirtschaftung sowie die Work-

flow- und Archivierungskomponenten wurde im Herbst 2010 eingeführt. Die Abläufe zwischen der Stadtkanzlei und dem Departementssekretariat im Zusammenhang mit dem Einreichen von Weisungen werden laufend dem System angepasst und wo möglich optimiert.

##### Gamma

Die rechtliche Grundlage für die Datenbank Gamma war bis 31. Dezember 2010 befristet. Ein Antrag für eine Verlängerung um zwei Jahre wurde dem Gemeinderat unterbreitet. Der Stadtpolizei Zürich ist ab 1. Januar 2011 die Nutzung der Datenbank Gamma so lange untersagt, bis der Gemeinderat der Stadt Zürich die Anwendbarkeit der Verordnung über die polizeiliche Datenbank Gamma zu Sportveranstaltungen in der Stadt Zürich verlängert hat.

#### 4.1.3 Spezifische Kennzahlen

	2006	2007	2008	2009	2010
Finanzen in Franken	3 660 000	3 992 000	4 327 000	4 031 000	4 105 608

## 4.2 Stadtpolizei

### 4.2.1 Aufgaben

Auf dem Gebiet der Stadt Zürich sind zwei Polizeikorps tätig: die Kantonspolizei Zürich und die Stadtpolizei Zürich. Die Aufgabenteilung zwischen den beiden Polizeikorps ist im Polizeiorganisationsgesetz vom 29. November 2004 geregelt. Im sicherheitspolizeilichen Bereich handelt die Stadtpolizei ohne Einschränkungen. Im kriminalpolizeilichen Bereich stellt sie die Grundversorgung sicher. Dazu zählen zur Bewältigung stadtspezifischer Kriminalität auch die Verfahren im Zusammenhang mit der Betäubungsmittelszene, den Kinder- und Jugendproblemen und dem Sexualmilieu. Auch in den weiteren kriminalpolizeilichen Belangen erfolgt die Erstaufnahme immer durch die Stadtpolizei. Wenn es sich zeigt, dass ein komplexer Strafrechtsfall vorliegt, wird er der Kantonspolizei übergeben.

Zur Erfüllung der polizeilichen Grundversorgung wurden zwei Polizeiregionen (Region West und Region Ost) gebildet. Damit die sicherheitspolizeilichen und die kriminalpolizeilichen Aufgaben im Verbund gelöst werden können, verfügen beide Regionen sowohl über sicherheits- als auch über kriminalpolizeiliche Elemente.

Die beiden Regionen werden durch weitere Abteilungen unterstützt. Wenn in der Stadt Zürich Brennpunkte (z. B. lokale Drogenszenen) entstehen, wird die Abteilung Brennpunkt dort so lange überlagert eingesetzt, bis der betreffende Quartierteil der Grundversorgung zurückgegeben werden kann. Die Abteilung Spezial verfügt über Interventionskräfte zur Bewältigung besonderer Lagen. Die Abteilung Bewilligungen regelt die vorübergehende Benützung des öffentlichen Grundes (insbesondere durch Veranstaltungen) und beaufsichtigt das Gastgewerbe. Die Abteilung Sonderleistungen überwacht den ruhenden Verkehr und führt die automatischen Geschwindigkeits- und Rotlichtkontrollen durch. Die Abteilung Operationen und Prävention koordiniert die Operationen, führt das Lagezentrum, konzipiert die Präventionskampagnen und stellt die Verkehrsinstruktion in den Schulen sicher.

Die Abteilung Zentrale Dienste schliesslich stellt den internen Support sicher (Führungsunterstützung, Human Resources, Rechtsdienst sowie Logistik und Informatik).

Um die städtische Sicherheit optimal gewährleisten zu können, wird in der Stadtpolizei gleichermassen Gewicht gelegt auf die dienstleistungsorientierte, bürgernahe Polizeiarbeit einerseits wie auch auf ein konsequentes und professionelles Ein- und Durchgreifen andererseits.

Die Stadtpolizei Zürich arbeitet eng mit anderen städtischen Diensten zusammen, insbesondere mit dem Sozialdepartement, dem Gesundheits- und Umweltdepartement sowie dem Schul- und Sportdepartement. Namentlich die Erfahrungen mit der damaligen offenen Drogenszene in den 1990er-Jahren haben gezeigt, dass gesellschaftliche Probleme in den Städten nicht mit der Polizei allein, sondern nur im Verbund mit anderen städtischen Diensten erfolgreich gelöst werden können.

Für weitere Angaben: [www.stadtpolizei.ch](http://www.stadtpolizei.ch)

### 4.2.2 Jahresschwerpunkte

#### **Schweizerische Strafprozessordnung (CH-StPO)**

Am 1. Januar 2011 tritt die neue Schweizerische Strafprozessordnung vom 5. Oktober 2007 in Kraft. Sie ersetzt die bisherigen kantonalen Strafprozessordnungen und schafft damit erstmals ein einheitliches Strafprozessrecht für die ganze Schweiz. Im Kanton Zürich wird damit die alte kantonalzürcherische Strafprozessordnung vom 4. Mai 1919 abgelöst.

Die Ausbildung der Polizeimannschaft in der neuen CH-StPO war ein wichtiger Jahresschwerpunkt der Stadtpolizei. Es galt sicherzustellen, dass alle Polizistinnen und Polizisten Ende 2010 bereit sind, die neue CH-StPO anzuwenden. Dies wurde mit verschiedenen Mitteln erreicht. Alle hatten ein E-Learning-Programm des Schweizerischen Polizeiinstituts zu absolvieren, das mit einer Prüfung abgeschlossen werden musste. Weiter wurde die Polizeimannschaft an Fachtagungen in die CH-StPO eingeführt.

Die CH-StPO bringt verschiedene Neuerungen, wie z. B. den sogenannten Anwalt der ersten Stunde. Die CH-StPO bringt für die Polizei auch Nachteile. Im Bereich der Gefahrenabwehr ist die verdeckte Ermittlung nicht mehr zulässig. Damit sind beispielsweise Fahndungen in Chatrooms, Scheinkäufe bei Strassendrogenhändlern und Alkoholtestkäufe durch Jugendliche nur noch eingeschränkt möglich. Leider konnten im Jahr 2010 weder auf eidgenössischer noch auf kantonaler Ebene neue gesetzliche Grundlagen geschaffen werden, die diesen Mangel beheben.

#### **Entwicklungsgebiete «Zürich-Nord» und «Zürich-West»**

Im Projekt «Zürich-Nord» und «Zürich-West» werden die mittel- und langfristigen sicherheitsrelevanten Auswirkungen betreffend Quartierentwicklungen und deren Folgen für die Stadtpolizei Zürich aufgezeigt. Aus diesen Entwicklungen sind Vorschläge für eine mittel- und langfristige Planung zur nachhaltigen Steuerung der Sicherheit zu erarbeiten.

Im Jahre 2010 wurden die Rohdaten nach speziellen – die Grundversorgung betreffenden – Einsatzstichworten extrahiert und nach einer speziellen Matrix bewertet. Daraus wurde ein Trend bis 2015 abgeleitet. Gleichzeitig wurden Daten des Statistischen Amtes und der Stadtentwicklung Zürich (Bevölkerungsentwicklung, Neubauszenarien usw.) in den entsprechenden Gebieten bis 2025 herangezogen.

Im Jahre 2011 wird der Einfluss der einzelnen Bereiche auf die gebietsspezifische Grundversorgung entsprechend gewichtet. Daraus wird die resultierende Manpower eruiert. In einem weiteren Schritt wird der zu erwartende Personalbedarf definiert. Anschliessend werden Konsequenzen bezüglich Standorten, Bauten und Infrastruktur aufgezeigt werden.

#### **Räumliche Masterplanung**

Basierend auf der räumlichen Masterplanung der Stadtpolizei Zürich wurde im Jahre 2010 beschlossen, welche

Organisationseinheiten für einen zentralisierten Standort, namentlich Amtshaus West, vorgesehen sind. Ein Betriebskonzept wurde durch den Technischen Dienst der Stadtpolizei in Zusammenarbeit mit der Immobilienbewirtschaftung der Stadt Zürich erarbeitet. Als möglicher Standort für das Amtshaus West steht das Areal an der Duttweiler-/Förrlibuckstrasse im Vordergrund. Aufgrund neuer Priorisierungen von städtischen Bauvorhaben vor dem Hintergrund der knappen Finanzen wurde das Projekt Amtshaus West zeitlich nach hinten geschoben.

### **Forensisches Institut Zürich**

Am 1. März 2010 nahmen die Kriminaltechnische Abteilung der Kantonspolizei Zürich und der Wissenschaftliche Dienst/Wissenschaftliche Forschungsdienst (WD/WFD) der Stadtpolizei Zürich ihre gemeinsame Tätigkeit unter dem neuen Namen Forensisches Institut Zürich am heutigen Standort Zeughausstrasse 11 auf. Verschiedene Arbeitsgruppen in den Bereichen IT, HR und Recht arbeiteten mit Hochdruck daran, Lösungen zu finden, damit die Verselbständigung des Forensischen Instituts per April 2012 erfolgen kann. Der Steuerungsausschuss fällte auf Antrag der Arbeitsgruppen folgende Beschlüsse: Die IT basiert auf der IT-Kapo. Es wird das kantonale Personalrecht angewendet. Für neu anzustellende Mitarbeitende kommt die Pensionskasse der Stadt Zürich zum Tragen (die jetzigen Angestellten verbleiben in ihren bisherigen Pensionskassen). Ein Rechtssetzungspapier für eine selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt besteht im Entwurf.

Nach dem Negativentscheid des Kantonsrats zum Polizei- und Justizzentrum (PJZ) prüft das Forensische Institut eine räumliche Optimierung an der Zeughausstrasse 11.

### **Polycom – Ausarbeitung des Detailprojekts Polycom Stadtpolizei Zürich**

Mit den internen und externen Partnern erfolgte der Start am 18. Juni 2010 für die Ausarbeitung des Ausbildungs- und Betriebskonzepts sowie der Spezifikationen zur Anbindung von POLYCOM an die Einsatzleit- und Sprachsysteme. Geplanter Einschalttermin ist der 8. Juni 2011. Beim Polycom System werden Funkgeräte persönlich zugeteilt.

### **Erneuerung der Persönlichen Schutzausrüstung für Einsätze im unfriedlichen Ordnungsdienst (PSA OD)**

Die aktuelle Schutzausrüstung der Polizistinnen und Polizisten für den unfriedlichen Ordnungsdienst hat das Ende der technischen Lebensdauer erreicht und muss erneuert werden. Mit der Erneuerung werden die heutigen Sicherheitsanforderungen erfüllt, und der Körperschutz kann der Lage entsprechend vor Ort angepasst werden.

Der Technische Dienst der Stadtpolizei führte in Zusammenarbeit mit OD-pflichtigen Polizistinnen und Polizisten eine Submission im offenen Verfahren nach Gatt/WTO mit den Zuschlagskriterien Grad der Anforderungserfüllung, Resultat der Einsatzerprobung, Preis, Lösungskonzept und Referenzen durch. Die Möglichkeit zur Einsprache wurde nicht genutzt, so dass die Verträge mit den Lieferanten abgeschlossen und die Bestellungen ausgeführt werden konnten.

### **Kala**

Die Hauptzielsetzungen des Projekts Kala liegen in der konsequenten Umsetzung der Doktrin und deren sieben Bausteine gemäss der Strategie Stapo 200X («Auf urbane Grundversorgung setzen», «Auf präventiv-repressive Polizeiarbeit setzen», «Personelle Präsenz steigern», «Spezialisierung und Administration entgegenreten», «Im Zweifel die Mittel den Regionen geben», «Territoriale Verantwortung stärken», «Grundversorgung entlasten»). Im Vordergrund stehen dabei die Überprüfung der Kernprozesse und die Optimierung von Einsatzkonzepten der einzelnen Frontabteilungen, namentlich in der Grundversorgung. Auf verschiedenen Stufen werden die Optimierungspotenziale in Teilprojekten identifiziert, optimiert und untereinander synchronisiert. Im Berichtsjahr wurden die ersten Einsatzkonzepte der Frontabteilungen erarbeitet sowie die 50 wichtigsten Istprozesse dargestellt und hinsichtlich Optimierungspotenzial (Effektivität/Effizienz) durchleuchtet. Für die Prozesse mit dem höchsten erwarteten Potenzial wurden neue Sollprozesse definiert. Im Frühjahr 2011 werden auf ausgesetzten Wachen in der Region West während fünf Wochen die neuen Sollprozesse sowie erste Verbesserungen aufgrund der erarbeiteten Einsatzkonzepte getestet und die Optimierungspotenziale für die ganze Stadtpolizei evaluiert.

### **Zürcher Polizeischule (ZHPS)**

Nach der Wahl eines Projektleiters konnten die eigentlichen Projektarbeiten für die gemeinsame Polizeischule der Kantonspolizei Zürich und der Stadtpolizei Zürich an die Hand genommen werden. Der Kantonsrat hat in erster Lesung den neuen §26a des Polizeiorganisationsgesetzes behandelt, der eine gesetzliche Grundlage für diese gemeinsame Schule bildet. Es ist vorgesehen, dass auch die weiteren kommunalen Polizeikorps des Kantons Zürich ihre Polizistinnen und Polizisten an der ZHPS ausbilden lassen. Es war geplant, die ZHPS im Polizei- und Justizzentrum unterzubringen. Auch nach der Ablehnung des Objektkredits durch den Kantonsrat am 20. September 2010 wurden die Planungsarbeiten fortgesetzt. Es ist geplant, den Betrieb der ZHPS im Frühjahr 2012 aufzunehmen und ihn einstweilen an den beiden bisherigen getrennten Standorten der Polizeischulen fortzuführen.

### **Arbeitsbekleidung für das Kommissariat «Kontrolle Ruhender Verkehr»**

Aufgrund eines Postulats, das allerdings inzwischen wieder zurückgezogen wurde, hat die Stadtpolizei in einem Projekt einen Kreditbeschluss für die Ausrüstung der Mitarbeitenden der Kontrolle Ruhender Verkehr (KRV) mit einer einheitlichen Arbeitsbekleidung vorbereitet. Mit der Beschaffung einer modernen, zweckmässigen und kompletten Arbeitsbekleidung der 155 KRV-Mitarbeitenden soll nicht nur eine Verbesserung des Gesundheitsschutzes, sondern vor allem ein einheitliches Erscheinungsbild erreicht werden. Die Ausübung der hoheitlichen Kontrolltätigkeit soll eindeutig als solche erkennbar sein. Das Geschäft war in der vorberatenden Spezialkommission Polizeidepartement/Verkehr des Gemeinderats stark umstritten und steht nun auf der Pendenzenliste des Parlaments.

#### 4.2.3 Allgemeine Kennzahlen

	2006		2007		2008		2009		2010	
	Anzahl	Massnahmen	Anzahl	Massnahmen	Anzahl	Massnahmen	Anzahl	Massnahmen	Anzahl	Massnahmen
Einbruch-diebstähle; Straftaten/ Massnahmen	5 725	1 33 2 5 3 1 4 625	6 492	1 45 2 5 3 2 4 612	7 032	1 50 2 1 3 3 4 520	6 800	1 67 2 3 3 3 4 631	5 400	1 36 2 3 3 2 4 328
Unzulässige Prostitution (Strassenstrich); Verzeigungen/ Massnahmen	420	1 345 2 0 3 0	403	1 412 2 7 3 0	263	1 466 2 3 3 0	368	1 532 2 5 3 1	755	1 557 2 4 3 0
Betäubungsmittel- kriminalität; Straftaten/ Massnahmen	10 319	1 436 2 32 3 0	11 327	1 670 2 0 3 0	9 656	1 700 2 0 3 0	12 190	1 750 2 0 3 0	11 558	1 690 2 0 3 0
Verkehrsdelikte; Anzeigen/ Massnahmen	22 297	1 115 2 7 3 0	26 465	1 0 2 5 3 0	24 245	1 0 2 6 3 ***8	19 228	1 0 2 2 3 ***8	20 045	1 0 2 3 3 7
Jugendkriminalität; Angeschuldigte/ Arrestanten/ Massnahmen	801/244	1 172 2 0 3 0	752/273	1 174 2 0 3 1	528/310	1 154 2 0 3 1	540/352	1 164 2 0 3 0	501/320	1 206 2 0 3 2
Gewässer- und Umweltkriminalität; Anzeigen/ Massnahmen	477	–	640	–	608	–	742	–	559	–
Gezielte Aktionen in Brennpunkten	622	–	462	–	**39	–	**43	–	25	–
Bewilligungspflich- tige Festanlässe und Veranstaltungen	1 200	–	1 220	–	1 272	–	1 290	–	**** 1 106	–
Grosskontrollen und Razzien im Gastgewerbe; Nachtpatrouillen	51	1 125	51	1 141	17	1 281	27	1 255	8	1 169
Notrufe Einsätze	150 013 62 070	– –	141 548 62 710	– –	n/a 62 887	– –	n/a 62 664	– –	156 521 62 875	– –
Ausgestellte Ordnungsbussen	1 018 144	–	980 588	–	1 006 753	–	987 516	–	*970 000	–

<sup>1</sup> Spezialpatrouillen

<sup>2</sup> Aktionen

<sup>3</sup> Kampagnen

<sup>4</sup> Beratungen

\* Provisorische Kennzahl

\*\* Der Begriff «Aktion» wurde neu definiert. Ab 2008 wird unter einer «Aktion» eine verordnete, schwerpunkt spezifische Massnahme verstanden. Eine verordnete «Aktion», die mehrmals durchgeführt wurde, wird nur einmal als Kennzahl vermerkt.

\*\*\* Kampagnen der Abteilung Prävention im Bereich Verkehrssicherheit

\*\*\*\* Filmdrehbewilligungen werden nicht mehr mitgezählt (neu nicht mehr Veranstaltungen sondern gewerbliche Bewilligungen).

#### Erläuterungen

- Spezialpatrouillen: schwerpunktspezifische Einsätze<sup>1</sup>
- Aktionen: schwerpunktspezifische Massnahmen<sup>2</sup>
- Kampagnen: schwerpunktspezifische präventive Massnahmen<sup>3</sup>

#### 4.2.4 Spezifische Kennzahlen

Beträge in Fr. 1000	Saldoentwicklung der laufenden Rechnung				
	2006	2007	2008	2009	2010
Rechnung					
Ausgaben	313 986	319 340	339 650	340 475	345 440
Erträge	-172 489	-162 729	-173 072	-173 647	-171 623
<b>Saldo</b>	<b>141 497</b>	<b>156 611</b>	<b>166 578</b>	<b>166 828</b>	<b>173 817</b>

#### Kommentar

Die Lohnmassnahmen sowie die Beschaffung der ersten Tranche der neuen Ausrüstung für den Ordnungsdienst führten zu Mehrausgaben. Die tieferen Erträge sind auf den Rückgang der Einnahmen von Ordnungsbussen zurückzuführen.



Stadtpolizei im Einsatz für die Bevölkerung. (Bild: Stadtpolizei)

### 4.3 Schutz & Rettung

#### 4.3.1 Aufgaben

Schutz & Rettung ist die grösste zivile Rettungsorganisation der Schweiz und dem Auftrag verpflichtet, der Bevölkerung in ihren Einsatzgebieten bestmöglichen Schutz und Sicherheit zu gewährleisten. Unter dem Dach von Schutz & Rettung befinden sich Feuerwehr, Rettungsdienst, Zivilschutz und Feuerpolizei sowie die Einsatzleitzentralen 118 und 144 in der Stadt Zürich und am Flughafen. Als Dienstabteilung des Polizeidepartements der Stadt Zürich ist sie Teil der Notfall- und Katastrophenorganisation von Stadt Zürich, Kanton Zürich und des Bundes. Mit den zugewiesenen Einsatzgebieten und Dienstleistungen ist Schutz & Rettung weit über die Stadtgrenze im Einsatz, insbesondere auch auf dem Flughafen Zürich.

Die beiden Einsatzleitzentralen (Stadt Zürich, Flughafen) nehmen die Notrufe 118 und 144 entgegen, alarmieren und disponieren Feuerwehren, Rettungsdienste sowie weitere Einsatzkräfte von Zivilschutz und Partnerorganisationen. Die Dispositionsgebiete der beiden Notrufe sind verschieden. Das Dispositionsgebiet des Sanitätsnotrufs 144 umfasst die Kantone Zürich, Schaffhausen und den Grossteil des Kantons Schwyz. Seit dem 1. Februar 2010 wird aufgrund eines Vertrages mit der Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich für die Notrufnummer 144 der ganze Kanton disponiert (davor ohne Winterthur und Umgebung) und das Katastrophenmaterial (Sanitätshilfestellen) für den gesamten Kanton bereitgestellt. Das Dispositionsgebiet des Feuerwehrnotrufs 118 umfasst den Kanton Zürich. Die Einsatzleitzentralen nahmen im Jahr 2010 total 512 576 Anrufe entgegen.

Der Rettungsdienst von Schutz & Rettung zählt zu den grössten der Schweiz. Er ist in der Stadt Zürich, auf dem Flughafen, in 28 nördlichen und 9 südlichen Vertragsgemeinden zuständig für die medizinische Notfallversorgung. Ausserdem führt der Rettungsdienst Transporte von Verunfallten und Kranken durch. 2010 leistete er 32 070 Einsätze. Der Rettungsdienst gewährleistet zudem den Sanitätsdienst an zahlreichen Veranstaltungen.

Die Feuerwehr leistet rund um die Uhr Hilfe nicht nur bei Bränden, sondern auch bei Personenbergungen, Tierrettungen, Öl- und Chemieunfällen, Strahlenwehr, Sturm-, Schnee- und Wasserschäden und weiteren Rettungsaufgaben. Die Berufsfeuerwehr wird unterstützt von acht Einheiten der Milizfeuerwehr mit rund 400 Angehörigen. Die Berufsfeuerwehr von Schutz & Rettung erbrachte 2010 insgesamt 4515 Einsätze, davon 765 auf dem Flughafengebiet.

Der Zivilschutz der Stadt Zürich leistet Hilfe bei natur- und zivilisationsbedingten lange andauernden Katastrophen und Notlagen. Mit 2700 Dienstpflichtigen unterstützt er die professionellen Rettungskräfte und die Polizei, stellt Betreuungsfformationen für Altersheime und Grossanlässe und führt auch Patiententransporte im Rahmen der insgesamt 13 244 erbrachten Einsätze durch.

Die Feuerpolizei sorgt dafür, dass in Zürich brandsicher gebaut wird und auch der Brandverhütung in bestehenden Gebäuden und an Anlässen aller Art die notwendige Beachtung geschenkt wird. Sie wendet dabei die internationalen, nationalen und kantonalen Erlasse an.



Im Ausbildungszentrum Rohwiesen in Zürich-Opfikon werden Zivilschutzkurse, Beratungen, Schulungen und Kurse zu Themen wie Arbeitssicherheit, Gesundheitsschutz, präklinische Hilfe und Brandschutz angeboten. Im «Hot Pot» stehen Trainingsanlagen für Einsatzfahrten mit Blaulicht (Fahr simulatoren) sowie für Atemschutzübungen, Absturzsicherungen, Höhenrettungen und Höhenarbeiten zur Verfügung. Diese Einrichtungen können gegen Entgelt auch von Dritten genutzt werden.

Die Höhere Fachschule für Rettungsberufe (HFRB) bildet Fachkräfte für Rettungsdienste und für Berufsfeuerwehren nach dem Grundsatz «Profis bilden Profis» aus. Dabei führen sämtliche angebotenen Ausbildungen nach den Bestimmungen des Bundesamts für Bildung und Technologie BBT zu eidgenössisch anerkannten Abschlüssen. Die Lehrgänge werden im dualen Ausbildungssystem durchgeführt, das heisst, die Schule vermittelt den theoretischen Unterricht, daneben erfolgt die praktische Ausbildung im Rettungsdienst bzw. in der Berufsfeuerwehr.

Für weitere Angaben: [www.stadt-zuerich.ch/srz](http://www.stadt-zuerich.ch/srz)

#### 4.3.2 Jahresschwerpunkte

##### Dienstgebäude/Standortstrategie

##### Räumliche Masterplanung Schutz & Rettung Zürich

Ende November 2009 nahm der Stadtrat von der Räumlichen Masterplanung und den in dieser Planung postulierten strategischen Grundsätzen zustimmend Kenntnis. Für das Jahr 2010 galt es, die Umsetzung vorzubereiten. Als wichtigste und zentrale Grundlage wurde für die nachfolgend aufgeführten Bauvorhaben bei der Immobilienbewirtschaftung der Stadt Zürich je ein Antrag eingereicht:

- Anbau Weststrasse 4 für die Verwaltung und die Führungsinfrastruktur
- Nebenzstützpunkt Ost für Feuerwehr und Rettungsdienst
- Nebenzstützpunkt West für Feuerwehr und Rettungsdienst
- Zentrale Einsatzlogistik mit Material, Fahrzeugen sowie der Umweltschutz- und Technikwache

Die Priorisierung der Bauvorhaben zeigte, dass die Zentrale Einsatzlogistik vorrangig zu behandeln ist. Erste Bestandesaufnahmen von Betriebs-, Fahrzeug- und Lagerflächen wurden als Grundlage für das künftige Betriebskonzept durchgeführt. Vor dem Hintergrund der knappen Finanzen mussten einzelne Bauvorhaben nach hinten verschoben werden.

##### Polycom

Am 1. Juni 2010 wurde bei SRZ das digitale Funksystem Polycom für Feuerwehr und Rettungsdienste ohne grössere Probleme in den produktiven Betrieb überführt. Damit ist auch SRZ an das Schweizerische Sicherheitsfunknetz angeschlossen. Dieses Netz ist für den Führungsfunk aller Behörden und Organisationen in der Schweiz vorgesehen, die sich mit Sicherheit und Rettung beschäftigen.

Neben der Ausrüstung aller notwendigen Mitarbeitenden und Funktionen mit den neuen Geräten musste im Besonderen die Einsatzzentrale an der Weststrasse für Polycom hochgerüstet werden. Für den Zugang zum kantonalen Polycom-Netz musste überdies ein eigenes Zugangsnetz aufgebaut werden.

Da es sich um ein komplett neues System handelt, mussten sehr viele Mitarbeitende von SRZ, Milizfeuerwehrleute und Mitarbeitende externer Rettungsdienste geschult werden.

##### Umbau ELZ Nord und Zusammenführung der beiden ELZ («ELZ-2011»)

Die Projektarbeiten für die neue Einsatzleitzentrale (Projektname ELZ 2011) laufen auf Hochtouren. Im vergangenen Jahr wurden schwergewichtig die Pflichtenhefte für die Infrastrukturen der Einsatzleit- und Führungssysteme erstellt sowie die baulichen Massnahmen definiert. Zudem wurden mehrere Betriebsvarianten mit potenziellen Partnern geprüft und analysiert. Eine Lösung für eine gemeinsame ELZ Stadtpolizei/Kantonspolizei wurde von der Kantonspolizei Zürich abgelehnt. Die bestehende Projektorganisation wurde mit der Stadtpolizei Zürich ergänzt, da durch die Erweiterung des Einsatzleitsystems für die ELZ 2011 technische Synergien und Abhängigkeiten bestehen. Das Projekt befindet sich nach wie vor auf Kurs, das heisst, die Inbetriebnahme im September 2012 scheint nach wie vor möglich. Die anstehenden und komplexen Projektarbeiten erfordern eine laufende Anpassung an die Anforderungen und eine bedarfsgerechte Ressourcenplanung.

##### Kunden- und Partnerpflege

Die Kunden- und Partnerpflege ist ein zentrales Anliegen und wichtiger Bestandteil der Qualitätsverbesserungsmassnahmen (EFQM) von Schutz & Rettung. Die Ergebnisse erster Umfragen bei verschiedenen Kundengruppen waren gut bis sehr gut, zeigten aber auch verschiedene Verbesserungsmöglichkeiten und Anliegen der Kundschaft. Speziell positiv hat die Freundlichkeit der SRZ-Mitarbeitenden abgeschnitten. Das grösste Verbesserungspotenzial sehen die Kundinnen und Kunden, Partnerinnen und Partner bei der Vermittlung aktueller Informationen über SRZ und das Dienstleistungsangebot. Der Kundschaft ist ausserdem wichtig, dass SRZ flexibel auf ihre Anliegen eingeht, dass sie möglichst nur einen Ansprechpartner hat und ihre Leistungen schnell und in hoher Qualität erhält. Es werden weitere Umfragen in anderen Kundensegmenten folgen.

Im Berichtsjahr erfolgten auch mehrere Umfragen bei Patientinnen und Patienten, die durch den Rettungsdienst geborgen oder transportiert wurden. Für einen möglichst aussagekräftigen Überblick werden diese Umfragen zukünftig quartalsweise durchgeführt und ausgewertet. Der Rettungsdienst kann damit noch besser auf Bedürfnisse eingehen und mögliche Verbesserungen in die Wege leiten.

##### ISO 9001:2008

2009 erlangte Schutz & Rettung das Zertifikat für das Qualitätsmanagement (ISO 9001:2008). Nun wurden die Arbeiten zur Prozessoptimierung mittels interner und externer «Audits» fortgesetzt, um die 2012 anstehende Rezertifizierung voranzutreiben. Dabei stellte sich heraus, dass die dafür im Einsatz stehende Softwarelösung zwar vielen Anforderungen gerecht wurde, jedoch hinsichtlich Handhabung sowie Abbildung der Abläufe und der daraus abgeleiteten Aufbauorganisation etliche Schwächen aufwies. Daher befasste sich die Abteilung Qualitätsmanagement stark mit der Ablösung des Systems.

##### EFQM

EFQM ist ein Modell für ein umfassendes Qualitätsmanagement und geht zurück auf die Stiftung «European Foundation for



Quality Management». Umfassend deshalb, weil die Prozesse in Bezug auf Effizienz und Effektivität geprüft beziehungsweise gemessen werden. Für das Erreichen der festgelegten Ziele werden konkrete Messgrössen definiert. Damit sind laufende Bewertungen der Unternehmensführung und Vergleiche mit den besten Unternehmen der Branche möglich. In Selbstbewertungen (sogenannten «Self-Assessments») werden Stärken und Verbesserungspotenziale ermittelt, um den Geschäftserfolg zu verbessern. Die EFQM-Qualitätsmessung berücksichtigt und misst vor allem die Fortschritte und die kontinuierlichen Weiterentwicklungen eines Unternehmens.

2010 wurde die Selbstbewertung zum 2. Mal durchgeführt. Dabei wurde deutlich, dass insbesondere die Messung von Ergebnissen und daraus abzuleitende Massnahmen zur Verbesserung eine enorme Herausforderung darstellen. Denn in vielen Fällen kann die Kausalität von Ursache und Wirkung nicht abschliessend zugeordnet werden.

Die Entwicklung der Stadt Zürich als «Partystadt» mit grosser Sogwirkung und die steigende Bereitschaft der Besucherinnen und Besucher, übermässig Alkohol und Drogen zu konsumieren, führten dazu, dass die Bereitschaft zu Gewalt gegen Einsatzkräfte signifikant anstieg. Dies hatte zur Folge, dass die Arbeitslast der Betroffenen zunahm und sich darüber hinaus die Sinnfrage stellte. Es sollen Massnahmen zur Entlastung der Einsatzkräfte sowie Kampagnen gegen die Gewalt gegen Rettungskräfte getroffen werden.

### **Personalentwicklung**

Mit dem steten Ziel, die richtige Person zur richtigen Zeit am richtigen Ort zu wissen, wurden Personalentwicklungsmassnahmen angeboten und durchgeführt. In persönlichen Gesprächen hatten die Mitarbeitenden die Möglichkeit, Inputs und Informationen zu persönlichen Karriereschritten zu erhalten. Beim gesamten Kader wurde eine Umfrage zum Thema Führungskoaching durchgeführt. Von rund 136 Kadermitarbeitenden haben sich 115 Personen an der Umfrage beteiligt. 75% begrüsst die Idee, zukünftig ein Führungskoaching nutzen zu können. Dieses Angebot wird deshalb 2011 umgesetzt.

2010 war die Nachfolgeplanung ein zentrales Thema. Gemeinsam mit der Geschäftsleitung wurden Eckpunkte des entsprechenden Konzepts diskutiert und erarbeitet. In einem nächsten Schritt werden nun potenzielle Mitarbeitende im Rahmen von Standortbestimmungen (inkl. Abklärungen) gefördert.

Die Weiterbildung des Kaders ist eine Kernaufgabe der Personalentwicklung. Wichtig ist dabei, dass Kaderweiterbildungen einen Mehrwert für das Unternehmen generieren und messbar sind. Dies hat 2010 dazu geführt, dass für 2011 die Weiterbildungen auf der Basis des Modells «Transferorientiertes Bildungscontrolling» konzipiert wurden, das sowohl Messbarkeit als auch Transferorientierung im Fokus hat. Im kommenden Jahr wird die Einführung des «Transferorientierten Bildungscontrolling» ein Kernthema sein.

### **Führung und Leadership**

Die Kurse «Führen bei SRZ» wurden auch in diesem Jahr weitergeführt. Die Führungsleitsätze von SRZ, abgeleitet aus dem städtischen Leitbild, bildeten die Kernthemen der Workshops. Ziel dieser Weiterbildung war es, den Kaderangehörigen Werkzeuge für den Arbeitsalltag zu geben, so dass die Führungsleitsätze im Alltag angewandt werden können. Jedes Geschäftsleitungsmitglied hat einen der Workshops begleitet und wertvolle Führungsgedanken eingebracht.

Zu jedem Führungsleitsatz wurde ein spezifischer Workshop angeboten, der dem gesamten Kader zur Anmeldung zur Verfügung stand. Aufgrund der grossen Nachfrage mussten zwei zusätzliche Daten angeboten werden. Von rund 136 Kadermitarbeitenden konnten 166 Kursbesuche verzeichnet werden. Dies zeigt, dass die Workshops geschätzt werden und manche der Kadermitarbeitenden mehr als einen Workshop besuchten.

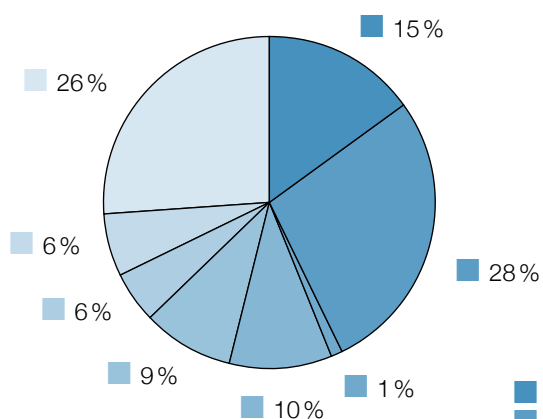
Die Führungsleitsätze werden ein zentrales Thema bleiben. In einem nächsten Schritt wird bereichsspezifisch die Umsetzung im Alltag diskutiert und werden entsprechende individuelle Schulungsseminare angeboten.

### 4.3.3 Allgemeine Kennzahlen

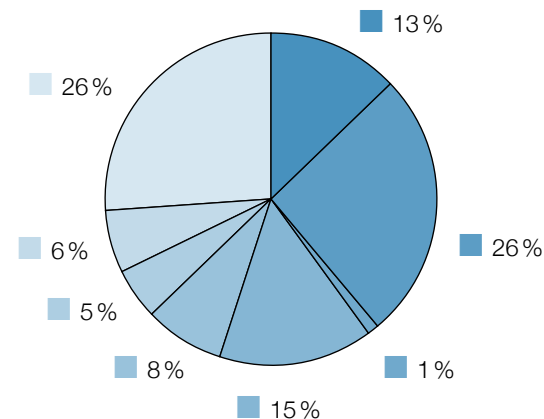
<b>Einsätze Rettungsdienst in der Stadt Zürich</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>
durch den Rettungsdienst	22 457	22 392	22 215
ergänzende Notarzteinsätze	1 284	1 189	1 139
<b>Total in der Stadt Zürich</b>	<b>23 741</b>	<b>23 581</b>	<b>23 354</b>
<b>Einsätze ausserhalb der Stadt Zürich</b>			
durch den Rettungsdienst	7 942	8 347	8 005
ergänzende Notarzteinsätze	319	430	711
<b>Total ausserhalb der Stadt Zürich</b>	<b>8 261</b>	<b>8 777</b>	<b>8 716</b>
<b>Gesamthaft</b>	<b>32 002</b>	<b>32 358</b>	<b>32 070</b>

<b>Einsätze Feuerwehr</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>
Brände	651	667	577
BMA	1 286	1 205	1 159
Unfälle (Strassen, Strom, Bahn)	57	55	73
Elementarereignisse (Unwetter, Wasser)	520	432	664
Umweltgefährdung	419	376	385
Firstresponder	146	201	210
Tierrettungen/Insekten	181	261	283
Weitere Hilfeleistungen/Rettungen	1 165	1 145	1 164
<b>Total</b>	<b>4 425</b>	<b>4 342</b>	<b>4 515</b>

**Einsätze Feuerwehr 2009**

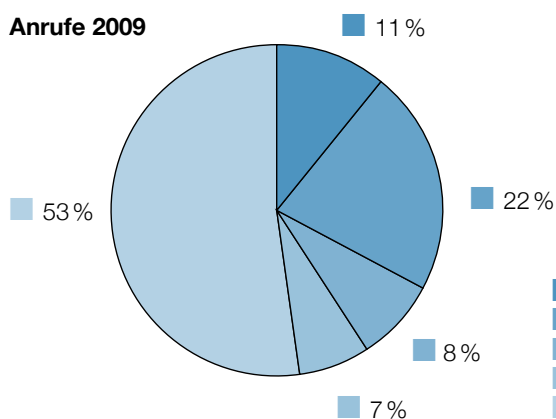


**Einsätze Feuerwehr 2010**

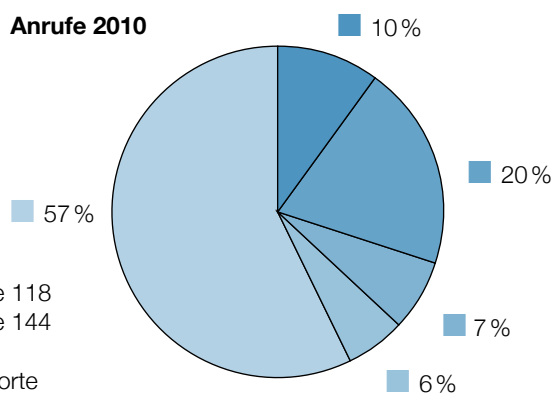


Anrufe	2008	2009	2010
Notrufe 118 (Feuerwehr)	52 900	55 355	49 510
Notrufe 144 (Rettungsdienst)	92 388	114 689	100 485
Brandmeldeanlagen: Statusänderungen für Wartung und/oder Umarbeiten	31 457	42 293	38 130
Aufträge Krankentransporte	26 679	34 220	30 703
Übrige Anrufe	286 517	279 112	293 748
<b>Total</b>	<b>489 941</b>	<b>525 669</b>	<b>512 576</b>

#### Anrufe 2009



#### Anrufe 2010



#### Dispositionen der Einsatzleitzentralen

	Feuerwehren* 2009	Rettungs- dienste 2009	Feuerwehren 2010	Rettungs- dienste 2010
Stadt Zürich (inkl. Flughafen)	12 047	40 576	12 326	40 681
Übriges Dispositionsgebiet	10 774	36 641	9 908	44 026
<b>Total</b>	<b>22 821</b>	<b>77 217</b>	<b>22 234</b>	<b>84 707</b>

\* Im Unterschied zum Geschäftsbericht 2009 ist in dieser Spalte die Gesamtzahl der Dispositionen der Einsatzleitzentralen ausgewiesen. Früher wurden hier die Einsatzzahlen aufgeführt.

#### Einsatztage Zivilschutz

Allgemeine Kennzahlen	2006	2007	2008	2009	2010
Istbestand	3 557	3 184	3 078	2 832	2 700
Teilnehmertage	13 451	14 439	16 974	13 122	13 244



Einsatzfahrzeuge SRZ am Flughafen Zürich. (Bild: SRZ)

## 4.4 Dienstabteilung Verkehr

### 4.4.1 Aufgaben

Die Dienstabteilung Verkehr ist für das Verkehrsmanagement in der Stadt Zürich zuständig und koordiniert die unterschiedlichsten Mobilitätsbedürfnisse. Priorität geniessen dabei die schwächsten Verkehrsteilnehmenden. Durch eine vernetzte Verkehrssteuerung wird der Verkehrsfluss laufend optimiert. In Notfällen können jederzeit lebensrettende Rettungs- und Interventionswege freigeschaltet werden.

Die Dienstabteilung Verkehr gliedert sich in vier Fachbereiche sowie drei Stabsfunktionen. Der Direktor, die Bereichs- und die Stabsleiter bilden die Geschäftsleitung.

Der Bereich «Analyse + Planung» beurteilt Verkehrsprojekte der Stadt Zürich auf der Basis praxisbezogener und wissenschaftlich erhärteter verkehrlicher Grundlagen und Analysen, insbesondere Modellrechnungen und Unfallstatistik. Die Planung von Verkehrskonzepten sowie die verkehrstechnische Bewertung von Verkehrs- und Hochbauprojekten, die Auswirkungen auf das Verkehrsgeschehen in der Stadt Zürich haben, obliegen diesem Bereich. Er wertet die Verkehrsunfälle der Stadt Zürich aus und schlägt Sanierungsmassnahmen vor. Auch die Planung und Analyse von Verkehrszonen (Tempo 30, Begegnungszonen, Altstadt, Quartierzentren) gehört dazu.

Der nach ISO9001 zertifizierte Bereich «Regelung + Entwicklung» koordiniert den Fliessverkehr mit dynamischen Signalisationsanlagen. Er entwickelt und fördert neue Verkehrstechnologien in Zusammenarbeit mit Hochschulen und Industrie. Es werden unter Berücksichtigung der Interessen aller Verkehrsteilnehmenden neue Verkehrsregelungsanlagen projektiert und in Betrieb genommen. Regelung + Entwicklung erarbeitet auch die Software für die verkehrsabhängige dynamische Steuerung der rund 400 Lichtsignalanlagen der Stadt Zürich.

Der Bereich «Mobilität + Recht» setzt sich mit strassenverkehrsrechtlichen Fragen auseinander. Er beobachtet und analysiert Mobilitätsentwicklungen. Seine Mitarbeitenden bereiten permanente Verkehrsanordnungen und die Umsetzung der entsprechenden Signalisation vor. Er bewirtschaftet die gebührenpflichtigen Parkplätze und die Blauen Zonen. Er stellt Sonderbewilligungen für den ruhenden Verkehr und die Zufahrt zu Sperrzonen aus. Er beurteilt Bau- und Reklamegesuche in Bezug auf Verkehrstechnik und -sicherheit.

Der Bereich «Ausführung + Unterhalt» erarbeitet in Koordination mit anderen Stellen innerhalb der städtischen und kantonalen Verwaltung (Tiefbauamt, Verkehrsbetriebe usw.) Umleitungs- und Signalisationskonzepte für Baustellen und Anlässe und plant Markierungen. Er stellt Signalisations-, Wegweisungs- und Absperrmaterial aller Art bereit, liefert dieses an seinen Bestimmungsort und wartet es sach- und fachgerecht.

Für weitere Angaben: [www.stadt-zuerich.ch/dav](http://www.stadt-zuerich.ch/dav)

### 4.4.2 Jahresschwerpunkte

#### **Verkehrsmanagement – Regionale Leitzentrale Verkehrsraum Zürich (RL VRZ)**

Nach der grundsätzlichen Genehmigung der Einrichtung einer RL VRZ durch das Astra konnten im Berichtsjahr im Rahmen von fünf Teilprojekten die Grundlagen und Vereinbarungen

durch die Vertreter des Astra und der Trägerschaft (Kanton Zürich, Stadt Zürich und Stadt Winterthur) weitgehend fertiggestellt werden. Per 1. Juli 2011 sollen die Vereinbarungen in Kraft treten und die RL VRZ ihren Betrieb aufnehmen.

#### **Lastwagentransit – Road-Pricing**

Mit der Eröffnung der Westumfahrung der Stadt Zürich hat der Lastwagentransitverkehr durch die Stadt Zürich (ehemalige Westtangente) schlagartig abgenommen. Damit ist die Prüfung eines allfälligen Verbots von Lastwagentransits durch die Stadt Zürich nicht mehr vordringlich. Das Thema wurde mit dem Tiefbauamt der Stadt Zürich koordiniert und in der Expertengruppe Verkehrsmanagement verankert – für den Fall, dass es wieder aktuell werden sollte.

#### **Tempo 30, Begegnungszonen und Quartierzentren**

Tempo 30, das vorwiegend in den 90er-Jahren umgesetzt wurde, ist ein wirksames Verkehrsberuhigungsmittel, um die Wohnquartiere vor übermässiger Verkehrs- und Lärmbelastung zu schützen. Begegnungszonen in Wohngebieten sind punktuelle Erweiterungen bereits bestehender Tempo-30-Zonen. Im Berichtsjahr wurden eine Tempo-30-Zone und sechs Begegnungszonen neu signalisiert, Total bestehen 131 Tempo-30- und 48 Begegnungszonen. Quartierzentren (Quarz) sind Zentrumsgebiete mit hohen Konzentrationen an Nutzungen und Funktionen. Sie entsprechen den in den Richtplänen festgelegten Fussgängerbereichen. Das Projekt Quarz ist abgeschlossen; die formulierten Richtlinien werden bei der Weiterentwicklung von Planungen und Projekten beigezogen.

#### **Priorisierung Blaulichtfahrten**

Eine neue Generation von Assistenzsystemen ermöglicht «Schutz & Rettung Zürich» im Notfall die rasche Einsatzbereitschaft, die konfliktfreie Ausfahrt der Rettungsfahrzeuge aus der Brandwache und eine ungehinderte Fahrt auf den im Rahmen der flankierenden Massnahmen angepassten zwölf Feuerwehr-Rettungsrouten ins Brandgebiet. Parallel dazu wurden neu Notfallfahrzeug-Detektoren entwickelt, die die sichere Weiterfahrt der Fahrzeuge auf den Trassees des öffentlichen Verkehrs ermöglichen.

#### **Weitere Schwerpunkte aus dem Berichtsjahr**

- Im Rahmen der städtischen IT-Strategie wurde im Frühling die heterogene Informatik-Landschaft der Dienstabteilung Verkehr konsolidiert und operativ zur OIZ überführt. Die IT-Büroarbeitsplätze wurden vereinheitlicht und die Dokumentenausgabegeräte bezüglich Druck-Volumen und Gerätestandort optimal ausgelegt. Branchenspezifische Fachapplikationen wurden auf die stadtweit einheitliche IT-Basis-Infrastruktur überführt. Gleichzeitig wurden die vorhandenen ordnerbasierten Dateiablagen aufgehoben und durch das Dokumentenmanagementsystem SharePoint ersetzt. Smartphones und Notebooks unterstützen neu die Arbeitsprozesse. Alle IT-Support- und Beschaffungsprozesse wurden dem städtischen Standard angepasst.
- Das strategische Projekt Innovationsmanagement hat zum Ziel, Innovationen systematisch zu planen, im Daily Business zu integrieren, sie zu begleiten und zu evaluieren. Durch die Schaffung von Plattformen und die gezielte Förderung innovativer Projekte wird die Verankerung des

Innovationsgedankens im Arbeitsalltag ermöglicht. Der aktive Austausch und die Kooperation mit Hochschulen, Industrie und andere fachspezifischen Netzwerken sind vorgesehen. Als erste operative Meilensteine wurden eine Bibliothek als Wissens- und Begegnungsplattform eingerichtet und Denkfabriken für die Verständnis- und Ideenentwicklung durchgeführt. Über 50 Projektideen wurden zur Weiterentwicklung und -verfolgung gesammelt, einige davon wie beispielsweise Massnahmen zur Vereinfachung und zur Koexistenz im Strassenverkehr werden derzeit vertieft geprüft.

- Der Kreis 5 erfährt durch den Betrieb von Unterhaltungs- und Vergnügungslokalen vermehrt massive Verkehrsbewegungen und Lärm. Insbesondere auch die Zunahme des Schleichverkehrs mitten durchs Quartier mit den entsprechenden nächtlichen Emissionen macht den Anwohnenden zu schaffen. Ein Mitwirkungsverfahren in Form von drei Workshops im Kreis 5 führte zur Herleitung von Massnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation und zur Gestaltung des Stadtraums. Parallel zu dieser Thematik besteht bei diversen

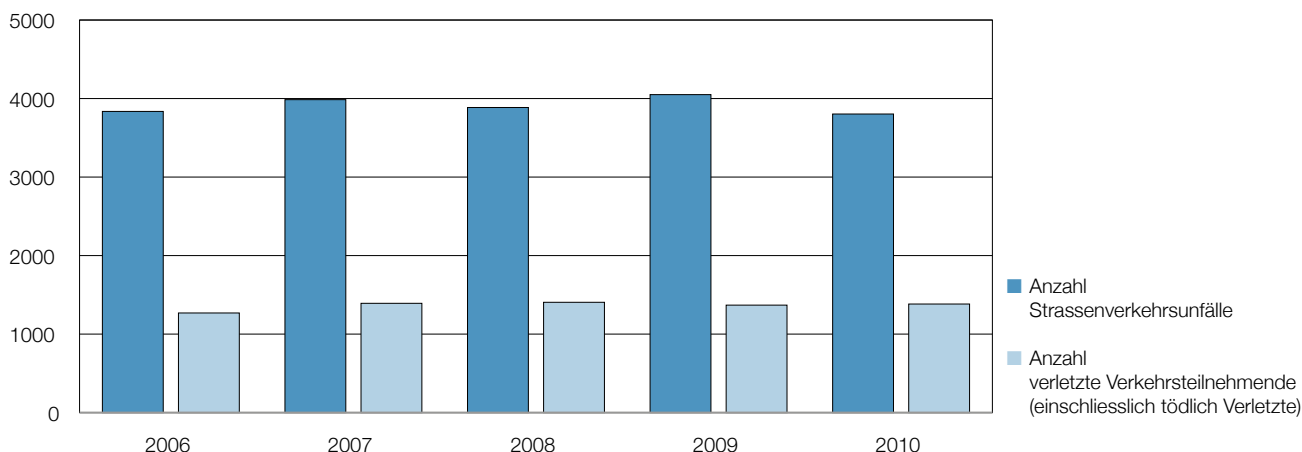
Strassenzügen Erneuerungsbedarf, so dass die Gelegenheit zur Sanierung verschiedener Werkleitungen und Strassenoberflächen genutzt wird. Die umfangreichen Projekte sind fertig erstellt und stehen vor der Projektauflage. Gleichzeitig werden die Verkehrsvorschriften für das neue Verkehrskonzept ausgeschrieben.

- Als Folge der Vielzahl von Bauprojekten wurden bestehende Lichtsignalanlagen neu projektiert und umgebaut. Zu den rund 385 Verkehrsregelungsanlagen wurden vier neu in Betrieb genommen und neun davon einer kompletten Sanierung unterzogen. 14 Verkehrsregelungsanlagen wurden im Zusammenhang mit Baustellen saniert. Unter anderem war dies bei folgenden Grossprojekten der Fall: Tram Zürich-West, Flankierende Massnahmen West, Sanierung Hardbrücke, Birmensdorferstrasse, Schaffhauserstrasse, Albisstrasse und Seefeldstrasse. Die hohe Anzahl Bauphasen verlangte die laufende Anpassung von Verkehrsregimes: Umleitungsrouten, Engpasssteuerungen und Abstimmung von Umlaufzeiten an Lichtsignalanlagen.

#### 4.4.3 Allgemeine Kennzahlen

	2006	2007	2008	2009	2010
Strassenverkehrsunfälle	3836	3986	3886	4050	3803
Verletzte Verkehrsteilnehmende	1259	1386	1394	1360	1372
Verkehrstote	10	6	11	9	11
Anwohnerparkkarten Blaue Zonen	39389	39636	41120	40660	39903
Spezialbewilligungen	6588	5515	5667	5594	5495

#### Strassenverkehrsunfälle



Variable Kennzahlen	2006	2007	2008	2009	2010
Sicherheitsvorkehrungen bei Baustellen; Verkehrsumleitungen	1557	1409	1610	1691	1629
Feste, Veranstaltungen und Sportanlässe	419	596	453	478	458

#### Kommentar

Es ist eine leichte Abnahme an Verkehrsunfällen mit Sachschaden zu verzeichnen. Die Zahl der Verletzten ist dagegen nahezu konstant. Die Anwohnerparkkarten und Spezialbewilligungen in den Blauen Zonen stagnieren auf durchschnittlichen

Vorjahreswerten. Die Anzahl an Sicherheitsvorkehrungen bei Baustellen hat sich aufgrund der weiterhin hohen Bautätigkeit nicht reduziert. Die Anzahl von Festen, Veranstaltungen und Sportanlässen in der Stadt Zürich ist weiterhin hoch.

#### 4.4.4 Spezifische Kennzahlen

(in Fr.)	Saldoentwicklung der laufenden Rechnung			
Rechnung 2555	2007	2008	2009	2010
Ausgaben	26375000	33344000	31875000	32235000
Erträge	-14205000	-14138000	-13200000	-13522000
<b>Saldo</b>	<b>12170000</b>	<b>19206000</b>	<b>18675000</b>	<b>18713000</b>

#### Kommentar

Die Saldoentwicklung verlief nach Plan. Die Abschreibungen auf Investitionen werden seit 2008 in der Verwaltungsrechnung ausgewiesen. Das Budget für den Sachaufwand wurde leicht überschritten. Die Abschreibungen liegen aufgrund der tieferen Investitionen jedoch unter dem Budget, was eine Entlastung der laufenden Rechnung bewirkte.

(in Fr.)	Saldoentwicklung der laufenden Rechnung			
Rechnung 2506	2007	2008	2009	2010
Ausgaben	13223000	12447000	13606000	13999000
Erträge	-13223000	-12447000	-13606000	-13999000
<b>Saldo</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

#### Kommentar

In den letzten Jahren wurde stets ein Überschuss erwirtschaftet, der jeweils durch eine Einlage in die Spezialfinanzierung ausgeglichen werden konnte.

(in Fr.)	Saldoentwicklung der laufenden Rechnung			
Rechnung 2505	2007	2008	2009	2010
Ausgaben	16375000	16241000	15842000	16581000
Erträge	-16375000	-16241000	-15842000	-16581000
<b>Saldo</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

#### Kommentar

Die Ersatzbeschaffung von Parkuhren kann aus der Spezialfinanzierung getragen werden. Die Einnahmen aus Parkgebühren konnten in den letzten Jahren den Aufwand für die Kontrolle und den Unterhalt der Infrastruktur nur knapp decken.



Mega-Plakate als neue Baustelleninformation: Hardbrückensanierung 2010. (Bild: Heiko Ciceri)



## 4.5 Stadtrichteramt

### 4.5.1 Aufgaben

Das Stadtrichteramt stellt die weltweite Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten und Übertretungen des eidgenössischen, des kantonalen und des kommunalen Rechts sicher, die in die örtliche, sachliche und funktionale Zuständigkeit der Stadt Zürich fallen. Es sorgt für die rechtlich einwandfreie und zeitgerechte Behandlung und Erledigung dieser Übertretungsstrafverfahren sowie für eine einheitliche Rechts- und Strafpraxis. Damit gewährleistet es auf dem Gebiet der Stadt Zürich Rechtssicherheit und stärkt das Rechtsbewusstsein nicht nur der Allgemeinheit, sondern auch des Individuums. In diesem Sinne betreibt es sowohl General- als auch Spezialprävention.

Im Rahmen dieses Kerngeschäfts beteiligt sich das Stadtrichteramt an der Gestaltung von Gesetzgebung und Rechtsprechung auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene und vertritt die Interessen und Bedürfnisse einer urbanen Bevölkerung sowie die speziellen Anliegen einer Grossstadt. In der Erfüllung dieser Hauptaufgaben ist das Stadtrichteramt selbständig und geniesst den Schutz der richterlichen Unabhängigkeit. Deshalb ist das Stadtrichteramt dem Polizeidepartement nur administrativ unterstellt, die Aufsicht über die richterliche Tätigkeit obliegt dem Statthalteramt.

Daneben gewährleistet das Stadtrichteramt den Aufbau und den Betrieb eines Kompetenzzentrums für Verlustscheinbewirtschaftung für die Stadtverwaltung von Zürich. Es sorgt damit für die rechtlich einwandfreie und zeitgerechte Eintreibung der Verlustscheinforderungen der allermeisten Dienstabteilungen der Stadtverwaltung von Zürich.

Für weitere Angaben: [www.stadt-zuerich.ch/stadtrichteramt](http://www.stadt-zuerich.ch/stadtrichteramt)

### 4.5.2 Jahresschwerpunkte

#### Verlustscheinbewirtschaftung

Mit STRB 1042 vom 21. August 2009 bewilligte der Stadtrat anstelle des ursprünglich vorgesehenen sukzessiven personellen und räumlichen Ausbaus des Verlustscheininkassos (VSI) mit jährlich zwei Sollstellenwerten für die Jahre 2010–2013 (total acht Sollstellenwerte) unter anderem wegen räumlicher Fragen lediglich zwei Sollstellenwerte für das Jahr 2010. Gleichzeitig verlangte er eine Neuberechnung des Businessplans für den Fall, dass ein weiterer personeller und räumlicher Ausbau des VSI geplant sei. In Nachachtung dieses Auftrages und im Hinblick auf die Übernahme der Verlustscheine der Sozialen Dienste führte das Stadtrichteramt Anfang 2010 unter Beizug von externen Fachleuten nochmals eine Analyse durch. Diese ergab unter anderem die Empfehlung, dass vor einem weiteren personellen und räumlichen Ausbau des VSI und der damit verbundenen Übernahme der damals noch erwarteten Menge von rund 6500 Verlustscheinen der Sozialen Dienste deren Werthaltigkeit aufgrund einer Stichprobe von 100 zufällig ausgewählten Fällen geprüft werden soll. In der Folge ergab sich an einer Sitzung mit den Sozialen Diensten Mitte Jahr völlig überraschend, dass anstatt der von den beiden Dienstabteilungen angenommenen Anzahl von etwa 6500 Verlustscheinen ein effektiver Bestand von etwa 17 000 Verlustscheinen zu übernehmen wäre. Nebst Klärung der offenen Fragen wurde

an dieser Sitzung gemeinsam festgelegt, dass die Werthaltigkeit dieser Verlustscheine gemäss der Empfehlung der Experten anhand einer zufälligen Auswahl von 100 Dossiers in einem Pilotprojekt zu evaluieren sei. Mitte September hat das Verlustscheininkasso die von den Sozialen Diensten eingereichten 100 Dossiers mit total 152 Verlustscheinen übernommen, erfasst und deren sukzessive Bearbeitung aufgenommen. Um ein aussagekräftiges Resultat zu erhalten, muss mit einer Bearbeitungs- und Rücklaufzeit von rund 1½ Jahren gerechnet werden. Aussagen über einen verbindlichen Zeitplan für den Ausbau des VSI und namentlich die Übernahme sämtlicher 17 000 Verlustscheine der Sozialen Dienste können deshalb erst im Frühjahr 2012 gemacht werden.

Trotz erschwelter personeller Bedingungen konnte nicht nur das Einnahmziel von 2,77 Mio. Franken um 120 000 Franken übertroffen werden, sondern das VSI konnte im Jahre 2010 neben der vollständigen Übernahme der Verlustscheine der dafür vorgesehenen Dienstabteilungen zusätzlich noch Verlustscheine von den Stadtspitälern Waid und Triemli übernehmen.

#### Rückführung in eine Remo-Dienstabteilung

Die vorbereitete Überführung per 1. Januar 2010 in die Remo-Budgetierung konnte nicht umgesetzt werden, weil der Gemeinderat seine Zustimmung zur Verordnung des Stadtrats über die Globalbudgetierung noch nicht gegeben hatte. Gemäss Verfügung des Finanzvorstehers wird das Stadtrichteramt die Remo-Budgetierung frühestens per 1. Januar 2012 einführen können.

#### Gesetzesnovellen

Das Stadtrichteramt hat die angestrebte Konsolidierung und Vereinheitlichung der Praxis im Zusammenhang mit der Einführung des neuen Allgemeinen Teils des Schweizerischen Strafgesetzbuches und der Zürcher Strafrechtspflegegesetzgebung in seinem Einflussbereich weitgehend erreicht. Die Frage, wie im Übertretungsstrafrecht mit Fällen umzugehen sei, in denen eine als Sanktion verfügte gemeinnützige Arbeit nicht oder nicht gehörig geleistet worden war, konnte in Zusammenarbeit mit dem Justizvollzug und weiteren Behörden ein einheitliches Verständnis herstellen. Zudem hat das Stadtrichteramt in mehreren Vernehmlassungen zu Gesetzesnovellen auf eidgenössischer oder kantonaler Ebene die speziellen Anliegen einer Grossstadt und die Praxiserfahrungen deren kommunalen Übertretungsstrafbehörde einbringen können.

#### Einführung Schweizerische Strafprozessordnung

Alle technischen und rechtlichen Neuerungen und Veränderungen sind sowohl in theoretischer als auch in praktischer Hinsicht etabliert und haben dabei einen hohen Koordinationsbedarf und damit teilweise unerwartet hohe Aufwendungen verursacht – vor allem wegen Inkohärenzen in der schweizerischen Gesetzgebung. Das gesamte Personal ist im Laufe des Jahres stufengerecht und praxisorientiert ausgebildet worden und nunmehr bereit für die personen- und sachgerechte Anwendung der neuen schweizerischen und kantonalen Prozess- und Gerichtsorganisationsgesetzgebung. Ausbildungs- und Applikationsdefizite sind dennoch nicht ganz vermeidbar und werden laufend eliminiert. Das gilt auch für die Optimierung der neuen Abläufe unter Einbezug der veränderten IT-Prozessmodelle und -Module.



### **Schnittstelle zum Unfalltechnischen Dienst (UTD) der Stadtpolizei**

Das Projekt «Schnittstelle zum Unfalltechnischen Dienst (UTD) der Stadtpolizei» mit dem Ziel, Zugriff auf alle Fotos der UTD-Bilderdatenbank zu erlangen, die im Stadtrichteramt pendente Geschäfte betreffen, konnte nur in allerersten, zaghaften Ansätzen weiterverfolgt werden, weil die Projektleitung beim Kanton liegt und das Stadtrichteramt auf den Lauf der Dinge keinen Einfluss hat. Die für die Erreichung des Projektziels nötige Einbindung dieser Bilderdatenbank in die kantonale Polizeidatenbank «Polis» ist im Rahmen des kantonalen Projekts «Performance» vorgesehen. Dieses wiederum setzt entsprechende Schnittstellen zwischen den beteiligten kantonalen und kommunalen Polizei- und Justizbehörden voraus, die aber erst noch gebaut werden müssen. Das Stadtrichteramt rechnet damit, dass im Jahr 2011 erste Meilensteine erreicht werden können.

### **IT**

Im Berichtsjahr konnte die im Jahr 2009 entwickelte Funktionserweiterung im Zusammenhang mit der «Elektronischen Verfügungszustellung (ELVZ)» sowie ihr Betrieb dauerhaft sichergestellt werden. Damit war die Stadtpolizei Zürich in der Lage, im Berichtsjahr rund um die Uhr etwa 6500 stadtrichteramtliche Verfügungen direkt ab System des Stadtrichteramtes auszudrucken und den Adressaten auch über Drittbehörden, wie beispielsweise andere Polizeikorps oder das Grenzwachtkorps, auszuhändigen.

Nach umfangreicheren Vorarbeiten konnte das Standby-System im Oktober in einem Durchlauf und auf Antrieb erfolgreich durchgeführt werden, hätte doch ein mehrstündiger

Systemausfall im StRA erhebliche Auswirkungen auf das Massengeschäft.

Unter der neuen Schweizerischen Strafprozessordnung sollen alle an einem Strafverfahren beteiligten Personen und Behörden über eine vom Bund anerkannte Plattform rechtsgültig elektronische Eingaben an das Stadtrichteramt machen können. Bei den Vorbereitungsarbeiten für die Einführung und die Umsetzung der in der entsprechenden Verordnung des Bundesrats (VO über die elektronische Übermittlung im Rahmen von Zivil- und Strafprozessen sowie von Schuldbetreibungs- und Konkursverfahren, SR 272.1) geregelten Modalitäten war das Stadtrichteramt in einer relativ lange dauernden Anfangsphase auf sich gestellt. Dieses Projekt und die Vorbereitungen der Prozessabläufe gemäss der neuen Vorgaben banden im 2010 (und sicher bis ins 2012) sehr viele IT-Ressourcen, zumal das StRA bei vielen Bedürfnissen weder auf viele Leute intern noch auf einen grossen Erfahrungsschatz bei der OIZ zurückgreifen kann, da bei letzteren das Know-how häufig auch noch nicht vorhanden ist.

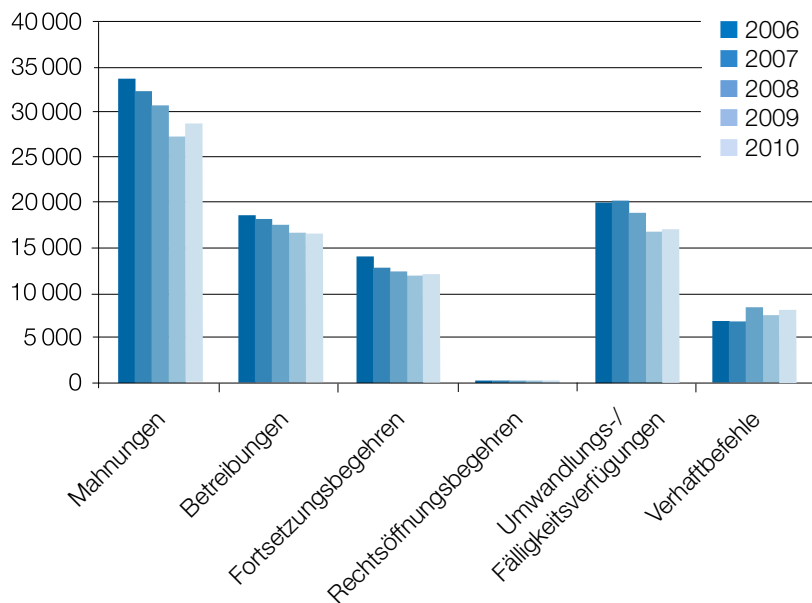
Eine weitere Herausforderung ist das Projekt der Schweizerischen Post, die ihre bisherigen Gerichtsurkunden in den bekannten gelben Couverts im 2011 durch «reguläre» C5-Couverts ablöst und den Prozess des eingeschriebenen Retourversands der Zustellinformationen auf dem elektronischen Weg abwickeln wird. Das Stadtrichteramt sieht sich in einer guten Ausgangsposition, da es sich dank dem Massengeschäft (Versand von über 15000 Gerichtsurkunden in der Berichtsperiode) mit der Post einerseits und aufgrund der eher kleinen Grösse des Amtes andererseits gut für Pilotprojekte mit der Post eignet. Es geht davon aus, dass auch dieser Prozess im 1. Quartal 2011 in den Betrieb überführt werden kann.

#### 4.5.3 Allgemeine Kennzahlen

Produktgruppen (in Fr. 1000)	2006	2007	2008	2009	2010
Übertretungsstrafverfahren	6524	6581.1	6346.8	6848.2	6375.2
<b>Total</b>	<b>6524</b>	<b>6581.1</b>	<b>6346.8</b>	<b>6848.2</b>	<b>6375.2</b>
<b>Ertrag des Stadtrichteramtes:</b>					
Bussen	13568897	14091642	12620890	11483737	11991363
Gebühren	15162442	15503305	14362492	13591671	13971866
Kostenrückerstattungen	4370878	4497341	4951726	5094762	5366140
<b>Total der Erträge</b>	<b>33102217</b>	<b>34092288</b>	<b>31935108</b>	<b>30170170</b>	<b>31329369</b>
<b>Eingang Verzeigungen (Anzahl):</b>					
Übertrag aus dem Vorjahr	2299	2222	1921	4361	5881
Statistikbereinigung nach Systemüberprüfung	–	–	–	–1060	–
Rapporte aus dem Übertretungsstrafrecht (Sicherheits-, Gewerbe-, Wirtschaftspolizei, Meldewesen usw.)	101665	97541	93669	90868	91034
<b>Gesamtzahl der Verzeigungen</b>	<b>103964</b>	<b>99763</b>	<b>95590</b>	<b>94163</b>	<b>96915</b>
<b>Erledigung:</b>					
Bussen, Verweise usw.	84922	85795	79699	77204	79822
Einstellung des Verfahrens	4108	1815	1651	1314	1367
Überweisungen an Statthalterämter	9939	7630	6686	5924	6555
Überweisungen an Bezirks- bzw. Staatsanwaltschaften	0	0	0	0	0
Überweisungen an andere Amtsstellen	129	122	195	201	228
Vereinigung mit anderen Verzeigungen der gleichen Täterschaft	2644	2480	2998	3637	3235
Übertrag auf das nächste Jahr	2222	1921	4361	5881	5708
<b>Zusammen</b>	<b>103964</b>	<b>99763</b>	<b>95590</b>	<b>94163</b>	<b>96915</b>
<b>Begehren um gerichtliche Beurteilung:</b>					
Übertrag aus dem Vorjahr	1616	1403	986	1276	1616
Einsprachen	8836	8022	7722	7158	6867
<b>Total</b>	<b>10452</b>	<b>9425</b>	<b>8708</b>	<b>8434</b>	<b>8483</b>

Produktgruppen (in Fr. 1000)	2006	2007	2008	2009	2010
<b>Erledigung:</b>					
Nichteintreten	1 422	1 273	1 502	1 443	1 429
Rückzug der Einsprachen	1 523	1 394	963	813	571
Aufgehobene Bussen	4 756	4 551	3 751	3 282	3 065
Sonstige Erledigungen	986	1 221	1 216	1 150	943
Weisungen an das Bezirksgericht	362	226	129	130	59
<b>Total</b>	<b>9 049</b>	<b>8 439</b>	<b>7 432</b>	<b>6 818</b>	<b>6 067</b>
Pendente Fälle	1 403	986	1 276	1 616	2 416
<b>Total</b>	<b>10 452</b>	<b>9 425</b>	<b>8 708</b>	<b>8 434</b>	<b>8 483</b>
<b>Erledigungen der Weisungen an das Bezirksgericht:</b>					
Bestätigt	85	47	29	32	31
Im Schuldpunkt bestätigt, jedoch von Bestrafung Umgang genommen	3	1	0	0	0
Vor Gericht anerkannt	130	72	37	31	21
Aufgehoben	33	35	17	20	13
An das StRA zurückgewiesen/abgewiesen	13	11	6	13	4
Ausstehende Entscheide	92	59	41	37	27
<b>Total</b>	<b>356</b>	<b>225</b>	<b>130</b>	<b>133</b>	<b>95</b>
<b>Vollzug:</b>					
Mahnungen	34 064	32 449	30 954	27 459	28 404
Betreibungen	18 829	18 240	17 707	16 835	16 646
Fortsetzungsbegehren	14 186	12 949	12 616	12 054	12 171
Rechtsöffnungsbegehren	368	342	340	393	397
Umwandlungs-Fälligkeitsverfügungen	20 047	20 333	19 047	16 907	17 503
Verhaftbefehle	6 947	7 026	8 507	7 692	8 294

## Vollzug 2006–2010



### Kommentar

Die Zunahme penderter Einspracheverfahren um 800 Fälle gegenüber dem Vorjahr ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen. Zum einen konnte sich namentlich das juristische Kader, das diese Verfahren führt, wegen intensiver Vorbereitungs- und Ausbildungsarbeiten im Zusammenhang mit der Einführung der Schweizerischen Strafprozessordnung nicht im gewünschten und notwendigen Ausmass dem operativen Geschäft widmen. Zum anderen führten verschiedene Gesetzesänderungen dazu, dass die gebührende Behandlung der Übertretungsstraffälle zeitintensiver wurde (beispielsweise Akten-einsicht). Dazu kam, dass in diesem Angestelltensegment zwei Stellenwechsel stattfanden und deshalb einerseits eine neue Mitarbeiterin während der fachlichen Einführungsphase nicht operativ arbeiten konnte und andererseits in Kauf zu nehmen war, dass eine weitere Juristenstelle über vier Monate unbesetzt blieb. Überdies stand eine Juristin mit Vollzeitpensum wegen Mutterschaftsurlaubs und in der Folge wegen dauernder Reduktion des Beschäftigungsgrads nur beschränkt zur Verfügung. Bemerkenswert ist zudem, dass in der Berichtsperiode gegenüber dem Vorjahr 7,4 % weniger Einsprachen zurückgezogen, hingegen 2618 (3,4 %) mehr Strafverfügungen erlassen wurden.

### Anmerkung:

- Die Gesamtzahl der Verzeigungen ist nicht identisch mit dem WOV-Leistungsindikator, da bei diesem der Übertrag auf das nächste Jahr in Abzug gebracht wird.
- Die Kostenrückerstattungen bilden den WOV-Ertrag.
- Beim Total der Erträge sind allfällige Auflösungen von Rückstellungen nicht enthalten.



Einvernahme im Stadtrichteramt. (Bild: Lukas Roth, StRA)

## 5. Parlamentarische Vorstösse

### I. Unerledigte Initiativen

Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2010)

Volks- und Einzelinitiativen, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

EIS = Einzelinitiative Stimmbürger (Erledigungsfrist 1½ Jahre mit ½ Jahr Verlängerung)  
EIR = Einzelinitiative Ratsmitglied (Erledigungsfrist 1½ Jahre mit ½ Jahr Verlängerung)  
VI = Volksinitiative (Erledigungsfrist 1½ Jahre mit ½ Jahr Verlängerung)

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
--------------------------------	----------------------------	--

EIS 2008/001165 2008/000468	29.10.2008 08.04.2009	Merz René Lebensmittelmärkte, Vorschriften
-----------------------------------	--------------------------	---

Antrag:

Anpassung der «Vorschriften über die Märkte» (AS 935.310)

- *Betreffend die Lebensmittelmärkte (Art. 1, Ziff. 1) sollten die Vorschriften über die Verkaufszeiten (Art. 2, Abs. 1) so geändert werden, dass Lebensmittelmärkte an ihren Standorten und -tagen durchgehend bis 18 Uhr betrieben werden können.*
- *Die Gebührenordnung (Art. 6, Abs. 1, Ziff. 1) sollte so umgestaltet werden, dass Gebühren entweder für vormittags (06.00 bis 12.00 Uhr), nachmittags (12.00 bis 18.00 Uhr) oder ganztags (06.00 bis 18.00 Uhr) erhoben werden.*
- *Die Zuteilung der Standplätze (Art. 5) sollte so angepasst werden, dass sich zwei Marktfahrende den gleichen Standplatz tageshäftig teilen können («Marktsharing»), sofern der/die eine davon nur vormittags, der/die andere nur nachmittags tätig sein möchte.*

## II. Unerledigte Motionen und Postulate

Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2010)

Motionen und Postulate, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

MOT = Motion (Erledigungsfrist zwei Jahre nach Überweisung)

POS = Postulat (Erledigungsfrist zwei Jahre nach Überweisung)

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 1997/002071 1997/000465	12.11.1997 09.09.1998	Prelicz-Huber Katharina und 2 Mitunterzeichnende Birmensdorferstrasse/Sädlenweg, Erstellung eines FussgängerInnenstreifens

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie auf der Höhe des Sädlenwegs/Hagenbuchrains an der Birmensdorferstrasse (Triemliquartier) ein FussgängerInnenstreifen erstellt werden kann. Aufgrund der gefährlichen Lage soll der Streifen mit geeigneten, aber kostengünstigen Massnahmen gesichert werden.*

Nach der Inbetriebnahme der Westumfahrung Zürich wurde auch mit dem Bau der verschiedenen flankierenden Massnahmen begonnen, bzw. die hierfür notwendigen Bauarbeiten sind auch in der Birmensdorferstrasse an verschiedenen Örtlichkeiten in vollem Gange. Mit den für obige Fussgängerquerung notwendigen Strassenanpassungen bzw. Schutzeinrichtungen ist jedoch noch nicht gestartet worden. Der Baubeginn ist aber im Jahr 2011 vorgesehen.

POS 2000/000377 2000/000073	09.02.2000 29.05.2002	Dettli Reto und Bögle Heinz Heinrichstrasse, Befreiung vom Durchgangsverkehr
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Heinrichstrasse vom Durchgangsverkehr befreit werden kann.*

Im Januar 2010 fand der letzte Workshop zum Verkehrskonzept Kreis 5 statt. Eingeladen waren Gemeinderäte, Quartier- und Gewerbevereine, Genossenschaften, Stadtpolizei, Tiefbauamt sowie Kommissionen und Verbände. Dabei einigte man sich auf ein Nachtfahrverbot (22.00 bis 03.00 Uhr) im Perimeter Limmat-/Langstrasse/Gleisfeld/Hard-/Gerold-/Viaduktstrasse. Die Zufahrt für die Anwohnerschaft sowie (wo nötig) für Zulieferer bleibt weiterhin erlaubt. Zudem sind feste Barrieren und zwei bewachte Zufahrtspforten an der Röntgenstrasse Seite Lang- und Limmatstrasse vorgesehen. Um das bestehende Nachtfahrverbot an der Ausstellungsstrasse zu verdeutlichen, sind ebenfalls zwei zusätzliche feste Barrieren an der Limmatstrasse/Baumgasse und an der Hafner-/Ausstellungsstrasse vorgesehen. Überdies sind seitens des Tiefbauamts zugleich Bestrebungen im Gange, in den Strassenzügen Quellen-/Motoren-/Gasometer-/Josef-/Heinrichstrasse die Gestaltung des Strassenraumes inkl. Alleenkonzept zu verbessern, um das Wohngebiet aufzuwerten. In der Heinrichstrasse sind Fahrtrichtungsänderungen geplant, um den Durchgangsverkehr zu unterbinden. Das Teilstück Heinrichstrasse, zwischen der Ottostrasse nach der Röntgenstrasse, könnte evtl. neu nur noch stadteinwärts befahren werden. Ebenfalls möchte man die Fahrtrichtung im Teilstück Röntgenstrasse nach der Fabrikstrasse ändern. Wann die Massnahmen umgesetzt werden können, ist abhängig vom Ausgang und von der Zustimmung der Quartier- und Gewerbeorganisationen (Ausschreibungsdatum vermutlich Februar 2011) sowie von der endgültigen Erledigung allfälliger Einsprache- und Rekursverfahren gegen die noch zu erlassenden diesbezüglichen Verkehrsvorschriften.

POS 2000/001031 2000/000249	24.05.2000 05.06.2002	Kuhn Rolf Breitensteinstrasse und Strasse Am Wasser, Verbesserung der Sicherheit
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer entlang und auf der Breitensteinstrasse und der Strasse Am Wasser grundlegend verbessert werden kann.*

Im November 2010 wurde im sogenannten «Engpass» zwischen den Häusern am Wasser Nr. 125 und 197 (schmale Fahrbahn, nur einseitiges Trottoir) das bis zum Umbau der Strasse «Am Wasser» gültige Tempo 30 eingeführt und auch die nachfolgende Strecke mit dem schulzeitenabhängigen Tempo 30 darin einbezogen. Die beiden bereits im Vorjahr erwähnten massgebenden Strassenbauprojekte «Am Wasser» (Europabrücke bis Tobeleggweg und Tobeleggweg bis Grossmannstrasse), die eine Verbesserung der Situation für die Zufussgehenden und Velofahrenden bringen sollen, können nach wie vor noch nicht umgesetzt werden. Ob sie wie geplant nach der Fertigstellung der Pfingstweidstrasse, also ca. 2012/13, in Angriff genommen werden können, ist noch offen, da im Gebiet Höngg noch weitere Baustellen anstehen (u.a. Limmatalstrasse, Winzerstrasse) und diese wiederum aus Umleitungsgründen koordiniert werden müssen.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
--------------------------------	----------------------------	--

POS 2000/001110 2000/000266	07.06.2000 19.06.2002	Bögle Heinz Josefstrasse zwischen Gasometerstrasse und Luisenstrasse, teilweise Sperrung
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird höflich gebeten zu prüfen, wie halbjährlich in der Zeit zwischen Frühlings- und Herbstferien auf möglichst einfache und kostengünstige Art und Weise das Teilstück der Josefstrasse zwischen Gasometer- und Luisenstrasse im Kreis 5 für den Durchgangsverkehr und den ruhenden Verkehr gesperrt werden könnte. Die Sperrung sollte täglich zwischen 11.00 Uhr und 06.00 Uhr erfolgen, so dass der morgendliche Güterumschlag gewährleistet bleibt.*

Im Januar 2010 fand der letzte Workshop zum Verkehrskonzept Kreis 5 statt. Eingeladen waren Gemeinderäte, Quartier- und Gewerbevereine, Genossenschaften, Stadtpolizei, Tiefbauamt sowie Kommissionen und Verbände. Dabei einigte man sich auf ein Nachtfahrverbot (22.00 bis 03.00 Uhr) im Perimeter Limmat-Langstrasse/Gleisfeld/Hard-/Gerold-/Viaduktstrasse. Die Zufahrt für die Anwohnerschaft sowie (wo nötig) für die Zulieferer bleibt weiterhin erlaubt. Zudem sind feste Barrieren und zwei bewachte Zufahrtspforten an der Röntgenstrasse Seite Lang- und Limmatstrasse vorgesehen. Um das bestehende Nachtfahrverbot an der Ausstellungsstrasse zu verdeutlichen sind ebenfalls zwei zusätzliche feste Barrieren an der Limmatstrasse/Baumgasse und an der Hafner-/Ausstellungsstrasse vorgesehen. Überdies sind seitens des Tiefbauamts zugleich Bestrebungen im Gang, in den Strassenzügen Quellen-/Motoren-/Gasometer-/Josef-/Heinrichstrasse die Gestaltung des Strassenraums inkl. Alleenkonzept zu verbessern, um das Wohngebiet aufzuwerten. Wann die Massnahmen umgesetzt werden können, ist abhängig vom Ausgang und der Zustimmung der Quartier- und Gewerbeorganisationen (Ausschreibungsdatum vermutlich Februar 2011) sowie von der endgültigen Erledigung allfälliger Einsprache- und Rekursverfahren gegen die noch zu erlassenden diesbezüglichen Verkehrsvorschriften.

POS 2002/000187 2002/000044	30.01.2002 17.04.2002	Freisinnig-Demokratische Partei Fraktion Kreuzplatz, Optimierung der Verkehrsführung und -steuerung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob durch eine Optimierung der Verkehrsführung und -steuerung am Kreuzplatz, insbesondere auch durch eine zweisepurige Einfahrt aus der Zollikerstrasse, der Verkehrsfluss stadteinwärts derart verbessert werden kann, dass der Verkehr aus dem Quartier, insbesondere der gewerbliche, auch zu Hauptverkehrszeiten flüssig und ohne Verzögerung aus der Zollikerstrasse über den Kreuzplatz abfliessen kann. Dabei sollen solche Massnahmen getroffen werden, die erstens die Situation für den öffentlichen Verkehr, den Veloverkehr und für die Fussgängerinnen und Fussgänger nicht verschlechtern, zweitens in den angrenzenden Wohnquartieren keine zusätzlichen Verkehrsbelastungen – z. B. durch Eröffnung neuer Schleichwege – erzeugen.*

Die Verkehrsführung am Kreuzplatz ist mit vier Einmündungen und den verschiedenen dort verkehrenden öffentlichen Verkehrsmitteln sehr komplex und muss dementsprechend gesteuert werden. Nur durch einen optimal abgestimmten Verkehrsfluss können der Busbetrieb im Zeltweg ohne grössere Zeitverluste und ein ungehinderter Betrieb der übrigen Verkehrsmittel rund um den und auf dem Kreuzplatz gewährleistet werden. Zudem muss die Verkehrssteuerung den gesamten Verkehr inkl. Individualverkehr so lenken, dass die Innenstadt durch die anfallenden Verkehrsströme nicht zum Erliegen kommt. Der Baubeginn zur Umgestaltung des Kreuzplatzes wird sich nach Angaben des zuständigen Tiefbauamts verzögern und ist neu auf den 8. Februar 2013 angesetzt (geplanter Abschluss der Bauarbeiten: November 2013). Die Umsetzung des Projekts ist noch nicht abgeschlossen. Das Postulat ist somit noch nicht erfüllt.

POS 2002/001345 2002/000257	10.07.2002 01.09.2004	Schönbächler Robert Badenerstrasse 125, Erstellung eines Fussgängerübergangs
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob auf der Badenerstrasse, Höhe Liegenschaft Nr. 125, vis-à-vis der Zufahrt zum Migros-Markt Wengihof, ein durch einen Fussgängerstreifen und mit Schutzinseln gesicherter Übergang erstellt werden kann.*

Im Rahmen des Vorprojekts zur Gleissanierung und Neugestaltung der Badenerstrasse im Abschnitt Anker- bis Kalkbreitestrasse wurden auch geeignete Massnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit der querenden Fussgängerinnen und Fussgänger geprüft. Diese Prüfung hat ergeben, dass eine sichere Fussgängerquerung auf der Höhe Migros-Markt Wengihof nicht möglich ist. Hingegen kann als Alternative westlich der Langstrasse, in rund 40 Meter Entfernung, eine sichere Querungsmöglichkeit mit einseitiger Schutzinsel geschaffen werden. Die Ausführung der geplanten Infrastruktur-erneuerung ist im Sommer 2012 vorgesehen.

POS 2002/001502 2002/000279	21.08.2002 27.11.2002	Danner Ernst und Schmid Georg, Dr. Stadtpolizei, Überführung des Wissenschaftlichen Diensts in eine neue Trägerschaft
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der Wissenschaftliche Dienst der Stadtpolizei in eine neue Trägerschaft überführt werden kann, an der die Stadt, der Kanton und der Bund beteiligt sind.*

Am 1. März 2010 haben die Kriminaltechnische Abteilung der Kantonspolizei Zürich und der WD/WFD der Stadtpolizei Zürich ihre gemeinsame Tätigkeit unter dem neuen Namen Forensisches Institut Zürich am heutigen Standort an der Zeughausstrasse 11 aufgenommen. Verschiedene Arbeitsgruppen in den Bereichen IT, HR und Recht arbeiten mit Hochdruck daran, Lösungen zu finden, damit die Verselbständigung des Forensischen Instituts per April 2012 erfolgen kann. Bis Ende 2010 hat der Steuerausschuss auf Antrag der Arbeitsgruppen folgende Beschlüsse gefasst: Die IT soll auf der IT der Kapo basieren, es soll das kantonale Personalrecht angewendet werden, und für neu anzustellende Mitarbeitende soll die Pensionskasse der Stadt zum Tragen kommen (die jetzigen Angestellten verbleiben in ihren bisherigen Pensionskassen). Ein Rechtsetzungspapier für eine selbständige öffentlich rechtliche Anstalt besteht und wurde durch den Stadtrat und den Regierungsrat akzeptiert. Nach dem Negativentscheid des Kantonsrats zum P.J.Z prüft das Forensische Institut eine räumliche Optimierung an der Zeughausstrasse 11.



Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2003/001088 2003/000138	09.04.2003 09.03.2005	Marolf Hans und Stucker Rolf Fischerweg und Kloster-Fahr-Weg, Durchsetzung des Fahrverbots

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie das geltende Fahrverbot auf dem Fischerweg und dem Kloster-Fahr-Weg nachhaltig durchgesetzt werden kann und auf mindestens einer Seite des Flusses eine attraktive Fahrgelegenheit für Velofahrende geschaffen werden kann.*

Der Stadtpolizei und der Dienstabteilung Verkehr ist die Problematik des Fahrens trotz signalisiertem Fahrverbot hinlänglich bekannt. Um den Weg auch für Radfahrerinnen und Radfahrer zu öffnen und legal nutzbar zu machen, fehlt es im Moment an der erforderlichen minimalen Wegbreite von drei Metern. Es ist deshalb klar und unbestritten, dass bei einer grossen Anzahl von Spazierenden auf diesem schmalen Wegstück Radfahrerinnen und Radfahrer die zu Fuss Gehenden stören. Bauliche Massnahmen wie etwa geschwindigkeitssenkende Schwellen sind als mögliche Vorkehrungen wenig geeignet, da der Weg auch von vielen älteren Menschen, Spazierenden mit Kinderwagen und Rollstuhlfahrenden benützt wird. Die Stadtpolizei kontrolliert die Einhaltung des Fahrverbots und wird dies auch weiter tun, obschon Akzeptanz und Verständnis bei vielen Radfahrerinnen und Radfahrern so gering sind, dass die Stadtpolizei bei Kontrollen immer wieder verbal angegriffen wird und Radfahrende, die auf das Verbot hingewiesen werden, sich oftmals sehr unkooperativ verhalten. Leider kann die Situation ohne bauliche Massnahmen selbst mit restriktiven Kontrollen nur punktuell und über kurze Zeit entschärft werden. Ein Projekt zur Verbreiterung des südlichen Uferwegs mit einer Lockerung des Fahrverbots für Fahrradfahrende liegt vor, indes steht zur Zeit noch nicht fest, wann es zur Ausführung kommen wird.

MOT 2003/001682 2003/000231	25.06.2003 20.04.2005	Stähler Anton und Schönbächler Robert Meierhofplatz, Aufwertung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, die zum Ziel hat, den Meierhofplatz durch organisatorische und bauliche Massnahmen für den öffentlichen Verkehr sowie für die nichtmotorisierten Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer aufzuwerten.*

Seit Frühjahr 2009 ist der von der Dienstabteilung Verkehr initiierte Dialog mit den wichtigen ExponentInnen aus dem Quartier Höngg und der geplante zugehörige Mitwirkungsprozess ins Stocken geraten. Zum einen stiess das Verkehrskonzept rund um den Meierhofplatz vor allem bei VertreterInnen des Gewerbes auf massiven Widerstand, insbesondere dessen Kernstück, ein Rechtsabbiegeverbot am Meierhofplatz für die Fahrzeuglenkenden der zuführenden Regensdorferstrasse (Gsteigstrasse). Auch der Vorschlag einer versuchsweisen, zeitlich auf ein Jahr befristeten Umsetzung der im Verkehrskonzept vorgesehenen Massnahmen fand keine Akzeptanz. Der andere Problembereich ist die seit der Aufnahme der Sanierung der Hardbrücke massiv höhere Verkehrsbelastung des Strassenzugs Breitensteinstrasse – Am Wasser. Die Anliegen und Vorbehalte aus dem Quartier sind sehr ernst zu nehmen, und der weitere Prozess in Höngg wird viel Fingerspitzengefühl erfordern. Das erklärte Ziel besteht nach wie vor darin, in Höngg eine überparteiliche Arbeitsgruppe «Verkehr und Strassengestaltung» zu bilden, ähnlich wie sie im Quartier Hirslanden/Hottingen seit Jahren besteht. Erst wenn ein solches Gremium funktioniert, kann an Workshops zur Weiterbearbeitung der Verkehrsfragen in Höngg gedacht werden. Nachdem die Bildung der angestrebten Arbeitsgruppe leider auch unter Mithilfe einer externen Fachkraft bislang nicht gelungen ist, erfolgte am 25. August 2010 die Publikation der auf Grund der Motion von der DAV erarbeiteten und vom Gemeinderat genehmigten Verkehrsvorschriften. Zurzeit läuft das durch verschiedene Einsprachen ausgelöste Rechtsmittelverfahren.

POS 2005/001023 2005/000333	10.09.2003 24.08.2005	Nielsen Claudia Westtangente, Vorlage für eine effiziente Verkehrssteuerung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage für eine effizientere Verkehrssteuerung an der Westtangente zu unterbreiten. Durch geeignete Modernisierung der Installation soll eine zeitweise Spurreduktion zwischen Buchegg- und Hardplatz ermöglicht werden. Geeignete Massnahmen sollen eine Zusatzbelastung durch die Spurreduktion in anliegenden Quartieren verhindern.*

Grundsätzlich wäre zu Nachtzeiten eine Redimensionierung der Anzahl Fahrstreifen möglich. Die Vorteile lägen in einem gleichmässigeren, stetigen Verkehrsfluss, einer voraussichtlichen leichten Reduktion der Unfallstatistik und einer (wenn auch nicht allzu massiven) Reduktion der Lärmemission. Stau bildende oder den öffentlichen Verkehr behindernde Situationen wären dadurch nicht zu befürchten. Neben dem vorliegenden Postulat ist nach wie vor ein Begehren für einen oberirdischen Fussgängerübergang an der Rosengartenstrasse hängig. Beide Vorhaben schliessen sich nicht aus, ergeben aber auch keine Synergien. Beide Begehren müssten zudem zusätzlich vom Kanton bewilligt werden, weil es sich um kantonal klassifizierte Strassen handelt. Nach Abschluss der Grossbaustelle (Winter 2011) bei der Hardbrücke wird die Situation erneut zu überprüfen sein.

POS 2004/001403 2004/000455	01.09.2004 06.06.2007	Bucher Gregor Universitätstrasse/Huttensteig, sichere Gestaltung der Strassenübergänge
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er den Strassenübergang der Universitätsstrasse beim Huttensteig sicherer gestalten kann. Zu prüfen ist die Realisierung von zwei Schutzinseln.*

Das Projekt steht immer noch nicht fest. Es zeigt sich aber immer deutlicher, dass der gewünschte Übergang nicht durch eine Schutzinsel gesichert werden kann, sondern eher mit demjenigen bei der Haltestelle Winkelriedstrasse, die aber leicht verschoben werden müsste, zusammengelegt wird. Zuständig ist das Tiefbauamt.

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 2005/000071 2005/000008	12.01.2005 07.01.2009	Weiss Urs «Monday Night Skate», Vermeidung von Verkehrsstaus
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei den künftigen «Monday Night Skates» die Verkehrsführung und Signalisierung derart gestaltet werden kann, dass die übrigen Verkehrsteilnehmer nicht unnötig behindert werden.</i>		
POS 2005/000104 2005/000016	19.01.2005 07.01.2009	Rosenheim Monjek und 17 Mitunterzeichnende Stadtpolizei, Bildung eines Velospezialteams
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob innerhalb der Stadtpolizei neu ein Velospezialteam gebildet werden kann, das auf Fahrrädern speziell für die Sicherheit in der Innenstadt, an neuralgischen Orten/Bereichen am See und zumindest den Stadtkreisen 3, 4 und 5 besorgt sein soll.</i>		
POS 2005/000478 2005/000140	13.04.2005 18.05.2005	Stucker Rolf und Bergmaier Guido, Dr. Liegenschaft Am Wasser 55, Einhaltung des absoluten Fahrverbots
<i>Der Stadtrat von Zürich wird gebeten zu prüfen, wie gewährleistet werden kann, dass, speziell nach Inbetriebnahme des «Bistro» im ehemaligen Turbinenhause an der Rückseite der Liegenschaft «am Wasser 55», das absolute Fahrverbot entlang des Kloster-Fahr-Wegs weiterhin eingehalten und kontrolliert wird.</i>		
Der Stadtpolizei und der Dienstabteilung Verkehr ist die Problematik des Fahrens trotz signalisiertem Fahrverbot hinlänglich bekannt. Um den Weg auch für Radfahrerinnen und Radfahrer zu öffnen und legal nutzbar zu machen, fehlt es im Moment an der erforderlichen minimalen Wegbreite von drei Metern. Es ist deshalb klar und unbestritten, dass bei einer grossen Anzahl von Spazierenden auf diesem schmalen Wegstück Radfahrerinnen und Radfahrer die zu Fuss Gehenden stören. Bauliche Massnahmen, wie etwa geschwindigkeitssenkende Schwellen, sind als mögliche Vorkehrungen wenig geeignet, da der Weg auch von vielen älteren Menschen, Spazierenden mit Kinderwagen und Rollstuhlfahrenden benützt wird. Die Stadtpolizei kontrolliert die Einhaltung des Fahrverbots und wird dies auch weiter tun, obschon Akzeptanz und Verständnis bei vielen Radfahrerinnen und Radfahrern so gering sind, dass die Stadtpolizei bei Kontrollen immer wieder verbal angegriffen wird und Radfahrende, die auf das Verbot hingewiesen werden, sich oftmals sehr unkooperativ verhalten. Leider kann die Situation ohne bauliche Massnahmen selbst mit restriktiven Kontrollen nur punktuell und über kurze Zeit entschärft werden. Ein Projekt zur Verbreiterung des südlichen Uferwegs mit einer Lockerung des Fahrverbots für Fahrradfahrende liegt vor, indes steht zur Zeit noch nicht fest, wann es zur Ausführung kommen wird.		
POS 2005/000735 2005/000227	08.06.2005 14.06.2006	Knauss Markus und Leupi Daniel Dieselbetriebene Taxis, Ausrüstung mit Partikelfiltern
<i>Der Stadtrat von Zürich wird gebeten zu prüfen, wie zum Beispiel mit differenzierten Konzessionsgebühren erreicht werden kann, dass in der Stadt Zürich alle dieselbetriebenen Taxis mit Partikelfiltern ausgerüstet sind.</i>		
Die revidierte Taxiverordnung liegt derzeit wegen zwei dagegen erhobenen Beschwerden dem Bundesgericht vor. Sobald die Beschwerden rechtskräftig erledigt sind, wird die neue Taxiverordnung in Kraft gesetzt. Gemäss Art. 24 Abs. 2 wird den Inhabenden einer Betriebsbewilligung ein Teil der Benützungsggebühren rückvergütet, wenn sie nachweisen können, dass sie während des ganzen Kalenderjahres ausschliesslich Taxifahrten mit anerkannt schadstoffarmen Fahrzeugen durchgeführt haben. Die Rückvergütung für benzin- oder gasbetriebene Fahrzeuge der Energieeffizienzklasse A oder für dieselbetriebene Fahrzeuge der Energieeffizienzklasse A, die mit Partikelfiltern oder einer gleichwertigen Abgasminderungs-technologie ausgerüstet sind, beträgt 50 % der vollen Gebühr. Für Fahrzeuge der Energieeffizienzklasse A mit Elektro- oder Hybridantrieb werden 75 % der vollen Gebühr rückvergütet. Alle anderen Fahrzeuge erhalten keine Rückvergütung.		
POS 2005/001030 2005/000309	24.08.2005 14.01.2009	Reimann Beatrice und Savarioud Marcel Behinderte und Betagte, kostenlose Parkplatzregelung
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob für die Stadt Zürich für die freiwilligen Fahrer/innen der Fahrdienste, die im Behinderten- und Betagtenbereich engagiert sind, eine kostenlose Parkplatzregelung gefunden werden kann, sofern der Zustand des Fahrgasts eine ordentliche Parkierung nicht erlaubt.</i>		
POS 2005/001070 2005/000343	31.08.2005 14.01.2009	Sidler Bruno und Hauri Theo Taxi-Standplatz Schulstrasse, Kompensation für die vorgesehene Aufhebung
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Schulstrasse von Taxi-Standplätzen befreit werden könnte.</i>		
POS 2005/001071 2005/000344	31.08.2005 14.01.2009	Sidler Bruno und Hauri Theo Schulstrasse, Erstellen eines Fussgängerstreifens
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob an der Schulstrasse in Oerlikon – zwischen den Eingängen des Swissôtel und des Einkaufszentrums «Neumarkt» – die schmale Insel in der Fahrbahn entfernt und die Sicherheit der Fussgänger z. B. durch Anbringen von Fussgängerstreifen gewährleistet werden kann.</i>		

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
--------------------------------	----------------------------	--

MOT 2005/001349 2005/000449	09.11.2005 10.01.2007	Püntener Peter und Lauber Gerold Lärmschutzverordnung, Totalrevision
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage vorzulegen, in der die Lärmschutzverordnung gemäss Gemeinderatsbeschluss vom 2. Juni 1971 grundlegend überarbeitet wird.*

Die städtischen Lärmschutzvorschriften sollen aufgehoben und in die Allgemeine Polizeiverordnung (APV) integriert werden. Mit Stadtratsbeschluss Nr. 634 wurde dem Gemeinderat 2009 der Entwurf für den Neuerlass der APV vorgelegt. Er ist zur Zeit in der Spezialkommission des Gemeinderats in Bearbeitung.

POS 2005/001351 2005/000451	09.11.2005 26.08.2009	Liebi Roger und Tuena Mauro Ausschreitungen bei Fussballspielen, Koordination der Stadtpolizei mit der Staatsanwaltschaft
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob im Vorfeld von Fussballspielen, bei denen Ausschreitungen befürchtet werden, zwischen der Stadtpolizei Zürich und den sogenannten Transportstaatsanwälten Koordinationsabsprachen stattfinden können, damit auf Seiten der Staatsanwaltschaft rechtzeitig entsprechende Personaldispositionen ermöglicht werden.*

POS 2005/001353 2005/000453	09.11.2005 15.03.2006	Knauss Markus und Nielsen Claudia Hardbrücke, Auswertung der Sanierung für die künftige Verkehrsführung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er die Erfahrungen bei der Sanierung der Hardbrücke nutzen kann, um die heutige Verkehrsführung bei Wiedereröffnung nach der Unterhaltssanierung auf zwei Fahrspuren für den Individualverkehr anzupassen.*

Um den öffentlichen und privaten Verkehr sicher, flüssig und ökonomisch abzuwickeln, ist eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur nötig, die nicht an ihrer Leistungsgrenze betrieben wird, sondern eine gewisse Reserve aufweist. Nur so bleibt es auch in Zukunft möglich, das hohe Niveau bei der Bevorzugung des öffentlichen Verkehrs auf dem ganzen städtischen Verkehrssystem weiterhin zu gewährleisten.

Die Wirkungsanalyse Hardbrücke zeigt, dass die Beibehaltung der provisorischen Verkehrsführung, wie das Postulat sie vorschlägt, sinnvoll wäre. Das städtische Verkehrsnetz hat sich mit den flankierenden Massnahmen zur Westumfahrung (FlaMa West) dauerhaft verändert. Die Westtangente durch die Stadt Zürich wurde aufgehoben, und die umgebauten Strassen Schimmelstrasse, Seebahnstrasse und Hohlstrasse sind primär auf den innerstädtischen Binnen- und Ziel-/Quellverkehr (Gewerbe- und Pendlerverkehr) ausgerichtet. Deshalb beabsichtigt die Dienstabteilung Verkehr, die Stadtzufahrt via Rosengartenstrasse auch nach Abschluss der Sanierungsarbeiten an der Hardbrücke weiter zu betreiben (eine MIV-Spur und eine separate Busspur). Mit dieser Steuerung kann die Überlastung des innerstädtischen Verkehrsnetzes begrenzt werden. Das Antragsverfahren ist in der Vorbereitungsphase. In der Gegenrichtung wird die neu gebaute Spurenzahl so betrieben, dass die Hardbrücke die Funktion eines Verkehrsteilers übernimmt und die Verkehrsströme somit nicht auf die Quartierstrassen ausweichen.

POS 2005/001389 2005/000472	16.11.2005 18.11.2009	Hirzel Astrid und Schönbächler Robert Seminarstrasse, Ausdehnung der Begegnungszone Seminar
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob die im Abschnitt Laubiweg bis Fürstweg an der Seminarstrasse geplante «Begegnungszone Seminar», maximal bis zur Seminarstrasse 110 (Höhe Johannes-Ott-Weg), ausgedehnt werden könnte.*

POS 2005/001482 2005/000512	30.11.2005 18.11.2009	Schönbächler Robert und Stäbler Anton Hard-/Pfingstweidstrasse, Verbesserung der Verkehrssicherheit
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden an der Kreuzung Hardstrasse/Pfingstweidstrasse wesentlich zu verbessern.*

POS 2006/000544 2006/000186	17.05.2006 21.06.2006	Amacker Bruno und Traber Christian Milizfeuerwehr, Angleichung der Ausrüstung an die Berufsfeuerwehr
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die persönliche Einsatzrüstung der Milizfeuerwehreinheiten derjenigen der Berufsfeuerwehr angeglichen werden kann.*

Im Bekleidungsreglement, das die Gebäudeversicherung Zürich (GVZ) im Herbst 2008 herausgegeben hat und das seit 1. Januar 2009 in Kraft ist, wird eine einheitliche Brandschutzbekleidung für alle Feuerwehren im Kanton Zürich vorgegeben, unabhängig davon, ob es sich um Berufs- oder freiwillige Feuerwehren handelt. Da keine Umrüstungspflicht besteht und Evaluation und Beschaffung der aktuell vorhandenen Brandschutzkleidung erst wenige Jahre zurückliegen, ist diese aber auch weiterhin noch zugelassen. Vorgesehen war, dass SRZ in den kommenden Jahren, beginnend mit einer ersten Tranche ab 2011, alle Milizeinheiten auf die neue Bekleidung umrüsten würde. Die Prioritäten sollten dabei vom Zustand der Kleidung abhängen und davon, wie viel mit dem jeweiligen budgetierten Betrag pro Jahr möglich sein würde. Für das Budget 2011 wurden vom Stadtrat Kürzungen und Einsparungen gefordert, unter die auch die Angleichung der persönlichen Einsatzrüstung der Milizfeuerwehreinheiten an diejenigen der Berufsfeuerwehr fällt.

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 2006/000587 2006/000210	31.05.2006 18.11.2009	Angst Walter Politische Veranstaltungen und Festbetriebe, Reorganisation des Bewilligungsverfahrens
<i>Ich bitte den Stadtrat, eine Reorganisation der Bewilligungsverfahren für politische Veranstaltungen und Festbetriebe auf öffentlichem Grund zu prüfen. Ziel der Reorganisation soll die teilweise Rückgabe der Kompetenz für die Bearbeitung und Koordination dieser Bewilligungsverfahren vom «Büro für Veranstaltungen» an die Kreischefs der Stadtpolizei sein.</i>		
POS 2006/000879 2006/000316	12.07.2006 08.09.2010	Seiz-Gut Silvia und Elmer Lück Annamarie Wehntalerstrasse, Verkehrsberuhigung zwischen Glaubtenstrasse und Zehntenhausplatz
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie an der Wehntalerstrasse zwischen der Glaubtenstrasse und dem Zehntenhausplatz Massnahmen zur Verkehrsberuhigung und Sicherheit umgesetzt werden können. Insbesondere soll Tempo 50 eingehalten werden.</i>		
POS 2006/001079 2006/000415	27.09.2006 29.09.2010	Bartholdi Roger und Stucker Rolf Velofahrverbot, Durchsetzung in den Fussgängerzonen
<i>Der Stadtrat wird aufgefordert, das Velofahrverbot in den Fussgängerzonen abseits der für den Veloverkehr geöffneten Abschnitte durchzusetzen.</i>		
POS 2007/000259 2007/000106	07.03.2007 29.09.2010	im Oberdorf Bernhard und Bartholdi Roger Veloverkehr, Durchsetzung des Verbots auf Trottoirs
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie das Verbot des Velofahrens auf dem Trottoir wirksam durchgesetzt werden kann.</i>		
POS 2007/000317 2007/000147	21.03.2007 18.04.2007	Mariani Mario und Schönbächler Robert Parkhäuser in Zürich West, neues Parkleitsystem
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die bestehenden öffentlich zugänglichen Parkhäuser in Zürich West (Welti-Furrer, KV Business School, Förlibuckstrasse, Hardturm, Neuhard, Schiffbau, Technopark, Puls 5 usw.) im Zusammenhang mit den geplanten (Toni-Areal, Maag-Areal, Coop-Überbauung usw.) in ein neues Parkleitsystem eingebunden werden können.</i>		
Das Parkleitsystem ist seit 2003 in der City installiert und wurde seither sukzessive erweitert. Das technische Konzept hat sich bewährt, und das System kann ohne grosse Aufwendungen ausgebaut werden. In Zürich-West sind mit Stand Dezember 2010 die beiden Parkhäuser P-West und Welti Furrer in das Parkleitsystem eingebunden. Die vorgesehenen Bauprojekte im Gebiet Pfingstweidstrasse haben aus Gründen der Nachhaltigkeit noch keinen Ausbau des Leitsystems ermöglicht. Ein kontinuierlicher Ausbau im Bereich Pfingstweid- und Förlibuckstrasse ist aber geplant. Die Bauarbeiten Tram Zürich-West und Pfingstweidstrasse (SN 1.4.1.) werden voraussichtlich bis Juli 2011 dauern. Die Inbetriebnahme ist auf Dezember 2011 festgelegt. Mit mehreren Parkhausbetreibenden an der Pfingstweidstrasse wurden Gespräche geführt. Zum Abschluss eines Vertrages ist die Zeit während des Umbaus der Pfingstweidstrasse aber ungünstig.		
POS 2007/000354 2007/000167	28.03.2007 29.09.2010	Pauli Pascal und Sarbach Martin Verkehrsregelverordnung, Durchsetzung von Art. 8 Abs. 4
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie und mit welchen konkreten verkehrspolizeilichen Massnahmen die Einhaltung von Art. 8 Abs. 4 der Verkehrsregelverordnung (VRV) durchgesetzt werden kann.</i>		
POS 2007/000439 2007/000213	18.04.2007 29.09.2010	Recher Alecs und Abele Martin und 16 Mitunterzeichnende Stadtpolizei, Ausbildungsblock «Homosexualität und antischwule Gewalt»
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, im Ausbildungsteil «Gesellschaft», den angehende PolizistInnen im Rahmen ihres Aspirantenjahres besuchen, den Block «Homosexualität und antischwule Gewalt» dauerhaft als obligatorischen Bestandteil zu erhalten und den heutigen Kursinhalt auf den Umgang mit transsexuellen Menschen auszudehnen. Dabei soll diese Thematik umfassend berücksichtigt werden und über die bisher rein begriffliche Definition von Transsexualität hinausgehen. Die Vermittlung der Kursinhalte soll durch eine fachkundige Person erfolgen.</i>		
POS 2007/000661 2007/000354	13.06.2007 03.06.2009	Rabelbauer Richard und Jäger Alexander Taxibetriebe, Umstieg auf umwelt- und klimaschonende, abgasarme Fahrzeuge
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er mit positiven Anreizen den Umstieg von Stadtzürcher Taxibetreibern auf weniger umwelt- und klimaschädliche, abgasarme (Hybrid- oder Elektroantrieb) Fahrzeuge fördern kann.</i>		

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 2007/000906 2007/000452	29.08.2007 03.10.2007	Reimann Beatrice und Leupi Daniel Langstrasse, Ausdehnung des Nachtfahrverbots
<p><i>Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob das Nachtfahrverbot in den an die Langstrasse angrenzenden Wohnquartieren im Kreis 4 (namentlich die Gevierte Sihlhallen-, Roland-, Diener-, Brauer-, Hellmut- und Hohlstrasse sowie Tell-, Zwingli- und Dienerstrasse) auch mit der Einführung des neuen Verkehrsregimes an der Langstrasse (siehe Weisung 99, GR Nr. 2007/207) weiterhin ab 22.00 Uhr beibehalten und auf bis 05.30 Uhr ausgedehnt werden kann.</i></p> <p>Die für das Projekt «verkehrsarme Langstrasse» erlassenen bzw. geänderten Verkehrsvorschriften sind seit dem 23. August 2010 rechtskräftig. Zurzeit wird die Realisierung dieses Projekts vorbereitet. Die Einführung ist für Frühling 2012 geplant. Eine Ausdehnung des Nachtfahrverbots im Sinne der Postulanten kann erst geprüft werden, wenn das Verkehrskonzept «Langstrasse ohne Durchgangsverkehr während der Betriebszeiten des öffentlichen Verkehrs» (sog. Tagkonzept) bzw. «Langstrasse mit Öffnung für den Durchgangsverkehr in der Nacht» (sog. Nachtkonzept) umgesetzt ist und sich bewährt hat.</p>		
POS 2007/001256 2007/000628	29.11.2007 14.12.2007	Knauss Markus und Leupi Daniel Strassenreinigung und baulicher Unterhalt für Parkplätze, Gebührenanpassung
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im Sinne der Kostenwahrheit die Aufwendungen des Tiefbauamts für Strassenreinigung und baulichen Unterhalt für Parkplätze den betroffenen Rechnungskreisen 2505, Parkgebühren, und 2506, Blaue Zonen, verrechnet und die Parkgebühren entsprechend angepasst werden.</i></p> <p>Das Anliegen der Postulanten hat in der Weisung 967, Blaue Zone, Erlass einer Parkkartenverordnung, Erlass einer Gebührenordnung Parkkarten Blaue Zone, des Stadtrats vom 9. Juni 2010 Eingang gefunden. Der Stadtrat schlägt dem Gemeinderat vor, den zusätzlichen Kostenaufwand für die Reinigung, bedingt durch die Belegung der Parkflächen durch Fahrzeuge aus den Erträgen der Blauen Zone, an das ERZ zu vergüten. Die Weisung ist zurzeit in der Spezialkommission PD/Verkehr hängig.</p>		
POS 2007/001289 2007/000644	05.12.2007 03.11.2010	Bloch Süss Monika und Kisker Gabriele Schulhausstrasse, Verringerung des Verkehrs
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie Massnahmen eingeführt werden können, die eine wesentliche Verringerung des Verkehrs an der Schulhausstrasse bewirken.</i></p>		
POS 2007/001321 2007/000652	13.12.2007 14.12.2007	Scherr Niklaus Blaue Zonen, Beiträge an Private (Bonusaktion wegen EURO 2008)
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob den BezügerInnen von Parkkarten der Blauen Zone für die Jahre 2008–2010 eine Gebührenreduktion in der Grössenordnung von 20% gewährt werden kann.</i></p> <p>Das Anliegen des Postulanten wurde in der Weisung 967, Blaue Zone, Erlass einer Parkkartenverordnung, Erlass einer Gebührenordnung Parkkarten Blaue Zone, des Stadtrats vom 9. Juni 2010 behandelt. Darin wird dem Gemeinderat auch die Abschreibung dieses Postulats beantragt. Die Weisung ist zurzeit in der Spezialkommission PD/Verkehr hängig.</p>		
POS 2008/000060 2008/000033	16.01.2008 11.06.2008	Butz Marlène und Hirzel Astrid Rigiplatz, Erhalt bisheriger und Erstellen zusätzlicher Fussgängerstreifen
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie alle bestehenden Fussgängerstreifen am Rigiplatz erhalten werden können und ein zusätzlicher Fussgängerstreifen über die Universitätstrasse im Bereich des alten Löwen angebracht werden kann.</i></p> <p>Unter Federführung des Tiefbauamts wurde ein Variantenstudium über ein Betriebs- und Gestaltungskonzept für den Rigiplatz und die nähere Umgebung ausgearbeitet. Der gewünschte Fussgängerstreifen ist darin enthalten. Noch nicht endgültig abgeklärt ist aber die Machbarkeit dieses zusätzlichen Fussgängerübergangs. Auf Grund von Unklarheiten mit angrenzenden Projekten wurden die Planungsarbeiten «Rigiplatz» unterbrochen. Damit konnten auch noch keine Entscheide gefällt werden.</p>		
POS 2008/000342 2008/000157	02.04.2008 03.11.2010	Kuhn Rolf Rousseaustrasse, Senkung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im Lettenquartier (zwischen Rotbuch-, Kornhaus-, Wasserwerkstrasse und Bahnlinie Wipkingen–Hauptbahnhof) die Höchstgeschwindigkeit so rasch wie möglich auf 30 km/h gesenkt werden kann. Begegnungszonen sind davon auszunehmen.</i></p>		

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 2008/000344 2008/000159	02.04.2008 03.11.2010	Rykart Sutter Karin und Sarbach Martin Einbahnstrassen, Verbesserung der Signalisation für Radfahrende in der Gegenrichtung
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei jenen Einbahnstrassen, die für Velos in beiden Richtungen geöffnet sind, Massnahmen ergriffen werden können (z. B. Bodenmarkierung, Vergrösserung der Signaltafeln, Anpassung der Einmündungsbereiche), damit auch nicht ortskundige oder unachtsame Autofahrende die Verkehrsanordnung realisieren.</i>		
POS 2008/000383 2008/000173	09.04.2008 03.11.2010	Rosenheim Monjek Einbahnstrassen, Verbesserung der Signalisation für Radfahrende betreffend Verbot des Gegenverkehrs
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei jenen Einbahnstrassen, die für Velos nicht in beiden Richtungen geöffnet sind, Massnahmen ergriffen werden können (z. B. Bodenmarkierungen, Vergrösserung der Signaltafeln, Anpassungen der Einmündungsbereiche), damit auch nicht ortskundige oder unachtsame Velofahrende die Verkehrsanordnung realisieren.</i>		
POS 2008/000738 2008/000325	02.07.2008 03.11.2010	Feuillet Dominique und Probst Matthias Triemlistrasse und Letzigraben, Senkung der Höchstgeschwindigkeiten
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob in der Triemlistrasse, dem Letzigraben, sowie den angrenzenden Strassen die signalisierte Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h gesenkt werden kann, ohne die bestehenden Fussgängerstreifen aufzuheben.</i>		
POS 2008/000805 2008/000338	09.07.2008 08.12.2010	Bartholdi Roger und Liebi Roger Stadtpolizei, Fusspatrouillen im Langstrassenquartier
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie – gleich wie während der Fussbaileuropameisterschaft – mehrere gut erkennbare Fusspatrouillen der Stadtpolizei im Langstrassenquartier beibehalten werden können.</i>		
POS 2008/001210 2008/000515	12.11.2008 07.01.2009	Kunz Hanspeter und Mariani Mario Fussgängerunterführung beim Schulhaus Altweg, Ersatz durch Fussgängerstreifen
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Fussgängerunterführung bei der Bushaltestelle Schulhaus Altweg so rasch wie möglich durch einen Fussgängerstreifen mit Mittelinsel ersetzt werden kann.</i>		
POS 2009/000418 2009/000141	29.04.2009 13.05.2009	Wenger Christian und Blöchlinger Patrick Standorte für politische Standaktionen
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Liste der zulässigen Standorte für politische Standaktionen überarbeitet und so ergänzt werden kann, dass wieder mehr gut frequentierte Plätze zur Verfügung stehen.</i>		
POS 2009/000421 2009/000144	29.04.2009 16.09.2009	Knauss Markus und Wyss Thomas Zufahrt Richtung Zürich im Bereich Heizkraftwerk Aubrugg, Spurreduktion
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im Zusammenhang mit der Überdeckung Schwamendingen die Zufahrt Richtung Zürich im Bereich des Heizkraftwerkes Aubrugg um eine Spur reduziert und damit auch die Umfahrfunktion verstärkt werden kann.</i>		
POS 2009/000454 2009/000160	06.05.2009 11.12.2009	Pflüger Severin und Hohl Marc Prüfung der Übertragung von Polizeiaufgaben an Private
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, welche Aufgaben, die heute von der Stadtpolizei wahrgenommen werden, an Private übergeben werden können bzw. wo mit privaten Organisationen zusammengearbeitet werden kann.</i>		
POS 2009/000551 2009/000213	27.05.2009 26.08.2009	Schwyn Markus und Gut Susi Bussen für das Werfen von Gegenständen durch Zuschauer im Hallenstadion und im Letzigrund
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im Hallenstadion und im Letzigrund für das Werfen von Gegenständen, insbesondere von Feuerwerkskörpern, durch Zuschauer während und nach den Spielen eine massive Busse ausgesprochen werden kann.</i>		



<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 2009/000553 2009/000215	27.05.2009 26.08.2009	Schwyn Markus und Gut Susi Bussen für das Betreten des Spielfeldes durch Zuschauer im Hallenstadion und im Letzigrund
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im Hallenstadion und im Letzigrund für das Betreten des Spielfeldes durch Zuschauer während und nach den Spielen wirkungsvolle und zielführende Sanktionen ausgesprochen werden können.</i>		
POS 2009/000591 2009/000240	03.06.2009 17.06.2009	Ackermann Ruth und Meier Daniel Änderung von Ortsschildern in Zürich Nord
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Ortsschilder an der Thurgauerstrasse (8052) sowie beim Fernsehstudio (8052) und – falls vorhanden – weitere Schilder, die in Seebach auf das falsche Quartier hinweisen, auf «Zürich (Seebach)» geändert werden können.</i>		
POS 2009/000792 2009/000283	24.06.2009 08.07.2009	SVP-, FDP- und CVP-Fraktionen Tankstellenshops, Beibehaltung des Status quo bezüglich Öffnungszeiten und Produkteangebot
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er den «Status quo» bezüglich Öffnungszeiten und Produkteangebot bei sämtlichen Tankstellenshops in der Stadt Zürich beibehalten kann.</i>		
POS 2009/000886 2009/000323	01.07.2009 19.08.2009	Seidler Christine und Butz Marlène Anhebung der Parkplatzgebühren im Raum Zoo Zürich
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Parkplatzgebühren im Raum Zoo Zürich, inklusive Parkierungsanlage Dolder, auf die Höhe der innerstädtischen Tarife angehoben werden können.</i>		
POS 2009/000939 2009/000332	08.07.2009 21.10.2009	Jüsi Bernhard Sofortmassnahmen zur Entlastung von Quartier- und Durchgangsstrassen in den Quartieren Enge und Wollishofen
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie mit Sofortmassnahmen die Quartier- und Durchgangsstrassen in den Quartieren Enge und Wollishofen, namentlich die Brunau- und die Albisstrasse, vom seit der Inbetriebnahme des Uetlibergtunnels erhöhten Durchgangsverkehr entlastet werden können.</i>		
POS 2009/001076 2009/000359	19.08.2009 21.10.2009	FDP-Fraktion Hardbrücke, Öffnung der Busspur für Taxis während der Sanierung
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob die Busspur auch während der Sanierung der Hardbrücke für Taxis und Velos geöffnet werden kann.</i>		
POS 2009/001176 2009/000404	16.09.2009 30.09.2009	Rechsteiner Urs und Virchaux Jean-Claude Sicherstellung der feuerwehrtechnischen Versorgung der Quartiere Stettbach und Witikon bis zum Bau einer Brandwache Ost
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bis zu einem in Aussicht gestellten Bau einer Brandwache Ost (gem. Antworten zur schriftlichen Anfrage 2009/75) zum Beispiel mit den Gemeinden Dübendorf (für Stettbach) und Maur (für Witikon) Vereinbarungen getroffen werden können, um die feuerwehrtechnische Versorgung in den Quartieren Stettbach und Witikon zu verbessern.</i>		
POS 2009/001395 2009/000519	11.11.2009 25.11.2009	Frei Dorothea und Graf Davy Verbesserung der Einsatzzeiten der Feuerwehr in den Quartieren Stettbach, Witikon sowie im Stadtteil Zürich West
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Einsatzzeiten der Feuerwehr in den Quartieren Stettbach, Witikon sowie im Stadtteil Zürich West so verbessert werden können, dass sie den durchschnittlichen Einsatzzeiten in der Innenstadt entsprechen.</i>		
POS 2009/001461 2009/000562	25.11.2009 11.12.2009	Hüssy Kurt und Anderegge Peter Reklametafeln vor Ladengeschäften, Verzicht auf Gebührenerhebung
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob auf eine Gebührenerhebung für Werbe- bzw. Reklametafeln unmittelbar vor Ladengeschäften verzichtet werden kann.</i>		



<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 2009/001567 2009000603	16.12.2009 13.01.2010	Mariani Mario und Kunz Hanspeter Quartierbezeichnungen auf Ortstafeln an der Stadtgrenze
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie für Strassen-Ortstafeln an der Stadtgrenze nebst der Anschrift «Zürich» auch der Zusatz des entsprechenden (Stadt-)Quartiers aufgeführt werden kann.</i>		
POS 2010/000204 2010/000099	10.02.2010 17.03.2010	Bartholdi Roger und Tuena Mauro Stadtpolizei, Personalaufstockung bei Grosseinsätzen, Prüfung eines Pikettdienstes und Beizug von Personal anderer Korps
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Stadtpolizei bei nicht planbaren Grosseinsätzen zusätzlich Personal für den Frontdienst aufbieten und einsetzen kann. Insbesondere soll ein (erweiterter) Pikettdienst innerhalb der Stadtpolizei geprüft werden und der Beizug von Personal aus anderen Korps.</i>		
POS 2010/000634 450.250.130-004 2010/000254	09.06.2010 08.09.2010	Walker Sacha und Wyler Rebekka Streetparade, erweiterte Nutzung von Boulevard-Cafés
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, unter welchen Auflagen und Rahmenbedingungen die erweiterte Nutzung von Boulevard-Cafés anlässlich der Streetparade zu gewähren ist.</i>		
POS 2010/000753 2010/000300	07.07.2010 14.07.2010	Wüthrich Karin und Wyler Rebekka Projekt «Langstrasse Plus», neue Grundlage für die Projektorganisation
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei der Weiterführung des Projekts «Langstrasse Plus» die Projektorganisation auf eine neue Grundlage gestellt werden kann. Sie soll insbesondere folgende Elemente umfassen:</i>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>– Formulierung konkreter, überprüfbarer Ziele,</li> <li>– umfassende Evaluation des Projekts,</li> <li>– regelmässige Dokumentation des Projekts,</li> <li>– transparente institutionelle Verankerung.</li> </ul>		
POS 2010/000816 2010/000314	14.07.2010 22.09.2010	Katumba Andrew und Kisker Gabriele Einführung einer Tempo-30-Zone im Bereich des Schulhauses Hirschengraben
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im Bereich des Schulhauses Hirschengraben, Abschnitt Künstlergasse bis Auf der Mauer, umgehend eine Tempo-30-Zone eingerichtet werden kann.</i>		
POS 2010/000875 780.100.120-001 2010/000344	25.08.2010 08.09.2010	Tognella Roger und Jäger Alexander Überarbeitung der städtischen Richtlinien und Gebührenordnungen für die Durchführung von Veranstaltungen auf öffentlichem Grund
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die städtischen Richtlinien und Gebührenordnungen für die Durchführung von Veranstaltungen auf öffentlichem Grund überarbeitet und den aktuellen Bedürfnissen der Quartierbevölkerung und auch den Bedürfnissen der verschiedenen Veranstalter angepasst werden können.</i>		
POS 2010/001026 720.120.120-001 2010/000461	03.11.2010 24.11.2010	Widler Josef und Virchaux Jean-Claude Sicherheitsbericht bezüglich der aktuellen Sicherheitslage in der Stadt Zürich
<i>Der Stadtrat wird gebeten, einen umfassenden Sicherheitsbericht vorzulegen. Darin soll einerseits die stadträtliche Einschätzung der aktuellen Sicherheitslage in der Stadt Zürich aufgezeigt werden, andererseits sollen die möglichen Szenarien der nächsten zehn Jahren analysiert und die sich daraus ergebenden personellen und organisatorischen Konsequenzen aufgezeigt und die notwendigen finanziellen Mittel beantragt werden.</i>		

### III. Abschreibungsanträge für Motionen und Postulate

Postulate, für die der Stadtrat dem Gemeinderat den Antrag auf Abschreibung stellt.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 1994/003815 1985/000005	04.12.1985 20.08.1986	Ramer Silvia Zähringer- und Predigerplatz, Umwandlung in eine Fussgängerzone

Der Stadtrat wird eingeladen, alle Möglichkeiten, die zur Verminderung der heutigen Verkehrsgefährdung zu Fuss gehender Bewohner und Besucher der Altstadt beitragen und zudem ganz allgemein die Situation der Fussgänger in den betreffenden Altstadtbereichen verbessern, zu prüfen, insbesondere

- die Umwandlung des Zähringer- und Predigerplatzes in eine autofreie und fussgängerfreundliche Zone im Zusammenhang mit dem Neubau der Zentralbibliothek;
- die Schaffung einer den Seilergraben zwischen Predigerplatz und Hirschengraben überquerenden, gut gestalteten Fussgängerbrücke.

Wie bereits in den Vorjahren ausgeführt, ist die im Jahre 1993 verfügte Fahrverbotszone (heute Fussgängerzone) für die Altstadt rechts der Limmat Ende 2004 rechtskräftig geworden. Auf dem Prediger- und Zähringerplatz gilt zwischen 19.00 und 05.00 Uhr ein Nachtfahrverbot. Der Zähringerplatz wurde unter Beibehaltung der dort vorhandenen Parkplätze («Historischer Kompromiss», GRB vom 22. Mai 1997) neu gestaltet und in Betrieb genommen. Eine Beruhigung des gesamten Wohnquartiers Zähringer im Kreis 1 (umfasst Zähringerstrasse und Häringstrasse) mittels eines Nachtfahrverbots und einer Verkehrsordnung, die Zufahrten ausschliesslich zum Zweck des Ein- und Aussteigenlassens sowie die Zufahrten zu Hotels gestattet, hätte in der Zähringerstrasse, Abschnitt Seilergraben bis Mühlegasse, und in der Häringstrasse, Abschnitt Seilergraben bis Zähringerstrasse, zur Folge, dass in den betreffenden Strassen jegliches Parkieren verboten wäre, d. h. dass sämtliche besucher- und kundenorientierten Parkfelder ersatzlos aufgehoben werden müssten. Dies würde jedoch im Bereich Zähringerplatz dem Gemeinderatsbeschluss («Historischer Kompromiss») vom 22. Mai 1996 in Ergänzung zum GR-Beschluss betreffend Änderung des Kapitels Parkierung im kommunalen Verkehrsplan vom 28. Februar 1990, wonach die Anzahl der Parkplätze in der City und den citynahen Gebieten auf dem Stand von 1990 bleiben soll, zuwiderlaufen. Deshalb ist es nicht möglich, das Wohnquartier Zähringer mittels eines Nachtfahrverbots zu beruhigen. Die Umsetzung ist nur möglich, wenn die Parkplätze in einem Parkhaus kompensiert werden können oder wenn die Bestimmungen im Richtplan entsprechend angepasst werden.

POS 1994/003827 1991/000228	04.04.1990 17.04.1991	Baur Toni und Schoch Hans Autofreie Innenstadt, Realisierung
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird eingeladen, etappenweise eine autofreie Innenstadt zu realisieren.

In den letzten 20 Jahren wurden verschiedene Anstrengungen unternommen, die Innenstadt gemäss dem politischen Auftrag aufzuwerten. Zu diesen etappenweise realisierten wichtigen Elementen gehören insbesondere die Schaffung von Fussgängerzonen (z. B. Altstadt), die Erweiterung von Fussgängerbereichen, die weitere Priorisierung des öffentlichen Verkehrs, die Erhöhung der Attraktivität des Veloverkehrs und die Beschränkung des motorisierten Individualverkehrs, teilweise mit abschnittsweiser Unterbindung von Durchfahrten. Das erst kürzlich vom Stadtrat genehmigte «Verkehrskonzept Innenstadt» präzisiert die Zielsetzung zur Aufwertung, insbesondere bezüglich der Zuordnung von Verkehrszonen für die ganze Innenstadt, indem die Fussgängerzonen erweitert und benachbarte Gebiete in verkehrsberuhigte Zonen wie Begegnungszonen und Tempo-30-Zonen umgestaltet werden sollen. Bei der Verwirklichung dieser Verkehrszonen muss man sich jedoch bewusst sein, dass sie aufgrund des Anlieferungs- und Anwohnendenverkehrs nie völlig autofrei sein werden, selbst wenn die Parkierung auf öffentlichem Grund und in Übereinstimmung mit dem «Historischen Kompromiss» (GRB vom 22. Mai 1996, wonach die Anzahl der Parkplätze in der City und den citynahen Gebieten auf dem Stand von 1996 bleiben soll) ganz aufgehoben werden könnte. Es kommt hinzu, dass gewisse Hauptachsen für den motorisierten Verkehr immer noch durch die Innenstadt hindurch führen werden. Aufgrund der bisher umgesetzten Massnahmen und des vom Stadtrat verabschiedeten «Verkehrskonzept Innenstadt» kann das Postulat als erfüllt abgeschlossen werden.

POS 1994/003836 1991/000216	15.05.1991 09.09.1992	Prelicz-Huber Katharina Stadtpolizei, Verbot des Einsatzes von Gummigeschossen
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der Einsatz von Gummigeschossen bei der Stadtpolizei verboten werden kann.

Gummischrot ist nach wie vor das geeignetste (bis heute bekannte) polizeiliche Einsatzmittel, das bei Auseinandersetzungen zwischen Polizei und aggressiven Gruppierungen bei minimaler Gefährdung die nötige Distanz zu schaffen vermag. In Ländern, wo kein Gummischrot eingesetzt wird (z. B. Deutschland), kommt es regelmässig zu direktem Kontakt zwischen gewaltbereiten Demonstrierenden und Einsatzkräften der Polizei, was häufig zu schweren Verletzungen auf beiden Seiten führt. Ein Verbot von Gummischrot wäre deshalb nicht sinnvoll. Seit dem 1. Juli 2009 stützt sich die Zulässigkeit von Gummischrot als Einsatzmittel auf die vom Kantonsrat genehmigte Verordnung über die polizeiliche Zwanganwendung (PoZ, LS 550.11, § 5 Abs. 1 lit. c). Die Stadtpolizei ist sich ihrer Verantwortung für einen sorgfältigen und massvollen Einsatz vollumfänglich bewusst und hat zudem den kontinuierlichen Auftrag, die Entwicklung neuer Einsatzmittel zu verfolgen und sorgfältig zu prüfen. Indes wurden seit 1991 keine neuen Einsatzmittel entwickelt, die es der Polizei erlauben würden, beim unfriedlichen Ordnungsdienst auf den Einsatz von Gummischrot zu verzichten.

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
---	------------------------------------	--

POS 1995/000545 1995/000049	08.02.1995 22.03.1995	Prelicz-Huber Katharina und 8 Mitunterzeichnende Hardturmstrasse, teilweise Sperrung
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen,*

- *ob die Hardturmstrasse zwischen den Tramstationen Förrlibuckstrasse und Hardturm während der Nacht in beiden Richtungen für den privaten Durchgangsverkehr gesperrt werden kann;*
- *ob für dieses Stück der Hardturmstrasse (tagsüber) und die Förrlibuckstrasse das Verkehrsregime so geführt werden kann, dass der private Durchgangsverkehr über die Pflingstweidstrasse ausweicht.*

Mit der Inbetriebnahme der umgestalteten Pflingstweidstrasse und der Instandstellung der Hardbrücke wird ein leistungsfähiges Verkehrssystem zur Verfügung stehen, wodurch die Hardturmstrasse vom Durchgangsverkehr entlastet wird und vor allem während der Nacht grösstenteils Ziel- und Quellverkehr aufweisen wird. Eine restriktivere Ausführung des bereits heute bestehenden Nachtfahrverbots (in Richtung stadtauswärts) ist aus Sicht der Fachleute der Dienstabteilung Verkehr nicht notwendig und auch nicht sinnvoll, da der Aufwand für die Kontrolle und Durchsetzung eines derartig einschränkenden Verkehrsregimes aus organisatorischen wie auch aus ökonomischen Gründen unverhältnismässig wäre.

POS 1999/001645 1999/000434	15.09.1999 29.11.2000	Mettler Christian und Schilter Armin Kreiswache 12, Verzicht auf die Schliessung an Wochenenden
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie auf die geplante Schliessung der Kreiswache 12 an Wochenenden verzichtet werden kann.*

Seit der Einführung der Quartierwache Schwamendingen am 1. Juli 2002 ist die Wache analog dem gesamtstädtischen Quartierwachenkonzept von Montag bis Freitag jeweils 07.00 Uhr bis 18.00 Uhr geöffnet. An grösseren Quartieranlässen (z. B. Schwamendinger Chilbi) werden die Öffnungszeiten den Bedürfnissen entsprechend flexibel angepasst und auf die Wochenenden ausgedehnt. Die Bevölkerung hat sich an diese Zeiten gewöhnt. Mit dem Umzug an die neue Örtlichkeit per März 2009 ist die Quartierwache zu einem rege benutzten Dienstleistungszentrum für die Quartierbevölkerung geworden. Wünsche auf eine Ausdehnung der Öffnungszeiten ins Wochenende wurden weiterhin nicht geäussert, da gemäss demselben Konzept die Regionalwache Oerlikon gleichzeitig einen 24-Stunden/365-Tage-Betrieb gewährleistet. Die Interventionsbereitschaft wird rund um die Uhr und an den Wochenenden durch mindestens 2 Streifenwagen, die sowohl Oerlikon wie Schwamendingen ab der Regionalwache Oerlikon abdecken, und weitere Einsatzkräfte sichergestellt. Regionalwachen im Verbund mit Quartierwachen garantieren optimale Polizeipräsenz.

POS 2000/000628 2000/000146	29.03.2000 05.06.2002	Spring-Gross Monika und Schönbächler Robert Gebiet Sihlquai, Escher-Wyss-Platz, Hard-, Hardturm- und Pflingstweidstrasse, Massnahmen zur Verkehrsberuhigung
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, mit welchen Massnahmen er der stark zunehmenden Belastung durch den motorisierten Individualverkehr im Gebiet Sihlquai, Escher-Wyss-Platz, Hard-, Hardturm- und Pflingstweidstrasse wirksam begegnen kann.*

Wie bereits in den Vorjahren ausgeführt, handelt es sich mit Ausnahme des Escher-Wyss-Platzes und der Hardstrasse bei allen im Postulat genannten Strassen um kantonal klassierte Fahrstrassen. Deren Funktion besteht darin, das anfallende Verkehrsaufkommen ohne Einschränkungen aufzunehmen. Massnahmen zur Reduktion des motorisierten Verkehrsaufkommens auf diesen Strassen mit dem Ziel, die Anwohnerinnen und Anwohner zu entlasten, sind daher nicht möglich bzw. würden lediglich zu einer unverantwortbaren Verlagerung des Verkehrs auf andere Strassen zulasten der dortigen Anwohnerinnen und Anwohner führen, was weder sinnvoll noch zielführend wäre.

Mit der Fertigstellung der Pflingstweidstrasse und der Instandstellung der Hardbrücke soll der Verkehr primär auf den Hochleistungsachsen Pflingstweidstrasse–Hardbrücke und Pflingstweidstrasse–Duttweilerstrasse–Förrlibuckstrasse (Abschnitt Duttweiler- bis Hardturmstrasse), Hardturmstrasse, Escher-Wyss-Platz und Sihlquai abgewickelt werden. Mit der Inbetriebnahme dieses fertiggestellten Hauptverkehrsnetzes soll die Verkehrsmenge in der Hardturmstrasse, im Abschnitt Förrlibuckstrasse Ost und Bernerstrasse, auf rund 8000 Fahrzeuge pro Tag (Ziel-/Quellverkehr) plafoniert und die Strasse neu gestaltet werden. In der Förrlibuckstrasse zwischen der Duttweiler- und Hardturmstrasse wird die Durchfahrt mit verkehrsorganisatorischen und baulichen Massnahmen unterbunden und dereinst ebenfalls nur noch Ziel- und Quellverkehr aufweisen.

POS 2000/000638 2000/000156	29.03.2000 05.06.2002	Hug Christoph und Glättli Balthasar Stadelhoferstrasse, Schaffung Flanierzone in der Fussgängerzone
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob in der Fussgängerzone an der Stadelhoferstrasse eine Flanierzone nach dem Burgdorfer Modell oder eine Zone mit absolutem Fussgängervortritt wie in der Winterthurer Altstadt eingerichtet werden kann.*

Mittels Verfügung des Vorstehers des Polizeidepartements vom 28. Oktober 2010 und Publikation der Verkehrsvorschriften wurde die Begegnungszone an der Stadelhoferstrasse im Städtischen Amtsblatt vom 10. November 2010 ausgeschrieben. In der Zwischenzeit sind die Verkehrsvorschriften rechtskräftig, und die Begegnungszone an der Stadelhoferstrasse wird umgesetzt.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2000/000940 2000/000222	10.05.2000 21.03.2001	Tuena Mauro und Casparis Jürg 1. Mai, Verlegung des Festplatzes

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob das offizielle 1.-Mai-Fest statt wie bis anhin auf dem Zeughausareal an einen anderen Ort verlegt werden kann.*

Aufgrund der positiven Erfahrungen mit dem neuen Konzept des Stadtrats seit 2008 wäre eine örtliche Trennung zwischen dem Besammlungsort der unbewilligten Nachdemonstration und der Festveranstaltung sinnvoll. Wie bereits mehrfach ausgeführt, gibt es in der Stadt Zürich aber nur wenige Alternativstandorte zum Zeughausareal. Diese befinden sich häufig an allzu peripherer und damit auch für alle friedlichen Teilnehmenden nicht mehr attraktiven Lage.

POS 2000/001655 2000/000420	30.08.2000 20.09.2000	Rosenheim Monjek und Schmid Ronald Ausländerinnen und Ausländer, Massnahmenkatalog zur Verhinderung illegaler Anwesenheit
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob ohne zeitliche Verzögerung Massnahmen getroffen werden können, um illegal anwesende Ausländerinnen und Ausländer wirkungsvoller als bisher eruiieren zu können und deren Wohnsitznahme zu verhindern bzw. aufzuheben. Zu diesem Zweck soll ein entsprechender Massnahmenkatalog unter Angabe einer even-tuellen Kostenfolge erstellt werden.*

Wie bereits in den Vorjahren ausgeführt, setzt die Stadtpolizei die ihr zur Verfügung stehenden Mittel unverändert jeden Tag auch gegen illegal anwesende Ausländerinnen und Ausländer ein. Die regelmässige und hohe Präsenz im öffentlichen Raum, Personenkontrollen bei der täglichen Patrouillentätigkeit und spezielle Aktionen, hauptsächlich in den Gebieten, in denen sich auch anderweitig straffällige Personen bewegen, wirken gleichzeitig auch gegen sich illegal in Zürich aufhaltende Ausländerinnen und Ausländer. Die Fachgruppe Ausländerbelange der Stadtpolizei ermittelt nicht nur gegen alle Personen, die gegen das Ausländergesetz und damit gegen die Vorschriften über den Aufenthalt verstossen, sie geht auch den Hinweisen auf illegale Aufenthalter nach. Im Jahr 2010 bearbeitete dieser Fachdienst 981 Hafffälle (2009: 1199; 2008: 799; 2007: 952; 2006: 1179). Die bereits 2009 intensivierte Patrouillen in den erheblich von Kriminalität betroffenen Stadtkreisen 4 und 5 haben den Druck auch auf illegal Anwesende erhöht. Zu beachten ist jedoch, dass die Stadt Zürich auch im Hinblick auf die sogenannten Sans-Papiers eine Mehrsäulenpolitik verfolgt. Die restriktiven Massnahmen werden beispielsweise ergänzt durch ein aktives Engagement zu Gunsten der Bildungsrechte von Kindern und Jugendlichen ohne geregelten Aufenthalt oder durch die Duldung von Anlaufstellen und Institutionen, die im Gesundheitsbereich tätig sind.

POS 2000/001879 2000/000466	27.09.2000 10.01.2001	Tuena Mauro und Casparis Jürg Bäckeranlage und Langstrassenunterführung, Unterbindung des Drogenhandels
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im Gebiet rund um die Bäckeranlage im Kreis 4 sowie im Bereich der Langstrassenunterführung in den Kreisen 4 und 5 der illegale Drogenhandel wirkungsvoll unterbunden werden kann.*

Das Postulat ist nicht mehr aktuell. Seit der Auflösung der offenen Drogenszene im Letten 1995 existieren in der Stadt Zürich nur noch verdeckte Szenen. Den ständig wechselnden Verhältnissen in diesen Szenen wird bei der Bekämpfung des Drogenkonsums und Drogenhandels laufend Rechnung getragen. Ansätze der Bildung von offenen Szenen werden durch geeignete Interventionen fortlaufend unterbunden.

POS 2001/000953 2001/000232	09.05.2001 20.11.2002	Tuena Mauro und Casparis Jürg 1.-Mai-Fest, Verlegung des Standorts
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob das offizielle 1.-Mai-Fest statt wie bis anhin auf dem Zeughausareal an einen anderen Ort verlegt werden kann.*

Aufgrund der positiven Erfahrungen mit dem neuen Konzept des Stadtrats seit 2008 ist auch für 2011 eine zeitliche und örtliche Trennung von Umzug und Festveranstaltung geplant, der genau Standort aber noch nicht festgelegt. Wie bereits mehrfach ausgeführt, gibt es in der Stadt Zürich aber nur wenige Alternativstandorte zum Zeughausareal. Diese weisen entweder ein tendenziell höheres Gefährdungsrisiko auf oder befinden sich an allzu peripherer und damit auch für alle friedlichen Teilnehmenden nicht mehr attraktiven Lage.

POS 2001/002192 2001/000576	14.11.2001 25.02.2004	Schönbächler Robert und Türlar Andres Westtangente, Verbot des Lastwagentransitverkehrs
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob als flankierende Massnahme zur Eröffnung des Uetlibertunnels ein Verbot des Lastwagentransitverkehrs auf der ganzen Westtangente unter Gewährleistung des Versorgungsverkehrs der Stadt Zürich eingeführt werden kann.*

Wie bereits in den Vorjahren ausgeführt, ist die Forderung zum heutigen Zeitpunkt nicht umsetzbar, da auf Bundesebene erst die entsprechenden rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden müssen. Da ein Transitverbot des Schwerverkehrs durch die Stadt den Verkehr auf den Durchgangsstrassen ausserhalb des Stadtgebiets beeinflussen würde, müsste auch der Kanton einer solchen Massnahme zustimmen, wofür es keine Anzeichen gibt. Weiter ist zu bedenken, dass es in der praktischen Umsetzung nahezu unmöglich wäre, mit vertretbarem Aufwand zu kontrollieren, ob ein durch die Stadt fahrender Lastwagen nun im Transit unterwegs ist oder nicht. Aus diesen Gründen ist die Forderung betreffend Beschränkung von Fahrten des Lastwagentransitverkehrs nach wie vor nicht umsetzbar.

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
---	------------------------------------	--

POS 2002/000847 2002/000148	15.05.2002 20.11.2002	Rosenheim Monjek 1.-Mai-Fest, Standort ausserhalb des Stadtkreises 4
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob künftig den Organisierenden des 1.-Mai-Fests nur noch Festbewilligungen für Standorte ausserhalb des Stadtkreises 4 erteilt werden können. Denkbar ist das Fest z. B. auf dem Platzspitz oder, sollte sich dieser aus sicherheitspolitischen Überlegungen/Tatsachen als untauglich erweisen, am Stadtrand von Zürich.*

Aufgrund der positiven Erfahrungen mit dem neuen Konzept des Stadtrats seit 2008 ist auch für 2011 eine zeitliche und örtliche Trennung von Umzug und Festveranstaltung geplant, der genau Standort aber noch nicht festgelegt. Wie bereits mehrfach ausgeführt, gibt es in der Stadt Zürich aber nur wenige Alternativstandorte zum Zeughausareal. Diese weisen entweder ein tendenziell höheres Gefährdungsrisiko auf oder befinden sich an allzu peripherer und damit auch für alle friedlichen Teilnehmenden nicht mehr attraktiven Lage.

POS 2002/001501 2002/000278	21.08.2002 27.11.2002	Danner Ernst und Schmid Georg, Dr. Stadtpolizei/Kantonspolizei, Verwirklichung eines integrierten Ausbildungs- und Karrierekonzepts
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie in Zusammenarbeit mit dem Kanton ein integriertes Ausbildungs- und Karrierekonzept für die Stadt- und die Kantonspolizei entwickelt und verwirklicht werden kann.*

Trotz der Ablehnung des Objektkredits für das Polizei- und Justizzentrum durch den Kantonsrat wird die gemeinsame Zürcher Polizeischule (ZHPS) durch die Kantonspolizei und die Stadtpolizei Zürich weiter geplant. Es besteht eine formelle Projektorganisation. Der Start des ersten gemischten Lehrgangs ist per 1. 4. 2012 vorgesehen. Es wird auch eine gesetzliche Grundlage für eine unselbständige öffentlich-rechtliche Anstalt des kantonalen Rechts geschaffen. Am 23. 8. 2010 hat der Kantonsrat in erster Lesung den neuen § 26a des Polizeiorganisationsgesetzes beraten (Vorlage 2010/4659). Der Antrag der Redaktionskommission vom 26. 8. 2010 (4659 a) wurde noch nicht in zweiter Lesung genehmigt.

POS 2004/001434 2004/000482	11.09.2002 08.09.2004	Liebi Roger und Schwyn Markus Vermummungsverbot, Durchsetzung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird aufgefordert, Anordnungen zu treffen, die es ermöglichen, konsequent polizeilich gegen Personen, welche einzeln oder in Gruppen gegen das am 12. März 1995 vom Souverän beschlossene Vermummungsverbot verstossen, vorzugehen.*

Das kantonale Straf- und Justizvollzugsgesetz vom 19. Juni 2006 definiert das Vermummungsverbot in § 10 wie folgt: «Wer sich bei bewilligungspflichtigen Versammlungen, Demonstrationen und sonstigen Menschenansammlungen auf öffentlichem Grund unkenntlich macht, wird mit Busse bestraft. Die Untersuchung und Beurteilung der Übertretung steht dem Statthalter zu.» Demonstrationen, an denen Vermummte teilnehmen, enthalten in der Regel ein hohes Gewaltpotenzial. Um darauf taktisch geschickt reagieren zu können, muss der Polizei ein Handlungsspielraum zugestanden werden. In der Regel hat sie es bei bewilligten Demonstrationen mit mehrheitlich friedlichen Teilnehmenden zu tun. Unter diese mischt sich dann gegebenenfalls eine Gruppe Vermummter. Der polizeiliche Einsatzleiter muss abwägen: die Vermummten mit Polizeikräften herausholen, was erfahrungsgemäss eine Eskalation und Sachschäden nach sich zieht und ein Gefahrenpotenzial für die friedlichen Demonstrationsteilnehmenden bergen kann, oder die Demonstration laufen lassen. Ein Herauspicken einzelner Vermummter ohne Eskalation ist nicht realistisch und, soweit daraus eine Gefährdung Dritter resultieren könnte, auch nicht verhältnismässig, sofern die vermummte Person keine anderen Straftaten begeht oder begangen hat. Das Vermummungsverbot kommt deshalb in der Regel nur in Fällen zum Zug, wo Demonstrierende aufgrund anderer Tatbestände, wie beispielsweise Landfriedensbruch, verhaftet werden. Dann kann der Übertretungstatbestand das Strafmass zusätzlich erhöhen, wobei aber hohe Anforderungen an die Beweissicherung gestellt werden. Die Stadtpolizei hat mit dieser Praxis in den letzten Jahren gute Erfahrungen gemacht.

POS 2003/000664 2003/000074	05.03.2003 09.03.2005	Liebi Roger und Schwyn Markus Rottlicht- und Drogenmilieu, Bekämpfung der Verlagerung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, mit welchen Massnahmen verhindert werden kann, dass sich das aufgrund der besonderen Bekämpfung der Kriminalität aus den Stadtkreisen 4 und 5 vertriebene Rottlicht- und Drogenmilieu im Stadtkreis 3 und in anderen Stadtkreisen ansiedelt.*

Der Stadtpolizei Zürich sind bis dato im Jahr 2010 im Stadtkreis 3 32 Sexetablissemments bekannt. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet das einen Rückgang von 4 Etablissemments. Aufgrund der nach wie vor konsequenten Umsetzung der Bau- und Zonenverordnung hält die kontinuierliche Abnahme der Sexetablissemments an. Eine Strassenstrichzone ist ebenfalls nach wie vor nicht im Kreis 3 angesiedelt. Verzeigungen wegen verbotener Prostitution (Strassenstrich) wurden keine ausgesprochen, und es sind der Polizei auch keine entsprechenden Verlagerungstendenzen bekannt. Die Anzahl der Betäubungsmitteldelikte ist im Kreis 3 seit auf tiefem Niveau konstant, wenn man die Zahlen seit 2006 vergleicht. Eine Verlagerung oder Ausweitung in den Kreis 3 ist nicht feststellbar. Die Anzahl Gewaltdelikte im Kreis 3 ist sogar rückläufig und hat im Berichtsjahr 2010 ihren tiefsten Stand seit 2006 erreicht. Auch hier ist keine Verlagerung auszumachen.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2003/000867 2003/000099	19.03.2003 09.03.2005	Im Oberdorf Bernhard Strassenverkehr, Durchsetzung der Rechtsgleichheit

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im Strassenverkehr das Prinzip der Rechtsgleichheit durchgesetzt werden kann.*

Mit der Durchsetzung des Prinzips der Rechtsgleichheit im Strassenverkehr verlangt das Postulat sinngemäss, dass die Polizei mit gleicher Wirkung sowohl den motorisierten Verkehr als auch den Veloverkehr kontrollieren soll. Motorfahrzeuge und Velos werden im Strassenverkehr vom Gesetzgeber aber nicht gleich behandelt, da Motorfahrzeuge für andere Verkehrsteilnehmer ein wesentlich höheres Gefahrenpotential darstellen. Für Motorfahrzeuge sind Kontrollschilder vorgeschrieben, für Velos nicht. Velos können daher nicht von automatischen Verkehrskontrollanlagen (insbesondere Rotlichtkameras) erfasst werden. Unterschiedlich ist auch die Höhe der Ordnungsbussen. Für das Nichtbeachten eines Lichtsignals (Rotlicht) beträgt die Ordnungsbusse für den Motorfahrzeugverkehr 250 Franken, für den Fahrradverkehr nur 60 Franken. Beim Allgemeinen Fahrverbot beträgt die Ordnungsbusse für Motorfahrzeuge 100 Franken, für den Fahrradverkehr 30 Franken. Um in der Stadt Zürich eine wesentlich bessere Einhaltung der Verkehrsregeln durch die Velofahrenden durchzusetzen, müsste die Polizei wegen der vorgenannten Unterschiede ungleich mehr Personal für die Velokontrollen einsetzen. Eine solche Verschiebung von personellen Ressourcen aus dem Sicherheitsbereich zugunsten der Velokontrollen ist jedoch nicht zu verantworten. Die Stadtpolizei führt im Rahmen der personellen Ressourcen Aktionen gegen fehlbare Velofahrende durch. Mit der im Frühling 2007 eingeführten Bike-Police kontrolliert sie stets auch den Fahrradverkehr. Zudem finden in den Fussgängerzonen regelmässig Durchfahrtskontrollen statt.

POS 2004/000045 2004/000008	07.01.2004 25.02.2004	Butz Marlène und Schmid Georg, Dr. Scheuchzerstrasse, Durchsetzung von Tempo 30
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, welche Massnahmen ergriffen werden können, damit auf der Scheuchzerstrasse Tempo 30 eingehalten wird und «Trottoirfahrten» verhindert werden. Des Weiteren wird er gebeten zu prüfen, wie diese Massnahmen schnellstmöglich umgesetzt werden können, so dass sie bereits bei der anstehenden Teilspernung der Weinbergstrasse greifen.*

Die Verfasser des Postulats begründeten ihre Ablehnung zum Abschreibenantrag des Polizeidepartements mit der Begründung damit, es bestehe bezüglich Befahren des Trottoirs nach wie vor grosser Handlungsbedarf, das Problem bestehe nach wie vor – nur auf der andern Strassenseite. Mehrere Briefe von Anwohnenden seien ohne Wirkung geblieben. Für die Fachleute der Dienstabteilung Verkehr ist diese Begründung nicht nachvollziehbar. Wie bereits im Vorjahr ausgeführt, wurde das Befahren des Trottoirs – es diene in der Regel dem Vorbeifahren an Entsorgungsfahrzeugen –, wo dies möglich war, durch insgesamt vier Pfosten verhindert. Dass aufgrund von Zufahrten nicht alle verbotenen Fahrmanöver baulich verhindert werden können, wurde ebenfalls bereits im Vorjahr ausgeführt, sodass Kontrollen wie überall im Strassenverkehr auch in Zukunft nötig bleiben. Mit dem Setzen der erwähnten Pfosten wurde aber ein entsprechender Erfolg erzielt. Seither gingen entgegen den Angaben der Postulantin weder bei der Dienstabteilung Verkehr noch beim zuständigen Kreischef der Stadtpolizei Reklamationen ein. Ausser an exponierten Lagen erscheint es nicht zweckdienlich, Trottoirs baulich so abzuschirmen, dass sie unter keinen Umständen befahren werden können.

POS 2004/000535 2004/000135	17.03.2004 28.03.2007	Rosenheim Monjek Uetlibergstrasse/Haldenstrasse, Verkehrsverflüssigung
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob im Stadtkreis 3, vom Industriequartier Binz herkommend, bei der Einmündung von der Haldenstrasse in die Uetlibergstrasse, auf den letzten Metern vor der Kreuzung, in der Hauptverkehrszeit Massnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation getroffen werden können.*

Wie bereits in den Vorjahren ausgeführt, liegt die Verzweigung Haldenstrasse/Uetlibergstrasse unmittelbar an der SZU-Haltestelle Binz und im Einzugsgebiet vieler Arbeitsplätze. Der Fussgängerstreifen über die Haldenstrasse wird von einer grossen Anzahl querender Fussgänger/innen benützt. Eine zweisepurige Verkehrsführung würde das Gefahrenpotential für die zu Fuss Gehenden und Fahrgäste der SZU an dieser Stelle stark erhöhen und ist deshalb nicht sinnvoll. Das Postulat ist daher als unerfüllbar abzuschreiben.

POS 2004/000536 2004/000136	17.03.2004 28.03.2007	Rosenheim Monjek Uetlibergstrasse/Giesshübelstrasse, Verkehrsverflüssigung
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob im Stadtkreis 3, von der Binz herkommend, bei der Einmündung von der Uetlibergstrasse in die Giesshübelstrasse, auf den letzten Metern vor der Einmündung, in der Hauptverkehrszeit Massnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation getroffen werden können.*

Wie bereits in den Vorjahren ausgeführt, handelt es sich bei der Verzweigung Giesshübel-/Uetlibergstrasse um einen Unfallschwerpunkt, der im Jahre 2001 saniert werden konnte, indem der Fussgängerübergang in der nördlichen Uetlibergstrasse mit einer Schutzinsel ausgerüstet und der Einmündungsbereich verengt wurde. Die Unfallhäufigkeit hat seither markant abgenommen. Eine Umsetzung des Postulats würde eine erneute Erweiterung der Einmündung Uetlibergstrasse in die Giesshübelstrasse nötig machen, was sich negativ auf die Verkehrssicherheit der Zufussgehenden, insbesondere der Kinder und der älteren, gehbehinderten Personen, auswirken würde. Eine derartige Verkehrsinfrastrukturanpassung wäre weder verantwortbar noch zielführend. Das Postulat ist als unerfüllbar abzuschreiben.



Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2004/000617 2004/000166	31.03.2004 16.06.2004	Virag Jansen Eva, Dr., und Nagel Ueli, Dr. Helikopterlandungen auf dem Uetliberg, Verbot für Private

*Der Stadtrat wird gebeten, womöglich gemeinsam mit den Gemeinden Adliswil, Stallikon und Uitikon beim Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) vorstellig zu werden mit dem Ziel, dass Helikopterlandungen von Privaten auf dem Uetliberg verboten werden.*

Wie bereits in den Vorjahr ausgeführt, gibt es auf dem Gebiet der Stadt Zürich keinen Helikopterlandeplatz auf dem Uetliberg. Der Landeplatz beim Hotel Uto Kulm befindet sich auf dem Hoheitsgebiet der Gemeinde Stallikon, und die Stadt Zürich hat keine Möglichkeiten, Landungen zu verhindern. Wie u. a. bereits in der Interpellationsantwort Nagel/Abele (GR-Nr. 2006/224), betreffend Nutzungskonflikte am Uetliberg, ausgeführt wurde, ist der Stadtrat wiederholt bei den kantonalen Behörden vorstellig geworden und hat seinen Unmut über die fortgesetzte Missachtung klaren Rechts geäußert. Ein Grossteil der Immissionen auf dem Uetliberg rührt von der Nutzung des Hotels Uto Kulm her, das sich nicht auf Stadtgebiet befindet. Da die Bauten und Anlagen ausserhalb der Bauzone liegen, ist grundsätzlich der Kanton zuständig. 2006 wurde unter der Leitung der kantonalen Baudirektion ein Nutzungskonzept für den Uetliberg erarbeitet, das einen kantonalen Gestaltungsplan vorsieht. Die Stadt Zürich, die Gemeinden Uitikon, Stallikon sowie die Betreiber und Eigentümer des Hotels Uto Kulm waren in dieser Arbeitsgruppe vertreten. Mit dem Gestaltungsplan Utokulm sollen die öffentlichen Interessen an der Nutzung des Aussenraums gesichert werden (Wanderwege, Ausflugsrestaurant, Aussichtspunkt), die zulässige Nutzung der Bauten und Anlagen festgelegt sowie die notwendigen verkehrlichen Regelungen getroffen werden. Zudem ist eine klare Trennung zwischen Gastgewerbebetrieb und öffentlich zugänglichem Ausflugsbereich vorgesehen. Pro Jahr sollen maximal 12 Helikopterflüge zulässig sein. Ausgenommen sind Rettungsflüge. Die Teilrevision des kantonalen Richtplans im Bereich Landschaft/Uto Kulm wurde zwischenzeitlich durch Beschluss des Kantonsrats vom 28. Juni 2010 festgesetzt und durch das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr und Kommunikation (Uvek) genehmigt. Als Nächstes wird ein Gestaltungsplan auszuarbeiten sein, in dem genau definiert wird, was in der neuen Erholungszone erlaubt sein wird. Zuständig ist auch dafür der Kanton.

POS 2004/001705 2004/000583	10.11.2004 30.08.2006	Marthaler Tomas und Traber Christian Sportveranstaltungen, soziale Integration auffälliger Besucherschaft
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie, unter Einbezug der Veranstalter von Grossanlässen und der organisierten Fanclubs, Massnahmen zur Verbesserung der sozialen Integration von militanten Fans getroffen werden können.*

Das Postulat wurde durch den ausführlichen Bericht in der Weisung 231 vom 2. April 2008 an den Gemeinderat erledigt.

POS 2004/001706 2004/000584	10.11.2004 30.08.2006	Marthaler Thomas und Traber Christian Sportveranstaltungen, Entschärfung von Gewalteskalationen
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung (Polizeibehörden und Sozialbehörden), Veranstaltern von sportlichen Grossanlässen sowie den organisierten Fanclubs zur Entschärfung der Gewalteskalation im Umfeld von Grossveranstaltungen verbessert werden kann.*

Das Postulat wurde durch den ausführlichen Bericht in der Weisung 231 vom 2. April 2008 an den Gemeinderat erledigt. Die Zusammenarbeit wird seit Herbst 2010 durch eine Taskforce der Clubs, des Polizeidepartements und des Schul- und Sportdepartements weiter überprüft und gefestigt.

POS 2004/001906 2004/000669	15.12.2004 12.01.2005	Bachmann Hans und 59 Mitunterzeichnende Güterumschlagsplätze, vermehrte Schaffung durch entsprechende Strassensignalisation
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie für das Gewerbe und dessen Güterumschlag auf Stadtgebiet mehr Güterumschlagsplätze mittels entsprechender Strassensignalisation geschaffen werden können.*

Wie bereits in den Vorjahren ausgeführt, ist der Güterumschlag, soweit er nicht ausserhalb des Strassenraums abgewickelt werden kann, überall dort gestattet, wo der Verkehr dadurch nicht behindert oder gefährdet wird. In der Stadt Zürich existieren rund 30 000 Güterumschlagsmöglichkeiten. Im Zusammenhang mit der Eröffnung des Parkhauses «Gessnerallee» (neu City Parking), bei dem als Folge des «Historischen Kompromisses» 254 gebührenpflichtige oberirdische Parkplätze auf öffentlichem Grund aufgehoben werden mussten, wurde zudem ein Teil der so frei werdenden Fläche in zusätzliche Waren- und Güterumschlagsplätze umgewandelt. Die restliche Fläche wurde für Taxistandplätze und Stellplätze für den leichten Zweiradverkehr genutzt. Der öffentliche Grund ist in Ballungszentren wie der Stadt Zürich ein knappes Gut, weshalb ein ausgewogenes Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Interessen zu finden und zu erhalten ist. Die Forderung des Postulats wird in konkreten Fällen laufend auf ihre Machbarkeit überprüft. Das Postulat kann somit als erfüllt abgeschrieben werden.



Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2005/000841 2005/000258	29.06.2005 13.07.2005	Amacker Bruno Central, manuelle Verkehrssteuerung

*Der Stadtrat wird aufgefordert zu überprüfen, wie am Central die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden durch erweiterte manuelle Verkehrssteuerung erhöht werden kann.*

Der Verkehr am Central wird nach wie vor von Montag bis Freitag in der Zeit von 07.30 bis 08.30 Uhr und von 16.00 bis 18.30 Uhr manuell geregelt. Diese Zeitvorgaben basieren auf langjährigen Erfahrungswerten, an die sich der Polizeiliche Assistenzdienst hält, da die zeitliche Vorgabe durch die Dienst-Abteilung für Verkehr (DAV) bis dato nicht geändert wurde. Aufgrund eigener Feststellungen durch die Stadtpolizei sind durch die vorgegebenen Zeiten die Spitzen des höchsten Verkehrsaufkommens am Central durch die manuelle Verkehrszeichengabe nach wie vor abgedeckt. Bei Bedarf können die Einsatzzeiten geändert werden. Zudem besteht seitens des Polizeilichen Assistenzdienstes ein enger Kontakt zu den Verkehrsbetrieben der Stadt Zürich, um das Personal im Zusammenspiel der manuellen Verkehrszeichengabe mit dem öffentlichen Verkehr zu sensibilisieren.

POS 2005/000896 2005/000272	06.07.2005 24.08.2005	Tuena Mauro und Liebi Roger Betäubungsmittelabhängige Verkehrsteilnehmende, Schutz der Bevölkerung
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Bevölkerung vor betäubungsmittelabhängigen Verkehrsteilnehmern effizienter geschützt werden kann.*

Da an den staatlichen Abgabeprogrammen in Zürich nur Schwerstabhängige teilnehmen, ist mit grosser Wahrscheinlichkeit anzunehmen, dass diese im Zusammenhang mit Drogen bereits mit der Polizei in Kontakt gekommen sind. Bei Betäubungsmittelrapporten erstattet die Polizei dem Strassenverkehrsamt, Abteilung Administrativmassnahmen, Meldung. Die Verpflichtung für diese Meldung befindet sich in Art. 123 Abs. 3 der Verordnung vom 27. 10. 1976 über die Zulassung von Personen und Fahrzeugen zum Strassenverkehr (VZV) und lautet: «Erhält die Polizei oder eine Strafbehörde Kenntnis von Tatsachen, wie etwa von schwerer Krankheit oder Süchten, die zur Verweigerung oder zum Entzug des Ausweises führen können, so benachrichtigt sie die für den Strassenverkehr zuständige Behörde.» Es kann somit davon ausgegangen werden, dass die Teilnehmenden von staatlichen Abgabeprogrammen bereits dem Strassenverkehrsamt gemeldet worden sind. Polizeilich angehaltene Fahrzeuglenkende, denen der Konsum von die Fahrfähigkeit beeinträchtigenden Substanzen vorgeworfen wird, werden dem Strassenverkehrsamt ohnehin gemeldet und dort auf ihre Fahrfähigkeit geprüft. Zu diesem Zweck werden regelmässig gezielte Verkehrskontrollen durchgeführt, namentlich im Umfeld der K+A. Zudem werden bei Zutrittskontrollen zu den K+A durch sip-Mitarbeitende die Autonummern der Klientinnen/Klienten notiert und nach einer ersten Verwarnung an die Polizei weitergeleitet. Für Ärzte, die Drogenabhängige behandeln, besteht gemäss § 15 des kantonalen Gesetzes über das Gesundheitswesen in Bezug auf die Verkehrstauglichkeit keine Anzeigepflicht, sondern lediglich ein Anzeigerecht.

POS 2006/001332 2006/000549	29.11.2006 15.12.2006	Probst Matthias und Glättli Balthasar Stadtpolizei, Verzicht auf die neuen Elektroschockpistolen
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, in Zukunft auf den Einsatz von Tasern zu verzichten.*

Gemäss § 5 Abs. 1 lit. g und § 13 der Verordnung über die polizeiliche Zwangsangewendung vom 21. Januar 2009 sind Destabilisierungsgeräte (Taser) im Kanton Zürich ausdrücklich zulässig. Bei der Stadtpolizei Zürich darf der Taser nur von den speziell ausgebildeten Angehörigen der Interventionseinheit eingesetzt werden. Der Taser ist gegenüber der Schusswaffe das mildere Mittel, weshalb darauf nicht verzichtet werden darf. Die Stadtpolizei geht mit diesem Einsatzmittel sehr zurückhaltend um. Seit der Einführung im Jahr 2004 fanden insgesamt nur 6 Tasereinsätze statt. Im Jahr 2010 erfolgte ein Einsatz.

POS 2007/000660 2007/000353	13.06.2007 20.06.2007	Stähli-Barth Peter und 4 Mitunterzeichnende Stadion Letzigrund, Pflichten und Verantwortungen der beiden Zürcher Fussballclubs
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, wie im neuen Stadion Letzigrund – bezüglich FCZ und GC – für alle Spiele in der Super League und in anderen Wettbewerben folgende Vorkehrungen getroffen werden können:*

1. Erstellung eines verbindlichen Sicherheitskonzepts, speziell für den Betrieb des Stadions im Zusammenhang mit Fussballspielen;
2. Koordination der Zuständigkeiten unter der Leitung der Stadt Zürich und Klärung der Verantwortlichkeiten für die beiden Zürcher Fussballclubs;
3. Volle Kostenübernahme für die mit den Clubs abgesprochenen Sicherheitsvorkehrungen im Stadion durch die beiden Zürcher Fussballclubs;
4. Erstellen eines flexiblen Sicherheitskonzepts zur Entschärfung möglicher Gewalteskalationen vor und nach den Spielen in präventiver und repressiver Hinsicht;
5. Einbezug der beiden Zürcher Fussballclubs in die Verantwortlichkeit bezüglich allen Fanaktivitäten vor und nach den Spielen.

Wie bereits im Vorjahr ausgeführt, sind die Fussballclubs gemäss Sicherheitsreglement der Swiss Football League (SFL) zum Erstellen von Sicherheitskonzepten verpflichtet. Diese werden allgemein polizeilich und feuerpolizeilich überprüft. Das Stadion Letzigrund entspricht den Uefa-Richtlinien. Die Kosten für die Sicherheitsvorkehrungen in den Stadien tragen die Fussballclubs. Sie sind zudem auch verpflichtet, einen Sicherheitsverantwortlichen zu benennen. Grundsätzlich sind innerhalb des Stadions die privaten Sicherheitsdienste zuständig, ausserhalb die Polizei. Eingangskontrollen und Fansektoren-trennung im Stadion werden gemäss SFL-Richtlinien vorgenommen. Während der Spiele wird der polizeiliche Einsatz laufend beurteilt und angepasst, um so flexibel wie nötig reagieren zu können. Schliesslich existiert unter dem Namen «Fanarbeit Zürich» ein gemeinsam von der Stadt, dem Kanton, dem Bund und den Clubs finanziertes Fanprojekt, das Einfluss auf die Fanszene nehmen soll. Fanprojekte und Klubverantwortliche arbeiten dabei eng zusammen. Seit 1. Juli 2009 kann die Polizei gestützt auf das kantonale Polizeigesetz die Einsatzkosten von Veranstaltungen verrechnen. Gegen zwei Verfügungen vom 7. 3. 2010 und 14. 3. 2010, in denen die Kosten für die Polizeieinsätze der Stadtpolizei in Rechnung gestellt wurden, wurden Einsprachen erhoben. Diese Verfahren sind noch pendent.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2007/000910 2007/000466	29.08.2007 26.09.2008	Probst Matthias und Girod Bastien Stadtpolizei, Leibesvisitationen nur bei begründetem Verdacht

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, Leibesvisitationen nur bei begründetem Verdacht auf Drogen- und/oder Waffenbesitz durchzuführen.*

Das kantonale Polizeigesetz, das am 1. Juli 2009 in Kraft getreten ist und auch für die Stadtpolizei massgeblich ist, regelt die Durchsuchung von Personen abschliessend. Eine davon abweichende Regelung in der Stadt Zürich ist nicht möglich. Die einschlägige Bestimmung in §35 PolG lautet wie folgt: Durchsuchung:

Die Polizei darf in oder an der Kleidung einer Person, an der Körperoberfläche oder in den ohne Hilfsmittel einsehbaren Körperöffnungen und Körperhöhlen nach Gegenständen oder Spuren suchen, wenn

- dies zum Schutz von Angehörigen der Polizei oder anderer Personen oder von Gegenständen von namhaftem Wert erforderlich ist,
- Gründe für einen polizeilichen Gewahrsam dieser Person gegeben sind,
- der Verdacht besteht, dass sie sicherzustellende Gegenstände bei sich hat,
- es zur Feststellung ihrer Identität erforderlich ist oder
- sie sich in einem die freie Willensbildung ausschliessenden Zustand oder in hilfloser Lage befindet und die Durchsuchung zu ihrem Schutz erforderlich ist.

Die Durchsuchung wird von einer Person gleichen Geschlechts vorgenommen, es sei denn, die Massnahme ertrage keinen Aufschub. Für weitergehende körperliche Untersuchungen beauftragt die Polizei eine Ärztin oder einen Arzt oder anderes medizinisches Fachpersonal.

Die Stadtpolizei ist sich bewusst, dass körperliche Durchsuchungen bei den Betroffenen einen äusserst sensiblen Bereich berühren und regelmässig als Eingriffe in die Intimsphäre erlebt werden. Nichtsdestotrotz lässt sich ohne körperliche Durchsuchung insbesondere oftmals nicht oder nicht ausreichend sicher feststellen, ob von einer betroffenen Person eine Fremd- oder Eigengefährdung ausgeht, die es unbedingt zu verhindern gilt. Die Stadtpolizei bewegt sich hier in einem gewissen Spannungsfeld zwischen Sicherheit und Eingriff in die körperliche Integrität. Sie ist dabei aber sehr darauf bedacht, ihre Mitarbeitenden in Bezug auf diese Thematik immer wieder zu sensibilisieren, damit bei körperlichen Durchsuchungen dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit und dem Vorgehen mit Augenmass die erforderliche erhöhte Beachtung geschenkt wird. Aufgrund des Berichts der Geschäftsprüfungskommission des Gemeinderats (GPK) aus dem Jahr 2008 zur Praxis der Stadtpolizei bei Personenkontrollen wurde als zusätzliche Massnahmen die einschlägige Dienststanweisung der Stadtpolizei dahingehend ergänzt, dass Entscheide über die Durchführung von Leibesvisitationen neu durch den Dienststellenchef bzw. der Dienststellenchefin gefällt werden, mithin also nicht mehr im Ermessen des handelnden Polizisten selber liegen. Weiter wurde darin festgehalten, dass Leibesvisitationen, wo immer möglich von einem Polizisten oder einer Polizistin durchgeführt werden, der oder die bei der Festnahme nicht unmittelbar beteiligt war.

POS 2007/001252 2007/000624	28.11.2007 03.12.2008	Butz Marlène und Sarbach Martin Stadelhoferstrasse, Änderung des Fahrverbots
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie in der Stadelhoferstrasse das bestehende Fahrverbot für Motorwagen und Motorräder (Signal 2.13) mit einer Begegnungszone überlagert und die Zufahrt für den Güterumschlag zeitlich beschränkt werden kann.*

Mittels Verfügung des Vorstehers des Polizeidepartements vom 28. Oktober 2010 und Publikation der Verkehrsvorschriften wurde die Begegnungszone an der Stadelhoferstrasse im Städtischen Amtsblatt vom 10. November 2010 ausgeschrieben. In der Zwischenzeit ist sie in Rechtskraft erwachsen und wird umgesetzt. Eine zeitliche Zufahrtsbeschränkung besteht hingegen nicht. Die Zufahrt zur Versorgung der zahlreichen Geschäfte, die Erschliessung der privaten Liegenschaften sowie des Bahnhofs Stadelhofen inklusive der Bahnn Nebenbetriebe und Ladenlokalitäten muss jederzeit gewährleistet sein. Die Stadelhoferstrasse wird täglich von einem grossen, immer wieder wechselnden Personenkreis befahren (Taxi, Private, Verkehr von/zum Bahnhof usw.). Deshalb ist es ausgeschlossen, hier eine zeitliche Zufahrtsbeschränkung analog der Fussgängerzone in der Altstadt rechts der Limmat einzuführen.

POS 2008/000311 2008/000142	26.03.2008 11.06.2008	Stucker Rolf und Garzotto Bruno Bootsvermietungen, Anzahl der Angebote
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, auf seinen Entscheid zurückzukommen, die sechs Bootsvermietungen im unteren Zürichseebecken im Jahr 2010 auf vier zu reduzieren beziehungsweise mit der diesjährigen Aufhebung der Bootsvermietung am Bürkliplatz die Anzahl der Bootsvermieter auf neu fünf zu definieren. Mit nur noch vier Bootsvermietungen kann das Angebot der Nachfrage nicht gerecht werden.*

Ausschlaggebend für den Entscheid des Stadtrats, die vormaligen sechs Bootsvermietungen auf vier zu reduzieren, waren Sicherheitsgründe, städtebauliche und wirtschaftliche Überlegungen. Die Bootsvermietung Utoquai II stand in Konflikt mit Badegästen der Badeanstalt Utoquai, die Bootsvermietung Bürkliplatz mit den Kursschiffen der ZSG. Die Konzessionen des Awel waren abgelaufen, eine neue Konzession für alle sechs Bootsvermietungen mehr als fraglich. Die sechs Bootsvermietungen bewirkten eine unschöne Möblierung des unteren Seebeckens. Zudem sollte die Reduktion den vier neuen Pächtern eine bessere Einkommenssituation und der Stadt höhere Pachtzinsen garantieren. In der Folge kam es im Mai 2009 zu einem Vergleich zwischen dem Polizeidepartement und dem damaligen Pächter der Bootsvermietung Utoquai II. Darin wurde festgelegt, das gekündigte Pachtverhältnis bis zum 31. Dezember 2012 und damit über das Pensionsalter des alten Pächters hinaus zu erstrecken. Im Gegenzug verzichtete dieser darauf, nach Ablauf dieser Erststreckungszeitraums eine weitere Erststreckung zu beantragen, und zog seine Klage gegen die Kündigung vom 6. März 2009 zurück. Mit Schreiben vom 25. Juni 2010 kündigte er dann das Pachtverhältnis per 31. Dezember 2010. Ab 2011 sind somit nur noch die Bootsvermietungen Utoquai I, Seefeldquai, Enge und Limmat in Betrieb, d.h. die Reduktion wurde umgesetzt. Das Amt für Hochbauten wurde beauftragt, Anfang 2011 den Rückbau des Gebäudes auszuführen.

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 2008/000340 2008/000155	02.04.2008 09.07.2008	Bürlimann Martin und Hüsey Kurt Fussballeuropameisterschaft 2008 (EURO 2008), Aufhebung von Verkehrsmassnahmen nach dem Anlass

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen wie sichergestellt wird, dass die Verkehrsbehinderungsmassnahmen, die für die Euro 08 eingeführt wurden, nach dem Anlass alle sofort rückgängig gemacht werden.*

Das Postulat wurde bereits erfüllt. Sämtliche Verkehrsmassnahmen, die für die Fussballeuropameisterschaft 2008 in Betrieb genommen worden sind, wurden direkt danach rückgängig gemacht, und der ursprüngliche Zustand wurde wiederhergestellt.



2009	<b>2010</b>	2011	2012	2013	2014	2015
------	-------------	------	------	------	------	------

Stadtküche (Bild: Stefan Walter)

# **Geschäftsbericht 2010**

## Gesundheits- und Umweltdepartement

# Inhaltsverzeichnis Geschäftsbericht Gesundheits- und Umweltdepartement

<b>1.</b>	<b>Vorwort</b>	<b>147</b>
<b>2.</b>	<b>Legislaturziele, Jahresschwerpunkte</b>	<b>148</b>
<b>3.</b>	<b>Kennzahlen Gesundheits- und Umweltdepartement</b>	<b>150</b>
<b>3.1</b>	<b>Allgemeine Kennzahlen</b>	<b>150</b>
<b>3.2</b>	<b>Spezifische Kennzahlen</b>	<b>151</b>
<b>4.</b>	<b>Departementssekretariat, Fachstellen, Dienstabteilungen</b>	<b>152</b>
<b>4.1</b>	<b>Departementssekretariat</b>	<b>152</b>
4.1.1	Aufgaben	152
4.1.2	Jahresschwerpunkte	152
4.1.3	Kennzahlen	153
<b>4.2</b>	<b>Stadtärztlicher Dienst</b>	<b>154</b>
4.2.1	Aufgaben	154
4.2.2	Jahresschwerpunkte und Kennzahlen	154
<b>4.3.</b>	<b>Stadtspital Waid</b>	<b>156</b>
4.3.1	Aufgaben	156
4.3.2.	Jahresschwerpunkte	156
4.3.3	Kennzahlen	157
<b>4.4</b>	<b>Stadtspital Triemli</b>	<b>158</b>
4.4.1	Aufgaben	158
4.4.2	Jahresschwerpunkte	158
4.4.3	Kennzahlen	160
<b>4.5</b>	<b>Pflegezentren</b>	<b>162</b>
4.5.1	Aufgaben	162
4.5.2	Jahresschwerpunkte	162
4.5.3	Kennzahlen	164
<b>4.6</b>	<b>Städtische Gesundheitsdienste</b>	<b>165</b>
4.6.1	Aufgaben	165
4.6.2	Jahresschwerpunkte	165
4.6.3	Kennzahlen	167
<b>4.7</b>	<b>Altersheime</b>	<b>170</b>
4.7.1	Auftrag	170
4.7.2	Jahresschwerpunkte	170
4.7.3	Kennzahlen	172
<b>4.8</b>	<b>Umwelt- und Gesundheitsschutz</b>	<b>173</b>
4.8.1	Aufgaben	173
4.8.2	Jahresschwerpunkte und Kennzahlen	173
<b>4.9</b>	<b>Stadtküche</b>	<b>177</b>
4.9.1	Aufgaben	177
4.9.2	Jahresschwerpunkte	177
<b>4.10</b>	<b>Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich</b>	<b>178</b>
4.10.1	Aufgaben	178
4.10.2	Jahresschwerpunkte	178
<b>4.11</b>	<b>Beratungsstelle Wohnen im Alter</b>	<b>181</b>
4.11.1	Aufgaben	181
4.11.2	Jahresschwerpunkte	181
4.11.3	Kennzahlen	181
<b>5.</b>	<b>Parlamentarische Vorstösse</b>	<b>182</b>

# 1. Vorwort



Dr. oec. Claudia Nielsen. (Bild: Gian Vait)

«Ich bin überzeugt, dass wir Sicherheit, Würde und Geborgenheit der Bewohnerinnen und Bewohner in unseren Pflegezentren gewährleisten können.»

Im Mai 2010 habe ich das Gesundheits- und Umweltdepartement von meinem Vorgänger Robert Neukomm übernommen. Das Departement ist gross und vielfältig, sein Spektrum reicht von A wie Altersheim bis Z wie ZüriWC. Das Gesundheits- und Umweltdepartement trägt die Verantwortung für zwei Spitäler, 10 Pflegezentren, 27 Altersheime und 35 Alterssiedlungen. Wir engagieren uns für einen respektvollen Umgang mit der Umwelt, für die 2000-Watt-Gesellschaft, für eine qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung für alle und für ein selbstbestimmtes Leben im Alter.

Robert Neukomm führte das Departement zwölf Jahre lang. Mit dem Wechsel an der Spitze bleiben Kontinuität bei den Werten und der Wille zur ständigen Weiterentwicklung von Angeboten und Dienstleistungen.

Zahlreiche Geschäfte waren bei meinem Amtsantritt bereits so weit vorbereitet, dass sie im Laufe des Jahres abgeschlossen werden konnten. So die Abstimmungen über den Neubau des Altersheims Trotte und über den Verkauf der Stadtküche an die gemeinnützige Stiftung DSR. Beide Vorlagen wurden von den Stimmberechtigten angenommen. Die Geschäftsprüfungskommission des Gemeinderats publizierte ihren Bericht

zu den Vorfällen im Pflegezentrum Entlisberg. Die Pflegezentren haben inzwischen eine Reihe von Massnahmen umgesetzt, damit sich so etwas nicht wiederholt. Ich bin überzeugt, dass wir Sicherheit, Würde und Geborgenheit der Bewohnerinnen und Bewohner in unseren Pflegezentren gewährleisten können. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Pflegezentren, aber auch Bewohnende und ihre Angehörigen schauen heute genauer hin und handeln rascher, wenn sie Mängel vermuten.

Für die Neuordnung der Pflegefinanzierung per 1. Januar 2011 mussten innert dreier Monate die finanziellen und organisatorischen Voraussetzungen in der Stadt Zürich geschaffen werden – eine komplexe Angelegenheit bei mehreren Tausend betroffenen Menschen und einer hohen Zahl an beteiligten Institutionen. Gemäss der Gesetzgebung von Bund und Kanton Zürich müssen die Gemeinden neu die Kosten übernehmen, die weder durch die Krankenversicherungen noch durch die Eigenbeteiligung der Patientinnen und Patienten gedeckt sind. Das bedeutet eine Mehrbelastung des städtischen Budgets mit jährlich etwa 32,5 Mio. Fr. ab 2014, nach Ablauf der dreijährigen Übergangsfrist.

Auch bei den Stadtspitälern Triemli und Waid ist die Finanzierung ein aktuelles Thema. Vieles ist im Umbruch, da ab 2012 die neue Spitalfinanzierung und die Fallpauschalen in Kraft treten werden. Die Stadt Zürich ist und bleibt die verlässliche Trägerin der beiden Stadtspitäler, die ihre Kooperation untereinander weiter verstärken. Die Stadtspitäler sind für die kommenden Veränderungen gut gerüstet. Eine ständige Erneuerung ist Pflicht: So konnte im Waid die neu gebaute Notfallabteilung bezogen werden, und im Triemli wächst das neue Bettenhaus in die Höhe.

Viele zukunftsweisende Projekte können nur dank guter Zusammenarbeit verschiedener Departemente realisiert werden. So zum Beispiel die Zentrale Ausnüchterungsstelle (ZAS), ein Pilotprojekt mit medizinischer Betreuung, wo betrunkenen Personen, die sich oder andere gefährden, eingewiesen werden. Die Stadtpolizei, die Städtischen Gesundheitsdienste und das Sozialdepartement arbeiten hier Hand in Hand. So leisten sie gemeinsam einen Beitrag zur Prävention, zur Sicherheit und zur Entlastung der Notfallstationen in den Spitälern.

Stadträtin Claudia Nielsen, Dr. oec.  
Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements



## 2. Legislaturziele, Jahresschwerpunkte

### Personelles

Generationenwechsel in den Stadtspitälern Waid und Triemli: In beiden Spitälern traten die langjährigen Medizinischen Direktoren 2010 in den Ruhestand. Ihre Positionen konnten mit erfahrenen internen Chefärzten besetzt werden, die seit mehr als zehn Jahren im jeweiligen Stadtspital tätig waren: Dr. Daniel Grob (Waid, ab 1. Juli 2010) und Prof. Dr. Andreas Zollinger (Triemli, ab 1. November 2010). Die neuen Medizinischen Direktoren ersetzen die pensionierten Medizinischen Direktoren Prof. Dr. Hugo Bühler (Waid) und Prof. Dr. h. c. Urs Metzger (Triemli) auch in der Geschäftsleitung des Gesundheits- und Umweltdepartements.

Dr. Daniel Grob ist seit 1990 am Stadtspital Waid tätig, seit 2001 als Chefarzt der heutigen Klinik für Akutgeriatrie. Der 56-Jährige wirkt an der Universität Zürich als Lehrbeauftragter und ist Mitglied der zentralen Ethikkommission der Schweizerischen Akademie der medizinischen Wissenschaften (SAMW).

Sein Vorgänger, Prof. Dr. Hugo Bühler, war seit 1989 Chefarzt der Medizinischen Klinik und seit 1992 Medizinischer Direktor. In seine Amtszeit fielen wichtige Entscheidungen, wie die Gesamtrenovation des Spitals, die Entwicklung der akutgeriatrischen Klinik und der Ausbau der Radiologie.

Prof. Dr. Andreas Zollinger trat 1999 als Chefarzt Anästhesiologie und Leiter des Instituts für Anästhesiologie und Intensivmedizin ins Stadtspital Triemli ein. Seit 2005 ist er Mitglied der Spitalleitung und seit dem 1. April 2009 Leiter des Departements Transversale Disziplinen. Die Medizinische Fakultät der Universität Zürich ernannte Zollinger 2005 zum Titularprofessor.

Sein Vorgänger, Prof. Dr. h. c. Urs Metzger, war seit 1990 als Chefarzt der Chirurgischen Klinik sowie seit 1999 als Medizinischer Direktor am Stadtspital Triemli tätig. Er prägte die Entwicklung des Stadtspitals Triemli bei der Erweiterung des Behandlungstrakts und als grosser Förderer der Interdisziplinarität. Er engagierte sich stark für ethische Aspekte in der Medizin.

### Verkauf der Stadtküche

Am 13. Juni 2010 ist das Zürcher Stimmvolk der Empfehlung des Stadtrats und Gemeinderats gefolgt, die Stadtküche als Dienstabteilung aufzulösen bzw. zu verkaufen. Mit dem Verkauf der Stadtküche wird sichergestellt, dass mit der neuen Eigentümerin, der gemeinnützigen Westschweizer Stiftung DSR, der freie Markt langfristig erfolgreich bearbeitet werden kann. Die Erhaltung der Arbeitsplätze im Niedriglohnbereich war eines der Hauptmotive, die Stadtküche zu verkaufen.

Die Stiftung DSR ist nicht auf Gewinnmaximierung fokussiert, sondern lebt hohe soziale Verantwortung. Das Personal der Stadtküche wird von der DSR zu den bisherigen Anstellungsbedingungen übernommen. Dafür wurde eine Besitzstandgarantie von fünf Jahren vertraglich festgelegt. Zudem ermöglicht ein guter Gesamtarbeitsvertrag, dass das Personal der Stadtküche auch nach Ablauf der Besitzstandgarantie zu fairen Anstellungsbedingungen beschäftigt wird.

Die Schul- und Hortverpflegung war ein Kerngeschäft der Stadtküche. Dies wird auch in Zukunft unter der neuen Besitzerin so bleiben. Die Schul- und Hortverpflegung ist ein Wachstumsmarkt, den DSR noch intensiver bearbeiten wird. Weil die Konkurrenz in diesem Marktsegment gross ist, wird nebst dem Preis auch die Qualität des Angebots von entscheidender

Bedeutung sein. Mit der 20%-Beteiligung der Stadt Zürich an der Menu and More AG, einer Tochterfirma von DSR, werden die städtischen Interessen bezüglich Angebot und Qualität der Mahlzeiten für die Schul- und Hortverpflegung gewahrt.

Mit dem Verkauf der Stadtküche per 31. Dezember 2010 wurde eine 131-jährige Entwicklungsgeschichte abgeschlossen.

### Eine Altersstrategie für die Stadt Zürich

Heute wohnen rund 60000 Menschen über 65 Jahre in Zürich. Sie sollen sich in unserer vielfältigen, dynamischen Stadt zuhause fühlen. Ältere Menschen sollen so lange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben führen können. Und sie sollen die Gewissheit haben, dass geeignete Angebote bestehen, wenn die Kräfte nachlassen oder wenn gesundheitliche Probleme auftauchen.

Seit September wird im Gesundheits- und Umweltdepartement an einer Altersstrategie für die Stadt Zürich gearbeitet. Damit soll eine neue Basis für die städtische Alterspolitik geschaffen werden, die den neusten Erkenntnissen und den Entwicklungen der letzten zehn Jahre Rechnung trägt – so lange ist es her, seit das Alterskonzept erschienen ist. Um nur einige dieser Entwicklungen zu nennen: Langsam kommt eine neue Generation ins Pensionsalter, Menschen mit sehr unterschiedlichen Lebensläufen. Das Alter wird vielfältiger. Die so genannten Babyboomer etwa haben andere Vorstellungen vom Alter als ihre Eltern, sie werden neue Bedürfnisse anmelden. Dasselbe gilt für Menschen aus anderen Kulturen, die sich vor Jahren hier niedergelassen haben und ihren Lebensabend hier verbringen werden. Dann haben sich die Stadtquartiere unterschiedlich entwickelt. Manche sind stärker gewachsen als andere, einige haben sich verjüngt, in anderen hat die ältere Bevölkerung stark zugenommen. Da und dort sind also Anpassungen bei den städtischen Wohn- und Betreuungsangeboten nötig. Nicht unbedeutend für die städtische Alterspolitik ist auch die neue Pflegefinanzierung, die am 1. Januar 2011 eingeführt wird. Mit all diesen und noch vielen weiteren Fragen befasst sich die neue Altersstrategie, mit deren Umsetzung voraussichtlich 2011 begonnen werden kann.

### Gesundheitsnetz 2025

2010 erhielt das Gesundheitsnetz 2025 ein neues Profil: Vereinsstrukturen und ein Vereinssekretariat wurden aufgebaut, und drei Pilotprojekte starteten operativ. Zahlreiche Aktivitäten, die zuvor das Gesundheits- und Umweltdepartement durchführte, liegen nun in der Hand des Vereins, z. B. die Jahresveranstaltung oder die Herausgabe des Newsletters. Mit der Überführung in eine breit abgestützte Organisationsstruktur wurde der Auftrag der Kommunikationsplattform plangemäss erfüllt und erfolgreich abgeschlossen. Das GUD ist nun, mit Vertreterinnen und Vertretern im Vorstand und im Thinktank, ein engagiertes Mitglied des Vereins Gesundheitsnetz 2025 unter vielen. Der Verein führt neu zum ersten Mal einen Projektwettbewerb zur Förderung von innovativen und institutionenübergreifenden Zusammenarbeitsformen durch.

Parallel zu den Aktivitäten des Vereins werden die Pilotprojekte des GUD weiterhin durch das GUD gesteuert. Das zuständige Gremium erhielt einen neuen Namen (Programmsteuerung Gesundheitsnetz 2025) und aufgrund von Pensionierungen auch eine leicht geänderte personelle Zusammensetzung.



Grundsätzlich wurde aber an der bewährten Steuerungsstruktur festgehalten.

Mit dem operativen Start der drei Projekte Kompass, Leila und Salute und den beiden bereits früher gestarteten Projekte SiL und Notfallpraxis Waid sind nun insgesamt fünf Pilotprojekte aktiv. Kompass ist ein Case-Management-Projekt, Leila engagiert sich für chronisch Kranke, und mit Salute startete ein Freiwilligenprojekt. Damit wird das Gesundheitsnetz 2025 im Praxisfeld viel sichtbarer und konkreter. Das eHealth-Projekt Elektronischer Austausch von Patientinnen- und Patientendaten erreichte mit dem Abschluss einer vertieften Umfeldanalyse einen wichtigen Meilenstein. Beim Projekt ZüriNotfall-Praxis, einer Zusammenarbeit des Ärztenetzwerks zmed und des Stadtsitals Triemli, kam es hingegen zum Projektabbruch. Damit repräsentieren die Projekte die allgemeine Dynamik im Gesundheitswesen: Es läuft viel, wenn auch manchmal etwas anders als erwartet, und trotz hohen persönlichen Engagements gelingt nicht immer alles.

### **Neuordnung der Pflegefinanzierung**

Auf den 1. Januar 2011 treten das neue Bundesgesetz über die Neuordnung der Pflegefinanzierung wie auch das neue Pflegegesetz des Kantons Zürich in Kraft. Das Bundesgesetz regelt die Beiträge der Krankenversicherer für die ganze Schweiz einheitlich und führt eine nach oben begrenzte Kostenbeteiligung der Empfängerinnen und Empfänger von Pflegeleistungen an den Pflegekosten ein. Das Pflegegesetz legt die Aufgaben der Gemeinden bei der Neuordnung der Pflegefinanzierung fest und regelt die Restfinanzierung. Die Gemeinden sind gemäss

kantonalem Pflegegesetz für die bedarfs- und fachgerechte stationäre und ambulante Pflegeversorgung zuständig. Sie bezeichnen eine Auskunfts- und Vermittlungsstelle.

Die Gemeinden haben die Pflegekosten der ambulanten und stationären Leistungserbringenden, die nach Abzug der Beiträge der Krankenkassen und der Eigenbeteiligung übrigbleiben, zu übernehmen. Diese Kostenübernahme ist unabhängig von der Einkommens- und Vermögenslage der pflegebedürftigen Person und auch unabhängig von der Art der Trägerschaft geschuldet.

Die Neuregelung der Pflegefinanzierung führt spätestens nach der dreijährigen Übergangsfrist im stationären Bereich zu einer erheblichen Zusatzbelastung der Stadt Zürich von rund 23,7 Mio. Fr.; im ambulanten Bereich kann mit einer geringfügigen Entlastung von 1,6 Mio. Fr. gerechnet werden. Die neue Eigenbeteiligung der Leistungsempfänger wird zu höheren Zusatzleistungen von 10,4 Mio. Fr. führen, so dass eine Gesamtbelastung der Stadt Zürich nach Ablauf der Übergangsfrist von 32,5 Mio. Fr. entsteht.

Die neuen Aufgaben aus dem Pflegegesetz werden wie folgt wahrgenommen: Die Auszahlung der öffentlichen Pflegebeiträge wird im stationären Bereich durch das Amt für Zusatzleistungen und im ambulanten Bereich durch die Städtischen Gesundheitsdienste erfolgen. Die stationäre Bedarfsplanung ist neu Aufgabe des Departementssekretariats GUD, für die ambulante Bedarfsplanung sind die Städtischen Gesundheitsdienste zuständig. Die Beratungsstelle Wohnen im Alter erteilt Auskunft über das Angebot der eigenen Heime sowie dasjenige der Vertragsheime.

## 3. Kennzahlen Gesundheits- und Umweltdepartement

### 3.1 Allgemeine Kennzahlen

	2006	2007	2008	2009	2010
Mitarbeitende total	6535	6635	6730	6766	6830
– davon Frauen	4969	5004	5056	5050	5091
– davon Männer	1566	1631	1674	1716	1739
Ø Stellenwert-Äquivalent <sup>2</sup>	5275	5439	5457	5531	5579
Führungskader total	895	895	917	916	906
– davon Frauen	545	525	540	536	525
– davon Männer	350	370	377	380	381
Lernende total	602	499	430	513	566
– davon Frauen	490	382	319	397	434
– davon Männer	112	117	111	116	132
<b>Angestellte mit Beschäftigungsgrad ≥ 90.00% (Vollzeitstellen)<sup>1</sup></b>					
Total	3721	3819	3850	3857	3833
Frauen	2387	2421	2441	2397	2397
Männer	1334	1398	1409	1460	1436
Frauen in %	64.1	63.4	63.4	62.1	62.5
Männer in %	35.9	36.6	36.6	37.9	37.5
<b>Angestellte mit Beschäftigungsgrad = 50.00–89.99% (Teilzeitstellen I)<sup>1</sup></b>					
Total	2197	2207	2268	2305	2349
Frauen	2009	2021	2063	2106	2114
Männer	188	186	205	199	235
Frauen in %	91.4	91.6	91.0	91.4	90.0
Männer in %	8.6	8.4	9.0	8.6	10.0
<b>Angestellte mit Beschäftigungsgrad = 0.01–49.99% (Teilzeitstellen II)<sup>1</sup></b>					
Total	617	609	692	661	713
Frauen	573	562	619	597	633
Männer	44	47	73	64	80
Frauen in %	92.9	92.3	89.5	90.3	88.8
Männer in %	7.1	7.7	10.5	9.7	11.2
Personalaufwand	560769852	575414817	604871435	628931662	642278858
Sachaufwand	182568692	191727792	205002071	211771833	212927391
Übriger Aufwand	183370595	178863341	184229739	181383142	190768604
Total Aufwand	926709139	946005950	994103245	1022086637	1045974853
Bruttoinvestitionen	10674834	18842442	14428295	10807909	21105978

#### Definitionen:

In den jeweiligen Zahlen sind diejenigen Mitarbeitendenkreise berücksichtigt, die in den gesamtstädtischen Personalkennzahlen im Stadtratsteil genannt sind. Ab 2008 werden alle Mitarbeitenden mit aktiver Anstellung im Dezember gezählt. Bis 2007 wurden nur jene mit aktiver Anstellung und Lohnzahlung im Dezember gezählt.

<sup>1</sup> Bis 2007 wurden Mehrfachanstellungen pro Mitarbeitenden zuerst addiert und dann als eine einzige Anstellung ausgewiesen. Mit der Einführung von SAP werden ab 2008 alle Anstellungen einzeln mit dem entsprechenden Beschäftigungsgrad ausgewiesen. Das Total aller Anstellungen entspricht somit nicht mehr dem Total aller Mitarbeitenden. Die Anzahl der Anstellungen 2008 wurden entsprechend korrigiert und mit den Werten von 2009 vergleichbar gemacht.

<sup>2</sup> Die Stellen der Stadträtinnen und Stadträte werden wieder in der Institution 1015 Stadtrat mitgezählt; die durchschnittlichen Stellenwert-Äquivalente 2008 reduzieren sich dadurch um 1 Stellenwert.

## 3.2 Spezifische Kennzahlen

### Freiwillige Mitarbeit

Im Berichtsjahr haben 1141 Personen, davon 876 Frauen und 265 Männer, in den Institutionen des GUD einen freiwilligen Einsatz geleistet. Während 70 828 Stunden setzten sie sich für das Wohl der Bewohnerinnen und Bewohner in den Pflegezentren, Altersheimen und Alterssiedlungen sowie der Patientinnen und Patienten in den beiden Stadtspitälern ein.

Erstmals wurden Freiwillige aus allen Dienstabteilungen des GUD gemeinsam mit einer Schulung in ihrer Tätigkeit unterstützt. In vier halbtägigen Modulen wurden ihnen Themen wie das Alter in der Gesellschaft, der Umgang mit Veränderungen im Alter und Grundlagen der Kommunikation näher gebracht.

Freiwillig Mitarbeitende, die mit dementen Bewohnerinnen und Patienten arbeiten, konnten zudem ein Vertiefungsmodul über demenzielle Erkrankungen besuchen. Das Schulungszentrum Gesundheit der Stadt Zürich führte einen Kursblock im Frühjahr und einen im Herbst durch; ein weiterer Block konnte im Dezember begonnen werden. Eine erste Auswertung zeigte, dass die Freiwilligen dieses Angebot schätzen und die behandelten Themen sowie die Art, wie sie vermittelt wurden, positiv beurteilen.

Weitere Informationen über das Gesundheits- und Umweltdepartement können dem Internet entnommen werden:

[www.stadt-zuerich.ch/gud](http://www.stadt-zuerich.ch/gud)

## 4. Departementssekretariat, Fachstellen, Dienstabteilungen

### 4.1 Departementssekretariat

#### 4.1.1 Aufgaben

Hauptaufgabe des Departementssekretariats (DS) ist die Unterstützung der Departementsvorsteherin, des Stadtrats und des Gemeinderats bei der Vorbereitung und Umsetzung ihrer Entscheide. Ferner koordiniert das DS die Zusammenarbeit innerhalb des Gesundheits- und Umweltsdepartements und mit anderen Departementen.

#### 4.1.2 Jahresschwerpunkte

##### Kauf der Zentralwäscherei

Die Zentralwäscherei (ZWZ) wurde 1967 als unselbständige Anstalt des Kantons Zürich in Betrieb genommen und der Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich (GD) unterstellt. Die Wäscherei befindet sich im Industriegebiet Hardbrücke im Kreis 5 der Stadt Zürich. Das Universitätsspital Zürich, das Kantonsspital Winterthur, die Stadtspitäler Waid und Triemli sowie die Pflegezentren der Stadt Zürich sind die grössten Kundinnen der ZWZ. Zusammen generieren sie rund zwei Drittel des Umsatzvolumens.

Eine von der GD im Jahr 2005 in Auftrag gegebene externe Studie zeigte auf, dass die ZWZ in ihrer ursprünglichen Form nicht oder nur sehr eingeschränkt auf den Preisdruck durch die privatwirtschaftlich organisierte Konkurrenz im In- und Ausland reagieren konnte. Im Januar 2006 setzte die GD eine Arbeitsgruppe «Zukunft ZWZ» ein, deren Auftrag es war, zu prüfen, wie die politische Forderung, die ZWZ nach marktwirtschaftlichen Spielregeln zu führen, am besten erfüllt werden könnte. Das Ergebnis dieser Untersuchungen zeigte, dass der Verkauf der ZWZ an die grössten Kundinnen und Kunden die tragfähigste Lösung darstellen würde. Aus diesem Grund entschied der Regierungsrat auf Antrag der GD, die ZWZ an die grössten Kundinnen und Kunden zu verkaufen und vorab eine Aktiengesellschaft zu gründen.

Die potenziellen Käuferinnen und Käufer (Stadt Zürich, Universitätsspital Zürich, Kantonsspital Zürich) entschieden daraufhin, den Kauf der ZWZ zu prüfen. Aufgrund einer durchgeführten Unternehmensbewertung und einer gemeinsam formulierten Eignerstrategie kamen sie zum Schluss, dass sich der Kauf der ZWZ lohnt. Vordringliches Ziel der Käuferinnen und Käufer ist es, die Wäscheversorgung aus eigener Kraft aufrechtzuerhalten und nicht von Dritten abhängig zu sein.

Auf Antrag des Stadtrats entschied der Gemeinderat am 3. März 2010, dass sich die Stadt Zürich an der neugegründeten ZWZ AG mit 40% beteiligt (das Universitätsspital Zürich ist ebenfalls mit 40% und das Kantonsspital Winterthur mit 20% am Aktienkapital der ZWZ AG beteiligt). Die ZWZ AG ist seit dem 1. Juli 2010 im Besitz der neuen Eigentümerinnen und Eigentümer. Der von ihnen gewählte Verwaltungsrat hat sich konstituiert.

##### Wettbewerb Aktive Nachbarschaft

Nachbarschaftshilfe gibt es tagtäglich. Aber sie ist – gerade in der Stadt Zürich mit vielen Einpersonenhaushalten und anonymen Mehrfamilienhäusern – nicht selbstverständlich. Eine gute Nachbarschaft bedingt, dass die Menschen sich kennen, schätzen und vertrauen. Ausserdem ist sie das erste und wirksamste Netz bei akuten Krisen jeder Art oder um Nachbarschaftskonflikte zu vermeiden. Auch wer im Alter möglichst lange in der eigenen Wohnung bleiben möchte, ist oft auf die Unterstützung von Nachbarinnen oder Nachbarn angewiesen. Das Gesundheits- und Umweltsdepartement hat daher den Wettbewerb «Aktive Nachbarschaft» lanciert und damit Nachbarschaftsgruppen motiviert, sich besser kennenzulernen und ein gemeinsames Projekt für die gute Nachbarschaft zu entwickeln. Am Tag der Nachbarn, am 28. Mai, fand die öffentliche Preisverleihung statt. Die Jury konnte drei überzeugende Projekte auszeichnen: das Kochbuch der Familie Hardau, Zwischenräume in der Siedlung Dennlerstrasse und Filmabende an der Diererstrasse.

#### 4.1.3 Kennzahlen

##### Beiträge Laufende Rechnung (Übersicht grössere Institutionen)

(in Fr.)	2006	2007	2008	2009	2010
<b>Beiträge an Spitäler/Heime</b>					
Diakoniewerk Neumünster, Spital Zollikerberg	5 619 749	2 696 195	6 691 804	5 471 944	3 495 131
Diakoniewerk Neumünster, Krankenheim Rehalp	398 354	306 088	676 995	1 420 199	1 350 000
Stiftung Krankenhaus Sanitas, Kilchberg	5 040 928	4 937 691	4 903 904	5 316 052	2 465 747
Diakonat Bethesda, Krankenheim	531 617	377 540	960 774	1 109 460	882 871
Diakonissenhaus Bethanien, Pflegeheim	703 208	144 030	71 010	52 110	28 410
Krankenstation Friesenberg	200 000	200 000	200 000	200 000	250 000
Wohn- u. Krankenstation «Sune-Egge»	1 504 081	1 806 863	1 344 009	1 549 833	1 598 760
<b>Total Beiträge</b>	<b>13 997 937</b>	<b>10 468 407</b>	<b>14 848 496</b>	<b>15 119 599</b>	<b>10 070 919</b>

(in Fr.)	2006	2007	2008	2009	2010
<b>Beiträge an Gesundheitsinstitute</b>					
Rheumaliga des Kt. Zürich	70 000	70 000	70 000	70 000	70 000
Ärztefon AG*	903 198	925 520	799 590	722 813	790 873
AHS (Zürcher Aids-Hilfe)**	510 000	510 000	510 000	280 000	280 000
Krankenpflegeschule	440 000	470 766	165 000	165 000	0
<b>Total Beiträge</b>	<b>1 923 198</b>	<b>1 976 287</b>	<b>1 544 590</b>	<b>1 237 813</b>	<b>1 140 873</b>

\* früher Ärzteverband für Notfalldienst

\*\* Ab 2009 wird der Beitrag mittels Nettzahlung ausgerichtet (d.h. ohne Beitrag des Kantons).

## Beiträge Investitionsrechnung (Übersicht grössere Institutionen)

(in Fr.)	2006	2007	2008	2009	2010
<b>Beiträge an Spitäler/Heime</b>					
Verein Diakonenhaus St. Stephanus, Rüschlikon, für PZ Erlenhof	150 000	350 000	130 000	257 000	0
Verein Diakonenhaus St. Stephanus, Rüschlikon, für PZ Nidelbad	350 000	132 000	60 000	84 500	0
Diakoniewerk Neumünster, Kranken- heim Rehalp*	200 000	49 397	165 049	83 354	-94 770
Diakonat Bethesda, Krankenheim	406 664	321 430	404 218	357 137	263 185
Verein WohSch, Verzinsliches Darlehen	-	-	-	-	300 000
<b>Total Beiträge</b>	<b>1 106 664</b>	<b>852 827</b>	<b>759 267</b>	<b>781 991</b>	<b>468 415</b>

\* Rückzahlung eines Darlehens im Jahr 2010  
Die Investitionsbeiträge fallen aufgrund des jeweiligen Baufortschritts an.

## 4.2 Stadtärztlicher Dienst

### 4.2.1 Aufgaben

Der Stadtärztliche Dienst (SAD) erfüllt seine Aufgaben in drei Abteilungen. Der Bereich Public Health und Suchtmedizin ist für die ärztliche Betreuung in den städtischen Drogeneinrichtungen zuständig, macht amtsärztliche Einsätze und amtiert als Fachstelle für öffentliche Gesundheitsplanung. Der Geriatriebereich übernimmt die ärztliche Versorgung in den Pflegezentren sowie in deren teilstationären und ambulanten Einrichtungen. Der Psychiatrisch-Psychologische Dienst betreut sozioökonomisch benachteiligte (u. a. wegen Arbeitslosigkeit, Singlehaushalt, Alter usw.) psychisch kranke Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Zürich und berät die Fachpersonen, die sie sozial betreuen.

Der SAD hat sich zu einem Kompetenzzentrum für die medizinische Betreuung der Schwächsten der urbanen Gesellschaft entwickelt.

### 4.2.2 Jahresschwerpunkte und Kennzahlen

#### Public Health

Die amtsärztlichen Einsätze aufgrund von Gefährdungsmeldungen haben erneut zugenommen, obwohl allein 74 Gefährdungsmeldungen über Personen mit Verdacht auf eine Demenz konsequent an die Gerontologische Beratungsstelle, Hausbesuche SiL (Sozialmedizinische individuelle Lösungen), überwiesen werden konnten.

#### Gefährdungsmeldungen mit amtsärztlichen Hausbesuchen

2006	2007	2008	2009	2010
112	125	138	150	160

Zwei Drittel der Einsätze betrafen über 65-Jährige. Je rund ein Siebtel der Meldungen erfolgte durch die Stadtpolizei, die Vormundschaftsbehörde, amtliche Beistände in den Sozialzentren, Vermietungen, Familienangehörige, medizinische Einrichtungen (Spitäler, Arztpraxen, Spitex) und übrige Institutionen.

Salute ist ein gemeinsames Projekt des Schweizerischen Roten Kreuzes, Sektion Zürich, und des SAD im Rahmen des Gesundheitsnetzes 2025. 59 Personen sind zu Hause von dreizehn freiwilligen Mitarbeitenden von Salute in 218 Einsätzen betreut worden. In durchschnittlich vier Einsätzen pro Fall konnte die soziale Situation der vorwiegend von Spitälern und Arztpraxen gemeldeten Kranken meist nachhaltig gebessert werden.

#### Geriatrischer Bereich

Schwerpunkt im Berichtsjahr war die Entwicklung der Gerontologischen Beratungsstelle im Pflegezentrum Entlisberg zu einem Kompetenzzentrum für Abklärung und Begleitung von

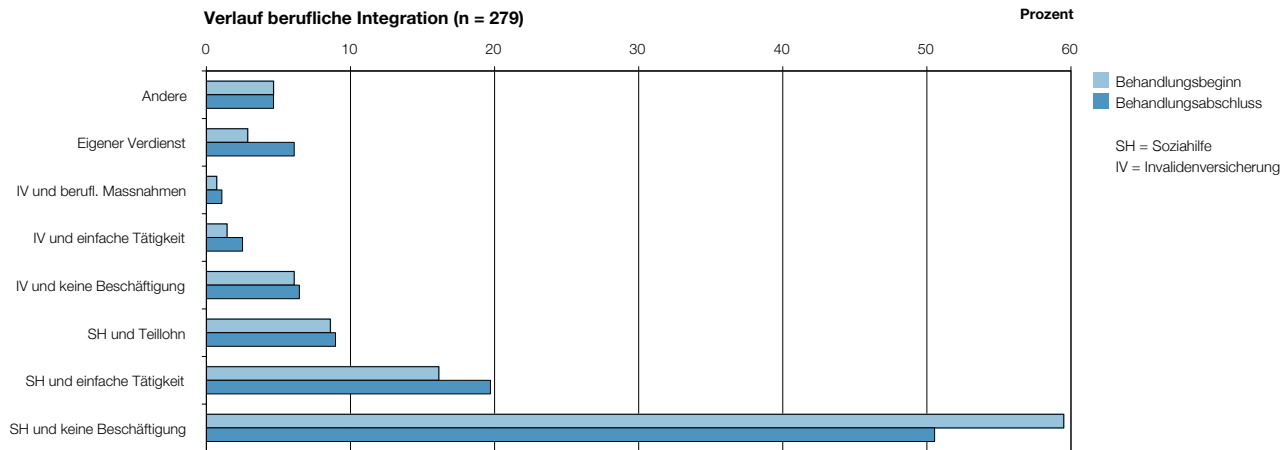
Demenzkranken sowie Entlastung der sie betreuenden Angehörigen. Neu wird von dieser zentralen Anlaufstelle nicht nur auf ärztliche Überweisung eine Abklärung in der Memory-Klinik initiiert. Zusätzlich werden auch individuell angepasste stunden-, tage- oder wochenweise Entlastungsangebote in den Tages- und Pflegezentren der Stadt Zürich organisiert. SiL nahm aufsuchende Abklärungen in Wohnungen von immobilen oder nicht kooperativen Demenzkranken vor sowie die nachhaltige Betreuung und kontinuierliche beratende Begleitung der Angehörigen. So konnten 2010 insgesamt neu 220 (2009: 83) Demenzverdächtige durch SiL untersucht und betreut werden. Bei 74 Personen erfolgte die Zuweisung durch den SAD aufgrund von Gefährdungsmeldungen mit Demenzverdacht. Um dem Anspruch einer nachhaltigen Betreuung gerecht zu werden, musste das Team von im Demenzbereich erfahrenen Pflegenden von zwei auf vier Teilzeitmitarbeitende erweitert werden. Die Betreuung erforderte im Minimum einen telefonischen Anruf, maximal zwölf Besuche und bis zu 50 telefonische Besprechungen. Insgesamt wurden 173 Personen mit einem Hausbesuch untersucht, 20 Personen mussten mehr als zweimal besucht werden, und wegen 63 Personen wurden fünf oder mehr Telefongespräche geführt.

Eine wöchentliche Besprechung der aktuellen Fälle mit dem Chefarzt des SAD bot die Möglichkeit, die Erkenntnisse der modernen Demenzforschung und die jahrzehntelange Erfahrung des SAD in der Betreuung von an Demenz erkrankten Menschen in die Alltagsarbeit von SiL zu integrieren.

Die Memory-Klinik untersuchte im Berichtsjahr 148 Demenzverdächtige (2009: 131). Davon zeigten 9% (11%) normale Hirnleistungen, 25% (21%) eine leichte kognitive Beeinträchtigung, 35% (28%) eine leichte Demenz, 24% (20%) eine mittelschwere Demenz und 1% (3%) eine schwere Demenz. An den Gedächtnistrainings der Memory-Klinik im Tageszentrum Entlisberg wurde 1683-mal teilgenommen (2009: 1509-mal), an den Angehörigentreffen 174-mal (2009: 73-mal).

### Psychiatrisch-Psychologischer Dienst (PPD)

Bei einer Behandlung im PPD stehen zunächst die gesundheitlichen Probleme der Patientinnen und Patienten – in der Regel psychische Erkrankungen – im Vordergrund. Diese lassen sich oft nur verbessern, wenn die damit in enger Wechselwirkung stehenden sozialen Probleme, wie prekäre Wohnverhältnisse, Arbeitslosigkeit oder soziale Isolation, angegangen werden können. Dank der engen Kooperation mit den Sozialen Diensten können die psychiatrischen und sozialen Leistungen aufeinander abgestimmt werden – und in der Synergie kann mehr Wirkung erzielt werden, als wenn jede Leistung losgelöst von den anderen erbracht würde. Dieses Modell der *integrierten psychiatrisch-sozialen Behandlung* führt immer wieder zu überraschenden Entwicklungen bei Personen mit Mehrfachproblemen. Eine erste Auswertung bei 279 von einem Sozialzentrum überwiesenen Personen mit Behandlungsschluss im Jahr 2010 zeigt bei der beruflichen Integration eine zwar kleine, aber in der Tendenz erfreuliche Entwicklung (vgl. Grafik).



25 Personen (9%) gelang ein Aufstieg aus der untersten Kategorie «Sozialhilfe und keine Beschäftigung» in eine höhere Kategorie. Bei 49 (17%) zeigte sich eine Veränderung in Richtung verschiedener Formen einer Arbeitstätigkeit. Neun Personen gelang während der Behandlung im PPD ein

Aufstieg in die oberste Kategorie «Eigener Verdienst». Verglichen mit dem Grossteil der Personen, die nicht aus der Sozialhilfe herauskommen, ist dies zwar nur ein kleiner Anteil, die Daten zeigen aber doch, dass positive Veränderungen möglich sind.



## Kennzahlen Psychiatrisch-Psychologischer Dienst 2006–2010

	2006	2007	2008	2009	2010
<b>Patientinnen/Patienten</b>	714	878	903	995	1 062
– Frauen	348	456	451	409	424
– Männer	366	422	452	586	638
Neue Behandlungen	611	543	562	566	530
<b>Patientinnen/Patienten von</b>					
– Soziale Dienste	426	497	518	698	758
– Soziale Einrichtungen und Betriebe	42	63	78	100	125
– Zürcher Fachstelle für Alkoholprobleme (zfa)	0	0	1	29	52
– andere	246	318	306	168	127
Total verrechenbare Konsultationen nach KVG	4 261	5 427	5 824	6 700	6 788
Versäumte Sitzungen	1 282	1 581	1 458	1 474	1 759

### Kommentar zu den Kennzahlen

2010 wurden erneut mehr Personen als im Vorjahr betreut. Die Anzahl neuer Patientinnen und Patienten ist jedoch aufgrund einer Begrenzung der Aufnahmekapazität und der vermehrten

Triage an andere Fachstellen leicht zurückgegangen. Die Zahl verrechenbarer Konsultationen ist mit dem Vorjahr vergleichbar, die Zahl versäumter Sitzungen ist angestiegen.

## 4.3. Stadtspital Waid

### 4.3.1 Aufgaben

Das Stadtspital Waid (SWZ) ist für die erweiterte stationäre Grundversorgung in Zürich-Nord zuständig. Das Einzugsgebiet umfasst rund 180 000 Einwohnerinnen und Einwohner.

### 4.3.2. Jahresschwerpunkte

Mitte Jahr wurden die Umbau- und Renovationsarbeiten im Stadtspital Waid mit der Inbetriebnahme der Tiefgarage für das Personal und der neuen Vorfahrt für die Sanität abgeschlossen. Damit ist eine jahrzehntelange Phase zu Ende gegangen,

in welcher der Spitalbetrieb von Bauemissionen geprägt war. Das Stadtspital Waid ist nun mit seinen Bauten und seiner Infrastruktur eines der modernsten Spitäler in der Schweiz.

Die Vorbereitungsarbeiten zur Einführung des ab 2012 geltenden Finanzierungssystems mit Fallpauschalen Swiss-DRG (DRG = Diagnosis Related Groups) wurden im Berichtsjahr fortgesetzt. Um den Herausforderungen gewachsen zu sein, hat die Spitalleitung im Jahr 2010 diverse organisatorische und strukturelle Massnahmen eingeleitet und umgesetzt. So wurde die Spitalleitung um eine Person erweitert und neu organisiert. Der bisherige Bereich Dienste wurde in die beiden Bereiche Finanzen und Services aufgeteilt. Die Leiterin des Bereichs Services, lic. oec. publ. Karin Bögli, wurde vom Stadtrat zur Stellvertretenden Spitaldirektorin ernannt. Die Gesamtverantwortung für den Betrieb liegt beim Spitaldirektor; weitere Mitglieder der Spitalleitung sind der Medizinische Direktor, die Bereichsleiterin Pflege und Finanzen und die Bereichsleiterin Services.

In den Kliniken wurden die Behandlungsprozesse mit der Einführung von sogenannten Patientinnen- und Patientenpfaden und mit der Etablierung eines Fallmanagements optimiert. Die Austrittsberichte wurden formal überarbeitet und vereinheitlicht, so dass sie neben den Informationen für die Hausärztinnen und Hausärzte auch konkrete Angaben über die Haupt- und Nebendiagnosen enthalten, die für eine richtige Codierung eines Falls unerlässlich sind.

Die Spitäler im Kanton Zürich mussten sich bis Ende November bei der Gesundheitsdirektion um die Erteilung eines



Der neue Eingangsbereich des Stadtspitals Waid. (Bild: Frederic Meyer)

Leistungsauftrags ab dem Jahr 2012 neu bewerben. Die beiden Stadtspitäler haben ihr medizinisches Angebot im Hinblick auf die Bewerbung um die Leistungsaufträge in verschiedenen Bereichen untereinander abgestimmt. Die Intensität der Zusammenarbeit und Vernetzung zwischen den beiden Spitätern richtet sich dabei nach den jeweiligen fachspezifischen Erfordernissen.

#### Personelles

Prof. Dr. med. Hugo Bühler wurde im Juli 2010 pensioniert. Dr. med. Daniel Grob, Chefarzt der Klinik für Akutgeriatrie, hat am 1. Juli die medizinische Gesamtleitung am Stadtspital Waid übernommen. Der Nachfolger von Prof. Hugo Bühler als Chefarzt der Medizinischen Klinik ist PD Dr. Manuel Fischler.

#### 4.3.3 Kennzahlen

<b>Geschlecht, Wohnort und Alter der hospitalisierten Patientinnen und Patienten</b>										
	2006	in %	2007	in %	2008	in %	2009	in %	2010	in %
<b>Geschlecht</b>										
– männlich	3 930	45.5	4 211	46.2	4 247	45.8	4 350	46.8	4 524	47.5
– weiblich	4 719	54.5	4 913	53.8	5 021	54.2	4 938	53.2	5 004	52.5
<b>Wohnort</b>										
– Stadt Zürich	7 184	83.0	7 521	82.4	7 621	82.2	7 639	82.2	7 570	79.4
– Vertragsgemeinden der Spitalregion Zürich	46	0.5	68	0.8	74	0.8	67	0.7	54	0.6
– übriges Kantonsgebiet	1 162	13.5	1 235	13.5	1 283	13.8	1 339	14.4	1 604	16.8
– andere Kantone	212	2.5	232	2.5	228	2.5	181	2.0	228	2.4
– Ausland	45	0.5	68	0.8	62	0.7	62	0.7	72	0.8
<b>Alter</b>										
– 0–19	133	1.5	143	1.6	156	1.7	158	1.7	130	1.4
– 20–39	1 139	13.2	1 122	12.3	1 165	12.6	1 171	12.6	1 228	12.9
– 40–59	1 626	18.8	1 718	18.8	1 762	19.0	1 789	19.3	1 879	19.7
– 60–79	2 856	33.0	3 126	34.3	3 061	33.0	3 046	32.7	3 114	32.7
– 80–89	2 252	26.0	2 345	25.7	2 492	26.9	2 476	26.7	2 497	26.2
– 90 und mehr	643	7.5	670	7.3	632	6.8	648	7.0	680	7.1

<b>Patientinnen/Patienten, Pflegetage</b>	2006	2007	2008	2009	2010
Gesamtzahl der Patientinnen/Patienten	8 649	9 124	9 268	9 288	9 528
Zahl der Pflegetage	96 354	97 235	96 143	92 454	94 225
<b>Patientenabgang</b>					
– durch Austritt	8 113	8 551	8 702	8 756	9 005
– durch Tod	322	362	337	344	330
<b>Durchschnittlicher Aufenthalt</b>					
Tage pro Patientin/Patient	11.4	10.9	10.6	10.2	9.9
<b>Auslastung</b>					
Bettenbestand	265	267	263	254	253
Bettenbelegung in %	88.0	88.7	87.6	84.4	84.2

Patientinnen/Patienten, Pflegetage nach Kliniken										
Klinik	2006		2007		2008		2009		2010	
	Patientinnen Patienten	Pflege tage	Patientinnen Patienten	Pflege tage	Patientinnen Patienten	Pflege tage	Patientinnen Patienten	Pflege tage	Patientinnen Patienten	Pflege tage
Medizin	4 098	39 662	4 470	40 147	4 589	41 291	4 487	38 519	4 503	37 655
Chirurgie	3 737	29 555	3 878	30 822	3 843	29 018	3 963	28 080	4 198	28 641
Akutgeriatrie	814	27 137	776	26 266	836	25 834	837	25 855	827	25 929

### Kommentar zu den Kennzahlen

Die Zahl der stationär versorgten Patientinnen und Patienten ist gegenüber dem Vorjahr um 240 bzw. 2,6% angestiegen. In den letzten fünf Jahren betrug die entsprechende Steigerung bei gleich bleibender Bettenzahl (300) 19,3%. Im Jahr 2010 wurden insgesamt 9528 Patientinnen und Patienten stationär versorgt.

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer ist um 0,3 Tage von 10,2 auf 9,9 Tage gesunken. Bei den Pflege tagen ist dadurch bedingt ebenfalls ein Rückgang zu verzeichnen. Bei total 92 225 Pflege tagen betrug die Abnahme 229 Tage (-0,2%). Die Bettenauslastung lag bei 84,2%; von den insgesamt 300 betriebenen Betten waren im Jahresdurchschnitt 253 belegt.

Die Herkunft der stationär versorgten Patientinnen und Patienten nach Wohnort hat sich gegenüber dem Vorjahr nur wenig verändert: Der Anteil der Patientinnen und Patienten aus der Stadt Zürich ist leicht auf 79,4% zurückgegangen (Vorjahr 82,2%); 0,6% stammen aus den Vertragsgemeinden, 16,8% aus dem übrigen Kanton Zürich, 2,4% aus anderen Kantonen und 0,8% aus dem Ausland.

Rund 66% der Patientinnen und Patienten waren älter als 59 Jahre und rund 33% älter als 79 Jahre; 100 Jahre und älter waren 15 Patientinnen und Patienten (die älteste Patientin war 109 Jahre alt).

## 4.4 Stadtspital Triemli

### 4.4.1 Aufgaben

Das Stadtspital Triemli (STZ) ist für die Grund- und Notfallversorgung sowie als Zentrumsspital für die spezialisierte Versorgung der Stadtzürcher Bevölkerung zuständig. Zum Versorgungsgebiet gehören weiter auch Gemeinden links von Zürichsee und Limmat sowie angrenzende Gebiete. Das städtische Einzugsgebiet umfasst 172 000 Personen, der weitere Umkreis rund 360 000 Personen. Das STZ deckt mit seinem Leistungsauftrag praktisch das gesamte Spektrum der Akutmedizin für allgemein- und zusatzversicherte Patientinnen und Patienten ab. In einigen Disziplinen erbringt das STZ teilweise hochspezialisierte medizinische Leistungen, die auch Patientinnen und Patienten aus andern Kantonen offenstehen. Das STZ übernimmt zudem wichtige Aufgaben im Bereich der Aus- und Weiterbildung im Gesundheitswesen.

### 4.4.2 Jahresschwerpunkte

#### Pilotprojekt Risikomanagement

Vor dem Hintergrund der seit 2008 neu geltenden Bestimmungen des Obligationenrechts zum Internen Kontrollsystem und zur Risikobeurteilung hat sich das Stadtspital Triemli für die Etablierung eines Risikomanagements entschieden. Dabei wurde die Gelegenheit genutzt, sich früh im Teilbereich Risikomanagement des stadtinternen Projekts Charm (**Chancen- & Risiko-Management** und interne Kontrollen systematisieren) unter Leitung der Finanzverwaltung einzubringen. Dieses Projekt hat sich u. a. zum Ziel gesetzt, ein Konzept mit Minimalstandards

zur pragmatischen, angemessenen Umsetzung der von der Stadt Zürich Ende 2007 definierten Leitplanken zum Chancen- und Risikomanagement zu erarbeiten.

Demzufolge war das Interesse gross, dieses Konzept im Rahmen eines Pilotworkshops mit der Spitalleitung des STZ zu erproben. Die Erkenntnisse aus diesem Workshop sind in die überarbeitete Konzeptdokumentation eingeflossen; das STZ konnte damit einen wertvollen Beitrag leisten. Ziel des Workshops waren die Identifikation von Chancen und Risiken und die Validierung auf Vollständigkeit anhand des St. Galler Management-Modells. Eine systematische Identifikation zeigt auf, welche Ereignisse neue Chancen für die Zielerreichung und Aufgabenerfüllung der Organisation darstellen und welche Risiken diese behindern oder bedrohen können.

Die im STZ identifizierten Risiken und Chancen wurden bewertet und in einer Risikomatrix nach Eintrittswahrscheinlichkeit und Auswirkungen positioniert. Anschliessend wurden die Chancen und Risiken priorisiert sowie Massnahmen für die bedeutendsten Chancen und Risiken definiert.

#### Ambulantes Perioperatives Zentrum

Im Juli ist das Ambulante Perioperative Zentrum (APZ) unter der Leitung von PD Dr. Christoph Hofer eröffnet worden. Mit Blick auf die Einführung der Fallkostenpauschalen nach DRG (Diagnosis Related Groups) 2012 wurden die internen Prozesse rund um eine Operation (perioperativ) intensiv analysiert, um künftig alle Leistungen patientenzentriert, in optimaler Qualität und kosteneffizient erbringen zu können.



In den ersten fünf Betriebsmonaten wurden im APZ bereits 2775 Patientinnen und Patienten betreut. (Bild: Roland Brühwiler)

Ziel des APZ ist es, Patientinnen und Patienten zeitgerecht auf ihre Operation im STZ vorzubereiten und vollumfänglich aufzuklären. Um den gesamten Prozess patientenzentriert zu gestalten, ist das APZ konsequent interdisziplinär ausgerichtet, d. h. alle an der perioperativen Behandlung der Patientinnen und Patienten beteiligten Fachdisziplinen arbeiten Hand in Hand. Dazu gehört auch eine klare Einbindung der Hausärztinnen und Hausärzte sowie der weiteren externen Zuweisenden bei sämtlichen notwendigen Untersuchungen und Abklärungen. Diese Einbindung erlaubt es, Doppelspurigkeiten und redundante Untersuchungen zu vermeiden und den Eingriff bestmöglich zu planen.

Im APZ werden alle medizinischen Informationen koordiniert: Die relevanten Daten werden zusammengeführt, wenn nötig ergänzt, und es wird eine komplette Patientendokumentation erstellt. Notwendige Abklärungen im Vorfeld einer Operation werden, wenn immer möglich und gewünscht, durch die externen Zuweisenden durchgeführt. Im APZ erfolgt zudem die Betreuung von Patientinnen und Patienten, die sich einem ambulanten Eingriff unterziehen müssen oder direkt am Operationstag ins Stadtspital Triemli eintreten. In den ersten fünf Betriebsmonaten wurden insgesamt 2775 Patientinnen und Patienten betreut.

### Neubau Bettenhaus

Im Berichtsjahr wurden die Arbeiten an den Medien- und Versorgungskanälen fortgesetzt und die neuen Verbindungswege und Versorgungsleitungen erfolgreich in Betrieb genommen. Im September wurde mit dem Bau der Energiezentrale begonnen. Im Oktober begannen die Hochbauarbeiten für das neue Bettenhaus und inzwischen ist der Rohbau deutlich sichtbar.

Der erste Teil der Tiefgarage wurde fertiggestellt, so dass das Zentralmagazin Ende Dezember seinen neuen provisorischen Standort mit einer Fläche von rund 1000 m<sup>2</sup> beziehen konnte. Das Pilot- und Demonstrationsobjekt (P & D-Objekt) wurde umgebaut und entspricht nun den neuesten Erkenntnissen bezüglich Patientenkomfort und Gebrauchsfreundlichkeit. Das P & D-Objekt wird künftig auch als Informationspavillon genutzt.

### Personelles

Anfang Mai trat Patrik Kaiser die Stelle als Stellvertretender Spitaldirektor und Leiter des Bereichs Informatik an.

Nach über zwanzigjährigem Wirken als Chefarzt der Chirurgischen Klinik und beinahe zwölf Jahren als Medizinischer Direktor trat Prof. Dr. med. Urs Metzger Ende Oktober in den Ruhestand. Seine Nachfolge als Leiter des Departements Operative Disziplinen und als Chefarzt der Klinik für Viszeral-, Thorax- und Gefässchirurgie hat Prof. Dr. med. Markus Weber angetreten. Prof. Dr. med. Andreas Zollinger, Chefarzt des Instituts für Anästhesiologie und Intensivmedizin, hat die Aufgaben des Medizinischen Direktors übernommen.

Prof. Dr. med. Hanspeter Honegger, langjähriger Chefarzt der Klinik für Medizinische Onkologie und Hämatologie, trat ebenfalls im Oktober in den Ruhestand. Seine Nachfolge hat PD Dr. med. Mathias Schmid angetreten.

Im Laufe des Jahres konnten für Leitungsfunktionen folgende Personen gewonnen werden: PD. Dr. med. Stephan Vavricka (Leiter Abteilung Gastroenterologie und Hepatologie), Ursina Bavier (Leitung Pflege Frauenklinik), dipl. Ing. Julia Boysen (Leitung Qualitätsmanagement) und Urs Ritschard (Leitung Einkauf).



Die Mitarbeitenden bedankten sich bei Urs Metzger mit einem launigen Abschiedschor. (Bild: Ursula Bachmann)

#### 4.4.3 Kennzahlen

<b>Geschlecht, Wohnort und Alter der hospitalisierten Patientinnen/Patienten</b>										
	<b>2006</b>	<b>in %</b>	<b>2007</b>	<b>in %</b>	<b>2008</b>	<b>in %</b>	<b>2009</b>	<b>in %</b>	<b>2010</b>	<b>in %</b>
<b>Geschlecht</b>										
– männlich	8 710	46.7	8 559	46.3	9 191	46.8	9 197	47.2	9 602	48.0
– weiblich	9 941	53.3	9 913	53.7	10 442	53.2	10 280	52.8	10 399	52.0
<b>Wohnort</b>										
– Stadt Zürich	11 761	63.1	11 588	62.7	12 136	61.8	11 676	60.0	11 800	59.0
– Vertragsgemeinden der Spitalregion Zürich	1 292	6.9	1 353	7.3	1 308	6.7	1 348	6.9	1 414	7.1
– übriges Kantonsgebiet	3 945	21.2	3 885	21.0	4 218	21.5	4 461	22.9	4 688	23.4
– andere Kantone	1 574	8.4	1 555	8.4	1 864	9.5	1 903	9.8	1 968	9.8
– Ausland	79	0.4	91	0.5	107	0.5	89	0.4	131	0.7
<b>Alter</b>										
– 0–1	760	4.1	610	3.3	494	2.5	364	1.9	403	2.0
– 2–10	400	2.1	450	2.4	672	3.4	606	3.1	680	3.4
– 11–19	446	2.4	398	2.2	457	2.3	493	2.5	395	2.0
– 20–39	3 485	18.7	3 368	18.2	3 646	18.6	3 758	19.3	3 566	17.8
– 40–59	3 813	20.4	3 799	20.6	4 028	20.5	4 125	21.2	4 073	20.4
– 60–79	6 292	33.7	5 887	31.9	6 479	33.0	6 341	32.6	6 479	32.4
– 80 und mehr	3 455	18.5	3 960	21.4	3 857	19.6	3 790	19.5	4 405	22.0

<b>Patientinnen/Patienten, Pfl egetage</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>
Gesamtzahl der Patientinnen/Patienten*	18 945	18 770	19 935	19 725	20 287
Zahl der Pfl egetage	165 770	163 663	165 979	159 597	156 459
Geburten	1 445	1 418	1 493	1 615	1 639
<b>Patientenabgang</b>					
– durch Austritt	18 119	17 959	19 103	19 011	19 497
– durch Tod	532	513	530	466	504
<b>Durchschnittlicher Aufenthalt</b>					
Tage pro Patientin/Patient	8.9	8.9	8.5	8.2	7.8
<b>Auslastung</b>					
Bettenbestand	529	535	535	510	505
Bettenbelegung in %	86.7	83.8	84.8	85.7	84.9

\* inkl. Bestand stationäre Patientinnen/Patienten am 31. Dezember

<b>Patientinnen/Patienten, Pflegetage nach Kliniken</b>										
	<b>2006</b>		<b>2007</b>		<b>2008</b>		<b>2009</b>		<b>2010</b>	
<b>Klinik</b>	<b>Patientinnen Patienten</b>	<b>Pflegetage</b>	<b>Patientinnen Patienten</b>	<b>Pflegetage</b>	<b>Patientinnen Patienten</b>	<b>Pflegetage</b>	<b>Patientinnen Patienten</b>	<b>Pflegetage</b>	<b>Patientinnen Patienten</b>	<b>Pflegetage</b>
Chirurgie	6752	60713	6523	59763	6832	59661	6773	58285	6901	56659
Medizin	5788	49330	5776	48547	6367	49523	6304	47671	6548	46946
Rheumatologie	1431	24278	1400	25942	1400	24777	1430	22912	1459	20931
Radio-Onkologie	713	8274	815	7807	797	7800	774	7548	792	7874
Kinder und Jugendliche	1360	8371	1326	7224	1394	8421	1322	7309	1393	8159
Frauenklinik Maternité	2607	14804	2632	14380	2843	15797	2874	15872	2908	15890

### **Kommentar zu den Kennzahlen**

Auch 2010 ging, bedingt durch den medizinischen Fortschritt, die durchschnittliche Aufenthaltsdauer weiter zurück (von 8,2 auf 7,8 Tage). Dies führte entsprechend zu einer Reduktion der Pflegetage. Nach einem geringen Rückgang im Vorjahr erhöhte sich 2010 die Zahl der stationären Patientinnen und Patienten um 2,6% auf deutlich über 20000. Dies liegt unter anderem auch daran, dass die hochstehenden Leistungen des Triemlis

in der Urologie und der Ophthalmologie zu einem Anstieg der Patientinnen- und Patientenzahlen beigetragen haben. Auch bei den Geburten war erneut eine Zunahme zu verzeichnen. 2010 wurden in der Frauenklinik 1670 Kinder geboren. Ebenfalls weiter angestiegen ist die Zahl der Notfälle: Mit über 41000 Notfällen wurde die Bedeutung des Triemlis als wichtiges Notfallzentrum einmal mehr bestätigt.

## 4.5 Pflegezentren

### 4.5.1 Aufgaben

Die zehn Pflegezentren der Stadt Zürich (PZZ) bieten Pflege- und Wohngruppenplätze für ältere pflegebedürftige Menschen an. Die Pflegezentren Entlisberg und Mattenhof führen zusätzlich Abteilungen, die besonders auf die Bedürfnisse von jüngeren pflegebedürftigen Behinderten ausgerichtet sind. In acht externen Pflegewohngruppen in Quartieren leben siebzig mobile Menschen, die mehrheitlich an einer Demenzerkrankung leiden. Zudem gehören ambulante Angebote (ergänzende und Beratungsangebote) wie Tageszentren usw. zum Aufgabengebiet der Pflegezentren. Die Pflegezentren engagieren sich auch in der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Fachkräften. So führt die Dienstabteilung PZZ für das Gesundheits- und Umweltdepartement das Schulungszentrum für Gesundheit (SGZ). Daneben bestehen PZZ-weit über 200 Lehrverhältnisse.

### 4.5.2 Jahresschwerpunkte

#### Allgemeines

Die Einführung der neuen Pflegefinanzierung wurde vom 1. Juli 2010 auf den 1. Januar 2011 verschoben. Die Einführung erforderte Vorbereitungen für die Umstellungen, die sich aus den neuen gesetzlichen Vorgaben ergeben. Da der Tarifpartner santésuisse ebenfalls per 1. Januar 2011 verlangte, vom bisherigen System der Pauschalabrechnung für ärztliche, diagnostische und therapeutische Dienstleistungen sowie für Medikamente und Hilfsmittel auf die Einzelleistungsabrechnung zu wechseln, mussten in der zweiten Jahreshälfte neben Vorbereitungen zur neuen Pflegefinanzierung sehr rasch auch jene für die Einzelleistungsverrechnung getroffen werden.

Die Bettenzahl wurde im Berichtsjahr von 1618 auf 1624 Betten erhöht. Die Auslastung betrug 97,3%, die Anzahl Pflegetage belief sich auf 575 310. Es zeigte sich weiterhin, dass die Pflegeplätze in den älteren, noch nicht sanierten Gebäuden schwieriger zu besetzen sind als in den moderneren und sanierten Häusern.

#### Angebote

Mit dem breiten Angebot der Pflegezentren an teilstationären und ambulanten Dienstleistungen soll die städtische Strategie «ambulant vor stationär» unterstützt werden. Das bedeutet,



Hausbesuche SiL für Menschen mit Fragen zu Gedächtnisstörungen und Demenz ist eines der ambulanten Angebote der Pflegezentren. (Bild: Susi Lindig)

dass die ältere Bevölkerung die Möglichkeit hat, möglichst lange mit bedarfsgerechter punktueller Unterstützung zuhause zu bleiben, und dass betreuende Angehörige nach Wunsch gezielt entlastet werden können. Die Angebote wurden konzeptionell überarbeitet und neu unter der Bezeichnung «Gerontologische Beratungsstelle» zusammengefasst:

- Memory-Klinik Entlisberg
- Hausbesuche SiL (Sozialmedizinische individuelle Lösungen)
- Organisation ergänzender Angebote zur Betreuung und Pflege zuhause für zuweisende Stellen und Fachpersonen.

Mit verschiedenen gezielten Massnahmen wie z. B. einer Plakatkampagne, dem Auftritt an der Züspa oder Kontakten mit zuweisenden Stellen, konnte der Bekanntheitsgrad der Angebote bei den zuweisenden Stellen (Hausärztinnen/Hausärzte, Sozialdienste der Spitäler usw.) und bei der Bevölkerung verbessert werden, was sich positiv auf die Nachfrage ausgewirkt hat.

Im Pflegezentrum Gehrenholz wurden im Oktober zehn Plätze für Bewohnerinnen und Bewohner mit besonderem Pflegebedarf geschaffen. So verfügen die Pflegezentren der Stadt Zürich nun über die Infrastruktur und das Spezialwissen für die Pflege von beatmeten und tracheotomierten Menschen sowie für Menschen, die eine spezielle Wundbehandlung benötigen.

#### Bauliches

Nach Abschluss der Sanierungsarbeiten im Haupthaus A des Pflegezentrums Mattenhof Ende 2009 zogen die Bewohnerinnen und Bewohner des Pflegezentrums Bombach Anfang Januar 2010 ins Pflegezentrum Mattenhof.

Anschliessend begann die Gesamtsanierung des 1965 erstellten Pflegezentrums Bombach. Die Bauarbeiten verlaufen termingemäss, so dass die Sanierung Ende 2011 abgeschlossen sein wird.

Die weiteren Massnahmen gemäss Masterplan Bauten II für die Jahre 2012–2020 erfolgen nach aktuellem Terminplan. Es sind dies die Planungsarbeiten für die Gesamtsanierung des Haupthauses A des Pflegezentrums Witikon (ab 2012) und der Projektwettbewerb für den Neubau des «Hauses der Demenz» beim Pflegezentrum Bombach.

Mit der Eröffnung der zwei neuen externen Pflegewohngruppen Katzenbach II in Seebach (geführt vom Pflegezentrum



Bewegung tut gut: Gruppenturnen auf der Abteilung. (Bild: Susi Lindig)



Käferberg) und Sunnige Hof in Albisrieden (geführt vom Pflegezentrum Bachwiesen) erhöhte sich das Angebot der externen Pflegewohngruppen auf 70 Plätze. Anfang 2011 wird eine weitere Aussenwohngruppe mit zehn Plätzen eröffnet werden. Konstruktive Gespräche mit weiteren Genossenschaften fanden statt, so dass die Pflegezentren das Ziel von etwa 100 Plätzen in externen Pflegewohngruppen voraussichtlich in den nächsten Jahren erreichen werden.

### **Qualitäts- und Umweltmanagement**

Die kontinuierliche Verbesserung ist ein Eckwert der Qualitätsbestrebungen der Pflegezentren. So verfolgten die PZZ auch 2010 konsequent die Weiterentwicklung des 2007 nach ISO 9001 zertifizierten Systems und stellten dessen Überprüfung periodisch in internen und externen Audits sicher. Zudem wurde das Qualitätsmanagementsystem des Schulungszentrums Gesundheit der Stadt Zürich (SGZ) ins Qualitätsmanagementsystem der PZZ integriert.

Im Rahmen des Legislaturschwerpunkts «Nachhaltige Stadt Zürich – auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft» setzten sich die Pflegezentren das Ziel, das Umweltmanagementsystem nach ISO 14001 ebenfalls zertifizieren zu lassen. In enger Anbindung an das Qualitätsmanagementsystem erarbeiteten die PZZ die entsprechenden Grundlagen und schulten die Mitarbeitenden, so dass im Januar das angestrebte Zertifikat erreicht wurde.

### **Personelles**

Mit der Überarbeitung der bestehenden Instrumente für das Anwesenheitsmanagement und der Schulung der Anwenderinnen und Anwender sollen der Wirkungsgrad des Systems verbessert und die Prozesse des Anwesenheits- und Case Managements besser aufeinander abgestimmt werden. Ziel ist es, die Absenzenquote nachhaltig zu senken.

Die Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterumfragen der letzten Jahre zeigen, dass sich viele Mitarbeitende im Pflegedienst stark belastet fühlen. Ein Teil der Mitarbeitenden fühlt sich heute noch zu wenig in der Lage, selbstverantwortlich einen angemessenen Umgang mit den gegebenen Belastungen zu finden, insbesondere mit den geäußerten Bedürfnissen von Angehörigen der Bewohnerschaft. In einer Umfrage, einer Feldstudie und in Fokusgruppengesprächen wurden PZZ-spezifische Daten zur Belastung in der Pflege gesammelt und daraus Ziele und

Massnahmen formuliert. Die daraus definierten Projekte sollen helfen, Belastungen zu senken und Strategien aufzeigen, wie die PZZ als Unternehmen wie auch die einzelnen Mitarbeitenden in Zukunft besser mit Belastungen umgehen können.

Die Lage auf dem Stellenmarkt für Fachpersonal im Bereich Pflegedienst hat sich weiter verschärft. Die Pflegezentren der Stadt Zürich reagieren darauf mit einer Vielzahl von zielgerichteten Massnahmen: Herausgabe der Broschüre «Pflegen bei uns» (wird an Messen, Weiterbildungsveranstaltungen, Schulen usw. abgeben), Durchführung einer Imagekampagne zum Thema «Arbeitsplatz Pflege PZZ» durch eine Tramplakataktion, Anpassung der Homepage sowie eine engere Zusammenarbeit mit den beiden kantonalen Bildungsinstitutionen.

In den PZZ werden jährlich mehrere hundert Arbeitszeugnisse geschrieben. Um den Aufwand zu verringern, wurde eine Applikation eingeführt, welche die Erstellung der Zeugnisse unterstützt und die Qualität der geschriebenen Zeugnisse sichert und erhöht.

### **Ausbildung**

In der beruflichen Grundbildung schufen die PZZ weitere Ausbildungsplätze. Ende Jahr waren 206 Lernende (Vorjahr 174) in verschiedenen Bereichen in Ausbildung. Mit 136 Lernenden entfiel der Grossteil dabei wieder auf die Ausbildung zur Fachfrau/zum Fachmann Gesundheit (Vorjahr 124). Von den 43 Lernenden im letzten Lehrjahr bestanden 42 die Lehrabschlussprüfungen. Die Durchschnittsnote aller Lernenden lag bei 4,96 (Vorjahr 4,78). 53,36% erreichten die Note 5 oder mehr.

Im Berichtsjahr erfüllte ein Grossteil der Pflegezentren die strengen Zulassungsbedingungen für die Ausbildung von Studierenden einer höheren Fachschule (HF) Pflege.

Erfreulicherweise möchten auch immer mehr Lernende, die ihre Ausbildung zur/zum Fachangestellten Gesundheit durchlaufen, im Anschluss eine höhere Fachausbildung im Langzeitbereich absolvieren. Im Rahmen der beruflichen Nachwuchsförderung sind aktuell sechs Studierende aus den PZZ an der Höheren Fachschule für Pflege am Careum Bildungszentrum in Zürich eingeschrieben.

Zusammen mit den Studierenden des Zentrums für Ausbildungen im Gesundheitswesen Kanton Zürich (ZAG), konnten die Pflegezentren der Stadt Zürich insgesamt 13 Studierenden einer höheren Fachschule einen Ausbildungsplatz anbieten.

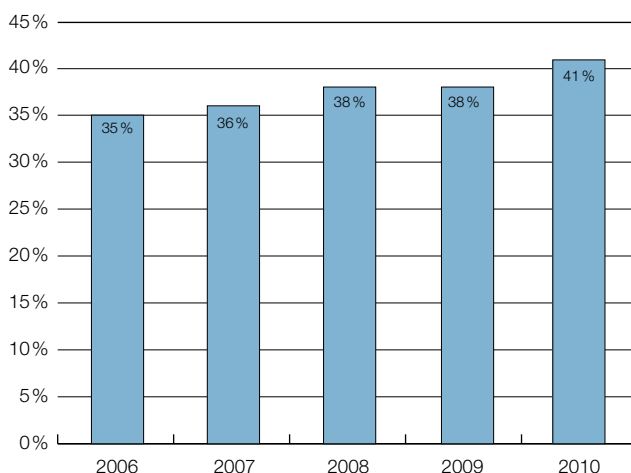
#### 4.5.3 Kennzahlen

Pflegezentren	2006	2007	2008	2009	2010
<b>Bewohnerinnen und Bewohner</b>					
Eintritte	1 049	1 067	1 225	1 191	1 212
Austritte	1 050	1 108	1 182	1 199	1 205
– davon nach Hause oder in andere Institutionen	367	400	453	458	495
Anzahl Personen per 31.12.	1 593	1 552	1 595	1 586	1 596
– davon in Aussenwohngruppen	28	37	55	52	60
Anteil mit Zusatzleistungen zur AHV in %	59	60	54	56	56
Anteil mit Hilflosenentschädigung in %	53	51	48	47	47
Durchschnittsalter	82	82	82	82	83
Anteil Frauen in %	76.5	75.7	75.7	74.6	74.4
<b>Pflegebedürftigkeit*</b>					
Anteil Personen in Tarifstufe 0 in %	–	–	–	0.0	0.0
Anteil Personen in Tarifstufe 1 in %	–	–	–	9.6	7.5
Anteil Personen in Tarifstufe 2 in %	–	–	–	1.0	0.6
Anteil Personen in Tarifstufe 3 in %	–	–	–	7.9	6.4
Anteil Personen in Tarifstufe 4 in %	–	–	–	13.8	11.0
Anteil Personen in Tarifstufe 5 in %	–	–	–	11.0	14.5
Anteil Personen in Tarifstufe 6 in %	–	–	–	23.9	26.0
Anteil Personen in Tarifstufe 7 in %	–	–	–	8.0	7.3
Anteil Personen in Tarifstufe 8 in %	–	–	–	16.1	18.0
Anteil Personen in Tarifstufe 9 in %	–	–	–	2.5	2.3
Anteil Personen in Tarifstufe 10 in %	–	–	–	2.3	2.7
Anteil Personen in Tarifstufe 11 in %	–	–	–	2.0	1.6
Anteil Personen in Tarifstufe 12 in %	–	–	–	0.0	0.0
Anteil Personen in Tarifstufe in Abklärung	–	–	–	1.9	2.1
<b>Verrechnete Aufenthaltstage</b>					
Pflegezentren (stationär)	575 428	572 930	577 591	576 062	575 310
Tageszentren (ambulant)	7 053	6 795	6 526	5 745	5 314
Durchschnittlicher Aufenthalt in Tagen**	–	–	–	965	997
<b>Auslastung</b>					
Platzangebot in Betten per 31.12.					
in Pflegezentren (stationär)	1 612	1 608	1 618	1 618	1 624
in Tageszentren (ambulant)	42	42	42	42	42
<b>Total Auslastung in %</b>	<b>98.0</b>	<b>98.4</b>	<b>98.0</b>	<b>97.5</b>	<b>97.3</b>

\* Seit Januar 2009 verwenden alle Pflegezentren das zwölfstufige Bewohnereinstufungs- und Abrechnungssystem RAI-NH.

\*\* Infolge eines Systemwechsels keine Angaben für 2006 bis 2008.

## Austritte nach Hause oder in andere Institutionen



## 4.6 Städtische Gesundheitsdienste

### 4.6.1 Aufgaben

Die Städtischen Gesundheitsdienste (SGD) beraten in Fragen zur sozialen Krankenversicherung und zur Prämienverbilligung. Zusammen mit Spitex Zürich sorgen sie für optimale Hilfe und Pflege zu Hause. Sie betreiben medizinische und therapeutische Angebote für substanzabhängige Menschen und andere Zielgruppen und engagieren sich im Bereich der Infektionsprävention. In Zusammenarbeit mit der Polizei führen sie das Vermittlungs- und Rückführungszentrum, das Suchtmittel konsumierende Menschen, die die Sicherheit im öffentlichen Raum gefährden, einer sozialen und medizinischen Betreuung zuführt.

*Spitex Kontraktmanagement* stellt die Spitex-Versorgung in der Stadt Zürich mittels Leistungsvereinbarungen sicher. Vertragspartner sind die Spitex-Vereine Zürich Limmat und Zürich Sihl, die Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich, der Verein kispex Kinderspitex des Kantons Zürich und die Pro Senectute Kanton Zürich (Stand Ende 2010).

Die Abteilung *Krankenversicherung* gewährleistet den Krankenversicherungsschutz der städtischen Bevölkerung und stellt den Anspruch auf Prämienverbilligung oder -übernahme fest. Die Überprüfung der Krankenversicherungspflicht ist vor allem auf die neu Zugezogenen ausgerichtet. Versicherungspflichtige, die keinen gültigen Versicherungsnachweis erbringen, werden einer Krankenkasse amtlich zugewiesen. Einen Beitrag an die Krankenkassenprämien erhalten Personen mit einem steuerbaren Einkommen von maximal 47 500 Franken und einem steuerbaren Vermögen von höchstens 300 000 Franken. Kindern von Mittelstandsfamilien wird bis zu einem Einkommen von 61 000 Franken ein Beitrag gewährt. Die Beitragshöhe ist abgestuft in fünf Einkommensgruppen und bewegt sich zwischen 624 und 2532 Franken. Der Anspruch von Personen mit einer Steuerveranlagung kann in der Regel automatisch ermittelt werden. Im Gesuchsverfahren behandelt werden Fälle, die individuell anhand der Steuererklärung, einer Einkommensdeklaration oder gestützt auf andere Grundlagen zu beurteilen sind. Die Grosszahl der Gesuche entfällt auf Zugezogene und auf Personen, deren persönliche oder

### Kommentar zu den Kennzahlen

Ende Jahr betrug der Bettenbestand 1624 Betten, das sind sechs Betten mehr als im Vorjahr. Die gesamte Anzahl Pflegetage lag mit 575 310 gegenüber dem Vorjahr leicht tiefer. Die Gesamtauslastung sank von 97,5 % auf 97,3 %. Der Anteil Personen, die nach Hause zurückkehrten oder in andere Institutionen wie Altersheime usw. eintraten, konnte im Berichtsjahr auf 41 % gesteigert werden.

wirtschaftliche Verhältnisse sich verändert haben. Ergibt die Betreibung der Krankenkassenprämien einen Verlustschein, werden die Prämien zulasten der Prämienverbilligungsmittel übernommen. Damit können Leistungssperren der Krankenversicherer vermieden oder aufgehoben werden.

Die *Suchtbehandlung Frankental* sichert die stationäre medizinische und therapeutische Versorgung von drogenkranken Menschen. Sie bietet körperliche Entzugs- und Teilentzugsbehandlungen zur kurzfristigen Stabilisierung sowie therapeutische Langzeitbehandlungen zur vollständigen Resozialisierung an. Dabei folgt sie den kantonalen Leistungsaufträgen der Gesundheits- und der Sicherheitsdirektion. Die Suchtbehandlung Frankental ist anerkannt als Einrichtung zum Vollzug von strafrechtlich verfügbaren Massnahmenbehandlungen.

Im Zentrum der *Medizinisch-sozialen Dienste* stehen die medizinische Behandlung und die soziale Beratung marginalisierter Menschen. Die medizinische Behandlung umfasst die medizinische Grundversorgung sowie die methadongestützte Behandlung, Anschlussbehandlungen nach Spitalaufenthalt, Überbrückungsbehandlungen nach Therapieabbrüchen oder Strafvollzug und Notfallbehandlungen. In Zusammenarbeit mit der Frauenklinik Maternité des Stadtspitals Triemli wird eine gynäkologische Sprechstunde angeboten. Das breite Angebot umfasst Schwangerschaftsbegleitung sowie die Vorsorge und die medizinische Behandlung von spezifischen Erkrankungen. Weiter leisten die Medizinisch-sozialen Dienste einen wichtigen Beitrag zur Prävention und Behandlung von Infektionskrankheiten, namentlich HIV, Hepatitis und sexuell übertragbaren Krankheiten (STI).

### 4.6.2 Jahresschwerpunkte

Mit der Konzentration der Anzahl Trägerschaften auf zwei Spitex-Vereine und die Spitex der Stiftung Alterswohnungen muss die Steuerung der Spitex-Versorgung in der Stadt Zürich überprüft und neu ausgerichtet werden. Gemeinsam mit den Spitex-Organisationen wurde ein breit angelegtes zweijähriges Projekt lanciert, das die Themen Mitarbeitende, Qualität, Positionierung, Prozesse, Wirtschaftlichkeit, Controlling, Reporting und Vernetzung beinhaltet.



#### 4.6.3 Kennzahlen

##### Spitex Kontraktmanagement

	2006	2007	2008	2009	2010
Verrechnete Stunden	668385	691919	714928	750568	770786
– KLV-Stunden	382347	402100	415310	444656	464498
– N-KLV-Stunden	286038	289819	299618	305911	306287
Kunden/Kundinnen	9081	9741	10078	10269	10189
– unter 65 Jahren	1870	1999	2192	2182	2285
– 65 bis 79 Jahre	2509	2733	2840	2851	2811
– 80 Jahre und älter	4702	5009	5046	5236	5093
Stellen	585	626	641	665	716
Kosten pro Spitex-Stunde (Fr.)	93.12	95.62	100.35	99.25	103.19
– Kosten pro KLV-Stunde (Fr.)	101.61	104.61	111.10	108.68	111.77
– Kosten pro N-KLV-Stunde (Fr.)	81.78	83.16	85.52	87.04	90.33
Trägerschaften ohne Stiftung Alterswohnungen	9	8	7	7	2
Finanzierungsanteil der Stadt Zürich in %	31.3	27.8	42.4	43.3	41.3

##### Krankenversicherung

Prämienverbilligung	2006	2007	2008	2009	2010
Berechtigte	110505	109801	112559	122871	121477
Männer	52116	51970	53422	58453	57909
– Kinder bis 18 Jahre (Einkommensstufen 1 bis 4)	11058	11282	11515	11994	12010
– Kinder bis 18 Jahre (Einkommensstufe 5)	–	–	–	3043	3175
– junge Erwachsene 19–25 Jahre	9006	8831	8979	9091	9187
– Erwachsene 26 Jahre und älter	32052	31857	32929	34325	33537
Frauen	58389	57831	59137	64418	63568
– Kinder bis 18 Jahre (Einkommensstufen 1 bis 4)	10580	10615	10807	11375	11311
– Kinder bis 18 Jahre (Einkommensstufe 5)	–	–	–	2911	2972
– junge Erwachsene 19–25 Jahre	8869	8721	8915	8987	8982
– Erwachsene 26 Jahre und älter	38940	38495	39415	41145	40303
Gesuche von Zuzügerinnen und Zuzügerern	4371	3970	4690	5077	5248
Anspruchskorrekturen wegen veränderter Verhältnisse	5909	4605	5323	8742	9424
<b>Prämienübernahmen</b>					
Anerkannte Verlustscheine	8486	7771	6612	6245	7362
Gesamtbetrag übernommener Verlustscheine (Fr.)	11416155	10469642	8730911	8426322	10137505
Übernahmebetrag pro Verlustschein (Ø Fr.)	1345	1347	1320	1349	1377

## Suchtbehandlung Frankental

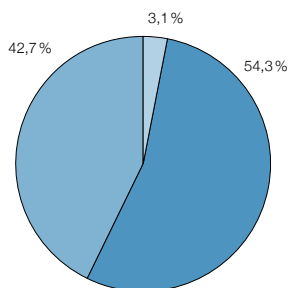
<b>Entzug &amp; Intervention</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>
Bewerbungen	265	285	266	235	215
Eintritte	166	169	170	155	142
Durchschnittsalter	31.99	33.31	33.68	33.27	32.69
Bettenbelegung	80.11 %	87.35 %	92.37 %	89.93 %	86.87 %
Aufenthalt in Tagen (Ø)	21.17	21.50	24.14	25.98	26.21
<b>Stationäre Therapie</b>					
Eintritte	15	19	21	17	20
Durchschnittsalter	31.84	30.84	35.9	34.88	30.62
Bettenbelegung	103.11 %	70.62 %	94.47 %	106.42 %	101.05 %
Aufenthalt in Tagen (Ø)	227	245	185	232	225
<b>Integration</b>					
Eintritte	15	13	17	13	13
Durchschnittsalter	31.79	34.98	34.17	37.10	34.8
Bettenbelegung	82.21 %	100.78 %	87.75 %	75.55 %	70.71 %
Aufenthalt in Tagen (Ø)	180	261	303	272	203

## Medizinisch-soziale Dienste

<b>Ambulatorium Kanonengasse</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>
Ambulante Behandlungen	9 111	10 965	9 260	9 114	9 234
– akut-medizinische Behandlungen	8 327	9 961	7 880	7 554	7 739
– gynäkologische Behandlungen	784	1 004	1 380	1 560	1 495
Patientinnen/Patienten	643	899	1 033	1 190	1 135
– Frauen	234	486	671	831	818
– Männer	409	413	362	359	317
Durchschnittsalter	37	34	34.8	35.6	38.1
Patientinnen/Patienten im Methadonprogramm	57	67	68	64	61
<b>Prävention und Kampagnen</b>					
Abgegebene Spritzen	941 884	852 074	877 812	807 101	726 104
Abgegebene Nadeln	1 948 014	1 638 571	1 677 818	1 440 278	1 302 104
Personenkontakte am Spritzenbus pro Tag (Ø)	33	33	29	25	27

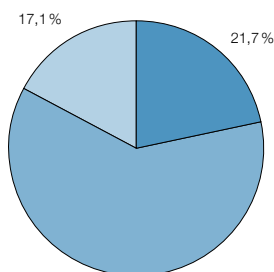
## Herkunft der KlientInnen und PatientInnen (Suchtbehandlung Frankental und Ambulatorium Kanonengasse)

### Entzug und Intervention



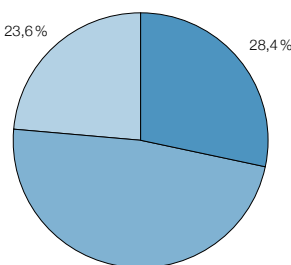
■ Stadt Zürich

### Stationäre Therapie



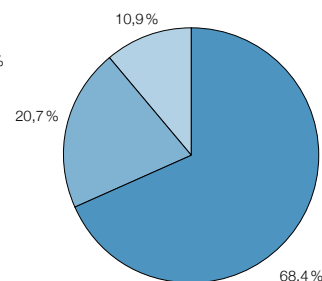
■ Kanton Zürich

### Integration



■ ausserhalb des Kantons Zürich

### Ambulatorium



### Kommentar zu den Kennzahlen

Die erbrachten Leistungen haben wie schon in den Vorjahren weiter zugenommen. So konnte Spitex Zürich mehr als 770 000 Stunden verrechnen. Diese Stunden verteilen sich allerdings auf weniger Kundinnen und Kunden als bisher. Die Zahl der Kundinnen und Kunden ist um gut 200 zurückgegangen, liegt aber trotzdem noch über 10 000. Die Leistungszunahme bedingte einen vermehrten Bedarf an Stellen. Im Berichtsjahr stieg die Anzahl Stellen erstmals auf über 700. Die im Vergleich zum Vorjahr höheren Kosten pro Spitex-Stunde sind auf die Kosten zurückzuführen, die aus der Fusion mehrerer Spitex-Vereine zu den Vereinen Spitex Zürich Limmat und Spitex Zürich Sihl entstanden sind. Der städtische Finanzierungsanteil hat sich reduziert, da der Gesamtaufwand bei den Spitex-Organisationen im Jahr 2010 aufgrund der Fusionskosten entsprechend höher ausfiel, ohne dass die Beiträge der Stadt Zürich deswegen angehoben wurden.

Bei der Prämienverbilligung bewegen sich die Berechtigtenzahlen auf dem Niveau des Vorjahres. Etwas rückläufig entwickelt

hat sich die Zahl der Berechtigten in der Kategorie der Erwachsenen über 25 Jahre. Erneut zugenommen haben auch die Anspruchskorrekturen wegen veränderter Verhältnisse (+7,8%). Damit hat sich der durch die Rechtsprechung ausgelöste Anstieg, der auf die Lockerung der Voraussetzungen für eine Neubeurteilung zurückzuführen ist (siehe Geschäftsbericht 2009), fortgesetzt und erstmals ganzjährig ausgewirkt.

Bei der Suchtbehandlung Frankental fällt die erneut hohe Belegung in allen Angebotsbereichen auf, insbesondere die Vollbelegung im Bereich Therapie. Nach wie vor bewährt sich die Suchtbehandlung Frankental als ausgesprochenes Angebot für Klientinnen und Klienten aus der Stadt und dem Kanton Zürich.

Bei den Medizinisch-sozialen Diensten nahm die Zahl der ambulanten Behandlungen leicht zu; die Anzahl der männlichen Patienten entwickelte sich dagegen rückläufig. Im Bereich der Infektionsprävention wurden erneut weniger Spritzen und Nadeln abgegeben.



## 4.7 Altersheime

### 4.7.1 Auftrag

Die Dienstabteilung Altersheime der Stadt Zürich (AHZ) ist verantwortlich für die Planung und Entwicklung stationärer und halbstationärer Betagteneinrichtungen. Neben der Anpassung der Infrastruktur an zeitgemässe Bedürfnisse soll sie dabei auch die Betreuungs- und Dienstleistungsangebote für die betagte Wohnbevölkerung weiter entwickeln. Sie führt 27 Altersheime und ein Gästehaus mit Wohn- und Lebensraum für ungefähr 2000 alte Menschen.

### 4.7.2 Jahresschwerpunkte

#### Neue Pflegefinanzierung

Das Berichtsjahr war geprägt von den Vorbereitungen zur Neuordnung der Pflegefinanzierung, die am 1. Januar 2011 in Kraft tritt. Das darauf abstützende Pflegegesetz für den Kanton Zürich wurde am 28. April 2010 erstmals im Entwurf vorgestellt und vom Kantonsrat bereits im September verabschiedet. Die dazugehörige Verordnung über die Pflegeversorgung wurde im November verfügt. Aus diesen übergeordneten Vorgaben ergeben sich Änderungen in der Abrechnung der Pflegekosten. Sie werden neu gemeinsam von den Bewohnerinnen und Bewohnern, den Krankenkassen und der öffentlichen Hand getragen. Das hat zur Folge, dass Bewohnerinnen und Bewohner mit Pflegeleistungen einen Eigenbeitrag an die Pflegekosten leisten müssen und dass die ungedeckten Restkosten der Pflege den Heimen von der öffentlichen Hand zurückerstattet werden.

Im Weiteren müssen die Taxen für Hotellerie und Betreuung neu getrennt ausgewiesen werden. Die dazu nötigen Vorbereitungen waren umfangreich und wegen der komplexen Materie und der gedrängten Termine von zahlreichen Unsicherheiten begleitet. Die Änderungen haben Anpassungen in der Aufnahme- und Taxverordnung der Altersheime zur Folge, die vom Stadtrat am 3. November beschlossen wurden. In Anbetracht der zusätzlichen Belastung für die Bewohnerinnen und Bewohner durch die Beteiligung an den Pflegekosten hat der Stadtrat für 2011 auf eine Anpassung der Pensions- und Betreuungstaxen verzichtet.

#### Bautätigkeiten

Die Umbauarbeiten am Altersheim Dorflinde wurden im Berichtsjahr fortgesetzt. Der strenge Winter und die anhaltende Regenperiode im Mai/Juni sowie nicht vorhersehbare Schwierigkeiten mit der Bausubstanz des bestehenden Gebäudes führten zu einer Verzögerung der Arbeiten, die sich im Laufe des Jahres nicht mehr auffangen liess. Der Bezug des umgebauten Altersheims wird darum um etwa drei Monate verzögert und erst im Spätherbst 2011 erfolgen können.

Am 13. Juni haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Stadt Zürich mit 90 % dem 62-Millionen-Kredit für den Ersatzneubau Altersheim Trotte und die Umbauten im Altersheim Sydefädeli zugestimmt. Das neue Altersheim Trotte wird aus baulicher und ökologischer Sicht vorbildlich. Der geplante Neubau wird das erste Minergie-P-Eco-Altersheim der Stadt Zürich. Betrieblich wird das Altersheim für die Angebotsform ServiceWohnen ausgestattet. Gleichzeitig werden vermehrt Synergien mit dem benachbarten Altersheim Sydefädeli genutzt und damit die Betriebskosten gesenkt. Der Baubeginn ist auf

den Spätherbst 2011 geplant, die Fertigstellung im Sommer 2014 vorgesehen. Zurzeit sind noch Einsprachen hängig, die zu Verzögerungen führen können.

Im Altersheim Doldertal, das auf Menschen mit Demenz spezialisiert ist, wurde mit einer eingeschossigen Aufstockung auf dem bestehenden Anbau ein Mehrzweckraum realisiert. Der Erweiterungsbau war nicht nur aus betrieblicher Sicht eine Herausforderung, sondern auch aus denkmalpflegerischen Überlegungen. Die Liegenschaft besteht aus einem 1913 erbauten denkmalgeschützten Hauptbau und einem 1967 erstellten Anbau. Die Bauarbeiten dauerten etwas mehr als ein halbes Jahr. Im Dezember konnte der neue helle und freundliche Mehrzweckraum eingeweiht werden. Die Möblierung wurde vom Verein Freunde Altersheim Doldertal finanziert.

#### Projekte

Um die Betreuung der demenzbetroffenen Menschen in den Altersheimen zu optimieren, wurden in einem Konzept Grundlagen zur Betreuung definiert und Massnahmen abgeleitet. Insbesondere ging es auch darum, die Kadermitarbeitenden aller Bereiche für das Thema Demenz zu sensibilisieren und diesbezüglich Fachwissen zu vermitteln (z. B. Gastronomie: Finger-Food; Aktivierung: Zehn-Min.-Aktivierungen; Technischer Dienst: Checklisten; Betreuung und Pflege: Validation; usw.). Weiter wurde in allen Betreuungs- und Pflegeteams eine fachverantwortliche Person für Fragen rund um das Thema Demenz bestimmt. Für komplexe Fragen stehen spezialisierte Fachkräfte wie der geriatrische Konsiliararzt zur Verfügung. Neu wurde zudem das zweijährige Pilotprojekt «Fliegende Equipe für Demenzfragen» gestartet. Dabei stehen qualifizierte Fachpersonen aus dem spezialisierten Altersheim Doldertal allen Mitarbeitenden der Altersheime der Stadt Zürich rasch und gezielt mit Fachwissen zur Seite.

Im Bereich Hotellerie (Gastronomie, Reinigung, Lingerie) wurden in Zusammenarbeit mit dem Institut für Facility Management der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) die Prozesse analysiert. Ziel war es, den Stellenbedarf auf der Basis der heutigen baulichen und betrieblichen Situation unter Berücksichtigung der Minimalstandards zu überprüfen und Optimierungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Experten der ZHAW erstellten aufgrund einer Analyse des Bereichs Hotellerie in vier Altersheimen Checklisten und weitere Arbeitsinstrumente. Diese dienen anschliessend als Grundlage für die Überprüfung der restlichen Heime durch Zweiertteams von Leitungen Hotellerie, die vorab als «Expertinnen» auf diese Aufgabe vorbereitet worden waren.

#### Beziehungen zur Öffentlichkeit

Im Berichtsjahr wurde wiederum ein reger Austausch mit der Öffentlichkeit und Fachkreisen gepflegt. Der Direktor wurde u. a. als Referent zur Tagung der Schweizerischen Sektion der Internationalen Juristenkommission zum Thema «Menschenrechte von Abhängigen in und ausserhalb von Institutionen» und zu einer Veranstaltung der Tertianum Stiftung zum Thema «Bildung und Lernen» eingeladen. Die Vizedirektorin referierte über die Weiterentwicklung der Angebote der Altersheime der Stadt Zürich und zum Thema Kundenorientierung an der Universität Giessen, an einer Fachtagung vom diakonischen Werk Baden-Württemberg und an der Fachtagung der Vereinigung Freiburgerischer Alterseinrichtungen in Freiburg. Am Kongress der Deutschen Gesellschaft für Gerontologie und

Geriatrie und der Schweizerischen Gesellschaft für Gerontologie in Berlin war ein weiteres Mitglied der Geschäftsleitung AHZ als Referentin aktiv.

Von August bis November fanden in den Stadtzürcher Altersheimen öffentliche Veranstaltungen unter dem Motto «Thank you for the music» statt. Der bekannte Song der Gruppe Abba diente als Titel der Aktion. Ziel war es, die Musik als verbindendes Element in die öffentlichen Veranstaltungen einzubeziehen. Die Palette der Aktivitäten war vielfältig; sie reichte vom englischen Picknick mit Butler-Service über das eigens verfasste Theaterstück bis zum Musical. Die Aktion war ein Erfolg. Zahlreiche Besucherinnen und Besucher haben den Weg in die Altersheime gefunden, und die Verankerung der Heime in den Quartieren konnte weiter verstärkt werden.



Ein bunter Liedernachmittag im Altersheim Kalchbühl mit prominenten Gästen aus dem Quartier, wie Böрни und Vera Kaa. (Bild: Kaspar Bucher)

Im September besuchte eine 20-köpfige Delegation von Vertreterinnen und Vertretern der Gesundheits- und Sozialbehörde verschiedener polnischer Städte die Schweiz und informierte sich über die Konzepte der städtischen Altersheime sowie das Leuchtturmprojekt Neubau Altersheim Trotte. Eine Gruppe von südkoreanischen Pflegewissenschaften-Studentinnen, die sich über die Alterspflege in der Schweiz informieren wollten, besuchte das Altersheim Sydefädeli.

## Weitere Schwerpunkte

- Das Altersheim Mathysweg feierte sein 40- und das Altersheim Trotte sein 50-Jahr-Jubiläum.
- Der Heimleiter Heinrich Hofstetter wurde mit Dank für sein langjähriges Engagement in die Pension verabschiedet. Neu übernahm Floris Tschurr die Leitung des Altersheims Laubegg. Das Altersheim Rosengarten in Uster und das Spezialaltersheim Waldfrieden in Pfäffikon ZH stehen neu unter der Leitung von Irene Thenen.
- Im Hinblick auf die ISO-Zertifizierung wurden im Berichtsjahr im Rahmen des Qualitätsmanagement-Systems verschiedene strategische und operative Konzepte überarbeitet oder ergänzt.
- Von der Age Stiftung wurde ein Förderbeitrag für das zweijährige Pilotprojekt «ServiceWohnenMobil» im Quartier Seefeld gesprochen. Das Projekt, in dem in Zusammenarbeit mit der Spitex Zürich Limmat ein neues Unterstützungsangebot für ältere zuhause lebende Menschen erprobt wird, startet im Januar 2011.
- Die Altersheime der Stadt Zürich gaben mit dem NZZ Verlag ein Buch mit dem Titel «Mein Leben ist mit vielen Geschichten verbunden» heraus. Der Buchautor Philipp Dreyer porträtierte 17 Frauen und Männer, die in Altersheimen der Stadt Zürich leben. Die Fotografin Mara Truog gab diesen Menschen und ihren Lebensgeschichten ein Gesicht. Das Projekt konnte dank finanzieller Unterstützung von Stiftungen ohne Steuergelder realisiert werden.
- Ueli Schwarzmann, Direktor der Altersheime, gab im Mai an der Mitgliederversammlung der Organisation der Arbeitswelt Soziales Zürich (OdA-S-ZH) das Präsidium ab. Liliane Ryser, Mitglied der Geschäftsleitung, wurde an derselben Versammlung neu in den Vorstand als Vertreterin für den Betagtenbereich gewählt. Olaf Toggenburger, Mitglied der Geschäftsleitung, ist als Vorstandsmitglied von Curaviva Kanton Zürich in den Steuerungsausschuss des nationalen Projekts von Curaviva Schweiz zum Thema «Personalentwicklung im Heimbereich aufgrund des drohenden Personalnotstandes» delegiert worden.

#### 4.7.3 Kennzahlen

Altersheime	2006	2007	2008	2009	2010
<b>Bewohnerinnen und Bewohner</b>					
Eintritte	360	422	426	430	348
Austritte	361	413	386	405	344
davon in eigene Wohnung/in andere Institutionen	42	43	45	61	40
Anzahl Personen per 31.12.	1900	1909	1949	1974	1978
Anteil mit Zusatzleistungen zur AHV in %	48.4	46.9	48.2	47.9	52.1
Durchschnittsalter	87.2	87.0	86.9	86.8	87.0
Anteil Frauen in %	78.3	77.8	78.4	77.2	77.6
<b>Pflegebedürftigkeit</b>					
Anteil Personen Besa 0 (keine Pflege) in %	44.8	42.7	41.9	41.7	43.0
Anteil Personen Besa 1 (geringe Pflege) in %	19.2	18.6	19.9	19.1	18.3
Anteil Personen Besa 2 (leichte Pflege) in %	14.8	16.8	15.9	16.7	17.1
Anteil Personen Besa 3 (mittlere Pflege) in %	9.0	8.9	9.9	9.6	9.7
Anteil Personen Besa 4 (schwere Pflege) in %	12.2	13.0	12.4	12.9	11.9
Besa = Bewohnereinstufungs- u. Abrechnungssystem					
<b>Verrechnete Aufenthaltstage/Aufenthaltsdauer</b>					
Herkömmliches AH-Angebot	704 593	710 447	718 564	719 776	710 101
ServiceWohnen *	–	3 422	4 028	5 039	22 808
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Jahren	4.7	4.7	4.8	4.9	4.9
Temporäraufenthalte ohne Gästehaus	7 115	5 351	5 040	4 896	3 060
Gästehaus:					
Eintritte	–	241	231	157	183
Austritte	–	229	226	167	184
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Wochen	–	5.9	5.6	6.6	5.5
<b>Platzangebot</b>					
Platzangebot in Betten per 31.12.	2 050	2 064	2 077	2 119	2 108
für Daueraufenthalte in herkömmlichen AH	1 984	1 994	2 008	1 965	1 884
für ServiceWohnen	–	11	11	97	182
für Temporäraufenthalte ohne Gästehaus	28	21	20	19	4
für Gästehaus	38	38	38	38	38
<b>Total Auslastung in %</b>	<b>97.9</b>	<b>98.0</b>	<b>98.3</b>	<b>97.9</b>	<b>98.0</b>

\* ab September 2009 mit Altersheim Wildbach

#### Kommentar zu den Kennzahlen

Im Berichtsjahr ist die Zahl der Aus- und Eintritte markant zurückgegangen. Der Grund liegt darin, dass in den Vorjahren jeweils das Bettenangebot durch Umbauten und Umnutzungen von Personalwohnungen zugenommen hat und dass wegen umbaubedingter Umzüge ins temporäre Altersheim Triemli einzelne Bewohnerinnen und Bewohner in spezialisierte Pflegeinstitutionen verlegt wurden. Im Weiteren wurde das Altersheim Wildbach Ende 2009 nach dem Umbau neu bezogen, weshalb hier die Austrittsquote im Jahr 2010 reduziert war. Dank dem erweiterten Bettenangebot im Altersheim Wildbach konnte aber die Zahl der Aufenthaltstage gesteigert werden. Das gesamt-haft um elf Plätze reduzierte Bettenangebot ergibt sich aus der besonderen Situation im Altersheim Trotte. Wegen des bevorstehenden Umbaus ist das Altersheim nicht mehr voll ausgelastet, und per Ende 2010 wurden einzelne Appartements an Studierende vermietet.

Der Anteil der Bewohnerinnen und Bewohner, die Zusatz-

leistungen zur AHV/IV beziehen, ist im Berichtsjahr erstmals über die 50 %-Marke gestiegen. Die Zunahme erklärt sich aus der Taxanpassung ab Januar 2010 sowie aus der erstmals erhobenen Betreuungstaxe in Besa-Pflegestufe 2.

Der Anteil der Personen, die regelmässige Pflege benötigen, hat sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig von 58,3 % auf 57 % reduziert. Das ergibt sich hauptsächlich aus dem Rückgang bei den schwer- und schwerst-pflegebedürftigen Bewohnerinnen und Bewohnern. Damit wird die immer wieder gehörte Aussage, wonach die Pflegebedürftigkeit der Bewohnerinnen und Bewohner in Altersheimen zunehme, widerlegt. Die Zahlen aus dem Berichtsjahr zeigen, dass das Durchschnittsalter und die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Bewohnenden der städtischen Altersheime weiterhin stabil geblieben sind.

Die Vertragsvariante ServiceWohnen wird im Altersheim Stampfenbach seit Januar 2010 im ganzen Haus angeboten. Im Altersheim Wildbach ist ServiceWohnen bereits seit der Wiedereröffnung im September 2009 im ganzen Haus möglich.

## 4.8 Umwelt- und Gesundheitsschutz

### 4.8.1 Aufgaben

Der Umwelt- und Gesundheitsschutz Zürich (UGZ) kümmert sich um die Qualität der Umwelt sowie die Förderung der Gesundheit in der Stadt. Er steht ein für eine zweckmässige Umsetzung der Vorschriften und sucht den Dialog mit den Betroffenen. Er stellt zuhause von Öffentlichkeit und Behörden das Controlling im Umwelt- und Gesundheitsschutz sicher, verfolgt die politische und fachliche Entwicklung, erhebt Daten und wertet sie aus. Früh erkennt er kritische Prozesse. Er informiert, schlägt Massnahmen vor, initiiert Projekte oder beteiligt sich an solchen Vorhaben.

### 4.8.2 Jahresschwerpunkte und Kennzahlen

Im Rahmen des Legislatorschwerpunkts «Nachhaltige Stadt Zürich – auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft» wurden die Vorgehensberatung und das Energie-Coaching für Energieeffizienz bei Gebäuden weiterentwickelt. Der Öko-Kompass, die Umweltberatung für KMU, führte 71 Standortberatungen durch, und die Geschäftsstelle machte das Angebot an 16 Veranstaltungen breiter bekannt. Ebenfalls ausgebaut wurde das Allianzen- und Partnermanagement.

Einen Schwerpunkt bildete die Kommunikation der 2000-Watt-Gesellschaft: Der Energierechner war während 91 Tagen an 16 Veranstaltungen im Einsatz und erreichte rund 22 000 Personen.

Für die Zürcher Woche an der World Expo 2010 in Shanghai entwickelte der UGZ in Zusammenarbeit mit der Stadtentwicklung die 2000-Watt-Waage. Dieses interaktive Ausstellungsmodul stiess auf grosse Resonanz und wurde schliesslich während sieben Wochen statt einer gezeigt. Seit dem Herbst war die 2000-Watt-Waage in Zürich im Einsatz.

Die Aktionstage Zürich Multimobil im September hatten den Schwerpunkt «Mobilität und Kultur». Indem weitere Dienstleistungen in das Programm integriert werden konnten, entwickelte sich Zürich Multimobil zu einer attraktiven Plattform für städtische Projekte, und es gelang, neue Dialoggruppen anzusprechen und neue Kommunikationskanäle zu erschliessen. Im Vorfeld wurden im Rahmen des Projekts «multimobil unterwegs» Freiwillige motiviert, während eines Monats aufs Auto zu verzichten und auf umweltfreundliche Verkehrsmittel umzusteigen. Die Aktion endete am 22. September 2010, dem europäischen Tag «In die Stadt – ohne mein Auto».

Die sechsten Zürcher Umwelttage fanden am 28. und 29. Mai statt. Rund 30 000 Besucherinnen und Besucher interessierten sich für die vielfältigen Themen rund um Gesundheit und Umwelt. Schwerpunktthema war die Biodiversität, deren grosse Bedeutung anhand von Beispielen vom Obst über Textilien bis zur Wasserqualität aufgezeigt wurde.

#### Umweltschutzfachstelle

Die Umweltschutzfachstelle (USF) trägt mit Grundlagenarbeiten und Projekten zur städtischen Klimaschutzpolitik bei. Sie erarbeitete zusammen mit den Universitäten Basel und Berlin eine wissenschaftliche Analyse der lokalklimatischen Gegebenheiten in der Stadt Zürich. In einem zweiten Schritt wurden Massnahmenvorschläge entwickelt, die in die Räumliche Entwicklungsstrategie (RES) einfließen und als Planungshinweise



Die Zürcher Umwelttage in der Innenstadt finden jeweils im Frühsommer statt.

dazu beitragen sollen, die lokalklimatische Situation in der Stadt zu optimieren. Die durch den Klimawandel bedingten Veränderungen im Lokalklima der Stadt haben Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung, die Natur und auf die bauliche Infrastruktur der Stadt. Eine Anfang 2011 vorliegende Fallstudie wird die Chancen und Risiken des Klimawandels für die Stadt erstmals einschätzen.

Eine wichtige Tätigkeit der USF ist die Koordination des städtischen Masterplans Umwelt. Der Bericht zum Stand des Masterplans Umwelt wurde den beteiligten Dienstabteilungen zur Vernehmlassung zugestellt. Ein erstes Massnahmenprogramm wird 2011 vorgelegt.

Im Weiteren trieb die USF die Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen nach nachhaltigen Kriterien voran. In Kooperation mit anderen Dienstabteilungen hat sie sich unter anderem mit sozialen und ökologischen Kriterien für die Beschaffung von Natursteinen oder Arbeitskleidern beschäftigt. Im März verabschiedete der Stadtrat die «Richtlinie Soziale Nachhaltigkeit», die Vorgaben für die nachhaltige Beschaffung durch die Stadt macht. Dafür konnte die Stadt Zürich die Auszeichnung «Fairer Stein» des Arbeiterhilfswerks (SAH) entgegennehmen.

2010 lag der USF keine Umweltverträglichkeitsprüfung zur Koordination vor. Da viele der sich im Bau befindlichen Grossbauten bereits in einem frühen Planungsstadium einer UVP unterworfen waren, musste dagegen bei den jeweiligen konkreten Projekten die Einhaltung der Vorgaben überprüft werden. Hinzu kamen Stellungnahmen zu UVP-pflichtigen Infrastrukturanlagen im Rahmen von Anhörungs- oder Plangenehmigungsverfahren.

#### Energie und Nachhaltigkeit

Am 1. Januar hat die neu geschaffene Abteilung Energie und Nachhaltigkeit (ENA) ihre Tätigkeit aufgenommen. Sie setzt sich aus Mitarbeitenden zusammen, die bisher der Umweltschutzfachstelle zugeordnet waren, sowie einer neuen, extern rekrutierten Abteilungsleiterin. Die ENA hat folgende Tätigkeitsschwerpunkte: 1. Die Steuerung der Energiepolitik der Stadt Zürich mit Schwerpunkt Energienachfrage. 2. Die Entwicklung und Etablierung innovativer Instrumente, die auf dem gesamten Stadtgebiet zur Reduktion der Energienachfrage, zur Energieeffizienz und zum Umstieg auf erneuerbare Energien beitragen (wie z. B. das Energie-Coaching). 3. Eine aktive Kommunikation zu den 2000-Watt-Aktivitäten der Energiestadt Zürich.

Im Rahmen des Masterplans Energie wurden mit den Verantwortlichen Controlling-Gespräche geführt. Ferner hat die Überarbeitung des Masterplans Energie begonnen, der 2012 vom Stadtrat neu festgelegt wird. Das vom Gemeinderat gewünschte Konzept für die städtische Energiebuchhaltung ist in Arbeit. In departementsübergreifenden Vorhaben (Energieversorgung 2050, zentrale/dezentrale Energieversorgung und Wärmeversorgungskonzept) hat die ENA die Nachfrageinteressen vertreten.

Im zweiten Jahr des Energie-Coachings wurde das Beratungsangebot inhaltlich weiterentwickelt und um die Teile denkmalpflegerische Vorabklärung, Immobilienökonomie, Berechnung von Energieeinsparung und Grobkosten ergänzt. 50 Coaching-Projekte wurden gestartet. Der Anteil der Sanierungen, die Minergie-Standard erreichen, liegt bei rund 40%. Erste Berechnungen zu den Energieeinsparungen zeigen, dass rund 69% der Heizenergie und 84% CO<sub>2</sub>-Äquivalente auf Stufe Nutzenergie eingespart werden können.

Um das Angebot Energie-Coaching noch breiter bekannt zu machen, aber auch, um die Potenziale von Nahwärmeverbänden besser auszuschöpfen, hat die ENA ein Konzept zu einer Veranstaltungsreihe «Energie im Quartier» erarbeitet, aus Budgetgründen jedoch zurückgestellt.

An Veranstaltungen wie einem Informationsabend «Vom Thermografiebericht zum Sanierungsprojekt», dem Energiezelt an den Umwelttagen oder einer Tournee des Energierechners durch städtische Amtshäuser hat die ENA verschiedene Zielgruppen für die 2000-Watt-Gesellschaft sensibilisiert. Überdies haben Mitarbeitende der ENA zahlreiche Referate zum Themenkreis «Zürich und die 2000-Watt-Gesellschaft» gehalten.

## Abteilung Umwelt

Mit Blick auf die Luftqualität waren die Wintermonate wettermässig durch eine mehrtägige Inversionslage Mitte Februar und eine kurze Inversionslage Ende Dezember geprägt. Der Sommer präsentierte sich mit Ausnahme einer einmonatigen Schönwetterperiode von der verhaltenen Seite. Die Stickstoffdioxid-(NO<sub>2</sub>-)Belastung an der Messstation Stampfenbachstrasse lag mit 36 µg/m<sup>3</sup> etwas niedriger als im Vorjahr, jedoch im Bereich der Vorjahre. Die Feinstaubbelastung (PM10) lag gegenüber 2009 mit 23 µg/m<sup>3</sup> ebenfalls etwas tiefer. Bei beiden Schadstoffen wird der jeweilige Langzeitgrenzwert weiterhin überschritten. Für NO<sub>2</sub> kam es zu 3 (Vorjahr: 3), beim Feinstaub zu 12 (12) Überschreitungen der entsprechenden Kurzzeitgrenzwerte. Insgesamt resultierten für Ozon 2010 an der Stampfenbachstrasse 185 (51) und am Stadtrand 296 (242) Überschreitungsstunden. Nahezu zwei Drittel der Überschreitungen des Immissionsgrenzwerts der eidgenössischen Luftreinhalte-Verordnung kamen in die Schönwetterperiode von Ende Juni bis Ende Juli zu liegen.

Der kantonale Massnahmenplan Luftreinhaltung 2008 wurde ausgewertet und seine Umsetzung in der Stadt Zürich vorbereitet. Der städtische Massnahmenplan Luftreinhaltung wurde an die Hand genommen. Bei der Entwicklung und Realisierung eines GIS-gestützten Emissionskatasters für Luftschadstoffe konnten entscheidende Fortschritte erzielt werden. Unter den Emissionsmessungen stach bezüglich Komplexität und Umfang die Kontrollmessung an der Linie 1 des Kehrichtheizkraftwerks Josefstrasse heraus. Diese ergab gute bis sehr gute Resultate. Daneben konzentrierten sich die Emissionsmessungen

auf Low-NOx-Anlagen mit den Energieträgern Öl und Erdgas, auf Holzfeuerungen und stationäre Verbrennungsmotoren. Für ein gemeinsames Projekt zur Beurteilung der Emissionen von Holzpelletfeuerungen im tiefen Leistungsbereich wurden zusammen mit der Erdgas Zürich AG die wesentlichen Vorbereitungen getroffen. Eine lufthygienische Beschwerde über eine Kaffeerösterei erforderte aufwendige Abklärungen. Diverse Beschwerden waren wegen Staubbelastungen im Zusammenhang mit Baustellen zu bearbeiten.

Die Feuerungskontrolle führte – zusammen mit der Heizungsbranche – insgesamt 12 500 Emissionskontrollen durch, ferner Kontrollen von Holzfeuerungen. Die Beanstandungsquote bei Öl- und Gasfeuerungen liegt bei 15,7%. 1291 Abnahmekontrollen von neuen Anlagen weisen darauf hin, dass die Sanierungsaufforderungen im Leistungsbereich < 70 kW auch umgesetzt werden.

Im Bereich Verkehrslärmschutz konnten als Massnahmen an der Quelle erste Streckenabschnitte für Tempo 30 zur Umsetzung freigegeben werden. Eine Simulationsstudie hat zudem mögliche Auswirkungen von Tempo 30 für Strassen mit Tram- oder Busverkehr abgeklärt. Einzelne Lärmschutzwände (Schweighofstrasse) konnten realisiert werden. Mehrere Sanierungsprojekte wurden öffentlich aufgelegt (Birmensdorfer-, Forch-, Leimbachstrasse).

Unabhängige, akkreditierte Messfirmen überprüften bei 16 Mobilfunk-Basisstationen die Einhaltung des Anlagengrenzwerts ohne Wissen der Mobilfunkbetreiberfirmen. Bei zwei Anlagen wurde eine Grenzwertverletzung festgestellt. Die Sendeleistung musste entsprechend reduziert werden.

In der Stadt Zürich gibt es aktuell rund 15 700 Tankanlagen mit Wasser gefährdenden Flüssigkeiten. Die Zahl der Tankstellen hat sich gegenüber dem Vorjahr um zwölf auf 156 verringert. Die fünf aktenkundigen Ölunfälle verursachten keine Grundwasserverschmutzung.

## Energietechnik und Bauhygiene

Die Abteilung Energietechnik und Bauhygiene (E+B) überprüfte 2118 (Vorjahr: 1950) Baugesuche und Anzeigeverfahren. Im nachgeschalteten Verfahren sind 684 (551) Nachweise Energetischer Massnahmen und 567 (406) Projekte von Klima- und Lüftungsanlagen bearbeitet worden. Insgesamt hatte E+B 3706 (3190) Bewilligungsvorgänge zu bewältigen, was einer Zunahme von 15% entspricht. 577 (471) Abnahmen und Kontrollen von Gastwirtschaftsbetrieben, von Lüftungsanlagen und zur Ausführung des hindernisfreien Bauens wurden durchgeführt und 252 (178) Beschwerden zu Innen- und Aussenraumhygiene bearbeitet.

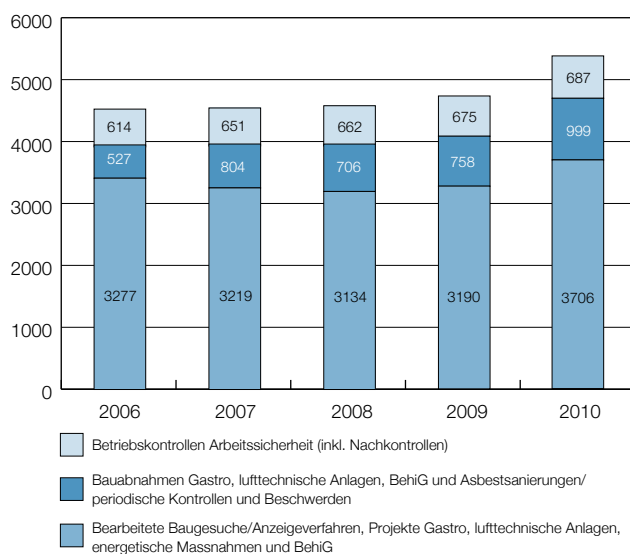
75 (50) Vorgehensberatungen zur Ermittlung des energetischen Istzustands und Abschätzung des Effizienzsteigerungspotenzials bei bestehenden Bauten mit Sanierungsbedarf wurden durchgeführt.

Seit Mai 2010 gelten die Bestimmungen zum Schutz vor Passivrauchen. Das Erarbeiten und Kommunizieren der geltenden Bestimmungen und das Herleiten der Beurteilungspraxis stellte eine grosse Herausforderung dar. Viele Gastwirte nutzten persönliche Beratungen als Hilfestellung. 67 Gesuche von Raucherräumen wurden überprüft und deren Lüftungsanlagen bewilligt. Die Einhaltung der Vorschriften wurde in enger Zusammenarbeit mit der Stadtpolizei sichergestellt.

Die Arbeitsinspektoren haben mit 687 (675) ASA-Systemkontrollen in 400 Betrieben die Umsetzung von Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz überprüft. Sie verfassten fünf Plan genehmigungen für Bauvorhaben industrieller Betriebe. Es erfolgten 373 Planbegutachtungen zu Bauvorhaben nicht-industrieller Betriebe.

21 der insgesamt 146 (102) begleiteten und im Jahr 2010 abgeschlossenen Asbestsanierungen haben in teilsanierten Gebäuden, sieben in als totalsaniert eingestuft Gebäuden stattgefunden. In acht Fällen ist Spritzasbest entfernt worden – in einem Fall in einem als totalsaniert geltenden Gebäude.

### Geschäfte Energietechnik und Bauhygiene



### Gesundheitsschutz

2010 wurden 4719 (Vorjahr: 4942) Kontrollen in 4447 Lebensmittelbetrieben durchgeführt, deren Zahl um 155 zugenommen hat. Ebenfalls gegenüber dem Vorjahr angestiegen ist aufgrund einer längeren Periode mit feuchter Witterung im Herbst die Anzahl kontrollierter Pilze. Sie hat damit wieder die Mengen der Jahre 2007/08 erreicht. Bei den Beschlagnahmungen, die auf Deklarationsmängel ausländischer vorverpackter Produkte zurückzuführen sind, ist eine Abnahme zu verzeichnen. Am Züri-Fäscht wurden die Lebensmittelstände und Festwirtschaften kontrolliert. Zusätzlich wurde Schmuck auf Abgabe von Nickel getestet und wurden Softice-Proben erhoben, die mit erfreulich guten Bakteriologie-Resultaten abschnitten.

Tätigkeiten Lebensmittelinspektorat	2006	2007	2008	2009	2010
Betriebe	4219	4302	4283	4292	4447
Inspektionen	6216	5659	4623	4942	4719
<b>Massnahmen</b>					
Beschlagnahmungen	1388	1356	1297	866	536
Benützungsverbote	39	52	45	40	35
Betriebsschliessungen	10	16	13	12	7
Strafanzeigen	54	82	63	56	65
<b>Proben</b>					
Beprobte Betriebe total	574	610	608	529	491
Beprobte Betriebe (Bakteriologieproben)	253	224	300	237	216
Total Probenerhebungen	2529	2610	3333	3405	3619
– davon Bakteriologieproben (B-Proben)	1552	1440	1871	1423	1696
B-Proben ohne Beanstandung	1076	1036	1315	1082	1343
B-Proben mit Beanstandung	476	404	556	341	353
Strafanzeigen aufgrund schlechter B-Proben	61	55	89	41	67



<b>Amtliche Pilzkontrolle für private Sammlerinnen und Sammler*</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>
Kontrollscheine	405	413	288	427
Kontrollen mit Giftpilzen	13	18	23	40
Kontrollen mit tödlich giftigen Pilzen	1	2	3	6
Speisepilze	371 kg	452 kg	260 kg	404 kg
Ungenießbare Pilze	64 kg	290 kg	90 kg	84 kg
Giftpilze ohne tödlich giftige Arten	2.5 kg	7 kg	2.8 kg	4.0 kg
Tödlich giftige Pilzarten der Gattung Amanita (Knollenblätterpilze)	0.05 kg	0.3 kg	0.12 kg	0.4 kg

\* nur Daten der letzten vier Jahre infolge Systemwechsels.

Die Beratungsstelle Schädlingsbekämpfung (BSB) bearbeitete 1870 Anfragen. Die Anfragen zu Bettwanzen erreichten mit 54 einen neuen Höchstwert. Im Oktober organisierte die BSB zum 1. Mal die Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Medizinische Entomologie und Acarologie mit über 50 Teilnehmenden aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. In zwei Verwehrlosungsfällen wurde eingegriffen und die Belästigung

der Nachbarschaft gelindert. Die marmorierte Baumwanze trat im Januar gehäuft an Hausfassaden und in Gebäuden auf und brachte der BSB zahlreiche Anrufe. Die BSB koordinierte die systematische Bekämpfung der Orientalischen Schabe in über 20 aneinandergereihten Häusern und deren gemeinsamem Innenhof.

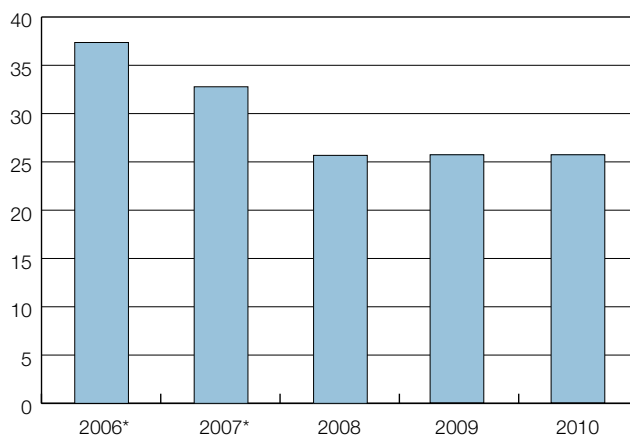
<b>Tätigkeiten Beratungsstelle Schädlingsbekämpfung</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>
Beratungen (inkl. Bagatellanfragen)	2211	2013	1948	2068	1870
Vorträge/Schulungen	11	10	14	12	12
Situationsabklärungen	70	73	73	48	69
Rattenbekämpfung (inkl. Arealüberwachung) auf öffentlichem Grund	71	50	82	56	55
Desinfektionen	13	12	17	21	25
Anfragen zu Bettwanzen	27	43	34	29	54

Im Geschäftsjahr wurden durch die Badewasserkontrolle 270 (195) Analysen mit 46 (18) Beanstandungen durchgeführt. Bei den Hallenbädern gab es nur Bagatellfälle zu beanstanden. Die Schulschwimmanlagen sind sehr gut geführt und sauber. Die Freibäder wurden im Sommer trotz der schlechten Witterung zweimal mit guten Resultaten kontrolliert. Das See- und Flusswasser war einwandfrei.

#### **Veterinärdienste**

2010 wurden insgesamt 266798 Tiere mit einem Gesamtgewicht von 27,27 Mio. Kilogramm geschlachtet und von den Veterinärdiensten kontrolliert. In den letzten Jahren ergibt sich somit ein konstanter Geschäftsgang der Schlachtbetriebe Zürich. Insgesamt mussten im Berichtsjahr 378 Tiere als ungenießbar deklariert werden. Eine amtlich überwachte Tiefkühlbehandlung wegen Rinderfinnenbefalls musste bei 88 Schlachtierkörpern durchgeführt werden. Die tierärztliche Lebendkontrolle überprüfte 9264 Tiere der Rindergattung auf klinische BSE-Symptome. Bei allen 826 aus dieser Gruppe gezielt ausgewählten Kühen war der BSE-Test negativ.

#### **Entwicklung des Schlachtvolumens in Mio. kg**



\* inkl. Volumen des Schlachthofs St. Gallen, der von Mitte Mai 2006 bis April 2007 wegen Umbaus in Zürich schlachtete.



Eine immer wichtigere Aufgabe erfüllen die Veterinärdienste im Bereich der Ausbildung von Amtstierärztinnen und -ärzten und Studierenden der Vetsuisse-Fakultät. Insgesamt 154 Praktikumstage und fünf praktische Abschlussprüfungen für Amtstierärztinnen und -ärzte fanden in Zürich statt.

Im Labor wurden 204 529 Proben von Schweinen des lokalen Schlachtbetriebs sowie 14 329 Proben von Schweinen, 20 von Pferden und 52 von Wildschweinen externer Betriebe auf Trichinen untersucht, alle mit negativem Resultat. Im Auftrag des Bundes wurden 234 Proben für Rückstandsuntersuchungen sowie 152 Proben für das Antibiotika-Resistenz-Monitoring erhoben. Im Rahmen des Sanierungsprogramms EP/APP (ansteckende Lungenentzündung der Schweine) wurden 337 Meldungen gemacht. Es konnten nur drei (fünf) positive Laborbefunde spezifiziert werden. Die Stabilisierung der positiven Laborbefunde auf diesem tiefen Niveau deutet darauf hin,

dass die gemäss Tierseuchenverordnung zu überwachende Krankheit dank des Wirkens der Schlachthöfe in der Schweiz praktisch ausgerottet ist.

Auf Ende des Berichtsjahrs konnte die Vereinbarung mit dem Kanton Zürich über den Vollzug amtstierärztlicher Aufgaben in den Schlachtbetrieben auf dem Gebiet der Stadt Zürich unterzeichnet werden, welche die gegenseitigen Rechte und Pflichten regelt und per 1. Januar 2011 in Kraft tritt.

## **ZüriWC**

Von den insgesamt 96 Anlagen wurden folgende ZüriWC um- oder neu gebaut: Höschgasse, Milchbuck, Platzspitz, Stettbach, Urania, Walchebrücke. Der in Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen der Stadtverwaltung überarbeitete Masterplan ZüriWC wurde am 19. Mai 2010 durch den Stadtrat genehmigt.

## **4.9 Stadtküche**

### **4.9.1 Aufgaben**

Die Stadtküche stellt im Auftrag der Menu and More AG, einer Tochterfirma der gemeinnützigen Westschweizer Stiftung DSR Participations SA, Menüs, Menükomponenten sowie verschiedene Konsumprodukte für ein breites Kundinnen- und Kundensegment her. Die Stadt Zürich ist (im Berichtsjahr) mit 40 % an der Menu and More AG beteiligt.

Die Aktivitäten finden in vier Geschäftsfeldern statt: im Geschäftsfeld School für Horte, Krippen, Sonder- und Tagesschulen, im Geschäftsfeld Care für Heime, Spitex und diverse Organisationen der Pro Senectute in der ganzen Deutschschweiz, im Geschäftsfeld Business für KMUs und Verwaltungen und im Geschäftsfeld Gastronomie & Retail für die Gemeinschafts-, Verkehrs- und Handelsgastronomie sowie für Restaurationsketten und den Detailhandel.

### **4.9.2 Jahresschwerpunkte**

Nebst den notwendigen Vorbereitungen zur Integration der Stadtküche in die Menu and More AG, konnten auch im Berichtsjahr wiederum sehr erfreuliche unternehmerische Fortschritte und Erfolge verzeichnet werden.

Im Mai wurde die Homepage des Vertriebspartners Menu and More AG nach einem gründlichen Redesign und deutlichen Ausbau neu aufgeschaltet. Der neue Webauftritt präsentiert sich nun frisch und informativ und lässt sich in kürzester Zeit durch das Unternehmen selber pflegen. Damit ist die Homepage stets auf dem neusten Stand. Auch das Informatik-Herzstück der Stadtküche, die ERP-Lösung MS Navision, erforderte ein umfassendes Upgrade, das ebenfalls im Mai nach einer sorgfältig vorbereiteten Projektphase erfolgreich durchgeführt werden konnte.

Das Auslaufen des Businessplans per Ende 2010 verlangte nach der Festlegung der Strategie für die nächsten Jahre. Nach Durchführung einer gründlichen internen und externen Analyse erarbeitete die Geschäftsleitung die neue Strategie für den Zeitraum 2011–2015, einschliesslich einer Balanced Score Card. Damit wurden die strategischen Stossrichtungen für die nächsten Jahre definiert.

Im August lancierte die Stadtküche mit Menu and More das puzzleplate®, die individuelle Verpflegungslösung für Unternehmen und Verwaltungen ohne Personalrestaurant. Damit ist es jedem Arbeitgebenden ohne Kosten möglich, seinen Mitarbeitenden eine interne Verpflegungsmöglichkeit anzubieten.

Nachdem sich die Stadtküche 2009 nach der ISO-Norm 9001:2008 zertifiziert hat, konnte im September 2010 erfolgreich die Umwelt-ISO-Zertifizierung nach 14001:2004 erlangt werden. Damit hat das Unternehmen innert zwölf Monaten diese beiden für die zukünftige Strategie wichtigen Zertifizierungen erreicht.

Seit 2009 produziert die Stadtküche für Coop ausgewählte Frischprodukte. 2010 konnte nun auch die Migros als grösster Detailhändler der Schweiz als Kundin hinzugewonnen werden.

Einige langjährige Kundinnen und Kunden, die im Berichtsjahr den Auftrag neu ausgeschrieben hatten, wie die Pro Senectute Kanton Zürich oder das Bezirksgefängnis Biberbrugg, konnten ebenfalls wieder für weitere Jahre gewonnen werden.

### **Auflösung der Stadtküche**

2010 war das letzte Jahr des Bestehens der Stadtküche. Nachdem der Stadtrat am 25. Februar 2009 und der Gemeinderat am 3. März 2010 dem Verkauf der Stadtküche an die DSR Participations SA zugestimmt haben, stimmte am 13. Juni 2010 auch das Stimmvolk der Stadt Zürich diesem Vorhaben zu. Dadurch konnte die Stadtküche, deren Ursprünge bis 1879 zurückreichen, per Ende 2010 als Dienstabteilung des Gesundheits- und Umweltdepartements aufgelöst und in die bereits seit 2004 bestehende Menu and More AG integriert werden.

Im Beisein aller Mitarbeitenden und des Verwaltungsrats sowie zahlreicher geladener Gäste aus dem Gesundheits- und Umweltdepartement und der DSR Stiftung übergab Stadträtin Claudia Nielsen am 17. Dezember im Rahmen einer feierlichen Abschiedsfeier offiziell den Schlüssel zur Stadtküche an Pierre-André Lautenschlager, Präsident der DSR-Gruppe. Die Stadt Zürich bleibt neu mit 20 % an der Menu and More AG beteiligt.

## 4.10 Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich

### 4.10.1 Aufgaben

Die Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW) erstellt preiswerte altersgerechte Wohnungen und vermietet diese an über 60-jährige Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Zürich. In ihren bald 35 Siedlungen vermietet sie 1- bis 3½-Zimmer-Wohnungen, kombiniert mit alltagsnahen, sozialen und pflegerischen Dienstleistungen. Rund 70 % ihrer Wohnungen sind mit zinslosen Darlehen der Wohnbauförderung vergünstigt und für Personen mit einem kleinen Einkommen reserviert. Mit gezielten Projekten und einer eigenen Spitex unterstützt die SAW rund 2500 Mieterinnen und Mieter darin, bis ans Lebensende im eigenen Haushalt zu leben.

### 4.10.2 Jahresschwerpunkte

2010 feierte die SAW unter dem Slogan «Wohnen ab 60 – seit 1950» ihr 60-Jahr-Jubiläum. Aus diesem Anlass erschien das Buch «Leben wie ich will. Autonomes Wohnen im Alter», in dem die Vielfalt des Alters aufgezeigt und auf die Geschichte der Stiftung zurückgeblickt wird. Das reich bebilderte Buch umfasst lebendige Berichte aus dem Alltag von Mieterinnen und Mietern sowie Einblicke in den Berufsalltag von Mitarbeitenden. Aussagen interner und externer Fachleute ergänzen das Buch aus unterschiedlichsten Perspektiven. Das Buch ging als Geschenk an alle Mieterinnen und Mieter sowie an das Personal. Es ist im Buchhandel erhältlich und soll Leserinnen und Leser ermuntern, ihre eigenen Altersbilder zu überprüfen und sich selber mit der Frage auseinanderzusetzen, wie sie im Alter leben möchten.



**Das Jubiläumsbuch** «Leben wie ich will. Autonomes Wohnen im Alter». Text: Isabel Baumberger. Fotografie: Dominique Meienberg. Herausgeberin: Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW). 200 Seiten, Hardcover, Fadenheftung, 17x 26 cm, 100 Fotografien in Farbe und 25 historische Abbildungen.

ISBN 978-3-906729-84-8  
36 Franken  
(Bild: Dominique Meienberg)



Festliche Buchvermessung am 5. Oktober im Volkshaus. Marianna Bourquin-Mosch, die Mieterin auf dem Buchcover und ihre Tochter im Gespräch mit Stadträtin Claudia Nielsen. (Bild: Dominique Meienberg)

Das Jubiläumsjahr war auch ein Wahljahr. Nach dem Rücktritt von Stadtrat Robert Neukomm, der zwölf Jahre das Präsidium des Stiftungsrats der SAW inne hatte, begrüßte die SAW im Juni Stadträtin Claudia Nielsen als Präsidentin des Stiftungsrats. Im Juli kam es zu weiteren Wechseln im Gremium. Dr. Dieter Keller, Esther Guyer und Werner A. Furrer traten wegen der Amtszeitbeschränkung nach mehr als zwölf Jahren engagierter Mitarbeit aus dem Stiftungsrat zurück. Der Stadtrat hat folgende neue Mitglieder gewählt: Eva Sanders, Geschäftsführerin Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien; Isabel Baumberger, Kommunikationsberaterin und Publizistin; Dr. iur. Salome Zimmermann, Rechtsanwältin.

Die Neuorganisation der Spitex Zürich (seit dem 1. Januar 2010 gibt es in Zürich nebst der Spitex SAW nur noch zwei grosse Spitex-Organisationen) hatte eine vertiefte fachliche Zusammenarbeit der Spitex SAW mit den beiden anderen Spitex-Organisationen zur Folge. So beteiligt sich die Spitex SAW neu an der Fachstelle Qualität und an der Fachstelle Ausbildung und Weiterbildung. Die Spitex SAW ist ein Kernstück des Wohn- und Dienstleistungsangebots der SAW. Die gleiche Pflegefachfrau erbringt werktags sämtliche Spitex-Leistungen im Haus.

Auf die Tarifierhöhung für hauswirtschaftliche Leistungen reagierte die Spitex-Kundschaft der SAW sensibel, so dass die Nachfrage nach Spitex-Leistungen in den ersten Monaten des Berichtsjahrs um 10 % einbrach. Da die Spitex SAW schon 2009 einen Verlust verbucht hatte, mussten folglich Kosten eingespart werden. Dank dem Abbau einer Kaderstelle, weniger Krankheitsausfällen und einer erhöhten Produktivität konnte die Spitex SAW bis Ende des Jahres schliesslich wieder auf Kurs gebracht werden.

Das Bau- und Investitionsvolumen erreichte 2010 einen einmaligen Höhepunkt in der Geschichte der SAW. Mit der Baustategie 2005–2019 hatte die SAW das Angebot an Alterswohnungen in den einzelnen Quartieren analysiert. Sie bewertete einerseits die Bausubstanz der bestehenden Liegenschaften und setzte ein Terminprogramm für deren Instandhaltung und Instandsetzung. Andererseits musste die SAW auf die

veränderten Vorstellungen und Bedürfnisse der Seniorinnen und Senioren reagieren. Die Ansprüche sind hoch: Man möchte im Quartier wohnen bleiben, wünscht sich eine gute Anbindung an den öffentlichen Verkehr und Einkaufsmöglichkeiten in der Nähe, will möglichst viel Autonomie und gleichzeitig die Sicherheit in Notsituationen auf Unterstützung zählen zu können – und eine grosszügige Wohnung mit mindestens zwei Wohnräumen. 2010 konnten 126 neue grosszügige, zeitgemässe Wohnungen aus der Umsetzung der Baustrategie vermietet werden.

### Bauaktivitäten

2010 bedeutete für den Bereich Bauprojekte: acht Baustellen (Feldblume, Grünau, Krone Altstetten, Dufourstrasse, Frieden, Feldstrasse, Seefeldstrasse, Seebach), vier Machbarkeitsstudien (Espenhof, Gattikerstrasse, Köschenrüti, Scheuchzerstrasse) und als Folge einer Machbarkeitsstudie das Planerwahlverfahren Scheuchzerstrasse.

- *Siedlung Feldstrasse (Neubau)*: Der Spatenstich erfolgte im Juli 2010. Ab Frühling 2012 stehen für Seniorinnen und Senioren aus dem Quartier 31 Alterswohnungen mit zwei bis drei Zimmern bereit. Im Parterre entstehen Büros, welche die SAW als Verwaltungssitz selber nutzen wird. Dadurch leistet die SAW eine Quersubventionierung der Wohnungen und ermöglicht die Realisierung innerhalb der Vorgaben der Wohnbauförderung.
- *Siedlung Dufourstrasse (Totalsanierung)*: Die im Jahr 2009 begonnenen Bauarbeiten kommen planmässig voran. Die 51 Wohnungen mit 1½ bis 3½ Zimmern werden voraussichtlich im Sommer 2011 bezugsbereit sein.
- *Siedlung Seefeldstrasse (Neubau)*: Nach langen Verhandlungen mit den Eigentümerinnen und Eigentümern der Nachbarliegenschaften und diversen baurechtlichen Abklärungen erfolgte im Oktober der Baustart. Im Erdgeschoss der Liegenschaft entstehen entlang der Werkgasse und der Seefeldstrasse Gewerbeflächen. Darüber werden 28 Wohnungen mit 2 bis 3½ Zimmern im freitragenden Wohnungsbau erstellt. Auf diesem Grundstück kann die SAW keine subventionierten Wohnungen realisieren, die Kosten für die Baugrundsicherung sind zu hoch.
- *Siedlung Feldblume (Totalsanierung)*: Aus 39 kleinen Wohnungen ohne Bad sind nach der Sanierung 20 zeitgemässe Alterswohnungen mit 2½ oder 3½ Zimmern entstanden. Die im August eingezogene Mieterschaft schätzt die sanierten Wohnungen sehr. Ihre Wohnräume gruppieren sich rund um die Nasszelle und bieten dadurch im Tagesverlauf abwechslungsreiche Blickwinkel und ein grosszügiges Raumgefühl.
- *Siedlung Grünau (Totalsanierung)*: Wo vorher 76 mehrheitlich Einzimmerwohnungen im Angebot waren, brachte die Sanierung einen neuen Wohnungsmix. 54 Wohnungen mit 1½ bis 3½ Zimmern zwischen 43 und 85 Quadratmetern berücksichtigen unterschiedliche Wohnbedürfnisse und bieten Mietzinse für kleine und grössere Einkommen. Ab November konnten die Wohnungen neu vermietet werden.

- *Siedlung Krone Altstetten (Neubau)*: Der Neubau wird planmässig im Mai 2011 bezugsbereit sein. Es entstehen 52 Wohnungen mit zwei oder drei Zimmern. Die Vermietung an dieser einmaligen Lage war leicht. Die Siedlung liegt zentral, nahe beim Lindenplatz, ist aber gut in das Areal zwischen Dachslernweg und Feldblumenstrasse eingebettet. Die Wohnungen sind ruhig und hell.
- *Siedlung Grünwald (geplanter Neubau)*: Die SAW hat das Projekt gemeinsam mit der Baugenossenschaft Sonnengarten und der Gemeinnützigen Bau- und Mietergenossenschaft Zürich geplant. Sie wird in einem Teil der Überbauung 79 Alterswohnungen mit 2 bis 3½ Zimmern anbieten. Wegen einer Einsprache wurde die Baubewilligung aufgehoben. Die Bauträgerinnen haben gegen diesen Entscheid der Baurekurskommission im September Beschwerde eingereicht.
- *Siedlung Frieden (Neubau)*: Die Siedlung Frieden wird ab Mai 2011 in Etappen bezugsbereit sein. Es entstehen 93 Wohnungen mit 2 bis 3½ Zimmern, verteilt auf vier Häuser. Die Erdgeschossnutzungen auf dem Areal Frieden werden zum Quartiertreffpunkt: Hier entstehen ein Familienzentrum mit Cafeteria, eine Kindertagesstätte und ein neuer Sommergarten für das Restaurant Frieden.
- *Siedlung Seebach (Neubau)*: Mit der Überbauung des Areals gegenüber der Endhaltestelle Seebach erhält das Quartier Seebach einen grossen Platz und begrünte Gehwege zum Erholungsgebiet Katzenbach. Die Vertragsverhandlungen über den Landabtausch zwischen der SAW und der Liegenschaftenverwaltung der Stadt Zürich konnten Anfang 2010 abgeschlossen werden. Im Sommer erfolgte der Baustart. In vier locker angeordneten Häusern entstehen 80 Alterswohnungen, eine Kindertagesstätte, ein Familienzentrum mit Cafeteria und Bibliothek sowie eine zentrale Wäscherei für die SAW. Der Wäscheservice wird vor allem von älteren Mieterinnen und Mietern der SAW gerne genutzt.
- *Siedlung Köschenrüti (geplanter Neubau)*: Das von der Stadt übernommene Altersheimprojekt ist nach einer Machbarkeitsstudie für Alterswohnungen in der Planungsphase. Die neue Baueingabe wird im Spätsommer 2011 erfolgen. Der Baustart erfolgt im Frühling 2012. Ab 2013 stehen in Zürich-Nord weitere Alterswohnungen bereit. Geplant sind ungefähr 90 1½- bis 3½-Zimmer-Wohnungen sowie Raum für zwei von den Pflegezentren geführte Pflegewohngruppen.

### Neue Finanzstrategie

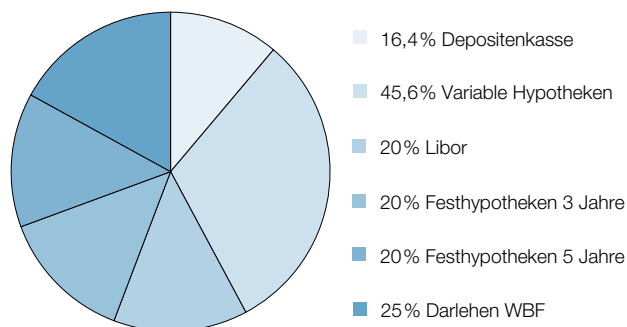
Die Einführung des hypothekarischen Referenzzinses für die Berechnung der Mieten verlangte nach einer Neuausrichtung der Finanzstrategie. Die SAW musste in der Kapitalbeschaffung die Faktoren Liquidität, Rentabilität und Sicherheit analog der Mischform des Referenzzinses neu ausbalancieren. Seit 2009 passte die SAW ihre Darlehensstruktur kontinuierlich an die neuen Rahmenbedingungen an. Vor der grossen Kapitalbeschaffung Anfang 2010 legte sie dem Stiftungsrat eine über

arbeitete Finanzstrategie vor. Der Stiftungsrat hat diese intensiv diskutiert und eine Variante verabschiedet, die flexibel und vor allem auch stabil angelegt ist. Die angestrebte Darlehensstruktur ist ein Mix aus variablen Hypotheken, Festhypotheken mit unterschiedlichen Laufzeiten sowie Beiträgen aus der Depositenkasse der SAW und aus städtischen und kantonalen Wohnbauförderungs-Darlehen.

### Vom Projekt zum fixen Angebot

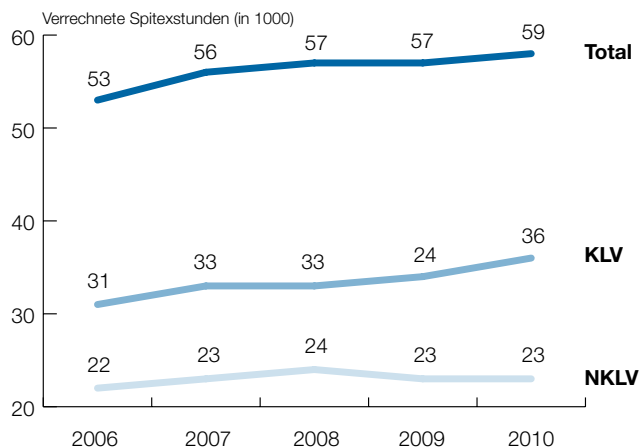
SEBA (Selbständig bleiben im Alter) ist ein niederschwelliges Angebot der Gesundheitsförderung für ältere Menschen. Um die Weiterführung von Seba sicherzustellen, wurde die Finanzierung des Angebots auf eine dauerhafte rechtliche Basis gestellt. Im Oktober genehmigte der Gemeinderat einstimmig eine maximale Defizitdeckung von 131 125 Franken pro Jahr.

### Darlehensstruktur Finanzstrategie 2010



Konnte sich früher die Mietzinsberechnung und Kapitalbeschaffung am ZKB-Satz für variable Hypotheken orientieren, setzt heute der hypothekarische Durchschnittssatz neue Rahmenbedingungen und fordert eine höhere Flexibilität in der Finanzstrategie.

### Verrechnete Spitexleistungen 2006–2010



Obwohl die Tarifierhöhung bei den hauswirtschaftlichen Leistungen die Nachfrage in den ersten Monaten markant zurückgehen liess, ist die Nachfrage nach Pflegeleistungen im Berichtsjahr leicht gestiegen.

## 4.11 Beratungsstelle Wohnen im Alter

### 4.11.1 Aufgaben

Die Beratungsstelle Wohnen im Alter (WiA) ist das städtische Kompetenzzentrum für Fragen des Wohnens im autonomen, fragilen oder abhängigen Alter. Schwerpunkte sind die Beratung von älteren Personen, die weiterhin zu Hause leben möchten oder zu Hause auf eine andere Wohnmöglichkeit warten, die Vermittlung von ambulanten Dienstleistungen und Hilfsmitteln sowie bei Bedarf die Koordination der involvierten Dienstleister. Personen, die ihre Wohnsituation verändern möchten oder müssen, vermittelt die Beratungsstelle Wohnmöglichkeiten in den Pflegezentren, den Altersheimen und in den Siedlungen der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich.

### 4.11.2 Jahresschwerpunkte

Die Nachfrage seitens der Kundschaft hat weiter zugenommen, sowohl bei den telefonischen Anfragen als auch bei den persönlichen Gesprächen. Der Zeitraum zwischen der telefonischen Anmeldung und dem ersten möglichen Beratungstermin betrug bis zu vier Wochen.

Das Spektrum der Themen ist breit. Ein Beratungsbedarf entsteht häufig aufgrund sich abzeichnender Veränderungen, die

im Kontext des Alterns oder durch äussere Einflüsse, z. B. Wohnungsverlust, entstehen. Beide Ursachen lösen meist Verunsicherung oder gar Lebenskrisen aus. Die eigentlichen Wohnthemen lassen sich nur selten losgelöst vom persönlichen Erleben betrachten und erfordern das Eingehen auf die Lebenssituation und Ressourcen der Einzelnen. Kundinnen und Kunden sowie Angehörige werden in ihren komplexen Veränderungs- und Entscheidungsprozessen gezielt begleitet.

Neben dem intensiven Tagesgeschäft war die Beratungsstelle mit den Folgen diverser Entwicklungen im Gesundheitswesen beschäftigt. Die bevorstehende Einführung des Pflegegesetzes sowie die geplante Einführung der Fallpauschalen in den Spitälern erforderten die Überprüfung der Prozesse der Vermittlung in die Heime. Im Vorfeld der Eröffnung einer Abteilung für besondere Pflege in den Pflegezentren wurden die Anmeldeunterlagen von Grund auf neu erarbeitet und vereinfacht.

Mit der Stiftung Alterswohnungen konnte vereinbart werden, dass künftig sie für den ganzen Vermietungsprozess zuständig sein wird. Die neue Arbeitsteilung erfolgt, sobald die neue Softwareversion zur Verfügung steht. Für die Information und Beratung der Kundschaft sowie die Bewirtschaftung der Wartelisten bleibt die Beratungsstelle zuständig.

### 4.11.3 Kennzahlen

Beratungsstelle Wohnen im Alter	2006	2007	2008	2009	2010
Telefonische Anfragen	9 401	11 778	16 593	17 172	18 106
Besprechungen	2 415	2 478	2 695	2 433	2 829
Vermittelte Wohnungen der Stiftung Alterswohnungen (SAW)	163	147	100	131	190
Vermittelte Appartements in städtischen Altersheimen (AHZ)	324	361	358	349	315
Vermittelte Wohnplätze in den Pflegezentren (PZZ)	1 049	1 076	1 242	1 178	1 135
Vermittelte Wohnplätze andere Anbieter*	278	377	289	41*	47*
Anzahl Wartende auf eine Wohnung SAW per 31.12.	1 664	1 990	2 563	2 990	3 432
Anzahl Wartende auf ein Appartement AHZ per 31.12.	1 088	1 186	1 258	1 346	1 504
Anzahl Wartende auf einen Wohn- und Pflegeplatz PZZ per 31.12.	194	184	167	127	114

\*Erfasst werden nur noch die Vermittlungen in die Vertragsheime der Stadt Zürich: Bethesda, Erlenhof und Rehalp.

### Kommentar zu den Kennzahlen

Es konnten wesentlich mehr Wohnungen der SAW vermittelt werden als im Vorjahr. Die Umsiedlungen wegen geplanter Sanierungen sind weitgehend abgeschlossen, und es konnten zwei sanierte Siedlungen neu bezogen werden. Trotzdem steigt die Nachfrage nach Alterswohnungen weiterhin und kann nicht annähernd befriedigt werden. Die steigende Nachfrage spiegelt die aktuelle Notlage auf dem Wohnungsmarkt. Die meisten Nachfragenden haben gute Gründe für den Umzugswunsch: 27 % geben an, die Wohnung wegen einer Sanierung zu verlieren, und 25 % nennen bauliche Hindernisse als Grund für die Wohnungssuche. Lediglich 13 % sagen, ihre Wohnung sei zu teuer oder zu gross.

Die Nachfrage nach einem Appartement in einem Altersheim ist leicht steigend. Die beiden Hauptgründe für eine Anmeldung liegen im Wunsch nach Dienstleistungen in alltagspraktischen Belangen (40 %) sowie im Bedürfnis nach Sicherheit (35 %). Der Wunsch nach sozialen Kontakten und der Verlust der Wohnung (je 8 %) spielen eine kleinere Rolle. Die Nachfragenden entscheiden sich offenbar für eine Anmeldung, wenn sich erste Zeichen von Gebrechlichkeit zeigen.

Bei den Pflegezentren wurde erneut eine hohe Vermittlungszahl erreicht. Die wichtigsten Zuweiser waren die beiden Stadtspitäler (Waid mit 508 und Triemli mit 337 Anmeldungen), gefolgt von den Hausarztpraxen (188) und den psychiatrischen Kliniken (103). Die durchschnittliche Wartezeit betrug 15 Tage.

## 5. Parlamentarische Vorstösse

### I. Unerledigte Initiativen

Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2010)

Volks- und Einzelinitiativen, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

EIS = Einzelinitiative Stimmbürger (Erledigungsfrist 1½ Jahre mit ½ Jahr Verlängerung)  
EIR = Einzelinitiative Ratsmitglied (Erledigungsfrist 1½ Jahre mit ½ Jahr Verlängerung)  
VI = Volksinitiative (Erledigungsfrist 1½ Jahre mit ½ Jahr Verlängerung)

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
EIS 2009/000615 2009/000127	24.04.2009 11.11.2009	Lütolf Harry Bessere Informationen über Häusersanierungen in der Stadt Zürich

Gestützt auf Art. 15 und 17 der Gemeindeordnung der Stadt Zürich, auf die §§ 119 ff. des Gesetzes über die politischen Rechte sowie auf §96 des Gemeindegesetzes stellt der Unterzeichnende mit der vorliegenden Einzelinitiative folgenden Antrag in der Form einer einfachen Anregung:  
Im Falle von Mietzinserhöhungen wegen wertvermehrender Investitionen sollen Mieterinnen und Mieter in der Stadt Zürich bei der Stadtverwaltung nachfragen können, ob ihr Vermieter Förderbeiträge bzw. Subventionen – insbesondere für die energetische Sanierung der Liegenschaft – erhalten hat.

Am 1. Dezember 2010 beantragte der Stadtrat dem Gemeinderat, die Einzelinitiative abzulehnen. Der Gemeinderat wird in einem nächsten Schritt darüber befinden.

VI 2009/001357 2011/000017	30.10.2009 30.06.2010	Initiativkomitee vertreten durch Richard Rabelbauer Seniorengerechte Stadt Zürich
----------------------------------	--------------------------	--

Die Gemeindeordnung der Stadt Zürich vom 26. April 1970 (Gemeindeordnung, AS 101.100) ist mit folgendem Artikel zu ergänzen:  
Art. 2<sup>quater</sup>

«Die Stadt gewährleistet in Zusammenarbeit mit öffentlichen und privaten Partnern ein an der Nachfrage orientiertes Angebot an Alterswohnungen und betreuten Einrichtungen für ältere Menschen. Sie fördert zudem den aktiven Einbezug älterer Menschen in das kulturelle, soziale und gesellschaftliche Leben.»

Die Volksinitiative «Seniorengerechte Stadt Zürich» wurde am 2. Juni 2010 bei der Stadtkanzlei eingereicht. Der Stadtrat hat am 30. Juni 2010 festgestellt, dass die Initiative gültig zustande gekommen ist. Das Gesundheits- und Umweltdepartement hat in einem nächsten Schritt dem Stadtrat eine Weisung an den Gemeinderat über die Gültigkeit und den Inhalt der Initiative zu unterbreiten.



## II. Unerledigte Motionen und Postulate

Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2010)

Motionen und Postulate, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

MOT = Motion (Erledigungsfrist zwei Jahre nach Überweisung)

POS = Postulat (Erledigungsfrist zwei Jahre nach Überweisung)

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
MOT	21.12.1988	von Niederhäusern Hans und 11 Mitunterzeichnende
1994/003940	14.02.1990	Wohnmöglichkeiten für körperlich mehrfachbehinderte, pflegebedürftige Personen, Schaffung
1988/000024		

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage vorzulegen über die Schaffung und Förderung verschiedener Wohnmöglichkeiten, in denen körperlich mehrfachbehinderte, pflegebedürftige Personen untergebracht werden können.*

An der Sitzung vom 22. September 2010 beschloss der Gemeinderat eine Nachfrist von 12 Monaten. Als neue Frist zur Erarbeitung einer Vorlage gilt der 22. September 2011.

POS	11.09.2002	Sozialdemokratische Partei Fraktion, Freisinnig-Demokratische Partei Fraktion
2002/001666		und Christlichdemokratische Volkspartei Fraktion
2002/000332	30.10.2002	Flugverkehr, Betriebsvarianten

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Betriebsvariante «BV2 optimiert» einsetzen kann. Auch jede andere Betriebsvariante, die für das Gebiet der Stadt Zürich mehr Flugbewegungen gegenüber dem Jahr 2000 und zusätzliche Immissionen bedeuten würde, soll vom Stadtrat konsequent abgelehnt werden.*

*Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, mit allen politischen und rechtlichen Mitteln dahin zu wirken, dass die Summe aller Immissionen aus dem Flugverkehr im Gebiet der Stadt Zürich mittelfristig stabilisiert und langfristig reduziert werden kann. (Als Referenzwerte gelten die Daten des Jahres 2000 des Flughafens Zürich-Kloten, selbstverständlich ohne die Berücksichtigung der Auswirkung der vorübergehenden Pistensperrung.)*

*Zudem bitten wir den Stadtrat, zur Erreichung der oben genannten Forderungen die Zusammenarbeit mit den Gemeinden und der betroffenen Bevölkerung um den Flughafen Zürich-Kloten zu suchen.*

Die im Postulat erwähnte Betriebsvariante «BV 2 optimiert» ist seit der Ablehnung des Staatsvertrags mit Deutschland und den seitherigen Ereignissen (dazu gehören v. a. die Errichtung der deutschen Flugsperrungen und die infolgedessen eingeführten Südanflüge auf Piste 34) kein Thema mehr.

Nach wie vor notwendig ist jedoch ein Engagement des Stadtrats für einen Verzicht auf die Südanflüge auf Piste 34. Zur Stabilisierung und Reduktion der Fluglärmimmissionen auf Stadtgebiet ist eine Kanalisierung des Lärms über weniger dicht besiedeltem Gebiet notwendig. Dieses Ziel verfolgt der Stadtrat mit allen ihm zur Verfügung stehenden rechtlichen und politischen Mitteln. Erwähnt seien in diesem Zusammenhang beispielsweise die diversen rechtlichen Beschwerden im Bereich des Betriebsreglements sowie die Einflussnahme auf den Koordinationsprozess Sachplan Infrastruktur Luftfahrt und die kantonale Richtplanung.

In ihren Vernehmlassungen vom 27. Oktober 2010 zum SIL-Objektblatt und zum Entwurf des kantonalen Richtplans «Flughafen Zürich» setzte sich die Stadt Zürich einmal mehr für die Kanalisierung des Lärms über weniger dicht besiedeltem Gebiet ein. Die Stadt Zürich lehnte dabei alle vom Bund vorgeschlagenen Betriebsvarianten ab, da keine der vorgeschlagenen Varianten die Situation der stark lärmgeplagten Bevölkerung in Zürich-Nord verbessert. Zudem beantragte sie u. a. eine verlängerte Nachtruhe von 22.00 Uhr bis 6.00 Uhr und die Festlegung eines Bewegungsplafonds von maximal 320'000 Flugbewegungen pro Jahr.

POS	11.09.2002	Schweizerische Volkspartei Fraktion
2002/001667	30.10.2002	Flugverkehr, Betriebsvarianten
2002/000333		

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Betriebsvariante «BV2 optimiert» einsetzen kann. Auch jede andere Betriebsvariante, die für das sehr dicht besiedelte Gebiet der Stadt Zürich mehr Flugbewegungen gegenüber dem Jahr 2000 und zusätzliche Immissionen bedeuten würde, soll vom Stadtrat konsequent abgelehnt werden.*

Die im Postulat erwähnte Betriebsvariante «BV 2 optimiert» ist seit der Ablehnung des Staatsvertrags mit Deutschland und den seitherigen Ereignissen (dazu gehören v. a. die Errichtung der deutschen Flugsperrungen und die infolgedessen eingeführten Südanflüge auf Piste 34) kein Thema mehr.

Nach wie vor notwendig ist jedoch ein Engagement des Stadtrats für einen Verzicht auf die Südanflüge auf Piste 34. Zur Stabilisierung und Reduktion der Fluglärmimmissionen auf Stadtgebiet ist eine Kanalisierung des Lärms über weniger dicht besiedeltem Gebiet notwendig. Dieses Ziel verfolgt der Stadtrat mit allen ihm zur Verfügung stehenden rechtlichen und politischen Mitteln. Erwähnt seien in diesem Zusammenhang beispielsweise die diversen rechtlichen Beschwerden im Bereich des Betriebsreglements sowie die Einflussnahme auf den Koordinationsprozess Sachplan Infrastruktur Luftfahrt und die kantonale Richtplanung.

In ihren Vernehmlassungen vom 27. Oktober 2010 zum SIL-Objektblatt und zum Entwurf des kantonalen Richtplans «Flughafen Zürich» setzte sich die Stadt Zürich einmal mehr für die Kanalisierung des Lärms über weniger dicht besiedeltem Gebiet ein. Die Stadt Zürich lehnte dabei alle vom Bund vorgeschlagenen Betriebsvarianten ab, da keine der vorgeschlagenen Varianten die Situation der stark lärmgeplagten Bevölkerung in Zürich-Nord verbessert. Zudem beantragte sie u. a. eine verlängerte Nachtruhe von 22.00 Uhr bis 6.00 Uhr und die Festlegung eines Bewegungsplafonds von maximal 320'000 Flugbewegungen pro Jahr.



Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2002/001668 2002/000334	11.09.2002 30.10.2002	Grüne/AL Fraktion Flugbewegungen, Plafonierung

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er sich in Zusammenarbeit mit anderen Gruppierungen, Vereinigungen und Gemeinden für eine Plafonierung der Flugbewegungen des Flughafens Kloten auf 320 000 Flugbewegungen einsetzen kann.

Der Stadtrat hat sich in der Vergangenheit bereits mehrfach für eine Beschränkung der Flugbewegungen auf 320 000 pro Jahr ausgesprochen. Seine diesbezügliche Haltung hat sich im Berichtsjahr nicht verändert. In ihrer Vernehmlassung vom 27. Oktober 2010 zum SIL-Objektblatt des Bundes und zum kantonalen Richtplan beantragte die Stadt Zürich einmal mehr die Festlegung eines Bewegungsplafonds von 320 000 Flugbewegungen pro Jahr.

POS 2004/001513 2004/000512	22.09.2004 10.09.2008	Graf Franziska und Kappeler Thomas Strassenverkehrsabgaben (Road-Pricing), Einführung im Raum Zürich
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird gebeten, dem Gemeinderat einen Bericht vorzulegen über die Möglichkeiten der Einführung eines Road-Pricings als Lenkungsabgabe im Raum Zürich. Der Bericht soll aufzeigen

- was das Road-Pricing zur Verminderung der verkehrsbedingten Umweltbelastung (Luftschadstoff-, Lärm- und CO<sub>2</sub>-Emissionen, Ozonspitzenwerte) zu einer effizienteren Nutzung des Strassenraums, zu einem höheren Verkehrsanteil des öffentlichen Verkehrs sowie zu einer verbesserten Erreichbarkeit der zentralen Lagen beitragen kann;
- welche Ausgestaltungsvarianten hinsichtlich räumlichem Anwendungsbereich, Abgabenerhebung und Abgabehöhe in Frage kommen. Bei der Abgabehöhe sind Differenzierungen nach Fahrzeugkategorie, Tageszeit, Luftbelastungssituation, befahrender Zone usw. aufzuzeigen;
- Möglichkeiten der Einnahmeverwendung (zweckgebundene Verwendung für Investitionen in umweltfreundliche Verkehrsarten, Rückverteilung an Bevölkerung und Wirtschaft);
- Möglichkeiten einer etappierten Einführung des Road-Pricings;
- Kosten für Einführung und Betrieb des Road-Pricings.

Der mit dem Postulat geforderte Bericht wurde dem Gemeinderat mit Weisung Nr. 2010/408 vom 22.9.2010 und dem Antrag vorgelegt, den Bericht des Stadtrats zur Kenntnis zu nehmen und das Postulat 2004/512 als erledigt abzuschreiben. Das Geschäft steht nach Vorberatung durch die Spezialkommission für das Gesundheits- und Umweltschutzdepartement Ende 2010 im Gemeinderat zum Entscheid an.

Der Bericht des Stadtrats weist die verkehrlichen, umweltbedingten, regionalen, sozialen und finanziellen Auswirkungen von Road-Pricing aus und beschreibt verschiedene Ausgestaltungsvarianten. Er wurde von einer städtischen Arbeitsgruppe erarbeitet und stützt sich auf Forschungsstudien, Workshops und Arbeitssitzungen von 2004 bis 2009 ab.

POS 2004/001903 2004/000666	15.12.2004 14.11.2007	Nagel Ueli UMTS-Mobilfunkantennen, vermehrte Nachkontrollen
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten, ab 2005 vermehrte (unangemeldete) Nachkontrollen bei den neu bewilligten und nachgerüsteten Mobilfunkantennen durchzuführen bzw. zu veranlassen. Dabei soll auch, in Absprache mit dem Kanton, das Rathaus als ein Omen (Ort mit empfindlicher Nutzung) in die Messungen einbezogen werden.

Der Umwelt- und Gesundheitsschutz Zürich (UGZ) lässt seit einigen Jahren regelmässig unangemeldete Nachmessungen der Elektromogbelastung durch Mobilfunkantennen durchführen, um die Einhaltung der Grenzwerte der Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV) in der Praxis zu verifizieren. An dieser Praxis wird auch künftig festgehalten. Der Stadtrat ist bereit, das Anliegen des Postulats aufzunehmen, indem das Rathaus im Messprogramm für unangemeldete Nachkontrollen berücksichtigt wird.

POS 2006/000584 2006/000207	31.05.2006 27.10.2010	Blöchlinger Patrick und Brassler Ueli Lichtemissionen, Verminderung während der Nacht im Siedlungsraum
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die nächtliche Abstrahlung von Licht aus dem – und auf den – städtischen Siedlungsraum (mit Einbezug des Uto Kulm) vermindert und insbesondere der Einsatz von Laserscheinwerfern und ähnlichen Lichtquellen bei Veranstaltungen verboten werden kann.

POS 2006/000937 2006/000346	30.08.2006 16.06.2010	Girod Bastien und Probst Matthias Cannabis, Pilotversuch für kontrollierten Verkauf
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie folgende Massnahmen umzusetzen sind:

1. In Form eines wissenschaftlich begleiteten Pilotversuchs wird in der Stadt Zürich der kontrollierte Verkauf von Cannabis eingeführt.
2. Im Rahmen seiner Präventionsbemühungen erarbeitet der Stadtrat mit den Schulen und den Fachorganisationen eine Strategie zur Aufklärung und Beratung von Jugendlichen. Im Vordergrund steht dabei nicht das gescheiterte Ziel der Abstinenz, sondern die pragmatische Vermittlung der belegbaren Gefahren eines übermässigen Konsums von Rauschmitteln – welcher Art auch immer – auf das schulische Fortkommen und die Gesundheit.
3. Der Stadtrat erstattet dem Gemeinderat regelmässig Bericht über die getroffenen Massnahmen und ihre Auswirkungen.
4. Der kontrollierte Verkauf an unter 18-Jährige ist ausgeschlossen.

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 2006/000940 2006/000349	30.08.2006 02.12.2009	Müller Yvonne und Hirzel Astrid Öffentliche WC-Anlagen, Verdoppelung der Anzahl für Frauen
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, dass künftig bei Neubauten und Renovationen von öffentlichen Gebäuden sowie an öffentlichen Veranstaltungen doppelt so viele Frauen- wie Männertoiletten gebaut bzw. aufgestellt werden müssen.</i>		
POS 2006/001032 2009/000218	20.09.2006 27.05.2009	Girod Bastien und Probst Matthias Autofreier Tag, jährlich immer am 22. September
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, die zum Inhalt hat, dass die Stadt Zürich jedes Jahr am 22. September einen Tag unter dem Motto «In die Stadt ohne mein Auto» veranstaltet. An diesem Tag sind städtische Strassen grossflächig für den Autoverkehr zu sperren und alternative Fortbewegungsmöglichkeiten zu ermöglichen.</i>		
POS 2010/000691 2010/000268	13.12.2006 16.06.2010	Widler Josef Ambulante ärztliche Notversorgung in der Stadt Zürich, Sicherstellung
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine verbindliche Vorlage über die Sicherstellung der ambulanten ärztlichen Notfallversorgung in der Stadt Zürich zu unterbreiten. Die Vorlage soll ein neues, mit den praktizierenden Ärztinnen und Ärzten erarbeitetes Konzept beinhalten, das den Empfehlungen der Gesundheitsdirektorenkonferenz vom 26. Oktober 2006 Rechnung trägt.</i>		
MOT 2007/000482 2007/000234	09.05.2007 25.06.2008	Piller Bernhard und Mauch Corine 2000-Watt-Gesellschaft, konkrete Schritte und Massnahmen bis ins Jahr 2050
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung zu unterbreiten, die konkrete Schritte und Massnahmen vorsieht, mit denen das in den Legislaturschwerpunkten 2006–2010 des Stadtrats formulierte Ziel einer «2000-Watt-Gesellschaft» bis ins Jahr 2050 erreicht werden soll. Die Weisung soll auch den Weg zu einem Zwischenziel «Energievision 2020» konkretisieren. Für eine erste Umsetzungsetappe ist ein Rahmenkredit von mindestens 5 Mio. Fr. bereitzustellen.</i>		
Der Stadtrat hat die Motion dem Gemeinderat mit Weisung 308 vom 22. Oktober 2008 zur Abschreibung empfohlen. Die Behandlung der entsprechenden Weisung ist zurzeit in der SK GUD pendent.		
POS 2007/000487 2007/000239	09.05.2007 27.10.2010	Di Concilio Salvatore und Wyler Rebekka Orte mit Publikumsverkehr, Defibrillatoren als lebensrettende Massnahme
<i>Der Stadtrat ist gebeten zu prüfen, wie als lebensrettende Massnahme an Orten mit Publikumsverkehr (öffentlichen Gebäuden, Sportanlagen u. a.) Defibrillatoren installiert werden können.</i>		
MOT 2007/000657 2007/000350	13.06.2007 24.10.2007	AL-Fraktion Minergie-P-Bauten, finanzielle Förderung
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung zur finanziellen Förderung von Minergie-P-Bauten vorzulegen.</i>		
Der Stadtrat prüft die finanzielle Förderung von Minergie-P-Bauten unter Berücksichtigung der Fördermassnahmen von Bund und Kantonen. Der entsprechende Bericht ist in Vorbereitung. An seiner Sitzung vom 14. Juli 2010 hat der Gemeinderat eine Fristverlängerung beschlossen. Als neue Frist gilt der 30. Juni 2011.		
MOT 2007/000984 2007/000511	19.09.2007 24.11.2010	SP-Fraktion Parkkartenvorschriften, Abgaben für einen Klimafonds
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zur teilweisen Finanzierung des städtischen Klimafonds (gemäss Motion vom 19. September 2007) zu Lasten des Strassenverkehrs als Mitverursacher des CO<sub>2</sub>-Ausstosses zu unterbreiten.</i>		

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
MOT 2007/000985 2007/000512	19.09.2007 24.11.2010	SP-Fraktion Klimafonds, Schaffung
<p>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, welche die Schaffung eines städtischen Klimafonds beinhaltet, aus dem Beiträge an öffentliche und private Vorhaben in der Stadt mit Klimaschutzwirkung gewährt werden. Die insbesondere in den Bereichen Immobilien, Mobilität sowie Wohn-, Gewerbe- und Büroausrüstung zu unterstützenden Vorhaben sollen über das kurz- und mittelfristig ökonomisch Rentable hinausgehen, wobei in Bereichen, in denen bereits öffentliche oder private Fördermassnahmen existieren, Mittel ausschliesslich ergänzend im Sinne einer nachweisbar erhöhten Klimaschutzwirkung ausgerichtet werden können. Bei allen unterstützten Vorhaben und Projekten ist sicherzustellen und nachzuweisen, dass keine Mitnahmeeffekte auftreten. Der Klimafonds soll aus zweckgebundenen Klimaabgaben gespeist werden. Nach 3 Jahren soll überprüft werden, inwiefern der Klimafonds einen Beitrag zum Klimaschutz geleistet hat und ob Höhe und Art der Einnahmen und Ausgaben zweckmässig waren und in dieser Form weitergeführt werden sollen. Der Stadtrat legt einen entsprechenden Bericht vor.</p>		
POS 2007/001258 2007/000630	28.11.2007 01.07.2009	Nagel Ueli und Abele Martin Wassersparende Durchflussregler, vergünstigte Abgabe
<p>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er durch eine vergünstigte Abgabe von wassersparenden Durchflussreglern/Wasserstrahlreglern an die Bevölkerung und interessierte Betriebe und durch deren Einsatz in kommunalen Bauten und Betrieben zur Senkung des Wasserverbrauchs in der Stadt Zürich beitragen kann.</p>		
POS 2007/001251 2010/000491	28.11.2007 24.11.2010	SP-Fraktion Flughafen Zürich AG (Unique), Beteiligungserträge für den Klimafonds
<p>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, wonach die jährlichen Erträge aus der Beteiligung am Flughafen Unique (Flughafen Zürich AG) zugunsten des städtischen Klimafonds zu verwenden sind.</p>		
POS 2008/001273 2008/000543	03.12.2008 12.12.2008	Cerliani Pierino und Spieler Marianne 2000-Watt-Gesellschaft, Koordinationsstelle für die Umsetzung
<p>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie nach dem positiven Volksentscheid vom 30. November 2008 eine u. U. befristete stadtweite Koordinationsstelle oder ein stadtweites Projekt im Sinne des vorausschauenden Controllings für die Umsetzung der 2000-Watt-Gesellschaft eingerichtet werden kann. Dazu wird der Stadtrat ersucht, dem Gemeinderat rechtzeitig auf den Budgetprozess 2010 hin Bericht zu erstatten und anschliessend pro Legislatur zweimal.</p> <p>Die Strukturierung und Organisation des 2000-Watt-Prozesses in der Stadtverwaltung nach dem Legislatorschwerpunkt 4, «Nachhaltige Stadt Zürich – auf dem Weg zur 2000-Watt Gesellschaft» (2006 bis 2010) ist zurzeit in Erarbeitung. Der Stadtrat möchte vor der Schaffung allfälliger neuer Gremien klare Vorgaben für den Prozess und die Aufgaben bestehender und allenfalls neu zu schaffender Gremien erarbeiten.</p>		
POS 2009/000062 2009/000017	14.01.2009 21.01.2009	Nagel Ueli, Heinrich Uschi und 5 Mitunterzeichnende Öko-Businessplan für Zürcher KMU, Förderung von Pilotprojekten
<p>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er im Zusammenhang mit dem «Öko-Businessplan für Zürcher KMU» Pilotprojekte zur Förderung der regionalen Kreislaufwirtschaft und von Produktionsketten mit kurzen Transportwegen initiieren und unterstützen kann.</p>		
POS 2009/000334 2009/000113	01.04.2009 06.05.2009	Kisker Gabriele und Nagel Ueli Alterskonzept der Stadt Zürich
<p>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie das Alterskonzept der Stadt Zürich aus dem Jahre 2001 überarbeitet bzw. ergänzt werden muss, damit neuere Erkenntnisse (Altersbericht des Kantons 2005, Sella) und neueste Entwicklungen (NFA, KVG) berücksichtigt und konkrete Zielvorgaben zu ihrem Kernauftrag im Altersbereich gemacht werden können.</p>		
MOT 2009/001364 2009/000501	04.11.2009 24.03.2010	Anderegg Peter und Meier Daniel Bau eines Altersheims in Zürich-Seebach
<p>Der Stadtrat wird beauftragt dem Gemeinderat eine Weisung für den Bau eines Altersheims in Zürich-Nord zu unterbreiten.</p>		

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 2009/001496 2009/000573	02.12.2009 11.12.2009	Knauss Markus und Glättli Balthasar Ausstieg aus der Atomenergie, Erarbeitung einer Informationskampagne
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Stadt Zürich mit einer Informationskampagne zum Ausstieg aus der Atomenergie im Sinne des Gemein- debeschlusses vom 11. 11. 2008 über die Stadt hinaus kritische Argumente zur Atomenergie verbreiten kann. Ein Betrag von 250'000 Franken könnte budgetneutral aus einer einmaligen Erhöhung der Ablieferung der Parkhäuser an die Stadtkasse (Konto 20323740.0700) gegenfinanziert werden.</i>		
POS 2010/000037 2010/000009	06.01.2010 20.01.2010	Grüne-Fraktion Service Wohnen im Altersheim Trotte, Auswertung Pilotprojekte in den Altersheimen Stampfenbach und Wildbach
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass vor der Umsetzung des Konzepts «Service Wohnen» im neuen Altersheim Trotte das Pilotprojekt in den Altersheimen Stampfenbach und Wildbach ausgewertet und eine Kostenevaluation durchgeführt wird. Dem Gemeinderat soll dazu bis zum Frühling 2011 ein Bericht vorgelegt werden, der die zu erwartenden Kosten und Nutzen aufzeigt.</i>		
POS 2010/000160 2010/000075	03.02.2010 03.03.2010	Bloch Süss Monika und von Matt Hans Urs Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für das Personal der Zentralwäscherei Zürich (ZWZ)
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Stadt Zürich nach dem Kauf der Zentralwäscherei Zürich (ZWZ), zusammen mit den anderen Mitaktionären, einen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) abschliessen kann, der dem Personal Anstellungsbedingungen garantiert, die denen städtischer Angestellter in ver- gleichbaren Tätigkeiten entsprechen.</i>		
POS 2010/000941 620.110.100-002 2010/000405	22.09.2010 06.10.2010	Anhorn Ruth und Weiss Urs Notfallaufnahme Stadtspital Triemli, Montage von Schränken für persönliche Utensilien
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob in der Notfallaufnahme im Stadtspital Triemli abschliessbare kleinere Schränke für die persönlichen Utensilien wie Kleider, Tasche, Portemonnaie (meist alles zusammen eingepackt in einen Spitalplastiksack) in den einzelnen Behandlungsabteilungen montiert werden können.</i>		

### III. Abschreibungsanträge für Motionen und Postulate

Postulate, für die der Stadtrat dem Gemeinderat den Antrag auf Abschreibung stellt.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 1994/002077 1993/000453	15.09.1993 02.03.1994	Reinhard Anneliese und 16 Mitunterzeichnende Flughafen Kloten, Abflugrouten über das Stadtgebiet, Verhinderung

*Der Stadtrat wird gebeten, mit geeigneten Mitteln dafür zu sorgen, dass die Abflugroute, die vom Flughafen Kloten ausgeht, nicht über die Siedlungsgebiete der Stadt Zürich führen.*

Die im Postulat angesprochenen Abflüge in Richtung Süden und die damit verbundene Gefahr von direkt über Stadtgebiet startenden Flugzeugen haben mittlerweile zulasten anderer Pisten in Richtung Norden und Westen abgenommen. Eine massive neue Belastung für die Bevölkerung der Stadt Zürich sind seit dem Jahr 2003 die Südanflüge auf Piste 34. Der Stadtrat hat sich deshalb weiterhin mit allen rechtlichen und politischen Mitteln gegen diese und andere zusätzliche Fluglärmbelastungen auf Stadtgebiet eingesetzt. Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang die rechtlichen Beschwerden im Bereich des vorläufigen Betriebsreglements (vgl. hängige Gerichtsverfahren in der Schweiz und in Deutschland) und die Einflussnahme auf den Koordinationsprozess Sachplan Infrastruktur Luftfahrt (Vernehmlassungen der Stadt Zürich vom 27. Oktober 2010 zum SIL-Objektblatt des Bundes und zum kantonalen Richtplan «Flughafen Zürich»).

POS 2000/001121  2000/000263	07.06.2000 06.09.2000	Savarioud Marcel und 17 Mitunterzeichnende Abflugvarianten Straight Away und Right Turn, Streichung bei der Erneuerung der Betriebskonzession
---------------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, mit welchen Massnahmen verhindert werden kann, dass die während des dreimonatigen Ausbaus des Flughafens Kloten getesteten Abflugvarianten Straight Away und Right Turn und das Anfliegen über Zürich Nord nach dem Ende des Flughafenbaus weitergeführt werden. Sie dürfen auf keinen Fall bei der Erneuerung der Betriebskonzession als mögliche Abflug- oder Anflugvarianten aufgenommen werden.*

Das Postulat geht von der Annahme aus, dass die künftigen An- und Abflugverfahren (wie die von den Postulanten erwähnten «Straight Away» oder «Right Turn») in der Konzession für den Betrieb des Flughafens Zürich geregelt werden. Jedoch sind An- und Abflugvarianten nicht Regelungsgegenstand der im Jahr 2001 in Kraft getretenen und noch bis zum Jahr 2051 geltenden Betriebskonzession, sondern des jeweils gültigen Betriebsreglements. Das Anliegen des Postulats ist nicht erfüllbar. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

POS 2002/001884 2002/000405	02.10.2002 30.10.2002	Im Oberdorf Bernhard Flugverkehr, Vermeidung von Südanflügen über Zürich Nord
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er unverzüglich bei den zuständigen Stellen in Bern darauf hinwirken kann, dass der Staatsvertrag mit Deutschland, der die Anflüge auf den Flughafen regelt, nicht ratifiziert wird, um Südanflüge über Zürich Nord zu vermeiden, und wie er bei den zuständigen Stellen vorstellig werden kann, um neu Navigationstechnologien – die gekrümmte statt gerade Anflüge erlauben – wie GBAS (oder notfalls MLS) möglichst rasch einzuführen.*

Der im Postulat angesprochene Staatsvertrag mit Deutschland ist bereits im Jahr 2003 von den Eidgenössischen Räten abgelehnt worden. Eine entsprechende Einflussnahme des Stadtrats ist somit unmöglich geworden. Zudem hat die Ablehnung des Staatsvertrags entgegen der Absicht des Postulanten nicht zur Vermeidung, sondern gerade zur Einführung der Südanflüge auf Piste 34 geführt.

Was die Unterstützung von neuen Navigationstechnologien anbelangt, ist zu bemerken, dass der Stadtrat das Ende 2005 eingereichte überarbeitete Gesuch von Unique Flughafen Zürich AG zur Einführung des «gekröpften Nordanflugs» begrüsst und sich gegenüber dem zuständigen Bundesamt für Zivilluftfahrt (Bazl) auch dementsprechend eingesetzt hat. Das Gesuch ist indessen im Jahr 2008 aus Sicherheitsgründen abgewiesen worden. Das Bazl hat aber zugleich darauf hingewiesen, dass der gekröpte Nordanflug evtl. bewilligt werden könnte, falls er mittels Satellitennavigation als Präzisionsanflug ausgestaltet werden könnte. In diesem Sinne soll er auch Bestandteil der weiterverfolgten Betriebsreglementsvarianten im Rahmen des Sachplans Infrastruktur Luftfahrt (SIL) bleiben. Der Stadtrat hat sich im Rahmen des SIL-Prozesses für ein Betriebssystem mit gekröpftem Nordanflug eingesetzt. Im SIL-Objektblatt des Bundes, zu welchem sich die Stadt Zürich mittels Vernehmlassung vom 27. Oktober 2010 geäußert hat, wurde der gekröpte Nordanflug als Untervariante zur Betriebsvariante, welche die deutschen Sperrzeiten einhält, aufgenommen. Der gekröpte Nordanflug ist nach heutigem Stand der Technik jedoch noch nicht durchführbar.

Das Anliegen des Postulats ist nicht in absehbarer Zeit erfüllbar.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2003/001578 2003/000206	11.06.2003 25.06.2003	Im Oberdorf Bernhard und Ulcay-Hauser Raphaela-Franziska Südanflüge, Vermeidung

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er sich dafür einsetzen kann, dass zur Vermeidung von Südanflügen über dicht besiedeltes Gebiet der sogenannte «gekröpfte» Anflug von Norden her umgesetzt werden kann. Es wird gebeten, dabei Druck auszuüben, dass bei guten Sichtverhältnissen dieser Anflug sofort umgesetzt wird; für schlechte Sichtverhältnisse wird gebeten, Druck auf eine möglichst rasche Installation der technischen Einrichtungen auszuüben: mittelfristig für die GPS-gestützten Technologien, kurzfristig für die Mikrowellen-gestützten Technologien.*

Der Stadtrat begrüsst das Ende 2005 eingereichte überarbeitete Gesuch von Unique Flughafen Zürich AG zur Einführung des «gekröpften Nordanflugs» auf Sicht und hat sich gegenüber dem zuständigen Bundesamt für Zivilluftfahrt (Bazl) auch dementsprechend eingesetzt. Das Gesuch ist indessen im Jahr 2008 aus Sicherheitsgründen abgewiesen worden. Das Bazl hat aber zugleich darauf hingewiesen, dass der gekröpfte Nordanflug evtl. bewilligt werden könnte, falls er mittels Satellitennavigation als Präzisionsanflug ausgestaltet werden könnte. In diesem Sinne soll er auch Bestandteil der weiterverfolgten Betriebsreglementsvarianten im Rahmen des Sachplans Infrastruktur Luftfahrt (SIL) bleiben. Der Stadtrat hat sich im Rahmen des Koordinationsprozesses Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt (SIL) für ein Betriebssystem mit gekröpftem Nordanflug eingesetzt. Im SIL-Objektblatt des Bundes, zu dem sich die Stadt Zürich mittels Vernehmlassung vom 27. Oktober 2010 geäussert hat, wurde der gekröpfte Nordanflug als Untervariante zur Betriebsvariante, welche die deutschen Sperrzeiten einhält, aufgenommen. Der gekröpfte Nordanflug ist nach heutigem Stand der Technik jedoch noch nicht durchführbar. Das Anliegen des Postulats ist nicht in absehbarer Zeit erfüllbar.

POS 2004/000091 2004/000025	14.01.2004 25.01.2004	Im Oberdorf Bernhard und Haueter Kurt Südanflüge, Intervention bei der Deutschen Bundesregierung
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, in Sachen Südanflüge bei der Deutschen Bundesregierung in Berlin vorstellig zu werden, um die unzumutbaren Zustände (Protestaktionen, Auszug der Quartierbewohner) darzulegen und um eine Stellungnahme dazu zu bitten.*

Es gibt keine offiziellen Kontakte zwischen dem Stadtrat oder Mitgliedern der Verwaltung der Stadt Zürich und der Regierung oder Regierungsstellen der Deutschen Bundesregierung. Dies ist Sache des Bundes und des Kantons Zürich. Die Mitglieder des Stadtrats haben aber jegliche Möglichkeiten von inoffiziellen und informellen Kontakten mit Vertreterinnen und Vertretern der Deutschen Bundesregierung und des Landes Baden Württemberg wahrgenommen, um die Interessen der Stadt Zürich darzulegen, und werden diese Möglichkeit auch in Zukunft nutzen.

POS 2004/000203 2004/000045	28.01.2004 25.02.2004	Im Oberdorf Bernhard Gekröpfter Nordanflug, umgehende Anwendung bei guten Wetterverhältnissen
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten, in Bern darauf hinzuwirken, dass der gekröpfte Nordanflug bei guten Wetterverhältnissen, welche die Anwendung der Sichtflugregeln erlauben, umgehend angewendet wird.*

Der Stadtrat begrüsst das Ende 2005 eingereichte überarbeitete Gesuch von Unique Flughafen Zürich AG zur Einführung des «gekröpften Nordanflugs» auf Sicht und hat sich gegenüber dem zuständigen Bundesamt für Zivilluftfahrt (Bazl) auch dementsprechend eingesetzt. Das Gesuch ist indessen im Jahr 2008 aus Sicherheitsgründen abgewiesen worden. Das Bazl hat aber zugleich darauf hingewiesen, dass der gekröpfte Nordanflug evtl. bewilligt werden könnte, falls er mittels Satellitennavigation als Präzisionsanflug ausgestaltet werden könnte. In diesem Sinne soll er auch Bestandteil der weiterverfolgten Betriebsreglementsvarianten im Rahmen des Sachplans Infrastruktur Luftfahrt (SIL) bleiben. Der Stadtrat hat sich im Rahmen des Koordinationsprozesses Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt (SIL) für ein Betriebssystem mit gekröpftem Nordanflug eingesetzt. Im SIL-Objektblatt des Bundes, zu dem sich die Stadt Zürich mittels Vernehmlassung vom 27. Oktober 2010 geäussert hat, wurde der gekröpfte Nordanflug als Untervariante zur Betriebsvariante, welche die deutschen Sperrzeiten einhält, aufgenommen. Der gekröpfte Nordanflug ist nach heutigem Stand der Technik jedoch noch nicht durchführbar. Das Anliegen des Postulats ist erfüllt.

POS 2005/001529 2005/000529	07.12.2005 21.12.2005	Jäger Alexander Eisenbahnbrücke zwischen Wipkingen und Industriequartier, Massnahmen gegen Lärmbelastung
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Eisenbahnbrücke über die Limmat (Strecke Bahnhof Hardbrücke–Bahnhof Oerlikon) zwischen Wipkingen und dem Industriequartier bezüglich Lärm für die Bewohnerinnen und Bewohner am Hang verbessert werden kann.*

Im Jahr 1998 wurden im Zusammenhang mit der Überbauung LimmatWest Lärmschutzwände auf dem Hardturmviadukt realisiert. Die SBB plante damals die Lärmsanierung des Huckepackkorridors. Sie war im Bereich Hard Lärmsanierungspflichtig, da bei mehreren Gebäuden am Käferberg die Grenzwerte überschritten wurden. Die beiden Projekte auf dem Hardturmviadukt, nämlich privater Lärmschutz für LimmatWest und Lärmsanierung SBB, wurden zusammen ausgeführt, wobei die SBB die Kosten für den nördlichen Teil der Wände übernahmen. Es wurden 2 Meter hohe, hochabsorbierende Aluminiumwände erstellt, die den üblichen Anforderungen an Lärmschutzwände entsprechen. Dies führte zu einer deutlich wahrnehmbaren Verbesserung für die Gebäude am Käferberg. Der Streckenabschnitt gilt aus städtischer Vollzugssicht als lärmsaniert, und die Sanierungspflicht der SBB ist erfüllt. Mit den seit 1998 vorgenommenen Massnahmen konnte eine erhebliche Entlastung für die Umgebung erreicht werden. Auf eine zusätzliche Minderung des Lärms, der z. B. durch Güterzüge auf dieser Strecke entsteht, hat die Stadt keinen direkten Einfluss. Weitergehende Massnahmen auf dem Ausbreitungsweg auf dieser Strecke wären für die Stadt mit sehr grossem finanziellem Aufwand verbunden. Angesichts des bedeutenden anstehenden Sanierungsbedarfs an stark immissionsbelasteten Strassen kann es nicht Aufgabe der Stadt sein, eine weitere Optimierung des von der Eisenbahnbrücke Wipkingen verbleibenden Eisenbahnlärms an die Hand zu nehmen. Der Stadtrat erachtet das Postulat als erfüllt und beantragt Abschreibung.

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 2007/000954 2007/000491	12.09.2007 26.09.2007	Stucker Rolf und Anhorn Ruth Pissoir am Bürkliplatz, Verhinderung von Geruchsimmissionen

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Geruchsimmissionen des Pissoirs am Bürkliplatz nachhaltig verhindert werden können.*

Das Pissoir/Urinal am Bürkliplatz/Stadthausanlage wurde 2009 umfassend saniert und unterliegt seither einer erhöhten Kontrolle sowie Reinigungsintensität. Es wird täglich oft benutzt und trägt wesentlich dazu bei, die Wildpinkerei in diesem Stadtraum zu vermindern. Das Pissoir bleibt so lange in Betrieb, bis im Zusammenhang mit dem Ersatz des Kioskgebäudes die Versorgung der Stadthausanlage mit Toiletten für die Kiosk Kundinnen/-kunden und -mitarbeitenden, die Marktbesuchenden und -fahrerinnen/-fahrer sowie die allgemeine Öffentlichkeit ohne dieses Pissoir ausreichend ist. Auch im Geschäftsjahr 2010 sind keine Beanstandungen im Zusammenhang mit diesem Pissoir eingegangen. Der Stadtrat erachtet das Postulat als erfüllt und beantragt Abschreibung.





Sieggarten des Biodiversitäts-Wettbewerbs von Grün Stadt Zürich. (Bild: Lukas Handschin)

# **Geschäftsbericht 2010**

## Tiefbau- und Entsorgungsdepartement

# Inhaltsverzeichnis Geschäftsbericht Tiefbau- und Entsorgungsdepartement

<b>1.</b>	<b>Vorwort</b>	<b>193</b>
<b>2.</b>	<b>Legislaturziele und Jahresschwerpunkte</b>	<b>194</b>
<b>3.</b>	<b>Kennzahlen Tiefbau- und Entsorgungsdepartement</b>	<b>197</b>
<b>4.</b>	<b>Departementssekretariat, Fachstellen, Dienstabteilungen</b>	<b>198</b>
<b>4.1.</b>	<b>Departementssekretariat</b>	<b>198</b>
4.1.1.	Aufgaben	198
<b>4.2</b>	<b>ERZ Entsorgung + Recycling Zürich</b>	<b>198</b>
4.2.1	Aufgaben	198
4.2.2	Jahresschwerpunkte	198
4.2.3	Spezifische Kennzahlen	201
<b>4.3</b>	<b>Geomatik und Vermessung</b>	<b>201</b>
4.3.1	Aufgaben	201
4.3.2	Jahresschwerpunkte	201
4.3.3	Spezifische Kennzahlen	203
<b>4.4</b>	<b>Grün Stadt Zürich</b>	<b>204</b>
4.4.1	Aufgaben	204
4.4.2	Jahresschwerpunkte	204
4.4.3	Spezifische Kennzahlen	213
<b>4.5</b>	<b>Tiefbauamt</b>	<b>214</b>
4.5.1	Aufgaben	214
4.5.2	Jahresschwerpunkte	214
4.5.3	Spezifische Kennzahlen 2007–2010	217
<b>5.</b>	<b>Parlamentarische Vorstösse</b>	<b>218</b>

# 1. Vorwort



Ruth Genner. (Bild: Luca Zanier)

## «Stadt und Natur gehören zusammen»

Zu den Aufgaben des TED gehören nicht nur Tiefbau und Entsorgung. Wohl standen 2010 bauliche und verkehrsplanerische Themen sowie neue Wege in der Entsorgung im Vordergrund unserer Arbeit. Darüber ist auch in der vorliegenden Publikation viel zu berichten. 2010 war aber auch das internationale Jahr der Biodiversität. Und das bedeutet ein hohes Engagement von Grün Stadt Zürich. Denn Stadtflora und -fauna verkörpern einen wichtigen Bereich unseres Departements.

Viele glauben es kaum, aber Zürichs Reichtum besteht auch in der Biodiversität. Grün- und Freiräume leisten in Zürich einen massgeblichen Beitrag dafür, dass die Natur Platz findet und dass Pflanzen und Tiere auch in der grössten Schweizer Stadt gedeihen und leben können. Stadt und Natur gehören zusammen! Mit dem landesweit beachteten Buch «Stadtfauna» hat Grün Stadt Zürich zusammen mit dem Haupt-Verlag ein

Werk geschaffen, das 600 Tierarten unserer Stadt vorstellt. Diese Lebewesen in der Stadt zu finden, ist ein wunderbares Erlebnis. Aber nicht nur das: Eine solche Vielfalt von Tieren in einem Lebensraum zu wissen, bedeutet einen der besten Indikatoren für Lebensqualität und für Natur.

Im UNO-Jahr der Biodiversität hatten Stadt, Kanton, Bund und Naturschutzorganisationen ein wichtiges Anliegen, nämlich aufzuzeigen, dass die Vielfalt an Arten und Lebensräumen eine besondere Form von Reichtum bedeutet. Biodiversität zeigt alle Formen von Leben im Tier- und Pflanzenbereich. Damit wird klar, dass Biodiversität die Grundlage unseres Lebens bedeutet; denn ohne Pflanzen und Tiere fehlen uns Menschen die elementaren Ressourcen für unser Überleben. Deswegen müssen wir der Artenvielfalt ganz besonders Sorge tragen. Denn nur so kann die Lebensgrundlage der Zukunft gesichert werden.

Im vergangenen Jahr war die Biodiversität an über 100 Veranstaltungen in der Stadt Zürich das zentrale Thema. Gegen 20 000 Menschen besuchten die Veranstaltungen. Das Interesse kommt nicht von ungefähr. Eine Umfrage zu den Leistungen von Grün Stadt Zürich ergab, dass die Stadtbevölkerung eine grosse Vielfalt an Pflanzen und Tieren als sehr wichtig und als Bereicherung ihres Lebensumfeldes empfindet.

2011 wird der Bund seine Biodiversitätsstrategie präsentieren. Umgesetzt wird diese in den Kantonen und Gemeinden. Städte sind Hotspots der Biodiversität. Sie tragen dafür eine spezielle Verantwortung. Innovative Projekte, Vorgaben und Anreize für Private und Unternehmer sowie die politische Anerkennung zu ihrer Umsetzung werden gefragt sein.

Stadträtin Ruth Genner  
Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements

## 2. Legislaturziele und Jahresschwerpunkte

Das Jahr 2010 war für das Tiefbau- und Entsorgungsdepartement ein besonders wichtiges Abstimmungsjahr. Von den 15 kommunalen Vorlagen standen acht unter der Federführung des TED. Von diesen wiederum gingen sieben im Sinne des Stadtrats aus.

### **Nagelhaus:**

#### **Nicht gebautes Kunstwerk hat Wirkung entfaltet**

Nicht durchgekommen ist der Stadtrat und damit das TED mit dem «Nagelhaus». 51,3% der Stimmenden lehnten einen Objektkredit über 5,9 Mio. Fr. ab, der auf dem Escher-Wyss-Platz eine begehbare Skulptur ermöglichen sollte. Das Kunstprojekt war eine Auseinandersetzung mit der Frage, ob und wie Altes neben Neuem bestehen kann. Der zweiteilige Bau hätte zudem praktischen Nutzen gehabt als Restaurant, Kiosk, Toilette und mit Automaten. Vom Betrieb versprach sich der Stadtrat eine Belebung des schwierigen Platzes unter der Hardbrücke, mit der entsprechenden positiven Wirkung auf die Sicherheit.

Künstlerisch hat das Projekt Wirkung entfaltet, ohne gebaut zu werden. Im Vorfeld und im Nachgang wurde weit über die Gemeinde- und Landesgrenzen hinaus leidenschaftlich debattiert. Nicht nur über das eigentliche Werk, sondern auch allgemein über Kunst im öffentlichen Raum und ihre Stellung in einer demokratischen Gesellschaft. Das Nagelhaus hat sich damit einen Platz in der Kultur- und in der Stadtgeschichte gesichert. Auch hat die Bezeichnung «Nagelhaus» Eingang in die Sprache gefunden.

Ob man es befürwortete oder ablehnte: Das Nagelhaus wurde als etwas Ungewöhnliches taxiert. Am geplanten Standort wäre nach Meinung des Stadtrats eine ungewöhnliche Lösung richtig gewesen. Die direkt Betroffenen sahen das auch so, legten doch 62% der Stimmenden im Wahlkreis 4/5 ein Ja für das Nagelhaus ein. Gründe gegen das Projekt und somit für das gesamtstädtische Nein wurden viele angeführt, etwa die absoluten Kosten, die Kosten im Verhältnis zum Nutzen, die Nachvollziehbarkeit des Kunstwerks, der künstlerische Wert oder der Abstimmungskampf von Gegnern und Befürwortenden. So oder so ist das Nagelhaus am Escher-Wyss-Platz vom Tisch. Der Stadtrat strebt keine Umsetzung mit privaten Geldern an, auch wird er sich erst dann wieder mit der Gestaltung des Escher-Wyss-Platzes befassen, wenn die sanierte Hardbrücke von Gerüsten befreit und das Tram Zürich-West fertiggestellt ist. Dies wird Ende 2011 der Fall sein. Der Platz wird sich für einige Zeit leer präsentieren. Die in der Limmatstrasse bestehenden Provisorien für Kiosk und WC bleiben bis auf Weiteres bestehen.

Rückschlüsse aus der verlorenen Abstimmung auf das Projekt «zürich-transit-maritim» (ztm) lassen sich nach Meinung des Stadtrats nicht ziehen. ztm unterscheidet sich vom Nagelhaus durch die geringeren Kosten und die zeitliche Begrenzung. Gleichwohl hört der Stadtrat die kritischen Einwände und macht die Fortsetzung des Projekts ztm von Budgetentscheidungen des Gemeinderats abhängig.

Kontroversen und Emotionen gehören zur Kunst. Es darf aber natürlich auch harmonischer zu und her gehen. Wie beispielsweise bei der Verschiebung der «Fanfare» vom Zürcher Heimplatz nach Langenthal oder den «Gasträumen», in deren Rahmen Kunstwerke aus Galerien für einen Sommer im öffentlichen Raum zu erleben sind. Kunst wird auch im entstehenden Quartier «Europaallee» eine bedeutende Rolle spielen. Hierfür wurde ein Zürcher Kuratorenteam gefunden.

### **Logistikzentrum und Quartieranbindung: unumstritten trotz hoher Beträge**

Die Intensität von Kontroversen und der Grad an Emotionen lassen sich nicht zwingend an Geldbeträgen festmachen. Dies hat das Abstimmungsjahr 2010 verdeutlicht. Gingen die Wogen beim Nagelhaus mit seinem Objektkredit von 5,9 Mio. Fr. hoch, so gab es in der Öffentlichkeit kaum Diskussionen um die gut 72 Mio. Fr. für das Logistikzentrum Hagenholz und die Erhöhung des Objektkredits um fast 100 Mio. Fr. für die Quartieranbindung Ost am Bahnhof Oerlikon. Beide Vorlagen wurden mit 83% und 71% Ja-Stimmen überaus deutlich angenommen.

### **Logistikzentrum Hagenholz: Bau mit mehreren Funktionen**

Im künftigen Logistikzentrum Hagenholz kommt das zweite Rechenzentrum der städtischen Informatik unter. Ausserdem löst es die Probleme der längst ungenügenden Infrastruktur für Angestellte und Fahrzeuge, der schlechten Hygiene und des akuten Platzmangels. Weiter gibt es für Interessierte ein Informationszentrum. Und schliesslich dient das Gebäude auch als Lärmschutz für das benachbarte Quartier Leutschenbach, in dem immer mehr Menschen leben.

Der gemeinsame Bau des Logistikzentrums Hagenholz durch die beiden städtischen Dienstabteilungen Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ) sowie Organisation und Informatik Zürich (OIZ) senkt die Kosten und erhöht die Effizienz von Bau und Betrieb.

Die neuen Gebäude richten sich nach der 2000-Watt-Gesellschaft. So wird der Minergie-P®-Standard angestrebt, die Dachfläche wird mit Photovoltaik-Anlagen ausgerüstet, und das neue Rechenzentrum soll als «Green Data Center» zertifiziert werden.

Im Oktober 2010 hat der Bau des Logistikzentrums Hagenholz begonnen. Ab der zweiten Jahreshälfte 2012 wird es sukzessiv bezogen und auf 2014 fertiggestellt.

Ein anderes Projekt in unmittelbarer Nachbarschaft zum Kehrichtheizkraftwerk (KHKW) Hagenholz wurde 2010 verwirklicht. Das Holzheizkraftwerk (HHKW) Aubrugg ging in Betrieb. Der Einsatz des CO<sub>2</sub>-neutralen Energielieferanten Holz ist ein wichtiger Schritt in Richtung 2000-Watt-Gesellschaft. Das HHKW Aubrugg ist zudem ein weiteres Beispiel für die Bedeutung von Kooperationen. Dieses wegweisende Projekt war nur möglich dank der Zusammenarbeit von EKZ, Zürich Holz AG und ERZ, die zur HHKW Aubrugg AG zusammengeschlossen sind. Mit dem HHKW Aubrugg kann ERZ den Anteil CO<sub>2</sub>-freier Fernwärme von gut der Hälfte auf drei Viertel erhöhen.

Eine weitere energiepolitisch bedeutende Massnahme wurde 2010 eingeleitet. Die Sammlung und Verwertung von Grüngut in der Stadt Zürich wird auf biogene Küchenabfälle ausgeweitet. Zu diesem Zweck beschlossen Stadt- und Gemeinderat die Gründung der selbständigen Aktiengesellschaft «Biogas Zürich AG» durch Erdgas Zürich und ERZ. Für die Verwertung wird das heutige offene Kompostierwerk Werdhölzli durch ein geschlossenes Vergär- und Kompostierwerk ersetzt. Das anfallende Rohgas wird zu Biogas aufbereitet und ins Erdgasnetz der Stadt Zürich eingespeist.

Das Vergär- und Kompostierwerk Werdhölzli soll bis 2013 gebaut werden. Ab dann ist eine gemischte Sammlung und Vergärung von Garten- und Küchenabfällen aus Haushalten möglich. Aus der erwarteten Grüngutmenge und aus dem

Klärgas des Klärwerks Werdhölzli lassen sich pro Jahr rund 9 Mio. m<sup>3</sup> Rohgas gewinnen. Dieses wird vor Ort zu rund 5,5 Mio. m<sup>3</sup> Biogas aufbereitet und ins Erdgasnetz der Stadt Zürich eingespeist. Dessen Energieinhalt von rund 55 Mio. kWh deckt den Wärmebedarf von etwa 5000 Stadtzürcher Wohnungen.

### **Bahnhof Oerlikon, Quartieranbindung Ost: Ja zur nachhaltigen Verkehrspolitik**

Der Entscheid für die Quartieranbindung Ost wird massgeblich zum Erfolg des erweiterten Bahnhofs Oerlikon beitragen. Denn ein Bahnhof ist nur attraktiv, wenn er optimal an die Quartiere angebunden ist.

Die Anbindung kostet total 110 Mio. Fr. Das deutliche Ja der Stimmenden zeigt, dass den Menschen in der Stadt Zürich eine nachhaltige Verkehrspolitik viel wert ist. Wobei es gilt, die Kosten zu relativieren. Dem Souverän wurde ein Bruttokredit beantragt. Es ist wahrscheinlich, dass dieser nicht ausgeschöpft werden muss. Die Stadt strebt beim Leitungsbau finanzielle Beiträge der Werkeigentümer an, ebenso sollen sich am Gesamtprojekt Kanton, SBB und Bund beteiligen.

Die Quartieranbindung wird etappenweise bis 2018 umgesetzt.

Die Projekte rund um den Bahnhof Oerlikon nehmen mehr und mehr Gestalt an. Die SBB beginnt im März 2011 mit der Erweiterung des Bahnhofs um zwei Gleise, und das Tiefbauamt der Stadt Zürich beginnt im Herbst 2011 mit den Bauarbeiten für die Sanierung und Neugestaltung des Bahnhofplatzes Süd. Der Baubeginn der Quartierverbindung zwischen Zentrum Oerlikon und Neu-Oerlikon ist zusammen mit dem Ausbau der Personenunterführung Mitte auf 2012 projektiert. Nach den Hauptarbeiten für die Quartierverbindung und den Bahnhofsausbau der SBB wird voraussichtlich ab 2014 der nördliche Bahnhofplatz mit dem Namen Max-Frisch-Platz entstehen.

### **Teilrevision der Parkplatzverordnung: Anpassung an aktuelle Entwicklungen**

Wiederum eine sehr umstrittene Vorlage war die Teilrevision der städtischen Parkplatzverordnung. Die sogenannte PPV2010 ermöglicht autoarmes Wohnen und passt die Richtwerte an sich ändernde Gegebenheiten an. Gemeint sind namentlich der erhöhte Bedarf an Wohnfläche sowie der Ausbau des öffentlichen Verkehrs.

Die Stadt Zürich übernimmt mit dem autoarmen Wohnen eine Pionierrolle wie schon mit der Verankerung der 2000-Watt-Gesellschaft in der Verfassung. Die Stimmenden der Stadt Zürich sprachen sich mit der PPV2010 erneut für eine nachhaltige Entwicklung der Stadt Zürich aus, auch in der Verkehrspolitik.

Mit gut 53 % Ja-Stimmen fiel die Zustimmung klar aus. Dennoch ist für Stadtzürcher Verhältnisse der Anteil an Ablehnenden beachtlich. Den Bedenken, die dahinterstehen, darf entgegengehalten werden, dass Zahlen kursierten, die zum Teil falsch waren, weil beispielsweise nicht beachtet wurde, dass die neuen Ansätze nicht rückwirkend angewandt werden. Auch waren physische und virtuelle Darstellungen von verschandelten öffentlichen Räumen unrealistisch, weil es bei der PPV um Parkplätze auf Privatgrund geht. Wichtig ist auch, dass sich für Restaurants und Läden nichts ändert, die Vorgaben bleiben hier gleich. Was die Veloabstellplätze betrifft, so werden die Vorgaben auch in Zukunft mit Augenmass angewandt. Die

PPV2010 hält ausdrücklich fest, dass bei «eingeschränkter Realisierbarkeit» von den Vorgaben abgewichen werden kann.

Bei Drucklegung dieses Geschäftsberichts war beim Bezirksrat noch eine Gemeindebeschwerde gegen den Gemeinderatsbeschluss zur PPV-Teilrevision hängig.

### **Rosengarten-Tram: Weg für pragmatische Lösung frei**

Die oben gemachte Feststellung, dass sich die Stimmenden der Stadt Zürich wiederholt für eine nachhaltige Verkehrspolitik aussprechen, bedarf des folgenden Zusatzes: «...aber sie wollen dabei nicht durch die Wand». Die Volksinitiative «Rosengarten-Tram» und der ähnlich gelagerte Gegenvorschlag wurden mit 67 % bzw. 63 % Nein-Stimmen überraschend deutlich abgelehnt. Damit ist klar, dass das Tramprojekt nur gelingen kann, wenn zwei Voraussetzungen erfüllt sind: Erstens muss der Kanton mit im Boot sein; zweitens braucht es Alternativen für den Autoverkehr, der im Zuge des Rosengartentrams zwei Spuren auf der Rosengartenstrasse verliert.

Das Rosengartentram kann nun auf solider Grundlage gebaut werden, zusammen mit dem Kanton. Dass dieser Weg zum Ziel führt, beweisen das Tram Zürich-West und die Glattalbahn.

Das Rosengartentram ist ein Projekt, das erst in den 20er-Jahren umgesetzt wird. Die Stadt ist aber gewillt, schneller etwas für das Quartier zu tun. Zwischen 2012 und 2014 strebt die Stadt eine Busbevorzugung, zwei markierte Fussgängerquerungen mit Lichtsignalen auf der Rosengartenstrasse sowie Lärmschutzmassnahmen an.

### **Überdeckung Katzenssee: Es gibt keine «Randquartiere»**

Eine weitere verkehrspolitische Vorlage war der Beitrag der Stadt Zürich von maximal 20 Mio. Fr. an die Kosten für die Autobahnüberdeckung Katzenssee. Nach der deutlichen Zustimmung mit 73 % Ja-Stimmen liegt der Ball beim Kantonsrat, der über den Anteil des Kantons befinden muss. Stimmt der Kantonsrat zu und wird kein Referendum ergriffen, kann der Bund planen. Schon im Laufe von 2011 ist die Genehmigung eines Ausführungsprojekts durch das UVEK denkbar und damit ein Baubeginn ab 2012.

Die Zürcherinnen und Zürcher wollen Wohnqualität für die ganze Stadt, auch in den Aussenquartieren. Sie wollen, dass auch Unteraffoltern vor Verkehrsimmissionen geschützt wird, gerade im Hinblick auf den Ausbau des Nordrings.

Es ist gerade eine Qualität Zürichs, dass die Aussenquartiere keine «Randquartiere» sind. Auf Lebensqualität und gut gestaltete und unterhaltene öffentliche Räume haben alle Quartiere Anspruch, nicht nur die Innenstadt und privilegierte Wohngegenden. Der Stadtrat ist glücklich, dass er in dieser Haltung von der Bevölkerung gestützt wird, so wie sie es bei der Vorlage für die Überdeckung Katzenssee bewiesen hat.

### **Schmiede: Ein Quartierzentrum für Wiedikon**

Zentrumsgebiete oder Quartierzentren sind Orte, die aufgrund ihrer hohen Konzentration von Nutzungen und Funktionen weit in das Quartier, in die Stadt oder sogar darüber hinaus ausstrahlen. Sie entsprechen den im Verkehrsrichtplan festgelegten 34 Fussgängerbereichen. Hier soll der öffentliche Raum für Fuss- und Veloverkehr, aber auch für den Aufenthalt und das lokale Gewerbe aufgewertet werden. Zu jedem der 34 Quartierzentren gibt es ein sogenanntes Objektblatt mit Vorgaben für die Planerinnen und Planer. 2002 wurde der

Schaffhauserplatz und 2006 der Tessinerplatz entsprechend umgestaltet. Als drittes Projekt wird seit Juli 2010 die Schmiede Wiedikon verwirklicht, im Laufe des ersten Halbjahrs 2011 sind die Arbeiten beendet.

Gegen den dafür notwendigen Objektkredit von gut 3 Mio. Fr. war das Behördenreferendum ergriffen worden. Die Stimmden sprachen sich aber zu 60 % für den Kredit aus. Die Einwohnerinnen und Einwohner sowie das Gewerbe Wiedikons erhalten ein attraktives Zentrum und eine gut zugängliche Haltestelle des öffentlichen Verkehrs.

Bei aller Freude soll nicht verschwiegen werden, dass im engen städtischen Raum Verbesserungen für die Mehrheit oft mit neuen Nachteilen für eine Minderheit eingehandelt werden. Die Aufwertung der Schmiede Wiedikon bringt Vorteile für das ganze Quartier, für einige Anwohnerinnen und Anwohner der Zurlinden- und der Zweierstrasse hingegen bedeutet die Blockumfahrung durch die stadtauswärts fahrenden Autos mehr Lärm. Sämtliche betroffenen Gebäude erhalten deshalb Schallschutzfenster.

#### **Allmend: endlich wirklich frei**

Der Titel der Volksinitiative war verheissungsvoll: «Freie Allmend». Sie verfolgte die ebenso verlockende Forderung, praktisch die ganze Allmend der Freihaltezone zuzuteilen.

Die 70 % Nein-Stimmen zeigten, dass sich die Stimmden informieren und nicht einfach von gut klingenden Titeln und Forderungen zu einem Urteil bewegen lassen. Sie erkannten, dass die einzige wesentliche Konsequenz der Initiative das endgültige Aus für die Freestyleanlage Allmend gewesen wäre. Die Abstimmung geriet so zu einem Plebiszit für oder gegen die Freestyleanlage, um die seit neun Jahren gestritten wird. Im Januar 2002 war die Motion Marthaler, die eine solche Anlage forderte, im Gemeinderat einstimmig überwiesen worden.

Was nach einer klaren und schnellen Sache aussah, weitete sich zu einer langen Standortsuche und Rechtsstreitigkeiten aus. Der Stadtrat ist und bleibt aber der Meinung, dass ein ausgebautes Freizeitangebot für Jugendliche unabdingbar ist für eine attraktive Stadt. Und Sport ist ein Element für die Familienfreundlichkeit der Allmend.

Nach dem klaren Urteil der Stimmden reichte Grün Stadt Zürich ein überarbeitetes Baugesuch ein. Diesmal gab es keine Rekurse. Die Baubewilligung liegt vor. Die Umsetzung soll im Sommer 2011 beginnen. So kann die Freestyleanlage 2012, zehn Jahre nach der einstimmigen Überweisung der Motion Marthaler, eröffnet werden.

Für den gegenüberliegenden Bikepark liegt das Vorprojekt vor, die Baueingabe und Kreditgenehmigung sollen 2011 erfolgen.

Nebst dem «Bahn frei» für die Freestyleanlage gab es auch eine Freigabe der Allmend I. Mit einem Familienfest wurde dieses Naherholungsgebiet als hundefreie Zone wieder eröffnet, nachdem es 15 Jahre lang durch Grossbaustellen besetzt gewesen war. Die Allmend I ist hundefrei, weil die ganze Bevölkerung die Allmend geniessen soll. Auch auf der Allmend gilt es unterschiedliche und entgegengesetzte Interessen unter einen Hut zu bringen.

Die Ansprüche an den öffentlichen Raum sind gross und heterogen. Für das Tiefbau- und Entsorgungsdepartement ist es eine tägliche Herausforderung, mit den verschiedenen Vorstellungen umzugehen. Eine besondere Knacknuss ist die bauliche Verdichtung. Dazu gibt es keine Alternative, nur eine Verdichtung der Städte kann die Zersiedelung der Landschaft dämpfen. Dennoch muss es auch in der Stadt gelingen, qualitativ und quantitativ angemessene Freiräume zur Verfügung zu stellen. Diesem Ziel fühlt sich das TED besonders verpflichtet.



### 3. Kennzahlen Tiefbau- und Entsorgungsdepartement

	2006	2007	2008	2009	2010
Mitarbeitende total	1 667	1 670	1 675	1 682	1 670
– davon Frauen	255	268	276	290	292
– davon Männer	1 412	1 402	1 399	1 392	1 378
Ø Stellenwert-Äquivalent <sup>2</sup>	1 578	1 561	1 573	1 579	1 590
Führungskader total <sup>3</sup>	318	355	291	281	291
– davon Frauen	34	40	31	29	29
– davon Männer	284	315	260	252	262
Lernende total	73	75	78	83	94
– davon Frauen	26	22	23	24	25
– davon Männer	47	53	55	59	69
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad ≥ 90.00 % (Vollzeitstellen)<sup>1</sup></b>					
Total	1 447	1 440	1 429	1 439	1 429
Frauen	127	133	139	151	156
Männer	1 320	1 307	1 290	1 288	1 273
Frauen in %	8.78	9.24	9.79	10.5	10.9
Männer in %	91.22	90.76	90.21	89.5	89.1
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 50.00–89.99 % (Teilzeitstellen I)<sup>1</sup></b>					
Total	182	189	201	196	198
Frauen	100	105	107	109	107
Männer	82	84	94	87	91
Frauen in %	54.95	55.56	53.00	55.6	54.0
Männer in %	45.05	44.44	47.00	44.4	46.0
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 0.01–49.99 % (Teilzeitstellen II)<sup>1</sup></b>					
Total	38	41	71	73	70
Frauen	28	30	32	31	31
Männer	10	11	39	42	39
Frauen in %	73.68	73.17	45.1	42.5	44.3
Männer in %	26.32	26.83	54.9	57.5	55.7
Personalaufwand	179 149 022	178 953 435	189 896 264	191 190 654	194 124 060
Sachaufwand	224 331 553	223 512 953	254 089 906	270 649 594	276 711 448
Übriger Aufwand	303 810 209	268 980 922	303 547 732	303 603 402	298 921 990
Total Aufwand	707 290 784	671 447 310	747 533 902	765 443 650	769 757 498
Bruttoinvestitionen	152 275 394	163 138 753	135 420 647	241 567 856	213 884 536

**Definitionen:**

In den jeweiligen Personalkennzahlen sind diejenigen Mitarbeitendenkreise berücksichtigt, die in den gesamtstädtischen Personalkennzahlen im Stadtratsteil genannt sind. Ab 2008 werden alle Mitarbeitenden mit aktiver Anstellung im Dezember gezählt. Bis 2007 wurden nur jene mit aktiver Anstellung und Lohnzahlung im Dezember gezählt.

<sup>1</sup> Bis 2007 wurden Mehrfachanstellungen pro Mitarbeitenden zuerst addiert und dann als eine einzige Anstellung ausgewiesen. Mit der Einführung von SAP werden ab 2008 alle Anstellungen einzeln mit dem entsprechenden Beschäftigungsgrad ausgewiesen. Das Total aller Anstellungen entspricht somit nicht mehr dem Total aller Mitarbeitenden. Die Anzahl der Anstellungen 2008 wurden entsprechend korrigiert und mit den Werten von 2009 vergleichbar gemacht.

<sup>2</sup> Die Stellen der Stadträtinnen und Stadträte werden wieder in der Institution 1015 Stadtrat mitgezählt; die durchschnittlichen Stellenwert-Äquivalente 2008 reduzieren sich dadurch um 1 Stellenwert.

<sup>3</sup> Die Anzahl Führungskader für das Jahr 2008 wurden korrigiert.



## 4. Departementssekretariat, Fachstellen, Dienstabteilungen

### 4.1. Departementssekretariat

#### 4.1.1. Aufgaben

Die Hauptaufgaben des Departementssekretariats sind die Führungsunterstützung der Vorsteherin und die Unterstützung der Dienstabteilungen bei Geschäften, die dem Stadt- und

dem Gemeinderat unterbreitet werden. Ausserdem nimmt es Querschnittsaufgaben in den Bereichen Finanzen, Personal, Controlling, IT und Kommunikation wahr.

### 4.2 ERZ Entsorgung + Recycling Zürich

#### 4.2.1 Aufgaben

ERZ Entsorgung + Recycling Zürich bewirtschaftet die Reinigung und Verwertung von Produkten in den Kreisläufen Abwasser, Sauberkeit und Abfall sowie Energie. Dabei schenkt ERZ dem umweltschonenden Beseitigen und dem Verwerten zu neuen Produkten gleichermaßen Beachtung. Diese Produkte wie Wärme und Strom, gereinigtes Wasser, Kompost sowie neue Produkte aus Papier, Karton, Metall kann die Bevölkerung wiederum nutzen.

Dieses Jahr setzte ERZ wichtige Meilensteine für die Lebensqualität in Zürich. Im Juni gründeten die Partner EnBW Kraftwerke AG, Stuttgart, und ERZ die Fernwärme Zürich AG. Sie wird das Heizkraftwerk Josefstrasse mit Abfall aus dem angrenzenden Ausland betreiben und CO<sub>2</sub>-neutrale Wärme für die Quartiere in Zürich-West produzieren. Nach dem Ja des Stimmvolkes im September wird der Standort Hagenholz mit dem neuen Logistik- und Rechenzentrum zur Drehscheibe für Abfallverwertung und Recycling in Zürich-Nord werden. Die Dienstabteilung Organisation + Informatik Zürich kann hier ein zweites Rechenzentrum betreiben und so die städtische IT-Strategie weiter umsetzen. Im Oktober hat die Holzheizkraftwerk Aubugg AG den Betrieb aufgenommen und produziert im Heizkraftwerk Aubugg von ERZ mit Holz aus dem Kanton Zürich Wärme für 10 000 und Strom für 5000 Wohnungen. Der Gemeinderat hat im November der Gründung der Biogas Zürich AG zugestimmt. Erdgas Zürich AG und ERZ werden mit diesem Unternehmen ab 2013 die Sammlung und Vergärung von Grüngut für die Stadt Zürich gewährleisten und das so gewonnene Biogas ins Erdgasnetz der Stadt einspeisen. Ein weiterer Beitrag, welcher der Stadt Zürich hilft, die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft zu erreichen.

#### 4.2.2 Jahresschwerpunkte

##### Entwässerung

Die Entwässerung erstellt, betreibt und unterhält die rund 1000 Kilometer der städtischen Kanalisation und schützt so Grundwasser, Bäche und Seen vor Verschmutzungen. Oberirdisch ist die Entwässerung zuständig für die Bäche in der Stadt, mit Ausnahme der Limmat und der Sihl, die direkt dem Kanton unterstehen.

Im Berichtsjahr wurden überdurchschnittlich viele Kanalbauprojekte ausgelöst, geplant und ausgeführt, oft im Zusammenhang mit den flankierenden Massnahmen zur Westumfahrung (Flama). Diese grosse Anzahl an Projekten – unabhängig vom Realisationsstadium – löste umfangreiche Untersuchungen der

kommunalen Kanäle wie auch der Anschlussleitungen von privaten Liegenschaften aus.

Im Gegensatz zu den grossen und spektakulären Projekten der letzten Jahre – beispielsweise die Erneuerung der Kanalisation im Hardhof – realisierte die Entwässerung im Berichtsjahr viele kleinere Kanalbauten im ganzen Stadtgebiet. Leitungen mit grossen Leitungsquerschnitten, wie diejenige der Kornhausstrasse, wurden unterirdisch und unbemerkt von der Stadtbevölkerung erstellt. Der Verkehr konnte darum ungehindert fliessen. Weil diese unterirdische Bauweise teurer ist als die konventionelle, offene Bauweise, klären die Ingenieure der Entwässerung und des Tiefbauamts fallweise mit der Baukoordination der Stadt ab, ob eine unterirdische Bauweise wirklich erforderlich ist.

##### Klärwerk Werdhölzli

Das Klärwerk Werdhölzli reinigte rund 77,6 Mio. m<sup>3</sup> Abwasser der Stadt Zürich und der angeschlossenen Vertragsgemeinden. Zusätzlich zu dieser Abwassermenge nimmt das Klärwerk unterschiedliche, flüssige Rückstände an. In den kalten Wintermonaten lieferte die Flughafen Zürich AG gegen 3660 t Enteiseraabwasser, das in der Schlammfäulung verarbeitet wurde.

Im Februar und März 2010 ereignete sich in der Biologie ein sogenanntes Belebtschlammtrieb, das auf die anhaltend tiefen Abwassertemperaturen und Schneefälle zurückzuführen war. Die ursprüngliche Flockenstruktur des Belebtschlammes zersetzte sich, weshalb sich der Schlamm nicht mehr wie gewünscht am Beckenboden absetzte. Zusammen mit der Aufsichtsbehörde AWEL leitete ERZ Gegenmassnahmen ein, so dass sich mit dem Anstieg der Abwassertemperatur die Biologie wieder erholen konnte.

Im Berichtsjahr fielen rund 30 000 t entwässertes Klärschlamm an, der in den städtischen Kehrichtheizkraftwerken verwertet wurde. Die zukünftige Klärschlammverwertung von rund 100 000 t entwässertem Klärschlamm im Kanton Zürich soll auf dem Areal des Klärwerks Werdhölzli realisiert werden. Das Awel hat zusammen mit dem Zürcher Abfallverwertungs-Verband (ZAV) und den zuständigen Vertretern (Städte Zürich, Winterthur, Bülach und Dübendorf, Kezo Hinwil, Limeco Dietikon, Kloten-Opfikon) die Standortfrage entschieden. Die Planung der Klärschlammverwertung im Kanton Zürich 2007 bis 2020 startete bereits im Jahre 2005. Es zeigte sich, dass neben der Nutzung des Phosphors im Klärschlamm auch die Energieverwertung eine zentrale Rolle einnimmt. So standen fünf Standorte für eine Klärschlammverwertung zur Auswahl. Das Klärwerk Werdhölzli hat bezogen auf die ausgewählten Kriterien

(Wirtschaftlichkeit, Energienutzung, CO<sub>2</sub>-Bilanz, Transportlogistik und Platzreserve) an besten abgeschnitten. Im Werdhölzli fällt rund ein Drittel des Klärschlammes des Kantons Zürich an. Der Stadtrat hat der kantonalen Baudirektion mitgeteilt, dass er das Vorhaben unterstützt – unter Vorbehalt der Kreditgenehmigung durch den Gemeinderat, der notwendigen Volksabstimmung und der Zuweisung des Klärschlammes durch die Baudirektion.

Zur Verminderung der Geruchsbelästigung wurden die Projekte «Biofilter West» und die Einhausung der Fremdannahmestelle realisiert. ERZ informierte die Vertreter der Quartiervereine Altstetten, Grünau und Höngg, die Gesundheitsbehörde Oberengstringen, die Liegenschaftenverwaltung der Stadt Zürich sowie die Abteilung Luftreinhaltung des UGZ über die Massnahmen.

Im Kompostierwerk verarbeitet ERZ rund 15 000 t Grüngut zu Kompost. Der Gemeinderat stimmte am 27. Oktober 2010 der Gründung der Biogas Zürich AG zu. Sie wird ein neues Vergär- und Kompostierwerk auf dem Areal des Klärwerks Werdhölzli erstellen. An der AG sind die Erdgas Zürich AG mit 40 % und ERZ mit 60 % beteiligt. Die Aktiengesellschaft wird 2011 gegründet. Ziel ist es, ab 2013 pflanzlichen Garten- und Küchenabfall aus Haushaltungen der Stadt Zürich einzusammeln, zu verwerten und die Energie möglichst effizient für die Stadt Zürich nutzbar zu machen.

### **Stadtreinigung**

Die Reinigung und der Winterdienst auf öffentlichem Grund gehören zu den Hauptaufgaben der Stadtreinigung. Die Reinigung umfasst die gesamte Strassenfläche, Parkanlagen, Bäche und Seeufer. Die auf öffentlichem Grund gesammelte Menge an Wischgut – einschliesslich Herbstlaub und Abfall aus den öffentlichen Abfallbehältern – betrug 9274 t. Beim Winterdienst fällt die überdurchschnittliche hohe Zahl von 52 Einsätzen in der Saison 2009/10 auf. Damit einher ging ein überdurchschnittlicher Verbrauch an Tausalz, das gegen Ende des Winters knapp wurde.

Die Stadtreinigung wurde neu organisiert. Bisher war die Stadt in zehn Bezirke eingeteilt, nun sind es drei Regionen. Die Fachbereiche Markt + Prävention sowie Winterdienst + Dienstleistung sind – analog den drei Regionen – gleichwertig in der neuen Führung vertreten und stärken die Kernkompetenzen. Gerade die Reinigung, die in Trocken-, Nass-, Bach-, See- und Parkreinigung unterteilt ist, soll gezielt Synergien nutzen können, die durch die neue Organisation entstehen. Der Fachbereich Markt + Prävention bietet der Stadtbevölkerung und den Partnern der Stadtreinigung eine neue Plattform. So können sich beispielsweise Festveranstalter kostenlos über Abfallkonzepte beraten lassen. Solche Konzepte werden seit Anfang 2010 von allen Festveranstaltern verlangt, und die diesbezügliche Beratung durch ERZ soll die Reduktion des Abfalls und die Zunahme der Sauberkeit an Veranstaltungen fördern. Zudem koordiniert zukünftig der Fachbereich Markt + Prävention auch andere Dienstleistungen für die Stadt Zürich: Neu werden alle Kundinnen und Kunden der Velo- und Graffitiordnung nur noch eine Ansprechperson haben. Ziel der Neuorganisation sind geringere Kosten bei gleichbleibend guter Dienstleistung.

### **Werkstattbetriebe**

Das Kompetenzzentrum für Kommunaltechnik in Wallisellen und im Hagenholz mit zweckmässig dimensionierter Infrastruktur

und 49 Mitarbeitenden gliedert sich in die Fachbereiche Fahrzeug- und Geräteinstandhaltung, Schlosserei und Malerei, Holzbau sowie technische Beratung und Flottenunterstützung. Jährlich werden über 1000 Fahrzeuge und Gerätschaften gewartet, besondere Stahlbaukonstruktionen, Metallzäune, Pfosten, Baumkränze etc. hergestellt oder repariert sowie rund 130 Holzbrücken und Wasserstege unterhalten und wo nötig neu konstruiert.

Als offizieller Servicestützpunkt betreuen die Werkstattbetriebe Kommunalfahrzeuge und Winterdienstgeräte von Boshung sowie Saug- und Spülfahrzeuge von Kaiser. Als durch das eidg. Gefahrgutinspektorat auditierte Prüfstelle für mobile Tankanlagen zum Transport gefährlicher Güter (ADR/SDR) verfügen die Werkstattbetriebe als Einzige in der Ostschweiz über das Know-how, Kanalsaug- und -spülfahrzeuge für diese Prüfverfahren vorzubereiten. Zudem sind die Werkstattbetriebe ein zertifiziertes Unternehmen im Bereich Schweißverfahren.

2010 erteilte die Oberzolldirektion Bern den Werkstattbetrieben die Genehmigung als Montagestelle von Erfassungsgeräten für die Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA). Die Werkstattbetriebe sind berechtigt, heutige Geräte durch das auf Anfang 2011 eingeführte Nachfolgegerät «Emotach» zu ersetzen und den entsprechenden Prüfbericht zu erstellen. Weiter erstellen die autorisierten Spezialisten Prüfberichte der Tacho- und Restwegaufzeichnung sowie für die Geschwindigkeitsbegrenzung. Dank dieser Eigenleistung bleiben den Kunden und der Umwelt LSVA-abhängige Leerfahrten zur Prüfstelle erspart, und die Werkstattbetriebe erweitern ihre Angebotspalette, was die Auslastung des Betriebs erhöht.

Eine der grössten Herausforderungen der Zukunft ist die Sicherung des beruflichen Nachwuchses, denn in den kommenden fünf Jahren wird rund die Hälfte der Belegschaft das Pensionierungsalter erreichen. Der Arbeitsmarkt ist in diesen Segmenten ausgetrocknet. Darum bilden nun die Werkstattbetriebe den Nachwuchs selber aus und gewährleisten so den Know-how-Transfer. Dank zwei zusätzlichen Lehrstellen bilden die Werkstattbetriebe in den kommenden Jahren neu auch Metallbauer, Automobilfachleute und Motorgerätemechaniker aus.

### **Entsorgungslogistik**

Der Auftrag, die Stadt flächendeckend mit Containern für Haushalte und Betriebe auszurüsten, konnte 2010 erfolgreich und im Rahmen des bewilligten Kredits abgeschlossen werden. Der Stadtbevölkerung stehen nun 34 000 Kunststoffcontainer und 140 Unterflurcontainer zur Verfügung. Die Container sind beliebt und akzeptiert. Sie gehören zum Stadtbild, erlauben das Entsorgen rund um die Uhr und erhöhen die Sauberkeit der Strassen. Zudem entfällt das anstrengende Aufladen der einzelnen Säcke, was die Gesundheit der Mitarbeitenden von ERZ schont.

Auf rund 2400 falsch bereitgestellte und kontrollierte Züri-Säcke folgten 229 Verwarnungen und zehn Verzeigungen. Insgesamt wurden rund 24 000 «wilde» Abfallsäcke kontrolliert, wobei über 3400 Adressen gefunden wurden. Es folgen 3000 Verwarnungen und 440 Verzeigungen. Die richtige Bereitstellung von Papier und Karton konnte weiterhin gefördert werden. Mit 4450 verteilten Informationsblättern, 236 Verwarnungen und drei Verzeigungen sowie zahlreichen Gesprächen erreichten die Teams eine massive Verbesserung der Situation. An den 160 Wertstoffsammelstellen wurden 549 t und auf

übrigem, öffentlichem Grund 363 t illegal entsorgtes Material eingesammelt (2009: 556 t und 520 t).

Die Stadtbevölkerung hat das Gratiseinliefern von Sperrgut mit den Entsorgungs-Coupons rege genutzt (2010: rund 68 000 Einlieferungen, 2009: 55 000 Einlieferungen). Dass sich die Wirtschaft 2010 erholte, zeigte sich unter anderem auch an den steigenden Preisen für Altmetalle und an der Stabilisierung der gesammelten Mengen von Wertstoffen. In den Recyclinghöfen und mit dem E-Tram nahm ERZ rund 1200 t Elektroschrott entgegen (2009: 1166 t). Die Menge des gesammelten Glases liegt mit 11 474 t auf dem Vorjahresniveau. Die Menge des Kleinmetalls erreichte erneut eine Höchstmarke von rund 996 t (Vorjahr 991 t). Die Kartonmenge stieg auf 4881 t (2009: 4352 t), und die Menge des Sonderabfalls blieb stabil bei rund 800 t. Einzig die Papiermenge sank mit knapp 21 149 t gegenüber dem Vorjahreswert von 21 840 t nochmals leicht.

### **Kehrichtheizkraftwerke**

In den Werken Hagenholz und Josefstrasse wurden 336 993 t Kehricht und 34 873 t Klärschlamm thermisch verwertet (2009: 334 199 t Kehricht und 40 555 t Klärschlamm); daraus wurden 391 372 MWh Fernwärme und 137 407 MWh elektrischer Strom produziert (2009: 391 372 MWh Fernwärme und 137 407 MWh Strom).

### **Zürcher Abfallverwertungs-Verbund (ZAV)**

Nach erfolgreicher Pilotphase bekräftigten die fünf Betreiber von Kehrichtheizkraftwerken im Kanton Zürich ihre Zusammenarbeit am 1. Oktober 2010 im Zürcher Abfallverwertungs-Verbund (ZAV) mit einer neuen Vereinbarung. Der ZAV hat einen Geschäftsleiter eingestellt und in Zürich-Nord eine eigene Geschäftsstelle aufgebaut. ERZ ist mit der Anlage Hagenholz Mitglied des Verbundes. Hauptziele der Zusammenarbeit der fünf Betreiber von Kehrichtheizkraftwerken im Kanton Zürich sind die Gewährleistung der Entsorgungssicherheit sowie der Einsatz für eine ökologisch vorbildliche und ökonomisch optimierte Abfallverwertung. Der ZAV unterstützt die Partner unter anderem in der Koordination von Revisionen, im Betriebscontrolling, in der Ausbildung und Schulung sowie in der Zusammenarbeit mit Bund und Kanton.

### **Fernwärme Zürich AG sichert umweltfreundliche Energie für Zürich-West**

Das Kehrichtheizkraftwerk Josefstrasse versorgt Zürich-West zuverlässig und umweltschonend mit Wärme. Der Kanton Zürich schränkt die Verbrennungskapazitäten für den Abfall auf seinem Gebiet ab dem 1. Januar 2011 ein, wobei dann das Kehrichtheizkraftwerk Josefstrasse nicht mehr mit inländischem Abfall betrieben werden darf. Dennoch soll die Anlage bis 2020 als Heizwerk für Fernwärme weiterbetrieben werden.

Die für die Wärmeproduktion notwendige Abfallmenge wird von 150 000 t auf rund 110 000 t jährlich reduziert. Der Weiterbetrieb des Werks Josefstrasse ist ökologisch und ökonomisch sinnvoll und sichert die Arbeitsplätze der bewährten Fachkräfte von ERZ.

Für den operativen Betrieb ab dem 1. Januar 2011 gründeten ERZ und die EnBW Kraftwerke AG, Stuttgart, gemeinsam die Fernwärme Zürich AG. ERZ ist mit 80 % am stimmberechtigten Aktienkapital des neuen Unternehmens beteiligt, die EnBW mit 20 %. Während ERZ für Betrieb und Unterhalt der Anlage zuständig sein wird, verantwortet die EnBW die Anlieferung des Brennstoffs Abfall, der hauptsächlich aus dem angrenzenden deutschen Raum stammen wird. Das Werk Josefstrasse verbleibt im Anlagevermögen von ERZ.

Die Fernwärme Zürich AG wird die Versorgung von Zürich-West mit umweltfreundlicher Wärme gewährleisten. Für die Versorgung nach 2020 erarbeitet ERZ bald die Entscheidungsgrundlagen.

### **Anlagenstrategie Hagenholz**

2004 begann die Detailplanung für das Projekt «Ersatz Verbrennungslinien 2K1 und 2K3». Mit einem Investitionsvolumen von rund 130 Mio. Fr. war dies der grösste Einzelauftrag im Rahmen der Anlagenstrategie Hagenholz. Weitere Teilprojekte, wie der Ersatz der Energiezentrale und der Sperrgutzerkleinerung, die Klärschlamm-Mitverbrennung und die Erneuerung des Kehrichtbunkers, sind ausgeführt und die entsprechenden Anlagen in Betrieb. Die Krananlagen im Kehrichtbunker hat ERZ dieses Jahr komplett erneuert.

Am 19. April 2010 wurde die alte Verbrennungslinie 2K3 ausser Betrieb genommen und sogleich demontiert, damit das Dach des Verbrennungsgebäudes bis Ende Jahr geschlossen werden konnte. Gleichzeitig erfolgte die Inbetriebnahme des neuen Kessels 2K3. Nach erfolgreicher Kalt-Inbetriebsetzung begann Anfang Juli mit dem ersten Müllfeuer die Warm-Inbetriebsetzung. Vor der Abnahme überprüften die Spezialisten die vom Unternehmer garantierten Leistungsdaten.

### **Fernwärme**

Das Geschäftsjahr 2010 verlief für die Fernwärme in allen Belangen erfreulich. ERZ konnte die hohe Wärmenachfrage jederzeit sicher decken. Das Holzheizkraftwerk Aubrugg wurde nach nur einjähriger Bauzeit am 5. Oktober 2010 erfolgreich in Betrieb genommen. Seither liefert es CO<sub>2</sub>-neutrale, erneuerbare Energie in Form von Wärme und Strom. Dank den zwei neuen, effizienteren Kehrichtverbrennungslinien im Kehrichtheizkraftwerk Hagenholz und im Holzheizkraftwerk Aubrugg ist Fernwärme heute zu 80 % CO<sub>2</sub>-neutral und besteht im Wesentlichen aus Abwärme und erneuerbarer Energie. Rechtzeitig vor dem Wintereinbruch nahmen die Spezialisten der Fernwärme die zweite von drei Etappen zur Erneuerung des Leitsystems in Betrieb.

Im Berichtsjahr erstellte die Fernwärme in den Fernwärmegebieten Zürich-Nord, Zürich-West und Hochschulquartier insgesamt 55 Neuanschlüsse mit einer Wärmeleistung von total 8 MW. Diese Leistung entspricht dem Wärmebedarf von rund 3000 Wohnungen. Bei den realisierten Anschlüssen ans Fernwärmenetz handelt es sich um acht neu gebaute Liegenschaften und 47 bestehende Gebäude. Ende des Jahres 2010 waren total 1569 Wärmeübergabestationen in Betrieb, mit einer abonnierten Anschlussleistung von rund 394 MW. Die Netzlänge der Fernwärme betrug insgesamt 141,5 km.

Der Bau der neuen Versorgungsleitung Schwamendingen mit einer Trasseelänge von rund 400 Metern im Netz Zürich-Nord ist abgeschlossen. Auch konnte ERZ die Leitung, die vom Heizkraftwerk Aubrugg direkt ins Quartier Schwamendingen führt, rechtzeitig vor Beginn der Heizsaison in Betrieb nehmen. Dank dieser neuen Versorgungsleitung können die hydraulischen Verhältnisse im gesamten Netz von Zürich-Nord optimiert und die Versorgungssicherheit im Gebiet Schwamendingen weiter erhöht werden. Dank der zusätzlichen Leitungskapazität in diesem Gebiet können Neuanschlüsse zukünftig einfach und effizient realisiert werden.

Das Bedürfnis der Kunden nach erneuerbarer und CO<sub>2</sub>-neutraler Energie nimmt zu und bildet nach wie vor eine gute Voraussetzung für die Akquisition von Neukunden bzw. für ein kontinuierliches Verdichten der Anschlüsse in den definierten Fernwärmegebieten. Dies entspricht auch den energiepolitischen Vorgaben und Strategien der Stadt Zürich im Hinblick auf die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft.

#### 4.2.3 Spezifische Kennzahlen

	2008	2009	2010
Abwasserreinigung, in Mio. m <sup>3</sup>	73,2	73,3	77,6
Klärschlamm (28 % TS), in t	35 200	36 090	29 960
Kompostierung, in t	13 600	14 660	15 110
Wischgut von öffentlichem Grund, in t	9 153	9 670	9 274
Gesammelte Werkstoffe, in t			
Papier	24 164	21 840	21 149
Karton	4 650	4 352	4 881
Glas	11 249	11 259	11 474
Elektroschrott	921	1 005	1 200
Kehrichtheizkraftwerke			
verwerteter Kehricht, in t	304 224	334 199	336 993
verbrannter Klärschlamm, in t	35 665	40 555	34 873
Energieproduktion ERZ			
Wärme, in MWh	779 250	758 019	849 628
Strom <sup>1</sup> , in MWh	154 217	169 779	180 064

<sup>1</sup> Strom aus Kehrichtheizkraftwerk und Klärwerk

### 4.3 Geomatik und Vermessung

#### 4.3.1 Aufgaben

Geomatik + Vermessung (GeoZ) besorgt die laufende Nachführung der amtlichen Vermessung (z. B. Grenzmutationen, Vermessung neu erstellter Gebäude), die Baupolizeivermessung (Grenzabstandsberechnungen, Angabe von Schnurgerüsten auf Baustellen) sowie die Ingenieurvermessung (z. B. Deformationsvermessungen an Brücken).

Weitere Aufgaben von GeoZ sind der Betrieb des städtischen GIS-Zentrums mit seinen vielfältigen Geoinformations- und Geodaten-Dienstleistungen für die gesamte Stadtverwaltung sowie des Printshops, der Aufträge in den Bereichen Kopie, Druck, Plot und grafische Gestaltung für die Stadtverwaltung bearbeitet.

#### 4.3.2 Jahresschwerpunkte

##### Projektabschluss Datenmodell 01 (DM01)

Die steigenden Anforderungen an die Daten der amtlichen Vermessung sowie Bestrebungen nach Harmonisierung der kantonalen Datenmodelle haben Bund und Kantone bewogen, das eidgenössische Datenmodell zu ergänzen. Dazu gehören unter anderem die vollständige Gebäudeadressierung im Übersichtsplan, die Strassenachsen sowie sämtliche Flurnamen. Die Arbeiten wurden im Berichtsjahr abgeschlossen und dem kantonalen Amt für Raumentwicklung zur Verifikation abgeliefert.

##### Amtliche Vermessung, Bauvermessung

Bedingt durch die starke Bautätigkeit bearbeitete GeoZ ein grosses Auftragsvolumen an Vermessungsaufträgen sowohl



Kanalvermessung mit Laserscanning. (Bild GeoZ)

in der amtlichen Vermessung als auch in der Bauvermessung. Ein besonderer Schwerpunkt waren umfangreiche Kanalvermessungsarbeiten in Zürich-West.

### Umsetzung Strategie «GIS Stadt Zürich 2025»

Geoinformationssysteme (GIS) haben in den letzten Jahren eine sehr grosse Bedeutung erlangt. GeoZ war stets an der Entwicklung neuer Systeme beteiligt und wurde deshalb mit der Ausarbeitung einer zukunftsorientierten städtischen GIS-Strategie beauftragt. Nachdem der Stadtrat im Vorjahr die neue Strategie «GIS Stadt Zürich 2025» verabschiedet hatte, konnte im Berichtsjahr mit der Umsetzung begonnen werden. Die vom Stadtrat eingesetzte GIS-Steuerungsgruppe erarbeitete und verabschiedete die Geschäftsordnung, legte die Geschäftsstelle fest und setzte die breit abgestützte GIS-Koordination ein. Diese entwickelte Kriterien zur Beurteilung von GIS-Projekten. Die Realisierung des strategischen GIS-Projekts «Metadaten für Geodaten» wurde in die Wege geleitet. Metadaten umfassen zum Beispiel Angaben zu Herkunft, Gültigkeit, Genauigkeit oder Zuverlässigkeit von Daten. Im Infoboard für GIS-Projekte sind neu alle laufenden oder geplanten GIS-Projekte registriert, was die übergreifende Koordination der Projekte und die Nutzung von Synergien ermöglicht.

### Neuer Stadtplan im Internet

Seit mehreren Jahren bietet GeoZ einen interaktiven Stadtplan im Internet mit Dutzenden von Themen und Tausenden von sogenannten Points of Interest an. Die rasante technische Entwicklung im Internet sowie die stetig wachsenden Anforderungen der Nutzenden machten eine Überarbeitung dieses beliebten Angebots notwendig. Die Vorgaben waren klar: einfacher, schneller und übersichtlicher. Im September konnte die neue Version unter [www.stadtplan.stadt-zuerich.ch](http://www.stadtplan.stadt-zuerich.ch) aufgeschaltet werden. Das Echo war sehr positiv. Auf derselben

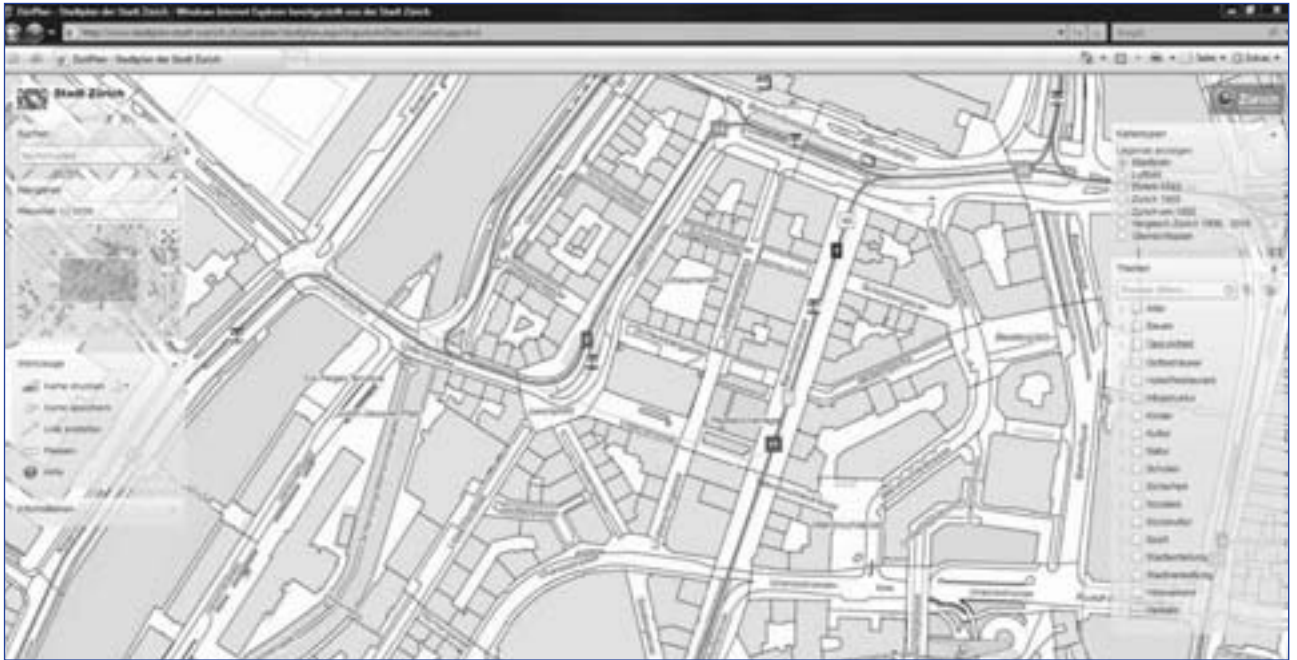
Plattform wurde Ende 2010 die Katasterauskunft, eine Vorstufe des Öreb (vergleiche nachfolgend), realisiert. Diese Anwendung richtet sich an interessierte Private, insbesondere an Bauende und Grundeigentümerinnen bzw. -eigentümer, und ermöglicht die Einsicht in Katasterdaten zu verschiedenen Themen, wie Nutzungsplanung, Denkmalschutz- und Naturschutzinventare sowie Verkehrsbaulinien.

### Öffentlichrechtliche Eigentumsbeschränkungen (Öreb)

Die Nutzung von Grundeigentum wird durch Bestimmungen des Privatrechts und des öffentlichen Rechts beschränkt. Die auf dem Privatrecht basierenden Eigentumsbeschränkungen, wie z.B. die Weg- oder Durchleitungsrechte an Grundstücken, werden im Grundbuch eingetragen und sind bereits heute öffentlich zugänglich. Für öffentlichrechtliche Eigentumsbeschränkungen, wie z.B. Nutzungszonen oder Baulinien, besteht bis heute keine zentrale Auskunftsstelle. In der Stadt Zürich herrscht eine grosse Nachfrage nach einer internetbasierten Plattform, die zuverlässige und vollständige Informationen über die für das Planen und Bauen relevanten Eigentumsbeschränkungen zur Verfügung stellt. Ein solcher Dienst ist vor allem für Grundeigentümerinnen und -eigentümer, öffentliche und private Bauherrschaften, Finanzinstitute sowie die öffentliche Hand von grossem Wert.

Gemäss dem seit dem 1. Oktober 2008 gültigen Bundesgesetz über Geoinformation (GeoIG) und der Verordnung über den Öreb-Kataster muss der Kanton diesen Kataster einführen. Gesamtschweizerisch wird er in zwei Etappen eingeführt. Für die erste Etappe sind zwei bis fünf Kantone vorgesehen. Der Kanton Zürich bewirbt sich für die erste Etappe mit 15 Gemeinden. Da derzeit in der amtlichen Vermessung der Stadt Zürich als sogenannte «kantonale Mehranforderungen» die Nutzungsplanung, die kommunalen Baulinien sowie die Grundwasserschutzzone digital aufbereitet werden, hat die Baudirektion die





[www.stadtplan.stadt-zuerich.ch](http://www.stadtplan.stadt-zuerich.ch) (Bild GeoZ)

Stadt Zürich als eine der 15 Gemeinden bestimmt. Der Stadtrat hat dies zustimmend zur Kenntnis genommen und GeoZ die Federführung und die Koordination zugewiesen.

### Öffentliche Gewässer

Der Bestand der öffentlichen Gewässer im Gebiet der Stadt Zürich wird durch die Baudirektion des Kantons Zürich festgelegt. Hauptmerkmal eines öffentlichen Gewässers ist, dass es sich um einen natürlichen Meteorwasserabfluss mit einem topografisch sichtbaren Einzugsgebiet handelt. Die ursprüngliche Ausscheidung der öffentlichen Gewässer wurde vor rund 60 Jahren vorgenommen. Bei deren Überprüfung durch das Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft des Kantons Zürich (Awel) im Zusammenhang mit dem neuen generellen Entwässerungsplan wurde festgestellt, dass die alten Plangrundlagen nicht mehr mit den tatsächlichen Verhältnissen übereinstimmen. Im Auftrag des Awel hat GeoZ den Bestand nachgeführt und einen neuen Übersichtsplan erstellt. Dabei wurde festgestellt, dass verschiedene öffentliche Gewässer z. B. durch Entwässerung der Einzugsgebiete oder durch Einleitung in Strassen- bzw. Meteorwasserkanäle die einstmalige Funktion als öffentliche Gewässer verloren haben. Gleichzeitig wurde auch festgestellt, dass einige Bachstrecken (z. B. infolge von Bachöffnungen) neu als öffentliche Gewässer zu bezeichnen sind. Die Ergänzung des Gewässerverzeichnisses konnte grösstenteils abgeschlossen werden.

### Zertifizierung nach ISO 9001

GeoZ hat im Juni 2010 das innerhalb eines Jahres aufgebaute «Integrierte Managementsystem» (IMS) zur Verbesserung der internen Abläufe sowie zur nachhaltigen Sicherung des betriebsinternen Know-hows auf allen Stufen und in allen Bereichen eingeführt und gemäss ISO 9001 zertifizieren lassen. Somit sind alle wesentlichen Prozesse bei GeoZ dokumentiert.

Der Nutzen des «IMS-GeoZ» liegt zur Hauptsache in der Sicherung einer hohen Qualität aller Arbeitsprozesse und im besseren Know-how-Transfer bei personellen Veränderungen.

### 4.3.3 Spezifische Kennzahlen

	2008	2009	2010
Geleistete Arbeitsstunden für die Nachführung der amtlichen Vermessung	13800	11800	14100 <sup>1</sup>
Grenzmutationen	75	105	86 <sup>2</sup>
Neue oder veränderte Gebäude	1480	840	1160 <sup>3</sup>
Intranet: Anzahl aufbereitete Karten amtl. Vermessung online pro Monat	70000	68900	67500
Stadtplan im Internet: aufbereitete Karten pro Monat	320000	300000	210000 <sup>4</sup>
Stadtplan im Internet: Anzahl Sessions pro Monat	–	–	52000 <sup>5</sup>

<sup>1</sup> Die rege Bautätigkeit der vergangenen Jahre löst entsprechend erhöhte Nachführungstätigkeit der amtlichen Vermessung aus.

<sup>2</sup> Die Anzahl Grenzmutationen verringert sich auf das Mittel der Vorjahre. Allenfalls ist dies ein Indikator dafür, dass die Spitze der Bautätigkeit derzeit überschritten ist.

<sup>3</sup> Die rege Bautätigkeit der vergangenen Jahre widerspiegelt sich auch in der Zunahme der neuen oder veränderten Gebäude.

<sup>4</sup> Periode Januar bis September

<sup>5</sup> Periode September bis Dezember, im September Relaiswechsel mit neuer Technologie

## 4.4 Grün Stadt Zürich

### 4.4.1 Aufgaben

Grün Stadt Zürich ist verantwortlich für Planung und Unterhalt des städtischen Grüns. Arbeitsgebiete wie Landschaftsentwicklung und Landschaftsplanung einschliesslich der Waldentwicklungsplanung sind Teil der übergeordneten Stadtentwicklung, mit der sich die gesamte Stadtverwaltung befasst. GSZ unterhält nicht nur Parkanlagen und Friedhöfe, es plant, baut und unterhält auch Sportplätze, Badeanlagen und Kleingartenareale. Ebenfalls in den Verantwortungsbereich von Grün Stadt Zürich fallen der Betrieb und die Führung des Gutsbetriebs Juchhof mit dem Rebberg am Chillesteig in Höngg, die Führung der Ackerbaustelle und die Verwaltung der stadteigenen Landwirtschaftsbetriebe, die Stadtgärtnerei, die Forstbetriebe, die Wildhut und die Sukkulanten-Sammlung. Die Naturschulen fördern das Naturverständnis bei Schülerinnen und Schülern im Sinne der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung.

Im März 2010 wurde der Chinagarten von der Wasserversorgung übernommen.



Der Chinagarten bei der Blatterwiese am Zürichhorn ging von der Wasserversorgung an Grün Stadt Zürich über. (Bild GSZ)

### 4.4.2 Jahresschwerpunkte

#### Direktion, Stab, Kommunikation

Die Internetseiten von Grün Stadt Zürich werden immer öfter besucht. Insbesondere der im internationalen Jahr der Biodiversität gezielt beworbene Veranstaltungskalender «Grünagenda» verzeichnete eine Verdoppelung der Zugriffe. Noch rascher nahm die Anzahl der sogenannten RSS-Feeds (Technologie zum Abonnieren von Website-Inhalten) zu, die – einmal gesetzt – die Nutzenden automatisch über aktualisierte Informationen benachrichtigen, was zur Folge hat, dass sie in der Zugriffstatistik gar nicht mehr erscheinen.

Informationen zu Grün Stadt Zürich und den wichtigsten Park- und Grünanlagen der Stadt werden im Übrigen seit November 2010 auch auf wikipedia.de systematisch gepflegt und redigiert. Wikipedia steht in der Schweiz gegenwärtig an fünfter Stelle der am meisten aufgerufenen Websites.

#### Systemmanagement

Mit einem auch im Internet aufgeschalteten Fragebogen wurde die Zufriedenheit der Bevölkerung bezüglich der Angebote von Grün Stadt Zürich ermittelt. Dieses Instrument zur Wirkungsbilanz wurde 2010 von Grund auf neu erarbeitet. Die Resultate der ersten Umfrage fliessen in die Jahresplanung 2011 ein.



Mittels Fragebogen werden die Kunden nach der Wichtigkeit von Dienstleistungen und deren Zufriedenheit befragt. (Bild GSZ)

#### Personal

Von 14 Lernenden haben 13 im August 2010 die Lehre erfolgreich abgeschlossen. Ihre Ausbildung begonnen haben 18 Lernende. Zwei Lernende traten nach einem Jahr Anlehre in die reguläre Lehre mit Eidgenössischem Fähigkeitszeugnis über. Insgesamt befinden sich 42 Lernende in neun verschiedenen Berufen bei Grün Stadt Zürich in Ausbildung.

#### Finanzen und Controlling

Die Hauptaktivität im Jahr 2010 war die Neuordnung des Aufgaben- und Finanzplans AFP (ehemals IAFP) mit den anspruchsvollen Budgetvorgaben der Finanzverwaltung. Als Vorleistungen im Hinblick auf eine WOV-Optimierung wurden die Struktur der Innenaufträge bereinigt sowie die Kennzahlen überarbeitet.

Das Projekt-Management GSZ wurde geschult und etabliert. Damit ist eine gute Grundlage für ein aussagekräftiges Projekt-Controlling gelegt.

Parallel zum Tagesgeschäft wurden das Beschaffungswesen und die Fakturierung erfolgreich in SAP überführt (SAP-MM per 1. Mai, SAP-SD per 1. September 2010).

#### Werkstätten & Logistik

Die SAP-Module SD und MM sowie die nach Beständen geführte Lagerhaltung sind konsolidiert, geschult, und der Projektabschluss ist vorbereitet. Ein Webshop für Lagerartikel befindet sich in der Pilotphase. Ein Reservationssystem für Fahrzeuge und Maschinen ist eingeführt.

Ein Service Level Agreement (SLA) für den Unterhalt von Kleingeräten ist mit ERZ, TAZ und IMMO erarbeitet; es werden bereits Arbeiten auf dieser Basis ausgeführt. Die Besonderheit eines SLA ist, dass der Kunde die Qualität der bestellten Dienstleistung im Voraus bestimmen kann. Er vermeidet damit die Bestellung von «Überqualität».



Die Gastankstelle wurde im Dezember in Betrieb genommen. Tagsüber steht sie für Schnellbetankungen auch anderen Dienstabteilungen zur Verfügung. Über Nacht werden die gasbetriebenen Fahrzeuge von GSZ aufgetankt.

Die Stammdatenpflege im FaSAP (Fahrzeug- und Schadenmeldesystem) erfolgt gemäss den Vorgaben der städtischen Fahrzeugkommission.

### Wild- und Vogelschutz

Aufgrund von Reklamationen aus den Quartieren mussten in den Wildschonrevieren am Hönggerberg und am Zürichberg zahlreiche Jungfüchse erlegt werden.

Wie in anderen Kantonsteilen trat im gesamten Wildschonrevier der Stadt Zürich bei Raubtieren (Fuchs, Dachs, Marder, Iltis) die Staupe auf, eine Wildtiererkrankung, die durch das Canine Staupevirus ausgelöst wird. Bisher ist in der Schweiz keine Übertragung der Staupe durch Wildtiere auf Haushunde bekannt. Ausgeschlossen ist eine Ansteckung jedoch nicht. Hundehaltende sollten deshalb ihre Tiere gegen Staupe impfen lassen oder prüfen, ob der Impfschutz noch aktuell ist. Für Menschen stellt die Staupe keine Gefahr dar.

In den Taubenbestand wurde punktuell stark eingegriffen. Die Reklamationen gingen in der Folge deutlich zurück.

### Bildung und Erlebnis

Im Internationalen Jahr der Biodiversität wurden über 100 Veranstaltungen unter dem Slogan «Biodiversität: Reichtum für Zürich» durchgeführt und dabei über 20 000 interessierte Personen erreicht.

Ein starkes Engagement von Grün Stadt Zürich im Jahr der Biodiversität betraf das in Zusammenarbeit mit rund 30 Expertinnen und Experten im Berner Haupt-Verlag publizierte Buch «Stadtfauna: 600 Tierarten der Stadt Zürich». Darin werden von den geschätzten 12 000 bis 16 000 Tierarten, die auf Stadtgebiet vermutet werden, die wichtigsten und augenfälligsten vorgestellt. Die durchgängig mit Farbbildern illustrierten Artenporträts bieten erstmals einen Überblick über die Lebensweise, Verbreitung und Gefährdung der Tiere in urbanen Lebensräumen. Ohne die von Grün Stadt Zürich akribisch nachgeführten Verbreitungskarten wäre das Werk in dieser Form nicht zustande gekommen. Die Veröffentlichung hat weit über Zürich hinaus Bekanntheit erlangt und wurde sowohl in der Tagespresse als

auch in Fachpublikationen gewürdigt. Aufgrund des Interesses in der Fachwelt sowie der grossen Nachfrage bei der Leserschaft plant der Haupt-Verlag eine Nachfolgepublikation, in der die Erkenntnisse über die Zürcher Stadtf fauna exemplarisch auf andere Städte im urbanisierten Mitteleuropa übertragen werden sollen.

Einen eindrücklichen Schlusspunkt des Internationalen Jahrs der Biodiversität bildete der in Zusammenarbeit mit Grün Stadt Zürich realisierte Beitrag «Die Stadt der 1000 Augen» in der Sendereihe «Netz Natur», den das Schweizer Fernsehen und 3sat Ende Dezember ausstrahlten. Eine Stadtsafari, die aus ungewöhnlichen Blickwinkeln das Leben wildlebender Stadtbewohner aufzeigt: Glühwürmchen im Wohnquartier, Spatzen im Bahnhof, Bismarratten im Leutschenbach, Eidechsen in der Badeanstalt, einen Fuchs im Tramdepot der VBZ, ein Reh und Rabenkrähen auf dem Friedhof.

Die umfangreichen und vielfältigen Angebote für Schulklassen der Naturschulen waren ausgebucht. Neues Potenzial versprechen die geplanten Aktivitäten auf städtischen Bauernhöfen, um das Wissen von Kindern und ihren Bezug zu Tieren und zu naturnah produzierten Nahrungsmitteln zu stärken.

In der Stadtgärtnerei entstehen unter dem Leitbild «Produktion für Bildung» mehr Raum und Aktivitäten für Bildung.



Auch die 6. Zürcher Umwelttage vom 28./29. Mai 2010, an der sich wiederum zahlreiche Dienstabteilungen und externe Partner beteiligten, standen unter dem Motto «Biodiversität: Reichtum für die Stadt». (Bild GSZ)

### Zwischennutzungen

Das Abschlussfest der Zwischennutzung auf dem Gelände einer ehemaligen Gärtnerei in Seebach vom 10. Juli versammelte noch einmal zahlreiche Mitwirkende und Interessierte. Das Fest bot Gelegenheit für einen Rückblick auf die während anderthalb Jahren entstandenen vielfältigen gärtnerischen und kulturellen Aktivitäten. Nebst der Vorstellung und Diskussion temporärer Nutzungsmöglichkeiten stellte eine Gruppe von Kunstschaffenden ihre Werke aus. Musik- und Theaterdarbietungen ergänzten das dichte Programm.

Dass die Zwischennutzung in Seebach so erfolgreich war, ist neben dem Pioniergeist der Initiantinnen und Initianten und dem starken Engagement des ansässigen Quartiervereins und der Quartierbewohnerinnen und Bewohner nicht zuletzt der idealen Grösse und Lage der «SeeBrache» zu verdanken. Beim erstmals durchgeführten Versuch dieser Art in der Stadt Zürich konnten wertvolle Erfahrungen im Hinblick auf künftige Zwischennutzungen gesammelt werden.



Die Monographie zur Zürcher Stadtf fauna stiess auf grosses Interesse sowohl in Fachkreisen als auch bei einer breiten Leserschaft. (Bild Haupt-Verlag)



Aktion «Grüner Daumen»: Am 8. Mai wurden die mobilen Gartenbeete auf dem Schütze-Areal bepflanzt. (Bild GSZ)

Aufgrund dieser positiven Erfahrungen wurde – wiederum in Zusammenarbeit mit der Quartierkoordination und der Kinder- und Jugendpartizipation Mega!phon der Sozialen Dienste – eine Zwischennutzung auf dem Schütze-Areal beim Escher-Wyss-Platz ermöglicht. Den Auftakt bildete am 8. Mai die Aktion «Grüner Daumen» mit der Bepflanzung temporärer Gartenbeete. Im Vergleich zu den Aktivitäten in Seebach gestaltete sich die Organisation der Zwischennutzung während des Sommers weitaus harziger, weil die Ansprüche mehrerer Nutzergruppen unter einen Hut gebracht werden mussten. Das Echo im Quartier und demzufolge auch die Beteiligung der Bevölkerung fielen spärlich aus. Die Abstimmung zwischen den verschiedenen involvierten Dienstabteilungen war nicht immer leicht. Zudem band die Zwischennutzung zum Teil beträchtliche finanzielle und personelle Ressourcen, insbesondere auch in der Kommunikation. Das Verhältnis von Aufwand und Wirkung war deutlich ungünstiger als bei der «SeeBrache».

Nichtsdestotrotz bilden Zwischennutzungen eine Chance, der Bevölkerung unbürokratisch Freiräume zur gemeinsamen Gestaltung und Nutzung für gärtnerische Aktivitäten, Spiel und Bewegung zur Verfügung zu stellen. Damit diese Angebote auch breit genutzt werden, ist es unabdingbar, dass die Initiative dazu aus dem Quartier kommt. Zwischennutzungen werden vermutlich auch in Zukunft auf einen kleinen Kreis engagierter Personen beschränkt bleiben, wie dies das Beispiel der 2009 von privater Seite aufgestellten temporären Gartenbeete an der Kalkbreite zeigt.



Handicap Parallelnutzung: Der grosse Platz des Schütze-Areals blieb anderen Nutzungen vorbehalten. (Bild GSZ)

Ebenfalls in die Kategorie Zwischennutzungen fällt der neu-erstellte Abenteuerspielplatz in Affoltern. Der «Verein Abenteuerspielplatz Affoltern» gelangte Mitte 2008 an Grün Stadt Zürich mit dem Wunsch nach einem betreuten Bauspielplatz. Die Suche gestaltete sich schwierig. Es fand sich kein Grundstück, das allen Ansprüchen gerecht wurde und zonenkonform war. Da der Bevölkerung in Affoltern nur wenige öffentliche Anlagen zur freien Nutzung zur Verfügung stehen, einigte man sich darauf, das Anliegen vorübergehend als Zwischennutzung zu ermöglichen.

Der Verein kann bis auf Weiteres das zur späteren Überbauung bestimmte Grundstück zwischen der Wehntaler- und der Obsthaldenstrasse nutzen. Sobald das Grundstück überbaut wird, muss der Bauspielplatz umziehen.

## Ausstellungen

Anstelle einer Sonderausstellung standen in der Sukkulentensammlung die Erarbeitung einer neuen Besucherinformation und Besucherlenkung sowie Umbauarbeiten zur Steigerung der Besucherattraktivität im Zentrum der Aktivitäten. Die Neugestaltung des Mittelbeets im Nordamerika-Gewächshaus konnte abgeschlossen werden.

## Wildnispark Zürich

Anlässlich der Saisoneroöffnung am 21. März 2010 wurde dem Wildnispark Zürich vom Bundesamt für Umwelt offiziell die Anerkennung als Park von nationaler Bedeutung in der Kategorie «Naturerlebnispark» überreicht. Am 3. Oktober konnte mit der Einweihung des neuen Elchgeheges und des Elchzentrums eine weitere Etappe der Erneuerung des Langenbergs West abgeschlossen werden.

Die Besucherzahlen bewegten sich trotz schlechter Witterung auf dem Niveau des Vorjahrs. Unbefriedigend waren hingegen die Einnahmen aus der Gastronomie. Auch die budgetierten Beiträge von Dritten, insbesondere von Stiftungen, trafen nicht wie erwartet ein. Um die Mindereinnahmen zu kompensieren, musste der Sachaufwand reduziert werden.

## Arten- und Lebensraumförderung

Im Jahr 2010 wurden 240 Obstbäume neu gepflanzt, u. a. in der Hochstamm-Mostobstanlage «Altwi» in Regensdorf.

Am Bucheggplatz wurde erstmals das Kleine Glühwürmchen oder Johannswürmchen (*Lamprohiza splendidula*) nachgewiesen. Somit sind nun alle vier Glühwürmchenarten der Schweiz auch für die Stadt Zürich belegt.

Im Sommer trat in der Stadt Zürich erstmals der Buchsbaumzünsler (*Cydalima perspectalis*) auf. Die bis zu 5 cm lange, gefräßige Raupe eines ostasiatischen Kleinschmetterlings, der Anfang des 21. Jahrhunderts nach Europa eingeschleppt wurde, vermag in kürzester Zeit ganze Buchsbestände zu vernichten. Während dem Buchsbaumzünsler in privaten Gärten durch Ablesen und Einsammeln Einhalt geboten werden kann, muss Grün Stadt Zürich in den öffentlichen Anlagen auf biologische Mittel zur Schädlingsbekämpfung setzen.

Die Vorkommen des für Allergiker problematischen Aufrechten Traubenkrauts (*Ambrosia artemisiifolia*), auch Wilder Hanf genannt, sind in der ganzen Schweiz rückläufig – so auch in der Stadt Zürich. Die allermeisten Ambrosia-Funde wurden in Haus- und Familiengärten gemacht. Diese Bestände mit in



Die Raupe des Buchsbaumzünslers vermag innert kürzester Zeit Buchsbaumbestände komplett zu vernichten. (Bild Yvonne Aellen)

der Regel weniger als zehn Pflanzen gingen am deutlichsten zurück. Im Kanton Zürich von 397 (2006) auf zwölf (2009), in der Stadt von 33 (2006) auf sechs (2009). Grund dafür sind vor allem die verstärkten Kontrollen beim Vogelfutter. Die meisten Proben enthalten laut Meldungen der amtlichen Futtermittelkontrollen keine Ambrosia-Samen mehr, auch wenn immer noch zehn Samen pro Kilogramm erlaubt wären.

In den kommenden Jahren wird es darum gehen, eine neuerliche Einschleppung und Ausbreitung zu verhindern. Grössere Fundstellen aus den Vorjahren sollten weiterhin sehr sorgfältig kontrolliert werden, auch wenn in letzter Zeit nichts mehr gefunden wurde.

### Erster Pumptrack auf Stadtgebiet

Der seit 1999 auf dem Zürichberg in der Nähe des Schlachtendenkmals bestehende Bikeparcours wurde mit einem sogenannten Pumptrack ergänzt. Der in Zusammenarbeit mit Swiss Cycling entwickelte, wellenförmige Rundkurs mit Steilwandkurven wird stark frequentiert und stösst auf grosse Resonanz weit über die Stadt Zürich hinaus.

Der Pumptrack ist selbst für viele Biker ein Novum. Er verlangt eine spezielle Fahrtechnik, bei der die Geschwindigkeit, ohne dass in die Pedalen getreten wird, allein mit der Verlagerung des Oberkörpers reguliert wird. Weil sich das richtige «Pumpen» auf einer Informationstafel in Worten nur schlecht erklären lässt, haben Grün Stadt Zürich, ewz und Swiss Cycling zusammen mit dem Weltklassefahrer Roger Rinderknecht und der Filmproduktionsfirma Hals- und Beinbruch einen Kurzfilm gedreht und ins Internet gestellt. Damit man sich das Video auch vor Ort im Gelände anschauen kann, kann es mittels Fotografieren eines auf der Informationstafel angebrachten sogenannten QR-Tags (QR = Quick Response) auf dem Mobiltelefon angeschaut werden.



Wer diesen QR-Tag an der Informationstafel mit seinem Mobiltelefon fotografiert, kommt automatisch auf die Webpage mit dem Video zum Pumptrack.

Mehr unter [www.stadt-zuerich.ch/biken](http://www.stadt-zuerich.ch/biken)



Der in Zusammenarbeit mit Swiss Cycling entwickelte Pumptrack am Zürichberg ist selbst für viele Biker ein Novum. (Bild GSZ)

Am 23. November fand ein sehr gut besuchter Informations- und Erfahrungsaustausch mit Bikern statt. Eingeladen wurde u. a. mittels Informationstafeln an neuralgischen Stellen im Stadtwald. Der Austausch war konstruktiv, obschon die Wünsche und Forderungen der Biker sehr weit gehen. Es ist aber gelungen, die Haltung und die Sicht von Grün Stadt Zürich, insbesondere die Wildtierproblematik, wirksam zu vermitteln und Verständnis dafür zu wecken. Die Gesprächsbereitschaft von GSZ wurde von den Bikern begrüsst. Diese wollen sich nun als Verein organisieren. Grün Stadt Zürich hätte damit für diese Nutzergruppe einen konkreten Ansprechpartner.

### Friedhöfe

Das Friedhofkonzept wurde dem Stadtrat und der gemeinderätlichen Spezialkommission TED/DIB vorgestellt. In beiden Gremien wurde es zustimmend zur Kenntnis genommen. Die dabei vorgebrachten Anregungen flossen in die Schlussversion ein. Das Friedhofkonzept liegt seit Ende 2010 in gedruckter Fassung vor.

### Neue Gemeinschaftsgräber

Im Friedhof Albisrieden ergänzt ein neues Gemeinschaftsgrab mit verschiedenen gestalterischen und künstlerischen Elementen das alte Gemeinschaftsgrab aus dem Jahr 1993. Die neue Anlage weist mit 1000 Grabstellen für eine Ruhezeit von 20 Jahren eine deutlich höhere Kapazität auf als das alte Gemeinschaftsgrab und wird damit für annähernd gleich viele Bestattungen Platz bieten wie der gesamte übrige Friedhof. Dies kommt auch in der Gestaltung zum Ausdruck.

In Zusammenarbeit mit dem Zürcher Künstler Jürg Altherr konzipierten Ernst und Hausherr Landschaftsarchitekten im Friedhof Albisrieden einen Ort, an dem ein erinnerndes Verweilen möglich ist. Augenfälliges «Wahrzeichen» des Gemeinschaftsgrabs in Albisrieden ist der «Windrechen» des Zürcher Plastiklers Jürg Altherr. Für die Skulptur wählte er roh belassenen Baustahl – ein Material, dessen mit Rostflecken durchsetzte Oberfläche Wandel und Vergänglichkeit versinnbildlicht. In ihren Dimensionen orientiert sie sich an der Höhe der angrenzenden Tulpenbäume, die dem «Windrechen» einen grünen Rahmen geben. Ein bedeutender Bestandteil dieses Bildes ist die eindrucksvolle Allee mit Thuja-Bäumen, die durch die parallel verlaufende monumentale Skulptur stärker betont wird. Die Rasenfläche für die Beisetzungen und die raumgreifende

Skulptur fügen sich gut in die vorhandenen Elemente ein und stärken die Qualitäten der Friedhofanlage, wie z. B. die axiale Grundordnung mit den streng rechtwinklig angeordneten Wegen, die kulissenartig aufgebaute Bepflanzung sowie den schönen Baumbestand. Die neuen gestalterischen Akzente sind in ihrer Bedeutung offen und nicht an eine Konfession gebunden.

Für den wiederholt geäußerten Wunsch von Angehörigen, auch bei einem Gemeinschaftsgrab die Namen und Lebensdaten der Verstorbenen anbringen zu können, wurde zusammen mit den Projektverfassern eine zur modernen Skulptur passende Lösung gefunden. Der Sockel der Raumskulptur trennt die mit feinem Kies chaussierte «Wandelhalle» unter den Bäumen von der Rasenfläche. Der subtile Übergang zwischen den Bereichen der Lebenden und der Toten dient zudem als Ort für Blumenschmuck und die Namensinschriften der Verstorbenen.

Das neue Gemeinschaftsgrab im Friedhof Schwamendingen wurde von Müller Illien Landschaftsarchitekten und der Künstlerin Esther Gisler gestaltet. Das von einem Baumdach markierte Feld, das sich räumlich in die bestehende Friedhofsanlage integriert, tritt als Ort mit eigener Identität in Erscheinung. Kleinkronige Ahornarten stehen in einem lockeren Raster und lassen dort Raum, wo sich die Grabfelder befinden. Die auf Wegen aus Betonplatten erreichbaren Grabfelder werden durch eine besonders intensive Bepflanzung mit Frühjahrsblühern hervorgehoben. Jedem Grabfeld ist ein Blumentisch zugeordnet, der zur Ablage von Blumen, Gestecken und Kerzen dient. Beidseits des Tisches werden die Metallplatten mit den Namensinschriften der Verstorbenen angebracht. Frei bewegliche Stühle überlassen es den Besuchenden, sich einen Sitzplatz in der Sonne oder im Schatten zu wählen.



Für das Anbringen der Namen und Lebensdaten der Verstorbenen wurde eine zur modernen Skulptur passende Lösung gefunden. (Bild GSZ)

### Parkanlagen

Anlässlich der Übernahme des Chinagartens von der Wasserversorgung in die Zuständigkeit von Grün Stadt Zürich wurde am Eröffnungstag am 27. März 2010 ein Gratis Eintritt offeriert. Dies hat wohl zum geglückten Start in die neue Saison beigetragen. Die Zugriffe auf die Internetseiten des Chinagartens lagen vom Start weg auf dem zweiten Platz nach dem Wildnispark Zürich. Knapp 35 000 Besuchende erfreuten sich an der eindrücklichen und kulturell hochstehenden Anlage, die als einer der ranghöchsten Gärten ausserhalb Chinas gilt. Zudem fanden sieben öffentliche Führungen und 32 Führungen für Gruppen statt.



Damit am 29. September der FCZ gegen den FCB auf einem Fussballrasen spielen konnte, der diesen Namen verdient, wurde ein neuer Rollrasen verlegt. (Bild GSZ)

### Sportanlagen

Im Stadion Letzigrund musste nach den beiden Openair-Konzerten der irischen Rockband U2 am 11. und 12. September der Sportrasen praktisch zur Gänze ausgetauscht werden. Die dadurch entstandenen Kosten wurden vollumfänglich vom Konzertveranstalter getragen.

### Landwirtschaft

Im Februar 2010 gingen bei der Stadtpolizei Zürich insgesamt sieben Anzeigen wegen vergifteter Hunde ein. Drei der betroffenen Tiere starben. Die Abklärungen der Polizei ergaben, dass mindestens drei Hunde fast an derselben Stelle auf einem Feld etwas Schädigendes gefressen haben mussten. Die Ermittlungen zeigten weiter, dass sich auf dem Feld im ausgelegten Naturdünger (Mist) auch Traubentrester aus der Weinherstellung befanden, die vom städtischen Gutsbetrieb Juchhof stammten. Trester werden seit langer Zeit in der Schweiz und im Ausland als willkommene Beigabe zum Mist verwendet. Nach Bekanntwerden der Vergiftungsfälle im Februar 2010 gab Departementsvorsteherin Ruth Genner Anweisung, vorderhand keine Traubentrester mehr auszubringen, und veranlasste eine Studie zur toxischen Wirkung von Traubentrester auf Hunde.

Das Tierspital Bern, wo die betroffenen Hunde untersucht wurden, fand keine eindeutige Ursache der Krankheits- bzw. Todesfälle. Die Aufnahme von Traubentrester kann aber laut den Tiermedizinern bei Hunden zu Nierenproblemen bis hin zu Nierenversagen führen, was auf die drei in Bern untersuchten Hunde zutraf. Es ist somit nicht auszuschliessen, dass die Hunde wegen der Traubentrester erkrankten bzw. starben. Das Institut für Veterinärpharmakologie und -toxikologie der Universität Zürich untersuchte darauf im Auftrag des TED die Vergiftungsfälle vertieft. Die Untersuchung ergab, dass die giftige Wirkung der Traubentrester zurzeit nicht hinlänglich erklärt werden kann. Es stellte sich zudem als unmöglich heraus, mit Sicherheit zu bestimmen, ob die Nierenschäden der Hunde von Traubentrester oder von einer anderen Substanz verursacht wurden.

Grün Stadt Zürich stuft das Risiko für Vergiftungen durch Traubentrester als gering ein. Aufgrund der traditionellen Düngungspraxis in der Schweiz und im Ausland müssten sonst jedes Jahr zahlreiche Vergiftungsfälle auftreten. Grün Stadt Zürich wird deshalb im Interesse der Nachhaltigkeit weiterhin Traubentrester als wertvollen Naturdünger einsetzen, aber um das



Traubentrester auf der Mistplatte des städtischen Gutsbetriebs Juchhof. (Bild GSZ)

Risiko einer Vergiftung weiter zu verringern, wird der Gutsbetrieb Juchhof in Zukunft sämtliche Tresterabfälle in der eigenen Biogasanlage vergären. Alternativ können Trester zusammen mit Mist und anderen biogenen Abfällen kompostiert werden. Durch die Abbauprozesse beim Kompostieren wird das Risiko einer Vergiftung weitgehend eliminiert. Die anderen Weinbauern in der Stadt wurden aufgefordert, ihre Trester ebenfalls nur noch entsprechend vorbehandelt auszubringen.

### Planung von Grün- und Freiräumen

Im Wettbewerbsverfahren für den Park Pfingstweid, bei dem eine ausgesprochen grosse Anzahl von 53 Vorschlägen aus der Schweiz, Deutschland und Italien eingereicht wurde, gewann der Entwurf von Carola Antón García und Dominique Ghiggi des Büros antón & ghiggi landschaft architektur aus Zürich. Damit wird zum ersten Mal ein Frauenteam für den Bau einer öffentlichen Parkanlage in Zürich verantwortlich zeichnen. Das Siegerprojekt wird 2011 zum bewilligungsfähigen Bauprojekt weiterentwickelt, sodass der Gemeinderat voraussichtlich 2012 über den Objektkredit entscheiden kann.

Die Gartendenkmalpflege und die Fachstelle Naturschutz haben ihre Inventare gründlich überarbeitet. Anlass war die bevorstehende Aufschaltung der Inventare im Internet. Die sogenannte Katasterauskunft ermöglicht den Online-Zugriff auf Grundstücke und bildet damit einen Bestandteil des künftigen Öreb-Katasters (öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkungen). Die Schaffung dieses Katasters ist vom Bundesgesetz über Geoinformation vorgesehen. Mit dieser neuen Dienstleistung wird dem Öffentlichkeitsprinzip nachgelebt, und es besteht die Möglichkeit, sich ohne Behördengang mit dem Computer von zuhause aus über öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkungen (Öreb) zu informieren. Die Applikation basiert auf dem im Herbst 1999 neu aufgesetzten Stadtplan im Internet: [www.stadt-zuerich.ch/zueriplan](http://www.stadt-zuerich.ch/zueriplan). Die Online-Katasterauskunft ist eine von zahlreichen nutzerfreundlichen Angeboten, die im Rahmen des Legislatorschwerpunkts eZürich von der Stadtverwaltung realisiert werden.

### Baumanalyse Schwamendingen

Die absehbaren Veränderungen durch die notwendige Erneuerung der in die Jahre gekommenen Bausubstanz und das grosse Verdichtungspotenzial des 1948 vom Stadtbaumeister Albert Heinrich Steiner als Gartenstadt konzipierten Quartiers

Schwamendingen waren 2006 der Anlass, den grossen und artenreichen Baumbestand genauer zu untersuchen. Nun liegen die Ergebnisse der Studie vor, die erstmals flächendeckend alle Bäume eines Quartiers erfasste – auch jene auf privaten Grundstücken. Abgeleitet von den Analyseergebnissen wurden Empfehlungen zur Sicherung und Weiterentwicklung des Baumbestandes formuliert, um den Charakter der Gartenstadt zu bewahren. Dabei geht es vor allem darum, die in einem Übersichtsplan registrierten wichtigsten Bäume zu erhalten, bei der Erneuerung der Siedlungen den Raum für einen alterungsfähigen Baumbestand zu sichern, die Zusammensetzung der Arten im Hinblick auf die Klimaänderung anzupassen, ohne dabei den hohen Anteil einheimischer Arten zu gefährden, sowie insbesondere weiterhin grosskronige Bäume zu verwenden, welche die Gebäude überragen.

Die Empfehlungen, die sich durchaus auch auf andere Quartiere übertragen lassen, richten sich einerseits an Grundeigentümerinnen, Bauherren, Planende und Bewirtschaftende, die in Schwamendingens Siedlungen aktiv sind und an die Verantwortlichen für die Pflege und den Unterhalt des Aussenraums. Andererseits dienen sie unmittelbar den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung, die in und für Schwamendingen tätig sind, bzw. die dortigen Akteure beraten. Die Umsetzung erfolgt auf freiwilliger Basis.

Im Verlauf der Untersuchung konnten auch einige «populäre Irrtümer» berichtigt werden. Aufgrund der Konsultation historischer Karten, Luftbilder und Fotografien wurde festgestellt, dass viele Bäume zunächst deutlich zu alt geschätzt wurden. Die angeblich rund 200-jährige Eiche im Zentrum der Sportanlage Heerenschürli, die im Zusammenhang mit der Neugestaltung im Sommer 2008 gefällt werden musste, ist hierfür ein gutes Beispiel. Aufgrund ihrer Jahrringe stellte sich heraus, dass sie trotz ihrer stattlichen Grösse erst 75 Jahre alt war. Offenbar fördert der ehemals sumpfige und später trockengelegte Boden in der Schwamendinger Ebene das Wachstum der Bäume.

### Projektierung und Bau

Die Sportanlage Heerenschürli konnte am 21. August mit einem grossen Einweihungsfest offiziell der Bevölkerung übergeben werden.

Die in den letzten zwei Jahren neu gebaute Anlage ist mit 13 Plätzen für 40 Teams weit mehr als nur der grösste Rasensportplatz der Stadt. Das grosse Areal mit einem Restaurant als Treffpunkt und einer Skateranlage dient auch dem Quartier als Naherholungsgebiet.

Aufgrund der Trendwende im Breitensport – weg von Tennis und Leichtathletik, hin zu Fussball – genügt die Infrastruktur den heutigen Bedürfnissen nicht mehr. Im September 2004 hatten Grün Stadt Zürich, das Sportamt sowie das Amt für Hochbauten einen Wettbewerb ausgeschrieben, den Topotek 1 Landschaftsarchitekten in Berlin mit ihrem Projekt «Immergrün» zusammen mit dem Architekturbüro Dürig in Zürich für sich entscheiden konnten.

Die Neuordnung der Anlage umfasst vier Fussballfelder, die den Abmessungen der Challenge League bzw. Erstliga-Meisterschaftsspielen entsprechen, neun Trainingsplätze sowie ein für internationale Wettkämpfe regelkonformes Baseball-Spielfeld. Neu stehen sechs Kunstrasenplätze zur Verfügung, auf denen bei jeder Witterung gespielt werden kann.





Die komplett erneuerte Sportanlage Heerenschürli ist auch ein Naherholungsraum für das Quartier Schwamendingen. (Bild GSZ)

Ein besonderes Augenmerk galt der Einordnung der Anlage ins Quartier. Die Fuss- und Velowege wurden grosszügig gestaltet, der motorisierte Verkehr bleibt draussen. Eine Skateranlage, das Garderobengebäude mit Restaurant sowie der zentrale Platz mit einer 45 Meter langen Holzbank bilden den Mittelpunkt der Anlage. Hundert neu gepflanzte Alleebäume säumen die Wege und laden die Quartierbewohnenden zum Spazieren ein. Dank der Realisierung in Etappen konnte der Fussballbetrieb während der gesamten Bauzeit aufrecht erhalten werden. Einzig die Baseball- und Softballspieler mussten für ein halbes Jahr auf andere Plätze ausweichen.

Nach längeren Verzögerungen durch Rechtsmittel konnte die Baubewilligung für die Freestyleanlage Allmend nun erteilt werden. Der Baubeginn ist im Frühsommer 2011 geplant.

Die Arbeiten am Stadtpark Hardau begannen im Mai 2010 und verliefen bis Ende Jahr insgesamt termingerecht und ohne Probleme. Die Fertigstellung des Parks ist auf Ende 2011 geplant.

Im Bauprojekt Gleisbogen in Zürich-West konnten die Passerelle und der Wegabschnitt vom Leuchtenlager zum Puls 5 am «Tag der offenen Baustelle» des Tiefbauamts, am 4. September 2010, eingeweiht und der Bevölkerung übergeben werden. Die Bauarbeiten laufen etappenweise noch bis 2012 weiter.

### Allmend Brunau mit hundefreier Zone

Die Allmend I war von 1995 bis 2009 zweckentfremdet. Sie diente zunächst als Bauinstallationsfläche sowohl für den neuen SBB-Tunnel nach Thalwil als auch für die Westumfahrung und den Autobahntunnel durch den Uetliberg und zum Schluss als Parkplatz für die EURO'08. Nach der Rekultivierung im Sommer 2009 übergab der Kanton die Nutzung und Gestaltung der Allmend I an Grün Stadt Zürich. Seither wurde die Fläche neu gestaltet, sodass die Allmend I wieder der Erholung dienen kann. Sie wurde am 8. Mai 2010 der Bevölkerung anlässlich eines Allmend-Picknicks wieder zur Benutzung übergeben.

Bereits am 20. März hatten generationenübergreifende Delegationen der Quartiervereine von Leimbach, Wollishofen, Enge und Wiedikon in einem symbolischen Akt acht Eichen gepflanzt und damit die Allmend I wieder in Besitz genommen.

Drei Tage später veranstaltete Grün Stadt Zürich zusammen mit dem kantonalen Forstbetrieb einen Pflanztag mit sieben Schulklassen aus der näheren Umgebung. Rund 140 Schülerinnen

und Schüler der Primar- und Sekundarstufe packten mit an und setzten dabei 3060 Bäume. Der Jungwald mit Berg- und Spitzahornen, Hängebirken, Mehlbeeren, Zitterpappeln, Berg- und Feldulmen sowie Waldföhren am Hang des gegen die Autobahn aufgeschütteten Lärmschutzwalls ist Teil der ökologischen Ausgleichsmassnahmen für den Bau der Westumfahrung. Die Gehölze stammen aus dem Forstpflanzgarten Finsterloo des Kantons Zürich.

Damit das Hundeverbot auf der neueröffneten Allmend I eingehalten wird und den Besuchenden die Naturwerte der Allmend besser vermittelt werden können, wurde der sogenannte Aufsichts- und Informationsdienst Allmend (Aida) eingeführt. Die Zwischenbilanz nach einem Jahr zeigt, dass die Allmend I hundefrei gehalten und dem Betretungsverbot für Naturschutzgebiete Nachachtung verschafft werden konnte.



Am 8. Mai wurde die hundefreie Allmend I mit einem Allmend-Picknick eröffnet. (Bild GSZ)

Durch die archäologischen Funde auf dem Sechseläutenplatz verzögert sich dessen Fertigstellung um ein Jahr. Gemäss Zeitplan wird mit den Arbeiten an der Oberfläche des Platzes im Herbst 2011 begonnen. Der Abschluss der Arbeiten ist für November 2012 vorgesehen. Ab 2013 soll der ordentliche Betrieb wieder aufgenommen werden können. Der vom Sechseläutenplatz auf die Landiwiese ausquartierte Circus Knie wird somit auch 2012 auf der Landiwiese gastieren müssen. Die Baurekurskommission hat dazu im September 2010 entschieden, die befristete Baubewilligung müsse mit lärmschutzrechtlichen Emissionsbegrenzungen, insbesondere mit Nebenbestimmungen über die Betriebszeiten und den Einsatz von Lautsprechern, versehen werden.

### Vermietete Flächen

Für die in der Zone E3 liegenden Familiengartenareale wurden Arealpläne erstellt, die Aufschluss geben über die angestrebte räumliche Entwicklung. Themen sind Erholung, Naturschutz und die Bedürfnisse der Familiengartenvereine. Die betroffenen Vereine haben noch bis Ende Januar 2011 Gelegenheit, sich zu den Plänen zu äussern. Parallel dazu sind die Revision der Kleingartenordnung (KGO) sowie das Kleingartenkonzept in Arbeit.

Der erstmals durchgeführte Biodiversitäts-Wettbewerb für Kleingärten der Stadt Zürich war ein Erfolg und förderte eine unglaubliche Vielfalt zutage. Die artenreichsten Gärten wurden durch Stadträtin Ruth Genner persönlich ausgezeichnet.



Am 10. Juli 2010 wurden im Kleingartenareal Käferberg jene Pächterinnen und Pächter geehrt, die einen Garten mit hoher Biodiversität bewirtschaften. (Bild GSZ)



Der Lehrbienenstand mit Kurslokal des Vereins Zürcher Bienenfreunde im Ökonomiegebäude des Segetenhauses. (Bild Liz Sutter)

Im Ostteil des Areals Hard musste die gärtnerische Nutzung wegen zu grosser Belastungen mit polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffen (PAK) eingestellt werden. Bis Ende November wurden alle Bauten entfernt. Für die meisten der rund 40 Betroffenen konnten bereits Ersatzlösungen gefunden werden. Wie die renaturierte Fläche nach der Bodensanierung genutzt werden soll, wird zusammen mit den Pächterinnen und Pächtern und Vertreterinnen und Vertretern der Quartierbevölkerung entwickelt. Nebst einer gärtnerischen Nutzung sind auch Mischformen mit einer verstärkten Nutzung für das Quartier denkbar.

Gegen das geplante Eisstadion auf dem Kleingartenareal Vulkan in Altstetten reichten die Familiengartenvereine eine von 15'000 Personen unterzeichnete Petition ein. Aufgrund der Standortvorgabe erhielt Grün Stadt Zürich den Auftrag, Ersatzflächen für die wegfallenden Kleingärten zu evaluieren. Eine machbare Lösung zeichnet sich im Gebiet Dunkelhölzli ab. Hierbei zeigte es sich, dass für eine Realisierung nicht nur eine Änderung der BZO erfolgen muss, sondern auch eine Änderung des regionalen Richtplans und ein Gestaltungsplan notwendig sein werden.

Erfahrungsgemäss sind in den Kleingartenarealen etwa zwei Brandfälle pro Jahr zu verzeichnen. Solche Brände führen in der Regel wegen des Löschwassers zu starken Verschmutzungen des Erdreichs, so dass die gärtnerische Nutzung jeweils eingestellt werden muss. Aufgrund des erfolgreichen Schadenmanagements aller Beteiligten (Grün Stadt Zürich, Bodenschutzstiftung Kleingärten Stadt Zürich sowie die betroffenen Familiengartenvereine) konnten alle pendenten Schadenfälle der Vorjahre abgearbeitet und alle Gärten wieder zur gärtnerischen Nutzung freigegeben werden. Erfreulicherweise war 2010 ein einziger neuer Schadenfall zu verzeichnen. Damit werden Kapazitäten frei für ein vermehrtes Engagement im präventiven Bodenschutz.

### Vermietete Immobilien

Im alten Ökonomiegebäude des Segetenhauses im Wehrenbachtobel in Witikon wurde ein Lehrbienenstand mit Unterrichtslokal eingerichtet, der an den Verein Zürcher Bienenfreunde vermietet wird. Die Kurse für künftige Imkerinnen und Imker sind begehrt, vermehrt auch bei jüngeren Personen. Der Anteil der Frauen nimmt Jahr für Jahr zu. In der Stadt Zürich gibt es rund 60 Imkerinnen und Imker.

### Forstliche Produkte

Die Erträge aus dem Holzverkauf liegen wegen der tiefen Holzpreise am Markt unter den Erwartungen. Mit der im Oktober 2010 erfolgten Inbetriebnahme des Holzheizkraftwerks (HHKW) Aubrugg erfährt die Lieferung von Energieholz eine markante Steigerung. Schon bisher lieferte GSZ Energieholz an die Masoala-Halle des Zoos Zürich.

### Gärtnerische Produkte

Wie schon in den Vorjahren waren die beiden in Zusammenarbeit mit ProSpecieRara sowie Bioterra durchgeführten Märkte für alte und einheimische Gemüse- und Tomatensorten ein voller Erfolg. Innert acht Stunden wurden über 8'000 Tomatensetzlinge an ein teilweise aus der ganzen Schweiz angezeigtes Publikum verkauft, dies trotz der vergleichsweise hohen Verkaufspreise. Die floristischen Dienstleistungen der Stadtgärtnerei stossen in der Stadtverwaltung auf grossen Zuspruch und halten sich im geplanten Rahmen. Im Berichtsjahr konnten alle offenen Hydropflanzen-Bestellungen für Nach- und Neubegrünungen der Amtshäuser abgearbeitet werden. Nach wie vor unbefriedigend ist die Tatsache, dass mangels personeller Ressourcen weiterhin nur ein Teil der Büroräumlichkeiten der Stadtverwaltung mit Hydropflanzen begrünt werden kann.

Mit dem Erwerb der Sammlung Rösli-Hoffmann, einer der weltweit grössten und wissenschaftlich wertvollsten privaten Sammlungen madagassischer Xerophyten, kann die Vermehrung dieser dem Artenschutzabkommen (Cites) unterliegenden Sukkulente für die Stadtgärtnerei und die Sukkulente-Sammlung gesichert werden. Der Absatz madagassischer Sukkulente über den Shop der Masoala-Halle im Zoo Zürich ist weiter rückläufig und wird grundsätzlich überprüft. In erster Linie soll die Stadtgärtnerei die Produktion von Pflanzen für den Verkauf in der Sukkulente-Sammlung sicherstellen. Die mit über 1'500 verschiedenen Arten grösste Orchideensammlung der Schweiz konnte mit weiteren seltenen Orchideenarten ergänzt werden.

### Landwirtschaftliche Produkte

Die Erträge beim Saatgetreide liegen aufgrund der äusserst prekären Witterungsverhältnisse bei der Ernte weit unter dem veranschlagten Rahmen, da dieses nur noch als Futtergetreide verkauft werden konnte. Daraus resultieren Mindererträge von rund 130'000 Franken. Durch eine Ausweitung der





Der von Hand bediente Melkstand des Gutsbetriebs Juchhof...



...wurde ersetzt durch einen Melkroboter, der für Tier und Mensch entscheidende Vorteile bringt. (Bilder GSZ)

Raps-Anbaufläche wurde der Ölsaatertrag auf 74 t (2009: 43 t) gesteigert. Im Rebberg wirkt der Hagelschaden vom Vorjahr nach, was mit einem Minderertrag von etwa 60 000 Franken zu Buche schlägt.

Bei der Milchwirtschaft und der Schweinehaltung wurden die Zahlen des Vorjahres erreicht.

Im Frühjahr 2010 wurde der 28-jährige Melkstand des Gutsbetriebs Juchhof durch ein automatisches Melksystem (Melkroboter) ersetzt. Das «Melken rund um die Uhr» führt nicht nur zu einer markanten Verbesserung des Tierwohls, es erhöht auch die betriebliche Flexibilität und letztlich auch die Milchleistung der Kühe. Der Melkroboter ermöglicht es den Kühen, selbst zu entscheiden, wann sie gemolken werden wollen. Die Milchproduktion wird optimal angeregt, wenn einer Kuh nach ihrer Wahl drei Mal pro Tag die Milch abgenommen wird, und nicht zweimal aufgrund eines starren Stundenplans. Den Melkern liefert der Roboter exakte Angaben über die Milchmenge pro Kuh und deren Qualität, die Wiederkautätigkeit und vieles mehr – Daten, die unter anderem auch Rückschlüsse auf den Gesundheitszustand des Tieres erlauben. Indem das Melken automatisch vonstattengeht, bleibt mehr Zeit, das Verhalten der Tiere im Stall zu beobachten, Auffälligkeiten rechtzeitig zu erkennen und darauf zu reagieren. Der Bauer wird vom Melker zum Trainer seiner Herde.

Die Preise für Schweinefleisch lagen gegen Ende 2010 auf einem Rekordtief. Aus wirtschaftlichen Gründen wird der Juchhof die Schweinezucht im ersten Quartal 2011 aufgeben.

### **Beratungen und Kontrollen**

Die Freiraumberatung arbeitet neben dem Tagesgeschäft an einem Handbuch, das die aktive Beratungstätigkeit unterstützen wird. Wichtige Erkenntnisse dazu ergab die Marktforschungsstudie «Freiraumqualitäten im Wohn- und Arbeitsplatzumfeld». Neben der Zusammenarbeit mit verschiedenen Baugenossenschaften und institutionellen Eigentümern in konkreten Arealentwicklungen (qualitative Verfahren, Sondernutzungsplanungen) wurde im Jahr 2010 der fachliche Austausch mit den reformierten Kirchgemeinden auf Stadtgebiet gesucht und intensiviert.

Die Anzahl schriftlicher Stellungnahmen zu Infrastrukturbauten und Baugesuchen bewegte sich auf Vorjahresniveau; die Mitarbeit an Stellungnahmen zu Rekursen bzw. die Teilnahme an Augenscheinen mit der Baurekurskommission nahm zu.

Schwerpunkte in den Beratungen zu den Sondernutzungsplanungen bildeten die Areale Tiefenbrunnen, Stadtraum HB/Europaallee, Zollfreilager, Wallisellenstrasse, Kunsthaus/Heimplatz.

#### 4.4.3 Spezifische Kennzahlen

		2006	2007	2008	2009	2010
Naturverständnis und Naturförderung	Betreute Schulklassen	725	808	733	732	862
	Lehrpersonen in Weiterbildungsveranstaltungen	376	424	482 <sup>1</sup>	419	70
Ausstellungen	Besucherzahlen geschätzt <sup>2</sup>	375 000	402 000	377 890	80 000	84 675
Chinagarten	Besucherzahlen	32 586	30 915	33 642	34 907	34 465
NahReisen	Teilnehmer	738	1 129	1 626	1 541	968
Internet	Anzahl Besuche	199 755	200 396	–	219 076	282 309
Parkanlagen	in m <sup>2</sup>	1 293 108	1 295 374	1 339 237	1 338 619	1 320 023
Erholungswald	ohne Sihlwald in ha	2 231	2 231	2 231	2 231	2 231
	davon in Stadtbesitz in ha	1 138	1 138	1 138	1 138	1 138
Forstliche Produkte	Holznutzung in m <sup>3</sup>	9 500	9 800	11 300 <sup>3</sup>	8 160	7 740
	Anzahl verkaufter Weihnachtsbäume	5 297	5 388	5 233	5 820	5 606
Öffentliche Spielplätze	im Unterhalt von GSZ <sup>4</sup>	158	497 <sup>5</sup>	518	512	513
	EN-konforme Spielplätze in %	–	40 %	50 %	85 %	95 %
Landwirtschaft	Betriebe im Besitz von GSZ	10	10	10	10	10
Städtischer Gutsbetrieb Juchhof	Getreideertrag in t	183	199	179	221	135
	Ölsaatertrag in t	27	32	33	44	74
	Milchverkauf in kg	346 000	378 000	413 000	377 000	479 536
	Mastschweinverkauf in Stück	1 139	1 058	1 148	1 157	915
	Weinverkauf in Flaschen	14 200	15 296	19 530	15 500	7 730
Familiengärten (ohne Freizeitgärten)	Anzahl	–	5 626	5 626	5 578	5 546
	Fläche in ha	–	137	137	133	132

<sup>1</sup> erstmals auch für Lehrkräfte aus umliegenden Gemeinden

<sup>2</sup> ab 2009 ohne Wildnispark Zürich (Besucherzentrum Sihlwald und Wildpark Langenberg)

<sup>3</sup> gute Holzmarktlage, hoher Eigenverbrauch, früher Holzeinschlag und Verkauf im Herbst 2008

<sup>4</sup> einschliesslich Bauspielplätzen

<sup>5</sup> Übernahme der Spielgeräte auf Schulanlagen, in Kindergärten und Horten von der Immobilienbewirtschaftung in den Unterhalt von Grün Stadt Zürich

## 4.5 Tiefbauamt

### 4.5.1 Aufgaben

Die Arbeit der rund 310 Mitarbeitenden des Tiefbauamts steht unter dem Leitsatz «Mobilität und Räume für Menschen». Sie stellen eine zukunftsgerichtete Mobilität und eine optimale Gestaltung von Verkehrssystemen sicher, entwickeln und gestalten attraktive Stadträume, sorgen für effizientes und effektives Bauen und sind verantwortlich für die nachhaltige Bewirtschaftung des öffentlichen Raumes.

154 Bauprojekte befanden sich 2010 beim Tiefbauamt in der Planungs-, Projektierungs- oder Realisierungsphase. Die zentralen Bauvorhaben betrafen auch im Jahr 2010 die «Generationenprojekte» in den Kreisen 4 und 5: den Bau des Trams Zürich-West mit dem Umbau der Pfingstweidstrasse, die Sanierung der Hardbrücke sowie die flankierenden Massnahmen zur Westumfahrung Zürich entlang der ehemaligen Westtangente. Neue Grossprojekte wurden nicht an die Hand genommen.

Im Jahr 2010 testete der Touring-Club Schweiz (TCS) zusammen mit 16 europäischen Partnerclubs 57 Baustellen im In- und Ausland, davon fünf in der Stadt Zürich. In der Kategorie Information belegte Zürich den ersten Platz, und auch das Baustellenmanagement überzeugte den TCS.

### 4.5.2 Jahresschwerpunkte

#### Mobilität und Verkehr

##### Teilrevision der Parkplatzverordnung

Der Gemeinderat hat am 7. Juli 2010 die Teilrevision der städtischen Parkplatzverordnung (PPV) von 1996 beschlossen. Sie wurde gesellschaftlichen Veränderungen und neuen Gegebenheiten im Verkehr angepasst. Namentlich geht es um die Ermöglichung von autoarmen Nutzungen von Wohngebäuden und um die Berücksichtigung des erhöhten Bedarfs an Wohnfläche sowie den Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Die Parkplatzpflicht für Grundeigentümer kann ganz oder teilweise aufgehoben werden, wenn diese ein alternatives Mobilitätskonzept vorlegen. Neu muss pro 120 statt pro 100 Quadratmeter Wohnfläche ein Autoparkplatz erstellt werden. Und schliesslich gelten für Gebiete, die besonders gut an den öffentlichen Verkehr angeschlossen sind, neu tiefere Parkplatzvorgaben. Diese sogenannten Reduktionsgebiete werden gegenüber der PPV Stand 1996 ausgeweitet. Neben diesen Anpassungen enthält die revidierte PPV neu Bestimmungen, die bis anhin in Richtlinien geregelt waren, beispielsweise Autoparkplätze für behinderte Menschen und Abstellplätze für Motorräder und Velos. Die geänderte PPV ist nur bei Neu- und Umbauten anwendbar.

Gegen den Gemeinderatsbeschluss wurde das Behördenreferendum ergriffen. Das Volk stimmte der Änderung mit klarer Mehrheit zu. Gleichzeitig wurde beim Bezirksrat eine Gemeindebeschwerde eingereicht, die die Aufhebung des Gemeinderatsbeschlusses verlangt. Diese Beschwerde ist noch hängig.

##### Wirtschaftliche Bedeutung von Parkplätzen

2009 war der «historische Parkplatzkompromiss» für die Zürcher City und die citynahen Gebiete ein in der Öffentlichkeit stark präsent Thema. Das Tiefbauamt hat dargelegt, dass es den «historischen Kompromiss» korrekt umsetzt. Die Geschäftsprüfungskommission des Gemeinderats hat sich der

Sache angenommen, ihr Bericht lag bis Ende Jahr aber noch nicht vor.

### Velo 12

Das Programm «Velo 12» will das Velofahren in Zürich fördern und ist eine Antwort auf den Umstand, dass ein grosser Teil der Zürcher Bevölkerung die städtische Veloinfrastruktur als ungenügend einstuft. So sollen Lücken im Routennetz geschlossen und die vorhandenen Routen leichter erkennbar gemacht werden. Mit zusätzlichen Markierungen werden die Routenabschnitte besser miteinander verknüpft und die Veloführung verdeutlicht. Heikle Stellen werden vermehrt mit rotem Belag versehen, um das Sicherheitsgefühl der Velofahrenden zu verbessern. Erste Verbesserungen finden sich beispielsweise auf dem Buchegg- und dem Stadelhoferplatz. Als auffälliges Zusatzangebot für die Velofahrenden wurden an zwölf Standorten Velopumpen installiert. Die «Velo News» auf der Website des Tiefbauamts dokumentieren laufend die Verbesserungen.

### Unterwegs in Zürich

Mit der Botschaft «Von Zürich nach Zürich richtig unterwegs» startete 2010 eine über mehrere Jahre angelegte Werbekampagne. Auf Plakaten und in TV-Spots warben prominente Zürcher Persönlichkeiten für stadtgerechte Mobilitätsformen. Die beliebten «Züri z'Fuess»-Stadtspaziergänge existieren seit fünf Jahren. 2010 wurden alle Pläne aktualisiert und in einer Sammelbox neu aufgelegt. Neu hinzugekommen sind «Unterwegs in Höngg» und «Unterwegs mit Kindern». Zum Kinderspaziergang gehört auch ein begleitendes Hörspiel: Kinder des Schulhauses Hirschengraben haben darin ihre Lieblingssorte im Quartier zu einer spannenden Geschichte durch die Jahrhunderte verarbeitet und mit Unterstützung von «Megalphon» selbst als Hörspiel aufgenommen.



Zürcher Prominenz wirbt in der Plakatkampagne «Von Zürich nach Zürich richtig unterwegs» für stadtgerechte Mobilität. (Bild: TAZ)

Wer in Zürich zu Fuss oder mit dem Velo unterwegs ist, kann ab 2011 auf dem Kartenportal der Stadt Zürich einen Online-Routenplaner konsultieren. Zur Auswahl stehen der direkte Weg zwischen Ausgangs- und Zielort und der schöne Weg mit viel Grün und wenig Verkehrslärm.

### Charta für eine nachhaltige städtische Mobilität

Im Januar 2010 unterzeichneten die Städte Basel, Luzern, St. Gallen, Winterthur und Zürich die «Charta für eine nachhaltige

städtische Mobilität». Sie zeigt auf, dass die Städte vor denselben Herausforderungen stehen und diesen vereint mit der Förderung von öffentlichem Verkehr sowie Fuss- und Veloverkehr wie auch einem hochwertigen öffentlichen Raum begegnen wollen. Die Entwicklung des Verkehrs soll nachhaltig, umwelt- und stadtverträglich erfolgen. In der Charta sind entsprechende Grundsätze formuliert sowie Leitlinien und Massnahmen für die Verkehrsarten bestimmt. Gemeinsames Ziel der fünf Stadtregierungen ist es, bei den Parlamenten der Kantone und des Bundes zu Anliegen der Verkehrsplanung besser Gehör zu finden. Ende 2010 hatten über 50 weitere Schweizer Städte die Charta unterzeichnet.

## Gestaltung von Stadträumen

### Uraniastrasse

In der Zürcher City bietet sich eine einmalige Chance, Stadtraum aufzuwerten. Mit einer neuen Verkehrsführung im Umfeld der Uraniastrasse kann an der Ecke Rennweg/Bahnhofstrasse der Trülleplatz entstehen und die innerstädtische Fussgängerzone in die Sihlstrasse und in die St.-Anna-Gasse erweitert werden.

Die geplante Sanierung der Werkleitungen in der Uraniastrasse bildet den Ausgangspunkt, um die Verkehrsorganisation in der Innenstadt zu überdenken. Ziel der Planungen zur Verkehrsführung ist es, den Fussgängerbereich der City auszuweiten und einen neuen Platz – den Trülleplatz – zu schaffen. Die Bahnhofstrasse, die Sihlstrasse und auch die St.-Anna-Gasse sollen vom motorisierten Individualverkehr entlastet und aufgewertet werden. Dazu ist neu ein Gegenverkehrsregime auf der Uraniastrasse notwendig. Ein Fahrstreifen führt Richtung Sihlporte, der andere Richtung Hauptbahnhof. In vertiefenden Studien befasste sich das Tiefbauamt 2010 mit der Abwicklung des Verkehrs. Das Projekt beeinflusst den Verkehrsfluss bis zur Brandschenkestrasse und bis zum Bahnhof Enge. Als Nächstes stehen nun die Ausführungsentscheide an.

### Bahnhof Oerlikon: Quartieranbindung Ost

Der Bahnhof Oerlikon ist heute der sechstgrösste Bahnhof der Schweiz. Täglich steigen dort 110 000 Passagiere ein, aus oder um. Diese Zahl wird in den nächsten Jahren um rund 30 % zunehmen, da Zürich Nord und die angrenzenden Stadtteile weiter wachsen. Der Bahnhof Oerlikon wird von den SBB entsprechend ausgebaut. Umso wichtiger ist es, dass die Gebiete rund um den Bahnhof gut an diesen angebunden sind. Dies trifft heute für die im Osten des Bahnhofs liegenden Quartiere, namentlich Seebach und Leutschenbach, nicht zu.

Das Projekt für die Quartieranbindung Ost besteht aus drei Etappen: In einer ersten Etappe wurde 2008/09 die Unterführung Schaffhauserstrasse im Bereich der Gleise 1 und 2 erweitert. Für die Projektierung und den Bau der zweiten und dritten Etappe erhielt die Stadt Ende November 2010 mit einer Zustimmung von über 70 % in der Volksabstimmung grünes Licht. Die Quartiere Seebach und Leutschenbach sowie die umliegenden Tram- und Bushaltestellen werden mit attraktiven und kurzen Fusswegverbindungen an den Bahnhof angeschlossen. Die Unterführung Schaffhauserstrasse wird auf der ganzen Länge der acht Gleise verbreitert. Dadurch entsteht eine grosszügige, gut gestaltete Verbindung zwischen den Quartieren nördlich, östlich und südlich des Bahnhofs sowie zwischen den Haltestellen des öffentlichen Verkehrs.



Der neue Verbindungsraum: Sicht von der Andreasstrasse in Richtung Bahnhof Oerlikon. (Bild: atelier 10:8/maars)

### Max-Frisch-Platz

Das Entwicklungskonzept Bahnhof Oerlikon von Stadt, Kanton und SBB sieht vor, den Bahnhof auf einen nördlichen und einen südlichen Bahnhofplatz auszurichten: den Max-Frisch-Platz und den Oerliker Bahnhofplatz Süd. Über den Max-Frisch-Platz sind künftig die SBB-Unterführung Mitte und die Quartierverbindung nach Oerlikon Zentrum zugänglich. Auf dem Platz ist ein Bushof geplant. Für die Gestaltung des neuen Platzes auf der Nordseite des Bahnhofs wurde ein Projektwettbewerb durchgeführt. Der künftige Max-Frisch-Platz präsentiert sich grosszügig und ansprechend, die funktionalen Anforderungen für die Bushaltestellen sind geschickt mit der Gestaltung verbunden. Ein prägnantes Dach überspannt den Wartebereich des Bushofs entlang dem Perron des neuen Gleises 8. Auf der andern Platzhälfte laden eine Baumreihe und ein Wasserbecken zum Aufenthalt ein. Eine besondere Note erhält der neue Platz durch grossformatige Betonplatten mit eingelassenen Metallplättchen.

### Räumliche Entwicklungsstrategie (RES)

Ausgehend von den «Strategien Zürich 2025» und einer der Nachhaltigkeit verpflichteten Grundhaltung hat der Stadtrat im März 2010 die «Räumliche Entwicklungsstrategie» verabschiedet. Diese konkretisiert, wie sich Zürich räumlich entwickeln soll. Sie dient als Wegweiser und ist ein wichtiges Arbeitsinstrument für die Stadtplanung der Zukunft.

Zwei von acht Teilstrategien werden nun unter der Federführung des Tiefbauamts vertieft. Beim ersten Folgeprojekt geht es darum, die Attraktivität des öffentlichen Raums zu erhöhen. Das Augenmerk liegt hier insbesondere auf Nutzbarkeit, Gestaltung und Materialisierung der öffentlichen Räume in Quartierzentren und an wichtigen Verkehrsachsen. Thema des zweiten Folgeprojekts ist eine stadtverträgliche Mobilität. Für diesen Zweck sollen rasch innerstädtische Tangential- und Querverbindungen für den öffentlichen Verkehr realisiert, Infrastrukturen für den Fussverkehr verbessert und der Veloverkehr gefördert werden. Als Grundsatz gilt das Prinzip Koexistenz: Alle im Strassenraum vorkommenden Bedürfnisse werden ausgewogen berücksichtigt. Mittels einer klugen Aufteilung des Verkehrsraums und weiterer Gestaltungsmaßnahmen wird die Vielfalt der Nutzung erhöht. Strassenräume werden so auch zu Stadträumen. Ein gleichmässiger Verkehrsfluss und tiefe Geschwindigkeiten unterstützen dieses Ziel.

## Hindernisfreier öffentlicher Raum

In Zukunft soll der öffentliche Raum für alle ohne Hindernisse zugänglich sein. Das Bundesgesetz über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsgesetz) vom 13. Dezember 2002 ist die Grundlage, um entsprechende bauliche Anforderungen umzusetzen. Seit 2009 erarbeitet das Tiefbauamt zusammen mit Behindertenorganisationen Lösungsansätze für einen hindernisfreien öffentlichen Raum. Das Ziel ist die Vorlage einer gesamtstädtischen Strategie «Hindernisfreies Bauen» mitsamt Massnahmenplan bis Ende 2012.

## Kunst im öffentlichen Raum

Kunst im öffentlichen Raum kann die Aufenthaltsqualität und die Identität von Stadträumen unterstützen. Die Arbeitsgruppe Kunst im öffentlichen Raum (AG KiÖR) der Stadt Zürich beurteilt, initiiert, begleitet und realisiert jedes Jahr unterschiedliche Projekte, die eine Auseinandersetzung mit Kunst im Stadtraum ermöglichen. Die Realisierung der Kunstprojekte wird jeweils vom Tiefbauamt begleitet. Dies gilt nicht nur für Skulpturen, sondern auch für Lichtinstallationen, Interventionen und andere Formen von Kunst im öffentlichen Raum. 2010 befasste sich das Tiefbauamt unter anderem mit der Verschiebung der Skulptur «Fanfare» vom Heimplatz nach Langenthal. Am Escher-Wyss-Platz wurde versucht, den Raum unter der Hardbrücke mit einem kombinierten Projekt aus Kunst, Architektur und Platzgestaltung aufzuwerten. Das Projekt «Nagelhaus» scheiterte jedoch in der Volksabstimmung.

## Wichtige Projekte in Realisierung

### Tram Zürich-West

Die künftige Tramstrecke zwischen Escher-Wyss-Platz und Bahnhof Altstetten Nord erschliesst das grösste Entwicklungsgebiet Zürichs, Zürich-West. Zwei Drittel des Projekts «Tram Zürich-West/Umbau Pfingstweidstrasse» sind bereits realisiert. Die Bauarbeiten verlaufen programmgemäss und dauern noch bis Ende 2011. Mit dem Umbau am Escher-Wyss-Platz starteten im Sommer 2010 die Gleisbauarbeiten. In der Aargauer- und der Pfingstweidstrasse sind die Gleise verlegt und die Tramhaltestellen im Rohbau erstellt. Auch wurden entlang der Tramstrecke bereits etliche Bäume gepflanzt. Bereits im Sommer 2011 kann die umgebaute Pfingstweidstrasse dem Verkehr übergeben werden. Ab dann werden Testfahrten für das

Tram durchgeführt, das am 11. Dezember 2011 den Betrieb aufnehmen soll.

### Hardbrücke

Auch die Instandsetzung der Hardbrücke verläuft nach Plan. Im November 2010 war Halbzeit bei der Sanierung des fast vierzigjährigen Bauwerks. Auf dem westlichen Brückenteil sind die Arbeiten abgeschlossen, der Verkehr rollt neu über den sanierten Brückenteil. Gebaut wird nun auf der Ostseite der Brücke. Von Westen her ist die neue Silhouette der Hardbrücke mit der neuen Strassenbeleuchtung und der neuen Brüstung bereits sichtbar. Ende November 2011 wird die Hardbrücke wieder voll befahrbar sein, mit neuen Velo- und Fusswegen auf beiden Seiten der Brücke im Bereich des Gleisfelds sowie einer eigenen Busspur pro Fahrtrichtung zwischen Bahnhof Hardbrücke und Escher-Wyss-Platz.

### Personenunterführung Hardbrücke

Der Bahnhof Hardbrücke wurde 1982 als Anschluss für das Industriequartier gebaut. In der Zwischenzeit hat sich das Quartier stark gewandelt. Heute zählt die S-Bahn-Station mit rund 38 000 an- und abreisenden Personen zu den 15 meistfrequentierten Bahnhöfen der Schweiz. Bis 2015 ist mit einer weiteren, starken Zunahme zu rechnen. Um die neuen Überbauungen auf dem Maag-Areal wie den «Prime Tower» oder die «Plattform» zu erschliessen, wird westlich der bestehenden Personenunterführung eine zweite erstellt bzw. ausgebaut. Die Bauarbeiten begannen im Januar 2010, im Mai 2011 wird die neue Personenunterführung eröffnet.

### Viaduktbögen

Mit dem Ausbau der Viaduktbögen zu Läden und Geschäftsräumen hat der Vorbereich des Lettenviadukts eine neue Bedeutung bekommen. Die Umgebung der Bögen wurde 2010 erneuert und den Anforderungen des Langsamverkehrs angepasst. Dank Tempo 30 und angepasster Verkehrsführung hat sich die Verkehrssicherheit massgeblich verbessert.

### Birmensdorferstrasse/Schmiede Wiedikon

Die Birmensdorferstrasse ist eine bedeutende Hauptverkehrsstrasse. Gleichzeitig führt sie mehrere Tram-, Bus- und Postautolinien. Seit Juli 2010 werden die Tramgleise, Wasserleitungen, Kanalisationen und der Strassenbelag erneuert. Gleichzeitig mit diesen Arbeiten wird der Strassenraum bei der Schmiede



Gleisbauarbeiten rund um die Uhr im Sommer 2010 am Escher-Wyss-Platz. (Bild: TAZ)



Die Schmiede Wiedikon wird zu einem attraktiven Quartierzentrum. (Bild: Architron)

Wiedikon, in angrenzenden Strassenabschnitten und entlang der Birmensdorferstrasse neu gestaltet. Die Stimmberechtigten hatten dieser Aufwertung in der Abstimmung vom Juni 2010 zugestimmt. Bewohnerinnen und Bewohner sowie das Gewerbe des Quartiers Wiedikon erhalten nun an der Schmiede ein attraktives Zentrum und eine gut zugängliche Haltestelle des öffentlichen Verkehrs. Der Auto- und der Veloverkehr werden künftig um die Schmiede Wiedikon herumgeführt. Dank einer besseren Gestaltung und direkten Querungsmöglichkeiten für Fussgängerinnen und Fussgänger wird die Schmiede Wiedikon in ihrer Funktion als Aufenthalts-, Begegnungs- und Einkaufsort gestärkt. Zwischen Zweier- und Aemtierstrasse entsteht eine durchgehende Veloroute, an der Zweierstrasse werden Baumreihen gepflanzt. Die Bauarbeiten dauern bis Mitte Juli 2011.

### ÖV-Plattform Stettbach

Mit der Glattalbahn-Linie 12 verfügt das mittlere Glattal seit Dezember 2010 über ein neues, attraktives Angebot im öffentlichen Verkehr. Die Linie 12 verbindet den Flughafen Kloten mit dem Bahnhof Stettbach. Die im Rahmen der dritten Bauetappe der Glattalbahn erstellte ÖV-Plattform Stettbach verbindet S-Bahn, Tram und Bus und ist Drehscheibe für 12 000 Passagiere täglich. Die Aufenthaltsbereiche der Passagiere, der Raum für den ÖV und den motorisierten Individualverkehr sind entflochten. Zweiräder und Autos verfügen über zusätzliche Abstellplätze. Die auffällige Gestaltung des Dachs und ein begrünter Platz verleihen der Plattform einen dynamischen Ausdruck.

### Fischerweg

Der Fischerweg entlang der Limmat, zwischen Hardturmsteg und Europabrücke, wurde im Sommer 2010 zu einem Fuss- und Radweg umgebaut. Drei neu geschaffene Abgänge mit Sitzstufen ermöglichen den Zugang zum Fluss und machen den Fischerweg zu einem attraktiven Erholungsort. Daneben laden neu zwei in die Böschung gebaute Rampen sowie drei gekieste Plätze mit Sitzelementen zum Aufenthalt am Flussufer ein. Im Rahmen der Bauarbeiten wurde der Schutz vor Hochwasser verbessert und auch der Baumbestand erneuert.

### Kornhaus-/Schindlerstrasse

Der über 100-jährige Mischwasserkanal unter der Schindler- und der Kornhausstrasse wurde 2010 erneuert. Der neue, 370 Meter lange Kanal wurde im grabenlosen Verfahren, dem sogenannten «Microtunneling», erstellt. Diese Bauweise drängte sich auf, weil der neue Kanal unter zahlreichen Werkleitungen liegt und der Verkehr auf der Kornhausstrasse nicht behindert werden sollte.

### Albisstrasse

Auch in der Albisstrasse, zwischen Owenweg und Stadtgrenze, haben die Wasserleitungen und die Kanalisation das Ende ihrer Lebensdauer erreicht. Im Juli 2010 begannen die Bauarbeiten, um die bruchgefährdeten Leitungen zu ersetzen. Bis Herbst 2011 wird im entsprechenden Abschnitt auch der Strassenoberbau erneuert. Es wird ein Belag eingebaut, der den Verkehrslärm reduziert.

### Seefeldstrasse

Bereits 2009 waren in der Seefeldstrasse die Werkleitungen und Tramgleise vollständig erneuert und der Strassenraum umgestaltet worden. Eine Ausnahme bildete der Abschnitt zwischen Linden- und Hornbachstrasse, wo zwei Rekurse die

Fertigstellung behinderten. Nach deren Erledigung erfolgten im Herbst 2010 auch in diesem Abschnitt die Schlussarbeiten. Ebenso wurden die Trottoirüberfahrten in der gesamten Seefeldstrasse fertig gebaut. Nach Abschluss aller Arbeiten präsentiert sich die Seefeldstrasse als markant aufgewerteter Strassenraum mit einem Velostreifen stadteinwärts.

### Rämistrasse

In der Rämistrasse im Abschnitt zwischen Tannenstrasse und Heimplatz sind die Tramgleise stark abgenutzt. Die Hauptleitung der Wasserversorgung zwischen Gloriastrasse und Heimplatz ist teilweise fast 100-jährig und bruchgefährdet. Bereits zweimal kam es dort zu Wasserrohrbrüchen. Die Sanierungsarbeiten starteten im Herbst 2010 und dauern insgesamt bis Oktober 2011. Ersetzt werden die Gleisanlagen, die Werk- und Wasserleitungen sowie die Abwasserkanalisation. Zum Schluss werden sämtliche Fahrbahnen und Gehwege erneuert. Die drei betroffenen Tramhaltestellen erhalten behindertengerechte Haltekanten und Wartehallen.

Die Rämistrasse ist eine städtische Hauptverkehrsachse. Um die Einschränkungen des Verkehrs möglichst gering zu halten, werden die Bauarbeiten beschleunigt ausgeführt. Dies bedeutet, dass an mehreren Orten gleichzeitig gebaut wird. Dafür ist eine Umleitung des stadteinwärts fahrenden Individualverkehrs nötig. Phasenweise wird am Tag auch länger gearbeitet, und vermehrt wird auch in der Nacht und am Wochenende gebaut. Im Frühling 2011 muss für einige Wochen die Tramhaltestelle Kantonsschule stadteinwärts aufgehoben werden. Die Dauer der Bauarbeiten lässt sich dank dieser Massnahmen um gut 30 % verkürzen.

### Deklarationspflicht für Natursteine

Baubaufträge des Tiefbauamts sind seit Ende Oktober 2010 mit einer Deklarationspflicht zur Herkunft von Natursteinen verknüpft. Mit dieser Regelung will die Stadt unter anderem sicherstellen, dass sie keine von Kindern bearbeiteten Randsteine oder Pflastersteine einkauft. Nach einer einjährigen Pilotphase werden die Erfahrungen ausgewertet. Für diesen Schritt erhielt die Stadt Zürich Ende November 2010 vom Schweizerischen Arbeiterhilfswerk den «Fairen Stein», eine Auszeichnung, die an Gemeinden und Kantone verliehen wird, die sich vorbildlich für ein sozial-nachhaltiges Beschaffungswesen einsetzen.

### 4.5.3 Spezifische Kennzahlen 2007–2010

	2007	2008	2009	2010
Projekte (inkl. Kanalbauten ERZ)	544	565	580	644
davon in Realisierung	182	161	171	154
davon in Projektierung	233	215	225	223
davon in Planung	129	189	184	267
Anzahl Mitarbeitende	309	305	318	315
davon Lernende	19	17	17	19
davon Praktikanten	1	1	1	0
Investitionen (exkl. ERZ, VBZ, WVZ, ewz usw.)				
Ausgaben, in Mio. Fr.	60.9	47.3	83.5	75.9
Einnahmen, in Mio. Fr.	17.2	8.2	21.4	21.8



## 5. Parlamentarische Vorstösse

### I. Unerledigte Initiativen

Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2010)

Volks- und Einzelinitiativen, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

EIS = Einzelinitiative Stimmbürger (Erledigungsfrist 1½ Jahre mit ½ Jahr Verlängerung)  
EIR = Einzelinitiative Ratsmitglied (Erledigungsfrist 1½ Jahre mit ½ Jahr Verlängerung)  
VI = Volksinitiative (Erledigungsfrist 1½ Jahre mit ½ Jahr Verlängerung)

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
EIS 2008/000799 2008/000309	01.07.2008 22.10.2008	Kammerer Bruno Strassenverkehr, unterirdische Führung am Seebecken

«Zur Förderung von Zürichs urbaner Qualität und städtebaulicher Entwicklung wird zu Händen einer Volksabstimmung ein Projekt gestaltet und dazu der entsprechende Realisationskredit vorgelegt, welche den privaten Autoverkehr entlang dem innerstädtischen Seebecken im Raum Utoquai/Frascati bis Alfred-Escher-Strasse/Tunnelstrasse unter dem Boden und unter dem Wasser führt.»

Mit Weisung Nr. 487 vom 10. März 2010 stellt der Stadtrat dem Gemeinderat den Antrag, die Einzelinitiative abzulehnen.  
Die Weisung zur Einzelinitiative ist zurzeit in der Spezialkommission Polizeidepartement/Verkehr des Gemeinderats in Behandlung.

VI 2008/000324 2010/000030	08.10.2008 12.11.2008	Initiativkomitee «Zur Förderung des ÖV, Fuss- und Veloverkehrs in der Stadt Zürich» Zur Förderung des ÖV, Fuss- und Veloverkehrs in der Stadt Zürich
----------------------------------	--------------------------	---

I. Die Gemeindeordnung der Stadt Zürich wird um den folgenden Artikel ergänzt:  
Art 2<sup>ter</sup> (neu)

<sup>1</sup> Die Stadt Zürich trifft Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor den negativen Auswirkungen des Verkehrs.

<sup>2</sup> Die Stadt Zürich setzt konsequent auf den ÖV, Fuss- und Veloverkehr und fördert insbesondere die Tangentialverbindungen des ÖV und ein durchgehendes Veloroutennetz entlang oder parallel zu den Hauptachsen.

<sup>3</sup> Der Neu- oder Ausbau von Hochleistungs- und Hauptverkehrsstrassen ist nur unter der Bedingung zulässig, dass sich die Kapazität des gesamten Strassennetzes für den motorisierten Individualverkehr nicht erhöht. Die Stadt handelt nach diesem Grundsatz im Rahmen ihrer gesetzlichen Möglichkeiten und vertritt ihn gegenüber übergeordneten Stellen.

II. In die Gemeindeordnung der Stadt Zürich wird die folgende Übergangsbestimmung aufgenommen:

Der prozentuale Anteil des ÖV, Fuss- und Veloverkehrs am gesamten Verkehrsaufkommen in der Stadt Zürich soll bis zehn Jahre nach Inkrafttreten von Art 2<sup>ter</sup> (neu) um mindestens 10 Prozentpunkte erhöht werden; massgebend sind dabei die zurückgelegten Wege auf Stadtgebiet bezüglich des Gesamtverkehrs. Die Stadt Zürich trifft dazu die notwendigen Massnahmen und veröffentlicht jährlich einen Zwischenbericht.

Mit Weisung 471 vom 20. Januar 2010 hat der Stadtrat das Geschäft dem Gemeinderat überwiesen. Der Stadtrat beantragt die Ablehnung der Initiative und als Gegenvorschlag die Ergänzung von Art. 2<sup>ter</sup> Abs. 2 der Gemeindeordnung mit einer lit. d: «die Bevorzugung des Fuss-, Velo- und öffentlichen Verkehrs; dem öffentlichen Raum ist dabei besondere Sorge zu tragen.»

## II. Unerledigte Motionen und Postulate

Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2010)

Motionen und Postulate, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

MOT = Motion (Erledigungsfrist zwei Jahre nach Überweisung)

POS = Postulat (Erledigungsfrist zwei Jahre nach Überweisung)

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 1994/004024 1991/000392	28.08.1991 18.11.1992	Baur Toni und Mägli-Fischer Erika Gessnerallee/Sihlpost/Sihlquai, Realisierung einer Veloroute

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie eine Veloroute realisiert werden kann, die den Raum Gessnerallee/Sihlpost mit dem Raum Sihlquai verbindet.*

Die regional klassierte Veloroute soll nach der Fertigstellung des Durchgangsbahnhofs realisiert werden. Im Rahmen der Projektierung des Sihlstegs zwischen Le-Corbusier-Platz und Schützengasse wird auch die Zufahrt zur Unterquerung des HB geklärt. Seitens des Kantons (Awe) wurden Vorbehalte gegenüber einem Radweg im Sihlraum geäußert. Die Stadt hält aber an dieser Verbindung fest.

POS 1994/004028 1992/000139	15.04.1992 24.03.1993	Hirzel Charles und 9 Mitunterzeichnende Dübendorf- und Winterthurerstrasse in Schwamendingen, Signalisationsmassnahmen für die Sicherheit von Radfahrern
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob in der Dübendorf- und der Winterthurerstrasse in Schwamendingen durch Signalisationsmassnahmen die Sicherheit der Radfahrer erhöht werden kann.*

Die beiden Strassen sind mit Fahrbahnbreiten zwischen 7,00 und 7,50 m zu schmal für die Markierung von Radstreifen. Sichere Velomassnahmen bedingen somit eine umfassende Umgestaltung des Strassenraumes.

Für die Dübendorferstrasse wurde 2010 im Rahmen des Programms Velo 12 ein Projekt ausgelöst, das durchgehende Velomassnahmen zwischen dem Bahnhof Stettbach und der Riedwiesenstrasse vorsieht. Die Umsetzung ist 2014 geplant.

POS 1994/002245 1992/000528	18.11.1992 25.05.1994	Baur Toni Veloroute Margaretenweg, Realisierung der fehlenden Teilstücke
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie das fehlende Teilstück der Veloroute Margaretenweg – allenfalls kurzfristig mit provisorischen Massnahmen zwischen Borweg und der Abzweigung Räfelstrasse – realisiert werden kann.*

Verschiedene Möglichkeiten (auch provisorische) wurden bisher erfolglos geprüft. Aktuell ist keine Projektierung im Gang. Im Hinblick auf eine Vervollständigung des Veloroutennetzes wird in den nächsten Jahren ein erneuter Versuch unternommen.

POS 1994/004052 1993/000410	25.08.1993 27.10.1993	Baur Toni und Keller Ueli Uetlibergtunnel, Massnahmen im Zusammenhang mit der Eröffnung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie mit dem Regierungsrat zusammen Massnahmen getroffen werden können, die spätestens bei der Eröffnung des Uetlibergtunnels zur wirksamen und nachhaltigen Redimensionierung des Stadtzürcher Autoverkehrsnetzes und nicht zu lokalen Zusatzbelastungen führen.*

Die Strassenprojekte zur Sicherung der Entlastungswirkung im Zusammenhang mit der Westumfahrung wurden 2010 weitgehend abgeschlossen. Die erwartete Abnahme des Verkehrs auf der ehemaligen Westtangente ist eingetreten und kann mit den realisierten Strassenbauprojekten gesichert werden. Noch nicht realisiert werden konnten der Umbau des Quartierzentrums Morgental und die Einführung von Massnahmen auf der Rosengartenstrasse (Busbevorzugung, Staumanagement, Verkehrsflussoptimierung, Querungsmöglichkeit für zu Fuss Gehende). Das Projekt Morgental muss mit dem Kanton bereinigt werden, und das Projekt Rosengartenstrasse wird gegenwärtig ausgearbeitet und mit dem Kanton koordiniert.

POS 1994/002232 1994/000154	18.05.1994 08.06.1994	Baur Toni und Niggli Peter Wollishofen, Massnahmenplan zur Verkehrsberuhigung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie mit dem Regierungsrat zusammen ein Massnahmenplan zur Verkehrsberuhigung in Wollishofen ausgearbeitet werden kann.*

Der Stadtrat hat das Strassenprojekt Albisstrasse, das die Aufwertung des Quartierzentrums Morgental beinhaltet, im April 2010 dem Regierungsrat zur Genehmigung unterbreitet. Der Regierungsrat hat Anfang Dezember die Genehmigung für den Teilabschnitt Haltestelle Morgental in der Albisstrasse (Abschnitt Mutschellen- bis Tannenrauchstrasse) verweigert. Über das weitere Vorgehen wird 2011 entschieden.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 1994/002253 1994/000169	25.05.1994 08.06.1994	Widmer Graf Andrea und 9 Mitunterzeichnende Kreis 2, Ausarbeitung eines Verkehrskonzepts

Der Stadtrat wird gebeten, ein Verkehrskonzept für den Kreis 2 auszuarbeiten und zu verwirklichen, das folgende Punkte umfasst:

- Da der geplante Brunauriegel nach dem Entscheid des Bundesrats nicht verwirklicht wird, sollen andere, kurzfristig realisierbare Massnahmen getroffen werden, die geeignet sind, die Quartiere Wollishofen und Enge vom quartierfremden Durchgangsverkehr zu entlasten.
- Während der mehrjährigen Bauzeit des Uetlibergtunnels soll mit geeigneten Massnahmen verhindert werden, dass der Verkehr in die Wohnquartiere des Kreises 2 ausweicht.
- Spätestens mit der Eröffnung des Uetlibergtunnels ist im Kreis 2 ein umfassendes Verkehrskonzept zu verwirklichen, mit dem der Mehrverkehr, der durch den Uetlibergtunnel entsteht, von den Wohnquartieren ferngehalten werden kann.
- Diese Konzepte sind in Zusammenarbeit mit der Wohnbevölkerung und mit dem Gewerbe auszuarbeiten.

Der Stadtrat hat das Strassenprojekt Albisstrasse, das die Aufwertung des Quartierzentrums Morgental beinhaltet, im April 2010 dem Regierungsrat zur Genehmigung unterbreitet. Der Regierungsrat hat Anfang Dezember die Genehmigung für den Teilabschnitt Haltestelle Morgental in der Albisstrasse (Abschnitt Mutschellen- bis Tannenrauchstrasse) verweigert. Über das weitere Vorgehen wird 2011 entschieden.

POS 1996/000444 1996/000057	28.02.1996 12.03.1997	Tschopp Kurt und Spring-Gross Monika Bahnhof Wipkingen/Röschibachplatz, fussgänger-, velo- und behindertengerechte Verbindungen
-----------------------------------	--------------------------	---

Im Zusammenhang mit Bahn 2000, dem Ausbau der Strecke Zürich HB–Wipkingen–Oerlikon, bitten wir den Stadtrat zu prüfen, mit welchen baulichen Massnahmen die Fussgängerverbindungen zum Stationsgebäude und zum Röschibachplatz behindertengerecht, oberirdisch gebaut werden können und wie für Velofahrer und Velofahrerinnen eine Verbesserung der Verhältnisse, mit mehr Sicherheit, geschaffen werden kann, die sich städtebaulich mit dem neu eröffneten Stationsgebäude vertragen.

Die Studie zur gestalterischen Aufwertung des Röschibachplatzes ist aufgrund der unterschiedlichen Nutzungsansprüche komplex und konnte noch nicht abgeschlossen werden. Es ist geplant, mit der Sanierung der Nordbrücke die Bushaltestellen in beide Richtungen auf der Brücke anzuordnen und die Velospuren über die Brücke hinweg zu ergänzen. Im gleichen Zug soll die Zugangstreppe von der Brücke zum Bahnhof erneuert werden.

POS 1996/001892 1996/000341	11.09.1996 08.01.1997	Tschopp Kurt und Schönbächler Robert Rosengartenstrasse, Erstellung einer Fussgängerüberführung
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob beim Schulhaus Nordstrasse und beim westlichen Teil der Nordstrasse eine Fussgängerüberführung über die Rosengartenstrasse errichtet werden kann.

Eine Fussgängerüberführung über die Rosengartenstrasse bietet nebst städtebaulichen auch technische Probleme hinsichtlich der Aufgänge. Zur Reduktion der Trennwirkung der Rosengartenstrasse haben der Stadtrat und der Gemeinderat deshalb als Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Sofort-Massnahmen Zürich Nord-West» ein Projekt mit einer Busbevorzugung und Fussgängerstreifen in der Rosengartenstrasse (Höhe Wibichstrasse und Höhe Nordstrasse) vorgeschlagen. Daraufhin ist die Volksinitiative zurückgezogen worden. Der Stadtrat verfolgt nun die Umsetzung des Gegenvorschlags und hat zusätzlich zur bereits vorliegenden technischen Machbarkeitsstudie zusammen mit dem Kanton eine Betriebsstudie erarbeitet, welche die Umsetzbarkeit bestätigt.

POS 1997/002032 1997/000449	05.11.1997 06.05.1998	Garzotto Marina und 2 Mitunterzeichnende Kehrichtsäcke, Massnahmen gegen verfrühte Bereitstellung
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat von Zürich wird gebeten zu prüfen, wie die Probleme, die durch verfrühte Bereitstellung von Kehrichtsäcken entstehen, gelöst werden können.

Das flächendeckende Containerprojekt konnte per Ende 2010 offiziell abgeschlossen werden. Alle Züri-Sack-Container sind platziert, und die neue Infrastruktur ist von der Bevölkerung gut akzeptiert. Es werden nur wenige Züri-Säcke illegal neben den Containern deponiert.

Seit Mai 2009 gingen beim Kontrolldienst von ERZ 420 Meldungen ein, wonach Papier oder Karton nicht korrekt bereitgestellt war. Dabei handelte es sich vor allem um zu früh oder zu spät bereitgestelltes oder mit anderem Abfall verschmutztes Material.

Diese Posten wurden vor Ort kontrolliert. 10 Verursacher konnten eruiert und polizeilich angezeigt werden. Zudem verteilte der Kontrolldienst über 3200 Flyer zum Thema «Korrekte Bereitstellung von Papier und Karton» in den umliegenden Briefkästen. Mehr als 900 Verwaltungen und Hauseigentümer sind mittels Brief informiert worden. Mehr als 100 Mal suchte der Aussendienstmitarbeiter bei Firmen und Verwaltungen das persönliche Gespräch, um über die richtige Bereitstellung zu informieren. Dies mit grossem Erfolg.

Die Papier- und Kartongbereitstellung erfolgt bis auf rund 4–5% korrekt. Diese Zahlen bewegen sich in einem Rahmen, der erfahrungsgemäss hingenommen werden muss.

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 1998/001392 1998/000217	07.07.1998 19.08.1998	Spezialkommission Hochbaudepartement/Stadtentwicklung Gestaltung Kreuzplatz, Verbesserung der Verhältnisse
<p><i>Der Stadtrat wird ersucht, die Verhältnisse für den öffentlichen Verkehr, die Velofahrenden und die Fussgängerinnen und Fussgänger am Kreuzplatz im Zusammenhang mit der Verwirklichung des privaten Gestaltungsplans «Kreuzplatz» zu verbessern. Es soll dadurch gesamthaft eine Aufwertung des öffentlichen Raumes angestrebt werden.</i></p> <p>Das Projekt für die Neugestaltung des Kreuzplatzes beinhaltet eine Neugestaltung der Strassenräume mit einer gleichzeitigen neuen Führung der Querverbindungen für Fussgänger, Fahrräder und mit einer teilweise neuen Führung des motorisierten Verkehrs. Damit soll den Mängeln begegnet werden, die heute infolge der komplexen Nutzung und des dichten Verkehrs am Kreuzplatz bestehen.</p> <p>Das Verwaltungsgericht des Kantons Zürich hat mit Entscheid vom 15. 11. 2007 (VB.2007.00298) die Projektfestsetzung vom 13. 09. 2006 (StRB Nr. 1083/2006) aufgehoben, weil die Notwendigkeit der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) bejaht wurde. Im Anschluss an die laufende UVP ist voraussichtlich 2011 die Wiederholung der öffentlichen Projektauflage nach § 16 Strassengesetz vorgesehen.</p> <p>Weil das Bauvorhaben mit weiteren grossen Infrastrukturvorhaben (z. B. Forch- und Bellerivestrasse) koordiniert werden muss, verschiebt sich die Ausführung voraussichtlich auf 2016.</p>		
POS 1998/001764 1998/000326	30.09.1998 28.10.1998	Virag Jansen Eva und Prelicz-Huber Katharina Triemlifussweg zwischen Im Gut und Triemliplatz, Schaffung von Fussgängerverbindungen
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Durchlässigkeit mittels Querverbindungen zwischen den Kreisen 3 und 9 am Triemlifussweg für FussgängerInnen und VelofahrerInnen gewährleistet werden kann.</i></p> <p>Die heute bestehenden Querverbindung (Höhe Sallenbachstrasse) und der Triemlifussweg selber sind im kommunalen Verkehrsplan klassiert und durch Dienstbarkeiten oder Baulinien gesichert. Deren Freigabe für den Veloverkehr bedingt eine Verbreiterung der Wege. Ein entsprechendes Projekt wird im Rahmen der Vervollständigung des Veloroutennetzes in den nächsten Jahren geprüft werden.</p>		
POS 1999/000666 1999/000168	14.04.1999 24.05.2000	Biedermann Silvia und Spring-Gross Monika Breitensteinstrasse/Am Wasser, Bau von beidseitigen Trottoirs
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob unverzüglich ein Projekt ausgearbeitet werden kann, das den Bau von möglichst beidseitig durchgehenden Trottoirs sowie von sicheren und benutzerInnenfreundlichen Übergängen für Fussgängerinnen und Fussgänger entlang dem Strassenzug Breitensteinstrasse/Am Wasser vorsieht.</i></p> <p>Für die Strasse Am Wasser, Europabrücke bis Hardturmsteg, ist ein Projekt in Erarbeitung, das beidseitige Gehsteige sowie Fussgängerübergänge mit Schutzinseln vorsieht. Die Realisierung ist, vorbehaltlich der Genehmigung durch die zuständigen Instanzen von Stadt und Kanton, in den Jahren 2012/13 geplant.</p>		
POS 1999/002083 1999/000591	24.11.1999 14.11.2001	Seliner Emil und Ottmer Lars Langstrasse, Aufwertung der umliegenden Quartierplätze
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im Bereich der Langstrasse Quartierplätze durch gezielte Gestaltungsmaßnahmen und Nutzungsvorgaben aufgewertet werden können. Insbesondere bieten sich die Raumöffnungen an den Kreuzungspunkten der Langstrasse mit Stauffacher-, Kanzlei-, Hohl-, Diener- und Militärstrasse an.</i></p> <p>Im September 2008 wurde die städtische Vorlage «Parkierung und Aufwertung der Umgebung Helvetiaplatz» vom Volk angenommen und damit der Grundstein für die Aufwertung im Bereich des Helvetiaplatzes (insbesondere Molkenstrasse) gelegt. Das Vorhaben sollte gemeinsam mit der Sanierung des Amtshauses Helvetiaplatz geplant, projektiert und umgesetzt werden. Die Sanierung des Amtshauses ist in der Zwischenzeit auf die Jahre 2017/18 verschoben worden. Zurzeit wird deshalb geprüft, ob eine frühere Einführung der verkehrsarmen Langstrasse möglich ist.</p> <p>Gegen das Projekt Feld- und Schöneggstrasse sowie gegen die verkehrsarme Langstrasse sind Einsprachen eingegangen. Die Einsprachen gegen die verkehrsarme Langstrasse wurden zurückgezogen, die übrigen sind noch hängig, wodurch sich die Umsetzung verzögert.</p>		
POS 2000/000369 2000/000065	09.02.2000 05.06.2002	Schüepf Jürg R. und Furter Willy Westast, Anschluss nach Brunau und Schöneich
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei der Planung des so genannten Westastes der A 1 (Grünau bis Sihlquai) in eigener Regie und/oder bei den zuständigen Instanzen von Kanton und Bund mitgewirkt werden kann, damit dieses Nationalstrassenstück der Klasse III im Bereich Sihlquai/Hauptbahnhof ohne Kapazitätserweiterung im Raume Sihlquai an den Stadttunnel Sihltief angeschlossen wird.</i></p> <p>Gemäss dem kantonalen Richtplan vom 26. März 2007 soll genannter Teilabschnitt des Sihlquais tiefgelegt geführt werden und einen unterirdischen Anschluss an einen allfälligen Stadttunnel nach Süden erhalten. Kapazitätsausbauten in diesem Bereich sind nicht vorgesehen, da sie vom städtischen Netz gar nicht aufgenommen werden könnten. Beim Bund sind allerdings für den «Stadttunnel» keine Gelder eingestellt (weder in der Netzfertigstellung noch der Engpassbeseitigung des Nationalstrassennetzes noch im Agglomerationsprogramm). Der Stadttunnel ist auch nicht Bestandteil der Anpassungen des bundesrätlichen Netzbeschlusses.</p>		

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
MOT 2000/000577 2000/000126	21.03.2000 19.04.2000	Spezialkommission Hochbaudepartement /Stadtentwicklung BZO 1999/Teil III, flankierende Massnahmen

Der Stadtrat wird beauftragt, im Zusammenhang mit der BZO 99/Teil III Massnahmen zur Aufwertung jener Gebiete vorzusehen, die durch die Auswirkungen der neuen BZO zusätzlich belastet werden. Insbesondere gilt dies für die neuen Zentrums- und IHD-Zonen, für die noch keine Konzepte mit flankierenden Massnahmen bestehen, zum Beispiel die Gebiete Binz, Flurstrasse/Zollfreilager, Bahnhof Altstetten.

Massnahmen sind für folgende Bereiche zu erarbeiten und zu realisieren:

- Erstellung von Freihalte-, Grün- und Erholungsflächen
- Gestaltung des öffentlichen Raumes
- bestmögliche Erschliessung durch den öffentlichen Verkehr
- Verbesserung der Sicherheit im öffentlichen Raum

Zu diesem Zweck soll der Stadtrat einen Zeitplan vorlegen und die dazu notwendigen Mittel jährlich im Budget ausweisen. Die daraus entstehenden Weisungen und Budgetanträge sollen vom Stadtrat departementsübergreifend vorbereitet und koordiniert werden. Sie sind den zuständigen Spezialkommissionen zur Beratung vorzulegen und vom Gemeinderat zu genehmigen.

Binz: Die 2008 erarbeitete Verkehrsstudie mit den darin empfohlenen Massnahmen bildet die Grundlage für die weiteren Planungen in diesem Gebiet. Flurstrasse/Zollfreilager: Der Gestaltungsplan zum Zollfreilager wurde am 27.11.2010 in Kraft gesetzt. Er stellt die sorgfältige Gestaltung der Aussenräume und deren Vernetzung mit der Umgebung sicher.

Im Entwicklungsgebiet Bahnhof Altstetten–Juch finden mit dem Bau der neuen Tramlinie Zürich-West, dem Bau des Vulkanplatzes und dem Strassenprojekt Max-Högger-Strasse wichtige Aufwertungen im öffentlichen Raum statt, die auch die Zugänglichkeit des Bahnhofs Altstetten verbessern. Basis bildet das Entwicklungskonzept Arbeitsgebiet Bahnhof Altstetten (November 2001).

POS 2000/000581 2000/000130	22.03.2000 04.12.2002	Schönbächler Robert und 11 Mitunterzeichnende Sportanlage Sihlhölzli, Erstellung von Lärmschutzwänden
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie raschmöglichst Lärmschutzmassnahmen für die Aussenanlage der Sportanlage Sihlhölzli realisiert werden können.

Da Lärmsanierungen gemäss eidgenössischer Lärmschutzverordnung prioritär für Bewohner sowie Arbeitsplätze zur erfolgen haben, können Sanierungsmassnahmen zum Schutz von Aussenräumen wie z. B. Sportanlagen mit Erholungsfunktion erst in einer späteren Phase an die Hand genommen werden. Die Frist für die Lärmsanierung an Strassen wurde vom eidgenössischen Parlament bis 2018 verlängert. Deshalb können die gewünschten Lärmsanierungsmassnahmen bis auf weiteres nicht realisiert werden.

POS 2000/000629 2000/000147	29.03.2000 22.01.2003	Prelicz-Huber Katharina und Spring-Gross Monika Hardturmstrasse, Erstellung von Verbindungswegen und Grünräumen
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob er dem Gemeinderat baldmöglichst ein Projekt für den Umbau der Hardturmstrasse zu einem auch für Fussgängerinnen und Fussgänger sowie Velofahrende attraktiven und ungefährlichen Erschliessungsweg vorlegen kann.

Ein entsprechendes Projekt ist unter informeller Mitwirkung der Quartierbevölkerung (zwei Infoveranstaltungen) in Erarbeitung. Die Realisierung ist, vorbehältlich der Genehmigung durch die zuständigen Instanzen von Stadt und Kanton, 2012/13 geplant.

POS 2003/000698 2003/000079	28.06.2000 05.03.2003	Hug Christoph und Knauss Markus S-Bahnhöfe, Verbesserung der Zugänglichkeit
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, die einen Rahmenkredit in der Höhe von 5 Mio. Franken für Verbesserungen der Zugänglichkeit von S-Bahnhöfen in der Stadt Zürich zum Inhalt hat.

In absehbarer Zeit werden die Bahnhöfe Selnau, Brunau und Giesshübel im Sinne des Postulats aufgewertet. Die Bahnhöfe Tiefenbrunnen und Wiedikon sind pendent.

POS 2003/000872 2003/000108	13.09.2000 19.03.2003	Zimmerling Enkelmann Anita und Bisig Nicole Hardplatz, Aufwertung und Neugestaltung
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird beauftragt, im Rahmen des neuen Verkehrsregimes auf der Hardbrücke einen Objektkredit für die Aufwertung und Neugestaltung des Hardplatzes zu sprechen. Wichtiger Bestandteil des Projekts ist die Schaffung eines niveaugleichen Knotens zwischen Hard- und Hohlstrasse.

VBZ und TAZ haben eine Vorstudie für das Tram Hardbrücke erarbeitet (gemäss VBZ-Linienkonzept 2025 und Motion GR Nr. 2007/1 von Markus Knauss und Daniel Leupi). Dieses Projekt sieht vor, dass auch der Hardplatz neu organisiert und gestaltet wird. Bisherige Studien im Rahmen der Erschliessung des Polizei- und Justizentrums und der flankierenden Massnahmen Westumfahrung haben allerdings gezeigt, dass ein niveaugleicher Knoten zwischen der Hard- und der Hohlstrasse wegen der benötigten Verkehrskapazitäten nicht machbar ist.

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 2003/001017 2003/000132	31.01.2001 02.04.2003	Schönbächler Robert und 12 Mitunterzeichnende S-Bahnhof Hardbrücke bis Pfingstweidstrasse, Gestaltung des Raumes als Bahnhofplatz
<p><i>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, die den Raum S-Bahnhof Hardbrücke bis Pfingstweidstrasse als Bahnhofplatz grosszügig mit den angrenzenden Arealen (Maag, Gerold und Welti-Furrer) und in Absprache mit den übergeordneten Instanzen aufwertet und die in den nächsten Jahren realisiert werden kann. In die Planung ist der Innenbereich des Bahnhofs mit den räumlichen und nutzungsmässigen Bedürfnissen einzuschliessen.</i></p> <p>Der gesamte Hardstrassenraum und der Vorplatz zum Bahnhof Hardbrücke sind im kommunalen Richtplan als Fussgängerbereiche klassiert. In den Leitlinien Zürich-West und in den Sonderbauvorschriften Maag-Plus wird die Aufwertung der S-Bahn-Station als zentrales Element der Entwicklung von Zürich-West gesehen. Nach der Aufwertung des Bahnhofszugangs folgen die Veloabstellplätze, Treppenaufgänge usw. Nach Abschluss der Sanierung der Hardbrücke werden beide Fuss- und Veloachsen entlang der Hardbrücke übers Gleisfeld attraktiver sein. Mit dem Bau des Trams Hardbrücke sollen die Zugänge zum Bahnhof ausgebaut werden.</p>		
POS 2001/000480 2001/000116	07.03.2001 02.04.2003	Schönbächler Robert und 14 Mitunterzeichnende S-Bahn-Haltestelle Hardbrücke, Aufwertung
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, sich mit allem Nachdruck bei den SBB und den kantonalen Behörden dafür einzusetzen, dass der Gesamttraum der S-Bahn-Haltestelle Hardbrücke samt Vorplatz durch organisatorische und bauliche Massnahmen zu einem attraktiven Stadtbahnhof umgestaltet und möglichst schnell realisiert wird.</i></p> <p>Der gesamte Hardstrassenraum und der Vorplatz zum Bahnhof Hardbrücke sind im kommunalen Richtplan als Fussgängerbereiche klassiert. In den Leitlinien Zürich West und in den Sonderbauvorschriften Maag-Plus wird die Aufwertung der S-Bahn-Station als zentrales Element der Entwicklung von Zürich-West gesehen. Nach der Aufwertung des Bahnhofszugangs folgen die Veloabstellplätze, Treppenaufgänge etc. Nach Abschluss der Sanierung Hardbrücke werden beide Fuss- und Veloachsen entlang der Hardbrücke übers Gleisfeld attraktiver sein. Mit dem Bau des Trams Hardbrücke sollen die Zugänge zum Bahnhof ausgebaut werden.</p>		
POS 2001/001272 2001/000340	20.06.2001 14.01.2004	Zimmermann Markus und 4 Mitunterzeichnende Limmatuferzone in Wipkingen, Aufwertung
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie das Gebiet zwischen Bahnhof Letten und Gemeinschaftszentrum Wipkingen aufgewertet werden kann. Von besonderem Interesse ist dabei die Aufwertung der Limmatuferzone vom Bahnhof Letten bis zum GZ Wipkingen, aber auch die Wasserwerk- und die Hönigerstrasse sowie der Wipkingerplatz.</i></p> <p>Eine Vorstudie zur Aufwertung des Wipkingerplatzes ist zurzeit in Arbeit. Der Spielraum für die Umgestaltung wird von vielen Randbedingungen und Anforderungen eingeschränkt. Mit einem Abschluss der Vorstudie kann frühestens 2011 gerechnet werden.</p>		
POS 2001/002193 2001/000577	14.11.2001 23.10.2002	Schmid Roland und Rosenheim Monjek Manesseplatz, verkehrstechnische Verbesserung
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der Manesseplatz im Kreis 3 verkehrstechnisch verbessert werden kann. Insbesondere ist zu prüfen, ob</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li><i>– eine Verflüssigung des Durchgangsverkehrs durch Entflechtung und Vereinfachung der Verkehrsströme erreicht werden kann;</i></li> <li><i>– die Bushaltestelle auf der allgemeinen Fahrspur versetzt werden kann, um Rückstau in der Steinstrasse zu vermeiden;</i></li> <li><i>– mittels Kanalisierung der Verkehrsströme in der Steinstrasse und in der Zurlindenstrasse die Entlastung der übrigen Quartierstrassen und insbesondere der Austrasse erreicht werden kann.</i></li> </ul> <p>Das Tiefbauamt hat eine Studie zur Verkehrsoptimierung des Manesseplatzes erarbeitet. Die vorgeschlagenen Massnahmen wurden im Jahr 2005 anhand einer Versuchsordnung vor Ort überprüft. In diese Untersuchung wurde die Austrasse einbezogen. Die Austrasse soll mit diesen Massnahmen vom Durchgangsverkehr entlastet werden. Die Resultat dieses Versuchs und der Lösungsansatz für die Anpassung des Verkehrsknotens wurden mit dem Kanton besprochen. Die Massnahmen sollen gleichzeitig mit dem Strassenbauprojekt Manessestrasse im Jahr 2014 umgesetzt werden.</p>		
POS 2001/002244 2001/000587	21.11.2001 21.01.2004	Virag Jansen Eva, Uetlibergtunnel, flankierende Verkehrsmassnahmen
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er Druck auf den Regierungsrat ausüben kann, dass im Hinblick auf die Eröffnung des Uetlibergtunnels in den Kreisen 2 und 3 weitergehende flankierende Massnahmen projektiert werden, als bis jetzt geplant und genehmigt worden sind.</i></p> <p>Eine weitergehende Massnahme im Sinne des Postulats ist die Aufwertung des Quartierzentrums Morgental. Der Regierungsrat hat jedoch dem Projekt Ende 2010 die Genehmigung verweigert. Über das weitere Vorgehen wird 2011 entschieden. Ebenfalls eine weitergehende Massnahme ist die Umgestaltung der Birmensdorferstrasse mit Aufwertung der Schmiede Wiedikon. Der Abschnitt Seebahnstrasse bis Ämtlerstrasse befindet sich in Ausführung, der Abschnitt Ämtlerstrasse bis Triemli ist nach § 16 Strassengesetz aufgelegt worden.</p>		



Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
--------------------------------	----------------------------	--

POS 2004/001521 2004/000522	12.06.2002 22.09.2004	Prelicz-Huber Katharina und 13 Mitunterzeichnende Zürich-West, Schaffung von fünf neuen Parks
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird eingeladen, eine Vorlage auszuarbeiten, die im Stadtgebiet Zürich-West (Escher-Wyss/Güterbahnhof/Hohlstrasse/Stadtgrenze/Limmat) fünf neue Parks vorsieht.*

Im Rahmen der Entwicklungsplanung Zürich-West wurden verschiedene Freiräume sowohl auf öffentlichen wie auch auf privaten Flächen ausgewiesen und in den Leitlinien sowie im Freiraumkonzept festgehalten. Die Stadt plant ihre Umsetzung parallel zur baulichen Entwicklung des Gebiets. Wo möglich, macht sie bei planungsrechtlichen Verfahren den privaten Bauträgern Auflagen hinsichtlich Schaffung von öffentlich zugänglichen Freiräumen wie z. B. der Dachterrasse auf dem Toni-Areal, der Giessereihalle und dem Pocketpark im Puls 5 oder den Freiräumen auf dem Hardturmareal sowie dem Maaghof auf dem Maag-Areal Plus.

Dem Gebietscharakter entsprechend werden nicht nur parkartige, sondern auch urbanere Freiräume geplant. Neben der Aufwertung von Strassenräumen, Wegen und kleineren Freiräumen leisten folgende grosse Freiräume in oder unmittelbar angrenzend an Zürich-West einen Beitrag an die Quartieraufwertung: Bereits fertiggestellt sind folgende Projekte: die 1. Etappe Josefswiese (Instandstellung und Aufwertung der Spielbereiche), der Wipkingerpark, der Turbinenplatz, Uferpark und Spielplatz des Schulhauses am Wasser, Bank- und Baumlager auf privatem Grund beim Gleisbogen, der Fuss-/Radweg Lettenviadukt (Limmatstrasse bis Josefswiese) sowie der Steinfelsplatz.

Die Bauetappen 1 bis 3 des Gleisbogens sind realisiert. Die Passerelle konnte Anfang September 2010 eröffnet werden. Die Etappen 4 und 5 werden 2011/2012 gebaut.

Geplant sind derzeit die Fuss- und Radwegachse Hardturmviadukt (Mühleweg), der Quartierpark Pflingstweid – der entsprechende Wettbewerb wurde 2010 abgeschlossen –, das Hardturmareal, der Maaghof sowie der öffentliche Freiraum Breitenstein.

POS 2002/001346 2002/000258	10.07.2002 12.03.2003	Leupi Daniel und Jäger Alexander Veloverkehr, Sicherung im Bereich des Hauptbahnhofs
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie eine sichere Führung des Veloverkehrs rund um den Hauptbahnhof sichergestellt werden kann.*

Die geplante Europaallee im Stadtraum HB wird für den Veloverkehr geöffnet sein. Entlang der Lagerstrasse wird ein Radweg zwischen Langstrasse und Gessnerbrücke realisiert.

Mit der Realisierung des Sihlstegs zwischen Le-Corbusier-Platz und Schützengasse wird nach Fertigstellung des Bahnhofs Löwenstrasse die Umsetzung der regionalen Veloroute unter dem Hauptbahnhof hindurch angestrebt.

Für die Veloverkehrsführung über den Bahnhofplatz zeichnet sich noch keine Lösung ab. Wegen der Bauarbeiten für die Durchmesserlinie der SBB werden zudem in den nächsten Jahren immer wieder zusätzliche Beeinträchtigungen des Verkehrsablaufs auftreten.

Im Konzept zur Aufwertung der Innenstadt, das 2010 verabschiedet wurde, sind die Velorouten rund um den Hauptbahnhof festgehalten.

POS 2002/002099 2002/000470	06.11.2002 02.04.2003	Danner Ernst und Furter Willy Internationale Bahnverbindungen, beschleunigter Ausbau
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, mit welchen Massnahmen der Ausbau der internationalen Bahnverbindungen von Zürich zu den grossen Zentren im Umkreis von 600 km beschleunigt und dadurch die Verlagerung des Flugverkehrs auf die Schiene rasch verwirklicht werden kann.*

Reisezeitverkürzungen von und nach Zürich sind auf Schweizer Gebiet mit der Realisierung von Eisenbahn-Grossprojekten verknüpft. Die Stadt Zürich setzt sich in der 2008 gegründeten Städteallianz öffentlicher Verkehr Ost- und Zentralschweiz beim Bund für eine Engpassbeseitigung auf den Achsen Zürich–Zug–Luzern sowie Zürich–Winterthur–St. Gallen ein. Zu diesen und anderen Projekten muss der Bundesrat im Auftrag des Parlaments eine Vorlage (Priorität, Finanzierung) unter dem Titel «Bahn 2030» erarbeiten. Bezüglich Bahnlinie Zürich–Stuttgart werden derzeit auf dem Streckenteil der SBB zwischen Bülach und Schaffhausen zwei Doppelspurinseln gebaut. Das ermöglicht ab 2012 einen halbstündlichen Schnellzugtakt Zürich–Schaffhausen. Das ist wichtig für die Gäubahn nach Stuttgart–Nürnberg. Letztere hat im Herbst 2010 die Zusage für einen Planungskredit und die wichtige Unterstützung der DB erhalten.

POS 2002/002381 2002/000529	04.12.2002 22.09.2004	Schmid Georg und Schönbächler Robert Central, Erstellen eines Fusswegs bis zur Polyterrasse
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob entlang dem Polybähnli eine Fusswegverbindung vom Central bis zur Polyterrasse erstellt werden kann.*

Im Masterplan Hochschulquartier ist die angeregte Wegverbindung vorgesehen. Im Zusammenhang mit der Planung am Central (2011) wird die Machbarkeit geprüft.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
--------------------------------	----------------------------	--

POS 2003/000697 2003/000078	04.12.2002 05.03.2003	Birrer Susann und Piesbergen Monika VBZ, Halbinsel-Lösung für die Haltestelle Fluntern
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, wie im Zuge der für das Jahr 2004 geplanten Auswechslung der Tramschienen im Raum Vorderberg/Haltestelle Fluntern die bereits in der Projektstudie des Quartiervereins Fluntern postulierte Halbinsel-Lösung realisiert werden kann.*

2009 wurde nochmals ein breiter Variantenfächer für eine neue Verkehrsführung überprüft. Die aus Sicht des Tiefbauamts beste Variante wurde im Mai 2010 öffentlich vorgestellt. Die Rückmeldungen zeigten, dass diese Variante eine grossflächige Neugestaltung des Vorderbergs voraussetzt und deshalb nur schwer umsetzbar ist. Es soll daher eine weitere Variante (unter Beibehaltung der heutigen Verkehrsführung) erarbeitet werden.

POS 2002/002521 2002/000561	18.12.2002 08.01.2003	Schönbächler Robert und Nielsen Claudia Theaterplatz und Münsterhof, Veloverbindungen
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er im Zuge der Aufhebung der oberirdischen Parkplätze auf dem Theaterplatz und dem Münsterhof sichere und rasche Veloverbindungen gewährleisten kann, um Konflikte zwischen FussgängerInnen und VelofahrerInnen auf ein Minimum zu reduzieren.*

Über den Münsterhof führt eine regionale Veloroute. Nach der geplanten Aufhebung der Parkplätze ist eine Signalisation als Fussgängerzone vorgesehen, in der Veloverkehr zwar zugelassen ist, die Fussgänger aber vortrittsberechtigt sind. Diese Zonierung ist im «Verkehrskonzept Innenstadt – Aufwertung der Strassenräume» vorgesehen, das 2010 verabschiedet wurde.

Gemäss diesem Konzept werden Theater- und Opernhausplatz nach der Neugestaltung als Fahrverbotszone (ausgenommen Veloverkehr) signalisiert werden. Der ganze Platz wird also mit dem Velo befahrbar sein. Zudem ist entlang der Schoeckstrasse eine Veloverbindung vorgesehen. Damit gelangen Velos von der Quairbrücke her direkt zur Theaterstrasse. Zudem wird so eine sichere Verbindung von der Quairbrücke zur Rämistrasse möglich.

POS 2002/002528 2002/000566	20.12.2002 08.01.2003	Birrer Susann und Nielsen Claudia Sechseläuten-Theaterplatz, Freihaltung von baulichen Massnahmen und Einbezug in das Konzept «Plan Lumière»
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten, dafür zu sorgen, dass der Sechseläuten-Theaterplatz nach erfolgter Kompensation (Opernhausparking) und Aufhebung der Parkfelder von baulichen Massnahmen sowie festen Installationen (ausgenommen die im Gestaltungsplan vorgesehenen) frei gehalten wird, damit der historisch wertvolle Platz seine raumgestaltende Wirkung entfalten und städtebauliche Akzente setzen kann. Der Stadtrat wird darüber hinaus eingeladen, den Sechseläuten-Theaterplatz ins Konzept des «Plan Lumière» einzubeziehen und die Nutzung so zu planen, dass der Platz einen angemessenen Teil des Jahres frei von flächendeckenden temporären Nutzungen bleibt.*

Die vorgeschlagenen Massnahmen sind in das Projekt Neugestaltung Sechseläuten-, Theaterplatz eingearbeitet worden. Die Beleuchtung ist ein integraler Bestandteil des Projekts und wird nach den Grundsätzen des Plan Lumière ausgearbeitet. Der Stadtrat wird rechtzeitig vor Inbetriebnahme des neuen Sechseläutenplatzes ein Nutzungskonzept verabschieden, das unter anderem die Freihaltung des Platzes während einer angemessenen Zeit pro Jahr vorsieht.

POS 2002/002527 2002/000567	20.12.2002 08.01.2003	Birrer Susann und Nielsen Claudia Münsterhof, Freihaltung von baulichen Massnahmen und Einbezug in das Konzept «Plan Lumière»
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten, dafür zu sorgen, dass der Münsterhof nach erfolgter Kompensation der Parkplätze (links der Limmat, in Gehdistanz zum Münsterhof) und Aufhebung der Parkfelder von baulichen Massnahmen sowie festen Installationen frei gehalten wird, damit der historisch wertvolle Platz seine raumgestaltende Wirkung entfalten und städtebauliche Akzente setzen kann.*

Der Stadtrat wird darüber hinaus eingeladen, den Münsterhof ins Konzept des «Plan Lumière» einzubeziehen und die Nutzung so zu planen, dass der Platz einen angemessenen Teil des Jahres frei von flächendeckenden temporären Nutzungen bleibt.

Die vorgeschlagenen Massnahmen sind in das Projekt eingearbeitet worden. Die Beleuchtung ist ein integraler Bestandteil des Projekts und wird nach den Grundsätzen des Plan Lumière ausgearbeitet. Die Platzfläche wird weitgehend freigehalten und bildet so auch eine flexible Plattform für temporäre Nutzungen.

POS 2003/001522 2003/000183	04.06.2003 17.09.2003	Leupi Daniel und Schönbächler Robert Langstrasse, sichere Verkehrsführung zwischen Hohl- und Militärstrasse
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen,*

- *wie dem Veloverkehr in der Langstrasse (Abschnitt zwischen Hohl- und Militärstrasse) so schnell wie möglich eine legale und sichere Verkehrsführung in beiden Richtungen angeboten werden kann und*
- *wie das im regionalen Richtplan vorgesehene Verkehrskonzept für die Langstrasse umgesetzt werden kann (Langstrasse autoarm mit öffentlichem Verkehr, Taxi-, Velo-, Anwohner- und Lieferverkehr/Kanonengasse bzw. Feldstrasse mit motorisiertem Durchgangsverkehr).*

Das neue Verkehrsregime ist rechtskräftig. Das Strassenprojekt wurde noch nicht rechtskräftig festgesetzt.

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 2004/000043 2004/000006	07.01.2004 21.01.2004	Schönbächler Robert und Stähler Anton Stadion Hardturm, Aufwertung des Areals bei der VBZ-Wendeschleife
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie das Areal der Tramwendeschleife beim Stadion Hardturm neben den Bernoulli-Häusern im Zusammenhang mit dem Bau des neuen «Stadion Zürich» aufgewertet werden kann und die Zugänge zur Tramhaltestelle und zum Limmatraum damit verbessert werden können.</i></p> <p>Das ursprünglich geplante Projekt «Stadion Zürich» wurde von der Credit Suisse aufgegeben. Wegen der Rückweisung des Budgets 2011 durch den Gemeinderat wurde ein Architekturwettbewerb für das Hardturmstadion im Dezember 2010 abgebrochen. Bevor die Projektierungsarbeiten wieder aufgenommen werden können, sind deshalb zuerst die Entscheide zum Budget 2011 abzuwarten. Die Neuprojektierung der Tramwendeschleife Hardturm wird im Rahmen eines separaten Projekts weiterverfolgt.</p>		
POS 2004/000454 2004/000098	03.03.2004 13.09.2006	SVP-Fraktion Graffiti und andere Verunreinigungen, Entfernung durch Private
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob Graffiti und Sprayereien in der Stadt Zürich durch private Personen und Unternehmungen entfernt werden können.</i></p> <p>ERZ Entsorgung + Recycling Zürich ist für die Graffiti-Entfernung an öffentlichen Verkehrs- und Kunstbauten verantwortlich. Diese Arbeiten werden durch die Stadtreinigung ausgeführt oder an private Unternehmen oder «Soziale Einrichtungen und Betriebe» vergeben. Die Zusammenarbeit hat sich bewährt. Die Auslagerung der Aufträge erfolgt aufgrund der Art der Graffiti und unter Berücksichtigung der dafür notwendigen Reinigungsmethoden. Im Jahr 2010 haben private Reinigungsunternehmen ein Auftragsvolumen von rund 145'000 Franken ausgeführt.</p>		
POS 2004/000715 2004/000201	07.04.2004 13.09.2006	Danner Ernst Zehntenhausplatz, oberirdische Fussgängerverbindungen über die Wehntalerstrasse
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie möglichst rasch oberirdische Fussgängerverbindungen über die Wehntalerstrasse beim Zehntenhausplatz in Affoltern realisiert werden können.</i></p> <p>Das Begehren nach einem Fussgängerübergang bei der Wehntalerstrasse 549 ist in die Bedürfnisplanung des TAZ aufgenommen worden. Im Rahmen des übergeordneten Betriebs- und Gestaltungskonzepts Wehntalerstrasse wird geprüft, ob ein Übergang an dieser Stelle in die Verkehrsregelanlage Zehntenhausplatz einbezogen werden kann.</p>		
POS 2007/000162 2007/000061	25.08.2004 31.01.2007	Stokar Gasser Christine Rüthhofquartier, kostengünstige Aufwertung der Verkehrssituation
<p><i>Der Stadtrat wird beauftragt, die Verkehrssituation im Rüthhofquartier, im Bereich Frankentalerstrasse/Geeringstrasse/Regensdorferstrasse/Im oberen Boden, möglichst kostengünstig aufzuwerten.</i></p> <p>Ein entsprechendes Projekt wurde vom Stadtrat am 14. 1. 2009 bewilligt. Aufgrund von Rekursen konnte es noch nicht festgesetzt werden.</p>		
POS 2004/001800 2004/000622	24.11.2004 31.01.2007	Butz Marlène und Leupi Daniel Quaianlagen zwischen Landiwiese und Arboretum, Entflechtung von Fuss- und Veloverkehr
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Veloroute entlang den Quaianlagen zwischen Landiwiese und Arboretum so angepasst werden kann, dass Fuss- und Veloverkehr besser entflochten werden.</i></p> <p>2010 wurde der Radweg vor dem Parkplatz Hafen Enge gebaut. Damit entfällt die umständliche Holperstrecke über den Parkplatz, und die Veloroute findet ihre logische Fortsetzung entlang der Strasse und führt nicht ins Arboretum. Im Rahmen der längerfristigen Neugestaltung des Mythenquais (ca. 2016), sind in beide Fahrrichtungen Radstreifen auf der Fahrbahn geplant bzw. eine Führung im Busstreifen. Im Hinblick auf eine bessere Einhaltung der Verkehrsregeln werden neben der normalen Kontrolltätigkeit der Polizei zusätzliche velospezifische Massnahmen geprüft (Kommunikation, Ahndung von Verstössen), die im Rahmen der städtischen Velostrategie umgesetzt werden sollen.</p>		

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 2004/001907 2004/000670	15.12.2004 08.06.2005	Käppeli Hans Jörg und Prof. Dr. Maeder Kurt Eisenbahnbrücken beim Bahnhof Oerlikon, Schaffung direkter und stufenfreier Fussgängerverbindungen nach deren Neubau
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im Rahmen des Neubaus der Eisenbahnbrücken an der Wallisellerlinie über die Schaffhauserstrasse eine direkte und stufenfreie Fussgänger Verbindung zwischen dem Bahnhof Oerlikon und Messe/Hallenstadion geschaffen werden kann. Die Ausgestaltung soll eine gute städtebauliche und benutzerfreundliche Qualität aufweisen</i></p> <p>Der Ersatzbau der SBB-Brücke über die Schaffhauserstrasse für die Gleise 1 und 2 konnte im November 2009 abgeschlossen werden. Vom Perron der Gleise 1 und 2/3 führt je ein Treppenturm zur Schaffhauserstrasse und zur Andreasstrasse. Im Zusammenhang mit dem Projekt Quartieranbindung Ost ist es möglich, eine stufenfreie Verbindung vom Perron Gleise 2/3 zur Andreasstrasse zu erstellen. Der stufenlose Zugang wird zusammen mit den SBB in der Planung für die 3. Etappe der Quartieranbindung Ost geprüft.</p>		
POS 2005/000350 2005/000098	16.03.2005 14.06.2006	Jäger Alexander und Tognella Roger Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ), Umstellung der Fahrzeugflotte auf Erdgasbetrieb
<p><i>Der Stadtrat wird um Prüfung gebeten, ob die städtische Fahrzeugflotte auf erdgasbetriebene oder Kompogas-Fahrzeuge umgestellt werden kann. Die Umrüstung soll im Zuge der ordentlichen Erneuerung erfolgen, soweit nicht zwingende technische Anforderungen andere Antriebskonzepte erfordern.</i></p> <p>ERZ Entsorgung + Recycling Zürich hat die Personenwagenflotte im Jahre 2010 schrittweise auf mit Erdgas und Strom betriebene Antriebe umgerüstet. Ebenfalls fand im Jahre 2010 ein Feldversuch mit einem gasbetriebenen Abfallsammelfahrzeug statt. Auch wurde im Jahre 2010 die Erdgastankstelle an der Bändlistrasse eröffnet.</p>		
POS 2005/000648 2005/000206	25.05.2005 08.06.2005	Spezialkommission Verkehr Öffentlicher Verkehr, Beteiligung des Kantons an Investitionen in der Stadt Zürich
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der Kanton Zürich verpflichtet werden kann, sich zeitgerecht und im angemessenen Rahmen an den Investitionen für Ausbauten des öffentlichen Verkehrs in der Stadt Zürich zu beteiligen.</i></p> <p>Der Kanton ist gesetzlich verpflichtet, sich an den Kosten des überkommunalen Strassennetzes und des Schienenverkehrs zu beteiligen.</p>		
POS 2005/000899 2005/000275	06.07.2005 18.01.2006	Schönbächler Robert und Nielsen Claudia Gleisüberquerung Kanonengasse/Klingenstrasse, Erstellen einer Passerelle
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob ergänzend zur geplanten Gleisüberquerung Kanonengasse–Klingenstrasse eine Passerelle auf der Höhe der Eiggasse bis zur Hafnerstrasse mit Abgängen zu sämtlichen Perrons vorgesehen werden könnte und wie die Finanzierung aufgeteilt werden kann.</i></p> <p>Mit einem Wettbewerbsverfahren wurde die Gestaltung des Negrellistegs evaluiert. Für die Gleisquerung auf der Höhe Eiggasse/Hafnerstrasse wurde im Rahmen des Gestaltungsplans Stadtraum HB und im Zusammenhang mit der Gestaltung des öffentlichen Raumes Stadtraum HB sichergestellt, dass die Realisierung eines Fussgängersteiges möglich bleibt.</p>		
POS 2005/001290 2005/000426	26.10.2005 09.11.2005	Nagel Ueli und Rosenheim Monjek Allmend Brunau, Zwischenbericht über das Entwicklungs- und Nutzungskonzept
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er im Zusammenhang mit der Umsetzung des Entwicklungs- und Nutzungskonzepts Allmend Brunau die Information des Gemeinderats über den Fortschritt der Arbeiten, insbesondere die Bewältigung der verschiedenen Nutzungskonflikte im Bereich Allmend I bis IV sowie den Umgang mit der Altlastenproblematik, sicherstellen kann. Zwei Jahre nach Beginn der Neugestaltungen, spätestens aber Ende 2007 soll dem Gemeinderat hierzu ein Zwischenbericht vorgelegt werden.</i></p> <p>Dem Gemeinderat wurde am 14.11.2007 ein Zwischenbericht vorgelegt.</p> <p>Der heutige Projektstand präsentiert sich wie folgt: Das Projekt Hochwasserschutz und Sihrenaturierung ist vom Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (Awel) nach wie vor zurückgestellt. Die davon abhängenden städtischen Projekte Neugestaltung Allmend I–III, der neue Steg über die Allmend I und die Sihl sowie der Neubau des Kiosks am linken Sihlufer bleiben somit ebenfalls zurückgestellt.</p> <p>Die Neugestaltung der Allmend I ist abgeschlossen. Sie steht seit Mai 2010 der Bevölkerung zur Erholungsnutzung wieder zur Verfügung. Das Gebiet ist nun eine hundefreie Zone, und der Aufsichts- und Informationsdienst Allmend (Aida) kontrolliert regelmässig die Einhaltung dieser Vorgabe. Er gibt zudem Auskunft über die wertvollen Naturflächen und die Geschichte der Allmend.</p> <p>Projekt Freestyleanlage und Bikepark: Nach der Ablehnung der Volksinitiative «Für eine freie Allmend» in der Volksabstimmung im Sommer 2010 wurde ein neues Baugesuch für die Freestyleanlage eingereicht. Dagegen wurden keine Rechtsmittel ergriffen. Die Baubewilligung liegt vor. Mit den Bauarbeiten soll 2011 begonnen werden. Für den Bikepark wurde ein Vorprojekt ausgearbeitet. Das Baugesuch soll 2011 eingereicht werden.</p>		

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2005/001249 2005/000405	05.10.2005 02.11.2005	Stucker Rolf und Tuena Mauro Hallenstadion, Standort für die Skulptur eines Eishockeyspielers

*Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie bei der Neugestaltung des Platzes vor dem Hallenstadion, nach der Fertigstellung des neuen Stadthofs 11 und der Haltestelle der Stadtbahn, die Chad-Silver-Skulptur einen prominenten Standort analog dem heutigen beibehält.*

Mit dem Umbau des Hallenstadions hatte die Skulptur von Kurt Laurenz Metzler von ihrem angestammten Platz auf privatem Grund weichen müssen. Der Eigentümer der Skulptur, der ZSC-Club 21, fragte bei der Stadt deshalb nach, ob die Skulptur auf dem Platz der Tramhaltestelle Messe/Hallenstadion aufgestellt werden dürfe. Die städtische Kunstkommission erachtete die Skulptur als für den Platz nicht geeignet und empfahl eine Platzierung beim Trainingszentrum des ZSC im Heerenschürli. Die Skulptur durfte provisorisch am angestammten Ort bleiben.

Mit den zahlreichen Projekten, z. B. Eröffnung der Stadtbahn, Umbau des Hallenstadions und des Stadthofs 11, bekommt der Platz in absehbarer Zeit ein neues Gesicht und erhält eine neue Bedeutung. In diesem Zusammenhang soll auch die Standortfrage der Skulptur von der Stadt neu beurteilt werden. Die Skulptur kann bis dahin an ihrem heutigen provisorischen Standort bleiben.

MOT 2006/000029 2005/000550	21.12.2005 18.04.2007	Mariani Mario und Herzog Muriel Lindenplatz, Realisierung eines Hauptstrassenraumes gemäss Verkehrsplan
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, welche für die Sanierung des Lindenplatzes in Zürich Altstetten zusätzlich zum vorgesehenen Perimeter auch den angrenzenden Strassenraum miteinbezieht, mit dem Ziel, einen der Hauptstrassenräume in Quartierzentren (gemäss Festlegung E 4.7 aus dem kommunalen Verkehrsplan der Stadt Zürich) zu realisieren.*

Der Raum Altstetten, insbesondere zwischen Luggwegstrasse und Hermetschloo, wird durch geplante Infrastrukturprojekte grosse Veränderungen erfahren. Zum einen sollen Flankierende Massnahmen (FlaMa) umgesetzt und die Stadtbahn Limmattal realisiert werden.

Die Stadt Zürich hat sich zum Ziel gesetzt, den Raum Altstetten entsprechend seiner Bedeutung als Subzentrum aufzuwerten und in seiner Entwicklung zu stärken. Seit Herbst 2009 ist ein Team aus Ingenieuren, Planern und Städtebauern mit der Erarbeitung eines Gestaltungs- und Betriebskonzepts für den Raum Altstetten beauftragt. Die Badenerstrasse, somit auch der an den Lindenplatz angrenzende Strassenraum, ist ein Teil des Bearbeitungsperimeters. Zu den Zielen des Gestaltungs- und Betriebskonzepts gehören die Quartier- und stadtverträgliche Umsetzung der geplanten Infrastrukturprojekte und die Aufwertung des Quartierzentrums mit der Umsetzung des im kommunalen Verkehrsrichtplan definierten Fussgängerbereiches.

MOT 2006/000030 2005/000551	21.12.2005 21.11.2007	Piller Bernhard und Mariani Mario Hardbrücke, Sanierung mit einem Veloweg von Hardplatz bis Bucheggplatz
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung zu unterbreiten, die im Zusammenhang mit der Sanierung der Hardbrücke die Erstellung eines sicheren, durchgehenden Velowegs – Veloweg Nr. 155 (Albisriederplatz bis Bucheggplatz) im kantonalen Richtplan – über die Hardbrücke bis zum Abschnitt Rosengartenstrasse beinhaltet.*

Nach der voraussichtlich im November 2011 abgeschlossenen Sanierung der Hardbrücke stehen dem Veloverkehr zwischen Hardplatz und Bahnhof Hardbrücke auf beiden Seiten der Hardbrücke kombinierte Fuss-/Velowege zur Verfügung. Damit kann das im Richtplan auf der Hardbrücke vorgesehene Veloroutenstück umgesetzt werden.

Die von den Motionären geforderte Verbindung zwischen Bahnhof Hardbrücke und Rosengartenstrasse ist nicht im Richtplan enthalten und kann aus Gründen der Verkehrssicherheit und infolge der Brückenkonstruktion nicht umgesetzt werden. Die Führung des Velos auf der Busspur ist hier aus Sicherheitsgründen nicht möglich, da unter anderem die Zufahrts- und Abfahrtsrampen eine nicht lösbare Gefahrenstelle darstellen. Für eine bauliche Erweiterung der Hardbrücke im geforderten Abschnitt fehlt einerseits seitlich und unterhalb der Platz und ist andererseits auch die Tragfähigkeit der Brücke im Randbereich ungenügend, um eine weitere Konstruktion aufzunehmen.

POS 2006/000031 2005/000552	21.12.2005 14.05.2008	Piller Bernhard und Robert Schönbächler Velowegverbindungen, Verbesserung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Velowegverbindungen in der Innenstadt und die Velo-Tangentialverbindungen von der linken zur rechten Stadtseite verbessert sowie die Velorouten von der Peripherie ins Zentrum direkter und schneller gemacht werden können.*

Die im Postulat erwähnten Ziele sind Gegenstand des Ende 2010 verabschiedeten «Verkehrskonzept Innenstadt – Aufwertung der Strassenräume». Dieses Konzept definiert die Hauptrouten für den Veloverkehr und Leitsätze für dessen Führung in der Innenstadt.

Die Velorouten sollen in den nächsten Jahren forciert umgesetzt werden. Im Hinblick auf die Überarbeitung des regionalen Richtplans wird zudem die Klassierung von sogenannten Schnellrouten für den Veloverkehr geprüft.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
--------------------------------	----------------------------	--

POS 2006/000056 2006/000004	11.01.2006 22.03.2006	Bachmann Hans Familiengartenareal Aussersihl-Hard, Verzicht auf dessen Aufhebung
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, auf die Aufhebung des Familiengartenareals «Bullinger» im Quartier Aussersihl-Hard zu verzichten.*

Der westliche Teil des Areals soll ein klassisches Familiengartenareal bleiben. Im Ostteil haben Bodenproben ergeben, dass eine Belastung des Erdreichs vorliegt. Die bisherige Nutzung muss deshalb eingeschränkt werden. In der belasteten östlichen Arealhälfte soll aus der Not eine Tugend gemacht werden. Die Gärten sollen im Sinne des Projekts «Setzkasten» so umgenutzt oder nötigenfalls saniert werden, dass Gesundheitsgefährdungen ausgeschlossen sind und die diversifizierte Nutzung gleichzeitig einer breiteren Öffentlichkeit dienen. Grün Stadt Zürich bereitet seit Herbst 2010 die Sanierung der belasteten Flächen vor; die erforderlichen Mittel sind im Budget 2011 eingestellt. Die eigentlichen Sanierungsarbeiten sollen im Winter 2011/2012 beginnen. Das Areal verbleibt weiterhin in der Erholungszone E3. Die Form der künftigen, überwiegend gärtnerischen Nutzung wird in einem partizipativen Prozess mit der Quartierbevölkerung festgelegt. Der betroffene Familiengartenverein ist zur Mitwirkung eingeladen.

POS 2008/000528 2008/000216	11.01.2006 14.05.2008	Nagel Ueli und Leupi Daniel Utoquai, Befreiung vom motorisierten Verkehr und Umgestaltung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung zu unterbreiten mit dem Ziel, den nördlichsten Abschnitt des Utoquais – zwischen der Abzweigung vom Limmatquai und vom Bellevueplatz, hinter dem sog. «Riviera»-Limmatufer – vom motorisierten Verkehr zu befreien und zu einer Boulevard-Promenade umzugestalten.*

*Die Weisung soll insbesondere die durch die Umwidmung erforderlichen Neuführungen des motorisierten Verkehrs und der ZVV-Buslinien 912 und 916 («Zolliker Bus», AZZK) am Bellevue aufzeigen, das Vorgehen zur optimalen Führung des Veloverkehrs festlegen sowie einen Planungskredit für die Neugestaltung und städtebauliche Aufwertung der neuen Utoquai-Promenade enthalten. Die eigentliche bauliche Neugestaltung des besagten Teilstücks soll dann Gegenstand einer separaten Weisung sein, analog zum Vorgehen beim Limmatquai.*

Ein 2008 erstelltes Betriebs- und Gestaltungskonzept für den Raum Bellevue zeigt auf, dass ein verkehrsfreies Utoquai zwar grundsätzlich möglich, die Nachteile und Systemrisiken aber erheblich wären. Für ein verkehrsfreies Utoquai müssten in der Rämistrasse zwei zusätzliche Linksabbiegestreifen vor dem Bellevuehaus eingerichtet und die Notfallspur von Schutz + Rettung Zürich aufgehoben werden. Das System besäße keine Reserven mehr, und bereits geringe Schwankungen der Verkehrsmengen aus der Rämistrasse würden zu einem Überstauen des Knotens Odeon führen.

Es gibt jedoch Alternativen, z.B. die einstreifige Verkehrsführung im Utoquai. Das Tiefbauamt bearbeitet entsprechende Pläne mit dem Ziel, ein Projekt im Zusammenhang mit dem 2014 geplanten Umbau der Haltestelle Bellevue ausführen zu können.

POS 2006/000084 2006/000013	18.01.2006 22.03.2006	Anhorn Ruth Familiengartenareal Pflingstweid, Verzicht auf Aufhebung
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, auf die Aufhebung von Familiengartenarealen auf Stadtgebiet zu verzichten, insbesondere auf die Aufhebung des Areals «Pflingstweid» im Industriequartier.*

Das ehemalige Familiengartenareal Pflingstweid wurde von einer Zone E3 (Familiengärten) in eine Zone FC (Freihaltzone Sport) umgezogen. Der Umbau der Fläche in einen öffentlichen Park ist beschlossene Sache. Das Wettbewerbsverfahren gewann der Entwurf von Carola Antón García und Dominique Ghiggi des Büros antón & ghiggi landschaft architektur aus Zürich. Das Siegerprojekt wird 2011 zum bewilligungsfähigen Bauprojekt weiterentwickelt, sodass der Gemeinderat voraussichtlich 2012 über den Objektkredit entscheiden kann.

POS 2006/000170 2006/000039	01.02.2006 14.05.2008	Mariani Mario und Leupi Daniel Veloverkehr, Bericht über dessen Bedeutung in der Innenstadt
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten, dem Gemeinderat innert zweier Jahre einen Bericht betreffend Veloverkehr in der Innenstadt zu unterbreiten, der folgende Punkte enthält:*

- Bedeutung des Veloverkehrs in der Innenstadt für StadtbewohnerInnen und PendlerInnen, insb. für Arbeits-, Bildungs-, Freizeit- und Einkaufsverkehr;
  - Ziel-/Quellorte und Wunschlinien des Veloverkehrs und die Potenziale in den nächsten 5/10/15 Jahren;
  - Welche Führungsprinzipien (z.B. Mischverkehr mit Autoverkehr, Mischverkehr mit Fussverkehr, Radwege) sollen unter welchen Bedingungen wo gelten?
  - Konkretisierung der Richtplan-Vorgabe, dass die Fussgängerbereiche velodurchlässig sein sollen;
  - Analyse der heutigen Konfliktpunkte, Schwachstellen und Netzlücken;
  - Konzept über den ruhenden Veloverkehr (Abstellanlagen, Standorte, Standards usw.) unter Einbezug der betroffenen Stadtbahnhöfe.
- Umsetzungskonzept (kurz-, mittel- und langfristig).*

Das 2010 verabschiedete «Verkehrskonzept Innenstadt – Aufwertung der Strassenräume» enthält im «Teilkonzept Velo» Aussagen über Haupttrouten für den Veloverkehr und Leitsätze für dessen Führung. Grundsätzlich soll die Innenstadt für Velofahrende durchlässig sein (Mischverkehr). Ausnahmen bilden lokale Fahrverbote im Interesse der Sicherheit. Haupttrouten werden grundsätzlich eigentrasseiert geführt (Radstreifen/-wege) und werden jeweils als bestehend oder geplant bezeichnet. Zudem werden Defizite bei den Veloabstellplätzen räumlich bezeichnet.

Das Konzept dient als Orientierungsrahmen für die Entwicklung der Innenstadt für die nächsten 10 bis 15 Jahre und es soll im Zuge von Einzelprojekten umgesetzt werden.



Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2006/000586 2006/000209	31.05.2006 21.06.2006	Pauli Pascal und Leupi Daniel Einhausung der Autobahn in Schwamendingen, Bewegungs- und Gestaltungsräume für Jugendliche und Kinder

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im Rahmen der Einhausung in Schwamendingen Bewegungs- und Gestaltungsräume für Jugendliche und Kinder auf dem entstehenden Deckel realisiert werden können. In die Prüfung soll auch die Gestaltung der Wände miteinbezogen werden, die sich beispielsweise für Sportzwecke – z. B. für eine Boulderwand (Trainingsstrecke fürs Sportklettern) – eignen könnten. Dabei sollen die Bedürfnisse im Quartier erhoben und in eine kooperative Planung mit den Betroffenen einbezogen werden.

Im Rahmen der Projektentwicklung der Einhausung der N 1.4.4 in Schwamendingen ist vorgesehen, die betroffene Bevölkerung in die Detailgestaltung des Deckels und der Wände einzubeziehen. Dieses kooperative Verfahren soll dem jeweiligen Projektstand entsprechend in zwei Phasen abgewickelt werden. Nach der Plangenehmigung, die ca. Ende 2012 vorliegen soll, werden die bereits bekannten Quartieranliegen zusammen mit Fach- und Quartierinstitutionen überprüft und ergänzt. Dort geht es beispielsweise um Fragen der Standorte der beiden vorgesehenen Spielplätze und weitere Nutzungen. Im Rahmen des Detailprojekts werden dann umsetzbare Ideen vom Projektierungsteam bis zur Ausführungsreife konkretisiert. Kurz vor der Ausführung der Gestaltungs- und Bewegungsräume auf dem Deckel, d. h. frühestens 2017/2018, werden die Anstösser und Nutzergruppen für die Detaillierung der Ausstattung nochmals in die endgültige Ausführungsplanung einbezogen.

MOT 2006/000679 2006/000256	21.06.2006 22.11.2006	Leupi Daniel und Girod Bastien Velostationen, Realisierung von zwei Anlagen am Hauptbahnhof
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung zu unterbreiten, die zur Realisierung von zwei Velostationen am Hauptbahnhof führt. Als Standorte sind a) der nördliche Ausgang der für den Tiefbahnhof geplanten Personenunterführung beim Landesmuseum und b) der Bereich Sihlpost/Flügelbahnhof vorzusehen. Die Stationen sollen je rund 1500 Plätze umfassen und nach dem Vorbild der Stationen in Basel bzw. derjenigen in Nord-europa betrieben werden: grösstenteils diebstahlsichere Abstellplätze, sichere und direkte Zufahrten, sehr gute Zugänglichkeit von/zu den Geleisen, Angebot von velobezogenen Dienstleistungen (Reparaturen, Verkauf von Zubehör, Velovermietung usw.).

Der Gemeinderat hat die Frist zur Vorlage einer Weisung im Sinne der Motion mit Beschluss vom 22. 9. 2010 bis 21. 11. 2011 antragsgemäss verlängert.

POS 2006/000913 2008/000448	23.08.2006 24.09.2008	Leupi Daniel und Kisker Gabriele Mutschellenstrasse, Realisierung eines Hauptstrassenraums gemäss Verkehrsplan
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung zu unterbreiten, die im nördlichen Teil des Morgentals (Mutschellenstrasse) zur Realisierung eines Hauptstrassenraumes gemäss Richtplan führt.

Die Mutschellenstrasse liegt im Fussgängerbereich Morgental; das Quarz-Objektblatt enthält entsprechende Stossrichtungen für diese kommunale Strasse. Die Anliegen werden im Rahmen der in Arbeit befindlichen Vorstudie für das Strassenprojekt Mutschellenstrasse geprüft.

POS 2006/000934 2008/000449	30.08.2006 24.09.2008	Grüne-Fraktion Verordnung für die Abfallbewirtschaftung (VAZ), Ergänzung mit Infrastrukturgebühren
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird beauftragt, die Verordnung für die Abfallbewirtschaftung in der Stadt Zürich (VAZ) in folgendem Sinne zu ergänzen:  
– Betriebe, die Abfall verursachen, der auf dem öffentlichen Grund oder als öffentlicher Abfall entsorgt wird, zahlen entsprechend höhere Abfallgebühren (Infrastrukturpreis).

Für bewilligungspflichtige Veranstaltungen auf öffentli chem Grund darf in der Regel nur Pfand- oder Mehrweggeschirr verwendet werden. Erscheint dies nicht zumutbar, sind andere geeignete Massnahmen zur Vermeidung und Verminderung des Abfalls zu treffen.

Die Erhöhung des Infrastrukturpreises für Betriebe, die im öffentlichen Grund mehr Abfall als andere generieren, erscheint nicht sinnvoll. Das Problem liegt in der fehlenden Zuordnung der fraglichen Abfälle. Zwar trifft es zu, dass gewisse Betriebe mehr Abfall generieren als andere, aber sie tun dies nicht selber, sondern es geschieht mittelbar, indem die Kunden dieser Betriebe Verpackungen im öffentlichen Grund entsorgen. Der heutige Infrastrukturpreis berücksichtigt diese Tatsachen bereits, und eine (mengenunabhängige) Ungleichbehandlung gewisser Betriebe liesse sich rechtlich nicht rechtfertigen. ERZ Entsorgung+Recycling Zürich begrüsst und unterstützt jedoch die Forderung nach einer Verankerung der Pflicht zur Verwendung von Pfand- sowie Mehrweggeschirr an Veranstaltungen, weil es trotz intensiver Bemühungen bis heute nicht gelungen ist, die von Veranstaltungen stammende Abfallmenge im öffentlichen Grund zu vermindern. Im Gegenteil nimmt die Abfallmenge von Veranstaltungen tendenziell zu. Die Rückgewinnung von Wertstoffen – insbesondere Glas, Aluminium und PET – ist sehr aufwendig und liegt mit ca. 10% des gesamten Abfallaufkommens an Veranstaltungen weit hinter der schweizerischen Recyclingquote von ca. 50% zurück. Aus Sicht von ERZ Entsorgung + Recycling Zürich bietet alleine die konsequente Verwendung von Pfand- bzw. Mehrweggeschirr eine Chance, die Abfallmenge an Veranstaltungen zu senken.

POS 2006/000976 2006/000368	06.09.2006 25.02.2009	Recher A. und 2 Mitunterzeichnende Fusswege, Umgestaltung zur Verbesserung der Sicherheit
-----------------------------------	--------------------------	--

Sehr oft fahren VBZ-Busse oder -Trams parallel zu diesen Strecken (z. B. Hardplatz–Hardbrücke, Langstrassenunterführung). Es wäre naheliegend, den Fussgängerinnen und Fussgängern die Benutzung des öffentlichen Verkehrs für diese jeweils nur ein bis zwei Stationen kostenlos zu ermöglichen. Es ist unverständlich, wenn sie für Planungsfehler zu bezahlen haben.

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
MOT 2006/001034 2006/000393	20.09.2006 25.02.2009	Leupi Daniel und Odermatt André Velostation, Realisierung am Bahnhof Stadelhofen
<p><i>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung zu unterbreiten, die zur Realisierung einer Velostation beim Bahnhof Stadelhofen führt. Die Station soll diebstahlsichere Abstellplätze, sichere und direkte Zufahrten, sehr gute Zugänglichkeit von/zu den Geleisen, möglichst unter Einbezug von velobezogenen Dienstleistungen (Reparaturen, Verkauf von Zubehör, Velovermietung, Veloverleih usw.), aufweisen. Zusammen mit den weiteren, dezentral angeordneten Abstellflächen ist eine Anzahl von rund 1000 Veloabstellplätzen anzustreben. Eine Aufteilung in kostenpflichtige (nahe bei den Gleisen) und kostenfreie (weiter entfernte) Abstellplätze ist selbstverständlich.</i></p>		
POS 2006/001168 2006/000460	25.10.2006 08.11.2006	Kappeler Thomas und Schönenberger-Meier Katrin Luftseilbahn Stettbach-Zoo, Verhinderung von Parkplatzsuchverkehr
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im Zusammenhang mit dem Vorhaben einer Seilbahn vom Bahnhof Stettbach zum Zoo rechtzeitig mittels begleitender Massnahmen sichergestellt werden kann, dass dieses Verkehrsmittel zu einer deutlichen Erhöhung des Modal Split beim Zoobesuchsverkehr führt und der Parkplatzsuchverkehr von Zoobesucherinnen und Zoobesuchern in den Wohnquartieren in der Umgebung des Zoos wie auch der Talstation in Stettbach verhindert wird.</i></p> <p>Gegenwärtig wird in der Spezialkommission Polizeidepartement/Verkehr eine Weisung zur Erhöhung der Parkplatzgebühren im Gebiet Zoo behandelt. Die Stadt hat im Rahmen des Plangenehmigungsverfahrens zur Seilbahn einen Antrag zur Sicherstellung der nötigen Anzahl Parkplätze in der P&amp;R-Anlage in Stettbach gestellt.</p>		
POS 2006/001165 2006/000457	25.10.2006 25.02.2009	im Oberdorf Bernhard und Wohler Bruno Einhausung der Autobahn in Schwamendingen, Integration der Grünzone
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Grünzone auf dem Deckel der Einhausung in Zürich Schwamendingen gut in das Quartier integriert werden kann. Sie sollte derart gestaltet werden, dass sie bevölkerungsfreundlich und auch in der Dunkelheit sicher ist.</i></p>		
POS 2006/001365 2006/000569	06.12.2006 15.12.2006	Angst Walter Hardbrücke, Verzicht auf Ausgaben für Kommunikation
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten, den Verzicht auf einen erheblichen Teil der im Budget für die Sanierung der Hardbrücke vorgesehenen Ausgaben für Kommunikation zu prüfen. Die Verzichtsplannung soll insbesondere all jene Ausgaben umfassen, die nicht im Zusammenhang mit der Information der Bevölkerung (AnwohnerInnen und NutzerInnen der Hardbrücke) über den Bauablauf und die mit dem Bau in Verbindung stehenden Beeinträchtigungen stehen.</i></p> <p>Die Diskussion in der Tagespresse im Sommer/Herbst 2009 hat gezeigt, dass eine umfassende Baustelleninformation für Anwohnende, Unternehmer und für die Strassenbenützenden von zentraler Bedeutung ist, um sich in der ständig wechselnden Situation zurechtzufinden. Die positiven Reaktionen auf die Baustelleninformation zur Hardbrücke seitens ADAC und TCS im Jahr 2010 zeigen, dass die richtigen Kommunikationsmassnahmen getroffen wurden.</p>		
POS 2006/001368 2006/000572	06.12.2006 16.12.2006	Nagel Ueli und Cerliani Pierino Alleenkonzept, beschleunigte Umsetzung durch zusätzliche Strassenbäume
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie durch zusätzliche Neupflanzungen von Strassenbäumen die Umsetzung des Alleenkonzepts beschleunigt werden kann.</i></p> <p>Das Alleenkonzept, das der Stadtrat am 16. Oktober 1991 zustimmend zur Kenntnis genommen hat, ist als langfristige Zielvorstellung für die zukünftige städtische Strassenbaumpflanzung zu verstehen. Es dient als verwaltungsinterne Arbeitsgrundlage für die im Strassenraum tätigen Dienstabteilungen. Das Alleenkonzept soll im Sinne eines Richtplans zur Ergänzung bestehender und zur Erstellung neuer Alleen herangezogen werden. Es wurde schon immer im Zuge des koordinierten Bauens umgesetzt, was bedeutet, dass Alleen zusammen mit der Realisierung von Strassenbauprojekten gepflanzt werden. Alles andere wäre zu kostspielig und zudem oft nicht zweckmässig, weil Bäume nur dann gute Wachstumsbedingungen erhalten, wenn Arbeiten in ihrem Wurzelraum auf ein Minimum reduziert werden. Dies ist nur mit dem koordinierten Bauen gewährleistet. So kann sichergestellt werden, dass frisch gepflanzte Bäume nicht schon nach kurzer Zeit wegen Werkleitungsarbeiten in Mitleidenschaft gezogen werden.</p>		

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 2006/001374 2006/000578	06.12.2006 31.01.2007	Butz Marlène und Hensch-Stadelmann Theresa G. Hafen Enge und Arboretum, Verbesserungsmaßnahmen für die Veloroute
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie gleichzeitig mit dem Neubau des Kiosks am Hafen Enge und den damit verbundenen Anpassungen im Arboretum Massnahmen ergriffen werden können, damit die Velofahrenden die markierte Veloroute benutzen. Hierzu soll einerseits die bisherige Veloroute sicherer, attraktiver, durchgehend und logisch gemacht werden. Andererseits sollen Massnahmen ergriffen werden, die zu einer besseren Beachtung des Fahrverbots in den Fussgängerbereichen führen.</i></p> <p>2010 wurde der Radweg vor dem Parkplatz Hafen Enge gebaut. Damit entfällt die umständliche Holperstrecke über den Parkplatz, und die Veloroute findet ihre logische Fortsetzung entlang der Strasse und führt nicht ins Arboretum. Im Rahmen der längerfristigen Neugestaltung des Mythenquais (ca. 2016) sind in beide Fahrrichtungen Radstreifen auf der Fahrbahn geplant bzw. eine Führung im Busstreifen. Im Hinblick auf eine bessere Einhaltung der Verkehrsregeln werden neben der normalen Kontrolltätigkeit der Polizei zusätzliche velospezifische Massnahmen geprüft (Kommunikation, Ahndung von Verstössen), die im Rahmen der städtischen Velostrategie umgesetzt werden sollen.</p>		
POS 2007/000017 2006/000593	15.12.2006 25.02.2009	Schicker Daniela und Filli Peider Biber, Lebensraum auf Stadtgebiet
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten abzuklären, ob dem Biber, der sich seit längerem in Schwamendingen an der Glatt anzusiedeln versucht, auf Stadtgebiet ein geeigneter Lebensraum zur Verfügung gestellt werden kann.</i></p>		
POS 2007/000257 2007/000104	07.03.2007 25.02.2009	Egger Urs Bahnhöfe und wichtige Plätze, Erstellen kostenpflichtiger Velostationen
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie an neuralgischen Punkten (z. B. Bahnhöfe, wichtige Plätze usw.) Veloparkanlagen erstellt werden können. Eine Aufteilung in kostenpflichtige (zentral gelegene) und kostenfreie (weiter entfernte) Abstellplätze ist selbstverständlich.</i></p>		
POS 2007/000495 2007/000247	09.05.2007 25.02.2009	im Oberdorf Bernhard und Nikles Hans Abfälle in öffentlichen Anlagen, kostenneutrale Vermeidung
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie das Entstehen von Abfallbergen in öffentlichen Parks kostenneutral vermieden werden kann, eine Verslumung, die insbesondere an Wochenenden ein besonders grosses Ärgernis erregt.</i></p>		
MOT 2007000556 2007000279	23.05.2007 30.09.2009	Egger Urs und 13 Mitunterzeichnende Kunstrasenplätze, Sanierung und Neuerstellung
<p><i>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, wie innerhalb von zwei Jahren 10 Kunstrasenplätze saniert und 5 neue erstellt werden können.</i></p>		
POS 2007/000565 2007/000287	23.05.2007 30.09.2009	Rykart Sutter Karin und Knauss Markus Tramtrassee an der Hardturmstrasse, Begrünung
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie eine Begrünung des Tramtrassees an der Hardturmstrasse ermöglicht werden kann.</i></p>		
POS 2007/000795 2007/000406	11.07.2007 30.09.2009	Leupi Daniel und Nielsen Claudia Sihl an der Lessingstrasse, Realisierung eines Stegs gemäss Richtplan
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der im kommunalen Richtplan vorgesehene Steg über die Sihl zwischen Lessingstrasse und Sihlcity so schnell als möglich realisiert werden kann.</i></p>		
MOT 2007/000983 2007/000510	19.09.2007 30.09.2009	Graf Franziska und Leupi Daniel Fahrradverleihsystem, Einführung und Trägerschaft
<p><i>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, mittels der stadtweit ein einfaches, benutzerfreundliches und kostengünstiges Fahrradverleihsystem eingerichtet und dieses einer geeigneten Trägerschaft für den Betrieb übergeben werden kann. Als Vorbild sollen erfolgreiche Konzepte wie zum Beispiel jenes der Stadt Lyon dienen, angepasst an die Verhältnisse der Stadt Zürich.</i></p>		

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 2007/001055 2007/000538	03.10.2007 26.03.2008	Zimmermann Markus und Reimann Beatrice Umsetzung der Baulinienvorlage Neufrankengasse, Verhinderung neuen Durchgangsverkehrs
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei der Umsetzung der durch die Baulinie an der Neufrankengasse zwischen der Lager- und Hohlstrasse vorgesehenen neuen Strasse (vgl. Weisung 64, GR Nr. 2006/491) mit flankierenden Massnahmen neuer Durchgangsverkehr durch das Quartier verhindert werden kann.</i></p> <p>Der Gemeinderat hat am 16. Dezember 2009 einer Fristverlängerung für die Erfüllung der Motion von Markus Knauss (Grüne) und Beatrice Reimann (SP) betreffend Umsetzung der Baulinienvorlage Neufrankengasse, Linienführung der überkommunalen Strasse, bis 26. März 2011 zugestimmt (GR Nr. 2009/608). Nachdem die kantonale Volkswirtschaftsdirektion am 25. November 2009 die neuen Baulinien genehmigt hatte, war die Planungs- und Rechtssicherheit gegeben. Die für eine kredit-schaffende Weisung notwendige Detailplanung samt Planaufgaben gemäss Strassengesetz benötigt allerdings deutlich länger als zwei Jahre. Der Stadtrat hat deshalb dem Gemeinderat einstweilen eine Planungsstudie in Aussicht gestellt, in der die Möglichkeiten für die Umsetzung aufgezeigt werden.</p>		
MOT 2007/001109 2007/000564	24.10.2007 26.03.2008	Knauss Markus und Reimann Beatrice Umsetzung der Baulinienvorlage Neufrankengasse, Linienführung der überkommunalen Strasse
<p><i>Der Stadtrat wird eingeladen, dem Gemeinderat eine kredit-schaffende Weisung vorzulegen, welche die Realisierung einer aufs verkehrliche Minimum beschränkten Strasse mit einer vorläufigen Buslösung (im Hinblick auf die Tramlinie 1) zwischen Sihlpost und Hohlstrasse auf der Lagerstrasse, der Neufrankengasse und entlang der Bahnlinie bis zur Hohlstrasse, gemäss regionalem Richtplan der Stadt Zürich, beinhaltet. Der Bus ist, wo möglich und sinnvoll, nicht auf einem Eigentrassee zu führen. Die bestehenden Häuser sind, wenn möglich, stehen zu lassen. Hohl- (Abschnitt Hermann Greulich- bis Feldstrasse), Feld-, Schönegg- und Militärstrasse sind zu Quartierstrassen zurückzubauen. Eine Kostenbeteiligung des Kantons Zürich ist anzustreben.</i></p> <p>Der Gemeinderat hat am 16. Dezember 2009 einer Fristverlängerung bis 26. März 2011 zugestimmt (GR Nr. 2009/608). Nachdem die kantonale Volkswirtschaftsdirektion am 25. November 2009 die neuen Baulinien genehmigt hatte, war die Planungs- und Rechtssicherheit gegeben. Die für eine kredit-schaffende Weisung notwendige Detailplanung samt Planaufgaben gemäss Strassengesetz benötigt allerdings deutlich länger als zwei Jahre. Der Stadtrat hat deshalb dem Gemeinderat einstweilen eine Planungsstudie versprochen, in der die Möglichkeiten für die Umsetzung aufgezeigt werden.</p>		
MOT 2007/001279 2007/000634	05.12.2007 14.04.2010	Wyler Rebekka und Kuhn Rolf Verkehrsplanung 2025, Alternativprojekte zu Stadttunnel und Waidhaldentunnel
<p><i>Der Stadtrat wird eingeladen, eine Weisung vorzulegen, die die am 1. April 2005 vorgestellte Verkehrsplanung 2025 mit den Kernelementen «Stadttunnel» und «Waidhaldentunnel» durch ein alternatives Projekt ersetzt. Bedingung der Planung ist, dass die Luftreinhalteverordnung sowie die Lärmschutzverordnung zwingend eingehalten werden. Die Mobilitätsziele der erwähnten Planung sollen nicht mittels Bau von neuen Strassen, Strassentunneln usw., sondern durch den entsprechenden Ausbau des öffentlichen Nahverkehrsnetzes sowie des Fuss- und Velowegnetzes erreicht werden.</i></p>		
POS 2008/000015 2008/000004	09.01.2008 26.03.2008	Reimann Beatrice und Katumba Andrew Hohlstrasse, Abbau von Parkplätzen zwischen Kern- und Herbartstrasse
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie eine Mehrheit der oberirdischen Parkplätze an der Hohlstrasse, zwischen Kernstrasse und Herbartstrasse, abgebaut und zusätzlich im neu geplanten Parkhaus Helvetiaplatz untergebracht werden können. Die Verlegung der Parkplätze vor den Schulhäusern Hohl und Kern in das Parkhaus Helvetiaplatz soll im Verhältnis 1:1 erfolgen. Zusätzlich soll der frei werdende Platz aufgewertet werden.</i></p> <p>Im besagten Abschnitt der Hohlstrasse befinden sich zurzeit 11 weisse Parkplätze mit einer Zeitbeschränkung von 120 Minuten und 13 Parkplätze der Blauen Zone. Die Entlastung dieses Strassenabschnitts von allen 24 Parkplätzen oder zumindest eines Teils davon würde dessen Aufwertung ermöglichen. Ob im Parkhaus Helvetiaplatz noch Platz für weitere öffentliche Parkplätze vorhanden wäre, wird geprüft. Dabei ist zu beachten, dass die bereits vorhandenen öffentlichen Abstellplätze in der Parkgarage nach Massgabe des Historischen Kompromisses verlegte oberirdische Parkplätze sind, die auf jeden Fall erhalten werden müssen. Gleichzeitig ist zu beachten, dass sich die 24 genannten Strassenparkplätze ausserhalb des Perimeters des Historischen Kompromisses befinden und somit bei deren Aufhebung keine Kompensationspflicht besteht. Dennoch ist anzustreben, dass im Falle der Aufhebung der 24 Parkplätze nach Möglichkeit Ersatzparkplätze geschaffen werden.</p>		
POS 2008/000019 2008/000008	09.01.2008 26.05.2010	Anderegg Peter und Danner Ernst Quartierteile beim Bahnhof Affoltern, Unterführung für den Verkehr
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die beiden Quartierteile nördlich und südlich des Bahnhof Affoltern mittels einer Unterführung für den motorisierten öffentlichen und privaten Verkehr verbunden werden können.</i></p>		

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 2008/000087 2008/000062	23.01.2008 26.05.2010	Seidler Christine und Traber Christian Arten- und Lebensraumförderung, Konzept
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie ein umfassendes Konzept vorgelegt werden kann, das Arten- und Lebensraumförderung als übergeordnetes Ziel verfolgt und klare Rahmenbedingungen im Zusammenhang mit der baulichen Verdichtung der Stadtentwicklung festsetzt. Die Handlungsfelder sollen Kernschutzgebiete, Vernetzung der Biotoptypen, ökologische Ausgleichsflächen und Artenförderung abdecken.</i>		
POS 2008/000088 2008/000063	23.01.2008 23.06.2010	Käppeli Hans Jörg und Elmer Lück Annamarie Fronwaldstrasse, Erstellen einer Überführung über die Bahnlinie
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie eine provisorische Überführung der Fronwaldstrasse über die Bahnlinie erstellt werden, damit eine Buslinie von der Glaubtenstrasse direkt in das Quartier nördlich der Bahn geführt werden kann. Die Brücke soll nur für Fussgänger, Radfahrer und den öffentlichen Verkehr zugänglich sein.</i>		
POS 2008/000117 2008/000078	30.01.2008 26.05.2010	von Matt Hans Urs und Wyler Rebekka Agnes-Robmann-Weg, Ausbau für den Veloverkehr
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der Agnes-Robmann-Weg in Zürich-Wiedikon im Abschnitt zwischen Borweg und Einmündung Binzstrasse für den Veloverkehr ausgebaut und geöffnet werden kann.</i>		
POS 2008/000122 2008/000083	30.01.2008 26.05.2010	Abele Martin und Bloch Süss Monika Cargo-Tram, Angebot in jedem Stadtkreis
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie in jedem Stadtkreis ein Cargo-Service angeboten werden kann, der demjenigen der acht zurzeit bestehenden Cargo-Trams entspricht. Für diejenigen Stadtkreise, in denen ein Angebot mittels Tramwagen nicht möglich ist, sollten gleichwertige Alternativen entwickelt werden.</i>		
POS 2008/000177 2008/000091	11.02.2008 27.02.2008	SK PD/TED/DIB Stiftung Naturpark Zürich, Teuerungsanpassung durch andere Beitragszahlende
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob anlässlich der Aushandlung der vierjährigen Leistungsvereinbarungen auch die anderen Beitragszahler der Stiftung Naturpark Zürich (Kanton Zürich, Gemeinden des Bezirks Horgen und Pro Natura Zürich) zu einer Teuerungsanpassung ihrer Beiträge verpflichtet werden können.</i>		
<p>Trägerschaft des Wildnisparks Zürich ist die Stiftung Wildnispark Zürich, an der die Stadt Zürich (55 %), die Gemeinden des Bezirks Horgen (25 %), der Kanton Zürich (10 %) und Pro Natura Zürich (10 %) beteiligt sind.</p> <p>Die Gemeinden des Bezirks Horgen haben an der Gemeindepräsidentenkonferenz vom 24. Juni 2009 die unbefristete Kostenbeteiligung auf Basis des heutigen Verteilschlüssels inkl. Teuerungsklausel gutgeheissen.</p> <p>Mit den Trägern Kanton Zürich und Pro Natura wird die Teuerungsanpassung im Rahmen der anstehenden Neuverhandlung der Leistungsvereinbarung aufgenommen.</p>		
POS 2008/000178 2008/000092	27.02.2008 26.05.2010	Di Concilio Salvatore und von Matt Hans Urs Plastiksäcke, deutliche Senkung des Verbrauchs
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er sich in Stadt und Kanton Zürich für Massnahmen einsetzen kann, damit der Verbrauch von Plastiksäcken – insbesondere der ultradünnen Plastiktüten – drastisch gesenkt werden kann.</i>		
POS 2008/000179 2008/000093	27.02.2008 02.06.2010	Reimann Beatrice und Meuli Myrtha Birmensdorfer- und Werdstrasse, Änderung des Verkehrsregimes
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Birmensdorfer-/Werdstrasse zwischen der Schmiede Wiedikon und der Stauffacherstrasse durch den MIV im Gegenverkehr befahren werden kann, um gleichzeitig die Zweierstrasse in den Stadtkreisen 3 und 4 zu entlasten und so als Tempo-30-Zone zur Quartierstrasse abzuklassieren.</i>		

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 2008/000691 2008/000300	25.06.2008 27.08.2008	Knauss Markus und Leupi Daniel Westtangente, Umsetzung flankierender Massnahmen
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei der Umsetzung der flankierenden Massnahmen zur Westtangente in den folgenden Streckenabschnitten Verbesserungen für die Velofahrenden erreicht werden können. Dies ohne Beeinträchtigung der Sicherheit von Fussgängerinnen und Fussgängern:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Badenerstrasse/Seebahnstrasse stadteinwärts</li> <li>- Hohlstrasse/Seebahnstrasse stadteinwärts</li> <li>- Hardstrasse: Zu- und Wegfahrt zu und von den neuen, separaten Velowegen auf der Hardbrücke und Führung bis Albisriederplatz</li> <li>- Schimmelstrasse</li> <li>- Übergang Zurlindenstrasse–Sihlhölzli-Anlage(–Hertersteig).</li> </ul> <p>Badener-/Seebahnstrasse: Der Veloverkehr kann dort mit einer Ausnahmeregelung geradeaus stadteinwärts fahren. Seit Inbetriebnahme zeigte sich, dass die Zufahrt zur Aufstellfläche und die Lichtsignalregelung für Velofahrende unbefriedigend sind. Zurzeit wird nach Lösungen gesucht, wie diese Veloverbindung verbessert werden kann.</p> <p>Hohl-/Seebahnstrasse: Ein Vorfahrstreifen für den geradeaus stadteinwärts fahrenden Veloverkehr wäre dringend nötig. Aufgrund der räumlichen Verhältnisse ist dies aber nicht realisierbar. Stattdessen soll die Alternativverbindung Sihlfeld-/Stauffacherstrasse aufgewertet werden.</p> <p>Hardstrasse: Der Abschnitt Albisriederplatz bis Bullingerstrasse wurde 2005/06 neu gebaut. Auf Velomassnahmen wurde zugunsten von ÖV-Massnahmen verzichtet. Zwischen Bullingerstrasse und Hardplatz werden im Rahmen der flankierenden Massnahmen teilweise Velomassnahmen realisiert (Führung in Busstreifen, Fahrradsymbole). Die Zu- und Wegfahrt auf die Fuss-/Radwege auf der Hardbrücke wird möglich sein.</p> <p>Schimmelstrasse: Sie ist nicht als Veloroute klassiert, aber dennoch eine wichtige Zufahrt zum Bahnhof Wiedikon. Die Signalisation eines Fuss-/Radweges analog Manessestrasse wird nach Aufhebung der provisorischen Parkplätze auf den Trottoirs geprüft werden.</p> <p>Übergang Zurlindenstrasse: Eine Vorstudie in Arbeit. Der Bau ist für 2013/14 vorgesehen.</p>		
MOT 2008/000800 2008/000333	09.07.2008 02.06.2010	Sarbach Martin und Knauss Markus Parkplatzüberhang, Erlass einer Verordnung für dessen Abbau
<p><i>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung für den Erlass einer Verordnung zu unterbreiten, die den Abbau des in der Stadt Zürich festzustellenden Parkplatz-Überhangs bis ins Jahr 2025 vorsieht.</i></p>		
POS 2008/000956 2008/000396	03.09.2008 02.06.2010	Mariani Mario und Schönbächler Robert Wipkingerplatz, Aufwertung
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der Wipkingerplatz im Zusammenhang mit den gleichzeitig anstehenden Instandsetzungs- und Ausbauarbeiten der Hardbrücke zwischen Hardplatz und Wipkingerplatz, mit städtebaulichen Massnahmen und mittels einer neuen Verkehrsführung – unter Berücksichtigung einer Radwegverbindung Röschibachplatz–Röschibachstrasse–Wipkingerplatz in beide Richtungen – nachhaltig aufgewertet werden kann.</i></p>		
POS 2008/001022 2008/000421	17.09.2008 10.11.2010	Spieler Frauenfelder Marianne und Leupi Daniel Linkes Seeufer, Erstellen eines Erlebnisspielplatzes
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wo am linken Seeufer ein Erlebnisspielplatz errichtet werden kann.</i></p>		
POS 2008/001329 2008/000578	17.12.2008 14.01.2009	Anhorn Ruth und Leiser Albert Pacht von Familiengartenarealen, Entsorgung von Sperrgut im Werdhölzli
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob nicht auch Pächterinnen und Pächter von Familiengartenarealen – so wie alle Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Zürich – Sperrgut im Recyclinghof Werdhölzli mit dem Sperrgut-Gutschein entsorgen könnten.</i></p>		
POS 2009/000028 2009/000009	07.01.2009 10.11.2010	Mariani Mario und Mächler Martin Schlittelweg Uetliberg–Hohenstein–Triemli, Ausbau einer Alternative
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie alternativ zum bestehenden Schlittelweg Uetliberg–Hohenstein–Triemli ein familienfreundlicher und für weniger geübte Schlittelfahrer geeigneter zusätzlicher Schlittelweg zur SZU-Haltestelle Ringlikon ausgebaut und entsprechend signalisiert werden kann.</i></p>		
POS 2009/000079 2009/000027	21.01.2009 04.02.2009	Bachmann Hans Bullingerhof, attraktive Gestaltung der Grünanlage
<p><i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob die grosse Grünanlage Bullingerhof im Kreis 4 für die Einwohner als Freizeitanlage attraktiver und angenehmer gestaltet werden kann.</i></p>		



Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2009/000080 2009/000028	21.01.2009 04.02.2009	Stähli-Barth Peter, Sidler Bruno und 17 Mitunterzeichnende Planungs- und Bauarbeiten beim Bahnhof Oerlikon, koordinierte Weiterarbeit mit den SBB
<p>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im Zusammenhang mit den anstehenden Planungs- und Bauarbeiten beim Bahnhof Oerlikon folgende Ziele erreicht werden können:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– koordinierte Weiterarbeit Stadt Zürich/SBB bezüglich Quartierverbindung West und SBB-Personenunterführung Mitte aufgrund des aktuellen Planungsstandes mit dem Ziel, dass die SBB die Personenunterführung Mitte gleichzeitig auf der ganzen Länge behindertengerecht auf die unter den neuen Gleisen 7 und 8 geplante Breite ausbauen, damit ein attraktives Gesamtsystem für Fussgängerinnen und Fussgänger in diesem Bereich entstehen kann;</li> <li>– koordinierte Weiterarbeit Stadt Zürich/SBB bezüglich SBB-Personenunterführung Ost, damit auch bezüglich Anbindung ans Quartier Seebach, die Glattalbahn und die anderen ÖV-Haltestellen attraktive Verbindungen für Fussgängerinnen und Fussgänger entstehen;</li> <li>– koordinierte Weiterarbeit Stadt Zürich/SBB/Kanton Zürich/ZW, damit über die Andreasstrasse auch für das Gebiet Leutschenbach für Fussgängerinnen und Fussgänger grosszügige und attraktive Zugänge in die SBB-Personenunterführung Ost, den Bahnhofsbereich und auf die Perrons entstehen.</li> </ul>		
POS 2009/000081 2009/000029	21.01.2009 04.02.2009	Sidler Bruno, Stähli-Barth Peter und 17 Mitunterzeichnende Planungs- und Bauarbeiten beim Bahnhof Oerlikon, attraktives Erscheinungsbild
<p>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im Zusammenhang mit den anstehenden Planungs- und Bauarbeiten beim Bahnhof Oerlikon sichergestellt werden kann, dass der Bahnhof mit allen neuen Bauten und den Veränderungen im öffentlichen Raum rundherum zu einem attraktiven lesbaren Erscheinungsbild («Corporate Identity») kommt.</p>		
POS 2009/000082 2009/000030	21.01.2009 04.02.2009	Stähli-Barth Peter, Sidler Bruno und 17 Mitunterzeichnende Planungs- und Bauarbeiten beim Bahnhof Oerlikon, Aufwertung des Bahnhofplatzes Süd
<p>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im Zusammenhang mit den anstehenden Planungs- und Bauarbeiten beim Bahnhof Oerlikon dafür gesorgt werden kann, dass nach der Neugestaltung und Aufwertung des Bahnhofplatzes Süd und der damit zusammenhängenden Entlastung der Hofwiesenstrasse vom Durchgangsverkehr (zwischen Ohmstrasse und Schulstrasse) nicht das Zentrum Oerlikon und die Franklinstrasse verkehrsmässig stärker belastet werden.</p>		
POS 2009/000083 2009/000031	21.01.2009 04.02.2009	Sidler Bruno, Stähli-Barth Peter und 17 Mitunterzeichnende Planungs- und Bauarbeiten beim Bahnhof Oerlikon, attraktives Erscheinungsbild
<p>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im Zusammenhang mit den anstehenden Planungs- und Bauarbeiten beim Bahnhof Oerlikon sichergestellt werden kann, dass die Option für eine spätere Verlegung des Eingangs in das Parkhaus Swissôtel/Neumarkt nicht durch weitere Bauten und Planungen verunmöglicht wird.</p>		
POS 2009/000149 2009/000057	04.02.2009 09.12.2009	Gut Susi und Schwyn Markus Limmatquai, Verzicht auf Installation eines Hafenkranes
<p>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie auf die geplante Installation des Hafenkranes neben dem Rathauscafé verzichtet werden kann.</p>		
POS 2009/000235 2009/000082	04.03.2009 06.05.2009	Kunz Hanspeter Kostenlose Veloparkplätze beim Bahnhof Altstetten
<p>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass beim Bahnhof Altstetten beidseits der Gleise genügend kostenlose Veloparkplätze zur Verfügung stehen.</p>		
POS 2009/000262 2009/000094	11.03.2009 10.11.2010	Bürlimann Martin und Hüssy Kurt Veloparkplätze, Einzug nicht benützter Fahrräder
<p>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob das Team der Veloordnung von Entsorgung + Recycling Zürich Veloabstellplätze in Bahnhofsnähe häufiger auf dauerparkierte oder besitzerlose Fahrräder kontrollieren könnte.</p>		
POS 2009/000335 2009/000114	01.04.2009 10.11.2010	von Matt Hans Urs und Di Concilio Salvatore Parkanlage «Känguruwiese», attraktivere Gestaltung
<p>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Parkanlage nördlich der Schweighofstrasse und westlich des Döltschiweges (auch «Känguruwiese» genannt) attraktiver für Kinder, Jugendliche und Familien gestaltet werden kann. Die Familien aus dem Friesenbergquartier und die Schülerinnen und Schüler dem nahe gelegenen Schulhaus Döltschi sollen in den Gestaltungsprozess einbezogen werden.</p>		

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 2009/000339 2009/000118	01.04.2009 10.11.2010	Reimann Beatrice und Ammann Andreas Künftige Tiefbauprojekte, Verzicht auf das Konzept der Längsparkierung auf dem Trottoir
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei allen zukünftigen Tiefbauprojekten nur Parkierungskonzepte realisiert werden können, die auch für Menschen mit Behinderung kein Risiko darstellen. Insbesondere soll auf die Trottoirparkierung verzichtet werden.</i>		
POS 2009/000419 2009/000142	29.04.2009 27.05.2009	Wenger Christian und Blöchlinger Patrick Abbruch der Sihlhochstrasse
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie möglichst bald der Abbruch der Sihlhochstrasse bewirkt werden kann. Dabei ist mit flankierenden Massnahmen sicherzustellen, dass der Verkehr nicht in das kommunale Strassennetz der angrenzenden Quartiere ausweicht. Damit verbunden soll auch eine Renaturierung des freigelegten Flussabschnitts geprüft werden.</i>		
POS 2009/000422 2009/000145	29.04.2009 19.08.2009	Reimann Beatrice und Leupi Daniel Erweiterungsabsichten für Züri Zoo, griffiges Verkehrskonzept
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, dass im Hinblick auf die Erweiterungsabsichten des ZüriZoo ein griffiges Verkehrskonzept, das den stadtwweit beabsichtigten Modal Split unter erhöhtem Einsatz des öffentlichen Verkehrs beinhaltet, vorgelegt wird.</i>		
MOT 2009/000587 2009000236	03.06.2009 08.12.2010	Ackermann Ruth und Danner Ernst Bau eines behindertengerechten Zugangs bei der Tramhaltestelle Waldgarten
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung zu unterbreiten, die den Bau eines behindertengerechten Zugangs bei der Tramhaltestelle Waldgarten, Zugang Riedgrabenweg, beinhaltet.</i>		
POS 2009/000794 2009/000285	24.06.2009 08.12.2010	Bloch Süss Monika und Kisker Gabriele Bessere Zugänglichkeit der SZU-Haltestelle Brunau
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Zugänglichkeit der SZU-Haltestelle Brunau für alle Fahrgäste verbessert werden kann.</i>		
POS 2010/000088 2010/000028	16.09.2009 13.01.2010	Käppeli Hans Jörg und Odermatt André Lückenlose Wegführung auf dem Velonetz um den Bahnhof Oerlikon
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung vorzulegen, mit dem Ziel, durch bauliche Massnahmen das Velonetz um den Bahnhof Oerlikon lückenlos, mit durchgehender Wegführung, so wie im Entwicklungsrichtplan und städtischem Richtplan vorgesehen, anforderungsgerecht umzusetzen. Die Realisierung ist etappenweise mit der Umsetzung der einzelnen Projektteile rund um den Bahnhof Oerlikon vorzusehen.</i>		
POS 2009/001268 450.250.130-002 2009/000452	30.09.2009 25.08.2010	Käppeli Hans Jörg und Elmer Lück Annamarie Fussgänger- und Fahrradunterführung beim Bahnübergang Blumenfeldstrasse, beschleunigte Realisierung
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen wie die geplante Fussgänger- und Fahrradunterführung beim Bahnübergang Blumenfeldstrasse im Quartier Ruggächer in Affoltern beschleunigt, d. h. wesentlich früher als 2013 realisiert werden kann.</i>		
POS 2009/001306 2009/000471	21.10.2009 09.12.2009	Hug Christina und Glättli Balthasar Trichtenhausenstrasse, Beibehaltung des Engpasses für weniger Durchgangsverkehr
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie auf die geplante Beseitigung des Engpasses an der Trichtenhausenstrasse verzichtet werden kann.</i>		
POS 2009/001425 2009/000538	18.11.2009 16.12.2009	Knauss Markus und Abele Martin Realisierung der Veloverbindung von der Zweierstrasse bis zum Sihlhölzli
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei der weiteren Konkretisierung der Weisung 407, Umgestaltung Schmiede Wiedikon, die heute noch fehlende Veloverbindung in der Zurlindenstrasse von der Zweierstrasse bis zum Sihlhölzli realisiert werden kann.</i>		

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2009/001460 2009/000561	25.11.2009 09.12.2009	Regli Daniel und Anderegg Peter Verkehrsplanung im Umfeld der Bahnübergänge in Zürich-Affoltern
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Verkehrsplanung im Umfeld der Bahnübergänge in Zürich-Affoltern unter Einbezug der relevanten Personen der Stadtverwaltung, der SBB, der privaten Eigentümerschaft sowie der Bevölkerungsvertreter (Parteien, Kerngruppe) koordiniert und umgesetzt werden kann.</i>		
POS 2009/001495 2009/000572	02.12.2009 09.12.2009	SP-Fraktion und Grüne-Fraktion Strasseninfrastruktur, Reduktion der Investitionen in Strasseninfrastruktur für den motorisierten Individualverkehr, verkehrsberuhigende Rückbauten von Strassen und Ausbau der Velowege
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er die unmittelbare Planung so gestalten kann, dass in den kommenden Jahren deutlich weniger Baustellen zur Verbesserung der Strasseninfrastruktur für den motorisierten Individualverkehr betrieben werden und das dadurch eingesparte Geld zugunsten des forcierten Ausbaus von Velowegen eingesetzt werden kann. Gleichzeitig soll bei den Strassenbauten die verkehrsberuhigenden Rückbauten von Strassen und die Sicherung von Quartierstrassen und Quartierzentren prioritär durchgeführt werden.</i>		
POS 2009/001487 2009/000580	02.12.2009 16.12.2009	Käppeli Hans Jörg und Katumba Andrew Schmiede Wiedikon, Realisierung einer hohen Einstiegsrante für Bus und Tram
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei der Umsetzung der Umgestaltung Schmiede Wiedikon, je Fahrtrichtung mindestens auf der Länge eines Tramzugs (43 m), eine hohe Einstiegsrante «Kombibord» für Bus und Tram realisiert werden kann.</i>		
POS 2010/000062 2010/000023	13.01.2010 27.01.2010	Käppeli Hans Jörg Oerliker-Park, Realisierung eines ZüriWC
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im Oerliker-Park möglichst schnell ein ZüriWC realisiert werden kann.</i>		
POS 2010/000427 2010/000190	14.04.2010 19.05.2010	Bachmann Hans und Anhorn Ruth Katalog der vorhandenen Familiengartenpächter-Areale
<i>Der Stadtrat wird gebeten, einen Katalog über die vorhandenen Familiengartenpächter-Areale auf dem Gebiet der Stadt Zürich vorzulegen bzw. zu veröffentlichen. Darin soll die Anzahl Areale, deren Grösse und Standorte sowie die geplanten kurz-, mittel- und langfristigen Ziele auf diesen Arealen genau aufgelistet werden. Diese Ziele sollen umfassend genannt werden. Nicht jedermann kennt die Legislaturziele des Stadtrats bezüglich Stadtentwicklung und Grün Stadt Zürich usw.</i>		
POS 2010/000815 2010/000313	14.07.2010 22.09.2010	Katumba Andrew und Kisker Gabriele Umgestaltung des Fussgängerübergangs am Seilergraben, Kreuzung Hirschengraben
<i>Wir bitten den Stadtrat zu prüfen, wie der Fussgängerübergang am Seilergraben Nr. 1, Kreuzung Hirschengraben, sowie der Fussgängerübergang am Seilergraben Höhe Predigerplatz mit baulichen Massnahmen umgestaltet werden können, dass sie für Kinder im Schulalter keine überhöhte Gefahr mehr darstellen.</i>		
POS 2010/000821 450.250.130-002 2010/000319	14.07.2010 25.08.2010	Käppeli Hans Jörg und Tognella Roger Verbreiterung der Bushaltestelle Bahnhof Oerlikon Ost zur Verbesserung der Sicherheit
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Bushaltestelle «Bahnhof Oerlikon Ost» in der Schaffhauserstrasse in Fahrtrichtung Sternen Oerlikon zur Verbesserung der Sicherheit deutlich verbreitert werden kann, unter Aufrechterhaltung freier Fahrwege für die Blaulichtorganisationen.</i>		
POS 2010/000825 450.250.130-002 2010/000323	14.07.2010 25.08.2010	Grüne-, AL-, FDP- und GLP-Fraktion Quartieranbindung Ost Bahnhof Oerlikon, Aufweitung des Zugangs Andreasstrasse zur Personenunterführung Ost
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei der Realisierung der Quartieranbindung Ost zum Bahnhof Oerlikon der Zugang von Seiten Andreasstrasse mittels einer deutlichen Aufweitung des Zugangs zur Personenunterführung Ost der SBB optimiert werden kann.</i>		

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 2010/000965 520.120.100-013 2010000415	29.09.2010 27.10.2010	Weiss Urs und Hauri Theo Vorlagen für Strassenbauprojekte, Kostentransparenz bezüglich Unterhalt und konzeptionellen Änderungen
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie Vorlagen für Strassenbauprojekte künftig derart gestaltet werden können, dass klar daraus ersichtlich ist, welche Teile und Kosten dem reinen Unterhalt dienen (also Status wie vor Baubeginn) und bei welchen Teilen und Kosten es sich um konzeptionelle Änderungen, also um reine Umgestaltung, handelt.</i>		
POS 700.110.100-006 2010/001022 2010/000457	03.11.2010 17.11.2010	Tuena Mauro und Wohler Bruno Bauschänzli, Verzicht auf die Pflanzung einer zusätzlichen Baumreihe
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie auf die von Grün Stadt Zürich angekündigte Bepflanzung einer zusätzlichen Baumreihe auf dem Bauschänzli verzichtet werden kann.</i>		
POS 700.110.100-007 2010/001024 2010/000459	03.11.2010 17.11.2010	Rechsteiner Urs und Meier Daniel Bauschänzli, Verzicht auf die Pflanzung einer zusätzlichen Baumreihe
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie auf die geplante zusätzliche zweite Baumreihe im Jahr 2015 auf dem Bauschänzli grundsätzlich verzichtet werden kann.</i>		
POS 700.130.150-001 2010/001050 2010/000472	17.11.2010 01.12.2010	Bartholdi Roger und Bürlimann Martin Prüfung von Alternativen zur Verwendung von Streusalz im Winterdienst
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im Winterdienst der Gebrauch von Streusalz durch Alternativen reduziert werden kann.</i>		
POS 700.130.150-003 2010/001066 2010/000487	24.11.2010 15.12.2010	Abele Martin und Nagel Ueli Prüfung eines reduzierten Winterdienstes auf kommunalen Strassen
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, auf welchen kommunalen Strassen in der Stadt Zürich der reduzierte Winterdienst eingeführt werden kann. Dies soll ohne zusätzlichen Einsatz von Splitt geschehen.</i>		

### III. Abschreibungsanträge für Motionen und Postulate

Postulate, für die der Stadtrat dem Gemeinderat den Antrag auf Abschreibung stellt.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 1997/001544 1997/000317	20.08.1997 21.01.1998	Nielsen Claudia und 6 Mitunterzeichnende Innenstadt, Schaffung von Velowegen

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er gewährleisten kann, dass die fussgänger- und fussgängerinnenfreundliche Innenstadt fahrradfreundlich, sprich fahrraddurchlässig, gestaltet werden kann. Der Stadtrat wird dabei gebeten, seine Massnahmen so auszurichten, dass ein rücksichtsvolles Miteinander von Fussgängerinnen und Fussgängern und Velofahrenden möglich ist. Auf diese Weise soll er seiner Wertschätzung beider Fortbewegungsarten als umweltschonend, kostengünstig und attraktiv Ausdruck verleihen.*

Das vom Stadtrat im Januar 2011 genehmigte «Verkehrskonzept Innenstadt – Aufwertung der Strassenräume» verfolgt unter anderem das Ziel, die Fussgängerzonen in der Altstadt auszuweiten und möglichst alle Strassen der Innenstadt für Velos in beide Richtungen durchgehend und hindernisfrei befahrbar zu gestalten. Fussgänger- und Fahrverbotszonen sollen grundsätzlich für den Veloverkehr durchlässig sein. Ausnahmen bilden lokale Fahrverbote, begründet durch die Verkehrssicherheit (zu Fuss Gehende, Tram). Das «Verkehrskonzept Innenstadt» dient als Orientierungsrahmen für die Innenstadtentwicklung der nächsten 10 bis 15 Jahre, und es soll im Rahmen von einzelnen Projekten umgesetzt werden.

POS 1998/001990 1998/000365	11.11.1998 24.11.1999	Prelicz-Huber Katharina Grünau, Umklassierung der Autobahn A 1
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten, beim Regierungsrat vorzusprechen mit dem Anliegen, dass die Behörden von Stadt und Kanton gemeinsam beim Bund (Bundesamt für Strassenwesen – Astra) vorstellig werden, um den Abschnitt der Autobahn A 1 in der Grünau (zwischen der Ausfahrt Altstetten und dem Ende der Autobahn beim Hardturmstadion) entsprechend ihrer Fortsetzung in der Pfingstweidstrasse in eine Nationalstrasse III. Klasse umzuklassieren. Dabei ist die Höchstgeschwindigkeit für beide Fahrrichtungen ebenfalls auf 60 km/h zu beschränken als unterstützende und vorgezogene Massnahme im Hinblick auf die geplanten Lärmschutzmassnahmen (Lärmschutzwände).*

Vom 12. November bis 13. Dezember 2010 fand die öffentliche Auflage des Projekts Lärmschutz Grünau durch das Astra statt. Die städtischen Forderungen, die einer Abklassierung der Strasse gleichkommen (Temporeduktion, Umgestaltung mit Bäumen, schmale Fahrbahnen, keine Leitplanken, kein Autobahncharakter), sind ins Projekt integriert worden.

POS 2000/000288 2000/000035	02.02.2000 22.08.2001	Schönbächler Robert und Türlér Andres Hochgeschwindigkeitsnetz der europäischen Bahnen, Anschluss der Stadt Zürich
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten, sich bei Kanton, Bund und den SBB dafür einzusetzen, dass die Anbindung von Zürich und damit des Wirtschaftsraums Zürich an das im Entstehen begriffene Hochgeschwindigkeitsnetz der europäischen Bahnen realisiert und die dafür notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden.*

2005 haben die eidgenössischen Räte einen Verpflichtungskredit von 1,09 Mia. Fr. für den Anschluss an das Hochgeschwindigkeitsnetz gutgeheissen. 2008 stimmten National- und Ständerat dem Entwurf zum Bundesgesetz über die zukünftige Entwicklung der Bahninfrastruktur (ZEB) zu. 2010 legte das Bundesamt für Verkehr unter dem Titel «Bahn 2030» einen Projektplan vor, der u. a. auch die Engpässe auf den Achsen Luzern–Zug–Zürich und St. Gallen–Winterthur–Zürich enthält (Priorität, Finanzierung). Die Stadt Zürich setzt sich in der 2008 gegründeten Städteallianz öffentlicher Verkehr Ost- und Zentralschweiz für die Kapazitätserhöhung auf den Verbindungen Zürich–Winterthur (Brüttenerntunnel) und Zürich–Luzern via Zimmerberg ein. Gemeinsam mit Stadt und Kanton Schaffhausen sowie dem Bundesamt für Verkehr unterstützt sie die Arge Gäubahn beim Projekt Streckenertüchtigung Singen–Stuttgart (Magistrale Mailand–Stuttgart–Nürnberg).

POS 2000/002336 2000/000590	06.12.2000 26.03.2003	Schiltler Armin und Casparis Jürg Sihltiefstrasse, beschleunigte Realisierung des Tunnels
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er bei Bund und Kanton mit dem Anliegen vorstellig werden kann, dass der Bau des geplanten Stadttunnels Sihltiefstrasse so rasch als möglich realisiert werden kann.*

Der Stadttunnel ist im kantonalen Verkehrsrichtplan festgesetzt (KRB vom 26.03.2007). Die Metropolitankonferenz Zürich beschloss am 05. 11. 2010, den Stadttunnel als langfristiges Projekt mit einem Realisierungshorizont nach 2030 zu unterstützen und sich entsprechend auf Bundesebene einzusetzen.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
--------------------------------	----------------------------	--

POS 2002/000257 2002/000057	06.02.2002 02.04.2003	Schönbächler Robert und Furter Willy Maag-Areal/Gerold-Areal/ Bahnhof Hardbrücke, Gestaltungsplan
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei einem Gestaltungsplan Maag-Areal Plus/Gerold-Areal/Bahnhof Hardbrücke die nachstehenden Punkte integriert werden können:

- attraktive Verkehrsverbindungen für Fussgängerinnen und Fussgänger von den Perron-Enden des S-Bahnhofs Hardbrücke nach Westen Richtung Maschinenstrasse, nach Osten Richtung Neugasse und nach Süden Richtung Kreis 4, gegebenenfalls in Richtung ehemaligem Güterbahnhof;
- ausreichende Veloabstellplätze bei allen Zugängen zum S-Bahnhof Hardbrücke mit attraktiven Velozufahrtswegen;
- Festlegung von Baulinien, um den Ausbau des Bahnhofs Hardbrücke seiner Bedeutung gemäss zu ermöglichen.

Der gesamte Hardstrassenraum und der Vorplatz zum Bahnhof Hardbrücke sind im kommunalen Richtplan als Fussgängerbereiche klassiert. In den Leitlinien Zürich-West und in den Sonderbauvorschriften Maag-Plus wird die Aufwertung der S-Bahn-Station als zentrales Element der Entwicklung von Zürich-West gesehen. Nach der Aufwertung des Bahnhofszugangs folgen die Veloabstellplätze, Treppenaufgänge usw. Nach Abschluss der Sanierung Hardbrücke werden beide Fuss- und Veloachsen entlang der Hardbrücke übers Gleisfeld attraktiver sein. Mit dem Bau des Trams Hardbrücke sollen die Zugänge zum Bahnhof ausgebaut werden.

POS 2003/002299 2003/000370	01.10.2003 18.01.2006	Bartholdi Roger und im Oberdorf Bernhard Velowege, keine Erstellung auf Trottoirs
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie inskünftig Velorouten nur noch ausnahmsweise auf Trottoirs geführt werden.

Eine gleichzeitige Benützung des Trottoirs durch zu Fuss Gehende und Velofahrende ist für beide Seiten keine optimale Lösung. Sie wird deshalb nur gewählt, wenn aus räumlichen Gründen keine bessere Alternative zur Verfügung steht oder wenn die Mischung der Verkehrsarten Teil eines Verkehrskonzepts ist, wie z. B. in Begegnungszonen.

Auch das 2010 verabschiedete «Verkehrskonzept Innenstadt – Aufwertung der Strassenräume» sieht vor, dass der Veloverkehr grundsätzlich auf eigenem Trasse oder, auf wenig befahrenen Strassen, im Mischverkehr mit dem motorisierten Verkehr geführt werden soll. Innerhalb von Fussgänger-, Fahrverbots- oder Begegnungszonen ist eine Verkehrstrennung allerdings nicht angebracht, dort werden Velofahrende in der Regel im Mischverkehr mit den anderen Verkehrsteilnehmenden (Tram ausgenommen) geführt.

POS 2004/000395 2004/000069	09.02.2004 31.05.2006	CVP/EVP-Fraktion Kommunaler Verkehrsplan, Konzept für die Umsetzung der Hauptstrassenräume
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie dem Gemeinderat ein Konzept mit einem Zeit- und Finanzplan/Rahmenkredit für die kurz- mittel- und langfristige Umsetzung der im kommunalen Verkehrsplan festgelegten Hauptstrassenräume in Quartierzentren vorgelegt werden kann.

Das Konzept zu Quarz (Programm zur Aufwertung der Stadträume in den Quartierzentren) liegt seit August 2007 vor. Die Umsetzung und damit der Zeit- und der Finanzplan richten sich nach den Vorgaben des koordinierten Strassenbaus.

POS 2004/000961 2006/000387	09.06.2004 13.09.2006	Scherr Niklaus und Leiser Albert Werk-Tarifordnungen, einheitlicher gemeinsamer Gebührenbezug
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird ersucht, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Anpassung der verschiedenen Werk-Tarifordnungen zu unterbreiten, die einen einheitlichen gemeinsamen Gebührenbezug mindestens für Wasser, Abwasser und Kehricht vorsieht. Die Abrechnungsstichtage sollen so festgelegt werden, dass sie mit den ortsüblichen mietrechtlichen Terminen übereinstimmen; bei den Zahlungsmodalitäten ist der Liquidität der Eigentümer und Betriebe angemessen Rechnung zu tragen.

Die Anpassung der verschiedenen Werk-Tarifordnungen und Rechnungssysteme ist wegen der unterschiedlichen IT-Anwendungen der beteiligten Werke nur möglich, wenn die vorhandenen Systeme durch ein einheitliches SAP-Abrechnungssystem ersetzt werden. Dies erscheint jedoch als unverhältnismässiger Aufwand, wenn man berücksichtigt, dass die heute eingesetzten IT-Lösungen zuverlässig und stabil laufen. Immerhin werden schon heute wenn möglich verschiedene Leistungen gemeinsam in Rechnung gestellt. So stellt die Wasserversorgung gleichzeitig den Leistungspreis Abwasser von ERZ Entsorgung + Recycling Zürich und das Trinkwasser in Rechnung.



Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2004/000966 2004/000305	09.06.2004 27.09.2006	Anhorn Ruth Schrebergärten, Verzicht auf öffentlichen Zugang

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie darauf verzichtet werden kann, dass die Schrebergärten des Vereins für Familiengärten Zürich der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Ausgenommen sind im kommunalen Verkehrsplan eingetragene Verbindungswege.*

In aller Regel handelt es sich bei Wegverbindungen, die durch Familiengartenareale geführt werden, um solche aus dem Verkehrsplan. Gelegentlich sind aber auch Wegverbindungen nötig, die nicht im Verkehrsplan eingetragen sind. Wenn ein Bedarf nach einer Wegverbindung durch ein Familiengartenareal ausgewiesen ist (beispielsweise eine Abkürzung zu einem Erholungsgebiet oder zu einer Tramhaltestelle), wird diese Verbindung nach Möglichkeit zur Verfügung gestellt. Wenn dabei Wegverbreiterungen nötig sind, wird darauf geachtet, dass keine Gärten verloren gehen. Dadurch werden die Gartenareale nicht automatisch «öffentlich zugänglich». Gartenareale sind in aller Regel eingezäunt und bleiben es auch – gerade entlang öffentlichen Wegen. Einbrüche und Diebstähle sollten dadurch nach der allgemeinen Lebenserfahrung nicht zunehmen, denn die stärkere soziale Kontrolle, die ein begangener Weg bewirkt, hat präventive Wirkung. Sollte sich das genannte Problem akzentuieren, so wären zusammen mit den Betroffenen primär weitere sichernde Massnahmen zu prüfen.

POS 2004/001825 2004/000635	01.12.2004 15.02.2005	Mariani Mario und Schönbächler Robert Verbindung zwischen Bahnhof Hardbrücke und Hardplatz, Verbesserung für den Langsamverkehr
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird eingeladen, die Verbindung für den Langsamverkehr (Fuss- und Radweg) zwischen dem Bahnhof Hardbrücke und dem Hardplatz im Rahmen der Ergänzungen der Wegnetze kurzfristig zu verbessern.*

Im Rahmen der Projekte FlaMa West (Hardstrasse) und Sanierung Hardbrücke ist eine neue Veloverbindung zwischen Hardplatz und Bahnhof Hardbrücke im Bau.

POS 2005/000900 2005/000276	06.07.2005 18.01.2006	Schönbächler Robert und Nielsen Claudia Privater Gestaltungsplan «Stadtraum HB Zürich», Verzicht auf vorgesehene Streichung der zweiten Gleisüberquerung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob im Rahmen der nächsten Richtplanänderung auf die im Gestaltungsplan «Stadtraum HB» vorgesehene Streichung der «zweiten Gleisquerung» verzichtet werden kann.*

Die nächste Revision des kommunalen Verkehrsplans ist ca. 2018 vorgesehen. Eine allfällige Streichung dieser Fusswegverbindung wird dann geprüft.

POS 2006/000604 2006/000222	07.06.2006 14.05.2008	Seidler Christine und Mariani Mario Familiengärten, Ersatzstandorte
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie für die Familiengärten, welche dem Bedürfnis nach notwendigen öffentlichen Grünräumen weichen müssen, geeignete Ersatzstandorte gefunden oder in den Arealen der Familiengärten teilweise öffentliche Nutzungen zugelassen werden können.*

Bereits im Masterplan für Familiengärten von 2003 wurden mögliche Ersatzstandorte für Familiengartenareale wie auch Arealerweiterungen dargelegt. Grundsätzlich soll die heutige Zahl der Familiengartenparzellen (ca. 6000) erhalten bleiben. Dabei darf allerdings nicht ausser acht gelassen werden, dass in der sich verdichtenden Stadt Gartenland zunehmend ein rares Gut ist.

Die teilweise Öffnung von Familiengartenarealen für eine breitere, quartierbezogene Nutzung ist Thema im Areal Aussersihl-Hard. Dort sollen nach dem Konzept «Setzkasten» Gartenparzellen, die frei werden, einer breiteren Nutzung zugeführt werden. Worin diese Nutzung genau besteht, ist nicht vorgegeben, sondern soll im Dialog mit dem Quartier definiert werden.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2006/001366 2006/000570	06.12.2006 15.12.2006	Ceriani Pierino und Nagel Ueli Bachöffnungskonzept, beschleunigte Umsetzung

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie das Bachöffnungskonzept beschleunigt umgesetzt werden kann.*

Das Bachkonzept ist Teil des gesamtstädtischen Entwässerungskonzepts.

Zürich hat rund 108 km Bäche, wovon 64 km im Wald und etwas mehr als 44 km im Siedlungsgebiet und in der Freihaltezone verlaufen. Im Siedlungsgebiet haben 36 km der Bäche eine offene Bachführung. Im Rahmen des Bachkonzepts wurden seit dem Jahr 1988 rund 18 km Bäche offengelegt, die restlichen 18 km waren bereits vor dem Bachkonzept als offene Wiesen- und Stadtbäche vorhanden. Rund 3 km dieser bereits offenen Bäche wurden im Zuge der Konzeptumsetzung renaturiert. Jährlich werden knapp 2 Mio. Fr. für den Bachunterhalt eingesetzt.

Im Siedlungsgebiet sind damit nur noch etwa 8,5 km der öffentlichen Gewässer eingedolt. Machbarkeitsprüfungen haben ergeben, dass bei rund 6 km der eingedolten Bachstrecken eine Offenlegung nicht weiterzuverfolgen ist. Beispiele dafür sind der Bahngraben in der Vulkanstrasse, der Banzwiesenbach (Höhe Marie-Heim-Vögtlin-Weg bis Albisriederplatz) und der Lindenschachenbach.

Seit der Verabschiedung des Bachkonzepts sind über 20 Jahre vergangen. Das Hauptmotiv des Konzepts war und ist, dank Bachöffnungen möglichst viel sauberes Wasser nicht über das Kanalnetz abzuleiten. Dass man dabei viel für die Landschaft und die Bachökologie tun kann, ist ein willkommener Nebeneffekt. Erfreulicherweise ist bereits 75 % des Möglichen erreicht. Das international anerkannte Bachkonzept ist also weitgehend umgesetzt. Seit 1988 haben sich aber auch die Verhältnisse und die Ansprüche an die städtischen Flächen geändert. Stichworte sind Siedlungsverdichtung, aber auch Naturgefahren. Mit der Festsetzung der Gefahrenkarte Hochwasser Zürich steht die Stadt vor neuen Herausforderungen. Alle Bäche sind derart zu sichern, dass hundertjährige Hochwasserereignisse keinen nennenswerten Schaden anrichten können. ERZ Entsorgung + Recycling Zürich hat deswegen ein Bachprojektportfolio für den Zeitraum 2010–2017 entwickelt. Im Rahmen dieser mittelfristigen Planung wendet ERZ Entsorgung + Recycling Zürich ca. 14 Mio. Fr. für Projekte auf, die 22 Bäche betreffen. Zudem sind neue Bachläufe vorgesehen (z. B. Verlängerung Neugutbach, 2 km neue Bachstrecke), die nicht Bestandteil des Bachkonzepts von 1988 sind.

POS 2007/000125 2007/000031	24.01.2007 31.01.2007	Leupi Daniel und Knauss Markus Bahnhof Hardbrücke, zusätzliche Flächen für Veloabstellplätze
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie beim Bahnhof Hardbrücke bei der Vorfahrt im Bedarfsfall und ohne Aufhebung von Autoparkplätzen zusätzliche Flächen für Veloabstellplätze geschaffen werden können.*

Im Moment vermögen die vorhandenen Abstellplätze die Nachfrage zu decken. Insbesondere bei den abschliessbaren Abstellplätzen ist die Nachfrage noch klein. Die Möglichkeit für die Schaffung zusätzlicher Abstellplätze ist vorhanden. Mit der Sanierung der Hardbrücke wurden 2010 bereits 100 Abstellplätze auf der Brücke erstellt, 100 weitere kommen im nächsten Jahr hinzu. Ausserdem sind im Studienauftrag zum Ausbau des Bahnhofs Hardbrücke rund 500 Abstellplätze im Bereich der Personenunterführung vorgesehen.

POS 2007/000485 2007/000237	09.05.2007 30.05.2007	Leupi Daniel und Weber Doris Provisorische Velostation beim Hauptbahnhof, Zusammenarbeit mit einem Velo-Gewerbebetrieb
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der vorgesehene Betreiber der geplanten provisorischen Velostation Workfare mit einem städtischen Velo-Gewerbebetrieb zusammenarbeiten kann.*

Die Velostation Süd wird von Züri rollt, einem Projekt von Workfare, betrieben. Die Personenfrequenzen und die räumlichen Verhältnisse sind für einen Gewerbebetrieb nicht sehr attraktiv.

Seit dem Frühjahr 2010 betreibt die Firma Simpel in der Velostation ein Selbstbedienungs-Testcenter gegen eine Mietgebühr. Jeweils etwa sieben Velos werden von den Mitarbeitenden der Velostation zu Probefahrten ausgeliehen.

Ein Ausbau des Angebots an speziellen Testvelos (z. B. Faltselos oder Elektrovelos) soll in Zusammenarbeit mit Velohändlern geprüft werden.

POS 2007/000494 2007/000246	09.05.2007 30.05.2007	Leiser Albert und Simon Claudia Boulevardgastronomie, Überarbeitung des Leitfadens
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten, den Leitfaden für Boulevardgastronomie der Stadt Zürich noch dieses Jahr zu überarbeiten, darin nur das wirklich Notwendige zu regeln und Freiraum zu lassen für die sich laufend ändernden Bedürfnissen von Gastwirten und Gästen. Insbesondere sollen Sitzmöbel aller Art, sofern die Sicherheitskriterien erfüllt sind, erlaubt werden. Bis zur Überarbeitung des Leitfadens sollen die beliebten Loungemöbel unter Einhalten der Sicherheitsbestimmungen erlaubt werden.*

Im Jahr 2000 gab das Tiefbauamt den Leitfaden «Boulevardgastronomie» das erste Mal heraus. Um den Leitfaden à jour zu halten, wurde er alle zwei Jahre überarbeitet. Die im März 2008 veröffentlichte vierte Auflage wurde vollständig überarbeitet, nachdem die Bestimmungen über Lounge-Möbel zu Diskussionen in der Öffentlichkeit geführt hatten. Der Vorschlag, alle Arten von Sitzmöbeln zu tolerieren, solange nur die Sicherheit gewährleistet ist, kann jedoch nicht umgesetzt werden. Wer öffentlichen Grund für gewerbliche Tätigkeiten benützt, muss in ästhetischer Hinsicht Mindestanforderungen erfüllen. Es ist Aufgabe des Leitfadens, angemessene Vorgaben zu machen. Im aktuellen Leitfaden wird nur das Wichtigste geregelt, um die Balance zwischen unternehmerischer Freiheit und öffentlichen Interessen zu halten. Der geltende Leitfaden ist zudem präziser und verständlicher verfasst und er enthält eine übersichtliche Beschreibung des Bewilligungsprozesses.

Der Leitfaden ist in Zusammenarbeit mit den Gastroverbänden «Zürcher Hoteliers», «Gastro Zürich City», «Zürcher Cafetiers» und «Leaders Club Suisse» entstanden.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
--------------------------------	----------------------------	--

POS 2007/000496 2007/000248	09.05.2007 27.06.2007	Liebi Roger und Tuena Mauro Boulevard-Gastronomie, Gewährleistung unternehmerischer Freiheiten
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie mit dem «Leitfaden zur Boulevardgastronomie» unternehmerische Freiheiten von innovativen Gastronomen nicht unnötig eingeschränkt werden.*

Im Jahr 2000 gab das Tiefbauamt den Leitfaden «Boulevardgastronomie» zum ersten Mal heraus. Um den Leitfaden à jour zu halten, wurde er alle zwei Jahre überarbeitet. Die im März 2008 veröffentlichte vierte Auflage wurde vollständig überarbeitet, nachdem die Bestimmungen über Lounge-Möbel in der Öffentlichkeit zu Diskussionen Anlass gaben. Im aktuellen Leitfaden wird nur das Wichtigste geregelt, um die Balance zwischen unternehmerischer Freiheit und öffentlichen Interessen zu halten. Der geltende Leitfaden ist zudem präziser und verständlicher verfasst und er enthält eine übersichtliche Beschreibung des Bewilligungsprozesses.

Der Leitfaden ist in Zusammenarbeit mit den Gastroverbänden «Zürcher Hoteliers», «Gastro Zürich City», «Zürcher Cafetiers» und «Leaders Club Suisse» entstanden.

POS 2007/000623 2007/000320	06.06.2007 11.07.2007	Savarioud Marcel und Mauch Corine ETH Zürich und Universität Zürich, Verhinderung von Freisetzungsvorhaben gentechnisch veränderter Pflanzen
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die geplanten Freilandversuche mit gentechnisch veränderten Pflanzen auf dem Gebiet der Stadt Zürich verhindert werden können.*

Der dreijährige Freisetzungsvorhaben im Reckenholz wurde durchgeführt und 2010 abgeschlossen.

POS 2008/000086 2008/000061	23.01.2008 06.02.2008	SK Verkehr Baulinienrevisionen, Information betroffener Grundeigentümerschaften
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er bei Baulinienrevisionen, die mehrere GrundeigentümerInnen in ihrem Eigentum stark beeinträchtigen oder ein ganzes Gebiet umgestalten, neu entwickeln oder reparieren sollen, die betroffenen GrundeigentümerInnen vor Abschluss der Kommissionsberatung über die Pläne informieren kann.*

Das Baulinienverfahren wird in § 108 ff. Planungs- und Baugesetz (PBG) detailliert geregelt. Darin wird festgehalten, dass die öffentliche Auflage, die nach der Festsetzung durch die Gemeinde erfolgt, den GrundeigentümerInnen schriftlich mitzuteilen ist. Im Gegensatz zu den anderen Verfahren, bei denen das PBG eine vorgängige Mitwirkung oder Information der GrundeigentümerInnen vorschreibt, ist eine solche im Baulinienverfahren nicht vorgesehen. Vor dem Hintergrund des Öffentlichkeitsprinzips erachtet es der Stadtrat gleichwohl als geboten, Baulinienvorlagen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Deshalb werden seit Januar 2011 die vom Stadtrat zuhanden des Gemeinderats verabschiedeten Baulinienpläne samt erläuterndem Bericht auf der Internetseite des Tiefbauamts aufgeschaltet.

POS 2008/000208 2008/000109	05.03.2008 26.03.2008	Jäger Alexander Kehrichtheizkraftwerk (KHKW) Josefstrasse, Weiterbetrieb nach 2020
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, Szenarien zu entwickeln, nach denen das KHKW Josefstrasse auch nach 2020 zum Zweck der Energieerzeugung für das Fernwärmenetz weiterbetrieben werden kann, bis die Einspeisung von erneuerbarer Energie sichergestellt ist. Die Szenarien sollten den weitest-möglichen Transport des Abfalls auf der Schiene und die erfolgte Ausschöpfung aller Alternativen zur Einspeisung erneuerbarer Energien enthalten.*

Aufgrund von Überkapazitäten bei der thermischen Verwertung von Abfällen scheidet das KHKW Josefstrasse ab 1. 1. 2011 aus der Kantonalen und Schweizerischen Abfallplanung aus. Um Zürich-West weiterhin mit Fernwärme versorgen zu können, soll das KHKW Josefstrasse aber bis 2020 weiterbetrieben werden. Dafür darf jedoch kein Abfall aus der Schweiz verbrannt werden, weshalb mit deutschen Partnern die Fernwärme Zürich AG gegründet wird. Verbrannt wird künftig im wesentlichen Abfall aus dem grenznahen deutschen Gebiet. Ein Weiterbetrieb über 2020 hinaus ist für ERZ Entsorgung + Recycling Zürich keine Option. Vielmehr will ERZ bald Entscheidungsgrundlagen für die Fernwärmeproduktion für Zürich-West ausarbeiten. Im Vordergrund steht dabei eine Lösung, die das Gebiet Zürich-West nach 2020 über eine Verbindungsleitung vom Kehrichtheizkraftwerk Hagenholz aus versorgt. Diese Lösung hat den Vorteil, dass alle Fernwärmenetze zu einem einzigen Verbundsystem verschmelzen und mehr umweltfreundliche Bandenergie aus den bestehenden Anlagen KHKW Hagenholz und Holzheizkraftwerk Aubugg genutzt werden kann.

POS 2008/000423 2008/000183	16.04.2008 14.05.2008	Tognella Roger Autobahn SN 1.4.4, Verzicht auf Schliessung der Einfahrt Aubugg
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der Kanton angehalten werden kann, dass die Einfahrt Aubugg, zusammen mit der Realisation der Einhausung des Autobahnteilstückes N1.4.4 Schwamendingen, nicht geschlossen wird.*

Die Vorschriften des Bundes über Einfahrten zu Autobahnen in Tunneln erzwingen die Schliessung der heutigen Einfahrt Aubugg. Im Rahmen der laufenden Arbeiten werden jedoch Ersatzmassnahmen geprüft.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
--------------------------------	----------------------------	--

POS 2008/000735 2008/000322	02.07.2008 27.08.2008	CVP-Fraktion Pausenplätze von Schulhäusern, kindergerechte Gestaltung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Stadtzürcher Pausenplätze wieder kindergerechter gestaltet werden können. Mit dem Entfernen vermeintlich gefährlicher Spielgeräte (wie zum Beispiel der Reckstangen oder der hohen Kletterstangen) wurde dem nötigen Bewegungs- und Spieldrang der Kinder unnötig ein Riegel geschoben. Es sind auf den Pausenplätzen wieder Spielgeräte aufzustellen, welche die Kinder mit all ihren angeborenen Fähigkeiten herausfordern.*

1989 lancierte Grün Stadt Zürich das Projekt «Natur ums Schulhaus». Ziel war eine kindergerecht gestaltete Schulhausumgebung. Seither wurden zahlreiche Anlagen entsprechend umgebaut, mit positivem Echo seitens der Schulen und der Eltern. 2002 war das Thema in der Stadt so weit etabliert, dass es Eingang in die Qualitätsrichtlinien für Freiräume an Schulen, Kindergärten und Horten fand. Mit der Übernahme der europäischen Spielgerätenormen SN EN 1176/1177 ins Schweizerischen Normenverzeichnis per 1. Januar 1999 wurden Befürchtungen laut, dass damit kindergerechte Spielplätze verunmöglicht würden. Diese Angst war unberechtigt. Die Normen SN EN 1176/1177 umschreiben die Sicherheitsanforderungen an Konstruktion, Einbau und Wartung von Spielgeräten, die dazugehörigen Frei- und Fallräume sowie die notwendigen stossdämpfenden Spielplatzböden. Es handelt sich um rein technische Normen, die keine Rechtsnormen sind, aber den sogenannten «Stand der Technik» definieren. Sie lassen genügend Spielraum bei der Wahl von Spielgeräten und führten nicht zu einer Verarmung an Gerätetypen. Inzwischen wurden viele Anlagen umgestaltet, die zahlreiche positive Rückmeldungen sowohl von den Schulen als auch von der Quartierbevölkerung ausgelöst haben. Diese Reaktionen zeigen, dass die Spielplätze den Bedürfnissen der Kinder entsprechen.

POS 2008/000739 2008/000326	02.07.2008 27.08.2008	Schwyn Markus und Gut Susi Grossveranstaltungen, Abfallentsorgung in der Innenstadt
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie künftig nach den Erfahrungen der EM 2008 das Abfallproblem im öffentlichen Bereich der Innenstadt durch Bereitstellung von zusätzlichen Abfallbehältern gelindert werden kann.*

An Festanlässen (EM 08, Streetparade, Langstrassenfest u. ä.) werden von ERZ Stadtreinigung jeweils bedarfsgerecht zusätzliche Abfallcontainer aufgestellt. Aufgrund der engen Platzverhältnisse in der Innenstadt, vor allem aber aus gestalterischen Gründen wäre es nicht opportun, diese Gefässe auch ausserhalb von Veranstaltungen aufzustellen. Der heutige Bestand an Abfallbehältern im öffentlichen Grund ist ausreichend.

POS 2008/000806 2008/000339	09.07.2008 24.09.2008	Manser Joe A. und Katumba Andrew ÖV-Plattform Stettbach, vollständige Überdachung entlang aller Haltestellen
-----------------------------------	--------------------------	---

*Wir bitten den Stadtrat zu prüfen, wie bei der Ausarbeitung des Projekts «Erneuerung und Umgestaltung der ÖV-Plattform Stettbach» folgende Punkte gegenüber dem Projektstand von Mai 2008 verbessert werden können:*

- Vollständige Überdachung entlang allen Haltekanten an den drei Tramhaltestellen
- Vollständige Überdachung entlang allen Haltekanten an den vier Bushaltestellen
- Realisierung sämtlicher Überdachungen möglichst ohne Spalt zwischen Perrondach und Haltekanten, damit das Ein- und Ausstiegen überall mit Witterungsschutz erfolgt
- Verbesserung der Platzverhältnisse für Passanten beim Fussgängerübergang West
- Verbesserung der Sicherheit für Passanten beim Fussgängerübergang Ost. Insbesondere ist für die Verbindung zwischen Tram- und Bushaltestellen eine bessere Entflechtung der Fussgänger- und Radwegführung zu prüfen.

Das Projekt ÖV-Plattform Stettbach ist ein gemeinsames Projekt der Schweizerischen Bundesbahnen, der Baudirektion des Kantons Zürich, der Verkehrsbetriebe Glattal, der Verkehrsbetriebe Zürich, der Stadt Dübendorf und der Stadt Zürich. Nachdem Dübendorf das Projekt zunächst abgelehnt hatte, musste das Projekt überarbeitet werden, mit dem Ziel, die Kosten zu senken. Ein angepasstes Projekt, das unter anderem reduzierte Dachflächen aufweist, wurde vom Stimmvolk in Dübendorf schliesslich bewilligt. Da nach der ursprünglichen Ablehnung der Vorlage von Dübendorf eine Mitfinanzierung von zusätzlichen Massnahmen durch Dübendorf nicht realistisch erschien, hätte die Stadt Zürich diese allein bezahlen müssen. Auf zusätzliche Massnahmen wurde aus diesem Grund verzichtet. Zwischenzeitlich ist die ÖV-Plattform Stettbach realisiert.

Zwei der drei Tramhaltestellen sind überdacht. Die dritte Haltestelle ist nur für den Ausstieg bestimmt. Es müssen dort keine Personen auf das Tram warten. Die Dächer entlang den Bushaltestellen sind aufgrund fehlender finanzieller Mittel minimiert worden. Eine Dachflächenvergrösserung hätte bei anderen Dachflächen eine Reduktion zur Folge gehabt.

Die zulässigen Abstände der Dächer bei Tramhaltestellen werden durch einschlägige Normen und Bundesvorschriften bestimmt. Der Zugang West zur Plattform ist durch eine Verkehrsregelungsanlage gesichert. Neben den Gleistrassen sind grössere Flächen als Gehbereiche ausgedehnt. Am Plattformrand West wird die Verkehrsfläche gemeinsam von Fussgängern und Velos genutzt. Die vorhandene Rad-/Gehwegbreite entspricht den Normwerten. Der wenige Verkehr kann so sicher abgewickelt werden. Bei der Haltestelle der Tramlinie 7 werden momentan (Stand Ende 2010) zusätzliche Massnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit geprüft.

Im Bereich des Fussgängerstreifens Ost wurde die Situation im Sinne des Postulats verbessert.







# Inhaltsverzeichnis Geschäftsbericht Hochbaudepartement

<b>1.</b>	<b>Vorwort</b>	<b>249</b>
<b>2.</b>	<b>Legislaturziele und Jahresschwerpunkte</b>	<b>250</b>
<b>3.</b>	<b>Kennzahlen Hochbaudepartement</b>	<b>251</b>
<b>4.</b>	<b>Departementssekretariat, Fachstellen, Dienstabteilungen</b>	<b>252</b>
<b>4.1</b>	<b>Departementssekretariat</b>	<b>252</b>
4.1.1	Aufgaben	252
4.1.2	Jahresschwerpunkte	252
4.1.3	Spezifische Kennzahlen	253
<b>4.2</b>	<b>Amt für Städtebau</b>	<b>254</b>
4.4.1	Aufgaben	254
4.4.2	Jahresschwerpunkte	254
4.2.3	Kennzahlen Amt für Städtebau	258
<b>4.3</b>	<b>Amt für Hochbauten</b>	<b>260</b>
4.3.1	Aufgaben	260
4.3.2	Jahresschwerpunkte	260
4.3.3	Spezifische Kennzahlen	264
<b>4.4</b>	<b>Immobilien-Bewirtschaftung</b>	<b>266</b>
4.4.1	Aufgaben	266
4.4.2.1	Personal und Organisatorisches	266
4.4.2.2	Strategisches und Standards	267
4.4.2.3	Immobilienunterhalt, Bauprojekte und Facility Management	268
4.4.2.4	Nachhaltigkeit	270
<b>4.5</b>	<b>Amt für Baubewilligungen</b>	<b>271</b>
4.5.1	Aufgaben	271
4.5.2	Jahresschwerpunkte	271
4.5.3	Spezifische Kennzahlen	272
<b>5.</b>	<b>Parlamentarische Vorstösse</b>	<b>276</b>

# 1. Vorwort



Dr. André Odermatt. (Bild: Luca Zanier)

## «Zuhause in der Grossstadt»

Im Mai 2010 habe ich meine Aufgabe als Vorsteher des Hochbaudepartements der Stadt Zürich angetreten. Mit 15 Jahren Erfahrung als Gemeinderat konnte ich wohl behaupten, den Polit- und Verwaltungsbetrieb zu kennen. Doch was heisst kennen? Der Schritt vom Parlament in die Exekutive ist grösser, als man gemeinhin annimmt. Dies vor allem, weil einem die Aufgaben eine neue Rolle zuweisen. Gut zuhören und kritisch nachfragen, das musste ich auch als Parlamentarier. Als Exekutivpolitiker führe, gestalte und entscheide ich. Jeden Tag. Allein, mit meinen Direktorinnen und Direktoren oder mit meinen Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat.

Ich habe ein gut organisiertes Departement und hoch motivierte Mitarbeitende angetroffen. Als neuer Vorsteher wurde ich offen und mit Respekt empfangen. Schonen wollten und konnten mich die Mitarbeitenden nicht, denn ich musste auf einen fahrenden Zug aufspringen. Neben unzähligen Tagesgeschäften standen sofort die grossen Projekte zuoberst auf der Agenda: das Kongresszentrum, das Stadion Zürich, die Kunsthaus-Erweiterung, das Eisstadion und der Gestaltungsplan für die Erweiterung der Swissmill. Diese Projekte stellen uns vor komplexe Aufgaben, was viele Sitzungen mit internen und externen Fachleuten erfordert.

Grosse Infrastrukturen schaffen grosse Resonanz. Sie tangieren die Bevölkerung, und damit ist deren Anspruch, über die Planung und die Absichten des Stadtrats auf dem Laufenden zu sein, verständlich. Manchmal ist dies aber nur schwierig zu

erfüllen, denn die Tempi sind unterschiedlich. Trotzdem: Ich will das Gespräch mit Betroffenen suchen und ein offenes Ohr für die Anliegen verschiedenster Gruppierungen behalten. Der Echoraum zum Kongresszentrum mit über 150 Teilnehmenden zeigte, wie gewinnbringend das Gespräch mit der interessierten Bevölkerung ist.

Richtige Strategien zu entwickeln und zu verfolgen, das ist eine wichtige Grundlage für eine erfolgreiche Politik. Die Räumliche Entwicklungsstrategie (RES) wurde noch vom «alten» Stadtrat verabschiedet. Ich bin zur Überzeugung gelangt, dass die RES ein sehr gutes Arbeitsinstrument für die Verwaltung und eine zielführende Diskussionsgrundlage für das Parlament ist. Zürich wächst weiter, und wir müssen auf dieses Wachstum eine Antwort haben: Wo soll die Stadt wachsen, was soll entstehen, wie soll sie wachsen und in welcher Qualität? Diesen Diskurs müssen wir führen. Und eine andere Diskussion ist auch zu führen, nämlich über die Frage: Was darf es kosten?

Ich habe die Prüfung einer Teilrevision der Bau- und Zonenordnung in Auftrag gegeben. Ergebnisse erwarte ich nicht schon morgen. Die sorgfältige Prüfung braucht Zeit. Und wir suchen das Gespräch mit der betroffenen Quartierbevölkerung. Denn eines ist sicher: In einem wachsenden Zürich, das für die Schweiz die Funktion einer Metropole übernimmt, wird die Identifikation der Bevölkerung mit ihren Quartieren grössere Bedeutung bekommen. Eine pulsierende, offene, lebendige Grossstadt ist eine Bereicherung, eine Herausforderung, ein Angebot an die Schweiz und die ganze Welt. Das Zuhause hat man jedoch in seinem Quartier. Dazu braucht es ein bezahlbares und vielfältiges Wohnungsangebot, Platz fürs Gewerbe sowie gute städtische Infrastrukturen, damit sich Menschen mit verschiedenster sozialer und kultureller Herkunft auch wirklich zu Hause fühlen. Diese Heimat-Inseln in der Grossstadt müssen wir erhalten, indem wir ihre Entwicklung – soweit wir es vermögen – sorgfältig steuern.

Das ist eine grosse Aufgabe. Sie soll nicht allein vom Stadtrat und der Verwaltung angepackt werden. Es braucht dazu eine konstruktive Zusammenarbeit mit dem Parlament und auch das Engagement der Bevölkerung.

Stadtrat Dr. André Odermatt  
Vorsteher des Hochbaudepartements

## 2. Legislaturziele und Jahresschwerpunkte

### Legislaturschwerpunkt «Stadt und Quartiere gemeinsam gestalten»

In Zusammenarbeit mit verschiedenen Departementen beschäftigt sich das Hochbaudepartement mit dem Legislaturschwerpunkt «Stadt und Quartiere gemeinsam gestalten». Das Wachstum der Bevölkerung und der Arbeitsplätze in Zürich führt zu einem Druck auf die beschränkten Flächen; Verdichtung ist nötig, aber nicht an allen Orten in gleicher Weise erwünscht. Verdichtung ist gewünscht, aber in hoher Qualität. Die Stadt soll Raum für vielfältiges, durchmisches Wohnen, für den Wirtschafts- und Wissensstandort sowie für kulturelle und soziale Infrastruktur bieten. Die Quartierstrukturen und der gesellschaftliche Zusammenhalt müssen gestärkt werden.

Erste Schritte in diesem Jahr waren u. a. die Vorbereitung des Quartierentwicklungs-Leitbilds Wollishofen und die Erarbeitung

eines solchen für Leutschenbach. Diese Quartierleitbilder sind Folgeprojekte der Räumlichen Entwicklungsstrategie (RES). Die Aspekte in den Leitbildern beziehen sich auf das Quartier und weiterführend auch auf die Stadt.

Die Geschäftsleitung des Hochbaudepartements hat 2010 eine Departementsstrategie erarbeitet. Sie unterstützt die Ziele des Legislaturschwerpunkts. Mit planerischen Mitteln sollen die Durchmischung und die Vielfalt der Stadt gewährleistet werden. Hohe Priorität hat das Engagement für die 2000-Watt-Gesellschaft beim Planen, Bauen und Bewirtschaften. Zudem will das Hochbaudepartement bei all seinen Tätigkeiten mit personellen und finanziellen Ressourcen sorgfältig und sparsam umgehen.



Bewohnerinnen und Bewohner aus dem Quartier beim Schachspiel auf dem Lindenhof. (Bild: Sarah Maurer)

### 3. Kennzahlen Hochbaudepartement

	2006	2007	2008	2009	2010
Mitarbeitende total	752	750	737	766	750
– davon Frauen	400	397	393	415	401
– davon Männer	352	353	344	351	349
Ø Stellenwert-Äquivalent <sup>2</sup>	566	567	564	584	588
Führungskader total	125	126	89	91	88
– davon Frauen	27	29	22	23	21
– davon Männer	98	97	67	68	67
Lernende total	18	18	21	22	24
– davon Frauen	5	5	5	5	8
– davon Männer	13	13	16	17	16
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad ≥ 90 % (Vollzeitstellen)<sup>1</sup></b>					
Total	387	382	377	397	385
Frauen	107	102	102	115	110
Männer	280	280	275	282	275
Frauen in %	27.6	26.7	27.1	29.0	28.6
Männer in %	72.4	73.3	72.9	71.0	71.4
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 50.00–89.99 % (Teilzeitstellen I)<sup>1</sup></b>					
Total	175	199	213	221	225
Frauen	128	150	159	168	164
Männer	47	49	54	53	61
Frauen in %	73.1	75.4	74.6	76.0	72.9
Männer in %	26.9	24.6	25.4	24.0	27.1
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 0.01–49.99 % (Teilzeitstellen II)<sup>1</sup></b>					
Total	190	169	155	152	144
Frauen	165	145	138	134	129
Männer	25	24	17	18	15
Frauen in %	86.8	85.8	89.0	88.2	89.6
Männer in %	13.2	14.2	11.0	11.8	10.4
Personalaufwand	68 250 555	69 690 920	74 185 887	78 801 240	80 682 647
Sachaufwand	149 401 166	146 730 674	167 213 282	167 683 997	164 553 639
Übriger Aufwand	51 214 551	36 336 054	224 208 687	216 721 749	217 549 710
Total Aufwand	268 866 272	252 757 648	465 607 856	463 206 986	462 785 996
Bruttoinvestitionen	302 119 728	307 399 034	264 397 189	275 886 697	238 761 273

**Definitionen:**

In den jeweiligen Zahlen sind diejenigen Mitarbeitendenkreise berücksichtigt, die in den gesamtstädtischen Personalkennzahlen im Stadtratsteil genannt sind. Ab 2008 werden alle Mitarbeitenden mit aktiver Anstellung im Dezember gezählt. Bis 2007 wurden nur jene mit aktiver Anstellung und Lohnzahlung im Dezember gezählt.

<sup>1</sup> Bis 2007 wurden Mehrfachanstellungen pro Mitarbeitenden zuerst addiert und dann als eine einzige Anstellung ausgewiesen. Mit der Einführung von SAP werden ab 2008 alle Anstellungen einzeln mit dem entsprechenden Beschäftigungsgrad ausgewiesen. Das Total aller Anstellungen entspricht somit nicht mehr dem Total aller Mitarbeitenden. Die Anzahl der Anstellungen 2008 wurden entsprechend korrigiert und mit den Werten von 2009 vergleichbar gemacht.

<sup>2</sup> Die Stellen der Stadträtinnen und Stadträte werden wieder in der Institution 1015 Stadtrat mitgezählt; die durchschnittlichen Stellenwert-Äquivalente 2008 reduzieren sich dadurch um 1 Stellenwert.

## 4. Departementssekretariat, Fachstellen, Dienstabteilungen

### 4.1 Departementssekretariat

#### 4.1.1 Aufgaben

Rund 40 Juristinnen und Juristen, Informatikerinnen und Informatiker, Personal-, Finanz-, Kommunikationsfachpersonen sowie Verantwortliche der Zentralen Dienste unterstützen die Arbeit der Dienstabteilungen und den Vorsteher des Hochbaudepartements bei der Entwicklung und Umsetzung von Strategien und Projekten sowie bei deren juristischer Prüfung. Weitere wichtige Aufgaben des Departementssekretariats (DS) sind die Geschäftskontrolle, die Personalführung sowie die Koordination der Organisationsentwicklung.

Das DS setzte sich auch 2010 für junge Menschen in der Ausbildung ein und betreute eine juristische Praktikantin, eine Praktikantin HR/Administration, zwei Informatik-Praktikanten, eine KV-Lernende im dritten Lehrjahr sowie vier Informatik-Lernende.

#### 4.1.2 Jahresschwerpunkte

Ende März verabschiedete sich Stadträtin Kathrin Martelli im Rahmen eines «Dialogs über Mittag» im Amtshaus IV von allen Mitarbeitenden. Im Juni, ebenfalls über Mittag, stellte sich dann der neue Vorsteher, Stadtrat André Odermatt, den Mitarbeitenden vor.

Die drei Case-Managerinnen und -Manager betreuten auch in diesem Jahr neben dem Hochbaudepartement das Präsidial- und Finanzdepartement. Sie bearbeiteten rund 40 Fälle. Zum offiziellen Projektende übernehmen sie eine Teamleitung und werden je für ein Team von Case-Managerinnen und -Managern in verschiedenen Departementen zuständig sein.

Die Kommunikation nach innen und aussen ist eine Kernaufgabe des DS. Informationen zu wichtigen Aktualitäten finden die rund 750 Mitarbeitenden des Hochbaudepartements auf dem Portal des Intranets. Der breiten Öffentlichkeit stehen die Websites zur Verfügung. Sie wurden von rund 290 000 Personen besucht (fast ein Drittel mehr als im Vorjahr). Die Medienschaffenden erhielten zu 20 Medienkonferenzen eine Einladung, und es wurden 80 Medienmitteilungen verschickt. An über 50 öffentlichen Veranstaltungen in den Quartieren – z. B. Informationsanlässe, Führungen, Vernissagen, Tage der offenen Tür, Einweihungen – wurde der direkte Kontakt mit der Bevölkerung gepflegt.

Die HBD-IT-Fachabteilung hat das Projekt «Einführung der Software Bage» abgeschlossen. Am 1. Juli konnte die Applikation in den ordentlichen Betrieb überführt werden. Seither melden Benutzerinnen und Benutzer Störungen dem OIZ Service Desk.

Gestartet wurde das Projekt «Planarchiv», das bezweckt, die Gebäudepläne professionell zu bewirtschaften. In einer Evaluationsphase wurden zwei Produkte, die bereits in der Stadt im Einsatz sind, geprüft. Anfang 2011 wird über das Produkt entschieden.

Die Applikationsbetreuung, die weiterhin vom DS gesichert wird, wurde professionalisiert. Die Einführung des Betriebssystems Microsoft Windows Vista wurde im März abgeschlossen. Seither ist die OIZ für den Betrieb der Arbeitsplätze zuständig.

Eine der Hauptaufgaben der Rechtsabteilung ist die Unterstützung des Vorstehers und der Dienstabteilungen in allen juristischen Belangen. Sie koordiniert komplexe rechtliche und politische Verfahren innerhalb des Departements und im Auftrag des Stadtrats. Ein Schwerpunkt war die Begleitung des Planungs- und Projektierungsprozesses für das neue Fussballstadion auf dem Hardturmareal. Bei verschiedenen weiteren städtischen Projekten wie z. B. der Kunsthaus-Erweiterung, dem Neubau der Hotelfachschule Belvoirpark und dem neuen Kongresszentrum leistete sie rechtlichen Support. Der langjährige Leiter der Rechtsabteilung Felix Christen ging Ende Mai in Pension. Sein Nachfolger, Roland Polentarutti, hat sein Amt am 1. November angetreten.

Das Projekt «Rundum gesund» leistete wieder wichtige Beiträge an die Fitness und Gesundheit der Mitarbeitenden. Das Angebot umfasste z. B. Sitzmassagen (auf eigene Kosten), ein Ernährungsseminar oder das monatliche Früchteangebot.



Abschied von Stadträtin Kathrin Martelli am Dialog über Mittag im März 2010. (Bild: Juliet Haller)

### 4.1.3 Spezifische Kennzahlen

	2006	2007	2008	2009	2010
Bearbeitete Geschäfte	2000	2350	2300	2100	2150
Besucher/-innen Infodesk	8455	8558	8955	8850	9128
IT-interner Aufwand in Mio. Fr.	1.93	2.14	2.30	2.21	2.14
IT-externe Kosten in Mio. Fr.	3.27	2.49	2.80	2.31	2.00
Interne Verrechnungen OIZ in Mio. Fr.	2.80	2.86	2.96	1.44	1.56

#### Kommentar zu den Kennzahlen

Im DS wurden rund 2150 Geschäfte über die sog. Geschäftskontrolle erfasst, bearbeitet und abgeschlossen. Wie in den Vorjahren wurden an die Vorsteherin bzw. an den Vorsteher gerichtete Motionen, schriftliche Anfragen, Interpellationen und Postulate des Gemeinderats, Verfügungen und Weisungen der eigenen Dienstabteilungen gemäss Finanzkompetenzregelung, Zuschriften und E-Mails aus der Bevölkerung, Rekurse an die Bausektion sowie interne Geschäfte des DS registriert.

Der Infodesk des HBD im Amtshaus IV ist die publikumsinterne und -externe Empfangsstelle, wo Besuchende Auskunft über die Zuständigkeiten der Dienstabteilungen erhalten. Am Infodesk werden HBD-eigene Broschüren und Publikationen sowie bauspezifische Gesetze und Verordnungen verkauft und abgegeben. Pro Arbeitstag besuchen durchschnittlich 46 Personen den Infodesk.

Der Bereich Organisation und Informatik ist gemäss städtischer IT-Strategie für den Einkauf, das Entwickelnlassen, die Wartung

und Betreuung der Fachapplikationen (die bei den Dienstabteilungen des HBD bereits eingesetzt bzw. neu benötigt werden) zuständig. Die Gruppe Services zeichnet sich nach dem Vista-Rollout durch eine stabile Situation aus. Hingegen führten in der Gruppe Projekte personelle Engpässe zu Verschiebungen von Projekten.

Als Ergebnis der Bemühungen, die IT-Architektur zu vereinheitlichen und zu vereinfachen, wurden ältere Applikationen, die nicht mehr unterstützt werden sowie unterhalts- und kostenintensiv waren, auf neue, bestehende Plattformen migriert. Zur Entlastung der personellen Situation wurden Kleinprojekte gestaffelt abgewickelt.

Gemäss der gesamtstädtischen IT-Strategie werden die Grundbetriebskosten, wie beispielsweise der Betrieb der Server, seit Anfang 2009 nicht mehr verrechnet. Die Interne Verrechnung OIZ ist seit 2009 entsprechend tiefer.



## 4.2 Amt für Städtebau

### 4.4.1 Aufgaben

Zu den wichtigen Aufgaben des Amtes für Städtebau (AfS) zählen: Erarbeitung von Grundlagen für nachhaltige Stadtplanung und Denkmalpflege, Raumordnungskonzept, Richtplanung, Bauordnung und Zonenplan, Sondernutzungsplanungen, Quartierpläne, Schlüsselprojekte, städtebauliche Studien und Wettbewerbe, gestalterisch-architektonische und städtebauliche Überprüfung von Baugesuchen und Aussenreklameanlagen, Denkmalpflege und Inventarisierung, Archäologie und Dendrochronologie, Baugeschichtliches Archiv, Immobilienökonomie, Planwerk und GIS-Kompetenzzentrum. Die vom Stadtrat erarbeitete «Strategie Zürich 2025» stellt hohe Anforderungen. Das Amt für Städtebau hat sich daher reorganisiert. Die Fachleute der Bereiche «Stadt/Region», «Städtebau Süd/West» und «Städtebau Nord/Ost» arbeiten neu fachübergreifend zusammen. Diese Teamkombinationen sind verantwortlich für die Erfolgspositionen – vielfältige Durchmischung, effiziente Vernetzung, diskrete Urbanität, erlebbare Offenheit, ausgezeichnete Lage- und Umweltqualität –, die Zürich auszeichnen.

### 4.4.2 Jahresschwerpunkte

#### Europaallee

Die Europaallee entwickelt sich planmässig. Das Projekt für den öffentlichen Raum ist bewilligt. Die Aufrichte für das Baufeld A und die Grundsteinlegung für das Baufeld C fanden statt. Der Bauentscheid für das Baufeld E liegt vor, das Gesuch für Baufeld G ist eingereicht. Aus dem Abschluss des Wettbewerbs für das Baufeld H ist ein beispielhaftes Projekt (Minergie-P-Eco) hervorgegangen. Der Wettbewerb für die Gleisüberquerung Negrellisteg wurde im Dezember entschieden. Für den letzten Baubereich, Baufelder B und F, laufen die Wettbewerbe.

#### Stadion

Im Frühjahr verkaufte die Stadion Zürich AG ihre Grundstücke an die Stadt, um ein Fussballstadion mit 16 000–18 000 Sitz- und Stehplätzen und eine städtische Wohnsiedlung zu realisieren. Aufgrund der Machbarkeitsstudie wurde die Ausarbeitung der Sonderbauvorschriften vorangetrieben. Der Planungs- und Projektierungskredit für das Stadion und den städtischen Wohnungsbau liegt dem Gemeinderat vor. Weil das Parlament im Dezember den Stadtrat beauftragte, die Ausgaben und Leistungen im Budget 2011 um 220 Mio. Fr. zu kürzen, wurde das Projekt sistiert. Die vorbereiteten Wettbewerbe wurden verschoben.

#### Hochschulgebiet

Der private Gestaltungsplan «Oberer Leonhard» (Neubau der ETH Zürich) wurde im Gemeinderat intensiv diskutiert und im Juni verabschiedet. Gleichzeitig wurde das Thema der Wohnraumrückführung thematisiert. Das Amt für Städtebau und die Rechtsabteilung des Hochbaudepartements haben mit der ETH Zürich einen Vertrag ausgearbeitet. Dieser regelt die im Masterplan thematisierte Wohnraumrückführung.

#### Kunsthhaus-Erweiterung

Aufgrund der gültigen Zonierung (Kernzone mit Profilerhaltung) wird ein Gestaltungsplan für die Erweiterung ausgearbeitet.

Die Turnhallen waren im kommunalen Inventar der kunst- und kulturhistorischen Schutzobjekte eingetragen. Sie wurden aus übergeordneten Überlegungen und aufgrund sorgfältiger Abwägung suspensiv entlassen. Parallel zum Vorprojekt wurde der Gestaltungsplan ausgearbeitet, öffentlich aufgelegt und zur Vorprüfung dem Kanton zustellt.

#### Neues Kongresszentrum Zürich

Die Weisung «Kongresszentrum, Planungskredit für neue Standortevaluation und Machbarkeitsstudien» wurde vom Gemeinderat im März genehmigt. Die Machbarkeitsstudien zu den vier Standorten (Areal Geroldstrasse, Vorderer Kreis 5, Kasernenareal und Gebiet Hafen Enge) liegen vor. Die beiden Standorte im Kreis 5 stehen im Vordergrund. Sie wurden bezüglich Verkehr, Zusatznutzungen sowie Etappierbarkeit (Areal Geroldstrasse) überprüft. In Abklärung sind die Lage des Stadttunnels sowie die inventarisierten Bauten (Vorderer Kreis 5). Im Rahmen verschiedener Anlässe wurde die interessierte Öffentlichkeit informiert.

#### Plan Lumière

Die im Rahmen einer Public Private Partnership realisierte 300 m lange Fassadenbeleuchtung am Utoquai wurde in Betrieb genommen. Der Energieverbrauch entspricht drei Haushalt-Staubsaugern. Die Beleuchtung der Viaduktbögen im Kreis 5 wurde fertiggestellt; bei der Hardbrücke, Pfingstweidstrasse und beim Sechseläutenplatz ist sie in Bearbeitung. Der Verlängerung des Rahmenkredits bis Ende 2013 wurde zugestimmt. 80 Personen besuchten die öffentliche Führung im November. [www.stadt-zuerich.ch/plan-lumiere](http://www.stadt-zuerich.ch/plan-lumiere)

#### Räumliche Entwicklungsstrategie

Die räumliche Entwicklungsstrategie (RES) ist die Konkretisierung der Strategie «Zürich 2025» des Stadtrats auf räumlicher Ebene. Sie wurde departementsübergreifend im Rahmen des Legislatorschwerpunkts «Planen und Bauen für die Stadt von morgen» erarbeitet. Wichtige Beteiligte waren Grün Stadt Zürich, Stadtentwicklung, Tiefbauamt sowie Umwelt- und Gesundheitsschutz. Die RES – bestehend aus acht Teilstrategien – wurde im März vom Stadtrat beschlossen. Im Rahmen verschiedener Veranstaltungen wurde sie der Öffentlichkeit vorgestellt.

#### Raumkonzept national und Städteposition CH

Das Amt für Städtebau beteiligte sich im Rahmen der tripartit (Bund, Kantone und Gemeinden) zusammengesetzten Technischen Arbeitsgruppe an der Erarbeitung des Raumkonzepts Schweiz, dies unter der Federführung des Bundesamts für Raumentwicklung (ARE). Es vertritt die Stadt Zürich als eine von drei Städten, die vom Schweizerischen Städteverband delegiert wurden.

#### Regionale Zusammenarbeit

Die regionale Zusammenarbeit wurde fortgesetzt, insbesondere mit der Regionalplanung Zürich und Umgebung (RZU) und im Rahmen der Metropolitankonferenz Zürich. Das RZU-Projekt «Nachhaltige Siedlungsentwicklung im Verdichtungsraum» wurde abgeschlossen und das Projekt «Landschaftssystem RZU» bearbeitet. Auf der Ebene des Metropolitanraums hat sich das Amt für Städtebau bei den Projekten der Arbeitsgruppe

«Lebensraum Metrobild und Parklandschaft» massgeblich eingebracht.

### **Masterplan Marina Tiefenbrunnen**

Stadt und Kanton Zürich erarbeiteten eine gemeinsame Strategie für die Weiterentwicklung des Seebeckens. Mit der Verlagerung eines Teils der Bojenplätze in die neue Hafenanlage soll das Seebecken entlastet werden. Wassersportaktivitäten werden in Tiefenbrunnen konzentriert. Der Masterplan definiert Themen, die vertieft bearbeitet werden, u. a. den Umgang mit bestehenden Nutzungen, die Randbedingungen Verkehr und Parkierung sowie die Erarbeitung eines Trägerschaftmodells. Stadt und Kanton Zürich tragen diese Planungsarbeiten gemeinsam. Mit den Beschlüssen zum Masterplan genehmigen Stadt- und Regierungsrat die Arbeiten als Grundlage für den Planungs- und Projektierungsprozess.

### **Gebietsmanagement**

Das Gebietsmanagement (Amt für Städtebau und Tiefbauamt) betreute wie bisher zehn Entwicklungsgebiete. Im Sommer fanden gut besuchte öffentliche Führungen statt. [www.stadt-zuerich.ch/entwicklungsgebiete](http://www.stadt-zuerich.ch/entwicklungsgebiete)

### **Zürich-West**

Für das Areal City West wurde eine neue städtebauliche Struktur definiert. Das Konzept ergänzt die drei Wohnbauten mit einem Hochhaus. Im Escher-Wyss-Areal beschloss der Stadtrat den ergänzten Gestaltungsplan für das Baufeld H. Auf dem Areal sind eine Wohnüberbauung, Räumlichkeiten für die Paulus-Akademie sowie das Forum Z geplant. Der ergänzende Gestaltungsplan für die Erweiterung des Technoparks wurde vom Stadtrat an den Gemeinderat überwiesen. Der Gemeinderat genehmigte den Gestaltungsplan für die Aufstockung des Kornhauses der Swissmill, anschliessend wurde das Referendum ergriffen.



Prime Tower: Sicht auf Zürich West. (Bild: Juliet Haller)

Auf dem Maag-Areal feierten der Prime Tower und das Gebäude Platform Aufrichte. Der Spatenstich für die Blockrandbebauung auf dem Hardturm-Areal ist erfolgt. Die Viaduktbögen wurden fertiggestellt und im September eröffnet. Der Bau des Trams Zürich-West läuft plangemäss. Das Infocenter Zürich-West besuchten rund 5400 Personen. Der Newsletter berichtete halbjährlich über Neuigkeiten im Quartier, und die Veranstaltung «Zürich-West Diagonal» fand zweimal statt. [www.stadt-zuerich.ch/zuerich-west](http://www.stadt-zuerich.ch/zuerich-west)

### **Leutschenbach**

Die Testplanung Leutschenbach-Mitte mit drei interdisziplinären Teams (Städtebau/Architektur, Landschaftsarchitektur, Soziologie sowie Verkehrsplanung) schloss mit dem Synthesebericht ab. Das Infocenter im ehemaligen Kissling-Haus am Leutschenpark wurde eröffnet. Die Bauarbeiten für «Brunner Erben» und «Quadro» machten planmässig Fortschritte. Auf dem Heineken-Areal richtete die Asylorganisation Zürich AOZ eine Unterkunft für rund 130 Personen ein. Anlässlich des Eröffnungsfests zur Glattalbahnlinie 12 fanden Führungen durch das Quartier Leutschenbach statt. [www.stadt-zuerich.ch/leutschenbach](http://www.stadt-zuerich.ch/leutschenbach)

### **Letzi**

Das städtebauliche Leitbild Freilager wurde fertiggestellt. Die Freilager AG hat zwei Studienaufträge durchgeführt (Baufeld A und Baufeld C). Die Siegerprojekte werden weiterbearbeitet und umgesetzt. Vertreter der wichtigen Quartierorganisationen sind in den weiteren Projektentwicklungsprozess eingebunden.

### **Schwamendingen**

Das städtebauliche Entwicklungskonzept bildet die Grundlage für die Sonderbauvorschriften. Genossenschaften und private Grundeigentümer bereiten sich mit Studien und Planungen auf die Veränderungen vor. Die Planaufgabe für das Projekt Einhausung im Quartier Saatlén erfolgt voraussichtlich im März 2011, Baubeginn ist ca. 2014. Die Stadt begleitet die verschiedenen Testplanungen, Studien und Wettbewerbe, um die Gartenstadt gemeinsam mit den Genossenschaften und privaten Grundeigentümerinnen und -eigentümern zu erneuern und zu verdichten.

### **Zürich-Affoltern**

Im Gebiet Ruggächer ist die Überbauung Klee abgeschlossen. Der Bezug der Wohnungen erfolgt Anfang 2011. Die beiden Quartierplätze West und Mitte werden im Winter 2010/11 realisiert. Der Bahnhofplatz wurde mit einem Neubau attraktiv aufgewertet. Der neue Bahnhof konnte im November in Betrieb genommen werden.

### **Revision Sonderbauvorschriften Neu-Oerlikon**

Am 3. November beschloss der Gemeinderat die Revision der Sonderbauvorschriften Neu-Oerlikon (SBV). Damit wurde die planungsrechtliche Basis geschaffen, das ehemalige Verwaltungsgebäude der MFO aus dem Jahr 1889 zu erhalten. Dieser Bau kann nicht am heutigen Standort bleiben, sondern muss aufgrund des Ausbaus der Gleisanlagen der SBB weichen. Mit der Revision der SBV kann nun das markante Backsteingebäude – ein Identifikationsbau für die Bevölkerung von Oerlikon – verschoben und somit erhalten werden.

## Manegg

Die notwendigen Planungsinstrumente konnten vorangetrieben werden. Der Private Gestaltungsplan wurde im März vom Gemeinderat, der Quartierplan im Juli vom Stadtrat beschlossen. Es gingen keine Rekurse ein. Das Strassenbauprojekt Allmendstrasse wurde nach Abweisung von zwei Rekursen im Juni rechtskräftig. Die kantonalen Genehmigungen dieser Planungsverfahren erfolgten Anfang 2011. Das städtebauliche Leitbild «GreenCity.Zürich» wurde konkretisiert und für den ergänzenden Gestaltungsplan vorbereitet.

## Öffentlicher Raum

Der Fachbereich Stadtraum hat Studien und Leitbilder erarbeitet. Schwerpunkt bildete der Limmat-Flussraum, insbesondere der Abschnitt Quaibrücke bis Hauptbahnhof. Es wurden verschiedene Planungsverfahren terminlich und inhaltlich koordiniert und Workshops zur gleichen Zeit und mit denselben Fachpersonen durchgeführt.

## Architektonische Beratung, Baukollegium

Die Vorberatung und Begleitung von Bauherrschaften und Planenden blieb auf demselben qualitativ und quantitativ hohen Niveau. Im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens wurden rund 730 Baugesuche begutachtet. Neben vielen kleineren und mittleren Gesuchen prüften die Mitarbeitenden etliche grosse Bauvorhaben. Die Begleitung von diskursiven Verfahren und Studienaufträgen blieb konstant hoch. Das Baukollegium hat an fünf Sitzungen 17 Geschäfte behandelt.

## Reklameanlagen

Die Zahl der bearbeiteten Gesuche für Aussenwerbbeanlagen hat das langjährige Mittel erreicht. Es wurden 1200 Bauanträge eingereicht und 600 Voranfragen und Beratungen durchgeführt. Die Anzahl der Rechtsmittelverfahren reduzierte sich. Sechs Rekursverfahren wurden durchgeführt. Alle Verfahren endeten zugunsten der Stadt. Diese Entscheide bestätigen die langjährige Bewilligungspraxis, die konsequent auf Aussenwerbekonzepten aufbaut. Die Einnahmen für die Benützung des öffentlichen Grundes zu Werbezwecken haben sich signifikant erhöht. Im Bereich Firmenbeschriftungen sowie Megaposterwerbung wurde mehr nachgesucht und bewilligt.

## Stadtarchäologie

In der Altstadt wurden an 53 Objekten, in den Aussenquartieren an 45 Objekten Untersuchungen sowie Abklärungen durchgeführt. Für 48 Gebäude in der Altstadt und 230 Gebäude in den Aussenquartieren wurden Stellungnahmen im Rahmen des ordentlichen Baubewilligungsverfahrens erarbeitet. Rund 16 Stellungnahmen wurden zu Baumassnahmen im öffentlichen Raum, die archäologische Zonen tangieren, erstellt.

In der Altstadt betreute die Stadtarchäologie u. a. auf der Grabung Parkhaus Opéra die neuzeitlichen Befunde mit den Überresten der barocken Stadtbefestigung. In den Aussenquartieren musste bei mehreren ländlichen Bauten die Schutzwürdigkeit abgeklärt werden. Zwei Beispiele: Das Doppelhaus Südstrasse 79/81, ein ehemaliges Bauernhaus aus dem Jahr 1508 mit einer Ergänzung von 1672, beherbergt seit 1950 die Künstlerkolonie Südstrasse. Beim barocken ländlichen Doppelwohnhäuser an der Seestrasse 288/290 war auch die Umgebung von Bedeutung. Drei Rekursverfahren wurden weitergeführt.

Eine grössere Ausgrabung war auf dem Gebiet der reformierten Kirche Altstetten notwendig. Fragmente von bemaltem Verputz eines römischen Gutshofes und mittelalterliche sowie neuzeitliche Bestattungen wurden entdeckt. Die Stadtarchäologie verfasste mehrere Artikel im Bericht «Archäologie und Denkmalpflege 2008–2010».

## Praktische Denkmalpflege / Inventarisierung / Denkmalpflegekommission

Der Stadtrat hat 17 Objekte unter Denkmalschutz gestellt. Ein Objekt wurde aus dem Inventar entlassen. Die Denkmalpflege hat 495 Baugesuche geprüft und dazu Stellungnahmen ans Amt für Baubewilligungen zwecks Antragstellung an die Bausektion des Stadtrats verfasst. Fünf Verfügungen zu Beitragsleistungen für Schutzobjekte wurden erstellt.

Bei Baubewilligungsverfahren hat der Stadtrat in zwölf Feststellungsbeschlüssen bestätigt, dass sich der Charakter des Schutzobjekts durch die bauliche Massnahme nicht verändere. Im Zusammenhang mit Planungen, Neubau- und Umbaugesuchen wurden elf Detailinventare und zehn Dokumentationen erstellt.

In Zusammenarbeit mit der Kantonalen Denkmalpflege fanden unter dem Titel «Am Lebensweg» gut besuchte Stadtführungen statt. Am Europäischen Tag des Denkmals boten Denkmalpflege und Unterwasserarchäologie verschiedene Veranstaltungen an. In der Reihe «Baukultur in Zürich» erschien im November der achte Band, diesmal zu den Quartieren Oberstrass und Fluntern. Zusammen mit der Stadtarchäologie publizierte die Denkmalpflege den Bericht «Archäologie und Denkmalpflege 2008–2010». Die Denkmalpflegekommission traf sich achtmal und behandelte zwölf Geschäfte.



Arbeiten auf der Grabung Parkhaus Opéra. (Bild: Amt für Städtebau)

## Unterwasserarchäologie und Dendrochronologie

Die archäologische Tauchequipe arbeitete im Auftrag für die Kantone Aargau, Schwyz, Zug und Zürich sowie für die Stadt Zürich. Für den Kanton Schwyz wurden die Ausgrabungen der Brückenübergänge zwischen Rapperswil SG

und Freienbach-Hurden SZ weitergeführt. Am Zuger- und am Aegerisee konnten für den Kanton Zug mehrere Uferabschnitte prospektiert und Pfahlfelder aufgenommen werden.

Seit Mai arbeiteten rund 50 temporäre Mitarbeitende auf der Rettungsgrabung «Parkhaus Opéra». Grossflächig wurden mehrere Phasen einer jungsteinzeitlichen Pfahlbausiedlung des 4./3. Jahrtausends v. Chr. ausgegraben. Nach der Eingabe des Nominationsdossiers für die Unesco-Welterbe-Kandidatur «Prähistorische Pfahlbauten rund um die Alpen» startete im Sommer die Evaluation auf der Grabung Opéra.

Das dreijährige Nationalfondsprojekt «Ökologie und Ökonomie der neolithischen Seeufersiedlungen in Stansstad-Kehrsiten NW am Vierwaldstättersee» wurde weitergeführt. Die Ausstellung «Versunkene Welt. Die Pfahlbauer von Kehrsiten» konnte im Baugeschichtlichen Archiv präsentiert werden.

Das Labor für Dendrochronologie bearbeitete rund 40 Projekte; die Hölzer stammten von Gebäuden der Stadt Zürich, von archäologischen Grabungen und von Hausuntersuchungen in den Kantonen Aargau, Basel, Luzern, Obwalden, Schwyz, St. Gallen, Zug und Zürich.

#### **Baugeschichtliches Archiv (BAZ)**

Rund 2000 Personen nutzten die Archivbestände. Die Mitarbeitenden erteilten ebenso viele schriftliche und telefonische Auskünfte. Sie begleiteten Schulklassen und Studierende. Das BAZ zeichnet mitverantwortlich für die Ausstellung «verwegen, verworfen, verpasst», Ideen und Projekte zu Zürichs Stadtentwicklung 1850–2009. Die Mitarbeitenden wirkten unterstützend bei den fotografischen Arbeiten für die Publikation «Baukultur in Zürich» sowie beim Bericht «Archäologie und Denkmalpflege

2008–2010». Die Inhalte der Informationsstation zum historischen Stadtmodell «Zürich um 1800» sind im Internet zu finden: [www.stadtmodell-zuerich.ch](http://www.stadtmodell-zuerich.ch).

#### **GIS-Kompetenzzentrum HBD (GKZ)**

Die neue Stadtplanplattform wurde aufgeschaltet. Die iPhone-App zum Stadtplan wird 2011 zur Verfügung stehen, sofern die finanziellen Mittel vorhanden sind. Das Tool «Infoboard» zur Erfassung aller GIS-Projekte innerhalb der Stadtverwaltung wurde eingeführt. Die ArcGIS-Serverplattform Intranet hat den Betrieb aufgenommen, erste GIS-Applikationen wurden installiert. Im Rahmen des Legislaturziels «2000-Watt-Gesellschaft» entwickelt das GKZ einen GIS-gestützten Solar-kataster (mapSolar). Im AfS wird 2011 ein Projektmanagement-tool (mapManagement) mit GIS-Funktionen zur Verfügung stehen. Das zweite Mal in Folge wurde ein Auszubildender am GKZ mit dem besten Abschluss als Applikationsentwickler ausgezeichnet. Das Team des GIS-Kompetenzzentrums wurde nach Hermes HSPTP zertifiziert.

#### **Liegenschaftsbewertung/Bauökonomie**

Es wurden 116 Aufträge bearbeitet. Die Geschäfte der Schätzungskommission nahmen zu, die Bagatellgeschäfte reduzierten sich. Die Mitarbeitenden erstellten mehr Marktwertschätzungen und Mietwertbeurteilungen und weniger Konzessionsgebühren. Die Konzessionsgebühren-Berechnung erfolgte durch das Tiefbauamt. Der Bearbeitungsaufwand wurde reduziert, die durchschnittliche Durchlaufzeit von 1,5 Monaten konnte gehalten werden. Bei den Schätzungskommissionsgeschäften hat sich die Durchlaufzeit erhöht. Erneut zugelegt haben die Aufträge der Immobilien-Bewirtschaftung.

#### 4.2.3 Kennzahlen Amt für Städtebau

##### Richtplan- und BZO-Teilrevisionen, Sonderbauvorschriften (SBV) und Gestaltungspläne (GP)

Planungsinstrument	in Bearbeitung	Mitwirkungsverfahren und Vorprüfung	Gemeinderatsbeschluss (GRB)	Rechtsmittelverfahren hängig	in Kraft gesetzt
<b>Richtplanung</b>					
<b>BZO-Teilrevisionen</b>					
Forchstrasse			06.10.2010		
Glockenhof			15.09.2010		
Ergänzung Art. 8 Arealüberbauung		Stadtratsbeschluss 28.10.2010			
Schulhaus Blumenfeld		durchgeführt			
<b>SBV</b>					
Seebacherstrasse (Aufhebung)			10.03.2010		
Neu-Oerlikon			03.11.2010		
<b>GP</b>					
Freilager			19.10.2010		27.11.2010
Oberer Leonhard			30.06.2010		11.12.2010
Technopark		Stadtratsbeschluss 17.11.2010			
Manegg			10.03.2010		
Swissmill			15.09.2010	Volksabstimmung 2011	
Kalkbreite		Stadtratsbeschluss 29.09.2010			
Ergänzender GP Escher-Wyss-Gebiet Baufeld H		Stadtratsbeschluss 27.10.2010			
Hauptsitz Swiss Re		durchgeführt			
ZKB Hauptsitz		durchgeführt			
öff. GP Kunsthaus		10.11.2010–24.01.2011			
Ergänzender GP Manegg GreenCity	X				

## Quartierpläne

Nr.	Quartierplan	Aktueller Stand
221	Eierbrecht	Bau der Anlagen
362	Teilrevision Bereich Jungstrasse	Schlussabrechnung Verfahren
464	Obsthaldenstrasse	Grundbuchlicher Vollzug / Schlussabrechnung Verfahren
467	Käshalden	Bau der Anlagen
467	Käshalden, Teilrevision Waschhausweg	Festgesetzt April 2009, Rekurs
468	Ruggächer	Bau der Anlagen
470	Seebacherstrasse	Schlussabrechnung Verfahren, Rekurs
484	Heubeeriweg	Grundbuchlicher Vollzug/Schlussabrechnung
485	Hurdäcker	vor 2. Grundeigentümerinnen und -eigentümerversammlung
488	Manegg	Festgesetzt Juli 2010
490	Ettenfeld-Süd	vor 2. Grundeigentümerinnen und -eigentümerversammlung
491	Ettenfeld-Nord	Schlussabrechnung Verfahren
492	Vogtsrain	Einleitung Juli 2010

## Architektonische Beratung/Baukollegium

	2006	2007	2008	2009	2010
Begutachtung Baugesuche	889	820	699	680	730
Geschäfte Baukollegium	34	41	43	40	17

## Denkmalpflege/Denkmalpflegekommission

	2006	2007	2008	2009	2010
Geprüfte Baugesuche	450	470	473	411	495
Feststellungsbeschlüsse	12	5	5	8	12
Verfasste Kurzgutachten und Objektblätter	11	–	21	15	21
Unter Schutz gestellte Objekte	25	19	19	31	17
Schutzverordnungen	2	–	–	–	1
Aus dem Inventar entlassene Objekte	8	3	5	3	1
Erstellte Detailinventare	14	31	40	20	11
Erstellte Dokumentationen					10
Geschäfte Denkmalpflegekommission	19	20	19	12	12
Verfasste Ortsbildstudien	–	–	7	–	1



## 4.3 Amt für Hochbauten

### 4.3.1 Aufgaben

Das Amt für Hochbauten (AHB) ist die Bauherrenvertretung für die Stadt Zürich in allen Projektierungs- und Bauphasen bei städtischen Hochbauten. Zudem ist das AHB zuständig für die Vorbereitung und das Controlling von Bauvorhaben des gemeinnützigen Wohnungsbaus und von der Stadt unterstützter Institutionen. Die Aufgaben umfassen:

- Projektmanagement in allen Phasen des Bauvorhabens
- Architekturwettbewerbe, Wettbewerbe Kunst und Bau; Planerwahlverfahren und Unternehmersubmissionen
- Strategische Planungen und Machbarkeitsstudien, Erfassung des Portfoliozustands
- Erarbeiten von baulichen Strategien, Konzepten, Normen und Standards (u. a. Nachhaltigkeitsstandards)

Zwischen aktuellen Betriebsanforderungen, der langfristigen Ausrichtung einer Baute, zukunftsorientierten Energie- und Nachhaltigkeitsanforderungen und begrenzten finanziellen Mitteln besteht ein äusserst hoher Abstimmungsbedarf. Das Ziel sind städtebaulich und architektonisch vorbildliche Bauten, die zu angemessenen und transparenten Kosten einen Beitrag in Richtung 2000-Watt-Gesellschaft leisten.

### 4.3.2 Jahresschwerpunkte

#### «Unsere Bauten prägen Zürich»

Unter diesem Motto steht das im Lauf des Jahres neu erarbeitete Leitbild des Amtes für Hochbauten. Unter der Leitung der Direktorin Wiebke Rösler formulierten Mitarbeitende und Kader des Amtes die Leitsätze zu ihrer Arbeit: «Öffentliche Bauten prägen das Stadtbild und sind ein wertvolles Kulturgut. Sie sollen funktional, langlebig und preiswert sein, zur 2000-Watt-Gesellschaft beitragen und architektonischen Mehrwert erbringen.



Rundum erneuert: Das Stadthaus, Pfister Schiess Tropeano Architekten. (Bild: Roger Frei)

An diesen Zielen arbeitet das AHB in engem Einvernehmen mit den Auftraggeberinnen/-gebern, Nutzerinnen und Nutzern.»

#### Risikomanagement

Mit einem Planungs- und Bauvolumen von rund 350 Mio. Fr. sind naturgemäss erhebliche Risiken verbunden. Risikomanagement gehört daher zum Kerngeschäft des AHB und wurde im Berichtsjahr als Schwerpunktthema vertieft. Das Managementsystem verlangt periodisch aktualisierte Risikobeurteilungen für jedes Projekt. Es stellt damit sicher, dass Risiken rechtzeitig erkannt, richtig gewichtet und nötigenfalls geeignete Massnahmen eingeleitet werden.

#### Schlüsselprojekte des Stadtrats

Die Gesamtinstandsetzung des Stadthauses kam am 6. November 2010 mit einem Tag der offenen Tür nach gut dreijähriger Bauzeit zu einem festlichen Abschluss. Der Umbau schuf Arbeitsräume in Neubauqualität und stärkte zugleich den historischen Charakter dieses wichtigen Baus. Durch die Einrichtung effizienter Teambüros erhöhte sich die Zahl der Arbeitsplätze im Stadthaus von 240 auf 280. Aus dem Hauptschalter wurde ein «Stadtbüro», das bürgernah Auskünfte vermittelt. Die Wärmeversorgung erfolgt CO<sub>2</sub>-neutral durch den neuen Seewasser-Wärmeverbund des ewz.

Gut auf Kurs ist das Projekt für ein neues Rechenzentrum OIZ im Siemens-Areal (Albisrieden). Der GU-Auftrag wurde vergeben, mit den Bauarbeiten konnte begonnen werden.

Für die Kunsthaus-Erweiterung wurde das Vorprojekt erarbeitet. Zur Einhaltung der 2000-Watt-Vorgaben fanden Workshops statt, die Kosten werden laufend optimiert. Parallel erarbeitet das Tiefbauamt das Projekt für eine Neugestaltung des Heimplatzes.

Anders verlief die Entwicklung beim populären Projekt für ein neues Fussballstadion im Hardturm: Die departementsübergreifende Taskforce hatte die Projektierung mit Hochdruck vorangetrieben. Mitte Dezember sollte der Architekturwettbewerb starten. Infolge der Rückweisung des städtischen Budgets wurde die Ausschreibung in letzter Minute gestoppt.

Der «Planungsausschuss Kongresshaus», in dem die Kongresshaus-Stiftung, die Tonhalle, die Betriebsgesellschaft Kongresshaus, die kantonale Denkmalpflege sowie die Stadt vertreten sind, erteilte dem AHB den Auftrag für eine Machbarkeitsstudie. In verschiedenen Runden entstand ein Instandsetzungskonzept, das spürbare betriebliche Verbesserungen für Tonhalle und Kongresshaus bringt. Durch eine Aufstockung des Stiftungskapitals soll die Kongresshaus-Stiftung in die Lage versetzt werden, den Umbau zu finanzieren. Das Ziel ist, im Juli 2013 mit den Bauarbeiten zu beginnen.

Das Kunstprojekt «Nagelhaus» am Escher-Wyss-Platz wurde in der Volksabstimmung vom 26. September 2010 abgelehnt.

#### Sicherheitsmassnahmen im Stadion Letzigrund

Im Rahmen der Garantieabnahmen war ein erheblicher Riss am Stegblech im Bereich der Zugstütze am Hauptträger entdeckt worden. Dieser überraschende Fund löste eine intensive Untersuchung der gesamten Dachkonstruktion aus. Da weitere Mängel nicht auszuschliessen waren, sah sich das AHB gezwungen, das Dach vorübergehend mit Notstützen zu sichern.

Die Ultraschallmessungen ergaben an zahlreichen Stellen gravierende Mängel bei den Schweissnähten der Oberflansche. An 29 mangelhaften Stellen wurden darauf Reparaturen ausgeführt. Es folgte eine umfassende Prüfung durch Belastungsproben. Zum Weltklasse-Meeting im August 2010 konnten die Notstützen wieder entfernt werden.



Ausgezeichnet: Furaldächer im Schulhaus Untermoos, instandgesetzt von Diethelm Spillmann Architekten. (Bild: Roger Frei)

### Auszeichnungen für städtische Bauten

Zwei Zürcher Schulanlagen erhielten internationale Anerkennung: Die Neubauten Falletsche und Leutschenbach wurden von der OECD-Bildungsorganisation in eine Auswahl der 60 weltbesten Schulen aufgenommen, die 2011 publiziert wird.

Die Architekten Diethelm + Spillmann Zürich erhielten für das neu wiederentdeckte und -produzierte «Furaldach» (eine Schweizer Aluminium-Dachkonstruktion aus den Fünfzigerjahren) im Schulhaus Untermoos den Produkte-Preis 2011 der Zeitschrift «Detail» (München). Die gleiche originale Dachkonstruktion wurde auch im Schulhaus Chriesiweg angewandt.

### Baukosten und Raumstandards

Die Kosten öffentlicher Bauten waren Ende 2010 in der Zürcher Tagespresse und im Gemeinderat Gegenstand öffentlicher Kritik. Besonders im Blickpunkt standen die Umbauten für ausser-schulische Betreuungsangebote. Das Thema ist für das AHB nicht neu und wurde an dieser Stelle bereits früher kritisch thematisiert (Geschäftsbericht 2008, S. 248/249).

Das AHB plant und baut kostenbewusst. In den Architekturwettbewerben und Planerwahlverfahren sind die Baukosten ein wichtiges Auswahlkriterium; die vom AHB zu diesem Zweck entwickelten Controllingtools wurden von anderen Städten kopiert. Das AHB möchte jedoch im Dialog mit Nutzerinnen/ Nutzern und Auftraggeberinnen/-gebern die Kosten der Bauprojekte noch weiter senken. Auch in Zukunft wird sich das AHB für nachhaltiges Bauen und identitätsstiftende Architektur einsetzen.

### Bauen für die 2000-Watt-Gesellschaft

Zum Programm «7 Meilenschritte für das umwelt- und energiegerechte Bauen» des Stadtrats erschien 2010 erstmals ein Jahresbericht. Er zeigt auf, dass die Ziele des Programms in sehr hohem Mass erreicht wurden. Energieeffizienz und Ökologie sind auf breiter Front zu zentralen Kriterien in der Planung und Ausführung von städtischen Bauten geworden. Die Standards Minergie-Eco und Minergie-P-Eco prägen die städtische Bautätigkeit – nur bei den Umbauten bleibt die Bilanz nach wie vor unbefriedigend.

Zwischen den Kriterien Ökologie, Kosten, Funktionalität und baukulturelle Werte / Denkmalschutz öffnen sich bei Instandsetzungen immer wieder Zielkonflikte. Eine vielversprechende Strategie, um die Konflikte am Einzelobjekt zu entschärfen und die ökologischen Ziele verbindlich umzusetzen, ist die Planung auf der Ebene eines ganzen Portfolios: Für die städtischen Schulen entwickelte das Projekt «Schulen auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft» in einem breit abgestützten Prozess unter wissenschaftlicher Begleitung entsprechende Szenarien. Sie zeigen auf, dass es ohne schmerzhaft Abstriche am Denkmalschutz im Prinzip möglich ist, die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft gemäss SIA Effizienzpfad Energie für die städtischen Schulhäuser zu erreichen, wenn alle beteiligten Dienstabteilungen verbindlich zusammenwirken.

Ende 2009 sprach der Gemeinderat zwei Kredite von zehn und 18 Mio. Fr. für Energiesparmassnahmen an städtischen Gebäuden, die noch nicht wirtschaftlich sind beziehungsweise über das Programm «7 Meilenschritte» hinausgehen. 2010 wurden die Zielsetzungen konkretisiert und erste Ideen umgesetzt. Als erste Projekte werden Sonnenkollektoren und Holzpellettheizungen in städtischen Wohnsiedlungen finanziert. Zukunftsweisende Resultate versprechen das Forschungs- und Entwicklungsprojekt «Haus als Kraftwerk» sowie die Studie für eine Mobilitätsstrategie in städtischen Siedlungen.

### Energieanalysen

Die Gebäudetechnik war in den letzten Jahren durch eine grosse Zahl von Innovationen geprägt. Die Fachstelle Energie- und Gebäudetechnik liess vor diesem Hintergrund die Funktionen von gebauten Anlagen durch Drittfirmen überprüfen. Erklärtes Ziel der Analysen sind die Sicherstellung der Qualität, die Optimierung der zukünftigen Bauten und – in deren Folge – die Minderung des Energieverbrauchs. Die kontrollierenden



Containerwohnen: Temporäre Wohnsiedlung in Leutschenbach, NRS Team Architekten. (Bild: Maurice Grünig)

Fachleute stellen den untersuchten Bauten ein gutes Zeugnis aus. Dazu zählt, dass die gemessenen Energieverbrauchs-werte überwiegend im erwarteten Bereich liegen. Trotzdem hat sich das Controlling gelohnt: Bei allen Gebäuden wurden kleinere Unstimmigkeiten bei der Planung oder der Ausführung gebäudetechnischer Anlagen festgestellt und korrigiert. Zudem konnten wertvolle Erkenntnisse für aktuelle Bauprojekte gewonnen werden.

### Verschiedene Wohnformen

In Zeiten der Wohnungsnot bekommt der grosse Bestand an Wohnhäusern in städtischem Besitz besondere Bedeutung, denn sie bilden oftmals Inseln, die für Familien des Mittelstands oder andere soziale Gruppen bezahlbaren Wohnraum bieten. Im Auftrag der Liegenschaftenverwaltung wurde so das Wohnhaus Schönleinstrasse 21 (Fluntern) zu preiswertem Wohnraum für Studierende umgebaut. In einem Gewerbebau an der Schipfe konnte mitten im Stadtzentrum Wohnraum für Familien geschaffen werden, und auch aus dem städtischen Werkhof an der Marmorgasse (Aussersihl) wurden Familienwohnungen sowie Gewerberäume.

Eine ungewöhnliche Aufgabe war die kurzfristige Schaffung von Wohnraum für Asylbewerberinnen und -bewerber im Auftrag der Asylorganisation Zürich (AOZ). Da deren Mietvertrag für das leerstehende Hotel Atlantis per August 2010 auslief, musste kurzfristig Ersatzwohnraum für 200 Asylbewerbende geschaffen werden. Zwei Containersiedlungen in Leutschenbach und an der Aargauerstrasse konnten innert weniger Monate geplant und gebaut werden. Sie decken den Bedarf für die nächsten Jahre. Ihre spartanische Ausstattung wird durch die menschenfreundliche Gestaltung der Anlagen kompensiert.



Aufgewertet: Pflegezentrum Mattenhof, Metron Architektur. (Bild: Theodor Stalder)

### Pflege und Wohnen im Alter

Das Altersheim Dorflinde (Oerlikon) ist Teil einer Komplex-Überbauung aus den 1970-er-Jahren, die im Gesamtzusammenhang instandgesetzt und umgebaut wird. Dabei wird die

ehemalige Alterssiedlung SAW mit dem bestehenden Altersheim zusammengelegt, das so sein Angebot zeitgemäss ausbauen kann. Dank Innendämmung und anderen Massnahmen wird das Gebäude den Minergie-Neubau-Standard erreichen.

In einem baulichen Umbruch befinden sich die städtischen Pflegezentren, deren grosse Gebäudekomplexe mehrheitlich aus den 60er- und 70er-Jahren stammen und heute umfassend saniert werden müssen. Die Umbauprojekte folgen einem Masterplan, der die Projektziele und die zeitliche Abfolge regelt. Im Interesse der Wohnqualität werden überall Mehrbettzimmer zu Einer- und Zweierzimmern mit dazwischenliegenden Nasszellen umgebaut und in überschaubare Wohngruppen gegliedert.

Im Mai kam der Umbau des Pflegezentrums Mattenhof (Schwamendingen) erfolgreich zum Abschluss; darauf begann die Erneuerung des Pflegezentrums Bombach (Höngg), ab 2012 folgt das Pflegezentrum Witikon. Die Projekte sind zeitlich voneinander abhängig, denn die betroffenen Patientinnen und Patienten kommen für die Umbauzeit in einem anderen Zentrum unter. So lassen sich teure Bauzeitprovisorien einsparen.



Klassisch elegant: Schulhaus Viventa, Ladner Meier Architekten. (Bild: Menga von Sprecher)

### Schule und Sport

Es kamen vier Schulhaus-Instandsetzungen zum Abschluss: Holderbach (Schwamendingen), Döitschi (Wiedikon), Wengi (Aussersihl) sowie die Schule Viventa für Berufs- und Erwachsenenbildung (Wipkingen). Das Holderbach-Schulhaus, das von diesen als einziges nicht im Inventar der Schutzobjekte figuriert, erreicht nach dem Umbau den Minergie-Standard.

Gegenwärtig befinden sich die Schulhäuser Rebhügel (Wiedikon), Ilgen (Hottingen) sowie Weinberg (Unterstrass) im Umbau. Für die neue Schulanlage Blumenfeld im dynamisch wachsenden Neubauquartier Ruggächer (Affoltern) läuft gegenwärtig der Architekturwettbewerb. Für den kurzfristigen Bedarf der Bevölkerung wurde die provisorische Schulanlage mittels Züri-Modular-Pavillons erweitert und eine zerlegbare provisorische Turnhalle aus Holzbaumodulen entwickelt und erbaut.



Urbanität am Stadtrand: Sportanlage Heerenschürli, Dürig AG und Topotek 1. (Bild: Hanns Joosten)

Gebaut wird auch für den Breitensport: Die prominenteste Baustelle ist das Hallenbad City, das 2012 wiedereröffnet wird. Auch das Bad «Zwischen den Hölzern» befindet sich im Umbau, während das Projekt für das Strandbad Wollishofen durch einen privaten Rekurs blockiert ist. Im Mai öffnete das Strandbad Tiefenbrunnen nach einer umfassenden Erneuerung der denkmalgeschützten Bauten und Gartenanlagen wieder seine Tore. Ganz neu gestaltet wurde schliesslich die Sportanlage Heerenschürli (Schwamendingen). Sie erhielt nicht nur neue Kunstrasenfelder für den Fussball, sondern auch das erste wettkampfmässig ausgerüstete Baseballfeld der Schweiz. Die grosszügigen Plätze und Wege, die hohen, grünen Ballfangzäune und das zentrale Garderobengebäude machen die Anlage zu einem städtischen Ort im Quartier.

### Depot-Anlagen der VBZ

Die Depotinfrastrukturen der Verkehrsbetriebe erlebten ihre letzte grosse Ausbauwelle in den Jahren um 1970. Seither ist der Verkehr um 60% gewachsen, und auch für den Betrieb der neuen Linien (Tram 18, Glattalbahn u.a.) sind zusätzliche Kapazitäten erforderlich. Die Depots müssen daher ausgebaut werden. Die VBZ erarbeiteten eine Anlagenstrategie, die zahlreiche Bauvorhaben nach sich zieht. Bereits im Bau befindet sich die Erweiterung des Tramdepots Oerlikon (für die Fahrzeuge der Glattalbahn). Projekte für die Depots Irchel, Wollishofen und Kalkbreite sind beim AHB in Arbeit, und in der Busgarage Hardau beginnen die Bauarbeiten Anfang 2011. Neben technischen Aspekten sind bei der Instandsetzung der grossen Hallen auch Fragen der Energieeffizienz sowie oftmals denkmalpflegerische Herausforderungen zu lösen.

### Architekturwettbewerbe

Sechs Architekturwettbewerbe wurden abgeschlossen: Kurz vor Jahresende der Wettbewerb für ein neues Restaurant im Strandbad Mythenquai. Die weiteren fünf Ausschreibungen wurden alle im Auftrag von gemeinnützigen Baugenossenschaften durchgeführt: Die vier Ersatzneubauprojekte

Altwiesenstrasse (BG Graphis, Schwamendingen), Tram- und Funkwiesenstrasse (Bahoge, Schwamendingen), Tièchestrasse (BEP, Wipkingen) und Katzenbach (GBZ, Seebach) bieten zeitgemässen und erschwinglichen Wohnraum für Familien.

Eine ganz besondere Herausforderung stellt das geplante Wohnhaus am Rebenweg (Leimbach) der «Genossenschaft MCS» dar. Menschen, die an multipler Chemikalien-Unverträglichkeit (MCS) erkrankt sind, reagieren bei geringsten Umwelteinwirkungen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen und finden daher kaum Wohnraum, in dem sie beschwerdefrei



Baubiologisch perfektioniert: Wohnhaus am Rebenweg, Andreas Zimmermann Architekten. (Bild: Andreas Zimmermann)

leben können. Das geplante Wohnhaus muss daher physikalisch, chemisch und biologisch möglichst reizarm sein. Es bietet die einmalige Chance, in diesem Bereich wertvolle Erfahrungen zu sammeln. Das AHB organisierte den Architekturwettbewerb und berät die junge Genossenschaft in baubiologischen Fragen.

Drei weitere laufende Wettbewerbe werden im Jahr 2011 abgeschlossen. Sie betreffen das neue Schulhaus Blumenfeld, die städtische Wohnsiedlung Kronenwiese sowie das Haus der Demenz im Pflegezentrum Bombach

### Kunst und Bau

Vier Kunst-und-Bau-Projekte wurden realisiert. Ende 2010 konnte der Kunst-Wettbewerb für das Altersheim Trotte entschieden werden. Eine kontemplative Rauminstallation von Sabina Baumann mit Wandzeichnungen für den Raum der Stille und einem spielerischen Glücksrad von Relax im Aufenthaltsbereich.

Im Stadtspital Triemli werden unter dem Titel «Kunst Station Triemli» während der nächsten zehn Jahre, von 2010 bis 2020, in enger Auseinandersetzung mit Spital, Bau, Betrieb, Architektur und Kunst gemeinschaftlich orientierte Kunstprojekte realisiert. Diesen Sommer wurde das Kunstprojekt mit der mobilen Kunst Station, die als Info-, Dokumentations-, Ausstellungs-,



Kunst als Gemeinschaftserlebnis: Kunst Station Triemli. (Bild: Francisco Carrascoosa)

Arbeits- und Veranstaltungsraum dient, feierlich eröffnet. Das multimediale Vermittlungsprojekt «1+1=3, Kunst und Schule Leutschenbach» mit Lehrerschaft und Schüler/-innen zu den Toblerones von Olivier Mosset ist erfolgreich abgeschlossen und wird von der Schule aus eigenem Antrieb auch 2011 weitergeführt.

Im Frühjahr 2011 wird das mehrjährige Kunstforschungsprojekt Hardau der Stadt Zürich und der Zürcher Hochschule der Künste seinen Abschluss finden mit dem übergrossen Schaukelobjekt «Y» von Sisley Xhafa. In öffentlichen Gesprächen,

Führungen und einem projektbezogenen Booklet wird das Kunstprojekt der Bevölkerung weitervermittelt. Es erstreckte sich über ein ganzes Quartier und dauerte fünf Jahre.

### Kunst im öffentlichen Raum

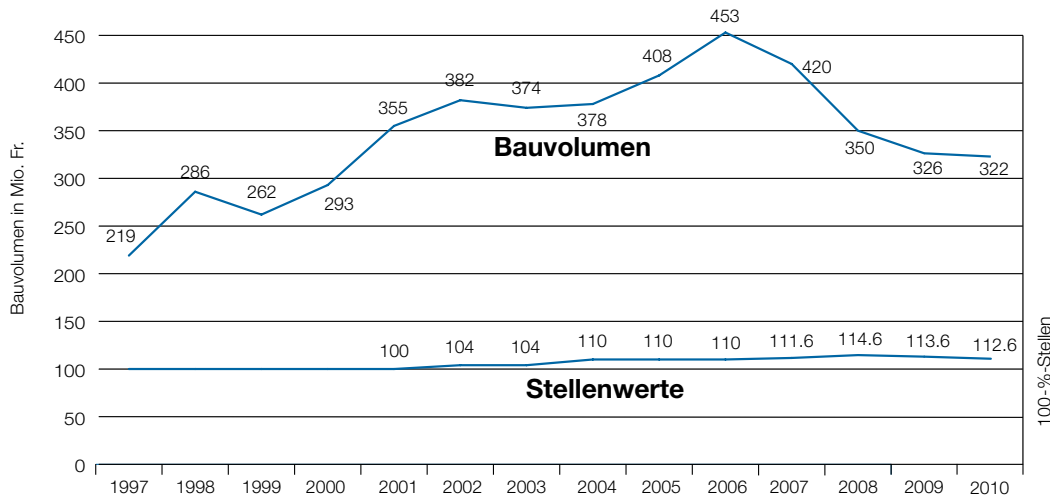
Die Geschäftsstelle der Arbeitsgruppe Kunst im öffentlichen Raum ist wie die Fachstelle Kunst und Bau im AHB untergebracht. Die AG KiöR initiierte für das Gebiet Europaallee einen internationalen Studienauftrag. Anfang Jahr wählte die Jury das Zürcher Team Patrick Huber und Evtixia Bibassis für die übergeordnete künstlerische Leitung aus. «Gasträume. Kunst auf öffentlichen Plätzen Zürichs» startete als Pilotprojekt für den Sommer 2010. Museen, Galerien und Off-Spaces waren eingeladen, sich mit Kunstprojekten zu bewerben. Fünf «Gasträume» zeigten von Juni bis August 2010 unterschiedliche Kunstprojekte.

Nach der Ablehnung des Projekts Nagelhaus am Escher-Wyss-Platz will die AG KiöR die öffentliche Diskussion vertiefen. Gelegenheit dazu gibt die neu lancierte Gesprächsreihe «Tatort Kunst im öffentlichen Raum». Die Verschiebung der «Fanfare» vom Zürcher Kunsthaus nach Langenthal gestaltete sich als attraktive und überzeugende Aktion.

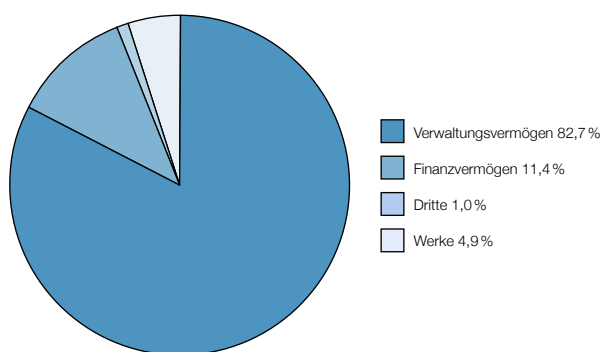
Übersichten über die aktuellen Planungs- und Bauvorhaben des Amtes für Hochbauten finden sich unter

- [www.stadt-zuerich.ch/internet/hbd/home/planen\\_bauen.html](http://www.stadt-zuerich.ch/internet/hbd/home/planen_bauen.html)
- [www.stadt-zuerich/kunst.htm](http://www.stadt-zuerich/kunst.htm)

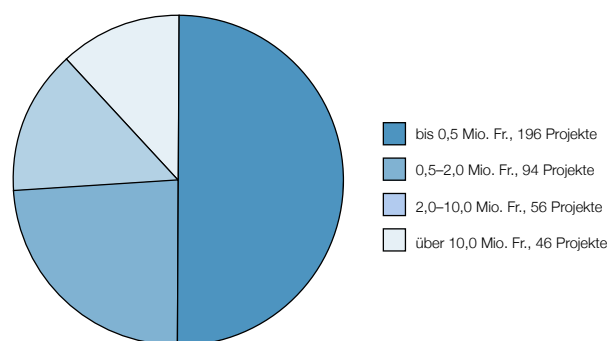
### 4.3.3 Spezifische Kennzahlen



### Aufteilung der Kosten nach Nutzung



### Aufteilung der 392 aktuellen Bauvorhaben nach Kosten



### Kommentar

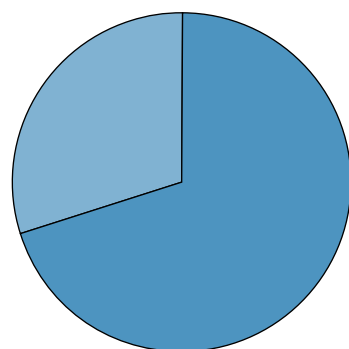
Die im Rechnungsjahr 2010 getätigten Bauinvestitionen (Finanz- und Verwaltungsvermögen, Werke, Dritte) liegen unter dem erwarteten Ergebnis. Dies ist einerseits darauf zurückzuführen, dass wiederum einige budgetierte grössere Bauvorhaben (Ausbildungszentrum Opfikon, Verwaltungsgebäude Förrlibuckstrasse, Schulhaus Am Uetliberg, Stadtgärtnerei, Kindergarten/Hort Maienstrasse 15/21, Kinderkrippe Oerlikon), aber auch eine Vielzahl mittelgrosser Geschäfte nicht wie vorgesehen in Angriff genommen werden konnten. Andererseits

beruht die Differenz zum Geschäftsjahr 2009 auch darauf, dass einige grössere Bauvorhaben abgeschlossen wurden. Ins Gewicht fallen vor allem die Schulanlagen Albisriederplatz, Dötschi und Milchbuck sowie das Amtshaus I.

Die Aufteilung der 392 aktuellen Bauvorhaben nach Kosten zeigt indessen, dass bei den Grössenordnungen keine wesentliche Verschiebung eingetreten ist und nach wie vor kleinere Vorhaben bis 500 000 Franken dominieren.

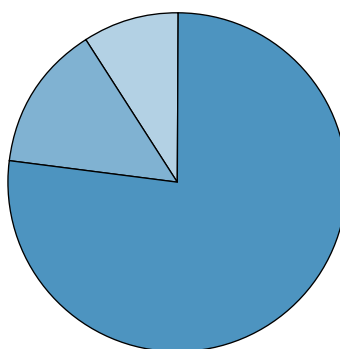
### Vergabe von Bauaufträgen

Vergabeverfahren



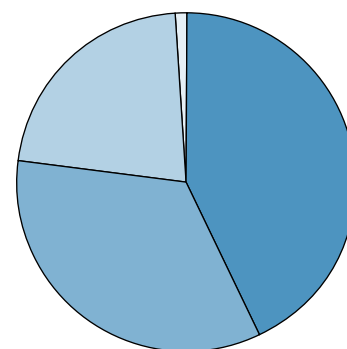
Offen 70 %  
Einladung 30 %

Vergabeentscheid



Preis/Qualität 77 %  
Preis 14 %  
Qualität 9 %

Domizil



Stadt 43,0 %  
Kanton 34,0 %  
Schweiz 22,0 %  
Ausland 1,0 %

### Kommentar

Die Vergabestatistik zeigt, dass beim AHB aufgrund der massgebenden Submissionsverordnung bei 128 Vergaben das offene Verfahren und bei 54 Vergaben das Einladungsverfahren zur Anwendung kam. Bei 182 Entscheidungen erfolgten 140 Vergaben auf einem «bestausgewiesenen» Preis-Qualitäts-Verhältnis. Bei 25 Vergaben war ausschliesslich der Preis und bei 17 Wettbewerben schwerpunktmässig die Qualität für eine Auftragserteilung ausschlaggebend. Die dritte Grafik zeigt, dass bei den Vergaben 78 Firmen mit Domizil in der Stadt Zürich,

62 Unternehmen mit Sitz im Kanton Zürich und 40 Unternehmen mit Domizil in der Schweiz beauftragt wurden. Im Geschäftsjahr 2010 wurden lediglich zwei Bauaufträge aufgrund eines Wettbewerbs ins Ausland vergeben. Die Auswertungen bestätigen wiederum, dass Zürcher Unternehmen gegenüber Mitbewerbern der übrigen Schweiz und im Ausland absolut konkurrenzfähig sind. Das AHB arbeitet zu rund 77 % mit Unternehmen aus der Stadt oder dem Kanton Zürich zusammen.



## 4.4 Immobilien-Bewirtschaftung

### 4.4.1 Aufgaben

Die Immobilien-Bewirtschaftung (IMMO) vertritt die Stadt Zürich als Eigentümerin und Bewirtschafterin eines Grossteils der Immobilien im Verwaltungsvermögen. Sie berät den Stadtrat und die Departemente in allen strategischen Fragen zur Ressource Raum und ist in den ihr anvertrauten Gebäuden für Instandhaltung, Hausdienst, Technik und Reinigung verantwortlich. Weitere Dienstleistungen sind Beschaffung, Miete und Zuteilung von Verwaltungs- und Schulräumen.

Die IMMO engagiert sich für eine nachhaltige Bewirtschaftung der ihr anvertrauten Gebäude: Sie berücksichtigt die politischen und finanziellen Vorgaben, beachtet die Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer und behält die langfristige Zielsetzung der Stadtplanung im Auge.

#### 4.4.2.1 Personal und Organisatorisches

##### Unternehmensentwicklung

Die mehrjährige Strategie der IMMO ist auf die weitere Professionalisierung aller Dienstleistungen ausgerichtet. Auf diesem Weg, der von der Verwalterin zur Bewirtschafterin führt, wurden 2010 wichtige, eng miteinander verknüpfte Meilensteine erreicht.

- Die Ersterfassung der Nutzerdaten in einem CAFM-System (Computer Aided Facility Management) konnte abgeschlossen werden. Damit wurde erstmals eine integrale Datenbasis zur Bewirtschaftung der Ressource Raum geschaffen.
- Kader und Mitarbeitende wurden mit den daraus resultierenden Veränderungen bei Datenpflege und Prozessen vertraut gemacht.
- Für die Beschaffung der neuen Fachapplikation SAP RE-FX (flexibles Immobilienmanagement) konnte die Ausschreibung beendet werden.
- Zur Pflege des zertifizierten Managementsystems wurden Kader sowie Prozesseigner und -eignerinnen geschult und ein Qualitätszirkel aufgebaut.

##### Abschluss CAFM-Nutzerdaten

Die IMMO hat bis Ende 2010 die Nutzer-/Verrechnungsdaten aller verrechnungsrelevanten Räume in einem CAFM-System erfasst. Die 2009 erfassten Gebäudedaten wurden mit der

Information ergänzt, welche Kunden mit welchen Nutzungsarten die Räume belegen. Die Daten sind somit für die Verrechnung der Raumkosten mittels SAP bereitgestellt. Die Daten bilden die Grundlage für die Mietverträge, die zukünftig im SAP RE-FX (vgl. unten) erfasst werden. Die Nutzer-/Verrechnungsdaten können zudem für die Bewirtschaftung der Gebäude oder Räume verwendet werden.

Für das Stadion Letzigrund wurde auf CAFM-Basis ein Stör- und Instandhaltungsmanagement aufgebaut. Verschiedenen Dienstabteilungen wurde ein direkter Zugriff auf das CAFM ermöglicht. Dadurch können sie selbständig, schnell und einfach einheitliche Pläne und Daten abrufen. Die IMMO und ihre städtischen Partner sprechen somit stets von den gleichen Raum- und Flächendaten.

##### Ausschreibung SAP RE-FX

Im Rahmen ihrer IT-Strategie hat sich die IMMO zum Ziel gesetzt, die Prozesse im Immobilienmanagement auf einer einzigen integrierten Informatikplattform abzuwickeln. Auf die Testphase folgte 2009/2010 die Phase Ausschreibung für das SAP-Modul RE-FX. Dieses aktuellste SAP-Modul wird in der IMMO 2011 das bestehende Modul RE Classic ersetzen, bei dem der Support eingestellt wurde.

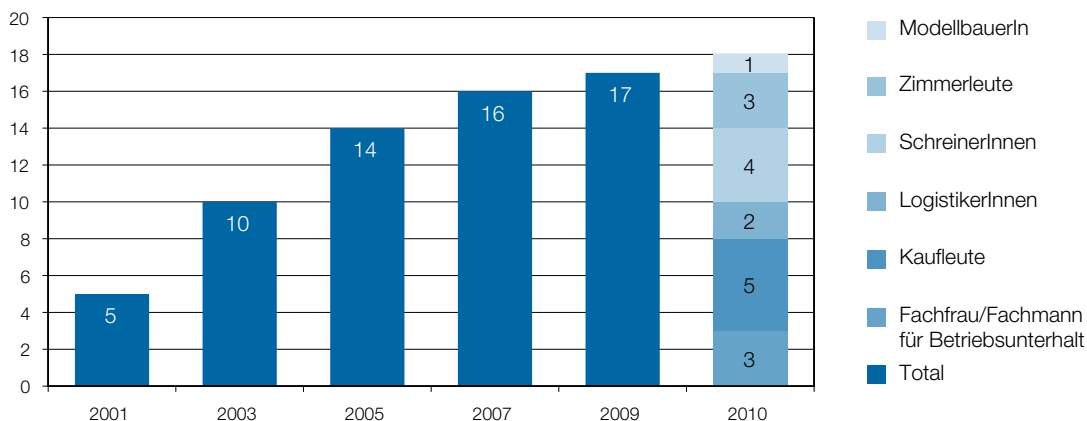
##### Wartungsverträge und Störungsbehebung

Seit 2010 betreut ein neuer Fachbereich den Energieeinkauf, die Instandhaltung und die Intervention. In diesem Zusammenhang wurde die Organisation für Interventionen überarbeitet: Während normaler Arbeitstage wird der Pikettdienst durch IMMO-Mitarbeitende wahrgenommen, zu Randstunden, an Betriebsfeiertagen und an den Wochenenden durch den neuen städtischen Partner, das ewz. Die Professionalität und die Reaktionszeiten fielen in den ersten Monaten zur vollen Zufriedenheit der IMMO und ihrer Kundinnen und Kunden aus.

##### Lernende bei der IMMO

Seit ihrer Gründung im Jahr 2001 unterstützt die IMMO das Ziel des Stadtrats, die berufliche Ausbildung zu fördern. Die Zahl der Lernenden konnte seither kontinuierlich gesteigert werden. Im Berichtsjahr stellte die IMMO 18 Ausbildungsplätze in sechs verschiedenen Lehrberufen zur Verfügung.

#### Entwicklung der Anzahl Lernenden bei der IMMO 2001–2010



#### 4.4.2.2 Strategisches und Standards

##### Aufgaben- und Finanzplan 2012–2016

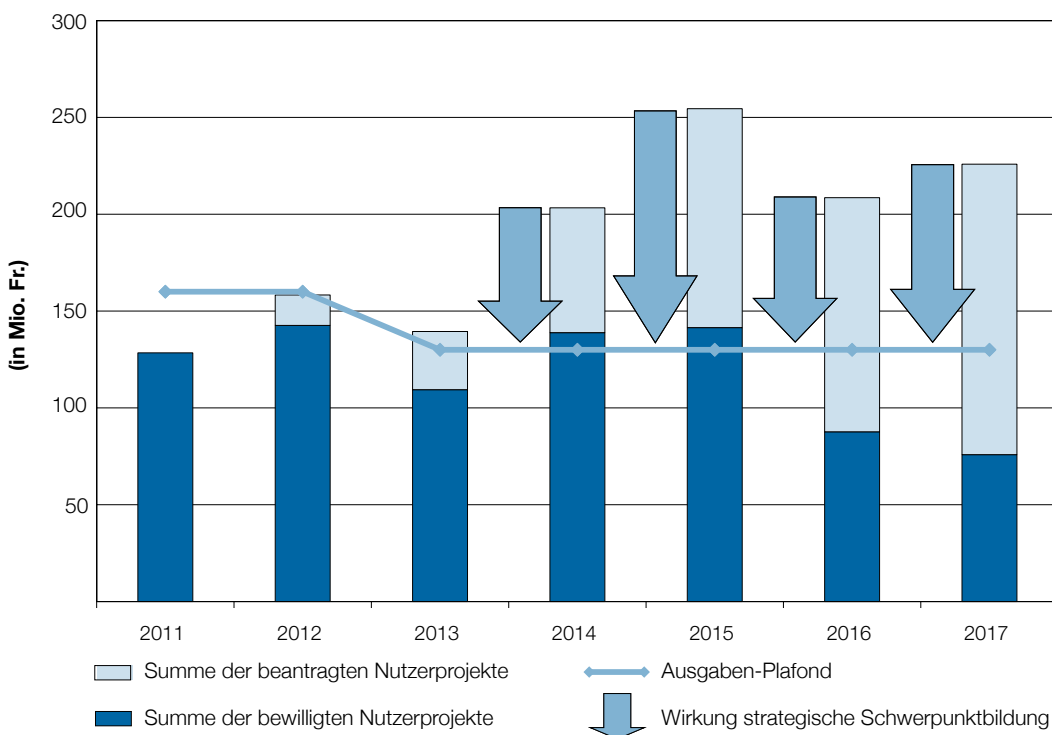
Der Mittelbedarf der nutzerseitig gemeldeten Neu- und Erweiterungsbauten übersteigt den angestrebten jährlichen Plafond von 130 Mio. Fr. Im Zeitabschnitt 2014–2020 beträgt dieser Überhang mehr als 400 Mio. Fr. Als Lösungsansatz für eine vorausschauende Investitionsplanung hat der Stadtrat die IMMO beauftragt, eine strategische Schwerpunktbildung dieser Nutzerprojekte zu erarbeiten. In enger Kooperation mit den zuständigen Departementsverantwortlichen hat die IMMO jeden Investitionsantrag dokumentiert, überprüft und priorisiert.

Durch Verschieben oder Streichen von Anträgen konnten dem Stadtrat an seiner Klausur 2010 Varianten der

Investitionsplanung vorgestellt werden, die terminlich und finanziell zu bewältigen sind, d. h. innerhalb des Plafonds liegen. Der Stadtrat beauftragte die Departemente anschliessend, die von der IMMO vorgeschlagenen Massnahmen zu prüfen und ihre Konsequenzen zu erfassen. Gleichzeitig sollten alternative Massnahmen (z. B. betriebliche Lösungsansätze) zur Einhaltung des Plafonds ausgelotet werden – dies ganz im Sinne des Projekts «Zürich baut – gut und günstig!».

Die IMMO hat nun die Aufgabe, die departementalen Inputs zu koordinieren und dem Stadtrat im Januar 2011 konsolidiert vorzustellen.

##### Überschreitung des Ausgabenplafonds durch die beantragten Nutzerprojekte



##### Standort- und Raumoptimierung (Staro)

Im Zusammenhang mit der Erarbeitung der Portfoliostrategie 2020 (vgl. unten) wurde die Ist-Situation in der engeren Verwaltung erhoben und bewertet. Die wichtigste Erkenntnis: Grössere Raumbegehren der Dienstabteilungen können zurzeit nicht mehr in den bestehenden Liegenschaften abgedeckt werden. Trotz Verdichtungen bei den Arbeitsplätzen, Umnutzungen z. B. von Sitzungszimmern sowie der departementsinternen und -übergreifenden Nutzung von Synergien in der Infrastruktur stehen keine Flächen mehr zur Verfügung.

Von den strategischen Grundsätzen konnte die Umsetzung der Flächenvorgabe des Stadtrats für den Bürobereich mit 12,7 m<sup>2</sup> pro Arbeitsplatz beinahe erreicht werden (Zielwert: 12,5 m<sup>2</sup>). Auch mit der Senkung des Flächenanteils im Kreis 1 auf 24 % konnte der Zielwert von 23 % fast erreicht werden. Der Umfang verbleibender Fremdmietverhältnisse

nahm entgegen den Zielvorgaben zu. Dies ist auf fehlende Flächen in Liegenschaften des Verwaltungsvermögens zurückzuführen. Im Moment belegt die engere Verwaltung mit 6340 Arbeitsplätzen eine Nutzfläche von ca. 189 000 m<sup>2</sup>, davon rund 81 000 m<sup>2</sup> Bürohauptnutzfläche.

##### Portfoliostrategie 2020 für die engere Verwaltung

Aufgrund der dringenden Raumpendenzen und der anstehenden Mietgeschäfte erstellte die IMMO im Berichtsjahr die Portfoliostrategie 2020 für die engere Verwaltung. Mit der engeren Verwaltung sind nicht Objekte oder Liegenschaften gemeint, sondern Dienstabteilungen (bzw. Teile davon) mit hauptsächlich administrativer Tätigkeit.

Das Dokument zuhanden des Stadtrats zeigt die Raumentwicklung der letzten neun Jahre, die Ist-Situation sowie die Bedarfsentwicklung und die Strategien zu deren Deckung für

die nächsten zehn Jahre auf. Basis für die Portfoliostrategie bildeten die beiden Staro-Berichte 2001 und 2005 sowie die Raumbedarfsstrategie 2006/2008/2010.

Die Portfoliostrategie soll jährlich weitergeschrieben werden: fürs Controlling, als Zusammenfassung der Raumbedürfnisse und zur Weiterentwicklung der Bedarfsdeckung.



Amtshäuser IV und III. (Bild: Theodor Stalder)

### Behindertengerechtes Bauen

Das Behindertengleichstellungsgesetz (BehiG) schaffte die bundesrechtliche Grundlage, um Benachteiligungen zu verringern oder zu beseitigen, denen Menschen mit Behinderung ausgesetzt sind. Das BehiG deckt auch die für die Öffentlichkeit bestimmten Bauten, Anlagen und Einrichtungen ab.

Ein auf diesem Gesetz basierendes Kreisschreiben der kantonalen Baudirektion von Mai 2009 war Anlass dazu, dass die IMMO die Erschliessung ihrer Liegenschaften und der zugemieteten Bauten mit Publikumsverkehr analysiert. Es gilt zu klären, in welchen Gebäuden Nachholbedarf besteht und welche finanziellen Konsequenzen daraus entstehen. Ergebnisse sollen bis Ende 2011 vorliegen.

### Schulraumstrategie Kreis 5

In enger Zusammenarbeit mit der Verwaltung, insbesondere der Schulbehörde und dem Schul- und Sportdepartement, hat die IMMO auch 2010 verschiedene Schulraumstrategien initiiert und erarbeitet. Die aktualisierte Strategie für den Kreis 5 wurde an einer «Zürich-West Diagonal»-Veranstaltung der Öffentlichkeit präsentiert.

Die Überarbeitung dieser Schulraumstrategie wurde aufgrund neuer Rahmenbedingungen notwendig: Der Stadtrat verzichtet auf den Neubau des Schulhauses Schütze, der Kanton auf einen Ersatzneubau auf dem Kornhaus-Areal.

Die angepasste Schulraumstrategie beinhaltet drei Schwerpunkte: Das Schulhaus an der Heinrichstrasse 240 fällt Ende 2015 vom Kanton an die Stadt Zürich zurück. Es soll künftig in erster Linie als Primarschulhaus dienen. Die Räumlichkeiten werden erneuert und durch einen Neubau erweitert. Als neue Nutzer auf dem Schütze-/Heinrichareal sind die Pestalozzibibliothek sowie das Quartierhaus Kreis 5 vorgesehen. Das Schulhaus Kornhaus bleibt in städtischem Besitz und wird weiterhin als Primarschulanlage genutzt. Auf dem Areal Pflingstweid ist ein Primarschulhaus für Zürich-West geplant.

### 4.4.2.3 Immobilienunterhalt, Bauprojekte und Facility Management

#### Investitionen und Unterhalt

Mit den budgetierten Mitteln in der Investitions- und der laufenden Rechnung hat die IMMO im Berichtsjahr 781 Projekte im Bereich baulicher Unterhalt und Bauvorhaben realisiert.

In der Investitionsrechnung sind es 207 Projekte, davon 32 Einzelprojekte über 2 Mio. Fr. und 160 Projekte zwischen 0,1 und 2 Mio. Fr. Der Schwerpunkt des personellen Aufwands liegt nicht in den grösseren Projekten, sondern in den vielen kleinen, die knapp 26 % des Budgets ausmachen.

Die laufende Rechnung repräsentiert vor allem jene Arbeiten, mit denen IMMO-Objektmanagerinnen und -manager die Gebrauchstauglichkeit und Sicherheit der Bauten erhalten. Auch hier wurden mit 39 % der Projekte, d.h. 225 Einzelmassnahmen, 79 % des Budgets umgesetzt. Die übrigen 349 Eingriffe verursachten jeweils Kosten von unter 0,1 Mio. Fr. Letztere Kategorie bindet überproportional personelle Ressourcen, da der Projektleitungsaufwand bei kleinen Unterhaltsprojekten nicht viel geringer ist als bei grossen.

#### Abschluss Instandsetzung Stadthaus

Nach rund dreijähriger Umbauzeit in zwei Etappen und mit sechs Umzugssequenzen ist das Zürcher Stadthaus am 6. November 2010 offiziell und in neuem Glanz der Öffentlichkeit und den Nutzenden zurückgegeben worden.

Nebst der Erfüllung feuerpolizeilicher und denkmalpflegerischer Auflagen galt es, die Orientierung für die Kundschaft und die betrieblichen Abläufe für die Mitarbeitenden aus dem Präsidial- und dem Finanzdepartement sowie aus der allgemeinen Verwaltung zu verbessern.

Rund 120 Büroräume mit 280 Arbeitsplätzen (20 mehr als vor der Sanierung) mit unterschiedlichsten Anforderungen mussten eingerichtet und die phasenweise an andere Standorte ausgelagerten Dienstabteilungen wieder rechtzeitig im historischen Gebäude untergebracht werden.



Büroarbeitsplätze im sanierten Stadthaus. (Bild: Roger Frei)

#### Abschluss grosser Bauprojekte im Schulportfolio

In der Abteilung Schulbauten prägten die Abschlüsse verschiedener Instandsetzungen das Jahr. Zudem wurden aufgrund von Nutzungsänderungen diverse Umbauten durchgeführt.

Zu den grossen Instandsetzungsprojekten gehören die Oberstufenanlage Dölttschi und die Primarschule Holderbach, die beide mit Feingefühl erneuert wurden. Die Fachschule Viventa am Wipkingerplatz präsentiert sich ebenfalls wieder modern und entspricht den neusten Anforderungen an einen Schulhausbau. Das Schulhaus Hohl wurde mit minimalem finanziellen Aufwand einer Instandhaltung unterzogen, so dass es weitere zehn bis fünfzehn Jahre für Schulzwecke genutzt werden kann. Zudem wurden die Instandsetzungen der Primarschulhäuser Untermoos und Entlisberg mit der Anpassung der Umgebung definitiv abgeschlossen.

Der Schulkreis Glattal hat mit dem umgebauten ehemaligen Pfarrhaus am Sperletweg ein zusätzliches kleines Jugendmusikschulzentrum erhalten. Das Schulhaus Wengi wurde ebenfalls umgebaut und von der Fachschule Viventa bezogen. Die Fachschule konnte damit ihre Zentralisierungsstrategie fortsetzen.



Bistro der Fachschule Viventa nach Abschluss der Sanierung im April 2010.  
(Bild: Menga von Sprecher)

### **Bauentwicklungspläne des Gesundheits- und Umweltschutzdepartements**

Der Stadtrat bewilligte Anfang 2010 den Masterplan ZüriWC. Die fürs Berichtsjahr vorgesehenen Massnahmen konnten erfolgreich umgesetzt werden. Beispiele sind die WC-Anlagen Urania, Milchbuck, Stettbach, Höschgasse und Platzspitz/Walchebrücke.

Am Bauentwicklungsplan für die Altersheime wird noch immer gearbeitet. In diesem Portfolio werden gegenwärtig diverse Projekte umgesetzt, unter anderem die Altersheime Dorf- und Trotte.

Bei den Pflegezentren ist der Masterplan II (2012–2020) in Klärung. Im Berichtsjahr wurde ausserdem die Gesamtrenovierung des Pflegezentrums Bombach gestartet und für jene des Pflegezentrums Witikon mit der Planung begonnen.

### **Sportstättenbau 2010–2014**

In Übereinstimmung mit dem Strategiebericht 2010–2014 des Stadtrats laufen im Portfolio Sportbauten seit dem Berichtsjahr die Instandsetzung des Hallenbads City sowie die Erneuerung des Bads Zwischen den Hölzern in Oberengstringen. Die Sanierung des Strandbads Tiefenbrunnen fand 2010 ihren Abschluss.

Darüber hinaus lancierte die IMMO in Zusammenarbeit mit dem Sportamt die Planung für die Erneuerung der Sportanlage Heuried oder für den Restaurant-Ersatzneubau im Bad Mythenquai.

### **Videoüberwachung Schulbauten**

Seit Frühling 2010 betreut ein Zweierteam die Videoanlagen in den Verwaltungsbauten und den Aufbau derjenigen im Schulportfolio. Für letzteres wurden Pilotanlagen erstellt, die auch der städtische Datenschutzbeauftragte besichtigte und beurteilte.

Der Pilotbetrieb liefert nun bis Anfang 2011 die nötigen Informationen zur Definition der geeigneten Technik und zur Auftragsausschreibung.

### **Ausstattung/Umzüge**

Im Bereich der allgemeinen Verwaltung hat die IMMO im Berichtsjahr gegen 640 Büroarbeitsplätze geplant und neu eingerichtet. Für rund 800 Arbeitsplätze mussten Umzüge organisiert bzw. für über 1500 Arbeitsplätze Aktenmaterial verschoben werden. Zusätzlich wurden etwa 250 Bürohilfs-, Lager- und Spezialräume rochiert bzw. teilweise neu eingerichtet oder ergänzt.

Alle aktuellen Standards und Richtlinien für Innen- und Aussenrichtungen wurden im «Mobiliarkatalog für Verwaltung» zusammengefasst.

Im Bereich Schulen erhielten vier Schulhäuser 60 Unterrichtsräume und 61 Spezialräume sowie 22 Horte und 21 Kindergärten neue Inneneinrichtungen. Nach den Sanierungsarbeiten in den Schulhäusern Dölttschi und Rebhügel konnten die Schulräume eingerichtet und bezogen werden.

Im Projekt «Evaluation Schulmobiliar 200X» wurden die Ausschreibungen durchgeführt und die Jurierungen abgeschlossen.

### **Regie-Betrieb**

Das Fachteam Logistik rüstete verschiedene Anlässe mit Bauten, Leihmobiliar und Flaggen aus. Dazu zählten 30 Jahre Stadtumgang, das Züri-Fäscht 2010, die Zürcher Festspiele, das Zurich Police Music Festival, die Aktionstage Zürich Multimobil oder das Theater Spektakel. Hinzu kamen verschiedene Quartieranlässe.

Die Schreinerei baute Ausstellungen wie «In alle Richtungen gehen» über Hugo Loetscher und «Tolstoi 1828–1910» im Strauhof sowie fünf weitere Produktionen im Helmhaus.

Im Auftrag der IMMO wurden durch die Schreinerei und Zimmererei 17 700 Arbeitsstunden für die Instandhaltung der städtischen Liegenschaften aufgewendet. Im Berichtsjahr ging das computergesteuerte Bearbeitungszentrum erfolgreich in die Produktion über.

Das Modellbauatelier erneuerte am Stadtmodell 1:1000 die Teile «Kantonsschule Oerlikon» und «Neu-Oerlikon» und aktualisierte 70% der Gebäudeveränderungen der Stadt Zürich.

### **Kunstsammlung der Stadt Zürich**

Die Fachstelle konnte im Herbst 2010 das Projekt Standortkontrolle abschliessen. 27 779 Kunstwerke an über 500 städtischen Adressen wurden kontrolliert, sämtliche Originalwerke fotografiert und die Inventarangaben aktualisiert. Noch im Berichtsjahr startete die Nachbearbeitung des Projekts. Sie

umfasst unter anderem Recherchen zu Kunstwerken, die Korrektur von Werksangaben sowie das Eruiieren von relevanten Schätzwerten.

#### 4.4.2.4 Nachhaltigkeit

##### 3-Mio.-Franken-Sonderkredit

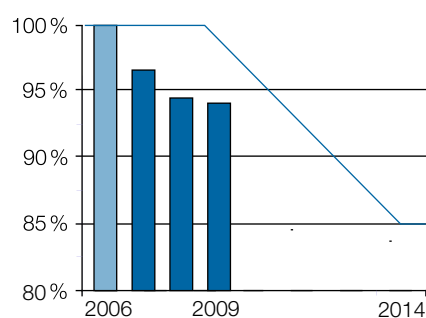
Mit einem Sonderkredit, resultierend aus der Motion 2006/558 (Mauch/Piller), hat der Gemeinderat dem Hochbaudepartement 3 Mio. Fr. zur Steigerung der Energieeffizienz und für Energiesparmassnahmen bei Sanierungs- und Neubauprojekten übertragen. In Übereinstimmung mit dem Auftrag des Gemeinderats wurden die Massnahmen insbesondere auf eine CO<sub>2</sub>-Reduktion ausgerichtet. Dank der zusätzlichen Mittel konnte die IMMO die Energieeffizienz bei zwölf Gebäuden um 10–21 % verbessern. Allein der Ersatz von Wärmeerzeugungsanlagen reduzierte den CO<sub>2</sub>-Ausstoss von ursprünglich 1190 Tonnen um 510 Tonnen.

##### Energiegrossverbraucher/Energieoptimierung

Bis 2014 sollen durch kontinuierliche Optimierung der Grossverbraucher im IMMO-Portfolio 15 % weniger Energie verbraucht werden. Im dritten Jahr der Energieoptimierung kann eine Reduktion des Energieverbrauchs um mehr als 6 % verbucht werden. Dies entspricht einer Einsparung von über 4,8 Mio. Fr. und einer Reduktion von über 6800 Tonnen CO<sub>2</sub>.

Der Aufbau bei den zentralen Messeinheiten zur Überwachung der Gebäudetechnik (IMMO-Boxen) und bei der Analyse-Software wurde vollendet und der Normalbetrieb gestartet.

##### Reduktion des Energiekonsums bei den 91 Grossverbrauchern der IMMO 2006–2009



- Gewichteter Verbrauch im Referenzjahr (2006 = 100 %)
- Gewichteter Verbrauch in den Jahren 2007–2009
- Absenkungspfad gemäss Vereinbarung mit dem Kanton

##### CO<sub>2</sub>-neutraler Energiebezug für die Amtshäuser III und IV

Anknüpfend an die erstmals beim Stadion Letzigrund angewendete «Grüne Häuser»-Strategie wurde mit den eingesparten Geldern aus der Betriebsoptimierung der Einkauf

erneuerbarer Energie finanziert – 2010 im Portfolio der Verwaltungsbauten. Mit dieser Strategie lassen sich auch Gebäude, bei denen aufgrund des Denkmalschutzes eine Fassadendämmung oder ein Fensterersatz nicht möglich sind, auf die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft ausrichten.

Für die Energieversorgung der Amtshäuser III und IV wird seit dem Berichtsjahr nur noch Biogas und Solarstrom eingekauft. Die ausschliessliche Verwendung erneuerbarer Energien stellt einen wesentlichen Beitrag zur Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses dar.

##### Display-Award

Um die Nutzerinnen und Nutzer der IMMO-Gebäude für den Energieverbrauch zu sensibilisieren, wurde 2008 in den Energiegrossverbraucher-Objekten das Gebäude-Labeling Display gestartet. Zentrales Element sind Info-Stelen im Eingangsbereich. Sie orientieren über Verbrauchsdaten, Energiequellen und Effizienzklasse des Gebäudes.

2010 hat sich die IMMO mit ihrer Kampagne am Display-Award beteiligt. Der gesamteuropäische Anlass zeichnet jährlich Infokampagnen im Zusammenhang mit der Energieeffizienz von Gebäuden aus. Bei der Preisverleihung in Salerno (Italien) erreichte Zürich den dritten Rang. Die IMMO-Aktivitäten zur Betriebsoptimierung wurden für ihre Professionalität und Genauigkeit gelobt.



Internationale Auszeichnung der IMMO-Aktivitäten zur Betriebsoptimierung.

##### Service-Center Technik und Material

Unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit prüfte das Service-Center Technik und Material, inwieweit die bisher eingesetzten Geräte der neusten Technologie und den Umweltvorgaben entsprechen. Aus diesen Erkenntnissen wurden neue Haus- und Gastrogeräte, Reinigungsmaschinen und -geräte evaluiert und als neuer Standard definiert.

Sämtliche neu beschafften Hausgeräte, wie Kühl- und Gefriergeräte, Waschautomaten und Geschirrspüler, tragen die Energieetikette A und höher. Zudem ergänzen neue ökologische Reinigungsmittel das IMMO-Produktesortiment.



## 4.5 Amt für Baubewilligungen

### 4.5.1 Aufgaben

Das Amt für Baubewilligungen vollzieht die baupolizeilichen Vorschriften und erfüllt dabei insbesondere die Aufgaben Bauberatung, Prüfung der Baugesuche mit Antragstellung an die Bausektion (örtliche Baubehörde, bestehend aus drei Mitgliedern des Stadtrats), Bearbeitung von Rechtsmittelgeschäften, Erteilung verschiedener baupolizeilicher Bewilligungen, Kontrolle der Bauausführung, Kontrolle der Aufzüge und Krane sowie Kontrolle der Sicherheit auf Baustellen.

### 4.5.2 Jahresschwerpunkte

In der Stadt Zürich wurde wiederum mehr geplant und gebaut als im Vorjahr. Dies bedeutete für das Amt für Baubewilligungen eine Zunahme von 362 Baugesuchen (+11%) und von 16 Rechtsmittelverfahren (+6,6%). Bei gleichem Personalbestand war es deshalb nicht möglich, die gesetzlichen Fristen im gleichen Mass einzuhalten wie in den Vorjahren. Die Fristen wurden, durch Verwaltung und Behörden verursacht, in 340 Fällen (Vorjahr 147) überschritten. Die Kundschaft verursachte – z. B. durch unvollständig eingereichte Unterlagen – Fristüberschreitungen in 220 Fällen (Vorjahr 343).

Die hohe Bautätigkeit führte gegenüber dem Vorjahr zu einer Steigerung der Bauprojektkontrollen, Bauprojektannahmen und -nachkontrollen von rund 20%. Die Baukontrolle hat 3384 Sicherheitskontrollen durchgeführt (97 weniger als 2009). Auf den Baustellen gab es 20 Unfälle (+58,8%) und 21 Verletzte mehr als 2009, glücklicherweise aber auch dieses Jahr keine Toten.

Am Veränderungsprozess, initialisiert durch das Projekt NoHa (Abbau der Normendichte, Erhöhung der Handlungsspielräume, Vereinfachung und Optimierung der Baubewilligungsverfahren) wurde weitergearbeitet. Einige Beispiele: Die Zuständigkeitsgebiete der Kreisarchitektinnen und -architekten sind neu so definiert, dass die Stellvertretungen noch besser gewährleistet werden. Die Kreisarchitektinnen und -architekten sind seit Oktober 2010 nicht nur zwischen zehn und elf Uhr, sondern den ganzen Tag für die Kundschaft telefonisch erreichbar. Die im 2009 eingeführte kontinuierliche Kundenzufriedenheitsmessung ermöglichte es, die Bedürfnisse der Kundinnen und Kunden, Bürgerinnen und Bürger fundiert zu eruieren. Der Stadtrat hat die Wichtigkeit der gesteigerten Zufriedenheit erkannt und das Projekt «Verbesserung des Baubewilligungsverfahrens» im September 2010 in Auftrag gegeben. Der Projektausschuss wird bis Ende 2011 dem Stadtrat eine Entscheidungsgrundlage für das Umsetzungsprojekt «Verbesserung des Baubewilligungsverfahrens» unterbreiten. Eines der Projektziele, das umgesetzt werden soll, ist «one-face-to-the-customer».

Die zur Verfügung gestellten Informatik-Arbeitsinstrumente ermöglichen den Mitarbeitenden des Amtes nicht immer im Alltag die gewünschte Arbeitseffizienz zu erreichen. Das liegt teilweise an der Performance von Applikationen, teils daran, dass Unterstützung und Hilfestellung bei Änderungen und Problemen viel internen Aufwand verursachen.

### Abteilung Aufzugsanlagen

Die anhaltend starke Bautätigkeit sowie der grosse Erneuerungs- und Modernisierungsbedarf bei Aufzügen (50% der

Aufzüge sind älter als 25 Jahre) liessen 2010 bezüglich des Tätigkeitsvolumens zum absoluten Rekordjahr werden. Dies betrifft auch den akkreditierten Bereich (privatwirtschaftliche Liftprüfung). Hinsichtlich der Richtlinie «Erhöhung der Sicherheit an bestehenden Aufzügen» (Esba) der Baudirektion des Kantons Zürich wird erfreulicherweise festgestellt, dass die Sicherheitsanpassungen für die betroffenen Aufzüge vielfach bereits im Zuge einer Modernisierung, d. h. vor der eigentlichen Frist, umgesetzt werden. Die Komplexität der Projekte nimmt laufend zu, da die Anforderungen an Sicherheit und hindernisfreie Bauten klar gestiegen sind. Zudem sind auch Modernisierungslösungen (bestehende Bauten) oder Bauten/Aufzüge für höchste Ansprüche sehr gefragt. Deshalb nahmen Architektinnen und Architekten, Bauherrschaften und Aufzugsfirmen wiederum gerne die neutrale Beratung der Abteilung Aufzugsanlagen in Anspruch.

Die Zunahme der Anzahl Beförderungseinrichtungen sowie deren Komplexität bewirken, dass der in der «Besonderen Bauverordnung 1» (BBV I) des Kantons Zürich vorgegebene Zyklus von fünf Jahren für die periodische Aufzugskontrolle nicht immer eingehalten werden kann (17 500 Anlagen, konstante Ressourcen und laufende Effizienzsteigerung).

Vor dem Hintergrund des erwähnten hohen Auftragsniveaus und der organisatorischen Änderungen (ausgelöst durch eine Pensionierung) war das Jahr 2010 für die Abteilung ein sehr anspruchsvolles.

Das Audit für die Aufrechterhaltung der Zertifizierung ISO 9001:2000 wurde im Mai wiederum erfolgreich bestanden.

### Abteilung Baukontrolle

In den letzten Jahren wurden durch Unternehmungen und Bauleitungen in Zusammenarbeit mit der Baukontrolle neue, innovative Sicherheitskonzepte erarbeitet. Der Grund dafür waren die hohen ästhetischen und energetischen Ansprüche an die Fassadenhüllenkonstruktionen. Es hat sich gezeigt, dass es durchaus möglich ist, den Sicherheitsstandard mit detailliert ausgearbeiteten Sicherheitskonzepten – die letztendlich von der Suva für gut befunden werden müssen – gegenüber konventionellen Standards mindestens beizubehalten, wenn nicht sogar zu verbessern.

Die Baukontrolle unterstützt den Schutz und die Sicherheit des öffentlichen Raums, indem sie temporäre Bauten, wie Festzelte und dergleichen, bei Veranstaltungen (z. B. Zürichfäscht, Theater-Spektakel) prüft und die Bauemissionen im Falle von Lärmklagen kontrolliert.

Die Kundschaft des Amtes für Baubewilligungen nahm das Angebot kompetenter Beratung für Planungen von normengerechten Absturzsicherungen (Geländer, Brüstungen, Treppenhandläufe) an projektierten und bestehenden Gebäuden wieder in hohem Masse in Anspruch. Die Fachleute der Baukontrolle haben eine grosse Erfahrung bezüglich Absturzsicherungen. Sie können mit innovativen Lösungsansätzen immer wieder helfen, dem hohen Niveau der Beratungsansprüche von Bauherrschaft, Architektinnen und Architekten sowie Bauleitungen gerecht zu werden. Anhand dieser Beratungsgespräche wurde die bestehende «Richtlinie Absturzsicherungen» mit etlichen Detailabbildungen erweitert, was die Kundschaft durchwegs positiv wertete.



### 4.5.3 Spezifische Kennzahlen

#### Bearbeitete Baugesuche

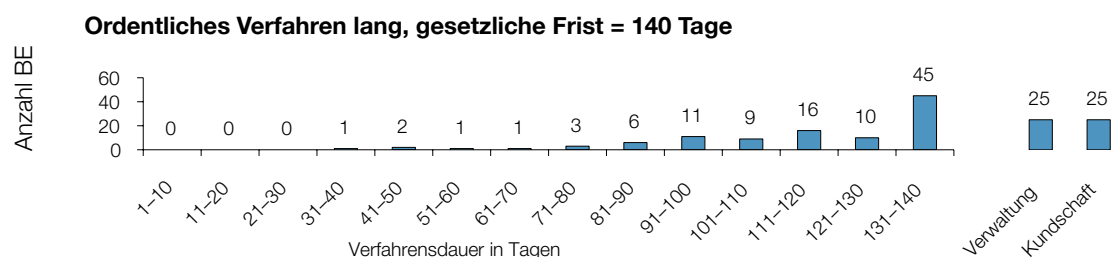
	2006	2007	2008	2009	2010
<b>Entscheide der Bausektion des Stadtrats oder des Amts für Baubewilligungen</b>	<b>3454</b>	<b>3508</b>	<b>3312</b>	<b>3309</b>	<b>3671</b>
Im Detail:					
Entscheide im ordentlichen Verfahren (OdV LV/SV) und im Anzeigeverfahren mit Auflagen (AZE)	1 866	1 853	1 714	1 753	2 022
Davon waren:					
– Bewilligungen	1 751	1 703	1 595	1 634	1 910
– teilweise Bewilligungen	53	68	67	58	52
– Verweigerungen	35	42	30	27	31
– Nichteintreten	3	8	1	0	2
– Befehle	4	9	1	7	2
– Vorentscheide	4	6	8	10	12
– Wiedererwägungen, Feststellungen, Stellungnahmen	16	17	12	17	13
Bewilligungen im Anzeigeverfahren ohne Auflagen (AZS)					
Bewilligungen im Anzeigeverfahren ohne Auflagen (AZS)	1 578	1 654	1 588	1 544	1 638
Nichteintreten auf Wiedererwägungsgesuche	10	1	10	12	11
<b>Rechtsmittelverfahren</b>	<b>205</b>	<b>222</b>	<b>210</b>	<b>242</b>	<b>258</b>
Vernehmlassungen					
– an die Baurekurskommission I	163	166	179	210	199
– ans Verwaltungsgericht	33	28	24	25	38
– ans Bundesgericht	3	25	7	5	18
– an Diverse	6	2	0	1	0
Beschwerden					
– ans Verwaltungsgericht	0	1	0	1	3
– ans Bundesgericht	0	0	0	0	0
– an Diverse	0	0	0	0	0

#### Kommentar zu den Kennzahlen

Der Anstieg der behandelten Baugesuche um rund 11 % und der Rechtsmittelverfahren um gut 6 % gegenüber dem Vorjahr widerspiegelt den Gang der Baukonjunktur.

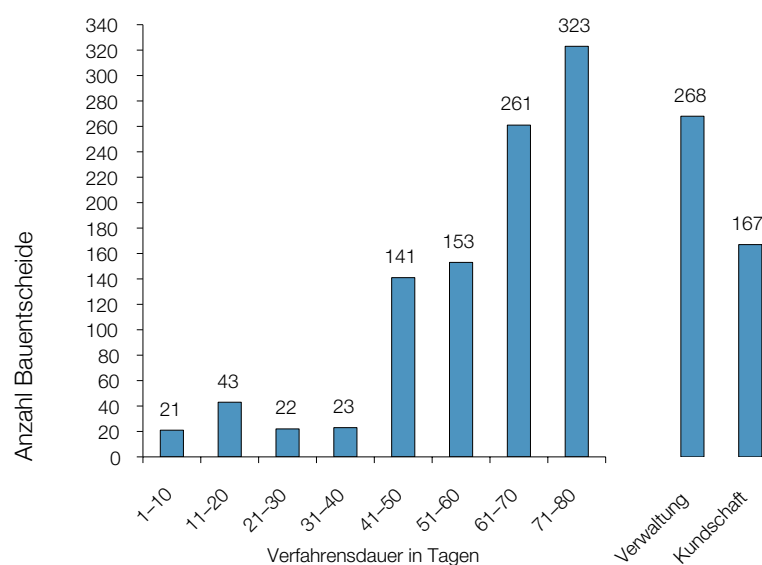
## Einhalten der Fristen im Jahr 2010 bei den Baubewilligungsverfahren

Enthält die 2022 Entscheide der ordentlichen Verfahren und der Anzeigeverfahren mit Auflagen



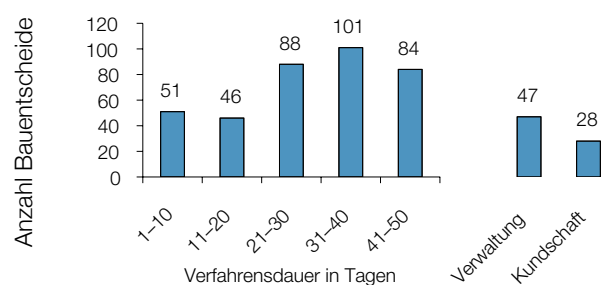
Von den total 155 Gesuchen überschritten 50 die gesetzliche Frist. Von diesen wurde die Fristüberschreitung in 25 Fällen (16,1%) durch die Verwaltungen und Behörden und in 25 Fällen (16,1%) durch die Bauherrschaften (Kundschaft) verursacht.

## Ordentliches Verfahren schnell, gesetzliche Frist = 80 Tage



Von den total 1422 Gesuchen überschritten 435 die gesetzliche Frist. Von diesen wurde die Fristüberschreitung in 268 Fällen (18,8%) durch die Verwaltungen und Behörden und in 167 Fällen (11,7%) durch die Bauherrschaften (Kundschaft) verursacht.

## Anzeigeverfahren mit Entscheid, gesetzliche Frist = 50 Tage



Von den total 445 Gesuchen überschritten 75 die gesetzliche Frist. Von diesen wurde die Fristüberschreitung in 47 Fällen (10,6%) durch die Verwaltungen und Behörden und in 28 Fällen (6,3%) durch die Bauherrschaften (Kundschaft) verursacht.

## Baukontrolle

	2006	2007	2008	2009	2010
Kontrollierte Objekte des Hoch- und Tiefbaus	2 184	1 390	–	–	–
Kontrollbesuche	10 005	8 444	–	–	–
Sicherheitskontrollen	–	–	3 166	3 481	3 384
Bauprojektkontrollen	–	–	3 732	4 453	5 406
Bauprojektabsnahmen und -Nachkontrollen	–	–	1 998	2 090	2 488
Unfälle	46	34	32	34	54
– Verletzte	45	34	36	31	52
– Tote	1	2	1	0	0

### Kommentar zu den Kennzahlen

Ab 2008 wird die Kennzahl «Kontrollierte Objekte des Hoch- und Tiefbaus» zugunsten einer detaillierten Auswertung weggelassen. Die drei neuen Kennzahlen zeigen einerseits Sicherheitskontrollen und andererseits zwei Tätigkeitskategorien im baurechtlichen Sinn auf. Die Kennzahlen «Kontrollbesuche» bis 2007 enthielten neben Besuchen auch administrative Kontrollakte. Ab 2008 führt das AfB nur noch die effektiven Kontrollbesuche auf.

Die erneute Zunahme der «Bauprojektkontrollen» von rund 20 % wie auch der «Bauprojektabsnahmen und -Nachkontrollen» von

ebenfalls rund 20 % gegenüber dem Vorjahr zeigen das anhaltend hohe Niveau der Bautätigkeit in der Stadt Zürich eindeutig auf. Resultierend aus den notwendigen baurechtlichen Kontrollen – bei gleichem Personalbestand – korrigierte sich die Anzahl der «Sicherheitskontrollen» leicht nach unten. Nachdenklich stimmt die massiv erhöhte Anzahl von Bauunfällen gegenüber den Vorjahren, für welche die Baukontrolle beratend ausrücken musste. Einziger Lichtblick aus den Unfallzahlen bildet die Tatsache, dass keine Toten zu beklagen sind.

## Aufzugsanlagen

	2006	2007	2008	2009	2010
Projektbewilligungen (total)	736	582	610	673	761
davon im Detail:					
– Personenaufzüge	576	430	495	523	588
– Lasten- und Kleingüteraufzüge	72	61	54	60	65
– Spezialfördereinrichtungen	88	91	61	90	108
Einzelprüfungen, Entwurfsprüfungen, Endabnahmen als akkreditierte Stelle (Seco/SAS; ISO 9001)	52	72	92	82	97
Montagekontrollen	14	11	0	6	0
Ausführungskontrollen Neu- und Umbauten	636	834	719	714	598
Nachkontrollen beanstandeter Anlagen	2 146	2 429	2 603	2 339	2 463
Periodische Kontrollen bestehender Anlagen	1 103	1 302	1 470	1 333	880
Verfügungen	0	0	1	0	0
Augenscheine	152	160	191	160	166
Lifteinsätze (insbes. Personenbefreiungen Schutz und Rettung)	177	163	161	135	122
Unfälle (gemeldet und durch AfB-AA abgeklärt)	5	2	3	4	5
– Verletzte	5	2	3	3	4
– Tote	0	0	0	0	0

### Kommentar zu den Kennzahlen

Bei den Neu- und Umbauten nahm die Zahl der Projektbewilligungen gegenüber dem Vorjahr um gut 13 %, diejenige der Prüf-anträge (akkreditierter Bereich) um gut 18 % zu, was absolute Rekordwerte darstellt. Die diesbezügliche Zunahme um 20 % bei den Spezialfördereinrichtungen, darin eingeschlossen Beförderungseinrichtungen für Menschen mit Behinderung, kann mit den erhöhten Anforderungen an hindernisfreie Bauten begründet werden. Die hohe Zahl an Projektbewilligungen im Jahr 2006 führte in den letzten drei Jahren zu einer starken Kumulation von Ausführungskontrollen. Diese sind nun gegenüber dem Vorjahr um gut 16 % abgeflacht. Es liegt auf der Hand, dass das neuerliche Rekordjahr 2010 in den nächsten Jahren ebenfalls eine erhöhte Kumulation von Ausführungskontrollen generieren wird. Dass die in den Bereichen Neu- und Umbauten

sowie Periodische Kontrollen vollzogenen Nachkontrollen (beanstandete Anlagen) auf hohem Niveau (gut 5 % höher als im Vorjahr) bleiben, liegt daran, dass die Instandhaltungsfirmen die beanstandeten Mängel oft nicht fristgerecht oder im erforderlichen Umfang beheben. Die Zahl der periodischen Kontrollen (bestehende Anlagen) fiel gegenüber dem Vorjahr um 34 % geringer aus, da das Team in diesem Jahr durch einen Unfall und eine Vakanz stark reduziert war. Die Lifteinsätze (i. d. R. Personenbefreiungen), die durch Schutz und Rettung (SRZ) ausgeführt werden mussten, sind erfreulicherweise auch in diesem Jahr rückläufig, und zwar um knapp 10 %. Dies lässt auf die Wirksamkeit der vermehrt vorhandenen Notrufeinrichtung in der Liftkabine schliessen.

## 5. Parlamentarische Vorstösse

### I. Unerledigte Initiativen

Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2010)

Volks- und Einzelinitiativen, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

EIS = Einzelinitiative Stimmbürger (Erledigungsfrist 1½ Jahre mit ½ Jahr Verlängerung)  
EIR = Einzelinitiative Ratsmitglied (Erledigungsfrist 1½ Jahre mit ½ Jahr Verlängerung)  
VI = Volksinitiative (Erledigungsfrist 1½ Jahre mit ½ Jahr Verlängerung)

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
VI	21.03.2001	Initiativkomitee Obere Weinegg
2001/000848	16.05.2001	Rettet die Obere Weinegg
2001/000158		

*In die Bau- und Zonenordnung der Stadt Zürich ist folgende Bestimmung aufzunehmen: Die Überbauung im Gebiet «Obere Weinegg» unterliegt der Gestaltungsplanpflicht zwecks Erhaltung der Kulturlandschaft und des Ökonomiegebäudes (Planausschnitt auf der Rückseite).*

Der Stadtrat hat mit Weisung 93 vom 26. März 2003 dem Gemeinderat Bericht erstattet und beantragt, die Volksinitiative «Rettet die Obere Weinegg» abzulehnen. Die Weisung wurde der Spezialkommission Hochbaudepartement/Stadtentwicklung zur Behandlung zugewiesen. Die Behandlung in der Kommission ist noch nicht abgeschlossen.

Abschreibung Nein

VI	13.01.2010	Initiativkomitee vertreten durch Probst Matthias
2010/000073	19.08.2010	Für eine sinnvolle Nutzung von Flachdächern
2011/000023		

*I. Die Bau und Zonenordnung (BZO) der Stadt Zürich wird wie folgt geändert:*

*Art 11.1 wird aufgehoben*

*Art 11a Flachdächer (neu)*

- 1. Flachdächer sind in allen Zonen ökologisch wertvoll zu begrünen. Wo immer möglich ist zusätzlich eine Sonnenenergienutzung zu installieren.*
- 2. Ausgenommen von Abs. 1 sind Flächen, die als begehbare Terrassen genutzt sind.*

*Übergangsbestimmung:*

*Das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (EWZ) übernimmt die kostendeckende Einspeisevergütung von neu installierten Photovoltaikanlagen ausgelöst durch Artikel 11a BZO ergänzend zur nationalen kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) so lange, bis auf nationaler Ebene kein Einspeisevergütungslimit mehr besteht (Deckel).*

*II. Der Stadtrat setzt diese Änderung der Bau- und Zonenordnung in Kraft.*

## II. Unerledigte Motionen und Postulate

Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2010)

Motionen und Postulate, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

MOT = Motion (Erledigungsfrist zwei Jahre nach Überweisung)

POS = Postulat (Erledigungsfrist zwei Jahre nach Überweisung)

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS	10.12.1975	Bürcher Beat und 27 Mitunterzeichnende
1994/004054	28.04.1976	Kasernenareal, künftige Nutzung
1975/000001		

*Nachdem die Stimmbürger des Kantons Zürich einer Verlegung des Waffenplatzes ins Reppischtal zugestimmt haben, wird der Stadtrat aufgefordert, dem Kanton gegenüber die Interessen der Stadt für die Nutzung des frei werdenden Kasernenareals nachdrücklich zu vertreten und insbesondere zu prüfen:*

- wie die Bevölkerung der Stadt und insbesondere der angrenzenden Quartiere an den Entscheidungsvorbereitungen und den Entscheidungen über die zukünftige Nutzung des Areals beteiligt werden kann;
- wie die Stadt im Rahmen ihrer Möglichkeiten der Nutzungsbestimmungen massgeblich Einfluss nehmen kann;
- ob und zu welchen Bedingungen allenfalls ein Erwerb des Areals durch die Stadt oder ein Abtausch erfolgen könnte.

Anfang Februar 1999 wurde die Kasernenvorlage des Regierungsrates (Erweiterung mit neuem Gefängnis) vom Kantonsrat abgelehnt. In der Zwischenzeit hat sich ein alternativer Standort für das neue Polizei- und Justizzentrum (PJZ) konkretisiert. Stadt, Kanton und SBB konnten sich auf das Areal des Güterbahnhofs an der Hohlstrasse im Kreis 4 einigen. Am 30. November 2003 wurde eine kantonale Abstimmungsvorlage, welche einen Grundsatzentscheid bezüglich Ort und Kostenrahmen enthielt, vom Volk deutlich gutgeheissen. Auf der Basis eines Gestaltungsplans wird die Projektentwicklung des PJZ auf dem Areal des Güterbahnhofs vorangetrieben. 2006 wurde der Projektwettbewerb abgeschlossen. Dies eröffnet für das gesamte Kasernenareal den für eine erfolgreiche und innovative Weiterentwicklung nötigen Handlungsspielraum. Das Büro Heller Enterprises hat im Auftrag des Kantons für das Kasernenareal eine nutzungsorientierte Machbarkeitsstudie erarbeitet. Vertretende des Präsidialdepartements der Stadt Zürich begleiteten den Prozess. Die Baudirektion schlägt dem Regierungsrat vor, das Areal in eine raumplanerische Betrachtung einzubetten. Dabei wird auch die Stadt Zürich mitreden und mitentscheiden, was mit dem Areal geschehen soll. Der Stadtrat, der bei diesem Geschäft nicht federführend ist, hat sich und wird sich weiterhin beim Kanton dafür einsetzen, dass die Bedürfnisse und Interessen der Stadt Zürich bestmöglich berücksichtigt werden.

Im Weiteren untersuchte die Stadt in Zusammenarbeit mit dem Kanton, ob sich der Standort Kasernenanlage für den Bau eines neuen Kongresszentrums eignet. Die Untersuchungen sind abgeschlossen, der Entscheid aber noch ausstehend. Gemäss aktuellem Entwurf zur Revision des kantonalen Richtplans sind für Gebiete mit einer hohen Dichte an öffentlichen Bauten und Anlagen sowie grossem Koordinations- und Handlungsbedarf fachübergreifende Gebietsplanungen zu erarbeiten. Damit sollen Synergien genutzt und die partnerschaftliche Zusammenarbeit gefördert werden. Die beiden im Umfeld des Zürcher Hauptbahnhofs liegenden Gebiete «Kaserne» und «Sihlquai» wurden in der ersten Phase eines entsprechenden Verfahrens gemeinsam in Bezug auf Chancen und Risiken für die Stadtentwicklung sowie hinsichtlich ihres Handlungsbedarfs untersucht. In Bezug auf das Gebiet «Kaserne» wurde die bisherige Aufgabenteilung bestätigt. Danach ist die Entwicklung des Kasernenareals primär eine kantonale Aufgabe, in enger Zusammenarbeit mit der Stadt, während die Umfeldentwicklung im Gebiet «Kaserne» in die Zuständigkeit der Stadt fällt. Durch die Ablehnung des Baukredites für das PJZ durch den Kantonsrat ist der Zeitpunkt einer Umnutzung des Kasernenareals nun wieder offen. Schon in den achtziger Jahren hat der Regierungsrat dem Stadtrat mehrfach die beiden Areale angeboten, teilweise zum Buchwert, aber auch zu Ausverkaufspreisen. Der Stadtrat hat jedes Mal dankend ablehnen müssen, da die Sanierung mit den vorgegebenen denkmalpflegerischen Auflagen eine Summe von 150 bis 200 Mio. Fr. verschlungen hätte. Eine Nutzung, die nur einigermaßen einen Deckungsbeitrag an die jährlichen Kapitalkosten von bis zu 20 Mio. Fr. zu erwirtschaften vermocht hätte, war damals nicht in Sicht und ist es auch heute nicht.

POS	09.12.1987	Kammerer Bruno und 4 Mitunterzeichnende
1994/004059	09.11.1988	Kasernenareal, Erlass eines Entwicklungs- und Nutzungskonzeptes
1987/000023		

*Wir ersuchen den Stadtrat zu prüfen, ob es in der Situation um die vergangene und zukünftige Kasernenabstimmung der Sache nützlich wäre, mit dazu befähigten Personen eine Kommission zu bilden und diese zu beauftragen, ein Entwicklungs- und Nutzungskonzept des Kasernenareals zu formulieren, welches Bedürfnisse und Interessen der Stadt Zürich berücksichtigt und als gemeinsamer städtischer Beitrag der neuerlichen Entscheidungsfindung der kantonalen Behörden dienen kann.*

Anfang Februar 1999 wurde die Kasernenvorlage des Regierungsrates (Erweiterung mit neuem Gefängnis) vom Kantonsrat abgelehnt. In der Zwischenzeit hat sich ein alternativer Standort für das neue Polizei- und Justizzentrum (PJZ) konkretisiert. Stadt, Kanton und SBB konnten sich auf das Areal des Güterbahnhofs an der Hohlstrasse im Kreis 4 einigen. Am 30. November 2003 wurde die kantonale Abstimmungsvorlage vom Volk deutlich gutgeheissen. Auf der Basis eines Gestaltungsplans wird die Projektentwicklung des PJZ auf dem Areal des Güterbahnhofs vorangetrieben. 2006 wurde der Projektwettbewerb abgeschlossen. Das Büro Heller Enterprises hat im Auftrag des Kantons für das Kasernenareal eine Machbarkeitsstudie erarbeitet. Vertretende des Präsidialdepartements der Stadt Zürich begleiteten den Prozess. Der Stadtrat, der bei diesem Geschäft nicht federführend wirkt, wird sich beim Kanton dafür einsetzen, die Bedürfnisse und Interessen der Stadt Zürich bestmöglich zu berücksichtigen.

Im Weiteren untersuchte die Stadt in Zusammenarbeit mit dem Kanton, ob sich der Standort Kasernenanlage für den Bau eines neuen Kongresszentrums eignet. Die Untersuchungen sind abgeschlossen, der Entscheid aber noch ausstehend. Gemäss aktuellem Entwurf zur Revision des kantonalen Richtplans sind für Gebiete mit einer hohen Dichte an öffentlichen Bauten und Anlagen sowie grossem Koordinations- und Handlungsbedarf fachübergreifende Gebietsplanungen zu erarbeiten. Damit sollen Synergien genutzt und die partnerschaftliche Zusammenarbeit gefördert werden. Die beiden im Umfeld des Zürcher Hauptbahnhofs liegenden Gebiete «Kaserne» und «Sihlquai» wurden in der ersten Phase eines entsprechenden Verfahrens gemeinsam in Bezug auf Chancen und Risiken für die Stadtentwicklung sowie hinsichtlich ihres Handlungsbedarfs untersucht. In Bezug auf das Gebiet «Kaserne» wurde die bisherige Aufgabenteilung bestätigt. Danach ist die Entwicklung des Kasernenareals primär eine kantonale Aufgabe, in enger Zusammenarbeit mit der Stadt, während die Umfeldentwicklung im Gebiet «Kaserne» in die Zuständigkeit der Stadt fällt. Durch die Ablehnung des Baukredites für das PJZ durch den Kantonsrat ist der Zeitpunkt einer Umnutzung des Kasernenareals nun wieder offen.



<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 1994/004061 1989/000322	07.06.1989 28.06.1989	Kammerer Bruno und 4 Mitunterzeichnende Kasernenareal, Gesamtstädtisches Entwicklungs- und Nutzungskonzept

*Wir ersuchen den Stadtrat zu prüfen, ob er ein Entwicklungs- und Nutzungskonzept für das Kasernenareal formulieren will, welches die verschiedenen Bedürfnisse und Interessen in dieser Stadt zu einer gemeinsamen Position zusammenführt und als gesamtstädtische Äusserung in die Entscheidungsfindung um die Zukunft der Kaserne eingebracht werden kann.*

Anfang Februar 1999 wurde die Kasernenvorlage des Regierungsrates (Erweiterung mit neuem Gefängnis) vom Kantonsrat abgelehnt. In der Zwischenzeit hat sich ein alternativer Standort für das neue Polizei- und Justizzentrum (PJZ) konkretisiert. Stadt, Kanton und SBB konnten sich auf das Areal des Güterbahnhofs an der Hohlstrasse im Kreis 4 einigen. Am 30. November 2003 wurde die kantonale Abstimmungsvorlage vom Volk deutlich gutgeheissen. Auf der Basis eines Gestaltungsplans wird die Projektentwicklung des PJZ auf dem Areal des Güterbahnhofs vorangetrieben. 2006 wurde der Projektwettbewerb abgeschlossen. Das Büro Heller Enterprises hat im Auftrag des Kantons für das Kasernenareal eine Machbarkeitsstudie erarbeitet. Vertretende des Präsidialdepartements der Stadt Zürich begleiteten den Prozess. Der Stadtrat, der bei diesem Geschäft nicht federführend wirkt, wird sich beim Kanton dafür einsetzen, die Bedürfnisse und Interessen der Stadt Zürich bestmöglich zu berücksichtigen.

Im Weiteren untersuchte die Stadt in Zusammenarbeit mit dem Kanton, ob sich der Standort Kasernenanlage für den Bau eines neuen Kongresszentrums eignet. Die Untersuchungen sind abgeschlossen, der Entscheid aber noch ausstehend. Gemäss aktuellem Entwurf zur Revision des kantonalen Richtplans sind für Gebiete mit einer hohen Dichte an öffentlichen Bauten und Anlagen sowie grossem Koordinations- und Handlungsbedarf fachübergreifende Gebietsplanungen zu erarbeiten. Damit sollen Synergien genutzt und die partnerschaftliche Zusammenarbeit gefördert werden. Die beiden im Umfeld des Zürcher Hauptbahnhofs liegenden Gebiete «Kaserne» und «Sihlquai» wurden in der ersten Phase eines entsprechenden Verfahrens gemeinsam in Bezug auf Chancen und Risiken für die Stadtentwicklung sowie hinsichtlich ihres Handlungsbedarfs untersucht. In Bezug auf das Gebiet «Kaserne» wurde die bisherige Aufgabenteilung bestätigt. Danach ist die Entwicklung des Kasernenareals primär eine kantonale Aufgabe, in enger Zusammenarbeit mit der Stadt, während die Umfeldentwicklung im Gebiet «Kaserne» in die Zuständigkeit der Stadt fällt. Durch die Ablehnung des Baukredits für das PJZ durch den Kantonsrat ist der Zeitpunkt einer Umnutzung des Kasernenareals nun wieder offen.

MOT 1994/002966 1994/000408	21.09.1994 17.04.1996	Kammerer Bruno Helvetiaplatz, Neugestaltung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Ich ersuche den Stadtrat, nach Abschluss der Bauarbeiten in der Langstrasse und einer nachfolgenden Analyse über die Auswirkungen im Quartier dem Gemeinderat eine entsprechende Vorlage für die Neugestaltung des Helvetiaplatzes vorzulegen. Das Projekt umfasst den Raum Kanzleiareal-Volkshaus-Amtshaus Molkenstrasse-Kollerhof.*

Diese Motion verbindet städtebaulich funktionelle und räumliche Aspekte mit erweiterten sozialen Nutzungsmöglichkeiten sowie mit der Verkehrsführung und den Parkplätzen um den Helvetiaplatz. Im Jahre 2008 wurde die Vorlage «Parkierung und Aufwertung der Umgebung Helvetiaplatz» vom Volk angenommen (Motion E. Seliner). Damit sind die Verkehrsanliegen zu einem grossen Teil erfüllt. Die Vorlage zur Motion B. Kammerer wurde im Jahre 2009 der Kommission dargelegt. Gestützt auf die Diskussion wurde danach nochmals Kontakt mit dem Motionär und einem Vertreter der Stiftung Volkshaus aufgenommen. Von dieser Seite werden derzeit die Anliegen der Motion näher substantiiert. Die Fortsetzung der Beratung in der SK HBD/SE wird im Jahre 2011 möglich sein.

POS 1995/001362 1995/000154	09.05.1995 07.06.1995	Kommission Raumbewirtschaftung Raumbedarf, Mitteilung von Veränderungen
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird eingeladen, dem Gemeinderat bzw. der RPK und der GPK des Gemeinderates zusammen mit dem Voranschlag jeweils die Vermehrung bzw. Verminderung des Raumbedarfs, geordnet nach Dienstabteilungen für das vergangene Jahr sowie fortschreitend die Veränderung des Raumbedarfs pro Dienstabteilung, beginnend ab 1995 vorzulegen.*

Die Immobilien-Bewirtschaftung hat bis Ende 2010 auf allen verrechnungsrelevanten Räumen die Nutzer-/Verrechnungsdaten im CAFM-Aperture erfasst. Nachdem sämtliche Daten per Ende 2010 erfasst sind, können somit erste Auswertungen des Raumbestands erfolgen. Die Veränderungen des Raumbedarfs können Ende 2011 beziffert werden.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 1995/002708 1995/000386	22.11.1995 04.09.1996	Vögeli Esther und 3 Mitunterzeichnende Kasernenareal, öffentliche Nutzung

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie nach Jahren des Zweifelns und Zauderns auf dem Kasernenareal wieder ein Schritt nach vorn möglich wird und die einmalige stadtgestalterische Chance zur Förderung der Urbanität im heutigen Niemandsland zwischen City und Kreis 4 endlich realisiert werden kann, indem die Zeughäuser I bis V und der dazugehörige Hof von der Stadt zur Bewirtschaftung übernommen werden, um darin spezifische Quartiereinrichtungen sowie gesamtstädtische öffentliche und private Nutzungen zu ermöglichen, und die Kasernenwiese als grosszügiger innerstädtischer Park und Grünraum der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird.*

Anfang Februar 1999 wurde die Kasernenvorlage des Regierungsrates (Erweiterung mit neuem Gefängnis) vom Kantonsrat abgelehnt. In der Zwischenzeit hat sich ein alternativer Standort für das neue Polizei- und Justizzentrum (PJZ) konkretisiert. Stadt, Kanton und SBB konnten sich auf das Areal des Güterbahnhofs an der Hohlstrasse im Kreis 4 einigen. Am 30. November 2003 wurde die kantonale Abstimmungsvorlage vom Volk deutlich gutgeheissen. Auf der Basis eines Gestaltungsplans wird die Projektentwicklung des PJZ auf dem Areal des Güterbahnhofs vorangetrieben. 2006 wurde der Projektwettbewerb abgeschlossen. Das Büro Heller Enterprises hat im Auftrag des Kantons für das Kasernenareal eine Machbarkeitsstudie erarbeitet. Vertretende des Präsidentsdepartements der Stadt Zürich begleiteten den Prozess. Der Stadtrat, der bei diesem Geschäft nicht federführend wirkt, wird sich beim Kanton dafür einsetzen, die Bedürfnisse und Interessen der Stadt Zürich bestmöglich zu berücksichtigen.

Im Weiteren untersuchte die Stadt in Zusammenarbeit mit dem Kanton, ob sich der Standort Kasernenanlage für den Bau eines neuen Kongresszentrums eignet. Die Untersuchungen sind abgeschlossen, der Entscheid aber noch ausstehend. Gemäss aktuellem Entwurf zur Revision des kantonalen Richtplans sind für Gebiete mit einer hohen Dichte an öffentlichen Bauten und Anlagen sowie grossem Koordinations- und Handlungsbedarf fachübergreifende Gebietsplanungen zu erarbeiten. Damit sollen Synergien genutzt und die partnerschaftliche Zusammenarbeit gefördert werden. Die beiden im Umfeld des Zürcher Hauptbahnhofs liegenden Gebiete «Kaserne» und «Sihlquai» wurden in der ersten Phase eines entsprechenden Verfahrens gemeinsam in Bezug auf Chancen und Risiken für die Stadtentwicklung sowie hinsichtlich ihres Handlungsbedarfs untersucht. In Bezug auf das Gebiet «Kaserne» wurde die bisherige Aufgabenteilung bestätigt. Danach ist die Entwicklung des Kasernenareals primär eine kantonale Aufgabe, in enger Zusammenarbeit mit der Stadt, während die Umfeldentwicklung im Gebiet «Kaserne» in die Zuständigkeit der Stadt fällt. Durch die Ablehnung des Baukredites für das PJZ durch den Kantonsrat ist der Zeitpunkt einer Umnutzung des Kasernenareals nun wieder offen.

POS 1998/001897 1998/000344	28.10.1998 13.01.1999	Zimmerling Enkelmann Anita und Bucher Judith Kasernenareal, Zuführung zu einer gesamtstädtischen Nutzung und Auflösung des Polizeigefängnisses
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie in Zusammenarbeit mit dem Kanton das Kasernenareal inkl. Zeughäuser einer gesamtstädtischen Nutzung zugeführt werden kann und das Provisorium für das Polizeigefängnis auf der Kasernenwiese schnellstmöglich aufgelöst werden kann.*

Anfang Februar 1999 wurde die Kasernenvorlage des Regierungsrates (Erweiterung mit neuem Gefängnis) vom Kantonsrat abgelehnt. In der Zwischenzeit hat sich ein alternativer Standort für das neue Polizei- und Justizzentrum (PJZ) konkretisiert. Stadt, Kanton und SBB konnten sich auf das Areal des Güterbahnhofs an der Hohlstrasse im Kreis 4 einigen. Am 30. November 2003 wurde die kantonale Abstimmungsvorlage vom Volk deutlich gutgeheissen. Auf der Basis eines Gestaltungsplans wird die Projektentwicklung des PJZ auf dem Areal des Güterbahnhofs vorangetrieben. 2006 wurde der Projektwettbewerb abgeschlossen. Das Büro Heller Enterprises hat im Auftrag des Kantons für das Kasernenareal eine Machbarkeitsstudie erarbeitet. Vertretende des Präsidentsdepartements der Stadt Zürich begleiteten den Prozess. Der Stadtrat, der bei diesem Geschäft nicht federführend wirkt, wird sich beim Kanton dafür einsetzen, die Bedürfnisse und Interessen der Stadt Zürich bestmöglich zu berücksichtigen.

Im Weiteren untersuchte die Stadt in Zusammenarbeit mit dem Kanton, ob sich der Standort Kasernenanlage für den Bau eines neuen Kongresszentrums eignet. Die Untersuchungen sind abgeschlossen, der Entscheid aber noch ausstehend. Gemäss aktuellem Entwurf zur Revision des kantonalen Richtplans sind für Gebiete mit einer hohen Dichte an öffentlichen Bauten und Anlagen sowie grossem Koordinations- und Handlungsbedarf fachübergreifende Gebietsplanungen zu erarbeiten. Damit sollen Synergien genutzt und die partnerschaftliche Zusammenarbeit gefördert werden. Die beiden im Umfeld des Zürcher Hauptbahnhofs liegenden Gebiete «Kaserne» und «Sihlquai» wurden in der ersten Phase eines entsprechenden Verfahrens gemeinsam in Bezug auf Chancen und Risiken für die Stadtentwicklung sowie hinsichtlich ihres Handlungsbedarfs untersucht. In Bezug auf das Gebiet «Kaserne» wurde die bisherige Aufgabenteilung bestätigt. Danach ist die Entwicklung des Kasernenareals primär eine kantonale Aufgabe, in enger Zusammenarbeit mit der Stadt, während die Umfeldentwicklung im Gebiet «Kaserne» in die Zuständigkeit der Stadt fällt. Durch die Ablehnung des Baukredites für das PJZ durch den Kantonsrat ist der Zeitpunkt einer Umnutzung des Kasernenareals nun wieder offen.

POS 2000/000535 2000/000122	15.03.2000 22.11.2000	Maissen Placid und 6 Mitunterzeichnende Schlachthofareal, Nutzungskonzept
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob dem Gemeinderat ein quartierverträgliches Nutzungs-Konzept für das Gelände des Schlachthofareals unterbreitet werden kann.*

Die Anlagen auf dem Schlachthofareal werden von der Stadt Zürich (UGZ) an die Schlachtbetriebe vermietet. Im Rahmen des Workshopverfahrens «Gebietsentwicklung Letzi» untersuchte das Amt für Städtebau im Sommer 2004 Entwicklungspotentiale bezüglich Städtebau, Freiraum, Nutzung und Denkmalpflege. Daraus resultierten folgende Grundsätze: Das Schlachthofareal soll sich dem Quartier öffnen. Der Schaffung von öffentlichen, flexibel nutzbaren Freiräumen wird grosse Beachtung geschenkt. Der Zürcher Schlachthof erfüllt die Euro-Normen und gilt als hygienisch einwandfreier Betrieb. Die Centravo AG hat die für die Geruchsemissionen verantwortlichen Arbeitsabläufe (Verbrennung von tierischen Fetten) nach Lyss ausgelagert. Aus wirtschaftlichen Gründen und aus Gründen einer nachhaltigen Gebietsentwicklung wird der Verbleib des Schlachtbetriebs auf dem Areal geprüft. Dabei könnte sich der Schlachtbetrieb in den Kernbereich der Anlage zurückziehen. Die Randbereiche im Süden und im Westen könnten durch zusätzliches Gewerbe genutzt und öffentlich zugänglich gemacht werden. Eine Vorstudie mit Einbezug externer Fachleute zur Abklärung der Realisierbarkeit ist in Bearbeitung (Lead AHB). Entscheidungsgrundlagen für den Stadtrat werden Ende 2011 erwartet.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
MOT 2000/000580 2000/000129	22.03.2000 15.09.2004	Schönbächler Robert und Bögler Heinz Schütze-Areal, Bau eines Schulhauses

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage für den Bau eines Schulhauses auf dem Schütze-Areal zu unterbreiten. Für die Bedürfnisse der Fahrenden ist Realersatz zu schaffen.*

Mit Stadtratsbeschluss Nr. 356/2009 wurde dem Gemeinderat beantragt, die Motion über die Unterbreitung einer Vorlage für den Bau eines Schulhauses auf dem Schütze-Areal als erledigt abzuschreiben. Dieser Antrag ist beim Gemeinderat pendent.

POS 2001/002075 2001/000532	31.10.2001 07.11.2001	Spezialkommission Hochbaudepartement/Stadtentwicklung Gebiet des neuen Fussballstadions, Änderung des festgelegten Wohnanteils
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, wie der in den Sonderbauvorschriften der Weisung 393 festgelegte Wohnanteil von 30% im Gebiet des neuen Fussballstadions FIFA zu mindestens zwei Dritteln als eigentliche Wohnnutzung und nicht als Hotelnutzung realisiert werden kann.*

Im Rahmen einer kooperativen Entwicklungsplanung sind für das von der Wohnanteils-Festlegung betroffene Areal ein Leitbild und – gestützt darauf – der private Gestaltungsplan Hardturm-Areal erarbeitet worden. Der Stadtrat hat dem Gestaltungsplan am 7. Dezember 2005 zugestimmt. Gemäss diesem Gestaltungsplan ist im Endausbau ein Wohnanteil von 44 % vorgeschrieben. Dieser liegt somit wesentlich höher als der mit den Sonderbauvorschriften festgelegte Wohnanteil. Nach den heutigen Vorstellungen soll der erforderliche Wohnanteil zum Teil durch Hotelnutzung, im Übrigen aber durch eigentliche Wohnnutzungen erfüllt werden. Damit wird den gesetzlichen Anforderungen Genüge getan.

POS 2002/000662 2002/000123	10.04.2002 13.11.2002	Fiala Doris und Walther Rolf Bahnhofbrücke-Mühlesteig, Verbesserung der städtebaulichen Situation
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die städtebauliche Situation zwischen Bahnhofbrücke und Mühlesteig, anstelle der provisorischen Bauten (früheres Globus-Provisorium) verbessert werden kann.*

Im Zusammenhang mit der Entwicklungsplanung Hauptbahnhof/Stadtmitte wird in den kommenden Monaten die städtebauliche Verbesserung des Papierwerdareals geprüft. Bei dieser Überprüfung geht es um die Zukunft des Globusprovisoriums, um Freiräume und den Bahnhofquai sowie um die Anbindung der Stadtteile Altstadt und Bahnhofquartier. Die Fussgängerverbindungen Central/Hauptbahnhof und Beatenplatz werden vertieft betrachtet und die neue Achse Central-Europaallee integriert.

POS 2003/002733 2003/000460	03.12.2003 17.12.2003	Reimann Beatrice Kasernenareal, Zwischennutzung nachdem Auszug der kantonalen Behörden
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er raschmöglichst mit den zuständigen kantonalen Behörden Verhandlungen bezüglich einer Zwischennutzung des Kasernenareals, für den Zeitraum während und nach dem Auszug der kantonalen Polizei und Justiz, aufnehmen kann.*

Nachdem der Kantonsrat den Objektkredit für den Bau eines Polizei- und Justizzentrums im September 2010 abgelehnt hat, ist davon auszugehen, dass sich mittelfristig an der heutigen Nutzung des Kasernenareals nichts ändert und die Kantonspolizei die alte Militärkaserne weiterhin belegen wird. Aus diesem Grund drängt sich eine Zwischennutzung des Areals zurzeit nicht auf.

POS 2004/000931 2004/000288	02.06.2004 16.06.2004	Isele Christina und Kappeler Thomas Privater Gestaltungsplan «Tobelhof», Massnahmen gegen unberechtigtes Parkieren
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie in der Umgebung des Weilers Tobelhof nach der Umsetzung des Privaten Gestaltungsplans Tobelhof (Weisung 193 vom 17. Dezember 2003) mit flankierenden Massnahmen das «wilde Parkieren» verhindert werden kann.*

Die Umsetzung des Gestaltungsplans steht noch aus, weshalb auch noch keine Aussagen über mögliche flankierende Massnahmen zur Verhinderung des «wildes Parkierens» gemacht werden können.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
--------------------------------	----------------------------	--

POS 2004/001431 2004/000473	08.09.2004 10.11.2004	Cerliani Pierino und 6 Mitunterzeichnende Planung, Stadtentwicklung und Architektur, Förderung des Dialogs
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie kostenneutral an zentralem Ort in der Stadt, z. B. vis-à-vis Rathausbrücke, Le Corbusier Gebäude, Werdhaus Pavillon etc., eine Einrichtung geschaffen werden kann, die dazu dient, den Dialog zu Planung, Stadtentwicklung und Architektur zwischen der Bevölkerung, den Planenden, der Wissenschaft und der Verwaltung zu fördern und Informationen darüber zu vermitteln.*

Seit einiger Zeit prüft eine interdepartementale Arbeitsgruppe (Präsidial- und Hochbaudepartement) Machbarkeit, Umfang und Ausrichtung eines kleinen Stadtforums/Stadtmuseums. Favorisierter Standort ist das Globusprovisorium. Im Zusammenhang mit der Entwicklungsplanung Hauptbahnhof/Stadtmitte wird in den kommenden Monaten die kurz- und mittelfristige Verfügbarkeit geprüft. Im Gespräch sind in Zusammenarbeit mit der Immobilien-Bewirtschaftung und Liegenschaftenverwaltung auch andere Standorte.

POS 2005/000128 2005/000026	26.01.2005 09.02.2005	Grüne-Fraktion und AL-Fraktion Neubau Stadion Letzigrund, Abnahmegarantie für die Solarstromanlage
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie beim Neubau des Stadions Letzigrund die volle Leistung der projektierten Solarstromanlage bereits zu Beginn erstellt werden, und wie die über die Abnahmegarantie des EWZ von z. Z. 250 kWh dannzumal hinausgehende Strommenge von der Stadt abgenommen werden kann.*

Wegen der Probleme mit der Dachkonstruktion des Stadions Letzigrund werden die Abklärungen für eine zweite Etappe der Solarstromanlage bei diesem Objekt erst 2011 durchgeführt. Solarstromanlagen auf Dächern geeigneter stadteigener Liegenschaften werden heute in der Regel über die ewz-Solarstrombörse durch externe Firmen im Contracting realisiert. Es soll geklärt werden, ob die noch nicht bestückte Dachfläche des Stadions Letzigrund aus heutiger Sicht die Voraussetzungen für eine kostengünstige Anlage erfüllt und das ewz bereit ist, eine solche Anlage in die Solarstrombörse aufzunehmen.

POS 2005/000406 2006/000386	30.03.2005 13.09.2006	Leiser Albert Bauordnung, Flexibilisierung des Wohnanteils bei selbst genutztem Eigentum
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, welche die Bestimmungen in der kommunalen Bauordnung zum Wohnanteil so flexibilisiert, dass die Vereinbarkeit von Wohnen und Arbeiten während der Dauer des selbstgenutzten Eigentums erleichtert wird. Es ist in Art. 6 Abs. 4 BZO eine weitere Ausnahme für Eigentümer vorzusehen, die in ihren Gebäuden ein Handels-, Fabrikations-, Dienstleistungs- oder einen anderen von ihnen geführten Betrieb einrichten oder erweitern möchten.*

Der Stadtrat hat mit Zuschrift vom 28. September 2005 die Entgegennahme des Anliegens als Motion abgelehnt. Er hat sich hingegen bereit erklärt, das Anliegen insbesondere im Hinblick auf allfällige neue Legiferierungsmöglichkeiten als Folge der laufenden Revision des kantonalen Planungs- und Baugesetzes als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen. Der Motionär erklärte sich mit einer Umwandlung der Motion in ein Postulat einverstanden. Dieses wurde dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen. Die angesprochene Revision des kantonalen Rechts ist noch im Gang. Zur Umsetzung des Legislaturschwerpunkts 2010–2014 «Stadt und Quartiere gemeinsam gestalten» ist als eine Massnahme eine BZO-Revision vorgesehen. Das Postulat soll in diesem Zusammenhang geprüft werden.

MOT 2005/000475 2005/000137	13.04.2005 14.03.2007	Bucher Gregor und Danner Ernst Energiebedarf städtischer Liegenschaften, Rahmenkredit für die Deckung durch erneuerbare Energie
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung zu unterbreiten, die ein Konzept (mit Zeithorizont 2050) und zu dessen Realisierung einen ersten Rahmenkredit enthält, mit welchem bei sämtlichen der Stadt gehörenden und zugleich von ihr selber genutzten Liegenschaften die notwendigen Investitionen finanziert werden können, damit nach einer Gesamtrenovation, einem umfassenden Umbau sowie bei Neubauten der Energiebedarf (Heizung, Klima, Warmwasser, Elektrizität etc.) bis ins Jahr 2050 zu mindestens 90% durch erneuerbare Energie gedeckt werden kann. Sämtliche dem Gemeinderat zur Genehmigung vorzulegenden Beschlüsse, die eine Gesamtrenovation, einen Um- oder Neubau städtischer und auch von der Stadt genutzter Liegenschaften zum Ziel haben, beinhalten den Nachweis einer nachhaltigen Energieverwendung.*

Der Gemeinderat hat am 2. Dezember 2009 zwei Beschlüsse verabschiedet, welche Rahmenkredite beinhalten, mit denen explizit der Einsatz erneuerbarer Energien gefördert werden soll. Der Rahmenkredit über 18 Mio. Fr. für städtische Liegenschaften im Verwaltungs- oder Finanzvermögen umfasst Nachhaltigkeitsmassnahmen, welche über das Programm «7 Meilenstritte zum umwelt- und energiegerechten Bauen» des Stadtrats hinausgehen. Der Rahmenkredit über 10 Mio. Fr. für die städtischen Wohnliegenschaften umfasst Investitionen, die der Energieeinsparung, der Umweltschonung und der Förderung erneuerbarer Energien dienen, soweit diese noch nicht wirtschaftlich sind. Ein weiterer Rahmenkredit zur Förderung der erneuerbaren Energien wird nicht als sinnvoll erachtet, solange die vom Gemeinderat bewilligten Rahmenkredite nicht ausgeschöpft sind.

In der Motion wird auch ein Konzept zur Deckung des Energiebedarfes der städtischen Liegenschaften bis ins Jahr 2050 zu mindestens 90% durch erneuerbare Energien gefordert. Gegenwärtig wird unter Federführung des Energiebeauftragten ein Energiekonzept 2050 für die Stadt Zürich ausgearbeitet. Die Resultate werden 2011 vorliegen. Anschliessend wird vom Hochbaudepartement geprüft, ob ausgehend von diesen Grundlagen ein entsprechendes Konzept für städtische Bauten mit diesem langfristigen Horizont erstellt werden kann.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2006/000314 2006/000071	08.03.2006 02.11.2007	Seliner Emil und Seidler Christine Gestaltungspläne und Sonderbauvorschriften, Planungsgewinne
<p>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei Gestaltungsplänen und Sonderbauvorschriften allfällige Mehrausnutzungen und die entsprechenden Planungsgewinne» aufgezeigt werden können. Dazu könnte ein Gutachten dienen, welches durch ein unabhängiges Büro ausgearbeitet wird.</p>		
<p>Im Kanton Zürich besteht nach wie vor keine gesetzliche Grundlage für eine «Mehrwertabschöpfung». Selbstverständlich werden für Überbauungen nach Gestaltungsplänen bzw. Sonderbauvorschriften gegenüber einer Überbauung nach Regelbauweise grundsätzlich erhöhte Anforderungen (wie beispielsweise städtebauliche Belange, energetische Anforderungen usw.) verlangt. Weitere Aspekte, die einen Mehrwert für die Öffentlichkeit bewirken, wie öffentlich zugängliche Frei- oder Grünflächen, Nutzung von Erdgeschossen durch publikumsorientierte Nutzungen usw., werden zu Beginn des Planungsprozesses thematisiert und können in der Regel verbindlich festgelegt werden.</p>		
MOT 2007/000060 2007/000008	10.01.2007 15.09.2010	Cerliani Pierino und Baumer Michael Bau- und Zonenordnung (BZO), Flexibilisierung der Nutzungsvorschriften
<p>Der Stadtrat wird aufgefordert, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Änderung der Bauordnung und evtl. des Zonenplans sowie zugehöriger Verordnungen zu unterbreiten, die eine Flexibilisierung der Nutzungsvorschriften zu Gunsten des quartiersversorgenden Gewerbes und von publikumsorientierten Dienstleistungen ermöglicht.</p>		
MOT 2007/000151 2007/000052	31.01.2007 15.09.2010	Meier Daniel und Leiser Albert Baugesuche, lineare Senkung der Gebühren für deren Prüfung
<p>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, mit welcher die Gebühren für die Prüfung der Baugesuche um ca. 15 %/ Basis Budget 2007 zu reduzieren sind.</p>		
POS 2007/000287 2007/000121	14.03.2007 15.09.2010	Butz Marlène und Mauch Corine Strategien Zürich 2025, Nutzungsänderungen von Wohnraum im Hochschulgebiet
<p>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, zur Umsetzung der «Strategien Zürich 2025» bei der Rückgabe von zweckentfremdetem Wohnraum im Rahmen der Entwicklungsplanung Hochschulgebiet Zürich-Zentrum zusätzlichen Wohnraum auch für junge Erwachsene in Ausbildung zu schaffen. Dies soll in Zusammenarbeit mit gemeinnützigen Wohnbauträgern, Stiftungen und Privaten geschehen, die die Schaffung von günstigem Wohnraum bezwecken.</p>		
POS 2007/000401 2007/000185	11.04.2007 15.09.2010	Bergmaier und Amacker Bruno Masterplan «Campus City», Verbesserung
<p>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der Masterplan «Campus City» zusammen mit Kanton und Bund bzw. den betroffenen Bildungsinstituten, insbesondere auch mit den Gymnasien, bezüglich Perimeter vervollständigt resp. verbessert werden kann.</p>		
POS 2007/000563 2007/000285	23.05.2007 15.09.2010	Leiser Albert und Jäger Alexander Bauten der Stadt Zürich, Realisierung nach der LCC-Methode
<p>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie inskünftig Bauten, die die Stadt Zürich selbst erstellt, ob Neubau oder Renovation, nach der Life-Cycle-Cost-Methode realisiert werden.</p>		
MOT 2007/000596 2007/000298	30.05.2007 29.08.2007	CVP-Fraktion und EVP-Fraktion Kongresshaus, Prüfung von alternativen Standorten
<p>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, welche einen Planungskredit von 2 Mio. Fr. für die Erstellung eines neuen Kongresszentrums inkl. eines Kongresshotels im Stadtraum HB, auf dem Kasernenareal (oder allenfalls eines anderen Standortes) sowie der umfassenden Weiterentwicklung und/oder Umnutzung des frei werdenden bisherigen Kongresshauses beinhaltet.</p>		
<p>Der Stadtrat hat die Weisung «Kongresszentrum, Planungskredit für neue Standortevaluation und Machbarkeitsstudien» über den Betrag von 2,3 Mio. Fr. dem Gemeinderat vorgelegt. Dieser bewilligte den Planungskredit im März. Der Stadtraum HB wurde nicht näher untersucht, da kein Baufeld in der entsprechenden Grösse zur Verfügung stand. Neben dem Kasernenareal wurden die drei Standorte, Areal Geroldstrasse, Vorderer Kreis 5 und Gebiet Hafen Enge in einer Machbarkeitsstudie geprüft. Sobald Klarheit bezüglich des neuen Standorts herrscht, wird sich der Stadtrat mit der Weiterentwicklung des bestehenden Kongresshauses befassen.</p>		

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
MOT 2007/000652 2007/000345	13.06.2007 24.10.2007	SP-Fraktion Bauten und Anlagen in der Stadt Zürich, energetische Anforderungen
<p>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung zu unterbreiten, mit der die Stadt Zürich im Rahmen einer Verordnung folgende energetischen Anforderungen an Bauten und Anlagen auf ihrem Gebiet verbindlich vorschreibt:  <i>Energetische Anforderungen an Bauten und Anlagen in der Stadt Zürich</i></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Bauten und Anlagen haben folgende, gegenüber den kantonalen Wärmedämmvorschriften verschärften energetischen Anforderungen zu erfüllen: <ul style="list-style-type: none"> <li>– Neubauten: Zielwerte der Norm SIA 380/1 (Ausgabe 2007)</li> <li>– Umbauten und Umnutzungen: <ul style="list-style-type: none"> <li>– Einzelbauteilanforderungen: Zielwerte gemäss Norm SIA 380/1 (Ausgabe 2007)</li> <li>– Systemanforderungen: 60% der Grenzwerte für Umbauten und Umnutzungen gemäss SIA 380/1 (Ausgaben 2007)</li> </ul> </li> </ul> </li> <li>2. Der Höchstanteil nicht erneuerbarer Energien gemäss §10a Energiegesetz, §47a BBV I und Wärmedämmvorschriften der Baudirektion wird von 80% auf 50% reduziert. Die Standardlösungen gemäss Abschnitt II, Teil 2 D der kantonalen Wärmedämmvorschriften sind entsprechend anzupassen.</li> </ol> <p>Der Stadtrat hat mit Weisung 456 vom 25. November 2009 dem Gemeinderat Bericht erstattet und beantragt, die Motion aufgrund der fehlenden kommunalen Kompetenz als nicht erfüllbar abzuschreiben. Die Weisung wurde der Spezialkommission Hochbaudepartement/Stadtentwicklung zur Behandlung zugewiesen. Die Behandlung in der Kommission ist noch nicht abgeschlossen.</p>		
POS 2007/000654 2007/000347	13.06.2007 24.10.2007	Nielsen Claudia und Dubs Marianne Energieeffiziente und ressourcenschonende Bauten, Auszeichnung
<p>Der Stadtrat wird gebeten, eine Auszeichnung für besonders energieeffiziente und ressourcenschonende Bauten zu schaffen, jährlich zu verleihen und durch geeignete Kommunikation öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema zu schaffen. Die ausgezeichneten Bauten sollen aufzeigen, dass derartiges Bauen oder auch Sanieren interessant und attraktiv sein kann. Dabei ist eine möglichst umfassende Betrachtung zu wählen, die über die existierenden Labels hinausgeht.</p> <p>Das Hochbaudepartement prüft im Rahmen der Themen «Auszeichnung Guter Bauten», «Nachhaltiges Bauen» und «Bauen für die 2000-Watt-Gesellschaft», wie gegebenenfalls eine Auszeichnung für besonders energieeffiziente und ressourcenschonende Bauten verliehen werden kann.</p>		
POS 2007/000754 2007/000381	04.07.2007 15.09.2010	Seidler Christine und Badran Jacqueline Bau- und Zonenordnung (BZO), Bericht über verschiedene Stadtentwicklungsszenarien
<p>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob er einen umfassenden Bericht vorlegen kann, der verschiedene Stadtentwicklungsszenarien unter voller Ausnutzung der heute geltenden Bau- und Zonenordnung (BZO) über einen Planungshorizont von 20 Jahren unter anderem in visualisierter Form zeigt. Dabei sollen bestehende Basisinformationen aufbereitet werden und insbesondere das Ist-Volumen, Reserven im Bestand sowie in Zukunft, sowie potenziell mögliche Entwicklungen aufgezeigt werden.</p>		
MOT 2007/000953 2007/000490	12.09.2007 15.09.2010	CVP-Fraktion und EVP-Fraktion Bienenstrasse 45, Erstellen von Wohn- und Gewerbearealen
<p>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, um auf dem Areal Bienenstrasse 45 und den benachbarten städtischen Parzellen (AU 6272, 5169, 6845) neben dem projektierten Werkhof, im Sinne einer wirtschaftlichen Doppelnutzung kommunalen oder gemeinnützigen Wohn- und Gewerbeareal zu erstellen.</p>		
MOT 2007/001051 2007/000534	03.10.2007 08.12.2010	AL-Fraktion Kommunaler Richtplan für öffentliche Bauten, Erlass
<p>Der Stadtrat legt dem Gemeinderat einen kommunalen Richtplan der öffentlichen Bauten und Anlagen zur Beschlussfassung vor. Sollten für die Erarbeitung dieses Richtplans mehr als zwei Jahre benötigt werden, erstattet der Stadtrat dem Gemeinderat nach einem Jahr Bericht über die Arbeiten.</p>		
POS 2008/000042 2010/000483	16.01.2008 17.11.2010	Garzotto Bruno und Sidler Bruno Papierwerd-Areal, Projektierungskredit
<p>Der Stadtrat wird beauftragt dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, die den Projektierungskredit für ein sinnvolles Projekt auf dem Papierwerd-Areal neben der Bahnhofbrücke vorsieht.</p>		



<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 2008/000345 2008/000160	02.04.2008 17.11.2010	Steger Heinz F. und Meier Daniel Freihändigen- oder Einladungsverfahren, Vergabe an Betriebe mit Lernenden
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob Vergaben durch die Stadt Zürich – im Freihändigen- oder Einladungs-Verfahren – bei gleichwertigem Angebot an Firmen vergeben werden können, die vorzugsweise in der Stadt Zürich Lehrlinge ausbilden.</i>		
POS 2008/000645 2008/000278	18.06.2008 03.09.2008	Mauch Corine und Butz Marlène Areal Kronenwiese, Vorgaben für das Erstellen von Wohnraum
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, bei der Ausschreibung des Wettbewerbs für die Erstellung von Wohnungen und öffentlichen Erdgeschossnutzungen im Bereich Kronenwiese folgende Vorgaben zu machen:</i>		
<ul style="list-style-type: none"> <li>– das Projekt soll preiswerten Wohnraum schaffen, quartierverträglich sein und sich in sein Umfeld gut einfügen,</li> <li>– die planerische und architektonische Qualität des Projekts soll ausgereift und hochstehend sein und eine gute Aufenthaltsqualität gewährleisten,</li> <li>– die Siedlung soll energetisch und ökologisch vorbildlich sein, wobei für die Bauten Energieverbrauchswerte des Standards Minergie-P vorzugeben sind und eine möglichst weitgehende Versorgung mit erneuerbaren Energien vorzusehen ist,</li> <li>– es sind im Projekt planerische Vorkehrungen zu treffen für eine an Nachhaltigkeitskriterien orientierte Verkehrsversorgung.</li> </ul>		
Gemäss Beschluss des Gemeinderates vom 8. September 2010 wird das Postulat bei der Behandlung des Baukredits zur Diskussion gestellt.		
POS 2008/000646 2008/000279	18.06.2008 03.09.2008	Butz Marlène und Mauch Corine Areal Kronenwiese, Erschliessung durch Fuss-, Velo und öffentlichen Verkehr
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie parallel zur Projektierung von Wohnungen und Gewerberäumen als Erdgeschossnutzung im Bereich Kronenwiese die verkehrliche Anbindung der zukünftigen Siedlung umweltfreundlich und zukunftsgerichtet ausgestaltet werden kann. Dabei soll die Erschliessung mit dem Fuss- und Veloverkehr ein hohes Gewicht erhalten und die Anbindung an den öffentlichen Verkehr optimiert werden.</i>		
Gemäss Beschluss des Gemeinderates vom 8. September 2010 wird das Postulat bei der Behandlung des Baukredits zur Diskussion gestellt.		
POS 2008/001195 2008/000502	05.11.2008 14.01.2009	Scherr Niklaus Entwicklungsplanungen für SBB-Areale, Planungsmoratorium
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, bei den SBB darauf hinzuwirken, für die laufenden Entwicklungsplanungen der freiwerdenden SBB-Areale den Planungs-Prozess dahingehend anzupassen, dass eine Offene Planung ermöglicht wird.</i>		
POS 2009/000073 2009/000022	05.11.2008 14.01.2009	Scherr Niklaus Projekt Räumliche Entwicklungsstrategie (RES), Vorlage einer Weisung
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung zum Projekt «Räumliche Entwicklungs-Strategie» (RES) vorzulegen. Im Rahmen dieses Projekts sollen nicht nur bauliche und ökologische Fragestellungen, sondern auch soziale, wohn- und gewerbepolitische Aspekte einbezogen werden.</i>		
POS 2009/000072 2009/000023	05.11.2008 14.01.2009	Scherr Niklaus Offene Planung für SBB-Areale, Vorlage einer Weisung
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung für eine Offene Planung bezüglich der für den Bahnbetrieb nicht mehr benötigten SBB-Areale auf Stadtgebiet vorzulegen. Ähnlich wie das seinerzeitige Stadtforum soll der Runde Tisch resp. die Offene Planung Vertreterinnen und Vertreter von Stadt, SBB und Quartier- und Interessenverbänden (insbesondere Mieter, Vermieter, Genossenschaften, Gewerbe) in einem öffentlich zugänglichen Diskussions- und Entwicklungsprozess über die Zukunft dieser strategisch wichtigen Areal einbeziehen.</i>		
POS 2009/000452 2009/000158	06.05.2009 11.12.2009	FDP-Fraktion Prüfung einer Zusammenlegung von Immobilien-Bewirtschaftung IMMO und Liegenschaftenverwaltung des Finanzvermögens
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Immobilien-Bewirtschaftung IMMO, welche zum Ziel hat das städtische Anlagevermögen zu bewirtschaften, mit der Liegenschaftenverwaltung des Finanzvermögens zusammengelegt werden kann. Damit sollen gemeinsame Synergien in den Themen strategische Gesamtausrichtung der gesamten Kapitalanlagen, Personalbedarf, Raumbewirtschaftung und der operativen Tätigkeiten erreicht werden.</i>		

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 2009/000715 2009/000271	17.06.2009 01.07.2009	Savarioud Marcel und Meuli Myrtha Gemeinsamer Planungsprozess im Gebiet Überlandstrasse, Sagentobelbachweg, Glatt und Brücke zum Glattzentrum
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob für die quatrierräumliche Entwicklung im Gebiet zwischen der Überlandstrasse, Sagentobelbachweg, Glatt und Brücke zum Glattzentrum (Parzellen SW5495, SW5623, SW5678, SW5727) ein gemeinsamer Planungsprozess aller Grundeigentümer initiiert werden kann. Dies mit dem Ziel, eine befriedigende Nutzung, etwa für Wohnen, Quartiersversorgung und Gewerbe oder einer Mischnutzung für das gesamte Gebiet zu erreichen.</i>		
MOT 2009/001421 2009/000534	18.11.2009 27.01.2010	Scherr Niklaus Bau- und Zonenordnung, Anrechnung von Wohnanteilsflächen, Ergänzung Art. 6
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten mit folgender Ergänzung von Art. 6 der Bau- und Zonenordnung: Abs. 6 (neu) Zweitwohnungen, Business-Appartements und dem Tourismus dienende Beherbergungsflächen werden nicht auf die Wohnanteilsfläche angerechnet. Ohne anderslautende Festlegungen gilt dies auch für Gestaltungspläne und Sonderbauvorschriften.</i>		
POS 2009/001428 2009/000541	18.11.2009 27.01.2010	Scherr Niklaus Bau- und Zonenordnung, Nichtanrechnung auf den Wohnanteil von Zweitwohnungen, Hotelnutzungen und Business-Appartements
<i>Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, ob er nicht im Hinblick auf eine Anpassung der BZO möglichst rasch einen Grundsatzentscheid für die Nichtanrechnung von Zweitwohnungen, Hotelnutzungen und Business-Appartements auf den Wohnanteil fällen und damit gestützt auf §234 PBG (negative Vorwirkung) eine weiteres Unterlaufen der Wohn-anteilsbestimmungen verhindern könnte.</i>		
POS 2009/001494 2009/000571	02.12.2009 11.12.2009	Tozzi Lucia und Badran Jacqueline Immobilienbewirtschaftung (IMMO), Überprüfung der Strategien und Prozesse durch einen externen Anbieter
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie Strategien, Prozesse und die Verwendung von materiellen und personellen Ressourcen in der Dienstabteilung Immobilienbewirtschaftung (4040) durch einen externen Anbieter im Bereich Wirtschafts- und Organisationsberatung überprüft und verbessert werden können. Ziel dieser Analyse ist eine kohärente Strategieplanung und die möglichst effiziente Verwendung der Ressourcen.</i>		
POS 2009/001565 2009/000601	16.12.2009 13.01.2010	Wohler Bruno und Wyss Thomas Einhausung N 1.4.4 Schwamendingen, Erlass von verbindlichen Planungsrichtlinien
<i>Die Stadtrat von Zürich wird gebeten zu prüfen, wie schnellstmöglich verbindliche Planungsrichtlinien für den Perimeter Einhausung N1.4.4 erlassen werden können.</i>		
POS 2010/000097 2010/000037	20.01.2010 10.03.2010	Egger Urs Pier 7, Erhaltung des Restaurationsbetriebs
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der Restaurationsbetrieb auf dem Pier 7 erhalten werden kann.</i>		
POS 2010/000202 2010/000097	10.02.2010 10.03.2010	Schwyn Markus und Gut Susi Restaurant Fischerstube, Neubau mit Terrasse
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie beim Neubau der «Fischerstube» eine Terrasse am See realisiert werden kann.</i>		
POS 2010/000426 2010/000189	14.04.2010 21.04.2010	Spezialkommission HBD/SE Frühzeitiger Einbezug von stadtinternem Know-how bei der Planung grosser Wärme- und Kälteerzeugungsanlagen
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie künftig bei der Planung grosser Wärme- oder Kälteerzeugungsanlagen für städtische Liegenschaften das Know-how anderer städtischer Stellen bereits in einem frühen Planungsstadium besser genutzt werden kann und wie im betroffenen Perimeter besser überprüft werden kann, wie auch nichtstädtische Liegenschaften in einen Energieverbund einbezogen werden können.</i>		

### III. Abschreibungsanträge für Motionen und Postulate

Postulate, für die der Stadtrat dem Gemeinderat den Antrag auf Abschreibung stellt.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2002/002188 2002/000485	08.02.2002 13.11.2002	Bachmann Hans Gebiet Güterbahnhof/ SBB-Betriebswerkstätte, Planungsvorlage für eine städtebauliche Aufwertung

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Planungsvorlage sowie dazugehörige Kreditanträge für die städtebauliche Aufwertung des Gebietes Güterbahnhof, SBB-Betriebswerkstätte inklusive Schlachthofareal vorzulegen, in der Absicht, dass in diesem für den Stadtkreis 4 wichtigen Teil, nebst den vom Kanton vorgesehen Justizbauten (u.a. Untersuchungs- und Bezirksgefängnis), auch neue Nutzungen für Dienstleistungen und insbesondere auch für das Wohnen vorzusehen sind, wozu auch geänderte Verkehrserschliessungen (u.a. Westtangente im Bereich Hohlstrasse) einzubeziehen ist.

Auf den erwähnten Arealen laufen bereits separate Planungen, mit dem Ziel das Gebiet aufzuwerten. Verantwortlich für die Planung des Polizei- und Justizzentrums (PJZ) auf dem Güterbahnhofareal ist der Kanton. Der Gestaltungsplan und die gesetzliche Grundlage sind trotz Ablehnung des Projektkredites durch den Kantonsrat gültig. In der Räumlichen Entwicklungsstrategie (RES) wird der Gleisraum zwischen Hauptbahnhof und dem Raum Altstetten/Schlieren als potenzieller Standort für einen zukünftigen Innovations- und Technologie-Stadtteil ausgewiesen. Zum heutigen Zeitpunkt liegen jedoch keine definitiven Aussagen seitens SBB vor, ob und in welchem Umfang und Zeithorizont die noch verbleibenden grossen SBB-Areale (Hauptwerkstätten und Rhome) für Drittnutzungen zur Verfügung stehen. Somit besteht bislang kein Anlass, Planungen auf diesen Arealen zu konkretisieren. Für das Letzigebiet liegt bereits seit mehreren Jahren eine städtebauliche Entwicklungsplanung vor.

Die Projektleitung für das PJZ obliegt dem kantonalen Hochbauamt. Für die Projektentwicklung wurde ein mehrstufiges Verfahren gewählt. Basierend auf den städtebaulichen und verkehrsplanerischen Erkenntnissen eines Workshopverfahrens mit vier Planungsteams wurde 2005 ein Gestaltungsplan ausgearbeitet. Dieser bildete die Grundlage für einen Projektwettbewerb der 2005/2006 durchgeführt wurde. Der Projektwettbewerb wurde im Frühling 2006 entschieden. Bis September liefen die Planungsarbeiten als Grundlage für den Objektkredit, der im September vom Kantonsrat abgelehnt wurde. Das Areal der SBB-Hauptwerkstätten sowie das Rhome-Areal haben gemäss SBB das Potenzial, längerfristig – wenigstens in Teilen – für andere Nutzungen zur Verfügung zu stehen. Die zukünftige Entwicklung der SBB-Hauptwerkstätten ist abhängig von strategischen bahnbetrieblichen Entscheiden der SBB. Eine städtebauliche Konkretisierung zukünftiger Entwicklungen ist somit erst nach oben genannten Entscheiden der SBB sinnvoll.

Die Anlagen auf dem Schlachthofareal werden von der Stadt Zürich (UGZ) an die Schlachtbetriebe vermietet. Im Rahmen des Workshopverfahrens «Gebietsentwicklung Letzi» untersuchte das Amt für Städtebau im Sommer 2004 Entwicklungspotentiale bezüglich Städtebau, Freiraum, Nutzung und Denkmalpflege. Daraus resultierten folgende Grundsätze: Das Schlachthofareal soll sich dem Quartier öffnen. Der Schaffung von öffentlichen, flexibel nutzbaren Freiräumen wird grosse Beachtung geschenkt. Der Zürcher Schlachthof erfüllt die Euro-Normen und gilt als hygienisch einwandfreier Betrieb. Die Centravo AG hat die für die Geruchsemissionen verantwortlichen Arbeitsabläufe (Verbrennung von tierischen Fetten) nach Lyss ausgelagert. Aus wirtschaftlichen Gründen und aus Gründen einer nachhaltigen Gebietsentwicklung wird der Verbleib des Schlachtbetriebs auf dem Areal geprüft. Dabei könnte sich der Schlachtbetrieb in den Kernbereich der Anlage zurückziehen. Die Randbereiche im Süden und im Westen könnten durch zusätzliches Gewerbe genutzt und öffentlich zugänglich gemacht werden. Eine Vorstudie mit Einbezug externer Fachleute zur Abklärung der Realisierbarkeit ist in Bearbeitung (Lead AHB). Entscheidungsgrundlagen für den Stadtrat werden Ende 2011 erwartet.

POS 2004/000459 2004/000104	03.03.2004 07.06.2006	Nagel Ueli und Furter Willy UMTS-Mobilfunkantennen, Abklärung von Gesundheitsfolgen
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob und wie er beim Erteilen von Bewilligungen von neuen UMTS-Mobilfunkantennen, bzw. die Aufrüstung bestehender Antennen für die neue UMTS-Norm – in Absprache mit den zuständigen Bundesstellen – ein Moratorium bis zur genaueren Abklärung der gesundheitlichen Folgen, mindestens aber bis Ende 2005, einhalten kann. Dabei soll er insbesondere durch Verhandlungen mit den Mobil-funkanbieter eine Vereinbarungslösung anstreben.

Die Stadt Zürich versuchte bereits Ende der 90er-Jahre, die Mobilfunkbetreiberfirmen auf vertraglichem Weg zur Einhaltung von im Vergleich zur NISV (Verordnung zum Schutz vor nichtionisierender Strahlung) tieferen Grenzwerten zu bewegen. Nicht zuletzt wegen der befürchteten Signalwirkung liessen sich die Betreiberfirmen darauf jedoch nicht ein. Eine Vereinbarungslösung hat deshalb keine Chance.

Das Bundesgericht hat wiederholt festgehalten, dass die gemäss NISV einzuhaltenden Anlagegrenzwerte die vorsorgliche Emissionsbegrenzung abschliessend regeln und die Bewilligungsbehörden nicht befugt sind, im Einzelfall von den Betreiberfirmen eine weitergehende Begrenzung zu verlangen. Entsprechend kann die Bewilligungsbehörde kein Moratorium verhängen. Sind die bundesrechtlich festgelegten Grenzwerte eingehalten, muss die Baubehörde die Baubewilligung erteilen. Sollte sich als Folge von seriösen wissenschaftlichen Studien zeigen, dass die Grenzwerte zu hoch angesetzt sind, ist es Aufgabe der Bundesbehörden, die Grenzwerte zu senken und Regelungen betreffend Sanierung der erstellten Anlagen zu treffen.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2004/001464 2004/000497	15.09.2004 29.09.2004	Tognella Roger und 20 Mitunterzeichnende Submissionsverordnung, Nutzung des Spielraums bei der Vergabe städtischer Aufträge an KMU

*Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, wie der Spielraum gemäss kantonalen Submissionsverordnung bei der Vergabe von städtischen Aufträgen zugunsten der kleinen und mittleren lokalen Unternehmen genutzt werden kann.*

Wie alle kommunalen Vergabestellen untersteht die Stadt Zürich dem übergeordneten kantonalen Recht. Sie ist gemäss den allgemeinen Bestimmungen der Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen und der Submissionsverordnung des Kantons Zürich zur Nichtdiskriminierung und Gleichbehandlung verpflichtet. Im Rahmen der möglichen Verfahrensarten – d. h. im Freihändigen Verfahren und im Einladungsverfahren – werden aber bei Vergaben hauptsächlich die kleinen und mittleren lokalen Unternehmen berücksichtigt, dies auch im Sinne volkswirtschaftlicher Überlegungen. Eine 2005 durchgeführte stadtweite Erhebung ergab, dass rund 45% aller Aufträge für Hoch-, Tief- und Infrastrukturbauten an Firmen aus der Stadt Zürich erfolgte. Eine aktuelle Auswertung des Amtes für Hochbauten zeigt, dass im Freihändigen- und Einladungsverfahren diese Zahl für Bauleistungen sogar bei 60% aller Aufträge liegt. Diese Angabe belegt, dass der Spielraum zugunsten der kleinen und mittleren lokalen Unternehmen genutzt wird.

POS 2006/000362 2006/000081	15.03.2006 02.11.2007	Seliner Emil und Käppeli Hans Jörg Wohnanteil, Gutachten durch ein unabhängiges Büro
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der vorgeschlagene Wohnanteil bei Studienaufträgen, Wettbewerben, Gestaltungsplänen, Sonderbauvorschriften etc. durch ein unabhängiges Büro, hinsichtlich maximal und minimal möglichem Anteil durch ein Gutachten beurteilt wird. Insbesondere sind Lage, Wohnqualität, Chancen und Risiken für die Quartier- und Stadtentwicklung sowie sonstige Vor- und Nachteile auszuweisen.*

In den planerischen Vorphasen zu Gestaltungsplänen und Sonderbauvorschriften (Machbarkeitsstudien, Testplanungen und Wettbewerben) ist der Aspekt des verträglichen, d. h. des erforderlichen minimalen oder maximalen, Wohnanteils eine zentrale Frage. Die Verwaltung verfügt über genügend Experten (Liegenschaftsverwaltung, Stadtentwicklung Zürich, Amt für Hochbauten und Amt für Städtebau, Liegenschaftsbewertung usw.), die adäquate und griffige Vorgaben im Planungsprozess (Testplanungen oder Konkurrenzverfahren) einspeisen und überprüfen. Bei Machbarkeitsstudien, Testplanungen oder Konkurrenzverfahren erarbeiten mehrere Teams unabhängig voneinander Lösungsvorschläge. Diese Lösungsansätze werden durch externe und unabhängige Experten hinsichtlich der im Postulat aufgeführten Kriterien beurteilt. Mit diesem Vorgehen wird das Anliegen des Postulates vollumfänglich erfüllt. Zusätzliche Gutachten ohne Bezug auf konkrete städtebauliche Fragestellungen und Lösungsansätze bieten ausser weiteren Kosten keine ausreichende Grundlage für die Planung und sind in der Regel nicht praxistauglich.

POS 2006/000353 2006/000093	22.03.2006 02.11.2007	Reimann Beatrice und Schönbächler Robert Amtshaus Helvetiaplatz, Vermietung an Jungunternehmen und Kunstschaffende
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob die Räumlichkeiten des Amtshauses Helvetiaplatz, nach der vorübergehenden Unterbringung des Schul- und Sport- sowie des Präsidialdepartementes, an Jungunternehmen und Kunstschaffende zu günstigen Bedingungen vermietet werden können.*

Während das Bevölkerungsamt das Amtshaus Helvetiaplatz verlassen hat und in das mittlerweile sanierte Stadthaus zurückgekehrt ist, belegt das Amt für Zusatzleistungen (Sozialdepartement) derzeit die Geschosse 3 bis 5. Die Geschosse 1 und 2 werden zur Abdeckung des kurzfristigen Raumbedarfs der Verwaltung, bzw. als Rochadeflächen verwendet. Es handelt sich hier um die einzige grössere disponible Fläche im Portfolio der Verwaltungsbauten. Würde das Amtshaus Helvetiaplatz zur Nutzung für Jungunternehmen und Kunstschaffende abgegeben, müssten rund 11 500 m<sup>2</sup> Fläche neu hinzugemietet werden. Dies widerspräche den strategischen Grundsätzen zur Standort- und Raumoptimierung in der Stadtverwaltung, wie sie vom Stadtrat beschlossen wurden: Danach sind für die Verwaltung stadteigene Grundstücke bzw. Objekte zu bevorzugen und teure Fremdmieten möglichst zu vermeiden.

POS 2007/000869 2007/000447	22.08.2007 19.09.2007	Grüne-Fraktion Stadtspital Triemli, Auswertung des Minergie-P-Standards
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Erfahrungen mit dem Neubau Bettenhaus Stadtspital Triemli nach Minergie-P-Standard als Leuchtturmprojekt für das Legislaturziel «Nachhaltige Stadt Zürich» ausgewertet und für die nachhaltige Ausrichtung der gesamten Bautätigkeit der Stadt genutzt werden kann.*

Im Herbst 2009 wurde das provisorische Minergie-P-Eco-Zertifikat für den Neubau des Bettenhauses des Stadtspitals Triemli ausgestellt. Das definitive Zertifikat wird bei Abschluss der Bauarbeiten im Jahr 2015 beantragt. Spitalbauten stellen im städtischen Portfolio eine sehr spezielle Nutzung dar. Erfahrungen mit dem Neubau des Bettenhauses können deshalb nur in sehr beschränkter Masse «für die nachhaltige Ausrichtung der gesamten Bautätigkeit der Stadt» genutzt werden. Neue Erkenntnisse sind aus der Gesamtenergie-Optimierung von Gebäuden und der Energieversorgung entstanden und zeigen, dass die auf den Heizfall ausgerichtete Primäranforderung von Minergie-P an die Gebäudehülle bei Gebäuden mit hohen internen Lasten nicht in jedem Fall zielführend sind. Diese Erfahrung ist bereits beim Wettbewerb der Erweiterung des Kunsthouses Zürich eingeflossen. Das AHB unterstützte ein entsprechendes Forschungsprojekt des Bundesamtes für Energie, welches diese Problematik bei Verwaltungsbauten näher untersucht. Die Ergebnisse führen dazu, dass die Primäranforderungen an die Gebäudehülle von Minergie-P-Bauten gelockert resp. ganz aufgehoben werden. Die Stadt Zürich hat damit einen konstruktiven Beitrag zur Weiterentwicklung des Minergie-P-Labels geleistet. Die Erfahrung zeigt, dass sich das Label Minergie-P-Eco als Vergleich und zur Kommunikation der Nachhaltigkeitsanforderungen sehr gut eignet.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2007/001282 2007/000637	06.12.2007 14.12.2007	Grüne-Fraktion, SP-Fraktion und AL-Fraktion Sonderbeitrag zur energetischen Gebäudesanierung und -optimierung, Umsetzung

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er mit Mitteln aus dem Konto «Sammelkonto Sonderbeitrag zur energetischen Gebäudesanierung und -Optimierung» die rasche Umsetzung zusätzlicher, über das kurzfristig Rentable hinaus reichender energetischer Massnahmen erreichen kann. Ein Schwerpunkt soll dabei bei den geplanten Gebäudesanierungen gesetzt werden.*

Mit der Genehmigung des «Sammelkontos Sonderbeitrag zur energetischen Gebäudesanierung und -optimierung» definierten die Immobilien-Bewirtschaftung und das Amt für Hochbauten jährlich ein Bauprogramm mit kurzfristig zu realisierenden energetischen/ökologischen Massnahmen. In den Jahren 2008 bis 2010 umfasste das Bauprogramm knapp 30 Projekte im Liegenschaftenportfolio des Verwaltungsvermögens. Im Vordergrund standen der Ersatz von ineffizienten Wärmeerzeugungsanlagen sowie bauliche Massnahmen zur verbesserten Wärmedämmung. Die erzielten Energieeinsparungen betragen je nach Objekt zwischen 10 und 55 %.

Die getroffenen Massnahmen stehen in Einklang mit den Massstäben für umwelt- und energiegerechtes Bauen, die der Stadtrat am 17. September 2008 beschloss (StRB 2008/1094) und die dem Anliegen des Postulats Rechnung tragen. Angestrebtes Ziel bei Instandsetzungen von Bauten ist jeweils im Minimum der Minergie-Standard. Bei älteren, denkmalgeschützten Gebäuden werden deshalb im Rahmen des Sonderbeitrags einzelne Bauteile in energetisch besserer Ausführung erstellt, um im Gegenzug erhaltenswerte Bausubstanz nicht verändern zu müssen.

POS 2007/001287 2007/000642	06.12.2007 14.12.2007	Leupi Daniel und Tognella Roger Skater-Halle Bändlistrasse, Nutzung als günstiger Gewerberaum
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die geplante Skater-Halle an der Bändlistrasse hinter 74 in Zusammenarbeit mit der Stiftung PWG als günstiger Gewerberaum genutzt werden kann, wenn sie nicht mehr für die Skatenden benötigt wird.*

Die Stiftung PWG (Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich) hat den Auftrag, Liegenschaften in der Stadt Zürich zu erwerben und sie so dauerhaft der Spekulation zu entziehen. Die Grundstücke werden dabei gekauft oder in einem langfristigen Baurecht übernommen. Dass Grundstücke, die der Stadt gehören, angemietet und weitervermietet werden, ist bisher nicht vorgekommen. In Bezug auf die Freestylehalle an der Bändlistrasse kommt für die PWG eine Übernahme (Baurecht oder Kauf) nur dann in Frage, wenn von der Stadt selbst kein Eigenbedarf besteht. Entsorgung + Recycling Zürich als formelle Grundstückseignerin ist hingegen daran interessiert, die dem Freestylesport dienende Halle nach Ablauf der vereinbarten Nutzungsdauer zu übernehmen. Dort sollen Teile der Stadtreinigung (Lager der Veloordnung für besitzerlose Velos) untergebracht werden. Die beabsichtigte Nutzung schliesst eine Abgabe der Halle an die Stiftung PWG aus.

POS 2007/001338 2007/000667	19.12.2007 26.08.2009	Wenger Christian und Brassler Ueli Stadion Letzigrund, Einbau eines Windschutzes
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im Stadion Letzigrund zwischen Tribünen und Stadiondach ein Windschutz eingebaut werden kann, so dass die Zuschauer, aber auch Fussballer, Leichtathleten, Musiker usw. nicht mehr voll dem Wind ausgesetzt sind, der je nach Wetterlage ungehindert durchs Stadion pfeift.*

Das Stadion Letzigrund ist als Leichtathletik-, Fussball-, Event- und Breitensportstadion geplant und gebaut worden. Bis zum Bau eines reinen Fussballstadions dient es den beiden Stadtclubs FC Zürich und Grasshopper Club als Übergangslösung für den Fussballbetrieb in der Super League. Ein Markenzeichen des Stadions Letzigrund ist seine offene und durchlässige Struktur, durch die es sich gut in das umgebende Quartier einfügt und sich nicht davon abschottet. Die bisherigen Leichtathletik-Meetings, die EURO 2008 sowie zahlreiche Fussballspiele und weitere Events konnten von Frühling bis Herbst im Stadion Letzigrund ohne Beeinträchtigungen durch störenden Wind durchgeführt werden. Einzig in den Wintermonaten beeinträchtigt der Wind vor allem die Zuschauer. Der Einbau eines Windschutzes zwischen Tribünen und Stadiondach würde zu erheblichen Massnahmen bezüglich Fluchtwegen, Brandschutz, Beleuchtung sowie Akustikanlage führen. Die Kosten dafür liegen im Millionenbereich. Aus den dargelegten Gründen ist ein Windschutz zwischen Tribünen und Stadiondach nicht sinnvoll.

POS 2008/000144 2008/000088	06.02.2008 21.05.2008	Wepf Mirella und Danner Ernst Liegenschaften, Einführung des Gebäude-Energieausweises BFE
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie sich die Stadt Zürich mit ihren Liegenschaften am Testmarkt des BFE zur Einführung des Gebäude-Energieausweises («Energie-Etikette» für Gebäude) beteiligen kann.*

Der Bund stellte 2009 einen Betrag von 20 Mio. Fr. zur Einführung eines Gebäude-Energieausweises zur Verfügung. Gesamtschweizerisch wurde in 15000 Fällen davon Gebrauch gemacht. 2010 ging die Nachfrage auf rund 200 Ausweise pro Monat zurück, was auf die fehlende öffentliche Beitragsleistung zurückzuführen sein dürfte.

Der Gebäudeenergieausweis der Kantone (Geak) wurde im Zuge der Einführungsphase punktuell an die gewonnenen Erkenntnisse angepasst. Er basiert aber nach wie vor auf einer stark vereinfachten Berechnung gemäss SIA-Norm 380/1 und gibt entsprechend rudimentär Auskunft über notwendige Sanierungsmassnahmen. Zudem ist er auf kleine Häuser ausgelegt und eignet sich insbesondere nicht für die stadteigenen Wohnsiedlungen. Projektiert die Stadt Renovationen, veranlasst sie jeweils detaillierte energetische Abklärungen, die deutlich über die Aussagekraft des Geak hinausgehen. Die Immobilien-Bewirtschaftung, der die Eigentümervertretung für einen Grossteil der Immobilien im Verwaltungsvermögen übertragen ist, führt vorderhand die bewährte europäische Display-Kampagne weiter. Bei dieser Kampagne, die sämtliche Gebäudetypen (insbesondere auch im öffentlichen Sektor) umfasst, werden Verbrauchsdaten (Wasser, Energie und CO<sub>2</sub>) plausibel am Gebäude dargestellt.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
--------------------------------	----------------------------	--

POS 2008/000647 2008/000280	18.06.2008 03.09.2008	Straub Esther und Barzotto Myriam Areal Kronenwiese, Räumlichkeiten für eine Kinderkrippe
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, in der geplanten Überbauung Kronenwiese Räumlichkeiten für eine Kinderkrippe zu realisieren.

Das Postulat wurde mit Weisung Nr. 2009/611 (Liegenschaftenverwaltung, Erstellen einer kommunalen Wohnsiedlung auf dem Areal Kronenwiese, Quartier Zürich Unterstrass, Projektierungskredit) am 8. September 2010 abgeschlossen.

POS 2008/001331 2008/000580	17.12.2008 14.01.2009	Stähli-Barth Peter, Danner Ernst und 13 Mitunterzeichnende Hallenbad Oerlikon, Bericht über Um- oder Neubau
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird eingeladen, dem Gemeinderat einen Bericht vorzulegen, der bezüglich Hallenbad Oerlikon – zu planender Um- oder Neubau – über folgende Aspekte Auskunft erteilt:

- Kostenrahmen für Totalsanierung am bisherigen Ort; möglicher Zeitrahmen; Konsequenzen für den Betrieb
- Kostenrahmen für Neubau im Perimeter «Riedgrabenweg–Kühriedweg–Kirchenackerweg–Hugo-Koblet-Weg–Siewerdstrass»; möglicher Zeitrahmen; Konsequenzen für den Betrieb
- Evaluation bez. Neu- oder Umbau inklusive Beurteilung des optimalen Standorts im bezeichneten Perimeter
- mögliche Synergien mit der bestehenden und/oder einer allenfalls neu zu erstellenden Eishalle mit zusätzlichem Eisfeld
- Kommunikationskonzept bezüglich Information und Einbezug der betroffenen örtlichen Bevölkerung in den Entscheidungsprozess

Der Bericht betr. Um- oder Neubau des Hallenbades Oerlikon wurde vom Stadtrat mit Beschluss Nr. 2060/2010 vom 15.12.2010 dem Gemeinderat zur Kenntnisnahme und das entsprechende Postulat zur Abschreibung beantragt.

POS 2009/000795 2009/000286	24.06.2009 30.09.2009	Nagel Ueli und Abele Martin Verbesserter Zugang zum Kreisgebäude 3
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Umbau, bzw. der Instandsetzung des Kreisgebäudes 3 für die Bevölkerung ein kostengünstiger Zugang von der Seite «Schmiede Wiedikon» (Südseite zur Birmensdorferstrasse) geschaffen werden kann.

Im Zuge der Instandsetzungs- und Umbauarbeiten wurde das Kreisgebäude 3 mit zwei Besuchereingängen ausgestattet. Das Gebäude kann demnach über den Hauptzugang an der Zurlindenstrasse als auch über den bisherigen Hintereingang an der Hoffassade (Seite Schmiede Wiedikon) betreten werden. Die Türe auf der Seite Schmiede Wiedikon wurde u. a. mit einem Steuerungsmechanismus und der Eingangsbereich mit der notwendigen Signalistik ausgerüstet. Dieser Zugang wird während denselben Zeiten geöffnet sein wie der Haupteingang, der behindertengerecht ausgestattet ist. Die Mehrkosten für die Anpassung belaufen sich auf weniger als 10 000 Franken.

POS 2009/001106 2009/000381	26.08.2009 18.11.2009	Anderegg Peter und Meier Daniel Schulhaus Ruggächer, beschleunigter Bau des Schulhauses
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, den Bau des geplanten Schulhaus Ruggächer in Zürich Affoltern so schnell wie möglich zu realisieren, so dass das Schulhaus spätestens auf Schuljahresbeginn 2014 eröffnet werden kann.

Die Realisierung eines Schulhaus-Neubaus umfasst zeitaufwändige Aufgaben von der Vorbereitung, Projektierung, Kreditbewilligung (in diesem Fall über eine Volksabstimmung) bis hin zur eigentlichen Bauausführung. Üblicherweise nehmen solche Schulhaus-Projekte sechs bis sieben Jahre in Anspruch. Obwohl sämtliche Beteiligten angesichts der Dringlichkeit des Projekts bestrebt sind, die Schulanlage Blumenfeld (= Schulhaus Ruggächer) so schnell wie möglich zu realisieren, ist deren Fertigstellung per Schuljahresbeginn 2014 nicht machbar. Der realistische Terminplan sieht vor, die Objektkredit-Vorlage Anfang 2012 dem Stimmvolk unterbreiten zu können. Der Baubeginn ist für Ende 2012 geplant. Ein Abschluss der Bauarbeiten und der Bezug der Schulanlage sind im Frühsommer 2015 vorgesehen. Bis zu diesem Zeitpunkt stehen den Schulkindern des Quartiers Ruggächer die bewährten Züri-Modular-Pavillons sowie eine provisorische Turnhalle zur Verfügung.

POS 2010/000341 2010/000144	24.03.2010 14.04.2010	Anhorn Ruth und Wohler Bruno Schulhaus Leutschenbach, Erstellung eines Gitterzaunes beim Pausenplatz
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie beim Pausenplatz im Bereich des Ballspielplatzes im neuen Schulhaus Leutschenbach ein hoher Gitterzaun zur Andreas-Strasse und angrenzenden Bahnlinie erstellt werden kann.

Im Juni 2010 wurde der rund 330 Meter lange, 1,2 Meter hohe Zaun am Bahndamm entlang der Andreasstrasse erhöht, um die Sicherheit der Schulkinder zu gewährleisten. Im Einflussbereich des Ballspielplatzes des Schulhauses Leutschenbach ist der Zaun auf einer Länge von 60 Meter neu vier Meter hoch. Dieser verhindert gemäss den bisherigen Erfahrungen weitgehend, dass Bälle überhaupt auf das Bahnearial fliegen. Der übrige Bereich zwischen dem Saatlenfussweg und der Unterführung Riedgraben wurde zudem mit einem zwei Meter hohen Zaun gesichert.







2009	<b>2010</b>	2011	2012	2013	2014	2015
------	-------------	------	------	------	------	------

Bild: Wasserversorgung

# **Geschäftsbericht 2010**

## Departement der Industriellen Betriebe

# Inhaltsverzeichnis Geschäftsbericht Departement Industrielle Betriebe

<b>1.</b>	<b>Vorwort</b>	<b>293</b>
<b>2.</b>	<b>Legislaturziele und Jahresschwerpunkte</b>	<b>294</b>
<b>3.</b>	<b>Kennzahlen Industrielle Betriebe</b>	<b>295</b>
<b>4.</b>	<b>Departementssekretariat, Fachstellen, Dienstabteilungen</b>	<b>296</b>
<b>4.1</b>	<b>Departementssekretariat</b>	<b>296</b>
4.1.1	Aufgaben	296
<b>4.2</b>	<b>Energiebeauftragter</b>	<b>296</b>
<b>4.3</b>	<b>Wasserversorgung</b>	<b>296</b>
4.3.1	Aufgaben	296
4.3.2	Jahresschwerpunkte	297
4.3.3	Kennzahlen Produktion und Leitungsnetz	297
4.3.4	Personal	297
4.3.5	Arbeitssicherheit und Umwelt	297
4.3.6	Finanzen Kundendienst und Informatik	298
4.3.7	Betrieb	298
4.3.8	Projekt und Bau	299
4.3.9	Qualitätsüberwachung	300
<b>4.4</b>	<b>Elektrizitätswerk</b>	<b>301</b>
4.4.1	Aufgaben	301
4.4.2	Jahresschwerpunkte	301
4.4.3	Energieproduktion und -handel	301
4.4.4	Erneuerbare Energie und Energieeffizienz	302
4.4.5	Energievertrieb	306
4.4.6	Verteilnetz	306
4.4.7	Telecom	308
4.4.8	Dienstleistungen für die Stadt Zürich	308
4.4.9	Mitarbeitende	309
4.4.10	Finanzielles	309
<b>4.5</b>	<b>Verkehrsbetriebe</b>	<b>310</b>
4.5.1	Aufgaben	310
4.5.2	Jahresschwerpunkte	310
4.5.3	Kennzahlen Fahrgäste und Angebot	310
4.5.4	Unternehmensentwicklung	311
4.5.5	Nutzen für die Kundschaft	312
4.5.6	Einsatz Fahrzeugflotte	316
4.5.7	Substanzerhaltung	317
4.5.8	Mitunternehmerinnen und Mitunternehmer	317
4.5.9	Finanzen	318
<b>5.</b>	<b>Parlamentarische Vorstösse</b>	<b>319</b>

# 1. Vorwort



Andres Türler. (Bild: Désirée Good)

## «Dank dem neuen Stollen ist die langfristige Versorgung von Stadt und Region Zürich mit Trinkwasser gewährleistet.»

Wo normalerweise das ewz oder die VBZ mit ihren Geschäften und Projekten im Vordergrund stehen, setzt für einmal die Wasserversorgung den Glanzpunkt des Jahres: die Einweihung des neuen Trinkwasserstollens Uetliberg. Tausende von Interessierten und Schaulustigen strömten ins Wasserwerk Moos und ins Reservoir Lyren, um den noch leeren Stollen sowie die weiteren Attraktionen rund ums «Züriwasser» zu erleben. Mit der Vollendung des sieben Kilometer langen Bauwerks ist die langfristige Versorgung von Stadt und Region Zürich mit Trinkwasser gewährleistet.

Eine zweite erfreuliche Nachricht aus der Wasserversorgung betraf die Senkung des Wassertarifs. Seit Anfang Juli bezahlen Stadtzürcherinnen und Stadtzürcher für ihr Trinkwasser im Durchschnitt 20 % weniger. Für Arbeiten an Haustechnikanlagen müssen sich Installateure nicht mehr um eine Konzession der Stadt Zürich bemühen; eine Berechtigung des Schweizerischen Vereins des Gas- und Wasserfaches (SVGW) genügt.

Bei den VBZ geht es mit der Erweiterung des Liniennetzes vorwärts. Ende November konnten sie beim Bund das Infrastruktur-Konzessionsgesuch für die Tramverbindung über die Hardbrücke einreichen. Die darauffolgende Etappe, das Tram über die Rosengartenstrasse, war Gegenstand einer städtischen Volksabstimmung. Sowohl die Initiative für ein Rosengarten-tram als auch der gemeinderätliche Gegenvorschlag wurden abgelehnt. Der Stadtrat wertet das Ergebnis als Vertrauenskundgebung gegenüber seiner Politik beim Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Wie beim Erfolgsmodell Tram Zürich-West betrachtet er Schiene und Strasse als Einheit, und er wird die Planung des Rosengarten-trams gemeinsam mit dem Kanton in Angriff nehmen.

Das ewz investierte erneut viel Zeit und Energie in die Verhandlungen mit Swisscom für den Bau eines gemeinsamen Glasfasernetzes. Ende Jahr verabschiedete der Stadtrat zuhänden des Parlaments einen neuen Leistungsauftrag. In der Stadt Zürich soll ein flächendeckendes Netz entstehen, wobei das ewz rund 75 % und Swisscom rund 25 % erschliesst. Swisscom übernimmt 60 %, das ewz 40 % der Investitionen. Den dafür notwendigen Objektkredit von rund 400 Mio. Fr. wird der Stadtrat beantragen, wenn die Wettbewerbsbehörde die Zusammenarbeit von ewz und Swisscom gutgeheissen hat.

Auf seinem 2000-Watt-Kurs hat das ewz unter anderem zwei Forschungsprojekte in die Wege geleitet. Eine breit angelegte Studie soll Aufschluss darüber geben, wo in einem Haushalt die Hindernisse für ein energieeffizientes Verhalten liegen. Im andern Projekt wird untersucht, ob elektronische Stromzähler, sogenannte Smart Meters, zu einem sparsameren Umgang mit Energie führen. Letztlich sollen beide Studien Erkenntnisse darüber liefern, mit welchen Massnahmen der Energieverbrauch in den Stadtzürcher Haushalten längerfristig gesenkt werden kann.

Stadtrat Andres Türler  
Vorsteher Departement der Industriellen Betriebe

## 2. Legislaturziele und Jahresschwerpunkte

Das Departement der Industriellen Betriebe engagierte sich in erster Linie im Legislatorschwerpunkt zur 2000-Watt-Gesellschaft. Der Energiebeauftragte war Leiter des Themenfeldes «Strategie umwelt- und klimaverträgliche und nichtnukleare Energieversorgung». Im Rahmen verschiedener Projektgruppen hat er Arbeiten geleitet, die verschiedene Aspekte einer 2000-Watt-kompatiblen Energieversorgung behandeln und auch in der neuen Legislatur fortgesetzt werden.

Ziel des Projekts «Konzept für eine 2000-Watt-kompatible Energieversorgung» sind die Erarbeitung von räumlich differenzierten Bedarfsszenarien für Wärme und Kälte im Gebäudebereich sowie eine Abschätzung, in welchem Ausmass dieser Bedarf durch erneuerbare Energien gedeckt werden kann. Im Wesentlichen geht es darum, Szenarien für die Energienachfrage zu erarbeiten, die Potenziale von Energieeffizienzmassnahmen zu ermitteln sowie das Angebot von lokal nutzbaren erneuerbaren Energien und die dafür notwendige Infrastruktur abzuschätzen. Den Berechnungen liegt die Annahme zugrunde, dass bei den Gebäuden verstärkte Effizienzmassnahmen

umgesetzt werden und die Nutzflächen leicht zunehmen. Es wird die Entwicklung der Nachfrage betrachtet, die angebotsseitig möglichst 2000-Watt-konform, d. h. mit möglichst geringem Primärenergieaufwand und tiefen Treibhausgas-Emissionen, zu decken ist. Zu diesem Zweck werden die Energieszenarien nicht nur für das Stadtgebiet als Ganzes, sondern auch für verschiedene Teilgebiete räumlich differenziert modelliert, weil u. a. die Dichte und die Entwicklung der Nachfrage sowie das lokal gebundene Potenzial von erneuerbaren Energien je nach Teilgebiet sehr unterschiedlich sind. Hinsichtlich der 2000-Watt-Kompatibilität stützt man sich auf bestehende Grundlagen bzw. auf weitere strategische Projekte ab. Ergebnis wird einerseits eine Dokumentation über ein 2000-Watt-taugliches Energiekonzept der Stadt Zürich für den Zeithorizont 2050 sein und andererseits Datengrundlagen und diverse kartografische Darstellungen einer künftigen Energienachfrage, der Potenziale von erneuerbaren Energien und deren möglicher Nutzung. Diese Daten werden der Stadt Zürich auch im GIS-Format in elektronischer Form zur Verfügung stehen und als Basis für die künftigen energieplanerischen Aufgaben dienen.

### 3. Kennzahlen Industrielle Betriebe

	2006	2007	2008	2009	2010
Mitarbeitende total	3 454	3 546	3 554	3 655	3 740
– davon Frauen	535	561	577	612	627
– davon Männer	2 919	2 985	2 977	3 043	3 113
Ø Stellenwert-Äquivalent <sup>2</sup>	3 252	3 389	3 324	3 395	3 461
Führungskader total	405	396	386	389	394
– davon Frauen	32	33	39	42	45
– davon Männer	373	363	347	347	349
Lernende total	92	95	88	91	88
– davon Frauen	21	24	19	23	17
– davon Männer	71	71	69	68	71
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad ≥ 90.00 % (Vollzeitstellen)<sup>1</sup></b>					
Total	2 998	3 056	3 039	3 107	3 146
Frauen	305	317	325	340	354
Männer	2 693	2 739	2 714	2 767	2 792
Frauen in %	10.2	10.4	10.7	10.9	11.3
Männer in %	89.8	89.6	89.3	89.1	88.7
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 50.00–89.99 % (Teilzeitstellen I)<sup>1</sup></b>					
Total	343	380	413	450	464
Frauen	178	194	207	221	224
Männer	165	186	206	229	240
Frauen in %	51.9	51.1	50.1	49.1	48.3
Männer in %	48.1	48.9	49.9	50.9	51.7
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 0.01–49.99 % (Teilzeitstellen II)<sup>1</sup></b>					
Total	113	110	258	236	257
Frauen	52	50	60	63	61
Männer	61	60	198	173	196
Frauen in %	46.0	45.5	23.3	26.7	23.7
Männer in %	54.0	54.5	76.7	73.3	76.3
Personalaufwand	368 984 535	376 159 003	401 336 262	418 468 504	429 863 274
Sachaufwand	528 078 349	487 951 837	543 931 498	604 824 493	613 269 429
Übriger Aufwand	439 087 152	458 670 960	547 917 991	779 325 301	480 952 218
Total Aufwand	1 336 150 036	1 322 781 800	1 493 185 751	1 802 618 298	1 524 084 921
Bruttoinvestitionen <sup>3</sup>	186 797 466	277 864 464	342 801 126	824 958 157	327 215 885

**Definitionen:**

In den jeweiligen Zahlen sind diejenigen Mitarbeitendenkreise berücksichtigt, die in den gesamtstädtischen Personalkennzahlen im Stadtratsteil genannt sind. Ab 2008 werden alle Mitarbeitenden mit aktiver Anstellung im Dezember gezählt. Bis 2007 wurden nur jene mit aktiver Anstellung und Lohnzahlung im Dezember gezählt.

<sup>1</sup> Bis 2007 wurden Mehrfachanstellungen pro Mitarbeitenden zuerst addiert und dann als eine einzige Anstellung ausgewiesen. Mit der Einführung von SAP werden ab 2008 alle Anstellungen einzeln mit dem entsprechenden Beschäftigungsgrad ausgewiesen. Das Total aller Anstellungen entspricht somit nicht mehr dem Total aller Mitarbeitenden. Die Anzahl der Anstellungen 2008 wurden entsprechend korrigiert und mit den Werten von 2009 vergleichbar gemacht.

Die vielen Anstellungen ab 2008 unter 50% betreffen meistens Mitarbeitende, die in der VBZ in einer Funktion arbeiten, in der sie die Fahrpraxis kennen müssen oder erhalten wollen. Deshalb arbeiten sie neben ihrer Haupttätigkeit in kleinen Pensen als Tram- oder Busfahrer/in.

<sup>2</sup> Die Stellen der Stadträtinnen und Stadträte werden wieder in der Institution 1015 Stadtrat mitgezählt; die durchschnittlichen Stellenwert-Äquivalente 2008 reduzieren sich dadurch um 1 Stellenwert.

<sup>3</sup> 2009 inkl. Aufwertung und Ausgliederung Übertragungsnetz ewz, 453,6 Mio. Fr.



## 4. Departementssekretariat, Fachstellen, Dienstabteilungen

### 4.1 Departementssekretariat

#### 4.1.1 Aufgaben

Das Departementssekretariat ist der eigentliche «Konzernstab» des Vorstehers des Departements der Industriellen Betriebe. Es unterstützt ihn bei der Entwicklung von Zielen und Strategien sowie deren Umsetzung. Es leistet ihm Support bei der Vorbereitung und Erledigung der Geschäfte der Dienstabteilungen Wasserversorgung, Elektrizitätswerk, Verkehrsbetriebe und der Erdgas Zürich AG.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beraten die Dienstabteilungen in strategischen, rechtlichen und formalen Fragen und stehen ihnen bei der internen Kommunikation und der Öffentlichkeitsarbeit zur Seite. Sie sorgen für einen reibungslosen Informationsfluss zwischen den Dienstabteilungen und dem Vorsteher und wirken ausserdem als Bindeglied zu andern städtischen Dienststellen, aussenstehenden Organisationen, Bürgerinnen und Bürgern.

### 4.2 Energiebeauftragter

Der Energiebeauftragte führte die Umsetzung der Massnahmen gemäss Masterplan Energie der Stadt Zürich fort. Gemeinsam mit den 17 Dienstabteilungen und Werken, die in den Umsetzungsprozess involviert sind, definierte er zahlreiche energiepolitische Massnahmen für 2010 und unterzog die Aktivitäten des Vorjahres einem Controlling. In der zweiten Jahreshälfte begannen auch die Vorbereitungsarbeiten für die Anpassung des Masterplans Energie an die Vorgaben der 2000-Watt-Gesellschaft.

Unter Federführung des Energiebeauftragten fanden die beiden strategischen Projekte des Legislaturschwerpunkts zur 2000-Watt-Gesellschaft («Bewertung von Technologien zur Nutzung von erneuerbaren und nichterneuerbaren Energieträgern» und «Konzept für eine Wärmeversorgung 2050 für die Stadt Zürich») inhaltlich ihren Abschluss. Damit ist die Basis gelegt für die Entwicklung von Instrumenten, die den Transformationsprozess vom heutigen Zustand in eine in langer Frist 2000-Watt-kompatible Energieversorgung bei öffentlichen und privaten Entscheidungsträgern beschleunigen und unterstützen soll.

Das gleiche Ziel verfolgt der Energiebeauftragte mit dem Forschungsschwerpunkt zu Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Für eine Feldstudie, die sich über zehn Jahre hinzieht, hat der Gemeinderat Ausgaben von 10 Mio. Fr. bewilligt.

Ausserdem hat der Energiebeauftragte in verschiedenen Arbeitsgruppen mitgewirkt – stadtintern beispielsweise bei

der Begleitung der Umsetzung des Energiecoachings, der Erarbeitung einer Teilstrategie Elektromobilität und einer städtischen Position zum Thema Holzenergie, stadtextern als Experte in einem Bundesprojekt zur Zukunft leitungsgebundener Energieversorgungssysteme.

In seiner Funktion als Direktor des städtischen Stromsparfonds hat er über 300 Beitragsgesuche hinsichtlich Einhaltung der massgebenden politischen Vorgaben überprüft.

Der Erfahrungsaustausch wurde national und international weiter intensiviert, sei es im Rahmen des regelmässigen Informationsaustauschs mit der kantonalen Energiefachstelle, durch die Mitarbeit im Vorstand des schweizerischen Trägervereins «Energistadt» oder in der Steuergruppe EnergieSchweiz für Gemeinden. Als Leiter der Arbeitsgruppe der Energiebeauftragten der grossen Städte der Schweiz, die sich neu auch mit den Anliegen der bisherigen Arbeitsgruppe «Umwelt und Energie» des Schweizerischen Städteverbandes befasst, pflegte der Energiebeauftragte auch einen regen Kontakt zum Bund. Neu hat er im Rahmen eines Mandats für die Erarbeitung von Instrumenten für die Stromeffizienz in einer Arbeitsgruppe des Bundes auch die Interessen des Schweizerischen Städteverbandes vertreten. Ferner unterstützte er den Energietrialog bei der Diffusion einer langfristigen Energiestrategie und arbeitete in einer Begleitgruppe des Projekts «Zürich Green Region» mit, das die Metropolitankonferenz Ende 2009 beschlossen hat. Mit diesen Engagements will er die städtischen Interessen wirkungsvoller in die Energiepolitik von Bund und Kanton Zürich einbringen.

### 4.3 Wasserversorgung

#### 4.3.1 Aufgaben

Die Wasserversorgung beliefert die städtischen Haushalte und Betriebe sowie im Rahmen vertraglicher Verpflichtungen weitere 67 Gemeinden der Region mit qualitativ einwandfreiem Trinkwasser. Sie ist für den gesamten Prozess von der Rohwassergewinnung über die Aufbereitung und Qualitätskontrolle bis zur Verteilung des Wassers im städtischen Leitungsnetz verantwortlich. Ebenso erstellt, betreibt und unterhält sie die dazu nötigen Anlagen. Darin enthalten ist auch das Labor.

Der Bau und der Betrieb der öffentlichen Brunnen ergänzen die Aufgaben der Wasserversorgung Zürich. Darüber



Mosaikbrunnen beim General-Guisan-Quai.

hinaus kontrolliert sie die Erstellung der Wasserinstallationen in Neubauten.

Die Wasserversorgung hat die Versorgung mit Trinkwasser in allen Lagen zu gewährleisten. Dazu zählen im Speziellen die darin enthaltenen Vorkehrungen für die Notwasserversorgung.

#### 4.3.2 Jahresschwerpunkte

Die Fertigstellung des «Trinkwasserstollens Uetliberg» war ein bedeutender Meilenstein in der mittlerweile 142-jährigen Geschichte der Wasserversorgung. Gemäss dem visionären Anlagenkonzept aus den 70er-Jahren sind nun die drei Produktionswerke sowie die grössten Reservoirs über ein grosskalibriges Transportsystem miteinander verbunden. Dieser Schritt ist ein entscheidender Beitrag zur Versorgungssicherheit für die Stadt und auch für die Region.

Mit einem «Wochenende der offenen Türen» erhielt die Bevölkerung die Möglichkeit, den Stollen bzw. dessen Anfang und Ende in 130 m Tiefe unter dem Reservoir Lyren und dem Seewasserwerk Moos zu besichtigen. In diesem Rahmen informierte die Wasserversorgung auch über Themen wie Wassertarif, Mikroverunreinigungen im Trinkwasser oder Qualitätssicherung. Nahezu 20 000 Besucherinnen und Besucher nutzten die Gelegenheit.



Stolleneinweihung: Werkführung im Seewasserwerk Moos.

#### 4.3.3 Kennzahlen Produktion und Leitungsnetz

Die Kennzahlen zur Produktion und zum Leitungsnetz geben einen Einblick in die Entwicklung der letzten fünf Jahre. Die Ergebnisse von 2010 liegen im Bereich des Vorjahrs. Eindeutige Tendenzen lassen sich nicht erkennen.

#### Kennzahlen Produktion und Leitungsnetz

	2006	2007	2008	2009	2010
Produktion Seewasser (Mio. m <sup>3</sup> )	40.27	37.24	40.59	40.87	42.15
Produktion Grundwasser (Mio. m <sup>3</sup> )	7.23	7.47	5.15	7.83	6.37
Produktion Quellwasser (Mio. m <sup>3</sup> )	7.54	8.11	7.79	6.76	6.68
Wasserabgabe Stadt (Mio. m <sup>3</sup> )	44.55	43.10	43.66	45.06	45.58
Mittlere Tagesabgabe Stadt (m <sup>3</sup> )	122 051	118 082	119 291	123 447	124 833
Maximale Tagesabgabe Stadt (m <sup>3</sup> )	158 521	145 253	146 192	145 881	165 405
Wasserabgabe Partner (Mio. m <sup>3</sup> )	10.49	9.72	9.87	10.40	9.61
Mittlere Tagesabgabe Partner (m <sup>3</sup> )	28 746	26 640	26 964	28 507	26 339
Maximale Tagesabgabe Partner (m <sup>3</sup> )	66 350	38 669	37 193	44 952	46 163
Mittlerer Tagesverbrauch (Liter pro Person)	333	319	317	322	326
Max. Tagesverbrauch (Liter pro Person)	432	393	388	380	432
Erneuerungsrate Rohrnetz (%)	1.95	1.89	1.89	2.30	2.30
Rohrbrüche	575	490	526	496	575

#### 4.3.4 Personal

Ende 2010 waren 280 Mitarbeitende bei der Wasserversorgung beschäftigt (ohne Lernende und Praktikanten), wobei sie sich 269,1 Stellenwerte teilten. 26 Mitarbeitende waren im Dezember in einem Teilzeitpensum (weniger als 90 %) angestellt, wobei der Anteil bei den Männern knapp 5 %, jener bei den Frauen 33 % beträgt. Der Anteil der Frauen an den Beschäftigten liegt bei 16,4 %.

Die Fluktuation war mit 1,8 % (ohne Pensionierungen) noch tiefer als im Vorjahr, einschliesslich der Altersrücktritte beträgt die Fluktuation 5 %.

#### 4.3.5 Arbeitssicherheit und Umwelt

Die Zahl der gemeldeten Berufsunfälle ist im Berichtsjahr mit 20 Fällen gegenüber dem Vorjahr mit 23 leicht gesunken. Im Vergleich zur Branche liegt die Wasserversorgung Zürich mit 74 Unfällen pro 1000 Beschäftigte deutlich unter dem Durchschnitt.

Im Freizeitbereich wurden 31 Unfälle registriert (Vorjahr 27). Damit liegen die Nichtbetriebsunfälle erneut auf einem tiefen Niveau. Die Massnahmen zur Förderung der Arbeitssicherheit im Betrieb wirken sich positiv auf das Sicherheitsbewusstsein in der Freizeit aus.

**Unfall- und Ereignisabklärung:** Alle Vorgesetzten wurden geschult, wie sie systematisch Unfälle und Ereignisse abzuklären haben und tiefer liegende Ursachen erkennen. Somit können sie nachhaltige Massnahmen einleiten. Die Mitarbeitenden erhielten Informationen zur Arbeitssicherheit.

**Gesundheit:** In Zusammenarbeit mit der Krebsliga wurde ein Aktionstag «Haut und Sonne» durchgeführt. Das Sonnenmobil, der Informationsbus der Krebsliga, machte Halt in der Wasserversorgung. Die Mitarbeitenden hatten an diesem Tag die Möglichkeit, auffällige Pigmentmale kostenlos von einem Dermatologen untersuchen zu lassen. Zur Einstimmung ins Thema fanden Fachvorträge durch einen Arzt statt.

**Photovoltaikanlage/Zertifizierung:** Die Photovoltaikanlage auf dem Dach des Werkstattgebäudes wurde auditiert und nach «naturemade star» zertifiziert. Das Qualitätslabel steht für Strom aus 100% erneuerbaren Energiequellen.

#### 4.3.6 Finanzen Kundendienst und Informatik

Die Laufende Rechnung schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 25,5 Mio. Fr. Der Aufwand beläuft sich auf 92,8 Mio. Fr., der Ertrag auf 118,3 Mio. Fr. Aufgrund der Investitionen

und der notwendigen Abschreibungen ergibt sich ein Buchwert aller Anlagen von 193,9 Mio. Fr. oder 18,8 Mio. Fr. weniger als im Vorjahr. Die Verpflichtungen gegenüber der Finanzverwaltung konnten um 12,2 Mio. Fr. auf 149,8 Mio. Fr. gesenkt werden.

**Kundendienst:** Mitte Jahr setzte der Stadtrat die neue Wasserabgabeverordnung und den neuen Wassertarif in Kraft. Die notwendigen IT-Anpassungen wurden vorgenommen und das Personal ausgebildet, so dass die Umsetzung planmässig verlief.

**Informatik:** Die PC-Arbeitsplätze wurden nach städtischem Standard umgerüstet. Das anspruchsvolle Projekt tangierte die gesamte Wasserversorgung, verlief aber reibungslos. Im IT-Netzwerkbereich wurden Informations- und Ausfallsicherheit verbessert. Mit der Migration der Gebäudeleittechnikdaten in das bestehende technische Data Warehouse liessen sich Fachanwendungen reduzieren. Bei der Wasserversorgung sind nun die technischen Voraussetzungen geschaffen, um Wasserqualitäts- und Grundwassermodellaten zu publizieren. Im SAP-Software-Bereich wurden Lösungen für neue betriebliche Anforderungen umgesetzt.

Kennzahlen in Mio. Fr.	2006	2007	2008	2009	2010
Ertrag	125.1	120.2	125.6	132.0	118.3
Aufwand	119.8	116.8	124.9	120.7	92.8
Betriebsergebnis	5.3	3.4	0.7	11.3	25.5
Brutto-Investitionen	48.6	39.4	50.6	49.1	52.7
Buchwert der Anlagen	226.5	201.6	186.5	175.1	193.9
Schulden Finanzverwaltung	234.6	208.5	185.1	162.0	149.8

#### 4.3.7 Betrieb

##### Trinkwasserstollen Uetliberg

Die Inbetriebnahme des neuen Stollens war eine aufwendige Aufgabe, welche die betroffenen Fachabteilungen und Gruppen gut meisterten. Die gesamte Disposition hat sich seit der Inbetriebnahme dieses umfangreichen Bauwerks vereinfacht.



Maschineneinsatz für die Stollenreinigung.

##### Reservoir

Im Umfeld des Trinkwasserstollens Uetliberg wurden auch im Reservoir Frauental umfangreiche Arbeiten ausgeführt. Die Reservoiranlagen wurden mit neuen Leitungen in ihrer unmittelbaren Umgebung ausgestattet.

##### Neubau Baarburgstollen

Die in den Jahren 1964–1981 auf torfigem Untergrund betriebene Abfalldéponie zwischen Baar und Neuheim hat sich seit Auffüllung der Déponie um zwei bis drei Meter gesenkt. Die Déponie wurde über dem bestehenden Baarburgstollen errichtet, der das Quellwasser nach Sihlbrugg leitet. Im Rahmen der Sanierung der Abfalldéponie durch den Kanton Zug entschied die Wasserversorgung, den Stollen und die darin befindliche Quellwasserleitung neu ausserhalb der Déponie zu führen. Der neue Baarburgstollen ist seit Juli in Betrieb.

##### Seewasserwerk Lengg

Anfang Jahr wurde in einer ersten Etappe ein Viertel der Schnellfilter und Aktivkohlefilter saniert. Für die Trinkwasseraufbereitung im Seewasserwerk Lengg bedeutet das nur eine geringe Beeinträchtigung. Ein erster Teil der Aktivkohlefilter wurde durch neue Aktivkohle ersetzt und steht bereits wieder im Einsatz.

## Trinkwasserkraftwerke

Im Seewasserwerk Moos und in den Reservoiren Strickhof und Glaubten begannen die Installationsarbeiten für die Trinkwasserkraftwerke. Zwei der insgesamt drei Anlagen waren Ende Jahr installiert. Im Seewasserwerk Moos hingegen erfolgt die Lieferung der Turbine erst 2011. Pro Jahr kann mit allen drei Objekten rund 1 GWh Energie zurückgewonnen werden, die zertifiziert als «naturemade star» dem ewz zur Vermarktung des ökologischen Mehrwerts verkauft wird.

## Desinfektionsanlagen

Im Seewasserwerk Moos wurde der Chloreintrag für die Voroxidation des Rohwassers auf ein neues Verfahren umgestellt. Das beträchtliche Risikopotenzial des Chlorlagers und des damit verbundenen Handlings ist somit eliminiert. Die neue Anlage funktioniert seit ihrer Inbetriebnahme sehr gut; die alten Installationen sind abgebrochen und die Lagergebäude an den Lieferanten retourniert. Somit sind alle Desinfektionsanlagen technisch wie auch sicherheitsmässig auf dem neusten Stand.

## Technische Erneuerung der Zentralsteuerung

Beginnend mit dem Uferfiltratpumpwerk im Hardhof wurden schrittweise die diversen Anlagen der komplexen Grundwasseranreicherung umgebaut und in Betrieb genommen. Als der Trinkwasserstollen Uetliberg zur Verfügung stand, wurde im Hardhof das Zonenpumpwerk umgebaut und im Dezember in Betrieb genommen.

## Notstromdiesel

Die beiden Notstromanlagen im Zonenpumpwerk sind trotz geringfügiger Laufzeit seit ihrer Installation 1976 in einem Zustand, der den Aufwand für die Instandhaltung erhöht. Ein Dieselmotor wurde eingehend revidiert und Ende Dezember wieder in Bereitschaft genommen.

## Schächte

Bedingt durch Bautätigkeiten der Wasserversorgung und deren Vertragspartner wurden diverse grössere Schachtanlagen erstellt oder saniert. Diese Anlagen haben grossen Einfluss auf die Versorgungssicherheit.

### 4.3.8 Projekt und Bau

#### Trinkwasserstollen Lyren–Moos

Der Trinkwasserstollen Uetliberg konnte nach sechsjähriger Bauzeit in Betrieb genommen werden. Die Erschliessung für die gesamte Stollenbaustelle und für die betriebliche Nutzung der Anlagen erfolgt auf der Seite Moos durch das Schachtkopf- und Betriebsgebäude, das auch für den Unterhalt und Betrieb des Stollens notwendig ist. Auch dieses war im Herbst fertiggestellt.

#### Flankierende Massnahmen Westumfahrung

Im Rahmen der flankierenden Massnahmen zur Westumfahrung werden in der Albisstrasse auf dem über einen Kilometer langen Abschnitt zwischen der Stadtgrenze und dem Owenweg die rund 100 Jahre alten Hauptleitungen und das Verteilnetz ersetzt und erneuert. Die hydraulische Dimensionierung führte zu einer Reduktion der benötigten Durchmesser, so dass neu eine Stahlleitung (DN 700 mm/DN 600 mm) mittels



Schweissen von Kunststoff-Wasserleitungen: Demonstration an der Stolleneinweihung im Seewasserwerk Moos.

Rohreinzug kostengünstig und effizient verlegt werden konnte. Im gleichen Projekt wird ein neuer Abgabeschacht für Adliswil erstellt.

In Wiedikon, Aussersihl und Albisrieden werden die alten, schadensanfälligen Leitungen des Verteilnetzes und der Hausanschlussleitungen flächendeckend ersetzt und wo notwendig der neuen Verkehrsführung angepasst.

#### Tram Zürich-West

Die Wasserversorgung führte Rohrleitungsbauarbeiten in der Hardstrasse und im Umfeld des Escher-Wyss-Platzes aus. Die alten Wasserleitungen zwischen der neu konzipierten Tramlinie 4 und der Pfingstweidstrasse wurden vollständig ersetzt und in Betrieb genommen. Beidseitig der Tramlinie konnten die neu erstellten Liegenschaften mit Hausanschlussleitungen flächendeckend erschlossen werden.

#### Planung und Projektierung Leitungsbau

Unterstützt durch die Einführung einer neuen Software für das GIS, führte die Wasserversorgung ein neues Netzberechnungsprogramm ein. Dieses Planungsinstrument dient der laufenden Optimierung des Zielnetzes und simuliert die Auswirkungen unterschiedlicher Produktions- und Verbrauchsbedingungen auf das Leitungsnetz.

Die Wasserversorgung brachte zehn Projekte mit einem Kreditvolumen von rund 7,3 Mio. Fr. für den Ersatz von alten Leitungen in Gang. Durch andere Infrastrukturbetreiber oder Dritte wurden weitere 54 Leitungsbauprojekte mit Beteiligung der Wasserversorgung gestartet. Im Zirkulationsverfahren wurden insgesamt 295 Vorhaben von anderen Werken und Dienstabteilungen behandelt.

#### Installationskontrolle

Die Wasserversorgung hat für die 247 Sanitärfirmen mit einer Installationsbewilligung 1214 Installationsanzeigen kontrolliert und 2531 Installationsabnahmen durchgeführt. Die Anzahl der Gesuche für Kühlwasserlieferungen aus dem Trinkwassernetz ist gegenüber dem letzten Jahr erstmals wieder gestiegen. Die bewilligte Gesamtkühlwasserleistung hat sich gegenüber dem Vorjahr um 328 l/min auf 13 108 l/min erhöht.

Im Zuge von Leitungsneubauten im öffentlichen Grund erneuerte die Wasserversorgung 538 Hausanschlussleitungen.



## Rohrnetz

Die Wasserversorgung investierte über 24 Mio. Fr. in die Erneuerung und Substanzerhaltung des Rohrnetzes. Die Erneuerungsquote über das gesamte Rohrnetz erreichte mit 2,3% einen hohen Wert; gesamthaft wurden über 35 km Rohrleitungen neu erstellt.

Im Berichtsjahr gab es 575 Rohrschäden, davon 48,8 % an den Hausanschlussleitungen. Die Trinkwasserversorgung konnte in allen Fällen in kürzester Zeit wiederhergestellt werden. Rund 17 Rohrbrüche am Verteil- und Hauptleitungsnetz führten zu Drittschäden, die in Zusammenarbeit mit der Haftpflichtversicherung der Wasserversorgung bearbeitet wurden.

## Wassermähler

Die kontinuierliche Auswechslung der Trinkwassermähler wurde fortgesetzt. Die Ausrüstung von schlecht begehbaren Schächten mit Funkablesung wurde intensiviert.

### 4.3.9 Qualitätsüberwachung

Die Stichproben der Aufsichtsbehörde bestätigten die einwandfreie Qualität des Zürcher Trinkwassers. Im Berichtsjahr wurden insgesamt 15 745 Proben erhoben und im eigenen Labor 21 119 mikrobiologische, 3629 limnologische, 31 214 chemische und 43 179 Spurenstoffanalysen vorgenommen.

### Beanstandete Proben 2010

Ort der Probennahme	Anzahl	Geschäftsjahr in %	Vorjahr in %
Werkausgänge	5	0.12 %	0.24 %
Verteilnetz und Reservoir	33	1.11 %	0.14 %
Quellwasser und Verteilnetz	30	1.16 %	1.57 %

## Hardhofwasser

Die immer noch grosse Bautätigkeit rund um das Grundwasserfeld Hardhof verlangt eine verstärkte Überwachung. Das Dispositiv zur Überwachung des Grundwassers mit Online- und Laboranalytik hat sich weiterhin bewährt, und es mussten keine Grenzwertübertretungen gemeldet werden. Die mit der ETH entwickelte Grundwassermodellierung unterstützte dabei die vorausschauende Disposition zur Grundwasseranreicherung und -entnahme.

## Membranfiltration

Die zweite Untersuchungsperiode mit der Pilotanlage zur Membranfiltration von Seewasser wurde im vergangenen Jahr abgeschlossen. Der Bericht mit dem Vergleich der beiden Prozessketten wird 2011 fertiggestellt.

## Biologielabor

Für ein im Zeitraum 2005 bis 2009 entwickeltes Analysesystem zur schnellen Messung von Bakterienzellen erhielten die Eidgenössische Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz (Eawag) und die Wasserversorgung

den «Mülheim Water Award» für herausragende angewandte Forschung. In Zusammenarbeit mit Fachleuten der Eawag und der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (ZHAW) in Wädenswil wurde das prämierte System weiterentwickelt und ein Prototyp für die kontinuierliche Überwachung von Bakterienzellen gebaut. Das Analysegerät liefert für die Qualitätsüberwachung in der Wasserversorgung Zürich sehr hilfreiche Daten. Dieses System wird es erlauben, die 2010 begonnenen Untersuchungen zur mikrobiologischen Stabilität des Trinkwassers nach der Aufbereitung mit Filtrationssystemen zu vertiefen. Solche Untersuchungen sind wichtig zur Abklärung der Effizienz von Sandfiltern.



Wasserprüfer: Die Fischtestanlage bei der Stolleneinweihung im Seewasserwerk Moos war ein Publikumsmagnet.

## Spurenstofflabor

Das Spurenstofflabor misst im Nanogramm-Bereich. Dies sind Kleinmengen: 1 Nanogramm entspricht ungefähr zwei Salzkörnern in einem Hallenschwimmbad. Für die Wasserversorgung ist es unabdingbar, die Qualität ihres Rohwassers genau zu kennen. Eine Voraussetzung dafür ist, Spurenstoffe in sehr tiefen Konzentrationen messen zu können. So wird garantiert, dass keine unliebsamen Überraschungen die Wasserproduktion beeinträchtigen, da frühzeitig Problemstoffe erkannt und bei Bedarf Massnahmen ergriffen werden können.

Der Zusatzstoff im Benzin, das sogenannte MTBE (ein Antiklopffmittel), wird seit 2002 im See gemessen. Die Konzentration hat sich seit Beginn der Messung auf die Hälfte von ca. 20 Nanogramm pro Liter (ng/l) reduziert. MTBE lässt sich bei der Trinkwasseraufbereitung nicht vollständig entfernen. Es stellt jedoch nach heutigem Wissensstand keine Gesundheitsgefährdung dar.

Nach wie vor können nur ganz wenige Pestizide wie Diuron und Mecoprop im Zürichsee in Konzentrationen von 10–16 ng/l nachgewiesen werden. Auch diese Stoffe werden in der Aufbereitung der Wasserwerke eliminiert.

Der künstliche Süsstoff Acesulfam, der in vielen Getränken und Süsstispeisen verwendet wird, kann auch im Zürichsee nachgewiesen werden. Die gemessene Konzentration im See beträgt ca. 400–500 ng/l. Dieser Stoff gilt als unbedenklich. Er wird ebenfalls zu mehr als 80 % in der Aufbereitung entfernt.

Der Informationsstand Spurenstoffe fand an der Stolleneinweihung im Seewasserwerk Moos sehr grosse Beachtung.

## 4.4 Elektrizitätswerk

### 4.4.1 Aufgaben

Seit 1892 sorgt das ewz in der Stadt Zürich sowie in Teilen des Kantons Graubünden für die Stromversorgung. Es vereint Produktion, Transport und Verteilung von Strom für rund 260 000 Kundinnen und Kunden unter einem Dach. Das städtische Unternehmen erbringt aber auch weitere mit Strom zusammenhängende Dienstleistungen – dies immer mit dem Anspruch von Wirtschaftlichkeit, Zuverlässigkeit und Umweltverträglichkeit. Ausserdem kümmert sich das ewz um die gesamte öffentliche Beleuchtung der Stadt Zürich und betreibt über 340 öffentliche Uhren.

Das ewz produziert Strom in eigenen und Partnerkraftwerken. Je knapp die Hälfte der Produktion liefern Wasserkraft und Kernkraft. Diese beiden seit Jahrzehnten bewährten Standbeine gewährleisten eine solide und zuverlässige Deckung des Strombedarfs zu günstigen Preisen. In Zukunft sollen die neuen erneuerbaren Energien ein weiteres Standbein der Stromversorgung bilden. Das ewz bezieht mittlerweile Strom aus über 280 Solarstromanlagen der ewz.solarstrombörse sowie aus Windkraft- und Biomasseanlagen. Die Strombeschaffung aus Wind, Sonne und Biomasse wird in den nächsten Jahren kontinuierlich ausgebaut. Zudem erforscht eine von ewz und anderen Energieversorgungs-Unternehmen neu gegründete Gesellschaft die Geothermie weiter.

Als modernes, innovatives Unternehmen passt das ewz seine Produkte und Dienstleistungen den Kundenbedürfnissen an. Das Geschäftsfeld Telecom baut gemäss seinem Leistungsauftrag das Glasfasernetz ewz.zürinet. Das Geschäftsfeld Energiedienstleistungen plant, finanziert, baut und betreibt ökologisch und ökonomisch ausgerichtete Energieversorgungsanlagen für Wohnbauten, Dienstleistungsgebäude und Spezialobjekte. Das Geschäftsfeld Netzdienstleistungen unterstützt Unternehmen kompetent beim Planen, Erstellen, Betreiben, Erneuern und Optimieren von elektrischen Anlagen und Energieverteilungen auf allen Spannungsebenen.

### 4.4.2 Jahresschwerpunkte

Anfang 2010 hat das ewz die Geothermie-Bohrung im Triemli-Quartier abgeschlossen. Dank diesem Projekt erhielt das ewz erste Informationen aus dem Untergrund der Stadt Zürich und konnte beweisen, dass Bohren in stark besiedeltem Gebiet möglich ist. Ein weiteres Pilotprojekt startete Ende Jahr. Das ewz nahm in Zürich-Altstetten eine Brennstoffzelle in Betrieb – in der Schweiz die erste Anlage dieses Typs. Damit werden in der dezentralen Stromversorgung mit Wärmenutzung neue Wege beschritten.

Im Mai sicherte sich das ewz mit der 20%-Beteiligung an der norwegischen Windparkgesellschaft Jæren Energi AS einen ausgezeichneten Windstandort, an dem kostengünstig Ökostrom produziert werden kann. Längerfristig strebt das ewz den Import seines Anteils in die Schweiz an.

Im November fand die Erneuerung der Primäranlagen im Bergell ihren Abschluss. Nach monatelangen Arbeiten auf der

Grossbaustelle ging das Wasserkraftwerk Löbbia pünktlich wieder ans Netz.

Im Dezember wurde im Bereich Telecom ein Meilenstein erreicht. Das ewz und Swisscom haben dem Kooperationsvertrag über den gemeinsamen Bau des Glasfasernetzes in der Stadt Zürich grundsätzlich zugestimmt. Wenn die Wettbewerbskommission (Weko) die Zusammenarbeit gutheisst, werden die Parteien den Vertrag unterzeichnen. Um den politischen Prozess in Gang zu bringen, hat der Stadtrat dem Gemeinderat den Leistungsauftrag bereits zur Anpassung überwiesen – dies im Hinblick auf eine Kooperation mit Swisscom.

### 4.4.3 Energieproduktion und -handel

Insgesamt haben die eigenen Kraftwerke und Partnerwerksbeteiligungen im vergangenen Kalenderjahr 4083,8 Gigawattstunden (GWh) und somit 5,8 % oder 250,5 GWh weniger im Vergleich zum Vorjahreswert produziert. Die Jahresproduktion lag damit unter dem langjährigen Produktionsmittelwert.

#### Produktion in hydraulischen Werken

Die hydraulischen Werke haben mit 2210,9 GWh 1,3 % weniger als im Vorjahr erzeugt. Mit dieser Produktion konnte das ewz 74 % des Bedarfs der Stadt Zürich decken. Die Zuflüsse betrugen 2124 GWh. Das sind 96,4 % eines Normaljahrs.

Die ergiebige Schneeschmelze im Sommerhalbjahr kompensierte die im ersten Quartal unter dem langjährigen Mittel liegenden Zuflüsse. Somit übertrafen die Zuflüsse den Jahresmittelwert. Wegen Revisionsarbeiten bei der Kraftwerksgruppe Bergell konnte der Albignasee aufgrund der nicht verfügbaren Pumpen nur teilweise gefüllt werden. Daher betrug die Speicherfüllung im Oktober 2010 lediglich 84 %.

Die Versorgung des ewz-Absatzgebiets war trotz des tieferen Speicherinhalts gesichert. Für die freie Vermarktung stand jedoch eine geringere Energiemenge zur Verfügung.

Die Produktion der Maggia-Kraftwerke wurde wie in den Vorjahren vollständig an eine andere Gesellschaft abgetreten.

#### Produktion in thermischen Werken

Die Produktion der thermischen Werke blieb mit 1872,9 GWh um 220,4 GWh bzw. 10,5 % unter dem Vorjahresergebnis. Dies hängt insbesondere mit tiefen Bezügen der Aktiengesellschaft für Kernenergiebeteiligungen (Akeb) zusammen. Der Grund dafür ist die niedrige Verfügbarkeit der Kernkraftwerke in Bugey. Wegen Unterhaltsarbeiten standen der Block 3 während des ganzen Jahres und der Block 2 während mehrerer Monate nicht zur Verfügung. Im kommenden Jahr sollen beide Blöcke wieder normal verfügbar sein.

Im Kernkraftwerk Gösgen verlief die Jahresrevision planmässig. Der ewz-Anteil an der Jahresproduktion des Kernkraftwerkes sank gegenüber dem Vorjahr um 5,1 GWh auf 1204,5 GWh.

Die thermischen Werke erzeugten 45,9 % der gesamten Produktion des ewz.



## Bergeller Kraftwerke

Im Bergell musste nach gut 50 Jahren Betrieb erstmals das Kraftwerk Löbbia die Stromproduktion während acht Monaten einstellen. Die zeitlich aufwendigste Arbeit war die Erneuerung der Korrosionsschutzschicht in den Druckleitungen Albigna und Forno. Die Primäranlagen wurden vollständig ersetzt.



Erneuerte 220-kV-Schaltanlage.

## Kraftwerke Mittelbünden

Die sekundärtechnischen Einrichtungen der 220-kV-Höchstspannungs-Schaltanlage in Tiefencastel wurden umfassend erneuert. Um die Vorgaben der nationalen Netzgesellschaft swissgrid zu erfüllen, erhielt die Anlage eine neue Messgruppe am Übergabepunkt zum Höchstspannungsnetz sowie Monitoring-Geräte zur Frequenz-, Leistungs- und Spannungsüberwachung.

## Kraftwerke an der Limmat

Das Kraftwerk Letten verfügt neu über einen Fischpass und liefert «naturemade star»-zertifizierte Energie. Aufgrund höherer Systemanforderungen verbesserte das ewz die Redundanz der Wasserhaushaltsregulierung des Zürichsees im Kraftwerk Letten. Eine redundante Steuerung erhöht die Zuverlässigkeit.

## Kleinwasserkraft

Die Bauarbeiten für das Kleinwasserkraftwerk Nandró in der Zentralenkaverne und für die Druckleitung sind beendet.

Im vergangenen Jahr erarbeiteten Axpo, das Elektrizitätswerk Davos sowie das ewz ein gemeinsames Konzessionsprojekt namens Tiefencastel Plus zur Nutzung der Albula zwischen den bereits bestehenden Kraftwerken des ewz und der Albula-Landwasser Kraftwerke AG. Die Gemeinde Tiefencastel erteilte im September die Konzession, die der Kanton Graubünden noch genehmigen muss. Das ewz rechnet mit einer Jahresproduktion von rund 11 GWh.

Weitere Projekte für neue Kleinwasserkraftwerke in verschiedenen Regionen im Kanton Graubünden sind beim ewz in Prüfung. Ein neu geschaffenes Ressort ermittelt nun das Potenzial an Kleinwasserkraftwerken und erarbeitet mögliche Projekte. Neben dem Nachweis der Wirtschaftlichkeit wird bei der Selektion der Projekte grosser Wert auf die ökologische Verhältnismässigkeit gelegt.

## Energiehandel

Die Gesamtsumme aus Energieproduktion und Energiebezügen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1,1 % bzw. 57,4 GWh auf 5423 GWh verringert.

Die Versorgung der Kundinnen und Kunden war jederzeit mit eigenen Kraftwerken gesichert, und der Handel musste keine Energie für Versorgungszwecke kaufen. Die Käufe dienten ausschliesslich der Kraftwerksoptimierung und leisteten einen wertvollen Beitrag zum finanziellen ewz-Ergebnis. Der Verbrauch im Gesamtabsatzgebiet des ewz verzeichnete wiederum eine Zunahme von 2,3 %. Der Verbrauch in der Stadt Zürich nahm um 0,5 % zu und im Versorgungsgebiet Graubünden aufgrund der neuen Verträge um 11,7 %.

Nachdem die Energiepreise im Jahr 2009 stark gefallen waren, konsolidierten sie sich im abgelaufenen Jahr auf tiefem Niveau und blieben unter den Erwartungen. Der tiefe Strompreis widerspiegelte einerseits die aktuelle Wirtschaftslage, die sich auch in den tiefen Rohstoffpreisen zeigte, andererseits die hohe Verfügbarkeit von Kraftwerken in Europa, zu der nicht zuletzt auch der Ausbau der neuen erneuerbaren Energien beigetragen hat. Dank frühzeitiger Energieverkäufe zur Absicherung des Energiepreises war nur ein Teil der Überschussproduktion vom tiefen Marktpreis betroffen.

Der schweizerische Markt für Regelenergie hat sich inzwischen etabliert. Über diesen Markt beschafft sich die nationale Übertragungsnetzbetreiberin swissgrid die notwendigen Leistungsreserven, um jederzeit einen sicheren Netzbetrieb garantieren zu können. Auch das ewz nutzt mit seinen Kraftwerken die Opportunitäten dieses Regelenergiemarkts und leistet damit einen wertvollen Beitrag an einen sicheren Übertragungsnetzbetrieb.

### 4.4.4 Erneuerbare Energie und Energieeffizienz

#### Beschaffung von erneuerbarer Energie

Die Beschaffung von Strom aus erneuerbarer Energie orientiert sich kurzfristig an der aktuellen Kundennachfrage und langfristig am Ziel, alle ewz-Kundinnen und -Kunden mit erneuerbarer Energie zu beliefern. Die Wasserkraftwerke des ewz und seiner Partner haben diesen Bedarf auch im Jahr 2010 zu einem bedeutenden Teil gedeckt. Die darüber hinaus benötigte Menge wurde als physische Energie oder mittels Zertifikaten bei Drittproduzenten beschafft.

Die ewz (Deutschland) GmbH hat die Übernahme der Ende 2009 erworbenen Windparks Dörmte, Schermen, Kleinbrembach und Vogelsberg erfolgreich abgeschlossen und bereits wertvolle Betriebserfahrungen gesammelt. Zudem hat sie eine 20%-Beteiligung an der Jæren Energi AS in Norwegen erworben, die gegenwärtig den Windpark Høg Jæren mit einer Gesamtleistung von 73,6 Megawatt baut. Mit dieser Beteiligung hat sich das ewz einen ausgezeichneten Windstandort gesichert, an dem kostengünstig Ökostrom produziert werden kann. Die Erkenntnisse aus diesem Projekt werden auch in die Planung und den Bau von Windparks in der Schweiz einfließen.

Die Energie Naturelle Mollendruz SA ist eine Firma im Besitz des ewz und von fünf Waadtländer Gemeinden und wurde gegründet mit dem Zweck, auf dem Col du Mollendruz einen Windpark zu errichten. Das Unternehmen vollzog erste Schritte auf



Windpark Hög Jaeren.

dem Weg zur Projektbewilligung und traf die Vorauswahl der potenziellen Turbinenlieferanten.

Das neue Holzheizkraftwerk Aubrugg in Wallisellen lieferte erstmals Zertifikate der Qualität «naturemade star» für Strom aus Biomasse. Es wird zukünftig einen namhaften Anteil des entsprechenden Bedarfs des ewz decken.

Über 100 neue Anlagen wurden in die ewz.solarstrombörse integriert. Ab diesem Jahr wird die gesamte physische Energie der ewz.solarstrombörse im Umfang von 10,6 GWh in die Bilanzgruppe des ewz übernommen. Aus der Kenntnis der entsprechenden Energiedaten resultiert eine stark verbesserte Planungssicherheit.

### **Pilotprojekt Geothermie-Bohrung**

Im Triemli-Quartier hat das ewz eine Tiefengeothermie-Bohrung abgeteuft. Das Ziel des Projekts war die Erkundung des Untergrunds der Stadt Zürich für eine künftige Geothermienutzung. Es gelang, eine Erkundungsbohrung bis ins Kristallin abzusenken und eine Endtiefe von 2708 Metern zu erreichen. Die gemessene Temperatur beträgt in dieser Tiefe rund 100 °C. Die Bohrung verlief unfallfrei und ohne unangenehme Nebenerscheinungen wie Erschütterungen oder Lärm. Mit dem Projekt hat das ewz erste Informationen aus dem Untergrund der Stadt Zürich erhalten und bewiesen, dass Bohren in stark besiedeltem Gebiet möglich ist.

Die ersten Ergebnisse zeigten, dass die vorgefundenen Gesteinsformationen in ihrer Abfolge den Prognosen entsprechen, die Schichten jedoch andere Mächtigkeiten haben. Einzelne Schichten traten oberflächennäher auf als angenommen. Die Schichten waren weitgehend dicht und enthielten kein Wasser. Der Stadtrat hat deshalb entschieden, auf eine zweite Bohrung zu verzichten. Die Wärme im Bohrloch soll mittels einer tiefen Erdwärmesonde genutzt werden, um einen Teil der neuen Überbauung der Baugenossenschaft Sonnengarten zu versorgen.

Das ewz und sechs weitere Energieversorgungsunternehmen gründeten im Oktober 2010 gemeinsam die Geo-Energie Suisse AG. Dieses Kompetenzzentrum für Tiefengeothermie zur Strom- und Wärmeproduktion verfolgt das Ziel, das geothermische Potenzial zu erforschen und das Know-how weiterzuentwickeln.

### **Pilotprojekt Brennstoffzelle – eine Schweizer Premiere**

In der Heizzentrale Grünau in Zürich-Altstetten ist seit Anfang November eine Brennstoffzellen-Anlage in Betrieb, erstellt durch das ewz in Zusammenarbeit mit Erdgas Zürich. In der Schweiz ist es die erste Anlage dieses Typs. Damit werden in der dezentralen Stromversorgung mit Wärmenutzung neue Wege beschritten.

Die Brennstoffzelle wandelt wasserstoffhaltige Energieträger – hier Erdgas – auf elektrochemischem Weg in elektrische Energie um. Diese Art der Stromproduktion ist mit einem Wirkungsgrad von über 40 % effizienter als mechanische Umwandlungsprozesse wie beispielsweise in Blockheizkraftwerken.

Im Unterschied zu den meisten Anlagen wird die Pilotanlage wärmegeführt betrieben. Geplant ist, dass sie jährlich rund 1,4 GWh Wärme an das Wärmeverteilsystem der Überbauungsgemeinschaft Grünau abgibt und gleichzeitig die anfallenden 1,7 GWh Strom ins ewz-Stromnetz einspeist.

Erdgas ist nahezu geruchlos und wird aus Sicherheitsgründen mit Riechstoffen versetzt. Die technische Herausforderung besteht darin, das Gas von diesen Stoffen und anderen Verunreinigungen, welche die Brennstoffzelle schädigen, mittels einer vorgelagerten Filteranlage zu befreien.

Mit der Pilotanlage testet das ewz, wie sich eine Brennstoffzelle in einem realen Wärme-, Strom- und Erdgasnetz bewährt.

### **Energiedienstleistungen**

Der im Jahr 2009 angepasste Leistungsauftrag für das Erbringen von Energiedienstleistungen hält fest, dass ab 2015 mindestens 50 % der produzierten Wärme und Kälte CO<sub>2</sub>-frei erzeugt sein muss. Dieses Ziel hat das ewz bereits im Jahr 2010 erreicht. Ausserdem muss der verwendete Strom gemäss Leistungsauftrag mindestens die Qualität «naturemade basic» aufweisen. Auch diese Vorgabe erfüllen alle Energie-Contracting-Anlagen.

In den Arealüberbauungen Zentrum Wallisellen, Luggweg- und Albulastrasse in Zürich-Altstetten (ehemaliges Bourquin-Areal) sowie City West wurden die Energiezentralen in Betrieb genommen. Bei allen drei Überbauungen wird der Wärmebedarf zu 80 bis 100 % mit erneuerbaren Energien gedeckt.

Das Zentrum Wallisellen nutzt Erdwärme als Energiequelle. Der Wärmebedarf kann zu 85 % mit erneuerbarer Energie gedeckt werden. Das Konzept ermöglicht, nicht verwertbare Abwärme direkt ans Erdreich abzugeben und im Winterhalbjahr wiederzuverwenden.

Die vier Gebäude auf dem ehemaligen Bourquin-Areal in Zürich-Altstetten weisen eine Gesamtfläche von rund 18 000 m<sup>2</sup> auf. Hier dient das Grundwasser als Energiequelle und ermöglicht die Wärmeversorgung mit 100 % erneuerbarer Energie.

Seit Herbst beliefert das ewz den Mobimo-Tower sowie das Gebäude Fifty-One mit Wärme. Weitere Gebäude im Escher-Wyss-Quartier werden zu einem späteren Zeitpunkt angeschlossen. Geplant ist eine Deckung des Wärmebedarfs mit 80 % erneuerbarer Energie.

## 1. Kraftwerksanlagen mit physischer Stromübernahme

	2009 GWh	Anteil in %	2010 GWh	Anteil in %	Veränd. 2009–2010 in %
--	-------------	----------------	-------------	----------------	------------------------------

### 1.1 Erzeugung aus eigenen hydraulischen Werken:

Kraftwerke an der Limmat					
Letten	23.2	0.5	22.4	0.5	-3.3 %
Höngg	8.7	0.2	8.5	0.2	-2.9 %
Wettingen	137.0	2.8	143.1	3.1	4.5 %
Kraftwerke Mittelbünden					
Tinizong	218.9	4.5	200.4	4.3	-8.4 %
Tiefencastel-Ost	139.9	2.8	158.9	3.4	13.6 %
Tiefencastel-West	86.7	1.8	86.8	1.9	0.1 %
Sils und Dotierturbine Solis	110.8	2.3	106.9	2.3	-3.5 %
Rothenbrunnen	180.5	3.7	199.7	4.3	10.6 %
Solis	25.2	0.5	22.1	0.5	-12.5 %
Bergeller Kraftwerke					
Castasegna	254.9	5.2	266.7	5.7	4.6 %
Bondo	19.2	0.4	15.9	0.3	-17.4 %
Löbbia (Albigna)	101.0	2.1	88.3	1.9	-12.6 %
Löbbia (Forno und Plancanin)	42.3	0.9	0.1	0.0	-99.8 %
Lizun	16.6	0.3	11.7	0.3	-29.3 %
<b>Total 1.1</b>	<b>1364.8</b>	<b>27.8</b>	<b>1331.4</b>	<b>28.5</b>	<b>-2.4 %</b>

### 1.2 Erzeugung aus Partnerwerken:

Hydraulische Werke					
AG Kraftwerk Wägital	51.7	1.1	70.0	1.5	35.3 %
Kraftwerke Oberhasli AG	374.6	7.6	349.8	7.5	-6.6 %
Blenio Kraftwerke AG	166.2	3.4	166.0	3.6	-0.1 %
Kraftwerke Hinterrhein AG	283.7	5.8	293.7	6.3	3.5 %
<b>Zwischentotal hydraulische Werke</b>	<b>876.3</b>	<b>17.8</b>	<b>879.5</b>	<b>18.8</b>	<b>0.4 %</b>
Kernkraftwerke					
AG für Kernenergiebeteiligungen	883.7	18.0	668.4	14.3	-24.4 %
Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG	1209.6	24.6	1204.5	25.8	-0.4 %
<b>Zwischensumme Kernkraftwerke</b>	<b>2093.3</b>	<b>42.6</b>	<b>1872.9</b>	<b>40.1</b>	<b>-10.5 %</b>
<b>Total 1.2</b>	<b>2969.5</b>	<b>60.5</b>	<b>2752.4</b>	<b>58.9</b>	<b>-7.3 %</b>

### 1.3 Erzeugung Dritter:

Anlagen erneuerbare Energien					
Wasserkraft	132.2	2.7	182.8	3.9	38.3 %
Photovoltaik (inkl. Solarstrombörse)	6.0	0.1	10.4	0.2	72.9 %
Windenergie	17.7	0.4	21.4	0.5	21.3 %
Biomasse (Biogas/Klärgas)	8.5	0.2	11.5	0.2	34.9 %
Brennstoffzelle	0.0	0.0	0.3	0.0	-
<b>Zwischentotal Anlagen erneuerbare Energien</b>	<b>164.4</b>	<b>3.3</b>	<b>226.4</b>	<b>4.8</b>	<b>37.8 %</b>
Anlagen nicht erneuerbare Energien					
Kehrichtverbrennungsanlagen	143.2	2.9	114.5	2.4	-20.1 %
Gas/Diesel	2.6	0.1	1.8	0.0	-28.9 %
<b>Zwischentotal Anlagen nicht erneuerbare Energien</b>	<b>145.8</b>	<b>3.0</b>	<b>116.3</b>	<b>2.5</b>	<b>-20.2 %</b>
<b>Total 1.3</b>	<b>310.2</b>	<b>6.3</b>	<b>342.8</b>	<b>7.3</b>	<b>10.5 %</b>

### 1.4. Total Energieerzeugung mit physischer Stromübernahme:

<b>Total 1.1 bis 1.3</b>	<b>4644.5</b>	<b>94.6</b>	<b>4426.6</b>	<b>94.7</b>	<b>-4.7 %</b>
--------------------------	---------------	-------------	---------------	-------------	---------------

## 2. Kraftwerksanlagen ohne physische Stromübernahme \*

	2009 GWh	Anteil in %	2010 GWh	Anteil in %	Veränd. 2009–2010 in %
Wasserkraft					
Maggia Kraftwerke AG	170.1	3.5	151.9	3.2	-10.7 %
Windenergie					
Windpark Crussow (DE)	10.4	0.2	9.2	0.2	-11.0 %
Windpark Schermen (DE)	25.4	0.5	27.7	0.6	9.0 %
Windpark Dörmte (DE)	29.5	0.6	27.6	0.6	-6.6 %
Windpark Vogelsberg (DE)	8.9	0.2	11.7	0.3	32.4 %
Windpark Kleinbrembach (DE)	21.5	0.4	19.8	0.4	-8.0 %
<b>Total 2</b>	<b>265.7</b>	<b>5.4</b>	<b>247.9</b>	<b>5.3</b>	<b>-6.7 %</b>

\* Hinweise:

- Maggia Kraftwerke: Die Produktion wurde wie in den Vorjahren vollständig an eine andere Gesellschaft abgetreten.

- Windparks: Zur Zeit wird die produzierte Energie der o.g. Windparks in das lokale Netz in Deutschland eingespielen. Dafür erhält ewz einen kostendeckenden Förderpreis. Zu einem späteren Zeitpunkt ist vorgesehen, den Strom zu importieren.

## 3. Total Energieerzeugung mit und ohne physische Stromübernahme

	2009 GWh	Anteil in %	2010 GWh	Anteil in %	Veränd. 2009–2010 in %
<b>Total 1 + 2</b>	<b>4910.2</b>	<b>100.0</b>	<b>4674.5</b>	<b>100.0</b>	<b>-4.8 %</b>

## 4. Energiehandel

	2009 GWh	Anteil in %	2010 GWh	Anteil in %	Veränd. 2009–2010 in %
--	-------------	----------------	-------------	----------------	------------------------------

### 4.1 Energiebeschaffung:

Bezug aus eigenen hydraulischen Kraftwerken	1 364.8	25.4	1 331.4	24.6	-2.4 %
Bezug aus Partnerwerken	2 969.5	55.3	2 752.4	50.8	-7.3 %
Bezug von Dritten	310.2	5.8	342.8	6.3	10.5 %
Handel	721.1	13.4	996.5	18.4	38.2 %
<b>Total 4.1</b>	<b>5 365.6</b>	<b>100.0</b>	<b>5 423.0</b>	<b>100.0</b>	<b>1.1 %</b>

### 4.2 Energieabgabe:

Abgabe an Netzbetreiber Zürich	3 044.4	56.7	3 057.6	56.4	0.4 %
Abgabe an Netzbetreiber Mittelbünden	125.9	2.3	124.6	2.3	-1.0 %
Abgabe an Netzbetreiber Bergell	1.0	0.0	1.1	0.0	7.9 %
Wiederverkäufer und Dritte	463.9	8.6	573.2	10.6	23.6 %
Abgabe Speicherpumpen	181.1	3.4	139.1	2.6	-23.2 %
Handel	1 549.4	28.9	1 527.5	28.2	-1.4 %
<b>Total 4.2</b>	<b>5 365.6</b>	<b>100.0</b>	<b>5 423.0</b>	<b>100.0</b>	<b>1.1 %</b>

Energiedienstleistungen per Ende 2010	
Bewilligte Projekte (Kredite)	231 673 000 Fr.
Total Investitionen (netto)	139 867 000 Fr.
Total Ertrag 2010 GF EDL inkl. interne Leistungen	28 975 000 Fr.
CO <sub>2</sub> -Reduktion 2010	19 700 t
Energieverkauf 2010 (Wärme und Kälte)	161 GWh

#### 4.4.5 Energievertrieb

In ihrer Betreuung und Beratung setzte die Abteilung Privatkunden den Schwerpunkt auf die Präsenz bei Quartierfesten. Sie informierte vor allem über Ökostrom und Energieeffizienz.

Die Abteilung KMU-Kunden hat den Verkauf von Ökostrom weiter gesteigert. Viele Ökostromkundinnen und -kunden haben wiederum die kostenlosen Ökostrom-Ausweise bezogen. Mit diesen Zertifikaten, Stickern und elektronischen Marken für Websites können die KMU auf ihr Engagement für die Umwelt aufmerksam machen. Auch die Zusammenarbeit mit den Grosskunden verlief erfreulich. Die attraktiven Stromprodukte, das gute Preis-Leistungs-Verhältnis und die umfangreichen Dienstleistungen des ewz trugen dazu bei, dass kein Unternehmen den Stromlieferanten gewechselt hat.

#### Strombedarf steigt weiter

Im vergangenen Jahr ist der Stromkonsum im Stadtgebiet nochmals um durchschnittlich 1,2% gestiegen. Den grössten Anstieg verzeichnete das Segment Grosskunden mit 2%.

#### Preissenkung Solarstrom

Die zunehmende Nachfrage nach Solarstrom ermöglicht es dem ewz, den Preis schrittweise weiter zu reduzieren. Seit dem 1. Juli kostet die Kilowattstunde Solarstrom neu 65 Rappen anstelle von bisher 75 Rappen. 32% der Kundinnen und Kunden sind dem Aufruf des ewz gefolgt, einen höheren Anteil Solarstrom zu beziehen. Weitere haben neu ein Ökostromprodukt gewählt oder den Ökostrom-Anteil erhöht.

Verkauf Stromprodukte	2009 Absatz * MWh	2010 Absatz * MWh
ewz.solartop (naturemade star)	6 277	7 492
Premium Solar (naturemade star)**	69	63
ewz.wassertop (naturemade star)	244 091	251 326
Premium Water (naturemade star)**	840	793
ewz.ökopower (naturemade star)	42 544	51 220
ewz.naturpower (naturemade basic)	1 560 649	1 607 592
ewz.mixpower	1 121 493	1 107 043

\* Basis: Gelieferte Mengen Tarif im Kalenderjahr 2010 bzw. 2009.

Darstellungen in früheren Geschäftsberichten zeigten die abgerechnete Menge im Kalenderjahr.

\*\* Ersatz Premium-Produkte durch ewz-Produkte bis 2011 vorgesehen.

#### Markt Graubünden

Seit Anfang 2010 haben die Kundinnen und Kunden im Bündnerland die Wahl zwischen fünf Stromprodukten. 70% haben sich für ein Produkt aus erneuerbaren Energien entschieden, das nach «naturemade star» oder «naturemade basic» zertifiziert ist.

Zur Förderung der Energieeffizienz hat der Markt Graubünden neu einen eigenen Energieberater. Aus dem Stromsparfonds wurden 900 000 Franken für Förderbeiträge ausgeschüttet.

#### 4.4.6 Verteilnetz

Im Herbst startete der Feldversuch mit einer Flotte von fünf ewz-eigenen Smart-electric-drive-Fahrzeugen. Weitere fünf Fahrzeuge werden von anderen Dienstabteilungen eingesetzt. Zusätzliche Elektrofahrzeuge werden folgen.

Im Oktober bewilligte der Gemeinderat einen Kredit von knapp 10 Mio. Fr. für den Feldversuch mit Smart Meters für 5000 Kundinnen und Kunden.

#### Betrieb und Netzleitstelle Zürich

Die Anzahl der betrieblichen Schaltungen nahm erneut zu. Grund dafür war die rege Bautätigkeit, insbesondere in den Entwicklungsgebieten Zürich-West und Leutschenbach. Die Störungsstatistik zeigt ein bedeutend positiveres Bild als im Vorjahr, und es gab keine Grossstörung. Nach wie vor werden die meisten Störungen von Bauunternehmungen und Elektroinstallateuren beim Ausführen von Dritttaufträgen verursacht.

Seit Dezember ist das ewz ins schweizerische Polycor-Funk-Kommunikationsnetz integriert. Der Bereitschaftsdienst kann nun bei Grossstörungen oder Katastrophen mit den Blaulichtorganisationen von Stadt und Kanton Zürich kommunizieren. Als Infrastrukturbetreiber ist das ewz in den Führungsstab der Stadt Zürich eingebunden.

Das ewz verhandelte mit swissgrid über weitere Vereinbarungen und offerierte verschiedene Dienstleistungen. Bis die swissgrid-Netzleitstelle aufgebaut ist, wird das ewz weiterhin seine ehemaligen Schaltanlagen überwachen und fernsteuern.

Das Konzept zur Spannungsregulierung ist erfolgreich umgesetzt worden. Die Kosten für die Blindleistung sind um zwei Drittel gesunken.

#### Leitungen und Anlagen

Der Stadtrat bewilligte am 14. Juli den Kredit von 22,8 Mio. Fr. für die Erneuerung des Unterwerks Aubrugg. Beim Unterwerk Fällanden wurde der erste der beiden Transformatoren mit einer Leistung von 250 MVA in Betrieb genommen. Es ist erst der zweite Transformator dieser Leistungsklasse in der Stadt Zürich. Im umgebauten Unterwerk Herdern fand im September die Einweihung statt. Die Anlage stand der Bevölkerung zur Besichtigung offen.

Die Credit Suisse erhielt auf dem Gelände Uetlihof eine neue 22-kV-Kabelanlage. Die Realisierung des Projekts erforderte im Unterwerk Binz zwei neue Transformatoren, eine zusätzliche 22-kV-Schaltanlage sowie zahlreiche Leitungsbauten im Gebiet Wiedikon/Binz. Für das ewz.zürinet und andere Telecomprojekte hat das Verteilnetz wichtige Teilabschnitte geplant und ausgeführt.

## Projekte Hochspannungsnetz

Mit dem Ersatz des konventionellen Erdseiles zwischen Bivio und Löbbia hat das ewz die letzte Lücke der Glasfaserverbindung Zürich–Bergell geschlossen.

Nächster Schritt für die geplante Freileitung zwischen Thalwil und Kilchberg ist die Plangenehmigung durch das Bundesamt für Energie. Sie wird Anfang 2011 erwartet.

Für den geplanten Leitungsumbau zwischen Innerkirchen und Hellbühl hat die Ingenieurgemeinschaft ewz/BKW Laserscanaufnahmen erstellt und mit dem Ausarbeiten eines Umweltberichts begonnen.

## Netznutzung

Erstmals hat das ewz gemäss der neuen Strommarktgesetzgebung eine eigenständige Netzbetreiberrechnung veröffentlicht. Zudem erfolgte das Reporting der Kosten an die Regulierungsbehörde ElCom und die Publikation der Tarife mit den mehrwertsteuerbedingten Anpassungen für 2011.

## Messtechnik

Die Abteilung Messtechnik hat erste 1600-Hz-Umformer der Rundsteueranlagen in den Unterwerken Frohalp und Drahtzug ausser Betrieb genommen. Der Umbau der Rundsteuerempfänger auf 317 Hz wird noch bis 2012 dauern.

## Technik und Sicherheit

Die vor vier Jahren eingeführte Installateurentagung bewährt sich. Am 17. November begrüsst das ewz 385 Teilnehmende, darunter Elektroinstallateure, Planer, Vertreter der öffentlichen

Hand, EVU, Berufsfachschullehrer und Gäste. Die Schwerpunktthemen waren die Anwendung der Niederspannungs-Installations-Norm, der Elektromobilität und der Unfallverhütung im Bereich Personen- und Sachenschutz. Mit der detaillierten Mängelstatistik dokumentierte das ewz erneut, wie wichtig die Kontrolle der Elektroinstallationen ist, sei es in Bezug auf Personen- und Sachengefährdung, Schutzleiterunterbrüche oder Schutzleiter unter Spannung.

## Elektroinstallationen

Die Abteilung Elektroinstallationen erstellte wiederum für verschiedenste sportliche, musikalische sowie kulturelle Grossanlässe in Zürich die provisorischen Stromanschlüsse. Eine spezielle Herausforderung war das Züri Fäscht. Das ewz erarbeitete die gesamte Elektroplanung und die Grobanschlüsse im Festareal, betrieb drei provisorische Trafostationen, schaltete die öffentliche Beleuchtung während der Feuerwerke aus, bot einen speziellen Bereitschaftsdienst und prüfte die Installationen auf ihre Sicherheit. Alle Anschlüsse konnten termingerecht bereitgestellt werden.

## Verteilnetz Mittelbünden

Beim Verteilnetz Mittelbünden stand der Vollzug des Stromversorgungsgesetzes im Zentrum. Die Datenverwaltung der Energiezählwerte hat sich stabilisiert und ist nun vollumfänglich funktionsfähig. Die revidierten Tarife per 1. Januar 2010 hat das ewz erfolgreich umgesetzt. Mitte Jahr folgte die fristgerechte Publikation der Netzbetreiberrechnung mit den Tarifen für 2011, angepasst auf den neuen Mehrwertsteuersatz.

Die Planung für die 11-Kilovolt-Leitung von Tinizong bis Marmorera wurde weitgehend abgeschlossen. Nach der ersten

Störungen in den Verteilanlagen der Stadt Zürich	2008	2009	2010
Störungen, verursacht durch Überlastung	4	3	4
Steuerung	6	3	4
Armaturen und Anschlüsse	19	35	31
Materialfehler	3	5	7
Witterungseinflüsse	7	12	6
Beschädigung durch Dritte (Handwerkzeuge und Baumaschinen)	38	52	46
Natur, Tiere	4	6	4
Wasser, Feuer, Verschmutzung	2	1	1
Diverses	5	6	2
Unbekannte Ursache	4	3	5
<b>Total</b>	<b>92</b>	<b>126</b>	<b>110</b>

Störungen in den Übertragungsanlagen	2008	2009	2010
Erd- und Kurzschlüsse in benachbarten Netzen 220 kV, 380 kV	70	50	40
Erd- und Kurzschlüsse im ewz-Netz 150 kV	4	2	4
Teilunterbrüche in Zürich	4	2	0
Teilunterbrüche in Graubünden	40	33	20

Bei 8 der 110 Störungen fiel die Stromversorgung während höchstens 30 Minuten, bei 0 während 31 bis 60 Minuten und bei 102 länger als einer Stunde aus. Ab 2010 wird das 150 kV-Netz der Stadt Zürich in der Tabelle mitgeführt.



Auflage bei den Amtsstellen erfolgten Einsprachen gegen das Bauvorhaben. Das ewz hat deshalb den Verlauf der geplanten Freileitung angepasst. Nach einer weiteren öffentlichen Auflage 2011 wird das Eidgenössische Starkstrominspektorat über die Baubewilligung entscheiden.

### Netzdienstleistungen

Daneben hat der Bereich Netzdienstleistungen auch breit gefächerte Dienstleistungen im Bereich Strom und Versorgungssicherheit angeboten und ausgeführt.

Das ewz wird die Spannung im Mittelspannungsnetz der Stadt Zürich in den kommenden Jahren von 11 kV auf 22 kV verdoppeln und so über das ganze Stadtgebiet vereinheitlichen. Bei jeder davon betroffenen Kundenanlage entwickelt das Geschäftsfeld Netzdienstleistungen eine individuelle Lösung, die den zukünftigen Kundenbedürfnissen Rechnung trägt. Bei einigen bestehenden Anlagen bedeutet dies den Abbruch und die Direktversorgung der Kundin oder des Kunden mit Niederspannung ab dem Verteilnetz. Bei den meisten Anlagen ist eine Aufrüstung für die neue Spannungsebene angezeigt, allenfalls auch ein Ersatz oder eine Erweiterung.

### 4.4.7 Telecom

Die Verhandlungen mit der Swisscom für die Kooperation beim Bau des Glasfasernetzes in Zürich wurden fortgesetzt. Beide Parteien haben dem erarbeiteten Kooperationsvertrag grundsätzlich zugestimmt. Die Unterzeichnung erfolgt, wenn auch die Wettbewerbskommission (Weko) die Zusammenarbeit gutgeheissen hat. Den überarbeiteten Leistungsauftrag für das Geschäftsfeld Telecom hat der Stadtrat bereits an den Gemeinderat überwiesen.

### Neuer Leitungsanschlussvertrag

Im Hinblick auf die Kooperation mit Swisscom hat das ewz die Leitungsanschlussverträge für Hauseigentümerinnen und -eigentümer angepasst. Dabei galt es vor allem sicherzustellen, dass für die von Swisscom erschlossenen Liegenschaften dieselben Bedingungen gelten wie für diejenigen, die das ewz erschliesst. Basierend auf dem von den Zürcher Immobilienverbänden bereits gutgeheissenen Vertrag des ewz konnte eine landesweit einheitliche Lösung gefunden werden.

### Neues Portfolio

In enger Zusammenarbeit mit den Stadtwerken von St. Gallen, Bern, Basel und Genf hat das ewz das Produktportfolio überarbeitet, harmonisiert und noch stärker an die Bedürfnisse der Endkundinnen und -kunden angepasst. Die Harmonisierung des Portfolios erlaubt es den verschiedenen Dienstleistungsbietenden, ihre Services in unterschiedlichen Gebieten zu vermarkten. Dadurch werden die Dienstleister wettbewerbsfähiger, und ihr Marktpotenzial weitet sich aus, was wiederum die Attraktivität der verschiedenen Fiber-to-the-Home (FTTH)-Netze für die Dienstleister steigert.

### Betrieb

Das ewz hat alle Kundenbestellungen termingerecht in Betrieb genommen, und es waren keine nennenswerten Ausfälle von Services zu verzeichnen. Im Projekt Daten-Hub hat das ewz die verschiedenen Systeme und Datenquellen weiter konsolidiert

und Redundanzen reduziert. Hervorgehend aus einer Bakom-Arbeitsgruppe wurde ein Pilotprojekt für eine Exchange-Plattform gestartet. Diese soll als Schnittstelle zwischen verschiedenen regionalen und städtischen FTTH-Netzen dienen und allen interessierten Service-Providern für die Verbreitung ihrer Angebote offenstehen.

### Kundenprojekte

Das ewz erhielt wiederum verschiedene Grossaufträge von Banken, Versicherungen und Telekommunikationsunternehmen. Auch das Wholesales-Geschäft entwickelte sich positiv. Erfreulicherweise finden sich darunter viele Projekte mit Neukunden. Das neu entwickelte und im Frühling lancierte Produkt ewz.LAN connect fand bei Service-Providern sowie bei mittleren und grossen Unternehmen Anklang. Entsprechend liegen die Bestellungseingänge für diesen neuen Services über den Erwartungen.

### 4.4.8 Dienstleistungen für die Stadt Zürich

#### Öffentliche Beleuchtung

Das ewz prüft laufend neue energiesparende Beleuchtungstechnik. Aus heutiger Sicht wird die Natriumhochdrucklampe in drei bis fünf Jahren von der LED-Technik abgelöst werden. Verschiedene Pilotanlagen sind in Zürich in Betrieb, aber die Lichteffizienz ist noch lange nicht ausgeschöpft. Ausserdem ist die heutige Reflektortechnik in absehbarer Zeit veraltet, bei neuen Hochglanzreflektoren ist jedoch das Streulicht an den Häuserfassaden noch zu gross. Nach erfolgreichen Versuchen mit bestehenden Reflektoren, elektronischen Vorschaltgeräten und Nachtabsenkungen wird das ewz 2011 eine solche Pilotanlage erstellen. Bis die neuen Techniken ausgereift sind, lässt sich so mit geringem Aufwand eine bedeutende Energieeinsparung erzielen.

Der Gemeinderat verlängerte den Kredit für den Plan Lumière bis Ende 2013. Er will mit diesem Plan Quartiere aufwerten und das Wohlbefinden der Bevölkerung durch gezielte Gestaltung mit Licht erhöhen.

Das ewz nahm ein Public-Private-Partnership-Projekt am Utoquai (Anleuchtung Gebäudefassaden) in Betrieb und realisierte das erste Plan-Lumière-Projekt beim Bau der Tramlinie 4 in Zürich-West, das sogenannte Leuchtenlager mit grünen LED-Bodeneinbauleuchten.



Touch-Table in der ewz-Energieausstellung.

## Energieberatung

«Welcher Strom fliesst aus meiner Steckdose?» «Dusche ich zu heiss?» Diese und viele weitere Fragen lassen sich auf einer spannenden Entdeckungsreise durch die neu eröffnete Energieausstellung im ewz-Kundenzentrum am Beatenplatz in Zürich beantworten. Sogenannte Touch-Tables erklären das Thema Energie interaktiv und spielerisch.

Die Energieberatung erarbeitet im Auftrag von Unternehmen Zielvereinbarungen zur Energieeffizienz. Dies sind langjährige Verträge mit dem Kanton Zürich. Energieeffiziente Unternehmen profitieren vom ewz-effizienzbonus, einem Rabatt von 10 % auf Wirkenergie und Leistung. Das ewz konnte z. B. das Schweizer Fernsehen für eine Zielvereinbarung gewinnen. Das Unternehmen verpflichtete sich, den Jahresenergieverbrauch innerhalb von 11 Jahren um 4,2 GWh zu senken.

### ewz-effizienzbonus

Im Jahr 2010 haben 9,5 % der teilnahmeberechtigten Unternehmen (Tarif B und C) vom ewz-effizienzbonus profitiert. Zusammen verbrauchten sie 59 % der abgesetzten Energiemenge im Tarif B und C. Ausserdem bezogen sie über 74 % der Ökostromprodukte im Tarif B und C. Bei acht Unternehmen musste der Effizienzbonus sistiert werden, da sie die Ziele in den letzten drei Jahren nicht erreicht haben.

Nach Ablauf eines Jahres kann die Wirkungsanalyse des Vorjahrs erstellt werden: Im Jahre 2009 betrug die Einsparwirkung stromseitig 17,5 GWh und wärmeseitig 8,6 GWh. Insgesamt wurden 2009 in der Stadt Zürich 12,6 Mio. Fr. Effizienzbonus ausgeschüttet. Damit belaufen sich 2009 die Kosten pro eingesparte Kilowattstunde Energie auf knapp 10 Rp./kWh.

### Stromsparfonds

Ungeachtet der Wirtschaftskrise hat das ewz mehr Beitragsgesuche für den Stromsparfonds erhalten als im Vorjahr. Die Summe der bewilligten Förderbeiträge liegt bei 9,9 Mio. Fr. für insgesamt 462 Projekte (2007: 255, 2008: 267, 2009: 380). Die Summe der ausbezahlten Beiträge hat abermals eine neue Höchstmarke erreicht.

Da die ewz.solarstrombörse im Jahr 2010 keine neuen Anlagen ausgeschrieben hat, wurden nur noch gut 20 % der Fördergelder für die Stromproduktion aus erneuerbaren Quellen eingesetzt. Für Anlagen und Massnahmen für elektrische Verbrauchsminderung hat der Fonds mehr als das Doppelte des Vorjahrs ausbezahlt und in diesem Bereich mit knapp 20 % einen neuen Rekord erzielt. Rund 40 % der Fördergelder wurden für Anlagen verwendet, die Umgebungs- und Abwärme nutzen, wie zum Beispiel Wärmepumpen und Sonnenkollektoranlagen. Die restlichen Gelder flossen in Forschungs- und Entwicklungsarbeiten sowie in die Energieberatung des Gesundheits- und Umweltdepartements.

Im Rahmen der Stromsparfonds-Aktion «Kühlgeräte A+++» förderte das ewz 3135 Kühlgeräte mit dem besten Label A+++ (2009: 1058). Bei der Aktion Wärmepumpen-Wäschetrockner wurden 878 Geräte finanziell unterstützt (2009: 803) und bei der Aktion für energieeffiziente Kaffeemaschinen 1045 Geräte (2009: 636).

## 4.4.9 Mitarbeitende

Beim ewz stehen viele Pensionierungen von Fachkräften an. Daher fördert das ewz seit 2009 gezielt Nachwuchskräfte auf zukünftige Kaderfunktionen hin. Damit die Entscheidungsgrundlage für interne Bewerberinnen und Bewerber objektiv und transparent ist, hat das ewz den internen Beförderungsprozess mit verschiedenen Selektions- und Entwicklungsinstrumenten standardisiert.

### Erfolgreiches Case Management

Von verschiedener Seite werden hohe Ansprüche an die Mitarbeitenden gestellt – im privaten Bereich wie auch im Berufsleben. Nicht alle Menschen sind diesen Mehrfachbelastungen gewachsen. Das ewz nimmt seine Rolle als verantwortungsvoller und sozialer Arbeitgeber wahr und bietet seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit einer neutralen Sozialberatung eine vertrauliche und unterstützende Ansprechstelle für ihre Probleme.

Wenn Mitarbeitenden eine Langzeitabsenz oder Invalidität droht, wird das Case Management beigezogen. Eine Case Managerin und ein Case Manager unterstützen die Mitarbeitenden und deren Vorgesetzte bei einer möglichst raschen Reintegration in den Arbeitsprozess oder einer Neuorientierung, wenn eine Weiterbeschäftigung nicht möglich ist. Im Berichtsjahr kam es zu 56 Erstkontakten; mit 20 Personen fanden mehrere intensive Beratungsgespräche statt. Das Case Management hat sich beim ewz gut etabliert und trug dazu bei, dass für mehrere Betroffene gute Lösungen zur Weiterbeschäftigung gefunden wurden.

### Vermeehrt jüngere neue Mitarbeitende

Im Wettstreit um technische Fachkräfte hat das ewz verschiedene Trümpfe, welche die Personalsuche erleichtern. Das positive Image, das Engagement bei Sport- und Kulturevents, das Mitwirken bei zukunftsgerichteten Forschungsprojekten und die Präsenz an Fachhochschulen wirken sich positiv auf die Personalsuche aus. Im Jahr 2010 hat das ewz anstelle von erfahrenen Fachkräften vermehrt junge, gut ausgebildete Leute oder Studienabsolventen eingestellt. Diese werden ihren Fähigkeiten entsprechend gefördert und insbesondere in fachlichen Themen on-the-job ausgebildet. Die Anzahl der 20- bis 30-Jährigen hat innert fünf Jahren um beachtliche 79 % zugenommen.

## 4.4.10 Finanzielles

Das ewz hat als eines der wenigen Energieversorgungsunternehmen in der Schweiz im Zuge der Umsetzung des neuen Stromversorgungsgesetz (StromVG) seine Tarife nicht erhöht. Auch im Berichtsjahr hat es auf die Verrechnung der nationalen Abgaben (Kostendeckende Einspeisevergütung, Zuschlag Übertragungsnetz) an die Kundinnen und Kunden verzichtet. Ausserdem profitierten die Stromkundinnen und -kunden weiterhin von einem 15 %-Bonus auf dem Rechnungsbetrag.

Die Gesamtleistung beträgt rund 732,7 Mio. Fr. und liegt rund 131,2 Mio. Fr. oder 15,2 % unter dem Vorjahreswert. Letzterer enthält aufgrund der geänderten Rechnungslegung im Zusam-

menhang mit der Umsetzung des StromVG einen einmaligen Sondereffekt von 105,9 Mio. Fr. Bereinigt um diesen Sondereffekt beträgt der Rückgang 25,3 Mio. Fr.

Der Betriebsaufwand liegt bei rund 632,9 Mio. Fr. und damit rund 27,6 Mio. Fr. über dem Vorjahr. Die grösste Steigerung erfolgte bei den Abschreibungen mit 12,5 Mio. Fr. Die Investitionen der Vorjahre in Euro mussten aufgrund des stark gesunkenen Eurokurses wertkorrigiert werden. Der höhere Personalbestand führte zu einer Zunahme des entsprechenden Aufwands um 5,2 Mio. Fr.

Insgesamt weist das ewz ein Betriebsergebnis vor Zinsen und Steuern von 99,8 Mio. Fr. aus. Im Vorjahr betrug das Ergebnis 258,6 Mio. Fr. Auch ohne den erwähnten Sondereffekt von 2009 liegt das Betriebsergebnis deutlich unter demjenigen des Vorjahres.

Die Gewinnablieferung an die Stadtkasse beträgt 72,1 Mio. Fr. und liegt um 9,5 Mio. Fr. unter demjenigen des Vorjahres.

Das ewz tätigte Investitionen in der Höhe von 144 Mio. Fr., 24 Mio. Fr. weniger als im Vorjahr.

## 4.5 Verkehrsbetriebe

### 4.5.1 Aufgaben

Die Verkehrsbetriebe Zürich (VBZ) sind neben den SBB der grösste Anbieter von Transportdienstleistungen im Zürcher Verkehrsverbund (ZVV). Als integriertes Unternehmen planen sie das Angebot, erbringen Fahrdienstleistungen, erneuern die Infrastruktur und warten die Fahrzeuge. Als kompetenter Partner für den öffentlichen Verkehr arbeiten die VBZ eng mit anderen städtischen und kantonalen Dienststellen zusammen, insbesondere mit der Dienstabteilung Verkehr und dem Tiefbauamt der Stadt Zürich bei der Umsetzung der städtischen Mobilitätsstrategie.

Die VBZ bieten als Mittel- und Feinverteiler den Menschen in der Stadt Zürich und der umliegenden Region im Limmattal, am Unteren Zimmerberg und am Unteren Pfannenstiel sowie im Mittleren und Oberen Glattal eine qualitativ hochstehende Versorgung mit dem öffentlichen Nahverkehr – während 365 Tagen im Jahr, mindestens 20 Stunden am Tag. Sie tragen ausserdem die Verantwortung für die Betriebsführung der Forchbahn AG, der UBS Polybahn AG, der Dolderbahn-Betriebs-AG sowie der Stiftung Behindertentransporte Zürich (BTZ). Im

Auftrag der Verkehrsbetriebe Glattal (VBG) erbringen sie die Fahrleistungen für die Glattalbahn.

### 4.5.2 Jahresschwerpunkte

Am meisten Aufmerksamkeit erregte im Berichtsjahr der Einbau der neuen Gleisanlage am Escher-Wyss-Platz. In einer sehr intensiven Bauphase während den Sommerferien wurde eine komplett neue Gleisanlage erstellt, ein Bestandteil des Grossprojektes Tram Zürich-West. Zahlreiche Mitarbeitende der VBZ und von Drittfirmen waren im Einsatz. Die Zusammenarbeit aller Beteiligten verlief ausgezeichnet.

Bei der Fahrzeugflotte konnte die Ablieferung der Cobra-Trams abgeschlossen werden, und die Mirage-Fahrzeuge hatten ihren letzten Kurseinsatz. Seit dem Fahrplanwechsel 2010 verkehrt nun mindestens jeder zweite Kurs niederflurig – mit Ausnahme der Linien 5, 8 und 15.

Auch die nächste Tramgeneration war ein Thema: zwei weitere Fahrzeugtypen waren auf Zürcher Schienen in einem Testbetrieb im Einsatz.

### 4.5.3 Kennzahlen Fahrgäste und Angebot

	2008	2009	2010
Fahrgäste in Mio. (EinsteigerInnen)	317.98*	315.02*	318.37
Personen-km	630.41*	617.45*	625.89
Fahrleistungen VBZ Stadt in Mio. Wagen-km	29.241	29.147	27.872
Fahrleistungen VBZ Region in Mio. Wagen-km	2.022	2.492	2.586
Fahrleistungen Transportbeauftragte in Mio. Wagen-km	4.702	4.700	4.690
Linienlänge Stadtnetz	288.5	283	270.6
Linienlänge Regionalnetz	219.1	235	249.6
Linienlänge Nachtbuslinien	187.5	161.1	179.8
Schienerfahrzeuge	313	304	272
Busse (Niederflur)	261 (208)	236 (189)	233 (183)

\* Fahrgastzahlen ohne Nachtnetz

#### 4.5.4 Unternehmensentwicklung

##### Fahrzeugflotte

Die Cobra-Flotte ist vollständig. Seit Mai verkehren alle 88 Fahrzeuge auf dem VBZ-Netz. Damit weist die Tramflotte fast zur Hälfte Niederflurfahrzeuge auf. Seit dem Fahrplanwechsel 2010 sind nun auf allen Linien – ausgenommen die Linien 5, 8 und 15 – mindestens 50 % der Fahrzeuge niederflurig. Auf den Linien 6 und 10 fahren ausschliesslich Niederflurfahrzeuge.

Gleichzeitig hatte das Mirage-Tram seinen letzten Einsatz. Die erste Fahrt eines Mirage-Trams fand am 1. April 1966 auf der Linie 7 statt; die 90 Fahrzeuge waren über 40 Jahre stets zuverlässig unterwegs. Der Grossteil der Mirage-Trams wurde nach Vinnitsa (Ukraine) abgegeben.

Im Oktober wurde die Ausschreibung für zwölf neue Doppelgelenktrolleybusse und 21 neue Gelenktrolleybusse publiziert, welche die noch im Einsatz stehenden Hochflurbusse ersetzen werden.



Mirage-Trams waren über 40 Jahre zuverlässig unterwegs.

##### Weiter im Liniennetzkonzept 2025

Die Bauarbeiten für das Tram Zürich-West schreiten planmässig voran. Das Projekt ist finanziell, qualitativ und terminlich auf gutem Weg. Im Dezember waren drei Viertel aller Gleise verlegt. Auch die Rohbauten aller Haltestellen – ausgenommen «Schiffbau» – wurden erstellt. Die Arbeiten für die Tramverbindung Hardbrücke sind ebenfalls auf Kurs.

##### Tramcastings

Nachdem 2009 bereits ein gelbes Basler Tram vom Typ «Tango» auf der Linie 7 im Einsatz war, folgten im Berichtsjahr zwei weitere Besucher: Zuerst war das rote Berner «Combino»-Tram zu Gast auf Zürcher Schienen, später im Jahr folgte das grün-beige «Flexity Outlook» aus Augsburg. Auch bei diesen beiden Fahrzeugen verlief der Testbetrieb problemlos, und die

Zürcher Fahrgäste vergaben in der Umfrage gute Noten. Die Erkenntnisse aus dem Probetrieb fliessen in die anstehende Trambeschaffung mit ein.

##### 20 Jahre ZVV

Im Mai feierte der ZVV sein 20-Jahr-Jubiläum. Die Gründung des Zürcher Verkehrsverbunds im Jahr 1990 war eine Premiere – der ZVV war und blieb der einzige Verkehrsverbund der Schweiz. Während die anderen Verkehrsunternehmen höchstens in Tarifverbänden organisiert sind, koordiniert und entwickelt der ZVV das Verkehrsangebot, regelt die Finanzierung und übernimmt das strategische Marketing. Im rund 50 Verkehrsunternehmen umfassenden Verkehrsverbund sind die VBZ eines der acht marktverantwortlichen Unternehmen (MVU).

##### Sommerbaustelle am Escher-Wyss-Platz

Während der Sommerferien wurde im Drei-Schicht-Betrieb an der Grossbaustelle Escher-Wyss-Platz gearbeitet: 20 Weichen sowie 1,1 Kilometer Gleise und Fahrleitungen wurden eingebaut. Die Gleisanlage verbindet die Trampuren in der Limmat- und der Hardturnstrasse mit denjenigen auf der Wipkingenbrücke und in der Hardstrasse. Zusammen mit der neuen Depotzufahrt Hard umfasst sie 27 Weichen und 2,1 Kilometer Gleise. Der Trambetrieb zwischen Hauptbahnhof und Escher-Wyss-Platz (Linie 4) bzw. Frankental (Linie 13) war für fünf Wochen eingestellt. Die Arbeiten verliefen planmässig.

##### Neue Wege in der Personalrekrutierung

Nachdem die Rekrutierung von Busfahrern in Deutschland bereits letztes Jahr für ein grosses Echo gesorgt hatte, haben die VBZ-Personalverantwortlichen auch in diesem Jahr neue Wege im Personalmarketing beschritten. Die VBZ setzen auf das Medium Internet und die darauf veröffentlichten Jobvideos, in denen sich die Vorgesetzten der VBZ «live» selber bei den potenziellen Mitarbeitenden bewerben.

##### 30 ZVV-Ticketautomaten in Betrieb

Nachdem die ersten vier Ticketautomaten 2009 in Betrieb genommen wurden, konnte im Sommer 2010 der Pilotbetrieb mit 30 Automaten gestartet werden. Sie werden von den Fahrgästen gut akzeptiert. Der Lieferant konnte die Software-Probleme im Hintergrundsystem reduzieren, so dass im Dezember weitere 720 Automaten bestellt wurden.

##### Inbetriebnahme der 3. Etappe der Glattalbahn

Auf den Fahrplanwechsel wurde die dritte und letzte Etappe der Glattalbahn in Betrieb genommen. Die Linie 12 verkehrt im 15-Minuten-Takt zwischen dem Bahnhof Stettbach und dem Flughafen Zürich. Die VBZ erbringen die Fahrleistungen im Auftrag der VBG.

##### Abfahrtsanzeiger ergänzt um Niederflurinformation

Ende Berichtsjahr waren 52 Haltestellen im VBZ-Netz mit Abfahrtsanzeigern ausgerüstet. Total waren 146 dynamische Haltestellenanzeiger in Betrieb, auf denen niederflurige Tramfahrzeuge seit dem Fahrplanwechsel neu durch ein Rollstuhl-Symbol gekennzeichnet sind. Die Einrichtung der Haltestellen mit dynamischen Anzeigern wurde grösstenteils abgeschlossen, einzelne Haltestellen werden im Rahmen von Umbauten oder Erneuerungen nachgerüstet.



#### 4.5.5 Nutzen für die Kundschaft

##### Netz- und Marktentwicklung Stadt

###### *Liniennetzentwicklung 2025*

Die Tramprojekte der Liniennetzentwicklung 2025 werden zielgerichtet weitergeführt:

- Die Vorstudie für die Tramverbindung Hardbrücke wurde abgeschlossen und das Vorprojekt erstellt.
- In der Volksabstimmung vom November 2010 hat der Souverän sowohl Volksinitiative als auch Gegenvorschlag zum «Rosengartenram» abgelehnt. Stadt und Kanton Zürich stellen sich hinter eine gemeinsame Lösung für den öffentlichen Verkehr und den motorisierten Individualverkehr am Rosengarten. In diesem Sinne werden die laufenden Arbeiten auch 2011 weitergeführt.
- Im Zusammenhang mit der Projektierung der Limmattalbahn hat sich die Stadt Zürich weiterhin für eine gute Anbindung der Bahn ans städtische Tramnetz am Bahnhof Altstetten eingesetzt und begonnen, ein Betriebs- und Gestaltungskonzept im Raum Altstetten zu erarbeiten.
- Die Vorstudie für die Linienführung der Tramtangente Süd zwischen Albisriederplatz und Laubegg wurde abgeschlossen und von der Strategieguppe Entwicklung (SGE) und der Delegation für stadträumliche Fragen (DsF) genehmigt. Mit dem Eintrag im Richtplan und der Festsetzung der Baulinien ist die Raumsicherung für die künftige Tramtangente Süd weiterhin gewährleistet.
- Die Anlagenstrategie der VBZ-Züri-Linie wurde abgeschlossen und von den zuständigen Behörden genehmigt. Damit ist neben der künftigen Liniennetzentwicklung auch die Entwicklung der rückwärtigen Infrastruktur der VBZ in den nächsten Jahren definiert.

###### *Positionspapiere Mischverkehr auf Tramstrecken, Kernfahrbahnen und Tempo-30-Zonen*

Im Rahmen von Strassenbauprojekten geben die Themen Mischverkehr, Kernfahrbahnen und Tempo-30-Zonen oftmals Anlass zu Diskussionen. Daher haben die VBZ die Anforderungen aus Sicht des öffentlichen Verkehrs in Positionspapieren festgehalten und den städtischen Dienststellen vorgestellt, um bei allen Beteiligten vermehrt Verständnis für die Anliegen des öffentlichen Verkehrs zu wecken.

###### *Vorstudien für Erneuerungskonzepte*

Die Vorstudien für die laufenden Erneuerungsprojekte des Tiefbauamts wurden von den VBZ und den übrigen städtischen Dienststellen wiederum eng begleitet. Neben den betrieblichen Anforderungen der VBZ und den Anliegen der Behinderten sind jeweils auch Bedürfnisse wie die Aufwertung von Quartierzentren, die Gestaltung, die Verkehrssicherheit und der Langsamverkehr zu berücksichtigen. Mit den zunehmenden Anforderungen erhöht sich auch der Platzbedarf, und es wird in einzelnen Fällen schwieriger, eine gemeinsame Lösung zu finden.

###### *Verkehrskonzepte im Umfeld des Bahnhofs Oerlikon*

Die verschiedenen Projekte des ÖV-Konzepts im Umfeld des Bahnhofs Oerlikon werden weiterbearbeitet. Die Projektierung des Bahnhofplatzes Süd geht ihrem Abschluss entgegen. Die Planungen im Zusammenhang mit dem Bau der Gleise 7 und 8 der SBB wurden fortgesetzt. Der Kredit für die

Quartieranbindung Ost wurde in der Volksabstimmung im November 2010 durch den Souverän genehmigt und erlaubt die Weiterführung der zugehörigen Planungen. Verschiedene Buslinienführungen und Bushaltestellen im Umfeld des Bahnhofs Oerlikon wurden auf deren Machbarkeit hin untersucht und bewertet.

###### *Durchmesserlinie/Bahnhof Löwenstrasse*

Im Hinblick auf die bevorstehende Eröffnung der Durchmesserlinie (DML) wurde eine Studie in Auftrag gegeben, welche die Auswirkungen der DML auf das VBZ-Liniennetz abklären und den Handlungsbedarf der nächsten Jahre definieren soll. Eine kurzfristige Erschliessung der Passage Sihlquai durch eine Tram- oder Buslinie drängt sich nicht auf, eine mittel- bis langfristige Anbindung soll aber im Rahmen der Langfristplanung in einem grösseren Zusammenhang untersucht werden.

###### *Umlegung der Trolleybuslinie 31 in die Lagerstrasse*

Zur besseren Erschliessung der Europaallee soll die Trolleybuslinie 31 im Abschnitt zwischen Sihlpost und Hohlstrosse von der Militärstrasse/Feldstrasse in die Lagerstrasse-Neufrankengasse umgelegt werden. Die Planung wurde vorangetrieben und ein Kreditantrag für die erforderlichen Vorinvestitionen beim ZVV eingereicht.

###### *Erweiterung Kunsthaus Zürich*

Im Rahmen der Vorstudien für Platzgestaltung und Verkehrsführung am Heimplatz formulierten die VBZ die Anforderungen des öffentlichen Verkehrs und nahmen die Interessen der Fahrgäste bei der Umsetzung der Projekte wahr.

###### *Direktbus Witikon-Stadtzentrum*

Die Motion für eine direkte Busverbindung von Witikon ins Stadtzentrum vom 31. Januar 2007 wurde im Juni termingerecht beantwortet. Der Stadtrat stellte den Antrag, auf das Begehren zu verzichten und die Motion als erledigt abzuschreiben.

##### Angebot

Der Fahrplanwechsel vom Dezember trug auf den Tramgleisen insbesondere den Bedürfnissen mobilitätsbehinderter Personen Rechnung. Im weiteren Netz bieten grössere Fahrzeuge, Fahrplanverdichtungen oder Entlastungsbusse mehr Komfort für die Reisenden. Mehrere neue Linienführungen verbessern überdies das bisherige Angebot in Urdorf und Dietikon.

##### Neuerungen im Stadtnetz

*Einfacherer Zugang für mobilitätsbehinderte Personen:* Seit 2010 stehen alle 88 Cobra-Tramzüge vollzählig im Einsatz. Damit weist die Tramflotte fast zur Hälfte Niederflurfahrzeuge auf. Auf den Tramlinien 6 und 10 fahren ausschliesslich Niederflurfahrzeuge. Sie werden damit den Bedürfnissen mobilitätsbehinderter Passagiere vollständig gerecht. Bei den Tramlinien 2, 3, 4, 7, 9, 11, 13 und 14 sind mindestens 50% der Fahrzeuge niederflurig. Spontan Reisende dürfen sich darauf verlassen, dass mit wenigen Ausnahmen jede zweite Fahrt mit einem Niederflurfahrzeug stattfindet. Lediglich auf den Linien 5, 8 und 15 werden sie nicht eingesetzt, weil fast alle Haltestellen auch von andern Linien bedient werden. Der Online-Fahrplan gibt Auskunft über die mit Niederflurfahrzeugen geplanten Fahrten. So können mobilitätsbehinderte Personen ihre Reise



Dank niederflurigen Trams wird der Zugang für Mobilitätsbehinderte einfacher.

besser planen. Wo vorhanden, wird ausserdem auf den elektronischen Abfahrtsanzeigen auf die Niederflurigkeit hingewiesen.

*Linie 38:* Damit der Mittagskurs der Linie 38 besser an die Schulzeiten des Schulhauses Bläsi am Meierhofplatz angepasst ist, erfolgt die Abfahrt neu um 11.55 Uhr ab Schützenhaus Höngg.

*Linie 39:* Die neue Haltestelle Schanzackerstrasse der Linie 39 erschliesst neu das Altersheim Oberstrass.

*Linie 40:* Die Endhaltestelle der Linie 40 liegt neu an der Glaubtenstrasse anstatt wie bisher beim Rebhüsli. Die Fahrgäste erhalten dadurch Anschlüsse an weitere Buslinien. Zudem halten die Busse zusätzlich beim Radiostudio. In den Nebenverkehrszeiten verkehrt der Bus im 30-Minuten-Takt.

*Linie 46:* Zwei Entlastungsbusse verschaffen den Reisenden der Linie 46 mehr Luft. Die zusätzlichen Busse fahren in den Hauptverkehrszeiten morgens ab Lehenstrasse Richtung Hauptbahnhof.

Für die Sicherung des Schulwegs wurde die Regensdorferstrasse umgestaltet. Dabei wurde die Lage der Haltestelle Segantinistrasse verschoben. Da sie neu dicht an der Haltestelle Segantinistrasse Nord liegt, wurde diese aufgehoben.

*Linien 61/62:* Die neue Linie 61 fährt nach Mühlacker und die Linie 62 nach Unteraffoltern. Bisher ist die Linie 62 diese Routen alternierend gefahren. Mit dieser Aufteilung auf zwei Linien werden Missverständnisse rund um das Endziel der Busse vermieden.

*Linien 64/75:* Zwecks besserer Verteilung der Fahrgäste auf die Linien 64 und 75 wird die Abfahrtszeit der Linie 64 ab Bahnhof Oerlikon und ab Maillardstrasse um wenige Minuten verschoben.

*Linie 70:* Auf Wunsch der Fahrgäste verschieben sich die Abfahrtszeiten der Buslinie 70 abends um 2 ½ Minuten nach hinten. So kann der Bus nach 20.28 Uhr die Ankunft der Linie 7 an der Haltestelle Morgental abwarten und den Anschluss stadtauswärts sicherstellen.

*Linien 89/95:* Um die Arbeitsplätze zwischen Sihlcity und Bahnhof Altstetten optimal bedienen zu können, fährt die Linie 89 auf dieser Strecke während der Hauptverkehrszeiten alle 7 ½ Minuten. Jeder zweite Bus fährt weiter bis zur Endhaltestelle Heizenholz, so dass auf diesem Abschnitt alle 15 Minuten eine Verbindung besteht. In den Nebenverkehrszeiten wird die

gesamte Linie weiterhin im 15-Minuten-Takt bedient. Die Linie 89 bietet im Frankental Anschluss an die Linie 485. Damit besteht eine attraktive Verbindung von Altstetten ins Furtal. Die Linie 95 ergänzt die Linie 89 auf dem Abschnitt Freilager-Bahnhof Altstetten zu den Hauptverkehrszeiten im 7 ½-Minuten-Takt. So besteht insgesamt alle 3 ¼ Minuten eine Verbindung zwischen Kappeli und dem Bahnhof Altstetten.

### Neuerungen im Mittleren und Oberen Glattal

*Linie 743:* Die Linie wird von Montag bis Freitag morgens um 6.32 und 7.02 Uhr ab Fällanden, Neuhaus, in Richtung Stettbach durch zusätzliche Fahrten verstärkt. Zusätzlich wurde die Umsteigeverbindung an der Haltestelle Fällanden, Gemeindehaus, auf die Linie 786 nach Benglen und Pfaffhausen optimiert.

*Linie 744:* Die Linienführung der Linie 744 wird im Gebiet Scheuren leicht angepasst. Mit der verschobenen Haltestelle Scheuren, Station, werden Umwege vermieden, und den Fahrgästen bleibt genügend Zeit, auf die Forchbahn umzusteigen.

*Linie 751:* Die bisher provisorische Linienführung im Sonnental hat sich bewährt und wird definitiv beibehalten. Damit kann die Stausituation vor der Einmündung in die Zürichstrasse umfahren werden. In der Nebenverkehrszeit verschieben sich die Abfahrten und Ankünfte der Linie 751 um 15 Minuten. Dadurch ergibt sich am Bahnhof Stettbach neu der Anschluss an die S12 Richtung Zürich. Der Fahrplan in der Hauptverkehrszeit bleibt unverändert.

*Linien 753/786:* Die Fahrzeiten wurden in Vorbereitung einer Grossbaustelle in Fällanden leicht angepasst.

*Linie 786:* Die Abfahrtszeiten der Linie 786 ab Fällanden, Industrie, wurden angepasst, so dass die Fahrgäste in Fällanden, Gemeindehaus, von der Linie 743 aus Stettbach auf die Linie 786 nach Benglen und Pfaffhausen umsteigen können.

*Linien 748, 752, 754, 760, 787 und 796:* Diese Linien werden neu durch die VBG betreut.

### Neuerungen im Limmattal

Das Industriegebiet Bergermoos bietet viele Arbeitsplätze. Deshalb fahren die VBZ mit grösseren Bussen hin. In Birmensdorf konnte mit der neuen Linie 314 eine direkte Verbindung zum Bezirkshauptort Dietikon geschaffen werden.

Die Buslinien im Limmattal sind fein aufeinander abgestimmt. Das neu strukturierte Liniennetz in Dietikon und Urdorf erlaubt es, die obigen Massnahmen für alle Fahrgäste sinnvoll umzusetzen.

*Linie 301:* Die Linie 301 wird auf den Abschnitt Oetwil a.d.L.–Dietikon, Bahnhof, gekürzt. So werden die Anschlüsse an die S-Bahnen sichergestellt. Die bisherige Strecke wird durch die neue Linie 311 bedient.

*Linie 303:* Das Angebot der Linie 303 wurde noch besser auf die Ladenöffnungszeiten des Shopping-Centers ausgerichtet. Vier zusätzliche Fahrten ergänzen den Fahrplan, dafür wurden weniger nachgefragte Fahrten aufgehoben.

*Linie 304:* Die Linie 304 wurde auf den Abschnitt Frankental–Dietikon Bahnhof gekürzt. So werden die Anschlüsse an die S-Bahnen sichergestellt.





Das neue Liniennetz im Limmattal.

**Linie 305:** Die Abfahrtszeiten der Linie 305 wurden besser auf die Schulzeiten abgestimmt. Der bisherige Umweg über Stelzenacker entfällt beim letzten Kurs am Abend.

**Linie 306:** Die letzte Abfahrt ab Bahnhof Dietikon ist neu um 0.05 Uhr.

**Linie 308:** Die Linie 308 wurde bis Oberurdorf verlängert.

**Linie 309:** Die Betriebszeiten der Linie 309 wurden den verlängerten Ladenöffnungszeiten und der gestiegenen Nachfrage angepasst. In den Hauptverkehrszeiten werden neu zwei Gelenkbusse eingesetzt. Der 10-Minuten-Takt wurde besser auf die Pendlerzeiten abgestimmt.

**Linie 311:** Die neue Linie 311 führt von Dietikon Bahnhof nach Urdorf Weiherrmatt. Sie übernimmt die Erschliessung der bisherigen Linie 301 im südlichen Limmattal.

**Linie 314:** Die neue Linie 314 führt von Dietikon Bahnhof via Bergermoos nach Birmensdorf Bahnhof. Sie übernimmt den Teil der bisherigen Linien 304 und 321 im südlichen Limmattal. Damit wird Birmensdorf während der Hauptverkehrszeiten ohne Umsteigen mit dem Bezirkshauptort Dietikon verbunden. Das Industriegebiet Bergermoos/Ristet wird mit grösseren Fahrzeugen bedient.

**Linie 321:** Die Linie 321 wurde aufgehoben.

**Linie 323:** Die Abfahrtszeiten der Linie 323 wurden um wenige Minuten verschoben, so dass die Anschlüsse auf die Tramlinie 13 im Frankental gewährleistet sind.

### Neuerungen am Unteren Pfannenstiel

**Linie 912:** Während der Hauptverkehrszeiten fahren auf der Linie 912 seit Ende August zwei Gelenkbusse, womit dem Bedarf nach höheren Kapazitäten Rechnung getragen wurde.

### Neuerungen am Unteren Zimmerberg

**Linien 161 und 165:** Das Krankenhaus Sanitas ist durch die im letzten Jahr eingeführte Linie 185 erschlossen. Deshalb bedient die Linie 161 neu auch nach 21 Uhr nunmehr die Strecke Zürich, Bürkliplatz–Kilchberg, Kirche. Die Fahrzeiten der Linien 161 und 165 wurden um wenige Minuten angepasst, wodurch in Rüschiikon die Anschlüsse an die S8 Richtung Pfäffikon und die S24 Richtung Zürich gewährleistet sind. Zudem gibt es einen zusätzlichen Kurs um 19.05 Uhr ab Bürkliplatz, Richtung Rüschiikon, Merisbrunnen. So haben die Fahrgäste zwischen Bürkliplatz und Stadtgrenze abends von 16 bis 19.30 Uhr alle 7½ Minuten eine Busverbindung.

**Linien 161/165/N15:** Die Busse stadteinwärts erhielten ab Fahrplanwechsel eine eigene Spur. Deshalb wurden die zwei Haltestellen Schweizer Rück und Rentenanstalt in den Mythenquai verlegt. Die Fahrzeuge der Linien 161, 165 und N15 stehen so weniger im Stau, und die Fahrgäste sind schneller am Ziel.

**Linie 163:** Die drei neuen Haltestellen Obere Hornhalde, Emilienheim und Breitloo verbessern die Erschliessung des Quartiers. Um die Haltestellen optimal bedienen zu können, wendet die Linie 163 neu über die Stockenstrasse statt wie bisher an der Haltestelle Neubühl. Die Haltestelle Neubühl wird nur noch von der Linie 66 bedient. Die Strecke zwischen der neuen Haltestelle Obere Hornhalde und Neubühl beträgt zu Fuss jedoch nur ca. vier Minuten – das Umsteigen zwischen den Linien 163 und 66 bleibt so weiterhin möglich.

**Linien 184/185:** Die Fahrzeiten der Linien 184 und 185 wurden gestrafft.

### Steigerung der Kundenzufriedenheit

Der Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) führt alle zwei Jahre eine Kundenbefragung zur Messung der Servicequalität durch. Die im Dezember erschienenen Ergebnisse sind für die VBZ sehr erfreulich. Gegenüber der letzten Messung im Jahr 2008 konnte die Kundenzufriedenheit gesteigert werden. Bei den Fahrleistungen erhöhte sich die Gesamtnote um 2 auf 77 Punkte. Auch bei der Bewertung der Marktaufgaben, wie z. B. Verkaufsstellen oder Haltestelleninfrastruktur, haben sich die VBZ verbessert.

## Produkte und Dienstleistungen

	2006	2007	2008	2009	2010
Ticketumsatz total in Mio. Fr.	191	202.7	212.8	217.4	229.4
– davon VBZ-Ticketerias	79.1	81.8	84.6	77	75.9
– davon ZVV-Contact	26.6	29.3	31.9	46.2	55.3
Kundenkontakte bei ZVV-Contact	154 888	162 640	174 651	164 705	160 739
– davon Kundenreaktionen	6 238	5 751	5 424	5 831	6 713
Fundbüro: abgegebene Fundgegenstände	28 366	29 075	28 230	28 848	29 537
VBZ Traffic Media, Umsatz in Mio. Fr.	11.2	11.6	13.4	11.2	11.8
VBZ-Extrafahrten, Umsatz in Mio. Fr.	2.6	2.7	3.1	2.82	3

### *Verkauf und Dienstleistungen für den Zürcher Verkehrsverbund*

Die leichte Erholung in der Wirtschaft hat sich positiv auf den Ticketumsatz ausgewirkt. Der Umsatz im Jahr 2010 betrug 229,4 Mio. Fr. Dies bedeutet eine Steigerung von 5,5 % gegenüber dem Vorjahr. Insbesondere der Verkauf der Jahresabonnemente zeigt eine positive Tendenz.

### *Traffic Media*

Die ÖV-Werbung war von der Wirtschaftskrise nur partiell betroffen. Die Nachfrage nach den Kernprodukten im Bereich Traffic Media blieb stabil. Einen Einbruch erlitt der Verkauf der Plakatflächen an den Haltestellen, die durch den Vertriebspartner (APG Affichage) vermarktet werden.

Die VBZ führten neue Produkte ein und verfolgten das Ziel, auch bei den Kernprodukten weiter zuzulegen. Die Tarife für Innen- und Aussenwerbung wurden leicht erhöht. Schon im ersten Quartal zeigte sich, dass sich die ÖV-Werbung erfreulich entwickelt. Besonders die Nachfrage nach Hängekartons/Dispensern, Transparenten sowie die Cobra-Aussenwerbung zogen spürbar an.

Seit Juli bieten die VBZ drei neue Werbemittel an: die Bus-GanzHeck-Werbung, das «Moving Poster» sowie Bodenkleber in den Tramfahrzeugen. Zusätzlich wurden klare Konditionen und Leistungspakete für die beliebten Werbewelten-Trams erarbeitet. Das «Moving Poster» ermöglicht auch beim Tramfahrzeug eine stärkere Inszenierung und höhere Beachtung einer Marke. Die GanzHeck-Werbung wurde bereits von zahlreichen renommierten Kunden gebucht.

Insgesamt konnte ein Umsatz von 11,8 Mio. Fr. erzielt werden. Dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 7,9 %.

### *Extrafahrten*

Für den Bereich Extrafahrten verlief das Jahr sehr erfreulich. Das Sightseeing-Tram erfreut sich weiterhin grosser Beliebtheit

bei in- und ausländischen Gästen. Mit dem Zürlieder-Tram wurde im Herbst ein neues Produkt lanciert, das in den ersten Monaten eine Auslastung von über 90 % aufweist. Die Zahl der geschlossenen Gesellschaftsfahrten und der Catering-Umsatz haben sich weiterhin positiv entwickelt. Speziell zu erwähnen ist dabei die Anzahl geschlossener Fonduefahrten für Gruppen. Hier konnte eine Steigerung von über 20 % gegenüber dem Vorjahr verzeichnet werden.

Der Umsatz im Bereich Extrafahrten beträgt total 3,0 Mio. Fr., was eine Steigerung von 7,1 % gegenüber 2009 bedeutet.

### *Key Account Management*

Trotz eines schwierigen wirtschaftlichen Umfelds konnte das Ergebnis des Vorjahres leicht gesteigert werden. Die Ursachen liegen zum einen in einem kontinuierlich leicht zunehmenden Verlauf der Nutzungsquote bei bestehenden Partnerfirmen, was für die ungebrochene Attraktivität des ZVV-BonusPasses und eine intakte Mund-zu-Mund-Werbung innerhalb der Partnerfirmen spricht. Zum anderen konnten weitere Unternehmen akquiriert werden, die ihren Mitarbeitenden in Zukunft den ZVV-BonusPass zu Vorzugskonditionen anbieten werden.

### *ZVV-Contact*

Im Auftrag des Zürcher Verkehrsverbundes betreiben die VBZ den Kundendienst für alle Verbundspartner.

Über alle Kanäle gerechnet ist die Kontaktzahl mit 160 739 Kontakten gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken (minus 2,4 %).

Mit 6 713 Kundenreaktionen wurden bei ZVV-Contact 15 % mehr Reklamationen als im Vorjahr gezählt. Wichtigste Themen bei den Kontakten waren Zuverlässigkeit, Fahrpersonal und Unzufriedenheit mit dem Fahrplanangebot.

85,78 % aller Anrufe wurden innert 15 Sekunden beantwortet. 99,64 % aller Kundinnen und Kunden, die eine E-Mail geschrieben haben, erhielten innert fünf Stunden eine Erstantwort.

Das Aboservice-Center hat mit 42,9 Mio. Fr. einen neuen Umsatzrekord erzielt und ist damit der umsatzstärkste Verkaufskanal im ganzen ZVV. Eine neue Dienstleistung, die Bezahlungsmöglichkeit der Jahres-NetzPässe mit Rechnung, ist bei Kundinnen und Kunden sehr beliebt.

#### Veranstaltungskooperationen

Total wurden 72 Veranstaltungskooperationen durchgeführt und somit die entsprechenden Anlässe optimal mit dem öffentlichen Verkehr verbunden. Besonders zu erwähnen sind: Weltklasse Zürich, Körperwelten, Circus Knie, Open Air Zürich, Cirque du Soleil, U2, Schweizermacher und Swiss Christmas. Der Umsatz Kooperationen und Spezialkarten beträgt 2,2 Mio. Fr. Nebst dem Sushi- und dem Fonduetram konnte neu auch das Zürlieder-Tram erfolgreich gestartet werden.

#### VBZ-Ticketerias

Getreu dem Leitsatz «Gute Beratung inklusive» bieten die VBZ ihren Kundinnen und Kunden in den persönlich bedienten Verkaufsstellen professionelle und kompetente Beratung. Die VBZ-Ticketerias konnten mit 75,9 Mio. Fr. den Umsatz des letzten Jahres knapp nicht erreichen.

#### Fundbüro

Die Anzahl abgegebener Fundgegenstände hat gegenüber dem Vorjahr um 689 auf 29 537 zugenommen. Davon konnten 51,47 % vermittelt werden. Die Qualität des Fundgutes ist im Vergleich zu früheren Jahren etwa gleich geblieben. Es wurden zwar mehr Fundgegenstände abgegeben, aber keine

### Fahrgastkontrollen

	2006	2007	2008	2009	2010	Veränderung von 2009 zu 2010 in %
Zeitaufwand Kontrolle	32364 Std.	40561 Std.	40085 Std.	42 892 Std.	46906 Std.	+9.35 %
Kontrollierte Fahrgäste	3 035 473	3 259 817	2 856 476	3 216 558	3 836 903	+19.28 %
Gebühreneinnahmen in Fr.	2 652 728	2 839 813	3 107 937	3 347 542	3 641 608	+8.78 %
Schwarzfahrerquote	1.09 %	1.01 %	1.17 %	1.24 %	1.03 %	-16.94 %
Schwarzfahrerquote*	0.88 %	0.80 %	0.93 %	0.99 %	0.81 %	-18.19 %

\* nach Berücksichtigung vorgewiesener persönlicher Abonnements

#### 4.5.6 Einsatz Fahrzeugflotte

##### Bus

Die Ausschreibung für die Beschaffung von neuen Trolleybussen wurde im Oktober veröffentlicht. Ziel ist es, die alten Hochflurbusse durch moderne und klimatisierte Niederflurfahrzeuge abzulösen. Beschafft werden zwölf Doppelgelenktrolleybusse und 21 Gelenkbusse. Durch diese Beschaffung bekennt sich die Stadt Zürich zum CO<sub>2</sub>-armen Verkehrsmittel Trolleybus und somit zum umweltfreundlichen öffentlichen Verkehr.

##### Tram

Im März bzw. Juni testeten die VBZ je ein Tram des Typs «Flexity Outlook» aus Augsburg bzw. «Combino» aus Bern. Bereits im Vorjahr war ein «Tango»-Tram aus Basel in Zürich zu Besuch.

besonders wertvollen. Deshalb gingen die Einnahmen aus den Gebühren leicht zurück und betragen 46 667.60 Franken (minus 3,25 %). Immer mehr Verlustmeldungen gehen per E-Mail ein. 8326 Anfragen konnten auf diesem Weg beantwortet werden, was einer Zunahme von 214 Kontakten entspricht. Am Schalter konnten hingegen mit 31 092 Kundinnen und Kunden leicht weniger Personen bedient werden als im Vorjahr (minus 0,54 %). 28 152 Personen (plus 8,6 %) wurden am Telefon betreut, Tendenz steigend. Die Versteigerungen haben wie gewohnt eine hohe Beachtung erreicht.

#### Neuer Internetauftritt

Am 1. April haben die VBZ ihren neuen Internetauftritt aufgeschaltet, der an die Struktur des gesamtstädtischen Internetauftritts angepasst ist. Mit dem neuen Auftritt wird gewährleistet, dass beispielsweise auch Personen mit einer Sehbehinderung die relevanten Informationen ohne Einschränkung finden. Viele Informationen werden übersichtlicher als früher dargestellt. Zum Beispiel sind die Informationen zu Betriebsänderungen und Verkehrsstörungen nicht nur prominent auf der Einstiegsseite abrufbar, sondern auch optisch gut nachvollziehbar. Die VBZ treten im Netz nun auch mit einem erweiterten Auftritt in englischer Sprache auf.

#### Fahrgastkontrollen

Auf dem Marktgebiet der Verkehrsbetriebe sowie im Auftrag der Verkehrsbetriebe Glattal auf der Glattalbahn wurden total 3 836 903 Fahrgäste kontrolliert. Die bereinigte Schwarzfahrerquote lag mit 0,81 % markant tiefer als im Vorjahr.

Der Testbetrieb ist einer von weiteren Schritten zur Beschaffung der neuen Tramgeneration. Die ersten Tram 2000 werden im Jahr 2016 40 Jahre alt sein. Geplant ist, diese Fahrzeuge ab diesem Zeitpunkt aus dem Linienverkehr zu nehmen.

#### Leitstelle

An den langen und sehr kalten Wintertagen wurde auf der Leitstelle nach einem verstärkten Dienstplan gearbeitet. Der grosse planerische und personelle Aufwand für die 1.-Mai-Kundgebung, das Züri-Fäscht sowie die Streetparade machte sich bezahlt: Die drei Grossanlässe verliefen bei den VBZ ohne besondere Zwischenfälle. Zu schaffen machten die Baustellen im Zusammenhang mit den flankierenden Massnahmen Westumfahrung. Daraus resultierten vor allem auf den Trolleybuslinien 31, 32 und 33 Verspätungen, die immer wieder zu instabilen Fahrplanlagen führten.

#### 4.5.7 Substanzerhaltung

##### Baustellen

Die VBZ hatten 18 grosse Gleisbaustellen, davon sechs Reparaturbaustellen. In der Bahnhofstrasse waren Reparaturen in einem grösseren Bereich zwischen Bürkliplatz und Uraniastrasse auszuführen. Besonders erwähnenswert sind auch der Umbau und die Erneuerung der gesamten Gleise in der Abstellanlage Kalkbreite. Zusätzlich wurden im Zusammenhang mit dem Neubau Tram Zürich-West die gesamten Gleisanlagen auf dem Escher-Wyss-Platz und auf dem Depotvorplatz Hard erneuert. Betriebseinstellungen mit Busersatz oder Tramumleitungen fanden an 14 Samstagen respektive Gleisbauwochenenden statt. Bei der Gesamterneuerung der Abstellanlage beim Depot Kalkbreite und beim Umbau des Escher-Wyss-Platzes im Zusammenhang mit dem Neubau Tram Zürich-West erfolgten die Arbeiten von Montag bis Freitag während mehrerer Wochen (fünf Wochen in den Sommerferien).

Auf nachfolgenden 18 grossen Baustellen wurden insgesamt 9310 m Gleis erneuert, 67 Weichen ausgewechselt und 19 Schmieranlagen montiert:

- Schleife Stettbach
- Tram Zürich-West (Escher-Wyss-Platz und Neubaustrecke)
- Birmensdorferstrasse, Bahnhof Wiedikon bis Seebahnstrasse
- Forchstrasse, Haltestelle Friedhof Enzenbühl
- Albisstrasse, Kilchberg- bis Studackerstrasse
- Albisstrasse, Kilchbergsteig bis Haus Nr. 38
- Bahnhofstrasse, Bärengasse bis Rennweg
- Bürkliplatz, Anfang Bahnhofstrasse
- Limmatquai, Utoquai bis Münsterbrücke
- Seefeldstrasse, Haltestelle Wildbach- bis Bellerivestrasse
- Albisstrasse, Else-Züblin- bis Püntstrasse
- Schaffhauserstrasse, Baumackerstrasse bis Sternen Oerlikon
- Heimplatz, Rämi- bis Kantonsschulstrasse
- Kalkbreite Abstellanlage, Kalkbreitestrasse
- Birmensdorferstrasse, Seebahn- bis Zentralstrasse
- Birmensdorferstrasse, Kurve Ämtlerstrasse
- Birmensdorferstrasse, Zurlinden- bis Zweierstrasse
- Rämistrasse, Gleisdreieck Gloriamstrasse



Grossbaustelle am Escher-Wyss-Platz.

##### Wartehallen

Die VBZ haben für ihre Kundinnen und Kunden 13 Wartehallen neu gebaut und an acht Wartehallen grössere Anpassungen vorgenommen. Entlang der Neubaustrecke für das Tram

Zürich-West ist der Stahlbau von drei Wartehallen bereits abgeschlossen.

##### Haltestellen

Die VBZ konnten ein wichtiges und langwieriges Projekt abschliessen. Seit Mitte Dezember 2010 präsentiert sich der Milchbuck in seinem neuen Gewand. Auf der grosszügigen Anlage finden die Kundinnen und Kunden viele Sitzgelegenheiten, einen begehbaren Kiosk, ein behindertengerechtes ZüriWC und einen Bancomaten.

An der Haltestelle Schmiede Wiedikon wurden zwei weitere Exemplare der in der Rückwand geöffneten Wartehallen in Betrieb genommen. Diese zeichnen sich durch eine gute Durchlässigkeit zwischen dem rückwärtigen Raum und der Haltekante aus.

Das Grobnetz für den hindernisfreien Zugang zu den VBZ-Fahrzeugen wurde weiter umgesetzt. 15 weitere Haltestellen sind nun für Behinderte zugänglich. An einer Haltestelle sind durchgehend hohe Haltekanten gebaut worden, neun Haltestellen verfügen neu über teilerhöhte Bereiche (Kissen), und fünf Haltestellen sind so umgebaut worden, dass man sie einfach mit der mobilen Rampe bedienen kann. Insgesamt sind nun 63 Haltestellen behindertengerecht ausgebaut. An 21 Haltestellen gibt es durchgehend hohe Haltekanten, und 42 Haltestellen bieten eine Kissenlösung. An immerhin 20 Haltestellen ist der Einsatz der mobilen Faltrampe ohne Einschränkung möglich.

##### Liegenschaften

In den verschiedenen Depots und Garagen der VBZ sind Sanierungen an den Bauten nötig. In der Busgarage Hardau ist das umfangreiche Sanierungsprojekt für die Busabstellhalle so weit vorangekommen, dass mit der Umsetzung Anfang 2011 gestartet werden kann. Ebenso wurden detaillierte Machbarkeitsstudien zu den Sanierungsvorhaben der Depots Wollishofen, Irchel und Kalkbreite angefertigt.

Zahlreiche, sicherheitsrelevante Erneuerungen konnten an verschiedenen Standorten realisiert werden. Insbesondere mit der Inbetriebnahme des neuen, elektronischen Schliesssystems auf dem Areal Altstetten wurde der Sicherheitsstandard auf die heutigen Erfordernisse angehoben.

Erneut wurden grosse Anstrengungen zur nachhaltigen Verbesserung der Energieeffizienz in den VBZ-Liegenschaften und deren Gebäudetechnik unternommen, so dass die Ziele der kantonalen Vereinbarung wiederum erreicht wurden.

#### 4.5.8 Mitunternehmerinnen und Mitunternehmer

Der Personalbestand war durch eine hohe Stabilität gekennzeichnet. Die schon tiefe Gesamtfuktuation (brutto) ging im Berichtsjahr noch etwas zurück und betrug noch 5,6%, knapp 1,5% weniger als im Vorjahr. Auch die freiwilligen Abgänge, die so genannte Nettofuktuation, sank leicht auf 2,8%. Mittelfristig wird dieser Wert aufgrund der zunehmenden Pensionierungszahlen jedoch wieder steigen. Der Frauenanteil blieb bei knapp 17% stabil, und auch der Anteil der ausländischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter liegt praktisch unverändert bei 16%. Der Anteil an Teilzeitarbeit konnte hingegen spürbar von 16 auf 18% gesteigert werden.

In der Umsetzung ihrer Personalstrategie haben die VBZ wichtige Akzente setzen können. Drei Punkte sind besonders

hervorzuheben: Personalmarketing, Personalentwicklung und Gesundheitsmanagement.

### **Personalmarketing**

*Wir bewerben uns:* Beim Personalmarketing stellen die VBZ die potenziellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und deren Informationsbedürfnisse konsequent in den Mittelpunkt. Darum bewerben sich die Chefinnen und Chefs persönlich – per Jobvideo – bei den Stelleninteressenten. Gleichzeitig haben die VBZ die Stelleninserate abgeschafft und schärfen so ihr Image als interessante Arbeitgeberin.

### **Personalentwicklung**

*Führungsentwicklung Basis:* Bei der Entwicklung der Führungskräfte gehen die VBZ neue Wege. Der erste Lehrgang richtet sich an gestandene und meist langjährige Vorgesetzte, die in den Genuss einer gezielten und intensiven modularen Förderung kommen. Pilotlehrgänge für junge Talente und das obere Kader sind als Nächstes vorgesehen.

### **Gesundheitsmanagement**

Die Taskforce Betriebliches Gesundheitsmanagement, bestehend aus internen Spezialisten der Bereiche Arbeitssicherheit, Personalmanagement und Case Management, ist beauftragt, die Unfallzahlen und Krankheitstage aus dem Jahr 2009 zu analysieren und gesundheitsförderliche Massnahmen, beispielsweise ein einheitliches Präsenzmanagement, zu erarbeiten. Mit weiteren Aktionen sollen die bestehenden Massnahmen besser koordiniert und das Angebot auf Bereiche wie Freizeitsicherheit und Ergonomie ausgebaut werden.

Ebenfalls neu erarbeitet wurde ein Kursprogramm «Mein Ich-Gewicht» für Fahrdienstmitarbeitende, die ihr Körpergewicht reduzieren wollen.

### **Case Management**

Case Management am Arbeitsplatz wurde 2005 in den VBZ und zwei Jahre später in allen Dienstabteilungen der Stadt eingeführt. 2010 konnte die Einführungs- und Versuchsphase abgeschlossen werden. Dazu wurden umfangreiche Auswertungen und ein Schlussbericht erstellt. Dank der nachhaltigen Reduktion von Neu-Invalidisierungen und den damit verbundenen Kosteneinsparungen konnte die Pensionskasse der Stadt Zürich die Risikoprämie per 1. 1. 2011 von 4 auf 3 % senken. Neu soll das Case Management unter der Leitung von HR Stadt Zürich zentral geführt werden. Das DIB soll aber weiter über ein eigenes, dezentral geführtes Case Management verfügen. Die Einheit ist organisatorisch bei den VBZ angesiedelt und erbringt die Dienstleistung für alle drei Dienstabteilungen im Departement.

### **4.5.9 Finanzen**

Der Zürcher Verkehrsverbund entschädigte die Verkehrsbetriebe mit 487 652 593 Franken. Der Betrag richtete sich nach den im Transportvertrag für die Fahrplanperiode 2009/2010 vereinbarten Leistungen. Bei einem Betriebsaufwand in der Höhe von 488 347 188 Franken resultierte ein Aufwandüberschuss von 694 595 Franken. Der Verlust wurde aus der Gebundenen Spezialreserve gedeckt (Entnahme aus dem Ausgleichskonto der Spezialfinanzierung).

Die Nettoinvestitionen belaufen sich auf 120,974 Mio. Fr.



## 5. Parlamentarische Vorstösse

### I. Unerledigte Motionen und Postulate

Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2010)

Motionen und Postulate, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

MOT = Motion (Erledigungsfrist zwei Jahre nach Überweisung)

POS = Postulat (Erledigungsfrist zwei Jahre nach Überweisung)

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS	13.06.1990	Brändli Sebastian und 7 Mitunterzeichnende
1994/004213	18.03.1992	Traminsel Kreuzplatz, Verbreiterung
1990/000168		

*Der Stadtrat wird gebeten, die Traminsel Kreuzplatz für die Linien 11 und 15 sowie der Forchbahn und des Busses Nummer 31 (stadtauswärts) zu verbreitern; die derzeit dreispurig auswärts führende Kreuzbühlstrasse beim Kreuzplatz (zwischen Migros und Tramhaltestelle) müsste zu diesem Zwecke auf zwei Spuren reduziert werden. Der Stadtrat wird deshalb eingeladen, bei den zuständigen Stellen zugunsten einer Spurreduktion vorzusprechen.*

Im aufgelegten Projekt zur Neugestaltung des Kreuzplatzes sind sowohl die Verbreiterung der Traminsel als auch die Reduktion auf zwei Fahrspuren enthalten. Die heutige Rechtsabbiegespur von der Kreuzbühlstrasse in die Zollikerstrasse soll aufgehoben werden. Als Folge eines Beschwerdeverfahrens musste zusätzlich eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden. Deren Abschluss erfolgte Ende 2010. Es wird nun ein erneutes Planaufgabenverfahren mit Rekursmöglichkeit erfolgen. Der Baubeginn musste wegen der entstandenen Verzögerung und wegen des bereits gedrängten städtischen Bauprogramms für die Jahre 2013 und 2014 auf frühestens 2016 verschoben werden.

POS	08.02.1995	Tschopp Kurt
1995/000546	29.03.1995	Bushaltestelle Bahnhof Wipkingen, Errichtung eines Unterstands
1995/000050		

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob an der Bushaltestelle Bahnhof Wipkingen, beim Coop-Zentrum, ein Unterstand errichtet werden kann.*

Die Haltestelle wird auf die Nordbrücke verschoben und mit einem Wetterschutz versehen. Infolge Verzögerungen der Planung konnten die Arbeiten nicht wie in der Bauplanung vorgesehen 2010 durchgeführt und abgeschlossen werden, sondern voraussichtlich erst 2012.

POS	20.03.1996	Virag Jansen Eva
1996/000607	06.11.1996	Tramhaltestelle Laubegg, Verbesserung der Sicherheit
1996/000087		

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Tramhaltestelle Laubegg für die Fahrgäste sicherer gemacht werden kann.*

Nach langen Verhandlungen konnte Ende 2007 ein Konsens mit dem Kanton zur Verlegung der Haltestelle Laubegg gefunden werden. Neu sollen die Tramlinien 5, 13 und der Bus 89 auf der Höhe des Einkaufszentrums Brunaupark halten. Bergwärts soll eine Kaphaltestelle entstehen, talwärts eine Haltestelle mit Fussgängerinsel. Beide Haltestellen werden mit erhöhten Haltekanten (Kissenlösung) für einen stufenfreien Einstieg und taktilen Bodenmarkierungen für Sehbehinderte ausgestattet. Das Projekt wurde 2010 öffentlich aufgelegt. Wegen einer Einsprache im Zusammenhang mit dem nötigen Landerwerb oberhalb des Brunauparks musste die Realisierung um ein Jahr verschoben werden. Die Tiefbauarbeiten sind für 2011 geplant, die Gleisarbeiten und die Erstellung der Haltestellen für 2012. Der Umbau wird wesentliche Verbesserungen bei der Erreichbarkeit der Geschäfte im Brunaupark, bei der Aufenthaltsqualität an der Haltestelle sowie mehr Sicherheit bei der Überquerung der Strasse bringen.

POS	27.03.1996	Odermatt André und Scherr Niklaus
1996/000664	04.12.1996	Pumpspeicherprojekt «Grimsel West», Verhinderung weiterer Planung
1996/000100		

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie das kostspielige und aussichtslose Pumpspeicherprojekt «Grimsel West» der Kraftwerke Oberhasli AG, an der die Stadt Zürich zu einem Sechstel beteiligt ist, unter Anwendung aller rechtlich zur Verfügung stehenden Mittel und Möglichkeiten rasch beendet werden kann und wie der Moorschutz an der Grimsel fristgerecht in Übereinstimmung mit der Bundesverfassung vollzogen werden kann.*

Die Kraftwerke Oberhasli (KWO) haben das umstrittene Projekt «Grimsel West» zurückgezogen und anstatt dessen das Investitionsprogramm «KWO Plus» lanciert. Das Investitionsprogramm «KWO Plus» umfasst mehrere Einzelprojekte, so auch die Erhöhung der bestehenden Staumauer des Grimselsees. Das Bundesgericht hat das Urteil des Berner Verwaltungsgerichts bestätigt, mit dem die Baubewilligung für die Staumauererhöhung aufgehoben wurde, weil dafür eine Konzessionsänderung erforderlich ist. Dieser Entscheid hat Auswirkungen auf die anderen beiden wesentlichen Projekte von «KWO Plus»: Sowohl für die Leistungserhöhung der Kraftwerke Handeck und Innertkirchen als auch für das geplante Pumpspeicherwerk zwischen Räterichsbodensee und Oberaarsee ist eine Anpassung der Konzession notwendig. Die KWO hat im vergangenen Herbst die drei Konzessionsgesuche im Rahmen des Investitionsprogramms beim Kanton Bern eingereicht.



Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 1999/001794 1999/000502	06.10.1999 26.09.2001	Siegenthaler-Benz Rolf André und 2 Mitunterzeichnende Parkplätze am Stadtrand, Einbezug der VBZ-Billette in die Parkplatzkosten

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei Parkplätzen am Stadtrand das Fahrgeld für die VBZ in die Parkgebühr einbezogen werden kann.*

Der Stadtrat begrüsst eine Integration des ÖV-Tickets in die Parkierungsgebühr bevorzugt an Standorten, von denen aus die Innenstadt dank mehreren Linien des öffentlichen Verkehrs rasch und bequem erreicht werden kann. Die Verwaltung der Parkplätze soll dabei durch einen vorhandenen Anbieter und nicht durch die Verkehrsbetriebe erfolgen.

Längerfristig muss jedoch das Ziel sein, dass die ganze Reisekette von der eigenen Haustüre in der Region bis ins Stadtzentrum mit dem ÖV zurückgelegt wird. Der Stadtrat unterstützt deshalb die Strategie des Zürcher Verkehrsverbunds, der durch ein attraktives Verkehrsangebot mit einem 15-Minuten-Takt auf den wichtigen S-Bahn-Linien und mit deren optimaler Anbindung an das lokale Tram- und Busnetz seine Marktposition auch im Einkaufs- und Freizeitverkehr ausbauen will. Ein wichtiger Schritt hierzu wurde mit dem Ausbau des VBZ-Angebots abends und an Wochenenden sowie mit der Einführung des S-Bahn-kompatiblen 7,5-Minuten-Taktes in den Hauptverkehrszeiten per Fahrplanwechsel im Dezember 2008 vollzogen. Weiter fördern will der Stadtrat die Integration des ÖV-Tickets in den Eintrittspreis von Grossveranstaltungen.

POS 2000/000477 2000/000109	08.03.2000 05.04.2000	Manser Joe A. und Fritz Max Tramfahrzeuge, rollstuhlgängiger Einstieg
-----------------------------------	--------------------------	--

*Wir ersuchen den Stadtrat zu prüfen, wie bei sämtlichen neuen Fahrzeugen für den Trambetrieb der VBZ wie Cobra, Sänfte für Tram 2000 usw. mindestens ein Einstieg voll rollstuhlgängig realisiert werden kann. Dabei ist insbesondere auch eine gute Benutzbarkeit mit einem Elektrorollstuhl zu gewährleisten. Die hierfür erforderlichen Massnahmen können sowohl beim Fahrzeug als auch bei der Haltestelle getroffen werden. Bei der Abwägung der möglichen Massnahmen ist jedoch eine angemessene zeitliche Realisierbarkeit sowie die Kompatibilität der unterschiedlichen Lösungsvarianten zu berücksichtigen (Cobra, Sänfte, diverse Haltestellentypen usw.). Damit soll beim Trambetrieb der VBZ dem unternehmerischen Auftrag des Kantonsrats vom 6. März 1995 für die langfristige Entwicklung des ZVV-Angebots entsprochen werden.*

Der Stadtrat setzt sich für einen möglichst stufenfreien Zugang zum öffentlichen Verkehr ein. Da an Haltestellen in starker Kurvenlage keine Erhöhung möglich ist und ein Spalt zwischen Klapptritt und Bordsteinkante überbrückt werden muss, sind sowohl Cobra-Trams als auch Sänften mit Handfaltrampen ausgerüstet. Der fixe Einbau einer Klapprampe im Cobra-Tram erwies sich als nicht praxistauglich lösbar. Wo topografisch möglich und städtebaulich vertretbar, setzt der Stadtrat aber auf durchgehende oder mindestens punktuelle Erhöhung von Haltekanten (minimal sog. Kissen), die Menschen mit einer Behinderung eine autonome Benützung des öffentlichen Verkehrs ohne fremde Hilfe möglich machen. Von diesen Erhöhungen profitieren alle Fahrgäste, speziell aber auch ältere Menschen, Eltern mit Kinderwagen oder Personen mit grossem Gepäck.

Derzeit läuft die Anpassung ausgewählter Tramhaltestellen an die Bedürfnisse behinderter Menschen, die Umbauten werden kontinuierlich vorgenommen und bis 2014 abgeschlossen sein. Ein Netzplan mit dem aktuellen Umbaustand findet sich auf der Internetseite des Zürcher Verkehrsverbundes (ZVV) und wird regelmässig aktualisiert.

Im Berichtsjahr 2010 wurde die Ablieferung der niederflurigen Cobra-Trams abgeschlossen. Seit dem Fahrplanwechsel vom Dezember 2010 fahren auf den Linien 6 und 10 ausschliesslich Niederflurfahrzeuge, bei den Tramlinien 2, 3, 4, 7, 9, 11, 13 und 14 sind mindestens 50% der Fahrzeuge niederflurig. Spontan Reisende können damit rechnen, dass mit wenigen Ausnahmen, z.B. nach Störungen, jede zweite Fahrt mit einem Niederflurfahrzeug stattfindet. Lediglich auf den Linien 5, 8 und 15 werden keine Niederflurfahrzeuge eingesetzt. Sowohl im Online-Fahrplan unter [www.vbz.ch](http://www.vbz.ch) wie auch auf den Abfahrtsanzeigern an den Haltestellen ist ersichtlich, welche Kurse mit Niederflurfahrzeugen gefahren werden.

POS 2000/000631 2000/000149	29.03.2000 28.06.2000	Prelicz-Huber Katharina und 10 Mitunterzeichnende Hardturmstrasse, Begrünung des Tramtrassees
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten, die bereits mehrfach versprochene Begrünung des Tramtrassees zur wirksamen Reduktion der Lärmbelastung durch die Tramlinie 4 an der Hardturmstrasse zu realisieren.*

Für die Strecke vom Hardturm bis nach der Haltestelle Förrlibuckstrasse wird ein Grüntrasse von Tiefbauamt, Verkehrsbetrieben und Dienstabteilung Verkehr als realisierbar beurteilt. Es müsste allerdings wegen der zahlreichen Zufahrten über die Gleise häufig durch Hartbelag unterbrochen werden, was die erhoffte lärmdämmende Wirkung mindert. Über die Begrünung wird im Rahmen der Neugestaltung der Hardturmstrasse entschieden. Diese soll 2012 beginnen; die Gleiserneuerung ist für 2013 geplant.

MOT 2000/000627 2000/000145	29.03.2000 06.11.2002	Spring-Gross Monika und Prelicz-Huber Katharina Escher-Wyss-Quartier, Realisierung von Verbindungswegen
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Erstellung des noch fehlenden Teilstücks des linksseitigen Limmatuferwegs zwischen der Siedlung LimmatWest und dem Escher-Wyss-Platz vorzulegen. Gleichzeitig soll der auf der Höhe der Hardturmstrasse 66 geplante FussgängerInnensteig über die Limmat zum GZ Wipkingen realisiert werden.*

Der Ampèresteg über die Limmat wurde 2004 realisiert. Das letzte fehlende Wegstück vor dem Escher-Wyss-Platz sollte als Steganlage auf Niveau der Ufermauer gleichzeitig mit dem Bau des «Kleeblatt-Hochhauses» errichtet werden. Nachdem dieses Projekt nicht mehr weiter verfolgt wird, will der Stadtrat ein einfaches, funktionales Tramdepot mit beschränkter Lebensdauer realisieren, das einer späteren Gebietsentwicklung nicht im Wege steht. Die Schliessung der Lücke im Limmatuferweg ist Teil des Projektauftrages.

Die sofortige materielle Behandlung eines Antrags des Stadtrats auf eine erneute Fristverlängerung wurde vom Gemeinderat am 9. Juni 2010 abgelehnt und das Geschäft der SK HBD/SE zugewiesen.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
--------------------------------	----------------------------	--

POS 2000/001762 2000/000445	13.09.2000 21.05.2003	Bögle Heinz und Zimmerling Enkelmann Anita Hardplatz–Bahnhof Hardbrücke, Erstellung einer Tramverbindung
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie eine oberirdische Tramverbindung (Brücke) zwischen Hardplatz im Kreis 4 und Bahnhof Hardbrücke im Kreis 5 geschaffen werden kann.*

Die VBZ-Liniennetz-Entwicklung 2025 sieht für den Zeithorizont 2015 eine Verlängerung der Tramlinie 8 ab Hardplatz über den Escher-Wyss-Platz zum Werdhölzli mit einer oberirdischen Verbindung zwischen Hardplatz und Pflingstweidstrasse vor. In Zusammenarbeit mit dem Kanton wurde 2010 das Vorprojekt erarbeitet. Das Plangenehmigungsprojekt soll Ende 2011 beim BAV eingereicht werden.

POS 2000/002182 2000/000547	15.11.2000 02.04.2003	Meier Hans-Ulrich Scheuchzerstrasse, Verlegung der VBZ-Haltestelle
-----------------------------------	--------------------------	---

*Ich bitte den Stadtrat zu prüfen, ob die bergseitige Haltestelle Scheuchzerstrasse der Buslinie 33 an der Riedtlistrasse vor den Haupteingang des Schulhauses Riedtli verlegt werden kann.*

Die Verlegung der Haltestellen vor den Haupteingang des Schulhauses wurde geprüft. Sie würde aber für eine Mehrheit der Anwohnerinnen und Anwohner im Gebiet eine Verlängerung des Fussweges um 50 bis 100 Meter bedeuten und liegt deshalb nicht im allgemeinen Interesse. Stattdessen ist die Umgestaltung der Riedtlistrasse mit einer Verschiebung der bergseitigen Haltestelle Scheuchzerstrasse auf die Höhe der talseitigen Haltestelle vorgesehen. Dank der parallelen Anordnung der Haltestellen kann der Bus während des Haltes nicht mehr überholt werden, und die Passagiere können so den Fussgängerstreifen vor dem Bus sicher queren. Die Arbeiten werden voraussichtlich 2012 ausgeführt.

POS 2000/002183 2000/000548	15.11.2000 21.05.2003	Savarioud Marcel Schwamendingen, Verlängerung der Tramlinie 9 bis Bahnhof Stettbach
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Gebiete Hirzenbach und Luegisland in Schwamendingen mit dem öffentlichen Verkehr besser an den Bahnhof Stettbach angeschlossen werden können.*

Die Studie «VBZ-Liniennetz-Entwicklung 2025» zeigte aufgrund der absehbaren Nachfrage keinen Bedarf für eine Verlängerung der Linie 9 zum Bahnhof Stettbach. Diese liefe auch dem aktuellen Richtplaneintrag zuwider, der langfristig eine Weiterführung der Linie 9 Richtung Glattzentrum vorsieht. Die Verbesserung der Quartierserschliessung in den Gebieten Hirzenbach und Luegisland wurde im Rahmen der Neuorganisation der Buslinien im Raum Glattzentrum/Dübendorf/Bahnhof Stettbach im Zusammenhang mit der Inbetriebnahme der 3. Etappe Glattalbahn überprüft. Da die finanziellen Mittel für weitere Angebotsausbauten des öffentlichen Verkehrs im Rahmen des Sparpakets San10 des Regierungsrats nicht ausreichen, konnte die geforderte Anbindung der Gebiete Hirzenbach und Luegisland an den Bahnhof Stettbach vorerst nicht umgesetzt werden.

POS 2001/000087 2001/000007	10.01.2001 21.05.2003	Zimmermann Markus und 7 Mitunterzeichnende Westtangente, Einrichtung einer Busspur zwischen Escher-Wyss-Platz und Bucheggplatz
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie auf dem Abschnitt der Westtangente zwischen dem Escher-Wyss-Platz und dem Bucheggplatz in beiden Fahrrichtungen eine Busspur eingerichtet werden kann.*

Im Rahmen des Erschliessungskonzepts Quartier Wipkingen wurden vom Tiefbauamt verschiedene Betriebsvarianten für die Strecke Rosengarten-/Bucheggstrasse untersucht. Der Abbau je einer Fahrspur in beiden Richtungen bzw. deren Ersatz durch eine Busspur wurde als Variante geprüft, aufgrund der erheblichen Verminderung der Leistungsfähigkeit aber verworfen. Die Stadt präferiert eine – vom Kanton bisher noch nicht akzeptierte – Lösung mit einem durchgehenden vierstreifigen Strassenquerschnitt, neuen Fussgängerübergängen und Verkehrsregelungsanlagen. Die Busse würden dabei durch Priorisierung an den Lichtsignalen und eine Busspur auf der Hardbrücke Richtung Bucheggplatz optimal bevorzugt. Nach dem Rückzug der am 12. Februar 2008 eingereichten Volksinitiative «Sofort-Massnahmen Zürich Nord-West» sowie der Ablehnung der Volksinitiative «Rosengarten-Tram» und des Gegenvorschlags des Gemeinderats in der Volksabstimmung vom 28. November 2010 haben das städtische Tiefbauamt und das kantonale Amt für Verkehr eine «Gesamtverkehrliche Betriebsoptimierung» für die Achse S10/11/12 (ehemalige Westtangente) in Auftrag gegeben, einschliesslich Massnahmen zur Busbevorzugung im Bereich Hardstrasse bis Bucheggplatz. Das erarbeitete Betriebskonzept kann frühestens im Jahr 2011 umgesetzt werden.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2001/000479 2001/000115	07.03.2001 10.09.2003	Hug Adrian und 14 Mitunterzeichnende Albisriederplatz–Bucheggplatz, Schaffung einer zusätzlichen Buslinie

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie vom Albisriederplatz über die Hardbrücke bis zum Bucheggplatz eine zusätzliche Buslinie (Shuttle-Bus) eingerichtet werden kann. Dabei sollen die Buslinien attraktiv ausgestaltet werden.*

Die im Juli 2006 abgeschlossene Studie «VBZ-Liniennetzentwicklung 2025» bestätigt die Bedeutung der Verkehrsachse vom Albisriederplatz über die Hardbrücke zum Bucheggplatz und einer verbesserten Anbindung des VBZ-Liniennetzes an den Bahnhof Hardbrücke. Im Zeithorizont 2015 soll die Tramlinie 8 ab Hardplatz bis Pfingstweidstrasse, Escher-Wyss-Platz und weiter zum Werdhölzli verlängert werden, und ab 2020 soll die künftige Tramtangente Rosengarten mit den Tramlinien 16 und 17 die Strecke vom Albisriederplatz zum Bucheggplatz bedienen.

Die Verkehrsbetriebe beabsichtigen, dem ZVV einen Busvorlaufbetrieb für die Tramtangente Rosengarten zwischen Bahnhof Altstetten und Bahnhof Oerlikon zu beantragen, der die im Postulat geforderte Kapazitätsverstärkung über die Hardbrücke bringen würde. Die genaue Linienführung (via Albisriederplatz oder via Hohlstrasse–Hardplatz) steht dabei noch nicht fest. Im laufenden Fahrplanverfahren 2012/13 wurde der Antrag wegen fehlender Mittel erneut zurückgestellt.

POS 2001/000754 2001/000208	04.04.2001 02.04.2003	Hofstetter Stefan und 6 Mitunterzeichnende Hybridfahrzeuge, Beschaffung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er seinen Einfluss dahingehend geltend machen kann, dass bei der Beschaffung von Motorfahrzeugen künftig sauberere Hybridfahrzeuge neuester Technologie berücksichtigt werden statt der heute üblichen diesel- bzw. ottobetriebenen Busse und Pkws.*

Die städtische Fahrzeugpolitik strebt bis 2015 einen Flottenanteil von mindestens 5 % an Fahrzeugen mit besonders emissionsarmen Antriebssystemen (Gasfahrzeuge, Elektro- und Hybridfahrzeuge) an. Im gleichen Zeitraum soll der Anteil erneuerbarer Energien am gesamten jährlichen Treibstoffverbrauch auf 5 % ansteigen. Für die dieselbetriebenen Fahrzeuge schreiben die Richtlinien der städtischen Fahrzeugkommission vor, dass seit 1. Januar 2006 Neufahrzeuge nur noch nach dem neusten Stand der Abgastechnik beschafft werden dürfen; bestehende Fahrzeuge sind bis Ende 2010 bzw. 2012 mit Partikelfiltern oder einer im Ergebnis gleichwertigen Technik nachzurüsten.

Die Fahrzeugkommission des Stadtrats stellt den Dienstabteilungen Umsetzungshilfen bezüglich der gesetzten Ziele für Treibstoffverbrauch, Abgastechnik, Lärmdämmung und den Einsatz erneuerbarer Energieträger zur Verfügung. Das Fahrzeugkompetenzzentrum unterstützt die Dienstabteilungen in operativen Fragen zur Beschaffung und Bewirtschaftung ihrer Fahrzeugflotte.

Für einen Einsatz bei den Verkehrsbetrieben mit ihren hohen Fahrgastfrequenzen und dem dichten Stop-and-go-Verkehr muss die Praxistauglichkeit von Hybridbussen belegt sein. Nach ersten Testfahrten im November 2009 bei den Verkehrsbetrieben Glattal (VBG) und den Verkehrsbetrieben Zürichsee und Oberland (VZO) haben diese beiden Verkehrsunternehmen je einen Hybridbus als Ergänzung ihrer bestehenden Busflotte beschafft. Ein Langzeittest über die nächsten zwei bis drei Jahre soll Klarheit schaffen, ob die höheren Anschaffungs- und Unterhaltskosten durch den geringeren Dieserverbrauch kompensiert werden können. Danach wird der ZVV über einen möglichen Einsatz auch bei anderen Unternehmen entscheiden.

Ab Sommer 2010 ist eine Kleinserie von 50 smart fortwo electric drive (Smart mit Elektroantrieb) im Grossraum Zürich unterwegs. Das ewz beteiligt sich in Zusammenarbeit mit EKZ an einem Pilotprojekt der Mercedes Benz AG, das dazu dienen soll, Erfahrungen mit Elektromobilen zu sammeln. Ein Teil der Fahrzeuge ist in Unternehmen im Einsatz, ein Teil innerhalb der Stadtverwaltung.

POS 2001/001322 2001/000359	27.06.2001 11.07.2001	Spezialkommission Hochbaudepartement/Stadtentwicklung Hürlimann-Areal, Erschliessung mit öffentlichen Verkehrsmitteln
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Erschliessung des Hürlimann-Areals in Zürich-Enge mit öffentlichen Verkehrsmitteln sichergestellt werden kann. Erstes Ziel muss es sein, die neue SZU-Station, die im privaten Gestaltungsplan Hürlimann-Areal vorgesehen ist, zu verwirklichen.*

Eine SZU-Station Hürlimann-Areal erwies sich in mehrfacher Prüfung als nicht zweckmässig aufgrund der hohen Investitionskosten und der Reisezeitverluste für durchreisende Fahrgäste. Der Kantonsrat hat den Bau abgelehnt, der Zürcher Verkehrsverbund erachtet das Gebiet als erschlossen. Mittelfristig streben die Verkehrsbetriebe eine Verbesserung der Buserschliessung an. Eine neue Linienführung der Trolleybuslinie 33 zwischen Schmiede Wiedikon und Manesseplatz durch die Zurlindenstrasse mit einer neuen Haltestelle am Ende der Fussgänger Verbindung Herterbrücke/Hertersteg musste mangels finanzieller Mittel auf unbestimmte Zeit verschoben werden.

Gespräche mit der Investorin über eine nach §20 Personenverkehrsgesetz privat finanzierte Verlängerung der Buslinie 66 zum Hauptbahnhof blieben bisher ohne Ergebnis. Die VBZ werden deshalb den Kontakt zu den Eigentümern erneut suchen.

Im Rahmen der Vorstudie Tramtangente Süd (Lochergut–Wiedikon–Laubegg) wurde eine Führung der Tramlinie 17 über die Zurlindenstrasse zum Manesseplatz geprüft, um die Erschliessung des Hürlimann-Areals langfristig soweit möglich zu verbessern. Die Ergebnisse der Studie weisen jedoch aus, dass eine Linienführung der künftigen Tramlinie nur über die Steinstrasse erfolgen kann.

POS 2004/000712 2004/000198	07.04.2004 25.05.2005	Amacker Bruno Ausrangierte Schweizer Nutzfahrzeuge, Erhaltung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie ausgewählte städtische Nutzfahrzeuge schweizerischer Produktion nach deren Ausrangierung ohne Kostenfolge für die Stadt der Nachwelt erhalten werden können.*

Die städtische Fahrzeugkommission hat im Jahr 2010 in Zusammenarbeit mit den Dienstabteilungen, die im Besitz historischer Nutzfahrzeuge sind, ein Inventar erstellt. Als Weg zur Sicherung der langfristigen Erhaltung ohne Kostenfolge für die Stadt bietet sich in der Regel einzig die Schenkung an eine geeignete Institution wie z. B. das Verkehrshaus oder eine etablierte private Trägerschaft wie einen Verein an.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
--------------------------------	----------------------------	--

POS 2004/001908 2004/000671	15.12.2004 18.06.2008	Käppeli Hans Jörg und Maeder Kurt VBZ-Haltestelle Sternen Oerlikon, Erneuerung und Aufwertung
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie eine substantielle städtebauliche Erneuerung und Aufwertung der VBZ-Haltestelle «Sternen Oerlikon» beim Albert-Näf-Platz erfolgen kann. Insbesondere ist in diesem Zusammenhang die Umsetzung folgender Massnahmen zu prüfen:

- behindertengerechte Ausgestaltung der Tramhaltestelle;
- möglichst stufenfreie Anpassung der Strassenoberfläche;
- Planung einer Dienstgleisverbindung Richtung Messe/Hallenstadion ohne Beeinträchtigung der städtebaulichen Attraktivität des Platzes.

An der Haltestelle Sternen Oerlikon sind neue Wartehallen und erhöhte, behindertengerechte Haltekanten vorgesehen. Der Variantenentscheid zu deren genauer Ausgestaltung ist derzeit noch offen, es wird jedoch sicher eine Zwischenform zwischen Kissen und durchgehend erhöhter Haltekante mit einer Länge von mindestens 20 Metern zur Anwendung kommen. Die Realisierung ist für das Jahr 2013 geplant. Auf die Dienstgleisverbindung in Richtung Messe/Hallenstadion wird verzichtet, da mit einer neu geplanten Wendeschleife beim Bahnhof Oerlikon Ost dereinst eine betriebliche Alternative zur Verfügung gestellt werden kann.

POS 2005/000479 2005/000141	13.04.2005 15.06.2005	Mauch Corine und Odermatt André Öffentlicher Verkehr in der Stadt Zürich, Bericht zur langfristigen Planung
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten, dem Gemeinderat einen Bericht vorzulegen zur langfristigen Planung des Öffentlichen Verkehrs in der Stadt Zürich (Gesamt-ÖV-Konzept). Der Bericht soll für den Zeithorizont bis 2025/2030 aufzeigen,

- wie die als Folge der voraussichtlichen Zunahme der Anzahl Einwohnerinnen und Einwohner sowie der Anzahl Arbeitsplätze in diesem Zeitraum entstehende zusätzliche Verkehrsnachfrage in der Stadt Zürich mit dem öffentlichen Verkehr abgedeckt werden kann;
- wie die dazu erforderlichen ÖV-Infrastrukturen (Linienführung, Verkehrsträger, Kapazität, bauliche Infrastrukturen) konkret ausgestaltet sein sollen;
- in welchen zeitlichen Etappen und mit welchen Prioritäten welche Elemente aus dieser Gesamtplanung umgesetzt werden sollen;
- welche flankierenden Massnahmen erforderlich sind, um den zur Erreichung dieser Zielsetzung anzustrebenden Modal Split tatsächlich zu realisieren;
- wann welche Massnahmen (Planungs- und Umsetzungsschritte, flankierende Massnahmen) eingeleitet werden müssen.

In die Erarbeitung des Berichts sind die zuständigen Instanzen auf überregionaler und kantonaler (z. B. ZVV, RZU) sowie auf Bundesebene (z. B. Uvek, SBB) einzubeziehen, und die Planung ist mit ihnen abzustimmen.

Mit der Studie «VBZ-Liniennetzentwicklung 2025» aus dem Jahr 2006 wird die Entwicklung des Tram- und Busliniennetzes im Marktgebiet der Verkehrsbetriebe Zürich bis ins Jahr 2025 aufgezeigt. Sie bietet eine Gesamtschau für eine längerfristig ausgerichtete, marktorientierte Liniennetzentwicklung für die Stadt Zürich und die angrenzenden Agglomerationsgemeinden, mit klaren Prioritäten und transparenten Ausbaustufen.

Die Studie wurde von den Verkehrsbetrieben in Auftrag gegeben und gemeinsam mit städtischen Gremien (Amt für Städtebau, Tiefbauamt), dem Zürcher Verkehrsverbund und den Schweizerischen Bundesbahnen ausgearbeitet. Sie stellt die Abstimmung der Planung VBZ mit der übrigen Stadtverwaltung sowie mit dem Kanton Zürich wie auch dem Bund sicher. Die Ergebnisse wurden unter anderem der gemeinderätlichen Kommission Verkehr im Detail präsentiert.

Die Tram- und Busprojekte, die aus der Studie hervorgegangen sind, werden im Rahmen der Revision des Regionalen Richtplans Stadt Zürich eingebracht. Ausserdem ist für das Jahr 2011 eine Aktualisierung der Studie «VBZ-Liniennetzentwicklung 2025» geplant. Dabei sollen die damaligen Prognosen mit der eingetretenen Stadtentwicklung verglichen und allfällig nötige Anpassungen vorgenommen werden. In Ergänzung zur bestehenden Studie, die sich vorwiegend auf die Entwicklung des Tramnetzes konzentrierte, erarbeiten die VBZ derzeit auch eine Trolleybusstrategie.

POS 2005/000609 2005/000191	18.05.2005 08.06.2005	Reimann Beatrice und Danner Ernst Sportanlage Juchhof I und III, Verbesserung der Erschliessung mit öffentlichen Verkehrsmitteln
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Erschliessung der Sportanlagen Juchhof 1 bis 3 mit öffentlichen Verkehrsmitteln wesentlich verbessert werden kann bzw. eine direkte Erschliessung der Sportanlagen durch öffentliche Verkehrsmittel möglich ist.

Die Sportanlagen Juchhof I und III sind gemäss den Richtlinien der Angebotsverordnung grundsätzlich erschlossen (Linien 307, 301 und 31). In der Tat entsprechen aber die Betriebszeiten der Linie 307 nicht den Bedürfnissen der Nutzerinnen und Nutzer der Sportanlage. Die VBZ haben deshalb geprüft, die Betriebszeiten der Linie 307 unter der Woche zu verlängern. Ein auf die Trainingszeiten abgestimmter Busbetrieb würde Kosten von rund 90 000 Franken pro Jahr verursachen, wofür derzeit keine Mittel zur Verfügung stehen.

Die VBZ empfehlen den Fahrgästen, zu den Sportanlagen Juchhof die Buslinien 303 und 31 zu benutzen. Der Fussweg ab Haltestelle Micafil bis zur Garderobe 1 beträgt rund einen Kilometer, ab der Haltestelle Gasometerbrücke bis zur Garderobe 2 rund 800 Meter.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2005/000687 2005/000213	01.06.2005 15.06.2005	Anhorn Ruth VBZ-Buslinie 78, teilweise Umstellung von Midi- auf Kleinbusse

*Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie gewährleistet werden kann, dass die Buslinie Nr. 78 ab 20 Uhr (Schichtwechsel/Zusammenlegung der beiden Linien 35 und 78) und an Sonntagen von Midibussen auf Kleinbusse auf den Fahrplanwechsel Mitte Dezember 2005 oder spätestens auf Mitte Dezember 2006 umgestellt werden kann.*

Der Fahrzeugpark der Verkehrsbetriebe ist bezüglich Fahrzeugtypen und Stückzahlen so ausgelegt, dass der Bedarf in den Spitzenstunden damit abgedeckt werden kann. Die vorhandenen Kleinbusse werden alle den ganzen Tag über auf den Linien benötigt, wo sie heute bereits im Einsatz sind. Es sind keine Kleinbusse vorhanden, die abends auf der Linie 78 eingesetzt werden könnten.

Die VBZ haben im Hinblick auf eine mögliche Umstellung der Linie 78 auf Kleinbusse im September 2008 einen Versuchsbetrieb unternommen. Dabei hat sich gezeigt, dass es auf einzelnen Streckenabschnitten nach 20 Uhr zu Kapazitätsengpässen kommen würde, d. h. Kleinbusse bieten auch zu wenig Platz, um die Nachfrage abends zu bewältigen.

Aus diesen Gründen ist der Einsatz von Kleinbussen auf der Linie 78 nicht möglich. Auf Wunsch der Anwohnerinnen und Anwohner wird aber auf den kommenden Fahrplanwechsel im Dezember 2011 hin der Betriebsbeginn am Sonntag neu erst ab 9.00 Uhr erfolgen, um die Lärmbelastung im Quartier zu reduzieren.

POS 2005/000736 2005/000228	08.06.2005 14.06.2006	Leupi Daniel und Knauss Markus Dieselbetriebene Fahrzeuge der städtischen Dienstabteilungen, Ausrüstung mit Partikelfiltern
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass alle Dienstabteilungen nur noch Dieselfahrzeuge mit Partikelfilter beschaffen bzw. dass Dieselfahrzeuge ohne Partikelfilter nachgerüstet werden, soweit dies mit verhältnismässigem Aufwand möglich ist.*

Die Dienstabteilungen beschaffen und betreiben die Fahrzeuge gemäss der städtischen Fahrzeugpolitik und den daraus abgeleiteten Umsetzungshilfen, die im Auftrag der Fahrzeugkommission erarbeitet worden sind. In der Fahrzeugkommission unter der Leitung des Vorstehers des Departements der Industriellen Betriebe sind die Fachleute der Dienstabteilungen mit grösseren Fahrzeugbeständen vereint.

Für Dieselfahrzeuge ist u. a. festgehalten:

– 4.3 Umweltschutz/Luftbelastung:

Für die dieselbetriebenen Fahrzeuge, welche für die Stadt Zürich im Einsatz stehen, gilt zudem:

- Ab 1.1.06 dürfen Neufahrzeuge nur noch nach dem neusten Stand der Abgastechnik (Partikelfilter oder im Ergebnis gleichwertige Technik) beschafft werden.
- Bis 31.12.2012 sind bestehende Fahrzeuge soweit technisch möglich und wirtschaftlich tragbar nach dem neuesten Stand der Partikelminderungstechnik (Partikelfilter oder im Ergebnis gleichwertige Technik) nachzurüsten.

POS 2005/001032 2005/000311	24.08.2005 14.06.2006	Schönbächler Robert und Proamer Pascal Personen- und Nutzfahrzeuge, Beschaffung mit Erdgasantrieb
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei der künftigen Beschaffung von Personen- und Nutzfahrzeugen vermehrt erdgasbetriebene (Kompogas/ Erdgas) Fahrzeuge angeschafft werden können.*

Die Dienstabteilungen beschaffen die Fahrzeuge gemäss der städtischen Fahrzeugpolitik und den daraus abgeleiteten Umsetzungshilfen, die im Auftrag der Fahrzeugkommission erarbeitet worden sind. In der Fahrzeugkommission unter der Leitung des Vorstehers des Departements der Industriellen Betriebe sind die Fachleute der Dienstabteilungen mit grösseren Fahrzeugbeständen vereint.

Zur Frage von erdgasbetriebenen Fahrzeugen ist u. a. festgehalten:

– 4.4 Technologie, Motorisierung und Treibstoffe

Entsprechend dem Verwendungszweck der Fahrzeuge ist hinsichtlich eingesetzter Technologien, Motorisierungsgrad und Treibstoffart die bezüglich Energieeffizienz, Umweltverträglichkeit und Wirtschaftlichkeit optimale Variante zu wählen.

Im Zeitraum von 2006 bis 2015 ist ein Anteil von 5 % Fahrzeugen mit besonders emissionsarmen Antriebssystemen anzustreben (Gasfahrzeuge, Elektro- und Hybridfahrzeuge).

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2005/001523 2005/000523	24.11.2005 21.12.2005	Spezialkommission Polizeidepartement/Tiefbau- und Entsorgungsdepartement/Departement der Industriellen Betriebe ewz, Rahmenvereinbarung über Sonnenkollektoren und erneuerbare Energien

Der Stadtrat wird gebeten, folgende Massnahmen zu prüfen:

- aktive Unterstützung zur Herbeiführung einer Rahmenvereinbarung zwischen der Stadt und den Verbänden der MieterInnen und VermieterInnen (Mieterinnen- und Mieterverband, Hauseigentümerverband, Vereinigung Zürcher Immobilienfirmen, Schweiz. Verband für Wohnungswesen) über den gezielten Einsatz von Solarkollektoren bei Instandsetzungen und Neubauten in Miethaushalten;
- Erlass von energetischen Vorgaben für den Einsatz erneuerbarer Energien zur Deckung des Wärmebedarfs bei Neubau und Instandsetzung von Wohnliegenschaften der Stadt und städtischer Stiftungen;
- Bewilligung von Mitteln der Wohnbauförderung mit entsprechenden Auflagen;
- Überprüfung der pauschalierten Förderbeiträgen aus dem Stromsparfonds.

Zu Punkt 1): Die Spezialkommission PD/TED/DIB wurde am 29.11.2007 über den Stand der Arbeiten umfassend informiert. Im Anschluss haben Gespräche mit den Verbänden stattgefunden. Die Beteiligten wünschten zum Themenbereich Sonnenkollektoren zusätzliche Informationen zu den in der Praxis bei bestehenden Mehrfamilienhäusern erzielbaren Wärmeerträgen und allfälligen Wartungskosten. 2010 sind die effektiven Wärmeerträge von Sonnenkollektoren anhand von Messdaten von 13 bestehenden Anlagen in der Stadt Zürich im Detail evaluiert und der Wartungsaufwand abgeschätzt worden. Die Beteiligten waren übereingekommen, dass diese Ergebnisse und die Erfahrungen aus der Umsetzung der 2009 abgeschlossenen Vereinbarung betreffend energieeffiziente Gefrier- und Kühlgeräte (siehe POS 2005/522) abgewartet werden sollen, bevor eine Rahmenvereinbarung für Sonnenkollektoren geprüft wird. Heute sind diese Voraussetzungen erfüllt, sodass die Prüfung einer Vereinbarung über Sonnenkollektoren analog der im April 2009 von den Verbänden unterzeichneten Vereinbarung über energieeffiziente Geräte 2011 unter Federführung des Energiebeauftragten erfolgen kann.

Zu Punkt 2): Hinsichtlich energetischer Vorgaben für den Einsatz erneuerbarer Energien ist in den 7-Meilen-Schritten der Stadt Zürich, die für städtische Bauten und Bauvorhaben mit städtischen Unterstützungsleistungen gelten, vorgeschrieben, dass bei Neubauten mindesten 40% des gesamten Wärmebedarfs mit erneuerbaren Energie zu decken sind. Bei bestehenden Bauten sind es 50% des Wärmebedarfs für die Wassererwärmung. Bei Bauvorhaben, welche sich für die Eignung der 2000-Watt-Vorgaben eignen, soll der ganze Wärmebedarf durch erneuerbare Energien gedeckt werden.

Zu Punkt 3): Im Rahmen der Wohnbauaktion 2011 der Stadt Zürich wurden die energetischen Bestimmungen in den Richtlinien präzisiert. Auf Reglements-

ebene sollen ausserdem Umsetzungshilfen und -vorgaben geschaffen werden. Richtschnur sind die 7-Meilen-Schritte für umwelt- und energiegerechtes Bauen. Wie oben erwähnt machen diese Vorgaben zum Einsatz von erneuerbaren Energien bei der Wassererwärmung. Diese Vorgaben können in vielen Fällen am einfachsten mit Sonnenkollektoren erfüllt werden.

Zu Punkt 4): In den letzten Jahren sind die Preise für Sonnenkollektoranlagen leicht gesunken. Ein Vergleich hat ergeben, dass die Pauschalbeiträge aus dem Stromsparfonds für Sonnenkollektoren auf einem ähnlichen Niveau sind wie die Förderbeiträge anderer Städte oder Kantone. Auf eine Anpassung wird deshalb verzichtet. Die weitere Entwicklung der Preise und Förderbeiträge wird jedoch im Auge behalten.

POS 2005/001524 2005/000524	24.11.2005 21.12.2005	Spezialkommission Polizeidepartement/Tiefbau- und Entsorgungsdepartement/Departement der Industriellen Betriebe ewz, Erhöhung der Abgabe an den Stromsparfonds
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob die Abgabe an den Stromsparfonds den wachsenden Bedürfnissen angepasst werden soll, z. B. durch Erhöhung von 10% auf 15% des budgetierten ewz-Jahresgewinns oder ca. 0,25 Rp./kWh im ewz-Einzugsgebiet.

Derzeit reichen die Finanzmittel des Stromsparfonds für die Finanzierung der an den Fonds gestellten Finanzierungsbedürfnissen. Zu diesem Postulat kann daher erst Stellung genommen werden, wenn bei den Arbeiten zu den Postulaten GR 2005/524, GR 2005/522 bzw. GR 2005/523 klar wird, ob tatsächlich deutlich höhere Finanzbedürfnisse resultieren. Über diesen Sachverhalt wurde die Spezialkommission PD/TED/DIB am 29.11.2007 informiert.

POS 2006/000227 2006/000053	08.02.2006 23.06.2010	Danner Ernst und Kunz Hanspeter ZVW und SBB, Ausdehnung der Gültigkeit von Juniorkarten
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie beim ZVW und den SBB darauf hingewirkt werden kann, dass die Juniorkarte auch für Fahrten von Kindern ab 12 Jahren und Jugendlichen ohne Begleitung der Erziehungsberechtigten gültig ist und dass sie auch für Jugendliche zwischen 16 und 25 Jahren in Ausbildung ausgestellt werden kann.

Der Stadtrat hat das Anliegen des Postulats der Geschäftsführung Direkter Verkehr des Verbands öffentlicher Verkehr (VöV) als der zuständigen Stelle zur Prüfung vorgelegt. Eine Antwort ist noch ausstehend.



Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2006/000470 2006/000134	03.05.2006 14.06.2006	Rabelbauer Richard und Schönbächler Robert Personen- und Nutzfahrzeuge, Förderung abgasarmer und umweltschonender Antriebssysteme

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Fahrzeugbeschaffung und die Benutzung von Personen- und/oder Nutzfahrzeugen, die mit abgasarmen, umweltschonenden Antriebssystemen (Kompogas/Erdgas/Solarmobile) ausgestattet sind, im Dienstleistungs- und Gewerbeverkehr sowie im Güterverkehr gefördert werden können.*

Die Stadt Zürich als Halterin eines grösseren Fahrzeugparks kann mit dem guten Beispiel vorangehen und durch das Nachfragepotenzial auch einen gewissen Druck auf die Lieferanten ausüben, Fahrzeuge mit umweltschonenden Antriebssystemen anzubieten. Sie setzt sich ausserdem für den Ausbau des Tankstellennetzes für Erdgas ein; die Evaluation geeigneter Standorte erweist sich allerdings als schwierig und aufwendig.

Zudem unterstützt die Stadt Zürich Pilotprojekte zur Hybridtechnologie und Elektromobilität, siehe auch GR Nr. 2008/394.

Eine direkte Förderung von Dritten bei der Fahrzeugbeschaffung erscheint nicht zweckmässig, und es fehlt dazu auch eine Rechtsgrundlage. Zudem müssen Massnahmen der Stadt auf Aktivitäten von Bund und Kanton abgestimmt werden. Im Rahmen einer Standesinitiative des Kantons Bern für eine «Differenzierung der Motorfahrzeugsteuer» wird zurzeit die Schaffung finanzieller Anreize auf Bundesebene zum Kauf emissionsarmer und energieeffizienter Fahrzeuge vorgeschlagen. Im Vordergrund stehen ein Bonus-Malus-System bei der Erstzulassung sowie die Einführung einer Umweltekette, die als Basis für eine differenzierte Bemessung der kantonalen Fahrzeugsteuern dienen würde. Der Regierungsrat hat 2009 eine entsprechende Revisionsvorlage zum Verkehrsabgabengesetz in die Vernehmlassung gegeben. Der Gemeinderat hat am 8. 7. 2009 eine neue Taxiverordnung (GR-Nr. 2008/520) erlassen, die eine Gebührenreduktion für besonders ökologische Fahrzeuge, vor allem erdgasbetriebene Fahrzeuge der Energieeffizienzklasse A.1, vorsieht. Dagegen erhobene Beschwerden sind beim Bezirksrat pendent.

MOT 2006/000543 2006/000185	17.05.2006 04.07.2007	CVP-Fraktion VBZ-Depot Hard/Escher-Wyss, Verlegung
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird beauftragt dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, die die Realisierung des im Richtplan vorgesehenen Tramdepots Aargauerstrasse vorsieht, damit am Standort des heutigen Tramdepots Hard zumindest teilweise (entlang der Hardturmstrasse) zusätzlich zur Wohnnutzung weitere stadtverträgliche (publikumsorientierte) Nutzungen angeordnet werden können.*

Nachdem das Projekt «Kleeblatt-Hochhaus» nicht mehr weiterverfolgt wird, will der Stadtrat am Standort Hard ein einfaches, funktionales Tramdepot mit begrenzter Lebensdauer realisieren, das kommenden Generationen eine spätere Gebietsentwicklung nicht verbaut.

Die sofortige materielle Behandlung eines Antrags des Stadtrats auf eine erneute Fristverlängerung wurde vom Gemeinderat am 9. Juni 2010 abgelehnt und das Geschäft der SK HBD/SE zugewiesen.

POS 2006/000878 2006/000315	12.07.2006 07.11.2007	Stähler Anton und Schönbächler Robert VBZ, Verbesserung der Linienanzeigen in den Fahrzeugen
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei den Cobra-Tramzügen und den neuen Bus- und Trolleybusfahrzeugen*

- die elektronischen Linienanzeigen verbessert werden können und
- wie auch auf den Cobra-Tramzügen Linien- und Routenangaben in geeigneter Form auf dem Fahrzeugdach angebracht werden können.

Die Anzeigen der Cobra-Tramzüge wurde gegenüber den Vorserienfahrzeugen verbessert. Das Fahrziel und die Liniennummer sind bei allen VBZ-Fahrzeugen mehrfach auf LCD- oder Rollbandanzeigen über Kopfhöhe angegeben. Die Behindertenverbände fordern vermehrt, dass diese Angaben auf Augenhöhe angezeigt werden müssten. Aus Sicht der VBZ stellt die heutige Lösung aber einen guten Kompromiss zwischen Dachtafel und Anzeige auf Augenhöhe dar, da die Angaben so auch in den Stosszeiten mit vielen Passagieren vor den Türen gut sichtbar bleiben.

Auf Dachtafeln wird mittelfristig bei allen Tramzügen verzichtet werden. Damit können die VBZ einerseits die teure Fahrzeugreserve verkleinern, andererseits können die Fahrzeuge nachfragegerecht auf verschiedenen Linien eingesetzt werden, ohne dass erst im Depot die Tafeln aufwendig ausgewechselt werden müssen (Beispiel: Bestückung der Linie 6 zum Zoo mit Cobra-Tramzügen an den Wochenenden).

Die VBZ verfolgen die technische Entwicklung bei den Linienanzeigen laufend und prüfen den Einsatz neuer, verbesserter Systeme im Rahmen der aktuellen Beschaffungen.

POS 2006/001078 2006/000414	27.09.2006 25.10.2006	Spezialkommission GUD Stadtspital Waid, verbesserte Verkehrserschliessung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Erschliessung des Stadtspitals Waid mit dem öffentlichen Verkehr sowie die Fussgängerverbindungen vom und zum Spitaleingang verbessert werden können.*

*Abzuklären sind insbesondere die Kosten und betrieblichen Abläufe für eine Vorverlegung der bergwärtigen Bushaltestelle oder eine Mitbenutzung der Busschleife durch den aufwärts fahrenden Bus.*

Das Anliegen ist zweifellos berechtigt. Die Abklärungen haben aber bisher keine befriedigende Lösung aufgezeigt:

Eine Mitbenutzung der Buswendeschleife durch die bergwärts fahrenden Busse ist nicht günstig: Die Schleifenfahrt brächte einen unattraktiven Reisezeitverlust für den Grossteil der Fahrgäste der Linie 69, die nicht ins Stadtspital wollen. Sowohl der bergaufwärts- wie auch der bergabwärts fahrende Bus würden dieselbe Haltekante benutzen, was für die einsteigenden Fahrgäste verwirrend ist. Schliesslich stellt die zweimalige Querung der Gegenfahrbahn bei der Schleifenfahrt ein nicht unerhebliches Verkehrsrisiko dar.

Eine Verlegung der bergseitigen Bushaltestelle zum bestehenden Fussgängerübergang auf Höhe des Wolfgrimmwegs wäre baulich machbar, wenn auch wegen der Terrainanpassung und der nötigen Erstellung eines Gehwegs kostspielig. Der Fussweg von der Bushaltestelle zum Spitaleingang würde ausserdem länger als heute.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
--------------------------------	----------------------------	--

POS 2006/001372 2006/000576	06.12.2006 20.12.2006	Ceriani Pierino und Mariani Mario ETH Hönggerberg, verbesserte Erschliessung durch öffentlichen Verkehr
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Anbindung der ETH Hönggerberg (Science-City) wesentlich besser als bisher mit dem öffentlichen Verkehr erschlossen werden kann.*

VBZ und ETH haben gemeinsam verschiedene Erschliessungskonzepte für die künftige Science City geprüft. Erwogen wurden u. a. Direktbusverbindungen oder ein Tram Hönggerberg. Die Experten kamen zum Schluss, dass die heutige Lösung die Bedürfnisse am besten erfüllt: Die ETH Hönggerberg ist mit den Linien 80, 69 und 37 gut erschlossen; auf das Frühjahr 2009 hin wurde die Direktbusverbindung zwischen ETH Hönggerberg und ETH-Zentrum ausgebaut, der Einsatz von Beiwagen auf der Linie 80 in der Hauptverkehrszeit wird im Fahrplanverfahren 2012/2013 noch verstärkt. Ebenfalls auf den Fahrplan 2012/2013 ist geplant, den Grundtakt der Linie 69 auf 7,5 Minuten auszudünnen, mit den freiwerdenden Mitteln dafür aber den Fahrplan während des ETH-Semesters in den Spitzenzeiten mit Beiwagen auf einen 3,7-Minuten-Takt zu verdichten. Die VBZ und das Institut für Verkehrsplanung und Transportsysteme (IVT) der ETH stehen weiterhin im regelmässigen Austausch, um auf Entwicklungen reagieren zu können.

MOT 2007/000053 2007/000001	04.01.2007 28.02.2007	Knauss Markus und Leupi Daniel Hardbrücke, Kredit für Verlängerung der VBZ-Linie 8
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird eingeladen, dem Gemeinderat eine – zusammen mit Kanton Zürich und SBB ausgearbeitete – kreditschaffende Weisung vorzulegen, welche die Verlängerung der Tramlinie 8 über die Hardbrücke und die erforderlichen Ausbauten des Bahnhofs Hardbrücke vorsieht.*

2009 wurde eine Vorstudie zum Tram Hardbrücke abgeschlossen, die Aussagen zur Linienführung auf der Brücke und zur Anbindung ans bestehende Tramnetz an den Brückenköpfen enthält. In Zusammenarbeit und zu Lasten des Kantons wurde 2010 ein Vorprojekt ausgearbeitet. Die Planeingabe beim BAV soll Ende 2011 erfolgen. Das Planungsprogramm sieht vor, dass dem Kantonsrat 2012 eine Kreditvorlage aufgrund des Bauprojektes unterbreitet werden kann. Ein Abschreibungsantrag des Stadtrats ist derzeit pendent bei der SK PD/V.

MOT 2007/000152 2007/000053	31.01.2007 18.06.2008	Schönenberger-Meier Katrin und Kappeler Thomas VBZ-Buslinie Witikon–Stadtzentrum, Weisung für eine direkte Verbindung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung zu unterbreiten, um eine Buslinie zu realisieren, die Witikon direkt mit dem Stadtzentrum (Bsp. Bahnhof Stadelhofen oder Hauptbahnhof) verbindet.*

Die Verkehrsbetriebe haben in einer externen Studie das Kosten-Nutzen-Verhältnis verschiedener Varianten für eine Direktverbindung von Witikon mit dem Stadtzentrum prüfen lassen. Diese weist aus, dass die Verlängerung der Trolleybuslinie aus fachlicher Sicht nicht sinnvoll ist. Es können keine zusätzlichen Fahrgäste gewonnen werden. Nachdem das Angebot in Witikon bereits der höchsten Angebotsstufe entspricht und keine Kapazitätsengpässe vorhanden sind, sieht der Zürcher Verkehrsverbund auf Anfrage keinen Grund, das Angebot zu verdichten. Er wird keine Mittel zur Erweiterung des bestehenden Angebots zur Verfügung stellen. Der Stadt Zürich ist es unbenommen, im Rahmen von § 20 des Gesetzes über den öffentlichen Personenverkehr Linienergänzungen oder Fahrplanverdichtungen zu bestellen. Die Kosten für solche Angebotserweiterungen hätte die Stadt Zürich unter Anrechnung eines Einnahmenanteils allerdings selbst zu tragen.

Ein Abschreibungsantrag des Stadtrats ist derzeit pendent bei der SK PD/V.

POS 2007/000216 2007/000074	07.02.2007 23.06.2010	Girod Bastien und Probst Matthias VBZ, velofreundliche Tramgeleise
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ein Projekt zur Erarbeitung von Ideen zur Ausgestaltung und Umsetzung von velofreundlichen Tramgeleisen zu initiieren. Wenn möglich ist dieses Projekt in Zusammenarbeit mit lokalen Forschungsinstituten und entsprechenden Studiengängen durchzuführen.*

MOT 2007/000307 2007/000137	21.03.2007 14.12.2007	Piller Bernhard und Probst Matthias ewz, Bau und Betrieb von Biomassekraftwerken
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung zu unterbreiten, die den Bau und Betrieb von Biomassekraftwerken durch das ewz in der Schweiz mit einer installierten Mindestleistung von mindestens 20 MW beinhaltet.*

Der Gemeinderat hat am 11.11.2009 dem Antrag des Stadtrats auf Fristverlängerung um 24 Monate bis zum 14.12.2011 zugestimmt. Aus heutiger Sicht ist es schwierig festzulegen, wieweit das definierte Ziel für Strom aus Biomasse mittels langfristiger Verträge erreicht werden soll und in welchem Umfang Investitionen in eigene Anlagen einen Beitrag dazu liefern sollen und können. Die vom ewz verfolgten Projekte haben einen sehr unterschiedlichen Reifegrad, und ihre Realisierungswahrscheinlichkeit ist schwer abzuschätzen. Für die Realisierung der Projekte ist aufgrund der Komplexität der Anlagen und der Anzahl der beteiligten Partner erfahrungsgemäss mit mehreren Jahren zu rechnen. Das ewz wird im Laufe des Jahres 2011 eine Teilstrategie zum Thema «Stromproduktion aus Biomasse» erarbeiten, in welche die aus den verfolgten Projekten gewonnenen Erkenntnisse einfließen werden.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2010/000703 2010/000272	22.08.2007 23.06.2010	Savarioud Marcel und Käppeli Hans Jörg VBZ, Umstellung von Auto- auf Trolleybuslinien

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung vorzulegen, die zum Inhalt hat, mindestens 20 km von den bestehenden 90 km Autobuslinien auf Stadtgebiet zu Trolleybuslinien umzustellen.*

POS 2008/000018 2008/000007	09.01.2008 23.01.2008	Anderegg Peter und Danner Ernst VBZ-Busverbindungen ab Bahnhof Affoltern, Fahrplan in Stosszeiten
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die geplanten Busverbindungen ab Bahnhof Affoltern in Richtung Unteraffoltern und in Richtung Mühlerackerstrasse in den Stosszeiten im 6- bis 8-Minuten-Takt geführt werden können.*

Die Erschliessung von Affoltern durch öffentliche Verkehrsmittel wurde im Rahmen des «Runden Tisches Affoltern» in enger Zusammenarbeit mit allen Anspruchsgruppen vertieft untersucht. Dabei hat sich gezeigt, dass die bereitgestellte Kapazität der heutigen Linie 62 auch auf längere Sicht genügt. Auch nach dem Vollausbau der Entwicklungsgebiete in Unteraffoltern ist die Kapazität noch ausreichend.

Die S-Bahn-Linie 6 verkehrt im Halbstundentakt. Längerfristig wird der Viertelstundentakt in den Hauptverkehrszeiten in Richtung Zürich eingeführt. Aus Kapazitätsgründen und aus Netzsicht ist eine Verdichtung des Angebotes deshalb nicht notwendig. Sie würde jedoch ohne Zweifel eine qualitative Verbesserung des Angebotes darstellen.

Eine Angebotsverdichtung wäre mit erheblichen Kosten verbunden. Angesichts der drängenden Kapazitätsprobleme auf anderen Linien in Affoltern (Linien 32/37/80) ist ein Angebotsausbau auf den beiden Linienästen nach Unteraffoltern und Mühleracker von tiefer Priorität.

POS 2008/000085 2008/000060	23.01.2008 07.01.2009	Reimann Beatrice und Küng Peter Stauffacher, Verlegung der Haltestelle für die VBZ-Tramlinie 8
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob im Zuge mit der Neugestaltung der VBZ-Haltestelle Stauffacher die Haltestelle der Linie 8 für beide Richtungen weiter südlich in die Stauffacherstrasse, auf der Höhe Stauffacherstrasse Nr. 26/28 bzw. in der Gegenrichtung Nr. 25/27, verlegt werden kann.*

POS 2008/000313 2008/000144	26.03.2008 16.04.2008	Mariani Mario und Rabelbauer-Pfiffner Claudia Zollfreilager-Areal Flurstrasse/Rautistrasse, Anbindung an den öffentlichen Verkehr
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie das neue Wohngebiet auf dem Areal des ehemaligen Zollfreilagers in Zürich-Altstetten besser in das öffentliche Verkehrssystem eingebunden werden kann.*

Im Rahmen der Ausarbeitung des Gestaltungsplanes für das Zollfreilager wurde die Verkehrserschliessung neu beurteilt. Das Zollfreilager ist durch die bestehenden Haltestellen räumlich vollständig erschlossen. Die zeitliche Erschliessung weist Lücken in den Randverkehrszeiten auf.

Die bestehenden Fahrplanlücken abends und am Sonntag werden, vorbehaltlich der Zustimmung des Verkehrsrats, durch die Ausdehnung der Betriebszeit der Linie 89 ab dem Fahrplanwechsel im Dezember 2011 behoben.

POS 2008/000544 2008/000237	28.05.2008 23.06.2010	Traber Christian und Meier Daniel VBZ-Linie 5, Verlängerung bis zum Albisgüetli
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob im Hinblick auf die Eröffnung des Erweiterungsbaus der Credit Suisse im Uetlihof die Linie 5 in den stark frequentierten Zeiten bis zum Albisgüetli verlängert werden kann.*

MOT 2008/000644 2008/000277	18.06.2008 23.06.2010	Mauch Corine Photovoltaik-Anlagen, Aufnahme in die ewz-Solarstrombörse
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung zu unterbreiten, mit der die Grundlagen geschaffen werden, damit sämtliche PV-Anlagen ab 0,5 kWp im Versorgungsgebiet des ewz in die ewz-Solarstrombörse aufgenommen beziehungsweise mit einem kostendeckenden Einspeisetarif entschädigt werden. Dabei sind sowohl neu erstellte als auch bestehende PV-Anlagen im Versorgungsgebiet des ewz aufzunehmen beziehungsweise kostendeckend zu entschädigen für ihre Einspeisung. Die Höhe der kostendeckenden Vergütung orientiert sich an den Vorgaben auf Bundesebene (Art. 7a Energiegesetz Absatz 2).*

Das ewz ist zurzeit daran, zu prüfen, inwieweit PV-Anlagen unter 10 kWp aufgrund der gesunkenen Gestehungskosten noch einer Förderung bedürfen, und das für eine allfällige Förderung ideale Instrumente zu eruieren. Dabei wird der Einbettung in die bestehenden Förderinstrumente der Stadt Zürich, die sich anerkanntermassen bewährt haben, besondere Beachtung geschenkt.

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 2008/000688 2008/000289	25.06.2008 02.07.2008	Scherr Niklaus, Nielsen Claudia und 3 Mitunterzeichnende ewz, Bericht über die Ausschüttung eines befristeten Bonus
<p>Der Stadtrat wird gebeten, spätestens ein Jahr vor Ablauf der dreijährigen Bonusfrist dem Gemeinderat einen Bericht zu folgenden Punkten vorzulegen und gegebenenfalls Antrag zu stellen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– ob und in welchem Umfang die Bonus-Aktion weitergeführt werden soll;</li> <li>– die langfristige Beschaffungsstrategie des ewz;</li> <li>– kurz- und mittelfristige Massnahmen zur beschleunigten Ökologisierung des Stromangebots;</li> <li>– kurz- und mittelfristige Massnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz;</li> <li>– die Verwendung und weitere Äufnung von Reserven und Rückstellungen für die Verwirklichung der obgenannten Ziele.</li> </ul> <p>Der Stadtrat hat dem Gemeinderat am 22. Dezember 2011 fristgerecht Bericht erstattet (StRB 2010/2117) und dem Gemeinderat die Abschreibung des Postulats als erledigt beantragt. Der Gemeinderat hat die Vorlage bereits der Spezialkommission überwiesen. Die Beratung des Berichts in der Spezialkommission ist im ersten Quartal 2011 im Zusammenhang mit der geplanten Tarifanpassung des ewz geplant.</p>		
POS 2009/000150 2009/000058	04.02.2009 04.03.2009	Schwendener Thomas und Hauri Theo VBZ-Linie 62, Verbesserung der Streckenführung
<p>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Streckenführung der Buslinie 62 in Affoltern verbessert und nach dem Leitbild der Stadt Zürich «Nachhaltige Stadt Zürich» ökologischer gestaltet werden kann.</p>		
POS 2009/000212 2009/000068	25.02.2009 11.03.2009	Mariani Mario und Widler Josef VBZ-Buslinie 67, Verlängerung über Schmiede Wiedikon hinaus
<p>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Buslinie Nr. 67 vom heutigen Endpunkt Schmiede Wiedikon zum Bahnhof Zürich Wiedikon verlängert werden kann.</p>		
POS 2009/000286 2009/000099	18.03.2009 02.09.2009	Z'graggen Marcel und Rabelbauer Richard Buslinie 39, Linienführung und Fahrtintervall
<p>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Buslinie 39 unter Berücksichtigung aller möglicher Optionen finanzieller und rechtlicher Art bezüglich Linienführung bis vor der am 23. Februar 2009 erfolgten Änderung geführt werden kann.</p>		
POS 2009/000640 2009/000257	10.06.2009 19.08.2009	Savarioud Marcel und Makwana-Boss Elisabeth Expressbus-Verbindung vom Bahnhof Stettbach zum Zoo
<p>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob eine attraktive Expressbus Verbindung direkt vom Bahnhof Stettbach zum Zoo und zur Masoala-Halle eingeführt werden kann.</p>		
MOT 2009/000864 2009/000300	01.07.2009 17.03.2010	Nielsen Claudia und Graf Davy Projektierungskredit für die Vorbereitung weiterer Erkundungsbohrungen zur künftigen Nutzung der Geothermie
<p>Der Stadtrat wird gebeten, dem Gemeinderat einen Projektierungskredit für die Vorbereitung von weiteren Erkundungsbohrungen zur zukünftigen Nutzung von Geothermie für die Wärme- und Stromgewinnung vorzulegen. Die daraus resultierenden Anträge für Objektkredite sind separat oder in einem Rahmenkredit vorzulegen.</p> <p>Das ewz ist am 2. November 2010 der Geo-Energie Suisse AG als Gründungsaktionär beigetreten. Ein Hauptziel dieser Gesellschaft ist die Weiterentwicklung der technologischen Fragen rund um die Nutzung der Geothermie zur Strom- und Wärmeproduktion, namentlich der Reservoir-Stimulation bei Deep-Heat-Mining-Projekten. Dem ewz bietet sich durch die Beteiligung an der Geo-Energie Suisse AG die Möglichkeit, gemeinsam mit Partnern zusätzliche Erkenntnisse auf dem Weg zu diesem Ziel zu gewinnen.</p>		
POS 2009/000885 2009/000322	01.07.2009 19.08.2009	Seidler Christine und Frei Dorothea Verkehrskonzept für den öffentlichen Verkehr sowie den Fahrrad- und Fussverkehr im Zusammenhang mit der Zooerweiterung
<p>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, im Rahmen der Zooerweiterung ein erweitertes Verkehrskonzept zu erarbeiten, das den öffentlichen Verkehr (ÖV) sowie den Fahrrad- und Fussverkehr bevorzugt. Bezüglich ÖV sollen insbesondere eine auf Spitzenzeiten ausgerichtete Fahrplanverdichtung sowie der Einsatz für den Kinderwagentransport geeigneter Fahrzeuge bzw. Anhänger geprüft werden.</p>		

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
--------------------------------	----------------------------	--

MOT 2009/001566 2009/000602	16.12.2009 17.03.2010	Schönbächler Robert Wohnüberbauung/Altersheim auf dem VBZ-Areal Escher-Wyss
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird dazu aufgefordert, dem Gemeinderat eine Vorlage für einen Projektierungskredit für einen Projektwettbewerb zu unterbreiten mit dem Ziel, auf dem VBZ-Areal neben dem alten VBZ-Depot-Gebäude «Hard» eine Überbauung mit einer gemischten Nutzung in Zusammenarbeit mit einer gemeinnützigen Baugenossenschaft zu entwickeln. Diese Nutzungen können dabei Alters- und Familienwohnungen sowie ein Altersheim enthalten. Im Erdgeschoss sollen öffentlichkeitswirksame Nutzungen integriert werden, die der städtebaulichen Bedeutung des Standorts entsprechen und eine eventuelle (Teil-) Verlegung der Tramdepotnutzung bedingen. Gleichzeitig soll der Limmatuferbereich auf der ganzen Länge des Areals aufgewertet werden und ein weiterer öffentlicher Zugang von der Hardturmstrasse zur Limmat zwischen dem alten Depotgebäude und dem heutigen Gleisfeld realisiert werden.

POS 2010/000092 2010/000035	20.01.2010 10.02.2010	Nielsen Claudia und Piller Bernhard ewz-Sponsoring, Gleichstellung von Mann und Frau
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie bei wiederkehrenden Sponsoring-Beiträgen des ewz der Gleichstellung vermehrt Rechnung getragen werden kann. Das ewz soll aktiv die nötigen Schritte unternehmen mit dem Ziel, die Sponsoring-Beiträge unter den Geschlechtern ausgewogener zu verteilen.

Der Stadtrat wird dem Gemeinderat den Bericht fristgerecht unterbreiten. Das ewz wird bei der Gleichstellung der Geschlechter auch im Sponsoring eine aktive Rolle übernehmen. Es wird dafür sorgen, dass die Sponsoring-Beiträge unter den Geschlechtern ausgewogen verteilt werden. Erste Massnahmen werden im Frühling 2011 umgesetzt.

POS 2010/000093 2010/000036	20.01.2010 10.02.2010	Piller Bernhard und Graf Davy ewz-Sponsoring, Verschiebung der Beiträge vom Sport zu energiepolitisch relevanten Projekten
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er auf eine partielle Verschiebung der ewz-Sponsoring-Beiträge weg vom Sport, hin zu energie- und energiepolitisch relevanten Projekten (Stichwort Förderung von Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien) hinwirken kann.

Der Stadtrat wird dem Gemeinderat den Bericht fristgerecht unterbreiten. Das ewz wird auch in Zukunft Projekte und Themen, welche die Energieeffizienz und die Erneuerbaren Energien betreffen, selber bearbeiten oder mit finanziellen Mitteln unterstützen. Dies wird je nach Aufgabenstellung entweder aus dem Stromsparfonds, aus den allgemeinen Finanzmitteln oder aus dem Sponsoringbudget finanziert werden.

MOT 2010/000155 2010/000070	03.02.2010 21.04.2010	Gut Christoph und Butz Marlène Buslinie 39, Verlegung der Endhaltestelle und Erhöhung der Fahrintervalle
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird beauftragt, die Attraktivität des Quartierbusses 39 mit mindestens folgenden beiden Massnahmen zu steigern:

- Die Buslinie wird zum Milchbuck verlängert und die talseitige Endhaltestelle zur Haltestelle Milchbuck verlegt.
- Der Fahrtakt wird auf Fahrintervalle von 20 Minuten erhöht.

POS 2010/000962 540.140.100-001 2010/000412	29.09.2010 27.10.2010	Piller Bernhard und Wepf Mirella Erdgas Zürich AG, effiziente Nutzung des Energieträgers Erdgas
--	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er darauf hinwirken kann, dass die Erdgas Zürich AG den Energieträger Erdgas maximal effizient einsetzt.

## II. Abschreibungsanträge für Motionen und Postulate

Postulate, für die der Stadtrat dem Gemeinderat den Antrag auf Abschreibung stellt

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 1994/001811 1994/000034	18.01.1994 02.02.1994	Kommission Verbilligung Jahreskarten Verkehrsverbund, gerechtere Verteilung der Beiträge an die Kostenunterdeckung und Vertretung im Verkehrsrat

Wir bitten den Stadtrat zu prüfen, wie den folgenden beiden Forderungen im Rahmen von Verhandlungen mit den kantonalen Instanzen zum Durchbruch verholfen werden kann:

- eine gerechtere Verteilung der Beiträge an die Kostenunterdeckung des Verkehrsverbunds;
- eine angemessene Vertretung der Stadt und der Verkehrsbetriebe Zürich im Verkehrsrat.

Die Zusammensetzung des Verkehrsrats ist in § 14 des Gesetzes über den öffentlichen Personenverkehr (PVG) geregelt. Der Verkehrsrat umfasst neun Mitglieder. Den Gemeinden stehen fünf Sitze zu, davon je einer den Städten Zürich und Winterthur. Auch bei einem zusätzlichen Sitz für die Stadt Zürich blieben Mehrheitseinschüsse nur durch Koalitionsbildung mit anderen erreichbar. Für die Stadt Zürich ist deshalb entscheidend, dass sie ihre Interessen auf allen Stufen vertritt.

Auch die Aufteilung der Kostenunterdeckung ist im PVG geregelt (§ 26 und 27). Sie wird je zur Hälfte vom Staat und den Gemeinden getragen, wobei die Aufteilung auf die Gemeinden zu 80 % nach dem Verkehrsangebot und zu 20 % nach der Steuerkraft erfolgt. Der errechnete Kostendeckungsgrad der VBZ lag 2009 bei 69 %, derjenige des gesamten ZVV bei 57 %. Dies belegt, dass die VBZ zwar die grösste Kostenposition im ZVV sind, aber auch entsprechend erfolgreich Einnahmen aus Fahrausweisverkäufen und Nebengeschäften erzielen.

Seit der Ablehnung einer Behördeninitiative des Zürcher Gemeinderats (GR Nr. 1999/237) zur Änderung des PVG im Jahr 1999 und eines Postulats 2002 durch den Kantonsrat haben sich dort die Mehrheitsverhältnisse nicht wesentlich verändert. Einen erneuten politischen Vorstoss der Stadt zur Änderung der gesetzlichen Grundlagen erachtet der Stadtrat deshalb momentan als chancenlos.

POS 2004/000717 2004/000203	07.04.2004 25.05.2005	Graf Wüthrich Franziska und Schmid Georg VBZ-Haltestellen an der Rosengartenstrasse, Umbenennung in «Provisorium»
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob eine Namensänderung der Bushaltestellen «Rosengartenstrasse» in «Provisorium» angezeigt wäre.

Haltestellenbezeichnungen dienen dazu, die Fahrgäste möglichst eindeutig und verständlich über den Standort einer Haltestelle zu informieren. Als Identifikationsmerkmal zeichnen sie sich durch Einfachheit, Merkbarkeit, Bekanntheitsgrad und Kontinuität aus. Im Falle des Haltestellenamens «Rosengartenstrasse» sind diese Voraussetzungen gegeben – auch wenn am betreffenden Standort weder Rosen noch ein Garten erkennbar sind, ist dies doch der gültige Strassenname. Die Bezeichnung «Provisorium» sagt hingegen nichts über den Standort aus. Eine Umbenennung aus politischen Gründen auf Kosten des Kundennutzens ist aus Sicht des Stadtrats nicht angezeigt.

POS 2004/001739 2004/000599	17.11.2004 01.12.2004	Geschäftsprüfungskommission Städtische Beteiligungen im Erdgasbereich, Massnahmen zur personellen Entflechtung
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird gebeten, ob nicht bei den direkten und indirekten städtischen Beteiligungen im Erdgasbereich Massnahmen zur personellen Entflechtung getroffen werden sollen, um potenziellen Interessenkonflikten vorzubeugen.

Der Stadtrat erstattete dem Gemeinderat mit Weisung 77 vom 20.12.2006 Bericht und stellte Antrag, das Postulat abzuschreiben. Bericht und Antrag wurden am 10.01.2007 an die Geschäftsprüfungskommission überwiesen. Die Mehrheit der Kommission beantragte dem Gemeinderat am 07.12.2009 Kenntnisnahme vom Bericht und Abschreibung des Postulats. Die Mehrheit des Gemeinderats lehnte jedoch am 17.03.2010 die Abschreibung des Postulats ab – aus welchen Gründen, bleibt für den Stadtrat unklar. Im März 2010 sind die Alt-Stadträte Dr. Thomas Wagner und Willy Küng aus dem Verwaltungsrat der Erdgas Zürich AG ausgeschieden. Die Struktur der schweizerischen Erdgaswirtschaft hat sich gegenüber dem mit Weisung 77 vom 20.12.2006 erstatteten Bericht bezüglich der Tragung von Kosten und Risiken nicht verändert, weshalb aus der Sicht des Stadtrats aufgrund der personellen Konstellation nach wie vor keine Interessenkollision zu befürchten ist.

POS 2005/001069 2005/000342	31.08.2005 14.09.2005	Amman Andreas und Kuhn Rolf S-Bahn- und Fernverkehr am Hauptbahnhof, Spätanschlüsse an VBZ
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Anschlüsse im Hauptbahnhof Zürich zwischen den S-Bahn- und Fernverkehrszügen, die bis 0.26 Uhr ein treffen, und den letzten Verbindungen der VBZ bis in die Aussenquartiere (Endstationen der Tram- und Buslinien) möglichst kostenneutral und auf den nächsten Fahrplanwechsel verbessert werden können.

Zum Fahrplanwechsel vom 14. Dezember 2008 haben die Verkehrsbetriebe die Taktintervalle über die Dauer der gesamten Betriebszeit neu festgelegt. Tagsüber verkehrt das Tram alle 7,5 statt alle 6,7 Minuten, dafür wurde das Angebot am Abend und am Wochenende ausgebaut. Auch eine kostenneutrale Verbesserung der Spätanschlüsse wurde möglich, allerdings nicht ganz im von den Postulanten gewünschten Umfang: Heute ist die Verbindung in alle Aussenquartiere bei Ankunft im Hauptbahnhof bis Mitternacht bzw. in die ganze Innenstadt bei Ankunft am Hauptbahnhof bis 0.30 Uhr sichergestellt. Nach Mitternacht sind unter der Woche nur noch sehr wenige Fahrgäste unterwegs. Die Fahrzeuge auf dem gesamten VBZ-Netz bis 01.00 Uhr praktisch leer verkehren zu lassen, wäre nicht nur teuer (eine kostenneutrale Umsetzung wie im Postulat gefordert ist nicht möglich, ohne tagsüber Kapazitätsengpässe zu schaffen), sondern ist auch aus Umweltgesichtspunkten und wegen der Lärmbelastung für die Anwohnerinnen und Anwohner der Hauptverkehrsachsen nicht wünschenswert.



Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2005/001162 2005/000375	21.09.2005 18.06.2008	Amacker Bruno und Hauri Theo VBZ-Busse, Retrofit-Verfahren

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob in die Jahre gekommene VBZ-Busse, anstatt ausrangiert und durch neue ersetzt zu werden, in einem sogenannten «Retrofit»-Verfahren einem zweiten Leben zugeführt werden können.

Die Busse der Verkehrsbetriebe sind auf die vom ZVV vorgegebene Einsatzdauer von 14 Jahren (Autobusse) bzw. 17 Jahren (Trolleybusse) ausgelegt und danach noch zwei Jahre länger als Reservefahrzeuge im Betrieb. Am Ende dieser Nutzungsdauer weisen die Fahrzeuge immer häufiger Schäden an der tragenden Struktur auf. Auch nach Reparaturen bleibt der Wartungsaufwand sehr hoch, weil die Kontrollen der tragenden Elemente massiv ausgebaut werden müssen. Im Gegensatz z. B. zu den alten Mirage-Trams, welche in die Ukraine abgegeben wurden, werden ausrangierte Busse deshalb nur noch als Ersatzteilspeicher für Komponenten genutzt.

In der Vergangenheit wurden vereinzelt alte Busse weiterverkauft, um anderswo noch wenige Jahre genutzt zu werden. Die modernen Niederflerfahrzeuge sind aber aufgrund der verwendeten Leichtbauweise weniger stabil, und der Fahrzeugboden ist aufgrund des geringeren Abstandes zum Boden einer vermehrten Korrosion durch Spritzwasser und Streusalzrückstände ausgesetzt. Ein Verkauf oder auch die Gratisabgabe solcher ausgedienter Fahrzeuge, womöglich im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit, würde den Abnehmer finanziell wohl mehr schaden als nützen, zudem wäre die fachgerechte Entsorgung nicht sichergestellt.

POS 2005/001536 2005/000522	24.11.2005 21.12.2005	Spezialkommission Polizeidepartement/Tiefbau- und Entsorgungsdepartement/Departement der Industriellen Betriebe ewz, Rahmenvereinbarung über stromsparende Geräte
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird gebeten, folgende Massnahmen zu prüfen:

- aktive Unterstützung zur Herbeiführung einer Rahmenvereinbarung zwischen der Stadt und den Verbänden der MieterInnen und VermieterInnen (MieterInnen- und Mieterverband, Hauseigentümerverband, Vereinigung Zürcher Immobilienfirmen, Schweiz. Verband für Wohnungswesen) über den Einsatz stromsparender Geräte der Top-Ten-Klasse bei Ersatzanschaffungen, Instandsetzungen und Neubauten in Miethaushalten;
- Erlass von entsprechenden Beschaffungsvorgaben für Neubauten, Instandsetzungen und Ersatzanschaffungen in Wohnliegenschaften der Stadt und städtischer Stiftungen;
- Bewilligung von Mitteln der Wohnbauförderung nur bei Verpflichtung zu entsprechenden Beschaffungsmassnahmen;
- Ausrichtung von pauschalierten Förderbeiträgen aus dem Stromsparfonds zum Ausgleich allfälliger Mehrkosten von Geräten der Top-Ten-Klasse.

Zu Punkt 1): Die Spezialkommission PD/TED/DIB wurde am 29.11.2007 umfassend informiert. Einsparpotenziale und mutmassliche Umsetzungsbarrieren bei Haushaltgeräten im Vermietersausbau wurden untersucht. Anlässlich verschiedener Gespräche mit den Verbänden wurde eine Bereitschaft der betroffenen Verbandsmitglieder festgestellt, anhand des Beispiels von energieeffizienten Gefrier- und Kühlgeräten den Prozess, die Rollen der Beteiligten und den Inhalt einer Rahmenvereinbarung zu definieren. Im April 2009 wurde eine Vereinbarung durch die Verbände unterschrieben, die Ziele, Grundsätze und Geltungsbereich der Zusammenarbeit zwischen den Verbänden sowie deren Rolle bei der Kommunikation der Aktion bei ihren Mitgliedern umfasst. Sie basiert massgeblich auf einer ab Februar 2010 inhaltlich und finanziell erweiterten «A++»-Stromsparfonds-Aktion für Gefrier- und Kühlgeräte, welcher der Gemeinderat am 21. Oktober 2009 zugestimmt hat. Bei weiteren, allenfalls für eine Vereinbarung in Frage kommenden stromsparenden Gerätetypen ist die Fördereffizienz (eingesparte Elektrizität pro Förderfranken) ungenügend.

Zu Punkt 2): Hinsichtlich energetischer Beschaffungsvorgaben für Neubauten, Instandsetzungen und Ersatzanschaffungen in Wohnliegenschaften der Stadt und städtischer Stiftungen gelten die Bestimmungen der 7-Meilen-Schritte der Stadt Zürich. In 1. Priorität werden hocheffiziente Haushaltsgeräte gemäss [www.topten.ch](http://www.topten.ch) beschafft. Alle Geräte entsprechen mindestens der Energieeffizienzklasse A bzw. A+.

Zu Punkt 3): In den 7-Meilen-Schritten für umwelt- und energiegerechtes Bauen, die fortan auch für Wohnbauaktionen gelten sollen, ist vorgeben, dass prioritär Top-Ten-Geräte und sekundär Geräte der A++- bzw. der A+-Klasse eingesetzt werden müssen.

Zu Punkt 4): Für energiesparende Geräte der Top-Ten-Klasse werden im Rahmen von Stromsparfonds-Aktionen laufend Förderbeiträge ausgerichtet, sofern eine hinreichende Fördereffizienz gewährleistet ist.

POS 2006/000474 2006/000138	03.05.2006 28.06.2006	Butz Marlène und Hirzel Astrid VBZ, Fahrplan der Buslinie 39
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie

- der 20-Minuten-Takt auf der Quartierbuslinie 39 auch über den Fahrplanwechsel 2006 (Dezember 06) hinaus erhalten werden kann und wie
- die Linienführung der Quartierbuslinie 39 so verändert werden kann, dass der Bus in Zukunft den Rigiplatz bedienen kann. Denkbar wäre z. B., bei der Talfahrt eine Schlaufe über den Rigiplatz zu fahren. Die bestehende Haltestelle Langensteinstrasse beim Altersheim Oberstrass darf von der Änderung nicht betroffen sein.

Aufgrund von Sparvorgaben des ZVV wurde im Fahrplanverfahren 2007/2008 der Takt der Linie 39 von 20' auf 30' reduziert und die Haltestelle Im Klösterli nur noch einmal pro Stunde bedient. Damit konnte die Linie neu mit einem statt bisher zwei Fahrzeugen betrieben werden. Gleichzeitig war aber die maximal mögliche Umlaufzeit zwischen den zwei Endhaltestellen kürzer geworden.

In der Folge ergaben sich starke Verspätungen, und der Mindestaufenthalt für das Personal an den Wendepunkten konnte nicht mehr gewährleistet werden. Eine zusätzliche Schlaufenfahrt über den Rigiplatz war aus Zeitgründen nicht machbar, vielmehr musste im Frühjahr 2009 die Fahrstrecke sogar noch verkürzt werden: Die Haltestellen Klosterweg und Irchel wurden aufgehoben, die Haltestelle Strickhof wurde in die Möhrlistrasse verlegt. Der Bus wendet neu ab der Haltestelle Letzistrasse via Winterthurerstrasse–Möhrlistrasse (Haltestelle Strickhof)–Letzistrasse zurück zur Haltestelle Langensteinstrasse und weiter zum Zoo.

Es zeigte sich allerdings, dass durch die Verlegung der Haltestelle Strickhof in die Möhrlistrasse die Zugänglichkeit vom Altersheim Oberstrass her stark erschwert war. Im Dezember 2010 wurde deshalb in der Letzistrasse die neue Haltestelle Schanzackerstrasse in Betrieb genommen. Diese ermöglicht einen bequemen Zugang vom und zum Altersheim zu den Bussen der Linie 39 in beide Fahrtrichtungen.

Zwar ist die im Postulat geforderte Schlaufenfahrt zum Rigiblick aus den dargelegten Gründen nicht möglich, es besteht aber ein direkter Anschluss vom Bus 39 auf die Seilbahn Rigiblick.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
--------------------------------	----------------------------	--

POS 2006/000475 2006/000139	03.05.2006 28.06.2006	Butz Marlène und Schönbächler Robert VBZ, Verzicht auf Sparmassnahmen bei Quartierbuslinien
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie auf die per Fahrplanwechsel 2006 (Dezember) vorgesehenen Sparmassnahmen bei den städtischen Quartierbuslinien verzichtet werden kann, so dass das bestehende Angebot nicht verschlechtert wird.*

Für das Fahrplanverfahren 2012/2013 stellt der Kanton den VBZ 1,8 Mio. Fr. für Angebotsausbauten zur Verfügung. Die Einführung des Trams Zürich-West und die Beseitigung der dringendsten Kapazitätsengpässe allein kosten aber bereits fast 5,5 Mio. Fr. Die Mehrkosten müssen die Verkehrsbetriebe durch Produktivitätssteigerungen auffangen. In dieser Situation müssen die Mittel dort eingesetzt werden, wo sie den maximalen Kundennutzen erbringen. Bei der Überprüfung der Quartierbuslinien im Rahmen des Fahrplanverfahrens 2007/2008 im Auftrag des ZVV wurden Anpassungen an den Linien mit sehr schwacher Nachfrage und niedrigstem Kostendeckungsgrad vorgenommen. Der ZVV hatte vorab auch genügend Zeit eingeräumt, um durch angepasste Linienführung, betriebliche Verknüpfungen und Kommunikation an die Fahrgäste die Auslastung über die kritische Grenze anzuheben. Wo dies nicht gelang hatte sich der Stadtrat bewusst dafür entschieden, möglichst keine Quartierbuslinien ganz einzustellen, sondern durch sanfte Korrekturen im ganzen Quartierbusnetz dessen Wirtschaftlichkeit insgesamt zu steigern.

Die aus dem Überprüfungsauftrag frei werdenden Mittel flossen auch nicht an den ZVV zurück, sondern wurden vollumfänglich in Angebotsverbesserungen an anderen Orten reinvestiert, wo sie der grösstmöglichen Anzahl von Fahrgästen zugute kommen.

Der Stadtrat sieht in der gegenwärtigen finanziellen Situation (Sparprogramm San10 des Regierungsrats, Budgetrückweisung in der Stadt Zürich) keine Möglichkeit, auf das alte Angebotsregime zurückzukommen. Sollte sich die Nachfrage auf einigen oder allen Quartierbuslinien aber markant steigern, müsste selbstverständlich ein nachfragegerechter Angebotsausbau erfolgen.

POS 2006/000514 2006/000168	10.05.2006 31.05.2006	Gut Susi und Schlatter Hedy Wollishofen, Bedienung mit dem Limmatschiff
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie Wollishofen auch in der Saison 2007 mit dem Limmatschiff bedient werden kann.*

Die Haltestelle Limmatquai erfreut sich weiterhin grosser Beliebtheit. Von Beginn weg verzeichnete sie eine vergleichbare Anzahl Ein- und Ausstiege wie die traditionsreiche Haltestelle Storchen.

Die Ein-/Ausstiege an den beiden Anlegestellen Storchen und Limmatquai entwickelten sich bis 2010 wie folgt:

	2007	2008	2009	2010
Storchen	12 911	13 816	15 220	12 321
Limmatquai	12 401	13 953	15 142	12 218
Total	25 312	27 769	30 362	24 539

Der Rückgang im Jahr 2010 ist damit zu erklären, dass während der Hauptsaison 2010 (Juni–September) die Limmatschiffahrt während 41 Tagen eingestellt werden musste (alleine im August waren es 20 Tage). Diese Hochwassersituation im 2./3. Quartal 2010 führte auf dem gesamten Netz der Limmatschiffahrt zu einem Rückgang der Frequenzen um 19% gegenüber dem Vorjahr. Betriebseinstellungen waren im Jahr 2009 an 7, 2008 an 10, 2007 an 12 Tagen erfolgt. Eine Aufgabe des Halts am Limmatquai oder beim Storchen kommt für die Zürichsee-Schiffahrt nach wie vor nicht in Frage. Die Randbedingungen – Aufrechterhaltung des Halbstundentakts mit zwei Booten, nautisch aufwendige Manöver flussabwärts zum Anlegen am Limmatquai –, die zur Preisgabe des Halts in Wollishofen zwingen, haben sich nicht geändert. Eine technische Aufrüstung der Limmatboote, um talwärts ohne Wendemanöver anhalten zu können, ist mit vertretbarem Aufwand nicht möglich. Der Kauf eines zusätzlichen Schiffs lässt sich mit der Nachfrage nicht rechtfertigen.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2007/000153 2007/000054	31.01.2007 28.02.2007	Im Oberdorf Bernhard und Hauri Theo Tramverkehr, rücksichtsvolle Fahrweise

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im Tramverkehr durch eine rücksichtsvollere Fahrweise trotz Vortrittsrecht das Entstehen von kritischen Situationen und das Eintreten von Unfällen vermieden werden kann.*

Die Sicherheit von Fahrgästen, anderen Verkehrsteilnehmenden und Mitarbeitenden steht bei den VBZ als Teil einer ausgeprägten Sicherheitskultur an erster Stelle. Unfallprävention ist ein regelmässiges Thema der jährlich aktualisierten betrieblichen Sicherheitsziele, der individuellen Mitarbeitendenziele, der ständigen Dienstaufsicht, der Mitarbeitendenqualifikation und der entsprechenden Geschäftsprozesse.

Das Unfallgeschehen wird laufend gesamthaft und im Einzelfall analysiert und ausgewertet. Wo nötig und möglich werden umgehend Massnahmen eingeleitet. Gemeinsam mit der Dienstabteilung Verkehr DAV wurden 2010 folgende kritischen Stellen und/oder Unfallschwerpunkte besprochen:

- Seilergraben (schmale Fahrbahn MIV)
- Limmat-/Motorenstrasse (Linksabbieger)
- Hofwiesen-/Franklinstrasse (schmale Fahrbahn MIV)
- Rämistrasse (schmale Fahrbahn MIV)
- Winterthurer-/Rietlistrasse (Abbiegen)
- Lochergut (neue Verkehrsführung)
- Wartau (Schleifenfahrt mit Ein-/Aussteigen)
- Escher-Wyss-Platz (neue Verkehrsführung)

Die Fähigkeit zur rücksichtsvollen Fahrweise und Unfallverhütung wird bereits in der fahrpsychologischen Eignungsuntersuchung im Rahmen der Rekrutierung von neuem Fahrpersonal geprüft. Danach ist die Unfallprävention fester Bestandteil der Aus- und jährlichen Weiterbildung von Fahrdienstmitarbeitenden. 2010 war im Weiterbildungsprogramm für die Fahrdienstmitarbeitenden ein separates Modul «Unfallprävention» enthalten.

Als Beitrag zur Unfallverhütung über den eigenen Betrieb hinaus führen die VBZ seit Jahren zusätzlich und zusammen mit der Stadtpolizei erfolgreiche Sicherheitskampagnen für die übrigen Verkehrsteilnehmenden in der Stadt Zürich durch. Thema der laufenden Kampagne sind die Stopp- und Ruckunfälle: Rund 35% der bei Tramunfällen verletzten Personen stürzen im Tram, weil die Wagenführerinnen und -führer wegen des Fehlverhaltens anderer Verkehrsteilnehmenden abrupt bremsen müssen, um eine Kollision – trotz Vortrittsrecht – zu vermeiden.

POS 2007/000798 2007/000409	11.07.2007 18.06.2008	Papageorgiou Kyriakos und Jäger Alexander Dieselfahrzeuge der Stadt Zürich, Umrüstung mit Retrofitkit
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen wie der Stadt Zürich gehörende Dieselfahrzeuge die heute den Euro-3-Abgasnormen oder tiefer entsprechen, mit dem Einbau eines «Retrofitkit» umgerüstet werden können oder einem gleichwertigem Produkt. Das von ETH-Ingenieuren entwickelte «Retrofitkit» ist an Mülllastwagen der Stadt Winterthur bereits erfolgreich getestet worden.*

Die städtische Fahrzeugkommission unter der Leitung des Vorstehers des Departements der Industriellen Betriebe vereint die Fachleute der Dienstabteilungen mit grösseren Fahrzeugbeständen. Die Kommission erarbeitet sogenannte Umsetzungshilfen, welche die Dienstabteilungen bei der Realisierung der Fahrzeugpolitik praktisch unterstützen.

Die Umsetzungshilfe «Nachrüstung Partikelfilter» hält u. a. die technischen Anforderungen an solche Partikelfilter fest, weist darauf hin, dass bei der Nachrüstung die Werksgarantie des Fahrzeugherstellers weiterhin gewährleistet sein muss und in welcher Priorität Fahrzeuge nachzurüsten sind (Lebensdauer, Einsatzdauer pro Jahr, Fahrzeugkategorie usw.). Das «Retrofitkit» wird bei der Nachrüstung neben allen anderen Partikelfiltern ebenfalls geprüft. Das Fahrzeugkompetenzzentrum pflegt im Intranet der Stadt Zürich eine Webplattform. Auf dieser werden die internen Sachverständigen über aktuelle Marktbeobachtungen zum Thema informiert.

POS 2008/000084 2008/000059	23.01.2008 18.06.2008	Ammann Andreas und Kuhn Rolf VBZ-Buslinie 71, Weiterbetrieb nach Senkung der Betriebskosten
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Quartierbuslinie 71 durch eine deutliche Senkung der Betriebskosten weiter betrieben werden kann.*

Die Quartierbuslinie 71 wurde im Dezember 2008 aufgehoben, weil der Kostendeckungsgrad weit unterdurchschnittlich war und die Vorgaben für eine Finanzierung durch den ZVV nicht erfüllte. Auch eine erfolgte Anpassung der Linienführung unter Einbezug des Quartiervereins und der Bevölkerung hatte die Auslastung nicht wesentlich verbessern können.

Eine erhebliche Kostensenkung wäre nur mit einer weiteren Ausdünnung des Angebots während den Hauptverkehrszeiten möglich gewesen. Damit hätte die Linie 71 jedoch weiter an Attraktivität verloren. Dies hätte zu einem weiteren drastischen Rückgang der Nachfrage geführt, und der Kostendeckungsgrad hätte sich nicht verbessert. Eine Wiedereinführung der Linie ist aus wirtschaftlichen Gründen nicht geplant.

POS 2009/000338 2009/000117	01.04.2009 06.05.2009	Butz Marlène und Aubert Marianne VBZ, Informationen zum Haltestellentyp
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie auf den nächsten Fahrplanwechsel die Angaben im Fahrplanaushang sowie in den Fahrzeugen mit Informationen zum Haltestellentyp der einzelnen Haltestellen in geeigneter Form ergänzt werden können.*

Derzeit läuft die Anpassung ausgewählter Tramhaltestellen an die Bedürfnisse behinderter Menschen, die Umbauten werden kontinuierlich vorgenommen und bis 2014 abgeschlossen sein. Bis dahin ist es wenig sinnvoll, diese Informationen im Fahrplanaushang und auf den Netzplänen in den Fahrzeugen anzubringen, da sich die Angaben mit dem Fortschreiten der Bauarbeiten laufend ändern. Der Aufwand für die wiederholte Auswechslung der Aushänge wäre zu gross. Auf der Internetseite des Zürcher Verkehrsverbundes (ZVV) finden sich aber die entsprechenden Angaben (sowohl zum VBZ-Netz wie auch zur S-Bahn), und sie werden regelmässig aktualisiert.



Bild: Bruno Schär

# Geschäftsbericht 2010

## Schul- und Sportdepartement

# Inhaltsverzeichnis Geschäftsbericht Schul- und Sportdepartement

<b>1.</b>	<b>Vorwort</b>	<b>337</b>
<b>2.</b>	<b>Legislatur- und Jahresschwerpunkte</b>	<b>338</b>
<b>3.</b>	<b>Kennzahlen Schul- und Sportdepartement</b>	<b>339</b>
<b>4.</b>	<b>Departementssekretariat/Fachstellen/Dienstabteilungen</b>	<b>340</b>
<b>4.1</b>	<b>Departementssekretariat</b>	<b>340</b>
4.1.1	Aufgaben	340
4.1.2	Jahresschwerpunkte	340
4.1.3	Kennzahlen	341
<b>4.2</b>	<b>Schulamt</b>	<b>341</b>
4.2.1	Aufgaben	341
4.2.2	Jahresschwerpunkte	341
4.2.3.	Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz (PK) und Kreisschulpflege	345
4.2.3.1	Aufgaben	345
4.2.3.2	Jahresschwerpunkte	345
4.2.3.2.1	Berichte aus den Schulkreisen	346
4.2.4	Spezifische Kennzahlen	348
<b>4.3</b>	<b>Schulgesundheitsdienste</b>	<b>349</b>
4.3.1	Aufgaben	349
4.3.2	Jahresschwerpunkte	349
4.3.3	Spezifische Kennzahlen	350
<b>4.4</b>	<b>Jugendmusikschule</b>	<b>351</b>
4.4.1	Aufgaben	351
4.4.2	Jahresschwerpunkte	351
4.4.3	Schulkommission Jugendschule	351
4.4.4	Spezifische Kennzahlen	352
<b>4.5</b>	<b>Sportamt</b>	<b>352</b>
4.5.1	Aufgaben	352
4.5.2	Jahresschwerpunkte	352
4.5.3	Spezifische Kennzahlen	354
<b>4.6</b>	<b>Fachschule Viventa</b>	<b>355</b>
4.6.1	Aufgaben	355
4.6.2	Jahresschwerpunkte	355
4.6.3	Schulkommission Fachschule Viventa	356
4.6.4	Spezifische Kennzahlen	357
<b>5.</b>	<b>Parlamentarische Vorstösse</b>	<b>358</b>

# 1. Vorwort



Gerold Lauber. (Bild: Günter Bolzern)

Die Umsetzung der Reformen in den Schulen der Stadt Zürich ist nach wie vor in vollem Gang. Ein Grossteil der vom Stimmvolk 2005 beschlossenen Reformen des Kantonalen Volksschulgesetzes wurde in den letzten knapp drei Jahren bereits umgesetzt. Vieles muss sich nun aber noch einspielen, Feinjustierungen sind angezeigt. Meine Schulbesuche haben dies bestätigt. Ich habe ein differenzierteres Bild unserer Schule erhalten. Vor allem aber habe ich vielerorts engagiertes Lehrpersonal kennen gelernt, das trotz nicht immer einfachen Rahmenbedingungen mit Engagement unterrichtet.

Ich bin mir bewusst, dass im Zusammenhang mit der Umsetzung der laufenden Reformen die Belastung für das Schulpersonal zugenommen hat. Im Berichtsjahr wurden verschiedene Massnahmen getroffen, um die Arbeitssituation der Lehrpersonen zu verbessern. Das Schul- und Sportdepartement unterstützt das Projekt «Belastung – Entlastung im Schulumfeld» der Kantonalen Bildungsdirektion, um die Arbeitssituation von Lehrpersonen, Schulleitungen und Schulbehörden sowie die Zusammenarbeit aller Beteiligten zu verbessern. Es braucht meiner Meinung nach aber noch etwas Geduld, bis die geplanten Massnahmen tatsächlich greifen. Die Überprüfung und Anpassung aller städtischen Formulare im schulischen Umfeld soll die bürokratische Belastung weiter senken. Weiter vorantreiben konnten wir den Ausbau der Betreuungsplätze im Hort, womit die Wartelisten im Vergleich zum Vorjahr nochmals verkleinert werden konnten.

Die Schule stand 2010 weiter im Brennpunkt des öffentlichen Interesses. Die Aktion «Schule im Sinkflug» hat auch in der Stadt Zürich zahlreiche Personen aus dem schulischen Umfeld mobilisiert. Um die anstehenden Fragen rund um die Weiterentwicklung unserer Volksschule zu diskutieren, braucht es einen breiten Dialog, in dem alle involvierten Parteien ihre Interessen offen auf den Tisch legen. In gemeinsamen Gesprächen soll das gegenseitige Vertrauen gefördert werden. Erste Schritte in diese Richtung wurden im Berichtsjahr bereits unternommen.

Rund 3500 Schülerinnen und Schüler aus über 160 Klassen kamen im Herbst in den Genuss eines besonders erlebnisreichen Unterrichts ausserhalb des Schulzimmers. In Workshops und Führungen bei den Grabungen zum Parkhaus Opéra erhielten die Schulkinder einen Einblick in die Geschichte der Pfahlbauer. Vom grossen Erfolg des gemeinsam mit dem Hochbaudepartement bereitgestellten Angebots waren wir alle überrascht. Einen sprichwörtlich unvergesslichen Nachmittag erlebten die Oberstufenschülerinnen und -schüler der Schule

Liguster Mitte Dezember. Der englische Fussballstar David Beckham stattete der Schule im Rahmen der Kandidatur Englands für die Fussball-WM 2018 einen Überraschungsbesuch ab und kickte mit den begeisterten Jugendlichen.

Die Jugendmusikschule hat das Klassenmusizieren weiter ausgebaut. Dieses spannende Projekt ist auf Sponsoren angewiesen. Daher wurde im Volkshaus ein Benefizkonzert mit rund 200 Schülerinnen und Schülern durchgeführt. Ein toller Anlass für alle Beteiligten.

Der anspruchsvolle Reorganisationsprozess an der Fachschule Viventa hat auch im Berichtsjahr für einige Belastung bei der Direktion und zu Unruhe im Lehrkörper geführt. Eine Neuausrichtung der Kommunikation soll künftig für bessere Informationsflüsse und mehr Transparenz sorgen.

Die Stadt Zürich engagiert sich bereits seit mehreren Jahren mit verschiedenen Massnahmen und Projekten im Kampf gegen Jugendgewalt. Es darf nicht sein, dass die vielen tausend friedlichen Jugendlichen in unserer Stadt von einer kleinen Zahl gewalttätiger Jugendlicher in ihren Freiheiten eingeschränkt werden. Aus diesem Grund haben wir im Herbst die Sensibilisierungskampagne «Fertig Puff!» lanciert. Diverse Amtshäuser, Schulen, öffentliche Plätze sowie alle Trams und Busse der VBZ wurden mit «Fertig Puff!-»-Fahnen beflaggt. 130 Plakate, auf denen 49 Zürcherinnen und Zürcher ein ganz persönliches Zeichen gegen Jugendgewalt abgegeben haben, unterstützten die Kampagne zusätzlich. Auf der Social-Media-Plattform «Facebook» zählte «Fertig Puff!» Ende Jahr rund 1800 Fans. Neben Hunderten von Privatpersonen haben diverse Clubbesitzer und Veranstalter «Fertig Puff!» unterstützt. Erfreulich war, dass die Kampagne auch ausserhalb der Stadt Zürich wahrgenommen und getragen wurde.

Nach der Fussball-EM 2008 steht mit der Leichtathletik-EM im Jahr 2014 der nächste sportliche Grossanlass an. Zürich hat am 1. Mai 2010 den Zuschlag erhalten. Selbstverständlich ist eine Leichtathletik-EM bezüglich Grösse und medialer Abdeckung nicht mit der Fussball-EM zu vergleichen, dennoch bin ich überzeugt, dass auch diese Titelkämpfe für unsere Stadt eine ausgezeichnete Möglichkeit darstellen, sich einer grösseren Öffentlichkeit zu präsentieren. Etwas Bewegung ist im letzten Jahr auch in die sowohl für die beiden Fussballclubs FC Zürich und Grasshopper Club Zürich als auch für den Eishockeyverein ZSC Lions unbefriedigende Stadion- bzw. Hallensituation gekommen. Auf dem Hardturmareal soll ein reines Fussballstadion für rund 16000 Zuschauer entstehen. Den Grundstein dazu hat die Stadt mit dem Kauf des gesamten Areals von der Credit Suisse gelegt. Bis zur definitiven Realisierung des Projekts dürfte es allerdings noch mindestens bis 2016 dauern. Konkreter sind hingegen die Pläne der ZSC Lions. In Altstetten soll eine Arena für 10000 bis 12000 Zuschauerinnen und Zuschauer gebaut werden. Die Stadt will den für das Eisstadion benötigten Boden im Baurecht abgeben. Finanziert, gebaut und betrieben wird das neue Stadion von den ZSC Lions. Ich bin zuversichtlich, dass die Lions 2015 in der neuen Halle spielen können.

Stadtrat Gerold Lauber  
Vorsteher des Schul- und Sportdepartements



## 2. Legislatur- und Jahresschwerpunkte

### LSP-Frühförderung

Frühförderung ist als gesellschaftliche und bildungspolitische Herausforderung in den letzten Jahren ein zentrales Thema geworden. Immer mehr Kindergärtnerinnen und -gärtner berichten bei Schuleintritt von teilweise gravierenden Entwicklungsunterschieden zwischen den Kindern. Diese lassen sich oft nicht mehr kompensieren und können daher den Schulerfolg nachhaltig gefährden. Das Schul- und Sportdepartement (SSD) hat dieses Thema deshalb bereits 2009 unter dem Titel «Chancengerechtigkeit braucht (Früh-)Förderung» in seine strategischen Schwerpunkte aufgenommen. Zur weiteren Analyse wurden gemeinsam mit dem Sozial- und dem Präsidentsdepartement alle aktuellen Angebote der Stadt Zürich im Bereich «Frühförderung» in einer detaillierten Auslegeordnung erfasst. Daraus wurde ersichtlich, dass in der Stadt Zürich ein vielfältiges und gut ausgebautes Betreuungs- und Unterstützungsangebot für Vorschulkinder und ihre Eltern besteht. Mängel zeigen sich darin, dass die Massnahmen aus den verschiedenen Departementen noch zu wenig aufeinander abgestimmt und zu wenig spezifisch auf Familien aus benachteiligten Milieus ausgerichtet sind. Mit dem Legislatorschwerpunkt «Frühförderung» wird bis 2014 das Ziel verfolgt, dass sich Kinder, die in der Stadt Zürich aufwachsen, in den ersten vier Lebensjahren in sozialer, emotionaler, kognitiver, motorischer und sprachlicher Hinsicht möglichst gut entwickeln. Vor allem die Startchancen von Kindern aus sozial benachteiligten Familien sollen erhöht werden. In einem ersten Schritt wurden neun Projekte und Massnahmen definiert. Die Angebote der Frühförderung orientieren sich am unmittelbaren Lebensraum der Kinder und ihrer Familien.

### Schulreformen

Die Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes des Kantons Zürich wurde auch 2010 intensiv weiterverfolgt. Die schulischen Tagesstrukturen konnten weiter ausgebaut und die Wartelisten minimiert werden (siehe Kapitel 4.2.2). Im Rahmen der Umsetzung der laufenden Reformen sind die Lehrpersonen stark gefordert. Das SSD hat den Schulen verschiedene Massnahmen zur Unterstützung angeboten (siehe Kapitel 4.2.2).

### Organisationsanalyse Behörden- und Verwaltungsstrukturen

Die Arbeitsgemeinschaft Ernst & Young + Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Zürich hat im Berichtsjahr den Schlussbericht zur Organisationsanalyse über die Behörden- und Verwaltungsstrukturen im Volksschulwesen der Stadt Zürich präsentiert. Der Bericht stellt einerseits modellunabhängige Optimierungsmöglichkeiten vor und andererseits drei Modelle für eine künftige Behörden- und Verwaltungsstruktur. Er beinhaltet somit fundierte Entscheidungsgrundlagen für den weiteren politischen Entscheidungsprozess. Verschiedene Vorschläge des Berichts, sowohl modellabhängige als auch modellunabhängige, liegen allerdings nicht im Handlungsspielraum der Gemeinde, weil sie kantonales Recht tangieren. Die Revision des kantonalen Gemeindegesetzes kommt daher zum

richtigen Zeitpunkt. Zurzeit läuft der Vernehmlassungsprozess. Der Stadtrat wird sich im Sinne der durchgeführten Organisationsanalyse einbringen. Die Resultate der Vernehmlassung zur Revision des kantonalen Gemeindegesetzes sind abzuwarten.

### Bewegungs- und Gesundheitsförderung

Die Bestrebungen im wichtigen Bereich der Bewegungs- und Gesundheitsförderung wurden vorangetrieben, die entsprechenden Angebote weiter ausgebaut. Mit dem im Sportamt in den letzten drei Jahren kontinuierlich umgesetzten Kompetenzzentrum für Sportunterricht will man gezielt die Chance nutzen, das Bewegungsverhalten der Kinder und Jugendlichen während elf Jahren Schulzeit positiv zu prägen. Im Berichtsjahr wurden neu alle Schulen flächendeckend erreicht, womit künftig sämtliche Lehrpersonen der Stadt Zürich vom Support für den Sportunterricht profitieren. Die Lehrerschaft wird damit sensibilisiert, ein ausgewogenes Programm zu gewährleisten, das heisst, auf eine gleichmässige Verteilung der Lernangebote für die vier Bereiche «Sport, Gesundheit, Spiel, Ausdrück» zu achten. Ganz spezifisch für Mädchen wurde zudem das webbasierte Tanzlehrmittel auf der Plattform [www.dance360-school.ch](http://www.dance360-school.ch) lanciert, das Lehrpersonen sowie Schülerinnen und Schülern den interaktiven Zugang zu über 400 Clips mit Tanzlektionen, Choreografien und Moves ermöglicht.

Seit 2010 sind die im Vorjahr erlassenen Ernährungsrichtlinien für alle Schulen und Horte verbindlich. Dies bedeutet, dass das gesamte Verpflegungsangebot an Schulen und Horten den Vorgaben einer gesunden und zahnschonenden Ernährung zu entsprechen hat. Eine im Berichtsjahr durchgeführte Evaluation der Schulgesundheitsdienste zeigt, dass die Ernährungsrichtlinien auf hohe Akzeptanz stossen und an den Horten gut eingeführt sind, in einigen Bereichen, namentlich beim Angebot von stark zuckerhaltigen Nahrungsmitteln und gezuckerten Getränken, aber noch Handlungsbedarf besteht. Im gesamtschweizerischen Vergleich (Arche Lugano, September 2009) nimmt die Stadt Zürich in Bezug auf gesunde Ernährung an den Schulen und im Hort eine Vorreiterinnenrolle ein.

### Strategische Schwerpunkte SSD und PK

Die im Jahr 2009 erarbeiteten strategischen Schwerpunkte des Schul- und Sportdepartements und der Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz (PK) wurden im vergangenen Jahr weiter konkretisiert sowie um einen sechsten Schwerpunkt – «Organisationsentwicklung» – ergänzt. Die strategischen Schwerpunkte wurden zudem für die Periode 2010–2014 angepasst und beschreiben die Perspektiven sowie den Handlungsbedarf in den Bereichen Volksschule, Gesundheit, Sport, Musik und Erwachsenenbildung. Folgende Projekte wurden im Berichtsjahr abgeschlossen bzw. in einen definitiven Status überführt: «Fallschirm» der Fachschule Viventa, die Entwicklung der Sportförderung und die damit verbundene Erhöhung der jährlichen Jugendsportsubventionen sowie das Klassenzusammensetzen der Jugendmusikschule.

### 3. Kennzahlen Schul- und Sportdepartement

	2006	2007	2008	2009	2010
Mitarbeitende Total	5 537	5 524	6 359	6 590	7 006
– davon Frauen	4 048	4 035	4 594	4 767	5 113
– davon Männer	1 489	1 489	1 765	1 823	1 893
Ø Stellenwert-Äquivalent <sup>2</sup>	2 665	2 816	2 521	2 719	2 889
Führungskader Total	629	771	1 075	1 067	1 145
– davon Frauen	497	541	756	746	801
– davon Männer	132	230	319	321	344
Lernende Total	31	30	31	36	40
– davon Frauen	18	14	14	18	19
– davon Männer	13	16	17	18	21
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad ≥ 90.00 % (Vollzeitstellen)<sup>1</sup></b>					
Total	947	1 012	772	839	841
Frauen	538	545	324	366	370
Männer	409	467	448	473	471
Frauen in %	56.8	53.9	42.0	43.6	44.0
Männer in %	43.2	46.1	58.0	56.4	56.0
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 50.00–89.99 % (Teilzeitstellen I)<sup>1</sup></b>					
Total	1 544	1 521	1 401	1 481	1 579
Frauen	1 278	1 263	1 099	1 149	1 217
Männer	266	258	302	332	362
Frauen in %	82.8	83.0	78.4	77.6	77.1
Männer in %	17.2	17.0	21.6	22.4	22.9
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 0.01–49.99 % (Teilzeitstellen II)<sup>1</sup></b>					
Total	3 046	2 991	7 368	6 790	7 228
Frauen	2 232	2 227	5 517	5 111	5 503
Männer	814	764	1 851	1 679	1 725
Frauen in %	73.3	74.5	74.9	75.3	76.1
Männer in %	26.7	25.5	25.1	24.7	23.9
Personalaufwand	314 471 777	329 131 875	319 034 920	343 578 887	364 586 547
Sachaufwand	65 952 236	82 079 613	94 931 474	92 763 692	94 925 000
Übriger Aufwand	418 009 477	427 078 741	478 264 095	481 809 125	498 921 216
Total Aufwand	798 433 490	838 290 229	892 230 489	918 151 704	958 432 763
Bruttoinvestitionen	3 680 081	0	2 442 176	944 750	1 619 373

**Definitionen:**

In den jeweiligen Zahlen sind diejenigen Mitarbeitendenkreise berücksichtigt, die in den gesamtstädtischen Personalkennzahlen im Stadtratsteil genannt sind. Ab 2008 werden alle Mitarbeitenden mit aktiver Anstellung im Dezember gezählt. Bis 2007 wurden nur jene mit aktiver Anstellung und Lohnzahlung im Dezember gezählt.

<sup>1</sup> Bis 2007 wurden Mehrfachanstellungen pro Mitarbeitenden zuerst addiert und dann als eine einzige Anstellung ausgewiesen. Mit der Einführung von SAP werden ab 2008 alle Anstellungen einzeln mit dem entsprechenden Beschäftigungsgrad ausgewiesen. Das Total aller Anstellungen entspricht somit nicht mehr dem Total aller Mitarbeitenden. Die Anzahl der Anstellungen 2008 wurden entsprechend korrigiert und mit den Werten von 2009 vergleichbar gemacht.

<sup>2</sup> Die Stellen der Stadträtinnen und Stadträte werden wieder in der Institution 1015 Stadtrat mitgezählt; die durchschnittlichen Stellenwert-Äquivalente 2008 reduzieren sich dadurch um 1 Stellenwert.

## 4. Departementssekretariat/Fachstellen/Dienstabteilungen

### 4.1 Departementssekretariat

#### 4.1.1 Aufgaben

Das Departementssekretariat (DS) unterstützt den Vorsteher in der Führung und Steuerung des Departements. Es erfüllt departementale Querschnittsaufgaben in den Bereichen Finanzcontrolling, Informatik, Personal und ist für die Prozessführung in strategischen Themenstellungen des Departements verantwortlich. Die Führung des Beitragswesens für bildungs- und kulturnahe Institutionen, der Schul- und Büromaterialverwaltung (SBMV) sowie des Nordamerika Native Museum (NONAM) sind Spezialaufgabenbereiche des Departementssekretariats. Dem Departementssekretariat administrativ eingegliedert sind die Kommunikationsstelle und die Fachstelle für Gewaltprävention.

#### 4.1.2 Jahresschwerpunkte

##### Zentrale Verwaltung

Neben den wiederkehrenden Aufgaben hat sich die Zentrale Verwaltung im Berichtsjahr intensiv mit der Organisationsentwicklung im SSD befasst. Namentlich wurden erste Schritte initiiert, damit die termin- und zielgerechte Umsetzung der für die nächsten vier Jahre definierten Projekte (siehe auch Kapitel 2, Strategische Schwerpunkte SSD und PK) gelingen kann. Hierzu sollen die Prozesse, die zugehörigen Basisdokumente und Projektunterlagen standardisiert werden. Dies zwingt zu einem einheitlichen Vorgehen und erleichtert den Kontrollinstanzen die Steuerung der Projekte. Zusätzlich sollen den Mitarbeitenden effiziente Werkzeuge zur Verfügung gestellt und die Projektbeauftragten in der Anwendung der Prozesse und Werkzeuge geschult werden.

Die Zentrale Verwaltung hat zudem auch den Prozess der Beantwortung der politischen Vorstösse und Geschäfte innerhalb des Departements vereinheitlicht und verstärkt koordiniert.

##### Fachstelle für Gewaltprävention

Die Fachstelle für Gewaltprävention leistete im Berichtsjahr total 134 (2009: 141, 2008: 126) Interventionseinsätze sowie 113 (2009: 129, 2008: 93) projektorientierte Engagements. Damit erbringt die Fachstelle einen wesentlichen Beitrag im Bereich der Gewaltprävention zugunsten der Stadtzürcher Volksschule. Die Fachstelle ist in den drei Teilbereichen Intervention, Koordination und Prävention tätig.

Die Fachstelle hat im Berichtsjahr dem Thema zielgerichtete Gewalt (beispielsweise Amoktaten) zusätzliche Beachtung geschenkt. So wurde ein gesamtstädtisches Konzept im Umgang mit solchen Vorfällen erstellt. In der Folge wurde das Schulpersonal mit insgesamt 14 Schulungen, die von gegen 3000 Lehrpersonen und Schulleitungen besucht wurden, informiert und sensibilisiert. Erste Vorabklärungen zu einem einheitlichen Alarmierungssystem für alle Schulen wurden ebenfalls vorgenommen.

Die Vernetzung zum Kanton wurde verstärkt. Die Leitung der Fachstelle wurde im Berichtsjahr in die Koordinationsgruppe Jugendgewalt des Kantons Zürich aufgenommen und arbeitet in diesem vom Regierungsrat eingesetzten Gremium mit.

Das von der Taskforce Jugendgewalt 2009 lancierte Projekt eines Dienstleistungsangebots für Vereine mit Jugendabteilungen

wurde im Berichtsjahr in der Fachstelle für Gewaltprävention konzipiert und seine Umsetzung in Angriff genommen. Ziel des Gewaltpräventions-Projekts «Unschlagbar» ist es, Vereine in der Prävention und im Umgang mit schwierigen Situationen zu stärken. In der Pilotphase arbeitet «Unschlagbar» eng mit acht Pilotvereinen (FC Zürich, GC Amicitia Zürich, GC Zürich Fussball, GC Zürich Unihockey, LC Zürich, Pfadi Glockenhof, VBC Voléro Zürich, GCK/ZSC Lions Nachwuchs) zusammen. Das Projekt wird im Jahr 2011 weitergeführt.

##### Beitragswesen

Das Beitragswesen unterstützt Institutionen, die bildungs- und kulturnahe Leistungen in der Stadt Zürich erbringen. Es prüft Gesuche, überwacht die Mittelverwendung und nimmt städtische Interessen gegenüber den unterstützten Institutionen wahr. Im Berichtsjahr wurden dafür rund 18 Mio. Fr. (siehe Kapitel 4.1.3.) aufgewendet. Der Grossteil davon für die Unterstützung der Bibliotheken.

Im Berichtsjahr wurde die Filiale der Pestalozzibibliothek (PBZ) Witikon an einen neuen Standort an der Witikonstrasse 264 verlegt. Die Bibliothek konnte damit um 93 m<sup>2</sup> vergrössert werden. Auf einer Fläche von 265 m<sup>2</sup> werden die rund 16000 Medien übersichtlich präsentiert. Die neue Bibliothek wurde zudem mit dem Selbstverbuchungssystem (RFID) und Internetstationen ausgestattet, sodass für die Benutzenden weniger Wartezeiten bei der Ausleihe entstehen und dem Bibliotheksteam mehr Zeit für die Beratung der Kundinnen und Kunden zur Verfügung steht.

Ausserdem wurden die nötigen Voraussetzungen für die Umbauten und Erweiterungen der PBZ-Filialen Unterstrass (Realisierung 2010–2012) und Oerlikon (Realisierung 2010–2012) geschaffen. Die Zentralbibliothek hat mit der Rekatolisierung des allgemeinen Zentralkatalogs begonnen. Das Projekt wird im kommenden Jahr fortgeführt.

##### Nordamerika Native Museum (NONAM)

Das NONAM präsentierte neben der Dauerausstellung die Sonderausstellung «m̄ntu'c – little spirits» (15. April 2010 bis 15. November 2010). Das Museum besitzt eine Sammlung von aussergewöhnlich schönen Perlenstickereien, die zum ersten Mal in dieser Fülle und Qualität der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden konnte. Vom 1. Dezember 2010 bis zum



Der Klangraum im NONAM wurde 2010 von der Schweizerischen Unesco-Kommission als Beitrag zum Jahr der Annäherung der Kulturen anerkannt. (Bild: Nonam)

6. Januar 2011 setzte das NONAM eine bezaubernde indianische Geschichte, die auf ein 1643 vom Jesuiten Jean de Brébeuf in der Sprache der Huronen gedichtetes Weihnachtslied zurückgeht, mit einer Weihnachtskrippe stimmungsvoll in Szene. Der im Rahmen des Projekts «Sounding Museum» geschaffene Klangraum wurde 2010 von der Schweizerischen Unesco-Kommission als Beitrag zum Jahr der Annäherung der Kulturen anerkannt.

Ab Spätsommer wurde die Museumsarbeit durch die Recherchen für die neue Sonderausstellung 2011 bestimmt, in der es um die Beziehungen zwischen Mensch und Tier in den Kulturen der Indianer und Inuit geht. Das NONAM arbeitet dabei eng mit einem Team von «Netz Natur», einer Dokumentationsreihe des Schweizer Fernsehens, zusammen.

Im Berichtsjahr zählt das NONAM 17 144 Eintritte. Das ist ein leichter Rückgang im Vergleich zum Rekordwert des Vorjahres (19307), der mit der äusserst erfolgreichen Sonderausstellung über den Maler Karl Bodmer im Jahr 2009 erklärt werden kann. Weiter zählte das Nonam 263 Schulklassen und andere Gruppen, wovon 128 städtische und 135 ausserstädtische Klassen. Dazu kamen 82 Führungen für Erwachsenengruppen.

### Schul- und Büromaterialverwaltung (SBMV)

Die SBMV ist das zentrale Einkaufs- und Dienstleistungszentrum für Schulen, Kindergärten, Horte und die Stadtverwaltung.

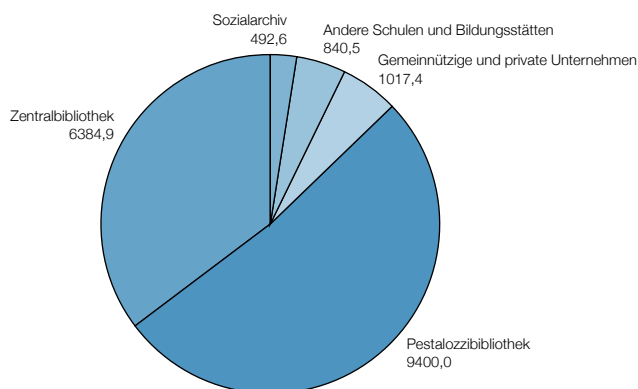
Als wesentliche Änderungen während des Berichtsjahrs sind die Lieferung von Lehrmitteln an die Kindergärten, die von einer Arbeitsgruppe erarbeitete Grundausrüstung für die städtischen Kindergärten sowie die Einführung diverser neuer Lehrmittel in den Fächern Sprache, Fremdsprachen und Mathematik zu erwähnen. Im Bereich vorschulische Institutionen wurden im Betriebsjahr 22 Horte eröffnet und deren Belieferung mit diversen Materialien termingerecht zur Eröffnung sichergestellt. Im Bereich Bürobedarf konnte der vom Stadtrat vorgeschriebene gesamtstädtische Recycling-Anteil von 90% bei Kopierpapieren erreicht werden. Im Weiteren wurde die Logistik durch die Aufgabe des gemieteten

Aussenlagers im Zollfreilager an die Ernastrasse zentralisiert. Die Software des Kits-Medien-Centers wurde auf den aktuellsten Stand gebracht (Windows 7, Adobe Premiere Elements). Zusätzlich wurde der BBT- (Bild- und Bürotechnik-) Geräteverleih um weitere zwölf Laptops aufgerüstet. Der Auftrag für die Ausrüstung des Stadthauses (Umbau) mit multimedialen Geräten wurde erfreulicherweise an die SBMV vergeben. Gleichzeitig war die SBMV auch für die technische Aufrüstung des Stadtratsaals verantwortlich.

Die SBMV erzielte 2010 einen Umsatz von 22,5 Mio. Fr. (2007: 22,7 Mio. Fr., 2008: 24,1 Mio. Fr., 2009: 21,3 Mio. Fr.). 2010 bearbeitete die SBMV total 39 500 Aufträge (2007: 44 500, 2008: 47 100, 2009: 37 740). Die Umsatzsteigerung von 1,2 Mio. Fr. wurde in den Bereichen Lehrmittel und Einrichtungen (Multimedia) erzielt.

### 4.1.3 Kennzahlen

**Beitragswesen 2010: 18,1 Mio. Fr. (Angaben in 1000 Fr.)**



Angaben per 31. Dezember 2010

## 4.2 Schulamt

### 4.2.1 Aufgaben

Neben der Qualitätssicherung und -entwicklung der städtischen Volksschule koordiniert das Schulamt (SAM) Themenbereiche aus Unterricht und Betreuung, sodass die Schulen grösstmögliche Unterstützung bei der Gestaltung des Schulalltags erhalten. Aufgrund der Führung des Sekretariats der Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz sowie dem ständigen Einsitz in ihr ist eine enge Zusammenarbeit mit den Schulbehörden und damit auch mit der Bildungsdirektion gewährleistet.

### 4.2.2 Jahresschwerpunkte

#### Ausbau Tagesstrukturen

Das Betreuungsangebot in den Schulen konnte im Jahr 2010 dank lokal angepassten, flexiblen Angeboten massiv erweitert

werden. Um dem steigenden Bedarf zu entsprechen, änderte das Schul- und Sportdepartement im Jahr 2009 seine Strategie. Der Fokus wurde auf «lokale Konzeptionen» gelegt: Dank Analyse und Berücksichtigung lokaler Bedürfnisse und Möglichkeiten konnten der Ausbau schulischer Tagesstrukturen beschleunigt und zusätzliche Akzente in der pädagogischen Zusammenarbeit gesetzt werden. Im Berichtsjahr wurden 22 Horte neu eröffnet und insgesamt 804 zusätzliche Mittagstische geschaffen. Die Kapazitäten am Morgen und am Abend wurden gesamtstädtisch ausgebaut (Morgenplätze: + 51 Plätze; 3,7 %, Abendplätze: + 470 Plätze, 8 %). Die Zahlen zeigen, dass in den meisten Schulkreisen für fast alle Betreuungsbedürfnisse ein passendes Angebot gefunden werden konnte. Die Wartelisten verschwanden allerdings auch im Jahr 2010 nicht ganz. Obwohl in den meisten Schulen alle Kinder mit Bedarf einen Platz finden, kann der Ausbau in einigen Stadtteilen mit dem Anstieg der Anmeldungen nicht Schritt halten. Die Bemühungen galten dem Weiterausbau der Betreuung über Mittag. Zum Abschluss des Jahres 2010 konnte knapp 99 % des Bedarfs abgedeckt werden. Die meisten Neuanmeldungen

konnten berücksichtigt werden. Der städtische Versorgungsgrad betrug knapp 38 % und lag damit rund dreimal so hoch wie der kantonale Durchschnitt.

### **Leitung Betreuung**

Infolge der Erweiterung des Betreuungsangebots wird dieses stärker in den «Lebensraum Schule» eingebunden und soll nicht mehr als Parallelsystem funktionieren. Die damit einhergehende Einführung der Leitung Betreuung wurde 2010 weiter vorangetrieben. Bis Ende 2010 sind in 74 Schulen Leitungen Betreuung eingesetzt worden. In drei Schulkreisen verfügen nun sämtliche Schulen über eine Leitung Betreuung. Um die Hortleitenden mit ihren unterschiedlichen beruflichen Hintergründen auf ihre Führungs- und Betreuungsaufgaben vorzubereiten, wurden spezielle Ausbildungsangebote konzipiert und durchgeführt: ZBG-Schulungen für Führungskräfte, funktionseinführende Verwaltungsschulungen für Leitungen sowie eine stadteigene Führungsausbildung Leitung Betreuung.

### **Be- und Entlastung für das Schulpersonal**

In Stadt und Kanton Zürich besteht Einigkeit darüber, dass die Umsetzung des Volksschulgesetzes für das Schulpersonal grosse Herausforderungen mit sich bringt, insbesondere in den Bereichen Integrative Förderung und Integrierte Sonderschulung. Die kantonale Bildungsdirektion hat unter dem Titel «Belastung – Entlastung» eine breit angelegte Diskussion in die Wege geleitet. Fragen zu Entlastungsmöglichkeiten wurden nicht nur in den Lehrerinnen- und Lehrerteams und Kreisschulpflegern, sondern auch in der PK sowie im Schulamt erörtert. In Schulen mit langjährigen Erfahrungen im Ausbau der Betreuung oder in der Integrativen Förderung wurde die Belastung als weniger stark wahrgenommen. Einige Schulen erachteten den «Change-Prozess» unter den gegebenen Verhältnissen jedoch als schwierig. Folgende städtisch organisierten Massnahmen zur Unterstützung wurden 2010 angeboten:

- generelle Unterstützungsmassnahmen wie Coachings, Weiterbildungen, Wegleitungen oder Vikariate.
- Massnahmen zur Stärkung der Teamzusammenarbeit wie Organisationshilfen und Leitfaden zur Rollenklärung in den Teams.
- spezifische Massnahmen zur Unterstützung der Sekundarschule, z. B. ein Handbuch und gezielte Beratungen.
- Unterstützung der Qualitätsentwicklung mithilfe von Tools und Analyseinstrumenten.
- Stärkung von Information und Mitwirkung der Eltern; Unterstützung bei der Schülerpartizipation.
- Sonderpädagogisches Konzept.

Die Vernehmlassung des Sonderpädagogischen Konzepts für den Kanton Zürich gehörte aufgrund dessen inhaltlicher Vielschichtigkeit und der Intensität der entsprechenden Arbeiten zu den Schwerpunkten im Berichtsjahr. Ziel war, Regel- und Sonderschule nicht mehr als separate Schulentwicklungseinheiten zu betrachten, sondern als Teilbereiche der Volksschule zu einer pädagogischen Einheit zusammenwachsen zu lassen. Aus Sicht des Schulamts verfolgte das Konzept leider auch Zielsetzungen, die über die gesetzlichen Vorgaben hinausgingen, namentlich etwa, was die angestrebte Finanzierung zu Lasten der Gemeinden oder den Sparauftrag betraf. Die intensive und differenzierte Auseinandersetzung seitens der städtischen Behörden und der städtischen Verwaltung mit den konzipierten Strukturen und Prozessen zu Förderangeboten,

Therapien, unterstützenden Diensten, Finanzierung und weiteren Ressourcen ergab, dass das vorgeschlagene Konzept den Anforderungen nicht genügte. Bemängelt wurde neben gänzlich fehlenden Konzeptgedanken insbesondere, dass die Integration der Sonderschülerinnen und Sonderschüler angesichts bereits bestehender Belastungen im Schulfeld unter zu grossem Zeit- und Spardruck umgesetzt werden müsste. Anfang Juni 2010 wurde das Sonderpädagogische Konzept von der Bildungsdirektion zurückgezogen.

### **Evaluationen**

Nach den strukturellen Veränderungen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Volksschulgesetzes kam im Jahr 2010 der Entwicklung und Sicherung der inhaltlichen Qualität im Schulwesen grosse Bedeutung zu. Zu diesem Zweck wurden verschiedene Evaluationen (u. a. Neue Förderpraxis, Tagesschule/Schülerclubs) zu den Reformen initialisiert und begonnen. In erster Linie gilt es zu untersuchen, wie sich die eingeführten Reformen und Prozesse im Schulalltag darstellen und welche Massnahmen sich daraus ergeben. Die Ergebnisse der Evaluationen dienen der Steuerung und Verbesserung des Entwicklungsprozesses.

### **Förderpraxis**

Im Auftrag der Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz wurde 2009 die Förderpraxis der Schulen der Stadt Zürich wissenschaftlich evaluiert. Die ersten Ergebnisse wurden nun im Berichtsjahr in einem Zwischenbericht dargelegt. Dieser basierte auf Angaben von insgesamt 2625 Personen: Schulleitungen, Lehrpersonen, Fachpersonen, Betreuungspersonen, Eltern sowie Schülerinnen und Schülern. Auf der Makroebene fühlten sich Schulpersonal und Eltern gut über die aktuellen Entwicklungen zur Umsetzung des Volksschulgesetzes informiert. Auch der Umsetzungsprozess stiess auf Akzeptanz. Die Projektziele wurden erreicht: Jede Schule verfügt über ein selbst entwickeltes Konzept der Integrativen Förderung und arbeitet in pädagogisch kooperierenden Teams. Die Unterstützungsleistungen bzw. der Support wurde als hilfreich beurteilt, wenngleich Lehr- und Fachpersonen das Ausmass an Weiterbildungen z. T. als knapp mittelmässig erachteten. Sie wünschten bei den Optimierungsvorschlägen v. a. kleinere Klassen, Lehrmittel mit stärkerer Individualisierung, mehr Ressourcen für Therapien, geeignetere Räumlichkeiten und mehr Zeit für die Vor- und Nachbereitung des Unterrichts. Weitere Evaluationsfragen betrafen die Ebenen des Schulhauses bzw. der Zusammenarbeit sowie schliesslich die Ebene des Unterrichts selbst. Auf der Grundlage der Erkenntnisse dieses Zwischenberichts wurden insgesamt verschiedene Optimierungsvorschläge formuliert.

### **Schulmobiliar**

Um den neuen Entwicklungen in der Volksschule der Stadt Zürich gerecht werden zu können, bedarf nach den pädagogischen Inhalten auch die «Hardware» einer Veränderung. Aus diesem Grund wurden unter der Federführung der Immobilienbewirtschaftung der Stadt Zürich die Bedürfnisse ausgelotet und untersucht, wie das Schulmobiliar der Zukunft beschaffen sein sollte. Nicht nur ergonomische Kriterien waren zu berücksichtigen, sondern auch die Maxime des modernen Unterrichts: Leicht, flexibel und gleichzeitig robust soll das Mobiliar sein. Die Umsetzung beginnt 2011.



## Hortverpflegung

Heute wird das Mittagessen in mehr als 90% der bestehenden Betreuungseinrichtungen kalt angeliefert und vor Ort in einer Regenerierküche aufgewärmt. Angesichts der hohen Investitionen, die mit dem Einbau von Regenerierküchen in bestehende Gebäude verbunden sind, wurden in den letzten Jahren an einzelnen Standorten neue Verpflegungssysteme wie Mensen (Produktionsküchen), die Anlieferung von warmen Mahlzeiten oder das Aufwärmen kalt angelieferter Mahlzeiten in mobilen Geräten eingeführt. Eine Evaluation hat nun gezeigt, dass verschiedene Modelle ihre Berechtigung haben. Der Entscheid muss weiterhin im Einzelfall gefällt werden; er hängt ab von den benötigten Kapazitäten, der vorhandenen Infrastruktur, der Verfügbarkeit von Lieferanten für Warmlieferung und von der Dringlichkeit. Mittel- bis langfristig wird sich in den meisten Schulen eine Regenerier- oder eine Produktionsküche empfehlen.

## Tagesschulen/Schülerclubs

Die Tagesschulen und Schülerclubs der Stadt Zürich wurden 2010 in Hinblick auf die Qualität ihres Angebots in Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule (PH) Zürich evaluiert. Ziel war auch, Erkenntnisse im Hinblick auf den Ausbau von ausserschulischen Betreuungsangeboten zu entwickeln. Mit verschiedenen Methoden wurden die Perspektiven der Eltern, der Schulleitungen, der Lehr- und Betreuungspersonen aller Tagesschulen und Schülerclubs der Stadt Zürich erhoben. Die Ergebnisse zeigten u. a., dass für Eltern der Grad der Verlässlichkeit bei der Anmeldung vor weiteren Gründen (etwa Vereinbarkeit mit beruflicher Tätigkeit) die wesentlichste Rolle spielt. Die allgemeine Qualität wird durchgängig als positiv beurteilt: So sagen z. B. 90% der Eltern, sie seien mit dem Angebot «zufrieden bis sehr zufrieden». Höchstnoten erhielt auch das Betreuungspersonal. Die Befragung des Schulpersonals bestätigte die herausragende Bedeutung eines hohen Kooperationsgrades in den Schulhausteams für den Aufbau von Schulkultur und -identität. Als Gründe dafür werden strukturelle Rahmenbedingungen (z. B. räumliche Nähe, Konstanz der Anwesenheit der Kinder, Wahlschule der Eltern) angegeben. Im Anschluss an den Evaluationsbericht wurden von den Expertinnen und Experten der PH Zürich Handlungsempfehlungen abgeleitet. Das Schulamt wird aufgrund dieses Berichts im kommenden Jahr einen weiteren Ausbau des Angebots prüfen.

## Angebote für Schülerinnen und Schüler

Erfreulich verlief im vergangenen Jahr das Projekt Opéra, das den Stadtzürcher Schulkindern ermöglichte, «Archäologie zum Anfassen» zu erleben. Dank dem unkomplizierten Vorgehen des Amtes für Städtebau im Hochbaudepartement konnten mehr als 160 Klassen die Grabungen beim Opernhaus mitverfolgen. Bei einem einstündigen Besuch erhielten die Kinder unter fachkundiger Führung Einblick in die Welt der Archäologie. In speziell ausgearbeiteten Workshops hatten rund 3500 Schülerinnen und Schüler Gelegenheit, Werkzeuge und Techniken auszuprobieren, welche die Menschen vor 5000 Jahren benutzten.

Ebenfalls erfolgreich und mit grosser Medienresonanz wurde gemeinsam mit dem Sozialdepartement der Relaunch der «Kinderzeitung der Stadt Zürich» zum neuen «flipflop» lanciert. Das Angebot der Universikum-Kurse (Begabtenförderung) richtet sich neu auch an Mädchen und Knaben der Kindergartenstufe.



Geschichte hautnah erlebt: Das Projekt Opéra für Stadtzürcher Schulklassen war ein voller Erfolg. (Bild: HBD)

Insgesamt kamen 340 Schülerinnen und Schüler in den Genuss des Universikum-Angebots. Die Theaterpädagogik feierte 2010 ihr 20-Jahr-Jubiläum und konnte dabei mit Stolz auf über 1000 gelungene Projekte in 100 Schulhäusern zurückblicken, die mehr als 25 000 Kindern Theater vermittelten. In Zusammenarbeit mit verschiedenen Stellen, Non-Profit-Organisationen und Stiftungen aus dem Bereich Umwelt konnten wiederum zahlreiche spannende Unterrichtsangebote im Bereich Umweltpädagogik gestaltet werden.

## Schulungen

Für die institutionalisierte Elternmitwirkung (EMW) fanden in Zusammenarbeit mit dem Volksschulamt drei Themenabende statt. Bei der ersten Veranstaltung ging es darum, wie der Start der institutionalisierten EMW in der Schule gelingen kann, bei der zweiten wurden die Themen «Wie kommt die EMW über das Kuchenbacken hinaus?» und «Wie kann sie zur Entwicklung ihrer Schule beitragen?» vertieft. Der letzte Abend beschäftigte sich mit «Vielfalt» und der Frage, wie man Eltern mit Migrationshintergrund für die EMW gewinnt. Bis zu 270 Personen aus dem ganzen Kanton Zürich nahmen an den Veranstaltungen teil. Als weiteres Unterstützungsangebot wurde in Kooperation mit dem Volksschulamt und der PH Zürich eine DVD zum Thema «Schule gemeinsam gestalten: Elternmitwirkung im Kanton Zürich» realisiert.

Nach den Erneuerungswahlen der sieben Kreisschulpflegen für die Amtsdauer 2010–2014 galt es, die 75 neuen Behördenmitglieder auf ihre Aufgaben vorzubereiten. Für Lehrpersonen wurde das Weiterbildungsangebot «Mosaik» ausgebaut. In Zusammenarbeit mit der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich wurde der Schwerpunkt der diesjährigen Kursreihe auf Begabungsförderung in Mathematik und Naturwissenschaften gelegt. Um die Vernetzung und Kommunikation sowohl unter als auch mit den Lehrpersonen auszubauen und sicherzustellen sowie den PC als hilfreiches Arbeitsinstrument zu vermitteln, werden regelmässige Software-Schulungen angeboten. 2010 wurde das neue Microsoft-Office-Programm eingeführt.

## Heilpädagogische Schule (HP)

An der Heilpädagogischen Schule wurden im Schuljahr 2009/10 rund 370 Schülerinnen und Schüler betreut, davon 190 integriert in Regelklassen. Das bedeutet ein weiteres Wachstum



der Schule um rund 100 Schülerinnen und Schüler – eine klare Folge der Schliessung der Kleinklassen in der Stadt Zürich.

Im Laufe des Berichtsjahrs thematisierte das Volksschulamt mit einer Delegation des SSD und der Heilpädagogischen Schule das Wachstum der HP. Dabei wurde beschlossen, die Ressourcen für die Heilpädagogische Schule «einzufrieren». In der Folge wurde im Rahmen einer Arbeitsgruppe im Auftrag der PK nach pragmatischen Wegen gesucht, um die Ressourcen der Sonderschule möglichst effizient in den Schulkreisen einzusetzen. Es wurde dabei deutlich, dass eine enge organisatorische Verknüpfung der Heilpädagogischen Schule mit der Volksschule immer unumgänglicher wird.

Die Strategie der räumlichen Verteilung der Heilpädagogischen Schule auf die Schulkreise und Wohnquartiere sowie der grosse Anteil an integrierten Schulungsformen führen dazu, dass neben der organisatorischen Verflechtung mit der Regelschule auch eine ganz neue Form der fachlichen Führung der Schule erforderlich wird. Die Führungsstruktur wurde den räumlichen Gegebenheiten angepasst, indem die Heilpädagogische Schule in jedem Schulkreis eine eigene Fachleitung bestimmte. Zudem werden im Zusammenhang mit dem Standort der Fachleistungsbüros in den Schulkreisen Heilpädagogische Fachzentren aufgebaut, die fachliche Unterstützung und Raum für Fachnetzwerke bieten sollen.

#### **Schule der Stadt Zürich für Körperbehinderte (SKB)**

Im Schuljahr 2009/10 unterrichtete und begleitete die SKB 105 Schülerinnen und Schüler, davon 75 an der Tagessonderschule, 20 in der Integrierten Sonderschulung und zehn im Rahmen des Angebots «Beratung und Unterstützung» (B + U). B + U-Schülerinnen und -schüler werden «niederschwellig» im Umfang von zwei bis vier Lektionen über die SKB gefördert, sind aber Schülerinnen und Schüler der Regelschule. Mit Beginn des Schuljahres 2010/11 im August wurden in der SKB 116 Schülerinnen und Schüler unterrichtet und betreut; 84 an der Tagessonderschule, 27 integriert in Regelschulklassen im Rahmen der Integrierten Sonderschulung sowie fünf im Rahmen des Angebots B + U. Die Betreuungsangebote (Morgen-, Abend- und Ferienhort) sowie die steigende Schülerzahl erforderten eine Aufstockung des Stellenplans.

Höhepunkt des vergangenen Schuljahres war die Jubiläums-Projektwoche mit Schulfest. Dem Jubiläumsmotto «In Bewegung» entsprechend waren – dank ausgeklügelter Planung und risigem Einsatz des gesamten Personals – während drei Tagen



«In Bewegung»: Jubiläums-Schulfest 50 Jahre SKB vom 9. Juli 2010. (Bild Kathrin Blaser)

alle Schülerinnen und Schüler innerhalb der Stadt Zürich und der näheren Umgebung unterwegs. Viele positive Begegnungen und Erlebnisse zeigten, dass die Schülerinnen und Schüler der SKB bei den meisten Personen auf Unterstützung und Akzeptanz zählen können. Einige wenige negative Vorkommnisse machten aber auch bewusst, dass die öffentliche Präsenz von körper- bzw. schwer mehrfachbehinderten Kindern und Jugendlichen sowie das Verständnis für die besonderen Bedürfnisse noch keine Selbstverständlichkeit sind.

#### **Schule für Sehbehinderte (SfS)**

Die SfS hat im Schuljahr 2009/10 rund 100 sehbehinderte und blinde Schülerinnen und Schüler unterrichtet und unterstützt, 26 davon an der Tagesschule. Die rund 70 sehgeschädigten Kinder und Jugendlichen in der Regelschule haben sich über die Kantone Schaffhausen und Zürich verteilt. Knapp zehn Schülerinnen und Schüler haben eine hochschwellige Beratung und Unterstützung benötigt, d. h. sie sind in der Regel auf einen blindengerechten Arbeitsplatz, in Punktchrift übertragene Lehrmittel, zusätzliche Techniken und Fächer angewiesen oder haben neben der Sehschädigung noch andere Probleme, die eine umfassendere Begleitung nötig gemacht haben.

Verschiedene, vielfältige und spannende Anlässe im Rahmen des 50-Jahr-Jubiläums der SfS haben den Schulalltag auf angenehme Art und Weise unterbrochen. In einer ersten Projektwoche zum Gründungsjahr der SfS wurden Schule, Verkehr, technische Errungenschaften und der Alltag vor 50 Jahren untersucht. Nach einem offiziellen Empfang im Juni – mit interessanten Schülerinnen- und Schülerbeiträgen, einem Jubiläumssong, Reden und Referaten, einer Ausstellung mit Hilfsmitteln aus der Gründungszeit, einer Fotoausstellung und einer Dunkelbar – fand vor den Sommerferien eine Spezialwoche mit dem Zirkus Pipistrello statt. Nach den Sommerferien bis Ende Jahr schlossen ein Jubiläums-Torball-Turnier mit Schülerinnen, Schülern, Eltern, Mitarbeitenden und Chauffeuren, das Ehemaligentreffen, ein Nachbarschaftstag und ein Podiumsgespräch das Jubiläumsjahr ab.

#### **Logopädische Therapie (LOG)**

Die verschiedenen kantonalen und städtischen Veränderungen des letzten Schuljahres haben sich mehrheitlich positiv auf den logopädischen Alltag ausgewirkt, die neuen Strukturen haben sich bewährt. Die Nähe und die stärkere Einbindung der Logopädie in die Schule werden sowohl von den Lehrpersonen wie auch von den Logopädinnen und Logopäden geschätzt. Dank dem Einsatz der Kreiskoordinatoren wurde der Informationsfluss verbessert und die Qualität der geleisteten Arbeit durch engere Zusammenarbeit im Schulkreis gesichert. Die für die Privatschulkinder zuständigen Logopädinnen und Logopäden werden neu wie die Schulkreise von einer Kreiskoordinatorin betreut, um auch hier den Informationsfluss zu gewährleisten.

Die Abklärungs- und Controllingstelle Logopädie (ACL) hat ein Konzept zur Überprüfung von Langzeittherapien erstellt. Die seit einem Jahr bestehenden Fachgruppen dienen der Qualitätssicherung und der vertieften Auseinandersetzung mit fachlichen Themen im Austausch mit Kolleginnen und Kollegen. Die Rückmeldungen sind schon jetzt positiv, was einen Gewinn für den Berufsalltag bedeutet. An der Fachstelle kam es zu personellen Veränderungen, die Diskussionen über eine mögliche Umstrukturierung in der Abteilung mit sich bringen.

Leider haben veränderte Ausbildungsabschlüsse des Logopädiestudiums zu einer Rückstufung der Angestellten in eine tiefere Lohnklasse geführt. Die Besuche der Schulkommissionsmitglieder bei den Logopädinnen und Logopäden verliefen allesamt gut, und die beobachteten Therapieeinheiten wurden als effektiv gestaltet bewertet.

### **Psychomotorik-Therapie**

Gemäss Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes sind die Therapien (Logopädie und Psychomotorik-Therapie) aufgefördert, enger mit den Schulen zusammenzuarbeiten. Deshalb wurden im Berichtsjahr die Kontakte und der Informationsfluss zwischen den Therapiestellen für Psychomotorik und deren zugewiesenen Schulen neu geregelt. Die Therapeutinnen und Therapeuten bildeten im Rahmen der Qualitätsarbeit Schulkreis-Teams, die ihre fachliche und organisatorische Positionierung in der integrativen Schule innerhalb ihres Schulkreises neu festlegten. Das ICF-basierte (internationale Klassifikation von Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit) Schulische Standortgespräch (SSG) stellt die Verbindung zwischen Schule und Therapie dar. Einerseits dient das SSG dem gemeinsamen Verstehen und Planen, andererseits werden mit dem SSG die Förderziele gemeinsam überprüft. Die Fachstelle Psychomotorik-Therapie hat in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Heilpädagogik (HfH) eine neue Berichtsstruktur für psychomotorische Abklärungen entwickelt, die die Struktur des SSG aufnimmt und somit eine verbesserte Anschlussfähigkeit gewährleistet. Dazu sind Schulungen mit der ganzen Fachgruppe durchgeführt worden. Eine erste Version der neuen Abklärungsberichte wird im Schuljahr 2010/11 erprobt.

### **Schulkommission für die Sonderschulen und weitere gesamtstädtische sonderpädagogische Angebote**

Die Schulkommission und der Geschäftsleitungsausschuss tagten im Berichtsjahr je fünfmal. Die MAB-Kommission, die Subkommissionen für die Sonderschulen und die Subkommission für Therapien tagten je zweimal. In der Logopädischen und in der Psychomotorik-Therapie wurden 79, in der Sonderschulung und den Sonderschulen 162 Lehr- und Fachpersonen besucht, total 240 Unterrichtsstunden. In den Therapien wurden 36 MABs durchgeführt.

Die wichtigsten der zahlreichen behandelten Geschäfte:

- Vernehmlassung zum Sonderpädagogischen Konzept
- Information zur Organisationsanalyse Verwaltungsreform
- Projektziel «Monitoring über Sonderschulung und Therapien»
- Revision der Geschäftsordnung
- Revision des Besuchsreglements
- Aufgabenbeschreibung Ves/Aves (Verordnung über die Entschädigung der Tätigkeiten der Schulbehörden und der öffentlich-rechtlichen Organisationen des Schulpersonals, Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über die Entschädigung der Tätigkeiten der Schulbehörden und der öffentlich-rechtlichen Organisationen des Schulpersonals)
- Rechnung 2009
- Voranschlag 2011

### **4.2.3. Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz (PK) und Kreisschulpflege**

#### **4.2.3.1 Aufgaben**

Die PK berät schulstrategische bzw. -politische Themen und fasst entsprechende Beschlüsse, diskutiert Fragen zur Schulorganisation und verabschiedet die notwendigen Entscheide. Die wöchentliche Berichterstattung aus den Schulkreisen informiert den Vorsteher des Schul- und Sportdepartements (VSS) laufend über aussergewöhnliche Ereignisse aus dem Schulalltag.

#### **4.2.3.2 Jahresschwerpunkte**

Zu den wichtigsten Themen der 33 Sitzungen der PK 2010 gehörten auch diesmal die wöchentlichen Berichterstattungen aus den Schulkreisen. Neben periodischen Traktanden figurieren immer wieder die Betreuungsangebote inklusive Verpflegungsmodelle im Rahmen der Erweiterung der Tagesstrukturen (ET) auf der Traktandenliste. Hierzu gehört auch die Einführung der Leitungen Betreuung, die den Bereich Betreuung betrieblich, personell und konzeptionell vor Ort in den Schulen führen.

Die Raumplanung war aber auch im übrigen schulischen Bereich von grosser Wichtigkeit. So stand nicht nur die Evaluation von neuem Schulmobiliar auf der Tagesordnung, sondern auch die längerfristige, der künftigen Nachfrage entsprechende Planung der Schulräume in den verschiedenen Stadtgebieten. Mit der einheitlichen und flächendeckend eingeführten neuen Hausordnung für die Schulen und dem Projekt einer Videoüberwachung in ausgewählten Schulen wurden Massnahmen verabschiedet, die die sinnvolle Nutzung der Schulareale als öffentliche Anlagen weiterhin garantieren sollen.

Die PK unterstützte auch 2010 verschiedene Projekte der Fachstellen für Gewalt- und Suchtprävention, die es Lehrpersonen, Schülerinnen, Schülern und Eltern ermöglichen, in einem friedlichen und respektvollen Miteinander agieren zu können.

Die PK befasste sich im Rahmen ihrer strategischen Schwerpunkte mit der Zukunft der städtischen Grundstufenklassen, den Sprachheilkindergärten ab Schuljahr 2011/12, der Förderpraxis sowie den Tagesschulen und Schülerclubs. Ebenso legte die PK ihr Augenmerk auf die Ausarbeitung und Umsetzung von Massnahmen zur Be- und Entlastung von Lehrpersonen. Mit dem neuen Aus- und Weiterbildungsreglement für Schulleitungen, Lehrpersonen und Hortpersonal hat die PK eine wichtige Grundlage zur Unterstützung und Weiterentwicklung des Schulpersonals verabschiedet.

An ihrer Konferenz vom 7. September 2010 begrüsst die PK die Delegation des Ausländerbeirats zu einem Gedanken- und Meinungsaustausch. Die PK behandelte während des Geschäftsjahrs 2010 13 politische Vorstösse: zwei Dringliche Schriftliche Anfragen, drei Schriftliche Anfragen, drei Postulate und fünf Motionen.

### 4.2.3.2.1 Berichte aus den Schulkreisen

#### Schulkreis Schwamendingen

(Res Rickli, Präsident)

Das Jahr 2010 stand im Zeichen der Konsolidierung der Umsetzung des Volksschulgesetzes. Viele Schülerinnen und Schüler profitierten von den neuen integrierten Schulungsformen. Andererseits ist die Zusammenarbeit innerhalb der Schulteams deutlich wichtiger geworden, was die Belastung der Mitarbeitenden erhöhte. Pädagogisch anspruchsvoll ist der Umgang mit verhaltensauffälligen Schülerinnen und Schülern. Die Kreisschulpflege Schwamendingen plant deshalb breit angelegte pädagogische Weiterbildungsmaßnahmen speziell zu diesem Thema.

Sehr bewährt hat sich die situative Unterstützung durch das Fachzentrum der Kreisschulpflege. Erfahrene Förderlehrerinnen und -lehrer boten Beratung für Lehrpersonen und pädagogische Teams in schwierigen Situationen und konnten in Notfällen Schülerinnen und Schüler in einem Timeout aufnehmen.

Dank grosser Anstrengungen aller Beteiligten konnte die Kreisschulpflege Schwamendingen alle Kinder in den Hort aufnehmen, die sich angemeldet hatten. Sie profitieren hier von stabilen Strukturen, die sie zu Hause nicht immer erhalten. In sechs von zwölf Schulen konnte eine Leitung Betreuung eingesetzt werden, die wichtige Führungsaufgaben vor Ort übernimmt.

Durch die Neuwahl der Schulbehörden kam es zu einem grossen Wechsel in der Schulpflege: zehn der 25 Mitglieder sind neu. Auf die neue Legislatur hat die Kreisschulpflege Schwamendingen die Struktur der Aufsichtskommissionen neu organisiert: Zu jeder Schule gehört nun eine Aufsichtskommission (AK), bestehend aus zwei Schulpflegemitgliedern. Dadurch kann der Kontakt zu den Schulen direkter wahrgenommen werden als bisher (vier AKs).

#### Schulkreis Uto

(Roberto Rodríguez, Präsident)

Die Nachfrage nach Betreuungsplätzen konnten mehrheitlich befriedigt werden, stellte aber eine grosse Herausforderung dar. Im Schulkreis Uto sind im Berichtsjahr zahlreiche weitere Plätze geschaffen worden. Neben dem weiteren Ausbau der Kapazitäten der ausserfamiliären Betreuung ist nun auch die Organisation der 46 Betreuungseinrichtungen an der Reihe. Die personelle und betriebliche Leitung ist direkt bei der Schule angesiedelt. Die Leitung Betreuung übernimmt damit eine wichtige Führungsfunktion vor Ort.

Im Juni 2010 fanden die Gesamterneuerungswahlen der Kreisschulpflege und des Präsidiums statt. Die Hälfte der Behördenmitglieder wurde neu gewählt. Das Präsidium wurde im zweiten Wahlgang gewählt, da von den drei Kandidaturen keine im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erringen konnte. Im Zuge der Wahlen um das Schulpräsidium – das an eine Mitgliedschaft in der Kreisschulpflege gebunden ist – mussten weitere Behördenmitglieder ersetzt werden. Zum Jahresabschluss war die Kreisschulpflege komplett und alle Aufsichtskommissionen besetzt.

Die Umsetzung des Volksschulgesetzes verlangt nach wie vor enorm viel von allen Beteiligten. Die positiven Rückmeldungen zur integrierten Schulung bestätigen der Kreisschulpflege Uto, dass der eingeschlagene Weg zum Nutzen für viele Schülerinnen und Schüler wird.

#### Schulkreis Waidberg

(Urs Berger, Präsident)

Die im Sommer 2009 erfolgte Umstellung auf Integrative Schulung forderte auch im Berichtsjahr den Lehrpersonen und Schulleitungen viel ab. Das Prinzip, wonach möglichst alle Kinder im Wohnquartier zur Schule gehen und die Ressourcen für zusätzliche fachliche Unterstützung in der einzelnen Schule angesiedelt werden, bewährt sich und führt zu positiven Rückmeldungen.

Im Schuljahr 2009/10 wurden acht der 15 Schulen durch die kantonale Fachstelle für Schulbeurteilung evaluiert. Den Schulen wird, gestützt auf Schulbesuche, Analyse der Unterlagen, Interviews und umfassende Eltern- und Schülerinnen- und Schülerbefragungen, gute bis sehr gute Arbeit attestiert. Aufgrund der Entwicklungshinweise der Fachstelle erarbeiteten die Schulen einen Umsetzungsplan für die nächsten vier Jahre, der durch die Kreisschulpflege genehmigt wird.

Auf Beginn der neuen Legislatur 2010–2014 wurden elf der 25 Mitglieder der Kreisschulpflege neu gewählt. An vier Schultagen wurden sie auf ihre Aufgabe als Aufsichtsorgan und Mitwirkende bei der Mitarbeiterbeurteilung vorbereitet. Erfreulicherweise stellten sich wiederum kompetente und engagierte Personen für dieses Amt zur Verfügung.

Aufgrund der grossen Nachfrage konnte das Betreuungsangebot erneut um 200 auf insgesamt 1700 Plätze ausgebaut werden. Für jede Schule wurde eine Leitung Betreuung bestimmt, deren Pensum von der Grösse des jeweiligen Betreuungsangebots abhängt. Sie nimmt die personelle und betriebliche Führung der bis zu sechs Horte einer Schule wahr.



Das Betreuungsangebot konnte im Berichtsjahr weiter ausgebaut werden. (Bild André Ducry)

#### KSP Zürichberg

(Hanna Lienhard, Präsidentin)

Die neue K&S Zürich ist gut gestartet, obschon die noch immer offene Standortfrage vom Schulteam zunehmend als Belastung empfunden wird. Mit dem Zusammenschluss erfolgte eine Durchmischung der Schulteams an beiden Standorten, Neumünster und Im Birch. Neu sind, bis auf eine Klasse im Schulhaus Im Birch, auch alle Klassen mit Einzel- und Mannschaftssportlerinnen und -sportlern durchmischte. Lediglich die Künstlerinnen und Künstler sind nach wie vor nur im Schulhaus Neumünster eingeteilt. Der VSS setzte eine Begleitgruppe ein, bestehend aus Vertretungen des Schulkreises Zürichberg

sowie dem SSD. Diese Gruppe begleitet die Organisationsentwicklung, klärt strategische Fragestellungen und erbringt Supportleistungen zuhanden der Aufsichtskommission K&S und der Schulleitung.

An einer Tagung Ende März 2010 setzten sich die Lehrpersonen der Sekundarstufe Zürichberg bis zum Jahr 2015 drei ambitionierte Ziele: Die Sekklassen werden als heterogene A/B-Jahrgangsklassen geführt; mindestens ein Drittel der Unterrichtszeit erfolgt im Lernatelier; die Jugendlichen lernen individuell und selbstgesteuert und werden dabei von Lehrpersonen begleitet. Die Vorbereitungen zur Umstellung auf die «Neue 3. Sek» beschäftigen die Lehrpersonen der jetzigen 2. Sekklassen stark.

Das Betreuungsangebot wurde durch Verdichtung und Horterweiterungen, insbesondere in den Schulen Fluntern, Ilgen und Langmatt/Looren, weiter ausgebaut. Alle Kinder mit Bedarf erhielten einen Platz. In fünf von neun Schuleinheiten steht dem Hortbereich nun eine Leitung Betreuung vor. Für den Neubau des Fehrenhorts fand am 5. Januar 2010 ein Informationsabend für die Quartierbevölkerung statt. Der Start der Sanierung der beiden Schulhäuser und des Hortneubaus ist auf Ende Februar 2011 vorgesehen.

Mit einem grossen Fest für Eltern, Quartierbevölkerung und ehemalige Schülerinnen und Schüler feierte die Tagesschule Bungertwies im Juli das 20-Jahr-Jubiläum.

### **Schulkreis Glattal**

(Vera Lang Temperli, Präsidentin)

In einem dynamischen und anspruchsvollen Umfeld entwickelten sich die 18 Schulen des Schulkreises Glattal positiv weiter. Dank starken und professionell arbeitenden Schulleitungen konnten die Schulreformen weiter umgesetzt und konsolidiert werden. Die schwierige Personalsituation bei der Rekrutierung der Lehrpersonen, die Einführung der neuen Leitungen Betreuung und die aktive Umsetzung der Oberstufenreform forderten die Schulen stark. Im Bereich der Unterrichtsentwicklung war das schulkreiseigene Weiterbildungsangebot zum Thema «Eigenverantwortliches Lernen und schüleraktivierender Unterricht» ein voller Erfolg. Rund 100 Lehrpersonen besuchten diese Weiterbildung und werden in Zukunft als Multiplikatoren das Wissen in den Schulteams weitergeben. Dies zeigt das grosse Engagement der Lehrpersonen, die in einem schwierigen Umfeld nach wie vor motiviert und mit grossem Einsatz die Unterrichtsqualität gewährleisten und weiterentwickeln.

Das Bauprojekt der neuen Schulanlage Blumenfeld in Affoltern konnte mit der Ausschreibung des Wettbewerbs gestartet werden. Die weiterhin rasant wachsende Wohnbevölkerung in Unteraffoltern erforderte die Erweiterung der provisorischen Pavillonschule Ruggächer mit zwei weiteren Schulpavillons und einer Turnhalle. Die Raumsituation bleibt aber weiterhin schwierig und kann erst mit der Inbetriebnahme des Schulhauses Blumenfeld gelöst werden. Im Betreuungsbereich konnten mit der Inbetriebnahme von acht neuen Hortlokalen rund 220 Hortplätze neu bereitgestellt werden. In den neuen Mittagorten wurden mit der Warmanlieferung schnell neue Kapazitäten geschaffen. Dies erforderte aber neue Arbeitsabläufe, die das Betreuungspersonal vor zusätzliche Herausforderungen stellte. Mit Beginn der Legislatur 2010–2014 nahmen die neu gewählten Behördenmitglieder ihre Arbeit auf. Die Kommissionen und Zuständigkeiten konnten reibungslos besetzt werden.

### **Schulkreis Letzi**

(Ernst Weibel, Präsident)

Die Volksschule stand 2010 in der Diskussion um übermässige Belastung und angemessene Entlastung. Mit Unbehagen beobachtete die Kreisschulpflege Letzi die Vervielfachung der Schnittstellen und die so zunehmende Komplexität der Betriebsabläufe. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Belastung insbesondere der Schulleitungen sowie auch des Schulpersonals zu einem grossen Teil auf diesen Umstand zurückzuführen ist. Gemeinsam mit Schulleitungen und Lehrerschaft konnten im Einflussbereich der Kreisschulpflege erste Schritte zur Verbesserung der Situation erarbeitet werden.

Die Kreisschulpflege Letzi ist überzeugt, dass die Qualität der Volksschule gemessen an der Förderung und den Leistungen der Kinder hoch ist. Der Schulalltag zeigte allerdings, dass jedes Unterstützungsangebot die gefühlte Belastung der Lehrpersonen tendenziell verstärkt und als steigende Anforderungen wahrgenommen wird. Das Gefühl hoher Belastung kann längerfristig die Motivation nachhaltig mindern, gerade bei stark engagierten Lehrpersonen. Die Kreisschulpflege Letzi ist der Meinung, dass sich die Volksschule in die richtige Richtung bewegt, hält es aber für wichtig, dass über das Tempo und die Schrittlänge der Veränderungen ernsthaft nachgedacht wird.

Im Betreuungsbereich ist es durch die Schaffung 100 zusätzlicher Plätze gelungen, Angebot und Nachfrage auszubalancieren. Nach wie vor wird allerdings ein steigendes Bedürfnis registriert, das einen weiteren Ausbau nötig macht.

### **Schulkreis Limmattal**

(Myrta Studer, Präsidentin)

Im Berichtsjahr wurde die Umsetzung der verschiedenen Elemente des neuen Volksschulgesetzes konsolidiert und auf deren Alltagstauglichkeit überprüft. Wie erwartet war die Integrierte Schulung von Schülerinnen und Schülern mit Verhaltensauffälligkeiten besonders anspruchsvoll. Auch 2010 konnte mit der situativen Unterstützung bei plötzlich auftauchenden Schwierigkeiten sofort und unkompliziert Hilfe für Lehrpersonen, Schülerinnen und Schülern angeboten werden. Die Suche nach gut ausgebildeten und motivierten Lehrpersonen erwies sich als sehr aufwendig. Mit grossem Effort seitens Schulsekretariat und Schule konnten alle Stellen besetzt werden. Die Einführung und Begleitung von Lehrpersonen aus anderen Kantonen oder Ländern bedeutete aber für Schulleitung und Schulteam einen Zusatzaufwand.

In allen Schulen nahmen die Leitungen Betreuung ihre Arbeit auf. Mit Begleitung der Fachbereichsleitungen Betreuung werden sie den Betreuungsbereich weiterentwickeln und näher an die Schule bringen sowie die personelle Verantwortung vor Ort tragen. Im Juni fanden die Wahlen der Schulpflegen statt. Die Behörde wurde auf ihr Amt mittels Schulung vorbereitet und hat ihre Tätigkeit nach den Sommerferien aufgenommen.

Mit einem grossen Fest für die Schule und die Bevölkerung des Hardquartiers wurde im Juni das Schulhaus Albrisriederplatz eingeweiht. Ebenfalls mit einer Feier präsentierte das Schulteam Aussersihl seinen Schülerinnen und Schülern und deren Eltern das instand gesetzte Hohlschulhaus. Die Schulpräsidentin leitete die Auftaktveranstaltung für das Elternkontaktgremium auf Schulkreisebene, an der sie zusammen mit den Aufsichtskommissionen den Elternvertretungen aller Schulen die neue Struktur der Elternmitwirkung vorstellte.

#### 4.2.4 Spezifische Kennzahlen

	2006	2007	2008	2009	2010
Schülerinnen und Schüler	25721	25762	25713	26073	26253
– davon Kleinklassen	1344	1132	880	152	107
– davon Oberstufe	5425	5275	5297	5502	5475
– davon Primarschule	13885	14102	14207	14809	14860
– davon Grundstufe	355	405	414	493	493
– davon Kindergarten	4712	4848	4915	5117	5318
Klassen	1414	1381	1374	1318	1329
– davon Kleinklassen	127	110	90	13	10
– davon Oberstufe	300	291	288	291	286
– davon Primarschule	684	687	697	717	730
– davon Grundstufe	18	19	19	23	23
– davon Kindergarten	285	274	280	274	280
Durchschnittlicher Klassenbestand	18.19	18.65	18.71	19.78	19.75
Durchschnittlicher Ausländeranteil	35.86%	34.96%	34.07%	31.57%	29.15%
Durchschnittlicher Fremdsprachigenanteil	50.44%	51.86%	52.56%	51.30%	52.21%
Schülerinnen und Schüler in Horten	6236	6681	7780	8891	10041
Horte	270	293	320	349	371

Die detaillierten Kennzahlen des Schulamts sind im Internet unter [www.stadt-zuerich.ch/ssd](http://www.stadt-zuerich.ch/ssd) > Über das Departement > Zahlen und Fakten abrufbar.



## 4.3 Schulgesundheitsdienste

### 4.3.1 Aufgaben

Die vier Abteilungen der Schulgesundheitsdienste (SG) bilden zusammen das Kompetenzzentrum für Gesundheit, Prävention und psychologische Beratung im Schulbereich. Ihre Angebote umfassen ein sehr weites Spektrum von Public-Health-Aufgaben wie etwa Sicherstellung einer guten Durchimpfung, Prävention von übertragbaren Erkrankungen, Prävention von Übergewicht oder sexuell übertragbaren Erkrankungen und Suchtverhalten, Kariesprophylaxe, Abklärung und Beratung bei Lern-, Verhaltens- und Entwicklungsauffälligkeiten, Früherfassung und Frühintervention bei gesundheitsgefährdendem Verhalten usw. Die Interventionen setzen auf individueller und kollektiver Ebene an und umfassen etablierte Grundangebote wie auch innovative, oft interdisziplinäre Projekte.

### 4.3.2 Jahresschwerpunkte

In Zeiten des Wandels ist die Führung besonders gefordert. Deshalb wurden im Schulpsychologischen Dienst (SPD) und im Schulärztlichen Dienst (SAD), die von den Schulreformen besonders stark betroffen sind, die zu grosse Führungsspanne der Leitungen reduziert. Im SPD wurde eine zweite Führungsebene mit zwei Fachbereichsleitenden eingeführt. Im SAD wurde die Führung durch eine Co-Leitung mit zwei Ärztinnen mit je einem 70-%-Pensum verstärkt – ein frauenfreundliches Modell, das die Verbindung anspruchsvoller beruflicher Tätigkeit mit den Aufgaben als Mutter erlaubt. Auch in der Suchtpräventionsstelle wurde die neue Funktion von Bereichsleitenden eingeführt. Alle Massnahmen erfolgten stellenneutral. Die verschiedenen Massnahmen im Programm «Ernährung und Bewegung» der SG zeigen Wirkung, wie die BMI-Daten des SAD nahe legen. Ihre Akzeptanz in den Schulen ist gut, wie die Evaluation der Ernährungsrichtlinien und des Projekts Purzelbaum zur Bewegungsförderung im Kindergarten zeigen. Bezüglich



Projekte zur Bewegungsförderung wie Purzelbaum erfreuen sich in den Schulen grosser Akzeptanz. (Bild: André Ducry)

gesunder Produkte der Pausenverpflegung hat die Stadt Zürich gemäss einer nationalen Studie in der Schweiz eine Vorreiterrolle. Mit einer unter Leitung der SG erarbeiteten Dachstrategie «Gesundheitsförderung und Prävention» sollen die diesbezüglichen Angebote des SSD stärker koordiniert und gemeinsame Schwerpunkte gesetzt werden. Die von den SG erarbeitete Broschüre «Burnout in der Schule: Früh erkennen und vorbeugen» wurde in allen Schulen verteilt. Sie sensibilisiert Lehrpersonen in Belastungssituationen für die Warnzeichen, gibt Tipps für die Vorbeugung und Hinweise auf Beratungsangebote.

Um die Schulen in der Umsetzung der Schulreformen zu unterstützen, standen die Schulärztinnen und -ärzte den Schulen und dem Schulpsychologischen Dienst bei medizinischen und entwicklungspsychologischen Fragen zu Therapien und Integrierter sowie Integrierter Schulung zur Seite. Kinder, die aus medizinischen Gründen eine städtische Sonderschulung benötigten, wurden von einem neu geschaffenen Team aus einem Schularzt und einem Schulpsychologen gemeinsam beurteilt, beraten und einer geeigneten Schule zugewiesen.

Im Rahmen des kantonalen Programms hat der schulärztliche Dienst innerhalb von zwei Jahren allen Schülerinnen der 7.–9. Klassen die Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs (HPV) angeboten. Insgesamt 2400 Mädchen liessen sich impfen.

Zum Thema gesundes Körpergewicht zeigen die Auswertungen der knapp 9000 diesjährigen schulärztlichen Vorsorgeuntersuchungen, dass der befürchtete weitere Trend im Anstieg der Übergewichtsproblematik eingedämmt werden konnte. Die Zahlen (ungefähr jedes fünfte Kind ist übergewichtig, jedes Zwanzigste krankhaft fettleibig) sind vorläufig auf hohem Niveau stabil. Eine Ernährungsberatung beim Schulärztlichen Dienst, die in der Regel mehrere Konsultationen beinhaltet, nahmen 126 Kinder/Eltern wahr. Bewährt haben sich vor allem die per SMS versandten Termin-Erinnerungen.

Mit beachtlichem Medienecho wurde zu Beginn des Jahres der Bericht des Schulärztlichen Dienstes zu «Gesundheit und Lebensstil Jugendlicher in der Stadt Zürich» vorgestellt. Im Oktober fand eine Broschüre im Handyformat für Jugendliche über deren Rechte im Umgang mit Sexualität, die zum zehnjährigen Bestehen der sexualpädagogischen Fachstelle «Lust und Frust» des Schulärztlichen Dienstes und der Aidshilfe herausgegeben wurde, landesweite Beachtung.

### Schulpsychologischer Dienst

Der Schulpsychologische Dienst unterscheidet sich von anderen Beratungsdiensten und Privatpraxen, die Kinder, Jugendliche und ihre Bezugspersonen unterstützen, durch seine guten Kenntnisse der lokalen schulischen Verhältnisse und der therapeutischen Angebote im Quartier. Dieser niederschwellige Zugang für Schule, Eltern und Jugendliche hat im Jahr 2010 dazu geführt, dass Schulpsychologinnen und -psychologen häufig von den neu eingeführten Pädagogischen Teams um Beratung im Umgang mit Schulfragen und Einzelfällen gebeten wurden.

Der Anspruch des Volksschulgesetzes, dass Kinder mit besonderen Bedürfnissen in der Regel in ihren Klassen verbleiben sollen, hat zu einer Ausweitung der Integrierten Sonderschulung geführt, die schulpsychologisch begleitet wird. Ob gleichzeitig separierende Sonderschulungen zurückgegangen sind, kann nur durch ein Monitoring ermittelt werden, dessen Umsetzung im Berichtsjahr vom SPD aktiv mitgetragen wurde. Erste Ergebnisse sind im Frühling 2011 zu erwarten.



Wenn stationäre Massnahmen wie der Übertritt in ein Sonderschulheim erforderlich sind, arbeiten Schulpsychologinnen und -psychologen oft eng mit den Sozialen Diensten des Sozialdepartements zusammen. Der Leiter des SPD präsidiert seit April 2010 eine interdepartementale Arbeitsgruppe, die eine Klärung der Zuständigkeiten und der Kostenübernahme bei stationären Massnahmen anstrebt. Es zeigte sich in beiden Departementen, dass die städtischen Regelungen auf Grund des neuen Volksschulgesetzes dringend angepasst werden müssen.

### Schulzahnärztlicher Dienst

Der Schulzahnärztliche Dienst hat sich im Berichtsjahr in Zusammenarbeit mit dem Schulärztlichen Dienst verstärkt im Thema Ernährung engagiert. Synergien bezüglich Prävention von Karies und Übergewicht wurden konsequent genutzt. Das Engagement war auch Vorbild und Unterstützung für ähnliche Aktionen des Kantons, insbesondere das Projekt «Znüni».

Die übrigen Dienstleistungen wurden in gewohnter Weise erbracht. Auffällig ist die erneut höhere Inanspruchnahme der von der Stadt gewährten Behandlungsbeiträge um etwa 10%. Da die in der Verordnung festgehaltenen Bedingungen für die Gewährung von Behandlungsbeiträgen in den letzten Jahren unverändert geblieben sind, kann dies nur eine Folge der veränderten Konjunktur sein. Trotz der erhöhten Ausgaben und eines seit Jahren fehlenden Teuerungsausgleichs beim Tarif kann der Schulzahnärztliche Dienst auf ein finanziell erfolgreiches Jahr zurückblicken. Mit den eingesetzten Mitteln wird eine optimale zahnmedizinische Versorgung der Stadtzürcher Kinder in einer altersgerechten Form gewährleistet.

Die Stadtzürcher Kinder haben generell eine sehr gute Mundhygiene. Bestimmte Risikogruppen hingegen lassen noch Raum für Verbesserungen. Die seit zwei Jahren angebotenen

Karieskontrollen für Kleinkinder passen nahtlos in das städtische Legislaturziel der Frühförderung und sollen zur gesundheitlichen Chancengerechtigkeit beitragen.

### Suchtpräventionsstelle

Im September 2010 feierte die Suchtpräventionsstelle ihr 25-Jahr-Jubiläum. Geladen waren Schlüsselpersonen aus den Lebensfeldern von Kindern und Jugendlichen sowie aus den anderen Bereichen der Sucht- und Drogenpolitik. Sie erhielten Einblick in wichtige Handlungsfelder und Methoden der Suchtprävention. Ein zweites Jubiläum wurde mit «Femmes-Tischen» für Migrantinnen gefeiert. Dieses erfolgreiche Präventionsprogramm richtet sich seit zehn Jahren an erziehende Frauen unterschiedlicher Kulturen. Im privaten Rahmen tauschen sie sich in ihrer Muttersprache über Suchtprävention und Gesundheitsförderung aus. 2010 gehörten 19 Moderatorinnen, die in zwölf Sprachen tätig sind, zum Netzwerk der Suchtpräventionsstelle.

Nach einer dreijährigen Pilotphase und auf Beschluss der PK führte die Suchtpräventionsstelle 2010 den Kurs «Limit» ein. Zielgruppe sind Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule, die wiederholt Grenzen überschreiten und anhaltendes Problemverhalten zeigen. Das Frühinterventionsangebot soll sie motivieren, ihr Verhalten in der Schule anzupassen und eine weitere Eskalation zu verhindern.

Die Suchtpräventionsstelle beschäftigte sich im Berichtsjahr neben zahlreichen Bildungsveranstaltungen und Präventions- und Interventionsprogrammen auch verstärkt mit den Grundlagen zum Thema «Neuro-Enhancement». Dabei handelt es sich um ein wichtiges Thema, da das Bedürfnis gesunder Menschen, mit Medikamenten die Leistungsfähigkeit des Gehirns zu steuern, stetig wächst.

## 4.3.3 Spezifische Kennzahlen

### Nettoaufwand der Schulgesundheitsdienste pro Schulkind

	2006	2007	2008	2009	2010
Schülerinnen und Schüler	25 721	25 671	25 713	26 073	26 253
Nettoaufwand	15 760 915	16 409 035	15 940 420	16 616 941	17 218 678
<b>pro Schülerin und Schüler</b>	<b>613</b>	<b>639</b>	<b>620</b>	<b>637</b>	<b>656</b>

### Kommentar

Die Kennzahl «Nettoaufwand pro Schülerin und Schüler» umfasst sämtliche Kosten aller vier Fachabteilungen der Schulgesundheitsdienste (Personal-, Sach-, Infrastrukturkosten). Entsprechend breit ist der Leistungskatalog, der sämtliche Leistungen der vier Fachdienste umfasst. Eingeschlossen sind

auch die Aktivitäten in Privatschulen im Rahmen des gesetzlichen Auftrags, wobei die Privatschülerinnen und -schüler in der Tabelle nicht berücksichtigt sind. Ebenfalls eigerechnet ist die Präventionstätigkeit der Suchtpräventionsstelle ausserhalb der Volksschule in Betrieben und der breiten Öffentlichkeit.

## 4.4 Jugendmusikschule

### 4.4.1 Aufgaben

Die Jugendmusikschule der Stadt Zürich (JSZ) bietet Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen Unterricht in Musik, Tanz und Theater an. Im Rahmen der Volksschule führt sie in allen 1. und 2. Klassen der Primarschule den MEZ-Unterricht (Musikalische Elementarerziehung Zürich) durch sowie weitere Kurse auf Anfrage von Schulleitenden. Ausbildungsschwerpunkt der JSZ ist der Instrumental- und Vokalunterricht für Kinder und Jugendliche im Schul- und Ausbildungsalter in den Bereichen Klassik, Pop, Rock und Jazz. Die Angebote in musikalischer Frühförderung befinden sich weiterhin im Aufbau. Die JSZ bildet die Musikerinnen und Musiker der drei Zürcher Jugendmusikvereine aus und fördert das gemeinsame Musizieren, Singen und Spielen. Für besonders begabte und fleissige Musikschülerinnen und -schüler führt die JSZ ein spezielles Förderprogramm.

### 4.4.2 Jahresschwerpunkte

Im Berichtsjahr spielten, sangen und tanzten wiederum über 5000 Schülerinnen und Schüler der JSZ je nach Stand ihres Könnens an kleineren oder grösseren Veranstaltungen. Immer öfter werden die jungen Musikerinnen und Musiker der JSZ für die musikalische Umrahmung städtischer Anlässe gebucht. So spielten zahlreiche Bands und Ensembles der JSZ am grossen Fest der Wasserversorgung Zürich «Züri luegt i d'Röhre», junge Talente umrahmten die Informationsveranstaltung des Schul- und Sportdepartements für Gemeinderäte im Schulhaus Im Birch, und auch am «Zürifäscht» war die JSZ auf verschiedenen Bühnen präsent.

#### Projekt Monteverdi

Die Leitungen der JSZ und der Schule Zürich Konservatorium Klassik und Jazz (ZKKJ) sind zur Überzeugung gekommen, dass ein Zusammenschluss der beiden Schulen für beide Seiten positiv wäre. Die beiden städtisch subventionierten Schulen haben ein ähnliches Profil mit sich teils ergänzenden, teils konkurrierenden Angeboten. Unter dem neuen Namen «Musikschule Konservatorium Zürich» (MKZ) sollen daher ein umfassendes, qualitativ hochstehendes Kompetenzzentrum für Musik, Tanz und Theater sowie für die Begabtenförderung entstehen. Es eröffnet allen Zürcher Musikschülerinnen und -schülern ein durchgängig strukturiertes Angebot mit freiem Zugang zu rund 200 Ensembles, Bands, Orchestern, Jugendmusiken und Chören auf allen Niveaustufen. Die Schulkommission JSZ, der Stiftungsrat ZKKJ und der Stadtrat haben die geplante Integration von ZKKJ in die Dienstabteilung JSZ per Schuljahr 2011/12 bereits gutgeheissen, die Zustimmung des Gemeinderats steht noch aus.

#### Neues Musikschulzentrum im Schulkreis Glattal

Im Schulkreis Glattal verzeichnet die JSZ ein starkes Wachstum. Nach Jahren der Raumknappheit konnte Anfang Schuljahr 2010/11 das umgebaute Pfarrhaus am Sperletweg 63 als zusätzliches kleines Musikschulzentrum mit fünf Unterrichtszimmern und je einem Raum für Schülerinnen, Schüler

und Lehrpersonen eingeweiht und in Betrieb genommen werden.

#### Benefizkonzert für das Klassenmusizieren

Die Nachfrage nach Klassenmusizieren steigt stetig. Bereits musizieren 700 Schülerinnen und Schüler in 29 Streicher- und Bläserklassen. Am 9. November 2010 veranstaltete die JSZ im Volkshaus ein Benefizkonzert für das Klassenmusizieren mit rund 200 musizierenden Schülerinnen und Schülern sowie den prominenten Gästen Pepe Lienhard und Howard Griffiths. Ziel war einerseits, den musikalischen Novizen ein erstes Konzerterlebnis zu ermöglichen, und andererseits, beim Publikum und potenziellen Sponsoren für das Klassenmusizieren zu werben.



Unter Leitung des Komponisten Mario Beretta brachten rund 200 Schülerinnen und Schüler im Volkshaus «My First Symphony» zur Uraufführung. (Bild: Frederic Meyer)

#### Konzertreise nach Leipzig

Seit drei Jahren pflegen die JSZ und die Musikschule Leipzig auf Ebene Direktion einen Erfahrungs- und Gedankenaustausch. Erstmals ist aus dieser Partnerschaft ein gemeinsames musikalisches Projekt hervorgegangen: Das Sinfonieorchester der JSZ reiste nach Leipzig und erarbeitete mit dem Sinfonieorchester der dortigen Musikschule ein Konzertprogramm, das die jungen Musikerinnen und Musiker am 9. November 2010 im Gewandhaus gemeinsam zur Aufführung brachten.

#### 4.4.3 Schulkommission Jugendschule

Die Schulkommission tagte viermal. Sie behandelte folgende Geschäfte:

- Wahl der neuen Prorektorin
- Einführung Mitarbeiterinnen- und Mitarbeitergespräch (MAG)
- Behördenreorganisation (VES/AVES)
- Projekt Monteverdi (Integration Zürich Konservatorium Klassik und Jazz)
- Konzept Singschule
- Konzept Gemeinsames Musizieren
- Kommunikation der JSZ intern und extern
- Aufgaben- und Finanzplan 2011–2014
- Budget 2011
- Abnahme laufende Rechnung 2009
- Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterbeurteilung (MAB), Abnahme sowie Wahl der Lehrpersonen

98 Lehrpersonen wurden im Vorjahr von der Schulkommission zur MAB ausgewählt, Wiederholungen gab es keine. 94 MAB wurden intern durchgeführt, in drei Fällen wurde eine externe

MAB anerkannt. Eine MAB konnte infolge eines Todesfalls nicht durchgeführt werden. 83 Lehrpersonen wurden fürs neue Schuljahr zur MAB ausgewählt.

#### 4.4.4 Spezifische Kennzahlen

##### Schülerinnen und Schüler

Schülerinnen und Schüler sowie Lehrpersonen	2006	2007	2008	2009	2010
Schülerinnen und Schüler Musikalische Grundausbildung	4 610	5 181	4 984	5 065	5 086
Schülerinnen und Schüler Musikunterricht	7 705	7 929	9 017	9 641	10 652
Total Schülerinnen und Schüler	12 315	13 110	14 001	14 706	15 738
Lehrerinnen und Lehrer	401	406	414	420	435
Vikarinnen und Vikare	7	24	21	22	21
Total Lehrpersonen	408	430	435	442	456

Schülerinnen und Schüler, die mehr als ein Fach belegen, werden entsprechend mehrfach gezählt.

## 4.5 Sportamt

### 4.5.1 Aufgaben

Der Leistungsauftrag des Sportamts wird jährlich mit dem Produktegruppen-Globalbudget durch den Gemeinderat beschlossen. Die wichtigsten Aufgaben sind: Bereitstellung und Betrieb der Sport- und Badeanlagen, Motivation der Bevölkerung zum Sporttreiben, Organisation von Sportangeboten für die Schulkinder, Förderung des ausser-schulischen Jugendsports sowie die im Auftrag der Volksschule erbrachten Leistungen zugunsten des obligatorischen Schulsports.

### 4.5.2 Jahresschwerpunkte

Ein Höhepunkt im Berichtsjahr war das erste erfolgreich durchgeführte Openair-Doppelkonzert von U2 im Stadion Letzigrund mit insgesamt rund 90 000 Besucherinnen und Besuchern. Die temporäre Schliessung und die Montage von Stützen zur Absicherung des Dachs verursachten grosse Probleme beim Betrieb des Stadions Letzigrund. Dank der engen Zusammenarbeit mit den Nutzern, insbesondere mit den Fussballclubs FCZ und GC, konnten die Herausforderungen jedoch gemeistert werden. Mit dem beschlossenen Einbau von Stehplätzen konnte zudem einem langjährigen Wunsch der FCZ-Fans entsprochen werden. Die verstärkte Jugendsportförderung in den Sportvereinen entwickelte sich erfreulich. Erstmals standen 2 Mio. Fr. zur Verfügung. Mit der höheren Unterstützung soll die Jugendarbeit der Vereine auf dem heutigen Niveau gehalten und wenn möglich ausgebaut werden. Unter anderem wurden in Zusammenarbeit mit dem Zürcher Stadtverband für Sport (ZSS) und dem Städtischen Fussballverband einige innovative Projekte gestartet sowie solche von Vereinen unterstützt.

### Sportanlagen und -veranstaltungen

Mit der Eröffnung der Sportanlage Heerenschürli konnte ein wichtiger Teil der Strategie zum Sportstättenbau umgesetzt werden. Die Planung für ein neues Fussball- und ein neues

Eishockeystadion wurde weiter vorangetrieben. Eine Realisierung der beiden Projekte wird allerdings nicht vor 2015 (Eishockeyhalle in Altstetten) und 2016 (Stadion Zürich Hardturm) abgeschlossen sein.

Die international wichtigsten Sportanlässe waren das Leichtathletikmeeting «Weltklasse Zürich», der «Mercedes CSI Zürich» im Springreiten, der Triathlon «Ironman Zurich Switzerland», das «BNP Paribas Zurich Open» im Tennis sowie der «Swiss Cup» im Kunstturnen. Diese Events präsentieren die Stadt Zürich als offizielle Host City und wurden unterstützt. Bei den Stadtzürcher Sportteams überzeugten dieses Jahr insbesondere die Frauen. Der VBC Voléro (Volleyball) gewann sowohl die Schweizer Meisterschaft als auch den Cup. Weiter holten die Frauen des FC Zürich, der Belvoir Ruderclub und die Limmat-Nixen (Synchronschwimmen) die begehrten Meistertitel. Der Seeclub Zürich (Rudern) bei den Männern, der LC Zürich (Leichtathletik) und der Box Club Zürich bei den Frauen und Männern wurden ebenfalls Schweizer Meister. Zahlreiche weitere attraktive Sportanlässe (freestyle.ch, Zürich Marathon, Silvesterlauf usw.) und die vielen kleineren Breitensportanlässe waren ebenso mitverantwortlich für das gute Sportjahr. Dank optimalen Wetterbedingungen verzeichnete die Seeüberquerung mit 7334 Schwimmerinnen und Schwimmern eine Rekordbeteiligung.

### Sportförderung

Eine Reihe von Broschüren für verschiedene Zielgruppen wurde publiziert. Der «Sport-Tipp» erschien wöchentlich im «Tagblatt» und in «20 Minuten». Die Homepage [www.sportamt.ch](http://www.sportamt.ch) hat sich zum wichtigsten Informationsmittel entwickelt und wird rund 1000-mal täglich besucht. Gemeinsam dienen diese Kommunikationsmittel dazu, die Bevölkerung über die Sportmöglichkeiten zu informieren und zu Sport und Bewegung zu motivieren. Die drei zielgruppenorientierten Newsletter («Sport in Zürich», «Sport in Schulen», «Badi-Info») verzeichneten eine zunehmende Nachfrage und zählen bereits 2730 Abonnenten.

Die den Schulkindern angebotenen Kurse und Lager erfreuten sich erneut grosser Beliebtheit. Im Vereinsjugendsport sind die Mitgliederzahlen mehr oder weniger stabil (siehe Kennzahlen Kapitel 4.5.3). Von der erwähnten Förderung des ausserschulischen Jugendsports konnten 204 Vereine mit Jugendgruppen profitieren. Sie betreuten überwiegend auf ehrenamtlicher Basis 13 010 Kinder und Jugendliche und ermöglichten ihnen eine gesunde Freizeitbeschäftigung. Im Winterhalbjahr konnte das von der Quartierbevölkerung beliebte Angebot der offenen Turnhalle weitergeführt werden. In jedem Schulkreis stand mindestens ein ungebundenes Angebot «Spiel + Sport» oder «Open Sunday» zur Verfügung.

Mit dem Sportpreis der Stadt Zürich für das Jahr 2010 wurde die Triathletin Nicola Spirig ausgezeichnet. Den Nachwuchspreis erhielt die Sportkletterin Petra Klingler (SAC Uto). Mit dem Sportförderpreis wurde der Leichtathletik-Club Zürich (LCZ) für seine konstanten und vorbildlichen Leistungen im und für den Jugend-, Breiten- und Leistungssport geehrt.

### Sport in der Schule

Das «Kompetenzzentrum Sportunterricht» des Sportamts etablierte in allen Schulkreisen eine «Fachstelle Sport und

Bewegung». Seit dem Schuljahr 2010/11 werden in der Stadt Zürich sämtliche Schulen auf allen Stufen erreicht. Die Sportlehrpersonen können von den Supportleistungen (Lektionsinhalte, Coaching und Weiterbildung) profitieren. Ein Schwerpunkt stellte die Einführung eines innovativen webbasierten Tanzlehrmittels und des Tanzwettbewerbs «dance-award» dar. Wie das Sportamt nachhaltig Bewegungskultur im Sportunterricht fördert, wurde an einer Medienkonferenz aufgezeigt.

Im Gegensatz zum Sportunterricht, für den die Schulen verantwortlich sind, wird der Schwimmunterricht an den 1. bis 4. Klassen durch Schwimmlehrkräfte des Sportamts erteilt. 2010 waren es 21 583 Lektionen.

### Hallen- und Freibäder

Zürchs Hallen- und Freibäder zählten im Kalenderjahr 2010 2,4 Mio. Eintritte (einschliesslich Eintritten in die durch private Trägerschaften geführten städtischen Bäder, aber ohne Eintritte in Schulschwimmanlagen). Das entspricht im Vergleich zum Vorjahr einer Abnahme um 9,7 %, die insbesondere auf die Schliessung des Hallenbads City (Umbau während zwei Jahren) und das leicht schlechtere Wetter im Sommer 2010 zurückzuführen ist.



Die Frauen von Voléro Zürich holten den Meistertitel und den Cup. (Bild: Voléro)

#### 4.5.3 Spezifische Kennzahlen

##### Freiwillige Kurse und Lager, Anzahl Schülerinnen und Schüler

	2006	2007	2008	2009	2010
Sportkurse des Sportamts (Wochendurchschnitt)	1 425	1 516	1 653	1 682	1 677
freiwilliger Schulsport (Wochendurchschnitt)	2 736	3 008	3 811	3 433	3 814
Feriansportkurse	2 906	3 334	3 343	3 925	4 324
Zürcher Sport-Ferienlager in Fiesch	668	660	655	658	664
Wintersportlager	1 146	986	1 052	997	893

##### Weitere Kennzahlen Jugendsport

	2006	2007	2008	2009	2010
Schulschwimmen (Lektionen pro Jahr)	23 041	22 962	22 701	22 073	21 583
Jugendliche in Sportvereinen (mit Wohnsitz Zürich) <sup>1</sup>	12 369	12 727	12 827	13 345	13 010
Subventionierte Sportvereine mit Jugendgruppen	189	195	192	195	204

##### Frequenzen der wichtigsten städtischen Sportanlagen (Nutzende pro Jahr)

	2006	2007	2008	2009	2010
Hallenbäder <sup>2</sup>	968 297	1 035 402	1 076 055	1 154 007	1 036 560
Freibäder <sup>3</sup>	1 302 211	912 815	1 110 358	1 441 201	1 332 556
Schulschwimmanlagen (einschliesslich Schwimmunterricht)	396 972	392 160	381 279	399 732	456 537
Kunsteisbahnen	280 625	259 240	277 986	270 355	274 302
Rasensportanlagen	610 801	629 625	639 729	666 100	692 968
Sporthallen (ohne Schulturnhallen) <sup>4</sup>	329 561	316 714	361 673	415 999	432 005
Stadion Letzigrund (Zuschauerinnen und Zuschauer) <sup>5</sup>	110 600	250 000	503 700	449 404	442 400

##### Städtische Sportanlagen, Bestand per 31. 12. 10

	Anzahl	Bemerkungen
Sporthallen (Doppel- und Dreifachhallen)	11	davon 5 Dreifachhallen
Turnhallen (Einzelhallen)	153	davon 10 von Privaten, Vereinen oder Stiftungen
Sommerbadeanlagen	17	6 Beckenbäder, 11 See- und Flussbäder
Hallenbäder	7	davon 2 mit 50-m-Becken
Schulschwimmanlagen	17	–
Fussballplätze <sup>6</sup>	82	63 Rasen-, 18 Kunstrasen-, 1 Sandplatz
Tennisplätze	90	+ 62 private Plätze auf Land der Stadt
Leichtathletikanlagen mit 400-m-Rundbahnen	5	–
Kunsteisbahnen	3	7 Eisfelder, davon 1 gedeckt
Diverse Spezialanlagen	30	–

<sup>1</sup> ab 2009 auch Fünf- und Sechsjährige mitgerechnet

<sup>2</sup> Mai 2010–2012 Schliessung Hallenbad City wegen Umbau

<sup>3</sup> 2009 Angabe fälschlicherweise inkl. Dolder, wurde korrigiert

<sup>4</sup> ab 2009 korrigierte Zählweise inkl. Meisterschaftsspielen

<sup>5</sup> 2008 inkl. Spielen der UEFA EURO 2008

<sup>6</sup> 2009/10 stehen wegen des Umbaus der Sportanlage Heerenschürli fünf Plätze weniger zur Verfügung



## 4.6 Fachschule Viventa

### 4.6.1 Aufgaben

Die Fachschule Viventa (FSV) ist das Kompetenzzentrum für Alltagskompetenzen, Berufsvorbereitung, Integration, Berufs-, Erwachsenen- und Elternbildung der Stadt Zürich. Indem die FSV als wichtige Nahtstelle zwischen der obligatorischen Volksschule und dem Berufsleben fungiert sowie ein breites Angebot an Deutschkursen für fremdsprachige Jugendliche und Erwachsene führt, übernimmt sie eine wichtige Funktion in der städtischen Integrationspolitik.

### 4.6.2 Jahresschwerpunkte

Gestützt auf das kantonale Einführungsgesetz zum Berufsbildungsgesetz hat die Fachschule Viventa im Rahmen einer grossen Reorganisation auf Beginn des Schuljahrs 2009/10 ihre Angebote strukturell und inhaltlich angepasst und vereinheitlicht. Die Harmonisierung der Angebote verlief nicht unproblematisch und offenbarte auch im Berichtsjahr Schwierigkeiten. Zum einen zeigte sich, dass die über Jahre gewachsenen Strukturen der einzelnen Schulen sehr unterschiedlich waren. Zum anderen führte die Anpassung an das neue Gesetz zu einem Abbau der Lektionenzahl für die Lehrpersonen, der mit Pensionierungen und einem erarbeiteten Sozialplan aufgefangen werden sollte. Reorganisationen führen in den betroffenen Betrieben oft zu Unruhe, insbesondere auch, wenn sie mit einem Stellenabbau verbunden sind. Davor war auch die Fachschule Viventa nicht gefeit. Erfahrungsgemäss erweist sich die Kommunikation in solchen Prozessen als schwierig. Aus diesem Grund hat die Schulleitung im Berichtsjahr die Kommunikation neu ausgerichtet. Mit gezielten Massnahmen (u. a. halbjährliche Informationsveranstaltungen für alle Mitarbeitenden, ein bis zwei monatliche interne Newsletter) wird das Personal (Verwaltung und Lehrpersonen) neu über den laufenden Prozess der Schulentwicklung informiert.

Alle Lehrpersonen wurden auf das Schuljahr 2009/10 in die angepasste Verordnung über Anstellung und Löhne der Lehrpersonen an der Fachschule Viventa überführt. Die Umsetzung nahm alle Beteiligten sehr stark in Anspruch. Grund für die Anpassung war u. a. das Anliegen, die Lehrpersonen mit Teilpensen der Erwachsenen- und Elternbildung sowie jene mit unregelmässiger Unterrichtsverpflichtung den anderen Lehrpersonen gleichzustellen. Sie erhalten neu eine Vergütung für die Feiertage.

Erfreulicherweise konnte die Fachschule Viventa im Berichtsjahr weitere Partnerbetriebe in der Stadt Zürich für eine Zusammenarbeit gewinnen. Die Betriebe stellen den Schülerinnen und Schülern neu 16 Praktikumsplätze im Bereich Dienstleistung zur Verfügung. In den letzten vier Jahren konnte die Fachschule Viventa den Jugendlichen dadurch über 100 interne und externe Praktikumsplätze anbieten.

Im Rahmen des Qualitätsmanagements hat die Schulleitung im Berichtsjahr zwei Strategietagungen durchgeführt. Vision und Leitbild wurden überprüft, mit dem Ziel, Strategien und Perspektiven neu zu definieren. Der sich in der Pilotphase befindende neu eingeführte Berufsauftrag wurde erstmals evaluiert. Die Auswertung erfolgt im Folgejahr.

### Berufsvorbereitung

Mit einer breiten Angebotspalette – z. B. «Mensch und Natur», «Handwerk und Technik», «Mathematik und Naturwissenschaften», «Gestalten und Kunst», «Elektro- und Haustechnik», «Wirtschaft und Verwaltung», «Gesundheit und Soziales» – verfolgt die Fachschule Viventa das Ziel, für alle Jugendlichen eine passende Anschlusslösung zu finden. Im Format Berufsvorbereitung werden dafür praktische Fähigkeiten geübt und entwickelt, theoretisches Wissen wird vertieft, vor allem aber wird den fachübergreifenden Kompetenzen grosses Augenmerk geschenkt.

Die Selbst-, Sozial- und Methodenkompetenzen werden neu auch im Zeugnis beurteilt. Dies erlaubt eine Einschätzung nicht nur der kognitiven Leistungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler, sondern auch ihrer Zuverlässigkeit, Selbständigkeit, Teamfähigkeit, ihrer Umgangsformen, Lern- und Arbeitstechniken usw. Diese vielseitigere Betrachtung, kombiniert mit den Kompetenznachweisen in den verschiedenen Lernfeldern, ermöglicht es einem zukünftigen Arbeitgeber, Jugendliche als ganzheitliche Persönlichkeit zu erfassen. Die Kompetenznachweise und das Arbeiten in Lernfeldern sind Bestandteile des neuen Schullehrplans, der nun im zweiten Jahr seiner Erprobungsphase steht.



In der Fachschule Viventa erhalten die Jugendlichen die praktischen Fähigkeiten und das theoretische Wissen für die Berufswelt. (Bild: Aurelia Bohmert)

### Integration

Sämtliche Integrationsangebote (mit Ausnahme der Eldis-Kurse – Eltern lernen Deutsch in der Schule) begannen ihr Kursjahr erstmals gemeinsam im Schulhaus Wengi. Der Ort im Kreis 4 liegt zentral, ist für Jugendliche und Erwachsene attraktiv, und die Infrastruktur motiviert zum Lernen und Verweilen. Ein Bistro, ein Lernfoyer und ein Kundencenter ergänzen die klassischen Schul- und Kursräume. Dies sind beste Voraussetzungen für die Integrationsarbeit.

Die jugendlichen Migrantinnen und Migranten starteten im Rahmen des Berufsvorbereitungsjahrs bereits vor einem Jahr mit dem neuen Schullehrplan und werden so auf die Arbeitswelt vorbereitet. Die Erwachsenen folgten in diesem Sommer. Coaching, das individuelle Lernen und Gruppenerfahrungen mit der einheimischen Bevölkerung unterstützen den Integrationsprozess und grenzen das Angebot klar von herkömmlichen Deutschkursen ab. Erstmals wurde 2010 auch



ein Abendkurs angeboten, was einem Bedürfnis der Migrantinnen und Migranten entspricht, die den Kurs berufsbegleitend besuchen wollen.

Schliesslich hat Eldis die Aufmerksamkeit des Kantons auf sich gezogen. Die Fachschule Viventa konnte ihr Know-how der Elternbildung des Kantons Zürich zur Verfügung stellen. In einigen Pilotgemeinden des Kantons sind neu Eldis-Kurse vorgesehen, während diese Kurse in der Stadt bereits zum dritten Mal in sämtlichen Schulkreisen durchgeführt und im Berichtsjahr von 273 Personen besucht wurden. Mehr und mehr greift hier auch das Zusammenspiel innerhalb des Sprachförderungskonzepts der Stadt Zürich.

### Hauswirtschaftliche Berufsbildung

Die hauswirtschaftliche Berufsbildung erfreut sich wachsender Beliebtheit. Nachdem 81 Lernende an der Abschlussfeier im Juli 2010 das eidgenössische Berufsattest (EBA) bzw. das eidgenössische Fähigkeitszeugnis (EFZ) in Empfang nehmen durften, begannen im August insgesamt 100 Lernende ihre zwei- oder dreijährige berufliche Grundbildung, 41 davon als Hauswirtschaftspraktikerin/Hauswirtschaftspraktiker EBA, 59 als Fachfrau/Fachmann Hauswirtschaft EFZ.

Der Grundkurs Hauswirtschaft FSV für junge fremdsprachige Erwachsene im Rahmen des Motivationssemesters Prospec-tiva Junior Clean, der Grundkurs Hauswirtschaft FSV im Auftrag der Altersheime der Stadt Zürich sowie zusätzliche Weiterbildungsangebote im hauswirtschaftlichen Bereich fanden auch in diesem Jahr Anklang.

2010 wurden im Format Berufsbildung mit 653 Lernenden Fachangestellte/Fachangestellter Gesundheit (FAGE) erneut die Vorjahreszahlen übertroffen. Erstmals wurden im ersten Lehrjahr elf Klassen mit 255 Lernenden in Berufskunde und Sport unterrichtet.

Zwei Klassen haben im August den Vorbereitungskurs FA-HL begonnen. Dieser wird erstmals auf der Basis der neuen Prüfungsordnung «Haushaltleiterin mit eidg. Fachausweis» vom 7. Juli 2009 durchgeführt. Einerseits wurde die Ausbildungsdauer verlängert, andererseits schliessen die einzelnen Fachbereiche mit Modulprüfungen ab, die durch die Fachschule Viventa durchgeführt werden. Erst nach erfolgreich bestandenen Modulprüfungen können sich die 36 Kandidatinnen und Kandidaten zum Qualifikationsverfahren anmelden.

Am 1. November 2010 nahm ein Schulsozialarbeiter die Arbeit auf und vervollständigt so das Unterstützungsangebot für die Jugendlichen im Format Hauswirtschaftliche Berufsbildung.

### Erwachsenenbildung

Das Jahresprogramm wurde komplett neu erarbeitet und besteht im Gegensatz zu den Vorjahren nur noch aus einem Dokument. In diesem Prozess wurden zugleich der gesamte Inhalt sowie die Angebotstexte angepasst. Damit konnte die Qualität der Information gegenüber den interessierten Teilnehmenden verbessert werden.

In der hauswirtschaftlichen Erwachsenenbildung wurden diverse Änderungen in Bezug auf die aktuellen Erkenntnisse zu gesunder Ernährung vorgenommen. Diese Neuausrichtung ist

geglückt. Zahlreiche neue Kurse und Workshops griffen aktuelle Themen, z. B. rund um die Schule, auf. Auch die Angebote im Bereich Haushaltmanagement wurden stärker auf die Bedürfnisse der Bevölkerung abgestimmt.

Die obligatorische Elternmitwirkung führt zu einem verstärkten Austausch zwischen Schule und Elternhaus. Aus diesem Grund wurden zum ersten Mal sämtliche relevanten Angebote der Fachschule Viventa in einem Flyer «Umgebung Schule» zusammengefasst. Vor allem die Elterngremien haben diese Informationen erfreut zur Kenntnis genommen. Die neu eingeführte Vortragsreihe über aktuelle, elternbildungsspezifische Themen wie ADHS oder Gewalt und Medien wurde in verschiedenen Schulhäusern der Stadt rege besucht.

Die Sekundarschule für Erwachsene startete weitere Kurse mit neu ausgerichtetem Konzept, diesmal mit zwei Klassen zu total 35 Schülerinnen und Schülern. Der in diesem Jahr zu Ende gegangene Kurs schloss mit ausgezeichneten Resultaten ab: Bei den A-Klassen konnten über 90 %, bei den B-Klassen über 60 % der Geprüften das wertvolle Sekundarschul-Abschlusszeugnis entgegennehmen.

### 4.6.3 Schulkommission Fachschule Viventa

Im Berichtsjahr 2010 trafen sich das Plenum und der geschäftsleitende Ausschuss der Schulkommission der Fachschule Viventa zu je vier Sitzungen.

Zwei Veranstaltungen für neue Mitglieder der Schulkommission (Informationen zur FSV und Schulung der Mitarbeitendenbeurteilung für Lehrpersonen) wurden durchgeführt, und für alle Mitglieder der Schulkommission fand ein Erfahrungsaustausch zur Mitarbeitendenbeurteilung statt.

Die wichtigsten der zahlreichen behandelten Geschäfte waren:

- MAB-Mitarbeitendenbeurteilung für Lehrpersonen an der FSV
- Rechnung 2009
- Aufgaben- und Finanzplan 2011–2014
- Voranschlag 2011
- Hausordnung für die Schulanlagen der FSV
- Genehmigung zweijähriger Schulversuch «Integrationsangebot für Erwachsene»
- Überarbeitung light des Konzepts der Mitarbeitendenbeurteilung für Lehrpersonen
- Konstituierung der Schulkommission für die Schuljahre 2010/11–2013/14
- Richtlinien «Externe Arbeitswochen–Reisen–Exkursionen BVJ» für das Schuljahr 2010/11
- Reglement Hausämter für die Schuljahre 2010–2012
- Pflichtenheft Vorstand Gesamtkonvent FSV
- Vorgehen bei disziplinarischen Problemen im Berufsvorbereitungsjahr

Mitarbeitendenbeurteilung von Lehrpersonen: Im Schuljahr 2009/10 wurden durch die Mitglieder der Schulkommission total 163 Schulbesuche durchgeführt:

- 73 Schulbesuche
- 39 Zwischenbeurteilungen zu zwei Schulbesuchen (total 78)
- drei Hauptqualifikationen zu vier Schulbesuchen (total zwölf)

#### 4.6.4 Spezifische Kennzahlen

##### Berufsvorbereitungsjahr (BVJ), Anschlusslösungen nach Schuljahr 2008/2009 (2007/2008)

	Anzahl Schülerinnen und Schüler (Stichtag 30.06.2010)						(Stichtag 15.09.2010)	
	Schuljahr 2007/2008		Schuljahr 2008/2009		Schuljahr 2009/2010			
	Effektiv	in %	Effektiv	in %	Effektiv	in %	Effektiv	in %
Anschlusslösung								
Berufsausbildung	394	56.0 %	363	54.6 %	351	53.9 %	351	53.9 %
Zwischenlösung	181	25.7 %	191	28.7 %	174	26.7 %	204	31.3 %
Mittelschule	16	2.3 %	11	1.7 %	14	2.2 %	14	2.2 %
Andere Lösung	39	5.6 %	28	4.2 %	22	3.4 %	25	3.8 %
Ohne Lösung	73	10.4 %	72	10.8 %	90	13.8 %	57	8.8 %
<b>Total Schüler/innen</b>	<b>703</b>	<b>100 %</b>	<b>665</b>	<b>100 %</b>	<b>651</b>	<b>100 %</b>	<b>651</b>	<b>100 %</b>

In den Schülerzahlen der Jahre 2007/08 und 2008/09 sind alle Schülerinnen und Schüler der Schulen gezählt, die ab Schuljahr 2009/10 zum Berufsvorbereitungsjahr zusammengeschlossen wurden.

##### Schülerinnen und Schüler sowie Kursteilnehmende

	2006	2007	2008	2009	2010
Berufsvorbereitungsjahr, inkl. Integration *	640	602	*703	*665	*651
Erwachsenen- und Berufsbildung	7 703	7 394	7 427	7 933	7 956

## 5. Parlamentarische Vorstösse

### I. Unerledigte Motionen und Postulate

Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2010)

Motionen und Postulate, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

MOT = Motion (Erledigungsfrist zwei Jahre nach Überweisung)

POS = Postulat (Erledigungsfrist zwei Jahre nach Überweisung)

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2002/000904 2002/000169	27.06.2001 22.05.2002	Schüepf Jürg R. und Schmid Ronald Schulhaus-Neubauten und -Erweiterungen, Schaffung von Richtlinien für Raumprogramme

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage für eine Verordnung in Kompetenz des Gemeinderats zu unterbreiten, in welcher für die Stadt Zürich verbindliche Richtlinien für die Raumprogramme von Schulhaus-Neubauten und -Erweiterungen festzulegen sind.*

*Die Beantwortung des Postulats soll aus folgenden Gründen ein letztes Mal verschoben werden:*

*Der Kanton Zürich hat nach längeren Vorarbeiten im Jahr 2009 die neuen Schulbaurichtlinien in Kraft gesetzt, welche die geltenden Richtlinien aus dem Jahr 1999 ablösen.*

Die neuen Richtlinien enthalten im Vergleich zu den bisher gültigen wesentliche Verbesserungen, insbesondere die Vergrösserung der Klassenzimmer und die Bereitstellung von zusätzlichen Gruppen- und Therapieräumen. Damit wird den Anforderungen des neuen Volksschulgesetzes Rechnung getragen, das insgesamt zu einem Mehrbedarf an Raum führt.

Die verwaltungsmässigen Diskussionen rund um die Frage, ob die Stadt weiterhin eigene, ergänzende Richtlinien für Raumprogramme braucht, sind noch nicht ganz abgeschlossen. Grundsätzlich besteht Konsens, dass die kantonalen Richtlinien aus dem Jahr 2009 den Raumbedarf der heutigen Volksschule angemessen abbilden – es fehlen darin allerdings Aussagen zu Räumen für die Betreuung, für Schulsozialarbeit, die technischen Räume sowie die Räume der Jugendmusikschule.

Die definitive Beantwortung des Postulats erfolgt im ersten Halbjahr 2011. Demgemäss ist der Abschreibungsantrag mit dem Geschäftsbericht 2011 geplant.

Aus diesem Grund beantragen der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements und die Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz die Aufrechterhaltung des Postulats.

POS 2002/000846 2002/000147	15.05.2002 18.12.2002	Fraktion Freisinnig-Demokratische Partei Gewalt von Jugendlichen, Bericht
-----------------------------------	--------------------------	--

*Wir bitten den Stadtrat, dem Gemeinderat einen Bericht zu unterbreiten, der als Bestandesanalyse die Gewalt von Jugendlichen in der Stadt Zürich untersucht. Besondere Berücksichtigung sollen dabei*

- die Gewalt in Schulhäusern und deren Umgebung,*
- am Schulsilvester,*
- der Vandalismus in öffentlichen Verkehrsmitteln auf dem Schulweg,*
- die Ausschreitungen nach verschiedenen Sportanlässen und auch*
- die jährliche Nachdemonstration zum 1. Mai, sowie andere gewalttätige Nachdemonstrationen finden.*

*Es sollen die Ursachen erfasst werden, die zu solchen Gewaltausbrüchen führen, einschliesslich der Rolle der Polizei. Der Bericht soll aber auch Lösungsvorschläge auflisten, was seitens der Bevölkerung und der Stadtverwaltung unternommen werden kann, damit Gewaltausbrüche möglichst vermieden bzw. allenfalls rechtzeitig erkannt werden.*

Das Thema «Gewalt von Jugendlichen» wurde innerhalb des Legislatorschwerpunkts 3 «Jugend» des Stadtrats zu einem Schwerpunkt erhoben. Dabei wird die Situation im Bereich Gewalt unter Jugendlichen in der Stadt Zürich umfassend analysiert und ausgewertet. Die aus der Analyse abgeleiteten Massnahmen und Projekte zur Prävention von Jugendgewalt werden unter den beteiligten Departementen (Polizei, Sozialdepartement, Schul- und Sportdepartement) koordiniert und umgesetzt. Die Berichterstattung hierzu erfolgte im Rahmen der Berichterstattung zu den Legislatorschwerpunkten des Stadtrats. Die departementsübergreifende Zusammenarbeit im Bereich der Jugendgewalt hat sich sehr bewährt. Erste Anzeichen deuten daraufhin, dass sich die Gesamtlage stabilisiert hat. Statistische Zahlen sind noch nicht definitiv ausgewertet. Es darf für das Berichtsjahr aber von einem Rückgang der Jugendgewalt ausgegangen werden.

Das im Zusammenhang mit dem LSP 3 zusammengestellte Projektportfolio wird weitergeführt (bspw. Erhöhung SiP, Zusammenarbeit Jugendanwaltschaft und Stadtpolizei, Konfliktlotsen an Schulen usw.). Pendend ist vor allem die Koordination der gesamtstädtischen und privaten Gewaltpräventionsangebote, die aufgrund mangelnder Ressourcen nicht im vorgesehenen Rahmen umgesetzt werden konnte. Dieses wichtige Element soll im Jahre 2011 umgesetzt werden und in den verlangten Bericht einfließen. Zudem ist im Herbst 2011 eine weitere Umfrage in den Schulen geplant. Dabei soll – wie bereits im Jahre 2009 – das Sicherheitsempfinden der Schülerinnen und Schüler in den Schulen der Stadt Zürich erfasst werden. Auch diese Erkenntnisse sollen in den verlangten Bericht einfließen.

Aus diesem Grund wird beantragt, das Postulat aufrecht zu erhalten sowie die Frist für die Vorlage des Berichts entsprechend zu verlängern.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
--------------------------------	----------------------------	--

POS 2006/000605 2006/000223	07.06.2006 21.06.2006	Rabelbauer Richard und Rabelbauer-Pfiffner Claudia Drogen- und Gewaltprävention, Konzept für die Volksschule
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten, ein Konzept für die Drogen- und Gewaltprävention zu erarbeiten, welches sicherstellt, dass jedes Schulkind in der Stadt Zürich einen Präventionsunterricht je einmal in der Unter-, der Mittel- und der Oberstufe erfährt. Der jeweilige Präventionsunterricht soll der Altersstufe angepasst sein.*

Eine Dachstrategie Gesundheitsförderung und Prävention wurde von den relevanten Abteilungen im SSD erarbeitet und von der Geschäftsleitung des Schul- und Sportdepartements und der Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz grundsätzlich gutgeheissen. In der Teilstrategie «Psychosoziale Gesundheit» sollen die Angebote der Sucht- und Gewaltprävention sowie anderer, verwandter Themen in einen Gesamtzusammenhang gestellt werden. Schon heute bietet die Suchtpräventionsstelle eine Vielzahl von Angeboten für alle Schulstufen an. Sie reichen von theaterpädagogischen Projekten über Informationen und Unterrichtshilfen zu Suchtmitteln, Projektunterstützung für Schulen und Beratung für Lehrpersonen bis zu Elternabenden. Die Angebote werden von den Schulen nach Bedarf vielfältig genutzt. Auch die Fachstelle für Gewaltprävention hat eine Vielzahl von Beratungs- und Interventionsangeboten für die Schulen. Im Rahmen der Dachstrategie wird ein integriertes und stärker koordiniertes Vorgehen in der Prävention psychosozialer Gefährdungen und Risiken, wozu auch Suchtverhalten und Gewalt gehören, angestrebt. Die Ergebnisse dieser Arbeiten sind deshalb für die Postulatsbeantwortung abzuwarten. Ein Abschreibungsantrag ist somit für das Jahr 2012 geplant.

POS 2006/000938 2006/000347	30.08.2006 30.06.2010	Rabelbauer-Pfiffner und 20 Mitunterzeichnende Lehrerberuf, Steigerung der Attraktivität
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er auf direktem und indirektem Weg beim Kanton dahin gehend einwirkt, dass die Attraktivität des Lehrberufs stark gesteigert werden kann und Vollzeitpensen wieder ohne die Gefahr ein Burn-out zu erleiden erteilt werden können. Dazu sollen u. a. Entlastungsmassnahmen und Karriereperspektiven aufgezeigt sowie Weiterbildungsmöglichkeiten angeboten werden.*

POS 2006/001107 2006/000440	04.10.2006 30.06.2010	Rykart Sutter Karin und Leupi Daniel UNICEF, Erwerb des Gütesiegels «Kinderfreundliche Stadt»
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Stadt Zürich das Label der Unicef «Kinderfreundliche Stadt» erwerben kann.*

POS 2006/001302 2006/000524	22.11.2006 21.03.2007	Virchaux Jean-Claude Schulsozialarbeit, Verstärkung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der Einsatz von Schulsozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern in Schulhäusern der Stadt Zürich, welche soziale Brennpunkte darstellen, verstärkt werden kann.*

Die Ausgangslage zeigt sich seit dem Geschäftsbericht 2009 unverändert. Die Schulsozialarbeit ist bereits während der Erprobung (1995–2002) und auch seit der definitiven Einführung (2003) etappenweise ausgebaut worden, sodass heute 34 Stellen verteilt über die ganze Stadt zur Verfügung stehen. Letztmals ist in der Budgetdebatte 2007 des Gemeinderats eine Aufstockung des Budgets 2008 um 1,0 Mio. Fr. beschlossen worden. Mit dem letzten Ausbau im Jahr 2008 konnte dem Wunsch nach zusätzlichem Bedarf teilweise entsprochen werden. Dies auch durch den Einsatz von ambulanter Schulsozialarbeit (seit 2007 Einsätze einer Schulsozialarbeiterin in mehreren Schulen). Nach wie vor ist es so, dass aus den Schulkreisen Schulen gemeldet werden, welche einen dringenden Bedarf ausweisen, aber bis anhin nicht berücksichtigt werden konnten. Es gibt in der Stadt keine Schule, die keine Schulsozialarbeit wünscht, im Gegenteil möchten die Schulen vermehrt die Fachpersonen der Schulsozialarbeit beiziehen. Mit der Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes ergeben sich Veränderungen in der Schule, die auch eine Akzentuierung der Aufgabenfelder nach sich ziehen. So ist insbesondere mit der integrativen Förderung die Schulsozialarbeit für die teilweise sehr zeitintensive Elternarbeit im Zusammenhang mit sozialen Fragestellungen zunehmend gefragt. Vor der Auflösung der Kleinklassen war die Heilpädagogin als Klassenlehrperson allein für diese Fragestellungen zuständig. Diese teilweise Verschiebung der Aufgaben in den Schulen muss nun beobachtet und im Bereich der Schulsozialarbeit neu festgelegt werden.

Aus diesem Grund beantragen der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements und die Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz die Aufrechterhaltung des Postulats.

POS 2007/001114 2007/000569	24.10.2007 14.11.2007	Simon Claudia und Anhorn Ruth K+S-Schule, Folgen der Zusammenlegung mit der Schule für Mannschaftssport (MSP)
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die jetzigen Schülerinnen und Schüler der Kunst- und Sportschule (K&S) ihre Schulzeit im Schulhaus Neumünster beenden können. Dies ist verbunden mit dem Auftrag an die Schulleitung der beiden Schulen K&S sowie MSP ein pädagogisches Konzept für eine Zusammenführung bis 2010 vorzulegen. Dabei ist sicherzustellen dass das Swiss-Olympic-Label trotz einer eventuellen Zusammenlegung der K&S-Schule mit der Schule für Mannschaftssport MSP an einem Standort erhalten werden kann.*

Die beiden Schulen wurden auf das Schuljahr 2010/2011 erfolgreich zusammengeführt. Die neue K&S Zürich befindet sich aktuell im Rezertifizierungsprozess. Sämtliche hierfür notwendigen Unterlagen wurden bei Swiss Olympic eingereicht. Der Rezertifizierungsprozess wird im Sommer 2011 abgeschlossen sein. Es kann davon ausgegangen werden, dass Swiss Olympic auch die neue Schule mit ihrem Label versehen wird. Bis dieser Prozess vollständig abgeschlossen ist, wird beantragt, das Postulat noch nicht abzuschreiben.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
--------------------------------	----------------------------	--

POS 2008/000021 2008/000009	09.01.2008 26.08.2009	Wenger Christian und Blöchliger Patrick Stadion Letzigrund, Bau eines Kunstrasen-Fussballplatzes bei der Hardgutstrasse
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten, den möglichst baldigen Bau des beim Stadion Letzigrund, Seite Hardgutstrasse, geplanten Kunstrasen-Fussballplatzes zu prüfen.*

POS 2008/000052 2008/000025	16.01.2008 30.01.2008	Weibel Waser Esther und Makwana-Boss Elisabeth o.B. Kinderkultur-Angebote, Berücksichtigung und Vernetzung
-----------------------------------	--------------------------	---

*Wir bitten den Stadtrat zu prüfen, wie die Kinderkultur-Angebote in der Stadt Zürich in Zukunft unter der Federführung des geplanten Kinderkulturhauses koordiniert und vernetzt werden können und eine Zusammenarbeit mit kantonalen Projekten gesichert werden kann.*

Das Konzept «Kinderkulturhaus» wurde im Berichtsjahr weiterverfolgt. Die Hauptschwierigkeit im Projekt besteht nach wie vor in der Bereitstellung geeigneter Räumlichkeiten. Diese konnten bis anhin noch nicht gefunden werden, weshalb sich die Weiterentwicklung des Projekts stark verzögert. Ein zentrales Anliegen des Projekts ist die Koordination und Vernetzung bestehender und allfälliger neuer Angebote unabhängig von deren Trägerschaft (bspw. auch städtische, kantonale, private Angebote). Es werden projektorientierte Kooperationen mit anderen Kulturhäusern und -Institutionen oder auch Firmen angestrebt. Weiter ist im Konzept u. a. vorgesehen, ein Informationsportal einzurichten, welches möglichst alle Angebote im Bereich Kinderkultur in Zürich in geeigneter Form publiziert. Mit dem Schulamt der Stadt Zürich, mit Schulhäusern, mit Zürcher Kulturinstitutionen, Kulturvermittlern und Kinderkulturanbietern strebt das Haus bei der Programmierung eine enge Zusammenarbeit an.

Die Suche nach geeigneten Räumlichkeiten für die Umsetzung des Projekts wird fortgesetzt. Das Postulat ist daher aufrechtzuerhalten.

POS 2009/000449 2009/000155	06.05.2009 11.12.2009	FDP-Fraktion Verhandlungen mit dem Kanton bezüglich Zusammenlegung der städtischen und kantonalen Bereiche für Büromaterial
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten, zusammen mit dem Kanton, zu prüfen, wie die städtischen und kantonalen Bereiche für Büromaterial zusammengelegt werden können und dies in einem Bericht (Kosten/Nutzen-Analyse) dem Gemeinderat zu präsentieren. Damit sollen gemeinsame Synergien in den Themen Personalbedarf, Raumbewirtschaftung und Einkauf bei der Büromaterialverwaltung erreicht werden.*

POS 2009/000550 2009/000212	27.05.2009 26.08.2009	Gut Susi und Schwyn Markus Kostenüberwälzung bei Hochrisikospielen im Hallenstadion und im Letzigrund
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im Hallenstadion und im Letzigrund bei sogenannten Hochrisikospielen, auf Kosten der Vereine, die Zahl der Sicherheitskräfte massiv erhöht werden kann.*

POS 2009/000560 2009/000225	27.05.2009 21.10.2009	Erfigen Monika und Bernet Arthur Massnahmen in der Badeanstalt Tiefenbrunnen
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie in der Badeanstalt Tiefenbrunnen sowie in vergleichbaren Anlagen die offiziellen Öffnungszeiten, unabhängig vom Wetter, (wieder) eingehalten und die Anzahl Events während den normalen Betriebszeiten beschränkt werden können.*

POS 2009/001492 2009/000569	02.12.2009 11.12.2009	Angst Walter Deutsch als Zweitsprache, Bewilligung von Stellen
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten, die für die Erfüllung der kantonalen Vorgaben benötigten zusätzlichen 57.3 Stellen für den Unterricht Deutsch als Zweitsprache (DaZ) zu bewilligen und den Stellenplan des Schulamts (3020, Löhne der Lehrkräfte) entsprechend anzupassen.*

MOT 2007/000480 450.250.130-003 2007/000232	09.05.2007 01.09.2010	Virchaux Jean-Claude und Danner Ernst Vollamtliche Schulleitungen, Änderung der Gemeindeordnung
--	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung über die Schulorganisation zu unterbreiten mit dem Ziel, die Schuleinheiten so zu organisieren, dass die Schulleitungen ihre Aufgabe möglichst vollamtlich und ausreichend unterstützt durch administrative Ressourcen ausüben können.*

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 2007/000659 450.250.130-003 2007/000352	13.06.2007 01.09.2010	Wepf Mirella und Wyler Rebekka Entlastungsvikariate für Notfallsituationen in Schulklassen, Einrichtung eines Spezialfonds
<i>Wir bitten den Stadtrat zu prüfen, inwiefern mit der Einrichtung eines Spezialfonds für Entlastungsvikariate und den Einsatz von Sozialpädagoginnen oder Sozialpädagogen auf Notfallsituationen in Schulklassen schneller reagiert werden kann.</i>		
POS 2007/000797 450.250.130-003 2007/000408	11.07.2007 01.09.2010	Marthaler Thomas und Feuillet Dominique Lernchancen in der Stadt Zürich, Bericht über deren Angleichung
<i>Der Stadtrat wird eingeladen, dem Gemeinderat einen Bericht mit Strategien und Massnahmen und Interventionen beim Kanton zur Angleichung der Lernchancen in der Stadt Zürich vorzulegen. Insbesondere soll aufgezeigt werden, wie der Zugang zum Gymnasium unabhängiger von Wohnquartier und Einkommen der Eltern erfolgen kann.</i>		
POS 2010/000931 450.250.130-003 2010/000354	19.09.2007 01.09.2010	Dr. Straub Esther und 17 Mitunterzeichnende ewz, Projekttag für Energiesparen in der Volksschule
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage mit folgendem Inhalt zu unterbreiten: Das ewz führt mit eigenen Fachkräften und Mitteln an der Ober- oder an der Mittelstufe erlebnisreiche Projekttag durch mit dem Ziel, die Schülerinnen und Schüler zum Energiesparen zu animieren.</i>		
POS 2010/000932 450.250.130-003 2010/000367	05.03.2008 01.09.2010	SP-Fraktion Sprach- und Deutschkenntnisse, Förderung vor Eintritt in den Kindergarten
<i>Der Stadtrat wird eingeladen, dem Gemeinderat eine Weisung zur Sprachförderung (Verbesserung der Sprach- und Deutschkenntnisse) vor dem Kindergarten zu unterbreiten.</i>		
POS 2008/000545 450.250.130-003 2008/000238	28.05.2008 01.09.2010	Liebi Roger und Tuena Mauro Schulwegerleichterungen, Kostensenkung
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Kosten für sogenannte «Schulwegerleichterungen und Personentransporte im Rahmen des Unterrichts an der Volksschule und an den Sonderschulen sowie im Rahmen des Hortbetriebes», z.B. durch den Einsatz von Transportbussen (Schulbusse), Einschränkungen der Anspruchsberechtigung, Verantwortlichkeit der Eltern etc. erheblich gesenkt werden können.</i>		
POS 2010/000554 2010/000218	19.05.2010 14.07.2010	Rykart Sutter Karin und Meier-Bohrer Karin Sanierung Flussbadi Oberer Letten, Beibehaltung des Frauendecks sowie der getrennten Garderoben
<i>Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob bei der geplanten Sanierung der Flussbadi Oberer Letten auf die Saison 2011 hin das Frauendeck sowie die getrennten Garderoben beibehalten werden und ob der geplante Gastro-Kiosk so konzipiert werden kann, dass die Badegäste in ihrem Ruhebedürfnis und in ihrer Bewegungsfreiheit nicht eingeschränkt werden.</i>		



## II. Abschreibungsanträge für Motionen und Postulate

Postulate, für die der Stadtrat dem Gemeinderat den Antrag auf Abschreibung stellt.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 1999/001301 1999/000339	14.07.1999 30.08.2000	Erdös-Schärer Susanne und Burri-Wenger Maya Horte, frühzeitige Bekanntgabe der Kinderzuteilung

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Kinderzuteilung in den Horten zu einem Zeitpunkt erfolgen kann, der es den Eltern und/oder den Erziehungsberechtigten ermöglicht, eine rechtzeitige strukturelle Planung des Familienalltags zu gewährleisten.*

Die Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz (PK) hält an ihrem Plan gemäss Beschluss vom 25. November 2008 fest, die einheitlichen Termine der Zuteilungen zu den Klassen und Kindergärten schrittweise vorzuziehen, womit dem Anliegen der Postulantinnen grundsätzlich entgegengekommen wird. Nach dem ersten Vorziehen der Termine um zwei Wochen für das Frühjahr 2009 wurden die Termine nochmals um eine Woche vorgezogen. 2010 wurden die Eltern, deren Kinder in den Kindergarten ein-, oder in die Primarstufe übertraten, in der Woche 23 (7. bis 13 Juni 2010) informiert. Noch nie sind in der Stadt Zürich die Zuteilungsinformationen zu einem so frühen Zeitpunkt erfolgt. Auch die Eltern wussten diesen frühen Zeitpunkt zu schätzen, Umfragen bei den Kreisschulpflegern ergaben keinerlei negative Rückmeldungen seitens der Eltern. Ein früherer Zuteilungsentscheid ist aus betrieblichen und dispositiven Gründen nicht möglich.

Ausserdem hat die PK beschlossen, dass Schulen mit Leitung Betreuung die Zuteilungen ab Schuljahr 2011/12 koordinieren. Die Eltern dieser Schulen erhalten in der Woche 23 die Zuteilungen Kindergarten/Volksschule und Hort gemeinsam. Aus diesem Grund beantragen der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements und die Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz die Abschreibung des Postulats.

POS 2004/001385 2004/000452	03.07.2002 25.08.2004	Bucher-Steinegger Heidi und 8 Mitunterzeichnende Volksschule, ausserfamiliäre Mittagsbetreuung für die Oberstufe
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird aufgefordert, in der Stadt Zürich schulhausbezogene und flächendeckende ausserfamiliäre Mittagsbetreuung für OberstufenschülerInnen mit altersgerechten Angeboten zu entwickeln und anzubieten. Er präsentiert dafür eine kreditschaffende Weisung.*

Das Schul- und Sportdepartement und die Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz (PK) haben im Mai 2009 zwei klar definierte Tarif- und Abrechnungsmodelle für die Mittagsbetreuung Sekundarschule verabschiedet. Modell A: Mittaghort mit Betreuungsvertrag (gem. städtischer Hortverordnung) / Modell B: Mittagclub, -tisch, -treff mit flexibler Anmeldung. Die verschiedenen Verpflegungsmodelle werden zurzeit (seit Sommer 09) auf allen Stufen evaluiert. Mit der angepassten Strategie zum Ausbau im Betreuungswesen setzte das Schul- und Sportdepartement auf «lokale Konzeptionen». So kann den spezifischen Betreuungsbedürfnissen der Oberstufe mit flexiblen, mit den spezifischen Bedingungen vor Ort abgestimmten Angeboten entsprochen werden. Die dazu benötigten Finanzmittel werden im ordentlichen Budget eingestellt. Eine kreditschaffende Weisung erübrigt sich deshalb. Aus diesem Grund beantragen der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements und die Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz die Abschreibung des Postulats.

POS 2002/002100 2002/000471	06.11.2002 07.09.2005	Erfigen Monika und Peter Karin Drogen und Alkohol, Nulltoleranz an den Schulen
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie an den Schulen der Stadt Zürich die Nulltoleranz für Drogen und Alkohol durchgesetzt werden kann.*

Im Sommer 2010 wurde die neue Hausordnung für die Schulanlagen der Volksschule in Kraft gesetzt. Diese gilt neu nicht nur für Schülerinnen, Schüler und Schulpersonal, sondern auch für die Nutzerinnen und Nutzer der Aussenanlagen. Sie hält in Art. 5 folgendes fest:

«Der Konsum von Alkohol, Raucherwaren und anderen Suchtmitteln ist auf der ganzen Schulanlage verboten. Die Schulkonferenz kann vorsehen, dass das Schulpersonal in einem von den übrigen Räumen abgetrennten und ausreichend belüfteten Raum des Schulhauses rauchen darf. Alkoholkonsum von Erwachsenen an besonderen Anlässen ist gestattet.»

Die Hausordnung gilt für alle Nutzerinnen und Nutzer der Gebäude und der Aussenanlagen. Sie legt unter anderem fest, dass die Aussenanlagen ausserhalb der Schulzeiten bis 21.00 oder 22.00 Uhr der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen, dass Sachbeschädigungen strafrechtlich verfolgt werden und dass Alkoholkonsum und Rauchen auf der ganzen Schulanlage untersagt sind. Die Regeln werden auf allen Schulanlagen mit entsprechenden Tafeln kommuniziert.

Die Durchsetzung der Vorgaben während der Schulbetriebszeit liegt in der Verantwortung der Schulleitung, wobei sie weiteres Schulpersonal und externe Dienste beziehen kann. Ausserhalb der Betriebszeit der Schulanlagen sind die Schulanlagen nicht generell überwacht. Neben dem Einsatz der Polizei im Rahmen ihres dienstlichen Auftrages werden sie seit Mai 2010 regelmässig durch einen privaten Sicherheitsdienst kontrolliert, welcher fehlbare Nutzerinnen und Nutzer anspricht und nötigenfalls von der Anlage weist.

Mit oben genannten Massnahmen ist die Nulltoleranz in sämtlichen Schulen der Stadt Zürich faktisch durchgesetzt ist. Eine «Nulltoleranz», wie sie die Postulantinnen verlangen, wäre wohl nur bei einer total abstinenter Gesellschaft möglich und würde faktisch einer Prohibition gleichkommen. Daher beantragen der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements und die Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz die Abschreibung des Postulats.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
--------------------------------	----------------------------	--

POS 2004/001466 2004/000499	15.09.2004 03.11.2004	Bucher Gregor und Leupi Daniel Zuteilung von Hort- und Kindergärtenplätzen, frühzeitige Meldung an Familien
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er Familien spätestens nach den Frühlingferien Mitteilung machen kann, bezüglich der Zuteilung*

- eines Hortplatzes, wenn die Familie bisher einen Krippenplatz beanspruchte,
- eines Hortplatzes als Neuinteressenten für einen Betreuungsplatz,
- des Kindes in den Kindergarten, die 1. oder 4. Primarschulklasse.

Das Anliegen des vorliegenden Postulats ist praktisch identisch mit demjenigen des Postulats 1999/339 von Susanne Erdös-Schärer und Maya Burri-Wenger, weshalb auch der vorliegende Text mit demjenigen des erwähnten Postulats abgestimmt ist.

Die Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz (PK) hält an ihrem Plan gemäss Beschluss vom 25. November 2008 fest, die einheitlichen Termine der Zuteilungen zu den Klassen und Kindergärten schrittweise vorzuziehen, womit dem Anliegen der Postulantinnen grundsätzlich entgegengekommen wird. Nach dem ersten Vorziehen der Termine um zwei Wochen für das Frühjahr 2009 wurden die Termine nochmals um eine Woche vorgezogen. 2010 wurden die Eltern, deren Kinder in den Kindergarten ein-, oder in die Primarstufe übertraten, in der Woche 23 (7. bis 13. Juni 2010) informiert. Noch nie sind in der Stadt Zürich die Zuteilungsinformationen zu einem so frühen Zeitpunkt erfolgt. Auch die Eltern wussten diesen frühen Zeitpunkt zu schätzen, Umfragen bei den Kreisschulpflegern ergaben keinerlei negative Rückmeldungen seitens der Eltern. Ein früherer Zuteilungsentscheid ist aus betrieblichen und dispositiven Gründen nicht möglich.

Ausserdem hat die PK beschlossen, dass Schulen mit Leitung Betreuung die Zuteilungen ab Schuljahr 2011/12 koordinieren. Die Eltern dieser Schulen erhalten in der Woche 23 die Zuteilungen Kindergarten/Volksschule und Hort gemeinsam. Aus diesem Grund beantragen der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements und die Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz die Abschreibung des Postulats.

POS 2005/001318 2005/000440	02.11.2005 04.03.2009	Di Concilio Salvatore und Polloni Rohner Gisela Kindergartenhaus, Zugänglichkeit des Pausenplatzes für die Öffentlichkeit
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob der Pausenplatz des städtischen Kindergartens «Kindergartenhaus» an der Zentralstrasse 105 in Zürich Wiedikon öffentlich zugänglich gemacht werden kann und so den im Quartier lebenden Kindern auch ausserhalb der Präsenzzeit zur Verfügung steht.*

Der Stadtrat ist grundsätzlich der Meinung, dass die Aussenanlagen von Schulhäusern ausserhalb der Schulzeit der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen sollen. Begründete Ausnahmen gibt es bei externen Kindergärten und Horten, die aufgrund spezieller örtlicher Verhältnisse eingezäunt und damit der Öffentlichkeit nicht zugänglich sind. Im konkreten Fall ist zu berücksichtigen, dass der Aussenraum des Kindergartenhauses von den Kindern von je drei Kindergarten- und Hortabteilungen sowie zwei Unterstufenklassen intensiv genutzt wird.

Sowohl die Schule selbst als auch der Quartierverein haben sich dezidiert gegen eine Öffnung des Pausenplatzes ausgesprochen. Dies vor allem aufgrund der Befürchtung, das Areal mit seinen Nischen und seinen schlecht oder häufig auch gar nicht einsehbaren Winkeln könnte zu einem Treffpunkt von Alkohol- und Drogenkonsumenten werden, mit den entsprechenden negativen Begleiterscheinungen. Seitens Schule und Quartier werden die Interessen der Kindergarten-Kinder an einem sauberen und ordentlichen Spielplatz höher gewichtet als diejenigen der Öffentlichkeit nach zusätzlichem Freiraum. Die Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz (PK) sowie der Stadtrat schliessen sich dieser Einschätzung an und lehnen daher die Öffnung des Aussenraums des Kindergartenhauses Wiedikon ab. Der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements und die Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz beantragen deshalb die Abschreibung dieses Postulats.

POS 2005/001475 2005/000505	30.11.2005 14.12.2005	Badran Jacqueline Kindergärten, Horte und Fachstellen, Einbezug in das Projekt «Schulen ans Verwaltungsnetz»
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, ob die städtischen Kindergärten, Horte und Fachstellen in das Projekt «Schulen ans Verwaltungsnetz» eingebunden werden kann.*

Alle Mitarbeitenden in den Schulen haben 2005/06 mit dem Projekt «SAV» (Schulen ans Verwaltungsnetz) eine persönliche Mailadresse (vorname.name@schulen.zuerich.ch) erhalten und können auf den Computern in den Schulen oder auch zu Hause ihre Mails abrufen und bearbeiten

Die Kindergärten und Horte, die sich in Schulhäusern befinden, werden im Rahmen des Projekts Kits für Kids (Kits2) seit Januar 2009 mit einem PC-Arbeitsplatz ausgerüstet, so dass bis Sommer 2012 an allen Standorten für diese Bereiche ein Computer-Arbeitsplatz zur Verfügung steht.

Mit dem vom Stadtrat im Februar 2010 genehmigten Projekt «AdA» (Anbindung der Aussenstellen) erhalten nun auch die Kindergärten und Horte in externen Lokalen einen Computer-Arbeitsplatz. Seit September 2010 werden pro Woche mehrere Standorte mit einem «Thin Client»-Computer für administrative Arbeiten ausgerüstet. Bis im Sommer 2012 sollen an allen rund 300 externen Standorten Computer-Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Das Anliegen des Postulats wurde geprüft, als berechtigt anerkannt und wird nun gemäss den Entscheiden des Stadtrats umgesetzt. Aus diesem Grund beantragen der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements und die Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz die Abschreibung des Postulats.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2005/001528 2005/000528	07.12.2005 24.10.2007	Di Concilio Salvatore Lehrstellen, Einrichtung weiterer Lehrwerkstätten und Bericht über deren Kosten

*Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob und wie zusammen mit allen involvierten Akteuren in Branchen, in welchen für Schulabgängerinnen und Schulabgänger ein Mangel an Lehrstellen besteht, weitere Lehrwerkstätten eingerichtet werden können. Es soll zudem ein Bericht erstellt werden, welche geschätzten Kosten der Stadt dadurch entstehen würden.*

Mit separater Weisung Nr. 448 vom 4. November 2009 betreffend die Einrichtung weiterer Lehrwerkstätten und Bericht über die Kosten wurde dem Gemeinderat beantragt, dieses Postulat abzuschreiben. In der Begründung wurde hinreichend dargelegt, das für neue Aufgaben im Berufsbildungsbereich gemäss Berufsbildungsgesetz grundsätzlich der Kanton zuständig ist. Die Stadt Zürich betreibt somit keine eigenen Lehrwerkstätten.

Die Frage, in welchen Branchen das duale Berufsbildungssystem durch Lehrwerkstätten der öffentlichen Hand ergänzt werden könnte, lässt sich nicht eindeutig beantworten. Die Situation im Bereich der Lehrstellen ist stark von der wirtschaftlichen Entwicklung geprägt und verhält sich in den einzelnen Branchen bzw. Berufen sehr unterschiedlich. Langfristige Prognosen sind schwierig, und es besteht das Risiko, dass Lehrwerkstätten in Branchen geschaffen werden, in denen aufgrund der wirtschaftlichen Lage dann letztlich doch kein Bedarf besteht. Daher ist auch eine seriöse Kostenschätzung kaum möglich.

Der Stadtrat stellt sich auf den Standpunkt, dass die Stadt die ihr zugewiesene Aufgabe des Übergangs zwischen Volksschule und Berufsausbildung möglichst optimal gestalten soll. Die vorhandenen Mittel sind daher für die bestehenden und bewährten Angebote des Schul- und Sportdepartements und des Sozialdepartements einzusetzen. Die Stadt Zürich wird auch künftig keine Lehrwerkstätten einrichten. Dem Postulanten steht es aber – wie in seiner Ablehnungsantwort vom 16. Juni 2010 festgehalten – frei, Lehrwerkstätten als Institution weiterhin auf seiner politischen Traktandenliste zu führen. Aus diesem Grund wird die Abschreibung des Postulats beantragt.

POS 2006/001204 2006/000465	01.11.2006 15.11.2006	Stucker Rolf und Sidler Bruno IMMO, Erhalt von Abwartwohnungen in Schulhäusern
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob die IMMO verpflichtet werden kann, auch in Zukunft Abwartwohnungen in den städtischen Schulhäusern beizubehalten.*

Übergeordnetes Ziel des Stadtrats ist es, dass die Aussenanlagen der Schulen der Öffentlichkeit ausserhalb der Schulzeit weiterhin zur Verfügung stehen können.

Die Probleme mit Abfall, Vandalismus und Lärmbelästigungen treten sowohl auf Anlagen mit Hauswartwohnung als auch auf solchen ohne Hauswartwohnung auf – eine präventive Wirkung von Hauswartwohnungen ist nicht generell, sondern allenfalls in Einzelfällen gegeben. Dazu kommt, dass in vielen Schulanlagen zusätzlicher Raum erforderlich ist, insbesondere auch für den Ausbau der Betreuungsplätze. In vielen Fällen bietet die Umnutzung der Hauswartwohnung eine Möglichkeit dazu.

Seitens der Leiterinnen und Leiter Hausdienst & Technik sind die Meinungen uneinheitlich: Während ein Teil nach wie vor gerne auf der Schulanlage wohnt, sind andere froh um etwas Distanz zwischen Wohn- und Arbeitsort. Die Frage, ob bei Raumbedarf der Schule und bei Instandsetzungen von Schulanlagen die Hauswartwohnung beibehalten werden soll, muss daher im Einzelfall geprüft werden.

Die vorhandenen Probleme mit Abfall und Sachbeschädigungen werden durch einen Mix von verschiedenen Massnahmen angegangen:

- Im Sommer 2010 wurde die neue Hausordnung für die Schulanlagen der Volksschule in Kraft gesetzt. Diese gilt für alle Nutzerinnen und Nutzer der Gebäude und der Aussenanlagen. Sie legt unter anderem fest, dass die Aussenanlagen ausserhalb der Schulzeiten bis 21.00 oder 22.00 Uhr der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen, dass Sachbeschädigungen strafrechtlich verfolgt werden und dass Alkoholkonsum und Rauchen auf der ganzen Schulanlage untersagt sind. Die Regeln werden auf allen Schulanlagen mit entsprechenden Tafeln kommuniziert.
- Seit Mai 2010 werden die Schulanlagen der Volksschule zudem regelmässig durch Patrouillen eines privaten Sicherheitsdienstes kontrolliert. Die Kontrollen haben zum Ziel, fehlbare Nutzerinnen und Nutzer anzusprechen und nötigenfalls von den Anlagen wegzuweisen.
- Im Jahre 2009 wurde zudem die gesetzliche Grundlage für die Einrichtung von Videoüberwachungen auf Schulanlagen geschaffen, 2010 wurden erste Pilotanlagen ausgerüstet. Von dieser Massnahme wird ebenfalls eine präventive Wirkung erwartet.

Der Stadtrat geht davon aus, dass mit diesen Massnahmen eine Verbesserung der Situation erreicht werden kann. Die heutige Praxis bzgl. Hauswartwohnungen soll somit beibehalten werden: Bei Neubauten wird in der Regel keine Hauswartwohnung bereitgestellt; bei Instandsetzungen wird die Erhaltung im Einzelfall geprüft.

Aus diesem Grund beantragen der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements und die Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz die Abschreibung des Postulats.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2007/000755 2007/000382	04.07.2007 22.08.2007	Schicker Daniela und Filli Peider und 14 Mitunterzeichnende Musikunterricht, Sicherstellung für alle Schülerinnen und Schüler

*Der Stadtrat wird gebeten abzuklären, wie sichergestellt werden kann, dass allen Zürcher SchülerInnen ein angemessener Musikunterricht (Ort des Unterrichts, zeitliche Dauer der Lektionen und vertretbare finanzielle Kosten für die Eltern) angeboten wird.*

Die Jugendmusikschule der Stadt Zürich (JSZ) führt ein umfassendes Unterrichtsangebot, das allen Zürcher Schülerinnen und Schülern offensteht. Da der Unterricht an über 100 Standorten in allen Quartieren der Stadt Zürich angeboten wird, können die Schülerinnen und Schüler die meisten Instrumente in der Nähe ihres Schul- oder Wohnorts erlernen. Lediglich bei weniger gefragten Instrumenten wie Oboe, Tuba oder Hackbrett, die nicht an allen Standorten angeboten werden können, müssen längere Wege in Kauf genommen werden. In den letzten Jahren konnten auf Schuljahres- und Semesterbeginn jeweils alle rechtzeitig angemeldeten Kinder aufgenommen werden, was die Schülerzahl zwischen 2004 und 2010 um insgesamt um 42 %, ohne Berücksichtigung der MEZ sogar um 49 % ansteigen liess. Nur vereinzelt mussten Kinder auf die Warteliste gesetzt werden, dies meist aufgrund von momentan unerfüllbaren (weil zu speziellen) Wünschen bezüglich Stundenplanung, Unterrichtsort oder Lehrperson.

Die Lektionsdauer beträgt im Einzelunterricht mindestens 30 Minuten. Beim kostengünstigen Kleingruppenunterricht mit zwei Kindern wurde die Lektionsdauer per Schuljahr 2008/09 von 40 auf 45 Minuten erhöht, Lektionen mit drei Kindern dauern unverändert 60 Minuten. In der Kundenbefragung 2007 bezeichneten rund 70 % der Eltern die Lektionsdauer für Anfänger im Kleingruppenunterricht wie auch im 30-Minuten-Einzelunterricht als ausreichend (befragt wurden alle Eltern der 1316 Instrumentalschülerinnen und -schüler nach dem 1. Unterrichtsjahr; die Rücklaufquote betrug 48 %). Lektionsdauern von 40 oder 50 Minuten werden auf Antrag der Eltern und Empfehlung der Lehrperson nach Möglichkeit bewilligt; in Jahren mit überdurchschnittlichem Schülerzuwachs ist dies aufgrund des Budgetrahmens entsprechend eingeschränkt möglich. In den letzten drei Jahren konnten durchschnittlich gegen 80 % der Anträge bewilligt werden. Da ergänzend zum Einzel- und Kleingruppenunterricht allen Schülerinnen und Schülern zur Vertiefung und Anwendung des Gelernten kostenlos der Besuch von wöchentlich 45 Minuten Ensembleunterricht angeboten wird, steht aber in jedem Fall eine angemessene Unterrichtsdauer zur Verfügung.

Die Schulgelder der JSZ bewegen sich im kantonalen Vergleich leicht über dem Durchschnitt. Eltern mit tiefen Einkommen wird aber gemäss städtischen Vorgaben gegen einen entsprechenden Steuerbeleg eine Schulgeldermässigung von bis zu 60 % gewährt. Per Schuljahr 2008/09 wurde zudem ein Geschwisterrabatt eingeführt. In vereinzelt Härtefällen übernimmt das Sozialamt oder der Förderverein der JSZ das restliche Schulgeld.

Seit dem Einreichen des Postulats im Jahr 2007 hat die JSZ ihr niederschwelliges Angebot stark ausgebaut. Die Zahl der Kinder, die sich für das kostengünstige Mitsingen in einem der JSZ-Kinderchöre entscheiden, nimmt stetig zu; zurzeit sind es rund 550 Kinder. Vermehrt leiten JSZ-Lehrpersonen auch neu gegründete Schulhauschöre, die im Rahmen der Volksschule stattfinden und für die Schülerinnen und Schüler kostenlos sind. Das 2006/07 eingeführte Klassenmusizieren wird weiter ausgebaut, vorab in Schulkreisen mit einem hohen Anteil an sozio-ökonomisch benachteiligten Familien. Im Schuljahr 2010/11 musizieren in insgesamt 29 Bläser- und Streicherklassen rund 650 Kinder zweimal wöchentlich unter Anleitung von JSZ-Lehrpersonen und Mitwirkung der Klassenlehrperson im Rahmen der Musikstunden der Volksschule. Dieser Unterricht ist ebenfalls kostenlos, und die Instrumente werden den Schülerinnen und Schülern zur Verfügung gestellt.

Der Stadtrat ist der Auffassung, dass gemäss obigen Ausführungen allen Zürcher Schülerinnen und Schülern ein angemessener Musikunterricht zu vertretbaren Konditionen angeboten wird. Es wird deshalb die Abschreibung dieses Postulats beantragt.

POS 2008/000145 2008/000089	06.02.2008 28.05.2008	Simon Claudia und Morgenbesser Mischa Familienergänzende Kinderbetreuung, Bericht über verschiedene Modelle
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten, dem Gemeinderat einen Bericht vorzulegen, welcher folgende zwei Modelle miteinander vergleicht und die Vorteile und Nachteile des jeweiligen Modells aufzeigt:*

- *Modell 1 (= heutiges Modell): Unentgeltliches Unterrichtsangebot und entgeltliche familienergänzende Betreuungseinrichtungen, wobei beides durch den Staat zur Verfügung gestellt wird.*
- *Modell 2: Durchgehende Schulstruktur mit einheitlicher Anfangszeit und einheitlicher Schlusszeit (bis ca. 15.00 Uhr). Im Anschluss an diese durchgehende Schulstruktur stehen private Angebote wie Jugendtreffs, Sportvereine, Horte und dergleichen zur Verfügung.*

*Der Bericht soll sich insbesondere zu den pädagogischen, finanziellen und organisatorischen Auswirkungen äussern.*

Mit Weisung Nr. 8 vom 26. Mai 2010, Postulat von Claudia Simon und Dr. Mischa Morgenbesser betreffend Familienergänzende Kinderbetreuung, Bericht über verschiedene Modelle, wurde dem Gemeinderat beantragt, dieses Postulat abzuschreiben.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2008/000692 2008/000301	25.06.2008 10.09.2008	Kisker Gabriele und Monika Bloch Süss Angebot Seniorinnen und Senioren in der Schule, Ergänzung des Betriebskonzepts

*Der Stadtrat wird gebeten, das Betriebskonzept zur Weisung 230 (definitive Einführung des Angebots Seniorinnen und Senioren in der Schule) so zu ergänzen, dass die Arbeitsfelder für den Einsatz der Freiwilligen beschrieben sind. Ebenfalls genauer zu definieren sind die Qualitätsmerkmale, damit das Controlling den Anforderungen genügt.*

Das Angebot «Seniorinnen und Senioren in der Schule» ist äusserst erfolgreich und wird von allen Beteiligten sehr geschätzt. Dies bestätigen auch die Lizenziatsarbeit von Stefan Marty (2005) sowie die im Jahre 2006/07 durchgeführte externe Evaluation.

Um den Anforderungen der Schule zu genügen, die Grundsätze der Freiwilligenarbeit zu erfüllen und die konstant hohe Qualität des Angebots zu gewährleisten, werden seit Beginn der Zusammenarbeit zwischen dem Schul- und Sportdepartement und der Pro Senectute Kanton Zürich im Jahr 2003 folgende Massnahmen umgesetzt: Für die Selektion und Begleitung sowie die Vermittlung der Senioren wurde bei Pro Senectute Kanton Zürich eine Koordinationsstelle eingesetzt. Diese Stelle handelt nach den Grundsätzen des «Konzepts für die Freiwilligentätigkeit bei Pro Senectute Kanton Zürich» und dem «Leitfaden für die Freiwilligentätigkeit bei Pro Senectute Kanton Zürich». Die Koordinationsstelle führt regelmässig obligatorische Erfahrungsaustauschtreffen mit den in den Schulen tätigen Senioren durch, bei welchen das Erlebte verarbeitet und mittels Referaten über schulische Themen informiert wird. Die Lehrperson plant und reflektiert den Einsatz der Seniorin/des Seniors in der Klasse. Falls die Zusammenarbeit nicht mehr zur Zufriedenheit beider Seiten verlaufen sollte, kann das Verhältnis sehr rasch und unbürokratisch aufgelöst werden. In Konfliktsituationen vermittelt die Koordinationsstelle. Die Lehrpersonen sind im Rahmen ihres Berufsauftrags gemäss VSV §31 Abs.1 in der Lage, die Kinder regelmässig zu beurteilen und können somit auch Auskunft über die Beziehungszufriedenheit der Schülerinnen und Schüler in Bezug auf die Seniorin/den Senior geben.

Das Angebot beruht auf der gegenseitigen Freiwilligkeit, der Niederschwelligkeit, dem Austausch und den Beziehungen zwischen den Generationen. Klare Rahmenbedingungen und ein schlankes Controlling tragen zum Erfolg dieses Angebots bei, lassen der Lehrperson jedoch den notwendigen Spielraum die Zusammenarbeit mit der älteren Person im Rahmen ihres Berufsauftrags zu gestalten. So kann Beziehungsarbeit entstehen und die Seniorinnen und Senioren können ihren Fähigkeiten und der Situation der Klassen entsprechend eingesetzt werden, was massgebend zum Erfolg des Angebots beiträgt. Aus diesen Gründen ist eine Ergänzung des Betriebskonzepts nicht angezeigt, weshalb die Abschreibung dieses Postulats beantragt wird.

POS 2008/000812 2008/000345	09.07.2008 01.10.2008	Danner Ernst und 10 Mitunterzeichnende Schulkreis Glattal, zusätzliche Hortplätze im Quartier Affoltern
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im Schulkreis Glattal, insbesondere im Quartier Affoltern, rasch zusätzliche Hortplätze zur Verfügung gestellt werden können.*

Im Bereich der schulischen Tagesstrukturen fand in den letzten Jahren ein erheblicher Ausbau statt. Allein im Schulkreis Glattal wurden im Schuljahr 2009/10 330 zusätzliche Plätze geschaffen. Das Schul- und Sportdepartement und die Kreisschulpflege Glattal setzen weiterhin alles daran, das Betreuungsangebot auszubauen. Erklärtes Ziel des Stadtrats ist es, bis ins Jahr 2011 eine flächendeckende bedarfs- und bedürfnisgerechte Tagesstruktur in allen Schulen der Stadt Zürich realisiert zu haben.

In den meisten Schulkreisen konnte - trotz zunehmenden Anmeldungen - für praktisch alle Betreuungsbedürfnisse ein passendes Angebot gefunden werden; ausser im Quartier Affoltern. Hier kann der Ausbau mit dem Anstieg der Anmeldungen nicht überall Schritt halten. Die Horte Hürstholz, Schauenberg und Holderbach weisen eine Warteliste auf. In den Horten Isengrind und Ruggächer sind noch Plätze vorhanden. Im Zentrum der weiteren Bemühungen steht insbesondere der Weiterausbau der Betreuung über Mittag. Dies wird im Quartier Affoltern erst mit der Fertigstellung der Schulanlage Blumenfeld erreichbar sein. Bis zum Bezug wird der benötigte Schulraum in Pavillons bereitgestellt; im Sommer 2010 wurden die Pavillons 3 und 4 erstellt (Pavillon 5 ist auf Sommer 2011 beantragt), im Herbst 2010 steht eine provisorische Turnhalle bereit. Die erforderlichen Betreuungsplätze werden zwischenzeitlich auch in den genannten Pavillons angeboten.

Aus diesem Grund beantragen der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements und die Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz die Abschreibung des Postulats.

POS 2008/001251 2008/000537	26.11.2008 12.12.2008	Recher Anja Schulamt und Schulgesundheitsdienste, Überprüfung der Stellenpläne
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten, in Anbetracht der kommenden neuen Herausforderungen und veränderten Bedürfnisse, die für die Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes auf den Schuljahrsbeginn 2009 im Budget eingestellten Mittel und die Stellenpläne des Schulamts und der Schulgesundheitsdienste vor der Antragstellung zu den Zusatzkrediten 1. Serie 2009 zu überprüfen und dem Gemeinderat die nötigen Anträge zu stellen.*

Aus Sicht Schulamt sind hierzu insbesondere die Ressourcen für die «Integrative Förderung (IF)», «Deutsch als Zweitsprache (DaZ)», «Situative Unterstützung», «Aufgabenstunden/Begabtenförderung» und Sonderschulen relevant. Die budgetierten Stellen-Ressourcen wurden in gewissen Bereichen überschritten, da es sich um neue Angebote handelte und ohne Erfahrungswerte budgetiert wurde. Die finanziellen Mittel liegen aber im budgetierten Bereich. In den Budgets 2010 und 2011 wurden die zusätzlich nötigen Stellen beantragt. Die Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes wurde von der Ressourcen-Seite her weder verzögert noch gehindert.

Auch bei den Schulgesundheitsdiensten wurden zur Bewältigung der zusätzlichen Aufgaben, welche die Einführung des neuen Volksschulgesetzes mit sich brachte, im Laufe der Jahre 2008 und 2009 neue Stellen geschaffen. Die budgetierten Stellen sind seit Beginn des Schuljahres 2009/2010 alle besetzt. Mit diesen zusätzlichen Ressourcen konnten die geplanten Aufgaben erfüllt werden.

Aus diesem Grund beantragen der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements und die Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz die Abschreibung des Postulats.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2008/001275 2008/000545	03.12.2008 12.12.2008	SP-Fraktion Hortplätze, Ausbau

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Kreisschulpflegen und das Schul- und Sportdepartement gedenken, den Ausbau der Hortplätze in den Quartieren voranzutreiben um der erhöhten Nachfrage entgegenzutreten. Dabei sollen die Bewilligungsinstanzen auf die spezifischen Gegebenheiten in den Schulhäusern Rücksicht nehmen und zu pragmatischen Lösungen Hand bieten.*

*Erklärtes Ziel des Stadtrats ist es, bis ins Jahr 2011 eine flächendeckende, bedarfs- und bedürfnisgerechte Tagesstruktur in allen Schulkreisen der Stadt Zürich realisiert zu haben.*

Der Ausbau der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung ist aufgrund des gesellschaftlichen Wandels der Lebens- und Familienformen eine Notwendigkeit. Kurzfristige Massnahmen sind aufgrund rechtlicher Rahmenbedingungen (z. B. Hygienevorschriften, bauliche Sicherheiten, feuerpolizeiliche Sicherheiten usw.), der Budgetvorgaben und der knappen Raumsituation schwierig zu realisieren.

So bestehen beispielsweise im Bereich der Lebensmittelhygiene verschiedene Vorschriften: Werden in Betreuungseinrichtungen Lebensmittel für den Verzehr durch Dritte abgegeben, muss die eidgenössische Lebensmittelgesetzgebung berücksichtigt werden. Dabei müssen unter anderem die folgenden, teilweise kommunalen Auflagen beachtet werden: Über Kochstellen und Geräten, welche Dampf oder Rauch erzeugen (können), sind Ablufthauben vorzusehen. Die Abluft ist generell über Dach abzuführen. Für das Personal, welches mit Lebensmitteln umgeht, sind eigene Toiletten und Garderobeneinrichtungen vorzusehen. WC dürfen nicht direkt in Räume öffnen, in denen mit Lebensmitteln umgegangen wird. Dies gilt insbesondere auch für Korridore und den Weg zwischen Anlieferung und Küche.

Der grosse Teil der relevanten Richtlinien wurden entweder auf Ebene Bund oder Kanton erlassen. Bezüglich des Ermessensspielraums dieser Vorschriften finden regelmässig Gespräche zwischen den beteiligten städtischen Dienstabteilungen statt.

Die Umnutzung von Schulräumen in Betreuungsräume ist daher in den meisten Fällen mit beträchtlichen Investitionskosten verbunden. Räume können nur dann ohne grosse bauliche Massnahmen für Betreuungszwecke umgenutzt werden, wenn die vorhandene Küchenkapazität bereits genügt. Im Bereich der schulischen Tagesstrukturen fand in den letzten Jahren ein erheblicher Ausbau statt. Mit Ausnahme des Schulkreises Glattal konnte in den meisten Schulkreisen für praktisch alle Betreuungsbedürfnisse ein passendes Angebot gefunden werden.

Durch Neueröffnungen wurden viele Plätze geschaffen. Durch zusätzliche organisatorische Massnahmen wie Anpassung der Zuteilungsrichtlinien für Schülerinnen und Schüler, Umwandlung von Mittag-/Abendhorten (MAH) und eine damit verbundene effizientere Nutzung der Ressourcen konnte die Auslastung der Horte erheblich gesteigert werden. Im Zentrum der Bemühungen steht insbesondere der Weiterausbau der Betreuung über Mittag.

Aus diesem Grund beantragen der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements und die Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz die Abschreibung des Postulats.

POS 2008/001276 2008/000546	03.12.2008 17.12.2008	SK Präsidial- und Schul- und Sportdepartement Schulbereich, Synergien bei Zusammenlegungen
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie künftig bei Umstrukturierungen oder Zusammenlegungen im Schulbereich Pannen in der Information und in der zeitlichen und inhaltlichen Planung (wie bei K+S und Viventa) vermieden werden und wie, unter Einbezug aller Involvierten, vorhandene Synergien sinnvoll genutzt und Errungenschaften bewahrt werden können.*

Das Schul- und Sportdepartement (SSD) hat aus den Erfahrungen der Vergangenheit gelernt. Heute besteht in verschiedenen Bereichen des SSD ein von allen Beteiligten gut akzeptiertes Issues-Management. So sind beispielsweise die Kreisschulpflegepräsidenten verpflichtet, anlässlich der regelmässigen Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz dem VSS Bericht über besondere Vorkommnisse und Entwicklungen in ihren Schulkreisen zu erstatten. Dieses «Frühwarnsystem» hat sich sehr bewährt, können doch auftauchende Probleme rechtzeitig erkannt und gegebenenfalls mit geeigneten Kommunikationsmassnahmen gesteuert und begleitet werden.

Zusätzlich besteht seit rund zwei Jahren eine Konferenz der Kommunikationsleitenden der einzelnen Dienstabteilungen des SSD. Diese trifft sich jeden Monat zu einer Sitzung, bei der ebenfalls über besondere Vorkommnisse oder Schwierigkeiten Bericht erstattet wird. Dies erlaubt dem departementalen Kommunikationsleiter gegebenenfalls korrigierend einzugreifen oder entsprechende Massnahmen zu initiieren.

Kommunikationsmassnahmen im Zusammenhang mit grösseren Geschäften werden direkt mit der departementalen Kommunikation abgesprochen und bei sehr wichtigen Geschäften auch departemental gesteuert. Dabei werden in der Regel alle Beteiligten in die Prozesse mit einbezogen. Dadurch werden die Interessen aller Involvierten bestmöglich gewahrt. Zudem kann vom vorhandenen Wissen der verschiedenen Kommunikationsexperten profitiert und die vorhandenen Synergien optimal genutzt werden.

Selbstverständlich können auch solche Massnahmen keine hundertprozentige Gewähr bieten. Die getätigten Massnahmen, die Schärfung der Prozesse und die Einrichtung der neuen Sitzungsgefässe und Strukturen sollen aber eine substantielle Verbesserung bringen. Es wird daher beantragt, dieses Postulat abzuschreiben.

POS 2008/001304 2008/000560	10.12.2008 07.01.2009	SK Präsidial- und Schul- und Sportdepartement Verein Pestalozzigesellschaft, Unterstützung für kantonale Subventionen
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er den Verein Pestalozzigesellschaft Zürich aktiv darin unterstützen kann, beim Kanton einen proportional zu den städtischen Subventionen angemessenen Beitrag ab 2009 einzufordern.*

Der kantonale Beitrag für den Verein Pestalozzibibliothek Zürich (PBZ) belief sich 2003–2005 auf jährlich 230 000 Franken, seit 2006 auf jährlich 270 000 Franken. Als Folge des vorliegenden Postulats reichte die PBZ, unterstützt von den städtischen Vertretern im Vorstand, am 30.6.2009 einen Antrag an die Bildungsdirektion zur Erhöhung des Beitrages auf 300 000 Franken ein. Dieses Gesuch wurde am 23. September 2010 mit der Begründung abgelehnt, das Führen von allgemeinen öffentlichen Bibliotheken sei grundsätzlich Gemeindegeldsache und im Hinblick auf die Sparmassnahmen sehe der Kanton keine Möglichkeit, dem Antrag stattzugeben. Regionalbibliotheken müssten mind. 25 % auswärtige aktive Nutzerinnen und Nutzer haben, und diesen Wert erreicht die PBZ derzeit nicht. Auch weitere persönliche Gespräche mit der Bildungsdirektion konnten keine Meinungsänderung bewirken. Es wird deshalb beantragt, das Postulat abzuschreiben.







Bild: Thomas Burda

# Geschäftsbericht 2010

## Sozialdepartement

# Inhaltsverzeichnis Geschäftsbericht Sozialdepartement

<b>1.</b>	<b>Vorwort</b>	<b>371</b>
<b>2.</b>	<b>Legislaturziele und Jahresschwerpunkte</b>	<b>372</b>
<b>3.</b>	<b>Kennzahlen Sozialdepartement</b>	<b>373</b>
<b>4.</b>	<b>Zentrale Verwaltung, Dienstabteilungen</b>	<b>374</b>
<b>4.1</b>	<b>Zentrale Verwaltung</b>	<b>374</b>
4.1.1	Aufgaben	374
4.1.2	Jahresschwerpunkte	374
4.1.3	Spezifische Kennzahlen	375
<b>4.2</b>	<b>Support Sozialdepartement</b>	<b>376</b>
4.2.1	Aufgaben	376
4.2.2	Jahresschwerpunkte	376
4.2.3	Spezifische Kennzahlen	377
<b>4.3</b>	<b>Laufbahnzentrum</b>	<b>378</b>
4.3.1	Aufgaben	378
4.3.2	Jahresschwerpunkte	379
<b>4.4</b>	<b>Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV</b>	<b>382</b>
4.4.1	Aufgaben	382
4.4.2	Jahresschwerpunkte	382
4.4.3	Spezifische Kennzahlen	383
<b>4.5</b>	<b>Soziale Dienste</b>	<b>385</b>
4.5.1	Aufgaben	385
4.5.2	Jahresschwerpunkte	385
4.5.3	Spezifische Kennzahlen zur wirtschaftlichen Hilfe nach SHG	386
4.5.4	Spezifische Kennzahlen zur persönlichen Hilfe nach SHG	390
4.5.5	Spezifische Kennzahlen zur Jugend- und Familienhilfe	390
4.5.6	Spezifische Kennzahlen zu den zivilrechtlichen Erwachsenen- und Kinderschutz-Massnahmen	392
4.5.7	Spezifische Kennzahlen zu Soziokultur und Gemeinwesenarbeit	393
<b>4.6</b>	<b>Soziale Einrichtungen und Betriebe</b>	<b>393</b>
4.6.1	Aufgaben	393
4.6.2	Jahresschwerpunkte	393
4.6.3	Spezifische Kennzahlen	396
<b>5.</b>	<b>Parlamentarische Vorstösse</b>	<b>400</b>

# 1. Vorwort



Martin Waser. (Bild: Luca Zanier)

## «Das Vertrauen in die Fallführung hat sich stark verbessert.»

Im Jahr 2010 beschäftigte uns die Umsetzung des neuen Organisationsmodells in der Sozialhilfe, dem die Stimmberechtigten im November 2009 zugestimmt hatten. Auf die neue Legislatur nahmen die acht vom Gemeinderat gewählten Behördenmitglieder mit mir als Präsidenten die Arbeit auf. Zum ersten Mal gibt die Sozialbehörde – wie es die Vormundschaftsbehörde als Kommission mit selbständigen Verwaltungsbefugnissen schon lange tut – einen eigenen Geschäftsbericht heraus.

Nicht nur für die Behörde, auch für die in der wirtschaftlichen Sozialhilfe tätigen Mitarbeitenden der Verwaltung haben sich die Aufgaben und Verantwortlichkeiten verändert. Der Umgang mit der neuen Kompetenzordnung hat sich rasch etabliert, und die neuen Bewilligungsprozesse haben sich gut eingespielt. Für die Kontrolle und die Qualitätssicherung der Sozialhilfe konnten die Sozialen Diensten in diesem Jahr eine wesentliche Neuerung einführen: Das Team Fallrevision überprüft die fallbezogenen Leistungen hinsichtlich Effizienz, Effektivität und Rechtmässigkeit und sichert damit den korrekten Vollzug der Sozialhilfe ab. Das Vertrauen in die Fallführung hat sich stark verbessert. Das zeigte sich auch in der Medienberichterstattung, insbesondere auch zu zwei tragischen Gewaltdelikten mit Todesfolgen, deren Opfer vom Sozialdepartement betreut wurden. Aufkommende

Bedenken konnten mit einer transparenten und glaubwürdigen Kommunikation ausgeräumt werden.

Die Fertigstellung der Fallführungssoftware geriet am Anfang des Berichtsjahrs nochmals ins Stocken. Während des von mir verordneten Marschhalts mussten die Ziele und das Vorgehen sowie die Projektorganisation nochmals überprüft und verbindlich festgelegt werden. Mit dem Projektabschluss kann nun im Jahr 2012 gerechnet werden.

Dem Parlament mehr Mitsprache bei der Arbeitsintegration zu gewähren, war ein Anliegen, dem ich gerne entsprochen habe. Die Stimmbevölkerung stimmte der neuen, entwicklungs-offenen Rechtsgrundlage denn auch mit grossem Mehr zu und stellte sich damit erneut hinter das wichtige Integrationsinstrument. Zentrale Herausforderung für die Arbeitsintegrationsprogramme bleibt die notwendige Flexibilität in der Ausgestaltung, die dem schwankenden Bedarf, den Bedürfnissen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie jenen des Arbeitsmarkts gerecht wird.

Der Ausbau des Kinderbetreuungsangebots schreitet weiter voran. Inzwischen bestehen rund 6400 Betreuungsplätze, wovon auf fast 50% der Plätze Subventionen gewährleistet werden können. Die Kitas und die Anlaufstellen Kinderbetreuung in den Quartieren registrieren eine immer noch zunehmende Nachfrage nach subventionierten Plätzen. Der Aufbau der Anlaufstellen konnte im Jahr 2010 weitestgehend abgeschlossen werden. Mit dem Legislatorschwerpunkt zur Frühförderung will der Stadtrat die bestehenden Angebote besser koordinieren und sie noch gezielter auch für Kinder aus benachteiligten Familien zugänglich machen. Damit kann ein wichtiger Beitrag zur Chancengerechtigkeit geleistet werden.

Nicht zuletzt ist es gelungen, das Parlament von den wertvollen Leistungen privater Trägerschaften zu überzeugen, die in der Stadt Zürich die städtischen Angebote gezielt ergänzen und vervollständigen.

Stadtrat Martin Waser  
Vorsther Sozialdepartement

## 2. Legislaturziele und Jahresschwerpunkte

### Zustimmung zur neuen Rechtsgrundlage für die Arbeitsintegration

Mit dem Volksentscheid vom 13. Juni 2010 (Anteil Ja-Stimmen 82,3%) über die Förderung und Unterstützung der Arbeitsintegration von Jugendlichen und Erwachsenen wurde das langjährige Engagement der Stadt Zürich auf eine neue und umfassende Rechtsgrundlage gestellt. Die Stimmberechtigten haben mit dem Entscheid bekräftigt, dass die Stadt Zürich weiterhin in diesem zentralen sozialpolitischen Bereich aktiv tätig sein soll. Die neue Rechtsgrundlage

- ermöglicht eine Weiterentwicklung der Angebote zur Arbeitsintegration, die immer wieder konzeptionell-inhaltlich und quantitativ überprüft und neu auf den sich verändernden Bedarf abgestimmt werden müssen;
- gewährleistet eine angemessene Einflussnahme des Gemeinderates und damit eine breite politische Abstützung;
- bietet eine bessere Planungssicherheit für Dritte, bei denen die Stadt Leistungen zur Arbeitsintegration bezieht.

In der auf die neue Rechtsgrundlage gestützten Verordnung des Gemeinderates sind die politische Steuerung und die Finanzkompetenzen – unterschieden nach bestehenden und neuen Angeboten sowie nach Trägerschaft Stadt oder Dritte – eindeutig geregelt: Über die Einführung neuer Angebote der Arbeitsintegration entscheidet grundsätzlich der Gemeinderat. Die Mittel für bestehende stadteigene Angebote werden vom Gemeinderat mit dem Budget bewilligt, womit das obligatorische und das fakultative Referendum ausgeschlossen sind; bisherige Angebote von Dritten werden periodisch (in der Regel alle vier Jahre) dem Gemeinderat zur Prüfung und zum Beschluss vorgelegt, wobei dieser Beschluss jeweils dem fakultativen Referendum untersteht.

Bereits gestützt auf diese neue Rechtsgrundlage hat der Gemeinderat den neuen Angeboten Basisbeschäftigung und Teillohnjobs zugestimmt. In Zukunft werden die Mittel für die Basisbeschäftigung und die Teillohnjobs in den Sozialen Einrichtungen und Betrieben somit über das Budget bewilligt, die Teillohnangebote von Dritten dem Gemeinderat regelmässig wieder zum Entscheid vorgelegt. Daneben wurden dem Gemeinderat leistungsbezogene Betriebsbeiträge in den Jahren 2011 bis 2014 für fünf bisherige Angebote von privaten, gemeinnützigen Trägern vorgelegt, drei davon im Bereich der Arbeitsintegration von Jugendlichen.

### Wohnintegration benötigt neue Rechtsgrundlage

Ab 2010 werden die vollen Kosten von Integrationsangeboten für Klientinnen und Klienten der Sozialhilfe oder Bezügerinnen und Bezüger von IV-Zusatzleistungen den zuweisenden Stellen verrechnet. Damit wurde von der Objektfinanzierung auf Subjektfinanzierung umgestellt. Mit dieser Praxisänderung können die Kosten der verschiedenen Angebote einerseits transparent aufgezeigt werden, andererseits vergrössert sich der Betrag, der an ausserstädtische Kostenträger wie z. B. Heimatkanton oder Bund weiter verrechnet werden kann. Gleichzeitig werden Ungleichbehandlungen vermieden. Denn zuvor konnte es bei Rückerstattungen dazu kommen, dass die Kosten für vergleichbare Leistungen von Klientinnen und Klienten zurückgefordert wurden oder nicht, je nach Art der Finanzierung.

Bei den Leistungen zur Arbeitsintegration erfolgte diese Umstellung ohne Schwierigkeiten. Im Wohnbereich hingegen, konkret beim Begleiteten Wohnen, kam es zu Einsprachen von Klientinnen und Klienten. Sie wehrten sich gegen die Tarife, die neu nicht nur die Kosten für die Unterkunft (Miete, Nebenkosten

usw.) sondern auch die Kosten für die ambulante Betreuung, den Betrieb der Einrichtungen, das Wohnraummanagement sowie für Unterhalt und Reparaturen beinhalteten und deshalb eine entsprechende Erhöhung erforderten. In einem vom Vorsteher des Sozialdepartements gesuchten Gespräch mit dem Bezirksrat empfahl dieser, eine neue, besser abgestützte Rechtsgrundlage für die Gestaltung der Tarife im Begleiteten Wohnen zu schaffen. In der Folge nahm das Sozialdepartement die beanstandete Tarifierhöhung zurück. Zur Zeit ist eine neue Rechtsgrundlage für ein Tarifsysteem für die verschiedenen Integrationsangebote im Bereich Wohnen und Obdach in Arbeit, die dem Gemeinderat 2011 zum Entscheid unterbreitet wird.

### Legislatorschwerpunkt Frühförderung

Die Frühförderung wird vom Schul- und Sportdepartement, dem Gesundheits- und Umweltdepartement und dem Sozialdepartement zusammen geführt. Ein Ziel ist, die Vernetzung der bestehenden Angebote der Frühförderung in allen Departementen und mit den privaten Institutionen zu verbessern sowie auf die spezifischen Bedürfnisse von Kindern aus sozial benachteiligten Familien auszurichten. Dies erfordert eine enge Zusammenarbeit zwischen den oben genannten Departementen.

Mit dem Legislatorschwerpunkt will die Stadt die Startchancen von Kindern aus sozial benachteiligten Familien erhöhen. Dies soll einerseits mit der Verstärkung von Bildungs- und Förderaspekten in den bestehenden Angeboten, andererseits mit der Erleichterung des Zugangs zum Regelangebot wie Kitas und Spielgruppen erfolgen. Zusätzlich sollen die Übergänge vom Vorschul- zum Schulbereich für Kinder und Familien verbessert werden.

### Projekt Famos 2/Elusa

Nach dem erfolgreichen Abschluss des Turnarounds zur Stabilisierung des Projekts Famos Ende 2009 geriet das Anschlussprojekt Famos 2 vorübergehend erneut ins Stocken. Anfang 2010 fiel der Projektleiter krankheitshalber aus, und es stellten sich verschiedene Fragen zur weiteren Projektgestaltung und zur Methodik. Um genügend Zeit zur Klärung dieser teilweise grundsätzlichen Fragen bereitzustellen und um die Fehler der jüngeren Vergangenheit nicht zu wiederholen, verfügte der Vorsteher im Frühling 2010 einen Marschhalt, der alle Teilprojekte mit Ausnahme des Teilprojektes Alim2000 umfasste. In einem breit abgestützten Workshop mit Vertretungen aller Seiten und mit Beteiligung des Vorstehers wurde das weitere Vorgehen gemeinsam und verbindlich festgelegt und wurden die Grundzüge der Projektorganisation überarbeitet. Neu übernahmen die Direktorin der Sozialen Dienste und die Direktorin des Supports Sozialdepartement gemeinsam die Projektleitung; der Vorsteher des Sozialdepartements ist weiterhin Auftraggeber. Um den Neuanfang auch nach innen zu verdeutlichen, wurde das Projekt neu mit Elusa bezeichnet (**E**lektronisch **u**nterstützte **s**oziale **A**rbeit). Anfang September konnte in der neuen Projektorganisation die Analysephase in Angriff genommen werden.

Die Ziele von Elusa sind weitestgehend die gleichen wie im Projekt Famos; besonderes Augenmerk wird künftig auf die umfassende Betrachtung der Gesamtprozesse gelegt werden. Aufgrund der neuerlichen Verzögerung wird das Projekt voraussichtlich im Jahr 2012 abgeschlossen werden können, dem Gemeinderat wird nach Abschluss der Konzeptphase im Jahr 2011 ein schriftlicher Bericht zugestellt werden.

### 3. Kennzahlen Sozialdepartement

	2006	2007	2008	2009	2010
Mitarbeitende total	1 808	1 835	1 924	1 969	1 970
– davon Frauen	1 196	1 203	1 278	1 316	1 321
– davon Männer	612	632	646	653	649
Ø Stellenwert-Äquivalent <sup>2</sup>	1 264	1 345	1 353	1 394	1 411
Führungskader total	219	255	263	247	236
– davon Frauen	116	130	138	129	121
– davon Männer	103	125	125	118	115
Lernende total	99	108	106	109	110
– davon Frauen	79	83	78	74	82
– davon Männer	20	25	28	35	28
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad ≥ 90.00 % (Vollzeitstellen)<sup>1</sup></b>					
Total	505	546	512	496	479
Frauen	255	281	264	250	245
Männer	250	265	248	246	234
Frauen in %	50.5	51.5	51.6	50.4	51.1
Männer in %	49.5	48.5	48.4	49.6	48.9
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 50.00–89.99 % (Teilzeitstellen I)<sup>1</sup></b>					
Total	1 067	1 060	1 149	1 210	1 228
Frauen	751	737	795	851	869
Männer	316	323	354	359	359
Frauen in %	70.4	69.5	69.2	70.3	70.8
Männer in %	29.6	30.5	30.8	29.7	29.2
<b>Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 0.01–49.99 % (Teilzeitstellen II)<sup>1</sup></b>					
Total	236	229	452	399	412
Frauen	190	185	345	308	308
Männer	46	44	107	91	104
Frauen in %	80.5	80.8	76.3	77.2	74.8
Männer in %	19.5	19.2	23.7	22.8	25.2
Personalaufwand	159 352 193	167 324 787	179 664 733	188 665 720	195 295 821
Sachaufwand	32 519 180	37 951 159	35 315 562	34 811 011	32 821 711
übriger Aufwand	857 447 803	858 375 190	870 785 085	900 299 562	962 037 993
Total Aufwand	1 049 319 176	1 063 651 136	1 085 765 380	1 123 776 293	1 190 155 525
Bruttoinvestitionen	1 319 282	1 469 790	253 982	375 000	435 800

**Definitionen:**

In den jeweiligen Zahlen sind diejenigen Mitarbeitendenkreise berücksichtigt, die in den gesamtstädtischen Personalkennzahlen im Stadtratteil genannt sind. Ab 2008 werden alle Mitarbeitenden mit aktiver Anstellung im Dezember gezählt. Bis 2007 wurden nur jene mit aktiver Anstellung und Lohnzahlung im Dezember gezählt.

<sup>1</sup> Bis 2007 wurden Mehrfachanstellungen pro Mitarbeitenden zuerst addiert und dann als eine einzige Anstellung ausgewiesen. Mit der Einführung von SAP werden ab 2008 alle Anstellungen einzeln mit dem entsprechenden Beschäftigungsgrad ausgewiesen. Das Total aller Anstellungen entspricht somit nicht mehr dem Total aller Mitarbeitenden. Die Anzahl der Anstellungen 2008 wurden entsprechend korrigiert und mit den Werten von 2009 vergleichbar gemacht.

<sup>2</sup> Die Stellen der Stadträtinnen und Stadträte werden wieder in der Institution 1015 Stadtrat mitgezählt; die durchschnittlichen Stellenwert-Äquivalente 2008 reduzieren sich dadurch um 1 Stellenwert.



## 4. Zentrale Verwaltung, Dienstabteilungen

### 4.1 Zentrale Verwaltung

#### 4.1.1 Aufgaben

Die Zentrale Verwaltung leistet zur Hauptsache Führungsunterstützung und koordiniert Geschäfte, die von politisch-strategischer Bedeutung sind und den Zuständigkeitsbereich einzelner Dienstabteilungen überschreiten. Dazu gehören insbesondere sämtliche Stadtrats- und Gemeinderatsgeschäfte, übergeordnete Rechts- und Finanzfragen, die Budgetkoordination, das Controlling und die Ausrichtung von Beiträgen an die privaten Leistungsanbieter sowie die Planung der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit.

#### 4.1.2 Jahresschwerpunkte

##### **Ausserfamiliäre Kinderbetreuung im Vorschulalter**

Im Berichtsjahr wurden in der Stadt Zürich rund 500 neue Betreuungsplätze in 220 bestehenden und 21 neuen Kitas geschaffen. Jedes zweite Kind im Vorschulalter wird ausserfamiliär betreut, womit die Betreuungsquote von 50 % trotz des Zuwachses bei den in Zürich wohnhaften Kindern bis zu vier Jahren gehalten werden konnte. In den Quartieren Friesenberg, Unterstrass, Witikon und Leimbach ist die Versorgung unterdurchschnittlich.

Von den rund 6400 Plätzen konnten 2965 subventioniert werden, 2670 davon in privaten Kitas. Der Anteil subventionierter Plätze am Gesamtangebot lag bei 46 %. Zwei Jahre nach der Inkraftsetzung der neuen Verordnung Kinderbetreuung haben immer mehr Familien Kenntnis von der erhöhten Einkommensgrenze, was zu einer deutlich höheren Nachfrage nach subventionierten Plätzen geführt hat. Obwohl die Gesamtzahl der subventionierten Plätze erhöht worden ist, beträgt die Auslastung der subventionierten Betreuungsplätze mittlerweile nahezu 100 %. Die Kitas wie auch die Anlaufstellen Kinderbetreuung haben eine immer noch zunehmende Nachfrage nach subventionierten Betreuungsplätzen gemeldet.

Die Integration des Bereichs Tagesbetreuung in Familien in den Gemeinnützigen Frauenverein Zürich schritt im Berichtsjahr plangemäss voran. Das Angebot konnte um 40 000 Stunden auf insgesamt 250 000 Stunden ausgebaut werden.

Die Aufbauphase der lebensraumnahen Anlaufstellen Kinderbetreuung ist abgeschlossen. Die Anlaufstellen bewähren sich und verstärken den Informationsfluss zwischen Eltern, Anbietenden und Sozialdepartement.

##### **Krippenaufsicht**

Dem weiteren Ausbau der Betreuungsplätze entsprechend war die Arbeit der Krippenaufsicht nach wie vor sehr intensiv. Naturgemäss sind die Abklärungen mit Besichtigungen vor Ort bei Betriebsbewilligungen für ganz neue Einrichtungen mit besonderem Aufwand verbunden. Dabei hat sich die 2009 mit den Baubewilligungsinstanzen vereinbarte Zusammenarbeit bewährt: Heute erfolgt bei Neueröffnungen von Krippen die Betriebsbewilligung der Krippenaufsicht erst nach Bauabnahme durch das Amt für Baubewilligungen. Damit sind neben der betreuenden Qualität auch die feuer- und gesundheitspolizeilichen Voraussetzungen für den Krippenbetrieb gewährleistet.

Die besser koordinierten Abläufe bieten auch eine Arbeitserleichterung für die Trägerschaften.

Seit dem Inkrafttreten des neuen Volksschulgesetzes obliegt der Krippenaufsicht auch die Bewilligung und Aufsicht über die von Privaten betriebenen Schulhorte (diese sind nicht zu verwechseln mit den Horten des Schul- und Sportdepartements, das auf dem Platz Zürich das weitaus grösste Angebot betreibt). Von den 14 privaten Schulhorten (ohne eigenen Schulbetrieb) mit 240 Plätzen wurden im Berichtsjahr drei mit rund 40 Plätzen durch die jeweilige Trägerschaft geschlossen. Dies ist ein Zeichen dafür, dass private Horte ohne ein paralleles Schulangebot kaum wirtschaftlich zu betreiben sind.

##### **Soziokultur**

In fünf Stadtkreisen wurden mit allen soziokulturellen Anbietenden und der Gemeinwesenarbeit Kooperationskonferenzen durchgeführt. Zielsetzungen der Konferenzen waren die Erarbeitung einer gemeinsamen Sichtweise gegenüber dem soziokulturellen Bedarf im Sozialraum, die Abstimmung der Angebote aufeinander und die Formulierung von neuen Projekten, wo solche notwendig sind.

Im Frühling 2010 hat ein Workshop zur Weiterentwicklung der Soziokultur mit den städtischen und privaten Soziokultur-Institutionen stattgefunden. Dies bildete die Auftaktveranstaltung für die Erneuerung der Kontrakte ab 2013. Wichtige Ziele der Weiterentwicklung sind die Überprüfung des bestehenden Leistungskatalogs und die Abgrenzung der Soziokultur zu anderen Bereichen, wie Kultur, Integrationsförderung und Kinderbetreuung. Im Weiteren soll die Leistung mit der Finanzierung besser verknüpft und somit gegenüber der Politik transparenter gestaltet werden.

##### **Stiftung Zürich-Jobs**

Im Jahr 2010 finanzierte die von der Privatwirtschaft und der Stadt Zürich Ende 2006 gegründete Stiftung zur Förderung innovativer Arbeitsintegrationsprojekte zwei Einmalbeiträge und ein zinsloses Darlehen in gesamter Höhe von 520 000 Franken an drei private Trägerschaften. Gefördert wurden Arbeitsintegrationsprojekte für Jugendliche, junge Erwachsene und Sozialhilfe Beziehende. Abgelehnt wurden zwei Gesuche, weil die Projektidee noch nicht ausgereift war und ein Projekt hauptsächlich ausserhalb des Kantons Zürich aktiv ist. Der Stiftungsrat tagte viermal; alle bisherigen Mitglieder stellten sich für eine weitere Amtsdauer bis 2014 zur Verfügung. Der Beirat der Stiftung mit Vertreterinnen und Vertretern der Donatoren wird 2011 aufgehoben, und interessierte Mitglieder des Beirates werden in den Stiftungsrat gewählt.

##### **Tripartite Kommission zur Arbeitsintegration im Sozialdepartement**

Die Tripartite Kommission zur Arbeitsintegration tagte 2010 dreimal. Sie stimmte Anfang Jahr einem neuen Auftrag zur Ausführung in der städtischen Arbeitsintegration zu und diskutierte mögliche alternative Integrationskonzepte ausserhalb des regulären Arbeitsmarkts. Des Weiteren wurde an jeder Sitzung der aktuelle Stand der Arbeitsintegration u. a. anhand von detaillierten Kennzahlen dargelegt und eingehend diskutiert.

### Asyl-Organisation Zürich (AOZ): Geschäftsstelle des Verwaltungsrats

Der Verwaltungsrat der Asyl-Organisation Zürich hat an vier Sitzungen die ordentlichen Geschäfte behandelt. Er lässt sich dabei auch laufend über die aktuellen Entwicklungen im internationalen und nationalen Migrationsbereich informieren sowie über Gesetzes- und Verordnungsrevisionen, um rechtzeitig allfällig notwendige Entscheidungen treffen zu können. An einem gemeinsamen Workshop mit der Geschäftsleitung im September hat er das 2009 entwickelte Leitbild der AOZ überprüft, das den Auftrag, die Grundwerte und die Vision enthält. Aufgrund einer internen und externen Lagebeurteilung

wurden dabei auch die Erfolgspositionen und Stossrichtungen zu den einzelnen Angeboten der AOZ sowie zu Ressourcen, Führung, Zusammenarbeit und Kommunikation aktualisiert ([www.stadt-zuerich.ch/aoz](http://www.stadt-zuerich.ch/aoz)).

Zentrales Ereignis war die Eröffnung der beiden temporären Wohnsiedlungen Leutschenbach und Aargauerstrasse im Juni bzw. September. Dank hervorragender Zusammenarbeit zwischen AOZ und diversen städtischen Stellen konnten diese innert Rekordzeit realisiert werden und bieten heute Platz für rund 250 Personen (Familien und Einzelpersonen). Mit dieser Investition konnte die vorübergehende Unterkunft von Asylsuchenden im ehemaligen Hotel Atlantis abgelöst werden.

### 4.1.3 Spezifische Kennzahlen

#### Kontraktmanagement

	2006	2007	2008	2009	2010
Organisationen mit einem Kontrakt	171	200	201	204	204
– davon Krippen	100	104	107	109	106
Kontrakte <sup>1</sup>	247	291	294	308	310
– davon Krippen	131	147	155	159	167
<b>Gesamtsumme Subventionen Fr.</b>	<b>55 450 432.70</b>	<b>62 869 788.55</b>	<b>70 988 688.75</b>	<b>84 050 416.45</b>	<b>84 070 427.85</b>
Raumkosten <sup>2</sup> Fr.	8 166 447.00	8 334 393.40	8 501 276.35	8 690 071.50	8 808 359.60
<b>Subventionen inkl. Raumkosten</b>	<b>63 616 879.70</b>	<b>71 204 182.25</b>	<b>79 489 965.10</b>	<b>92 740 487.95</b>	<b>92 878 787.45</b>
Soziale Integration Fr.	12 729 654.40	14 820 468.50	12 843 746.70	15 049 341.35	14 082 136.35
Soziale Sicherung Fr.	605 050.00	602 800.00	731 000.00	837 400.00	855 400.00
Berufliche Integration Fr.	1 552 805.00	1 617 000.00	5 196 423.50	6 658 211.50	2 600 926.00
Frühbereich Fr.	25 645 768.25	31 152 029.85	37 247 490.05	45 421 276.05	50 605 558.95
Soziokultur Fr.	14 917 155.05	14 677 490.50	14 970 028.50	16 084 187.55	15 926 406.55
<b>Total Fr.</b>	<b>55 450 432.70</b>	<b>62 869 788.85</b>	<b>70 988 688.75</b>	<b>84 050 416.45</b>	<b>84 070 427.85</b>

Definitionen:

<sup>1</sup> Das Sozialdepartement vereinbart in einzelnen Fällen mehrere Kontrakte mit einer Organisation.

<sup>2</sup> Von der IMMO direkt dem Sozialdepartement belastete Mietkosten für Immobilienbenützung privater Institutionen

## 4.2 Support Sozialdepartement

### 4.2.1 Aufgaben

Support Sozialdepartement (SDS) unterstützt die über 1600 Mitarbeitenden der Zentralen Verwaltung (ZV) sowie der Dienstabteilungen Soziale Dienste (SOD) und Soziale Einrichtungen und Betriebe (SEB) mit Dienstleistungen in den Bereichen Personal, Finanzen, Informatik, Recht, Controlling und Infrastruktur. Dank weitgehender Standardisierung und Prozessorientierung können die Supportdienstleistungen effizient, effektiv und wirtschaftlich angeboten werden.

### 4.2.2 Jahresschwerpunkte

#### Neuorganisation SDS Recht

Mit der Neuorganisation der Sozialhilfe wurde die Geschäftsstelle der Sozialbehörde von den Sozialen Diensten (SOD) in die Zentrale Verwaltung (ZV) verschoben. Aufgrund der neuen Kompetenzordnung der Sozialbehörde, die am 10. Juni 2010 in Kraft trat, werden die juristischen Dienstleistungen für die Sozialbehörde ab 2011 statt von der Abteilung SDS Recht neu vom Rechtsdienst ZV erbracht.

Verbunden mit der neuen Kompetenzordnung ist auch ein neuer Ablauf des Einspracheverfahrens. Einsprachen gegen Entschiede der Verwaltung, die mit dem Vollzug der Sozialhilfe beauftragt ist, werden künftig vom Rechtsdienst der ZV bearbeitet.

Der grössere Teil der Abteilung Recht von SDS, der Dienstleistungen für die SOD, für ihre Klientinnen und Klienten und für vormundschaftlich betreute Personen erbrachte, wird als neuer Rechtsdienst SOD ins Kompetenzzentrum (KPZ) der SOD integriert. Diese organisatorischen Anpassungen wurden im Berichtsjahr vorbereitet und können per 1. Januar 2011 umgesetzt werden.

Die Abteilung Recht von SDS erbrachte auch Dienstleistungen für die Sozialen Einrichtungen und Betriebe (SEB). Nach der Neuorganisation beziehen die SEB diese Dienstleistungen neu beim Rechtsdienst der ZV.

#### Vermögensabrechnungen – Abbau der Pendenzen

Die Einführung des Fallmanagements mit der Klientenbuchhaltung (KiSS und SAP PSCD) führte 2008 bei den Abrechnungen für Klientinnen und Klienten mit zivilrechtlichen Massnahmen zum Anstieg der Pendenzen im Bereich Vermögensabrechnungen. Die Umstellung der Software beanspruchte zur Bewältigung des Tagesgeschäfts (Aufrechterhaltung des Zahlungsverkehrs) viele Ressourcen, und so entstand ein Pendenzenberg bei den Vermögensabrechnungen. Der Jahresdurchschnitt an pendenten Abrechnungen von ca. 250 verdreifachte sich innerhalb eines Jahres.

Durch die Optimierung der Arbeitsabläufe, den grossen Einsatz der Mitarbeitenden und eine kurzfristig temporäre Aufstockung der Ressourcen wurden die Pendenzen per Ende Dezember 2010 wieder auf den Jahresdurchschnitt gesenkt.

#### Gesundheitshalbtag im Verwaltungszentrum Werd – von Mitarbeitenden für Mitarbeitende

Im Anschluss an die Befragung der städtischen Mitarbeitenden über Arbeit und Gesundheit sowie als Massnahme im Sinne

einer betrieblichen Gesundheitsförderung wurde die Idee eines Gesundheitshalbtags umgesetzt. Eine Arbeitsgruppe aus Mitarbeitenden aus verschiedenen Dienstabteilungen hat ein vielfältiges Programm zu den Themenschwerpunkten Stressprävention, Gesundheit, Ernährung, Sport/Bewegung und Ergonomie für die Mitarbeitenden im VZ Werd organisiert.

Die Aktion verfolgte das Ziel, möglichst viele Mitarbeitende zu aktuellen Gesundheitsthemen anzusprechen und ihr Interesse für weiterführende Gesundheitsaktivitäten zu wecken.

Der Gesundheitshalbtag war gut besucht, und die ausgefüllten Feedback-Bögen ergaben ein positives Bild. Sehr beliebt waren die Gesundheitstests sowie die Themen zu Ernährung und Entspannung mit den entsprechenden Massage-Angeboten. Über 80% der befragten Mitarbeitenden nahmen konkrete Anregungen in den Alltag mit, und es wird eine weitere Durchführung des Halbtags gewünscht.

#### Cockpit für Führungskennzahlen

Im Mai 2010 wurde für die Dienstabteilung Soziale Dienste (SOD) ein Cockpit für Führungskennzahlen eingeführt. Dieses stellt rund 30 Kennzahlen (z. B. Ablösequote) mit ihrer Entwicklung grafisch dar und ermöglicht Vergleiche zwischen Organisationseinheiten.

Das Cockpit SOD wurde innerhalb eines Jahres in enger Zusammenarbeit zwischen dem Team Betriebswirtschaft der SOD, dem Team SAP BI (Business Intelligence) der OIZ und SDS Informatik konzipiert und entwickelt.

In einer ersten Projektphase wurden die Anforderungen der Geschäftsleitung SOD, die Produktstrategie der OIZ und bereits in der Stadt Zürich eingesetzte Lösungen erhoben. Basierend auf den Anforderungen erstellte das Projektteam die Spezifikation. Auf dieser Grundlage wurden drei Firmen zu Präsentationen ihrer Lösung eingeladen. Der Zuschlag ging an die Firma CubeServ, die zusammen mit der OIZ die Lösung entwickelte. In vier Workshops mit Benutzervertreterinnen und -vertretern wurden Layout, Navigation und Bedienung des Cockpits für die Erfordernisse der Praxis optimiert.

Die für das Cockpit SOD realisierte Dashboardlösung zeichnet sich dadurch aus, dass die Datenhaltung in SAP erfolgt, für die Benutzeroberfläche jedoch die Flash-Technologie verwendet wird. Diese erlaubt ansprechende Visualisierungen und ist für Internetwerbung und Computergames stark verbreitet. Die innovative Lösung für das Cockpit SOD wurde am «SAP Public Services Day» in Luzern vor 200 Personen präsentiert und stiess auf grosses Interesse des Fachpublikums.

#### Fallführungssystem KiSS/SAP PSCD (Famoz)

Der Betrieb des Fallführungssystems konnte optimiert werden, so dass die Anzahl der Störungen ein normales Mass erreicht hat.

Die weitere Verbesserung und der zur Nutzung von weiteren Anforderungen nötige fachliche Umbau des Systems werden im Projekt Elusa (Elektronisch unterstützte soziale Arbeit) in enger Zusammenarbeit von SOD, SDS und OIZ vorangetrieben. Vorgesehener Einführungszeitpunkt ist 2012.

## 4.2.3 Spezifische Kennzahlen

### Personal

	2006	2007	2008	2009	2010
Anstellungen <sup>1</sup>	415	497	558	560	508
Interne Schulungen <sup>2</sup>	105	362	213	154	176
Auszubildende KV (Stichtag 31. Dezember)	50	50	50	47	45
Mitarbeitende im Zuständigkeitsbereich <sup>3</sup> (Stichtag 31. Dezember)	1 740	1 741	1 824	1 871	1 889

Definitionen:

<sup>1</sup> Anzahl neu besetzter, befristeter oder unbefristeter Teilzeit- und Vollzeitstellen, Praktika und Ausbildungsplätze durch interne oder externe BewerberInnen (inkl. Übertritte, ohne Auszubildende KV)

<sup>2</sup> Anzahl durchgeführter Schulungsmodule, unabhängig von ihrer Dauer

<sup>3</sup> Anzahl Mitarbeitende in aktiver, fester oder befristeter Vollzeit- und Teilzeitanstellung im Stunden- oder Monatslohn (mit Praktikantinnen, Praktikanten und Auszubildenden, ohne Auszubildende KV und ohne Einsatzplätze der Arbeitsintegration)

### Finanzen

	2006	2007	2008	2009	2010
Anzahl Kreditoren-/Debitorenzahlungen <sup>1</sup>	706 790	685 147	745 954	802 943	848 958
Steuererklärungen für Klientinnen und Klienten mit vormundschaftlichen Massnahmen	2 809	2 842	2 907	3 018	3 284
Vermögensabrechnungen für KlientInnen mit vormundschaftlichen Massnahmen	1 492	1 404	1 308	2 016	2 020
Inkassofälle für Rückerstattungen Sozialhilfe und Unterhaltsbeiträge	493	643	799	960	1 141

Definition:

<sup>1</sup> Zahlungen Rechnungsjahr

### Informatik

	2006	2007	2008	2009	2010
Bearbeitete Störungsmeldungen <sup>1</sup>	6 973	8 348	6 980	8 319	5 946
Gewartete Informatik-Arbeitsplätze (Stichtag 31. Dezember)	1 642	1 713	1 827	1 816	1 878
Gewartete Informatik-Fachanwendungen	64	67	62	61	58
Informatikprojekte und Anwendungs- erweiterungen (Stichtag 31. Dezember)	79	59	41	40	50

Definitionen:

<sup>1</sup> Anzahl der vom Service Desk an die Supportspezialistinnen und -spezialisten weitergeleiteten Tickets

<sup>2</sup> Der im Geschäftsbericht 2009 publizierte Wert wurde korrigiert, da versehentlich die Anzahl der vom Service Desk direkt gelösten Tickets eingetragen wurde.

## Controlling und Infrastruktur

	2006	2007	2008	2009	2010
Betreuungsverhältnisse in Krippen <sup>1</sup> (Stichtag 31. Dezember)	3 083	3 401	3 871	4 391	4 779
Administrativ betreute Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Arbeitsintegration SEB	2 613	2 330	2 318	2 319	3 332
Bewirtschaftete Arbeitsplätze im VZ Werd (Stichtag 31. Dezember)	330	348	350	347	361

Definition:

<sup>1</sup> Gesamtzahl der Kinder in privaten subventionierten und städtischen Krippen, die am Stichtag eine gültige Elternbeitragsvereinbarung haben

## Recht

	2006	2007	2008	2009	2010
Vertretungen von Klientinnen und Klienten ohne vormundschaftliche Massnahme	370	333	262	303	460
Vaterschafts-/Unterhaltsregelungen	114	115	103	128	94
Beratungsbesuche in Quartierteams der SOD	180	91	86	84	73

## 4.3 Laufbahnzentrum

### 4.3.1 Aufgaben

Das Laufbahnzentrum (LBZ) bietet ein Bündel ineinander verzahnter Dienstleistungen, die zum Ziel haben, Personen bei beruflichen Übergängen zu unterstützen. Dabei werden Lösungshorizonte mittlerer Reichweite ins Auge gefasst, denn oft müssen nach einigen Jahren wiederum neue Laufbahnentscheidungen getroffen werden. Deshalb nennt man heute den Übergang zwischen Schule und Beruf «Übergang I», denjenigen nach der Grundbildung (Lehre) «Übergang II». Im Laufe der Berufsbiografie folgen weitere Übergänge (auch Übergang III genannt), für die das Laufbahnzentrum ebenfalls Unterstützung bietet, sei es in Form von Information, Beratung oder Realisierungshilfe.

Im Laufbahnzentrum werden drei Dienstleistungsbereiche unterschieden:

- Berufs- und Laufbahnberatung, Berufswahlvorbereitung
- Berufsinformationen
- Realisierungsunterstützung, wie Lehrstelleninformation und Lehrstellenvermittlung, Brücken- und Lehrstellenangebote sowie Ausbildungsfinanzierung

Zentral für das Verständnis des Berufsfindungsprozesses ist das Ineinandergreifen von gesellschaftlichen Aspekten (Erwartungen, Lehrstellenangebote, Selektion) und persönlichen Dimensionen (Fähigkeiten, Interessen, Motivation). Das bedeutet auch, dass am Berufsfindungsprozess verschiedene Akteure beteiligt sind, wie Wirtschaft, Schule, Eltern, Berufsberatung und – natürlich im Zentrum – der berufssuchende

junge Mensch. Das kann nur funktionieren, wenn diese verschiedenen Akteure miteinander kooperieren; deshalb wird das Modell, das diese verschiedenen Akteure aufeinander abstimmt, auch Kooperationsmodell genannt.



Die Eltern sind wichtige Partner im Kooperationsmodell. Deshalb werden sie im Berufsberatungsgespräch miteinbezogen, aber auch zu Seminaren und Elternorientierungen im Berufsinformationszentrum eingeladen, Veranstaltungen, die gut besucht werden. Foto: Susi Lindig

### 4.3.2 Jahresschwerpunkte

#### Beratung

60% der Beratungsfälle sind Erwachsene (über 18 Jahre alt). Das bedeutet, dass der Laufbahngedanke und damit die Laufbahnberatung in der breiten Öffentlichkeit – trotz Gebühren – gut aufgenommen wird. Im Berichtsjahr wurden insgesamt 1732 «Laufbahnchecks» durchgeführt, das sind 8% mehr als letztes Jahr.

#### Berufsinformation

Mit 24 990 Auskunftleistungen hat das Berufsinformationszentrum (BIZ) seine Dienstleistungen gegenüber dem Tiefststand von 2006 wieder um 13% gesteigert. Den Besucherinnen und Besuchern wird das Auffinden von Informationen mit der neuen Datenbank Key-Biz leichter gemacht. Dank Key-Biz finden sie ausgewählte, aufbereitete und aktuelle Informationen über Berufe, Schulen, Weiterbildungen und Studien. Durch permanente Bewirtschaftung wird gewährleistet, dass in Key-Biz die Informationen immer aktuell sind. Im BIZ können die gefundenen Informationen mittels Kurzgesprächen mit der persönlichen Situation des Besuchers bzw. der Besucherin verglichen werden und so als Entscheidungsgrundlage dienen.

#### Realisierungsunterstützung

Die Ausbildungsbereitschaft der Lehrbetriebe auf dem Gebiet der Stadt Zürich ist nach wie vor gross. Eigentlich hat die Zahl der Lehrstellen nochmals leicht zugenommen (der in der Tabelle ersichtliche Rückgang von 74 Stellen hängt damit zusammen, dass von zwei Firmen ca. 150 Lehrstellen nicht mehr in der Stadt Zürich, der Zentrale dieser Firmen, gemeldet werden, sondern neu in den Arbeitsorten ausserhalb der Stadt). Die Lehrstellennachfrage aus der Stadt bleibt auf hohem Niveau stabil, dazu kommen Tausende von Lehrstellensuchenden aus dem Kantonsgebiet und aus den angrenzenden Kantonen. Die Lehrstellenvermittlung unterstützt Jugendliche auf der Lehrstellensuche, und sie bietet Unterstützung bei der Bewerbung (Bewerbungscheck und Bewerbungswerkstatt) an. Diese Dienstleistung wurde von 893 Jugendlichen (plus 49%) in Anspruch genommen.

Die Nachfrage nach städtischen Ausbildungsbeiträgen hat insgesamt stark zugenommen, insbesondere im Bereich der beruflichen Grundbildung, der Gymnasien und der Fachhochschulen. Eine leichte Zunahme ist bei der höheren Berufsbildung und der universitären Bildung zu verzeichnen. Dank intensiver Zusammenarbeit mit privaten Stipendienstiftungen konnten Fr. 948 400 aus diesen Stiftungen generiert werden – das ist ein absolutes Rekordergebnis.

#### Berufs- und Laufbahnberatungen

	2006	2007	2008	2009	2010
Jugendliche unter 18 Jahren	2 304	2 012	2 155	2 101	1 996
Erwachsene über 18 Jahren	2 907	2 462	2 628	2 931	2 984
– davon RAV-Fälle	695	551	495	682	637
<b>Total Einzelberatung</b>	<b>5 211</b>	<b>4 474*</b>	<b>4 783*</b>	<b>5 032*</b>	<b>4 980*</b>

Definition:

\* (seit 2007 ohne Lehrstellencoaching und Stipendienberatung) – siehe Tabelle Lehrstelleninformation/-vermittlung

#### Altersverteilung Einzelberatung

	2006	2007	2008	2009	2010
bis 15 Jahre	1 542	1 456	1 585	1 244	1 324
16–17 Jahre	762	556	570	790	672
18–19 Jahre	321	248	244	248	229
20–24 Jahre	600	469	475	524	535
25–29 Jahre	574	424	469	560	512
30–39 Jahre	814	742	800	930	916
40–49 Jahre	454	428	499	542	586
50 und mehr Jahre	144	151	141	194	206
<b>Total</b>	<b>5 211</b>	<b>4 474</b>	<b>4 783</b>	<b>5 032</b>	<b>4 980</b>



## Berufswahlvorbereitung und Informationsveranstaltungen

	2006	2007	2008	2009	2010
Klassenbesprechungen	247	197	193	180	170
im Berufsinformationszentrum (BIZ)	156	162	151	152	151
in Schulhäusern	91	35	42	28	19
Schulhaussprechstunden					
Aufwand in Stunden	2 406	2 874	3 041	2 941	3 532
Präsenzen	766	854	936	879	939
Elternorientierungen	98	112	116	112	105

### Kommentar

Die Schulhaussprechstunden erfreuen sich grosser Beliebtheit: Durch diese Kurzgespräche werden die Beratungsgespräche im Laufbahnzentrum ergänzt und die Jugendlichen laufend im Berufsfindungsprozess im Sinne eines Coachings begleitet.

## Berufsinformationszentrum (BIZ)

	2006	2007	2008	2009	2010
BesucherInnen, die sich selbst informieren	10 392	10 562	10 084	10 467	10 668
BesucherInnen in Begleitung eines Beraters/einer Beraterin	3 032	3 543	3 208	3 957	4 381
Besuche in Gruppen oder Schulklassen	4 560	5 080	4 640	4 680	4 740
Auskünfte (telefonisch, online sowie Kurzberatungen)	1 357	1 361	1 311	1 142	3 487 <sup>1</sup>
Interne Informationen an BerufsberaterInnen	1 336	1 422	1 470	1 654	1 714
<b>Total der Auskunftleistungen</b>	<b>22 204</b>	<b>23 664</b>	<b>22 296</b>	<b>23 562</b>	<b>24 990</b>

<sup>1</sup> Vor 2010 wurden in dieser Rubrik nur die telefonischen Auskünfte gezählt.

## Brücken- und Lehrstellenangebote (Stichtag 31. Dezember)

	2006	2007	2008	2009	2010
Anzahl Personen im Motivationssemester Job Plus (Teilnehmende)	183	184	92	95	93
Anzahl Personen Job Plus Futura (Teilnehmende)	3	5	13	20	20
Berufslehrverbund Zürich (BVZ), Lernende	84	129	182	204	226

### Kommentar

Mit 226 Lernenden leistet die Stiftung Berufslehrverbund Zürich einen wesentlichen Beitrag zum Ausbau des Lehrstellenangebotes in der Stadt Zürich, insbesondere in den

Bereichen Betreuung, Büro, Betriebsunterhalt und bei der zweijährigen Grundbildung mit dem Abschluss EBA (Eidg. Berufsattest) in diversen Berufen.

## Lehrstelleninformation/-vermittlung

	2006	2007	2008	2009	2010
Gemeldete Lehr- und Anlehrstellen	3 581	3 696	3 871	4 026	3 952
Abgegebene Lehrstellenlisten (Lena)	26 921	20 955	17 407	18 027	18 154
Telefonische Bestellungen für Lehrstellennachweis (Lena)	506	450	375	225	356
BesucherInnen Lehrstelleninfo	6 788	5 938	5 116	5 334	5 641
Kontakte mit Lehrbetrieben (Mails, Telefon)	8 388	8 463	8 622	8 600	13 689**
Lehrstellenberatung/Lehrstellencoaching	–	153*	176*	232*	255*
Stipendienberatung	–	490*	385*	324*	309*

Definitionen:

\* wurden vor 2007 den Beratungen – Tabelle 1 – subsumiert

\*\* E-Mail-Kontakte werden seit 2010 mitgezählt

## Ausbildungsfinanzierung

Ausbildungsbeiträge nach Fonds (in Fr.)	2006	2007	2008	2009	2010
Städtische Stipendien	1 138 750	1 561 970	1 294 150	1 980 200	2 396 300
StadtbürgerInnenfonds	57 700	35 100	17 800	59 600	81 000
Ausbildungsdarlehen	10 000	–	–	–	–
Private Stipendienstiftungen	738 711	840 850	558 600	704 500	948 400
<b>Total</b>	<b>1 945 161</b>	<b>2 437 920</b>	<b>1 870 550</b>	<b>2 744 300</b>	<b>3 452 700</b>

## 4.4 Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV

### 4.4.1 Aufgaben

Die Hauptaufgabe des Amtes für Zusatzleistungen zur AHV/IV (AZL) besteht darin, einkommensschwachen Zürcher AHV- und IV-Rentnerinnen und -Rentnern eine angemessene materielle Existenz zu garantieren oder ihnen mittels Zusatzleistungen die selbständige Bezahlung ungedeckter Heimkosten zu ermöglichen. Zudem können bestimmte Krankheits- und Behindernungskosten vergütet werden. Für die Aufgabenerfüllung stehen dem AZL Ergänzungsleistungen, kantonale Beihilfen und Zuschüsse, jährliche Gemeindegzuschüsse, Pflegekostenzuschüsse, ausserordentliche Gemeindegzuschüsse sowie Einmalzulagen zur Verfügung. Sämtliche Leistungsarten sind an die Erfüllung bestimmter Anspruchsvoraussetzungen geknüpft.

### 4.4.2 Jahresschwerpunkte

#### Neuordnung Pflegefinanzierung

Auf den 1. Januar 2011 traten das neue Bundesgesetz über die Neuordnung der Pflegefinanzierung sowie das neue Pflegegesetz des Kantons Zürich in Kraft. Das Bundesgesetz regelt die Beiträge der Krankenversicherer für die ganze Schweiz einheitlich und führt neben einer nach oben begrenzten Kostenbeteiligung der pflegebedürftigen Personen eine Restfinanzierung durch die öffentliche Hand ein. Gemäss dem kantonalen Pflegegesetz sind die Gemeinden für die bedarfs- und fachgerechte stationäre und ambulante Pflegeversorgung zuständig. Sie haben zudem die Pflegekosten, die nach Abzug der Beiträge der Krankenkassen und der Eigenbeteiligung übrigbleiben, zu übernehmen. Zahlungsverpflichtet ist diejenige Gemeinde, in der die pflegebedürftige Person vor dem Heimeintritt zuletzt ihren zivilrechtlichen Wohnsitz hatte.

Die Umsetzung der neuen Pflegefinanzierung stand unter enormem Zeitdruck. Erst mit den Bundesverordnungen, die im Sommer 2009 erlassen wurden, hatten die Kantone die nötigen Grundlagen für ihre Legiferierung. 2010 war deshalb das Jahr des kantonalen Gesetzgebungsprozesses. Die Amtsleitung des AZL hat sich darin – im Sinne einer praktikablen und tragbaren Lösung für die Gemeinden – stark engagiert.

Parallel dazu galt es – in enger Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen des Gesundheits- und Umweltschutzamtes (GUD) – die für die Stadt beste Organisation der neuen Aufgaben zu finden. Künftig wird in der Stadt Zürich der neu geschaffene Fachbereich Pflegebeiträge des AZL für die Auszahlung der öffentlichen Pflegebeiträge bei der stationären Langzeitpflege zuständig sein, im ambulanten Bereich sind es die Städtischen Gesundheitsdienste (SGD). Der Auskunft- und Vermittlungsauftrag wurde dem Bereich Wohnen im Alter (WiA) übertragen. Bei der stationären Pflegeversorgung sind die Aufgaben zwischen dem GUD und dem AZL aufgeteilt: Für die jährliche Bestimmung der Kostensätze, welche die Grundlage

für die Auszahlung des öffentlichen Pflegebeitrags bilden, ist das GUD für diejenigen Heime zuständig, die es selber betreibt oder mit denen es eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen hat. In allen übrigen Fällen ist das AZL zuständig. Die Auszahlung der öffentlichen Pflegebeiträge obliegt generell dem AZL.

Die neuen Aufgaben brauchen Strukturen und eine Infrastruktur. Nach der Klärung der Organisation galt es, diese innert kürzester Zeit AZL-intern aufzubauen.

Das AZL hat für die Ausrichtung der öffentlichen Pflegebeiträge im stationären Bereich für 2011 brutto gut 60 Mio. Fr. budgetiert. Da die Krankenkassenbeiträge – vorbehaltlich einer Beschwerde – 2011 noch nicht sinken werden und die neue Eigenbeteiligung der Empfängerinnen und Empfänger von Pflegeleistungen von 35 Mio. Fr. bereits erhoben wird, wird der öffentliche Pflegebeitrag 2011 noch moderat ausfallen. Die Entlastung wird aber teilweise wieder zunichte gemacht, weil gegen 60% der Eigenbeteiligungen durch die Zusatzleistungen zu finanzieren sein werden. An diesen Kosten beteiligt sich der Kanton Zürich allerdings mit 44%, während er an die Pflegebeiträge der Stadt Zürich maximal 10% der anrechenbaren Kosten beisteuert. Es kann deshalb nicht ausgeschlossen werden, dass 2011 noch eine kaum nennenswerte Veränderung der Nettobelastung auf Stadtebene resultieren wird.

#### Wissensmanagement

Im Zusammenhang mit der Reorganisation 2007 wurde im AZL ein eigentliches Wissensmanagement aufgebaut. Das AZL-Fachwissen wurde darin aufbereitet und steht nun in mehreren hundert Dokumenten EDV-Daten-basiert den Mitarbeitenden zur Verfügung. Damit ist jederzeit der Zugriff auf die aktuellsten internen und externen Handlungsanweisungen gewährleistet. 2010 erfolgten die Bereinigung und – im Sinne einer Dienstleistung – die Öffnung dieser Datenbasis via Extranet für die kantonale Aufsichtsbehörde und die Vertragsgemeinden.

#### Prozess Neuanmeldung

Im Rahmen des Prozessmanagements ist der für die ZL-Durchführung zentrale Prozess der Neuanmeldung neu definiert worden. Das Anmeldeverfahren für Zusatzleistungen läuft nun in einem einheitlich strukturierten Prozess ab, der von den gesuchswilligen AHV/IV-Rentnerinnen und -Rentnern mit der Einreichung des ausgefüllten Anmeldeformulars und der notwendigen Unterlagen eingeleitet wird. Nach der Prüfung der Unterlagen durch die zuständige Sachbearbeitungsperson werden die Gesuchstellenden zu einem persönlichen Gespräch eingeladen, in dem offene Fragen geklärt werden und sie die Vollständigkeit und Richtigkeit ihrer Angaben bestätigen. 2010 wurde dieser neu definierte Prozess im AZL implementiert. Dabei galt es auch den Internetauftritt sowie die Broschüren und Merkblätter neu zu gestalten.

#### 4.4.3 Spezifische Kennzahlen

##### Aufwendungen und Erträge

(in Fr.)	2006	2007	2008	2009	2010
Ergänzungsleistungen					
jährliche Ergänzungsleistungen (monatlich ausbezahlt)	285 071 395	287 552 316	324 399 820	339 378 689	369 073 291
Krankheits- und Behinderungskosten	19 296 643	18 931 992	20 948 944	21 992 848	22 565 740
Beihilfen und Zuschüsse					
Beihilfen (monatlich ausbezahlt)	30 188 866	29 766 340	25 158 408	25 350 362	25 448 670
Zuschüsse <sup>1</sup>	–	–	1 360 478	1 322 072	1 460 439
Gemeindezuschüsse					
jährliche Gemeindezuschüsse (monatlich ausbezahlt)	38 918 783	38 085 419	32 872 981	35 584 045	37 819 047
Pflegekostenzuschüsse <sup>2</sup>	10 999 448	11 029 999	499 186 <sup>2</sup>	263 734	125 803
ausserordentliche Gemeindezuschüsse	169 291	176 931	231 733	342 501	273 170
Einmalzulagen	3 976 500	3 954 310	3 883 050	3 882 442	3 902 700
<b>Total Aufwendungen</b>	<b>388 620 926</b>	<b>389 497 307</b>	<b>409 354 600</b>	<b>428 116 693</b>	<b>460 668 860</b>
Bundesbeiträge	22 360 640	22 780 749	– <sup>3</sup>	– <sup>3</sup>	– <sup>3</sup>
Staatsbeiträge	86 335 340	87 879 842	126 642 284	133 286 209	139 799 909
Prämienverbilligung	73 870 566	74 345 906	74 395 702	75 034 547	82 870 138
Rückerstattungen	15 896 334	12 662 801	14 358 353	15 035 934	18 401 610
<b>Total Erträge</b>	<b>198 462 880</b>	<b>197 669 298</b>	<b>215 396 339</b>	<b>223 356 690</b>	<b>241 071 657</b>
<b>Nettobelastung Stadt</b>	<b>190 158 046</b>	<b>191 828 009</b>	<b>193 958 261</b>	<b>204 760 003</b>	<b>219 597 203</b>

Definitionen:

<sup>1</sup> Zuschüsse nach kantonalem Recht; Einführung per 1. 1. 2008 (§ 19a Zusatzleistungsgesetz [ZLG])

<sup>2</sup> Vgl. Erläuterungen im nachfolgenden Kommentar

<sup>3</sup> Gemäss § 34 Abs. 2 ZLG unterscheidet der Kanton bei seinen Beitragszahlungen seit 1. Januar 2008 nicht mehr zwischen Ergänzungsleistungen und Beihilfen mit unterschiedlichen Beitragssätzen, sondern er leistet den Gemeinden einen einheitlichen Kostenanteil von 44 % an die beitragsberechtigten Zusatzleistungen (Ergänzungsleistungen, Beihilfen und Zuschüsse), die nach Abzug der Prämienverbilligungen verbleiben.

##### Laufende Fälle (Stichtag im Dezember)

	2006	2007	2008	2009	2010
AHV-RentnerInnen inkl. Hinterlassene in Wohnungen	6 812	6 891	6 924	6 929	7 028
AHV-RentnerInnen inkl. Hinterlassene in Heimen	3 375	3 175	3 203	3 254	3 383
IV-RentnerInnen in Wohnungen	4 653	4 696	4 705	4 727	4 801
IV-RentnerInnen in Heimen	1 363	1 389	1 394	1 405	1 446
<b>Total</b>	<b>16 203</b>	<b>16 151</b>	<b>16 226</b>	<b>16 315</b>	<b>16 658</b>

### Durchschnittliche Zusatzleistung (im Dezember)

(in Fr. pro Fall)	2006	2007	2008	2009	2010
AHV-RentnerInnen inkl. Hinterlassene in Wohnungen	1 288	1 292	1 309	1 346	1 402
AHV-RentnerInnen inkl. Hinterlassene in Heimen	2 316	2 389	2 704	2 826	3 061
IV-RentnerInnen in Wohnungen	1 460	1 483	1 509	1 531	1 582
IV-RentnerInnen in Heimen	2 882	2 908	3 322	3 431	3 558

### Diverse Indikatoren

	2006	2007	2008	2009	2010
Verfügungen im Rahmen von Neu- und Wiederanmeldungen	2 859	2 708	2 892	3 105	3 102
Periodische Überprüfungen laufender Fälle	5 300	3 980	5 452	6 101	5 567
Mutationen von Berechnungs- grundlagen laufender Fälle	10 128	10 452	12 081	10 929	10 783
Anspruchsverlust infolge Tod	1 291	1 300	1 247	1 310	1 153
Abgänge infolge Wegfalls von Anspruchsvoraussetzungen	1 090	1 003	1 031	1 079	1 163
Verfügungen für Krankheits- und Behinderungskosten	18 686	19 168	20 579	21 286	20 931
Verfügungen für Pflegekosten- zuschüsse und ausserordentliche GZ	5 521	3 775	1 939 <sup>1</sup>	3 105	3 102

### Kommentar

Nachdem die Zahl der Rentenberechtigten mit Zusatzleistungen zur AHV/IV zwischen 2006 und 2009 nur wenig zugenommen hat, ist sie im Jahr 2010 wieder merklich gestiegen. Ende 2010 (Stichtag im Dezember) wurden 16 658 (Vorjahr: 16 315) laufende Fälle gezählt. Dies entspricht einer Veränderung von 2,1 % (0,5 %). Der Zuwachs verteilt sich prozentual ziemlich gleichmässig auf die IV-Renten-Berechtigten mit einer Zunahme von 115 Fällen (+1,9 %) und die AHV-Renten-Berechtigten mit einem Plus von 228 Fällen (+2,2 %). Eine der Ursachen ist der erfolgreiche Pendenzenabbau im Jahre 2010.

Die Aufwendungen für die Zusatzleistungen haben mit 460 668 860 Franken gegenüber 428 116 693 Franken im Vorjahr um 7,6 % (4,6 %) zugenommen. Die Bruttoleistungen verteilen sich zu 85,0 % (84,4 %) auf Ergänzungsleistungen (inkl. Krankheits- und Behinderungskosten), zu 5,5 % (5,9 %) auf kantonale Beihilfen, zu 0,3 % (0,3 %) auf Zuschüsse nach kantonalem Recht, zu 8,2 % (8,3 %) auf jährliche Gemeindegzuschüsse, zu 0,1 % (0,1 %) auf Pflegekostenzuschüsse und zu 0,9 %

(1,0 %) auf ausserordentliche Gemeindegzuschüsse und Einmalzulagen. Das Nettoergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr um 7,2 % auf 219 597 203 Franken erhöht. Während die Aufwendungen (Bruttokosten) gegenüber dem Vorjahr um 32,6 Mio. Fr. gestiegen sind, hat sich die Nettobelastung für die Stadt um 14,8 Mio. Fr. erhöht.

Entsprechend dem Trend der Vorjahre (seit 2008) sind die Auslagen bei der Vergütung von Krankheitskosten im 2010 weiter gestiegen, und zwar von 21 992 848 Franken auf 22 565 740 Franken. Dies entspricht einer Zunahme um 2,6 % (5,0 %).

Die seit 2008 im Bereich der Restfinanzierung von Kosten in Pflegeheimen und Wohnheimen für Behinderte geltenden Zuschüsse nach kantonalem Recht erhöhten sich im 2010 weiter (+10,5 %) auf 1 460 439 Franken. Die städtischen Pflegekostenzuschüsse hingegen wurden 2010 praktisch nur noch für Nachzahlungen des Vorjahres sowie für seltene Einzelfälle beansprucht. Sie sind daher weiter gesunken – von 263 734 Franken auf 125 803 Franken (–52,3 %).

## 4.5 Soziale Dienste

### 4.5.1 Aufgaben

Die Sozialen Dienste Zürich (SOD) handeln im Rahmen der sozialen Grundversorgung gestützt auf das Sozialhilfegesetz, das Jugendhilfegesetz und das ZGB. Die SOD richten ihre Leistungen auf eine nachhaltige soziale und berufliche Integration der Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Zürich sowie auf die gute Qualität des Zusammenlebens in den Quartieren aus. In den fünf polyvalenten Sozialzentren wird eine umfassende soziale Grundversorgung für die Bewohnerinnen und Bewohner einer Region sichergestellt. Die Dienstleistungen reichen von der präventiv ausgerichteten Quartierkoordination und Soziokultur über Angebote der Jugend- und Familienhilfe, die gesetzliche Betreuung und Vertretung im Rahmen einer zivilrechtlichen Massnahme bis zur wirtschaftlichen und persönlichen Hilfe gemäss Sozialhilfegesetz.

### 4.5.2 Jahresschwerpunkte

#### Arbeiten mit neuer Kompetenzordnung

Im Juni 2010 ist die neue Kompetenzordnung für die Sozialhilfe eingeführt worden. Ein wichtiges Element dieser Reform stellt die Neuordnung der Kompetenzen zwischen Sozialbehörde und Verwaltung dar. Die neue Kompetenzordnung bringt eine weitgehende Übereinstimmung der Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung mit sich. Neu beschäftigt sich die Sozialbehörde vor allem mit strategischen und normativen Fragen und entscheidet, im Gegensatz zur früheren Kompetenzordnung, nur noch in Spezialfällen. Dafür verfügen auch die Sozialarbeitenden und Zentrumsleitenden über Entscheidungskompetenzen. Erste Erfahrungen zeigen, dass durch die neue Kompetenzordnung eine administrative Arbeitserleichterung für Sozialarbeitende und Stellenleitende stattgefunden hat. Vor allem aber wurde durch die neuen Kompetenzen und Verantwortungen die Auseinandersetzung mit der fachlichen Qualität der sozialarbeiterischen Arbeit weiter intensiviert – was wiederum den Klientinnen und Klienten zugute kommt.

#### Fallrevision eingeführt

Das neue Organisationsmodell der Sozialhilfe in der Stadt Zürich sieht eine klare Trennung zwischen politisch-strategischen und operativ-steuernden Aufgaben vor. Dabei wird die Kontrolle und Qualitätsentwicklung der Sozialhilfe in den Sozialen Diensten operativ verantwortet und umgesetzt. Ein zentrales Instrument hierbei stellt die Fallrevision dar, die fallbezogen erbrachte Leistungen der Sozialen Arbeit im Allgemeinen und Leistungen der wirtschaftlichen Hilfe im Besonderen hinsichtlich Effizienz, Effektivität und Rechtmässigkeit überprüft. Ziel der Fallrevision ist die Überprüfung von Fällen, eine Qualitätsentwicklung sowie eine Rechenschaftsablage. Von Juni bis Dezember 2010 unterzog das Team mehr als 1100 Fälle einer Revision. Die Sozialzentren nutzen die Rückmeldungen aus der Fallrevision zur Qualitätssteigerung. Im Team Fallrevision sind acht Mitarbeitende (7,2 Stellenwerte; Stand Dezember 2010) im Einsatz.

#### Gemeinnützige Arbeit immer mehr genutzt

Durch gemeinnützige Arbeitseinsätze werden Sozialhilfe beziehende Personen mit einer stark eingeschränkten Arbeitsfähigkeit gezielt und nachhaltig wieder besser integriert. Auf

freiwilliger Basis werden Arbeitseinsätze (max. 50 %) im Quartier vermittelt. Sie sind ein idealer Einstieg für Klientinnen und Klienten, die aktuell keine Aussicht auf eine Arbeitsstelle im regulären Arbeitsmarkt haben. Die Einsätze werden passend zu den individuellen Fähigkeiten der Personen gesucht. So leisten sie in einem Verein oder in einer Institution einen konkreten Beitrag zum Quartierleben und erbringen auch eine Gegenleistung zur Sozialhilfe. Die Klientinnen und Klienten haben wieder soziale Kontakte, erfahren Wertschätzung, und manchmal ergeben sich überraschende Lösungen. 2010 konnten mehrere Klientinnen und Klienten abgelöst oder in Anschlusslösungen vermittelt werden. Nach dem erfolgreichen Pilotprojekt von 2006 bis 2009 in den Sozialzentren Höggerstrasse und Albisriederhaus bot 2010 auch das Sozialzentrum Dorflinde Einsatzplätze an. Im Jahr 2010 waren in diesen drei Sozialzentren 130 Klientinnen und Klienten in einem Einsatz der Gemeinnützigen Arbeit.

#### Fachstelle Pflegekinder

Die Fachstelle Pflegekinder beaufsichtigt rund 120 Pflegeeltern, die in der Stadt Zürich mindestens einem Pflegekind einen Dauer-, Wochen oder Entlastungsplatz bieten. Gemäss dem gesetzlichen Auftrag besuchen die Sozialarbeitenden der Fachstelle Pflegekinder die Pflegeeltern mindestens einmal jährlich für den Aufsichts-Hausbesuch. Zudem ist die Fachstelle auch bei den jährlichen Standortgesprächen mit allen am Pflegeverhältnis beteiligten Bezugspersonen dabei. Die verantwortungsvolle Aufgabe stellt hohe Anforderungen an die Pflegeeltern. Seit Anfang 2010 findet deshalb zusätzlich mindestens ein jährliches Begleitungsgespräch mit den Pflegeeltern statt. In diesem Gespräch kann vertiefter auf die persönliche Situation eingegangen werden; beispielsweise werden schwierige Alltagssituationen besprochen, Neuerungen und Änderungen im Pflegekinderbereich vermittelt oder Informationen zu speziellen Fortbildungen weitergegeben. Sofern spezifische Erziehungsberatung oder Supervision indiziert ist, vermittelt die Fachstelle entsprechende weiterführende Angebote.

#### Mütter-/Väterberatung:

##### Besonderes Augenmerk auf 2- bis 5-jährige Kinder

Die Mütter- und Väterberatung der Stadt Zürich berät Eltern von Kleinkindern zu allen Fragen rund um Erziehung, Ernährung, Pflege und Entwicklung. In rund 30 Beratungsstellen direkt in den Quartieren können sich Eltern ohne Voranmeldung beraten lassen. 2010 haben die 18 Mütter-/Väterberaterinnen (zwölf Stellenwerte) und 21 Ablöserinnen/Assistentinnen (2,3 Stellenwerte) Eltern von 5784 Kindern (2009: 5592) in 25 404 Gesprächen (2009: 25 534) beraten. Die Mütter- und Väterberatung ist zuständig für Kinder bis fünf Jahre. Über 73 % der Kinder, welche die Beraterinnen sehen, haben jedoch ein Alter von einem Jahr oder jünger. Noch rund 17 % machen Kinder und Väterberatung deshalb ein besonderes Augenmerk darauf, vermehrt Eltern von Kindern zwischen zwei und fünf Jahren zu erreichen. Mit einer Informationskampagne wandte sich die Mütter- und Väterberatung an die entsprechende Zielgruppe.

#### Anlaufstellen Kinderbetreuung

Die Stadt Zürich führt neun Anlaufstellen Kinderbetreuung. In den Quartieren Högge und Albisrieden werden diese von den Sozialen Diensten betrieben. Das Angebot richtet sich



an Eltern mit Kindern im Alter von null bis zwölf Jahren, wobei die Beratung für Betreuungsmöglichkeiten vor allem für Kleinkinder bis fünf Jahre nachgefragt wird. Die Anlaufstellen informieren über Kinderbetreuungsmöglichkeiten im Quartier, erfassen Elternbedürfnisse in Bezug auf Kinderbetreuung, vernetzen die verschiedenen Angebote, unterstützen die Eigeninitiative und Selbstorganisation von Eltern. Sie vermitteln die Eltern an bestehende Anbieterinnen und Anbieter von Kinderbetreuung. Die Anlaufstelle in Höngg führte 2010 rund 120 Beratungsgespräche, die sich um Plätze in Kitas, Spielgruppen, Hortplätze oder Formen der flexiblen Kinderbetreuung drehen. Die Anlaufstelle in Albisrieden verzeichnete rund 400 Gespräche. Die beiden Anlaufstellen sind mit 1,2 Stellenwerten besetzt.

### **Schwerpunkte der Quartierkoordination und der Soziokultur**

- Im 2010 haben die Sozialen Dienste den Auftrag der Gemeinwesenarbeit präzisiert, die nun vermehrt Koordinationsaufgaben übernimmt. Aufgrund der veränderten Aufgabe erhielt die Gemeinwesenarbeit einen neuen Namen: Sie heisst nun «Quartierkoordination». Die Quartierkoordination verkörpert die Schnittstelle zwischen Quartierbevölkerung, Einrichtungen und Stadtverwaltung. Sie unterstützt die Aktivitäten der Bevölkerung. Sie stimmt zudem die Aktivitäten der zahlreichen in den Quartieren tätigen Anbietenden und Einrichtungen aufeinander ab. Für die Aufgaben der Quartierkoordination stehen in den fünf Sozialzentren 19 Personen (12,7 Stellenwerte) im Einsatz.
- Mit einem grossen Fest feierte der Kreis 5 im Sommer 2010 die Fertigstellung des «Viadukts». Bereits im Mai eröffnete der Bereich Soziokultur Kinder der Sozialen Dienste im «Viadukt», direkt bei der Josefwiase, einen neuen Kindertreffpunkt. Professionelle Animatorinnen und Animatoren begleiten hier die Kinder des Quartiers in ihrer Freizeitgestaltung. Der Treff an der Viaduktstrasse 55/57 ist jeweils am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag geöffnet. Seit der Einweihung begleiten die Verantwortlichen regelmässig 20 bis 40 Kinder. Der neue Kindertreffpunkt löst das Kinderhaus «Stromboli» an der Zollstrasse 111 ab, das im April 2010 wegen eines geplanten Neubaus geschlossen werden musste.
- Im Rahmen des Legislatorschwerpunktes «Jugend in Zürich» lancierten die Sozialen Dienste im April 2010 «Pickeltouren – junge Stadtführungen durch Zürich». Auf den Stadtspaziergängen erzählen Jugendliche und junge Erwachsene einer interessierten Öffentlichkeit aus ihrem Alltag und von ihren Interessen. Dabei steht der Gedanke der Vermittlung zwischen den Generationen, aber auch zwischen sozialen Schichten und Interessengruppen im Zentrum. Die jungen Führenden erwerben Sprach-, Präsentations- und Partizipationskompetenzen. Im Laufe der ersten Saison zwischen

April und Oktober gab es zehn verschiedene Spaziergänge zu Themen wie Street Art, Shopping oder Geocaching, die insgesamt 65-mal realisiert wurden. Das Interesse des Publikums war gross: Die «Pickeltouren» verzeichneten mehr als 1100 Besuchende; sämtliche Führungen waren ausgebucht.

- In den Quartieren der Stadt Zürich findet jährlich eine Grosszahl von Festanlässen und Freilichtkonzerten statt. Viele dieser Veranstaltungen werden von Quartierbewohnerinnen und -bewohnern initiiert und durchgeführt. Besonders junge VeranstalterInnen benötigen Unterstützung rund um Bewilligungen, Lärmbestimmungen, technische Infrastrukturen, Abfallentsorgung und mehr. In diesem Fall hilft Soziokultur mobil weiter. Ein Team aus zwei Mitarbeitenden (1,1 Stellenwerte) und Freelancern unterstützt mit Veranstaltungsberatung und stellt bei Bedarf Infrastruktur in Form einer fahrbaren Bühne zu einem subventionierten Preis zur Verfügung. 2010 war Soziokultur mobil an 27 Veranstaltungen; mit dem Legislatorschwerpunkt Jugend hat insbesondere die Zahl der Jugend- und Schulveranstaltungen zugenommen. Soziokultur mobil fördert so die Eigeninitiative der Jugendlichen. Da den jungen Organisatorinnen und Organisatoren oft das Know-how fehlt, hat sich der Beratungsanteil erhöht; die durchschnittliche Beratungszeit inkl. Besichtigungen vor Ort beläuft sich pro Anlass auf 18 Stunden. Die durchschnittliche Veranstaltungsdauer liegt bei zehn Stunden, Vor- und Nachbereitung nehmen rund acht Stunden in Anspruch.
- Zürichs Schulkinder haben seit 2003 eine eigene Zeitung. Die Kinderzeitung ist ein gemeinsames Angebot zur Kinderpartizipation und Medienbildung des Schul- und Sportdepartements sowie des Sozialdepartements. Die Redaktion setzt sich jeweils aus rund 20 Mädchen und Jungen zwischen sechs und 13 Jahren zusammen. Die Kinder werden von Partizipationsfachleuten des «Megalphon» und der Schule, einer externen Journalistin und einem Grafiker begleitet. Bis Ende 2009 erschien die Kinderzeitung in einer Auflage von 6000 Exemplaren. Im Frühjahr 2010 wurde die Kinderzeitung gänzlich überarbeitet. Seither erscheint sie unter dem Titel «flipflop» und neuem Layout und erreicht mit 15000 Exemplaren alle SchülerInnen der 2. bis 6. Klasse. Unter anderem dank Umstellung auf Zeitungsdruck blieben die Kosten pro Ausgabe unverändert.

#### **4.5.3 Spezifische Kennzahlen zur wirtschaftlichen Hilfe nach SHG**

Trotz Finanzkrise und steigender Arbeitslosigkeit sind die Fallzahlen der Existenzsicherung seit mehr als einem Jahr stabil bei durchschnittlich 8392 Fällen. Die monatlichen Schwankungen weisen keine signifikanten Abweichungen auf. Damit verharrt die kumulierte Sozialhilfequote mit 5,0 % praktisch auf Vorjahresniveau (2009: 5,1 %).

### Fälle (Jahresdurchschnitt)

	2006	2007	2008	2009	2010
Wirtschaftliche Hilfe	n.v.	n.v.	n.v.	8 497	8 648
davon nur Existenzsicherung	n.v.	n.v.	n.v.	7 582	7 730
davon Existenzsicherung und erzieherische finanzielle Hilfen	n.v.	n.v.	n.v.	656	663
davon nur erzieherische finanzielle Hilfen	n.v.	n.v.	n.v.	259	256
Alle Fälle mit Existenzsicherung	9 256	8 888	8 282	8 238	8 392
Alle Fälle mit erzieherischen finanziellen Hilfen	n.v.	n.v.	n.v.	915	919

### Fälle kumuliert

	2006	2007	2008	2009	2010
Wirtschaftliche Hilfe	n.v.	n.v.	n.v.	13 044	12 994
Alle Fälle mit Existenzsicherung	13 597	13 198	13 050	12 699	12 644
Alle Fälle mit erzieherischen finanziellen Hilfen	n.v.	n.v.	n.v.	1 947	1 937

### Neue Fälle

	2006	2007	2008	2009	2010
Existenzsicherung	3 958	3 476	3 858	4 155	4 183
Erzieherische finanziellen Hilfen	n.v.	n.v.	n.v.	866	850

### Abgelöste Fälle

	2006	2007	2008	2009	2010
Existenzsicherung	4 159	4 234	n.v.	4 444	4 150
Erzieherische finanziellen Hilfen	n.v.	n.v.	n.v.	876	838

### Personen mit Existenzsicherung (Jahresdurchschnitt)

	2006	2007	2008	2009	2010
Personen mit Existenzsicherung (Jahresdurchschnitt)	15 691	14 677	13 172	12 779	12 853

### Personen mit Existenzsicherung kumuliert

	2006	2007	2008	2009	2010
Personen mit Existenzsicherung (kumuliert)	22 130	21 334	19 648	18 680	18 392

## Sozialhilfequoten

	2006	2007	2008	2009	2010
Durchschnittliche Sozialhilfequote (Jahresdurchschnitt der Personen mit Existenzsicherung, in Prozent der zivilrechtlichen Bevölkerung am Jahresanfang)	4.5%	4.3%	3.7%	3.5%	3.5%
Kumulative Sozialhilfequote (Personen mit Existenzsicherung kumuliert, in Prozent der zivilrechtlichen Bevölkerung am Jahresende)	6.5%	6.0%	5.4%	5.1%	5.0%

## Zahlungen Existenzsicherung und erzieherische Hilfen

(in Fr.)	2006	2007	2008	2009	2010
Materielle Grundsicherung					
Grundbedarf Unterhaltsdifferenz (1. Quartal 2008)	n.v.**	n.v.**	6 762 707	–	–
Grundbedarf Lebensunterhalt	n.v.**	n.v.**	98 857 126	105 228 942	107 988 168
Wohnkosten	n.v.**	n.v.**	85 558 445	85 834 339	87 044 992
Medizinische Grundversorgung	n.v.**	n.v.**	200 142 227	232 239 720	24 907 832
abzüglich Aufwandminderungen (Löhne und Einkommen der Klientinnen und Klienten)	n.v.**	n.v.**	–290 193 005	–433 742 560	–403 688 876
Situationsbedingte Leistungen					
allgemein und stat. Aufenthalt Erwachsene	n.v.**	n.v.**	26 123 456	29 715 894	30 368 590
berufliche und soziale Integration	n.v.**	n.v.**	9 995 589	13 519 873	32 164 987
erzieherische Hilfen	n.v.**	n.v.**	51 659 935	58 069 324	57 503 942
<b>Zwischentotal</b>	<b>282 228 104</b>	<b>271 679 627</b>	<b>269 952 180</b>	<b>272 218 088</b>	<b>299 609 635</b>
Beiträge Krankenkassenprämien	34 724 818	32 304 807	28 476 542	29 574 053	29 864 105
<b>Total</b>	<b>316 952 922</b>	<b>303 984 433</b>	<b>298 428 722</b>	<b>301 792 141</b>	<b>329 473 740</b>

Definition:

\*\* Wegen einer Systemumstellung per 1. April 2008 ist diese Aufgliederung für die Vorjahre nicht verfügbar.

## Rückerstattungen vereinnahmte Geldmittel (ohne Krankenkassenbeiträge): Überblick

(in Fr.)	2006	2007	2008	2009	2010
Total Rückerstattungen Behörden	46 167 729	40 787 612	29 591 257	24 112 652	34 061 049
Total Rückerstattungen von anderen Zahlungspflichtigen	52 836 712	54 355 338	61 781 126	70 108 644	80 369 121
<b>Rückerstattungen total (ohne transitorische Abgrenzungen)</b>					
<b>Total</b>	<b>99 004 441</b>	<b>95 142 950</b>	<b>91 372 383</b>	<b>94 221 296</b>	<b>114 430 170</b>

## Rückerstattung vereinnahmte Geldmittel

(in Fr.)	2006	2007	2008	2009	2010
<b>Behörden</b>					
Direktion Soziales und Sicherheit des Kantons Zürich, Ausländerfürsorge	35 404 322	32 163 138	24 384 276	19 702 726	29 295 396
Heimatbehörden	7 655 856	6 269 273	5 047 094	4 409 926	4 765 653
Bund, Asylbewerber	3 107 551	2 355 200	1 598 87	–	–
<b>Total Behörden</b> (ohne Berücksichtigung des Staatsbeitrags)	<b>46 167 729</b>	<b>40 787 612</b>	<b>29 591 257</b>	<b>24 112 652</b>	<b>34 061 049</b>
<b>Selbstzahler</b>					
Rückzahlungen	2 500 888	3 302 851	3 552 777	5 590 944	5 380 962
Lohn- und Vermögensverwaltung	735 705	740 436	2 892 981	3 360 144	3 184 520
Erbabtretungen	279 975	491 064	1 712 920	1 944 767	2 605 847
<b>Total Selbstzahler</b>	<b>3 534 568</b>	<b>4 534 351</b>	<b>8 158 678</b>	<b>10 895 855</b>	<b>11 171 329</b>
<b>Verwandte</b>					
Unterhaltsbeiträge Kinderzulagen	2 359 213	2 494 078	2 444 977	3 203 720	4 308 084
Ehegattenalimente	321 479	382 904	213 511	459 415	498 080
Verwandtenunterstützung	797 091	1 136 539	825 987	747 686	523 256
<b>Total Verwandte</b>	<b>3 477 783</b>	<b>4 013 520</b>	<b>3 484 475</b>	<b>4 410 821</b>	<b>5 329 420</b>
<b>Sozialinstitutionen</b>					
IV	22 248 440	23 804 153	28 385 102	29 130 484	34 343 130
AHV	2 400 482	2 808 655	3 413 579	4 731 134	6 256 064
Arbeitslosenversicherung	4 680 592	3 178 664	2 726 820	3 367 644	4 170 943
Krankenkassen, Unfall- und andere Versicherungen	8 245 884	8 023 337	7 772 145	8 539 399	9 439 667
KKBB, Überbrückungshilfen, Alimentenbevorschussung	5 224 753	4 738 337	4 107 759	4 333 779	4 554 180
Pensionskassenleistungen	1 398 134	1 222 963	1 847 229	2 367 592	2 683 615
Stipendien, Fonds, Stiftungen	1 626 075	2 031 357	1 885 339	2 331 936	2 420 773
<b>Total Sozialinstitutionen</b>	<b>45 824 360</b>	<b>45 807 466</b>	<b>50 137 973</b>	<b>54 801 968</b>	<b>63 868 372</b>
<b>Total Rückerstattungen</b>	<b>99 004 441</b>	<b>95 142 950</b>	<b>91 372 383</b>	<b>94 221 296</b>	<b>114 430 170</b>

#### 4.5.4 Spezifische Kennzahlen zur persönlichen Hilfe nach SHG

##### Persönliche Hilfe nach SHG durch die Intakes, die Quartierteams und die Zentrale Abklärungs- und Vermittlungsstelle

	2006	2007	2008	2009	2010
Fälle mit persönlicher Hilfe (in Kombination mit Existenzsicherung) (kumuliert)	13597	12934	12770	12407	12107

##### Infodona

	2006	2007	2008	2009	2010
Beratene Personen (ohne finanzielle Leistungen)	1413	1514	1580	1603	1658
Beratungen pro Jahr (ohne finanzielle Leistungen)	3300	3169	3456	3467	3596

##### Freiwillige Einkommens- und Vermögensverwaltung

	2006	2007	2008	2009	2010
Personen mit freiwilliger Einkommens- und Vermögensverwaltung (ohne wirtschaftliche Hilfe nach SHG; ohne zivilrechtliche Massnahmen) kumuliert	n.v.	n.v.	n.v.	196	299

#### 4.5.5 Spezifische Kennzahlen zur Jugend- und Familienhilfe

Die Mütter- und Väterberatung ist ein wichtiges Angebot mit präventivem Charakter, wo Eltern von Kindern bis fünf Jahren in den verschiedensten Anliegen beraten werden. 2010 wurden Eltern von 5784 Kindern bis fünf Jahren (2009: 5592) in 25 404 Gesprächen (2009: 25 534) beraten.

##### Erzieherische finanzielle Hilfen

Die erzieherischen finanziellen Hilfen umfassen sowohl ambulante als auch stationäre Massnahmen. Die Kenn-

zahlen sind im Abschnitt «Wirtschaftliche Hilfe nach SHG» enthalten.

##### Erzieherische Beratung ohne finanzielle Unterstützung

In der erzieherischen Beratung ohne finanzielle Unterstützung werden Eltern in Erziehungsfragen unterstützt, ohne dass dabei ausserhalb der Beratung durch die Sozialarbeitenden zusätzliche Kosten anfallen.

Kennzahlen zur Beratung ohne finanzielle Unterstützung werden im IT-System nicht erfasst.

##### Alimentenstelle

	2006	2007	2008	2009	2010
Fälle Kleinkinderbetreuungsbeiträge	374	346	383	346	328
Alimentenbevorschussungsfälle	1886	1775	1866	1834	1754
Schuldner-Alimenteninkasso	3372	3275	3626	3723	3857

### Mütter-/Väterberatung

	2006	2007	2008	2009	2010
Erfasste Kinder	4 816	5 174	5 572	5 592	5 784
Beratungen	23 157	24 230	25 109	25 534	25 404

### Jugendberatung

	2006	2007	2008	2009	2010
Beratungen in Anwesenheit der Klientinnen und Klienten: beratene Personen/Familien	429	427	491	505	510
Telefonische Beratungen und E-Mail-Beratungen: beratene Personen	928	847	929	948	1 046
Beratungsstunden	4 907	4 616	5 207	5 005	5 210

### Elternberatungsstelle

	2006	2007	2008	2009	2010
Feststellung Vaterschaft/Regelung Unterhalt: einvernehmliche Fälle (ohne Beistandschaft) kumuliert	1 132	1 338	1 462	1 603	1 596
Folgevereinbarungen (Abänderungen) kumuliert	167	279	259	250	221

### Fachstelle Pflegekinder

	2006	2007	2008	2009	2010
Beaufsichtigte Tagesverhältnisse kumuliert	264	248	234	234	218
Beaufsichtigte Pflegeverhältnisse kumuliert	148	138	132	143	144

### Regionale Kinderschutzgruppen

	2006	2007	2008	2009	2010
Neu gemeldete Fälle	114	104	111	94	94

### Schulsozialarbeit

	2006	2007	2008	2009	2010
SchulsozialarbeiterInnen	39	41	41	56	56
Betreute Schulen	45	51	59	81	82



#### 4.5.6 Spezifische Kennzahlen zu den zivilrechtlichen Erwachsenen- und Kinderschutz-Massnahmen

##### Erwachsenenschutz (durch Soziale Dienste geführte Fälle)

	2006	2007	2008	2009	2010
Fälle (Jahresdurchschnitt)	2657	2882	3293	3338	3448
Fälle kumuliert	2969	3295	3567	3736	3726
Neue Fälle	351	577	n.v.	415	449

##### Kinderschutz (durch Soziale Dienste geführte Fälle)

	2006	2007	2008	2009	2010
Fälle (Jahresdurchschnitt)	1518	1517	1549	1752	1943
Fälle kumuliert	1780	1774	1850	2039	2094
Neue Fälle	274	225	n.v.	448	518

##### Spezielle Leistungen

	2006	2007	2008	2009	2010
Zivilrechtliche Massnahmen mit Einkommens- und Vermögensverwaltung (kumuliert)	n.v.	n.v.	3810	3790	3621
Zivilrechtliche Massnahmen mit zusätzlicher Rechtsvertretung durch den Rechtsdienst SDS (kumuliert)	241	284	314	360	375
Begleitung privater Mandats-trägerInnen: begleitete Mandats-trägerInnen (kumuliert)	1055	1049	1027	1014	1022
Begleitung privater Mandats-trägerInnen: von den begleiteten Mandats-trägerInnen geführte Massnahmen (kumuliert)	1393	1371	1347	1347	1407

## 4.5.7 Spezifische Kennzahlen zu Soziokultur und Gemeinwesenarbeit

### Erholung und Freizeit

	2006	2007	2008	2009	2010
Öffnungsstunden der Begegnungsorte	19 842	20 590	20 665	19 742	19 707
Veranstaltungen	4 398	3 725	4 168	4 281	4 360
BesucherInnen von Veranstaltungen	131 928	134 789	137 030	134 656	143 415

### Bildung, Kreativität, Kunst

	2006	2007	2008	2009	2010
Bildungsangebote	5 580	6 065	4 760	4 961	5 075
TeilnehmerInnen an Bildungsangeboten	62 930	67 434	59 860	64 122	65 254
Supportstunden für Eigeninitiativen	18 388	19 471	18 960	20 328	21 432

### Soziale Stadtentwicklung

	2006	2007	2008	2009	2010
Gemeinwesenentwicklung	142	132	119	136	113

## 4.6 Soziale Einrichtungen und Betriebe

### 4.6.1 Aufgaben

Die Sozialen Einrichtungen und Betriebe (SEB) führen Einrichtungen, Betriebe und Programme, in denen Menschen beruflich und gesellschaftlich integriert werden.

- Der Geschäftsbereich Wohnen und Obdach umfasst Akutunterkünfte, Einrichtungen für begleitetes und betreutes Wohnen, Notwohnungen und Heime.
- Der Geschäftsbereich Sucht und Drogen bietet ein breites Angebot an präventiven, sozialen und medizinischen Hilfestellungen für Suchtmittel konsumierende Menschen.
- Der Geschäftsbereich Kinderbetreuung umfasst neun Kindertagesstätten, darunter drei Kinderhäuser, welche die Anlaufstelle Kinderbetreuung für ihr Quartier führen.
- Der Geschäftsbereich Arbeitsintegration unterhält Betriebe und Programme zur beruflichen und sozialen Integration von Sozialhilfebeziehenden, erwerbslosen Jugendlichen und IV-Beziehenden.

### 4.6.2 Jahresschwerpunkte

#### Verrechnung interner Leistungen an die Sozialhilfe (Vilas)

Im Berichtsjahr haben die Sozialen Einrichtungen und Betriebe mit der Umsetzung des neuen Verrechnungssystems Vilas begonnen. Gemäss diesem wird der Grossteil der von den SEB erbrachten Wohn- und Arbeitsintegrationsleistungen den zuweisenden Stellen zu den vollen Kosten weiterverrechnet. Die Angebote der SEB werden damit gleich behandelt wie die Angebote privater Organisationen. Die Umsetzung von Vilas verlief mehrheitlich problemlos. Nicht umgesetzt werden konnte das System im Begleiteten Wohnen, wo sich die vorhandenen Rechtsgrundlagen als ungenügend erwiesen. 2011 soll daher eine neue Rechtsgrundlage erarbeitet und dem Gemeinderat vorgelegt werden (vgl. S. 372).

#### «Fertig Puff!» – Kampagne gegen Jugendgewalt

Auf Initiative der SEB hat die Taskforce Jugendgewalt, der neben dem Sozialdepartement das Schul- und Sportdepartement,

das Polizeidepartement sowie das Gesundheits- und Umweltschutzdepartement angehören, im Herbst 2010 die Kampagne «Fertig Puff! – Ein Aufruf der Stadt Zürich gegen Jugendgewalt» lanciert. Die Kampagne, die das Publikum über diverse Kommunikationskanäle anspricht – neben Plakaten wurden auch Fahnen sowie eine Kampagnen-Website und eine Facebook-Seite eingesetzt –, stiess in den Medien auf ein erfreuliches Echo und wurde von verschiedenen Jugendorganisationen und Eventveranstaltern aufgenommen.

### Neues Angebot als Ergänzung zur Notschlafstelle

Nach einer Periode sinkender Auslastung weist die Notschlafstelle 2010 zum dritten Mal seit 2008 wieder steigende Übernachtungszahlen aus (vgl. Tabelle Spezifische Kennzahlen Wohnen und Obdach). Der Anstieg ist zu einem grossen Teil dadurch bedingt, dass eine relativ kleine Gruppe von Klientinnen und Klienten – es handelt sich zumeist um ältere Menschen, die seit Jahren am Rand der Gesellschaft leben – die Notschlafstelle über immer längere Zeiträume hinweg nutzt. Um diese Klientengruppe gezielter betreuen zu können und die Notschlafstelle zu entlasten, wurde 2010 ein neues Angebot entwickelt: Die betreute Nachtpension bietet LangzeitaufenthalterInnen in der Notschlafstelle während max. zwölf Monaten eine Unterkunft und eine Begleitung, die ihren schwierigen Lebensumständen angepasst ist. Die Nachtpension nahm ihren Betrieb im Dezember auf. Es handelt sich um einen auf zwei Jahre befristeten Pilotversuch.



Im Betreuten Wohnen City finden Menschen mit langjähriger Suchtmittelabhängigkeit ein Zuhause. (Bild: Samuel Wimmer)

### Zusammenlegung von Wohnwerkstatt und Betreutem Wohnen City

In der zweiten Hälfte des Berichtsjahres hat Wohnen und Obdach mit der Zusammenführung der Wohnwerkstatt und des Betreuten Wohnens City begonnen. Die beiden Einrichtungen werden neu unter dem Namen Betreutes Wohnen City als ein Betrieb geführt. Mit der Zusammenlegung erfolgt eine Fokussierung des Angebots auf ältere, sozial desintegrierte und gesundheitlich angeschlagene Menschen, die seit Jahren von Suchtmitteln abhängig sind. Abklärungen haben ergeben, dass für diese Zielgruppe in der Stadt Zürich ein Mangel an privaten Angeboten besteht. Das Betreute Wohnen City verfügt nun über 45 Plätze, verteilt auf zwei Standorte. Die Einrichtung ist als Heim anerkannt und wird vom Kantonalen Sozialamt unterstützt.



Wer eine Jobkarte besitzt, kann sich für stunden- und tageweise Arbeitseinsätze in den Betrieben des Geschäftsbereichs Sucht und Drogen einschreiben. (Bild: Samuel Wimmer)

### Grosse Nachfrage nach Jobkarten-Einsätzen

Nach einem Rückgang 2008, der vor allem auf die Reorganisation der Jobkartenbetriebe zurückzuführen ist, ist die Zahl der mit der Jobkarte geleisteten Arbeitsstunden 2010 zum zweiten Mal in Folge angestiegen (vgl. Tabelle Spezifische Kennzahlen Sucht und Drogen). Wie die Zahlen belegen, wird damit ein reelles Bedürfnis nach niederschweligen Arbeitsplätzen in der Stadt Zürich abgedeckt. Es stehen Plätze in Werkstätten und Treffpunkten sowie in den Kontakt- und Anlaufstellen zur Verfügung. Die Tätigkeit wird mit sechs Franken pro Stunde entlohnt. Im Vordergrund des Angebots steht jedoch nicht die Entschädigung, die auf 300 Franken monatlich beschränkt ist, sondern die soziale Integration der Klientinnen und Klienten.

### Umbau der Polikliniken Crossline und Lifeline

Von Mai bis November 2010 wurden die Polikliniken Crossline und Lifeline, die Substitutionstherapien für Drogen konsumierende Menschen anbieten, umgebaut. Die teils veralteten Räume wurden renoviert und den Erfordernissen eines modernen Klinikbetriebs angepasst. Das Crossline, das sich in einer städtischen Liegenschaft an der Badenerstrasse befindet, erhielt ein zusätzliches Geschoss; im Gegenzug dazu konnte die von Privaten angemietete Fläche des Lifeline am Seilergraben reduziert werden. Der Hauptstandort der Polikliniken liegt nun an der Badenerstrasse, wo auch der Grossteil der Patientinnen und Patienten betreut wird. Im Lifeline werden nur noch Behandlungen für stabile und sozial integrierte Patientinnen und Patienten durchgeführt. 2010 haben die Polikliniken 218 Menschen medizinisch behandelt und sozialarbeiterisch begleitet.

### Erfahrungen mit Bildungskonzepten in Kitas

Der Geschäftsbereich Kinderbetreuung hat sich auch 2010 intensiv mit dem Thema Bildungsorientierung in Kitas befasst. Anfang 2010 erschien der 5. Band der Edition Sozialpraxis mit dem Titel «Bauen, schaufeln, transportieren: Wie Kitas frühkindliches Lernen fördern können». Darin werden die Erfahrungen dargestellt, die der Verbund Artergut, einer der drei städtischen Kita-Verbünde, im Rahmen des Projektes «Bildung im Frühbereich» mit entsprechenden Konzepten gemacht hat. Die Broschüre stiess in Fachkreisen auf rege Nachfrage und wurde auch in der Presse besprochen. Zusätzlich dazu bietet



Zum bildungsorientierten Arbeiten in Kitas gehört, dass Kinder ihren Schaffenstrieb ausleben können. (Bild: Brigitte Richi)



Der Gemeinderat sagt Ja zur Teillohnarbeit, wie sie die Wäscherei der Sozialen Einrichtungen und Betriebe bietet. (Bild: Samuel Wimmer)

der Geschäftsbereich im Kinderhaus Artergut Hospitationen für Fachleute von privaten Kinderbetreuungseinrichtungen an, die sich vor Ort über bildungsorientiertes Arbeiten informieren möchten. Im Berichtsjahr wurden neun Hospitationen mit insgesamt 35 Personen durchgeführt.

#### **Kitas bieten Ausbildungsplätze für HF-Studierende**

Mit seinen rund 60 Ausbildungsplätzen ist der Geschäftsbereich Kinderbetreuung einer der grössten Anbieter von Lehrstellen im Kita-Bereich im Kanton Zürich. Neben Ausbildungsplätzen für angehende Fachfrauen und Fachmänner Betreuung (FaBe) bietet er seit 2010 auch Plätze für Studierende der Höheren Fachschule für Kindererziehung in Zug an, die den praktischen Teil ihrer Ausbildung in einer städtischen Kita absolvieren möchten. Die städtischen Kitas leisten damit Pionierarbeit für die neue Ausbildung zur Kindererzieherin/zum Kindererzieher HF. Die im Zuge der Umsetzung des Berufsbildungsgesetzes von 2005 entwickelte Ausbildung der Tertiärstufe B dauert drei Jahre für Personen, die bereits über eine Ausbildung im Betreuungsbereich verfügen, bzw. vier Jahre für Quereinsteigerinnen und -einsteiger. Zurzeit beschäftigen die städtischen Kitas fünf HF-Studierende in Teilpensen. Angeleitet werden sie von den Kita-Leiterinnen und -Leitern.

#### **Arbeitsintegration mit neuer Rechtsgrundlage**

Mit dem Gemeindecschluss zur Förderung und Unterstützung der Arbeitsintegration von Jugendlichen und Erwachsenen vom

13. Juni 2010 erhielt die Arbeitsintegration eine neue Rechtsgrundlage (vgl. S. 372). der Beschluss legt fest, dass neue Angebote zur Arbeitsintegration dem Gemeinderat zur Beurteilung vorgelegt werden müssen. Im Anschluss an die Verabschiedung des Gemeindebeschlusses hatte der Gemeinderat daher auch über die Weiterführung der Basisbeschäftigung und der Teillohnprogramme des Geschäftsbereichs zu befinden. Sie wurde grossmehrheitlich befürwortet, womit die städtische Arbeitsintegration nun über ein klares Mandat für alle Angebote verfügt.

#### **Edition Sozialpraxis zu Teillohn und Qualifizierung**

Mit der Mitte Jahr erschienenen Nummer 6 der Edition Sozialpraxis (Titel: «Eingebunden statt aussortiert») machte die Arbeitsintegration der SEB ihre langjährigen Erfahrungen einem interessierten Publikum zugänglich. Die Broschüre präsentiert die Ergebnisse einer qualitativen Studie zu den Städtzürcher Qualifizierungs- und Teillohnprogrammen, welche die Hochschule Luzern – Soziale Arbeit im Auftrag der SEB durchgeführt hat. Darin zeigen die Forscherinnen anhand von Teilnehmenden-Biografien die Stärken und Schwächen der Programme auf und machen Vorschläge zu deren Weiterentwicklung. Die Ergebnisse der Studie, die sich in vielem mit den Analysen des Geschäftsbereichs deckten, fliessen in die Überlegungen der abteilungsübergreifenden Arbeitsgruppe zur Optimierung der Zusammenarbeit in der Arbeitsintegration ein, die 2010 eingesetzt worden ist und ihre Tätigkeit 2011 weiterführen wird.

## 4.6.3 Spezifische Kennzahlen

### Wohnen und Obdach

Plätze	Messgrösse	2006	2007	2008	2009	2010
Notschlafstelle	Bett	55	52	52	52	52
Begleitetes Wohnen	Einzelzimmer	328	332	341	364	361
Betreutes Wohnen	Einzelzimmer	36	36	36	19	19
Familienherbergen	Zimmer	29	35	41	41	44
Übergangsheim Wohnwerkstatt	Einzelzimmer	24	24	24	24	24
Werk- und Wohnhaus zur Weid <sup>1</sup>	Bett	55	55	55	63	70
Jugendwohngruppen <sup>2</sup>	Einzelzimmer	48	48	51	39	28
Notwohnungen	Wohnung	241	250	285	334	317

Definitionen:

<sup>1</sup> Im Sommer 2009 wurde das neue Wohnhaus II in Betrieb genommen. Dadurch erhöhte sich die Anzahl Wohnplätze von 55 auf 70.

<sup>2</sup> Die Neupositionierung des Angebots führte zu einer Erhöhung der Betreuungsintensität und einer Reduktion auf 28 Wohnplätze.

### Wohnen und Obdach

Aufenthaltstage/Übernachtungen	2006	2007	2008	2009	2010
Notschlafstellen	9 678	8 419	10 529	14 219	15 451
Begleitetes Wohnen	108 767	109 432	115 057	118 736	116 066
Betreutes Wohnen	5 040	10 376	9 696	6 085	6 755
Familienherbergen	10 013	14 003	19 015	26 459	26 717
Übergangsheim Wohnwerkstatt	7 887	7 531	8 248	8 122	8 961
Werk- und Wohnhaus zur Weid	20 223	19 336	19 740	20 103	23 454
Jugendwohngruppen	16 837	15 171	16 001	10 692	8 730
Notwohnungen <sup>1</sup>	283 970	268 742	323 960	335 129	229 415

Definition:

<sup>1</sup> Die Einführung der Vollkostenpreise mit Verrechnung der ambulanten Betreuung führte zu einem deutlichen Rückgang der Nachfrage.

### Sucht und Drogen

Plätze		2006	2007	2008	2009	2010
Kontakt- und Anlaufstellen	in Aufenthaltsräumen	124	124	124	124	124
	in Injektionsräumen	24	26	26	26	25
	in Rauchräumen	27	32	32	32	34
Treffpunkte city und t-alk		74	74	72	72	72
Frauenberatung Flora Dora	im Bus	7	7	7	7	7
Polikliniken Crossline und Lifeline	diaphin- (heroin-), methadon- und subutexgestützte Behandlung	152	166	166	166	166

## Sucht und Drogen

Gassenpräsenz	Messgrößen	2006	2007	2008	2009	2010
sip züri <sup>1</sup>	Soziale Interventionen <sup>2</sup>	4986	8987	12754	17064	–
	Medizinische Interventionen	1114	1591	3915	5510	–
	Ordnungsdienstliche Interventionen	5410	7282	6638	10843	–
	Übrige	4892	5135	5519	5191	–
	Interventionen Erwachsene	–	–	–	–	33120
	Interventionen Jugendliche	–	–	–	–	17191
Jugendberatung Streetwork <sup>3</sup>	Präsenzstunden Gasse	3940	4325	4155	3855	1899
Frauenberatung Flora Dora	Präsenzstunden Gasse	1130	1140	1011	1370	1808

Definitionen:

<sup>1</sup> Stetiger Anstieg infolge Ausbaus der Interventionen von sip züri gegen Jugendgewalt im öffentlichen Raum. Seit 2010 werden die Interventionen nach Zielgruppen erfasst.

<sup>2</sup> Eine Intervention hat zum Ziel, die soziale Integration, den Gesundheitszustand oder die subjektive Sicherheit zu erhalten bzw. zu verbessern.

<sup>3</sup> Die Gassenpräsenz wurde zugunsten vertiefter Sozialarbeit reduziert.

## Sucht und Drogen

Jobkarte	Messgrößen	2006	2007	2008	2009	2010
Tages- und Kurzeinsätze	Stunden/Jahr	130492	130768	106076	130247	146733
Teilnehmende	Personen	705	630	583	645	671

## Kinderbetreuung

Plätze	2006	2007	2008	2009	2010
Verbund Artergut <sup>1</sup>	78	78	79	80	81
Verbund Entlisberg <sup>2</sup>	162	162	114	121	123
Verbund Schwamendingen <sup>3</sup>	76	76	71	71	72

Definitionen:

<sup>1</sup> umfasst Kinderhaus Artergut, Kindertagesstätten In Böden und Käferhaus.

<sup>2</sup> umfasst Kinderhaus Entlisberg, Kindertagesstätten Paradies und Selnau; ab 2008 ohne Hortplätze.

<sup>3</sup> umfasst Kinderhaus Schwamendingen, Kindertagesstätten Herbstweg und Mattenhof.

## Kinderbetreuung

Betreute Kinder <sup>1</sup>	2006	2007	2008	2009	2010
Verbund Artergut	123	124	126	126	123
Verbund Entlisberg	191	188	199	206	199
Verbund Schwamendingen	103	99	80	80	85

Definition:

<sup>1</sup> Ab 2010 wird neu nicht mehr das Total der in einem Jahr betreuten Kinder ausgewiesen, sondern die Anzahl Betreuungsverhältnisse am 31. Dezember (auch für die Vorjahre).



## Kinderbetreuung

Eintritte	2006	2007	2008	2009	2010
Verbund Artergut	58	46	37	44	38
Verbund Entlisberg	91	90	96	94	88
Verbund Schwamendingen	45	41	30	43	34

## Kinderbetreuung

Austritte	2006	2007	2008	2009	2010
Verbund Artergut	60	45	35	44	41
Verbund Entlisberg	73	93	85	87	95
Verbund Schwamendingen	34	45	49	43	29

## Arbeitsintegration

Plätze	2006	2007	2008	2009	2010
Basisbeschäftigung	10	95	178	144	121
Teillohn	116	337	414	426	480
Qualifikation	277	174	107	114	52
Back to School <sup>1</sup>	–	–	–	–	7
Gemeinnützige Arbeit	–	114	148	182	195
Regelmässige Beschäftigung <sup>2</sup>	181	–	–	–	–
Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene	96	97	98	89	90
Dauerarbeitsplätze und Berufliche Massnahmen IV	74	76	76	62	60

Definitionen:

<sup>1</sup> Bis 2009 wurde das Programm Back to School in den Kennzahlen zur Qualifikation ausgewiesen.

<sup>2</sup> Die Plätze der Regelmässigen Beschäftigung wurden in Plätze der Teillohnprogramme, der Basisbeschäftigung und der Gemeinnützigen Arbeit umgewandelt.

## Arbeitsintegration

Teilnehmende	2006	2007	2008	2009	2010
Basisbeschäftigung	128	1 135	2 139	1 730	1 447
Teillohn	294	537	617	601	793
Qualifikation	869	475	396	291	135
Back to School	–	–	–	–	29
Gemeinnützige Arbeit	–	188	231	258	295
Regelmässige Beschäftigung	346	–	–	–	–
Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene	253	249	264	243	253
Dauerarbeitsplätze und Berufliche Massnahmen IV	149	159	141	130	131
Personalvermittlung und Bewerbungscoaching	–	51	104	93	119

## Arbeitsintegration

Vermittlungserfolge <sup>1</sup>	2006	2007	2008	2009	2010
Basisbeschäftigung	12	11	15	10	9
Teillohn	35	23	26	24	22
Qualifikation	37	48	50	48	47
Back to School	–	–	–	–	95
Gemeinnützige Arbeit	–	32	27	19	20
Regelmässige Beschäftigung	11	–	–	–	–
Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene	51	62	51	61	59
Personalvermittlung und Bewerbungscoaching	–	44	56	56	48

Definition:

<sup>1</sup> in Prozent der ausgetretenen Teilnehmenden

## 5. Parlamentarische Vorstösse

### I. Unerledigte Motionen und Postulate

Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2010)

Motionen und Postulate, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

MOT = Motion (Erledigungsfrist zwei Jahre nach Überweisung)

POS = Postulat (Erledigungsfrist zwei Jahre nach Überweisung)

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2001/002256 2001/000595	25.08.1999 21.11.2001	Bögle Heinz und Dettli Reto Industriequartier, Bau eines Quartierzentrums

*Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage für den Bau eines Quartierzentrums im Industriequartier zu unterbreiten.*

Der Stadtrat plant auf dem Areal «Schütze» im Industriequartier ein neues Schulhaus mit integriertem Quartierzentrum, das den Anliegen des Postulats Rechnung tragen soll. Im Rahmen der gesamtstädtischen Investitionsplanung hat der Stadtrat die Planung des Projekts allerdings bis auf Weiteres zurückgestellt.

Anfang Mai 2010 hat die Stadt das Areal der Quartierbevölkerung mit einem Frühlingfest zur Zwischennutzung übergeben. Im Rahmen der Aktion «Grüner Daumen» wurde im Sommer in temporären Gartenbeeten gepflanzt und geerntet. Ein von Kindern gestaltetes Spielfeld lädt Kinder aus dem Quartier zum Entdecken und Erkunden ein. Die «Zwischennutzung Schütze-Areal» ist ein Gemeinschaftsprojekt von Grün Stadt Zürich, der Quartierkoordination und Spielanimation der Kreise 3, 4 und 5 und Megaphon. Die Quartierkoordination Kreise 3, 4 und 5, ein Angebot des Sozialzentrums Ausstellungsstrasse, koordiniert und begleitet Projekte und unterstützt Ideen zur Umsetzung.

POS 2005/001481 2005/000511	30.11.2005 05.12.2007	Liebi Roger und Tuena Mauro Drogenpolitik, abstinentorientierte Botschaft
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie kurzfristig durch eine klare Botschaft für eine Drogenpolitik, welche besonders auch die Drogenabstinenz zum Ziel hat, auf die Gefährlichkeit von harten Drogen wie z. B. Kokain hingewiesen werden kann. Durch gezielte Prävention in Schulen, aber auch zusammen mit Arbeitgebern und Arbeitgeberorganisationen in Unternehmungen muss diese Botschaft verbreitet werden.*

Der Leistungsausweis der Zürcher Drogenpolitik fällt seit der erfolgreichen Räumung der offenen Drogenszenen Mitte der 1990er-Jahre insgesamt positiv aus: Ein Blick auf die Statistik zeigt, dass seit 1993 immer weniger Personen wegen Drogenkonsums sterben. Ebenfalls statistisch belegbar ist die erfolgreiche Reduktion um über 80 % der Infektionen mit HIV bei Drogenkonsumierenden. Eine 2006 veröffentlichte Studie der beiden Forscher Carlos Nordt und Rudolf Stohler von der Psychiatrischen Universitätsklinik bestätigt die positive Bilanz: Seit der Einführung der Vier-Säulen-Strategie hat die Anzahl der neuen Heroinabhängigen abgenommen. Im Jahr 1991 lag die Zahl der Neueinsteiger für den Kanton Zürich bei 850 Personen. Zehn Jahre später waren es noch rund 150. Im Gegensatz zum Heroinkonsum ist aber beim Kokainkonsum in den letzten zehn Jahren eine steigende Tendenz zu verzeichnen: In der Schweizerischen Gesundheitsbefragung haben im Jahr 2007 3,8 % der Männer und 1,7 % der Frauen angegeben, schon einmal Kokain konsumiert zu haben, wobei der Anteil jener, die angaben, aktuell zu konsumieren, weit unter 1 % liegt. Dieser Anteil ist im Vergleich zum Jahr 2002 gestiegen. Damals sagten 2,5 % der Männer und 1 % der Frauen, schon einmal Kokain konsumiert zu haben. Dieser Tendenz begegnet die Stadt Zürich mit zahlreichen präventiven Massnahmen, die zum Ziel haben, das Risikobewusstsein zu stärken. Seit 2001 informiert die Jugendarbeit Streetwork des Sozialdepartements Jugendliche und junge Erwachsene im Rahmen ihrer Präventionsarbeit an Schulen und an Partys gezielt über Risiken und Gefahren des Suchtmittelkonsums. Dabei wird insbesondere die Botschaft vermittelt, dass Designerdrogen und Kokain gefährlich sind und ein hohes Risikopotenzial aufweisen, dass sie leistungsschwächend sind und teilweise abhängig machen können. Im Rahmen ihrer Präventionsarbeit tragen das Sozialdepartement sowie das Schul- und Sportdepartement massgeblich dazu bei, dass der Konsum von Designerdrogen und Kokain als höchst riskantes und gefährliches Verhalten wahrgenommen wird und immer weniger als harmloses Partyvergnügen.

POS 2006/000582 2006/000205	31.05.2006 22.10.2008	Gut Susi und Schwyn Markus Sozialhilfe, Direktüberweisung von Mieten und Krankenkassenprämien
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie wiederholt künftig bei Sozialhilfeempfängern, welche die Miete oder die Krankenkassenprämie nicht bezahlen, diese jeweils direkt vom Sozialamt dem Vermieter beziehungsweise der Krankenkasse überwiesen werden kann. Rückvergütungen der Krankenkasse sollen an das Sozialamt erfolgen, um die Forderungen der Leistungserbringer zu befriedigen.*

Mit der Teilrevision des kantonalen Einführungsgesetzes zum Krankenversicherungsgesetz (EG KVG) schlägt die kantonale Gesundheitsdirektion vor, dass bei Prämienübernahmen durch die Sozialhilfe die Zahlungen immer direkt an die Versicherer erfolgen. Dieser Gesetzesentwurf ist in der Vernehmlassung und würde im Bereich der Krankenkassenprämien die Zweckentfremdung verhindern.

Parallel dazu prüfen die Sozialen Dienste einen optimierten Prozess für die gesamte Krankenkassenadministration, der mit einer generellen Abtretung dieser Aufgaben von den SozialhilfebezügerInnen an die Sozialen Dienste verbunden wäre. Damit würden alle Zahlungen in diesem Bereich nur noch direkt zwischen den Krankenkassen und den Sozialen Diensten erfolgen.

Bezüglich Miete ist keine generelle Direktzahlung durch die Sozialen Dienste vorgesehen. Wenn der Klient oder die Klientin jedoch aufgrund der Einschätzung des Fallführenden nicht in der Lage ist, seinen Verpflichtungen selbständig nachzukommen, wird eine Direktzahlung der Miete durch die Sozialen Dienste vorgenommen.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2007/000355 2007/000168	28.03.2007 05.11.2008	Danner Ernst und Meier Daniel Integration von Kleinkindern aus fremdländischen Kulturen, Kursangebot

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er, evtl. auch in Zusammenarbeit mit privaten Anbietern, ein kostengünstiges Angebot an Kursen, welche die Integration und den Umgang mit Kleinkindern aus fremdländischen Kulturen vermitteln, schaffen kann.*

Mit dem Legislatorschwerpunkt «Frühförderung – gute Startchancen für alle Kinder» verfolgt der Stadtrat in den nächsten vier Jahren das Ziel, die Entwicklungsbedingungen für Kinder im Vorschulalter zu verbessern. Einen besonderen Schwerpunkt bilden dabei Massnahmen zugunsten von Kindern aus sozial benachteiligten Familien. Dabei handelt es sich um Kinder aus Schweizer Familien wie auch um Kinder ausländischer Herkunft. Einerseits soll der Zugang zur Regelstruktur wie beispielsweise Kitas für diese Kinder verbessert werden, und andererseits sollen die Kitas noch stärker auf Bildungs- und Förderaspekte und auf den besonderen Bedarf von Kindern aus sozial benachteiligten Familien ausgerichtet werden. Die entsprechende Schulung des Kita-Personals ist dabei zentral. Im Projekt «Bildungsorientierung in Kitas» wird das Personal der teilnehmenden Kitas in Zürich-Nord weitergebildet und bei der Umsetzung der neuen Ansätze in die Praxis begleitet.

POS 2007/001257 2007/000629	29.11.2007 14.12.2007	Spieler Frauenfelder Marianne Oberstufe der Volksschule, Anschlussangebote
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie ein wirksames «Schul-Anschluss-Coaching» eingerichtet werden kann. Dazu sind namentlich die folgenden Massnahmen zu berücksichtigen:*

- 1. In den Oberstufenschulhäusern werden als Ergänzung zur Schulsozialarbeit zusätzliche Stellenprozent für ein «Schul-Anschluss-Coaching» eingesetzt. Am Ende der Schulpflicht erstattet diese Stelle der Kreisschulpflege und dem Team Coaching 16:25 der Sozialen Dienste für jede Schülerin und jeden Schüler Bericht über die gesicherte Nachfolgelösung. Das «Schul-Anschluss-Coaching» ist analog der Schulsozialarbeit einem Departement anzugliedern.*
- 2. Bei den Brückenangeboten muss ebenfalls ein «Schul-Anschluss-Coaching» eingerichtet werden. Beim Ausschluss bzw. Abbruch des Brückenangebots erstattet diese Stelle Bericht an die Kreisschulpflege und an das Team Coaching 16:25.*
- 3. Ein Ausschluss oder Abbruch der Lehrstelle muss durch das Amt für Berufsbildung ebenfalls ans Team Coaching 16:25 gemeldet werden.*

Das im Postulat formulierte Grundanliegen ist inzwischen schweizweit erkannt: Das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie hat im Jahr 2007 Grundsätze zur Umsetzung des Case Management Berufsbildung in den Kantonen formuliert. Ziel des Case Management ist zu verhindern, dass Jugendliche aus dem Berufsbildungssystem hinausfallen bzw. dazu beizutragen, dass sie zu einem ersten nachobligatorischen Abschluss kommen. Voraussetzung dafür ist, dass die Risikogruppen frühzeitig identifiziert, erfasst und beobachtet werden. Für die Umsetzung des Case Management sind die Kantone zuständig. Sie sollen ein Gesamtkonzept erarbeiten, das bereits bestehende Massnahmen und Instrumente berücksichtigt. Im Kanton Zürich hat die Bildungsdirektion im März 2010 das Projekt «Case Management Berufsbildung» gestartet. In den zwei Pilotregionen Dielsdorf und Urdorf werden erste Erfahrungen gesammelt. Die Stadt Zürich steht zurzeit in Verhandlungen mit dem Kanton, um ein Pilotprojekt zum Case Management im städtischen Umfeld zu starten. Die daraus entstehenden Erfahrungen und Erkenntnisse müssen abgewartet werden, um abschätzen zu können, ob und wieweit das Case Management die Erwartungen des Postulats erfüllt.

POS 2008/000048 2008/000021	16.01.2008 04.06.2008	Rabelbauer Richard und Widler Josef SKOS, Anpassung der Richtlinien
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, im Rahmen seiner Mitarbeit innerhalb der SKOS darauf hinzuwirken, die Richtlinien für die Ausgestaltung und Bemessung der Sozialhilfe noch stärker auf den Aspekt auszurichten, dass sich Erwerbsarbeit – in Bezug auf ein in der Wirtschaft bei ähnlichen Voraussetzungen übliches Lohnniveau, unter Berücksichtigung des insgesamt verbleibenden verfügbaren Einkommens – im Vergleich zur Höhe der Sozialhilfeleistungen lohnt.*

Die Richtlinien der SKOS setzen Anreize zur Erwerbsaufnahme und zur Ausweitung einer bestehenden Erwerbstätigkeit. Mit der Gewährung von Einkommensfreibeträgen (EFB) für Erwerbstätige (Working Poor) wird dem Grundsatz «Arbeit soll sich lohnen» Folge geleistet. Die SKOS empfiehlt den Kantonen, auf Erwerbseinkommen aus dem ersten Arbeitsmarkt von über 16-jährigen unterstützten Personen einen Freibetrag innerhalb der Bandbreite von 400 bis 700 Franken pro Monat zu gewähren.

Der Stadtrat engagiert sich in den zur Verfügung stehenden Gefässen (z. B. im Rahmen der Mitarbeit innerhalb der SKOS) kontinuierlich dafür, dass dem Grundsatz «Arbeit soll sich lohnen» Rechnung getragen wird. Das formulierte Anliegen ist auch weiterhin ein Thema auf der stadträtlichen Agenda.

POS 2008/000731 2008/000318	02.07.2008 06.10.2010	CVP-Fraktion Beauftragte oder Beauftragter für Kinderfragen, Stellenschaffung
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass sämtliche öffentlichen Bauvorhaben auf ihre Kinderverträglichkeit überprüft werden.*

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
---	------------------------------------	--

POS 2009/000336 2009/000115	01.04.2009 06.10.2010	Bischof Jris und von Matt Hans Urs Einrichtung für Jugendarbeit im Quartier Friesenberg
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie möglichst bald im Quartier Friesenberg eine feste Einrichtung für Jugendarbeit eingerichtet werden kann. Diese soll die bestehenden Angebote mobiler Jugendarbeit nicht konkurrenzieren, sondern sinnvoll ergänzen.*

Das Quartiernetz Friesenberg hat 2008 neben der aufsuchenden Jugendarbeit eine Erhöhung der Schulsozialarbeit in den Schulhäusern Döltzchi und Borweg sowie einen SchülerInnenreff im mittleren Friesenberg beantragt. Neben der aufsuchenden Jugendarbeit wurde auch das Pensum der Schulsozialarbeit erhöht. Die mit zusätzlichen Ressourcen ausgestattete aufsuchende Jugendarbeit soll ausgewertet werden, um den Bedarf nach zusätzlicher Jugendarbeit in diesem Sozialraum zu klären. Zudem hat das Quartiernetz Friesenberg 2009 einen Beitrag erhalten, um ein Konzept für einen SchülerInnenreff im mittleren Friesenberg zu erstellen. Die Ergebnisse liegen noch nicht vor.

POS 2010/000042 2010/000014	06.01.2010 06.10.2010	Bloch Süss Monika und Wyss Thomas Bericht zur Armutssituation in der Stadt Zürich
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie in regelmässigen Abständen ein Armutsbericht für die Stadt Zürich verfasst werden kann.*

POS 740.110.110-005 2010/001040 2010/000465	10.11.2010 01.12.2010	Rutherfordood Catherine Erhöhung des städtischen Beitrags an den Verein Fachstelle für Schuldenfragen
--	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, den Betrag des Beitrags an den Verein Fachstelle für Schuldenfragen im Kanton Zürich anzupassen und dem Gemeinderat einen Antrag um Erhöhung zu stellen, der schon vor Ablauf der mit Weisung 2010/395 beschlossenen Beitragsperiode wirksam werden kann.*

Ziel der Erhöhung des Beitrags soll sein,

- das Beratungsangebot möglichst niederschwellig zu machen und bürokratische Hürden, die den Zugang zur persönlichen Beratung erschweren, zu beschränken;
- die Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt und dem Verein so auszugestalten, dass die Nachfrage der BewohnerInnen der Stadt Zürich gedeckt werden kann.

## II. Abschreibungsanträge für Motionen und Postulate

Postulate, für die der Stadtrat dem Gemeinderat den Antrag auf Abschreibung stellt.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2005/001428 2005/000485	23.11.2005 16.12.2005	Recher Anja Soziale Dienste, Anstellung von Fachpersonen für Mietverträge

*Der Stadtrat wird ersucht, zu prüfen, verstärkt die Mietverträge der KlientInnen der Sozialhilfe auf mietrechtlich ausgewiesene Reduktionsmöglichkeiten zu überprüfen.*

Im Jahre 2009 erfolgte eine Überprüfung der Mietverhältnisse anhand eines geregelten und strukturierten Ablaufs. Dazu wurde ein Leitfaden erstellt, der Schritt für Schritt festlegt, wie vorzugehen ist. Es fand eine Überprüfung sämtlicher Fälle statt, bei welchen der Mietvertrag oder die letzte Mietzinserhöhung auf einem Hypothekenzins von mindestens 3.25% basiert und welche einen Nettomietzins von mehr als 1600 Franken aufweisen. Wo diese Kriterien vorlagen, wurde bei den jeweiligen Vermietern und Vermieterinnen ein Senkungsbegehren eingereicht.

Eine Auswertung dieser Massnahme zeigt, dass sich die Mietkosten nur geringfügig verändert haben. Mietzinsreduktionen dürfen nicht allein als Folge der Massnahmen interpretiert werden. Einerseits dürfte ein Teil der VermieterInnen bereits vor der Intervention der Sozialen Dienste eine Mietzinsreduktion gewährt haben. Andererseits gibt es neben der Veränderung des Referenzzinssatzes noch andere Faktoren, welche die Mietkosten beeinflussen.

In der Praxis zeigte sich, dass die Umsetzung dieser Massnahme einen enormen Aufwand, ausgelöst durch eine ganze Reihe administrativer Schritte, bedeutet. Es wird deutlich, dass der durch diese Massnahme entstandene Aufwand nicht durch deren Nutzen ausgeglichen, geschweige denn übertroffen wird. Aus diesem Grund und im Rahmen der Verhältnismässigkeit wurde entschieden, dass bei einer neuerlichen Senkung des hypothekarischen Referenzzinssatzes auf eine erneute flächendeckende Überprüfung der Mietverhältnisse verzichtet wird.

Der Leitfaden zur Überprüfung der definierten Mietverhältnisse steht den Sozialarbeitenden jedoch weiterhin zur Verfügung, so dass jederzeit eine Mietzinssenkung eingefordert werden kann.

Die im Postulat geforderte Überprüfung ist durchgeführt worden. Das Postulat ist als erfüllt abzuschreiben.

POS 2006/000466 2006/000131	28.04.2006 21.06.2006	FDP-Fraktion Pflegekindervermittlung, Qualitätssicherung
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen,*

- wie eine den hohen Ansprüchen für Kinderbetreuung entsprechende Qualifikation – und deren regelmässige Überprüfung – von Personen und Institutionen sichergestellt werden kann, welche in der privaten Vermittlung von Pflegekindern tätig sind, einschliesslich der sogenannten Timeout-Platzierungen; diese Massnahme ist so lange zu führen, bis der Kanton diese Aufgabe übernimmt;*
- wie die von privaten Vermittlern bzw. Institutionen getroffenen Massnahmen für die Betreuung der platzierten Pflegekinder regelmässig überprüft werden können.*

Die Sozialen Dienste der Stadt Zürich haben mit 11 Familienplatzierungsorganisationen (FPO) Rahmenverträge abgeschlossen. Die Vertragspartner decken den Bedarf von Timeout-, kurz- und langfristigen Platzierungen in ausgewählte Pflegefamilien in der Schweiz ab. Für alle Vertragspartner gelten dieselben qualitativen Vorgaben, vergleichbar mit den Vorgaben von Integras für das neu lancierte Qualitätslabel.

Folgende Qualitätsüberprüfungen haben im Berichtsjahr stattgefunden: Jahresgespräche, Reportingdaten zu Anzahl Pflegekinder in einer Familie, Dauer und Abbrüche der Pflegeverhältnisse sowie Personalschlüssel, Qualifikation des Personals, Ausbildung und Betreuung der Pflegefamilien, Stichproben und Besuche bei Pflegefamilien durch die Fachstelle Pflegekinder.

2009 wurde das Reporting nochmals ausgebaut und zusätzlich werden nun auch Daten zu den Leistungen (Anzahl Stunden in Familie, Anzahl Stunden für Einzelgespräche mit dem Kind, Standortgespräche, Begleitung Herkunftssystem, Krisenintervention) erhoben.

Eine regelmässige und konsequente Qualitätsüberprüfung findet nun jährlich wiederkehrend statt. Die Qualitätsentwicklung bei den Familienplatzierungsorganisationen wird gefördert und findet breite Unterstützung durch die neue kantonale Bewilligungspflicht und das schweizweite Qualitätslabel für FPO von Integras.

Die im Postulat geforderte Überprüfung ist erfüllt. Das Postulat kann abgeschrieben werden.



<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 2007/000489 2007/000241	09.05.2007 05.11.2008	Katumba Andrew und Barzotto Myriam Krippen und Horte, Verlängerung der abendlichen Öffnungszeiten

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie einzelne Krippen und Horte in der Stadt Zürich abends länger geöffnet bleiben können, so dass die Kinderbetreuung auch für Eltern, die am Abend länger arbeiten, gewährleistet werden kann.*

Zwei Kindertagesstätten (Kita) der Sozialen Einrichtungen und Betriebe sowie drei private Kitas bieten – teilweise seit vielen Jahren – Öffnungszeiten bis 20 bzw. 21 Uhr an, die auch flexibel genutzt werden können. Diese Kitas liegen in den Kreisen 1, 2, 5, 9 und 12 und sind damit gut über die Stadt verteilt. Eine der beiden städtischen Kitas bietet zudem seit 20 Jahren Übernachtungen und Wochenendbetreuung für Kinder Schicht arbeitender Eltern an. In der anderen städtischen Kita musste das Übernachtungsangebot mangels Nachfrage wieder eingestellt werden, obwohl es erst aufgrund eines als dringend formulierten Bedarfs geschaffen wurde.

Als besondere Herausforderung an Organisation und Personal sowie Kostenmanagement wird die Notwendigkeit bezeichnet, den in den späten Abend hinein betreuten Kindern eine «Kinderwelt» zu bieten, in der sie sich nicht «übrig geblieben» vorkommen. Auch fängt die Kindergruppen-Atmosphäre die Unsicherheiten vor allem der unregelmässigen Betreuung noch stärker auf als eine stabile Erwachsenenbeziehung, kann diese allerdings nicht ersetzen. Wenn beide Voraussetzungen erfüllt sind, machen die Eltern vermehrt von der Abendbetreuung Gebrauch, wobei sie jedoch mehr Gewicht auf Regelmässigkeit und Zugehörigkeit als auf Flexibilität legen.

Einigermassen kindergerecht und damit für Eltern im notwendigen Ausmass nutzbar sowie mit vertretbaren Kosten lassen sich verlängerte Öffnungszeiten nur in grossen Institutionen realisieren, in denen idealerweise mit zusätzlichen Angeboten Synergien gewonnen werden können. Beispielsweise mit Übernachtung und stationärer Krisenintervention wie im städtischen Kinderhaus Entlisberg. Aber auch dort ist die Nutzung der Zusatzangebote entgegen aller Prognosen seit Jahren konstant gering – lediglich die Abendbetreuung hat in den letzten drei Jahren leicht zugenommen.

Alle Kitas mit verlängerten Öffnungszeiten haben die Erfahrung gemacht, dass die konkrete Nachfrage nie den Bedarfsmeldungen entspricht, unabhängig davon, ob hohe Kosten selber getragen werden müssen oder die Mehrkosten in den Tarifen inbegriffen sind. Wobei auch mit den höchsten Stundentarifen – bis 60 Franken pro angebrochene Stunde – die entstehenden Kosten nicht gedeckt sind. Ins Bild passt, dass in den beiden privaten Kitas mit nur oder einem grossen Teil von voll zahlenden Eltern zwar die langen Öffnungszeiten als wichtigster Grund für die Wahl der Kita angegeben, dann aber doch kaum genutzt werden. Hier rechnet sich das Angebot lediglich aus Marketingsicht. Auch in der Vergangenheit haben immer wieder private Kitas aufgrund von Bedarfsmeldungen durch Eltern Abend-, Nacht- oder Wochenendbetreuungen aufgebaut, diese jedoch rasch wieder eingestellt, da sie kaum oder gar nicht genutzt wurden.

Im Rahmen des Massnahmenplans Kinderbetreuung wurde in Zürich-Affoltern während drei Jahren der Einsatz von Patengrosseltern für die Betreuung in Randzeiten erfolgreich getestet. Die Ergebnisse fliessen in Folgeprojekte in anderen Quartieren ein. Im Vergleich zu anderen Betreuungsformen ist das dank fachlicher Begleitung qualitativ gut abgesicherte Angebot sehr kostengünstig und erfordert bei der geplanten Ausweitung auf die gesamte Stadt nur einen geringen Koordinationsaufwand. Aufgrund der Budgetsituation sind die Folgeprojekte und die Überführung in das Regelangebot in Zürich-Affoltern zurzeit sistiert. Damit ist unsicher, ob die stadtweite Ausweitung realisiert werden kann oder ob die gewonnenen Erkenntnisse verloren gehen. Der Ausbau der Betreuung in Tagesfamilien verläuft sogar rascher als geplant. Auch hier wird jedoch in den Randstunden weniger die Flexibilität als eine regelmässige Betreuung genutzt. Ein ständiges Sicheinstellen auf andere Betreuungszeiten strapaziert diese Betreuungsform stark – für die betreuenden wie auch für die abgebenden Familien.

Das Postulat ist als erfüllt abzuschreiben.

POS 2007/000684 2007/000363	20.06.2007 22.10.2008	Leiser Albert und Schlatter Hedy Sozialhilfe, Vermeidung der Zweckentfremdung von Beiträgen
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, mit welchen saldoneutralen Massnahmen bei der Fallführung der Sozialhilfe vermieden werden kann, dass die für die Bezahlung der Miete oder der Krankenkassenprämien vorgesehenen Beträge durch Sozialhilfebezüger zweckfremd verwendet werden können.*

Allen Hinweisen von Vermieterinnen und Vermietern, Krankenkassen und Drittpersonen im Allgemeinen bezüglich Zweckentfremdung oder missbräuchlichem Bezug von wirtschaftlicher Hilfe wird systematisch nachgegangen. Aus Datenschutzgründen kann jedoch insbesondere den meldenden Drittpersonen nicht bestätigt werden, dass es sich bei den betreffenden Personen um SozialhilfebezügerInnen handelt. Genauso dürfen auch keine Rückmeldungen über allfällige Befunde und getroffene Massnahmen gemacht werden.

Die Zweckentfremdung von ausbezahlten Mieten und Krankenkassenprämien wird als unrechtmässig bezogene wirtschaftliche Hilfe behandelt und zurückgefordert. Dies erfolgt über eine monatliche Kürzung des berechneten sozialen Existenzminimums um bis zu 15% so lange, bis der geschuldete Betrag getilgt ist.

Pendent ist eine Teilrevision des kantonalen Einführungsgesetzes zum Krankenversicherungsgesetz (EG KVG), die zurzeit in der Vernehmlassung ist. In diesem Entwurf schlägt die kantonale Gesundheitsdirektion vor, dass bei Prämienübernahmen durch die Sozialhilfe die Zahlungen immer direkt an die Versicherer erfolgen sollen.

Die Sozialen Dienste prüfen ausserdem einen optimierten Prozess für die gesamte Krankenkassenadministration, der mit einer generellen Abtretung dieser Aufgaben von den SozialhilfebezügerInnen an die Sozialen Dienste verbunden wäre. Damit würden alle Zahlungen in diesem Bereich nur noch direkt zwischen den Krankenkassen und den Sozialen Diensten erfolgen.

Die im Postulat geforderte Überprüfung ist erfolgt. Das Postulat kann als erfüllt abgeschrieben werden.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2008/000047 2008/000020	16.01.2008 04.06.2008	Liebi Roger und Bartholdi Roger Sozialarbeitende, Ausbau der Kontakte zur Klientel

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Kontakte von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern zu ihren Klienten mindestens quartalsweise stattfinden können und die Situation überprüft wird.*

Die gesellschaftliche Integration der Klientinnen und Klienten ist ein zentraler Auftrag der Sozialen Dienste. Dieses Ziel wird massgeblich über die aktive Fallbearbeitung, d. h. häufige Klientenkontakte und intensive Auseinandersetzung mit der Situation der Klientinnen und Klienten, erreicht. Die Bemühungen um eine aktivere Fallarbeit wurden von den Sozialen Diensten ab 2008 verstärkt.

Einerseits konnten im Jahr 2008 die personellen Ressourcen der Sozialen Diensten erheblich aufgestockt werden (plus 42 Stellen). Die Fallbelastung pro Sozialarbeitendem wurde von 120 Fällen auf 100 Fälle gesenkt. Dadurch steht den Fallführenden mehr Zeit für die Arbeit in den einzelnen Fällen zur Verfügung. Dies ist die Grundvoraussetzung für häufigere Klientenkontakte.

Andererseits wurden 2008 in allen Zentren Sofortmassnahmen zur Förderung der aktiveren Fallarbeit eingeleitet:

- Es finden häufigere Beratungsgespräche mit den Klientinnen und Klienten statt.
- Die Arbeitsintegrationsbemühungen der Klientinnen und Klienten werden enger begleitet.
- Die kollegiale Fallberatung zwischen den Sozialarbeitenden wird verstärkt. Die kollegiale Beratung ist ein sehr effizientes Mittel, um ein noch zielführenderes Vorgehen in der Fallbearbeitung festzulegen.

Diese Massnahmen wurden 2009 und 2010 weitergeführt.

Zusätzlich wurden ab 2010 in den Zentren folgende Massnahmen zur Aktivierung der Fallarbeit umgesetzt:

- Bei jedem Leistungsentscheidungsgespräch wird zusammen mit den Klientinnen und Klienten ein Entwicklungsziel formuliert, das periodisch überprüft wird.
- In den Quartierteams findet der Ersttermin mit dem Klienten oder der Klientin spätestens nach vier Wochen statt. So werden die Integrationsbemühungen im Übergang zwischen Intake und Quartierteam nicht unterbrochen.
- Platzierungsentscheide werden, wenn möglich, immer auf Grundlage vorgängiger kollegialer Beratung getroffen. Dadurch können bedarfsgerechtere Platzierungsentscheidungen gefällt werden.

Die Klientinnen und Klienten verpflichten sich, bei Unterstützungsbeginn allfällige Veränderungen der Lebensumstände sowie der Einkommens- und Vermögensverhältnisse während der Unterstützungsdauer sofort und unaufgefordert bekannt zu geben. Mit der oben beschriebenen aktiveren Fallarbeit können solche Veränderungen auch von der Fallführung rechtzeitig erkannt und entsprechende Massnahmen eingeleitet werden.

Eine aktiv betriebene Fallarbeit ist für die Sozialen Dienste von fundamentaler Bedeutung für die erfolgreiche Auftragserfüllung. Die Sozialen Dienste werden dieses Thema konstant weiterverfolgen.

Die im Postulat geforderte Überprüfung ist erfolgt. Das Postulat kann als erfüllt abgeschrieben werden.

POS 2008/000114 2008/000075	30.01.2008 04.02.2009	Tuena Mauro und Bartholdi Roger Sozialinspektorat, Erhöhung der Stellenzahl
-----------------------------------	--------------------------	--

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Anzahl der Sozialinspektoren in der Sozialhilfe dem jeweiligen Bedarf angepasst werden kann.*

Mit dem Bericht nach Abschluss der Pilotphase über die Verstärkung der Missbrauchsbekämpfung in der Sozialhilfe (GR Nr. 2010/374) hat der Stadtrat über die Ergebnisse der Tätigkeit des Inspektorats detailliert informiert. Der Gemeinderat hat am 1. Dezember 2010 mit 107 gegen 5 Stimmen vom Bericht Kenntnis genommen. Der Personalbestand des Inspektorats wurde in zwei Schritten (2008 und 2010) den tatsächlichen Bedürfnissen der Mitarbeitenden der Sozialen Dienste und der Sozialbehörde angepasst, und der Pendenzenberg ist mittlerweile vollständig abgebaut. Die Ressourcen des Inspektorats werden auch künftig dem Bedarf angepasst werden, die formelle Aufsicht der Sozialbehörde über das Inspektorat stellt die Transparenz darüber sicher. Das Postulat ist als erledigt abzuschreiben.

POS 2008/000314 2008/000145	26.03.2008 06.10.2010	Meuli Myrtha und Reimann Beatrice Geschäfte mit ethnospezifischen Angeboten, Förderung
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie Geschäfte mit ethnospezifischen Angeboten insbesondere im Zürcher Langstrassenquartier vermehrt im Anbieten von Lehrstellen und Ausbildungsplätzen für die berufliche Grundbildung gefördert werden können.*

Die Stadt Zürich unterstützt und fördert das Pilotprojekt «Migration = Chance» des Ausländerbeirats der Stadt Zürich. Im Rahmen dieses Projekts werden kleine bis mittlere Betriebe, die von Migrantinnen und Migranten geführt werden, befähigt, Ausbildungsplätze anzubieten. Gleichzeitig entstehen Lehrstellen für ausländische Jugendliche, die Schwierigkeiten bekunden, einen Ausbildungsplatz zu finden. Durch den gemeinsamen Hintergrund leisten die Auszubildenden für den Kleinbetrieb wertvolle Dienste. Gleichzeitig erfährt das Unternehmen, das ausbildet, durch seinen sozialen Beitrag eine gesellschaftliche und ökonomische Aufwertung.

Die Lehrstellenvermittlung des Laufbahnzentrums unterstützt die Jugendlichen beim korrekten Vorgehen im Bewerbungsverfahren, während die Projektleitung die Geschäftsführenden begleitet, damit diese die rechtlichen Bedingungen für einen Ausbildungsplatz erfüllen, und als Ansprechstelle für Auszubildende, Auszubildende, Familien, Schulen und Amtsstelle fungiert.

Das Projekt ist vielversprechend gestartet. In 13 Unternehmen konnten 12 Lehrstellen geschaffen werden. Zwei Betriebe haben sich zusammengeschlossen, um einen Ausbildungsplatz im Sinne eines Lehrbetriebsverbands anbieten zu können. Das Pilotprojekt sowie allfällige Schwierigkeiten werden in einem Bericht dokumentiert. Eine anschliessende konkrete Evaluation der Ergebnisse legt das Potenzial der Idee offen. Im Erfolgsfall kann das Projekt in einem grösseren Stil weitergeführt werden, um noch mehr Lehrstellen zu schaffen.

Das Postulat ist als erfüllt abzuschreiben.

<b>Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.</b>	<b>Einreichung Überweisung</b>	<b>Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung</b>
POS 2008/000576 2008/000258	04.06.2008 10.09.2008	Meuli Myrtha und Danner Ernst Kinderschutzmassnahmen, Anpassung der Personalressourcen

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Personalressourcen für die Umsetzung von Kinderschutzmassnahmen dem Bedarf angepasst und die Dauer für die Abklärung der Platzierungen verkürzt werden können.*

Die Umsetzung von Massnahmen im Kinderschutz gehört zum polyvalenten Aufgabenfeld der Sozialarbeitenden im Funktionsprofil Familien/Kinder in den Quartierteams. Jedes Sozialzentrum führt eine regionale Kinderschutzgruppe, die sich aus interdisziplinären Fachleuten zusammensetzt und so eine breite Vernetzung mit verschiedenen Institutionen und Fachstellen sicherstellt.

Im Sommer 2009 wurde schliesslich ein neues Modell zur Steuerung der Personalressourcen eingeführt, das der Mehrfachproblematik bei Fällen mit Kinderschutzmassnahmen durch eine stärkere Fallgewichtung Rechnung trägt. Der generelle Stellenausbau in der Sozialarbeit verbunden mit der spezifischen Gewichtung von Fällen mit Kinderschutzthematik hat zu einer signifikanten Verbesserung der Ressourcensituation in diesem Aufgabenfeld geführt. Die im Postulat geforderte Überprüfung ist durchgeführt worden. Das Postulat kann als erfüllt abgeschrieben werden.

POS 2009/001226 2009/000427	23.09.2009 21.10.2009	Schwyn Markus und Gut Susi Asylorganisation Zürich, Verbesserung der Informationspolitik
-----------------------------------	--------------------------	---

*Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Informationspolitik der Asylorganisation Zürich AOZ verbessert werden kann.*

Das Übergangszentrum Atlantis ist im Verlauf des letzten Jahres durch die temporären Wohnsiedlungen Leutschenbach und Aargauerstrasse abgelöst worden. Die AOZ hat bei deren Inbetriebnahme nach dem folgenden und bewährten Konzept informiert:

- Die Quartierbevölkerungen wurden einige Wochen vor Inbetriebnahme der Siedlungen mit einem breit gestreuten Flyer informiert, der direkt in die Briefkästen verteilt wurde.
- Für die Schlüsselpersonen der Quartiere und die Gemeinderäte der entsprechenden Stadtkreise wurde je eine Informationsveranstaltung durchgeführt.
- Über die temporäre Wohnsiedlung Leutschenbach wurden die umliegenden Grundbesitzer im direkten Kontakt aus erster Hand informiert.
- Über die temporäre Wohnsiedlung an der Aargauerstrasse wurde zusätzlich an der Jahresversammlung des Quartiervereins Grünau informiert.
- Die breite Öffentlichkeit wurde mit einer Medienkonferenz vor Ort (Leutschenbach) bzw. mit einer Medienmitteilung (Aargauerstrasse) über die Inbetriebnahme der temporären Wohnsiedlungen in Kenntnis gesetzt.
- Interessierte konnten die temporären Wohnsiedlungen nach Inbetriebnahme an einem von den Medien angekündigten Tag der offenen Tür besuchen. Mit diesen Massnahmen ist dem Informationsbedürfnis der Bevölkerung sehr gut Rechnung getragen. Das Anliegen des Postulats ist damit erfüllt, und das Postulat kann als erledigt abgeschrieben werden.



Bild: Vormundschaftsbehörde

# Geschäftsbericht 2010

## Vormundschaftsbehörde

# Inhaltsverzeichnis Geschäftsbericht Vormundschaftsbehörde

1.	Aufgaben	409
2.	Kindes- und Erwachsenenschutzmassnahmen	409
2.1	Minderjährige	409
2.2	Erwachsene	411
3.	Betreuungstätigkeit von beruflichen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern sowie Privatpersonen	412
4.	Aufsicht über die Mandatsführung/Mitwirkung der Vormundschaftsbehörde	412
5.	Vermögensverwaltung	413
6.	Rechtsschutz	413

# Vormundschaftsbehörde

## 1. Aufgaben

Die Vormundschaftsbehörde der Stadt Zürich ist die grösste Schweizer Fachbehörde im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzes. Sie ist eine unabhängige Behörde mit hoheitlichen Befugnissen. Wie ein Gericht ordnet sie Kinderschutzmassnahmen und Hilfestellungen für Erwachsene an und prüft Rechtsgeschäfte, die für die Betroffenen von grosser Tragweite sind. Sie übt selber keine Betreuungsfunktionen aus, sondern überträgt diese an Beistände oder Vormunde und überwacht deren Mandatsführung. Dabei verfolgt die Vormundschaftsbehörde stets das Ziel, Selbständigkeit und Integration der betroffenen Personen zu fördern.

Die Vormundschaftsbehörde ist als Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde für schutzbedürftige Menschen jeden Alters zuständig. Jedermann kann sich an die Vormundschaftsbehörde wenden, wenn Minderjährige oder Erwachsene vormundschaftliche Hilfe brauchen. Nur aufgrund sorgfältiger Untersuchung der Verhältnisse und unter Abwägung aller für den Entscheid wesentlichen Umstände kann in einem gerichtlichen Verfahren eine der Schutzbedürftigkeit der Betrof-

fenen optimal angepasste Massnahme angeordnet werden. Bei der Erfüllung ihrer Aufgabe arbeitet die Vormundschaftsbehörde eng und interdisziplinär mit Experten sowie mit weiteren Fachstellen und Ämtern zusammen.

Kindes- und Erwachsenenschutzmassnahmen werden angeordnet, wenn die erforderliche Hilfe nicht anderweitig erbracht werden kann (Familie, Verwandtschaft und Nachbarschaft, Sozialdienste usw.). Im vergangenen Jahr konnte in 757 gemeldeten Fällen von Massnahmen abgesehen werden, weil die notwendige Hilfe durch Vermittlung der Vormundschaftsbehörde anderweitig sichergestellt werden konnte. Dies ist für die Vormundschaftsbehörde im Einzelfall zwar mit grossem Aufwand verbunden, hat aber für die Betroffenen den Vorteil, dass für sie keine gesetzliche Massnahme angeordnet werden muss. Zudem sind so weniger Kindes- und Erwachsenenschutzmassnahmen durch die beruflichen oder privaten vormundschaftlichen Mandatsträgerinnen und -träger zu führen, und es fallen bei der Vormundschaftsbehörde keine Folgearbeiten an.

Die Geschäftslast der Vormundschaftsbehörde ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen.

	2006	2007	2008	2009	2010
Registrierte Geschäfte	12 549	13 189	14 120	15 687	15 784

Die Geschäfte werden teils in Einzelkompetenz der Behördenmitglieder, teils durch Kammerbeschlüsse erledigt.

	2006	2007	2008	2009	2010
Kammerbeschlüsse	5 952	7 163	6 833	6 677	7 149

## 2. Kindes- und Erwachsenenschutzmassnahmen

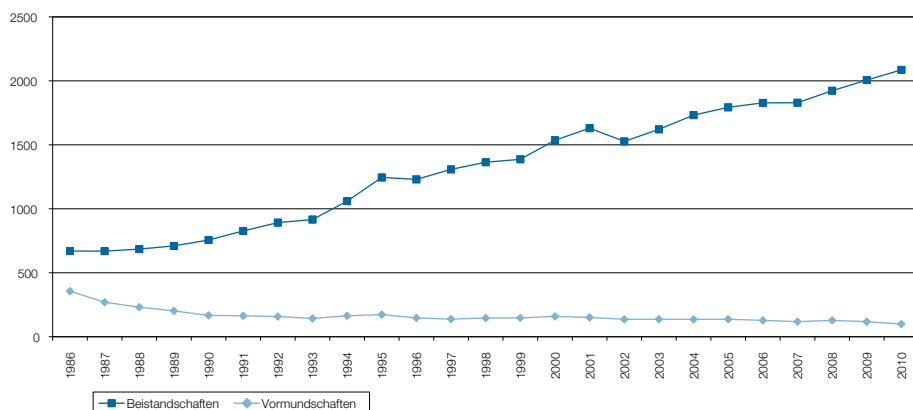
### 2.1 Minderjährige

Anordnungen	2006	2007	2008	2009	2010
Beistandschaften	449	428	502	499	486
Vormundschaften	29	22	35	32	18
<b>Total</b>	<b>478</b>	<b>450</b>	<b>537</b>	<b>531</b>	<b>504</b>

Bestand	2006	2007	2008	2009	2010
Beistandschaften	1 828	1 829	1 923	2 006	2 086
Vormundschaften	128	118	128	118	99
<b>Total</b>	<b>1 956</b>	<b>1 947</b>	<b>2 051</b>	<b>2 124</b>	<b>2 185</b>



## Entwicklung in den letzten 25 Jahren: Kinderschuttmassnahmen (Bestand)



Während die Vormundschaften auf konstant tiefem Niveau blieben, mussten in den letzten Jahren häufiger Beistandschaften zum Schutz des Kindeswohls angeordnet werden. Die Gründe hierfür sind vielfältiger Natur, z. B. Gewalt innerhalb und ausserhalb der Familie, konfliktgeladene Scheidungen, zerstrittene nicht verheiratete Eltern oder psychische Probleme bei den Kindern oder deren Eltern.

Wenn eine Beistandschaft oder informelle Hilfestellungen zum Schutz des Kindes nicht ausreichen, hat die Vormundschaftsbehörde das Kind an einem Pflegeplatz unterzubringen und den Eltern die Obhut zu entziehen. Solche Entscheidungen greifen stark in Privatsphäre und Persönlichkeitsrechte der Betroffenen ein und sind oftmals für alle Beteiligten sehr belastend.

Unterbringung an Pflegeplatz	2006	2007	2008	2009	2010
Anordnungen	64	65	70	80	57
Bestand	312	310	316	323	318

Die Vormundschaftsbehörde ist auch zuständig für die Klärung von Vaterschaft und Unterhalt bei Kindern unverheirateter Eltern. Seit der Revision des Scheidungsrechts kann unverheirateten oder geschiedenen Eltern aufgrund einer entsprechenden Vereinbarung die gemeinsame elterliche Sorge übertragen werden. Die gemeinsame elterliche Sorge wird beantragt, weil sich

Eltern miteinander um die Belange ihrer Kinder kümmern wollen. In den letzten Jahren wurden immer mehr Kinder geboren, deren Eltern nicht miteinander verheiratet waren. Dabei wurde den Eltern immer häufiger die gemeinsame elterliche Sorge übertragen.

	2006	2007	2008	2009	2010
Übertragung der gemeinsamen elterlichen Sorge (geS)	324	506	634	690	818
Genehmigung eines Unterhaltsvertrags ohne geS	250	238	228	255	224

Die Vormundschaftsbehörde entscheidet auch über das Besuchsrecht unverheirateter Eltern und über die Neuregelung des persönlichen Verkehrs geschiedener Eltern. Solche Besuchsrechtsregelungen sind aufwendig, die Verfahren in vielen Fällen sehr strittig, und die Entscheide werden oft an höhere Instanzen weitergezogen.

In gewissen Situationen trifft die Vormundschaftsbehörde Vorkehrungen zum Schutz des Kindesvermögens, z. B. durch Sicherstellung von Vermögenswerten.

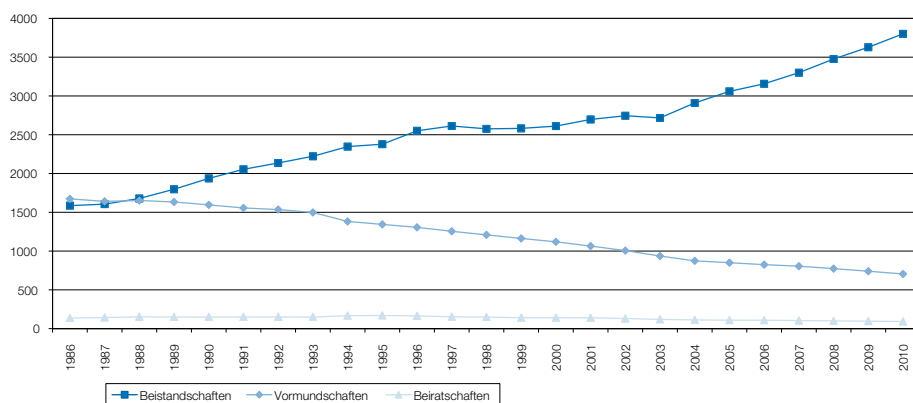
Zudem wirkt die Vormundschaftsbehörde bei Adoptionen mit.

## 2.2 Erwachsene

Anordnungen	2006	2007	2008	2009	2010
Beistandschaften	468	527	516	546	582
Vormundschaften	18	10	9	7	8
Beiratschaften	7	4	5	3	2
<b>Total</b>	<b>493</b>	<b>541</b>	<b>530</b>	<b>556</b>	<b>592</b>

Bestand	2006	2007	2008	2009	2010
Beistandschaften	3 157	3 300	3 476	3 628	3 801
Vormundschaften	825	805	774	740	705
Beiratschaften	108	104	100	96	92
<b>Total</b>	<b>4 090</b>	<b>4 209</b>	<b>4 350</b>	<b>4 464</b>	<b>4 598</b>

### Entwicklung in den letzten 25 Jahren: Erwachsenenschutzmassnahmen (Bestand)



Bei den vormundschaftlichen Massnahmen für Erwachsene hat sich die langjährige Tendenz fortgesetzt, wonach vermehrt Beistandschaften statt Vormundschaften angeordnet werden. Durch eine der Schutzbedürftigkeit optimal angepasste

Massnahme mit spezifischer Aufgabenumschreibung kann die erforderliche Hilfestellung in vielen Fällen auch im Rahmen einer Beistandschaft erbracht werden, ohne dass den betroffenen Personen die Handlungsfähigkeit entzogen werden muss.

### 3. Betreuungstätigkeit von beruflichen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern sowie Privatpersonen

Die Vormundschaftsbehörde hat bei der Anordnung einer Kindes- oder Erwachsenenschutzmassnahme (Beistandschaft, Beiratschaft, Vormundschaft) eine geeignete Person als Mandatsträgerin bzw. -träger zu ernennen. Die Betroffenen und deren Eltern haben das Recht, eine Person, zu der sie Vertrauen haben (Familienangehörige, Bekannte usw.), als Mandatsträgerin bzw. Mandatsträger vorzuschlagen. Allerdings ist auch hier die konkrete Eignung der vorgeschlagenen Person sorgfältig zu prüfen.

Als vormundschaftliche Mandatsträgerinnen und Mandatsträger kommen private Personen oder Mitarbeitende der Sozialen Dienste (berufliche Mandatsträgerinnen und Mandatsträger)

in Betracht. Alle haben bei der Erfüllung ihrer vormundschaftlichen Aufgabe die gleiche Rechtsstellung.

Die Führung eines vormundschaftlichen Mandats ist aufwendig und anspruchsvoll. Die privaten Mandatsträgerinnen und Mandatsträger werden daher durch die Sozialen Dienste instruiert und durch erfahrene berufliche Mandatsträgerinnen und Mandatsträger begleitet und bei komplexen Situationen auch durch die Vormundschaftsbehörde beraten.

Zurzeit führen 1141 Privatpersonen (590 Männer und 551 Frauen) insgesamt 1437 vorwiegend Erwachsenenschutzmassnahmen. Die meisten von ihnen betreuen eine Person, oftmals Angehörige; einige Privatpersonen führen aber auch mehrere Mandate. Rund 40% der privaten Betreuungspersonen sind pensioniert und rund 60% sind im erwerbsfähigen Alter.

Die übrigen 5346 Kindes- und Erwachsenenschutzmassnahmen werden durch 205 berufliche Betreuungspersonen (63 Männer und 142 Frauen) geführt.

	2006	2007	2008	2009	2010
Durch berufliche MandatsträgerInnen geführte Massnahmen	4 594	4 745	4 998	5 186	5 346
Durch private MandatsträgerInnen geführte Massnahmen	1 474	1 427	1 403	1 402	1 437

### 4. Aufsicht über die Mandatsführung/ Mitwirkung der Vormundschaftsbehörde

Die Mandatsträgerinnen und -träger üben ihr Amt weitgehend selbständig aus. Sie stehen jedoch unter der Aufsicht der Vormundschaftsbehörde, die ihre Tätigkeit überwacht und

begleitet und deren Zustimmung für bestimmte Geschäfte notwendig ist.

Die vormundschaftlichen Mandatsträgerinnen und -träger haben der Behörde über ihre Tätigkeit periodisch Bericht zu erstatten und soweit erforderlich über Einkünfte und Vermögen der betreuten Person abzurechnen.

	2006	2007	2008	2009	2010
Geprüfte Rechenschaftsberichte	2 940	3 046	2 631	2 922	3 271

Besonders wichtige Rechtsgeschäfte können die vormundschaftlichen Mandatsträgerinnen und -träger nicht in eigener Kompetenz erledigen, sie bedürfen dazu der Zustimmung der

Vormundschaftsbehörde – z.B. Kauf oder Verkauf von Liegenschaften, Führung von Prozessen und Abschluss von Vergleichen, Erbteilungen, Gewährung oder Aufnahme von Darlehen.

	2006	2007	2008	2009	2010
Genehmigte Rechtsgeschäfte	207	269	228	179	173

Zur Feststellung der Vermögensverhältnisse im Rahmen von Kindes- und Erwachsenenschutzmassnahmen, bei Kindern nach Scheidung oder Tod eines Elternteils oder bei Nachlässen,

an denen vormundschaftlich betreute Personen erbberechtigt sind, hat die Vormundschaftsbehörde Inventare aufzunehmen.

	2006	2007	2008	2009	2010
Besitzstandsinventare	277	307	283	303	314
Kindesvermögensinventare	405	333	316	346	333
Nachlassinventare	128	130	123	98	121
<b>Total</b>	<b>810</b>	<b>770</b>	<b>722</b>	<b>747</b>	<b>768</b>

## 5. Vermögensverwaltung

Mit der Führung einer Kindes- und Erwachsenenschutzmassnahme ist vielfach auch die Verwaltung des Vermögens verbunden.

(in Mio. Fr.)	2006	2007	2008	2009	2010
Bei Banken hinterlegtes Vermögen	338	368	383	464	467

Nicht einberechnet sind weitere Sachwerte, z. B. Liegenschaften, Kunstsammlungen usw.

Die vormundschaftlichen Mandatsträgerinnen und -träger können die Einkünfte und Vermögenswerte der betreuten Personen selbständig verwalten, soweit sie für den laufenden Unterhalt verwendet werden.

Sämtliche darüber hinausgehenden finanziellen Transaktionen bedürfen der Zustimmung der Vormundschaftsbehörde.

	2006	2007	2008	2009	2010
Genehmigung von Vermögenstransaktionen	689	722	658	666	721

## 6. Rechtsschutz

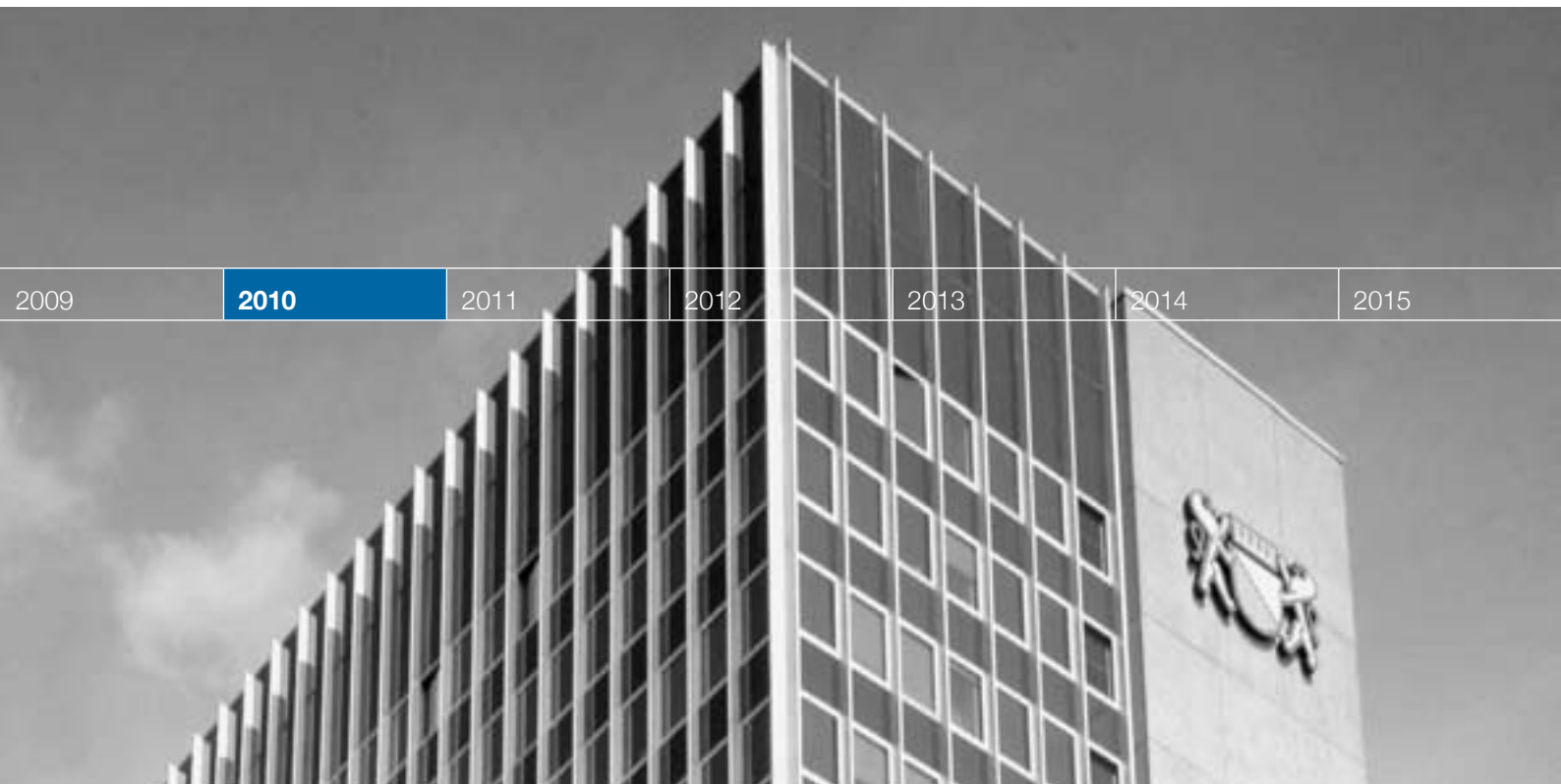
Jeder förmliche Entscheid der Vormundschaftsbehörde ist mit einer Rechtsmittelbelehrung versehen. Er kann von den Betroffenen oder ihnen nahe stehenden Personen mit Beschwerde an den Bezirksrat und danach mit Rekurs an das Obergericht weitergezogen werden. In den meisten Fällen kann letztlich das Bundesgericht angerufen werden.

Im Berichtsjahr sind gegen rund 1,7% aller vormundschaftlichen Entscheide Rechtsmittel erhoben worden. Dabei haben die nächsthöheren Instanzen die Anordnungen der Vormundschaftsbehörde fast immer bestätigt und lediglich in 15 von insgesamt 7149 Fällen anders als die Vormundschaftsbehörde entschieden.

Weiterführende Informationen zu den dargestellten und weiteren Themenkreisen sowie zur Vormundschaftsbehörde als Organisation finden Sie unter

[www.stadt-zuerich.ch/vormundschaftsbehoerde](http://www.stadt-zuerich.ch/vormundschaftsbehoerde)





2009	<b>2010</b>	2011	2012	2013	2014	2015
------	-------------	------	------	------	------	------

Bild: Stadt Zürich

# Geschäftsbericht 2010

## Sozialbehörde



# Inhaltsverzeichnis Geschäftsbericht Sozialbehörde

1.	Organisation und Aufgaben	417
2.	Jahresschwerpunkte	418
3.	Sonderfall- und Einsprachekommission (SEK)	418
4.	Inspektorat	420

## 1. Organisation und Aufgaben

2009 hatten die Stimmberechtigten dem gemeinsamen Lösungsvorschlag von Stadtrat und Sozialbehörde für ein neues Organisationsmodell in der Sozialhilfe zu 89% zugestimmt. Im neuen Modell bleibt die Sozialbehörde als Kommission mit selbständigen Verwaltungsbefugnissen ein eigenständiges Gremium und befasst sich hauptsächlich mit normativen und strategischen Fragen. Der Vollzug der Sozialhilfe wird weitgehend an die Verwaltung delegiert.

Der Gemeinderat wählte am 19. Mai 2010 folgende Personen für die Legislatur 2010–2014 in die Sozialbehörde: Benedikt Hoffmann (SVP, 1. Vizepräsident), Roland Jost (FDP), Emy Lalli (SP), Anne Lore Leiva (SVP), Koni Loepfe (SP, 2. Vizepräsident), Jacqueline Magnin (SP), Franziska Michel Precht (Grüne), Ulises Rozas Campos (GLP).

Am 10. Juni 2010 konstituierte sich die Sozialbehörde und wählte die Vizepräsidien sowie die Mitglieder der beiden Kammern der Sonderfall- und Einsprachekommission. Im Rahmen der Neuorganisation der Sozialhilfe wurde die Sozialbehörde auf neun Mitglieder verkleinert. Sie besteht demnach aus acht vom Gemeinderat gemäss Parteiproporz gewählten Mitgliedern und dem Vorsteher des Sozialdepartements, der von Amtes wegen die Behörde präsidiert.

Die Gesamtbehörde hat folgende Aufgaben:

- a) Sie erlässt auf Antrag des Vorstehers oder der Vorsteherin des Sozialdepartements Richtlinien über die Gewährung persönlicher und wirtschaftlicher Hilfe.
- b) Sie entscheidet direkt über Sonderfälle gemäss den von ihr festgelegten Kriterien.
- c) Sie legt auf Antrag des Vorstehers oder der Vorsteherin des Sozialdepartements die Kompetenzen und Zuständigkeiten innerhalb der Sozialen Dienste bei der Durchführung der Sozialhilfe fest.
- d) Sie erlässt ein internes Organisations- und Kompetenzreglement.

- e) Sie erteilt die Ermittlungsaufträge an das Inspektorat.
- f) Sie behandelt Einsprachen gegen in ihren Zuständigkeitsbereich fallende Verfügungen der Sozialen Dienste.
- g) Sie erstattet dem Gemeinderat jährlich Bericht über ihre Tätigkeit.
- h) Sie erhält eine regelmässige Berichterstattung über die Erkenntnisse aus den Kontrollen und kann die Beobachtungsschwerpunkte der departementsinternen Kontrollen festlegen.

Die operative Durchführung der Sozialhilfe delegiert die Sozialbehörde mittels Kompetenzordnung mehrheitlich an die Mitarbeitenden der Sozialen Dienste und der AOZ. Sie entscheidet auf Antrag der Verwaltung in Sonderfällen wie der Unterstützung von Selbständig Erwerbenden und Personen in Ausbildung oder auch bei Ausnahmen zu bestehenden Richtlinien der Sozialbehörde.

Zur Abwicklung der bei der Sozialbehörde verbliebenen operativen Aufgaben bildete sie Organe und legte deren Zuständigkeiten fest:

- Sonderfall- und Einsprachekommission: Die Sonderfall- und Einsprachekommission entscheidet in Sonderfällen über Anträge aus der Verwaltung (Soziale Dienste und AOZ) und über Einsprachen gegen Verfügungen der Verwaltung. Sie besteht aus zwei Kammern, deren Vorsitz je einer der Vizepräsidenten innehat. Die beiden Kammern tagen alternierend alle drei Wochen in Dreierbesetzung.
- Aufsicht über das Inspektorat und Erteilen von Ermittlungsaufträgen: Der 1. Vizepräsident übt die Aufsicht über das Inspektorat aus, während der 2. Vizepräsident wöchentlich die Ermittlungsaufträge bewilligt.
- Geschäftsstelle: Die Geschäftsstelle ist in der Zentralen Verwaltung des Sozialdepartements angesiedelt. Der Departementssekretär waltet als Geschäftsführer der Sozialbehörde.

## 2. Jahresschwerpunkte

Die auf die neue Legislatur beschlossenen Änderungen in der Aufgabenverteilung zwischen Behörde und Verwaltung haben auch die Behörde beschäftigt. Schwerpunkte bildeten die Etablierung der Sonderfall- und Einsprachekommission und die Überarbeitung des Regelwerks.

Die Einführung der neuen Kompetenzordnung erforderte eine Überarbeitung des städtischen Regelwerks in der Sozialhilfe. Deshalb passte die Gesamtbehörde im 2. Halbjahr 2010 fünf Richtlinien an und hob fünf Richtlinien auf, die in Handlungsanweisungen der Direktorin der Sozialen Dienste bzw. des Direktors der AOZ übergeführt wurden. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen und wird bis ins Jahr 2011 andauern.

Die neu gebildete Sonderfall- und Einsprachekommission tagte am 24. Juni 2010 zum ersten Mal. Insgesamt fanden bis

Ende 2010 neun Sonderfall- und Einsprachekommissionssitzungen statt. Die neuen Abläufe wie auch das Kammerssystem und der Sitzungsrhythmus bewähren sich (vgl. Kapitel 3).

Im Jahr 2011 wird sich die Sozialbehörde nebst der Überarbeitung des Regelwerks den Ergebnissen des departments-internen Kontrollsystems widmen. Für die mit der Behördenreform eingeleitete konsequente Trennung von Behörde und Verwaltung ist noch ein letzter Schritt notwendig, der per 1. Januar 2011 umgesetzt werden kann: die Aufteilung der personellen Ressourcen des bisherigen Rechtsdienstes der Dienstabteilung Support Sozialdepartement in zwei getrennte Abteilungen, die Sozialen Dienste und die Zentrale Verwaltung. Dafür wurden 4,2 Stellenwerte in die Zentrale Verwaltung verschoben. Die Sozialbehörde wird in Zukunft auf einen für sie alleine zuständigen Rechtsdienst zurückgreifen können.

## 3. Sonderfall- und Einsprachekommission (SEK)

### Sonderfälle

	2006	2007	2008	2009	2010
Total der Sonderfälle, über welche die SEK-Kammern entschieden haben	–	–	–	–	109
<b>Gegenstand</b>					
Ausbildung/Weiterbildung	–	–	–	–	54
bewilligte Unterstützung	–	–	–	–	43
abgelehnte Unterstützung	–	–	–	–	11
Selbständig Erwerbende	–	–	–	–	43
bewilligte Unterstützung	–	–	–	–	41
abgelehnte Unterstützung	–	–	–	–	2
Rückerstattung	–	–	–	–	6
Verzicht	–	–	–	–	4
Nichtverzicht	–	–	–	–	2
Diverses	–	–	–	–	6
bewilligte Leistungen	–	–	–	–	6
abgelehnte Leistungen	–	–	–	–	0

## Einsprachen

	2006	2007	2008 *	2009 *	2010
Total der Einsprachen, über welche die SEK-Kammern entschieden haben	–	–	–	–	216
Gutgeheissene Einsprachen	–	–	–	–	24
Abgewiesene Einsprachen	–	–	–	–	107
Teilweise gutgeheissene Einsprachen	–	–	–	–	31
Nichteintretensentscheide	–	–	–	–	12
Infolge Gegenstandslosigkeit abgeschriebene Entscheide	–	–	–	–	42
Pendenzstand Einsprachen **	–	–	363	349	240
<b>Gegenstand</b>					
Rückerstattung	–	–	–	–	112
Ausbildung	–	–	–	–	3
Miete	–	–	–	–	16
Verrechnung	–	–	–	–	10
Umfang der wirtschaftlichen Sozialhilfe	–	–	–	–	19
eigene Mittel des Hilfesuchenden	–	–	–	–	6
Anspruch	–	–	–	–	9
Abrechnung	–	–	–	–	16
selbständige Erwerbstätigkeit	–	–	–	–	2
Leistungskürzung	–	–	–	–	5
Eigenleistung seitens Hilfesuchenden	–	–	–	–	1
situationsbedingte Leistungen	–	–	–	–	12
Auflagen	–	–	–	–	5

\* Detailzahlen nicht verfügbar

\*\* jeweils per 31.12.

## 4. Inspektorat

Das Inspektorat ermittelt im Auftrag und unter der formellen Führung der Sozialbehörde bei Verdacht auf missbräuchlichen Leistungsbezug in der Sozialhilfe. Seit dem 10. Juni 2010 übt der 1. Vizepräsident der Behörde die formelle Aufsicht über das Inspektorat aus, während der 2. Vizepräsident die Ermittlungsaufträge bewilligt.

Das Inspektorat hat seine Tätigkeit als neues Instrument zur Bekämpfung von Missbrauch in der Sozialhilfe am 1. Juli 2007

aufgenommen. Im Jahr 2010 gingen insgesamt 69 Ermittlungsaufträge ein, 98 konnten abgeschlossen werden und 33 waren am Jahresende noch pendent. Dank dem Ausbau der personellen Ressourcen per 1. Juli 2008 (Stellenwert von 1,0) und per 1. Januar 2010 (2,5 Stellenwerte) konnten die Pendenzen abgebaut und in praktisch allen Fällen die in Abstimmung mit dem Datenschutzbeauftragten festgelegte Ermittlungsdauer von maximal sechs Monaten eingehalten werden.

### Auftragsübersicht

	2006	2007	2008	2009	2010
Aufträge	–	100	135	119	69
Abschlüsse	–	29	131	132	98
Pendenzen am Jahresende	–	71	75	62	33
Anteil Ausländerinnen/Ausländer bei den Ermittlungsaufträgen	–	49 %	59 %	60 %	64 %
Anteil Ausländerinnen/Ausländer an den kumulierten Personen mit Existenzsicherung	–	48 % **	47 % **	46 % **	48 %

\* ab 1.7.2007

\*\* ohne Existenzsicherungsfälle der Asyl-Organisation Zürich

Die Verteilung der Verdachtsgründe ist seit Jahren stabil. Bei den 69 neuen Aufträgen ans Inspektorat waren die hauptsächlichsten Ermittlungsgegenstände nach wie vor nicht

deklariertes Einkommen, in deutlichem Abstand gefolgt von falschen Angaben zu Haushaltsgrösse, nicht deklariertem Fahrzeugbesitz oder Scheinheirat.

### Ermittlungsgegenstände der Aufträge (Mehrfachnennungen möglich)

	2006	2007 *	2008	2009	2010
Aufträge	–	100	135	119	69
Nicht deklariertes Einkommen	–	65	103	93	45
Nicht deklarierte Nebeneinkünfte	–	71	96	73	48
Nicht deklariertes Fahrzeugbesitz	–	14	45	19	15
Falsche Angaben zur Haushaltsgrösse	–	24	18	18	9
Andere Sachverhalte (falsche Angaben zum Wohnsitz; Landesabwesenheit; Scheinehe u. a. m)	–	32	41	49	21
Durchschnittlicher Leistungsbezug pro Monat der abzuklärenden Fälle (Fr.)	–	2 477	2 294	2 683	2 527

\* ab 1.7.2007

2010 basierten die Ermittlungsaufträge je rund zur Hälfte auf Feststellungen in den Sozialzentren und auf Hinweisen der Bevölkerung oder von Amtsstellen.

Bei den 98 abgeschlossenen Ermittlungen konnte in 55 % der Fälle der Verdacht erhärtet werden, was knapp unter dem langjährigen Durchschnitt liegt.

## Resultate der abgeschlossenen Ermittlungen

	2006	2007*	2008	2009	2010
Abschlüsse	–	29	131	132	98
Verdacht nicht erhärtet oder rückwirkend nicht zu bestätigen	–	8 (28 %)	51 (39 %)	61 (46 %)	44 (45 %)
Verdacht erhärtet durch folgende, mehrfach nennbare Sachverhalte	–	21 (72 %)	80 (61 %)	71 (54 %)	54 (55 %)
a) Nicht deklariertes Einkommen oder Nebeneinkünfte	–	14	69	55	46
b) Nicht deklarierte Vermögenswerte	–	5	7	6	8
c) Nicht deklariertes Fahrzeugbesitz	–	12	33	20	19
d) Falsche Angaben zur Haushaltsgrösse	–	9	20	14	9
e) Andere Sachverhalte (falsche Angaben zum Wohnsitz; Landesabwesenheit; Scheinehe u. a. m)	–	9	31	31	16
Durchschnittliche Anhängigkeit bei der Sozialhilfe (Monate)	–	63	69	84	90
Empfohlene Strafanzeigen nach abgeschlossener Ermittlung im Kalenderjahr	–	7	19	18	15

\* ab 1.7.2007

Die vermutete Schadenssumme der 54 aufgedeckten Fälle betrug knapp 47 500 Franken pro Fall, was über dem langjährigen Durchschnitt von 35 000 Franken, aber im Streubereich liegt. Die Bandbreite der Schadenssumme variierte auch 2010 von wenigen Hundert Franken bis zu mittleren sechsstelligen Beträgen. Bei allen abgeschlossenen Ermittlungen betrug die durchschnittliche Anhängigkeit bei der Sozialhilfe 90 Monate, was über dem langjährigen Durchschnitt von rund 70 Monaten liegt. Dies ist auf mehrere, langjährige Fälle zurückzuführen, die dem Inspektorat zur Abklärung von Verdachtsmomenten zugewiesen wurden.

Für die Ermittlungstätigkeit stellt nach wie vor der gerichtsverwertbare Nachweis von Einkünften bei selbständigen Tätigkeiten wie Autohandel oder Prostitution eine Herausforderung dar. Zusätzlich zu den Ermittlungsaufträgen der Sozialbehörde wurden durch das Inspektorat 14 Abklärungsaufträge vom

Team «Vertiefte Abklärungen Wirtschaftliche Sozialhilfe» der Sozialen Dienste bearbeitet, die hauptsächlich Abklärungen zum Liegenschaftsbesitz im Ausland beinhalteten. Mit zwei Gemeinden um Zürich wurden im Berichtsjahr Zusammenarbeitsvereinbarungen für den Einsatz des Inspektorats unterzeichnet, ohne dass konkrete Ermittlungsaufträge eingingen.

In der Volksabstimmung vom 29. November 2009 wurde das Inspektorat im Zusammenhang mit der Neuorganisation der Sozialhilfe bereits in der Gemeindeordnung verankert. Im September 2010 erstattete der Stadtrat nach einer dreijährigen Pilotphase dem Gemeinderat Bericht über die 2006 beschlossenen Massnahmen der Missbrauchsbekämpfung und die definitive Einführung des Inspektorats (GR. Nr. 2010/374). Nach Kenntnisnahme des Berichts durch den Gemeinderat am 1. Dezember 2010 mit 107 gegen 5 Stimmen wurden die bis dahin befristeten Stellen per 1. Januar 2011 definitiv geschaffen.



